

Klaus Urner
Die Deutschen in der Schweiz

Die Deutschen in der Schweiz

Klaus Urner

Verlag Huber



Verlag Huber



Der Historiker Klaus Urner bei der Archivarbeit Ende der 1960er Jahre. (Bild: AfZ / ETHZ)

KLAUS URNER

DIE DEUTSCHEN IN DER SCHWEIZ

*Von den Anfängen der Kolonienbildung
bis zum Ausbruch
des Ersten Weltkrieges*

VERLAG HUBER
FRAUENFELD UND STUTTGART

Publiziert
mit Unterstützung des Schweizerischen Nationalfonds
zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung.

© 1976 Verlag Huber, Frauenfeld
Satz und Druck: Druckerei Baumann AG, Menziken
Einband: Buchbinderei Burkhardt AG, Zürich
Printed in Switzerland
ISBN 3-71 93-0517-1

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

INHALTSVERZEICHNIS

<i>I</i>	<i>Einleitung</i>	11
<i>II</i>	<i>Das Deutschtum im Ausland – Ansätze zu seiner Verfremdung als Mittel der Machtpolitik</i> . .	25
	1. Zur Terminologie	27
	2. Der deutsche Nationalstaat in seinem Verhältnis zu den Deutschen im Ausland	29
	2.1 Das Nationalbewußtsein als Integrationskraft	32
	2.2 Der Staat Bismarcks und die völkische Reichskonzeption der Alldeutschen . .	34
	2.3 Die Diskrepanz zwischen den realen Gegebenheiten und dem völkischen Utopismus	42
	3. Die Schweiz im Bereich großdeutscher Ideen und alldeutscher Zielvorstellungen	49
	3.1 Deutschschweizer oder Deutsche? Ursprünge einer Existenzfrage	50
	3.2 Zur Bedeutung der Reichsgründung von 1871 für die Schweiz	58
	3.3 Umwertung germanophiler Gesinnung	64
	3.4 Der «Alldeutsche Verband» und die Schweiz	68
	3.5 Der «Verein für das Deutschtum im Ausland» und die Schweiz	73
<i>III</i>	<i>Anfänge der deutschen Kolonienbildung in der Schweiz</i>	93
	1. Zur Situation der Fremden in der alten Eidgenossenschaft . .	95
	2. Erste Gruppenbildungen und ihre Politisierung	98
	2.1 Das intellektuelle Element als die formende Kraft . . .	99
	2.2 Handwerkervereine und Geheimbünde	107
	3. Herausbildung eines Koloniebewußtseins während der Revolutionszeit 1848/49	116

IV	<i>Wachstum und Polarisation</i>	133
	1. Konjunkturverlauf und deutscher Ausländerbestand	135
	2. Die nationale Gesinnungsgemeinschaft bis zum Ausscheiden der deutschen Arbeitervereine	141
	2.1 Die Achtundvierziger-Emigration	143
	2.2 Der «Deutsche Arbeiter-Bildungs-Verein» und die demokratisch-nationale Sammlungsbewegung	146
	3. Zwischen nationaler Loyalität und internationaler Klassensolidarität	161
V	<i>Zwischenbetrachtung</i> <i>Bestimmende Einflüsse im Freundschafts- und Spannungsverhältnis zwischen der deutschen Kolonie und ihrem Gastland</i>	185
	1. Zur Phase des Dissenses	187
	1.1 Der «Schweizerische volksthümliche Vaterlandsverein» – allgemeintypische und spezifische Konfliktursachen einer deutschfeindlichen Bewegung	187
	1.2 Progromartige Zuspitzung im Fall Rheinwald	196
	2. Zur Phase des Konsenses	204
	2.1 Das Gedeihen der deutschen Kolonie Zürichs im Zeichen der liberalen Gesinnungsfreundschaft	205
	3. Zur Komparabilität der Konflikterscheinungen	207
	3.1 Der «Tonhallekrawall» von 1871 als casus exempli	208
VI	<i>Die zweigeteilte Kolonie</i> <i>Oppositionelle Gruppen und Organisationen</i>	223
	1. Die Auswirkungen des Sozialistengesetzes	226
	2. Die Schweiz als Ausgangsbasis des deutschen Anarchismus	230
	3. Die sozialistischen Mitgliedschaften und deutschen Arbeiter- vereine im Dienste der unterdrückten Mutterpartei	247

4. Aufstieg und Niedergang der «Landesorganisation der deutschen und österr.-ungarländischen Sozialdemokraten in der Schweiz»	258
4.1 Reorganisation und Sammlung	259
4.2 Die Rebellion der «Jungen»	266
4.2.1 Die Aufbruchsbewegung in Literatur und Wissenschaft	266
4.2.2 Die Sezession der «Unabhängigen»	271
4.3 Die Vereinigung mit den österreichisch-ungarischen Sozialisten	286
4.4 Aus dem Vereinsleben der Lokalsektionen	293
4.4.1 Der Arbeiter-Bildungsverein «Eintracht» in Zürich	312
4.5 Vom Föderativ- zum Zentralverband	329
4.6 Übergang zur erweiterten Klassenkampfstrategie	335
4.6.1 Die ausländische Arbeiterschaft in ihrem Verhältnis zu den Gewerkschaftsorganisationen vor 1914	337
4.6.2 Kontroverse über die Fragen der Taktik	344
4.6.3 Verschärfung der Arbeitskämpfe	349
4.7 Die Integration in die Sozialdemokratische Partei der Schweiz	360
4.7.1 Der Aufstieg von Fritz Platten	360
4.7.2 Der Kampf um die Gleichberechtigung der Ausländer in der Partei	363
4.7.3 Der Vorstoß auf Spaltung der SPS zur Bildung eines Linksblockes	370
4.7.4 Partielle Öffnung auf dem Oltener Parteitag von 1911	378
4.7.5 Selbstaufgabe oder Sonderexistenz – das Dilemma der Landesorganisation	386
4.7.6 Kontroversen beim Zürcher Generalstreik von 1912	391
4.7.7 Auf dem Weg zur Auflösung	398
4.7.8 Zur Eingliederung der einzelnen Lokalvereine	404
4.7.9 Exkurs: Die Landesorganisation als Schrittmacher auf dem Gebiet der sozialistischen Arbeiterbildung	410

4. 8	Kriegsausbruch 1914 – Kollaps des Internationalismus und Untergang der internationalen Arbeitervereine . . .	421
------	---	-----

VII *Die zweigeteilte Kolonie*

	<i>Das reichstreu und kaiserlich gesinnte Auslandsdeutschtum . . .</i>	431
1.	Die Niederlassungsverträge von 1876, 1890 und 1909 . . .	435
2.	Deutsches Unternehmertum und deutsches Kapital in der Schweiz	443
2. 1	Der deutsche Einwanderer als Firmengründer	445
2. 2	Deutsche Finanzierungsgesellschaften und Kapitalbeteiligungen	451
3.	Die Deutschen Hilfsvereine (DHV) in der Schweiz	463
3. 1	Von den einzelnen Sektionen zum Zentralverband . . .	465
3. 2	Das Unterstützungswesen und die Kooperation mit den deutschen Reichsbehörden	470
4.	Vom Patriotismus zum übersteigerten Nationalismus	483
4. 1	Die Auswirkungen der sozialen Mobilität auf die nationale Kolonienbildung	485
4. 2	Das Kolonieleben im Widerstreit zwischen gemäßigten und radikalen Nationalisten . . .	493
4. 2. 1	Veränderter Patriotismus in gewandelter Umgebung	493
4. 2. 2	Die Kontroverse von 1889 um Bismarck und der Fall Pflugk-Harttung	498
4. 2. 3	Nationalistische Divergenzen am Beispiel der Deutschen Kolonie Lausanne	501
4. 3	Aus den Ortskolonien – ein Überblick	514
4. 3. 1	Einzelne Lokalvereine	515
4. 3. 2	Die Deutsche Kolonie Zürich	521
4. 3. 3	Davos und Pieterlen	526
4. 4	Der Zürcher Anstoß zur Gründung des Alldeutschen Verbandes	529
4. 5	«Staatsstreich oder Reformen!» Das politische Programm eines deutschen Chauvinisten in der Schweiz	540
5.	Der Kaiserbesuch von 1912	558

<i>VIII</i>	<i>Demographie der deutschen Ausländerbevölkerung in der Schweiz</i>	569
	1. Zur Quellenlage	571
	2. Herkunft und geographische Verteilung	573
	3. Geschlechtsgliederung, Gebürtigkeit, Altersstruktur	583
	4. Zivilstand	588
	5. Einbürgerung	591
	6. Muttersprache und Konfession	593
	7. Berufsgliederung	595
	7.1 Urproduktion	596
	7.2 Industrie und Gewerbe	596
	7.3 Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Freie Berufe	600
	7.4 Die soziale Schichtung von 1905 und 1939	602
<i>IX</i>	<i>Anmerkungen</i>	615
<i>X</i>	<i>Quellen-, Literatur- und Bildnachweis</i>	773
	1. Ungedrucktes Material und Gemischtdossiers	775
	2. Gedrucktes Material	782
	3. Bildnachweis	805
<i>XI</i>	<i>Dank</i>	815
<i>XII</i>	<i>Abkürzungen</i>	819
<i>XIII</i>	<i>Register</i>	823
	1. Personenregister	825
	2. Sach- und Vereinsregister	836
	3. Ortsregister	844

I Einleitung

Eine umfassende Klärung des schweizerisch-deutschen Verhältnisses ist bisher ausgeblieben. Die leidenschaftliche Konfrontation zwischen Schweizern und Deutschen während der Jahre nationalsozialistischer Bedrohung zeitigte tiefgreifende emotionale Auswirkungen, die untergründig bis in die Gegenwart fortwirken. Es ist denn auch kein Zufall, dass sich die seit Kriegsende vorgelegten Publikationen in diesem Themenbereich vor allem mit den diplomatischen Beziehungen oder mit pressepolitischen Fragen der jüngsten Zeit befassen. Die Problemstellung «Anpassung oder Widerstand» ruft bei den älteren Generationen die Jahre 1933 bis 1945 in lebhafter Erinnerung, und die darüber ausgelösten Diskussionen erwecken nicht selten den Eindruck, als gelte es erneut Stellung zu nehmen. In Deutschland hingegen wurde das Trauma der Schweizer nur zum geringen Teil verstanden. Die Schweiz hatte doch den Krieg beneidenswert gut überstanden, und da nun auch das deutsche Bekenntnis der Demokratie galt, war dort nur schwer einzusehen, warum nach einigen Jahren des Abstandes nicht alles wieder in Ordnung sein sollte.

An den engen Wirtschaftsbeziehungen gemessen, hat sich das während des Dritten Reiches zutiefst gestörte schweizerisch-deutsche Verhältnis aufs Beste normalisiert. Die Bundesrepublik Deutschland ist für die Eidgenossen der wichtigste Außenhandelspartner geblieben. Aus ihr bezieht die Schweiz gegen dreissig Prozent ihrer Gesamteinfuhr. Sie importiert mehr deutsche Waren als der gesamte afrikanische Kontinent oder Lateinamerika. Andererseits steht die Bundesrepublik unter den Absatzländern für den schweizerischen Export vor Frankreich und Italien an erster Stelle. Rund neunhundert Schweizer Firmen streben jenseits des Rheins nach Gewinn, während die Zahl der in der Schweiz tätigen deutschen Tochtergesellschaften auf achthundertfünfzig veranschlagt wird. Schätzungsweise gegen ein Viertel aller Kapitalerträge, die der Kleinstaat im Ausland erzielt, kommen aus dem nördlichen Nachbarstaat.¹ Mit über sechs Milliarden DM erweisen sich die Schweizer nach den USA als die bedeutendsten ausländischen Investoren in der Bundesrepublik. Aber auch in umgekehrter Richtung fliesst ein gewaltiger Kapitalstrom, wird doch die Höhe der deutschen Auslandsinvestitionen einzig in Frankreich noch knapp übertroffen.²

Trotz dieser engen wirtschaftlichen Verflechtung blieben die Beziehungen zwischen Schweizern und Deutschen belastet. Dabei gilt es, sich zu vergegenwärtigen, wie radikal die Abgrenzung gegen das nationalsozialistische Deutschland gewesen war. Der germanische Rassenstaat Hitlers und die föderalistische, mehrsprachige Eidgenossenschaft verkörperten Gegensätze, wie sie sich schärfer kaum denken liessen. Sympathien von Schweizern für alles Deutsche, soweit es sich nicht offen gegen Hitlerdeutschland richtete, gerieten damals in den Geruch des Landesverrates. Aber auch ganz allgemein war alles, was mit dem Begriff «Deutschtum» zusammenhing, suspekt geworden. Jene Reichsangehörigen, die emigriert waren, erfuhren als Repräsentanten der Weimarer Republik, als Ausgebürgerte und Sprecher eines geographisch nicht mehr gebundenen Kulturdeutschlands oder als rassistisch verfolgte Minderheiten zumindest eine zwiespältige, zum Teil eine schmäbliche Behandlung. Da die nationalsozialistische Propaganda die Sprach- und Kulturgemeinschaft in allen Bereichen für ihre subversiven Zwecke ausbeutete, waren die deutschsprachigen Schweizer zu einer weitest möglichen Abschränkung gezwungen. Während die Westschweizer dem Nationalsozialismus gelassener entgegengetreten konnten, weil sie der Germanophilie von vornherein unverdächtig waren, fühlten sich ihre deutschsprachigen Miteidgenossen über ihre Gegnerschaft zum Dritten Reich hinaus dazu gedrängt, die Erinnerung an frühere und oft auch persönliche Sympathien für Deutschland zu tilgen. Um nicht in den Verdacht der Deutschfreundlichkeit zu geraten, wurde zum Teil mit fanatischem Eifer eine nationale Läuterung betrieben. Die Regression in eine idealisierte Historie der schweizerischen Selbstwerdung, die bis zu den Versuchen reichte, Schriftdeutsch als Unterrichtssprache auszumerzen, um die sogenannte eidgenössische Seele durch eine alemannische Hochsprache zu retten, diente zur Mobilisation der nationalen Abwehrkräfte.³

Für eine erfolgreiche geistige Landesverteidigung war in der damaligen Situation die Verklärung eines autarken Schweizertums eine Notwendigkeit, doch erhielten viele Dinge aus diesem Zwang zur nationalen Abschliessung eine völlig verzerrte Darstellung. Wenn noch 1967 der Igel als das der Eidgenossenschaft gemässeste Wappentier bezeichnet wurde⁴, so unterstreicht dies, wie nachhaltig die auf Abwehr bedachte Haltung als Leitbild fortgewirkt hat. Auch die Diskussionen über die sogenannte Überfremdung offenbarten Auffassungen über schweizerische Eigenart, die der Volkstümelei näher standen als den historischen Gegebenheiten. Dabei wird verdrängt oder negativ beurteilt, dass den Schweizern vielfältige Anregung aus dem Ausland zugekommen ist und dass die ausländische Bevölkerung in fast allen Be-

reichen am Aufblühen des Bundesstaates wesentlichen Anteil genommen hat. Aus solch nationalistischer Sicht werden gewisse Aussagen berühmter Eidgenossen aus früheren Jahrzehnten völlig unverständlich. Manches, was Gottfried Keller oder Conrad Ferdinand Meyer geäussert haben, geriet in ein schiefes Licht. «Und daran will ich mein Leben setzen, den Schweizern zu zeigen, dass sie Deutsche sind»⁵ – ein solcher Satz aus dem Munde von Jacob Burckhardt wurde während des Dritten Reiches zur bedrohlichen Peinlichkeit. Denn für die Vermittlung des richtigen Situations- und Sinnzusammenhangs liess die Auseinandersetzung mit der Deutschtumspropaganda der Nationalsozialisten wenig Raum. Sie verunmöglichte eine sachliche Beurteilung und bewirkte stattdessen ein Klima des Misstrauens und der Verdächtigungen. War der Aufenthalt an einer deutschen Universität langezeit geradezu eine Selbstverständlichkeit gewesen, so schwieg man jetzt am besten über die dort verbrachte Studienzeit. Jene Eidgenossen, die eine Deutsche zur Ehefrau hatten, sahen sich von manchen Eiferern auf einmal in ihrer schweizerischen Gesinnung angezweifelt. Anderen wiederum wurde zum Bewusstsein gebracht, dass sie als Adoptivschweizer, auch wenn die Naturalisation schon eine oder gar zwei Generationen zurücklag, nur bedingt vertrauenswürdig seien. Die Skepsis fand Bestärkung durch manches traurige Beispiel aus den Reihen der Neubürger. Dass selbst während der Kriegszeit die nationalsozialistischen Organisationen im eigenen Lande geduldet werden mussten, obwohl diese unter dem Eindruck der anfänglichen Blitzsiegere dreister denn je auftraten, liess bei den Schweizern die Empörung ins Unerträgliche steigen. Diese dunkelste Phase der Geschichte der deutschen Ausländerbevölkerung endete mit dem Hinauswurf der verhassten Elemente. Die sogenannten Säuberungen waren wenig erhebende Akte der Selbstbefreiung.

Sind inzwischen auch drei Jahrzehnte vergangen, so vermag ein unbedachtes Wort oder eine falsche Geste immer noch leicht Empfindlichkeiten zu wecken, die alte Konflikte wieder anklingen lassen. Gustav Heinemann errang bei seinem Staatsbesuch im Jahr 1972 persönlich einen Sympathieerfolg, doch merkte auch die «Neue Zürcher Zeitung» zum Empfang des deutschen Bundespräsidenten an: «Die Beziehungen sind eng, von Herzlichkeit aber wäre höchstens auf persönlicher Ebene zu sprechen. Im Kollektiv wirken vergangene Erfahrungen nach und gibt es ein gewissermassen strukturelles Misstrauen des kleineren gegenüber dem grösseren Partner.»⁶ Eine Entgleisung eines deutschen Blattes führte damals sogar zu der Schlagzeile: «Springer-Presse entdeckt ‚Deutschenhass‘ in der Schweiz.»⁷ Von «Deut-

schenhass» war in den dreissiger und vierziger Jahren viel die Rede gewesen, doch haben solche Missklänge schon viele Jahrzehnte früher in verschiedenen Variationen die Gemüter auf beiden Seiten des Rheins erhitzt. Im gegenseitigen Verhältnis zwischen Schweizern und Deutschen wirken sich Erfahrungen und emotionale Momente aus, die schon im vergangenen Jahrhundert sowohl Phasen enger Freundschaft wie leidenschaftlicher Gegnerschaft geprägt haben und die weit über den zwischenstaatlichen Bereich hinaus in die Lebenssphäre der beiden Völker eingreifen. Die Geschichte eines Volkes ist ungleich komplexer als die seines Staates, und gerade bei dieser Thematik zeigt es sich, dass mit der traditionellen Diplomatiegeschichte keine Tiefe zu gewinnen ist.

Das Interesse dieser Studie gilt nicht zuletzt jenen Namenlosen aus Kleinbürgertum und Arbeiterschaft, die zu Unrecht der geschichtlichen Anonymität überlassen wurden. Aus der Perspektive des kleinen Mannes ergeben sich vielfältige neue Aufschlüsse. So ist die Geschichte der Deutschen in der Schweiz geradezu prädestiniert, durch eine entwicklungsgeschichtliche Analyse zur Versachlichung des schweizerisch-deutschen Verhältnisses beizutragen. Indem emotionale Verhaltensweisen in der historischen Dimension transparent und durch Vergleich rational erfassbar gemacht werden, verliert sich das absonderlich Irrationale, das ohnehin ein Relikt nationaler Abschliessung ist. Um jenen verfälschenden Verkürzungen der Perspektive zu entgehen, die nicht wenigen ausschliesslich auf den Zeitraum 1933 bis 1945 gerichteten Publikationen anhaften, ist es ein dringendes Gebot, die Entwicklungszusammenhänge möglichst umfassend aufzuzeigen. Die bisher vernachlässigte systematische Erforschung des neunzehnten und frühen zwanzigsten Jahrhunderts schafft für die Zeitgeschichte erst jene zuverlässigere Basis, die die jüngsten Ereignisse in einen Gesamtrahmen einzuordnen erlaubt.

Das gewählte Forschungsthema weist eine Reihe aktueller Bezüge auf, die nicht weniger Aufmerksamkeit verdienen. Das Gedeihen der Schweiz ist mit den Geschicken ihrer Ausländerbevölkerung eng verknüpft. Trotzdem ist deren Kolonieggeschichte erst rudimentär erhellt worden. Mit Erstaunen wird man gewahr, wie stark die Zuwanderer an der Ausformung von Institutionen beteiligt gewesen sind, die heute als spezifisch schweizerische Schöpfungen gelten. Das eigene Selbstverständnis wird neu zu überdenken sein, gibt man sich darüber Rechenschaft, in welcher fruchtbarer Weise von aussen Zugewanderte das hiesige Leben bereichert haben. Kaum ein Ort oder ein Lebensbereich, in dem nicht auch auf hier ansässige Deut-

sche zu stossen ist! In fast allen Zweigen von Kultur, Wirtschaft und Politik ist ihnen zu begegnen, sei es als Protagonisten des Fortschritts und des sozialen Wandels, sei es als Verfechter eines nationalistischen Konservativismus oder als Zwiegespaltene, in denen sich monarchistische und republikanische Strömungen zu seltsamen Mischformen verbanden. An den ideellen Auseinandersetzungen, die das neunzehnte Jahrhundert bewegt haben und die bis heute fortwirken, nahmen sie aktiven Anteil, und wiederholt waren gerade sie es, die neuen Ideen in der Schweiz die Bahn brachen.

Als Promotoren der politischen Kampfpresse entfesselten deutsche Flüchtlinge nach 1830 die heftigsten Wortgefechte für den Sieg der Regeneration und des Radikalismus. In revolutionären Geheimbünden organisiert, begannen sie von der Schweiz aus auf eine Umgestaltung der politischen Verhältnisse in ihrer Heimat hinarbeiten. Sowohl für die Schweiz wie für Deutschland waren sie Schrittmacher der frühen Arbeiterbewegung gewesen. Die Elite der in deutschen Landen unterdrückten Achtundvierzigerrevolution suchte im benachbarten Bundesstaat Zuflucht. Obwohl die gescheiterten Revolutionäre neben Zustimmung heftige Ablehnung fanden, haben auch nach der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts zumal Persönlichkeiten aus Kultur und Wissenschaft in der Schweiz eine neue Lebensexistenz gegründet, weil für ihre liberale Gesinnung in Deutschland kein Raum war. Dieser Zu- und Abfluss aktiver wie fortschrittlich gesinnter Kräfte hat die Verhältnisse dies- und jenseits des Rheines vielschichtig beeinflusst, und es wird mit die Aufgabe der vorliegenden Arbeit sein, diesen mannigfachen Einwirkungen nachzugehen. Wie sich zeigen wird, waren deutsche Zuwanderer nicht nur entscheidend an der frühen Arbeiterbewegung beteiligt gewesen, sondern sie spielten auch in den Jahrzehnten vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges zumindest in der Schweiz für die sozialistische Gedankenschulung eine bedeutende, bis anhin erst bruchstückhaft erforschte Rolle. Unter den Deutschen in der Schweiz haben aber auch die nationalistischen Strömungen, die einem ungehemmten Imperialismus das Wort sprachen, glühende Sympathisanten gefunden. Von den Schlagworten «Freiheit» und «Macht», die in den Anfängen der nationalen Bewegung *eng verknüpft gewesen waren, galt ihnen nur noch das letzte als erstrebenswertes politisches Ziel. Hatte die deutsch-schweizerische Gesinnungsfreundschaft vor der Reichsgründung im Zeichen der Hoffnung auf ein liberaleres Europa gestanden, so zeitigte das Erstarren der Nationalstaaten im Süden und im Norden der Schweiz eine latente Spannung, die das Aufgehen in einer überstaatli-

chen Sprach- und Kulturgemeinschaft problematisch werden liess. Dass der deutsche Einfluss im Kulturleben, aber auch in der schweizerischen Wirtschaft übermächtig wurde, weckte nationale Abwehrreflexe. Der ganze Problemkomplex, der unter dem Schlagwort «Überfremdung» während der letzten Jahre so leidenschaftlich diskutiert worden ist, wird ohne die Kenntnis um die analogen Kontroversen vor dem Ersten Weltkrieg nicht zu ergründen sein.

Die ursprüngliche Absicht des Verfassers war es gewesen, lediglich die «Landesgruppe Schweiz der NSDAP» zum Forschungsthema zu wählen. Während er hierzu ein umfangreiches Quellenmaterial erschloss, wuchs die Erkenntnis, dass eine derartige Einschränkung aller faktischen Akribie zum Trotz kaum den einer solchen Verkürzung immanenten Mängeln entgehen würde. Das unflätige Gebaren fanatischer Nationalsozialisten liess die Mehrzahl jener Deutschen, die sich gegenüber ihrem Gastland korrekt verhielten, völlig in den Hintergrund treten. Durch ihre forsche Agitation warfen sich die Nationalsozialisten zum Sprecher für alle Reichsangehörigen im Ausland auf und täuschten eine Repräsentanz vor, die ihnen in Wirklichkeit abging. Unter den Deutschen in der Schweiz fanden sich Mitte 1937 insgesamt 1364 Parteimitglieder; von den rund 120'000 Reichsangehörigen war nur jeder achtundachtzigste Mitglied der NSDAP.⁸ Aber selbst als Hitler den Zenit seiner Macht erreicht hatte, vermochte die «Deutsche Kolonie in der Schweiz» kaum die Hälfte der hier lebenden Reichsbürger an sich zu binden, obwohl die Zugehörigkeit zu diesem Gesamtverband notfalls auch durch Pressionen erzwungen wurde. Die antidemokratischen Umtriebe dieser Leute, deren bombastisches Auftreten in krassem Gegensatz zu der schalen Unbedeutendheit ihrer Person stand, haben die so vielfältig bewegte bis in die Anfänge des neunzehnten Jahrhunderts zurückreichende Geschichte der deutschen Ausländerbevölkerung in ein düsteres Licht gerückt. Die nationalsozialistische Epoche ist weder als *pars pro toto* noch isoliert zu betrachten.

Aus der Überzeugung, dass nur eine Gesamtdarstellung umfassenden Aufschluss über die entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhänge in den hiesigen deutschen Ortskolonien erbringen könne, wurde der Versuch gewagt, zunächst einmal für die ersten hundert Jahre bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Geschehnisse der deutschen Ausländerbevölkerung in ihren politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Aspekten zu erhellen. Dabei wurde die allzu oft strapazierte Perspektive der nationalen Selbstbezogenheit bewusst nicht zum Haupt Gesichtspunkt gemacht. Die als Problemstellung ohnehin fragwürdige Betrachtungsweise, die einzelne Vorgänge zuerst nach ihren sogenannten negativen oder positiven Auswirkungen auf die

schweizerischen Verhältnisse beurteilt, tritt in den Hintergrund. Im Zentrum des Interesses steht das Kräftespiel in jenem durch seine spezifischen Bedingungen gekennzeichneten Zwischenraum, in dem sich Ausländer bewegen. Hier sind Bindungen sowohl an den Heimatstaat wie an das Gastland wirksam. Das Leben der Ausländerbevölkerung verknüpft sich in mannigfacher Weise mit demjenigen ihres Gastlandes; insofern ist es reizvoll zu sehen, wie dem engeren Kreis der Schweizergeschichte zugehörige Ereignisse aus einer kaum bekannten Optik aufleben. Andererseits haben die politischen Ausländervereinigungen immer wieder auf die Verhältnisse in ihrem eigenen Heimatstaat einzuwirken versucht; daher widerspiegelt sich in ihren Geschicken auch die Geschichte ihres Landes, die aus diesem Blickwinkel zu beleuchten sich nicht weniger lohnt.

Nur allzu sehr ist die Geschichte der Deutschen in der Schweiz dazu angetan, sich in zahllose Geschichten aufzufächern und ins Uferlose auszuweiten. Allein von der Frage nach dem methodischen Vorgehen aus betrachtet liesse sich ein Verfahren denken, das durch zahllose Einzelstudien ein mosaikhaftes Gesamtbild zu gewinnen sucht. Auf diesem Weg hat Armin Wankmüller einen möglichen Ansatz gegeben, indem er allein den im 19. Jahrhundert in Graubünden eingewanderten Apothekern nachgegangen ist.⁹ Allerdings wird mit einem solchen Vorgehen nicht weit zu gelangen sein. Selbst wenn ein monumentales Kooperationswerk zustande käme, würde hieraus nicht eine Gesamtdarstellung über die deutsche Ausländerbevölkerung in der Schweiz resultieren, sondern eine Vielfalt von vielleicht nicht weniger interessanten Beiträgen zur Geschichte einzelner Bildungsanstalten, von Gewerkschaften und anderen Vereinigungen, von revolutionären Bewegungen, von Wirtschaftsunternehmungen, von Biographien bestimmter Persönlichkeiten und anderem mehr. Zwar soll die weitgefächerte Skala der kaum überschaubaren Aktivitäten nach Möglichkeit einbezogen werden, doch konzentriert sich das Hauptaugenmerk auf das Wesentliche dieser Ausländergeschichte: auf die Entwicklungslinien.

Von drei verschiedenen Betrachtungsebenen aus sucht die vorliegende Untersuchung ihr Forschungsgebiet zu erschliessen. Der erste Abschnitt legt das zwischen der deutschen Ausländerbevölkerung und ihrem Heimatstaat sowie deren Gastland bestehende Beziehungsgeflecht offen, um aufzuzeigen, unter welchen Bedingungen innerhalb dieses Dreieckverhältnisses die Lage der Deutschen in der Schweiz je nach der Konstellation durch eine Atmosphäre freundschaftlichen Einvernehmens begünstigt oder durch akute Spannungen verschlechtert worden ist. Epitheta wie «Kulturträger» und «erfolgreichste Pioniere unseres Exportes» haben auch auf die Ausland-

schweizer Anwendung gefunden, und die Forderung, die Auswanderung müsse nach Massgabe der Landesinteressen gesteuert werden, ist jedem Staat als legitim zuzugestehen.¹⁰ Später als bei uns ist in Deutschland erkannt worden, dass der Staat auch seinen Bürgern im Ausland verpflichtet ist, dass sie seiner Hilfe bedürfen und nicht einfach einem oft leidvollen Auswandererschicksal anheimgegeben werden können. Stattdessen waren es die Trägerorganisationen des deutschen Imperialismus, die sich zum Interessenvertreter der Deutschen im Ausland aufwarfen. Da sie diese zum Mittel einer auf territoriale Expansion drängenden Machtpolitik machen wollten, gerieten die deutschen Ausländerkolonien ins Zwielficht. Dem Aufkommen solcher Strömungen im Deutschland des neunzehnten Jahrhunderts sowie die Bedeutung dieser Tendenzen für die schweizerischen Verhältnisse wird bis zum Ersten Weltkrieg nachgegangen. Dabei wird deutlich, dass die Reichsgründung und die in ihr involvierte Entwicklung für die gegenseitigen Beziehungen tiefgreifendere Auswirkungen hatten, als dies bisher angenommen wurde.

Nachdem gleichsam der äussere Rahmen aufgezeigt worden ist, wenden sich die nachfolgenden Abschnitte dem eigentlichen Thema dieser Arbeit zu: der deutschen Ausländerbevölkerung in der Schweiz. Ausgangspunkt ist die Oppositionsbewegung, in der sich die Deutschen im Ausland während der anderthalb Jahrzehnte vor dem Ausbruch der Revolution von 1848 zusammengefunden haben. Denn diese hat den Grundstein für das Zusammengehörigkeitsgefühl gelegt, das für jede Art von Kolonieleben Voraussetzung ist.

Versinnbildlicht man die politische Entwicklung innerhalb der hiesigen deutschen Kolonien durch einen Baum, so verzweigt sich in den Jahrzehnten nach 1850 der Stamm in zwei Hauptäste, die sich dann ihrerseits wieder in je zwei Richtungen gabeln. Das erste Mal trennen sich die national-demokratisch gestimmten bürgerlichen Kräfte, die ein positives Verhältnis zur neuen Reichsgründung eingehen, von den sozial-republikanisch gesinnten Landsleuten, die als Mitglieder der deutschen Arbeiterbewegung im Ausland ihren Kampf nun gegen die gesamte bürgerliche Klassengesellschaft fortführen. Dieser letzte Ast, der in eine sozialdemokratische und in eine anarchistische Richtung divergiert, büsst seine Lebenskraft nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein. Dadurch ergibt sich für die chronologische Darstellung eine Zäsur, mit der dieser Abschnitt seinen natürlichen Unterbruch findet. Vom anderen Ast zweigen – ohne scharf getrennt zu sein – die Gruppierungen der nationalistischen Aktivisten ab, wie sie in den hiesigen Mitgliedern der Kriegervereine oder des

Alldeutschen Verbandes zu finden waren. Die derart skizzierte Hauptstruktur wird umfassen von einem vielschichtigen Beziehungsgeflecht, dessen Verästelung und Verstreungen so weit zu erhellen sind, wie dies der Rahmen einer Gesamtdarstellung erlaubt.

Dass sich diese Entwicklungslinien durch Jahrzehnte hindurch überhaupt verfolgen lassen, wird dank der verschiedenen Zentralisationen und Verbände möglich. Ihr Schicksal gibt gleichsam den roten Faden für eine Kolonieggeschichte ab, die in den bewegtesten Phasen der schweizerischen wie der deutschen Vergangenheit am interessantesten wird. Während einzelne Aspekte der Frühgeschichte bekannt sind, was eine Straffung der Darstellung ermöglicht, erschliesst die Untersuchung für die Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg Neugebiet. Wenig bekannt war, in welchem Masse deutsche Sozialisten zur Zuspitzung des Klassenkonfliktes vor 1914 beigetragen und auf eine Radikalisierung der schweizerischen Gewerkschafts- und sozialdemokratischen Parteiorganisationen hingewirkt haben. Das faktische Geschehen ist in die kausalen Zusammenhänge einzuordnen, wobei die soziale Lage der Ausländer in ihren spezifischen Bedingungen herausgearbeitet werden soll. Die einzelnen Lokalvereine vermitteln auch zahlreiche Aufschlüsse, die für die Geschichte einzelner Orte neue Impulse geben. Gerade die Analyse der von den deutschen Hilfsvereinen entfalteteten Tätigkeit ermöglicht es, die Situation der sozial ärmsten Schichten unter der Ausländerbevölkerung eingehender kennenzulernen, wodurch die Virulenz der Klassenantagonismen aus einem bisher weniger beachteten Blickwinkel sichtbar wird. Im Gegensatz hierzu steht das Erfolgsstreben der bürgerlichen Gruppierungen. In den Anfängen fiel dem deutschen Ordinarius an den Universitäten Zürich und Bern eine beherrschende Rolle zu, und der deutsche Schulmeister jener frühen Flüchtlingsgenerationen wirkte mit Erfolg auf die Reform des in überkommenen Formen erstarrten Erziehungswesens in Gemeinden und Kantonen hin. Im Zuge der Liberalisierung von Handel und Gewerbe erlangten deutsche Kaufleute zusammen mit den Kapitalgebern aus Deutschland einen Einfluss, der sich vor dem Ersten Weltkrieg in gewissen Bereichen zu einer Belastung der einheimischen Wirtschaft auswuchs. Andererseits entsprangen aus dem Pioniergeist manchen Einwanderers aber auch Unternehmungen, die heute als Verkörperung schweizerischer Leistungsfähigkeit gelten und zahlreiche Arbeitsplätze geschaffen haben. Die Mehrheit stellen kleinstbürgerliche Gewerbetreibende und Leute, die zwar national gesinnt und am Aufstieg Deutschlands zur Weltmacht teilhaben wollten, die jedoch aus der anony-

men Masse nicht heraustraten. Sie trugen mit zu den Ovationen bei, den die Republik Kaiser Wilhelm II. bei seinem Staatsbesuch von 1912 so überreichlich bereitete.

Losgelöst von der chronologischen Darstellung dienen die Buchabschnitte fünf und acht dazu, die gewonnenen Erkenntnisse durch den Beizug anderer methodischer Mittel zu überprüfen und zu erweitern. Obwohl durch die zahlreichen Verbände und Vereine das in sich gespaltene Kolonieleben innerhalb der deutschen Ausländerbevölkerung am besten einzufangen ist, bleibt die überwiegende Zahl jener Deutschen, die diesen Vereinigungen ihrer Landsleute fernstanden, davon unerfasst. Deshalb ist der letzte Hauptteil auf die Entwicklungsgeschichte der gesamten deutschen Ausländerbevölkerung gerichtet und wählt zu seinem Arbeitsmittel die Methoden der Statistik. Im Gegensatz zu den vorhergehenden Abschnitten wird hier der Zeitraum teilweise bis in die Gegenwart ausgedehnt. Denn die wesentlichen Veränderungen bringt erst der Erste Weltkrieg, weshalb sich die Verhältnisse vor 1914 weitaus klarer herausarbeiten lassen, wenn zum Vergleich die spätere Entwicklung vor Augen geführt wird. Zugleich kann die in Aussicht genommene Fortsetzung dieser Koloniegeschichte von umständlichen Wiederholungen entlastet werden. Der demographische Teil vermittelt nicht nur einen Überblick über die zahlenmässige Entwicklung der deutschen Ausländerbevölkerung, sondern er gibt auch Aufschluss über ihre geographische Streuung, über die Unterschiede zwischen den einzelnen Heimatgruppen, über Alter, Konfession, Zivilstand, Einbürgerungen usw. Die Untersuchung der sozialen Schichtung und damit der Berufsgliederung konkretisiert die Angaben über die wirtschaftliche Stellung der Deutschen in der Schweiz. Darüber hinaus finden sich statistische Tabellen in einzelnen vorhergehenden Kapiteln, so dass es möglich wird, hier durch zeitlich weiter auseinanderliegende Querschnitte die demographische Aufschlüsselung während eines umfassenderen Zeitraumes durchzuführen.

Die Zwischenbetrachtung untersucht am Beispiel von zwei deutsch-feindlichen Bewegungen, ob sich neben spezifischen Charakteristiken allgemeintypische Merkmale erkennen lassen, die den Konfliktursachen solcher deutsch-feindlichen Tendenzen immanent sind. Andererseits werden auch die Voraussetzungen deutlich, die die Phasen des Konsenses begünstigen. Auf dem Weg über die komparative Methode findet der Begriff «Deutschenhass» in seiner Undifferenziertheit eine von Emotionen freie Auflösung. Lässt sich das schweizerisch-deutsche Verhältnis durch die kritische Auswertung der gewonnenen Erfahrungen aus der Distanz insgesamt sachlicher als bisher beurteilen, so wird die Analyse des fast unbekanntes «Schweizerischen volksthümlichen Vaterlandsverein» Ursachen und Arbeitsweise einer aus-

länderfeindlichen Bewegung freilegen, bei der sich die Parallelen zur Gegenwart dem Leser selbst aufdrängen.

Als Primärquellen dienten vor allem jene schriftlichen Unterlagen, die aus dem Kreis der Deutschen selbst stammen. Während sich die amtlichen Berichte oft auf Mittelsmänner stützten, vermitteln die Vereinsakten den unmittelbaren Einblick. Langwierige Recherchen dienten dazu, neben bekannten Beständen neue Quellenmaterialien zu erschliessen, die sich nicht nur in staatlichen Archiven oder Bibliotheken befinden. So war es möglich, im Einzelnen zu rekonstruieren, wie der «Verein für das Deutschtum im Ausland» auf geheimen Wegen deutschsprachige Schulen im Jura mit Geld zu unterstützen strebte. Auch wäre es sonst kaum gelungen, am Beispiel eines prominenten Zeitungsgründers in Zürich eine detaillierte Untersuchung des politischen Ideengefüges eines hiesigen deutschen Chauvinisten vorzunehmen. Wie sich zudem zeigen wird, kam der entscheidende Anstoss zur Gründung des «Alldeutschen Verbandes» aus der Limmatstadt. Während die Unterlagen zu den nationalistischen Vereinen schwierig zu eruieren waren, weil diese Gruppen mit ihrer Zielsetzung, die nationale Gesinnung zu pflegen und den Einfluss Deutschlands zu stärken, selbst im lokalen Bereich von ihrer Existenz nur rudimentäre Spuren hinterliessen, erbrachte die Auswertung der Jahresberichte der deutschen Arbeitervereine sowie deren Zentralisation für die Jahre vor dem Ersten Weltkrieg ein besonders reichhaltiges Ergebnis. Als wertvoll erwiesen sich auch die wiederaufgefundenen Protokolle des Arbeiterbildungsvereins «Eintracht» in Zürich, auf die Hans-Ulrich Jost zuerst aufmerksam gemacht hat.¹¹ Dank dieser Akten war es möglich, die Geschichte dieses langezeit grössten Arbeitervereins in der Schweiz von den Anfängen bis zur Auflösung wenigstens in den Grundzügen aufzuzeigen.

Die enge Gesinnungsverwandtschaft zumal mit den Süddeutschen begünstigte die Beteiligung von Österreichern an den deutschen Vereinen im Ausland, wo grossdeutsche Ideen auch nach 1871 lebendig geblieben sind. So vermag es nicht zu überraschen, dass die Österreicher in der Schweiz kaum zu einem gesonderten Kolonieleben von einiger Bedeutung gelangt sind. Selbst das Experiment, eigenständige österreichisch-ungarische Arbeitervereine zu gründen, blieb ohne nachhaltigen Erfolg. Die Geschichte der Deutschen in der Schweiz ist denn auch zu einem guten Stück die Geschichte der hier lebenden Österreicher. Diese sind, wie das markante Beispiel von Friedrich Adler deutlich macht, hier gemäss ihrer Relevanz miteinbezogen worden.

Nicht jeder Leser wird Neigung und Musse haben, den Verfasser auf allen Seiten

dieses Buches zu begleiten. Eine klare Gliederung sowie entsprechende Register am Schluss des Bandes suchen die Auswahl zu erleichtern. Aus analogen Erwägungen wurde der wissenschaftliche Apparat an den Schluss des Textes verlegt, was andererseits erlaubte, in den Anmerkungen zusätzliche Informationen unterzubringen, die über einen blossen Literaturhinweis hinausgehen. Die ausgebreitete Stofffülle kommt auch denjenigen zugute, die sich jetzt oder beim späteren Nachschlagen über die sie interessierenden Fragen eingehender informieren möchten. Obgleich für die Gesamtdarstellung während Jahren ein umfangreiches Material sowohl an Primärquellen wie an Sekundärliteratur gesammelt und verarbeitet worden ist, wurde aus Gründen der Übersichtlichkeit davon Abstand genommen, alle Phasen in jener Ausführlichkeit darzustellen, zu der sie den im Einzelnen Verweilenden verlocken. Soweit nicht auf einschlägige Publikationen aufmerksam gemacht werden konnte, wurde auf Lücken, die noch einer vertiefenden Detailstudie bedürfen, besonders hingewiesen.

Wenn das Wagnis unternommen wurde, ein derart umfangreiches Gebiet in seinen Zusammenhängen zu ergründen, so durfte dies nur im Vertrauen darauf getan werden, dass die gesetzten Grenzen auch beim Leser Zustimmung finden würden. Je mehr ich mich in die Materie vertiefte, je umfangreicher die miteinbezogenen Unterlagen wurden, desto unabdingbarer wuchs die Gewissheit, wie bescheiden der eigene Beitrag bleiben muss in Anbetracht dessen, was es an Forschung noch zu leisten gilt.

II Das Deutschtum im Ausland – Ansätze zu seiner Verfremdung als Mittel der Machtpolitik

1. Zur Terminologie

Kaum ein Begriffsvokabular klingt derart verstimmt wie die der Ethnographie zugehörigen Termini, mit denen der völkische Imperialismus schlimmsten Missbrauch getrieben hat. Es wäre wenig ergiebig, hier in eine Diskussion darüber einzutreten, was etwa unter dem Begriff «Volkstum» zu verstehen sei. Eine etymologische Analyse hätte auf die Bedeutung der Wiederentdeckung der «Germania» des Tacitus (1455) hinzuweisen und müsste zumindest bei J.G. Herders Verständnis von «Volks-tümlichkeit» einsetzen, obwohl der Begriff erst im Jahr 1810 von Friedrich Ludwig Jahn mit seiner Schrift «Deutsches Volkstum» geprägt worden ist. Die politische Zweideutigkeit mancher dieser Wortschöpfungen resultiert daraus, dass sie je nach Anwendungsbereich einen veränderten Inhalt aufweisen. Gleichwohl kann auf den Begriff «Deutschtum im Ausland» nicht verzichtet werden. Kein Ersatz vermag seine Unschärfe und die darin verborgene potentielle Aggressivität in gleicher Weise zum Ausdruck zu bringen. Denn er ist nicht nur auf die deutschen Staatsangehörigen im Ausland beschränkt, sondern unabhängig von den staatsrechtlichen Bindungen auf alle Personen ausgeweitet worden, die die deutsche Sprache und Art ausserhalb Deutschlands in noch erkennbarer Form bewahrt haben. In Übersee, wo den Auswanderern auf die Dauer kaum eine andere Möglichkeit als die Einbürgerung blieb, war es für die Zugehörigkeit zur deutschen Kolonie unerheblich, ob der Deutschbrasilianer oder der Deutschamerikaner die Staatsangehörigkeit seines Herkunftslandes zugunsten derjenigen seines Niederlassungsstaates aufgegeben hatte. Dieses «Deutschtum» wurde in der überwiegenden Mehrheit von Personen getragen, die möglicherweise seit Generationen Staatsbürger eines von Europa weit entfernten Landes waren. Welche Konflikte im geopolitischen Spannungsfeld des engerräumigen Europa aus solchen Formen der Doppelbindung entstehen konnten, lässt sich an der Geschichte der deutschen Minderheiten verfolgen. Auch in bezug auf die deutschsprachige Schweiz machte der Terminus «Deutschtum im Ausland» Ansprüche geltend, die sich über die hier lebenden deutschen Staatsangehörigen hinaus auf den Einbezug aller Deutschschweizer richteten. Obwohl erst die im Versailler Vertrag besiegelte Niederlage mit den geforderten Gebietsabtretungen die Massenflucht in die völkische Ideologie gebracht hat, sind die wichtigsten Grundzüge der deutschen Volkstumspolitik schon vor dem Ersten Weltkrieg entwickelt worden. Mochte der Begriff «Volksdeutsche» in Übersee oder in gewissen osteuropäischen Gebieten zur geläufigen Bezeichnung werden, so war seine Anwendung auf die Schweiz nicht

nur deplaziert, sondern eine Herausforderung an die nationale Unabhängigkeit. Die Nähe zu Deutschland hat hier das Bewusstsein für Abgrenzungen besonders geschärft. Mit der Einbürgerung überschritt auch der Ausländer eine Scheidegrenze. Selbst wenn er weiterhin am früheren Vereinsleben teilnahm, hatte seine Stellung innerhalb der deutschen Kolonie eine Veränderung erfahren. Indem der Neubürger die Ungewissheit des Ausländerstatus mit der Zugehörigkeit zur staatlichen Gemeinschaft vertauscht hatte, unterstand er neben den eingeräumten Rechten anderen Pflichten, die der Einzelne allenfalls missachtete, aber nicht aufheben konnte. Das wirtschaftliche Fortkommen, die kulturelle und politische Betätigung dieser Eingebürgerten in ihrer Adoptivheimat birgt den reichen Stoff für eine gesonderte historisch-soziologische Studie, die auf die Frage, was eigentlich schweizerische Eigenart ist, überraschende Aufschlüsse erbringen wird. Im Zentrum dieser Untersuchung stehen grundsätzlich die deutschen Staatsangehörigen, während die Eingebürgerten, je mehr sie sich dem Kolonieleben entziehen, aus dem dieser Ausländergeschichte eigenen Blickfeld entschwinden.

In ihrem weitestgefassten Sinn ist unter der «deutschen Kolonie» die gesamte deutsche Ausländerbevölkerung einer bestimmten Region oder der Eidgenossenschaft überhaupt zu verstehen; insofern lässt sich sagen, es werde hier von der deutschen Kolonie in der Schweiz gehandelt. Der Terminus ist jedoch, was mitunter in der Schreibweise zum Ausdruck kommt, doppeldeutig und in seiner engeren Bedeutung politisch vorbelastet. Mit dem Ausdruck «Deutsche Kolonie» assoziieren diejenigen, welche den Zweiten Weltkrieg bewusst miterlebt haben, zumeist ihre negativen Erfahrungen mit den chauvinistischen Ausländervereinigungen antidemokratischer Tendenz. Sie beziehen sich auf die «Deutsche Kolonie in der Schweiz», die im Jahr 1940 als nationalsozialistischer Dachverband aller deutschen Organisationen in der Schweiz gegründet worden ist. Ihr Ziel war es, die hiesigen Reichsdeutschen vor den Einwirkungen aus der Umgebung ihres Gastlandes abzuschirmen und sie zur blinden Gefolgschaft gegenüber Hitlerdeutschland zu verpflichten. Allenfalls weckt der Ausdruck «Deutsche Kolonie» Assoziationen an den Hurratriotismus während des Deutschen Kaiserreiches und bestärkt den Eindruck von einer traditionell nationalistischen und reaktionären Vereinigung. Einer solchen Beurteilung entgehen jedoch die wesentlichen Einschränkungen, die es verunmöglichen, die Deutschen Kolonien um die Jahrhundertwende vom Erscheinungsbild des nationalsozialistischen Gesamtverbandes aus zu erschliessen. Denn die Deutschen Kolonien früherer Jahrzehnte hatten an den einzelnen Orten kaum eine fassbare Organisationsform erreicht.

Was sie zusammenhielt, war in den Jahren vor 1918 ihre kaisertreue und nationalis-tische Gesinnung, und was sie zu den Feiern von Kaisers Geburtstag und ähnlichen Anlässen in Bewegung setzte, war ein Ausschuss, in den die «reichstreuen» Vereine ihre Delegierten entsandten. Doch schon lange bevor der Graben zu den sozialdemo-kratisch gesinnten Landsleuten unüberbrückbar geworden war, hatte der Begriff «Deutsche Kolonie» Verbreitung gefunden. Die Ursprünge reichen zurück bis in die Zeit des Vormärz, als sich nationale und revolutionär-fortschrittliche Kräfte zum Kampf für ein geeintes und freieres Deutschland verschworen hatten. Wie weit wa-ren doch diese frühen Koloniegemeinschaften, in denen sich die in den deutschen Staaten unterdrückte Opposition sammelte, von jener im Jahr 1940 gegründeten «Deutschen Kolonie» entfernt! Gleichwohl blieben dieser Entwicklung, wenn auch nicht in logischer Konsequenz, bestimmte Wirkungsfaktoren immanent, die sich von den Anfängen bis zur späteren extremen Ausprägung verfolgen lassen. Die formende Kraft, die die Vereinzelung überwand und damit deutsches Kolonieleben in der Schweiz entstehen liess, war primär das nationale Moment. Es blieb der bestim-mende Faktor, und mit dem Wandel, den das Nationalbewusstsein bis zum modernen Nationalismus durchlief, beschritt auch die deutsche Kolonie die verschiedenen Stu-fen der Verengung, bis sie des gewichtigeren Teils ihrer Landsleute ganz verlustig ging. Die Art und Weise der staatlichen Konkretisation des Nationalen, die Konzep-tion des deutschen Nationalstaates und sein Verhältnis zu den Deutschen im Ausland hatte somit für die hiesigen Kolonien wie für das Gastland eine Bedeutung, die nach eingehender Erhellung ruft.

2. Der deutsche Nationalstaat in seinem Verhältnis zu den Deutschen im Ausland

Qu'est-ce qu'une nation? Die Antwort, die Ernest Renan 1882 auf diese für Genera-tionen strittige Frage gegeben hat, fand in dem vielzitierten «un plébiscite de tous les jours» eine überspitzte, in der folgenden Feststellung aber ihre grundsätzliche Formulierung: «Une nation est une âme, un principe spirituel.»¹ Gerade im Mehr-sprachenstaat Schweiz lag eine Berufung auf Renan nahe, um sich den Zumutungen eines völkischen Imperialismus zu entziehen.² Die Frage lässt sich heute nicht mehr, wie dies noch in der Studie von Guido Hunziker getan worden ist,³ in Fortführung der gedankentiefen Bahnen eines Ernest Renan oder Friedrich Meinecke⁴ beantwor-ten.

Durch die zahlreichen neuen Staatsbildungen im Zuge der Dekolonialisierung erfuh der Begriff eine Erweiterung, die die Versuche zu einer Definition von einem völlig veränderten Ansatz ausgehen lässt. Einen gangbaren Weg hat Eugen Lemberg mit seinem der Soziologie entnommenen methodischen Vorgehen gewiesen, das nach den Eigenschaften und Merkmalen jener «Integrationsideologie» forscht, die die kohäsive Kraft einer «Grossgruppe» beinhaltet.⁵ Mag eine solche Neubestimmung die Diskussion zunächst eher herausfordern als beenden, so hilft sie doch, und hierin ist die entscheidende Wende zu erblicken, die bisherigen alternativen Typologiebildungen zu überwinden. Durch sie tritt offen zutage, wie mühsig es ist, zwischen jener von der Französischen Revolution geprägten Konzeption der Willens- oder Staatsnation und dem von der deutschen Romantik verklärten Bild der Volks- und Kulturnation wählend abzu wägen, abgesehen davon, dass die Unterscheidung zwischen einem deutschen und einem französisch-angelsächsischen Nationaltypus der historischen Wirklichkeit unzulänglich entspricht. In Frankreich entbehrte der Nationalismus der sprachlichen und ethnischen Momente nicht, während der völkische Nationalismus in einer späteren Phase der nationalstaatlichen Entwicklung sich der staatlichen Mittel zur Verwirklichung seiner Ziele sehr wohl zu bedienen wusste. Wie problematisch hier eine mit statischen Begriffen arbeitende Typologie ist, hat Theodor Schieder deutlich gemacht.⁶ Vor allem aber, dies zeigt Lemberg an der Austauschbarkeit der nationbildenden Merkmale auf, sind Sprache, Abstammung, Kulturgemeinschaft oder das Geschichtsbild und die Staatszugehörigkeit Kriterien ohne Verbindlichkeit.⁷ Nicht sie sind es, die Nationen als solche objektivierend definieren. Was Nationen formt, ist eine gemeinsame Bewusstseinshaltung. Ob nun die ihr eigenen Vorstellungen, Wertungen und Normen, ob nun beispielsweise das Geschichtsbild, das eine integrierende Kraft ausübt, dem objektiven Sachverhalt entspricht oder nicht, ist für die Ausbildung des Nationalismus stets von inferiorer Bedeutung gewesen. Vor allen anderen Dingen «eine Geisteshaltung» hat denn auch Hans Kohn den Nationalismus genannt, dessen Entstehung von ihm Jahrhunderte zurück verfolgt worden ist.⁸

Zumindest auf die deutsche Situation bezogen, bleiben der Gegenwart, die den Nationalismus aus seiner friedens- und freiheitsbedrohenden Exzessform kennt, die ursprünglich progressiv-revolutionären Züge des erwachenden Nationalbewusstseins fremd.⁹ Da selbst frühen Manifestationen deutscher Nationalbegeisterung eine suspekta Ambivalenz anhaftet, ergibt sich zusammen mit späteren Strömungen im deutschen Nationalstaat eine Perspektive, die dazu verleitet, die Linien zur Fehlentwicklung einseitig und damit verfälschend auszuziehen. Wohl lässt sich in gewissen

nationalen Kundgebungen, die sich am Kampf gegen Napoleons Unterdrückung entzündet haben, ein Gleichklang mit alldeutschen Tönen vernehmen;¹⁰ aber diese Parallele ist durch den Verweis auf die ganz anders geartete Situation stark zu relativieren. Ansonsten werden Geschichtsinterpretationen möglich, denen etwa Karl Barth Anfang 1945 Ausdruck verliehen hat; er deutete Friedrich den Grossen, Bismarck, Hindenburg und Hitler als Marksteine eines geradlinigen, in den Abgrund führenden Weges.¹¹ Die simplifizierende Auffassung vom «geradlinigen, völlig logischen Verlauf» der deutschen Geschichte wurde noch Anfang der sechziger Jahre vom amerikanischen Historiker William Shirer vertreten.¹² Die spezifische Problematik des deutschen Nationalstaates ist in der geschichtshermeneutischen Studie von Hannah Arendt besonders eingehend durchdacht worden.¹³ Im Gegensatz zu Shirer gelangte sie zur These, im Dritten Reich sei eine neue Staatsform zu erblicken, deren Ursprünge im «Niedergang und Zerfall des Nationalstaates und dem anarchischen Aufstieg der modernen Massengesellschaft» zu finden sind.¹⁴ Inzwischen hat die Streitfrage, ob mit dem Untergang des Zweiten Reiches und der Weimarer Republik auch der deutsche Nationalstaat sein Ende gefunden habe, weil er der andersgearteten Konzeption eines Weltreiches weichen musste, oder ob der Nationalstaat durch Hitler ins Extreme ausgeweitet und deformiert worden sei, mit der zeitlichen Distanz auch vieles von ihrem antithetischen Charakter verloren. Sowohl die einzelnen Zeitabschnitte wie das Hervortreten bestimmender Persönlichkeiten rücken immer mehr in den Rahmen einer Gesamtschau, die die ganze Dauer des staatlich geeinten Deutschland umschliesst und die Vorgeschichte seiner Entstehung miteinbezieht. In diese Zusammenhänge ist jener wenig beleuchtete Aspekt einzuordnen, der hier unmittelbar interessiert: die Frage nach dem Integrationsvermögen, das der nationalen Staatswerdung für die Deutschen im Ausland zuzumessen ist. Zwar schafft erst die Reichsgründung von 1871 die Voraussetzungen, um von einer Gesamtheit der deutschen Staatsangehörigen im Ausland sprechen zu können. Nach der Verwirklichung von Bismarcks Reichskonzeption blieb das Verhältnis des neuen Staates zu seinen Angehörigen im Ausland auffallend reserviert auch dort, wo Gegensätze und offene Konflikte entfielen. Erst die völkische Reichskonzeption der Alldeutschen suchte dieses Verhältnis in neue Bahnen zu leiten. Doch die in Bewegung setzende Kraft, die die Situation der Deutschen im Ausland revolutioniert hat, war nicht von der Reichsgründung, sondern von der nationalen Einigungsbewegung des beginnenden neunzehnten Jahrhunderts ausgegangen.

2. 1 Das Nationalbewusstsein als Integrationskraft

Dem Fremden ist in der Gestalt des Asylsuchenden, des Verschleppten oder des Wanderers zu allen Kulturepochen zu begegnen. Angefangen beim schutzlosen peregrinus der Antike, ist sein Los durch die besonderen Einschränkungen seines Rechtsstatus im Wandel der Zeiten gezeichnet. Erst der Absolutismus und schliesslich vor allem das neunzehnte Jahrhundert haben ihm die wesentlichen Verbesserungen auf dem Weg weitgehender Gleichberechtigung gebracht. Die tiefgreifenden Veränderungen, die die moderne Ausländergeschichte von ihren Vorläufern abhebt, sind aber nicht nur rechtlicher und ökonomischer Natur. Im Vordergrund steht vielmehr die alles verändernde Wirkung der Französischen Revolution, die den Dritten Stand zum Träger der Nation erhob und die der Gesamtheit der französischen Staatsbevölkerung in der Nation eine neue, von einem besonderen Sendungsbewusstsein geprägte Individualität verlieh. Die Entstehung des Nationsbegriffs in Deutschland vollzog sich unter wesentlich ungünstigeren Bedingungen. Voraussetzung war, dass es zuerst zur Loslösung aus der geistigen Bevormundung durch die französische Kultur kam. Barock, Aufklärung und Romantik bezeichnen die drei Stilepochen der nationalen Selbstfindung, die in der Entdeckung und Verteidigung der eigenen Sprache die Literatur zu höchster klassischer Reife hob. Wollte sich die Kulturnation zur politischen Einheit verfestigen, so musste im bisherigen Verhältnis zum Staat eine Umwandlung eintreten, die weit darüber hinaus zielte, nur die Zersplitterung des in Auflösung begriffenen «Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation» zu überwinden. Denn die ihm zugehörigen halbsouveränen und souveränen Territorien waren von den dynastischen Besitzverhältnissen in einer Weise geformt worden, die eine gemeinsame Identifikation unter den Deutschen hinderte. Träger dieser Nation war der Adel, der in den Kategorien einer Herrschaftsschicht dachte, die in ihrem weitläufigen verwandtschaftlichen Beziehungsgeflecht eine über ethnischen Schranken stehende Kultur pflegte und die in der Politik ihre eigenen territorialen Interessen verfolgte. Die von ihnen Abhängigen waren in der ständisch gegliederten Gesellschaft von dieser Art der Nationsbildung ausgeschlossen. Den dynastischen Territorialstaaten blieb das Schicksal ihrer Glieder, hatten sie einmal ihr Gebiet verlassen, gleichgültig; einzelne Ausnahmen galten nicht den Menschen, sondern handfesten wirtschaftlichen Interessen. Die Politik der Kabinette schuf und teilte Territorien, deren Einwohner sich mit einer neuen Herrschaft auch einer neuen Gemeinschaft zugehörig zu fühlen hatten. Solange es an ausserterritorialen Kriterien für eine an-

dersgeartete Identifikation fehlte, liess sich ein Nationalitäten- und Minderheitenproblem nicht artikulieren. In Preussen war diese Art der Nationsbildung durch den Staat am weitesten fortgeschritten, indem Friedrich der Grosse als Herrscherpersönlichkeit zur Integrationsfigur des preussischen Nationalismus wurde.

Der romantische Volksbegriff, wie er in Herders Personifikation des Volkes seinen Ausdruck fand, musste eine politische Bewegung, die ihn mit den Ideen der Französischen Revolution verband, in Gegensatz zum dynastischen Ordnungsprinzip Mittel- und Osteuropas führen. Das aus bürgerlichen Schichten geborene neue Nationalbewusstsein fusste auf einer Souveränitätsauffassung, die an Stelle der ständischen eine egalitäre staatstragende Gesellschaft setzte. Der Nationalismus bürgerlicher Provenienz dachte in sprachlich-völkischen Kategorien und strebte nach Auflösung der dynastischen Territorien, um die Kultur- und Sprachnation in einer einzigen staatlichen Gemeinschaft zusammenzufassen. Erst dieses gestärkte Bewusstsein ethnischer Solidarität bot auch den Deutschen ausserhalb ihrer Heimatteritorien die Möglichkeit, an der nationalen Gemeinschaft zu partizipieren. In den Freiheitskriegen gegen Napoleons Unterdrückung begann sich die nationale Einigungsbewegung erstmals mächtig zu rühren. Da sie an den gegebenen Verhältnissen ihrer Umwelt gemessen nicht anders als eine revolutionäre Kraft sein konnte, wurden ihre Kündler und Anhänger verfolgt, sobald die französische Vorherrschaft gebrochen worden war. Nicht wenige von ihnen suchten in der Schweiz Zuflucht und kämpften von hier aus gegen die restaurativen Ordnungsmächte und für ein national geeintes und freiheitlicheres Deutschland. Sie sind die eigentlichen Initiatoren nationalpolitischer Aktivitäten unter den Deutschen in schweizerischen Orten. In den deutschen Kolonien im Ausland fand sich gleichsam in Vorwegnahme des angestrebten Ideals das andere Deutschland zusammen, vereinigt in gemeinsamen Gesinnungsgruppen ohne Grenzen und in kritischer Distanz zu den heimatlichen Machtstrukturen. Wie sich diese Einstellung mit der Zeit gewandelt hat und nach der Reichsgründung auf eine Polarisation hintenderte, ist aus der Kolonieggeschichte selbst zu erhellen. Die Fragestellung, die den hier angesprochenen Aspekt fortführt, zielt gerade umgekehrt auf die Haltung des deutschen Nationalstaates zu seinen Angehörigen im Ausland.

2. 2 Der Staat Bismarcks und die völkische Reichskonzeption der Alldrutschen

Weshalb Bismarcks Reichsgründung nicht lediglich als ein Nationalstaat unvollkommener Art aufzufassen ist, findet sich in den Darlegungen von Hans Rothfels¹⁵ und anderen¹⁶ verschiedentlich beantwortet. Von der «eigentümlichen Distanz» Bismarcks zum Nationalstaat spricht Theodor Schieder und gelangt zur Feststellung, dass für ihn der Nationalstaat nur das wirksamste Instrument darstellte, um einen historischen Staatsgedanken, den preussischen, zum Siege zu führen.¹⁷ Diese «eigentümliche Distanz», war sie im Grunde genommen nicht vielmehr ein Gegensatz? Vom Staat und nicht vom Volk her ist Bismarcks Denken bestimmt worden. In diesem Sinne muss sein bedeutsames Bekenntnis verstanden werden, niemals daran gezweifelt zu haben, «dass der Schlüssel zur deutschen Politik bei den Fürsten und Dynastien lag und nicht bei der Publicistik in Parlament und Presse oder bei der Barrikade».¹⁸ Jenen Organen wie Presse oder Parteigruppen, in denen sich der Volkswille am unmittelbarsten hätte äussern können, mass er für die Vermittlung des nationalen Gedankens keine staatstragende Funktion zu. Einem deutschen Staat, in dem die Dynastien beseitigt würden, räumte er kaum Überlebenschancen ein: «Die Deutschen würden fester geschmiedeten Nationen zur Beute fallen, wenn ihnen das Bindemittel verloren ginge, welches in dem gemeinsamen Standesgefühl der Fürsten liegt.»¹⁹

Angesichts seiner Grundhaltung, die das Festhalten an der altpreussischen und autoritären Staatsauffassung verriet, spielten für ihn Nationalitätenprobleme eine untergeordnete Rolle. Zwar wusste er gegebenenfalls ausserhalb der staatlichen Grenzen gebliebene Deutsche in seine Politik einzubeziehen. Zumindest hat Otto Becker einige Selbstaussagen Bismarcks ausfindig gemacht, die eine Rücksichtnahme auf ethnisch-nationale Gesichtspunkte unterstreichen würden.²⁰ Aber wenn er ihnen, und dies beizufügen darf nicht unterlassen werden, Rechnung trug, dann nur zum Nutzen einer am Staate orientierten, dem Völkischen abgeneigten Interessenpolitik. Wie fremd ihm der Sprachnationalismus bis zuletzt gewesen ist, illustrierten eindrücklich die Worte, in denen Bismarck am Lebensende noch einmal seiner innersten Überzeugung gegenüber einer Abordnung von Anhängern Georg von Schönerers Ausdruck verlieh, die mit der ihm zugedachten «grossdeutschen» Huldigung scharf kontrastierte: «Sie können Ihr Wohlwollen für Ihre Stammesgenossen im deutschen Westreich nicht wirksamer betätigen, als indem Sie Ihre Beziehungen zur eigenen

Dynastie pflegen, und mehr von der Seite des Gemütes wie von der des Verstandes und der juristischen Argumente pflegen und beurteilen.»²¹ Mitteleuropa blieb für Bismarck ein durch Dynastien getragenes zusammenspielendes Gefüge, das durch eine völkische Politik zumal in Österreich-Ungarn tödlich getroffen worden wäre. Besonders aufschlussreich ist die Studie von Wilhelm Mommsen, der die Termini «Volk, Nation, Vaterland und Deutschland» im Wortgebrauch Bismarcks untersucht hat.²² Sie sind, so lassen sich ihre Ergebnisse zusammenfassen, von Ausnahmen abgesehen durch die staatliche Bezogenheit bestimmt und beschränken sich auf Preussen und auf den preussisch ausgeweiteten Begriff des kleindeutschen Staates von 1871. Kennzeichnend ist der Hinweis Mommsens, dass der Kanzler den Begriff «Reich» entsprechend der damaligen Wortbedeutung auf grössere Staaten ohne spezifische Sinnggebung anwandte. Historische Parallelen zur Geschichte des mittelalterlichen Reiches zog er eher selten; von einem eigentlichen Reichsgedanken bei Bismarck kann nicht gesprochen werden.²³

Als Bismarcks Reichsgründung ist der kleindeutsche Bundesstaat in die Geschichte eingegangen. Diese Formulierung ist jedoch irreführend. Denn sie lässt vergessen, dass es zwei verschiedene Traditionen waren, jede vielschichtig in ihrer Art, die die Grundlage des Zweiten Reiches bildeten. Ohne die durch die nationale Bewegung geleistete Wegbereitung hätte Bismarck die Einigung von oben nicht vollbringen können. Der mit den Begriffen Staat/Volk angedeutete Dualismus war dieser Staatsschöpfung von Anfang an immanent. Wenn er bis 1890 kaum in Erscheinung getreten ist, so aus zwei Gründen: Zunächst bedeutet 1871 auch jenen Erfüllung, die einst für ein weitergreifendes nationalstaatliches Raumgebilde eingetreten waren. Die Dominanz Bismarcks liess langezeit keine Gedanken an eine andere Reichskonzeption aufkommen. Es ist kein Zufall, wenn mit Bismarcks Entlassung neue politische Kräfte erstarkten, die die Umgestaltung des Reiches in einen «wirklichen» Nationalstaat forderten. Dabei hat insbesondere der Alldeutsche Verband nichts unversucht gelassen, um seine Tätigkeit so darzustellen, als ob sie sich unmittelbar auf Bismarck stütze und ganz in seinem Geiste erfolge. Während der letzten Jahre des Kaiserreiches erschien Bismarck in alldeutscher Sicht gar «als Stammvater der völkischen Bewegung»,²⁴ ein Paradoxon, dem auch die erwähnte Fehlinterpretation Karl Barths zum Opfer gefallen ist. Was Alldeutschtum war, hat Ernst Hasse²⁵ in seinem bisher wenig beachteten Werk «Deutsche Politik»²⁶ wegleitend zum Ausdruck gebracht. Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes hat in seinen Schriften eine Alternativkonzeption des Deutschen Reich entwickelt, die damals weit über die

in bürgerlichen Parteien herrschenden Vorstellungen hinausging und für den völkischen Imperialismus schrittmachend gewesen ist. Darin wies er dem Deutschtum im Ausland eine neue Bedeutung zu, indem er es zum unmittelbaren Träger deutscher Interessen- und Machtpolitik aufwertete. Schon der 1881 in Berlin gegründete «Allgemeine Deutsche Schulverein» war von den überstaatlichen völkischen Begriffskategorien ausgegangen.²⁷ In welcher Weise auch legitime Anliegen einer Unterstützung von Deutschen im Ausland einer expansiven Machtpolitik untergeordnet werden sollten, wurde erst in Hasses alldeutscher Gesamtschau mit aller Deutlichkeit offengelegt.²⁸ Ihm zufolge bestimmten vier Komponenten den Begriff «Nation»; Die Sprachgemeinschaft, die er im Gegensatz zu den drei weiteren Eigenschaften für eine unabdingbare Voraussetzung hielt, die übereinstimmende Abstammung, die gemeinsame politische und kulturelle Entwicklung und das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit.²⁹ Die Staaten unterschied er nach der Art ihrer Entstehung: Den durch die Herrschaftsausübung geprägten Dynastiestaat, den nach Friedrich Ratzels Raumtheorien interpretierten Territorialstaat sowie einen gemäss der Formel «Das Volk schafft den Staat» charakterisierten National- und Völkerstaat. Wohnen mehrere Nationalitäten gleichberechtigt miteinander wie im Fall der Schweiz, so spricht Hasse von Völkerstaaten. Nach seiner Auffassung muss der Nationalstaat, der nur von einer Nation getragen wird, die volle Übereinstimmung zwischen den Staatsgrenzen und den nationalen Siedlungsgebieten anstreben. Aus dieser Forderung ergab sich die Folgerung: «dass das Deutsche Reich von heute bei Weitem noch *kein* Nationalstaat ist, dass es aber nach dem Zwecke seiner Schöpfung ein Nationalstaat werden *muss*, und dass die Vorbedingungen vorhanden sind, um es zum deutschen Nationalstaat werden zu lassen».³⁰

Dem Ruf nach dem «Grösseren Deutschland» standen Bismarcks Erklärungen über die Saturiertheit des Deutschen Reiches entgegen. Zwischen der territorialen Selbstgenügsamkeit des Reichskanzlers und dem Wunschdenken der Alldeutschen klang ein Widerspruch, der selbst dem flüchtigsten Betrachter nicht entgehen konnte. Die Unstimmigkeit seiner Propagandathese von der Fortführung der Bismarckschen Politik konnte der Alldeutsche Verband nicht einfach ignorieren. Er versuchte daher, den grundsätzlichen Gegensatz dialektisch aufzulösen. Hatte Bismarck 1887 vor dem Reichstag erklärt: «wir gehören zu den – was der alte Fürst Metternich nannte: saturierten Staaten»,³¹ so machte man Jahre später geltend, diese Äusserung sei lediglich zur Beschwichtigung des Auslands gedacht gewesen.³² Der sinnbildli-

che Vergleich des jungen Staates mit dem Menschenleben sollte die einleuchtende Erklärung für die behauptete Kontinuität bebringen. Mit dem Wort «saturiert» sei gewissermassen «die Atempause der völkischen Entwicklung» begründet worden.³³ Das Zeitalter Bismarcks entspräche dem nun überwundenen Kindesalter des Deutschen Reiches. Der Reichskanzler selbst habe übrigens durch den Erwerb deutscher Kolonien den Eintritt Deutschlands in die Weltpolitik eingeleitet. Ein einzelner Ausspruch dürfe «nie zum dauernden Hemmschuh der Fortentwicklung werden»; im Leben der Völker sei alles im Fluss.³⁴ Diese Argumentation übersah geflissentlich, dass das Wort von der Saturiertheit nicht der taktische Schachzug eines Augenblicks gewesen war, sondern die Voraussetzung für die Glaubwürdigkeit von Bismarcks Sicherheitspolitik bildete. In «Erinnerung und Gedanke» wiederholte er, dass «Deutschland vielleicht die einzige grosse Macht in Europa (ist), welche durch keine Ziele die nur durch siegreiche Kriege zu erreichen wären, in Versuchung geführt wird».³⁵ Ernst Hasse deutete solche Äusserungen als Anschauung des alternden Greises, dessen politisches Testament den Verfasser nicht überdauern könne. Mit dieser Argumentation, in der ein zu den lautstarken Achtungsbezeugungen in seltsamem Kontrast stehender Zynismus mitschwang, brach der dialektische Überbrückungsversuch zusammen. Zu Unrecht berief sich Hasse auf den Bismarck der Einigungskriege, der angeblich gesagt hatte: «Unsere Politik ist, dass kein Fuss breit deutscher Erde verloren gehen und dass ebenso kein Titel deutschen Rechtes geopfert werden darf.»³⁶ Diesem verkürzten Zitat wurde mit einem Analogieschluss der alldeutsche Sinn untergeschoben, kein Fuss breit deutsches Siedlungsgebiet noch die mit ihm verbundenen Ansprüche dürften von Staats wegen aufgegeben werden. Der Reichskanzler hatte zwar offen gelassen, ob territoriale Erwerbungen auf friedlichem Wege denkbar wären. Auch bleibt es Spekulation, wie seine Politik und deren Erfolgsaussichten in den immer schwieriger werdenden Verhältnissen nach 1890 ausgesehen hätten. Soviel jedoch steht fest, dass das Deutsche Reich entsprechend Bismarcks Auffassungen vom Staat ein ganz anderes Gepräge trug, als es ihm durch die späteren völkischen Vorstellungen von der Nation verliehen wurde. Aus diesem Gegensatz verstand sich auch die völlig anders geartete Politik.

Da die Berufung auf Bismarck problematisch blieb, galt es für die Forderung nach dem völkisch verstandenen Nationalstaat eine Begründung vorzulegen, die legitim und einleuchtend zugleich war. Die Lösung fand zuerst Ernst Hasse durch seinen Einfall, die Einleitung zur Verfassung des Deutschen Reiches vom 16. April 1871 alldeutsch umzudeuten. In der Präambel war der Zweck des Zusammenschlusses zu

einem ewigen Bund in die Worte gefasst worden: «zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb desselben gültigen Rechtes, sowie zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes».³⁷ Wenn auch unterschiedlich verwirklicht, erscheint die *salus publica* im Sinne von Schutz und Wohlfahrt als Grundsatz fast in jeder modernen Staatsverfassung. Entscheidend für Hasse waren in dieser Einleitung allein die Worte: «Wohlfahrt des *deutschen* Volkes». Schon früher hatte er zwischen dem Staatsvolk als der Summe aller Staatsangehörigen und dem Volk als einer organischen Einheit der Nation unterschieden. Indem er die letztere Bedeutung zur allgemeingültigen erhob, konnte nach seiner Ansicht die Präambel nur heissen, dass das Deutsche Reich nicht ein Völkerstaat mit gleichberechtigten Minderheiten, sondern «ein deutscher Nationalstaat zur Pflege der Wohlfahrt keines anderen als des *deutschen* Volkes» werden sollte.³⁸ In der Konsequenz ergaben sich für die Umgestaltung der Reichsverfassung eine Reihe neuartiger Forderungen, die alsbald von einem weiteren Kreis Gleichgesinnter übernommen wurden. Der Düsseldorfer Gymnasialprofessor Heinrich Wolf hat sie in knapper Weise zusammengefasst, die zugleich zeigt, wie Hasses Gedanken selbst auf der Ebene eines allerdings umstrittenen Lehrmittels rezipiert wurden.

Da im deutschen Nationalstaat Deutsche, Polen, Dänen, Franzosen und bezeichnenderweise auch die Juden nicht gleichberechtigt sein sollten, musste die Monopolstellung der Deutschen verfassungsmässig erweitert werden. Das Programm der Germanisierung im Innern verlangte unter anderem:

1. Ein umfassendes Sprachgesetz, das im öffentlichen Verkehr nur die deutsche Sprache zuliess.
2. Planmässige Siedlungspolitik; Eindeutschung der polnischen, dänischen und französischen Minderheiten.
3. Ausschluss von Fremden von der Thronfolge in deutschen Bundesstaaten.
4. Verbot von deutschem Grunderwerb durch Reichsausländer.

Der «zielbewussten Pflege des Volkstums» ausserhalb der deutschen Staatsgrenzen galten die Forderungen:

1. Alle Bestrebungen zu fördern, die «den kulturellen und nationalen Zusammenhang zwischen allen Deutschen der Welt pflegen. Denn je grösser unsere Nation ist, umso stärker sind wir».
2. Schaffung eines neuen Staatsbürgergesetzes, um dem Verlust von Deutschen ans Ausland zu begegnen.
3. Ausgestaltung des Bündnisses mit Österreich zu einem dauernden bundesrechtlichen Verhältnis.³⁹

Diese Massnahmen sollten den Weg zu einem Alldeutschtum ebnen, dessen Leitgedanke lautete: «Deutschlands Zukunft liegt im Blute».⁴⁰ Die Überzeugung, im Zeitalter des Imperialismus beim «scramble for Africa» zu spät und bei der Neuverteilung der Erde zu kurz zu kommen, beschleunigte das Drängen auf einen Ersatz für den überseeischen Kolonialismus. An seine Stelle trat der Versuch, eine kolonialisatorische oder gar die staatliche Ausdehnung des Deutschtums in Mitteleuropa zu propagieren. Sowohl die Alldeutschen wie die Panslawisten stimmten darin überein, dass die grossen Völker Zentraleuropas – analog zur Ausdehnung anderer Grossmächte nach Übersee – ihr Betätigungsfeld primär in Europa finden müssten. Die Panbewegungen mit ihren auf eine kontinentale Expansion gerichteten Programmen konnten nur durch eine Zerstörung des wankenden europäischen Staatensystems zu Erfolg kommen. Wenn ihre Gefährlichkeit allzusehr unterschätzt wurde, so lag dies nicht zuletzt daran, dass sich der Kolonialimperialismus spektakulärer in Szene setzte.⁴¹

Schon aus den ersten alldeutschen Flugschriften, die in den neunziger Jahren die völkische Vision vom «grösseren Deutschland» zu popularisieren versuchten, spricht ein unverhülltes Machtstreben. Selbst das Vokabular, das diese Leute von der äussersten Rechten mit den nationaldemokratischen Schrittmachern der frühen Einigungsbewegung zu verbinden schien, erhielt einen anderen Inhalt. Diese hatten das Ideal der nationalen Wiedergeburt verfochten, das in der Vereinigung aller Deutschsprachigen zu einem gemeinsamen Bund seine Erfüllung suchte, während für die Alldeutschen der Zusammenschluss zu einem Grossdeutschland lediglich das Mittel war, um die Vorherrschaft in der Weltpolitik zu erringen. Sie setzten den nationalstaatlichen Konkurrenzkampf mit der dem Darwinismus entnommenen Lehre von der natürlichen Auslese gleich, nach der nur der Tüchtigere zu überleben vermochte. Damit hatte der Nationalismus vollends eine Richtung eingeschlagen, die der einst erhofften Völkerrepublik aller freien Nationen direkt zuwiderlief.⁴² Stattdessen nahm eine Weltanschauung Gestalt an, die für den völkischen Nationalismus der Nachkriegszeit bestimmend geworden ist. Das Studium von Hasses Schriften, die Joachim C. Fest in seiner Hitlerbiographie nicht berücksichtigt hat, ergibt, dass die These vom Bruch der Kontinuität zwischen dem Imperialismus Hitlers und dem der Kaiserzeit der weiteren Differenzierung bedarf.⁴³ Hasse reklamierte nicht nur immensen Siedlungsraum für Deutschland, sondern schritt – und hier liegt eine wesentliche Weiterung – mit derselben Skrupellosigkeit über das Schicksal der von ihm als «lebensunfähig» erachteten Nationen hinweg, die Hitler, das Masslose nochmals überbietend, in die Tat umgesetzt hat. Die Alldeutschen propagierten ein Grossdeutschland, in

dem ein Grossdeutscher Bund den inneren Kern und ein deutscher Zollverein das äussere Gehäuse bilden sollten. Ein solcher Grossdeutscher Bund würde die folgenden Länder umfassen: Das Kleindeutsche Kaiserreich, Holland und Belgien, die deutschsprachige Eidgenossenschaft sowie das österreichische Kaiserreich.⁴⁴ Hasse selbst aber wollte sich bewusst nicht auf bestimmte Grenzen festlegen, um einer zukünftigen Entwicklung einen möglichst grossen Spielraum zu lassen. Er unterschied zwischen den daseinsberechtigten und den letzten Endes lebensunfähigen Nationalstaaten. Als selbständige Völker anerkannte er in Mitteleuropa einzig die Deutschen, Franzosen, Italiener, Südslawen, Rumänen, Ruthenen, Grossrussen und Skandinavier; «alles andere ist Wachs in den Händen der Zukunftsgestaltung, natürlich nicht nur ausschliesslich in *unseren* Händen».⁴⁵ Zum kontinentalen Kolonialland, das als Zuwachsgebiet für die mächtigen Nationalstaaten gelten sollte, wurde der «bisher» von den Polen, Tschechen, Madjaren, Slowaken, Slowenen, Ladinern, Rhätiern, Wallonen, Litauern, Estländern und Finnländern bewohnte Raum erklärt. Im Gegensatz zum insularen England galten nach Hasse für den «Festlandstaat» Deutschland andere Gesetze: «Dieses Gebilde sucht und findet seine Kolonialländer auf dem Festlande, im unmittelbaren Anschluss an sein Heimatsgebiet.»⁴⁶ Nach dieser Auffassung konnte Europa nicht eher zur Ruhe kommen, als bis die Gebiete der kleineren Völker unter die grossen Staaten Mitteleuropas aufgeteilt waren. Hasse deutete an, dass nach dem Verschwinden der «Zwischenländer» die deutsche Expansion vor den Siedlungsgebieten der respektierten Völker Halt machen sollte; er vergass aber nicht beizufügen, dass dies nur unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit erfolgen könne. Damit wurde der Verzicht auf die Herrschaft über andere Grossnationen und die Abkehr von den Plänen einer Weltherrschaft in Aussicht genommen, wenn auch der Entscheid einer späteren Generation anheim gestellt blieb. Für eine Weltanschauung, die nach biologischen Gesetzen den Kampf um das Dasein als «das Naturgemässe, Vernünftige und Berechtigte» zur alleinigen Richtschnur erhob, durfte es keinen Stillstand geben. Auch nach dem Verschwinden der kleinen Völker hätte für einen solchen dem Rasseprinzip verpflichteten Machtstaat ein Zustand der Sättigung erst eintreten können, wenn es für ihn keinen Konkurrenten und damit auch keine Gefährdung seiner eigenen Ansprüche mehr gab. Hasse wollte diese die alldeutschen Ideen letztlich auflösenden Konsequenzen nicht zu Ende denken, obwohl seine These lautete: «Die Erde wird unausgesetzt neu aufgeteilt unter die Starken und die Mächtigen.»⁴⁷ Auf diesem Wege wäre ein an Raum nicht mehr zu verkräftendes End-

reich entstanden, das die nationalstaatlichen Prinzipien für sich selbst verabsolutiert hätte, um sie anderen Völkern mit Gewalt zu versagen. Hasse hielt einen Nationenpluralismus noch für möglich. Auch Hitler verkannte langezeit den selbstmörderischen Vergrößerungszwang seiner schiefen Dogmatik und glaubte im Hinblick auf England an die Aufteilung der Welt in Interessensphären. Als er bei Kriegsbeginn begriff, dass seine Politik zwangsläufig ein fortwährendes Weitergehen bis zum «Endsieg» verlangte, weiteten sich seine Visionen vom deutschen Weltimperium zu Formen, die mit einem deutschen Nationalstaat auch entfernt nicht mehr zur Deckung zu bringen waren.

Wie weit sich alldeutsche Spekulationen in den Anschauungen breiter Schichten niedergeschlagen haben, wird aus den beiden Studien des Hamburger Historikers Fritz Fischer über den deutschen Imperialismus deutlich.⁴⁸ Die Gefährlichkeit der alldeutsch Gesinnten lag weniger in ihrer Anzahl als in ihren einflussreichen persönlichen Verbindungen, die sie zu einem gewichtigen Wortführer jener Kräfte machten, die die Regierung auf einen aggressiven aussenpolitischen Kurs drängten. Die Germanisierungspolitik in den deutschen Ostprovinzen sowie der veränderte Charakter der deutschen Weltpolitik unter Wilhelm II.⁴⁹ machen sichtbar, wie die nationalistischen Interessenorganisationen der äussersten Rechten auf die Reichspolitik einzuwirken vermochten. Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges gewann die auf das Sicherheitsbedürfnis des Reiches sich berufende kontinentale Expansionspolitik vollends die Oberhand, um doch noch jenen «Festlandstaat» zu schaffen, den Hasse als Voraussetzung für den Aufstieg zur Weltmacht beschrieben hat.⁵⁰ Der Prestigepolitik Wilhelms II. fehlte jede Konzeption einer echten, wenn auch verfehlten Alternative. Nicht sie, sondern die Utopie vom Alldeutschland enthielt den Gegenentwurf zum kleindeutschen Staat Bismarcks. Liess sich aus dem theoretischen Ansatz die grundsätzlich verschiedene Einstellung aufzeigen, die sich aus den beiden Konzeptionen für das Verhältnis zu den Deutschen im Ausland ergab, so bleibt zu prüfen, wie sich in der Praxis die Beziehung des Deutschen Reiches zu ihnen entwickelt hat und was ihnen andererseits die fragwürdigen Lockungen alldeutscher Provenienz konkret gebracht hätten.

2. 3 Die Diskrepanz zwischen den realen Gegebenheiten und dem völkischen Utopismus

Die vor 1945 erschienene Tendenzliteratur über das Deutschtum im Ausland⁵¹ – und welche Schriften waren bei dieser Thematik ganz frei von propagandistischen Absichten? – erweckte mit Vorliebe den Eindruck, dass die über die Erde verteilten deutschen Siedler oder vielmehr deren Nachkommen nur dafür geschaffen seien, um von der «Heimat» in Dienst gerufen zu werden. Die «volksdeutsche Aufgabe» ist, wie Norbert Langer in nationalsozialistischer Diktion formulierte, die Pflicht, alles zu tun, um das hundert Millionen zählende deutsche Weltvolk zu erhalten.⁵² Die Geschichte der deutschen Auswanderung bot reiche Möglichkeiten, deutsche Siedlungsgebiete weltweit auszumachen. Selbst die deutsche Ostkolonisation des 12. und 13. Jahrhunderts sollte dazu dienen, die territoriale Expansionspolitik des Dritten Reiches zu legitimieren. Bis ins 18. Jahrhundert hatte sich die deutsche Auswanderung vor allem nach dem Osten und Südosten Europas gewandt. Aus den baltischen Ländern an der Ostsee, aus Oberschlesien, Böhmen, Mähren und – weiter nach Südosten – aus Siebenbürgen und dem Banat liess sich vom Leben deutscher Volksgruppen berichten. In Russland waren unter Katharina II. die deutschen Siedlungen an der unteren Wolga entstanden; deutsche Niederlassungen gab es im Schwarzmeergebiet, auch im Bereich des Kaukasus hatten einige schwäbische Kolonien Fuss gefasst. Diese deutschen Sprachinseln bedeuteten für die nach Osten drängenden völkischen Imperialisten nichts anderes als Wegmarken, die ihnen die Richtung für die von ihnen angestrebte gewaltige Raumausdehnung wiesen. Für sie ausschlaggebend war nur, dass in diesen Siedlungen deutsche Sprache und Art bewahrt worden war; ob deren Interessen mit den politischen Intentionen des völkischen Gedankens zur Deckung zu bringen waren, stand erst gar nicht zur Diskussion. Der Volkstumsstatistiker Richard Böckh und Friedrich Ratzel, der Wegbereiter der Geopolitik, haben von Anfang an klargestellt, dass Volkstumspolitik keine Angelegenheit sentimentaler Heimwehromantik sein sollte: «Der Boden, den der Ansiedler als seinen eigenen bebaut, wird nicht nur ihm, sondern auch seiner Nation gewonnen, und diese schlägt mit der kultivierenden Arbeit gleichsam ihre Wurzeln in den bearbeiteten Boden.»⁵³ Dass der Kolonist seiner Nation einen Rechtsanspruch auf das Land verschafft, das er bearbeitet hat, war die altbekannte These zur Rechtfertigung territorialer Expansion. Ihre Nützlichkeit erkannte auch der deutsche Imperialismus, seitdem ihm in Süd- und Ostafrika, in Kamerun und Togo, aber auch in Neuguinea, Samoa und Ki-

auschau deutsche Siedler beim Erwerb von Kolonialbesitz willkommene Vorarbeit leisteten. Doch selbst in diesen Fällen war das Bild vom Pionier, der der Heimat zur Ehre und sich zum Gewinn in die Fremde zog, arg verzeichnet. Die städtischen Auswanderungsvereine, die zuerst die Gründung von Siedlungskolonien unterstützt hatten, taten dies aus der Absicht, dem Pauperismus zu begegnen und den Verarmten anderswo zu einer besseren Existenz zu verhelfen. Zahlreich waren die Gründe, die zur Auswanderung nach Übersee und hier vor allem nach Nordamerika gezwungen hatten. Um der religiösen Intoleranz zu entkommen, waren deutsche Mennoniten nach Pennsylvania gelangt. Ihre frühe Gründung «Germantown» im Jahr 1683 bildete den Auftakt zu einem in den beiden folgenden Jahrhunderten stark anschwellenden Emigrationsstrom. Diesem haben die Verwüstungen während des Pfälzischen Erbfolgekrieges, die Herrschaftsverhältnisse unter dem Absolutismus, in dessen Zeichen 1777 die Verdingung von Deutschen für die englische Armee in Amerika stand, die Agrarkrise von 1816/17, die gescheiterte Achtundvierziger Revolution und die nachfolgenden Perioden wirtschaftlicher Depression insgesamt mehrere Millionen deutsche Auswanderer zugeführt. In Afrika, das zum grossen Beuteland Europas geworden war, hatten nicht so sehr die seit Mitte des neunzehnten Jahrhunderts sich hier ansiedelnden Farmer und Kaufleute, als vielmehr der 1882 gegründete, von wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen geleitete «Deutsche Kolonialverein» (DKV)⁵⁴ zum Erwerb grosser Kolonien getrieben. Während der DKV Stimmung für eine aktive Kolonialpolitik machte, diente die zwei Jahre später gegründete «Gesellschaft für deutsche Kolonisation» dazu, Kapital für den Erwerb von Kolonialgebiet zu beschaffen, um auf diese Weise die staatliche Besitzergreifung zu fördern und auszuweiten. Das Zusammenspiel von Propagandaorganisation, Landerwerbsgesellschaft und Kolonisten erwies sich als funktionstüchtig, solange die als Ausbeutungsobjekt betrachteten Gebiete unter den Grossmächten noch nicht ganz verteilt waren. Da Deutschland zu spät gekommen war, um als eine Kolonialmacht von Weltgeltung auftreten zu können, musste die «nationale Arbeit der deutschen Kolonisation»⁵⁵ auf eine Ebene transponiert werden, die wenigstens, die Möglichkeit offenhielt, doch noch zur bedeutendsten Grossmacht aufzusteigen. Diese Chance sollte die «Volkstumspolitik» öffnen, deren Dimensionen ihre Verfechter so faszinierte. Es ist kein Zufall, dass sie ihre imperialistischen Züge in jenen Jahren annahm, als die koloniale Begeisterung ihrem Höhepunkt zustrebte. Das Zusammenspiel von «Alldeutschem Verband» (AV) und «Verein für das Deutschtum im Ausland» (VDA)⁵⁶ wies analoge Verhaltensmuster auf, wie sie der direkte Kolonialimperialis-

mus entwickelt hatte, mit dessen Organisationen der VDA – neben dem DKV unter anderem auch mit dem 1898 gegründeten «Deutschen Flottenverein» – in reger Verbindung stand.

Bereits 1845 hatte der Frankfurter Arzt Wilhelm Stricker in seiner Schrift «Die Verbreitung des deutschen Volkes über die Erde» beklagt, «dass die deutsche Bevölkerung auswärtiger Staaten stets nur als Dünger dient, durch den fremde, oft feindliche Staaten desto üppiger wachsen».⁵⁷ Die Vorstellung, die deutsche Auswanderung werde als «Kulturdünger» für andere Völker missbraucht, ist seit Stricker zu einem jener Topoi geworden, die in völkischen Denkkategorien immer wiederkehren und die auch im Sprachgebrauch Hitlers anzutreffen sind.⁵⁸ Obwohl die numerischen Angaben und ihre Etikettierung zum Teil aus der Luft gegriffen sind, macht die nachfolgende Aufstellung aus einem völkischen Lehrmittel ersichtlich, wie sich vor dem Ersten Weltkrieg die deutsche Nation in der Welt verteilt haben soll:

52,1 Millionen im Deutschen Reich
11,5 Millionen in Österreich-Ungarn
2,3 Millionen in der Schweiz
0,2 Millionen in Luxemburg
3,4 Millionen in Belgien
5,1 Millionen in den Niederlanden
2,9 Millionen im übrigen Europa
11,0 Millionen in Amerika
0,8 Millionen in den anderen Erdteilen⁵⁹

Nach dieser Version wohnen von den rund 90 Millionen nur zwei Drittel innerhalb des Deutschen Reiches, so dass hier angeblich ein riesiges Potential an Menschen und Raum vorhanden war, das fruchtbar zu machen sich der VDA zum Ziel gesetzt hatte. Der Gedanke, sich für den Schutz der Auswanderer einzusetzen, war durchaus legitim. Vom imperialistischen Streben geprägt, aber immer noch im Rahmen des Nutziensungsgedankens war jene bekannte Devise verblieben, die ein Reichsdeutscher in der Schweiz so formuliert hatte: «Das Ausland-Deutschtum ist heute noch unsere beste, stärkste und wichtigste deutsche Kolonie: es ist eine der lohnendsten Aufgaben der deutschen Staatskunst der Gegenwart, aus diesem Ausland-Deutschtum den grösstmöglichen nationalen Nutzen herauszuschlagen!»⁶⁰ In der Errichtung von deutschen Handelskammern, die das Auslandsdeutschtum zu organisieren, sah

er das Mittel, «die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des deutschen Volkes» nachdrücklich zu fördern. Die Fragwürdigkeit solcher Forderungen beruhte in erster Linie auf dem Versuch, die in ihre neuen Heimatstaaten mehr oder weniger integrierten sogenannten «Deutschstämmigen» wieder aus den nun bestehenden Bindungen zu lösen. Sie sollten sich nicht als Repräsentanten ihres Niederlassungsstaates verstehen, dessen Bürger sie geworden waren, sondern als Interessenvertreter der deutschen Nation. Indem der VDA ihnen das eigene Elitebewusstsein einzuimpfen suchte, hoffte er für Deutschland etwas von jenen Kolonisten zurückzugewinnen, die einst ihrem harten Los überlassen worden waren. Hier begann der schwankende Boden einer zwielichtigen «Volkstumspolitik», die in der alldeutschen Programmatik letztlich subversiven Charakter annahm. Sie postulierte ja in Mitteleuropa die Schaffung Grossdeutschlands, das nach den Prinzipien eines Festlandkolonialismus geschaffen und ausgedehnt werden sollte. In welcher Weise dieser sich abspielen würde, hat der führende Kopf der AV mit erstaunlicher Offenheit vorgezeichnet. Hasse zufolge sollte eine systematische Siedlungspolitik die sukzessive Erweiterung der Reichsgrenzen vorbereiten. Daher lag es nahe, «wenn wir unsere Siedlungsgebiete zunächst im Anschluss an die vorhandenen Stammsitze suchen».⁶¹ Oberster Leitgedanke der gesamten inneren und äusseren Politik musste sein, alle «fremdvölkisch besiedelten Reste des Reichsgebietes einzudeutschen» sowie «dem ausdehnungsbedürftigen deutschen Volke nach dem Masse seiner Ausdehnungskraft und Ausdehnungslust neuen Volksboden zur Verfügung zu stellen».⁶² Damit erhielten die Reichs- und Volksdeutschen als Träger der staatlichen Expansion eine eindeutige Funktion, und entsprechend lautete die Devise des kontinentalen Imperialismus, der sich zur wichtigsten Aufgabe gesetzt hatte, «die an unseren Grenzen wohnenden Auslandsdeutschen zu Inlandsdeutschen zu machen, sie im Rahmen deutscher Grenzpolitik staatlich einzugliedern».⁶³ Da für eine planmässige Besiedlung nach Hasse «der einheimische deutsche Menschenvorrat» zurzeit nicht ausreichte, sollte zumal in Ost- und Südosteuropa auf jene Deutschen zurückgegriffen werden, denen es nicht gelungen war, «einen geschlossenen deutschen Volksboden zu gewinnen». Hasse ging sogar soweit, wenigstens versuchsweise einen Teil der bäuerlichen Auswanderer aus Nordamerika «zurückzurufen», um allzu grosse Lücken in der Ostkolonisation zu füllen.⁶⁴ Dort wo die «alte Ausstrahlung des Deutschtums in seine Nachbargebiete» zu schwach war, sollte «wirtschaftliche und militärische Macht zu Hilfe kommen».⁶⁵ Weshalb die besten Siedlungskolonien Deutschlands an seinen

Grenzen lagen, liess sich einfach begründen: «sie brauchen nicht erst erworben und neu besiedelt zu werden, sondern wir müssen nur festhalten und mit deutschem Blute wieder auffrischen und staatlich organisieren, was deutsches Blut und deutsches Staatstum früher erworben haben».⁶⁶ So notwendig es war, dass sich im Deutschen Reich spezielle Organisationen für die Interessen der deutschen Staatsangehörigen im Ausland einsetzten, weil ihre Anliegen in Staat und Öffentlichkeit auf eine verbreitete Gleichgültigkeit stiessen, so blieb es von Anfang an eine tragische Verstrickung, dass sich für sie keine anderen Fürsprecher fanden als die dem völkischen Imperialismus dienenden Zweckverbände. Hinter ihrem Interesse für die Lebensbedingungen der Volks- und Reichsdeutschen im Ausland verbarg sich ein verständnisloser Utilitarismus. Allein schon die Sprache verriet Geringschätzung, die allen Propagandaphrasen zum Hohn die Auslandsdeutschen traf. Letzten Endes ging es darum, sie «zur Ausgestaltung und Erweiterung des deutschen Volksbodens in Mitteleuropa (oder in geschlossenen Gebieten Übersees) zu verwerten».⁶⁷

Die Auswanderung nach Osteuropa und Amerika war von Not und Zwang ausgelöst worden; ihr hatte der Bauer und Landarbeiter das soziale Gepräge gegeben. Relativ spät – gegen Mitte des neunzehnten Jahrhunderts – kamen in den Städten die ersten deutschen Ausländerkolonien eines andersgearteten Typus auf. Intellektuelle, Künstler, Handwerker und in den Jahrzehnten nach der Reichsgründung vor allem Kaufleute verliehen ihnen eine breiter gefächerte Sozialstruktur. Während sich das sogenannte Siedlungsdeutschtum losgelöst vom Ursprungsland eine eigene Existenz schaffen musste, blieben die deutschen Heimatzugehörigen eng mit ihm verbunden. Sie betätigten sich in Vereinen, die diese Bindung bewahren und festigen wollten, selbst wenn sie zunächst darauf gerichtet waren, die überkommenen Machtstrukturen in Deutschland zu verändern. Es entstand eine Wechselbeziehung, in der sich Phasen begeisterter Zustimmung mit solch krasser Dissonanz ablösten. Obwohl die Enttäuschung über die misslungene Revolution von 1848 bei den im Ausland Zuflucht Suchenden gross gewesen war, hat das Ereignis der Forderung Bahn gebrochen, die Auswanderungsfreiheit als Menschenrecht sowie die Verpflichtung des Staates zur Fürsorge anzuerkennen.⁶⁸ Erst nach 1850 begannen die deutschen Ausländerkolonien an Umfang und Anzahl stark anzusteigen. Im Gegensatz zum Siedlungsdeutschtum waren sie an einem staatlich geeinigten Deutschland unmittelbar interessiert; denn ein starker Staat konnte ihnen im Ausland besseren Schutz und vermehrte Achtung verschaffen. Fast ausnahmslos haben sie denn auch die Reichsgründung mit Begeisterung begrüsst. Von ihnen durch den staatlichen Zusammen-

schluss am meisten begünstigt worden ist der reichsdeutsche Kaufmann im Ausland, der den deutschen Aussenhandel nach 1871 zu vervielfachen half und von dieser wirtschaftlichen Expansion selbst mächtigen Auftrieb erhielt. Im Übrigen erfüllten sich jedoch die hohen Erwartungen auf eine neue Ära in den Beziehungen zum geeinten Staat nicht in der erhofften Weise. Das an Festlichkeiten zum Ausdruck gebrachte Gelöbnis zum Deutschen Kaiserreich, das in vielfachen Variationen von Auslandsdeutschen abgegeben worden ist, verlief in recht einseitiger Richtung. Bismarcks Verhältnis zum Auslandsdeutschtum blieb ambivalent. Zwar sollte ihm Schutz gewährt werden, da es aber in seinem Staat keine lebensnotwendige Funktion erfüllte, wurde ihm weiterhin nur untergeordnete Bedeutung zugemessen. Dass dem Zweiten Reich von Seiten der deutschen Sozialdemokraten im Ausland eine heftige Opposition erwuchs, beschäftigte Bismarck weitaus stärker. Was vor 1871 galt, traf unter Einschränkung auch noch auf den Reichskanzler zu: Deutsche im Ausland traten vor allem als ein seine Politik störender Faktor in seinen Gesichtskreis und zwar dann, wenn er durch deren politische Agitation auf sie aufmerksam wurde; ihre Einflüsse erachtete er für «die innere Vergiftung der grossen und urteilslosen Massen im Lande» als höchst gefährlich.⁶⁹ Dass Bismarck etwa die deutschen Auswanderer in Amerika begrifflicherweise völlig fern lagen, illustriert in Ergänzung zu seiner staatspolitischen Grundeinstellung die Art und Weise, wie er eine Abordnung der New Yorker Independent-Schützen empfing, die mit einem Bekenntnis ihres Deutschtums dem kurz zuvor entlassenen Reichskanzler huldigen wollten: «Ich habe mich sehr gewundert, soeben durchweg deutsche Namen gehört zu haben; ich hatte geglaubt, zu Amerikanern nur englisch sprechen zu müssen, und höre nun, dass alle Herren deutsch sprechen und auch Deutsche sind».⁷⁰ Den Hauptgewinn, den die Deutschen im Ausland aus der deutschen Einigung zu ziehen vermochten, erblickte Bismarck darin, dass nun auch für sie die Zersplitterung in einzelne Stämme aufgehört und einem Gefühl der Zusammengehörigkeit Platz gemacht hatte.⁷¹ Einmal geweckt, war aber gerade im Ausland das Bewusstsein einer gemeinsamen Schicksalsgemeinschaft früher gereift. Zumindest verbal versuchte hingegen Wilhelm II. den Auslandsdeutschen ein Gefühl ihrer Wichtigkeit zu vermitteln. Mit dem Aufschwung der Kolonialpolitik erfuhren sie zweifellos eine Aufwertung. In klangvollen Reden wurde ihrer nun stolz gedacht, so wenn Kaiser Wilhelm II. 1896 verkündete: «Aus dem Deutschen Reiche ist ein Weltreich geworden. Überall in fernen Teilen der Erde wohnen Tausende unserer Landsleute ... Helfen Sie uns, dieses grössere Deutsche Reich fest an unser heimisches zu gliedern!»⁷² Solche Worte hat-

ten umso tiefere psychologische Wirkung, als das Stigma der Exklusion und Missachtung unter den Deutschen im Ausland noch nicht überwunden war. In der Praxis blieb das Deutsche Reich gegenüber den Forderungen seiner Bürger im Ausland auffallend reserviert und kam ihren dringendsten Anliegen nur zögernd entgegen.

Diese Haltung manifestierte sich eindrücklich im Gesetz über den Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit. Zuerst von der Gesetzgebung der Einzelstaaten abhängig, wurde es nach dem Zusammenschluss zum Norddeutschen Bund mit dem Gesetz vom 1. Juni 1870 bundesrechtlich geregelt, um dann beinahe unverändert vom Deutschen Reich übernommen zu werden. Auf diese Weise verblieb jener als Überbleibsel des Territorialprinzips geltende Grundsatz im Reichsgesetz, dass durch einen zehnjährigen Aufenthalt im Ausland der Verlust der Staatsangehörigkeit erfolgt.⁷³ Viele Auswanderer, die sich um dieses Gesetz nicht kümmerten und sich nach einem zehn Jahre dauernden ununterbrochenen Auslandsaufenthalt nicht erneut um die deutsche Staatsangehörigkeit bewarben, wurden staatenlos oder verwachsen vollständig mit der neuen Heimat. Trotz zahlreicher Klagen blieb dieses Gesetz mehr als vierzig Jahre in Kraft.⁷⁴ Dass das Versäumnis einer Formalität den Verlust der Reichsangehörigkeit nach sich zog, wurde von den im Ausland lebenden Bürgern als schwere Benachteiligung empfunden. Der Alldeutsche Verband, der ja jeden Deutschen für seine politischen Pläne nutzbar machen wollte, setzte sich seit 1895 für die Ausarbeitung eines neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes ein und gewann auch dadurch bei manchen Auslandsdeutschen Sympathien. Erst im Jahr 1913 trat eine neue gesetzliche Regelung in Kraft, die die Bestimmung über die zehnjährige Abwesenheit fallen liess und als Verlustgrund den Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit angab. Hingegen galt weiterhin, dass das Versäumnis der Wehrpflicht für den Auslandsdeutschen den Bürgerrechtsverlust nach sich ziehen konnte.⁷⁵

Offizielle Reden und selbst die völkische Propaganda vermögen kaum darüber Aufschluss zu geben, wie sich die Mehrheit im Deutschen Reich gegenüber ihren Auslandsbürgern verhielt. Einen anderen Eindruck vermitteln jene Beschwerden eines Betroffenen, «in der Schweiz behandle man ihn schlecht, weil er Reichsdeutscher sei, und im Reiche wolle man nichts von ihm wissen, weil er ins Ausland gehöre». Ein weiterer Beschwerdeführer will bei der Post keine Anstellung erhalten haben, «weil der Bewerber in der Schweiz geboren sei!»⁷⁶ Noch 1914 wird beklagt, dass die Reichs-Bürokratie mit dem Deutschtum im Ausland keine offizielle Ver-

bindung unterhalte, dass sie «das Auslandsdeutschum gar häufig wie die Pest meidet». ⁷⁷ Auch die Betreuung der Reichsdeutschen durch die diplomatische Vertretung liess offenbar zu wünschen übrig, was aus der folgenden Schilderung hervorgeht:

«In der Regel liegen die Dinge so, dass der Auslandsdeutsche des offiziellen Anblickes des Vertreters seiner Heimat nur einmal im Jahre gewürdigt wird – nämlich an Kaisers Geburtstag, sofern dieser Tag überhaupt für würdig befunden wird, offiziell gefeiert zu werden. Da erscheint dann dieser ‚hohe‘ Herr mit allen seinen Orden angetan (wenn er welche hat), in all seiner unnahbaren Würde, um das obligate Kaiserhoch auszubringen und dann schleunigst wieder zu verduften. Der Verkehr mit den Landsleuten wird auch während der festlosen Zeit aufs Äusserste eingeschränkt, es müsste denn sein, dass zufällig heiratsfähige Töchter im Hause sind und unter den Auslandsdeutschen ‚gute Partiem.‘» ⁷⁸

3. Die Schweiz im Bereich grossdeutscher Ideen und alldeutscher Zielvorstellungen

Die Konfrontation mit dem völkischen Begriffsdenken, das nach Hitlers Machtergreifung durch die hinter ihm stehende staatliche Macht zur akuten Bedrohung wurde, hat die schweizerische Öffentlichkeit in ihrer Mehrheit unvermittelt getroffen. Die schockierende «Entdeckung», dass Teile der Eidgenossenschaft «auf einmal» als deutscher Volksboden reklamiert wurden, liess mit doppelter Aufmerksamkeit auf alle Zeugnisse achten, die das Wort «deutsch» mit der Schweiz in Verbindung brachten. Dem wachgerufenen Argwohn schien die Zahl derartiger Publikationen und Äusserungen ins Uferlose zu wachsen. Schon mit ihrem ersten Programmpunkt hatte die NSDAP Anstoss erregt: «Wir fordern den Zusammenschluss aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem Gross-Deutschland.» ⁷⁹ In welcher Weise vom Dritten Reich dieses «Selbstbestimmungsrecht» gehandhabt wurde, darüber konnten spätestens nach dem österreichischen Beispiel keine Zweifel mehr bestehen. So, wie dies Bruno Grimm in seiner alarmierenden Schrift «Gau Schweiz?» dargelegt hat, haben damals viele Schweizer empfunden: «Bis zum Herrschaftsbeginn des Nationalsozialismus, der das bis zu jenem Zeitpunkt auch für die Schweiz geltende Völkerrecht nach *seinen* neuen Gesichts-

punkten umwälzte, wurde von den Bürgern der Schweizerischen Eidgenossenschaft als von *Schweizern* gesprochen. Von deutscher Seite werden wir nunmehr als ‚Deutsche‘ bezeichnet.»⁸⁰ Grimms Zitatendokumentation, mit der er auf die nationalsozialistische Subversion aufmerksam machte, hat einen wichtigen Beitrag im geistig-politischen Abwehrkampf erbracht. Aus der Nahperspektive entgingen ihr die entwicklungsgeschichtlichen Zusammenhänge.⁸¹ Die Auseinandersetzung hatte durch das alles überbietende Mass nationalsozialistischer Aggressivität zur absoluten Frontstellung gezwungen.⁸² Unter diesen Umständen erhielt jede Deutschfreundlichkeit etwas Anrühiges. «Unser Volk soll wissen», so warnte Adolf Frei, «dass die deutschvölkische Bewegung rücksichtslos den Landesverrat von uns fordert.»⁸³ Die heftige Abwehrreaktion gegen die nationalsozialistische Propaganda liess keinen Raum für historische Subtilitäten.⁸⁴ Mehr und mehr wurden die freundschaftlich gepflegten Bande im Geistesleben früherer Zeiten den staatsgefährdenden Tendenzen gleichgesetzt. Die ablehnende Überreaktion ging im Einzelfall so weit, dass selbst Ricarda Huchs «Deutsche Städtebilder aus der Schweiz» als Beweis heimlicher Annexionsgelüste angeführt wurden.⁸⁵ Hier gilt es also umfassender anzusetzen, sollen nicht die Irrtümer und Verzerrungen eines situationsbedingten Geschichtsbildes weitergetragen werden.

3, 1. Deutschschweizer oder Deutsche? Ursprünge einer Existenzfrage

Überholte Fragestellungen sollten nicht mehr aufgegriffen werden, insbesondere dann nicht, wenn sie so fruchtlos sind wie die vorliegende. Es kann sich denn auch nicht darum handeln, die längst entschiedene Frage neu zu beantworten. Wenn man die zurückliegenden Diskussionen verfolgt, wird offenbar, wie selbst die in wissenschaftlicher Arbeitsweise beigebrachten Fakten letztlich nur Zulieferdienste leisteten für eine Argumentation, die in höchst subjektiver Form von volklicher Herkunft sprach und in Wirklichkeit um bestehende oder aufgehobene Abhängigkeiten der Gegenwart stritt. Ähnlich wie bei der Debatte darüber, ob die Schweiz eine Nation sei, ging es hier nur vordergründig um eine Sachfrage. Vergeblich hat der Schweizer Geograph Fritz Nussbaum 1933 mit historischen und anderen Argumenten versucht, seine der Geopolitik anhängenden Berufskollegen jenseits der Nordgrenze davon zu überzeugen, dass «Deutschland» eindeutig ein politischer Begriff sei, der niemals auf die deutschsprachige Schweiz ausgedehnt werden könne.⁸⁶ Ein solches Streitge-

sprach ging fehl, weil man, obwohl deutsch, zwei verschiedene Sprachen redete. Beide Auffassungen entstammen einer unterschiedlich verlaufenen Entwicklung, deren Grundzüge wenigstens anzudeuten sind. Die Ursache der Begriffsverwirrung lag zunächst darin begründet, dass mit der politischen Loslösung der Eidgenossenschaft vom Reichsverband die Differenzierung im geistig-kulturellen Bereich – trotz des Schwabenkrieges und der während der Reformation erheblich vertieften Verselbständigungstendenzen – nicht in adäquater Masse Schritt halten konnte. In deutschen Landen blieb überdies das Gefühl für die Notwendigkeit, zwischen den politischen und kulturellen Belangen der Eidgenossenschaft zu unterscheiden, langezeit unausgebildet. Die Staatswerdung der Eidgenossenschaft hat Werner Näf, als sie von deutscher Seite 1940 in zweideutiger Weise verfälscht worden war, in einigen Thesen zusammengefasst, die nicht nur den schweizerischen Standpunkt wiedergeben, sondern auch darüber hinaus einen weiterführenden fruchtbaren Ansatz bieten:

1. Gründung und Frühentwicklung der Eidgenossenschaft vollzogen sich nicht innerhalb eines bestehenden, festgefügteten Staates. Die Zweiseitigkeit Deutschland-Schweiz wurde durch zwei verschiedene Triebkräfte angelegt: durch die fürstlich-dynastische sowie die genossenschaftliche Staatsgestaltung.
2. Die Eidgenossenschaft wandte nicht dem bisherigen Deutschen Reich den Rücken, sondern sie weigerte sich, einem veränderten Deutschen Reich sich einzufügen. Sie ist nicht ein Staat geworden, indem sie sich vom Reiche löste; sie löste sich vom Reiche, weil sie ein Staat geworden war.
3. 1499 ist die politische Selbständigkeit der Eidgenossenschaft neben dem Reich durchgesetzt und zugestanden worden; 1648 brachte lediglich noch die Bestätigung. Die staatliche Sonderart und die politische Sonderstellung der Eidgenossenschaft sind keineswegs Folgen des Dreissigjährigen Krieges und des Westfälischen Friedens.
4. Das Politische stellt nur einen Faktor im Leben der Völker dar. Die politische Scheidung hat die Kulturgemeinschaft nicht zerstört. Erst später und langsamer setzte auch eine geistige Differenzierung ein. Nachdem um 1800 die italienischen und welschen Miteidgenossen gleichberechtigt wurden, fanden sich die drei Volksteile im Innern zu einer vielgestaltigen, schweizerischen Kultur zusammen.⁸⁷

Im neunzehnten Jahrhundert vermochte sich dieser geistige Differenzierungsprozess allerdings noch nicht derart zu verfestigen, wie dies in der Retrospektive den An-

schein hat. In jedem der drei grossen Sprachräume, mit denen schweizerische Gebiete in enger kultureller Gemeinschaft verbunden waren, blieben die Bedingungen, die ein fruchttragendes Verhältnis ermöglichten, ähnlich geartet. In der absoluten Identifikation mit dem ausländischen Kulturträger sowie im Versuch zur geistigen Autarkie sind die beiden Extremfälle verkörpert, die zur Selbstaufgabe führen. Wie untauglich beide Wege sind, machen zwei Beispiele aus der neuesten Zeit augenfällig. Jakob Schaffner, der unter der schweizerisch-deutschen Zweiheit zerbrach, verschrieb sich einem vom Nationalsozialismus zur Farce gemachten Deutschtum; seinem Geburtsland aber war er ein Fremder geworden.⁸⁸ Umgekehrt musste auch das Unternehmen scheitern, eine eigene Schrift- und Hochsprache für das «alemannische Schweizervolk» zu schaffen, die eine Abgrenzung zum deutschen Sprachraum und eine bessere Abwehr gegen die nationalistische Kulturpropaganda hätte ermöglichen sollen.⁸⁹ Dem «totalen Deutschtum» liess sich kein «totales Schweizertum» entgegensetzen; der Abwehrkampf musste und konnte mit anderen Waffen geführt werden als mit solchen aus dem Arsenal der völkischen Begriffswelt. Die Alternative, entweder die grösstmögliche Autarkie oder Formen einer Integration anzustreben, von denen ungewiss blieb, ob sie nur das Überleben ermöglichen oder zur Selbstaufgabe führen würden, war die singuläre Erscheinung einer aussergewöhnlich bedrohlichen Zeitsituation gewesen. Der Zwiespalt hingegen, einem über politische Grenzen hinweggehenden kulturellen Beziehungsgeflecht anzugehören und gleichwohl die andersgeartete Identität als Grundlage der Unabhängigkeit zu festigen, findet sich in fast allen Phasen schweizerischer Eigenstaatlichkeit. Dieser geistige Differenzierungsprozess, das Auseinanderwachsen von Eidgenossenschaft und Deutschem Reich ins Einzelne zu erhellen, sollte aus der heutigen Distanz zum Thema einer umfassenden Studie gemacht werden. Denn erst der Nationalsozialismus hat mit seiner Todfeindschaft gegenüber dem demokratischen Kleinstaat den längst schon vollzogenen Bruch ganz zum Abschluss gebracht. Wie sich ergeben wird, waren in den sechziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts die Bande volklichen Mitgefühls noch überraschend lebendig. Mit der Reichsgründung und der innerschweizerischen Krise während des Ersten Weltkrieges, die die Gefahren aus einem Übermass naiver Partizipation an der zunehmend politisierten Kulturgemeinschaft krass hervortreten liess, sowie durch die nationale Abschliessung in den Nachkriegsjahren und schliesslich mit der alles überbietenden Konfrontation durch das Dritte Reich kamen diese rational kaum fassbaren Saiten vollends zum verstummen.⁹⁰

Von einem prononciert schweizerischen Standpunkt aus gesehen, war es irrelevant, dass dieser Loslösungsprozess deutscherseits nicht in gleicher Weise miterlebt und mitempfunden worden ist. Diese Diskrepanz der gegenseitigen Gefühle schlug sich jedoch wiederholt in gestörten Beziehungen nieder. In Luthers Definition: «die Helwetter sind oberlendische deudschen, so man ytz ynns gemeine nennet die Schweitzer»,⁹¹ zeichnet sich die Differenzierung ab, die erst allmählich den Akzent auf den zweiten Teil der Aussage verschob. Hatte die Wendung «deutsche Lande» vorerst sprachlichen Bezug, so begann im siebzehnten Jahrhundert der Begriff «Deutschland» eine vermehrt räumliche Sinnegebung anzunehmen.⁹² Seine Identifikation mit dem Reich brachte gegenüber der Eidgenossenschaft eine Verengung, die die Frage erst aktuell werden liess, in welcher Weise das den «Obertütschenlanden» zugerechnete politisch unabhängige Gebiet einzuordnen sei. Ob die Schweiz noch als ein integrierter Teil des Deutschen Reiches zu gelten habe, bildete den Inhalt eines Rechtsstreites, der sich durch das ganze achtzehnte Jahrhundert hinzog.⁹³ Im Ergebnis dürfte Ludwig Friedrich von Jan der für die weitere Entwicklung gewichtigsten Auffassung Ausdruck gegeben haben: «Die Eidgenossen gehörten seit dem Jahre 1507 zwar noch zur deutschen Nation, aber nicht mehr zum Reich deutscher Nation.»⁹⁴ Der Dualismus «Nation» und «Reich» erhielt, wie aus dem vorhergehenden Abschnitt deutlich wurde, seine Virulenz erst durch die Revolutionierung des Nationalbewusstseins. In dieser Phase beginnen sich im schweizerisch-deutschen Verhältnis jene Formen eines nationalen Antagonismus auszubilden, die das Freundschafts- und Spannungsverhältnis künftig bestimmten. Schon die «deutsche Schweizerbegeisterung», von der Eduard Ziehen für die zweite Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts spricht,⁹⁵ leistete Missverständnissen Vorschub. Albrecht von Haller, Johann Jakob Bodmer, Salomon Gessner, Johann Caspar Lavater, Johannes Müller, Jean-Jacques Rousseau – um nur einige hervorragende Schweizer zu nennen – haben im Zeitalter Goethes das deutsche Geistesleben befruchtet, während die deutsche Huldigung für die gewaltige schweizerische Naturlandschaft und dem ihr verwachsenen Volke in Schillers «Wilhelm Tell» die vom Pathos verklärte Krönung aller Idealisierungen erhielt.⁹⁶ In diesem idyllischen Lebensbild schwangen eigene Sehnsüchte nach einem neuen Lebensborn altdeutscher Freiheit und volklicher Willenskraft mit. «Der alten deutschen Sitte Spiegel» erblickte August Wilhelm Schlegel in der Eidgenossenschaft, und in ihren Bergtälern glaubte Görres «Altdeutschland wohlbehaltener als meist in Deutschland selbst» wiedergefunden zu haben.⁹⁷ Nachdem der Untergang der alten Eidgenossenschaft dieses idealisierte Bild vom alten

Deutschland zerstört hatte, schlug die Zuneigung in Entfremdung, ja in Hass um. Obwohl sie die Umwälzung mitverfolgt hatten, ignorierten in der Folge die Verfechter der nationalen Einigung in Deutschland, dass durch die innere Neuordnung und Verbindung mit den anderssprachigen Gliedern ein neuer schweizerischer Gesamtstaat heranwuchs, der auch geographisch eine eigene Einheit bildete. Vielmehr fühlten sie sich dazu herausgefordert, im Kampf gegen die französische Hegemonie auch wieder die Schweiz ihrer Vorstellungen zurückzugewinnen. In den Schriften von Ernst Moritz Arndt finden sich beredete Zeugnisse für diesen Stimmungsumschlag, ins Politische überwechselnd verknüpften sich seine Freundschaftsbezeugungen mit Forderungen auf ein Rückgängigmachen der historischen Entwicklung. Arndt sah die Schweiz, in die er seine eigenen Ideale hineininterpretiert hatte, im Chaos verschwinden:

«Glücklich wohnte hier lange ein zahlreiches Geschlecht unter der Obhut des Friedens und seiner stillen Künste und Sitten. Die Fremden haben sich eingedrängt und ihre Pandorenbüchse geöffnet. Ehre, Freiheit, Sicherheit, der letzte Rest helvetischer Tugend ist ausgejagt, in Zwietracht und Zerrüttung schwankt der kleine Staat, von fremder Hand hin und her gestossen, er hat die alte Zuversicht und die ewigen Hoffnungen verloren und wird schwanken, bis der allgemeine Abgrund, woraus keine Erlösung ist, ihn verschlingt.»⁹⁸

In dieser veränderten Situation rief er dazu auf, nach der Befreiung vom französischen Joch das Verhältnis zwischen dem geeinten Deutschland und der Schweiz, «die ein unglücklicher Aufruhr einst von ihm abgerissen hat», neu zu ordnen. Bemerkenswert ist, in welcher Weise er die Schweiz dem neuen Reich anzugliedern wünschte. Auf die gemeinsame Führung von Österreich und Preussen bauend, entwarf er eine Reichskonzeption, die in bezug auf die Schweiz früheren Verbindungen mit der Habsburgerdynastie Rechnung tragen wollte: «Österreich erhält Schwaben, Franken, Baiern, die Schweiz zu seinen vormaligen Besitzungen, Preussen erhält Sachsen, Braunschweig, Holstein, Westfalen, Hessen, Mecklenburg.»⁹⁹ Als Argument dafür, dass Deutschland auch das linke Rheinufer beanspruchen müsse, führte Arndt unter anderem an, dass auf diese Weise dem französischen Einfluss auf die Schweiz ein Gegendruck entgegengestellt werden könne.¹⁰⁰ Dass die deutsche Staatenwelt zu einer geschlossenen Staatengemeinde werde, hoffte Friedrich Ludwig Jahn, der bekannte Initiator der Turnbewegung: «Oberland (Schweiz), Niederland,

Dänemark, Nordreich (Preussen) und Ostreich sind die Strahlen des neuen Sterns.»¹⁰¹ Ottokar Thon, der sich von Anfang an für die preussische Führung im zukünftigen Deutschen Reich entschieden hatte, verlangte, dass «die Schweiz, die Niederlande und Dänemark, unter ihren eigenen Regierungen zwar, aber so innig mit Deutschland verbunden werden, dass Alles nur ein grosses Ganze sey».¹⁰² Ein weiterer Wortführer des nationalen Aufbruchs, Joseph Görres, der aus seiner Fehleinschätzung das Abseitsstehen der Schweizer während der Befreiungskriege ebenfalls nicht anders als Verrat an der deutschen Sache empfand, übte im «Rheinischen Merkur» schärfste Kritik: «Es soll fortan nimmermehr geduldet werden, dass, wenn das gesamte deutsche Volk sich zum Streite mit den Welschen rüstet, irgendein Stamm gleichgültig und unteilnehmend zurückbleibe.»¹⁰³ Die Schweizer sollten ein für allemal erklären, «ob sie zu Welschland oder Deutschland gehören wollen». Entsprechend der «natürlichen Gliederung der Stämme» schwebte Görres eine Verbindung der Eidgenossenschaft mit dem «österreichischen System» vor.¹⁰⁴ Der Historiker Barthold Georg Niebuhr postulierte die Eingliederung sowohl der Schweiz wie Hollands, und der Naturphilosoph Lorenz Oken stellte 1815 an die Schweizer gar das Ansinnen, die Habsburger für die Untreue um Vergebung zu bitten, damit diese sie wieder unter ihren Schutz nähmen.¹⁰⁵ Wenn Arndt auf die Frage: «Was ist des Deutschen Vaterland? So nenne mir das grosse Land!», sein berühmtes «So weit die deutsche Zunge klingt» zur Antwort gibt,¹⁰⁶ dann wird die Parallele zu den alldeutschen Tendenzen späterer Jahrzehnte überdeutlich.¹⁰⁷ Diese frühe Phase des nationalen Pläneschmiedens, das zur Protestbewegung gegen die politische Ohnmacht eines allenfalls geographisch bestimmbar Deutschland wird, ist gleichsam die Wiege des völkischen Nationalismus. Aber es gilt auch, und damit sei die schon gemachte Differenzierung noch vertieft, jene andere Verbindung zu sehen, die in der im alten Deutschen Reich lebendigen Tradition fusst. Nachdem dieses sich nach einem lange dauernden allmählichen Zerfall aufgelöst hatte, waren die überterritorialen Bindungen in einer Weise fortgefallen, die die meisten dieser Stimmen unter Zurückdrehung des Rades der Geschichte auf einen gemeinsamen Neubeginn aller einmal zum Deutschen Reich gehörenden Glieder hoffen liessen. So unrealistisch solche Äusserungen politisch auch waren, entsprangen sie einem Erneuerungswillen, der sich aus den Unzulänglichkeiten der eigenen Situation rechtfertigte. Nur aus diesem traditionsgebundenen Fehlgriff in die Vergangenheit konnte es überhaupt dazu kommen, die Eidgenossenschaft wieder mit den Habsburgern in Verbindung zu bringen. Für die Alldeutschen wäre ein solcher Vorschlag undenkbar gewesen. Ihre Methoden und

Konzeptionen entsprangen den modernen Imperialismusstrategien, ganz abgesehen davon, dass der Dynastie Habsburg von den Alldeutschen in Österreich geradezu Verrat am Deutschtum vorgeworfen wurde.

Nachdem 1815 die europäische Staatenordnung neu befestigt worden war und die von der Reaktion verfolgten Anhänger der nationalen Bewegung vorerst verstummten, gab es nur noch vereinzelt Bezugnahmen auf die Schweiz. Gelegentlich wurde für eine durch Handelsverträge geknüpfte Verbindung plädiert, die zum Anschluss an den Deutschen Bund hätte führen sollen.¹⁰⁸ Ein Initiant des Wartburgfestes, Ferdinand Massmann, hat 1822 auf neutralem Boden der naiven Sehnsucht einer Zeit Ausdruck verliehen, in der es nur ein nationales Hoffen ohne Gewalt gab:

«Deutschland und Schweizerland
Reicht Euch die Bruderhand,
Werdet bald Eins!
Fels, wo der Rhein entspringt,
Au, wo das Meer ihn trinkt,
Volk, werde Eins.»¹⁰⁹

Eine engere Gemeinschaft der Schweiz mit einem republikanischen, freiheitlicheren deutschen Staatenbund war damals noch denkbar. Während Jahrzehnten galt weiterhin für viele deutschsprachige Schweizer eine, wie Hans Kohn formulierte, «zweifache Loyalität; sie betrachteten den Kanton als ihr politisches Vaterland, Deutschland als ihre kulturelle Heimat».¹¹⁰ Aber der Nationalismus eines Arndt oder Görres hatte gegenüber der Schweiz einen provokativen Ton angeschlagen, dessen feindselige Tendenz die entsprechende Gegenreaktion hervorrief und damit das schweizerisch-deutsche Verhältnis auf der Ebene des nationalen Gegensatzes erheblich sensibilisierte. Als Anfang 1841 die «Augsburger Allgemeine Zeitung» einen anonymen Aufsatz «Deutschland und die Schweiz» publizierte, der den Schweizern die eigene Nationalität bestritt und in dem nun schon bekannten Tenor die Eingliederung forderte, verteidigte der junge Gottfried Keller die angegriffene Willensnation in feurigem Patriotismus: «Der Nationalcharakter der Schweizer besteht nicht in den ältesten Ahnen, noch in der Sage des Landes noch sonst in irgendetwas Materiellem, sondern er besteht in ihrer Liebe zur Freiheit, zur Unabhängigkeit, er besteht in ihrer ausserordentlichen Anhänglichkeit an das kleine aber schöne und teure Vaterland; er besteht in ihrem Heimweh, das sie in fremden, wenn auch den schönsten Ländern befällt.»¹¹¹ Nur an der Oberfläche besehen mag man es als Gegensatz empfinden,

wenn Keller in seinem 1844 verfassten Gedicht «Am Vorderrhein» Deutschland «mein zweites Heimatland» nennt und in seinem berühmten Rheingedicht «Gegenüber» die vielumstrittene Strophe formte:

«Wohl mir, dass ich dich endlich fand,
Du stiller Ort am alten Rhein,
Wo ungestört und ungekannt
Ich Schweizer darf und Deutscher sein!»¹¹²

Diese Idylle endete mit einem störenden Geräusch von drüben, einem Schluss, der die psychologische Situation nicht besser treffen könnte; jedes Wort von jenseits der Grenze wirkte in dieser Sache als unzulässige Einmischung. Die Sympathien hingegen, mit denen das liberale Deutschland das schweizerische Einigungswerk verfolgte,¹¹³ während umgekehrt die Schweizer Radikalen auf den Sieg der nationaldemokratischen Kräfte in Deutschland hofften, fussten in der freiheitlichen Gesinnungsfreundschaft. In der Umwandlung zum Bundesstaat manifestierte sich der Wille zur Unabhängigkeit, so dass beim erneuten Wellenschlag des Nationalismus von 1848 in Deutschland die Veranlassung fehlte, die Diskussion um einen schweizerischen Anschluss ernsthaft wiederaufzugreifen. Wohl wiederholte Ernst Moritz Arndt seine bekannte Auffassung, Holland, Belgien und die deutsche Schweiz müssten wieder in den Schoss des gemeinsamen Vaterlandes zurückfallen. Friedrich von Raumer traf in der Reichsversammlung die deplazierte Feststellung, «dass weder Elsass noch Lothringen, weder Kurland noch Livland oder irgendein Teil der Schweiz bisher die Einverleibung in den deutschen Bund verlangt habe».¹¹⁴

Der Verlauf der deutschen Revolution vermochte in der Schweiz nur zu enttäuschen: «Die Folge hat gezeigt», und damit traf die «Neue Zürcher Zeitung» den Kern der Verstimmung, «dass bei den Männern, die sich die Erhebung des Volkes zu Nutze machten, der wahre Freiheitssinn überhaupt nicht zu Hause ist».¹¹⁵ Auf die seltsamen Voten in der Paulskirche, die die Schweiz betrafen, blieb in der Schweizer Presse eine Reaktion aus. Eine Ausnahmeerscheinung war die Einsendung eines Schaffhausers, der in der liberalen «Winterthurer Zeitung» den Vorschlag machte, die deutsche Schweiz solle sich einem freien Deutschland anschließen und den Deutschen in ihrem Befreiungskampf beistehen. Ihr bliebe ohnehin kein anderer Weg, da das Tessin wohl zu Italien und die französische Schweiz zu Frankreich übergehen dürften.¹¹⁶ Die «Deutsche Zeitung» aus Heidelberg hatte zu der schweizerischen Kritik über den Verlauf der deutschen Nationalbewegung bissig bemerkt,

«dass der Riese erwacht und nunmehr für die Zwergheit ein Massstab gegeben ist», ein Wort, das empfindlich traf und das – wie die NZZ hoffte – «jedem Schweizer die Lust benehmen wird, sich in deutsche Händeln zu mischen».¹¹⁷

Die Frankfurter Nationalversammlung hatte bei der Beratung der «Grundrechte des deutschen Volkes» eindeutig klargestellt: «Das deutsche Volk besteht aus den Angehörigen der Staaten, welche das deutsche Reich bilden.»¹¹⁸ In dieser Definition wurde der Anspruch, die deutschsprachigen Schweizer zur deutschen Nation zu zählen, fallen gelassen. In der Folge nahmen jene Stimmen ab, die ungeachtet der nationalstaatlichen Entwicklung an einem sprachlich definierten «Deutschland»-Begriff festhielten. Unter ihnen findet sich in Richard Böckh (1824-1907) wohl das bedeutendste Zwischenglied, das die völkische Aufbruchbewegung der Frühzeit mit den späteren alldeutschen Tendenzen verband. Seine 1869 erschienene Studie «Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet»¹¹⁹ war der erste Versuch zur statistischen Erfassung des mitteleuropäischen Deutschtums, dem er alle Deutschsprachigen ungeachtet ihrer Staatszugehörigkeit zurechnete. Böckh ist im «Verein für das Deutschtum im Ausland» wieder zu begegnen, wo sein Deutschtumsbegriff neue Verbreitung fand.¹²⁰ Doch bevor diese Linie weiterverfolgt wird, ist zu prüfen, welche Veränderungen die Verwirklichung der kleindeutschen Lösung im Nationalstaat von 1871 für die vorliegende Problemstellung gebracht hat.

5 2 Zur Bedeutung der Reichsgründung von 1871 für die Schweiz

Ohne den Bezug auf bestimmte durch Jahreszahlen markierte Wende- und Fixpunkte vermag die historische Darstellung nicht auszukommen, und doch wird ihre Zeitgebundenheit nirgends deutlicher als in der schwankenden Gewichtung solcher Einschnitte. Die Vertiefung in das Vergangene hält ebenso wie das dem Blick entzogene Geschehen der Zukunft jede historische Wertung in Fluss. Die Frage, welchen Stellenwert die Reichsgründung von 1871 in der Geschichte der schweizerisch-deutschen Beziehungen einnimmt, erbringt aus dem zeitlich und perspektivisch erweiterten Rahmen eine veränderte Sicht der Zusammenhänge. Die unmittelbaren Auswirkungen der Reichsgründung, in der damaligen Beurteilung gesehen, sind für die Schweiz neuerdings von Peter Stadler aufgezeigt worden.¹²¹ Zurückliegende Untersuchungen zu dieser Problemstellung wurden während oder kurz nach dem Zweiten Weltkrieg durchgeführt. Deren Ergebnisse fasste Eduard Vischer in der Schlussfol-

gerung zusammen, dass die Reichsgründung aus der Perspektive des schweizerisch-deutschen Verhältnisses den Einschnitt «nicht besonders tief» markiere, dass sich im Gegenteil gerade damals eine Gemeinsamkeit zu eröffnen schien, «die die beiden heterogenen Staatswesen in *einem* wichtigen Punkte wenigstens verbände, in demjenigen der kulturpolitischen Ideologie». ¹²² Ein kaum beachteter Aspekt scheint diese Auffassung noch zu unterstreichen. Schon im Deutsch-Französischen Krieg klang das 1914 vielvariierte Thema vom Kampf zwischen Germanentum und Romanentum auf, von dem sich auch Schweizer angesprochen fühlten. Der in Zürich eingebürgerte deutsche Rechtsgelehrte und Universitätsdozent Heinrich Fick schrieb im November 1870: «Dieser Krieg ist ein Ereignis, dem an Wichtigkeit kaum irgendein anderes der Weltgeschichte an die Seite gesetzt werden kann. Es ist der Sieg des Germanentums und der Reformation über Romanismus und Papismus.» ¹²³ Dostojewski hat 1877 in seinem Aufsatz «Deutschland, die protestierende Macht» die Vision von der Bedrohung Deutschlands durch den römisch-katholischen Westen zu einer Weltanschauung erhoben, die die deutschen Nationalisten bis hin zur zweiten Weltkatastrophe aufs Tiefste bewegt hat. Sie findet sich in allen Irrungen ausgeformt bei Thomas Mann, der der Überzeugung des unpolitischen deutschen Bürgertums von 1914 mit den Worten Ausdruck verlieh, «dass dieser Krieg im Wesentlichen einen neuen Ausbruch, den grossartigsten vielleicht, den letzten, wie einige glauben, des uralten deutschen Kampfes gegen den Geist des Westens, sowie des Kampfes der römischen Welt gegen das eigensinnige Deutschland bedeutet». ¹²⁴ Seitdem dem französischen ein deutscher Nationalstaat gegenüberstand, wandelte sich die Kultur- zur Schicksalsgemeinschaft; denn schärfer als zuvor akzentuierten sich auch in diesem Bereich die nationalen Gegensätze. Von dem um die Schweiz entstehenden nationalen Kräftefeld ging eine zentrifugale Wirkung aus, dem der neutrale Mehrsprachenstaat, wollte er sich nicht der Gefahr allmählicher Auflösung aussetzen, selbst ein gesteigertes Nationalbewusstsein entgegenstellen musste. Wie dies einst von Görres gefordert worden war, sollte auch jetzt wieder die Alternative zwischen Romanentum und Germanentum getroffen werden, und dies umso eindringlicher, je näher der Zeitpunkt des Ersten Weltkrieges heranrückte. Allerdings drängte sich der Zwang zur Wahl in subtileren Formen auf; die Werbung erfolgte im Zeichen der Geistesfreundschaft, nicht der Drohung. Dass sich die deutschsprachige Schweiz um die Jahrhundertwende derart der deutschen Kulturgemeinschaft verband, war nur möglich, weil der deutsche Nationalstaat – im Gegensatz zu den alldeutschen Strömungen – der völkischen Konzeption fernstand und die Schweiz nicht mit territorialen Expansionsabsichten

schreckte. Wenn allzu bedenkenlos das einseitig über die Nordgrenze gerichtete wirtschaftliche Profit- und kulturelle Prestigedenken überwog, so war dies mit auf das Fehlen entsprechender Erfahrungen zurückzuführen; sie mussten erst mit den im Norden und Süden emporstrebenden Nationalstaaten gesammelt werden, bevor sich in der Schweiz die ihrer veränderten Lage gemässen Verhaltensweisen herausbilden konnten. Insofern liesse sich allenfalls der These Eduard Vischers beistimmen; an der Kulturgemeinschaft gemessen war der Einschnitt weniger tief, aber nur deshalb, weil der veränderte Inhalt dieser «kulturpolitischen Ideologie» in den deutschsprachigen Kantonen verkannt worden ist. Doch selbst unter diesem Vorbehalt trifft eine solche Aussage nicht den Kern. Solange die grossdeutschen Ideen Sehnsüchte einzelner Gruppierungen gewesen waren, brauchte man in der Schweiz diese Bestrebungen wenig ernst zu nehmen. Sie selbst hatte ja 1847/48 ihre Tatkraft zum eigenen Einigungswerk bewiesen und genoss während der fünfziger und sechziger Jahre die Achtung der gescheiterten deutschen Nationalisten fast aller Richtungen. Nun jedoch war die frühere Gelassenheit vorbei, mit der aufs Gesamte gesehen nach dem lange Zeit in sich zersplitterten Deutschland geschaut worden war. So irrelevant gerade zu Beginn des Zweiten Reiches völkische und ihnen verwandte Stimmen waren, begann man in der Schweiz auf jede Infragestellung der Eigenstaatlichkeit nun ungleich empfindlicher zu reagieren. Bereits 1870/71 war es deswegen zu Spannungen gekommen, die, wie sich zeigen wird, das Verhältnis der deutschen Ausländerbevölkerung zu ihrem Gastland belastet haben.

Hier geht es nur um die Symptome des Konfliktes, die auch spätere Auseinandersetzungen geprägt haben und die die Bedeutung der veränderten Situation unterstreichen.¹²⁵ Napoleons III. Fall hatte fast in der gesamten schweizerischen Öffentlichkeit Zustimmung gefunden; nachdem jedoch in Frankreich die Republik ausgerufen worden war, stiess die Fortsetzung der deutschen Kriegsführung und der durch sie erungene Machtzuwachs auf zunehmende Besorgnis. Im Moment argwöhnischer Erregung genügte auch das unmassgeblichste Zeugnis, den einmal geschöpften Verdacht zu bestärken. Kaum war die Siegesnachricht von Sedan bekannt geworden, forderte Adolph Wagner gemäss dem Nationalitätenprinzip die Rückgabe von Elsass-Lothringen. Mit ihrem populären Ansinnen erreichte diese Schrift binnen weniger Monate sechs Auflagen.¹²⁶ In dieser Broschüre wurde Wagner auch gegenüber der Eidgenossenschaft ausfällig. Die deutschsprachige Schweiz teilte er dem «natürlichen Gebiet der deutschen Volkswirtschaft» zu. Das nationalökonomische Moment sei heute nicht mehr allein entscheidend:

«Aber wo mit der nationalen auch die natürliche volkswirtschaftliche Zusammengehörigkeit übereinstimmt, da wird man vollends getrost wieder politisch verbinden können, was eine zufällige geschichtliche Entwicklung einmal eine Zeitlang getrennt hat.»¹²⁷ Seine Auslassungen über den «albernen steifleinenen Republikanerdükel» und die damit verbundenen Zumutungen entfachten in der Schweiz eine Empörung, die tiefer ging als dies die unmassgebliche Broschüre allein hätte provozieren können.¹²⁸

Wagner, dessen Freunde sogar – nach eigenem Zeugnis – seine Polemik «als mindestens unzeitgemäss» (!) ablehnten, setzte im Vorwort seiner vierten Auflage zu einem bemerkenswerten Rechtfertigungsversuch an. Er sei oft in der Schweiz gewesen und habe in den letzten zwei Jahren in ihrer unmittelbaren Nähe gelebt. Ihm sei es wie den meisten seiner deutschen Landsleute, die in der Schweiz wohnten, ergangen: «Unsere Hochachtung vor der Schweiz und ihren inneren Zuständen hat sich *ausserordentlich gemindert*. Wir haben fast Alle erkennen gelernt, dass sie auf einer ganz einseitigen Überschätzung einer wahrlich nur sehr theilweise bewährten Staatsform beruhte. Wie sehr diese Überschätzung der Schweiz aber unserer staatlichen Entwicklung in Deutschland schadete, bedarf keines näheren Beweises.»¹²⁹ Anders hätte man kaum argumentieren müssen, um die provozierte Entrüstung auf die Deutschen in der Schweiz zu lenken! Schürte Wagners Schrift in der Schweiz das Misstrauen durch Befürchtungen möglicher deutscher Annexionsabsichten, so fühlte man sich vor allem in Süddeutschland durch einen vom «Schweizer Handels-Courier» veröffentlichten Artikel in der Überzeugung bestätigt, dass die schweizerische Neutralität preisgegeben worden sei. Der schwerwiegendste Passus dieser von einem mit dem republikanischen Frankreich sympathisierenden Schweizer Obersten verfassten Einsendung lautete: «Wir sehen die Schwesterrepublik in furchtbarem Kampfe verbluten. Mit 100'000 Mann könnten wir ihr Luft machen und dem Krieg eine andere Wendung geben.»¹³⁰ Wagner wie der anonyme Oberst standen hier wie dort mit ihrem Ansinnen einer erdrückenden Mehrheit gegenüber, die die staatliche Integrität des Nachbarlandes nicht anzutasten gedachte. Wer nach dem Redaktor fragt, der unter mangelndem Verantwortungsbewusstsein die Aufforderung zum militärischen Einmarsch abgedruckt hatte, stösst auf Ernst Schüler, der 1833 als politischer Flüchtling in die Schweiz gekommen und – drei Jahre später eingebürgert – in der deutschen Arbeiterbewegung und während der Ereignisse von 1848/49 hervorgetreten war.¹³¹ Der von E. A. Picard nicht verifizierte Adolph Wagner (1835-1917) war mit dem bekannten Nationalökonom identisch. Zuerst Lehrer an der Handelsakademie in Wien und in Hamburg, kam er nach einem Ordinariat in Dorpat 1868 für zwei Jah-

re an die Hochschule in Freiburg i. Br., von wo aus er seine «Schweizerstudien» betrieb; seit 1870 wirkte er als einer der Hauptverfechter des sozialreformerischen Kathedersozialismus in Berlin.¹³² Obwohl Wagner nicht mehr als seine private, höchst eigenwillige Meinung geäußert hatte, traf er mit seinem Ansinnen, die Schweiz müsse wenigstens ihre Gebiete auf dem rechten Rheinufer an Deutschland abtreten, auf einen für die Schweiz neuralgischen Punkt. Auch die Eidgenossenschaft habe gegenüber Neuchâtel eine Gewaltpolitik betrieben, die man aus Gründen der geographischen Lage und der Nationalität billigen könne: «Aber umso mehr wäre es 1815, 1848 und noch heute von deutscher Seite doch wahrlich ein gemäßigter Anspruch gewesen, dass die Schweiz an Deutschland Gebietsentschädigungen gäbe, um wahrhaft unleidliche Grenzverhältnisse zu verbessern.»¹³³ In einzelnen süddeutschen Zeitungen wurden ähnliche Gedanken ausgesprochen.¹³⁴ Mit den steigenden Befürchtungen wuchsen auch die Gerüchte, die in ihrem Inhalt in manchem an Angstsymptome späterer Erscheinungen erinnern. Im Januar 1871 veröffentlichte «Der Bund» eine alarmierende Nachricht, die ihm sein Korrespondent «von der Grenze» übermittelt hatte:

«Die Ihnen gemeldete Annexionsversammlung in Waldshut hat in der That stattgefunden, ja man hat von dort eine Liste zur Unterzeichnung auch nach Jestetten gesandt, wie man sagt, und dann nach Schaffhausen an die badischen Eisenbahnbeamten und sowohl allenthalben herum, damit das Begehren der Annexion des rechtsrheinischen Schweizer Gebietes an Deutschland als ein tatsächliches Volksbegehren erscheine. Die ganze Geschichte spielt etwas stark in's Lächerliche.»¹³⁵

Mehr als eine Woche später musste die Zeitung eine Erklärung wiedergeben, in der der Bürgermeister von Waldshut namens des Stadtrates feststellte, «dass *niemals*, weder jetzt noch früher, eine derartige Versammlung hier stattgefunden hat, dass sonach diese sammt allen daraus entsprossenen Beschlüssen und Massnahmen (Adresse nach Jestetten, Schaffhausen etc.) in das Bereich der Fabel oder aber der tendenziösen Lüge gehören».¹³⁶ Diese Falschmeldung hatte, wie in der «Neuen Zürcher Zeitung» vermerkt wurde, «grosse Entrüstung in der Schweiz erregt und zahlreichen Organen der schweizerischen Presse Veranlassung zu bitteren Erörterungen gegeben».¹³⁷ Für eine Beunruhigung war bei nüchterner Beurteilung 1870/71 keine Veranlassung; von irrelevanten Stimmen abgesehen, existierten weder geheime Pläne noch gab es staats- oder nationalpolitische Intentionen, die sich damals von einer verantwortlichen deutschen Stelle ausgehend, gegen die Schweiz richteten.¹³⁸

Friktionen hatte es auch 1848 gegeben. Nicht allein in der scharfen Zurückweisung nationalistischer Misstöne deutschen Ursprungs, in der gesteigerten Animosität wie in der leichteren Erregbarkeit und rascheren Alarmbereitschaft drückte sich die inzwischen eingetretene tiefgreifende Veränderung aus. Das böse Wort, dass nach dem Erwachen des Riesen für die Zwerghheit ein Massstab gegeben sei,¹³⁹ erhielt nun nachträglich eine psychologische Bedeutung. Zumindest unterschwellig spielten in der Einstellung zu Deutschland fortan latente Angstgefühle eine gewichtige Rolle, wohl mit erklärbar aus der während Jahrhunderten im Kampf gegen Eingriffe von aussen geschärften Sensibilität. Hat man die grundsätzliche Veränderung der neuen Lage von 1870/71 erkannt, so heben sich die nachfolgenden Konfliktsituationen aus ihrer Isolation heraus. Eine vergleichende Betrachtung erbringt unerwartete Zusammenhänge, die auf geradezu verblüffende Affinitäten hinweisen.

So wurde auch die sogenannte Blutschuldthese bisher als ein typisches Symptom der Angstpsychose gewertet, die Ausfluss der nationalsozialistischen Bedrohung war. Der damals vielumstrittene Standpunkt der zur Zurückhaltung Mahnenden lautete, eine allzu freimütige Schreibweise der Presse könnte einen militärischen Angriff des Dritten Reiches provozieren. In Verkenning der Lage glaubten sie an ein mutwilliges Aufs-Spiel-Setzen von Land und Leben, wofür sie einzelne Presseleute verantwortlich machen wollten.¹⁴⁰ Doch die «Blutschuldthese» ist keine Erfindung jener Epoche. Seitdem sich die Schweiz in ihrer polyethnischen Struktur durch die nationalstaatliche Entwicklung bedroht fühlte, gehörte diese in einer Zeit erhöhter Spannung zur Argumentation der zur Vorsicht Rufenden. Es mag überraschen, wie vehement sie schon 1871 verfochten wurde. Damals hatte sie sich die Zürcher «Freitagszeitung» in einem vielbeachteten Artikel zu eigen gemacht, indem sie die radikale und sozialistische Presse davor warnte, Deutschland weiterhin zu reizen:

«... und wenn die Schweiz wirklich Recht hätte, vor den Annexions- und Unterdrückungsgelüsten Deutschlands besorgt zu sein, so würde das Benehmen eines Theils der schweizerischen Presse denselben den grössten Vorschub leisten, indem es im *deutschen Volke* eine Stimmung gegen die Schweiz schaffen und verbreiten hilft, welche dereinst dem *deutschen Kaiser* es sehr leicht machen würde, falls es ihm einfiel, die *freie Schweiz* wieder mit dem deutschen Reiche zu vereinigen, oder doch wenigstens so zu schwächen und zu erniedrigen, dass sie ihren letzten Rest von Bedeutung im europäischen Staatenverbande verlöre.»¹⁴¹

Auch in der «Neuen Zürcher Zeitung» hiess es vielsagend: «Nun, wenn den Deutschen die Geduld ausgeht, so müssen wir erwarten, dass diese Herren der Presse das erste Bataillon bilden, das gegen die Heere der ‚Barbaren‘ marschiert – aber dann wird es beim Anblick der Gefahr wohl heissen: Wir wollen es gewiss nicht mehr wieder thun!»¹⁴² Als sich die angestauten Spannungen im Zürcher Tonhallekrawall vom 9. März 1871 in einer progromartigen Stimmung gegen die Teilnehmer der deutschen Sieges- und Reichsgründungsfeier entluden, nahm der schweizerisch-deutsche Pressekonflikt die heftigsten Formen an.¹⁴³ Jetzt riet der Schweizer Fürsprecher Johann Rudolf Spillmann aus Zürich sogar in der «Allgemeinen Augsburger Zeitung», die schweizerische Presse müsse gegenüber dem deutschen Nachbarn ihre Haltung ändern. Dieser Artikel ist deshalb bemerkenswert, weil die Begründung, mit der er zum Gesinnungswandel aufruft, ebensogut aus dem Jahr 1940 hätte stammen können: die Einsicht in die politische, merkantile und industrielle Abhängigkeit von Deutschland, die auch die Versorgung auf dem Ernährungssektor betreffe, die im Vergleich schwache eigene Militärmacht, der Dank, den die Schweiz den Deutschen für so Vieles schulde – dies alles mache eine Änderung der Einstellung gegenüber Deutschland unabdingbar.¹⁴⁴

3. 3 Umwertung germanophiler Gesinnung

Da der Konflikt von 1870/71 lediglich als Episode gewertet werden könnte, insbesondere wenn man – wie Eduard Vischer – die aufblühende Kulturgemeinschaft zum Hauptaspekt macht,¹⁴⁵ gilt es zu überprüfen, ob die durch die Reichsgründung bewirkten Veränderungen nicht bloss vorübergehender Natur und damit eben doch nur von sekundärer Bedeutung gewesen sind. Zu jenen, die die Zeichen der Zeit ignorierten, hatte auch Gottfried Keller gehört. Erst der kleine Aufruhr, den eine ihm entschlüpfte harmlose Bemerkung verursachte, machte bewusst, dass Gedankenspielen, wie sie im Jahrzehnt zuvor unbeachtet geblieben waren, jetzt ein Beiklang des Verrats zugemessen wurde. Die etwas verworrene Szene spielte sich an der Abschiedsfeier ab, die im März 1872 für den von der Universität Zürich nach Strassburg wechselnden deutschen Mediziner Adolf Gusserow gegeben worden war. Bei diesem Anlass hat Keller einen Trinkspruch in folgendem Sinne ausgebracht;

«Gusserow möchte die Strassburger von ihren alten Freunden, den Zürchern, grüssen und ihnen sagen, sie möchten sich nicht allzu unglücklich fühlen im neu-



Pfarrer Eduard Blocher (1870-1942) war in der Schweiz Exponent jener traditionellen Germanophilie, die die Bindungen an eine deutsche Volksgemeinschaft für stärker hielt als die Verwurzelung in schweizerischer Eigenart.

Die Schweiz- eine „deutsche Provinz“?

Meine Nürnberger Rede und ihre Folgen.

Ein Bekenntnis und eine Abrechnung

von

Professor Dr. Ferdinand Vetter

in Bern.



BERLIN

Hermann Walther Verlagsbuchhandlung G. m. b. H.

1902.

Die Nürnberger Rede des Berner Germanisten Ferdinand Vetter (1847-1924) vom 15. Juni 1902 anlässlich der Einweihung des Germanischen Museums löste in der Schweiz einen Sturm der Entzündung aus.

en Reiche. Vielleicht käme eine Zeit, wo dieses deutsche Reich auch Staatsformen ertrüge, welche den Schweizern notwendig seien, und dann sei eine Rückkehr der letztem wohl denkbar. Selbstverständlich kann nicht von der Form blosser freier Städte hiebei die Rede sein, da diese ja schon da sind, sondern nur von dem Bestehen grösserer Volksrepubliken. »¹⁴⁶

So lautete die Version, die Gottfried Keller in den «Basler Nachrichten» am 1. April 1872 dargelegt hat, um sich der dort geübten Kritik zu erwehren. In dieser Form wurde der inkriminierte Trinkspruch von dem Keller-Biographen Emil Ermatinger der Literatur überliefert.¹⁴⁷ In der Presse war allerdings eine krassere Formulierung bekannt geworden.¹⁴⁸

«Sagen Sie den Deutschen», so soll Keller beim belebten Toastieren gesprochen haben, «dass, wenn sie einmal unter einer Verfassung leben, die auch ungleicherartige Bestandtheile zu ertragen vermag, die Zeit kommen dürfte, in der auch wir Schweizer wieder zu Kaiser und Reich zurückkehren könnten.»

An jenem Abend wären Kellers Worte vielleicht in den lebhaft gewechselten Freundschaftsbeteuerungen untergegangen. Peinlich wurde die Situation erst, als nach des Dichters Toast Gottfried Kinkel, der einst aus Deutschland geflüchtete Achtundvierzigerrevolutionär und Gelehrte, sich in einer feurigen Rede zum Bekenntnis gedrängt fühlte, er hingegen wünsche, sollte Kellers Idee mit dem Schwert realisiert werden, dies nur zu erleben, um mit der Waffe in der Hand auf Seiten der Schweiz zu kämpfen. Ein gebürtiger Rheinländer protestierte seinerseits gegen Kinkels Rede: Er sei zwar Schweizer Bürger, was Kinkel nicht sei, aber er freue sich über jede, auch militärische Eroberung der Deutschen und werde, sollte einmal die Zeit kommen, wo seine Schweizer Bürgerpflicht ihm diese Freude verbiete, sein Schweizer Bürgerrecht sofort niederlegen.¹⁴⁹ Die weinbeschwingte Stimmung hatte zu Worten hinreissen lassen, die sich in der irrealen Szenerie zu einem seltsamen Missklang vermischten. In Keller schwang wieder jene Saite mächtig an, die in seinem Gedicht «Gegenüber» klang,¹⁵⁰ aus Kinkel sprach der demokratische Revolutionär von 1848, und der Rheinländer Schoeller demaskierte in seinen sinnlosen Beteuerungen die Unzuverlässigkeit eines von wenig Pflichtbewusstsein zeugenden Neubürgers. Keller hatte damit gerechnet, dass sein Toast nicht ohne Folgen bleiben werde. Seinen nächtlichen Begleitern gegenüber soll er sogar bemerkt haben, «es sei ihm ganz recht, einmal seinen Standpunkt in der Presse klar darzulegen».¹⁵¹ Dass

dann der Entrüstungssturm derart über ihn hereinbrach, hatte er aber wohl doch nicht erwartet. Die Empörung ging so weit, dass er sogar des Landesverrates bezichtigt wurde.¹⁵² Seine Worte haben auch der späteren Interpretation Kopfzerbrechen bereitet; sibyllinisch und damit auch nicht falsch wurde etwa gedeutet, eigentlich habe der Dichter sagen wollen, «nicht die Schweiz sollte dem Reiche beitreten, vielmehr das *Reich schweizerisch* werden».¹⁵³ Diese Deutung entsprach den Ludwig Uhland zugeschriebenen Versen:

«Das sind wohl alte Sagen,
Die lange, lange gehn,
Dass in dereinsten Tagen
Der Brocken mitten in der Schweiz wird stehn!»¹⁵⁴

Wiederholt und vor allem in den dreissiger Jahren unseres Jahrhunderts ist die deutschfreundliche Haltung Kellers zum Gegenstand literarpolitischer Spiegelfechtereien geworden. Jakob Schaffner sprach 1938 in durchsichtiger Absicht davon, Keller sei «sein uraltes, heftiges, trotziges Schwabenherz durchgebrochen, sein heimliches Reichsherz».¹⁵⁵ Umgekehrt wurden von anderen patriotische Zeugnisse aufgeführt, so seine Gedichte «Eidgenossenschaft», «An das Vaterland», «Schweizerdegen» usw., um die gut schweizerische Gesinnung des Dichters unter Beweis zu stellen.¹⁵⁶ All diesen Kontroversen, bei denen es hintergründig immer um die schweizerische Einstellung zur eigenen Zeit ging, fehlte das Einfühlungsvermögen in die Verhältnisse vor 1870. Wie unspektakulär, ja beinahe vertraut ein derart unverbindlicher, aber deutschem Wesen aufs Engste verbundener Toast noch zehn Jahre früher geklungen hatte, wird sich am Verhältnis zwischen der deutschen Kolonie und ihrem Gastland erweisen. Nicht an des Dichters vaterländischer Gesinnung war zu zweifeln; das Problem, um das es ging, lag auf einer anderen Ebene. Sein Trinkspruch von 1872 stand noch ganz in der Tradition der beiden vorangehenden Jahrzehnte. Der schweizerischen Werte durchaus bewusst, blieb Kellers Anteilnahme am deutschen Geschick unverändert warm. Selbst in seiner öffentlichen Rechtfertigung rückte er von seiner Äusserung nur teilweise ab. An der föderalistischen Schweiz wollte auch er nach Kräften mitarbeiten. Sollte aber der Zentralismus in einen förmlichen Einheitsstaat einmünden, der den alten Bund mit seinem fünf-hundertjährigen Lebensprinzip aufheben will, dann würde er das seiner inneren Substanz beraubte Schweizerhaus in seiner Aussenwand nicht mehr für stark genug halten: «Eine im Innern so ausgeräumte Schweizerrepublik aber würde ihre Kraft und ihr altes Wesen wiedergewinnen, wenn sie im freien Verein mit ähnlichen Staatsge-

bilden zu einem grossen Ganzen in ein Bundesverhältnis treten könnte, und dass dieses mit Deutschland einmal möglich werden könnte, war eben die Voraussetzung obigen Trinksprüchleins. Wenn ich für einen solchen Anschluss, ein solches Unterkommen in künftigen Weltstürmen mit Vorliebe an Deutschland dachte, so geschah es, weil ich mich doch lieber dahin wende, wo Tüchtigkeit, Kraft und Licht ist, als dorthin, wo das Gegenteil von alledem herrscht». ¹⁵⁷ Diese wohlüberlegte Erklärung ist klar genug gefasst, um Deutungen von falscher Verharmlosung zu widerlegen, wie sie in der Meinung zum Ausdruck gelangt ist, seinen Worten komme nur eine «rein kulturelle Bedeutung» zu. ¹⁵⁸ Indem Keller die trennenden Ereignisse der Jahre 1866 bis 1871 ignorierte, fehlte ihm die Einsicht dafür, dass das gesteigerte Nationalbewusstsein sich nicht mehr mit den früheren Formen germanophiler Gesinnung vertrug.

Bezeugte schon die mit diesem Vorfall verbundene Erregung, dass die Veränderungen im schweizerisch-deutschen Verhältnis nicht vorübergehender Natur waren, so deutet der Fall Vetter auf eine Steigerung der Animosität hin, die der inzwischen noch enger geknüpften kulturellen und wirtschaftlichen Verflechtung entgegenwirkte und auf die Virulenz der untergründigen Spannungen hindeutete, die aus den antagonistischen Gefühlen resultierten. Der Missgriff des Berner Germanisten Ferdinand Vetter weitete sich zum eigentlichen Skandal aus. Im Jahr 1902 war er zum fünfzigjährigen Jubelfest des «Germanischen Nationalmuseums» nach Nürnberg delegiert worden und brachte dort vor den feierlich Versammelten seine Glückwünsche im Namen der deutschschweizerischen Universitäten dar. In seiner Rede sprach er die Worte aus:

«Eine deutsche Provinz in geistiger Beziehung also wollen wir in der deutschen Schweiz sein und bleiben, aber allerdings mit sehr bestimmten Reservatrechten! Wir freuen uns heute – und hier in Nürnberg –, dass wir deutschen Schweizer nicht, wie ein Teil des niederdeutschen Stammes, mit der politischen Abtrennung vom Reiche auch die sprachliche und kulturelle vollzogen haben; wir freuen uns, dass wir uns geistig hier als Deutsche unter Deutschen, als Landsleute Goethes und Schillers, Erwin von Steinbachs und Albrecht Dürers fühlen können; wir freuen uns heute und hier, nicht bloss wie Gottfried Keller, der in trüber Zeit einen stillen Ort am Rhein gefunden hat, wo er ‚Schweizer darf *und* Deutscher sein‘, sondern wir freuen uns unter Deutschen am Feste dieser deutschen Anstalt, dass wir *als* deutsche Schweizer zugleich dem Geiste nach Deutsche sind und es zu bleiben hoffen!» ¹⁵⁹

Der Berichterstatter der «Münchener Neuesten Nachrichten» gab dem Passus, der am meisten provozierte, die Form:

«Er komme aus einem deutschen Land mit allerdings sehr weitgehenden Reservatrechten. (Lebhafte Heiterkeit.) Die Deutschen in der Schweiz seien sich der Zugehörigkeit zur grossen deutschen Nation in vollster Weise bewusst.»¹⁶⁰

In dieser Version wurde die Rede in der schweizerischen Öffentlichkeit bekannt, die sowohl in der welschen wie deutschsprachigen Presse eine scharfe Zurückweisung erfuhr. Von Seiten der Berner Studenten musste Vetter eine Protestdemonstration («Katzenmusik») über sich ergehen lassen; der Senat der Universität sprach offiziell sein «lebhaftes Bedauern» über die zweideutige Rede aus; sogar im Berner Stadtrat wurde sie gerügt, so dass der Professor etwas voreilig ein Entlassungsgesuch einreichte, das er dann wieder zurückzog.¹⁶¹ Zu seiner Verteidigung berief er sich auch auf Gottfried Keller, dessen umstrittener Trinkspruch gerade dreissig Jahre zurücklag.¹⁶² Doch was für Keller galt, traf im Fall Vetter erst recht zu: die Zeit derartiger germanophiler Kundgebungen, die nun ganz offensichtlich auf Kosten des gesamtschweizerischen Nationalbewusstseins gingen, war vorbei. Jene Grüppchen, die dies auch in späteren Jahren noch nicht verstanden hatten, fanden sich zum Teil im «Deutschschweizerischen Sprachverein», dann im Verband der «Deutschschweizerischen Gesellschaften» und nach dem Ersten Weltkrieg im «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz» zusammen.¹⁶³ Doch diese Erscheinungen, die, wie die 1940 unternommene «Aktion der 173», zumeist nur aus ihrer Zeit beurteilt werden, repräsentieren aufs Ganze gesehen lediglich Ausläufer der hier aufgezeigten Entwicklungslinie. Dass sie dennoch wiederholt sehr spektakulär in den Vordergrund traten, liegt an der zunehmenden Kluft, mit der sich ein Unternehmen wie die germanophilen «Stimmen im Sturm»¹⁶⁴ vom schweizerischen Staatsinteresse entfernte.

3. 4 Der «Alldeutsche Verband» und die Schweiz

Während in der Schweiz die Gruppen, welche die politischen Veränderungen ignorierten, allmählich in eine Aussenseiterrolle abgedrängt wurden, verlief in Deutschland die Entwicklung gerade umgekehrt: die Flucht aus dem realitätsgebundenen, staatlichen Denken weitete sich zur massenwirksamen Ideologie des völkischen Im-

perialismus. Die Vorstellungen von einem Grossstaat, der alle deutschsprachigen Gebiete in sich vereinigen würde, haben nach Königgrätz für fast zwei Jahrzehnte ihre Faszination verloren. Soweit jedoch die völkische Auffassung des Begriffs «Deutschland» weiterhin Anhänger fand, wurden auch die deutschsprachigen Schweizer den Deutschen zugezählt. In den siebziger Jahren vermischte sich eine neue Tendenz mit den nationalistischen Tönen. Von der Herablassung, die jetzt gegenüber dem demokratischen Kleinstaat aufkam, bis zur Gehässigkeit war es ein kleiner Schritt. Leute wie Max von Schlägel oder der Philosoph Theobald Ziegler (1840-1918), der zu Anfang der siebziger Jahre als Gymnasiallehrer in Winterthur sein Auskommen gefunden hatte, schieden die schweizerischen Verhältnisse arrogant nach degenerativen und nach positiven Eigenschaften. Ganz im Sinne von Gobineaus Rassenlehre, die von der Entartung eines Volkes durch die Vermischung mit unebenbürtigen Rassen sprach und dabei die Germanen zur edelsten Rasse der Welt erhob¹⁶⁵, führte Schlägel die positiven Faktoren, die er in seinen angeblich schweizerischen Romanfiguren entdeckt haben wollte, auf den lebenskräftigenden germanischen Bluteseintrag zurück.¹⁶⁶ Deutsche Volkstumspolitik in der Schweiz betreiben, hiess denn auch nichts anderes, als das deutsche Element derart stärken, bis der Mehrsprachenstaat entweder deutsch oder in seine Landesteile aufgelöst sein würde. Gewiss, nur wenige Zeugnisse erklärten sich offen zu dieser Zielsetzung; wie sich sogleich erhellen wird, ergab sich aus dem einmal gewählten Ansatz zwangsläufig diese Richtung.

War die Fehleinschätzung, der die grossdeutschen Wunschorstellungen zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts unterlagen, noch Ausklang einer vergangenen Tradition, so begann jetzt die Weigerung, die staatliche Eigenentwicklung der Schweiz zur Kenntnis zu nehmen, bedrohliche, ja groteske Züge anzunehmen. Da an der Fiktion festgehalten wurde, dass die deutschsprachigen Schweizer unverwandte Deutsche seien, waren sie und nicht etwa die deutschen Staatsangehörigen in der Schweiz die Hauptadressaten aller Bemühungen, das «Deutschtum» im Ausland zu stärken. Der «Alldeutsche Verband» (AV), zu dessen Gründung der Anstoss von Reichsdeutschen aus der Schweiz gekommen war,¹⁶⁷ hatte in seiner Satzung vom 9. April 1891 die diesbezügliche Aufgabenstellung wie folgt festgelegt:

«Pflege und Unterstützung deutsch-nationaler Bestrebungen in allen Ländern, wo Angehörige unseres Volkes um die Behauptung ihrer Eigenart zu kämpfen haben, und Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde für diese Ziele.»¹⁶⁸

Dass der deutsche Einfluss und die Bewunderung deutscher Leistung in der Schweiz während der beiden Jahrzehnte vor Kriegsausbruch das verträgliche Mass überschritten haben, war jedenfalls nicht das Resultat der alldeutschen Propaganda, wie der Verband selbst und manche seiner Gegner anzunehmen geneigt waren. Mit seiner Vermengung kulturpolitischer und machtsstaatlicher Ideen belastete er mögliche Sympathisanten in den Augen der Schweizer von vornherein mit dem Odium des Verrats. Die Voraussetzungen, von denen er und gesinnungsverwandte Gruppen ausgingen, widersprachen den schweizerischen Gegebenheiten zu sehr, um seine Vorstösse anders denn als unerwünschte Einmischungsversuche erscheinen zu lassen. Allein schon die Sprache, mit der unter allen Umständen am Deutschtum der Schweizer festgehalten wurde, zeitigte die merkwürdigsten Stilblüten: «Die Hauptmasse der Deutschen in der französischen Schweiz ist also Berner Ursprungs», schrieb ein alldeutscher Sprachkundler¹⁶⁹, der sich um die Erhaltung des «deutschen Elementes» im Welschland Sorge machte, und Adolf Fick schreckte seine völkischen Gesinnungsgenossen in Deutschland mit der Meldung: «,In 100 Jahren', sagte mir ein französischer Schweizer, ,wird die ganze Schweiz von Deutschen bewohnt sein, aber von französisch redenden\''»¹⁷⁰ Die Vorspiegelung, als habe ein «Deutschtum» in der Schweiz um die Behauptung seiner Eigenart zu kämpfen, weshalb aus Deutschland den notleidenden Volksgenossen Hilfe zu bringen sei, war selbst für deutschfreundliche Schweizer zu sehr Verzerrung, um verfänglich zu sein. Der AV versuchte, wenigstens in seinem Verbandsorgan eine Sprach-, Geistes- und Blutsgemeinschaft mit den Deutschschweizern zu beschwören. Die Untauglichkeit seiner gelegentlichen Einmischungsversuche zeigte sich gerade im Fall Vetter. Was die germanophile Kundgebung des Berner Professors von jener Gottfried Kellers zusätzlich unterschied, war, dass sie von dem inzwischen gegründeten AV zur Rechtfertigung seiner eigenen Bestrebungen ausgeschlachtet wurde. Dem AV zufolge war die Jubelfeier des Germanischen Museums vom Juni 1902 eine alldeutsche Manifestation gewesen, da diese Kulturstätte ein lebendiges Zeugnis dafür abgibt, dass Volk und Staat nicht identisch seien. Die «so warmen nationalen Töne aus dem Munde eines Schweizers» wurden in den «Alldeutschen Blättern» als eine freudige Überraschung begrüsst. Noch wichtiger als Veters Satz von der Schweiz als einer in geistiger Beziehung deutschen Provinz war ihnen das Bekenntnis: «Als Schweizer sind und bleiben wir Deutsche!»¹⁷¹ Auch wenn Vetter dies möglicherweise nicht so gesagt hatte, war seine Rede willkommener Sukkurs für die völkische Propaganda.¹⁷² Auf die schweizerische Zurückweisung einer derartigen Unterstützung

Vetters rechtfertigte sich das AV-Organ damit, dass es lediglich darauf hinarbeiten wolle, «das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit des Blutes, der Sprache und des Geistes bei allen deutschen Stämmen diesseits und jenseits der schwarzweissroten Grenzpfähle (zu) erhalten».¹⁷³ Seine Haltung gegenüber der Schweiz präziserte das Verbandsblatt in einer abschliessenden Betrachtung zum Fall Vetter wie folgt:

«Im Schosse der Zukunft mag ein Bündnis der vorwiegend deutschen Staaten Mitteleuropas mit dem Deutschen Reiche als führende Vormacht liegen. Politische und wirtschaftliche Notwendigkeit mögen dazu führen; dass das Deutsche Reich aber etwas Derartiges, insbesondere der Schweiz gegenüber mit Gewalt erzwingen sollte, das heisst doch, ihm eine grosse Torheit zumuten; Einsatz und Gewinn ständen hier in gar keinem Verhältnis.»¹⁷⁴

Mehr in der Öffentlichkeit zu sagen, blieb auch gar nicht übrig. Denn in bezug auf die Schweiz liess sich kaum von einem deutschen Irredentismus sprechen.¹⁷⁵ Kurt Huber hat dem italienischen Irredentismus während des Zeitraumes 1870 bis 1943 sowie dessen Einwirkungen auf das Tessin zwei Untersuchungen gewidmet.¹⁷⁶ Aus dem Risorgimento, der italienischen Einigungsbewegung des neunzehnten Jahrhunderts, entstanden, strebte die irredentistische Bewegung die staatliche Gemeinschaft aller Italienischsprechenden an und proklamierte zu seiner Nordgrenze den Alpenkamm mit der Wasserscheide. Vor allem während der Jahre des faschistischen Imperialismus suchte sie die auf der Südseite gelegenen Teile der Schweiz zur «terra irredenta» zu machen. Während die Analogie zu den Anschauungen der Pangermanisten vielfältig in Erscheinung tritt, waren die Bedingungen, unter denen die beiden Panbewegungen die von ihnen angestrebten Sprachgebiete der Schweiz zu bearbeiten suchten, völlig verschieden. Die Deutschschweizer waren gerade jene auf Eigenständigkeit bedachte Mehrheit, die das staatliche Werden der Eidgenossenschaft entscheidend mitgeprägt hat. Mochte sie von ausländischen Stimmen zur deutschen Irredenta erklärt werden, so konnte in der Schweiz auch der glühendste Verehrer deutschen Wesens nicht den Notruf einer angeblich unterdrückten Minderheit anstimmen. Unter solchen Umständen musste sich der AV damit begnügen, die Verbindungen mit seinen Anhängern unter den Reichsdeutschen in der Schweiz zu pflegen; diese galten ihm jedoch nur als Propagandaträger, um besser an «unsre deutschen Stammesgenossen in der Schweiz»¹⁷⁷ heranzukommen. «Nebenbei bemerkt», so schrieb der langjährige Verbandsvorsitzende, «liegt in der riesigen deutschen Aus-

wanderung nach der Schweiz die beste Gewähr für das Fortbestehen der deutschen Art in der Schweiz, ohne dass eine deutsche Grenzpolitik es nötig hätte, mit bewaffneter Hand diese Gewähr zu schaffen.»¹⁷⁸ Der rege Meinungs Austausch, den der Alldeutsche und Verbandshistoriograph Otto Bonhard in den «Alldeutschen Blättern» entdeckt haben wollte und der das Verständnis beiderseits vorbereitet habe, bestand aus gelegentlichen Beiträgen aus dem Kreis deutscher Staatsangehöriger, die die Alldeutsche Ortsgruppe Zürich bildeten.¹⁷⁹ So blieb es denn dabei, was Bonhard in gewundenen Worten eingestehen musste:

«Der Natur der Sache nach musste der Alldeutsche Verband gerade der Schweiz gegenüber besonders vorsichtiger (sic!) sein. Er beschränkte seine Tätigkeit darauf, den dortigen Reichsdeutschen den Anschluss an die völkischen Bestrebungen der Gegenwart zu vermitteln und ihr nationales Gewissen auf diesem Gebiete nicht einschlafen zu lassen.»¹⁸⁰

Während der alldeutsche Kulturimperialismus der Öffentlichkeit sein Gesicht nur verdeckt zeigen durfte, wies Ernst Hasse in seinem weitangelegten, Fragment gebliebenen Werk «Deutsche Politik» die Schritte, die die alldeutsche «Arbeit» zum Ziele führen sollten. Als Nahziel schlug Hasse die Schaffung eines mitteleuropäischen Zollvereins vor, da er davon ausging, dass der Globus sich in grosse geschlossene Weltwirtschaftsgebiete aufteilen würde. Um eine breitere Ausgangsbasis für Deutschlands wirtschaftliche und politische Macht zu schaffen, sollten diesem deutschen Zollverein Belgien, Holland, die Schweiz und Österreich-Ungarn mit Bosnien und Herzegowina angehören. Deutschlands Wirtschaftspotential wollte er dadurch verdoppeln. Nach dem Zollanschluss wünschte er weitere Bereiche wie jene der Verkehrs-, Gewerbe- und Sozialgesetzgebung zu vereinheitlichen. Schliesslich wäre die «staatsrechtliche Ausgestaltung der Beziehungen des Deutschen Reiches zu seinen befreundeten Nachbarn» vorzunehmen. Bei aller Freiheit der Einzelstaaten, so meinte er, hätte sich auf diese Weise das «alte staatsrechtliche Band mit dem Deutschen Reich» wiederherstellen lassen.¹⁸¹ Zunächst sah aber auch Hasse keinen Ansatzpunkt, die «gegenwärtige Organisation» des schweizerischen Staates zu verändern. Seine Spekulation hoffte auf spätere Veränderungen:

«Allerdings ist es nicht zu verkennen, dass die weitere und schärfere Betonung des Nationalsystems in den drei Nachbarstaaten Deutschland, Frankreich und Italien vielleicht in einer fernen Zukunft zu einer Auflösung des schweizerischen

Staatsgebildes führen kann und zu einem Anschluss der heute in der Schweiz lebenden Völkersplitter an die grossen nationalen Magnete der Nachbarn.»¹⁸²

An anderer Stelle lässt Hasse, ein Mann von persönlich zurückhaltendem Wesen,¹⁸³ die Maske, hinter der sich alldeutscher Imperialismus verborgen hatte, ganz fallen: das künftige deutsche Ausdehnungsgebiet werde die «sogenannten Zwischenländer aufsaugen und sich von der Nordsee und Ostsee über die Niederlande und Luxemburg, und auch die Schweiz einschliessend, über das ganze Donaugebiet, die Balkanhalbinsel, Kleinasien bis zum persischen Meere erstrecken».¹⁸⁴

Nicht der «Alldeutsche Verband», umso mehr aber die Reichsdeutschen in der Schweiz haben den deutschen Einfluss in der Schweiz vor 1914 überstark gemacht. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, widerspiegelten die zweigeteilten Sympathien der Schweizer den Streit der grossen Kriegsparteien. In dieser Situation formierten sich – und zwar erst 1915 – einige Gruppen germanophiler Extremisten, die sich zum Sprecher aller deutschfreundlich Gesinnten aufwarfen und kritiklos den deutschen Standpunkt vertraten. Die wohl aufschlussreichsten Akten zu diesem Thema harren noch der Auswertung.¹⁸⁵ Für den AV jedenfalls war es überdeutlich, dass jetzt «unter den deutschschweizer Volksgenossen das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit dem Hauptstamme durchbrach», weshalb der Verbandsvorsitzende Heinrich Class die ursprüngliche Konzeption modifizierte. Gleichsam als Belohnung wollte er die Schweiz auf Kosten Frankreichs noch vergrössern:¹⁸⁶

«Die Schweiz bewährt auch diesmal ihre alte Tüchtigkeit und bringt zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit grosse Opfer; wenn sie es wünscht, sollte das Deutsche Reich unbedingt dafür eintreten, dass Frankreich ihr Ober-Savoyen überlässt; wir selbst aber können uns der Eidgenossenschaft durch die Gewährung von verkehrspolitischen Vorteilen erkenntlich zeigen.»

3. 5 Der «Verein für das Deutschtum im Ausland» und die Schweiz

Während der «Alldeutsche Verband» und der VDA zumeist in ihrer Funktion als Trägerorganisationen des völkischen Imperialismus beschrieben werden, bleibt übergangen, worin sich diese beiden Vereinigungen unterschieden haben. Der AV verstand sich als ein politischer Verband, der das staatliche Machtpotential des kleindeutschen Reiches zum Ausgangspunkt seiner territorialen Expansionsziele machte.

In ihm verband sich ein völkisches und staatliches Denken zur äussersten Aggressivität. Im VDA hingegen wirkten die früheren Vorstellungen von der überstaatlichen Kulturnation fort, von jener über die politischen Grenzen hinausreichenden engen Gemeinschaft aller Deutschsprechenden. Die Verbindung zu den Ideen des frühen nationalen Aufbruchs findet sich im VDA durch Richard Böckh (1824-1907) gewahrt, der zu Ernst Moritz Arndt (1769-1860) noch direkte Beziehungen gepflegt und dem er sein Hauptwerk gewidmet hat.¹⁸⁷ Diese Kontinuität kam auch in der Art und Weise zum Vorschein, wie der VDA seine Tätigkeit entfaltet hat. Mit besserem Gespür hatte er erkannt, dass er im Ausland nur dann seine Kulturpropaganda mit einiger Aussicht auf Erfolg betreiben konnte, wenn konsequent jede politische Zielsetzung in Abrede gestellt wurde. Ihm ging es in der Nahperspektive nicht um territoriale Gewinne. Der Zusammenschluss des «Weltdeutschtums» hätte sich erst in der Endphase mit der Konzeption des AV getroffen. Seine Definition des Auslandsdeutschtums, als dessen Interessenorganisation er sich verstand, verfocht er unverwandt alle Jahre hindurch bis 1945 und hat damit auch in der Schweiz erhebliche Beunruhigung hervorgerufen:

«Auslanddeutsche sind alle Deutschen, die ausserhalb der Reichsgrenzen leben, durch Abstammung, gleiche Art, Sprache und Sitte aber sich an das Mutterland und die alte Heimat gebunden fühlen und sich dem deutschen Kulturkreis zurechnen. Die Staatsangehörigkeit spielt dabei keine Rolle.»¹⁸⁸

Dieser Auffassung zufolge machten die deutschen Staatsangehörigen im Ausland, für die es noch keine eigene Zentralorganisation gab, nur einen verschwindend kleinen Teil der grossen, als «Auslanddeutsche» bezeichneten Masse aus. Derart betrachtet, waren die Reichsangehörigen in der Schweiz für den VDA von geringem Interesse, während die rund 2,6 Millionen, die hier deutsch sprachen, immerhin gegen 3 Prozent der auf insgesamt 90 Millionen Deutsche veranschlagten Nation ausmachten.¹⁸⁹ Davon ausgehend, dass die deutsche Schule im Ausland die wichtigste Stätte deutscher Kulturbehauptung sei, suchte der VDA vor allem in den heranwachsenden Generationen das Bewusstsein für deutschen Geist und Sprache zu wecken. Er unterstützte und errichtete Schulen und Bibliotheken, beschaffte deutsche Bücher, verhalf zu deutschen Lehrkräften und förderte auch alle anderen Bestrebungen, die im Ausland den deutschen Einfluss stärkten. Man muss sich die weitgespannte Tä-

tigkeit des VDA vor Augen halten, um zu verstehen, weshalb er der Schweiz vorerst kaum seine Aufmerksamkeit zugewandt hat.

Seine Ursprünge reichen bis auf den «Deutschen Schulverein» zurück, der am 13. Mai 1880 aus dem Kreis eines studentischen Lesezirkels in Wien gegründet worden war. Ihm ging es darum, dem deutschen Element innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie wieder vermehrt Geltung zu verschaffen.¹⁹⁰ Im Deutschen Reich entstanden hierauf eine Reihe von Sympathiegruppen, die sich unter der Führung der Berliner am 15. August 1881 zu einem reichsdeutschen Verband zusammenschlossen. Seinen Namen «Allgemeiner Deutscher Schulverein» änderte er 1908 in «Verein für das Deutschtum im Ausland» ab.¹⁹¹ Während seines ersten Lebensjahrzehnts hat der VDA unter dem Vorsitz von Julius Falkenstein einen raschen Aufschwung genommen; bis 1890 konnte er seinen Mitgliederbestand auf 36'000 Personen steigern. Dann geriet er durch das Aufkommen des AV vorübergehend in eine Krise. Zunächst hatte die von der staatlichen Machtpolitik bestimmte Imperialismuskonzeption des AV alle Aussichten, die vorsichtigere Taktik des VDA mit seinem Begriff vom überstaatlichen Deutschland beiseite zu schieben und die eigene Strategie als die zeitgemässere und schlagkräftigere auch in der Auslandsagitation durchzusetzen. Doch das Experiment von 1893, sich in eine Partei zu verwandeln, scheiterte und trug dem AV gewaltige Mitgliederverluste ein.¹⁹² Überdies erwiesen sich sein Ziel einer sukzessiven «Eindeutschung» sowie die von ihm gewählten Mittel für die Auslandsarbeit als ungeeignet. Denn die Sprache, die er als politische Propagandaorganisation für seine Agitation im Reichsinnern führte, verunmöglichte ihm weitgehend die Anwerbung einer offenen Anhängerschaft im Ausland. Der VDA war ihm in der Werbearbeit im Ausland derart überlegen, dass der AV in diesem Bereich eine mehr unterstützende Funktion übernahm und seinen Einfluss direkt in der Verbandsleitung geltend machte. Hatte der VDA zusammen mit der Wiener Organisation zuerst in Österreich-Ungarn deutsche Kulturpropaganda betrieben, so weitete er sein Arbeitsfeld bald nach Süd- und Nordamerika aus.

Für die Schweiz waren die Gründungen in Wien und Berlin nicht ohne Auswirkungen geblieben. Selbst in Kreisen des «Deutschschweizerischen Schulvereins», der diesen Namen seit der Statutenrevision vom 11. Juni 1943 trägt, ist es heute offenbar unbekannt, dass die Vereinigung ursprünglich dazu ins Leben gerufen worden war, um in Zusammenarbeit mit den beiden anderen, ungleich grösseren Landesverbänden deutsche Schulen in Österreich und Ungarn finanziell zu unterstützen. Der «Deutsche Schulverein in der Schweiz» ist im Jahr 1882 unter der Initiative von

Francois Wille entstanden. Wille, der die Gruppe bis zu seinem Tod (1896) leitete, wollte das deutsche Element in der Donaumonarchie stärken und solidarisierte sich mit den Bestrebungen des dortigen Schulvereins zu einem Zeitpunkt, da dessen imperialistische Züge noch nicht offen zutage getreten waren. Während der Vereinsgründer in Deutschland aufgewachsen war, fühlte sich sein Nachfolger, der Zürcher Historiker Gerold Meyer von Knonau (1843-1931), durch seine Studienzeit ganz der deutschen Kulturnation verbunden. Unter ihm wandte sich der «Deutsche Schulverein», der ausser in Zürich noch in Basel eine Ortsgruppe besass, während der Zweigverein in Bern wieder einschlof, einem auf die Schweiz gerichteten Aufgabenkreis zu. Je mehr sich der VDA einem unverhüllten Kulturimperialismus verschrieb, desto grösser wurde die Distanz zur Schweizer Gruppe. Wohl wollte auch sie deutschsprachige Bildungsinstitutionen in den anderssprachigen Landesteilen der Schweiz fördern, doch fehlte ihr die kulturpolitische Aggressivität, wie sie unter Blocher im «Deutschschweizerischen Sprachverein» zu finden war. Die Hauptleistung des in der Öffentlichkeit weniger bekannten und finanzschwachen Schul Vereins bestand darin, dass er im deutschsprachigen Walserort Bosco-Gurin im Kanton Tessin den Deutschunterricht an der Schule auf seinen Mitteln bestritt und bis heute unterstützt. Trotz seiner Ursprünge ist die Vereinigung nicht einfach zum Ableger des VDA geworden. Ganz abgesehen davon, dass Meyer von Knonau jede politische Auseinandersetzung zu vermeiden suchte, liess sich im Namen des VDA in der Schweiz keine Tätigkeit entfalten, ohne heftigsten Widerspruch zu wecken.¹⁹³

Der Einfluss des VDA in der Schweiz ist schon vor 1914 und dann wieder während des Dritten Reiches stark überschätzt worden. Gewiss, die in Kreisen der «Union romande»¹⁹⁴ verbreitete Furcht vor der «marée montante du pangermanisme, dont les flots menacent d'engloutir le monde latin»¹⁹⁵, ist von besonnenen Leuten auch in der Westschweiz nicht geteilt worden. Fast unwillkürlich musste es zu einer Überschätzung der Einwirkungsmöglichkeiten des AV oder VDA kommen. Während die völkischen Schriften offen für eine deutsche Kulturagitation in der Schweiz eintraten und damit den Befürchtungen fortwährend neue Nahrung gaben, waren etwelche konkrete Aktivitäten für Aussenstehende kaum kontrollierbar. Dass sich der VDA selbst bis 1911 in seiner praktischen Tätigkeit mit der Schweiz nicht beschäftigte, liessen weder die völkischen Publizisten noch jene Warnrufe ahnen, die die deutschsprachige Schweiz schon in den Fängen des Pangermanismus verstrickt glaubten. Aus dem überkommenen klischeeartigen Geschichtsbild, das in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg nur die zunehmende Abhängigkeit der deutschsprachigen Schweiz von Deutschland nachzeichnet, ohne die Gegenströmung einer zunehmen-

den Animosität gegenüber dem politischen deutschen Kulturimperialismus aufzuzeigen, lässt sich dieses Unvermögen, in der Schweiz breiteren Fuss zu fassen, kaum erklären.

Erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg begann der VDA ganz im Verborgenen direkt in der Schweiz zu agitieren. Alles deutet darauf hin, dass der Anstoss dazu von hier an ihn herangetragen wurde. Der bisher ungeklärte, doch ruchbar gewordene Einmischungsversuch des VDA, der vor 1914 der gravierendste Fall dieser Art gewesen ist, lässt sich jetzt an Hand der aufgefundenen Originalkorrespondenz in den nach Deutschland laufenden Fäden bis ins Detail verfolgen. Ausgangspunkt bildete der Sprachenstreit im Jura, in dem sich fast zwei Jahrzehnte vor Kriegsausbruch der dann so heftig entbrannte Konflikt zwischen Deutschschweizern und Welschen vorankündigte. Seit 1888 war der Anteil der deutschsprachigen Wohnbevölkerung rückläufig, wodurch sich eine kleine Gruppe deutscher Kulturkämpfer alarmiert fühlte¹⁹⁶; sowohl dies- wie jenseits der Sprachgrenze wurde der masslose Kulturnationalismus, der in Europa die Parteien gegeneinander aufhetzte, in der Radikalisierung des Sprachenkampfes spürbar. Selbst die Rechtschreibung wurde zum weltanschaulichen Bekenntnis: Während die einen die Schreibweise der Wörter «Check» oder «Chokolade» als Auswüchse der «Verwelschung» in der Sprache brandmarkten, war den anderen «Scheck» und «Schokolade» Beweis genug für die Hörigkeit vom Diktat des Berliner Sprach- und Schriftkommandos.¹⁹⁷ Da der «Deutsche Schulverein» in Zürich aus der Unscheinbarkeit seiner Anfänge kaum herausgetreten ist, gab er für den VDA, obwohl er ihm der Form nach am ehesten entsprach, kein Sprungbrett für eine systematische Agitation ab.¹⁹⁸ Der «Deutschschweizerische Sprachverein» hingegen verstand sich nicht nur als Hilfsverein, sondern als Avantgarde deutschen Kulturbewusstseins und agierte bedeutend aggressiver. Er war aus einer Gruppe von Schweizern entstanden, die zuerst dem 1885 unter der Initiative von Herman Riegel gegründeten «Allgemeinen deutschen Sprachverein» angehört hatte. Im Jahr 1904 schlossen sie sich zu einem selbständigen Verein zusammen und traten deshalb aus der deutschen Organisation aus. Der «Deutschschweizerische Sprachverein» bestandete in Eingaben an Behörden, Presse und Privatunternehmen Romanisierungstendenzen im Sprachgebrauch, engagierte sich für die deutschsprachigen Minderheiten und prangerte angebliche oder tatsächliche Überfremdungserscheinungen – sofern sie nicht deutschen Ursprungs waren – mit einer Regsamkeit an, die kaum vermuten liess, dass dem Verein nicht einmal hundert Mitglieder angehörten.¹⁹⁹ Während er aus seinen Beziehungen zum «Allgemeinen deutschen Sprachverein»

kein Hehl machte,²⁰⁰ hielt er zu den kulturpolitischen Organisationen Deutschlands nach aussen bewusst Distanz. «Er wollte sich», so urteilt Hans Marti, «jedoch streng vom ‚Allgemeinen deutschen Schulverein‘, der nach der Erhaltung des Deutschtums im Ausland trachtete, und erst recht vom ‚Alldrutschen Verband‘, der eine Zusammenfassung des gesamten Deutschtums anstrebte, unterschieden wissen, um sich nicht dem Verdacht auszusetzen, im Dienste des Pangermanismus zu stehen; er war darauf bedacht, sich in seiner Arbeit an die demokratischen Traditionen der Schweiz zu halten.»²⁰¹ Wenn dem nun doch nicht so war, traf die Verantwortung seine rühmlichsten Gründungsmitglieder: Eduard Blocher und den in der Öffentlichkeit weniger bekannten Basler Prokuristen Emil Garraux.

Der am 16. November 1870 im Basler Vorort «Neue Welt» als Sohn eines Fabrikanten geborene Eduard Blocher entwickelte sich in den Jahren vor und während des Ersten Weltkrieges zur bewegenden Kraft der aktivsten germanophilen Grüppchen in der Schweiz. Zwei Einflüsse sind dafür bestimmend gewesen, dass sein Lebensweg diese Richtung genommen hat. Seine Tätigkeit als Seelsorger konfrontierte ihn während der Anfangsjahre unmittelbar mit den Gegensätzen der beiden Kulturwelten: In der algerischen Stadt Sidi-bel-Abbès betreute er Angehörige der französischen Fremdenlegion, und in den Jahren 1897 bis 1905 beschäftigte er sich mit der Sprachenfrage als Pfarrer der zweisprachigen protestantischen Gemeinde Sitten im Wallis. Die Überzeugung, dass die deutsche Kultur jeder anderen überlegen sei, war ihm schon als Familientradition mitgegeben. Zu den zahlreichen deutschen Lehrern, die – aus dem Schwäbischen kommend – in der Schweiz eine bessere Lebensexistenz suchten, hatte auch sein Grossvater gehört, der in Schattenhalb bei Meiringen das Bürgerrecht erwarb. Sein Sohn, der Kaufmann Eduard Blocher, befürwortete mit wirtschaftlichen Argumenten den Anschluss der Schweiz an den Deutschen Zollverein. Während Gottfried Keller 1872 die Auflösung der Eidgenossenschaft nur noch als entfernte Möglichkeit einer Fehlentwicklung in Erwägung zog, fehlte dem Fabrikanten auch später der Glaube an die Zukunft der schweizerischen Willensnation:

«Wenn das», so schrieb er seinem Sohn, «was uns bis jetzt zusammenhält: die historische Entwicklung, der Werdegang, u. unsere freiheitlichen demokratischen Institutionen einmal ihre Zugkraft verlieren dadurch, dass die Nachbarstaaten politisch mehr oder weniger in dasselbe Fahrwasser gelangen, u. auf der anderen Seite bei uns das Anwachsen der Centralisation u. der Bureaukratie uns den Nachbarstaaten ähnlich macht, dann werden die wirtschaftlichen Verhältnisse ihre

zwingende Kraft geltend machen, u. auch die Rassen- u. Sprachenverhältnisse werden stärker wirken, als sie es heut vermögen. Dann mag für die Welschen der Zug nach Westen, u. für uns nach Norden, in's *deutsche Zollgebiet* hinein so stark werden, dass Abbröckelungen stattfinden: das ist dann der Anfang vom Ende. Aber Du u. ich erleben dies nicht.»²⁰²

Ambivalenz kennzeichnete denn auch das Verhältnis, mit dem Pfarrer Eduard Blocher seinem schweizerischen Heimatstaat gegenüberstand. «Sind wir Deutsche?», so fragte er bewusst provozierend, um dann die bezeichnende Antwort zu geben, dass der Deutschschweizer seine Freiheit mit einem inneren Zwiespalt habe bezahlen müssen: Mit seinem Willen strebe er ganz nach der eigenen politischen Gemeinschaft, während seine eigentliche Natur trotz aller gegenteiligen Anstrengungen in ihm das Bewusstsein der deutschen Volkszugehörigkeit immer wieder zum Durchbruch bringe.²⁰³ Schweizer und Deutscher zugleich zu sein, dies gelte es zu lernen, wobei sich Blocher ganz einseitig darauf verlegte, nach Kräften ein deutsches Volksbewusstsein zu fördern.

So lief sein ganzes Trachten darauf hinaus, diesen Zwiespalt zu vertiefen, statt ihn zu überwinden. Neben seiner Publizistik bot ihm hierfür der «Deutschschweizerische Sprachverein» ein günstiges Wirkungsfeld, nachdem er 1905 als Pfarrer der Kantonalen Krankenanstalten nach Zürich gekommen war. Im Sprachverein übernahm er zunächst das Amt des Schriftführers, sieben Jahre später dasjenige des Vorsitzenden. Unter seinem Einfluss dominierte der Sprachenkampf über die gemässigten Anliegen der Sprachpflege. Blocher war ein streitbarer und umstrittener Geist; für seine Überzeugung focht er mit leidenschaftlichem Engagement und griff selbst zur gleichen Polemik, mit der er getroffen wurde.²⁰⁴ Am heftigsten entbrannte der Sprachenkonflikt im Jura. Seitdem im September 1901 der in Delémont gedruckte «Berner Jura» für die Sonderinteressen der deutschsprachigen protestantischen Bevölkerung im Jura eintrat, fing die Auseinandersetzung an sich zuzuspitzen. Drei Jahre später begann der Sprachverein die Sache der Deutschjurassier zu der seinigen zu machen. Solange es darum ging, das deutschsprachige Element zu festigen und schon fast verlorene Sprachpositionen zurückzugewinnen, während umgekehrt der französischsprachige Jura mit dem Alarmruf einer drohenden «Germanisierung» die deutschschweizerischen Einflüsse zurückdrängte, bot der Streit das von Intoleranz und Kurzsichtigkeit gezeichnete Konfliktbild eines nicht nur von sprachlichen, sondern auch von politischen Gegensätzen bewegten Gebietes.

War der Streit überhaupt des eidgenössischen Gedankens unwürdig, so lässt sich die Urhebererschaft an der Auseinandersetzung um die Schreibweise von Ortsnamen oder um die Erhaltung deutschschweizerischer Minderheiten und deren Sonderschulen im französischsprachigen Jura nicht einfach der einen oder der anderen Seite anlasten. Hier wie dort gab es Eiferer, die den Konflikt aus dem innerschweizerischen Bereich hinaustragen wollten: Indem sie die Streitigkeiten zu einer Prestigefrage der gesamten Sprachnation aufzubauschen suchten, setzten sie sich über die Landesinteressen in arger Missachtung hinweg. Unter ihnen ist auf deutschschweizerischer Seite an erster Stelle Emil F. Garraux zu nennen, der sich selbst als einen «von Urgrossvaters Zeiten her bis auf den Namen regermanisierten Jurassier» bezeichnete.²⁰⁵ Von Basel aus leistete er mit einigen Gesinnungsfreunden direkte Unterstützung in den Jura; über ihn liefen die wichtigsten diesbezüglichen Verbindungen des Sprachvereins. Garraux hat 1903 eine Begleitschrift zum «Berner Jura» verfasst, die ganz im Stil des deutschen Kulturimperialismus geschrieben ist. Für ihn war «die Schweiz grösstenteils urdeutsches Land» geblieben; er sprach vom «einfachen Bekenntnis unseres Deutschtums», fühlte sich «germanischer» als viele Angehörige des benachbarten Kaiserreichs und sah die trennenden Schranken erst dann sich erheben, wenn «die leidige Frau Politika» auftritt.²⁰⁶ Sein Aufsatz galt der These, dass die Jurassier – als Abkömmlinge des «alten deutschen Stammes der Burgunder» – ursprünglich germanischer Rasse waren und Deutsch gesprochen haben. Da diese Abstammungsgeschichte in unmittelbarem Bezug zu der Forderung nach grösserem Einfluss der Deutschsprechenden im Jura gesetzt wurde, sank sie zu einer Alibifunktion herab, die auch an sich berechtigte Anliegen in den Verdacht eines umfassend geplanten Germanisierungsversuches brachte. Blocher und Garraux veröffentlichten in der völkischen Zeitschrift «Deutsche Erde» eine Liste von deutschen Namen welschschweizerischer Orte, die mit Bezeichnungen wie Muchtern (Montreux), Losanen (Lausanne) und Morsee (Morges) dazu angetan war, diesen Argwohn anzustacheln.²⁰⁷ Im Zentrum der Auseinandersetzungen standen die deutschsprachigen Schulen. Garraux und seine Gesinnungsgenossen forderten, dass in Orten mit mehrheitlich deutschsprachigen Schülern auch die Erziehungsinstitutionen deutsch seien; so drängten sie darauf, in Ederswiler (Amt Deisberg) und in Eschert (Amt Münster) deutschsprachige Schulen einzurichten.²⁰⁸ Im Gegenzug lehnte die «Société pédagogique jurassienne» im August 1906 jede Existenzberechtigung der deutschen Schulen im Berner Jura ab.²⁰⁹ Die wichtigste Minderheit, die jenseits der Sprachgrenze ihre Eigenart bewahrt hatte, fand sich in den Mennoniten, deren Vorfahren in den abgeschiedenen

DIRECTION DER DISCONTO-GESELLSCHAFT

BERLIN BREMEN ESSEN-RUHR FRANKFURT a.M.

LONDON MAINZ SAARBRÜCKEN

FRANKFURT a.O. HÖCHST a.V. HOMBURG v.d.E. OFFENBACH a.M. POTSDAM WIESENBADEN

HAMBURG: NORDDEUTSCHE BANK IN HAMBURG.

Volgkapital Capital of 200000000

Reservefonds R 21 200 000

Telegr.-Adress:

DISCONTOGESELLSCHAFT.

Telegraphische

Adress: Carl Schlegel Str. 110/112
Kontingenz: Carl Schlegel Str. 110/112 1907

PORTUGAL - LISBOA 1892.

BERLIN W. V. den 12. December 1913

Herren Max Blocher

*Kirch
Klosterstr. 60*

Im Auftrage des

Vereins für das Deutschtum im Ausland
— (Allg. Deutscher Schulverein) E. V. —

und für Rückzahlung

übersenden wir Ihnen auf unserer Einwechslung
für den nächsten Bezugs im Voraus
fr. 1235.70 *Ed. Kirch*
als Gegenwert von M. 1000—

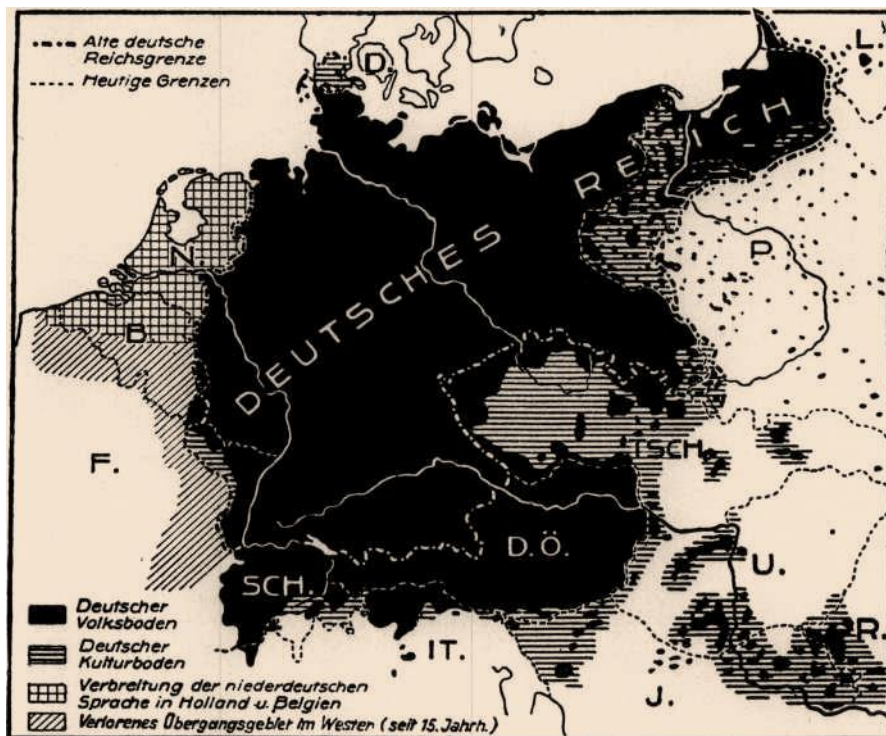
und bitten, uns den Empfang zu bestätigen.

A. Blocher
Einschreiben.

Sachwärtiger
DIRECTION DER DISCONTO-GESELLSCHAFT.
Depositen-Kasse Kleiststr. 21.

L. E. 5.
4015 10-12

Seit Herbst 1911 war der «Verein für das Deutschtum im Ausland» bestrebt, mit geheimen Geldzuwendungen an Eduard Blocher aus dem Sprachenstreit in der Schweiz für seine Deutschtumspropaganda Nutzen zu ziehen.



Schon vor dem Ersten Weltkrieg hatte der völkische Imperialismus, wie er in den Schriften von Ernst Hasse (1846-1908), dem Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, propagiert worden war, die deutschsprachige Schweiz als «deutschen Volksboden» beansprucht. In den zur Weimarer Zeit verbreiteten geopolitischen Karten wurde jeweils auch die Schweiz miteinbezogen. Insbesondere der Geopolitiker Karl Haushofer (1869-1946), der Hitlers territorialer Expansionspolitik willkommene Hilfe leistete, rechnete die deutschsprachige Schweiz, wie die oben wiedergegebene Karte aus dem Jahre 1934 zeigt, in Fortführung von Hasses Postulaten nicht nur zum deutschen Kulturboden, sondern zum deutschen Kernland.

Jurahöhen des damaligen Fürstbistums Zuflucht vor den blutigen Verfolgungen der Berner Regierung gefunden hatten. Deutschsprachige Schulen gab es im Einzugsgebiet der Täufergemeinden von «La Chaux-d'Abel» (Gegend von La Ferrière), «Sonnenberg» (Gegend um Tramelan) und «Kleintal» (Gegend um Bellelay). Es handelte sich um unterstützungsbedürftige Privatinstitutionen, deren Schüler von den französischsprachigen Talschulen isoliert waren. Sie empfanden sich nicht als Vorposten der deutschen Kulturnation, zu dem sie der «Deutschschweizerische Sprachverein» umfunktionieren wollte, vielmehr war ihnen die Sprache Ausdruck und Ferment ihrer in sich gekehrten Religionsgemeinschaft.²¹⁰ Umso bedauerlicher war es, dass die ohnehin in ihrem Bestand bedrohten Mennoniten durch leichtfertige Machenschaften in den Sprachenstreit hineingezogen wurden.

Für eine wirksame Agitation im Jura, wie sie Garraux und Blocher vorschwebte, war der Sprachverein – zumindest was die Finanzkraft betraf – zu schwach. Allein der Ausbau der eigenen Organisation sowie die Erschliessung weiterer Geldquellen konnten eine Änderung bringen. Der Sprachverein, der nur Schweizer als Mitglieder aufnahm, hatte entsprechend seinen Satzungen seine Unabhängigkeit zu bewahren, zumal Blochers Kollisionskurs in den eigenen Reihen auf Widerstand stiess.²¹¹ Dass Zuwendungen aus Deutschland bei Bekanntwerden die Sache, für die er stritt, zutiefst kompromittieren würden, darüber war sich Eduard Blocher von Anbeginn im Klaren. Um gleichwohl weitere Geldmittel für die Gruppe Garraux aufzutreiben und die Reihen des Sprachvereins zu vergrössern, wandte sich Blocher persönlich und streng vertraulich mit der Bitte um Hilfe an den Studienrat Dr. Speier in Charlottenburg, ein Mitglied des Hauptvorstandes des VDA. Erhalten geblieben sind nur noch die Briefe Speiers. Aus ihnen wird ersichtlich, wie wenig der VDA bis dahin von den schweizerischen Verhältnissen wusste und wie er die Gelegenheit ergriff, endlich, wenn auch über getarnte Wege, in der Schweiz aktiv zu werden.

Speiers erste Antwort datiert vom 18. Oktober 1911 und war an Blocher in der dezenten Form eines privaten Briefes gerichtet:

«Zunächst kann ich Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, dass es mir gelungen ist, wenigstens 300 Franken (240 Mk) für Sie flüssig zu machen. Sie sind dem sog. Dispositionsfonds entnommen. Der Anfang wäre also gemacht, weiteres wird folgen. Sollte am Schluss des Jahres noch irgendwo ein Rest zur Verfügung stehen, werde ich mich der Schweiz erinnern zu wissen. Für die Folgezeit werde ich in der Januarsitzung 1912 beantragen, mein Arbeitsgebiet «Südöstliche Alpenländer»

(d.h. Steiermark, Kärnten, Krain, Küstenland) zu erweitern und es einfach mit: «Alpenländer ausser Tirol» – letzteres betreut Rohmeder – München – zu bezeichnen. Darin ist dann die Schweiz mit inbegriffen, und ich kann dann aus den mir zur Verfügung gestellten – hoffentlich auch vermehrten – Mitteln Ihnen jährlich bestimmte Unterstützungen überweisen. Die Verteilung werde ich natürlich ganz Ihnen überlassen, wir wollen auch die Herkunft der Gelder discret behandeln. Hoffentlich bringen Ihre Landsleute der Sprachenfrage mit der Zeit mehr Verständnis entgegen, dann werden Ihnen auch andere Mittel zur Verfügung stehen...»²¹²

Auffallend dürftig sind Speiers Hinweise auf Personen in der Schweiz, die Blochers Bestrebungen hätten unterstützen können.²¹³ Im gleichen Brief drängte er Blocher zu der Gegenleistung, dem Vereinsorgan einen Aufsatz über die «Stellung des Deutschtums in der Schweiz» auf Grund der Volkszählungsergebnisse von 1910 zu liefern. Dabei bot er Blocher an, er könne den Artikel unter einem Pseudonym – «Helveticus oder ähnlich» – erscheinen lassen. Beide Seiten waren sich darin einig, dass ihre Beziehung das Tageslicht scheuen musste. Das nächste Schreiben Speiers vom 29. Oktober 1911 trug wie die nachfolgenden Dokumente den offiziellen Briefkopf des in Berlin domizilierten VDA-Hauptvorstandes. Aus ihm geht hervor, dass die angekündigte Geldspende bereits überwiesen worden war. Um einen weiteren Kreis «für die an der Sprachgrenze gelegenen deutschschweizerischen Schulen» zu interessieren, war Speier eine neue Idee eingefallen. Zuverlässiger als die Gesuche an begüterte Einzelpersonen werde eine Mitgliederwerbung für den Sprachverein sein, die sich an regelmässig zahlende Akademiker wende. Da Speier keine brauchbaren Adressen in der Schweiz kannte, anbot er sich, auf Wunsch unter den ehemaligen Schweizern in Deutschland Propaganda zu machen:

«Aber Sie nehmen ja wohl nur Schweizer Bürger in Ihre Reihen auf? Also auch nicht Ihre Landsleute, die das Bürgerrecht eines anderen Staates erworben haben? Sonst würde ich Ihnen empfehlen, eine Einladung zum Beitritt an die mir als Schweizer bekannten Berliner Universitätsprofessoren zu richten.» ..,²¹⁴

Dass die Aufnahme von Mitgliedern, die das Schweizer Bürgerrecht mit jenem des Reiches vertauscht hatten, dem Sprachverein statt der beabsichtigten Hilfe eine tödliche Blösse gegeben hätte, konnte Speier nicht ganz entgangen sein. Eine andere Unterstützung zur Erweiterung des Sprachvereins vermochte er mangels anderer Beziehungen nach der Schweiz nicht zu bieten; in dieser Hinsicht musste er Blochers

Erwartungen enttäuschen. Umsomehr setzte er sich im Hauptvorstand dafür ein, die direkte finanzielle Hilfeleistung durch den VDA auszubauen:

«Es gereicht mir zu grosser Freude», schrieb er am 26. November 1911 an Blocher, «Ihnen mitteilen zu können, dass der Hauptvorstand in seiner gestrigen Sitzung meinen Antrag, eine mir noch zur Verfügung stehende Summe von 825 Mark Ihnen zu überweisen, angenommen hat. Wie Sie den Betrag zu verwenden gedenken, steht in Ihrem Belieben: dass Sie ihn fruchtbringend verwenden werden, davon bin ich überzeugt. Fortan, denke ich, werden wir in steter Fühlung miteinander bleiben, und ich werde, so gut ich es kann, bemüht sein, in unsern Kreisen das Verständnis für Ihre Arbeit zu fördern.» ...

Auf der Suche nach weiteren Mitteln war Blocher, wie aus dem Schreiben vom 10. Dezember 1911 hervorgeht, auf den «glücklichen Gedanken» gekommen, zur Unterstützung der bedrängten Täufer Schulen die mennonitischen Glaubensgenossen in Deutschland heranzuziehen. Blocher war stark am Fortbestand dieser Sprachinseln interessiert, obwohl sich die religiöse Gruppe als schwer zugänglich erwies. So hoffte er auf indirektem Weg eine Unterstützung zu erreichen. War es blosser Mitteilungsdrang oder gezielte Absicht, jedenfalls griff Speier diese Anregung sofort auf, woraus sich für die Betroffenen eine leidvolle Intrige entspann. Zunächst setzte er sich mit den Berliner Mennoniten in Verbindung, um bei diesen eine Hilfeleistung für ihre Glaubensbrüder im Jura anzuregen. Ernst Harder, ein Vorstandsmitglied der Berliner Mennonitengemeinde, machte Speier nur gedämpfte Hoffnungen:

«Möglicherweise ergibt sich noch eine Schwierigkeit bei den Juragemeinden selbst, indem diese, ursprünglich durch unerhörte Verfolgungen gezwungen, sich ganz aus der ‚Welt‘ zurückgezogen haben, uns modernen Menschen als ‚Ungläubige‘ ansehen und mit uns nichts zu tun haben wollen. So ist es wenigstens bei den badischen Gemeinden der Fall, die von einer Unterstützung der ‚Vereinigung‘ nichts wissen wollen, obgleich wir selbstverständlich getreu unserem Grundsatz von absoluter Freiheit der ‚Lehre‘ nicht daran denken, irgendeinen Druck auf sie auszuüben.»²¹⁵

Während Blocher in Zürich über die Geldzuwendungen strengstes Stillschweigen beobachtete, liess Garraux die Empfänger im Jura die Unterstützungen in einer Form quittieren, die sie über den Spender offenbar als informiert auswies. Ob sie über den

VDA wirklich Bescheid wussten, ist sehr fraglich. Nach Berlin sandte Garraux genaue Rechenschaftsberichte. Auch Speier war nicht untätig geblieben. Im Jahr 1912 gelang es ihm, zum «Tessiner Deutschtum» eine Verbindung herzustellen, die nicht über den Mitgliederkreis des Sprachvereins lief. Im Wesentlichen handelte es sich um einen Kontakt zum Arzt Rudolf Fasthenrat in Lamone, der am Luganersee einen deutschen Villenort ins Leben gerufen hatte und der den VDA bat, Reichsdeutsche, die sich im Süden ein Heim erwerben wollten, darauf hinzuweisen. Die deutsche Schule in Locarno-Muralto verzichtete auf ein Unterstützungsangebot des VDA, der sich für seine Volkstumspolitik in der Schweiz eine breitere Ausgangsbasis zu schaffen suchte.²¹⁶ Am 3. Dezember 1912, als es Blocher einen weiteren Jahreszuschuss anzukündigen galt, konnte Speier zugleich vom günstigen Fortgang seines Vorstosses bei den deutschen Mennoniten berichten:

«Wie im Vorjahr, so habe ich auch diesmal wieder eine grössere Summe für die Schweiz beantragt, und in unserer letzten Sitzung sind denn auch die begehrten 1'000 Mark bewilligt worden. Das Geld wird wieder an Ihre Adresse gehen. Wie Sie über die Summe verfügen wollen, stellen wir Ihnen anheim. Nach den eingehenden Berichten des Herrn Garraux, der zugleich auch die Belege mitsandte, hat das Geld in den Juragemeinden doch vielfach recht erfreulich gewirkt. Darum empfiehlt es sich wohl, den einmal beschrittenen Pfad auch weiterzuwandeln. Vielleicht erhalten wir hier von anderer Seite bald Hilfe. Denn Ihre vortreffliche Anregung, die niederrheinischen Mennonitengemeinden heranzuziehen, habe ich nicht aus den Augen gelassen. Kürzlich hat nun unser Generalsekretär Geiser mit dem Krefelder Mennonitenpastor Kraemer noch persönlich Rücksprache gepflogen, und die Sache ist nun so weit gediehen, dass uns eine Unterstützung in – man darf wohl sagen: sichere Aussicht gestellt ist. Freilich müsste ein solcher Antrag seitens der dortigen Gemeinden gestellt werden. Ich habe daher an Herrn Garraux bereits geschrieben, der mir auch zugesagt hat, sobald es ihm erst wieder seine Zeit erlaubt, Weiteres in die Wege zu leiten. Aber ich denke, nicht alle 1'200 Franken brauchen in den Jura zu gehen. Ich halte es für die Förderung der deutschen Sache für mindestens ebenso wertvoll, wenn wir durch unsere Beihilfe mithelfen könnten bei der so wichtigen Aufklärungsarbeit Ihres Sprachvereins. Sollten für Vortragszwecke verausgabte 200-300 Franken am Ende nicht recht nutzbringend angelegt sein?» . . .

Blocher erklärte sich entsprechend seinem Randvermerk mit diesem Vorschlag «einverstanden, wenn die Herren einwilligen, ganz darüber zu schweigen, nur *mir* davon Kenntnis zu geben». Bisher war wenigstens formal der Sprachverein von diesen Geldzuwendungen unbelastet geblieben, weil sie Garraux von Blocher direkt zugewiesen worden waren und weil dessen Juragruppe nach Aussen einen selbständigen Status beanspruchte. Dieses Mal jedoch tat Blocher, der inzwischen zum Vorsitzenden des Deutschschweizerischen Sprachvereins gewählt worden war, den vom VDA angeregten Schritt: von den Fr. 1240.– wurden Fr. 680.– Garraux überlassen, der mit diesem Betrag die Unterstützung im Jura ungefähr im gleichen Massstab aufrecht erhalten zu können glaubte wie im abgelaufenen Rechnungsjahr, während die restlichen Fr. 560.– dem Sprachverein für Propagandazwecke zuflossen.²¹⁷ Dass der Vereinsvorstand ausser Garraux über die Herkunft der Gelder orientiert worden ist, muss nach dem erwähnten Randvermerk sowie nach späteren Andeutungen als unwahrscheinlich beurteilt werden. Eine engere Zusammenarbeit des VDA mit dem Sprachverein auf dem Gebiet der Kulturpropaganda traf sich mit den auf Breitenwirkung gerichteten Intentionen des deutschen Verbandes un- mittelbarer als die Verausgabung von Mitteln für die Anschaffung von Wandtafeln oder Öfen, die einigen Schulen ganz abgelegener Orte zugute kamen. Nachdem sich Mitte 1913 ein Pforzheimer Fabrikbesitzer bei Speier über deutsch-feindliche Tendenzen in der Schweiz beklagt hatte, sandte dieser im Namen des VDA weitere 300 Mark an Blocher ausschliesslich für Zwecke des Sprachvereins: «Denn hier vermag nur Ihr Verein dem grössten Unwesen mit Aussicht auf Erfolg entgegenzutreten, und ich weiss auch, dass dies bereits geschehen ist.»²¹⁸ Am 24. November 1913 konnte Speier berichten, dass der VDA-Vorstand wiederum 1'000 Mark für das folgende Rechnungsjahr bewilligt hatte. Zum ersten Mal komme in diesem Jahr auch eine Gabe deutscher Mennoniten in den Jura: «Pastor Kraemer in Crefeld hat in seiner Gemeinde 280 Mark für die beiden Gemeinden Moron und Sonnenberg gesammelt.» Mit Befriedigung nahm Speier die Nachricht aus der Westschweiz auf, dass seit dem Oktober 1913 die Deutschschweizer in Genf in den «Genfer-Nachrichten» ein eigenes Organ besaßen, das der VDA auf Speiers Ersuchen abonnierte. Als einen weiteren «Erfolg» buchte er den Umstand, dass einige Schweizer Zeitungen die Anfrage bejaht hatten, ob ihnen der VDA seine «Korrespondenz» zustellen dürfe. Es handelte sich um Nachrichten über das Auslandsdeutschtum, die an die deutsche Presse versandt wurden und in die von nun an auch «etwa uns bekannt werdende Mitteilungen, namentlich über überseeische

Schweizer Kolonien» aufgenommen werden sollten.²¹⁹ Einen Monat später übergab Pfarrer Kraemer in Krefeld dem dortigen Kassier Treutlein des VDA-Ortsvereins weitere 150 Mark für die Mennoniten im Jura. Speier wies Treutlein an, sich wegen der Verteilung des Geldes direkt mit Garraux in Verbindung zu setzen.²²⁰ Noch am 17. Januar 1914 schrieb der VDA-Generalsekretär Alfred Geiser an Blocher: «Sie können bei mir darüber beruhigt sein, dass ich in allen schweizerischen nationalpolitischen Dingen vorsichtig verfare. Ich habe nicht umsonst 8 Jahre zwischen Deutsch- und Welschschweizern gelebt.»²²¹ Kurz darauf wurde die Auslandunterstützung für die Täufer Schulen rufbar, weil der Krefelder VDA-Kassier bei der Geldüberweisung seinen offiziellen Absender angab, während Kraemer mit einer offenen Postkarte diesen Weg der Übermittlung vorangekündigt hatte.²²²

Diese Affäre wurde gerade in dem Moment publik, als die Motion des Pruntruter Anwaltes Edmond Choulat im Berner Grossen Rat zur Sprache kommen sollte. Er hatte zusammen mit anderen Unterzeichnern erneut die Gefahren einer «Germanisierung» des Juras beschworen, vor allem, weil die Gemeinden Schelten (La Scheulte) und Seehof (Elay) amtlich als deutschsprachig eingestuft worden waren.²²³ In der Motionsbegründung ergriff Choulat die Gelegenheit, für die behaupteten Germanisationsbestrebungen im Jura nicht nur Zitate aus alldeutschen Publikationen beizubringen, sondern mit der Bekanntmachung der Geldzuwendungen für die deutschen Täufer Schulen die Agitation des Pangermanismus gleichsam an Ort und Stelle aufzudecken und anzuprangern. Entsprechend gross war das Aufsehen. Die Gemeindeversammlung von Sonvilier beschloss, ihren Beitrag an die Täufer Schule vom benachbarten Chaux d'Abel zu kürzen und für das nächste Jahr ganz zu streichen, «weil diese Schule durch einen pangermanistischen Verein in Krefeld unterstützt worden sei».²²⁴ Der damalige Berner Regierungspräsident Karl Scheurer hatte seine Antwort an die Motionäre vom 17. März 1914 ganz auf eine Versöhnung der zerstrittenen Sprachgruppen im Jura ausgerichtet; die dort aufs Äusserste gereizte Stimmung liess sich nur durch eine klare Absage an alle Einmischungsversuche von aussen wieder entschärfen:

«Wir weisen alle den Pangermanismus, der ja nicht nur den Kampf für die deutsche Sprache bedeutet, sondern durch diesen politische Zwecke verfolgt, zurück. Seit die grossen Nationen um uns herum sich geeinigt haben, ist natürlich auch die Gefahr des Einflusses auf unser Land grösser geworden. Gegen sie müssen wir uns wehren, und es ist an sich ja ganz gut, wenn man sich gegenseitig auf sie

aufmerksam macht. Die Jurassier verweisen uns auf die Gefahr des Pangermanismus und wir Deutschschweizer machen die Tessiner auf die von Italien her drohende aufmerksam. Nun sollte man sich aber vor Übertreibungen hüten und nicht hinter jedem deutschen Wort das Gespenst der Pickelhaube auftauchen sehen.»²²⁵

Namens der Unterrichtsdirektion gab Regierungsrat Emil Lohner über die fraglichen Unterstützungen aus Deutschland Auskunft. Im Jura hatte er eine Untersuchung durchführen lassen, auch war Garraux von ihm befragt und auf den von ihm angeordneten Schaden hingewiesen worden. Ein schonungsloses Aufdecken der trüben Geldquellen, aus denen Blocher und Garraux ihre Hilfsmittel für den Sprachenkampf bezogen, hätte die Täufer Schulen am härtesten getroffen, obwohl sie selbst in argem Missbrauch irreführt worden waren. So belies es Lohner bei der harmlosesten Version, die Garraux auch den von ihm Unterstützten vorgespiegelt haben mochte: wenn man annehme, dass das Geld ein Geschenk von Glaubensgenossen gewesen sei, und zwar ein Werk der Barmherzigkeit, so werde man die Unterstützung nicht beanstanden können. Der Krefelder Mennonitenprediger habe als Vereinsmitglied des VDA das Geld durch die Vermittlung des dortigen Vereinskassiers überwiesen, eine Ungeschicklichkeit, die dann die Befürchtung hervorgerufen habe, es seien Germanisationsbestrebungen im Spiele. Lohner gab dann eine Reihe von kleineren Beiträgen bekannt, die durch die Vermittlung von Garraux sowie vom Deutschschweizerischen Sprachverein den deutschen Juraschulen unter anderem für Reparaturen und Möblierungen zugekommen waren. Auf diese Weise suchte er allfällige Weiterungen zum Voraus abzufangen. Die zentrale Rolle des VDA als Hauptgeldgeber, der für die Öffentlichkeit nur in der Nebenfigur des Krefelder Kassiers in Erscheinung getreten war, blieb daher verborgen. Nachdem Lohner im Grossen Rat mitteilen konnte, dass sich Garraux zur Einstellung der Unterstützungen verpflichtet habe, fand die Motion im Kantonsparlament eine rasche Erledigung.²²⁶

Sein Versprechen hat Garraux radikal in die Tat umgesetzt. Die zweite Mennonitenspende von 150 Mark, die den Eklat ausgelöst hatte und die vom bedachten Lehrer zurückgewiesen worden war, retournierte er wieder nach Krefeld. Darüber hinaus gab er Speier jene Fr. 770.70 zurück, die ihm von der VDA-Verbandsleitung 1914 für die Unterstützungen im Jura zur Verfügung gestellt worden waren. Die Karlsruher VDA-Ortsgruppe musste die von ihr gespendeten fünfzig Mark wieder in Emp-

fang nehmen, und sogar der «Deutsche Schulverein» in Zürich erhielt die hundert Franken zurück, die dieser sich abgerungen hatte. Selbst gegenüber Blocher zeigte sich Garraux als reuiger Sünder:

«Der üble Ausgang der Sache ist gar nicht überraschend. Es *musste* so kommen. Ich habe Herrn Lohner mein Wort umso williger gegeben, weil ich nicht nur erkenne, dass meine Tätigkeit den Deutschen (sic!) im Berner Jura viel mehr geschadet als genützt hat, ferner, weil ich mir nur den gerechten Unwillen dieser Leute zugezogen habe. Ich setze mich jetzt auf die Zuschauerbank und weise jede Aufforderung, noch weiter mitzumachen, entschieden ab.»²²⁷

Würde es sich nur um die Geringfügigkeit der Summen oder um den Dilettantismus handeln, mit dem die Gruppe Garraux im Jura «Sprachenkampf» betrieben hatte, so wäre der Vorfall eine Episode ohne Bedeutung für den vorliegenden Zusammenhang geblieben. Das Bedenkliche war vielmehr, dass der VDA eine Gelegenheit erhalten hatte, unmittelbar auf die innerschweizerischen Verhältnisse Einfluss zu nehmen. Eine derart dynamische Grossorganisation begnügte sich nicht mit einigen Spenden für Schulmaterialien, sondern versuchte, den einmal gewonnenen Einstieg systematisch zu erweitern. So machten Wilhelm Groos, der den badischen Landesverband des VDA aufgebaut hatte, Engesser und das VDA-Mitglied Längin aus Karlsruhe Erkundungs- oder Inspektionsreisen zu den Deutschjurassiern, von denen dann Garraux verstimmt gefragt wurde, «was diese Deutschmichel eigentlich da ‚herumzuschmöcken‘ gehabt hätten».²²⁸ Der VDA setzte alles daran, die Verbindungen in die Schweiz nicht wieder abbrechen zu lassen. Garraux' Resignation wollte Speier nicht teilen und versuchte vielmehr Blocher aufzumuntern. Er habe sich, so schrieb er am 24. März 1914, darüber gefreut, wie die Belebung des deutschen Empfindens im Fortschreiten gewesen sei, bei weiterer stiller Arbeit wären die Erfolge nicht ausgeblieben. Er habe jedoch schon immer befürchtet, «dass die mit Spenden bedachten Gemeinden leicht misstrauisch werden könnten, wenn sie erführen, das Geld stamme aus dem Reich». Weit lieber als für Wandtafeln gäbe der VDA dem Sprachverein das Geld für Propagandazwecke. Da die Auszahlung durch den Hauptvorstand des VDA zu riskiert sein könnte, schlug Speier vor, die Überweisung über Deutschschweizer im Reich vornehmen zu lassen. Nur auf solchem Umwege transferiere der Verband seine Gelder nach Ungarn und Russland, wo auch kein Mensch davon erfahren dürfe.²²⁹ Blocher, der noch keinen Nachforschungen ausgesetzt gewesen war,

konnte sich für derartige Untergrundmethoden deutscher Kulturpropaganda nicht erwärmen und schrieb vom peinlichen Gefühl, in das ihn die Zuwendungen des VDA an den Sprachverein versetzten. Immerhin konnte er berichten, dass für Garraux bereits eine neue und wie sich erweisen sollte, weitaus gewichtigere Kraft gefunden worden war: der damals eben erst dem Gymnasium entwachsene Hektor Ammann. Speier nahm die Nachricht mit Optimismus und Skepsis zugleich auf:

«Wenn jetzt der Studiosus Ammann das glücklich begonnene, und wie wir hoffen, nur im Augenblick unterbrochene Werk fortzusetzen sich bereit erklärt, so kann ich nur meine lebhafteste Freude darüber äussern, dass ein noch so jugendlicher Herr sich in den Dienst unserer Sache stellen will. Gerade das aber wird seine Bedenken haben. Besonnener Takt eignet nicht immer der Jugend und das Misstrauen vornehmlich der mennonitischen Bevölkerung wird dann erst recht schwer zu überwinden sein. Man müsste denn gerade diese dazu veranlassen, sich auch fernerhin an ihre Glaubensgenossen im Reich zu wenden. Der Krefelder Mennonitenprediger Kraemer sagte mir kürzlich bei seiner Anwesenheit in Berlin, dass er auch in den nächsten Jahren den Jurassiern seine Fürsorge angeheißen lassen wolle. Glücklicherweise studiert Hr. Ammann in Zürich und Sie werden sich ja bald überzeugen können, inwieweit er sich für diesen Posten eignet. Auf jeden Fall aber verdient der junge Mann unsere Förderung.»²³⁰

Schon 1914 trat Hektor Ammann (1894-1967) mit einer Studie über die Sprachverhältnisse im Berner Jura hervor, die er in der «Deutschen Erde» veröffentlichte.²³¹ Mehr und mehr wurde er im Kreise der engagierten Verfechter eines überstaatlichen Deutschtums heimisch. 1915 findet man ihn unter den Zürcher Gesinnungsfreunden der «Stimmen im Sturm»²³²; als der neu entstandene Verband der «Deutschschweizerischen Gesellschaften» die Errichtung eines Sekretariates beschloss, führte er seit dem 15. Oktober 1916 die Geschäftsstelle.²³³ Wiederum ist ihm beim «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz» zu begegnen, der am 12. März 1921 ins Leben gerufen wurde und sich zur Auffangorganisation der deutschfreundlichen Grüppchen unter den der Zwischenkriegszeit angepassten Formen entwickelte.²³⁴ 1923 bis 1927 war Ammann Sekretär, dann Obmann des «Volksbundes».²³⁵ Auf seinem Fachgebiet ein hervorragender Wirtschafts- und Städtehistoriker für die Zeit des mittelalterlichen West- und Mitteleuropa setzte Ammann in einer jüngeren Generation Blochers Bestrebungen fort, in der Schweiz den Gedanken eines überstaatlichen Gesamt-

deutschtums lebendig zu erhalten. Eduard Blocher hat 1923 durch sein Buch «Die deutsche Schweiz in Vergangenheit und Gegenwart» noch einmal bewegte Diskussionen hervorgerufen.²³⁶ Dieser letzte gross angelegte Versuch, vergangene Bindungen zu beschwören, war in seinen Grundzügen schon vor 1914 niedergeschrieben worden. Blocher selbst hat gefühlt, dass sich seine Auffassungen als Nachklang einer versunkenen Zeit kaum in die veränderte Nachkriegswelt einfügen würden. Dies mochte ihn auch in seinem Vorwort zu der Andeutung veranlasst haben:

«Das Deutschland, das mir von Jugend auf vertraut war, und mit dessen Einrichtungen ich die schweizerischen vergleichen wollte, um sie den reichsdeutschen Lesern verständlich zu machen, war nicht mehr da. Ich hatte keinen Massstab mehr und konnte mir auch die Begriffswelt reichsdeutscher Leser nicht mehr recht vorstellen.»²³⁷

Von Leuten wie Hans Oehler, dem tonangebenden Theoretiker des Frontismus, ist Eduard Blocher zum Kündler einer «grundsätzlich neuen Schau der geschichtsbildenden Kräfte» umgedeutet worden, um der eigenen Bewegung durch die Berufung auf Vorläufer mehr Legitimität zu verleihen.²³⁸ Diese Verzeichnung der Linie, mit der Blocher in direkten Zusammenhang mit den späteren Frontisten gesetzt wurde, hat sich weitgehend erhalten, zumal ihre Entwicklungsgeschichte nie in den Ursprüngen erhellt worden ist. Die beiden unterschiedlichen Konzeptionen einer Deutschtumpolitik, mit denen der VDA und der AV in ihren Anfängen rivalisierten, sind mit dem Gleichschaltungsprozess im Dritten Reich wieder in krasser Gegensätzlichkeit aufgebrochen. Blochers Deutschtumsideal vertrug sich nicht mit der vom Dritten Reich betriebenen eindeutig politisch ausgerichteten Volkstumspolitik, da sich der völkische Imperialismus unter Hitler ganz auf die Mittel staatlicher Macht stützte. Blocher hat Hitler nicht nur abgelehnt, sondern er brach auch mit manchem seiner früheren Gesinnungsfreunde²³⁹ und trat kurz vor seinem Tod sogar aus dem «Volksbund» aus.²⁴⁰ Hektor Ammann hingegen beharrte darauf, «Volkstum und Staat»²⁴¹ in der Schweiz auch unter den veränderten Verhältnissen zu trennen, obwohl die Gleichschaltung im Dritten Reich diese Fiktion geradezu gewaltsam zerstört hatte. Er stand mit dem ihm aus früheren Jahren bekannten Hans Steinacher, der Ende April 1933 die Führung im VDA übernahm, in enger Verbindung und unterstützte ihn in seinem Kurs, wenigstens nach aussen Distanz von Partei und Staat zu halten.²⁴² Mit der Angliederung des VDA an die «Volksdeutsche Mittelstelle» und dem Sturz von Steinacher am 19. Oktober 1937 verlor sich auch diese 1911 nach der Schweiz geknüpft

Verbindung. Sowohl Blocher wie Ammann hielten an ihrem Bekenntnis zum überstaatlichen Deutschtum fest. Während das Dritte Reich für den Älteren der vergangenen Tradition vollends den Untergang bereitete, hoffte der Jüngere, dem der Erste Weltkrieg und die nachfolgenden Krisenjahre zum bestimmenden Erlebnis geworden waren, auf den Durchbruch von, wie er meinte, «positiven» Kräften. Ammann verkannte, dass in der Volkstumspolitik mit der zunehmenden Monopolisierung durch den Staat jene Richtung obsiegt, die von Hasse schon vorgezeichnet worden war und die sich nicht nur gegen die nationale, sondern direkt auch gegen die eigenstaatliche Existenz der Schweiz wandte. «Die junge Generation», so erklärte ein vertraulicher Informationsbericht den Sturz Steinachers, «in Übereinstimmung mit der deutschen Staatsführung, verfolgt hingegen die Absicht, die deutschen Reichsgrenzen bis an die äusserste Grenze des Volkstums vorzuschieben und die auslandsdeutschen Gruppen, soweit sie in geschlossenen Siedlungsräumen mit dem Reiche leben, zu Reichsdeutschen zu machen.»²⁴³

Die Vermengung von deutschen Reichsangehörigen im Ausland mit den Deutschsprachigen anderer Staatszugehörigkeit, der hier bis in die Ursprünge nachgegangen worden ist, hat sich auch in der Weimarer Republik fortgesetzt, als dem VDA weitere Konkurrenzorganisationen entstanden. Eine klare Trennung, die auch in unterschiedlichen Zentralorganisationen zum Ausdruck gebracht worden ist, hat erst das Dritte Reich vollzogen. Doch diese Scheidung wurde nicht aus der Einsicht vorgenommen, dass ein schon den Anfängen des deutschen Nationalstaates innewohnendes Versäumnis nachzuholen sei, sondern aus rein taktischen Gründen: einmal gefährdete die nationalsozialistische Volkstumspolitik die Existenz der deutschen Auslandsorganisationen, da eine Einmischung in die inneren Verhältnisse des Gastlandes die Verbotsgefahr erhöhte, zum andern sollte auf dem Wege der getrennten Bearbeitung eine gesteigerte Wirkung erzielt werden.

III Anfänge der deutschen Kolonienbildung in der Schweiz

1. Zur Situation der Fremden in der alten Eidgenossenschaft

Dass die Ausländerkolonien in ihrer heute vertrauten Erscheinungsform erst durch das nationale Zeitalter ermöglicht worden sind, ist aus der Gesamtschau des vorhergehenden Abschnitts ersichtlich geworden. Obwohl die deutsche Kolonienbildung in der Schweiz während der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts ihren Anfang nahm, war sie nicht ohne Vorläufer. Allerdings je weiter man zeitlich zurückgeht, desto untauglicher wird das antagonistische Begriffsdenken, das Reich und Eidgenossenschaft nur als Gegensätze versteht¹, desto divergierender werden die territorialen Verhältnisse der einzelnen eidgenössischen Orte. Soweit die fremde Einwanderung zur Zeit der alten Eidgenossenschaft erforscht worden ist, betraf dies vor allem die Aufnahme französischer Hugenotten und von Waldensern aus Savoyen und dem Piemont in den reformierten Orten; namentlich Zürich, Basel und Genf brachte das Refugiantentum wirtschaftlichen Fortschritt.² Während die Exulantenkolonien durch die ihnen geleistete Hilfe aktenkundig wurden, ist die weniger spektakuläre Zuwanderung aus dem verwandten Reichsgebiet schwieriger zu ergründen. Aus der natürlichen Verwachsenheit im oberdeutschen Raum ergab sich eine Vielfalt von Verstreubungen mit dem Reich. So wäre es reizvoll aufzuzeigen, wie schon im fünfzehnten Jahrhundert in Auseinandersetzungen zwischen Meistern und Knechten Gesellen aus dem südwestdeutschen Gebiet eine aktive Rolle spielten.³ In der Epoche des Humanismus und der Reformation treten die befruchtenden Einflüsse aus dem Norden besonders hervor. Zwischen dieser Zeit des geistigen Höhenfluges und den Anfängen des nationalen Aufbruchs liegt der Niedergang der mehr und mehr in geistig-politischer Enge erstarrenden eidgenössischen Stände, deren Kraft die konfessionellen Zerwürfnisse absorbierten. Die Abschliessung, die sich sowohl im Innern wie nach Aussen vollzog, liess fremden Zuzug bis zur Bedeutungslosigkeit herabsinken. Auch war das Reich, selbst im Zerfall begriffen, gar nicht in der Lage, zu dem übermächtigen französischen Einfluss ein Gegengewicht zu bilden. Umsomehr hebt sich die Häufung belebender Anstösse ab, die von deutschen Zuwanderern während der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts ausgegangen sind.

Es ist kein Zufall, dass gerade das 1501 dem eidgenössischen Bund beigetretene Basel zur bevorzugten Stätte kulturellen Strebens wurde. Die besondere Lage der Stadt machte sie zur Mittlerin zwischen Reich und Eidgenossenschaft. Heynlin von Stein und Sebastian Brant, die bedeutendsten Vertreter des oberdeutschen Frühhumanismus, bereiteten dem scholastischen Basel den Weg zur neuen Geisteswelt. Die

Buchdruckerkunst, die den Humanisten wie den Reformatoren die rasche Verbreitung ihrer Schriften ermöglichte, war von Süddeutschland zuerst nach Basel gebracht worden. Der Franke Petri und sein Landsmann Johannes Amerbach hatten den Ruf des Basler Buchdruckes begründet. Den berühmtesten Humanisten-Verlag schuf dort der aus Hammelburg gebürtige Johannes Frobenius. Der Stadt bedeutendster Maler, Hans Holbein, war – wie sein Bruder Ambrosius – von Augsburg zugewandert.⁴

Doch unter den vielen Namen⁵, die auch über Basel hinaus zu nennen wären, ragt einer hervor, in dem sich der politische Flüchtling der neuesten Zeit vorankündigt: Ulrich von Hutten, der auf der Insel Ufenau Zuflucht fand. In diesem «einsamen Vorläufer eines künftigen Nationalismus»⁶ erkennt dreihundert Jahre später die deutsche Emigration in der Schweiz ihren ersten zum Helden verklärten Leidensgenossen. Ihn beschwören die packenden Strophen der «Gedichte eines Lebendigen», mit denen Georg Herwegh die nationalen Leidenschaften mächtig regte:

«Ufenau! Hier modert *unser* Heiland,
Für's deutsche Volk an's Kreuz geschlagen;
Ein deutsches Mekka wär' dies Eiland,
Hätt' ihn kein deutsches Weib getragen.

Wie lang mit Lorbeern überschütten
Wollt ihr die corsische Standarte?
*Wann hängt einmal in deutschen Hütten
Der Hutten statt des Bonaparte?*

Eine weitere Gruppe von Zuwanderern stand ganz im Zeichen der Religionserneuerung. In Zürich war die Kunst des Buchdrucks 1521 durch den Bayern Christoph Froschauer eingeführt worden, der durch seine Freundschaft mit Zwingli zum massgebenden deutschschweizerischen Reformationsdrucker aufstieg. Johannes Oekolampad, in Weinsberg geboren, war der Reformator Basels; in seinem Geiste wirkte dort der Schwabe Simon Grynäus. Berchtold Haller aus dem «Zugewandten Ort» Rottweil verhalf in Bern der Glaubenserneuerung zum Durchbruch. Matthias Biener, dem bayerischen Berchingen entstammend, arbeitete als erfolgreicher Buchdrucker für Bern und die Reformation. In Schaffhausen trat der aus Bayern stammende Münsterpfarrer Erasmus Ritter 1523 zum neuen Glauben über. Auch in den radikalen Nebenströmungen der Reformation ergaben sich persönliche Querverbindungen

zum übrigen Reichsgebiet, so im Nürnberger Wiedertäufer Johannes Denk.⁸ In Zürich und Basel verbrachte der streitbare Andreas Karlstadt sein letztes Lebensjahrzehnt. Weniger bekannt als die Réfugiés sind die Glaubensflüchtlinge, die aus deutschen Landen bei den reformierten Orten Schutz suchten. Manche von ihnen haben im bernischen Kirchendienst Unterschlupf gefunden.⁹ Unter den Augsburger Interimsflüchtlingen war Wolfgang Musculus wohl der bedeutendste Exeget. In Bern bereitete er die jungen Theologen auf das Predigtamt vor, und aus seinem Familienstamm sind 25 bernische Kirchendiener hervorgegangen.¹⁰ Bei Bullinger fand der aus Memmingen vertriebene Gervasius Zuflucht. Auch im folgenden Jahrhundert retteten sich Glaubensflüchtlinge in die vom Dreissigjährigen Krieg verschonte Eidgenossenschaft, unter ihnen Jakobus Antonius Vulpus, der als Gesinnungsgenosse von Georg Jenatsch in die Bündner Wirren eingriff.¹¹ Doch zu jener Zeit war die Wende zur Abwehr der fremden Zuwanderung schon vollzogen worden.

Die empfindlichen Einschränkungen, die seit Mitte des 16. Jahrhunderts die Freizügigkeit beengten, trafen Ausländer am schärfsten. Die rasche Zunahme der sozialen Kluft, die Konzentration nicht nur der politischen, sondern auch der wirtschaftlichen Macht in den Händen einer elitären Bürgerschaft und die geistige Einengung auf einen lokal begrenzten Interessenhorizont kennzeichnen die nachfolgende Epoche in ihrer Fremdenfeindlichkeit. Die Monopolisierung von Handel und Gewerbe durch die eingesessene Bürgerschaft, die Heraufsetzung des Einzugsgeldes¹², durch das der Zuzug von wenig bemittelten Personen verunmöglicht werden sollte, und die zeitweise bis zur völligen Unterbindung getroffenen Erschwernisse zur Aufnahme der Hintersässen ins Landbürgerrecht behinderten ein Sesshaftwerden neuer Glieder. Nicht nur der Ausländer, auch der Eidgenosse anderer Orte galt noch bis ins beginnende 19. Jahrhundert als Fremder. Gleichwohl hat es nicht an der Zuwanderung aus dem Reichsgebiet gefehlt; nur hinterliess sie, zur Ruhelosigkeit verurteilt, geringere Spuren. Aus dem im Dreissigjährigen Krieg verarmten nachbarlichen Reichsgebiet kamen zahlreiche Hungernde als Bettler über den Rhein; bei der am 17. Juni 1635 von Zürich veranstalteten Bettlerjagd wurden mehrere Tausend über die Brücke zu Eglisau zurückgetrieben.¹³ Auch in späteren Jahrzehnten veranstaltete der Kanton Bern sogenannte Landjäginen, mit denen das Vagantentum bekämpft werden sollte, das aus Schwaben in Zeiten der Ernährungskrisen starken Zuzug erhielt. Im achtzehnten Jahrhundert begannen sich ganz im Stillen aus dem westdeutschen Raum

neue Fäden in die Schweiz zu spinnen. Deutsche Vertreter der pietistischen und der ihr verwandten religiösen Erneuerungsbewegung bereisten nicht nur die deutschsprachige, sondern auch die welsche Schweiz, um hier Anhänger zu werben. Neben dem kirchenfreundlichen Pietismus, wie er durch Spener und Francke gelehrt wurde, warben auch deutsche Inspirierte und Separatisten auf mehrmonatigen Reisen für ihre Überzeugung. Die Basler Sozietät der Herrnhuter wurde bis 1775 trotz des Verbots des Aufenthalts fremder Lehrer von deutschen Mitgliedern geleitet.¹⁴ Die auf Anregung vom Augsburger Pfarrer Johann August Urisperger 1780 in Basel entstandene «Deutsche Gesellschaft zur Beförderung reiner Lehre und wahrer Gottseligkeit», der an anderen Schweizerorten weitere Gründungen folgten, hatte Schwaben als Geschäftsführer. Dass dann ebenfalls in Basel die Pilgermissions-Anstalt Chrischona ins Leben gerufen wurde, war mit das Werk des Württemberger Pietisten Christian F. Spittler.¹⁵ Bekannter und schon eine andere Zeit ankündend sind die Geistesanstösse, die von der Schweiz aus seit Mitte des 18. Jahrhunderts die europäische Literatur belebten und das als unwirtlich verschrieene Land dem Ausland neu entdeckten. Mit der zunehmenden Zahl der Reisenden begann auch wieder die Zuwanderung aus Deutschland anzusteigen. Obwohl die Helvetik die restriktive Niederlassungspolitik umstürzte und die Mediationsakte von 1803 in Art. 4 allen Schweizerbürgern die Niederlassungs- und Gewerbefreiheit zugestand und damit auch für die Ausländer günstigere Voraussetzungen schuf, zeigte sich im Bundesvertrag von 1815, der die Regelung der Niederlassung wieder den Kantonen überliess, wie stark die restaurativen Tendenzen auch in diesem Bereich geblieben waren. Erst die Revisionsbewegung der dreissiger Jahre hat auf kantonalem Boden die dann in der Bundesverfassung von 1848 niedergelegten Freiheiten vorbereitet, die zwar nur für Schweizerbürger gelten sollten, die jedoch für die Niederlassungsverträge mit anderen Staaten wegleitend wurden.¹⁶

2. Erste Gruppenbildungen und ihre Politisierung

Die massenhafte Zuwanderung von aussen, begünstigt durch den Aufschwung von Handel und Industrie sowie erleichtert durch die besseren Niederlassungsverhältnisse im neuen Bundesstaat, begann erst 1850. Doch die Veränderungen, die in der Schweiz eine deutsche Ausländerbevölkerung manifest werden liessen, haben die

bewegten drei Jahrzehnte zuvor gebracht. Den Anstoss zur Wende gab die Verfolgung der nationalen und liberalen Opposition in Deutschland: Durch ihre Unterdrückungsmassnahmen rief die Reaktion eine politische Emigration hervor, die vom Ausland und vor allem von der Schweiz aus den Kampf für ihre Ideale fortsetzte. Aus der Verbindung von Intellektuellen und Handwerkergelesen, die auf ihrer Wanderschaft traditionsgemäss in schweizerischen Orten verweilten, nahmen die frühen Zusammenschlüsse unter Deutschen im Ausland ihren Aufschwung. Da den Flüchtlingen für die beginnende Arbeiterbewegung, für die Regeneration in der Schweiz sowie für das Erstarken der nationalen Einigungsbewegung in Deutschland eine hervorragende Bedeutung zukommt, sind sie zum Gegenstand einer umfangreichen Forschungsliteratur geworden. Zahlreich sind die Einzelschicksale, die schon eine gesonderte Darstellung gefunden haben oder noch finden sollten. Hinzu kommen vielfältige Themen, die nach monographischen Studien rufen, so etwa über die Situation der Ausländer in den einzelnen Kantonen oder über die Pressionen der Grossmächte wegen der in der Eidgenossenschaft betriebenen Asylpolitik. Während für die Vertiefung in die Einzelvorgänge auf Spezialstudien verwiesen werden darf, kann die Aufmerksamkeit jenem Aspekt zugewandt werden, der für die Gesamtentwicklung bis 1914 bestimmend geworden ist: die Dualität, die schon dem ersten Hervortreten von Deutschen in der Schweiz innewohnt und sich zur Kluft weitend durch die ganze Kolonieggeschichte hindurchzieht. Denn die mehrfachen Flüchtlingswellen legten für die beiden auseinanderstrebenden Richtungen des deutschen Kolonielebens die Grundlage: für die später vermehrt sozial orientierten Handwerkervereine wie für die tonangebende Oberschicht eines nationalbewussten Bildungsbürgertums.

2. 1 Das intellektuelle Element als die formende Kraft

Von den emigrierenden Intellektuellen, die bisher die Schweiz allenfalls als Reisende besucht hatten, ging für die Entstehung deutscher Kolonien eine Belebung aus, die kaum zu überschätzen ist. Die ersten Emigranten trieb die nach den Karlsbader Beschlüssen von 1819 einsetzende Demagogenverfolgung über die Grenze. Zog Karl Follen, ein Führer des radikalen Flügels und Teilnehmer des Wartburgfestes, 1824 nach Amerika weiter, so blieb sein Bruder August A.F. Follen (1794-1855) im Schweizer Exil. Er verkörperte den typischen Vertreter dieser älteren Flüchtlingsge-

neration und blieb auch später in romantisierenden Vorstellungen befangen, wie sie in der freiheitsdurstigen Burschenschaft gepflogen worden waren.¹⁷ Zum Hauptanziehungspunkt in den zwanziger Jahren wurde die Universität Basel. Neben Karl Follen haben hier Friedrich Kortüm, Karl Seebold und Wilhelm de Wette kürzer oder länger Zuflucht und Wirkungskreis gefunden.¹⁸ Galt in diesem Jahrzehnt Basel für Preussen als ein gefährliches Demagogennest¹⁹, so ging im nächsten Dezennium dieser Ruf auf Bern über.

Nicht wenige dieser Flüchtlinge beteiligten sich an vorderster Front bei den innenpolitischen Richtungskämpfen in den Kantonen. Unter ihnen war der aus Idstein im Taunus gebürtige Ludwig Snell (1785-1854) wohl der bedeutendste. Wegen der Verbindung mit dem Attentäter Karl Lönig verdächtig geworden, hatte er seine Stelle als Direktor des Gymnasiums in Wetzlar verloren und war nach einem Umweg über England 1827 zu seinem Bruder nach Basel gekommen, wo er sich als Privatdozent habilitierte. Im Frühling 1829 forderten ihn die Zürcher Liberalen auf, sie in ihrem Kampf gegen das 1823 abgeschlossene Presse- und Fremdenkonkklusum zu unterstützen.²⁰ Den Verfasser der vielbeachteten Schrift «Beherzigung bei der Einführung der Pressefreiheit» wagten jedoch seine Parteifreunde noch nicht zu nennen, «weil er ein Deutscher war und der Einfluss der Schrift gemindert würde».²¹ Doch immer offener griff er in die Regenerationsbestrebungen ein. Im Oktober 1830 arbeitete er an der Abfassung des Küssnachter Memorials mit. Am 7. Januar 1831 legte er einen Verfassungsentwurf vor, in dem er die Form einer modernen Repräsentativrepublik vorzeichnete. Seit dem September 1831 leitete er den «Schweizerischen Republikaner», das Kampfblatt der Zürcher Radikalen, und gab durch seine scharfe Feder der politischen Auseinandersetzung eine leidenschaftlichere Gangart. Aber nicht nur bei der Zürcher Verfassungsrevision, auch in Basel trat er für eine Neuerung ein und focht für die Errichtung des Bundesstaates, wobei er das Mittel der Revolution miteinschloss. Nachdem im März 1831 im Kanton Zürich die neue Verfassung angenommen worden war, konnte auch Snell Früchte dieses Erfolges ernten: im Juni 1832 wurde seine Einbürgerung in Küssnacht allen Widersachern zum Trotz vom Kanton genehmigt, und im Januar 1833 wählte ihn der Erziehungsrat zum ausserordentlichen Professor an der philosophischen Fakultät der Universität Zürich. Doch war ihm die Limmatstadt durch die zahlreichen Feinde, die er sich dort geschaffen hatte, unerträglich geworden. Als er im August 1834 an die Universität Bern überwechseln konnte, führte er in der Aarestadt seine radikale Politik fort. Auch hier stieg er zu hohem Einfluss auf, bis er sich aus orthodoxer Prinzipientreue mit den

Brüdern Schnell überwarf. Im Herbst 1836 wurde er aus dem Kanton Bern verbannt. Nach dem Sturz der radikalen Regierung im September 1839 ist ihm als Führer der Opposition wieder in Zürich zu begegnen. Erneut zerstritt er sich mit den Anhängern Bluntschlis, dessen Allianz mit den aus Bayern stammenden Brüdern Friedrich und Theodor Rohmer ebenfalls bedenkliche Formen angenommen hatte, so dass er sich – allerdings vergeblich – wieder nach Bern zurücksehnte. Ob es nun die Fehde gegen Klöster und Jesuiten, die Schulpolitik oder seine Konzeption für eine Bundesverfassung betraf, stets vertrat er einen kompromisslosen Standpunkt, dem der Sinn für die föderalistische Entwicklung der Eidgenossenschaft und für eine Politik der Mässigung abging. Auch sein jüngerer Bruder Joh. Wilhelm Snell, der zuerst nach Chur geflohen war und 1821 als Rechtsgelehrter an der Universität Basel eine Anstellung fand, griff in die Politik ein. Nachdem seine Position an der Universität wegen der Parteinahme für die Landschaft Basel unhaltbar geworden war, wurde er nach kurzem Aufenthalt in Zürich der erste Rektor der Universität Bern. Er machte die Hochschule zu einer politischen Anstalt und sympathisierte mit der Freischarenbewegung, bis er im Mai 1845 von der Berner Regierung des Landes verwiesen wurde; als im Sommer 1846 die Radikalen an die Spitze des Staates gelangten, konnte er wieder zurückkehren.²²

Schon diese kurzen Streiflichter deuten die Bewegtheit deutscher Emigrantenschicksale und ihre Verknüpfung mit dem politischen Geschehen in der Schweiz an. Vor allem Ludwig Snell war an Verstandesschärfe und Wortgewandtheit wohl den meisten seiner Schweizer Gesinnungsfreunde überlegen gewesen. Zum Durchbruch des fortschrittlichen Bundesstaates trugen er und mit ihm viele andere, wenn auch weniger engagierte deutsche Intellektuelle wesentlich bei, obwohl sie in Missachtung der schweizerischen Verhältnisse den Bogen wiederholt überspannt und die Gegensätze unnötig überhöht haben.

Eine neue Flüchtlingswelle begann, als das Hambacher Fest von 1832 sowie der Frankfurter Wachensturm vom 3. April des folgenden Jahres die Reaktion in Deutschland verschärfte.²³ Während die traditionsreiche Universität Basel infolge der kantonalen Spaltung eine Existenzkrise durchmachte, zogen die Hochschulen von Zürich und Bern, die soeben ihre Tore öffneten, von dem Zustrom fähiger Lehrkräfte den grössten Nutzen. Aus dem Kreis der Verfolgten vermochte die Universität Zürich ihre beiden berühmtesten Dozenten unter ihren damaligen Lehrern zu gewinnen: den Mediziner Johann Lucas Schönlein und den Naturphilosophen Lorenz Oken.²⁴ Zu diesen ersten 1833 verpflichteten Hochschulprofessoren gehörten der Theologe Fer-

dinand Hitzig (1807-1875) aus Hauingen (Baden), der Neutestamentler Heinrich Chr. M. Rettig (1799-1836) aus Giessen, die Nassauer Karl Ludwig von Löw (1803-1868) und Johann Wilhelm Snell (1789-1851) von der Rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät sowie Eduard Bobrik (1802-1870), der als alleiniger Vertreter des norddeutschen Elements Philosophie und Psychologie lehrte.²⁵ Somit waren in diesen ersten Jahren sämtliche Ordinariate mit Deutschen besetzt worden.²⁶ An der Berner Universität, die 1834 ins Leben trat, befanden sich unter den 35 Lehrkräften 17 Deutsche, aber nur ein Franzose. Nicht wenige von ihnen hatten ihre Bildung an Hessens kleiner Universität Giessen empfangen: ausser den Brüdern Snell, der bekannte Flüchtlingsfreund und Mediziner Philipp Friedr. Wilh. Vogt (1786-1861) sowie sein Fakultätskollege Wilhelm Rau (1804-1861), der Kirchengeschichtler Karl B. Hundeshagen (1810-1872) und der Philologe Georg Rettig (1803-1897).²⁷ Schon sind es der Namen fast zu viele, und doch wurden erst einige der bedeutendsten Persönlichkeiten unter jener Vielzahl von Deutschen aufgeführt, die nicht nur die Universitäten, sondern auch zahlreiche Gymnasien und andere Schulen in fortschrittlichem Sinne mit frischem Geist belebten. Neben den Kantonsschulen von Aarau und Chur sei Schaffhausen erwähnt, wo das Lehramt an Gymnasium und Collegium nicht mehr länger die fast ausschliessliche Domäne von Geistlichen bleiben sollte. Die Mittelschulreform von 1827 wurde mangels einheimischer Lehrkräfte in die Hände deutscher Pädagogen gelegt. Während des 19. Jahrhunderts bildeten Deutsche im Lehrkörper des Schaffhauser Gymnasiums stets eine starke Minderheit, zeitweilig sogar die Mehrheit. In Hofwyl, dem grossartigen Erziehungsexperiment Fellenbergs, stellten die deutschen Lehrer den Hauptteil.²⁸

Während die Deutschen von den Radikalen protegiert wurden, schuf die Zurücksetzung einheimischer Bewerber eine Missstimmung. Die zunehmende Aversion gegenüber der geistigen und politischen Einflussnahme von Ausländern spielte beim Sturz der liberalen Vorherrschaft durch den «Züriputsch» vom 6. September 1839 eine wesentliche Rolle.²⁹ Die Berufung von David Friedrich Strauss (1808-1874), dessen früher Versuch zur Entmythologisierung der Evangelien die Gemüter so erhitze, gab nur den Anstoss für den Konflikt mit der Orthodoxie und mit den fortschrittsfeindlichen Tendenzen, denen das Wirken etwa von Ignaz Thomas Scherr (1801-1870) – von Geburt wie Strauss Württemberger – als Direktor des Lehrerseminars Küsnacht von Anfang an (1832) ein Dorn im Auge gewesen war.³⁰ Dass die Beteiligung von Ausländern oder Neubürgern an den innenpolitischen Auseinandersetzungen zur Emotionalisierung des Konfliktes beitrug, erwies sich nicht weniger

drastisch unter der konservativen Führung. Während – wie erwähnt – Johann Caspar Bluntschli (1808-1881) den Gebrüdern Friedrich und Theodor Rohmer in geradezu verderblicher Weise vertraute, focht bei den Radikalen neben Ludwig Snell auch Julius Froebel (1805-1893) an vorderster Stelle; bei den politischen Parteigruppierungen führte diese Art von gemeinsamer Verbindung zu Enttäuschungen und Zurückhaltung.³¹

Ende der dreissiger Jahre verdichtete sich das Verlangen nach dem geeinten Deutschland zur gezielten Agitation. Die im romantisch-gefühlvollen Patriotismus verbliebene Schwärmerei, die für die Generation von Ernst Moritz Arndt und von Friedrich Ludwig Jahn kennzeichnend war, galt der jüngeren Generation als antiquiert. August Follen ist für Julius Froebel bereits ein «Prachtexemplar» einer «besonderen Menschenklasse», mit der er sich selbst nicht mehr identifiziert, an deren Eigenarten er nicht ohne ein belustigtes Lächeln zurückdenkt.³² Ein ähnlicher Wandel ist bei den Handwerkervereinen festzustellen, wo radikalere Elemente wie Wilhelm Marr den demokratisch und national gesinnten Georg Fein mit seinen Anhängern in hier nun diskriminierendem Sinne durch den Ausdruck «Gamaschenromantik» abzuwerten suchten.³³ Wenn vom Schweizerboden viele jener Ideen nach Deutschland getragen worden sind, die dort der Revolution den Weg bereitet haben, so hatte Froebel daran wesentlichen Anteil. Der Bayer war 1833 an die Zürcher Kantonsschule und bald auch an die Universität berufen worden, wo er Geographie und Mineralogie lehrte. Seit 1838 Bürger von Hirslanden-Zürich, wurde er mit zum Anreger der schweizerischen Arbeiterbewegung.³⁴ Sein bedeutendstes Unternehmen galt jedoch dem Kampf gegen die deutsche Zensur. In Follens Haus trug Georg Herwegh seine «Gedichte eines Lebendigen» vor; von ihrer mitreissenden Gewalt war Froebel ergriffen. Die Worte des Dichters, der 1839 dem württembergischen Militärdienst entflohen war, wollte er als Waffen im Kampf um Freiheit und Einheit in die Öffentlichkeit tragen. Er gründete das «Literarische Comptoir Zürich und Winterthur», das durch Herweghs Weckruf mit einem Schlag berühmt wurde.³⁵ Politische Lyrik von Hoffmann von Fallersleben folgte, darunter dessen Gedicht «Deutschland, Deutschland über alles».³⁶ Hans Prutz, Ludwig Seeger, Arnold Ruge, Karl Marx und Bruno Bauer, der damalige Führer der Junghegelianer, umgingen mit Hilfe des «Literarischen Comptoirs» die deutsche Zensur.³⁷ Durch Froebel, vor allem aber durch Follen, der sich seit 1843 finanziell am Verlagsunternehmen beteiligt hatte, erfuhr auch der junge Gottfried Keller wertvolle Förderung.³⁸ Diese Verlagschöpfung stellt trotz ihres ökonomischen Fehlschlages wohl das bedeutendste poli-

tische wie geistige Unternehmen der damaligen deutschen Emigration in der Schweiz dar. Das Verbot seiner Schriften in Deutschland führte 1846 zum defizitären Ende.

Die soziale Schichtung der Deutschen in der Schweiz, das verdeutlichen schon die knappen Umrisse, hatte während dieses Zeitraums von zwei Jahrzehnten eine entscheidende Erweiterung erfahren. Dominierte bisher der Typ des wandernden Gesellen fast ausschliesslich, so fasste nun durch das aufblühende Erziehungswesen eine deutsche Bildungsoberschicht festen Fuss. Gerade die eben geschaffenen Hochschulen verliehen ihr eine Plattform von aussergewöhnlicher Konstanz, die als Rückhalt und Impulsspende für das Zusammenrücken von Auslandsdeutschen und deren kulturelle Betätigung grosse Bedeutung erhielt. Im Gegensatz zum wandernden Gesellen blieben die deutschen Lehrkräfte oft mehrere Jahre am Ort. Der deutsche Einfluss zumal an der Universität Zürich blieb langezeit auch dadurch gewahrt, dass frei werdende Stellen wieder mit einem Deutschen besetzt wurden. Diese Vertreter des Bildungsbürgertums waren zu sehr Persönlichkeiten, als dass sie sich leicht assimilieren liessen. Vielmehr machte es ihre Konzentration auf wenige Institute beinahe unvermeidlich, dass hier Kristallisationspunkte entstanden. Die Vereinsbildung verfügte in diesem Intelligenzpotential über ein wertvolles Kräfte-reservoir. Die Tendenz zur Absonderung der deutschen Akademiker im gesellschaftlichen Bereich hat der Mediziner Karl Ewald Hasse, der nach Schönlein und Pfeufer von 1844 bis 1853 das Zürcher Kantonsspital leitete, bedauernd beschrieben:

«Es fiel mir alsbald auf, dass sich in diesen Kreisen vorherrschend eine Abneigung gegen die Schweizer und insbesondere gegen die Stadt-Zürcher bemerkbar machte, die sich bei Einigen sogar in ziemlich massloser Weise aussprach. Selbst der berühmte alte Oken, dem hier eine angesehene Stellung bereitet worden war, trat, statt mit bewusster Würde, in missmuthiger Gereiztheit den Zürichern gegenüber.³⁹ Je mehr ich nun aus eigener Erfahrung Gelegenheit bekam, die Ungerechtigkeit dieser abschätzigen, zum Theil sogar feindseligen Stimmung zu erkennen, desto mehr fühlte ich mich von derselben abgestossen. Welche Ursachen konnten aber jenem Verhalten zum Grunde liegen?»⁴⁰

Hasse führte zunächst eine psychologisch erklärbare Konfliktursache an. Lehrer, die Autorität auch ausserhalb ihres Fachgebietes beanspruchten, mussten desto eher Anstoss erregen, je weniger sie mit dem schweizerischen Meinungspluralismus vertraut waren. Das autoritäre Fehlverhalten Einzelner stand auch im Zusammenhang mit einer gewissen sozialen Umstufung.

Die meisten nach der Schweiz berufenen Professoren kamen aus den kleineren Universitätsstädten, in welchen sie unbestritten die oberste gesellschaftliche Stellung eingenommen hatten. In Zürich standen sie nun, wie Hasse formulierte, «einem starken Bewusstsein in allen Schichten der Bevölkerung gegenüber».⁴¹ Ihm zufolge ist den aus den grossen Städten kommenden Gelehrten die Unter- und Gleichordnung gegenüber den tonangebenden Familien leichter gefallen.

Sind die von Hasse beobachteten Spannungen zwischen Deutschen und Schweizern auch mit als Folge der damals herrschenden politischen Verhältnisse zu werten, so hatte dies nur auf den Grad und das Ausmass, nicht aber auf die Tatsache dieses besonderen Zusammenrückens Einfluss.⁴² Das Zeugnis von Jacob Moleschott, der von 1856 bis 1861 in Zürich Physiologie lehrte, ist nur Bestätigung. Zu viele Deutsche, meint er, dozierten hier, «um die Verführung fern zu halten, dass diese sich mehr oder weniger als eine geschlossene und unabhängige Gesellschaft fühlen mochten». Im persönlichen Verkehr habe sich die Schranke zwischen Schweizern und Deutschen nicht bemerkbar gemacht. «Aber im geselligen Umgang gab es eine Art von Scheidung. Es bestand in Zürich eine Wochengesellschaft, von welcher zwar die Schweizer nicht ausgeschlossen waren, in welcher aber doch die deutschen Teilnehmer so sehr die Überhand hatten, dass im Handel und Wandel immer von der deutschen Gesellschaft, vom deutschen Kränzchen die Rede war.»⁴³ Auch Helene Fick, die Gattin des bekannten Rechtsgelehrten Heinrich Fick, bemerkte unter den deutschen Professoren in Zürich in den Jahrzehnten nach 1850 ein Unbehagen, das selbst das beste Einvernehmen nicht ganz zu beseitigen vermochte. Ihr zufolge war es nicht eigentliches Heimweh, das manchem deutschen Dozenten zusetzte. «Es beruhte vielmehr in der Differenz zwischen der Republik und dem monarchischen Beamtenstaat, in dem sie aufgewachsen waren. Die Vorrechte ihres Standes hatten hier nicht die gleiche Geltung, wie in der Heimat, und darin hauptsächlich wurzelten ihre Enttäuschungen.»⁴⁴ Die Identität mit den früheren Beobachtungen Hasses mag frappieren. Ein Mangel an Integrationsfähigkeit findet hier seine Erklärung, der ja nicht nur diesem kleinen, aber gewichtigen Gelehrtenkreis zu eigen war.⁴⁵

Geht man von der Polarisierung in eine proletarisch-sozialistische und bürgerlich nationale Gruppierung aus, wie sie sich zu Ende des 19. Jahrhunderts unter den Auslandsdeutschen darbietet, so sind die frühesten Ansätze der letzteren in der nach 1830 heranwachsenden Bildungsoberschicht zu finden, deren Gesinnung national und deren politische Richtung vorerst liberal oder demokratisch war. Mit dem Aufschwung

von Handel und Industrie kam in den fünfziger und sechziger Jahren neben den Vertretern akademischer und künstlerischer Berufe zunehmend den Angehörigen des Kaufmannsstandes eine tragende Funktion zu. Obwohl die soziale Mobilität gross war und sich die klassenmässigen Gegensätze erst nach der Reichsgründung verfestigt haben, standen im Konflikt mit den vermehrt sozial orientierten Strömungen von Anfang an Angehörige dieser bürgerlichen Bildungsoberschicht in vorderster Linie.

Einer der Ersten, die nicht vom Ausland aus die Heimat revolutionieren, sondern durch ein einiges und mächtiges Reich die Stellung der Angehörigen in der Fremde stärken wollte, war der Herbartsschüler Eduard Bobrik, 1833 bis 1857 Ordinarius für Philosophie an der Universität Zürich. Von hier aus richtete er 1840 an die Grossloge zu Hamburg den Antrag, «ein Central-Comité der Deutschen Freimaurer zur Leitung und Unterstützung der Deutschen Auswanderer» zu gründen. In der Hansestadt strömten jene Unglücklichen zusammen, deren einzige Hoffnung ein ungewisses Schicksal in Übersee war. Die mehr als zweihundert deutschen Logen sollten diesen Übelstand durch ein gross angelegtes Auswanderungshilfswerk beseitigen. Ein eigenes Schiff könnte man unter Kontrakt nehmen; «Ankauf von Ländereien unter fremder, vielleicht gar unter Hanseatischer Hoheit, das läge dann in der näheren oder fernerer Zukunft».⁴⁶ Die Absicht seines Planes zielte noch weiter. Durch Preussen sah er die «Continentalmacht Deutschland» bereits als gesichert an. Sie war aber noch ohne Kolonien. Die Mittel, diese zu erwerben, besitze sie «in reicher Fülle und Stärke: . . . Auswanderungslust in vollem Maasse, und eine herrliche Handelsflotte».⁴⁷ Bobrik zählte zu jenen frühen Protagonisten einer Weltpolitik, die «Deutsche Colonien und Deutsche Nationalflotten zu den Bestandteilen einer erträumten Idealwelt» rechneten.⁴⁸ In der Fremde, so kam er zum Schluss, werde man sich eher der Folgen des unglücklichen deutschen Partikularismus bewusst. Jenseits der Tagespolitik kleinstaatlicher Enge stelle sich aus der Ferne das «Vaterland in umfassenderem und hellerem Bilde dar». Durch die Distanz von den Realitäten weniger gehemmt, lasse sich der Deutsche im Ausland leichter von Zukunftsvisionen mitreissen. «Solches Bild hebt dann in ihm bis zum höchsten Schwunge das Nationalgefühl, das ihm oft in der Heimath zu fehlen scheint.»⁴⁹ Weit mehr als auf die Auswanderung nach den nur mühsam erreichbaren Überseegebieten traf dies auf jene in die Schweiz zu.

Diese nationale Aufbruchsstimmung spricht, besser als es beschreibende Worte vermitteln können, aus den folgenden 1841 im «Literarischen Comptoir» erschienenen Versen:

«Es wird geschehn! sobald die Stunde
Ersehnter Einheit für uns schlägt,
Ein Fürst den deutschen Purpur trägt,
Und *Einem* Herrschermunde
Ein Volk vom Po gehorchet bis zum Sunde;
Wenn keine Krämerwaage mehr, wie Pfunde,
Europas Schicksal wägt.

Schon schaut mein Geist das nie Geschaute,
Mein Herz wird segelgleich geschwellt,
Schon ist die Flotte aufgestellt,
Die unser Volk erbaute;
Schon lehn' ich selbst, ein deutscher Argonaute,
An einem Mast, und kämpfe mit der Laute
Ums gold'ne Vliess der Welt.»⁵⁰

2. 2 *Handwerkervereine und Geheimbünde*

Sowohl die nationale Begeisterung, die aus diesen Strophen von Georg Herwegh (1815-1875) spricht, als auch der beginnende soziale Veränderungswille, mit dem Georg Büchner (1813-1837) den «Hessischen Landboten» unter das Motto «Friede den Hütten, Krieg den Palästen» gestellt hatte, finden sich als Grundströmungen in den frühen Vereinigungen von Intellektuellen und Handwerksgesellen. Herwegh war erst 1839 nach einem Streit mit einem Offizier in die Schweiz gekommen. Gesinnungsmässig gehörten er sowie der sozialkritische Verfasser des «Woyzeck» – Büchner wurde 1836 Privatdozent für vergleichende Anatomie an der Universität Zürich – zu jenen Flüchtlingen, deren Tatendrang sich ungestüm Bahn brach: den emigrierten Studenten und politischen Publizisten. Zahlreicher überschritten sie mit der zweiten Flüchtlingswelle die Grenze und haben die Vereinsbewegung unter Deutschen erst richtig in Gang gesetzt. Die erneute Emigration hatte ihre Ursprünge in den Auswirkungen der französischen Julirevolution in Deutschland. Durch sie waren die Fortschrittsbewegungen ermutigt worden, die in Sachsen, Hannover, Braunschweig und Hessen-Kassel neue Verfassungen erzwangen. Von Bayern aus breitete sich 1832 der «Deutsche Pressverein» aus, dem sich auch in Paris eine Zweiggruppe anschloss. Er verlangte eine durchgreifende politische Reform auf dem Weg einer

einheitlichen konstitutionellen Staatsverfassung in allen deutschen Ländern. Seine Forderungen nach Pressefreiheit, nach öffentlicher Rechtspflege, gleichartiger Gesetzgebung, nach Abschaffung der Binnenzölle und einem besseren Zollsystem, nach einer Nationalwehrverfassung und «einer gemeinsamen deutschen Nationalrepräsentation» umfassten die Programmpunkte, die sich alle liberalen Kräfte in der einen oder anderen Akzentuierung zu eigen machten.⁵¹ Sogar die europäische Staatengesellschaft, basierend auf dem deutschen, französischen und polnischen Volk, mit der Mazzini zwei Jahre später in der erweiterten Form des «Jungen Europa» dem Metternichschen System den Untergang bereiten wollte, fand sich im Geiste des Pressvereins vorgebildet. Während die liberale Richtung die nationale Einigung im Rahmen der bestehenden Rechtsordnung anstrebte, genügte dem radikalen, kleinbürgerlich-demokratischen Flügel der vom süddeutschen Konstitutionalismus eingeräumte Legalitätsbereich nicht mehr. Stattdessen neigte er immer eindeutiger zur Überzeugung, dass sich Deutschland nur durch eine Revolution zu einem Bund von Republiken auf der Basis der Volkssouveränität zusammenschliessen lasse. Als auf der nationalen Volkskundgebung vom 27. Mai 1832 in der Nähe des pfälzischen Neustadt, dem berühmt gewordenen Hambacher Fest, die radikaleren Tendenzen die Oberhand gewannen, nahm dies der Bundestag zum Anlass für verschärfte Unterdrückungsmassnahmen. Allzu eifrige Teilnehmer der Hambacher Kundgebung mussten ins Ausland flüchten, wollten sie einer Strafverfolgung entgehen. Der Pressverein fand ein rasches Ende, wie überhaupt eine legale politische Vereinstätigkeit in Deutschland unmöglich wurde.⁵² Nachdem eine isolierte Gruppe am 3. April 1833 mit dem Überfall auf die Frankfurter Wache vergeblich ein Zeichen zum Volksaufstand gegeben hatte, wuchs auch innerhalb der politischen Emigration die Tendenz zum Putschismus.

Für die Deutschen in der Schweiz ergaben sich hieraus Veränderungen sowohl auf direktem wie indirektem Wege. Die letzteren gingen von den Vorgängen innerhalb der deutschen Emigration in Paris aus. Dort hatte sich im Frühjahr 1833 die radikalste Gruppe des Pressvereins zum «Deutschen Volksverein» erweitert, der neben dem Ziel der nationalen Einheit auch eine sozialorientierte Stossrichtung einschloss, die dem «Reichtum» als dem Urheber der Unterdrückung den Kampf ansagte.⁵³ Eine weitere Stufe der Wandlung vollzog sich dadurch, dass Frankreich die Ausländervereine in ihrem politischen Bewegungsraum einengte. Im Mai 1834 löste sich der legal operierende Volksverein auf, während die kleinbürgerlich-republikanischen Demokraten den nach carbonaristischem Vorbild aufgebauten illegalen «Bund der Geächteten» gründeten. Er wollte ein über ganz Deutschland verzweigtes Netz als

revolutionäre, hierarchisch gegliederte Untergrundorganisation aufbauen. Sein Postulat auf «soziale und politische Gleichheit, Freiheit, Bürgertugend und Volkseinheit» suchte sowohl die national-demokratische wie die demokratisch-soziale Richtung in sich zu vereinen. Vom Juli 1834 bis Januar 1836 erschien in Paris das von Jakob Venedey (1805 bis 1871) herausgegebene Bundesorgan «Der Geächtete», dessen zwölf Hefte vor allem unter dem Einfluss von Theodor Schuster sozialistische Ideen aufwiesen, wie sie von Lamennais oder dem Genfer Volkswirtschaftler Sismondi in Bezug auf eine gerechtere Verteilung der materiellen Güter und des Arbeitslohnes vertreten worden sind.⁵⁴ 1836 kam es zur Spaltung, indem sich der radikalere Teil gegen die anonym und absolutistisch agierende Führung erhob und sich in dem geheimen «Bund der Gerechten» zusammenschloss. Auch er hatte sich die Revolutionierung der Bevölkerung in den deutschen Staaten zum Ziele gesetzt; doch unterschied er sich nicht nur durch einen demokratischeren Organisationsaufbau, sondern durch seine entschiedeneren Hinwendung zu sozialistischen Postulaten. Auf seine Anhänger wirkten die Schriften der Saint-Simonisten und der Fourieristen sowie in einer späteren Phase die Anschauungen Robert Owens. Von ihnen, vor allem aber von Lamennais wurde sein bedeutendstes Mitglied stark berührt: Wilhelm Weitling, der aus Magdeburg stammende Schneidergeselle, der Kündler eines religiös verklärten Sozialismus, der unter dem Begriff «Handwerksburschenkommunismus» bekannt geworden ist.⁵⁵ Diese stufenweise Entwicklung innerhalb der Pariser Emigration machte ihren Einfluss auch bei der Vereinsbewegung in der Schweiz geltend. Es lassen sich hier während des Zeitabschnittes 1832 bis 1850 drei Phasen in der frühen Organisationstätigkeit erkennen.

Die frühesten Vereinigungen entstanden als Bildungsvereine für deutsche Handwerksgelesen, die von intellektuellen Emigranten ins Leben gerufen wurden. 1833 unternahm Ernst Schüler (1807-1881), der nach dem Frankfurter Wachensturm in die Schweiz geflüchtet war, in Biel einen ersten Versuch mit einem Handwerkerleseverein.⁵⁶ Lesezirkel, landsmannschaftliche Vereinigungen und später auch Gesangsvereine boten für die emigrierten Burschenschaftler ein günstiges Agitationsfeld. Auf diesem Wege wollten sie die deutschen Handwerksgelesen, die sich aus Tradition, wegen Arbeitsmangels oder beruflicher Aufstiegsschwierigkeiten auf die Wanderschaft ins Ausland begeben hatten, politisieren und für die Verbreitung der eigenen Ideen gewinnen. Diese waren für sie die ideale «Propaganda zu Fuss»; traf doch auf sie Ernst Schülers bekannter Ausspruch zu: «Das Felleisen auf dem Rücken, ein paar Batzen in der Tasche, den Knotenstock in der Hand, wandernd von Berlin nach

Konstanz, von Wien nach Hamburg, verbreiteten sie in ihren Kreisen den Glauben an die Zukunft der Völkerfreiheit und die Überzeugung, dass gründliche Reformen nötig seien.»⁵⁷

Die Schweiz war zum Umschlagplatz der gärenden Revolutionsströmungen in Europa geworden. Im Februar 1834 brachen deutsche, polnische und andere Flüchtlinge unter dem Einfluss Mazzinis zum Einfall ins Piemont auf. Anstatt das erhoffte Zeichen zur Befreiung Italiens zu bringen, fand der Savoyezug ein vorzeitiges und klägliches Ende. Das unbesonnene Unternehmen trug der Schweiz vom Ausland ernste Vorhaltungen wegen der Verletzung des Völkerrechts ein, wodurch auch die grössere Aufmerksamkeit der Behörden für die politische Propaganda innerhalb der Emigration geweckt wurde.⁵⁸ Zwei Monate später, am 15. April 1834, konstituierte sich in Bern unter der Initiative Mazzinis der Geheimbund «Junges Europa», der in seiner Verbrüderungs-Akte als Grundgedanken festhielt:

«Das *junge Deutschland*, das *junge Polen* und das *junge Italien*, drei republikanische Verbindungen, streben nach einem und demselben Endziel hin, sie haben einen und denselben Wahlspruch: *Freiheit, Gleichheit, Humanität*; sie vereinigen sich brüderlich, jetzt und für immer, um diese Ideen zu verwirklichen.»⁵⁹

Die Gründungsmitglieder des «Jungen Deutschland», das eine selbständige Gliederung des «Jungen Europa»⁶⁰ war, wiesen bereits ein bewegtes Schicksal auf. Der ehemalige hessen-homburgische Militärarzt August Breidenstein (1809-1835) hatte am polnischen Aufstand teilgenommen. Wegen Propaganda für eine revolutionäre Erhebung unter dem Homburger Militär flüchtete er Ende Mai 1833 in die Schweiz und beteiligte sich am Savoyezug. Dem gleichen Unternehmen hatte sich auch sein Bruder Friedrich Breidenstein angeschlossen, der Rechtskandidat und Mitglied der Giessener Burschenschaft gewesen war. Der Mitbegründer Carl Theodor Barth (1805 bis 1837) aus Lauterecken am Glan hatte sich durch seine Rede auf dem Hambacher Fest verdächtig gemacht. Zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, gelangte er Anfang 1834 in die Schweiz – gerade rechtzeitig, um den Savoyezug mitzumachen. Zum ersten Komitee des «Jungen Deutschland» gehörten auch der Greifswalder Burschenschafter Georg Peters sowie Franz Stromeyer (1805-1847), der in Zürich einige Monate als Leiter des «Schweizer Freiheitsfreundes» wirkte. Schon im Juni 1834 erteilte die Mitunterzeichner der beiden ersten vom «Jungen Deutschland» herausgegebenen, doch sogleich beschlagnahmten Flugblätter die Ausweisung. Doch hatte die kleine Bewegung inzwischen eine Reihe rühriger Mitglieder gefunden, so dass

die politische Bearbeitung der deutschen Handwerksgesellen erstmals systematisch an die Hand genommen werden konnte. Zu ihren Stützen gehörten neben Ernst Schüler der Schriftsteller Georg Fein (1803-1869), der ebenfalls auf der Hambacher Kundgebung als Redner hervorgetreten war, sowie die der Giessener Burschenschaft entstammenden Studenten Eduard Scriba (1808-1837) und Karl Soldan (1808-1864). Unter den Vielen, die zu nennen wären, sei einzig noch Ernst Johann Hermann v. Rauschenplat (1807 bis 1864) hervorgehoben. Der Göttinger Privatdozent hatte schon 1831 wegen Anzettelung eines Aufstandes seine Universitätsstadt verlassen müssen. Gleichwohl fand er sich zum Hambacher Fest ein, und beim Anschlag auf die Frankfurter Wache gehörte er zu den Hauptorganisatoren. Kaum in die Schweiz gekommen, inszenierte er im baselländischen Judendorf Dippingen eine Revolutionsgroteske, indem er die biederen Einwohner dazu brachte, die unabhängige Republik auszurufen. Als bald stürzte er sich in das Savoyer Abenteuer. Dem «Jungen Deutschland» verband er sich nur soweit, um an der Spitze der Zürcher Oppositionsgruppe seine Politik des blinden Aktivismus durchzusetzen.⁶¹

Zunächst hatte in Bern unter Karl Schapper (1812-1870), der später zu einem leitenden Mitglied des «Bundes der Gerechten» und des Kommunistenbundes aufstieg, die Werbung von Anhängern bei den Handwerksgesellen rasche Fortschritte gemacht. Ein Vorfall, der erst nachträglich zum Ereignis hochgespielt wurde, führte zu einem jähen Unterbruch. Am 27. Juli 1834 hatten sich im «Steinhölzli» bei Bern um die zweihundert Gesellen und Studenten zu einer «Nachfeier des Hambacher Festes» eingefunden. Auf den Tischen vor der Wirtschaft waren deutsche Länderfähnchen aufgestellt worden. Als die Stimmung ihren Höhepunkt erreichte, wurde die schwarz-rot-goldene Fahne entfaltet, begleitet von dem Lied: «Hinweg mit der Farben Tand, nur eine Fahne, nur ein Vaterland.» Zur symbolischen Bekräftigung wurden die deutschen Länderfähnchen unter den Tisch gewischt. Nur weil die kleine Republik im Europa der Monarchien als Revolutionsherd verhasst war, konnte es geschehen, dass das an sich belanglose Ereignis heftige Demarchen aus dem Lager der Heiligen Allianz provozierte.⁶²

Somit geriet die Eidgenossenschaft erneut unter ausländischen Beschuss, und die daraufhin einsetzende Ausweisungswelle versetzte dem «Jungen Deutschland» im Kanton Bern einen empfindlichen Rückschlag. Durch das Mittel von geselligen Zusammenkünften, Bildungs- und Lesevereinen vermochte sich der Geheimbund auch in anderen Regionen der Schweiz auszubreiten. Hatte er im Dezember 1834 50

Mitglieder gezählt, so waren es im Juli 1835 schon 172 und Ende 1835 gar 252 Geheimbündler. Für kürzer oder länger gehörten zum «Jungen Deutschland» politische Klubs in Arbon, Basel, Bern, Biel, Genf, Glarus, La Chaux-de-Fonds, Lausanne, Liestal, Lugano, Luzern, Morges, Neuchâtel, Solothurn, Teufen, Therwil, Vevey, Wädenswil, Willisau und Zürich; Zweiggruppen entstanden sogar in Lyon, Marseille, Mülhausen, Paris und Strassburg.⁶³

Im Ausschuss des reorganisierten Geheimbundes sassen Anfang 1836 mit Ausnahme des Gymnasiallehrers Schüler ausschliesslich Handwerker. Die Veränderung war Ausdruck der Umschichtung, die sich auch auf lokaler Ebene anbahnte. Das intellektuelle Element, das in den Anfängen tonangebend gewesen war, trat hinter die zunehmende Zahl der Handwerksgesellen zurück. Diese aber distanzieren sich vom revolutionären Pathos der Burschenschafter. Im Mai 1836 wurden angesichts der Gefahr eines behördlichen Einschreitens aus den Statuten des «Jungen Deutschland» alle Hinweise auf eine Vorbereitung zum Aufstand und der allgemeinen Bewaffnung gestrichen.⁶⁴ Die sich abzeichnende Tendenzwende kam jedoch nicht mehr zum Tragen. Denn in Zürich hatte Hermann von Rauschenplat durch sein Drängen auf einen Einfall nach Baden das drohende Ende bereits heraufbeschworen. Zu solchen revolutionären Abenteurern hatte sogar der radikal gesinnte Ludwig Snell eine scharfe Trennungslinie gezogen. Was er von ihnen hielt, hat er 1834 dem Berner Radikalen Karl Schnell geschrieben: «Aber die deutschen Revolutionäre, die ich in der Nähe beobachtete, sind grösstenteils nur ein revolutionärer Abschaum, die, wie mehrere unter ihnen offen gestanden, nur die Schweiz benützen wollen, um von da aus die Revolutionen in andere Länder zu tragen.»⁶⁵ Bemerkenswerterweise war es gerade Snell, der 1836 Rauschenplats konspirative Pläne dem ihm befreundeten Bürgermeister Hess von Zürich verriet.⁶⁶

Schon zuvor hatte der Deutsche Bund gedrängt, dass die Kantone derartige politische Vereine verbieten sollten; als er ohne Erfolg geblieben war, untersagte er mit dem Bundesbeschluss vom 15. Januar 1835 den deutschen Handwerksgesellen das Wandern in alle jene Länder, wo entsprechende Assoziationen bestanden.⁶⁷ Als im November 1835 der Lockspitzel Ludwig Lessing unter mysteriösen Umständen ermordet⁶⁸ und die erwähnten Putschvorbereitungen bekannt geworden waren, schritten die Zürcher Behörden zu Verhaftungen; im Mai und Juni 1836 kam es zu einer eigentlichen «Flüchtlingshatz», und die Ausweisungswelle griff auf andere Kantone über.⁶⁹ Damit fand die episodäre Verbindung ein Ende, die der «Bund der Geächteten» nach der Schweiz besessen hatte. Für ihn und sein Bundesorgan hatten in Zürich die Burschenschafter Friedrich Gustav Ehrhardt (1811 bis Wilhelm Weitling (1808-



1871), erster deutscher Verfechter eines spezifischen Frühkommunismus, bewirkte eine Spaltung unter den deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz; er wurde im Mai 1844, nachdem er auf Grund seines Manuskripts «Das Evangelium der armen Sünder» in Zürich der Gotteslästerung bezichtigt und verhaftet worden war, der deutschen Polizei übergeben.



Wichtige Zeugnisse zur frühsozialistischen Bewegung in der Schweiz: die 1835 in Zürich erschie-
 nene Zeitschrift «Das Nordlicht», Bluntschlis Kommissjonalbericht von 1843, Weitlings Erstlings-
 schrift und eine Rede von August Becker (1814-1871).

FREIHEIT! GLEICHHEIT! HUMANITÄT!

Statuten des jungen Deutschlands.

I. Allgemeiner Theil.

§. 1.

Das junge Deutschland besteht aus allen den Mann der Freiheit der Menschheit und der Humanität in den künftigen unabhängigen Staaten Europas zu vereinigen.

§. 2.

Das junge Deutschland besteht aus allen für gleiche Zwecke bewilligt bestreuten Menschen aller Nationen und tritt zuvörderst mit denselben zu gemeinschaftlichen Werken zusammen. Das Bestreben dieser Verbindungen zu sein, ist die Verkörperung der Freiheitsidee.

§. 3.

Das Grundgesetz der Freiheit ist die Vereinigung der jungen Deutschlands zu einer Nation.

§. 4.

Kein Mitglied dieser Verbindung darf Mitglied einer anderen Verbindung sein oder dazwischen von einer solchen annehmen, ohne vorherige Genehmigung des Centralcomitês. Jedes Centralcomitê hat das Recht das Mitglied auf sein Verlangen zu erklären, entweder dass er keine, oder solche andere Verbindung zu empfangen.

Das Centralcomitê von dem ersten Bestimmung des §. 4. der Verbindung der Deutschen. Jedes Mitglied ist der nächsten Centralcomitê ein spezielles Mitglied, dasselbe über die Freiheit und die Freiheit aller Nationen der Verbindung gegen andere Centralcomitês der jüngsten Centralcomitês zu beschützen.

§. 5.

Jedes Mitglied verpflichtet sich freiwillig, die Gesetze der Verbindung zu befolgen und zu beschützen.

§. 6.

Jedes Mitglied nimmt einen Namen an für die Verbindung an.

II. Besondere Theil.

Der Ausschuss.

§. 7.

Das junge Deutschland überträgt die oberste Leitung seiner Angelegenheiten einem Ausschuss, welcher aus den Centralcomitês besteht. Die Zahl der Mitglieder des Ausschusses ist unbestimmt, jedoch müssen mindestens 5 sein, von denen 3 den gesetzlich bestimmten Ausschuss bilden können.

§. 8.

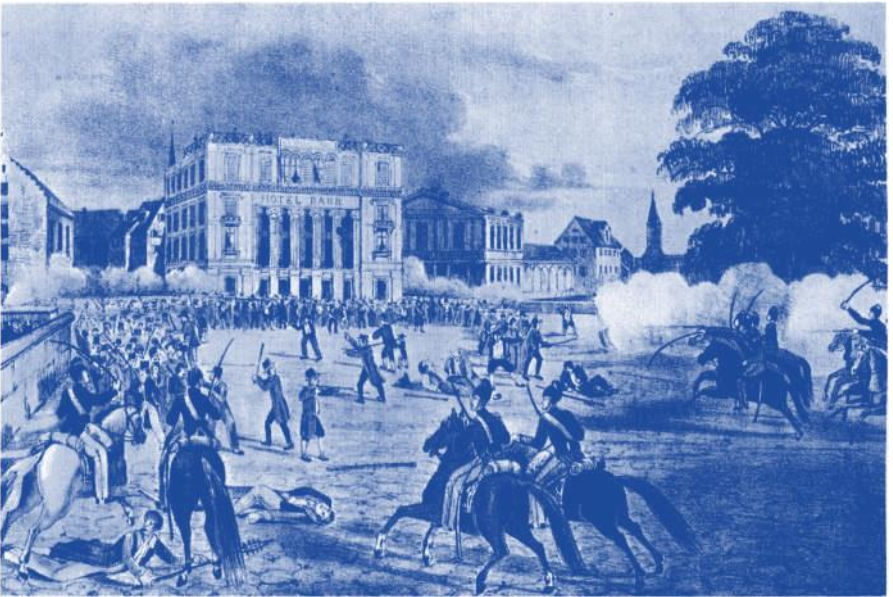
Die wichtigste Aufgabe des Ausschusses ist, alle den Centralcomitês des §. 4. zu geringen, alle die Vereinigung aller Centralcomitês zu beschützen.



Ignaz Thomas Scherr (1807-1870)



David Friedrich Strauss (1808-1874)



Räumung des Paradeplatzes beim «Züri-Putsch» von 1839, der zum Sturz der liberalen Regierung Zürichs führte und der zugleich eine Kampfansage an die die Regenerationsbewegung unterstützenden Deutschen enthielt.



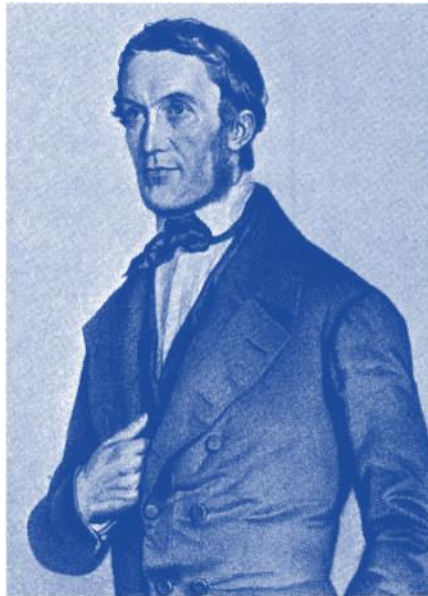
Lorenz Oken (1779-1851)



Johann Lucas Schönlein (1793-1864)



Ludwig Snell (1785-1854)

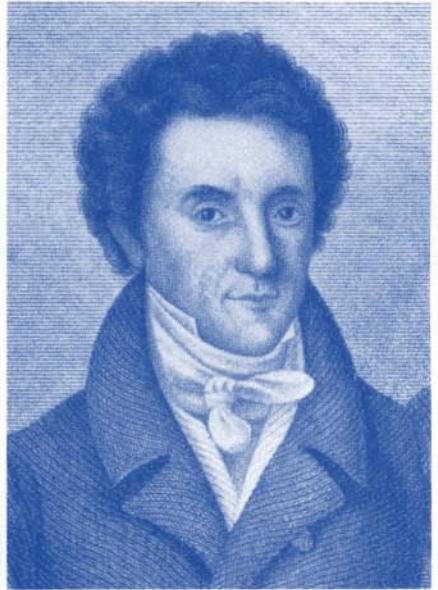


Ferdinand Hitzig (1807-1875)

Bekannte deutsche Professoren des Eröffnungssemesters (SS 1833) der Universität Zürich.
Sämtliche Ordinariate waren damals mit Deutschen besetzt worden.



Philipp Friedrich Wilhelm Vogt (1786–1861)



Philipp Jakob Siebenpfeiffer (1789–1845)



Friedrich Kortüm (1788–1858)



Johann Wilhelm Snell (1789–1851)

Deutsche Professoren der Universität Bern, die ihrer Gesinnung wegen aus Deutschland hatten fliehen müssen oder eng mit den deutschen Flüchtlingen verbunden waren.

1896) sowie Karl Cratz (geb. 1809) agitiert, bis ihnen der Kurs Venedeys zu gemässigt wurde und sie um die Zeitschrift «Das Nordlicht», die in drei Heften erschien, einen eigenen Kreis scharten.⁷⁰ Allerdings wurde die von Zürich aus in Winterthur gegründete Gruppe schon nach wenigen Wochen von der Polizei zerschlagen, während die Werbefahrt nach Frauenfeld überhaupt erfolglos blieb.⁷¹ Das Einschreiten der schweizerischen Behörden legte die politische Tätigkeit des «Jungen Deutschland» lahm. Allein der Rückzug auf die ursprüngliche, der Bildung und Geselligkeit dienende Zweckbestimmung erlaubte den legalen Handwerkervereinen das Überleben.

Die zweite Phase der Vereinsentwicklung nahm 1837 ihren Anfang, als sich übriggebliebene «Jungdeutsche» wieder sammelten. Doch erst seit 1840 begann sich wieder eine regere politische Tätigkeit zu entfalten. Dieses Mal verlagerte sich der Schwerpunkt der Aktivitäten in die dem Radikalismus günstiger gesinnten Teile der welschen Schweiz. Als Gesangs- und Leseverein hatte in Genf der dortige Handwerkerverein die «Flüchtlingshatz» überlebt; er formierte sich 1839 vom Geselligkeitszirkel zum Bildungsverein. Während der Theologe Ludwig Weizel den Verein von aller Politik möglichst freihalten wollte, arbeiteten demgegenüber die Jungdeutschen Johann Heinrich Hochdörfer, der wegen seiner Beteiligung am Hambacher Fest eine längere Freiheitsstrafe hatte verbüssen müssen, der Student Hermann Döleke sowie der Schlossergeselle Julius Standau direkt auf eine Politisierung hin. Weizel wurde aus dem Verein hinausgedrängt. Auch Albert Galeer (1816 bis 1851) verliess ihn mit etwa vierzig, zumeist schweizerischen Gesinnungsgenossen und ging zu dem von Johannes Niederer 1838 gegründeten Grütliverein über – eine Verbindung, aus der diese für die schweizerische Arbeiterbewegung langezeit wichtigste Organisation ihr gedankliches Gepräge erhielt.⁷² Döleke und Standau riefen nun ein zweites «Junges Deutschland» ins Leben, das von Genf aus weitere Vereine für sich zu gewinnen suchte.⁷³ Nachdem im Sommer 1841 Wilhelm Weitling (1808-1871), das Führungsmitglied des «Bundes der Gerechten», nach Genf gekommen war, begann sich der Spaltungsprozess in einer jungdeutschen und einer kommunistischen Richtung fortzusetzen. Nicht zuletzt durch die von ihm propagierten Kostenstellen, die sich dann allerdings als Misserfolg herausstellten, gewann Weitling unter den Handwerkern Anhänger für seinen religiös-utopischen Kommunismus. Während er die materiellen und religiösen Interessen ansprach, ohne die Nationalität in den Vordergrund zu stellen, blieb für die «Jungdeutschen» der Ruf nach der deutschen Einheit, nach dem republikanisch-demokratischen Staat mit dem allgemeinen und geheimen Wahlrecht, der Pressefreiheit und Geschworenengerichten die Hauptforderung. Gegensei-

tige Ausschlüsse folgten. Weitling soll in 13 Vereinen angeblich rund 750 Anhänger besessen haben;⁷⁴ in der deutschsprachigen Schweiz hatten die deutschen Vereine die Politisierung nicht mitgemacht, und einzig in der «Eintracht» Zürich sonderten sich 1843 einige Weitlingianer in der kommunistischen Gruppe «Hoffnung» ab.⁷⁵ Weitlings publizistische Tätigkeit in der Schweiz, die aus der Suche nach Verlegern zahlreiche Ortswechsel mit sich brachte, sowie seine ideelle Bedeutung sind mehrfach ausführlich behandelt worden.⁷⁶ Nach Zürich war er gekommen, um über Herwegh Beziehungen zu Froebel für die Herausgabe seines Werkes «Das Evangelium eines armen Sünders» anzuknüpfen. Die Unvorsichtigkeit, in einer Subskriptionseinladung seinen mit zahlreichen Bibelstellen geführten Beweis offen anzukündigen, «dass die kühnsten Forderungen der freisinnigen Ideen ganz im Einklang mit dem Geiste Jesu ständen»⁷⁷, führte am 8. Juni 1843 nachts zu seiner Verhaftung. Die Anklage lautete auf Gotteslästerung und endete mit seiner Ausweisung.⁷⁸ Damit war den kommunistischen Gruppen die Hauptstütze entzogen worden.

In Zürich hatte mit Weitling auch Wilhelm Marr in Kontakt gestanden, für den nach der Ausweisung der grosse Aufstieg in den Vereinen am Genfersee erst begann. Der erfolglose Commis und Sohn eines berühmten Hamburger Schauspielers wandte sich nach Lausanne und riss im folgenden Jahr die Führung der zweiten jungdeutschen Bewegung an sich. Wilhelm Marr (1819-1904) propagierte einen junghegelianischen Atheismus und funktionierte die von Döleke und Standau erreichte Zentralisation, den sogenannten Léman-Bund, zu seinem persönlichen Machtinstrument um; dabei entfaltete er einen geheimbündlerischen Kult, womit er einfache Gemüter zu beeindrucken suchte, obwohl dieser in seiner Hohlheit nichts als Zynismus war.⁷⁹ Was die Vereinsentwicklung anbetraf, gelang es ihm 1844, die bis dahin umfassendste Zentralisation zu schaffen. Sein «Schweizerischer Arbeiterbund», dessen geheimer Leitung neben ihm noch Döleke, Standau und ein weiteres Mitglied angehörten, unterteilte sich in drei Sektionen und stand mit folgenden Ortsvereinen in einer teilweise recht lockeren Verbindung:⁸⁰

1. Section du Jura:

La Chaux-de-Fonds, Fleurier, St. Imier, Biel;

2. Section du Léman:

Lausanne, Vevey, Aigle, Morges, Aubonne, Rolle, Nyon, Carouge, Yverdon, Genf;

3. Section du Plateau:

Moudon, Payerne, Freiburg, Bern, Porrentruy, Burgdorf, Luzern, Zug, Zürich, Chur, Basel und jenseits der Grenze Strassburg.

Marr, der die «Blätter der Gegenwart für sociales Leben» herausgab, unternahm im Frühjahr 1845 eine Reise nach Deutschland, wo er die Spitzen der deutschen Opposition für ein ehrgeiziges Verlagsprojekt, das er in Lausanne aufziehen wollte, zu interessieren suchte.⁸¹ Doch auch Marr hatte den Bogen überspannt; nach seiner Rückkehr wurde das von ihm errichtete Organisationsgebäude zerschlagen. Zu forschen hatte er seine atheistische Propaganda betrieben. Am 23. Juli 1845 wurde er aus dem Kanton Waadt ausgewiesen, und dasselbe Schicksal mussten zahlreiche Gesinnungsgenossen sowohl in der Waadt wie in Neuenburg mit ihm teilen. Die zweite Phase der Vereinsbewegung hatte ihren Abschluss gefunden, wenn auch der unpolitische Geselligkeitsbetrieb weiterging. Marr hat eine seiner atheistischen Destruktionspolitik entsprechende Richtung eingeschlagen. Seit den sechziger Jahren trat er als antisemitischer Pamphletist hervor, wobei ihm ein Verlag in Bern Hilfe leistete. 1879 gründete er die Antisemitenliga, als deren Organ die «Deutsche Wacht» erschien und durch die der Antisemitismus in Deutschland zu einem Begriff wurde.⁸²

Überblickt man in einer Zwischenbilanz diese beiden Abschnitte der Koloniegeschichte vor 1848, so resultiert daraus als Gesamtergebnis: Die ersten Vereinsbildungen in der Zeit des Vormärz standen primär im Zeichen der Bestrebungen um ein national geeintes, freiheitliches Deutschland. Vorerst war es jedoch trotz hochfliegender Pläne bei einem individualistisch-örtlichen Vereinsdenken geblieben. Soweit es zu Kartellierungsbestrebungen gekommen war, dienten sie allein dem Ziel, die Vereine für die Umgestaltung der heimatlichen Verhältnisse einzusetzen. Das Bedürfnis, ein Gesamtinteresse aller Deutschen im Ausland zu artikulieren und wahrzunehmen, hatte sich noch nicht konkretisieren können. Die Organisationsform der Geheimbünde war überdies für grössere Massen ungeeignet. Die politisch Aktiven machten nur eine kleine Führungselite aus, die zunächst fast ausschliesslich aus intellektuellen Flüchtlingen bestand, dann aber von der zunehmenden Zahl politisierender Handwerksgehilfen in den Hintergrund gedrängt wurde. Die Mitgliederzahlen der Vereine dürfen nicht überschätzt werden. Wenn ein Bericht des Mainzer Informationsbüros zu Zeiten des Leman-Bundes alle Angehörigen deutscher Vereine in der Schweiz auf 4'000 Köpfe veranschlagte, so war dies eine mächtige Übertreibung.⁸³ Anfang 1836, als die Vereine ihren ersten Gipfelpunkt erreichten, dürften

ihnen rund 500 Handwerksgesellen und Flüchtlinge,⁸⁴ Ende 1842 etwa 800 bis 900 Mitglieder zugehörig gewesen sein. Nach der Schätzung von Theodor Schieder sollen davon etwa 250 Personen auf die getrennten Vereine des «Jungen Deutschland» und der Weitling-Anhänger in Genf und Lausanne sowie gegen 400 Mitglieder auf die übrigen zwölf Vereine im Welschland entfallen sein, während die sechs oder sieben Handwerkervereine in der deutschsprachigen Schweiz insgesamt einen Bestand von wenigstens 200 Mitgliedern erreicht haben mögen.⁸⁵ Von den rund 20'000 Deutschen,⁸⁶ die sich um die Mitte der vierziger Jahre in der Schweiz aufgehalten haben dürften, wären somit kaum fünf Prozent – dies nur ein geschätzter Richtwert – Vereinen zugehörig gewesen. An den Verhältnissen der späteren Jahrzehnte gemessen, ist dies gleichwohl ein schon beachtlicher Organisationsgrad.

3. Herausbildung eines Koloniebewusstseins während der Revolutionszeit 1848/49

Was im Vormärz gegärt hatte, brach mit der deutschen Märzrevolution auf. In Deutschland selbst kam es unter dem Eindruck der französischen Februarerhebung zu Demonstrationen für Vereins- und Pressefreiheit. Die Begeisterung für die konstitutionell-demokratische Neugestaltung ihrer Heimat führte Hunderte von Deutschen in der Schweiz zu spontanen Sympathiekundgebungen zusammen. Durch diese von den Massen getragenen Manifestationen vollzog sich der bedeutsame Schritt zur Herausbildung eines auf die deutsche Kolonie und damit auf die Gesamtheit der deutschen Ausländerbevölkerung in der Schweiz bezogenen Kollektivbewusstseins. Die Sympathieadresse vom 12. März 1848 an den badischen Abgeordneten Friedrich Bassermann, der einen Monat zuvor die Motion auf die Schaffung einer deutschen Nationalversammlung gestellt hatte, wurde noch im Namen «einer Anzahl in Deutschland geborener Bürger und Einwohner Basels» abgegeben.⁸⁷ Dass im Augenblick der Schilderhebung dieses individualistische Gruppendenken zurücktrat, machten zuerst die Vorgänge in Paris ersichtlich. Unter dem Einfluss der Februarrevolution hatte sich dort die «Deutsche demokratische Gesellschaft» gebildet, die sich Georg Herwegh – seit 1844 wieder in der Seinestadt – zum Präsidenten wählte. In hektischer Betriebsamkeit machte sie sich daran, eine deutsche Legion ins Leben

zu rufen, die den Durchbruch zur deutschen Republik notfalls mit Waffengewalt erzwingen sollte.⁸⁸ Um die gesamte deutsche Emigration, ja um alle Deutschen im Ausland für diese Bestrebungen zu mobilisieren, forderte sie ihre Landsleute in London, Brüssel und im übrigen Frankreich zu analogen Putschvorbereitungen auf. Doch das zündende Signal ging von den sich überstürzenden Ereignissen in den deutschen Staaten aus. Am 13. März war es in Wien zu einem ersten Aufstand gekommen, der Metternich zur Flucht gezwungen hatte; am 18. März brach in Berlin der Barrikadenaufstand aus, der König Friedrich Wilhelm IV. zu einem Eingehen auf die «Märzforderungen» drängte. Am 20. März musste Ludwig I. unter dem Eindruck der Münchener Unruhen abdanken. Nachdem am 31. März unter Billigung des Bundestages ein Vorparlament in Frankfurt a. M. zusammengetreten war, das dann die Schaffung der deutschen Reichsverfassung einer Deutschen Nationalversammlung übertrug, begann die revolutionäre Bewegung ihre Stosskraft zu verlieren.

Die Aufstandsbewegungen hatten unter den Deutschen in der Schweiz die national-republikanischen Leidenschaften mächtig angefacht. Erst jetzt häuften sich die Kundgebungen, die Resolutionen im Namen eines geeinten Auslandsdeutschtums beschlossen. Zu den ersten Manifestationen dieser Art gehörte die «Offene Erklärung der Deutschen in der Schweiz an das deutsche Volk», die am 19. März ein in öffentlicher Versammlung gewähltes Komitee namens der «Deutschen in der Schweiz» in Bern erliess. Stellvertretend für andere Zeugnisse sei sie hier wiedergegeben, weil sich in ihr nicht nur die damalige Stimmung und das Zusammenrücken der Deutschen im Ausland, sondern auch jenes Deutschlandbild der Zukunft widerspiegelt, das von den militanten Kräften der national-republikanischen Bewegung in der Schweiz gehegt wurde:

«OFFENE ERKLÄRUNG
der
DEUTSCHEN IN DER SCHWEIZ
an
das deutsche Volk

Obwohl durch Berg und Thal getrennt von Euch, mahnt uns doch die Liebe und die Pflicht für das gemeinsame deutsche Vaterland, von hier aus, von dem letzten Zufluchtsorte der Freiheit in Europa, dem letzten Bollwerke gegen absolute Herrschaft, bei den grossartigen Bewegungen, welche den Welttheil erbeben machen,

unsere Stimme an Euch zu richten, an das deutsche Volk, dem wir angehören, für dessen Wohl unsere Herzen schlagen.

Versammelt, um unsere lebendigen Sympathien für die Geschicke unseres Volkes auszudrücken, um Euch unsere Überzeugung, unsere Wünsche und Erwartungen auszusprechen, in welcher Weise bei der jetzigen Lage der Dinge die Einheit, die Freiheit unseres gemeinschaftlichen Vaterlandes am besten zu begründen sei, legen wir kurz, wie es der Dringlichkeit der Lage angemessen ist, unsere Gesinnungen mit aller Offenheit und Entschiedenheit dar, wie es den Bürgern eines, so Gott will, in Kürze *freien* Volkes geziemt:

- 1) Wir erkennen uns, gleichviel, welchem der einzelnen deutschen Sonderstaaten, in welche die Laune der Mächtigen unser misshandeltes Vaterland einzutheilen für gut gefunden hat, wir auch angehören mögen, einzig als «*Deutsche*» und wollen auch lediglich Wünsche und Anträge stellen, die wir für das Wohl, für die Freiheit, Einigkeit und Macht des gesammten deutschen Vaterlandes für nothwendig erachten. Bayern, Württemberger, Hessen, Badenser, Nassauer, Preussen, Hannoveraner, Braunschweiger etc. etc., wir alle betrachten uns und handeln nur als *Deutsche*.
- 2) Wir sind überzeugt, dass auch die liberalsten Regierungen in den einzelnen deutschen Staaten unfähig sind, ein freies, mächtiges, geachtetes Deutschland herzustellen.
- 3) Wir sind überzeugt, dass alle die Konzessionen, welche die deutschen Fürsten Angesichts der Gefahr, welche sie umstürzte, gemacht haben, von ihnen, die Jahrzehnte lang ihre Ohren den geringsten demüthigsten Wünschen und Bitten ihrer bedrückten Völker verschlossen haben und die Vertheidiger der Volksrechte verfolgten, nicht aufrichtig gemeint sind, dass sie nicht *ehrlich* die Befestigung, die Erhaltung der abgedrungenen Freiheiten wollen.
- 4) Wir sind überzeugt, dass wenn auch einer oder der andere dieser Fürsten es ehrlich mit den Konzessionen bei ihrer Ertheilung gemeint haben sollte, keiner derselben doch der Versuchung und Aufforderung der absoluten Mächte widerstehen würde, alle diese Zugeständnisse zurückzuziehen, sobald er glauben kann, dieses unter ihrem Beistände thun zu können.
- 5) Wir sind überzeugt, dass neben einer deutschen National Vertretung, wenn diese einige Realität haben soll, eine grössere oder geringere Anzahl konstitutioneller

Monarchien nicht bestehen kann, die immerhin vom jeweiligen Einflüsse der Fürsten abhängig sein würden, ohne die deutsche Einheit, Macht und Freiheit von vorne herein zu vernichten.

- 6) Wir sind daher überzeugt, dass nur in baldigster Herstellung einer deutschen Republik die Freiheit, die Einheit und die Wohlfahrt Deutschlands nach Innen und nach Aussen zu erreichen steht.
- 7) Wir sind überzeugt, dass dieses Ziel *jetzt* und vielleicht niemals wieder zu erreichen steht, wenn die Volksstämme, bei welchen die Ideen der Freiheit bereits entwickelt sind, wenn Baden, Württemberg, die Rheinlande, Nassau, Hessen, die kleineren sächsischen Staaten, kurz alle die, welche bereits zu reformiren begonnen haben, diese Reformation *von Grund aus vornehmen*, wenn jedes Land *zunächst bei sich* eine republikanische Regierung einsetzt und an einen zu bestimmenden Versammlungsort, wozu Frankfurt am Main uns am geeignetsten dünkt, sofort Repräsentanten abschickt, um gemeinschaftlich mit den Repräsentanten der andern Staaten, welche die gleiche Bewegung verfolgen, alsbald eine provisorische republikanische Regierung Deutschlands zu organisiren, der sich dann alle die deutschen Volksstämme später noch anschliessen können, welche nach dem gleichen Ziele streben und zur Zeit verhindert sind, dies zu thun. Diese Regierung (nicht wie von pseudo-liberalen Halbännern vorgeschlagen wird, ein Bundestag, dessen schmachvolles Dasein dreiunddreissig Jahre getragen zu haben, Deutschlands Volk sich ewig zu schämen haben wird) sammle dann ein freigewähltes Nationalparlament, nach der Seelenzahl der Staaten, als Verfassungsrath um sich und gründe: *die Konstitution der deutschen Republik*, und rufe die Millionen Deutsche, welche diese wollen, auf, das neue Gebäude zu schützen, wenn es von Osten angegriffen werden sollte, und thue Schritte, die noch in Fesseln liegenden Bruderstämme alsbald zu befreien. Dies Ziel – ein freies mächtiges Deutschland zu erringen, ist wohl aller, auch der kostbarsten und schwersten Opfer würdig. Wir hoffen, dass die Männer Deutschlands bereit sind, den Kampf um dies Kleinod zu beginnen, aber kühn, muthig, bald!
- 8) Wir sind überzeugt, dass die republikanische Freiheit trotz der Gegenwehr der Gewaltigen, trotz der Bedenklichkeiten der Doktrinäre und Halbännern, den Sieg in Deutschland wie in Frankreich erringen muss, – dass Deutschlands Völker eben so mündig sind, für diese Regierungsform, als seine Nachbarn über dem Rhein und das Volk jenseits des Oceans.

9) Wir sind aber auch *entschlossen*, Gut und Blut unsererseits zu Erreichung jenes glorreichen Zieles einzusetzen, und erklären uns feierlichst bereit, auf den ersten an uns ergehenden Ruf alles zu verlassen und uns mit den Waffen in der Hand zur Verfügung der *Volksregierung* zu stellen, welche es unternimmt, die veralteten monarchischen Formen zu zertrümmern und das Gebäude der Republik, in welchem allein Heil für ein «Deutschland» ist, aufzurichten.

Bern, den 19. März 1848

Die Deutschen in der Schweiz.

Namens derselben:

Das in heutiger öffentlicher Versammlung gewählte Comité:

G. Pohl	Link
Hemmerle	Dietz
Th. Ott	Jenne
Rühl	Keyser» ⁸⁹

Allerdings klafften Fiktion und Realität noch weit auseinander. In Wirklichkeit war diese Erklärung unter Verhältnissen zustande gekommen, die mit dem anspruchsvollen Ton ihres Auftretens in krassem Gegensatz standen. Lediglich ein Ausschuss des «Deutschen Handwerkervereins» in Bern hatte zu dieser Kundgebung aufgerufen, auf der dann die Resolution unterzeichnende, acht Mitglieder umfassende Komitee gewählt worden war. An ihr sollen etwa 150 bis 200 Personen teilgenommen haben, «zu einem Theil aus Berner Studenten, Soldaten und andern Schweizern, zum grössten Theil aus deutschen Handwerkern bestehend».⁹⁰ Zu ähnlichen Manifestationen kam es in Basel und Zürich; in Lausanne forderten 400 Deutsche gar die Errichtung einer «sozialen Republik».⁹¹ Noch am Tag der Berner Demonstration hatte der Arbeiter Theophil Schelling namens einer anonymen Gesellschaft einen «Aufruf an die Deutschen in der Schweiz» veröffentlicht, beim ersten Ruf zum Abmarsch an die deutsche Grenze bereit zu sein, «um an der Seite unserer geächteten Brüder für die Freiheit zu siegen oder zu sterben».⁹² Unter der Initiative von Gustav Pohl, einem aus Offenbach stammenden und in Bern tätigen Juristen, von dem die Berner Resolution an erster Stelle unterschrieben worden war, sowie von Johann Philipp Becker, mit dem sich die Hauptagitatoren der deutschen Freischarenbewegung in der

Schweiz verbunden hatten, trafen sich am 26. März in Biel Delegierte von deutschen Gruppen aus Bern, Murten, Freiburg, Neuenburg, Solothurn und Vevey; die Vereine in La Chaux-de-Fonds, St. Imier, Interlaken und weiteren Orten, die die Einladung zu spät erhalten hatten, sandten Sympathieschreiben. Diese Versammlung beschloss nun, einen «Centralausschuss der Deutschen in der Schweiz» zu gründen und sofort die Aufstellung einer bewaffneten Streitmacht an die Hand zu nehmen.⁹³ Noch am gleichen Tag wurde an die deutschen Vereine ein Aufruf zur Bewaffnung und militärischen Organisation erlassen. Gemäss den Instruktionen des Zentralausschusses war an allen Orten der Schweiz, wo Deutsche wohnten, ein deutscher Verein zu bilden. Wo bereits ein solcher bestand, sollte er sich möglichst auf alle am Ort lebenden Landsleute ausdehnen. Die Vereinsmitglieder waren gemäss diesen Weisungen aufzugliedern in die Gruppe der zum Waffengang bereiten Kriegsteilnehmer und in jene unterstützungswilligen Kräfte, die von der Schweiz aus durch die Organisation der Vereine sowie vor allem durch Geldbeiträge ihre «Vaterlandsliebe» beweisen wollten.⁹⁴ Je hundert Einzeichner würden eine Kompagnie und je fünf Kompagnien ein Bataillon Fussvolk bilden: «Die gesammte Streitmacht führt den Namen ‚deutsche Legion aus der Schweiz‘.»⁹⁵ Der Zentralausschuss wurde ermächtigt, «unverzüglich in allen Theilen der Schweiz lokale und kantonale Verwaltungen einzusetzen». Jeder Wehrmann sollte sich selbst bewaffnen. Fehlten ihm die Mittel dazu, so hatte ihn die Lokalverwaltung auszurüsten, und wenn auch dieser das Geld mangelte, konnte die aus einer freiwilligen Steuer errichtete Legionskasse in Anspruch genommen werden. Der Ausschuss rechnete damit, dass die Legion möglicherweise schon in zehn bis vierzehn Tagen zum Abmarsch bereit sein musste.⁹⁶

Gewiss, diese kampfbegeisterten Freischärler berauschten sich an Dimensionen, die an den Realitäten vorbeigingen. So ebenfalls, als der Ausschuss am 29. März «im Namen von zwanzigtausend Deutschen, welche dermalen in der freien Schweiz leben», in einer Adresse an das Vorparlament zu Frankfurt die «Herstellung einer einigen, deutschen Republik» forderte.⁹⁷ Wenn dem Ausschuss die vorgespiegelte Repräsentativität auch in keiner Weise zukam, so trug er doch wesentlich dazu bei, dass die deutsche Ausländerbevölkerung in der Schweiz gesamtdeutsch denken lernte und sich als solche der Öffentlichkeit kundgab.

Der Verlauf der deutschen Freischärlerbewegung ist bekannt, obwohl sich hier der Detailforschung noch ein weites Spektrum unerhellter Fragen darbietet. Gerüchte sprachen schon davon, dass die Waadtländerregierung «die erforderlichen Waffen zu einem Preis von 25 Batzen pro Stück angeboten, die Regierung zu Bern

aber versprochen habe, die Rüstungen und Übungen zu ignorieren».⁹⁸ Fehlte es auch nicht an schädlichen Übertreibungen, so waren andererseits die Hoffnungen der Radikalen aufs Engste mit dem Erfolg der deutschen Revolution verknüpft. Die führenden Köpfe der hiesigen deutschen Freischarenbewegung, nämlich neben Becker Ernst Schüler und Max Daffner, besaßen das schweizerische Bürgerrecht und liefen daher auch keine Gefahr, aus der Schweiz ausgewiesen zu werden. Am 12. April 1848 gab Friedrich Hecker (1811-1881) durch die Proklamation der deutschen Republik in Konstanz das Zeichen zum Losschlagen. Die deutsche Legion aus der Schweiz kam als eine geschlossene Einheit nicht zum Einsatz. Einmal war zur Ausbildung einer schlagkräftigen Truppe keine Zeit geblieben, zum anderen waren in den Kantonen Schaffhausen, Aargau und Basel schweizerischerseits die Grenzen besetzt worden, um die ärgsten Übergriffe zu verhindern. Trotzdem eilten einige Hundert Hitzköpfe dem übereilten Putschunternehmen zu Hilfe, das vor allem unter mangelnder Koordination litt. Deutsche Freischärler aus der Schweiz beteiligten sich an der Okkupation der Schusterinsel, andere machten unter Franz Sigel die Gefechte bei Todtnau mit, während eine weitere Gruppe sich Herweghs verspätet eintreffender «französisch-deutschen Legion» anschloss, mit ihr am 24. April bei Dossenbach unterlag und nach Frankreich flüchtete. Auch nach der Schweiz retteten sich die besiegten Freischärler. In Muttenz fand Hecker Unterschlupf, und aus Birsfelden machte Gustav Struve (1805-1870) ein Agitationszentrum der deutschen Republikaner.⁹⁹ Nach diesem Misslingen versuchte Becker als Präsident des «Centralausschusses der Deutschen in der Schweiz» erneut die Lokalvereine zu sammeln und zu aktivieren. Nicht aus Mangel an der Teilnahme des Volkes, so suchte er in seinem Rundschreiben vom 11. Juni die Geschlagenen aufzumuntern, sondern wegen der schwachen Organisation, der schlechten Bewaffnung sowie aus Unkenntnis des Waffengebrauchs sei das Unternehmen gescheitert. Daher rief er zur ungesäumten Reorganisation der Vereine und der Legion auf, die durch einen besseren Informationsaustausch mit den einzelnen Gruppen erleichtert werden sollte. Für die Teile der Legion, die nach Frankreich verschlagen worden waren und dort Not litten, wurde eine Wäsche- und Kleidersammlung veranstaltet.¹⁰⁰ Als es in Frankfurt und Köln im Zusammenhang mit der Anschlussfrage von Schleswig-Holstein zu neuen Unruhen kam, schlug Struve am 21. September 1848 zum zweiten Putschversuch in Baden los; dieser endete aber schon am 24. September mit der Niederlage bei Staufen. Die Sache der «Deutschen Legion», die gar nicht mehr zum Eingreifen gekommen war,

erlitt dadurch einen weiteren empfindlichen Rückschlag, den Becker durch die Umwandlung in den «Wehrbund ‚Hilf Dir’» wett zu machen suchte. Er drängte auf militärische Disziplin und unbedingten Gehorsam, auch wurden die auf Grund einer systematischen Agitation unter den Arbeitervereinen gewonnenen Wehrbereiten nun durch eigene MitglieDKarten gesondert erfasst. Zur Finanzierung gab Becker, der die militärische Führung dem aus Posen stammenden August Willich (1810-1878) anvertraut hatte, sogar Schuldscheine aus, die später die künftige Republik bezahlen sollte.¹⁰¹ Obwohl der Zentralausschuss am 12. Oktober 1848 vom Bieler Amtsgericht wegen der Bildung einer bewaffneten Vereinigung zu einer relativ milden Strafe verurteilt worden war,¹⁰² konnte über die Illegalität dieses Unternehmens auch unter den Deutschen kein Zweifel mehr bestehen, weshalb Beckers radikalem Zentralisationsversuch in den legalen Arbeitervereinen kein Erfolg beschieden war. Was ihm einigen Einfluss gesichert hatte, war sein politisches Wochenblatt «Die Revolution», das am 1. Dezember 1848 als Probeblatt erschien, dann unter dem gemilderten Titel «Die Evolution» bis zum 9. März 1849 weitergeführt wurde. Nachdem Becker aus dem Kanton Bern ausgewiesen worden war, ging nicht nur das Blatt, sondern auch der «Wehrbund» ein.¹⁰³

Am dritten, letzten und bedeutendsten badischen Aufstand, der am 11. Mai 1849 mit einer Soldatenmeuterei in der Bundesfestung Rastatt begann und am 23. Juli durch die Wiedereinnahme eben jener Feste durch preussische Truppen sein Ende fand, nahm zwar keine eigentliche «Legion aus der Schweiz» teil. Dessen ungeachtet strömten dennoch in grösseren Haufen als bei den früheren Schilderhebungen Kampfeswillige sowohl aus den Handwerkervereinen wie aus den Reihen der Nichtorganisierten herbei, war doch Becker, obschon Neuschweizer, zum Oberkommandanten der badischen Volkswehren ernannt worden, und selbst unter einem Baselbieter Oberstleutnant hatte sich in Freiburg i. Br. ein Bataillon eidgenössischer Freischärler gebildet.¹⁰⁴ Schon Anfang Juli begannen die ersten geschlagenen Truppenteile der Revolutionsarmee die schweizerische Rheingrenze zu überschreiten. In Basel und Riehen brachten sich rund 8'600 Mann über die Grenze in Sicherheit; Sigel, Willich und Weisshaar betraten mit weiteren Freischärlergruppen bei Eglisau, Becker bei Rheinau und Goegg am 11. Juli bei Kreuzlingen Schweizer Boden. So waren es am Ende der deutschen Freischärlerbewegung gegen zehntausend Flüchtlinge, die sich vorübergehend in die Schweiz gerettet hatten.¹⁰³

Wohl war durch das deutsche Freischärkertum in der Schweiz das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit gefördert worden, indem während der Aufbruchstim-

mung des März die sektiererischen Züge politischer Geheimbündelei der offen auf die Masse gerichteten Agitation gewichen war. Doch bildete für die revolutionäre Propaganda der Begriff «Deutsche in der Schweiz» nur die zugkräftige Formel, um sich selbst mehr Gewicht und der eigenen Sache Auftrieb zu verleihen. In gleicher Weise wie die politische Agitation in den deutschen Auslandsvereinen nur das eine Ziel vor Augen gehabt hatte, die heimatlichen Verhältnisse zu verändern, war der Zentralausschuss alles andere als eine Interessenorganisation der hiesigen Deutschen. Ganz im Gegenteil schritt er bedenkenlos dazu, die Existenz seiner Landsleute rücksichtslos seinen zweifelhaften Unternehmungen aufzuopfern. Anfang April 1848 waren aber auch Stimmen von Auslandsdeutschen laut geworden, die ganz anders als die Aufrufe zur Bewaffnung klangen. Sie machten auf die Misslichkeit der eigenen Lage aufmerksam und suchten in ihrer deutschen Heimat das Interesse für ihre Anliegen zu wecken. Die Forderungen, die sie erhoben, bezogen sich weniger auf die innenpolitischen Vorgänge in Deutschland, als auf die Verbesserung der eigenen Stellung im Ausland. Spielten bei den Freischärlern die semiproletarischen Vertreter der Intelligenz vom Typus eines Willich eine dominierende Rolle, so waren in diesem Kreis Angehörige der Bildungsoberschicht tonangebend. Gerade in Zürich, wo die letztere besonders stark war, kam es zu grösseren Kundgebungen, die im Gegensatz zu den Anhängern Beckers jedes bewaffnete Eingreifen ablehnten.¹⁰⁶ Am 2. April versammelten sich mehr als 400 Personen in der «Platte», unter ihnen deutsche Ärzte, Lehrer, Kaufleute und zahlreiche Handwerker. Der nationalen Begeisterung verlieh das Singen einiger Vaterlandslieder stimmungsvollen Ausdruck. Auch diese Kundgebung beschloss auf den Vorschlag des Braunschweiger Chirurgiedozenten Heinrich Giesker hin «einmütig», eine Adresse an das Vorparlament in Frankfurt zu richten. Zur Abfassung des Textes wurde «ein aus allen Berufsklassen zusammengesetztes Komité» gewählt.¹⁰⁷ Niemand erwähnte die «hirnlosen Bieler und Pariser Äffereien wegen einer deutschen Republik», wie die liberal-konservative «Eidgenössische Zeitung» beruhigt feststellte.¹⁰⁸ In einer zweiten von etwa 600 Teilnehmern besuchten Versammlung wurde dann der ausgearbeitete Entwurf dieser Grussbotschaft gutgeheissen.¹⁰⁹

Diese Adresse von Auslandsdeutschen ist vor der Reichsgründung von 1871 ein seltenes und beredtes Zeugnis, aus dem die Erbitterung und Enttäuschung, sich selbst überlassen oder gar von der Heimat ausgestossen worden zu sein, ebenso deutlich spricht wie die Überzeugung, dass nur das geeinte und machtvolle Deutschland den Übelstand zu beseitigen vermöge.

Über das bisherige Los der Deutschen im Ausland führt der zweite, wesentlichere Teil dieser Resolution beredete Klage. Auch in ihr wird der Ruf nach «Freiheit und Einheit» erhoben, doch nur zaghaft setzt sie sich für die Umbildung der Verfassung und damit für ein künftiges Deutschland in der Form einer nicht näher definierten «Bundes-Republik» ein. Bezeichnenderweise fügt sie aber hinzu: «Doch was im Innern Noth thut, wird man innerhalb der deutschen Gauen am besten wissen.» Zu wenig hingegen und hierauf legt nun die Adresse ihr Hauptgewicht, gab man sich dort über die Bedürfnisse der Landsleute im Ausland Rechenschaft:

«Volksvertreter! Mit tiefem Schmerz sehen die hier versammelten Deutschen sich genöthigt, öffentlich zu bekennen, dass eins der schmachvollsten Blätter der eben vergangenen Geschichte unseres Vaterlandes die Vertretung Deutschlands im Auslande war! Das Vaterland verlor jährlich Tausend und aber Tausend seiner Söhne, und wahrlich nicht die schlechtesten, welche gezwungen der jedem Herzen theuren Heimath entsagen mussten. Wollten wir auch vergessen unserer Brüder, die den Verfolgungen des jetzt gestürzten politischen Systems zum Opfer fielen, vergessen selbst die Hunderte ja Tausende, welche in die Schlingen bezahlter Spione und Aufwiegler gefallen, in Folge von Complotten und Demonstrationen, zu denen sie unter Mitwissen deutscher Gesandtschaften aufgestiftet waren, aus der Schweiz ohne Gericht, ohne Urtheil, nach Frankreich, nach England, ja nach Amerika in Hunger und Elend gejagt wurden: – vergessen können wir nicht die Schmach, welche dadurch an den deutschen Namen geheftet, vergessen nicht die Verachtung, welche in allen Ländern dem Deutschen begegnet! Unter den Angehörigen aller Nationen Europas ist es Keinem so schwer gemacht, sein Heimathrecht zu bewahren, Keinem so leicht, dasselbe zu verlieren, als dem Deutschen. Der Deutsche, in der Ferne nicht geschützt durch Verträge im freien ungehinderten Verkehr, Handel, Gewerbe und Niederlassung, kann seine Nationalität nicht bewahren, *muss* untergehen in andern Nationen, entsagen dem geliebten Vaterlande. In jedem Lande und auf jedem Schritte politisch verdächtigt, weil politisch unmündig, im Verkehre mit der Heimath bewacht und gehemmt, verloren Viele die Vaterlandsliebe, entbehrten Alle des Nationalgefühls!

Deutsche Volksvertreter, Männer des öffentlichen Vertrauens! Mit vollem Jubel begrüßen wir Euren Beschluss, Deutschland im Auslande als eine einige, *darum auch mächtige* Nation zu vertreten; unter Jubel falle dahin auch diese Schranke, welche die deutschen Stämme lange genug getrennt! Sendet ihn bald,

den ersehnten *deutschen* Gesandten, entschlossen und kräftig, die Interessen Deutschlands und seiner Angehörigen zu wahren! Rüstet ihn aus mit der Machtvollkommenheit, Verträge zu schliessen mit der Schweiz über freies Verkehrs-, Niederlassungs- und Gewerbsrecht, gegründet auf vollständige Gegenseitigkeit! Geöffnet sei wieder allen Deutschen und ihren Familien das Heimathrecht! Nieder fallen die Schranken des industriellen, aber auch vor Allem des geistigen Verkehrs mit der Schweiz! Mit dem ungehinderten Austausch der Produkte des Geistes, der Künste und des Gewerbfleisses wird Liebe und Achtung unter beiden Nationen zurückkehren; die gemeinsame Muttersprache wird dann freudig erinnern an ihre Abstammung, an ihre natürliche Verbindung, die *deutsche* Schweiz.

Deutsche Volksvertreter, unterstützt unsere Bitte bei der bevorstehenden Nationalversammlung, damit der verheissene Gesandte bald am Fusse der freien Alpen entfalten möge das *Banner Deutschlands!* Das Symbol seiner Freiheit und Einheit im Innern wird das seiner Macht, seiner Kraft und seines Ansehens nach Aussen werden!

Gott schütze das freie Vaterland!»¹¹⁰

Das Verlangen nach einer einheitlichen deutschen diplomatischen Repräsentation in der Schweiz entsprang nicht allein einem nationalen Prestigedenken, sondern durchaus verständlichen utilitaristischen Überlegungen. Während Frankreich im Niederlassungsvertrag vom 30. Mai 1827 für seine Staatsangehörigen in den meisten Kantonen die Gleichstellung mit den niedergelassenen Schweizern erlangt hatte, fehlte den Deutschen fast jeglicher Rechtsschutz. Die deutschen Staaten waren auch bisher an einer Liberalisierung des Niederlassungswesens gar nicht interessiert gewesen, weil dadurch jene oppositionellen Strömungen gefördert worden wären, die sie verfolgten und von denen sie sich möglichst abschlossen. Eine Gleichstellung mit den kantonsfremden Schweizern konnte nur auf dem Grundsatz der Reziprozität erreicht werden. Wenn die nationale Einigungsbewegung zum Erfolg führen würde, so hofften die meisten Deutschen im Ausland, sollte eine gemeinsame Interessenvertretung die gleichen günstigen Ergebnisse erbringen, wie sie neben Frankreich auch Sardinien im Niederlassungsvertrag vom 12. Mai 1827 erzielt hatte. Selbst der Berichtstatter der damals den Einigungsbestrebungen betont reserviert gegenüberstehenden «Neuen Zürcher Zeitung» anerkannte «die bis dahin schutzlose Stellung des Deutschen im Ausland» und hob «die zeitgemässe Bedeutsamkeit dieses Antrags» hervor.¹¹¹ In Kreisen der politischen Emigration aber war der Wunsch überstark, in der

Heimat endlich jene Freiheit zu finden, um deretwillen so viele sie hatten verlassen müssen.

In bewusster Distanz zur Freischärlerorganisation Beckers nahm unter den Deutschen in der Schweiz im Jahr 1848 auch die demokratische Bewegung ihren Aufschwung. Die beiden erwähnten Versammlungen vom 2. und 9. April hatten den Auftakt zur Bildung des deutschen Nationalvereins in Zürich gegeben. Er trachtete danach, «durch gesellige Zusammenkünfte der hier lebenden Deutschen aus allen Berufsklassen das Nationalgefühl rege zu erhalten und zu kräftigen», was sich mit der Klage in der Adresse deckte, alle entbehrten des Nationalgefühls.¹¹² Sein Präsident war der bereits bekannte Philosophieprofessor Eduard Bobrik, während Wilhelm Liebknecht, der sich ursprünglich in der Schweiz einbürgern und hier eine Advokatenkarriere hatte beginnen wollen, bis zum Struveputsch als sein Aktuar fungierte.¹¹³

Als in Frankfurt a. M. auf dem ersten Demokratenkongress im Juni ein «Centralausschuss der Demokraten Deutschlands» ins Leben gerufen worden war, dem der in der Schweiz bestens bekannte Julius Froebel angehörte,¹¹⁴ begann sich auch eine Verbindung zur Demokratenorganisation in Zürich anzubahnen. Denn nachdem in Deutschland die spontan entstandene demokratische Volksbewegung koordiniert und in einer lockeren Gesamtorganisation zusammengefasst wurde, konnte sich ihr auch der Nationalverein in Zürich anschliessen. Der Berliner Zentralausschuss regte an, dass gemäss der Organisationsstruktur in Deutschland für die Schweiz aus den Reihen des Nationalvereins zunächst provisorisch ein Kreisausschuss gewählt werde, der dann weitere Lokalvereine für den Aufbau einer deutschen Demokratenorganisation gewinnen sollte. Nach Berlin war regelmässig ein Monatsbericht zu erstatten. Sogar «eine Kopfsteuer für die allgemeine Angelegenheit der Demokratie» sollte von den hiesigen Mitgliedern erhoben und nach Deutschland abgeliefert werden.¹¹⁵ Doch waren die Vereine schon durch die Flüchtlinge, die dringender Hilfe bedurften, finanziell derart überfordert, dass in umgekehrter Richtung Geldzuwendungen dringlicher gewesen wären. In Deutschland selbst blieb die Zentralorganisation jedoch weitgehend in den Anfängen stecken und entwickelte sich nie zu dem geplanten schlagkräftigen Instrument; nicht einmal zur Unterstützung der Flüchtlinge konnte sie in nennenswerter Masse beitragen.

Mitte August 1848 war es dem Nationalverein gelungen, die deutschen Vereine von Vevey, Luzern, Winterthur und Glarus als Lokalsektionen anzuwerben.¹¹⁶ Dieser Vorstoss ist in doppelter Hinsicht von Interesse. Zum ersten Mal stellte sich hier eine Auslandsvereinigung in den Dienst einer nationalen Gesamtorganisation, die ih-

ren Sitz in Deutschland hatte. Zum anderen aber geriet der Nationalverein, in dem das demokratische Bildungsbürgertum tonangebend war, auf Kollisionskurs mit den antiintellektuellen, vermehrt sozialdemokratischen Strömungen innerhalb der Arbeitervereine. Unter der Initiative des Berner Arbeitervereins wurde zusammen mit den Vereinen Thun und Burgdorf am 20. August 1848 ein Rundschreiben beschlossen, das von der Aufnahme von Nichtarbeitern abmahnte und darüber hinaus warnte:

«Wenn in irgendeinem Verein gelehrte Mitglieder sind oder Unterricht geben, so soll man ihnen trotz dem keinen Einfluss einräumen auf das politische Leben des Vereins; denn die Herren Gelehrten werden niemals unsere Ansichten theilen bei einer Sozialreform und zwar aus dem einfachen Grunde, dass eine durchgreifende Sozialreform ihren Privatinteressen entgegensteht. Die Gelehrten wollen immer herrschen.»¹¹⁷

Mit bisher ungekannter Schärfe brach in diesem Gegenangriff auf den Zentralisationsversuch des Nationalvereins die Klassenspaltung unter den Auslandsdeutschen auf. Die nationale Einigung in der deutschen Republik wurde jetzt sogar als das alle Kräfte verbindende Ziel negiert. Auch wenn Deutschland eine Republik würde, bliebe der Arbeiter der Packesel, um die unverschämten Faulenzer durch die Welt zu schleppen. Wohl wollten auch die Berner Initianten die Republik, aber nur verbunden mit einer durchgreifenden Sozialreform, und um diese durchzusetzen, sollten sich die Arbeiter unter sich zusammenschliessen. Sie begrüßten zwar den Gedanken einer Zentralisation aller deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, lehnten jedoch eine Unterstellung unter den Nationalverein in Zürich ab.¹¹⁸ Auf dem Berner Kongress der deutschen Arbeitervereine vom 9. bis 11. Dezember 1848 gelang eine notdürftige Verständigung. Neben dem harten Kern (Bern, Burgdorf, Thun) waren Gruppen aus Basel, Biel, Freiburg, La Chaux-de-Fonds, Lausanne sowie die «Eintracht» Zürich vertreten, während der Nationalverein ohne seine eigentliche Hausmacht erschien.¹¹⁹ Umso eher erreichte Bern die Wahl zum Zentralverein, so dass dieser dann die Kommission zur Leitung der gegründeten «Vereinigung der deutschen Vereine in der Schweiz» bestellen konnte. Im ideellen Richtungsstreit ergab sich ein Kompromiss, indem die Statuten in § 1 festlegten: «Der Zweck der Vereinigung ist, die Mitglieder untereinander zu social-demokratischen Republikanern zu bilden, wie auch auf jede rechtliche Weise den social-democratisch-republikanischen Grundsätzen und Einrichtungen unter den Deutschen Anerkennung zu verschaffen und auf deren Verwirklichung hin zu arbeiten.»¹²⁰

Das Guckkasten-Fied vom großen Hecker.

(Nach bekannter Melodie zu singen.)

1.
„Peter“, sprach er, „du tegst es
Geh'nak und den Weh'nak,
„Du“ ist aus und wann'ndie
Unge tapfer Reime;
Mit Poladen und Franzosen
Und der Herrweg h zu mir stoßen,
„Und der“ ist nicht lebendig Dr,
„Wo das“ er ein Hundstiel war.“



1.
Pfläherer und Schürstücker,
Wies, niedrig und hoch,
Wies jauchzte unterm Hecker,
Wils er aus zum Kampfe 193.
Hendelstücker, Kitzraier,
Lairfuer, Bausen, Wberleier,
Wies folgte rasch dem Zug,
Wils er seine Trommel schlug.



1.
Kumbibbum, so hört man's schlagen,
Kumbibbum Dumbumbumbum,
Und bei Straß' ist Werschauer lagen
Rings im ganzen Land herum:
Thut euch schnell zusammenschließen
„Wohr mit Werschauer, Wberer, Wollen,
„Wer ich bring' Wier um
„Kumbibbum Dumbumbumbum.“



1.
Durch die Baar that man jetzt wandern,
Und berrisch in's Wessenthal,
Und baldist hier man bei Randern
Auf Soldaten ohne Hahel.
Wber Wager, wader Wessen,
Wöllt ihr auch mit Hecker messen?
Wager, du kommst nicht zurück,
Wbat hoch die Republik!

1.
Wager wollt parlamentieren,
Doch das ist nicht Hecker's Art;
„Du“, sprach er, „soll verzeihen,
„Du“ mit mirum rasen Bart!“
Wol' nun hier mit Wesseh' hraden,
General Wager sich man fallen —
Und der tapf're Hindelberu
Soll zu Wierde auch dabei!



1.
Und sie Wager man gefellen,
Rings man leidet auf dem Wlein,
Zur Besonnenheit und Wllen,
Wlein edeln Streuwei ein;
Man hat ihn in Wien legen,
Wber von des Hecker's wegen
Wies der Oberamann Wcher
Den Wergangen wieder stel.

1.
Scht, da steht der große Hecker,
Eine Feder auf dem Hut,
Scht, da steht der Volkserwecker,
Lebend nach Tyrannenblut!
Wasserstiefeln, dicke Sohlen,
Sädeln trägt er und Höslen,
Und zum Peter sagte er:
„Peter sei du Stahthalter!“



1.
Denn klein zu allen Theren
Stürmte jetzt das Wllide,
Und die Freiheit war verloren
Trotz der tapfren Wgenwehr;
Wie, die sich hiden ließen,
Thut die Wllide erliegen;
Wie Hülfer erliegen durch,
Und trostet war Freiburg.



1.
Doch nun kamen Herrweg's Wcharen,
Er und seine Frau kam nach,
Kamen in der Wacht geladen,
Wol' dem Weg nach Delfenbach.
Doch zu ihrem großen Wergert
Soll man dort die Writen bezert;
Wllter, dieer gab's Schach,
Kam von einem Berg herab.



1.
Hecker's Weib und Schimmelstennig
Wachten bei den Schwanden warm;
Herrweg's Weib er lach einladend;
Und es lach ihn in den Arm.
Unter keinem Writenker
Hoch! er sich vor'm Donnerweiter;
Soll bei er dem Herrweg's bei,
Doch der Hintere besser sei.

1.
„Wohr, Wadamann, that er sagen,
„Wohr“ ist mit der Republik!
„Soll ich Wier mein Leben wagen?“
„Kein! für jetzt nur lach zurück!
„Soll für meinen Kopf und Wergen,
„Komm!“ er laut rief, „komm!“ ich wagen;
„Wohr, wie lach's noch in den Arm,
Wende um, mein liebes Weib!“



1.
Kaiser, Weichhaar, Streuwei, Peter)
Wils icles man aldertid
Wllscham als wie Wllschidter
In die Wleine, freie Womeit,
Doch der Peter, der kam wieder,
Legt die Stahthalter'schaft nieder,
„Dann, sprach er, ich werte alt,
„Und wter“ noch mein Wehail.“

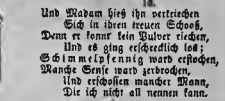


1.
Hecker, sag, wo bist du, Hecker?
Sagt die Wände in den Wessert?
Auf nun, du Tyrannenwcker,
Jetzt geht es auf Freiburg los.
Wagner, Wessen und Wollauer
Sieh'n herten auf der Baar:
Doch wir kommen schon hinen,
Denn neutral will Freiburg sein.

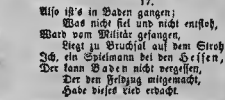
1.
Wd die schönen Stahlanonen,
Georg Hecker, sie sind kein;
Und man lacht blaus Wdum
Wohr Kartätschen schreit hinen.
Kangsdorf will reconquieren,
Soll ich auf den Wlliter führen,
Und auch durch ein Wessert,
Dd es gut geht oder schiel.



1.
Oben her vom Wnterthal,
Wlter Wad und Weden we,
Kam im Sturm mit einem Wale,
Siegels' Wlter, tapfres Wers.
Wber untre Wessenschüden
Wiegen ihre Wlliten Wllen,
Und das Wers 193 sich jurid,
Aus ward mit der Republik!



1.
Denn Wadman hies ihn vertreiben
Wich in ihren Wretter Wschuß,
Denn er leant kein Wdner rieden,
Und es ging erfordlich los;
Schimmelstennig ward erlöden,
Wante Wente ward erlöden,
Und erlöden wader Wenne,
Die ich nicht all nennen kann.



1.
Wiso W's in Baden gansen;
Wes nicht sei und nicht erlödet,
Wart vom Wlliter gfangen,
Weg zu Wuchel auf dem Strech
Ich, ein Wleinmann bei den Wessen,
Der kann Baden nicht wergessen,
Der den Wring mitgemacht,
Habe bisser viel erachtet.

Wiedersehen deutscher Republikaner

in Schaffhausen, am 4^{ten} Juni 1848



- | | | |
|---------------|-------------------|-------------------|
| 1. Hecker. | 9. R. Weizer. | 17. J. Kn. |
| 2. Sigel. | 10. Mark. | 18. J. Kohna. |
| 3. G. Kaiser. | 11. Raus. | 19. Buger. |
| 4. Rögling. | 12. F. Benz. | 20. Bähler. |
| 5. Weiskopf. | 13. Roth. | 21. G. D. Bloch. |
| 6. Willmann. | 14. Heginger. | 22. Steinbrunner. |
| 7. D. Ganter. | 15. Dietl. | 23. Scherer. |
| 8. Brunner. | 16. J. B. Ganter. | |

Friedrich Hecker (1811-1881) und Gustav Struve (1805-1870) hatten sich mit den gescheiterten Freischärlern noch im April 1848 in die Schweiz geflüchtet, um hier nahe der badischen Grenze den Sturz der deutschen Monarchien voranzutreiben. Hecker, der in Rheinfelden seinen «Volksfreund» herausgab, zerstritt sich mit Struve und seinem Anhang; im September 1848, als Struve bei Riehen die Grenze nach Baden zur zweiten Schilderhebung überschritt, befand sich Hecker schon auf der Überfahrt nach Nordamerika.



Die «Deutsche Legion aus der Schweiz» hatte sich unter der Initiative von Joh. Phil. Becker infolge der Märzereignisse von 1848 gebildet; doch war die Zeit für Ausbildung und Einsatz zu knapp.



Zur Finanzierung der Revolution ging Joh. Phil. Becker in Biel namens der «Gesellschaft deutscher Republikaner» dazu über, Schuldscheine auf die künftige deutsche Republik auszugeben.



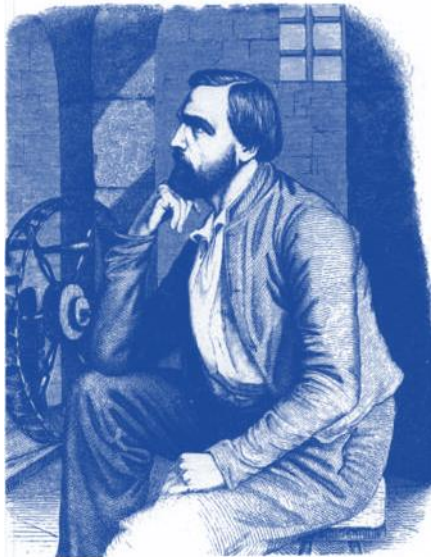
Johann Philipp Becker (1809-1886)



Karikatur auf Carl Vogt (1817-1895)



*Wilhelm Liebknecht (1826-1900)
als Freischärler*



*Gottfried Kinkel (1815-1882)
Gefangener in Naugard*

Achtundvierziger-Revolutionäre, die damals oder später mit der Schweiz eng verbunden gewesen sind.

Unter anderem wurde beschlossen, mit dem Zentralausschuss der Demokraten in Berlin in innigste Verbindung zu treten, während mit dem Centralmärzverein¹²¹ eine Korrespondenz geführt wurde, ohne sich ihm näher anzuschliessen. Engere Bande liessen sich mit Vereinen in Konstanz und Lyon herstellen, Kartelle sollten mit Arbeitervereinen in Freiburg i. Br., in Mannheim und Darmstadt geschlossen werden.¹²² Doch die dritte Erhebung in Baden, die nurmehr ein verzweifelter, schon aussichtslos gewordener Protest gegen die auf parlamentarischem Wege gescheiterte Reichsreform war, setzte im Mai 1849 diesen Vereinigungsbestrebungen ein vorläufiges Ende. Auf den Appell des Zentralvereins, dem Hilfsbegehren der badischen Revolutionsregierung zu folgen, eilten die aktivsten Kräfte zu den Revolutionstruppen, so dass viele Sektionen bis zur Lähmung geschwächt wurden. Der demokratische Verein in Basel hingegen erlebte seine grosse Stunde. Durch die geographische Lage war er zur Drehscheibe der die Grenze überschreitenden Freischärler geworden. Aktiver noch als der Zentralverein rief er zum Zuzug, geleitete seit Mitte Mai täglich Kampfwillige über die Grenze, bespitzelte ihr verdächtige Badenser und denunzierte sie bei der Revolutionsregierung.¹²³ Anfang Juni brach die Berner Vororts-Sektion ganz zusammen, nachdem ihr Vorstand wegen illegaler Werbetätigkeit aus dem Kanton Bern ausgewiesen worden war. Das ganze Potential an reformerischen und revolutionären Energien, das sich während der Jahre zuvor in den deutschen Auslandsvereinen aufgestaut hatte, entlud sich in diesem letzten Aufstandsversuch, dessen Erfolge bis zum Eingreifen Preussens die Begeisterung mächtig angestachelt hatte.

Von Anbeginn hatten Deutsche aus der Schweiz in der demokratisch-republikanischen Oppositionsbewegung Deutschlands eine hervorragende Rolle gespielt. Nach der Märzrevolution war Deutschland ganz zum Hauptschauplatz geworden, während die Vereine in der Schweiz zunächst an die Peripherie des Geschehens rückten. Sowohl der Hecker- wie der unbedeutende Struveputsch haben mit aus dem Kräftepotential der Deutschen in der Schweiz geschöpft. Je radikaler und isolierter die vom parlamentarischen Reformexperiment enttäuschte, in sich zerstrittene Revolutionsbewegung wurde, desto stärker wurde wieder der Einfluss von Deutschen aus dem Kreis der politischen Emigration. Wenn der Widerstand gegen die Reaktion in Südwestdeutschland am heftigsten entflammte, so lag dies eben auch darin begründet, dass hier die Einwirkungen aus der Schweiz am stärksten waren.

Nachdem jedoch der parlamentarischen Niederlage das Scheitern im militärischen Gewaltkonflikt gefolgt war, begann sich die deutsche Oppositionsbewegung wieder ganz ins Ausland zu verlagern. Mit den zahlreichen Flüchtlingen, die im Juli 1849 einströmten, wurden auch die Vereine mit neuem Leben erfüllt. Durch ihre grössere Toleranz in der Asylgewährung bot die Westschweiz – und hier besonders Genf – den bevorzugten Unterschlupf für die gescheiterten Revolutionäre. Von da aus kamen denn auch die ersten Impulse, die zusammengebrochene Zentralisation wieder aufzubauen. Da der Genfer Verein zur stärksten Sektion geworden war, benutzte er die Gelegenheit, mit der in seinem Rundschreiben vom 18. August 1849 gemachten Anregung zum Zusammenschluss sich selbst auch gleich die provisorische Oberleitung zuzusprechen. Bescheidener schlug der Verein von La Chaux-de-Fonds vier Tage später eine Aussprache über die Reorganisation vor.¹²⁴ Aus den 16 übrigen Vereinen gingen grundsätzlich zumeist positive Stellungnahmen ein, wobei Genf als Koordinationsstelle bestätigt wurde. Im Mittelpunkt der Einigungsbestrebungen stand Wilhelm Liebknecht, der sich vom Demokraten des Nationalvereins seit seiner Teilnahme am Struveputsch und der nachfolgenden Gefangenschaft zum entschiedenen Revolutionär mit einem geschärften Sinn für die Klassegegensätze entwickelt hatte. Der von Genf vorgeschlagene Statutenentwurf für eine neue Zentralisation legte denn auch als Zweck fest, «die Grundsätze der socialen Demokratie unter den Mitgliedern der Vereine zum klaren Bewusstsein zu bringen», wobei die Vereine verpflichtet werden sollten, alle Kräfte zur Verbreitung und Verwirklichung dieser Grundsätze nach aussen hin aufzubieten.¹²⁵ Dem erlittenen Schiffbruch begegnete Liebknecht mit der Devise, je grösser die Hindernisse, desto grösser der Wille, sie aus dem Wege zu räumen. Einzig die «Eintracht» Zürich trat mit einem Gegenentwurf hervor, der statt des bisherigen Systems der Vororts-Sektion einen drei Mitglieder umfassenden Zentralvorstand wünschte, gewählt durch den Kongress und damit unabhängig von einem einzigen Verein. Dieses an und für sich demokratischere Organisationsprinzip musste aber auch in späteren Jahren hinter jenem anderen zurücktreten, das sich aus rein praktischen Erwägungen behaupten konnte. Vor allem vermied die vorsichtiger Zürcher Sektion eine Definition des Verbandszweckes. Der Churer Verein verwarf den Genfer Vorschlag überhaupt, weil ihm das Bekenntnis zur Propagandatätigkeit für die Gründung der Sozialrepublik zu riskiert war, weshalb er eine politische Agitation ablehnte. Der Genfer Verein plante schon die Herausgabe einer Arbeiterzeitung, errichtete eine Zentralkasse und setzte alles daran, die Sektionen für eine neue Revolution und für den möglichen plötzlichen Ausmarsch

bereit zu machen. Den Antagonismus zwischen Genf und Zürich, zwischen der revolutionärkämpferischen und der taktisch zurückhaltenderen Richtung hätte der Kongress in Murten vom 20. Februar 1850 überwinden und eine endgültige Konstituierung der Zentralisation erbringen sollen. Bezeichnenderweise sandten gerade die Vereine Glarus und Luzern, die einst mit dem eingegangenen Nationalverein verbunden gewesen waren, keine Delegierten nach Murten. Neben Chur verzichtete auch Herisau unter dem Einfluss von Glarus auf eine Vertretung, während der erst im September 1849 gegründete Verein in Aarau zwar einen Abgeordneten entsandte, aber noch weitgehend unpolitisch war.¹²⁶ Entgingen diese Vereine dem drohenden Verhängnis, so hatten die übrigen Sektionen in Verkennung der politischen Realitäten und aus Mangel an Rücksicht gegenüber dem Gastland die Konsequenzen zu tragen. Nachdem Bundesrat Furrer als Chef des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements durch Zufall auf die Murtener Tagung aufmerksam geworden war, wurden die am Vorabend in Murten versammelten Abgeordneten verhaftet. Als «Revolutionstag von Murten» ist der Vorfall in die Geschichte eingegangen; mit diesem Schläge war der revolutionären Arbeiterbewegung in der Schweiz für Jahre die Kraft gebrochen worden. Denn die republikanische Garde der neuen Revolution, die der Genfer Verein hatte heranbilden wollen, wurde durch den Bundesratsbeschluss vom 22. März 1850 mitsamt den betroffenen Vereinen ausgewiesen. Dadurch fand auch dieser Zentralisationsversuch ein überraschendes Ende, das für die drei vergangenen Jahrzehnte und damit für die an Kontrasten und Extremen so bewegte Frühzeit deutschen Kolonielebens in der Schweiz den Abschluss setzte.

Zieht man Bilanz, so zeigt sich, dass die Sturmjahre zwar dem Tatendrang, nicht aber dem Mitgliederbestand der deutschen Arbeitervereine förderlich gewesen waren. Den durch die polizeilichen Massnahmen erfassten 21 Vereinen hatten insgesamt 770 Mitglieder angehört. Über den damaligen Bestand an Sektionen und Mitgliedern gibt die nachfolgende Übersicht Auskunft:

Ausgewiesene Vereine

Nicht ausgewiesene
Vereine

Genf	89	Pruntrut	12	Aarau	40
Lausanne	30	St. Imier	?	Luzern	30
Vevey	6	Burgdorf	12	Glarus	18
La Chaux-de-Fonds	112	Thun	15	Chur	101
Le Locle	40	Basel	62	Herisau	25
Fleurier	11	Zürich ca.	50		
Freiburg	12	Winterthur ca.	40		
Bern	36	Schaffhausen ca.	30		

Mitgliederbestand: Ausgewiesene 557, Übrige 214; Total 771¹²⁷.

IV Wachstum und Polarisation

1. Konjunkturverlauf und deutscher Ausländerbestand

Die gewaltige Zunahme während der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts hat der deutschen Kolonie in ihrer Gesamtheit ein völlig verändertes Gesicht gegeben. Während sich der demographische Teil vor allem mit den Verhältnissen um die Jahrhundertwende beschäftigen wird, gilt es hier die dynamische Expansion vor Augen zu führen, die der deutsche Ausländerbestand nach 1850 erfuhr, hat er sich doch bis 1914 rund verachtfacht. Da die eidgenössischen Volkszählungen in der Regel bloss alle zehn Jahre vorgenommen werden, vermitteln ihre Ergebnisse nur ein unvollkommenes Bild des Wachstumsverlaufes. Während sie den Eindruck des fortwährenden Anstieges erwecken, handelte es sich in Wirklichkeit um einen von Schüben und Stockungen bewegten, von Konjunkturschwankungen und politischen Konstellationen abhängigen Zuwachs. Gleich zu Anfang der fünfziger Jahre erlebte die Zuwanderung aus dem Norden einen ungewöhnlichen Aufschwung. Waren die Deutschen durch die Teilnahme an den Schilderhebungen sowie durch die wirtschaftliche Stagnation während der Revolutionswirren in ihrem Bestand zunächst übermässig geschwächt worden, so liess der einsetzende Konjunkturaufschwung ihre Zahl rasch anheben. Zu ihrer Steigerung trug die Emigration bei, die, obwohl der Flüchtlingsstrom von 1849 grösstenteils zurückgeflossen war, erneut in der Schweiz Aufenthalt nahm. Die Kolonie als der umfassende Bezugsrahmen stark erweitert, waren die Flüchtlinge innerhalb des Gesamtgefüges zwar immer noch eine bedeutende, aber nicht mehr die alles dominierende Kraft. Der Wandel der Ausländerkolonie zur massierten Erwerbsgesellschaft, die vor allem aus wirtschaftlichen Gründen zuwanderte, wurde erst im geeinten schweizerischen Bundesstaat herbeigeführt. Die extremen Unterschiede in den politischen und ökonomischen Verhältnissen der einzelnen Kantone hatten die Einwanderung dorthin gelenkt, wo die liberaleren Bedingungen herrschten. Nur allmählich kam es zu einer breiter gestreuten Verteilung der Deutschen in der Schweiz. Bekanntlich brachte erst Artikel 31 der Bundesverfassung von 1874 eine Garantie der Gewerbefreiheit für alle Schweizer, wodurch ermöglicht wurde, dass auch Deutschland für seine Staatsangehörigen das Zugeständnis freien Handels und Gewerbes im Niederlassungsvertrag vom 27. April 1876 erringen konnte.¹ Doch schon um die Jahrhundertmitte begann mit der Aufhebung von Zöllen und ähnlichen Gebühren im Innern, der Vereinheitlichung des Münz-, Mass- und Gewichtswesens und schliesslich mit der Verbesserung der Transportmöglichkeiten eine Ära des Freihandels, verbunden mit einer Wirtschaftsentfaltung, die zahlreiche Deutsche ins Land rief.

DIE DEUTSCHEN IN DER SCHWEIZ 1850-1910
NACH AUSGEWÄHLTEN HEIMATGRUPPEN²

Heimatgruppen	Zähljahr						
	1850	1860	1870*	1880*	1888	1900	1910
Deutsche insgesamt	28 316	47 792	57 245	95 262	112 342	168 451	219 530
Badenser	13 533	19 768	25 221	39 657	47 211	65 201	75 888
Württemberg	8 396	17 029	17 680	25 609	31 533	46 880	57 091
Bayern		2 960	4 015	6 058	7 765	13 748	24 045
Elsass-Lothringer**				5 339	6 814	11 099	16 978
Preussen		2 284			11 724	20 656	30 373
Sachsen		1 242			2 721	4 201	6 191

* Ergebnisse für die ortsanwesende Bevölkerung

** Zählten 1870 und früher zu Frankreich

Spätestens die Weltkrise von 1857 muss eine Verlangsamung der Zuwanderung eingeleitet haben.³ Der für die sechziger Jahre ausgewiesene Zuwachs ist in Wirklichkeit noch kleiner gewesen, da die für 1870 eruierten Ergebnisse sich nicht auf die Wohnbevölkerung, sondern auf die zahlreicheren Ortsanwesenden bezogen. Der Konflikt zwischen Preussen und Österreich von 1866 hatte einen Stillstand bewirkt. Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71 führte durch die zahlreichen militärischen Aufgebote und freiwilligen Rückwanderungen gar zu einem Verlust, den das niedrige Zählungsergebnis nur andeutungsweise wiedergibt. Zum Rückfluss von schon früher in der Schweiz ansässigen Deutschen trat nach dem Friedensschluss ein Hereinströmen neuer Einwanderungsmassen hinzu. Aus der Konjunkturübersteigerung – die analoge Erscheinung zum Gründerboom in Deutschland – entstand eine Verknappung an Arbeitskräften, die aus dem Ausland gedeckt wurde. Die Krise von 1873/74 sowie die nachfolgende Depression lassen sich in dem für 1880 ermittelten Zählergebnis nicht mehr ablesen. Durch die Einverleibung von Elsass-Lothringen in das Deutsche Kaiserreich ist es zusätzlich erhöht worden, ebenso durch die zahlenmässig allerdings bescheidene Emigrationswelle, die mit den Pressionen gegen die Sozialisten 1878 ausgelöst worden war. Auch im folgenden Zeitabschnitt würde eine genaue Wachstumskurve einen unregelmässigen Verlauf anzeigen, häuften sich doch die wegen strukturbedingter Krisen und Geschäftsflauten geäusserten Klagen.⁴

Seit 1895 kam es erneut zu einem langfristigen Aufschwung, der bis zum Ersten Weltkrieg das deutsche Ausländerkontingent auf einen nie mehr erreichten Höchststand ansteigen liess. Auf ihn wird in der statistischen Auswertung zurückzukommen sein. Die obenstehende Tabelle lässt zudem erkennen, dass die einzelnen Heimatgruppen eine unterschiedliche Entwicklung durchliefen. Eine derartige Zunahme des bestandesmässigen Umfanges implizierte einen Wandel der Sozialstruktur. Die traditionelle Handwerker-gesellschaft wurde durch die Expansion von Handel, Industrie, Verkehr und Gastgewerbe verändert und durch neue Schichten erheblich erweitert. Die Etablierung von Familien sowie die Ehen mit Schweizerinnen verliehen den deutschen Kolonien, die an einzelnen Orten als Folge der Verstärkung oder des von der Industrie geförderten Konzentrationsprozesses besonders stark anwuchsen, eine zunehmende Konstanz. Diese Veränderung der Sozialstruktur förderte die Ausbildung klassenmässiger Gegensätze. Dass die ausländische Bevölkerung anderen Bedingungen unterstand als die einheimische machte sich auch im Verhältnis zu den sozialen Randschichten bemerkbar. Wer der wirtschaftlich schwächsten Gesellschaftsklasse angehörte, vermochte im Ausland kaum Fuss zu fassen. Zu den Mittellosen gehörten jene aus Süddeutschland herüberkommenden Vaganten, die – von Almosen und Gelegenheitsarbeiten lebend – von einem Ort zum anderen wanderten.⁵ Von ihnen hielten sich ihre in der Schweiz ansässigen Landsleute bewusst in Distanz. Wohl sollte das von Deutschen ins Leben gerufene Unterstützungswesen Hilfe bieten; doch diente es zugleich den vermögenderen Schichten zur Abwehr von einer allzu aufdringlichen Bettelei. In den Hilfsvereinen vermischten sich Motive der Caritas mit solchen klassenmässiger Abgrenzung. Ebenfalls kaum sesshaft wurden diejenigen Arbeitskräfte, die nach Bedarf und Konjunktur nur zu vorübergehendem Verdienst einreisten. Die schon längere Zeit im Gastland ansässigen Ausländer, denen durch Wirtschaftskrisen oder durch den Niedergang einzelner Industriezweige – vornehmlich der Heimindustrie und gewisser Kleingewerbe – eine Verarmung drohte, suchten sich in vielen Fällen durch Rückwanderung der Existenznot zu entziehen. Andere fielen der Wegweisung oder Heimschaffung anheim. Infolgedessen war die Fluktuation bei den sozial armen Ausländerklassen extrem hoch, so dass eine erheblich vom Pauperismus gezeichnete Bevölkerungsschicht, aus der ein Industrieproletariat hätte erwachsen können, sich unter den hiesigen Deutschen im Unterschied zu den nach Übersee Ausgewanderten langfristig nicht halten konnte. Daraus ergibt sich die grössere Abhängigkeit der Arbeiter vom Konjunkturverlauf, wäh-

rend sich die besitzenden Gesellschaftsklassen im Gastland leichter eine dauernde Existenzgrundlage zu schaffen vermochten. Der wirtschaftliche Konkurrenzkampf zwang die ausländischen Arbeiter, sich vermittels niedriger Lohnansprüche, durch unbedingte Zuverlässigkeit oder mit beruflichen Qualifikationen gegenüber den Einheimischen zu behaupten. Der Vorzug des deutschen Handwerkers lag in seiner Tüchtigkeit. Gerade die schweizerische Fabrikindustrie hat sich schon früh deutsche Fachkräfte zunutze gemacht, um eine fortschrittliche Produktionsweise voranzutreiben.⁶ Das durch die ökonomischen Bedingungen hervorgerufene Ausleseverfahren, dem der Ausländer in besonderem Masse ausgesetzt war, schlug sich bei den Deutschen teilweise in der beruflichen Überlegenheit wie in einer grösseren geistigen Beweglichkeit nieder. Dies alles bewirkte, dass die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz auch während der späteren Jahrzehnte nur wenig Mitglieder aus dem Fabrikproletariat, umso mehr aber handwerklich geschulte Fachkräfte besaßen, die den Vereinen kleinbürgerliches Gepräge, in bewegten Phasen ein protagonistisches Elitebewusstsein als Avantgarde der Arbeiterbewegung in der Schweiz verliehen. Die klassenmässige Gliederung in Proletariat, Mittel- und Oberschicht ist zur sozialen Kennzeichnung der Auslandsdeutschen nur bedingt anwendbar. Vielmehr entstand aus der ursprünglichen Handwerker-gesellschaft infolge der Masseneinwanderung eine aus Arbeitern und Angestellten bestehende breite Unterschicht vornehmlich kleinbürgerlichen Charakters. Ihre Angehörigen fanden in Industrie und Handwerk, in den aufblühenden Erwerbszweigen vorab des Kleinhandels, des Gast- und Wirtschaftsgewerbes ihr Auskommen.⁷

Unter der Ägide des mehr als ein Vierteljahrhundert massgebenden revidierten Zolltarifs von 1851, der Ausdruck einer liberalen Wirtschaftspolitik war, liessen sich zahlreiche deutsche Einzelunternehmer im neutralen Nachbarstaat nieder. Zu einer eigentlichen Ansiedlung deutscher Industriebetriebe kam es nicht, da weder die Arbeitsverhältnisse noch die Absatzmöglichkeiten für die deutsche Massenproduktion günstig waren.⁸ Insgesamt blieben die vermögenden Schichten der hiesigen Auslandsdeutschen auf ein bescheideneres Mass bürgerlichen Wohlstandes beschränkt. Das Besitzbürgertum bestand aus erfolgreichen Kaufleuten, aus Inhabern von mittleren und kleineren Betrieben oder aus Angestellten in gehobenen Positionen, die es zu Vermögen und Ansehen innerhalb der deutschen Kolonie gebracht hatten. Zusammen mit Vertretern der akademischen und künstlerischen Berufe strebten sie, da ihre Betätigungsmöglichkeiten im Ausland beschränkt waren, wenigstens durch eine

betont deutsche Kulturpflege nach gesellschaftlicher Anerkennung. Viele Niedergelassene wandten sich allerdings von der engeren Verbindung mit ihren Landsleuten am Orte ab, um unter Schweizern einen weitaus grösseren Wirkungskreis zu finden. Der Wunsch, Position und Besitz zu sichern, erhöhte in vielen Fällen den Integrationswillen. Erzwungen Not und Wegweisungen eine Verminderung der sozial schwächsten Mitglieder, so gingen den deutschen Kolonien zahlreiche vermögende Angehörige durch Naturalisation oder bewusste Distanzierung verlustig. Von unten wie oben ergab sich eine gewisse Schwerpunktbildung zur Mitte hin. Auch das fast völlige Fehlen des bäuerlichen Elements hat der Sozialstruktur, über deren Berufsgliederung der demographische Abschnitt eingehend Aufschluss erteilt wird, einen ganz anders gearteten Charakter verliehen. Nicht nur die sprunghafte Bestandesvergrößerung, auch die ständige Fluktuation hielt die deutsche Gastbevölkerung in starkem Fluss. Erst in den ruhigeren Jahrzehnten nach 1850 begann sich ein festansässiger Koloniestamm herauszubilden. Wie wenig sich noch 1860 die Verhältnisse verfestigt hatten, beleuchten die damaligen Volkszählungsergebnisse, die im Gegensatz zu nachfolgenden Statistiken auch den Aufenthaltsstatus ausweisen. Sie erbringen das überraschende Resultat, dass von den 47'792 Deutschen lediglich 16'036 Niedergelassene, aber 31'756 Aufenthalter waren.⁹ Eine derartige Unstabilität traf die Vereinsbildung umso empfindlicher, je kleiner die Ausländerbestände als Rekrutierungsreservoir waren. Die Franzosen hingegen zählten doppelt so viele Niedergelassene als Aufenthalter, und auch bei den Italienern überwogen damals die ersteren.¹⁰ Wie die regionale Herkunftsgliederung bestätigt, kamen aus dem nahen Südwestdeutschland besonders viele Zuwanderer zu bloss vorübergehendem Verdienst nach der Schweiz, während bei den Norddeutschen die Tendenz zur Niederlassung bedeutend grösser war.

Im Jahr 1860 waren	Niedergelassene	Aufenthalter
Badenser	6 766	13 002
Württemberg	4 770	12 259
Bayern	915	2 045
Preussen	964	1 320
Sachsen	515	727
Hannoveraner	192	235
Aus den freien Städten	210	292
Übrige Deutsche	1 704	1 876

Auch bei den Österreichern, die in ihren Verhaltensmerkmalen den Bayern am nächsten kamen, bestand die Mehrheit aus Aufenthaltern.¹¹ Im Jahr 1850 wurden 8'655 Österreicher in der Eidgenossenschaft gezählt. Während in der Folgezeit fast alle Ausländergruppen erheblich zunahmen, hat sich ihr Bestand bis 1860 – als Folge des sardinisch-französischen Krieges gegen Österreich – um fünftausend Personen vermindert. Nach diesem Rückschlag war ihre Zunahme in den folgenden Jahrzehnten besonders stark.¹² Mass bei der Reichsgründung das österreichische Ausländerkontingent gerade den zehnten Teil des deutschen, so steigerte es sich bis 1910 immerhin auf 17%. Im geselligen Zusammenleben traten die Österreicher bis zum Ende des Ersten Weltkrieges als gesonderte Interessenvereinigung wenig in Erscheinung.

Umriss dieser Überblick gleichsam den äusseren Rahmen, so kann nun das Innenleben der Kolonien in seinen Grundzügen weiterverfolgt werden. Die Koloniegemeinschaften als Ausdruck einer lebendigen Verbindung unter Deutschen in der Schweiz umfassten, wie extensiv man sie auch auslegen mochte, immer nur eine Minderheit jener Ausländermassen, die die Volkszählung auswies. Die der Vereinzelung Vorschub leistende geographische Streuung, eine bloss kurzfristige Ortsansässigkeit, vor allem aber simples Desinteresse hielten viele Deutsche davon ab, mit eigenen Landsleuten eine spezielle Geselligkeit zu pflegen. Anderen wiederum war die Existenz deutscher Vereine gar nicht bekannt. Diese durch ihre Nationalität verbundenen Gemeinschaften – auch dies ist bisher kaum bedacht worden – waren nicht einmal das kleinere Spiegelbild des statistisch gliederbaren Gesamtbestandes. Die örtlichen Kolonien scharten sich um einen im Gastland fest verankerten Zugehörigenkern. Da die Fluktuation jedoch die sozial unteren Schichten bedeutend empfindlicher traf, ergab sich hieraus neben der ungleichen Interessenlage eine weitere Ursache dafür, dass seit den fünfziger Jahren das gebildete und vermögende Bürgertum seinen Einfluss auf das Kolonieleben viel stärker geltend machen konnte, als dies der zahlenmässige Anteil erwarten liess.

Die zunehmende Vielschichtigkeit der Sozialstruktur förderte die Ausfächerung des politischen Meinungsspektrums, während sich die Geselligkeit auf den Verkehr innerhalb bestimmter Gesellschaftsklassen einzuengen begann. Gleichwohl ordneten sich während der ersten anderthalb Jahrzehnte nach dem Debakel des revolutionären Radikalismus noch fast alle Strömungen in die allgemeine demokratisch-liberale Sammlungsbewegung ein. Unverwandt hofften sie auf die nationale Einigung aller deutschen Stämme in demokratischer Freiheit. Erst nach dem Aufkommen der Ar-

beiterbewegung in Deutschland unter Lassalle sowie nach der Gründung der Ersten Internationale nahm der ein Jahrzehnt dauernde, von Spaltungen und Irrungen begleitete Loslösungsprozess konkrete Formen an, bis die hiesigen deutschen Arbeitervereine ganz aus der nationalen Bewegung herausgeführt wurden. Die dem Bürgertum und Kleinbürgertum angehörenden Achtundvierziger hingegen stellten sich mit überwiegender Mehrheit positiv zu dem 1871 geschaffenen Deutschen Kaiserreich. Im vorliegenden Abschnitt der Kolonieggeschichte soll der Weg bis zur völligen Spaltung der Auslandsdeutschen in zwei verschieden gesinnte Lager aufgezeigt werden.

2. Die nationale Gesinnungsgemeinschaft bis zum Ausscheiden der deutschen Arbeitervereine

Wie abhängig historische Erkenntnis von der Quellenlage ist, die in einzelnen Phasen zum Verweilen im Detail einlädt, in anderen zu unverhältnismässiger Kürze zwingt, wird auch aus der Art und Weise ersichtlich, wie die Geschichte der Deutschen in der Schweiz bis heute erhellt worden ist. Während in anderen Zeitabschnitten grosse Lücken klaffen, existiert über die deutschen Flüchtlinge und Arbeitervereine der Jahre 1830 bis 1850 bereits eine umfangreiche Literatur. Die Relevanz dieses eng begrenzten Stoffes liegt klar zutage. Niemand, der sich mit den Anfängen der Arbeiterbewegung im europäischen Raum befasst, wird an ihm ohne Bezug vorbeigehen können; dies umso weniger, als der Forschung neben gedruckten Zeugnissen eine ausgezeichnete Aktendokumentation zur Verfügung steht. Die mit dem Eklat von Murten verbundene Beschlagnahmungsaktion hat ein einmaliges Unterlagenmaterial sichergestellt, dessen Auswertung noch keineswegs erschöpft ist. Den deutschen Flüchtlingen in der Schweiz ist der Berner Historiker Werner Näf nachgegangen; von ihm wurden weitere Einzelstudien wie diejenigen von Otto Brugger, Ernst Feuz und Hans Gustav Keller angeregt.¹³ Über die Jahrhundertmitte hinaus hat vor allem die Historiographie der Arbeiterbewegung im Rahmen ihrer spezifischen Fragestellungen eingehender die deutschen Arbeitervereine im Ausland erforscht. Für die bürgerliche Geschichtsschreibung langezeit repräsentativ war die Darstellung des national gesinnten Deutschen Franz Berghoff-Ising, Privatdozent in Bern, der die Sozialdemokratie lediglich als «Erzeugnis einer wirtschaftlichen Übergangs-

phase» begriff.¹⁴ Über die hiesigen deutschen Arbeitervereine vermittelt er jedoch manche Hinweise, die für ihn damals noch greifbar waren und die dieses Buch wenigstens in dieser Hinsicht unübergebar machen. Wegweisende Arbeiten aus neuester Zeit wie diejenige von Wolfgang Schieder über das Jahrzehnt nach der Juli-revolution von 1830 oder von Frolinde Balsler über die Jahre 1848 bis 1863, die beide aus der Heidelberger Schule Werner Conzes stammen, gehen verschiedentlich auf die Handwerkervereine in der Schweiz ein.¹⁵ Aus marxistischer Sicht haben sich Georg Trübner und Rolf Dlubek mit jenen Strömungen auseinandergesetzt, in deren Zentrum Johann Philipp Becker stand.¹⁶ Eine Neubearbeitung des Stoffes hat Antje Gerlach vorgenommen, indem sie die deutsche Exilpropaganda während der Jahre des Vormärz in Anknüpfung an die historische Forschung unter den Gesichtspunkten der Literatursoziologie einer detailkundigen Analyse unterzieht.¹⁷ An erster Stelle aber steht das minuziöse wie umfangreiche Werk von Erich Gruner über die Arbeiter in der Schweiz, das in umfassender Weise dem Einfluss der Ausländer auf die schweizerische Arbeiterbewegung nachspürt. Für die Vertiefung in diese Thematik ist bis Ende der siebziger Jahre auf jene mit einem eingehenden Literaturverweis ausgestattete Forschungsarbeit zurückzugreifen.¹⁸ Die von Reinhard Höhn veröffentlichten Geheimberichte der preussischen Polizei gewähren einen Einblick in die von Bismarcks Ausnahmegesetzgebung vertriebene sozialistische Emigration; zu dem bis 1888 im Schweizer Exil erschienenen «Sozialdemokrat» hat nun ein Autorenkollektiv in der DDR eine pressegeschichtliche Monographie vorgelegt.¹⁹ Die Geschichte der Deutschen in der Schweiz wurde selbst für die bewegtesten Jahre erst in Teilgebieten und für die Zeit nach 1890 bisher gar nicht untersucht. Vor allem aber haben die genannten Untersuchungen die Deutschen im Ausland nur unter der ganz auf die Arbeiterbewegung ausgerichteten Perspektive in ihre Forschungen einbezogen. Als politisch verdächtig, stand die oppositionelle Minderheit der Auslandsdeutschen unter der Observation in- und ausländischer Behörden. Während diese in Akten erfasst wurde, liess die grosse Masse, die desinteressiert in ihrer Anonymität verharrte oder patriotischen und geselligen Vereinigungen angehörte, geringe Spuren zurück und blieb scheinbar geschichtslos. Im Bemühen um eine Gesamtschau sollen die Arbeitervereine weniger in ihren divergierenden Individualitäten, als in ihrer Zugehörigkeit zur grösseren Gemeinschaft bis Ende der sechziger Jahre dargestellt werden. Denn auch nach 1850 stehen sie im Mittelpunkt der republikanisch-nationalen Bestrebungen unter den Deutschen in der Schweiz. Die Überzeugung,

sozialistische und nationale Tendenzen ständen in unversöhnlichem Gegensatz, hat weiteste Verbreitung gefunden, sobald die Sozialdemokratie in Deutschland durch das Sozialistengesetz ausserhalb von Staat und Gesellschaft gestellt worden war.²⁰ Aus dieser Einschätzung wurde das Nationale zur Grundstimmung der reichserhaltenden bürgerlichen und konservativen Kräfte erklärt, während die Sozialdemokratie mit dem Internationalismus gleichgesetzt und deshalb für jede Eigenstaatlichkeit als gefährlich gebrandmarkt wurde. Die Antinomie von Nationalismus und internationalem Sozialismus war jedoch weder eine absolute Gegebenheit, noch bestand sie von Anfang an. Hans-Ulrich Wehler hat im Hinblick auf die unwillkürliche Einbeziehung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in den nationalen Staat vor 1914 von dem «unbewussten Nationalisierungsprozess in den Reihen der SPD» gesprochen, der auf die internationale Klassensolidarität ausgerichteten Politik entgegenlief.²¹ Er darf aber, dies ist durch Werner Conze und Dieter Groh überzeugend dargelegt worden, nicht von jenem früheren Zeitabschnitt losgelöst betrachtet werden, während dessen die Arbeiterbewegung Teil der nationalen Sammlungsbestrebungen gewesen war.²²

2. 1 Die Achtundvierziger-Emigration

Während sich 1848/49 Ansätze zu einer Spaltung unter den Deutschen im Ausland herauszubilden begannen, war die Emanzipation der sozialistischen Arbeiterbewegung durch die Murtener Polizeiaktion vom Februar 1850 unterbrochen worden. Mit dieser behördlichen Unterbindungsmassnahme ist der Rückzug auf eine der früheren Ausgangsposition verwandte demokratisch-nationale Linie erzwungen worden, wie sie für die Lese- und Gesangsvereine charakteristisch gewesen war. Denn durch die Ausweisungen war den Arbeitervereinen das politisch aktive Element entzogen worden, so dass ein Ausweichen in den Untergrund geheimbündlerischen Verschwörertums zur Fortsetzung der zuletzt eingeschlagenen Zielrichtung unmöglich wurde. Von der strengeren Asylpraxis im neuen Bundesstaat wurde unmittelbar die Achtundvierziger-Emigration betroffen. Aussen- wie innenpolitische Gründe hatten den Bundesrat bewogen, auf die Weiterwanderung der Flüchtlinge nach England und Amerika oder auf Rückkehr in diejenigen deutschen Heimatländer zu drängen, die dies durch Amnestie ermöglichten.²³ Hatte die Zahl der Flüchtlinge nach dem Einströmen der geschlagenen Revolutionstruppen im Juli 1849 um die Zehntausend be-

tragen, so verblieben im Februar 1851 – soweit die amtlichen Feststellungen überhaupt zuverlässig sind – nur noch 500 unter eidgenössischer Generalkontrolle.²⁴ Allerdings vermittelten die Angaben kein richtiges Bild, weil zu diesem Zeitpunkt die Emigrationsbewegung keineswegs beendet war. Unter dem Regime der siegreichen Reaktion hat sie schliesslich auch gemässigte liberale Kräfte ergriffen, die noch in Deutschland geblieben waren. Die Achtundvierziger-Emigration gliederte sich nach Herkunft und politischer Gesinnung in verschiedene Gruppen. Wenig Gewinn erwuchs dem deutschen Kolonieleben aus jenen bunt gemischten Scharen der Combattanten, die das Asylsland möglichst rasch wieder abgeschoben hatte.²⁵ Schon am 16. Juli 1849 beschloss der Bundesrat, die politischen und militärischen Anführer der Insurgenten auszuweisen.²⁶ Von ihnen heben sich – wenn auch die Grenzen durchaus fliessend sind – jene intellektuellen Vertreter der 48er Bewegung ab, die ihre Gefechte vor allem auf parlamentarischer Ebene geführt hatten. Zu ihnen gehörten die entschlossensten Mitglieder der Frankfurter Nationalversammlung, die als «Rumpfparlament» nach Stuttgart ausgewichen waren und am 6. Juni 1849 den Reichsverweser durch fünf «Reichsregenten» ersetzt hatten.²⁷ Doch schon kurz darauf flüchteten sich neben anderen Mitgliedern Wilhelm Loewe, der letzte Präsident des Rumpfparlaments, sowie die gesamte «Reichsregentschaft» in die Schweiz: Franz Raveaux, Carl Vogt, Friedrich Schüler, Heinrich Simon und August Becher.²⁸ Ihr unterschiedliches weiteres Schicksal weist auf die drei Wege hin, die sich dem Emigranten darboten: die völlige Assimilation im Asylsland, Freundschaft zum Gastland bei unverwandter Treue zur alten Heimat, die Entwurzelung, die die Verstorbenen oft keine Ruhe finden liess. Carl Vogt (1817-1895) blieb bis 1850 in Bern. Im Hause seines Vaters, das im Ruf grosszügiger Gastlichkeit stand, fanden sich viele Angehörige der Flüchtlingselite zum angeregten Gespräch ein. In der Folge liess sich dieser bedeutende Verfechter der demokratischen Linken in Genf nieder, wo er als Geologe und Naturforscher für eine materialistische Anschauung stritt. Obwohl durch seine scharfe Sprache in zahlreiche Polemiken verwickelt, hat er sich so gut in die schweizerischen Verhältnisse eingefügt, dass er zusammen mit dem Führer der Radikalen, James Fazy, Genf im Ständerat vertrat und 1878 als Nationalrat in das Eidgenössische Parlament gewählt wurde.²⁹ Heinrich Simon (1805-1860) hatte in der Frankfurter Nationalversammlung mit seinen ebenfalls emigrierten Freunden Bruno Hildebrandt, Franz Raveaux, Jacob Venedey und Friedrich Theodor Vischer der zwischen der demokratischen Linken und der liberalen Mehrheit stehenden Frak-



Als im Sommer 1849 die Gefahr einer preussischen Intervention drohte, die die Beseitigung der neuenburgischen Revolution sowie die Lahmlegung der Schweiz als Revolutionsherd Europas zum Ziele gehabt hätte, entschloss sich der Bundesrat, von den schätzungsweise 11'000 Flüchtlingen, die sich auf neutralen Boden hinübergerettet hatten, die politischen und militärischen Anführer des dritten badischen Aufstandes auszuweisen. Dieser Bundesratsbeschluss vom 16. Juli 1849 löste eine heftige Protestwelle aus. Es war eine Ironie der Geschichte, dass der vom Radikalismus getragene Bundesrat in der Flüchtlingsfrage Zustimmung fast nur im konservativen – altliberalen Lager fand, während der Linksradikalismus die Bundesräte «als Schergen des Auslands» verunglimpfte.

Namensliste

der

durch Beschluß des Bundesrathes vom 22. März 1850 ausgewiesenen
Mitglieder der deutschen Arbeitervereine.

Namen.	Beruf.	Heimath.	Wohnort in der Schweiz.
Mabilles, Ernst Adam	Schreiner	Seldin (Preußen)	Zürich
Ngler, Ludwig	Schuhmacher	aus dem Großherzogthum Baden	Lhun
Albrecht, Heinrich	Schneider	Nilsfeld (Württemberg)	Basel
Allgauer, Johann	Schuhmacher	Freiburg (Baden)	Nivis
Altmaier, Bonifaz	Schneider	Efchen (Fürstenthum Lichtenstein)	Basel
	"	Wirmersheim (Baden)	Schaffhausen
Achmaier, Michael	Schneider	Wöffingen (Baden)	Basel
Bauer, Anton	"	Mu (Baden)	"
Bauer, Anton	"	Breitang (Württemberg)	Zürich
Bauer, Philipp	Schuhmacher	Speyer (Rheinbaben)	Winterthur
Baumeister, Friedrich	"	Unterwisheim (Baden)	Nivis
Beck	"	aus dem Großherzogthum Baden	Lhun
Beckert, Carl August	Schiffseger	Hohentanne (Sachsen)	Basel
Bertsche, Eduard	Gerber	Wöhringen (Baden)	Lausanne
Berwein, Mathias	Schneider	Bodenkirchen (Bayern)	Zürich
Bilbarz	Uhrenmacher	Baden, Großherzogthum	Lhun
Bodekirchen, Gerhard	Schuhmacher	Köln (Preußen)	Zürich
Böbler, P.	"	Wandheim (Großherzogthum Hessen)	Freiburg
Böhme, Franz	Tischler	Limbach (Sachsen)	Winterthur
Brand, Carl	Schneider	Emmendingen (Baden)	St. Immer
Braitsch, Leopold,	"	Oberndorf (Württemberg)	Zürich
Braun, Carl	"	Tübingen (Württemberg)	"
Braun, J.	"	Tutlingen (Württemberg)	Freiburg
Breghammer, Johann	Schlosser	Nariazell (Württemberg)	Winterthur
Bruder, Baptist	Schuhmacher	Hefelbach (Sigmaringen)	Schaffhausen
Brunner, Christian	Schneider	Weil (Baden)	St. Immer
Bürgelin, J. J. Friedr.	"	Hügelheim (Baden)	Basel
Clar, Otto	Schneider	Stuttgart (Württemberg)	Schaffhausen

Das polizeiliche Eingreifen beim «Revolutionstag» von Murten (im Februar 1850) und die nachfolgenden Ausweisungsmassnahmen haben die sozial-revolutionäre Bewegung innerhalb der deutschen Arbeitervereine der Schweiz für fast zwei Jahrzehnte gelähmt.

tion «Westendhall» angehört. Simon erwarb mit seinem Freund Konrad von Rappard das Gut Mariafeld am Zürichsee. Da er sich selbst aus finanziellen Gründen und in Sorge um die Niederlassungsbewilligung nicht binden wollte, verkaufte er 1851 Mariafeld an den liberal gesinnten François Wille, der Deutschland ebenfalls verlassen hatte. Simon versuchte, sich im Schiefergeschäft und mit dem Betrieb eines Kupferbergwerkes an der Mütschenalp eine neue Existenz aufzubauen. Er fand unter nie ganz geklärten Umständen den Tod im Walensee.³⁰ National, gross-deutsch und demokratisch in der Gesinnung, mit tiefer Sympathie für die Republik, genoss er sowohl bei Schweizern wie bei seinen Landsleuten im Ausland, deren er sich nach Kräften angenommen hatte, hohe Verehrung. Franz Raveaux (1810-1851) war 1848 als der von den Deutschen in der Schweiz so ersehnte Repräsentant eines künftigeinteten Deutschlands nach Bern gekommen. Mit wenig diplomatischem Geschick erfüllte dieser Gesandte des Reichsverwesers die undankbare Aufgabe, von der Schweiz wegen heimlicher und offener Unterstützung der Freischärler Genugtuung zu fordern. Im Unbehagen über seine Stellung in Bern kehrte er nach Frankfurt zurück, um unmittelbar in das politische Geschehen einzugreifen. Am 30. Juni 1849 musste er selbst in die Schweiz flüchten, wobei er sowie Johann Adam von Itzstein (1775-1855) von Nationalrat Johann Karlen in Thierachern bei Thun aufgenommen wurden. In der Schweiz ein ungern gesehener Gast wandte er sich nach Frankreich und starb 1851 in Brüssel.³¹ Ludwig Simon (1820-1872), der kompromisslose Verfechter der demokratischen Republik, starb in Montreux; in seinen Erinnerungen hat er Charaktere und Impressionen geschildert, die das schweizerische Exil belebten.³² Auch Johann Jacoby (1805-1877), einer der wenigen Achtundvierziger, die 1870/71 ihrer demokratischen und freiheitlichen Gesinnung treu geblieben sind, sowie der aus Böhmen stammende Schriftsteller Moritz Hartmann (1821-1872) nahmen hier vorübergehend Aufenthalt.³³ An bewegten Flüchtlingsschicksalen hat es dieser Zeit wahrlich nicht gefehlt! Neben Werner Näf hat ihnen Paul Neitzke, ein während des Ersten Weltkrieges in der Schweiz internierter Deutscher, eine Studie gewidmet.³⁴ Eine Gesamtdarstellung, die ein reichhaltiges biographisches Schrifttum ausschöpfen kann, ist noch zu schreiben.³⁵

Am nachhaltigsten vermochte jedoch jene Gruppe das Kolonieleben zu beeinflussen, die als demokratisch gesinnte Akademiker der Achtundvierzigerbewegung angehört hatten und als Hochschullehrer in der Schweiz eine grosse kulturelle Ausstrahlungskraft gewannen. Vor allem in Zürich führten sie eine neue Ära der kulturellen Blüte herauf. Sie trugen mit dazu bei, dass sich während der fünfziger Jahre

das Schwergewicht innerhalb der Emigration von den radikalen zu den gemässigten Kräften verschob. Dem allgemeinen Umschwung von der revolutionären Aktion zu einer von Bildung und Unterhaltung geleiteten Geselligkeit ist auch der Wandel innerhalb der Arbeitervereine einzuordnen. Obwohl sich der stürmische Kämpferdrang legte, überdauerte hier die Hoffnung auf ein freiheitlicheres Deutschland die Reaktion. Dass zu Anfang der sechziger Jahre demokratische Strömungen – zumal in Südwestdeutschland – erneut an Boden gewannen, ist mit auf den Einfluss zurückgewanderter Achtundvierziger zurückzuführen. Die Ideen von 1848 im Ausland bewahrt und lebendig erhalten zu haben, verleiht dieser Emigration eine über die lokale Koloniebildung hinausreichende Bedeutung.

2. 2 Der «Deutsche Arbeiter-Bildungs-Verein» und die demokratisch-nationale Sammlungsbeziehung

Neben den intakt gebliebenen Arbeitervereinen Aarau, Chur, Glarus, Herisau und Luzern entstanden nach dem Schlag von Murten an den alten Orten bald wieder neue Handwerkervereinigungen. Zwar kamen auch andersgeartete Zusammenschlüsse auf, die zur Geselligkeitspflege im Akademikerkreis dienten. Das Nachlassen der politischen Spannkraft leitete in eine gelöstere Atmosphäre und Verflachung über, die sich schon in der Namengebung ablesen lässt. So hiess der vom Nationalökonom Bruno Hildebrand (1812-1878) nach der Jahrhundertmitte in Zürich gegründete bürgerliche Zirkel nach dem Tag der Zusammenkunft zunächst «Mittwochsgesellschaft», dann «deutsche Gesellschaft», «Freitagsgesellschaft», «Erheiterung», «Abendunterhaltung».³⁶ Der Lästrygonenklub der fünfziger Jahre, eine sarkastische Runde angesehenster Mitglieder der 48er Emigration in Zürich, darunter Herwegh, Rüstow, Semper und Vischer, erhielt zu Anfang des folgenden Jahrzehnts Konkurrenz durch gemässigtere Vereinigungen wie der «l’Hombrekklub» oder das «Stündli», bei denen der national-liberal gesinnte Heinrich Fick eine führende Rolle spielte. Die Arbeitervereine blieben jedoch sowohl nach ihrem zahlenmässigen Umfang wie nach ihrer geographischen Verzweigung vorerst die wichtigsten Träger der Vereinsbildung unter den Deutschen in der Schweiz. In welcher tiefgreifender Weise der starke Wechsel in Führung und Basis eine Umorientierung bewirkt hatte, illustriert das Beispiel des Vereins in Winterthur. Der dortige deutsche Arbeiterverein «Harmonie» war entsprechend dem Bundesratsbeschluss vom 22. März 1850 aufgelöst

worden. Dabei hatte er keineswegs zu den aktivsten unter den Sektionen gehört. An der Murtener Versammlung war er nicht einmal mit einem eigenen Delegierten vertreten gewesen. Sein Einverständnis mit den von Genf aus gemachten Vorschlägen liess ihn jedoch unter die Verbotsmassnahme fallen. Seine etwa vierzig Mitglieder scheinen denn auch tatsächlich ausgewiesen worden zu sein, finden sich doch von den Betroffenen vierundzwanzig namentlich überliefert.³⁷ Das Bedürfnis nach landsmannschaftlicher Gemeinschaft blieb unberührt von der politischen Verbotsmassnahme lebendig. Offenbar bereits Ende Juli reichte ein Lehrer J.J. Weiss im Namen von rund dreissig deutschen und schweizerischen Arbeitern das Gesuch ein, die Gründung eines Lese- und Gesangvereins behördlich zu bewilligen. Ihre Genehmigung erteilte die Zürcher Polizeidirektion mit der Warnung, dass irgendwelche politischen Umtriebe sofort die Auflösung zur Folge haben würden. «Laut den Statuten ist der Zweck des Vereines Gesang und Fortbildung der einzelnen Mitglieder durch Lesen nützlicher Bücher und Schriften, wogegen politische Verbindungen sowohl in als auch ausser dem Vereine den Mitgliedern des Strengsten untersagt ist.»³⁸ An anderen Orten war die Zeitspanne zwischen Auflösung und Neugründung grösser oder, wie in der Westschweiz, im Übergang fließender. In Schaffhausen, wo der Arbeiterverein mit rund dreissig Mitgliedern den nach Murten getroffenen Ausweisungsmassnahmen ebenfalls zum Opfer gefallen war, stellte erst im Oktober 1858 der Geselle Binniger mit einigen Kameraden das nachfolgende Gesuch beim Stadtpräsidenten Hans von Ziegler:

«Es wäre hier allgemein der Wunsch unter dem Arbeiterstande, sowie zum Theil auch unter der ehrbaren Meisterschaft, dass hier ein Verein und zwar ein Arbeiter-Bildungs-Verein zu Stande käme, hiezu uns aber die Erlaubniss höheren Ortes fehlt. Dieser Verein führt den Zweck, dem Arbeiter seine Mus(s)estunden auf nützlichem Wege durchzubringen. Dieser Verein wird aber im Mindesten nicht politische Tendenzen verfolgen, dafür die Statuten strengstens abgefasst werden müssten. Dieser Verein wird die Zufriedenheit hiesiger Bürgerschaft erlangen; er wird allem Unordentlichen, das sich unter dem Arbeiterstande vorzeigt oder erhebt, entgegensteuern; auch wird er stets die beste Aufführung, wie es einem ordentlichen Vereine zusteht, beibehalten, indessen er sich gerne unter wachsames polizeiliches Auge fügen würde.

Es zeichnet mit Achtung
Mehrere Arbeiter»³⁹

Wie aus dem Protokoll des Kleinen Stadtrates hervorgeht, war für eine derart unpolitische Vereinigung eine besondere Bewilligung gar nicht vonnöten, so dass der Deutsche Arbeiterbildungsverein «Concordia» in Schaffhausen seinen Anfang nehmen konnte. Angesichts solcher Voraussetzungen war allen Vereinen gemeinsam, dass sie – um überhaupt bestehen zu können – auf das Politisieren als Hauptbeschäftigung einstweilen verzichten mussten.

Damit trat jener Aufgabenkreis in den Vordergrund, der einem Auslandsverein am nächsten lag. Nicht der Einzelne hatte sich in den Dienst einer existenzgefährdenden Zielsetzung zu stellen; vielmehr war es die erste Pflicht der Vereinigung, ihren Mitgliedern die im Ausland besonders erwünschte Förderung und Betreuung angedeihen zu lassen. Was selbst in den Zeiten des radikalen politischen Engagements letztlich das verbindende Element gewesen war, musste zum ungeahnten Aufschwung der Vereine führen, sobald sie dem Wunsch nach Geselligkeit, dem Bedürfnis nach Geborgenheit im Kreis der eigenen Landsleute entgegenkamen. Das Gedeihen der Vereine war jedoch mit der Preisgabe der klassenkämpferischen Ziele verbunden. Die der Bildung und Geselligkeit dienende Zweckbestimmung, die das Misstrauen bei den hiesigen Behörden schwinden liess, hat nach einigem Zögern zu einem ungewöhnlichen Anwachsen der Mitgliederzahlen geführt. So hatte sich bei einem Mitgliedertief von 24 Personen 1855 der Deutsche Arbeiterbildungsverein «Eintracht» in Zürich neu konstituiert; 1859 zählte er über 200, 1861 sogar um die 550 Zugehörige. Für Winterthur ergeben sich folgende Richtzahlen: 1852: 20, 1860: 110 und 1864: 250 Mitglieder. Basel besass 1859 deren 300. In La Chaux-de-Fonds hatte der Verein, der bald wieder 150 Angehörige zählte, dank der Toleranz der Neuenburger Regierung die Krise am besten überstanden. Von hier ging denn auch 1853 die Initiative zu einem erneuten Zusammenfassungsveruch aus.⁴⁰ 1857 gehörten der Zentralorganisation 18 Vereine an, zwei Jahre später 28, 1863 waren es 49 und 1865 – dem Höhepunkt – gar 58 Sektionen. Die nachfolgende Aufstellung vermittelt einen Einblick in die rasche Ausweitung, die diese Zentralisation innert weniger Jahre genommen hat:⁴¹

DEUTSCHE ARBEITERVEREINE IN DER SCHWEIZ – NOVEMBER 1863

Mindestbestand: 2'557 Mitglieder*

Aarau	18	Glarus	124	Rorschach	33
Altstätten	21	Herisau	25	Schaffhausen	38
Amriswil	16	Horgen	20	Schwanden	22
Baden	32	Lausanne	75	Solothurn	21
Basel	195	Liestal	17	St. Imier	10
Bern	100	Le Locle	36	Thun	25
Biel	25	Luzern	80	Uster	28
Bulle	14	Morges	20	Vevey	50
Burgdorf	14	Neuchâtel	55	Wädenswil	22
La Chaux-de-Fonds	50	Nyon	15	Wattwil	20
Chur	72	Olten	18	Winterthur	90
Einsiedeln	30	Rapperswil	21	Wil	15
Fleurier	14	Rheineck	14	Yverdon	17
Frauenfeld	36	Rheinfelden	31	Zürich	540
Freiburg	34	Richterswil	28	Zug	24
Genf	332	Romanshorn	20		

* Vereinsmitglieder, die der zentralisierten Wanderunterstützungskasse angehörten.

Die ursprüngliche Absicht dieses Zusammenschlusses war es, der Demoralisation unter den reisenden Handwerkern durch die Schaffung einer Wanderunterstützungskasse zu begegnen. Die «Zentralisierte Wanderunterstützungskasse der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz» war 1856 zustandegekommen und wurde 1858 zu einer «Zentralorganisation für Förderung aller Bestrebungen zur Hebung der Arbeiterklasse» ausgebaut. Die einzelnen Kassen in den Vereinen wurden 1864 durch einen Zentralfonds ergänzt, an den jedes Verbandsmitglied 5 Centimes pro Quartal zahlte; der Beitrag für die vom Lokalverein verwaltete Kasse betrug 20 Rp. im Monat, das gezahlte Wandergeld im Sommer 50 Rp., im Winter 75 Rp.⁴² Dass sich die Zentralisation ganz im Sinne von Schulze-Delitzsch als ein Zusammenschluss zur Selbsthilfe verstand, enthielt einen kräftigen Anreiz zur Mitgliedschaft. Sie wollte auf dem Wege der Bildung die Arbeiterschaft aus ihrer sozialen Gebundenheit befreien, wobei sie auch hier auf die Lehren von Schulze-Delitzsch baute. «Volksbildung ist Volksfreiheit» lautete die Devise.⁴³ Im «Felleisen», das seit Juli 1862 als «Organ der zentralisierten deutschen Arbeitervereine in der Schweiz» in gedruckter Form erschien,⁴⁴ wird aber auch die seit den ersten Vereinsbildungen bekannte natio-

nale Grundstimmung sichtbar, die diesen gemeinsamen Bund nicht weniger als die materiellen Bedürfnisse bestimmt hat. Der Statutenentwurf des Vororts zur Neufassung der «Centralisation der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz» vom März 1863 hielt in Artikel 1 fest: «Der ‚Deutsche Arbeiter-Verein in der Schweiz« ist ein deutsch-nationaler Verein, durch Selbsthilfe errichtet, und mit demokratischer Organisation.» Noch deutlicher wird der Zweckparagraph: «Sein Zweck ist vor Allem die Hebung der deutschen Arbeiter in der Schweiz in geistiger, sittlicher, körperlicher und materieller Beziehung.⁴⁵ Dann aber bezweckt er insonderheit auch die Entwicklung des Nationalbewusstseins und soll eine Pflanzschule der wahren politischen Freiheit sein.»⁴⁶ Die Reaktion und mit ihr in erster Linie Preussen galt als Verräterin der deutschen Einheit. Aus dieser Überzeugung rief das «Felleisen» die Arbeiter auf, nun die auf ihnen ruhende Aufgabe zu erfüllen: Retter und Verteidiger des Vaterlandes gegen die inneren und äusseren Feinde zu sein. Ungeachtet des Eintretens für eine Demokratisierung sowie der Sympathien für das republikanische Gastland hat sich dieser Nationalismus in manchen Zügen wieder dem Tenor der Freiheitsbewegung von 1813/14 genähert: «Gilt es aber einmal», so hiess es in der einführenden Probenummer des «Felleisen», «unser Vaterland gegen jenen nimmersatten Länderfresser, unsern westlichen Nachbar oder gegen sonst einen Feind zu vertheidigen, so bedarf es kräftiger, kampfbereiter Männer; deshalb soll auch in unsern Vereinen das Turnen nicht fehlen und Hoch dem deutschen Manne, dem Turnvater Jahn und Hoch allen Pflegern der Turnerei und der Volkswehr.»⁴⁷

Nach ihrer politischen Rolle bemessen, hatten die Handwerkerbünde ihre bedeutendste Mission für die Arbeiterbewegung im deutschsprachigen Raum vor 1850 erfüllt. Das Hervortreten als Agitationsvereine, die gerade für die ideengeschichtliche Entwicklung von besonderem Interesse sind, besagte über ihr Gedeihen wenig. Vielmehr stand das nach Aussen aggressive Gebaren zumeist in Widerspruch mit der inneren Vereinsentwicklung. Je mehr die Mitglieder durch den Radikalismus der Vereine Repressionen ausgesetzt wurden, desto stärker verengten sich ihre Bestandeszahlen. Gerade jene Phase, die in der Historiographie der Arbeiterbewegung als Abschnitt des Rückschlages wenig hervortritt, brachte den deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz in bezug auf das Innenleben einen mächtigen Aufschwung. Auch kleinere Vereine wiesen nach Mitte der fünfziger Jahre unter dem günstigen Einfluss einer kontinuierlichen Entwicklung eine erstaunliche Regsamkeit auf.

Dem günstigen Gedeihen der Zentralorganisation entsprach ein reges Innenleben

in den einzelnen Ortsvereinen. Unübertroffen in seinem vielseitigen Angebot, aber symptomatisch für die Art und Weise, entfaltete sich das Vereinsleben in der «Eintracht» Zürich. Die Frühgeschichte dieses bedeutendsten deutschen Arbeitervereins in der Schweiz verdient ein besonderes Interesse. Lange Zeit galten dessen Vereinsakten als verschollen. Aus den nun endlich der Forschung zugänglich gemachten Vereinsprotokollen lassen sich die Anfänge zuverlässiger erhellen. Die «Eintracht» selbst hat später mit stolzem Traditionsbewusstsein das Jahr 1841 als Gründungsdatum hervorgehoben. Der «*Gesangverein zur Eintracht*» hatte sich jedoch schon am 10. März 1840 konstituiert und begann unter der Leitung des Lehrers Conrad Ackert mit wöchentlichen Gesangübungen. Die ersten Vereinsstatuten hatten in § 2 den Gründungszweck wie folgt festgelegt: «Sich im Gesang auszubilden, und *denselben* unter dem *Handwerks-Stande* zu erheben, um sich dadurch angenehme Vergnügen in *sittlich moralischer Beziehung* zu verschaffen.» Jedes Mitglied sollte, wie es in der Einleitung zu den Statuten hiess, «nach Kräften alles Fortschreiten des Vereines im Guten und Schönen unterstützen». Um besser auf die «Veredlung» des Einzelnen hinzuwirken, wurde in der «Eintracht» am 13. Februar 1842 ein Leseverein ins Leben gerufen. Diese Unterabteilung wollte sich vermehrt der Bildungsarbeit widmen, versuchte aber auch «die Moralität im Allgemeinen» zu heben, wie denn «überhaupt durch das Lesen wissenschaftlicher Bücher viel Gutes und Nützliches für den Einzelnen erzielt würde». Sowohl der Unterhaltung wie der Bildung zu dienen, diese Verknüpfung lag schon den Anfängen der «Eintracht» zugrunde; denn ohne Geselligkeit liessen sich nur schwer Mitglieder zur Erstrebung eines höheren Ideals gewinnen. So gehörten im Juni 1843 von den 26 Vereinsmitgliedern nur deren 12 auch dem Leseverein an. Obwohl die Statuten wiederholt revidiert wurden, beobachtete die «Eintracht» in politischen Fragen auch während der folgenden Jahren eine Vorsicht, die mit dem Engagement zumal des Berner Vereines in auffälligem Kontrast stand. Die Ausweisungsmassnahme des Bundesrates vom 22. März 1850 hat auch den Zürcher Verein getroffen, allerdings nicht in dem bisher vermuteten Masse. Aus den dem ersten Protokollband beigefügten Mitgliederverzeichnissen ist zu entnehmen, dass der Verein im Mai 1850 noch 38 Zugehörige zählte und in seiner ursprünglichen Form als Gesangverein schon bald wieder aktiv wurde. Obwohl die Mitgliederzahl im folgenden Jahr auf 49 stieg, blieb ein Aufschwung zunächst aus. Ende 1855 konstituierte sich der Gesangverein von Neuem und zwar als Arbeiter-Bildungs-Verein; damals zählte er gerade noch 24 Mitglieder. Erst jetzt begann sich unter dem Einfluss des Ehrenmitgliedes Georg Fein der Schwerpunkt in den Vereins-

aktivitäten allmählich vom Gesang zur Bildungsarbeit zu verschieben. Dem Anfang 1856 aufgestellten «Stundenplan» zufolge wurden am Montagabend Versammlungen zur Erörterung von Vereinsangelegenheiten abgehalten, oder man fand sich zu Vorträgen zusammen, während der Mittwochabend für die Gesangübungen reserviert wurde. Der Samstag hingegen stand im Zeichen der Bildungsarbeit, die Georg Fein mit einer Reihe von Vorträgen eröffnete. Am 1. Mai 1856 trat der Zürcher Verein der zentralisierten Wanderunterstützungskasse bei. Noch im selben Jahr wurde ein Antrag auf Erteilung von Französischunterricht gestellt. Eine rege Korrespondenz verband die «Eintracht» mit den Brudervereinen. Am 27. September 1857 beging sie die Weihe ihrer Vereinsfahne zusammen mit den Vereinen aus Horgen, Wädenswil, Winterthur und Uster unter «Sang und Klang» teils im Lokal zum Thacker, teils in der «Blume» in Aussersihl durch ein ausgedehntes Fest, bei dem neben Liedern, Deklamationen und Festreden das Essen und der Wein nicht zu kurz kamen. Für diese Art kleinbürgerlichen Wohlstands- und Bildungsstrebens ist charakteristisch, dass die «Eintracht» in keiner Weise gewillt war, sich im Sinne eines sozial-politischen Kampfvereins für die Arbeiterinteressen zu engagieren. Als sie bei einem Arbeitskonflikt vom Genfer Vorort zur Hilfeleistung aufgefordert wurde, verweigerte sie jede Solidarität mit den Betroffenen. Das Protokoll der Vereinsversammlung vom 8. August 1857 hielt über die zu diesem Traktandum geführte Diskussion lediglich fest: «4) Wegen der Arbeitseinstellung, darüber beschloss man, sich neutral zu halten und es nicht als Vereinssache zu betrachten, überhaupt solle der Centralverein Genf die Vereine wegen dieser Sache nicht weiter anregen.»⁴⁸

Mit rund 600 Mitgliedern hat die «Eintracht» Ende 1863 für lange Zeit ihren Höchststand erreicht. Ein Jahr später – nach dem Deutsch-Dänischen Krieg – war ihr Vereinsbestand auf 369 und Ende 1865 auf 276 Mitglieder zurückgegangen.⁴⁹ In ihrer Blütezeit suchte sie durch eigens hierfür errichtete Unterabteilungen den verschiedenen Bedürfnissen ihrer Mitglieder Rechnung zu tragen. Für das leibliche Wohl sorgte die 1860 gegründete Speiseassoziation. In ihren guten Zeiten verköstigte sie gegen 150 Mann. Zwei Jahre später wurde eine Turnabteilung eröffnet, die seit 1865 sogar über eine Krankenkasse für die beim Turnen zugezogenen Unglücksfälle verfügte. Als Seitenstück zur Turnerei widmete sich eine besondere Gruppe während der Wintermonate dem Tanz. Wie in manch anderen Vereinen kam die Sängerableitung dem Bedürfnis nach geselligem Zusammensein am meisten entgegen. In Zürich stand ihr ein tüchtiger Musiklehrer vor. In der Regel wurden jede Woche zwei Singstunden abgehalten. Mit den eingeübten Liedern umrahmte man festliche

Abendunterhaltungen oder gab Konzerte, um den Baufonds für ein eigenes Vereinshaus zu vergrössern. In der «Technischen Abteilung», die der Bildungsarbeit diente, wurde Unterricht in Rechnen, in deutscher und französischer Sprache, in Stenographie, Buchführung und Zeichnen erteilt. Studenten, Polytechniker und kenntnisreiche Vereinsmitglieder stellten sich als Lehrer zur Verfügung; gelegentlich musste auch eine Lehrkraft, so für die gewerbliche Buchführung, engagiert werden. Mit dem Theaterspielen war hingegen wieder aufgehört worden; sogar die Theaterrequisiten hatte man verkauft. Erst 1867 entstand wieder ein deklamatorisch-dramatischer Klub. Zu den Vereinseinrichtungen gehörte eine Wanderkasse, aus der nicht nur Reiseunterstützungen, sondern auch «Reisediäten für Abgeordnete» entrichtet wurden; dazu zählte die «Felleisenkasse», aus der die Verluste der nicht verkauften Exemplare der Verbandszeitung gedeckt werden mussten, sowie der Baufonds, der vom Ehrenmitglied und späteren Universitätsprofessor Johannes Wislicenus betreut wurde. Der Stolz des Vereins war die Bibliothek mit ihren 770 Bänden (i. J. 1865); an die 20 Zeitungen und Zeitschriften lagen im Vereinslokal auf.⁵⁰ Gelegentliche Abendunterhaltungen, zu denen auch das weibliche Geschlecht Zutritt hatte, sowie einige im Winter durchgeführte Bälle stärkten das Band gemeinsamer Geselligkeit. Diese Vereinsidylle der liberalen Ära schien vollkommen zu sein, fehlten doch persönliche Reibereien. Meinungsverschiedenheiten wurden, wie der Präsident der «Eintracht» berichtete, «durch friedlichen Austausch der Gedanken durchgekämpft».⁵¹

Die Feststellung von August Bebel, in den meisten Arbeitervereinen Deutschlands seien vom republikanischen Demokraten bis zum rechtsstehenden Nationalvereinler alle Nuancen der bürgerlichen Parteien der beginnenden sechziger Jahre vertreten gewesen, galt wenigstens der Tendenz nach auch für die Auslandsvereine.⁵² In der «Eintracht» hielten schon damals vereinzelt Akademiker – bewährte Achtundvierziger – wie Gottfried Kinkel abwechselnd Vorträge im freiwilligen Dienste der Volksbildung. In der wöchentlichen Diskussionsstunde wurden jeweils jene Fragen beantwortete, die in der Zwischenzeit im eigens dafür eingerichteten Fragekasten eingelegt worden waren. Alle nicht klärbaren Fragen naturwissenschaftlicher Art wurden regelmässig ein Mal im Monat durch den Chemiker und Privatdozenten Johannes Wislicenus behandelt. Dass gerade dieser Anlass jeweils die grössten Besucherzahlen aufwies, deutet auf die Interessenrichtung der Vereinsmitglieder hin und bestätigt, dass die Gesinnungsgemeinschaft mit den Vertretern der Achtundvierzi-

gerbewegung noch lebendig war. Allerdings meldeten sich Zweifel, ob auf das radikale Bürgertum weiterhin zu bauen sei: «Trotz der verschiedensten Ansichten ringt sich immer mehr und mehr die Überzeugung durch, dass nur Selbsthülfe in socialer wie in politischer Hinsicht eine Änderung der bestehenden Verhältnisse herbeiführen kann und der Arbeiter reift in dieser Erkenntnis immer mehr zur Selbstständigkeit.»⁵³ Diskutiert wurden auch Fragen der Religion, und vor allem Wislicenus war es, der freireligiöse Anschauungen zu wecken und zu fördern suchte.

Aus dem erklärten Bildungsstreben erwuchs diesen Vereinigungen, die sich ja selbst als «Arbeiterbildungs-Verein» bezeichneten, ein negativer Nebeneffekt, der bisher kaum realisiert worden ist. Von Angehörigen des gebildeten Bürgertums, die die Bitte um Vorträge zumeist als Zumutung abwiesen, wurde ihnen bestenfalls mit wohlwollender Herablassung begegnet. Aber auch aus Kreisen des qualifizierten Handwerkertums wurde auf die Arbeiterbildungsvereine als eine Gesellschaft von Bildungsbedürftigen herabgesehen, über die man sich dort weit erhaben dünkte:

«Viele Arbeiter, die sich dem Verein nicht anschliessen, es sind dies z.B. zahlreiche Uhrmacher, Mechaniker, Goldarbeiter, Schriftsetzer und überhaupt solche, welche ihre Profession gerne Kunst zu nennen pflegen, aber in der Einbildung, dass sie auf einer höhern Stufe stehen als z.B. Maurer, Zimmerleute, Schlosser u.s.w., und mögen, gestützt auf diese Erhabenheit, keine Gemeinschaft mit uns machen.»⁵⁴

Mit der erzwungenen Preisgabe der revolutionären Zielsetzung hatten die Arbeitervereine in bezug auf die politische Ausrichtung vieles von ihrer schrittmachenden Funktion verloren. In der *demokratisch-nationalen Bewegung*, an der sie partizipierten, waren Achtundvierziger der gehobenen Bildungsschicht tonangebend. Ihnen hatte neuen Auftrieb verliehen, dass die nationale Bewegung in Deutschland durch die Wirtschaftskrise von 1857 und die politischen Ereignisse der nachfolgenden Jahre wieder in Fluss geraten war. Liberale und Demokraten, unter ihnen auch Hermann Schulze-Delitzsch, der ja in den hiesigen deutschen Arbeitervereinen grosses Ansehen genoss, hatten sich im Deutschen Nationalverein zusammengefunden, um, wie die Frankfurter Gründungsversammlung vom 15./16. September 1859 beschloss, eine nationale Partei in Deutschland «zum Zwecke der Einigung und freihheitlichen Entwicklung des grossen gemeinsamen Vaterlandes» nach Kräften zu fördern. Die zumal in Süddeutschland zahlreichen Anhänger der grossdeutschen Bewegung traten ihm allerdings nur zögernd und mit dem Vorbehalt bei, jener im Natio-

nalverein vorherrschenden Tendenz entgegenzuwirken, allein von einer liberalen preussischen Regierung die Einigung des Bundesstaates zu erwarten. In der Schweiz war unter den Deutschen, die hier mit den Österreichern ja in den gleichen Vereinen verkehrten, der grossdeutsche Gedanke besonders stark ausgeprägt. Die beiden namhaftesten Mitglieder des Deutschen Nationalvereins, Georg Fein (1803-1869) und Karl Nauwerck (1810-1891), gehörten seiner demokratischen Opposition an.⁵⁵ Emphatisch wurde dem wiedererstarkenden Nationalgefühl bei den Feiern zu Schillers hundertstem Geburtstag am 10. November 1859 Ausdruck verliehen. In Genf und in Zürich, wo Herwegh das Festlied gedichtet hatte und Jakob Audorf, der Präsident des Winterthurer Arbeitervereins und spätere Verfasser der Arbeitermarseillaise, die Festrede hielt, gestaltete sich dieser Anlass zu patriotischen Kundgebungen von Auslandsdeutschen aller Schichten.⁵⁶ Ebenfalls im Zeichen der nationalen Verbundenheit standen die Grussadressen und Preisgaben, die die Vereine aus der Schweiz zu den grossen Schützen-, Turner- und Sängerefesten in Deutschland sandten, um auch auf diese Weise den Willen zum Zusammenschluss zu demonstrieren.⁵⁷

Dieses gemeinsame Streben ist kurz zuvor durch die Verstimmung überschattet worden, dass gerade aus der Schweiz Zwietracht in die Reihen der deutschen Demokraten getragen wurde. Der Streit war im Juni 1859 am Krieg Sardiniens und Frankreichs gegen Österreich aufgeflammt. Von Genf aus hatte Carl Vogt den in Deutschland schockierenden Ruf erhoben, das reaktionäre System in Österreich durch Napoleon III. beseitigen zu lassen und aus dieser Hoffnung heraus in Bonaparte einen Schrittmacher der Volksfreiheit und der nationalen Einigung zu begrüßen.⁵⁸ Es gab sogar einzelne Meinungen, nach denen notfalls Preussen «im Interesse des Vaterlandes vermittelt eines förmlichen Staatsstreiches sich an die Spitze Deutschlands oder seiner Wehrkraft stellen» sollte, um eine Kriegsteilnahme gegen Frankreich zu verhindern.⁵⁹ Solche Stimmen aus den Reihen der deutschen Emigration, aus der der Neuschweizer Vogt herausgewachsen war, wurden in Deutschland auch unter demokratischen Gesinnungsgenossen nicht geteilt. In dem Dilemma, einerseits die verwandten Einigungsbestrebungen in Italien anzuspornen, andererseits in Österreich das Bruderland sehen zu müssen, entschied sich die Mehrheit der demokratischen und liberalen Deutschen gegen den französischen Imperator, auch wenn ihr der habsburgische Absolutismus aufs Tiefste verhasst war. Noch blieb unvergessen, dass die deutsche Nationalbewegung im Kampf gegen Napoleon I. gross geworden war. Bezeichnenderweise wurde wiederum in Süddeutschland unter der Losung, es gelte

jetzt, «den Rhein am Po zu verteidigen», vehement für die österreichische Sache Partei genommen⁶⁰, und auch diesseits der Grenze beeilte sich eine «Erklärung der deutschen Demokraten in der Schweiz» zu versichern, dass die pronapoleonischen Sympathiebezeugungen keineswegs repräsentativ für die Einstellung der hier lebenden Deutschen seien:

«Wir halten uns deshalb unserm Vaterlande gegenüber verpflichtet, dass wir die berührten Ansichten in keiner Weise billigen, sondern sie im Gegentheil entschieden von uns ablehnen. Wir sind überzeugt, dass Deutschlands Ehre und Wohlfahrt auf jenem Wege nicht gefördert, vielmehr zu Grunde gerichtet werden.»⁶¹

Dieser Konflikt ist auf dem Zentralfest in Lausanne vom 26./27. Juni 1859 durch eine streitbare Rede von Carl Vogt auch vor dem Forum der deutschen Arbeitervereine aufgerollt worden. Seine antiösterreichische Haltung fand hier ebenfalls fast nur Ablehnung. Die Rede enthielt zugleich eine scharfe Abgrenzung gegen Karl Marx. Die Kontroverse zwischen Vogt und Marx, die damit in ihr akutes Stadium trat, ging letztlich um die Frage, welches die echten oder die falschen Propheten seien, die den kleinbürgerlich-proletarischen Schichten den Weg zu weisen strebten.⁶² Noch waren sich die in der Zentralisation zusammengefassten Arbeitervereine über ihre Antipathie gegen Marx und seine Anhänger einig. Wie vielen ihrer Landsleute galt ihr Vertrauen Männern wie Johann Jacoby oder Heinrich Simon. Diese repräsentierten für sie die bewährten Vorkämpfer der ersehnten nationalen Einigung im Zeichen demokratischer Freiheit. Am 12. Oktober 1862 war für Heinrich Simon bei Murg am Walensee eine Gedenkstätte eingeweiht worden, die sich zum eindrucklichsten Zeugnis gemeinsamer Freiheitsbegeisterung gestaltete. Ehemalige Mitglieder der Paulskirche, die zum Teil aus dem Ausland herbeigeeilt waren, bekannte Persönlichkeiten unter den Deutschen in der Schweiz, mit der schwarz-rot-goldenen Fahne geschmückte Deputationen der deutschen Arbeitervereine von Zürich, Glarus, Schwanden und Mollis, die Studentenverbindung «Teutonia», aber auch zahlreiche Schweizer, unter ihnen Gottfried Keller und Vertreter der Behörden, fanden sich zum Festakt ein. Auf der Matte, die das Denkmal trug, entzündeten sich erneut die Geister an den Idealen, die die Achtundvierziger begeistert hatten. Als «Rütli der Deutschen in der Schweiz» begrüßte Oberst Bernold von Wallenstadt die Erinnerungsstätte. Das hoffnungsfrohe Wort fand über die Grenzen hinweg zustimmenden Widerhall.⁶³ Die Kundgebung war aber auch ein Bekenntnis zur schweizerisch-deutschen Freundschaft. Der nationale Charakter der Feier, der noch durch das von der Zürcher «Har-

monie» gesungene Lied «Die Wacht am Rhein» unterstrichen wurde, bot keinen Anlass zur Disharmonie.⁶⁴ Das gute Einvernehmen beruhte in der einmütigen Begeisterung für demokratische Freiheit, für die die Schweiz trotz mancher Vorbehalte als Wegbereiterin gepriesen ward. Ohne Anstoss zu erregen, brachte Jacoby einen Toast aus, worin er der Hoffnung Ausdruck verlieh, «dass der Brocken einst mitten in der Schweiz stehen werde».⁶⁵

Als im Konflikt um Schleswig-Holstein der Nationalismus hochschlug, rief der Deutsche Nationalverein im Spätherbst 1863 dazu auf, Geld herbeizuschaffen und Mannschaften, Waffen und alle Mittel zur «Befreiung» bereitzuhalten; er gelangte auch an die Vereine in der Schweiz.⁶⁶ Aus ihren Reihen wurden Zustimmungsadressen an den Deutschen Nationalverein entsandt und Subskriptionen zugunsten der nationalen Sache an die Hand genommen. Einige Vereine hatten bereits damit begonnen, im Hinblick auf einen Krieg mit Dänemark Freiwillige bereitzustellen, Waffenübungen durchzuführen und einen Sammelplatz zu bestimmen. Der Vorort Zürich wurde von den Lokalvereinen der Lauheit bezichtigt, obwohl auch er sich die Parole von der Befreiung der deutschen Brüder in Schleswig-Holstein zu eigen gemacht und zusammen mit bürgerlichen Kräften und Studenten einen Wehrverein ins Leben gerufen hatte.⁶⁷ Die kampfbegeisterten Heisssporne nahmen es übel, dass Demokraten wie Carl Vogt, Temme, Waldeck, Rüstow und Ladendorf die Gegenparole ausgegeben hatten: «erst Freiheit in Deutschland, dann wollen wir an Schleswig-Holstein denken».⁶⁸ Als Republikaner befürchteten sie, dass ein Krieg um der Augustenburger willen nur dynastischen Interessen dienen und damit die Gegner der erstrebten Volksfreiheit stärken würde. Das Dilemma, in das der Vorort Zürich geraten war, spricht aus seiner Stellungnahme an sämtliche Lokalvereine vom Dezember 1863. Trotz aller Vorbehalte erklärte er sich bereit, Gelder für Schleswig-Holstein in Empfang zu nehmen. Gleichzeitig mahnte er, «das unselige Vertrauen auf die Fürsten» aufzugeben.⁶⁹ Auch jetzt noch war man sich in den Arbeitervereinen nicht darüber schlüssig geworden, ob die nationale Einigung durch die Volksbewegung allein oder unter Führung liberaler Fürsten anzustreben sei. Wohl wurde der Freiheitskämpfer Giuseppe Garibaldi als Ehrenbürger in die verbündeten Vereine aufgenommen, aber sogleich verlangten andere Vorschläge, diese Ehrung auch dem Herzog Ernst II. von Sachsen-Coburg-Gotha und dem Grossherzog Friedrich I. von Baden zukommen zu lassen.⁷⁰

Die Frage «Freiheit oder Einheit zuerst» wurde 1866 zugunsten der letzteren entschieden. Ein Sieg Österreichs wäre von zahlreichen Deutschen in der Schweiz be-

vorzuzug worden. Mit ihm verband sich die Erwartung, dass die Voraussetzungen für eine Revolution und damit «die demokratische Einigung des Reiches» aussichtsreicher gewesen wären. Im Ausland, wo sich die Deutschen der verschiedenen Staaten unwillkürlich nahe standen, wurde von ihnen besonders empfunden, was August Bebel den «kulturellen Mord, der an den zehn Millionen Deutschen in Österreich begangen wurde», nannte.⁷¹ Entweder hielten sie wie die «Deutsche Volkspartei» in Süd- und Südwestdeutschland an ihrer antipreuussischen und föderalistischen Gesinnung fest, bis durch die Reichsgründung die grossdeutschen Forderungen jeden Realitätsbezug verloren hatten,⁷² oder sie begannen sich «auf den Boden der einmal gegebenen Tatsachen» zu stellen und schwenkten in das nationalliberale Lager ab.⁷³

Nach dem Sieg Preussens begann sich in den hiesigen deutschen Arbeitervereinen eine Richtungsänderung anzubahnen. Die Enttäuschung über den Verlauf der nationalen Einigung führte bei ihnen zur vermehrten Beschäftigung mit den ihnen näherliegenden sozialen Fragen. Von Anfang an hat der Nationalismus, wie er vom «Fell-eisen» vertreten worden war, eine antipreuussische und dann vor allem eine antibismarckische Note besessen. Der Bruderkrieg von 1866 schien ihm vollends der Bankrott dynastischer Staatenleitung zu sein. Selbst Georg Fein,⁷⁴ der in der liberalen Ära einflussreiche Arbeiterführer, hatte kurz vor Kriegsausbruch erklärt, dass alle Bestrebungen, die Fürsten auf dem Wege des Rechts zur Ausführung der gesamtdeutschen Forderungen zu bringen, nutzlos seien. Es gebe nur ein Mittel zur Befreiung aus der politischen Ohnmacht, einmütig das Schwert zu ergreifen mit der Devise: «Hoch die Republik! Tod den Monarchien! Hinweg mit den Fürsten und ihren Helfershelfern!»⁷⁵ Dieser Kampfruf ertönte ebenfalls aus dem Rundschreiben des Vororts Zürich an sämtliche Lokalvereine: «Weg mit denen, die an all dem Elend schuld sind, kein Erbarmen, wenn sie untergehen – alles für das Volk, alles durch das Volk. Prüfe ein jeder sich selbst, mache sich jeder mit den Waffen bekannt und dann – wenn das Vaterland ruft – tue ein jeder seine Mannespflicht.»⁷⁶ Eine «offene Bildung von Freikorps» liess zwar, wie das Zentralkomitee mahnte, die Bundesverfassung von 1848 nach Artikel 57 nicht zu.⁷⁷ Zumindest für Zürich ist aber ein deutscher Wehrverein nachgewiesen, der mit Duldung der Behörden Waffen- und Schiessübungen abhielt, an denen auch Herman Greulich teilnahm.⁷⁸ Der rasche und unerwartete Kriegsausgang machte diese Aktionsbereitschaft überflüssig. Aus der Rückbesinnung auf die eigene Tatkraft wurde so ein Schritt zur Erkenntnis der spezifischen Klasseninteressen.

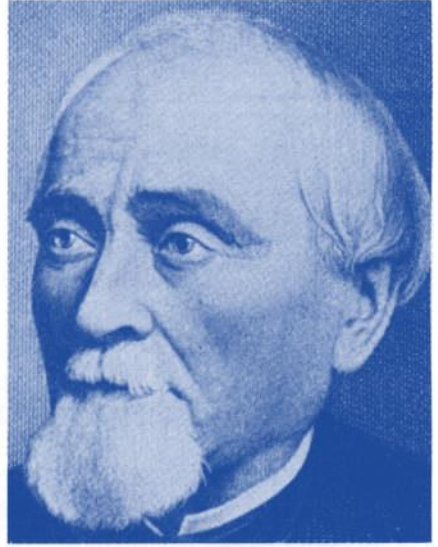
Erst allmählich hatte sich in der Schweiz die Spaltung der Arbeiterschaft in Deutschland bemerkbar gemacht. Der «Allgemeine Deutsche Arbeiterverein», der am 23. Mai 1863 in Leipzig gegründet worden war, vermochte weder durch das Lassalle'sche Programm noch durch seine straff zentralisierte Organisationsform unter den Auslandsvereinen breitere Sympathien zu gewinnen. Die grössere Aufnahmebereitschaft für neue Lehren zeigten auch dieses Mal die Vereine im Welschland, auf die sich die dort geistig bewegtere Atmosphäre übertragen hat. Vor allem Johann Philipp Becker, der mit seinem «Deutschen republikanischen Volksbund» einen Zusammenschluss der Demokraten auf internationaler Ebene anstrebte, unternahm von Genf aus den Versuch, die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz für das sozialistische Programm von Ferdinand Lassalle zu gewinnen. Der im Rahmen des eidgenössischen Schützenfestes organisierte internationale Demokratenkongress vom 16. Juli 1863 hätte in La Chaux-de-Fonds eine Schwenkung zu Lassalle auslösen sollen, doch kam es nur zur gegenseitigen Begeisterung zwischen Schweizern und Deutschen für die national-demokratischen Ideale, die sich an Manifestationen für den Sieg der polnischen Freiheitskämpfer entflamten.⁷⁹ Der tatsächliche Standort der deutschen Arbeitervereine kam an ihrem Zentralfest zum Ausdruck, das wenige Tage später in Zürich stattfand. Sie stellten sich – wie nicht anders zu erwarten – auf die Seite des Frankfurter Vereinstags deutscher Arbeitervereine, der Lassalle ebenso bekämpfte wie dieser die von Schulze-Delitzsch propagierten Genossenschaften und das liberale Bürgertum.⁸⁰ Zwei Jahre später wurde auf dem Zentralfest in Luzern beschlossen, mit dem «Verband deutscher Arbeitervereine» in Deutschland eine engere Verbindung herzustellen.⁸¹ Das Grusswort, das der Präsident des Zentralkomitees A. Borst dem dritten Vereinstag deutscher Arbeitervereine im September 1865 zu Stuttgart überbrachte, beleuchtet noch einmal das kleinbürgerliche Bildungsstreben, das in den deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz damals noch vorherrschte:

«Mit frischem Mute schreiten unsere Vereine voran auf dem Wege gesetzlicher Freiheit. Auf diesem Wege werden wir auch das Ziel erringen. Alle Stände erkennen an, dass nur auf dem Wege der Bildung die Aufgabe des Menschen erfüllt werden kann. Der Arbeiter erkennt die Pflicht und den Ruhm, ein Arbeiter, ein gebildeter Arbeiter zu sein. Der Arbeiter will nur wahre Freiheit, nicht Zügellosigkeit, er verlangt die Freiheit, welche eine Befreiung ist aus den Banden der Unwissenheit und der Vorurteile.»⁸²

Als Lassalle am 31. August 1864 bei einem Duell in Genf den Tod fand, widmete ihm das «Felleisen» nur eine lakonische Mitteilung, die erneut den Staatssozialismus verwarf und die Erfolge von Schulze-Delitzsch hervorhob.⁸³ Tiefer griff die Kontroverse um den Beitritt zur Internationalen Arbeiterassoziation, die aus der Gründungsversammlung vom 28. September 1864 in St. Martins Hall zu London hervorgegangen war. Die Geschichte dieser als «Erste Internationale» bekannt gewordenen Vereinigung sowie die grossartige organisatorische Leistung, die Johann Philipp Becker von Genf aus für sie erbracht hat, ist eingehend erforscht worden.⁸⁴ In der Schweiz erlangte sie 1868 ihren Höchststand mit rund 120 Sektionen und Untergruppen, die insgesamt 9'500 bis 10'000 Mitglieder umfassten.⁸⁵ Ungeachtet der politischen Grenzen erstreckte sich Beckers Organisationsnetz über das ganze deutsche Sprachgebiet und erhielt im Mai 1867 die offizielle Bezeichnung «Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassoziation».⁸⁶ Ihr weitbeachtetes Kampforgane war «Der Vorbote», den Becker seit dem 1. Januar 1866 herausgab.⁸⁷ In den deutschen Arbeitervereinen Genf, Lausanne und Vevey fanden sich rasch Sympathisanten für die neue Bewegung. Hingegen stiess Beckers Werben in der deutschen Schweiz auf wenig Gegenliebe.⁸⁸ Auf dem Zentralfest vom 6./7. August 1865 in Luzern hatte die Beitrittsfrage zum ersten Mal zur Debatte gestanden. Als Vertreter des Vereinstages deutscher Arbeitervereine war Leopold Sonnemann (1831-1909) nach Luzern geeilt, und nicht zuletzt die von ihm geäusserten Bedenken haben eine grosse Mehrheit veranlasst, den Kollektivbeitritt abzulehnen.⁸⁹ Erst die erwähnte Situationsänderung nach Königgrätz schuf der Internationale einen günstigeren Boden. Nachdem sich im Genfer Bauarbeiterstreik vom Frühjahr 1868 die Nützlichkeit der Internationale durch deren finanzielle Hilfsaktion augenfällig erwiesen hatte, fiel auf der Tagung in Neuenburg am 9./10. August 1868 schliesslich die Entscheidung für den Anschluss der Zentralisation an die Internationale. An Stelle der direkten Unterstellung unter den Generalrat in London, die ebenfalls gefordert worden war, wählte sie die Zugehörigkeit über die Beckersche Gliedorganisation.⁹⁰ Die Frage nach der Beurteilung der Neuenburger Beschlüsse wird auch über die Umstände dieses Beitritts näheren Aufschluss erbringen.



«Wie das neue Geld dermassen das alte und deutsche überstrahlen thut, dass es sich in seine Länder und in unsere Schmelztiegel flüchten muss.» Satirisches Blatt zur «Münzrevolution», durch die sich der junge Bundesstaat gerade auch gegenüber den deutschen Währungen eine stärkere Stellung schuf.



Georg Fein (1803-1869) förderte in den deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz eine national-demokratische Gesinnung und ein Bildungsstreben im Sinne von *Hermann Schulze-Delitzsch* (1808-1883), der 1864 von den hiesigen deutschen Arbeitervereinen ein Ehrendiplom erhielt.



Deutscher Arbeiter Verein in Schaffhausen.

18. November 1868.

3. Zwischen nationaler Loyalität und internationaler Klassensolidarität

Die Abkehr vom primär national orientierten Bildungsverein ist auf der Neuenburger Zentraltagung vom August 1868 durch die Straffung und Neufassung der Verbandsstatuten bekräftigt worden. Wie gestaltet sich dieses Reformwerk, das in eine neue Phase überleitete, und wie ist es zu beurteilen? Die Organisation nennt sich zwar weiterhin «Deutscher Arbeiter-Bildungs-Verein in der Schweiz» (DABV), doch ist sie nicht mehr auf die «Entwicklung des Nationalbewusstseins» ausgerichtet. Die Forderung, ein «deutschnationaler» Verband zu sein, hat sich überlebt und entfällt daher. Nicht die Nation, sondern die «politisch-soziale Natur des Menschen», in die alle geistigen und sittlichen, körperlichen und materiellen Interessen münden, ist Ausgangspunkt dieser Satzungen. Der höchste Zweck des Verbandes bleibt die Bildung, doch nun in «politisch-sozialem» Sinne.⁹¹ Der zweite Paragraph beschreibt, auf welche Weise dieses Ziel erreicht werden soll; der Aufzählung (Vorträge, Diskussionen, Unterrichtsstunden, Turnen, Gesang, Schriften, Kassen etc.), die weitgehend mit Satz drei der alten Fassung übereinstimmt, ist am Schluss das in seiner Bedeutung umstrittene Anhängsel beigefügt: «sowie durch den Anschluss an die internationale Arbeiterassoziation».⁹² Voraussetzung zur Aufnahme eines Lokalvereins in den DABV ist auch jetzt noch: Einsendung der Vereinssatzungen sowie eines vollständigen Mitgliederverzeichnisses, Bewilligung der Behörde zur Gründung des Vereins und eine Mitgliederzahl von mindestens 15 Personen.⁹³ Der sich anmeldende Verein hat unverzüglich eine eigene Unterstützungskasse zu gründen. Nach den Bestimmungen allgemeiner Art folgen in einem zweiten Abschnitt jene über die Mitgliedschaft in den Lokalvereinen, die vor allem Fragen des Eintritts, des Beitragswesens und eines allfälligen Ausschlusses regeln. Die Anrede «Bürger» ist weiterhin üblich. Ein zur Absicherung gegenüber dem Gastland einst wichtiger Passus entfällt: «In deutschen oder ausserschweizerischen Ländern begangene politische Verbrechen hindern die Aufnahme nicht. Politische Verbrechen gegen die Schweiz schliessen vom Verein aus.»⁹⁴ Darin zeichnet sich auch die Verschärfung der sozialen Konfliktsituation ab, die sich schon im Genfer Bauarbeiterstreik angekündigt hatte. Wie im dritten Teil festgelegt wird, konstituiert sich die Verbandsspitze nach dem bisherigen Prinzip. Der Vorort, jedes Jahr mit dem Bericht des vierten Quartals von den Lokalvereinen gewählt, übt die vollziehende Gewalt aus. Hierfür bestellt er aus seiner Mitte ein «Centralkomitee», das aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten, dem

Schriftführer und zwei Beisitzern besteht. Neu hinzugefügt ist die Bestimmung, dass der Vorort zusätzlich drei Delegierte für das Zentralkomitee der IAA ernennt, die zusammen mit der Redaktionskommission ebenfalls dem «Centralkomitee» angehören. Als oberste leitende Behörde hat es die laufenden Verwaltungsangelegenheiten zu besorgen, wacht über die Befolgung der Zentralsatzungen und -Beschlüsse und vertritt den Verband nach aussen.⁹⁵ Die von Zeit zu Zeit, früher alle anderthalb Jahre durchzuführende «Centralversammlung» dient der Festigung des Zusammengehörigkeitsgefühles. Neben der Besprechung grundsätzlicher Fragen übt sie die oberste Aufsicht über das Finanzwesen aus. Diese Delegiertenversammlung hat bindende Beschlüsse allerdings nur dann treffen können, wenn ihr vom Gesamtverband zuvor für einzelne Angelegenheiten die gesetzgebende Gewalt ausdrücklich zugesprochen worden ist.⁹⁶ Vor allem der fünfte Teil der Satzungen «Von der Vereinszeitung» ist vollständig umgearbeitet worden. Der bisherigen Regelung zufolge hat das «Fell-eisen» hauptsächlich als Organ für das Vereinsleben gedient, während erst in zweiter Linie die wichtigeren Fragen besprochen worden sind, die den Arbeiterstand als Gesamtheit unmittelbar betreffen.⁹⁷ Die neuen Verbandssatzungen hingegen geben der Zeitungskommission, die sich aus zwei Mitgliedern und einem geschäftsführenden Redakteur zusammensetzt, für die Herausgabe des Blattes genaue Richtlinien. Das Organ, das vom Januar 1869 an wöchentlich erscheinen soll,⁹⁸ gliedert sich fortan in drei Rubriken: zuerst, und hier ist die Prioritätenverschiebung besonders deutlich, sind die Mitteilungen und Besprechungen aller wichtigsten für jeden Arbeiter unentbehrlichen politischen und sozialen Fragen zu bringen, dann folgen die inneren Vereinsangelegenheiten, und die dritte Rubrik enthält das Feuilleton; Einsendungen aus dem Vereinsleben und Annoncen rücken an den Schluss. Erscheinungsort des Blattes ist mit dem Sitz des Vorortes identisch, der auch die Redaktionskommission wählt. Die Redaktion sieht sich sogar auf ein kurz umrissenes Programm verpflichtet: «In politischer Hinsicht hat das Blatt ausschliesslich den demokratisch-republikanischen Standpunkt zu vertreten; in socialer Beziehung ist auf dem Wege der Gegenseitigkeit und Gesamtverbindlichkeit der Arbeiter jedes Landes die Gleichberechtigung aller Menschen am Lebensgenuss der massgebende Gesichtspunkt, so dass als Ziel aller politisch-socialen Bestrebungen die Herstellung socialer Institutionen und Einrichtungen eines europäischen Freistaatenbundes hervorleuchtet.»⁹⁹ Noch ist dieses Bekenntnis vage genug, um mit den bürgerlichen Linksdemokraten die Übereinstimmung zu bewahren; selbst die zur Lösung der sozialen Fragen gewählte Formulierung mündet in eine Staatsvision, wie sie der republikanischen «Liga für Frieden

und Freiheit» vorgeschwebt hat. Statt der Vernichtung der Klassen – nach Marx die höchste Aufgabe der Internationale – strebt die hier geforderte «Gleichberechtigung aller Menschen» eine Egalisierung an, die noch nicht von der Unversöhnlichkeit von Kapital und Arbeit ausgeht. Unter den übrigen Abschnitten der Satzungen, die sich mit der Wanderunterstützungskasse¹⁰⁰ und den Lokalvereinen¹⁰¹ befassen, sei jener über die Bezirksverbände hervorgehoben. Denn er erlaubt den Lokalvereinen nun auch offiziell, sich zu regionalen Organisationen zusammenzuschliessen, um die kleineren Vereine zu fördern, den Zusammenhalt zu festigen und das Vereinsleben anzuregen.¹⁰² Auf diese Institution des Bezirksverbandes wird sich dann die Opposition im Welschland gegen die Zürcher Zentralleitung stützen. Soviel zum Stand der Reorganisation!

Doch wie waren nun die Neuenburger Beschlüsse im Zusammenhang mit der weiteren Fortentwicklung zu bewerten? Die Frage ist kontrovers. Die neuen Verbandsstatuten waren in Neuenburg fast einstimmig angenommen worden. Das Zentralkomitee mit Sitz in Genf unter seinem Präsidenten M. Quick hat sie im Oktober 1868 ausgefertigt und den Lokalvereinen zugestellt. Der Anschluss an die Internationale und die Hervorhebung der «politisch-socialen» Komponente, deren Inhalt unausgelotet blieb, sind die markantesten Zeichen einer programmatischen Veränderung, die – nur für sich selbst gesehen – leicht zur Überschätzung verführt. Während Friedrich Heeb dem Neuchateler Beitrittsbeschluss lediglich den Wert eines «Formalitätsaktes»¹⁰³ zuerkennt, glaubt der Vereinshistoriograph Dionys Zinner mit ihm den «Übertritt in das Lager der Sozialdemokratie vollzogen».¹⁰⁴ Berghoff-Ising spricht von einer «Wandlung»¹⁰⁵, und Erich Gruner sieht hier eine «endgültige Meinungsänderung»¹⁰⁶ eingetreten. Jedes dieser Urteile lässt sich auf einen Teilaspekt bezogen begründen; und doch müssen sie aus der Gesamtentwicklung noch einmal überprüft werden. Welche tiefgreifende Wende der Krieg von 1866 für die demokratische und grossdeutsch gesinnte Nationalbewegung mit sich gebracht hat, darauf wurde bereits hingewiesen. Allerdings sträubte man sich in den meisten deutschen Arbeiterbildungsvereinen vor der Einsicht, dass die national-demokratische Oppositionsbewegung angesichts der politischen Entwicklung in Deutschland erneut und dieses Mal für lange Zeit kaltgestellt worden war. Die Auffassung, in der sozialistischen Internationale sei eine willkommene Alternative zu der von den Ereignissen überholten Vereinspolitik gesehen worden, entspringt einer verfälschenden Verkürzung der in sich widersprüchlichen Entwicklung. Wie schleppend sich die Behandlung des Beitritts zur Internationalen Arbeiterassoziation (IAA) in der «Eintracht» in Zürich, die

als Vorort tonangebend war, hinzog, offenbaren jetzt die entsprechenden Versammlungsprotokolle. Den ersten Kontakt hat ein Rundschreiben des Genfer Komitees der IAA hergestellt, in welchem zum Beitritt aufgefordert und zum Abonnement des «Vorboten» eingeladen wurde. Die «Eintracht» beschloss in ihrer Sitzung vom 10. Dezember 1865, die ganze Angelegenheit zunächst einmal von einer Kommission prüfen zu lassen. Das gewählte Gremium gelangte vorerst zu keinen positiven Ergebnissen. Als der Genfer Verein, der auch personell mit Beckers deutschsprachiger Sektionsgruppe eng verbunden war, ein Werbeschreiben der IAA im «Felleisen» veröffentlichen wollte, zeigte sich bei der hierüber in der «Eintracht» ausgelösten Diskussion, dass «fast alle dafür waren, dass wir unserer Ansicht treu bleiben und uns der internationalen Arbeiterassoziation nicht anschliessen». Ähnlich wie der Vorort Zürich, der auch die Redaktion des «Felleisen» stellte, lehnten die Vereine in der deutschsprachigen Schweiz im Frühjahr 1866 den Beitritt zur IAA ab, wobei die Begründung, die ganze Tatkraft sei vorerst den «nationalen Interessen» zuzuwenden, ganz im Sinne Georg Feins lag. Die «Eintracht» erhielt Beckers «Vorbote» in ihrer Eigenschaft als Vorort zugestellt. Es bedurfte jedoch des besonderen Antrages des «Bürgers» Bock vom 30. Juli 1866, dass dieses Organ in die Bibliothek eingereiht und den Mitgliedern zum Lesen vorgelegt wurde. Inzwischen hatte die Internationale auch in den Reihen der «Eintracht» Anhänger gefunden, und vor allem in der Vereinsleitung hatte man sich zur Einsicht durchgerungen, dass diese eigens zur Verteidigung der Arbeiterinteressen gegründete internationale Vereinigung nicht länger mehr ignoriert werden konnte. In der Vereinsversammlung vom 13. November 1866 unternahmen die Befürworter einen gezielten Vorstoss für den Beitritt zur IAA. Diese habe, wie «Eintracht»-Präsident Ruh versicherte, schon einen grossen Fortschritt gemacht. Auch sei zu bedenken, so sekundierte der «Bürger» Pfeil, «dass den Verein Zürich als Vorort ein Vorwurf treffen könne, wenn er diesem grossen Werke nicht beitrete». Da es nicht an ablehnender Skepsis fehlte, wurde die Abstimmung «wegen vorgerückter Zeit» verschoben. Wie in der nächsten Sitzung vom 3./4. Dez. 1866 deutlich wurde, war ein Hauptargument der Beitrittsgegner, dass der Verein zuerst seine eigenen Interessen und Verhältnisse befriedigen solle; die Opponenten waren nicht bereit, das mit dem Beitritt verbundene monatliche Opfer von fünf Rappen auf sich zu nehmen. Doch dieses Mal meldete sich auch der Republikaner Dr. August Ladendorf zu Wort, der in der Internationale seine eigenen Ziele verfolgen wollte. Er drängte mit dem Argument zum Anschluss, man könne nicht immer an dem alten Zopf festhalten, «Vorwärts» heisse das Leitprinzip. Auch der Vorortsprä-

sident Borst setzte sich für den Beitritt ein. Der Versammlungsleiter Ruh ermahnte sogar die Befürworter, ihren Namen auf die Stimmzettel zu schreiben, damit diese eine eigene Sektion bilden könnten, wenn sich nicht der ganze Verein beteilige. Die endlich durchgeführte Abstimmung erbrachte mit 58 Ja gegen 15 Nein nun doch eine massive Mehrheit für einen Anschluss, die allerdings durch die zahlreichen Enthaltungen – 105 Anwesende waren gezählt worden – relativiert wurde. Da der Beitritt erst vollzogen werden sollte, wenn auch die entsprechende Erhöhung des Mitgliederbeitrages sichergestellt war, blieb die Ausführung des Beschlusses in der Schwebe. In der Generalversammlung vom 13. Januar 1867 kam es wegen der Beitragserhöhung erneut zu einer Kontroverse über den Anschluss. Inzwischen war nämlich bekannt geworden, dass der Genfer Bruderverein, der doch zuerst für die IAA eingetreten war, sich von dem Beckerschen Komitee distanziert hatte, weil dieses als Konkurrent aufträte und darauf hinziele, «ihm seine besten Kräfte aus dem Verein zu entziehen». Die «Eintracht» beschloss daher, zuerst Erkundigungen beim Genfer Verein einzuziehen, da dieser auch die Geschäftsführung innerhalb der deutschsprachigen Sektionsgruppe der IAA kritisiert hatte. Der Anschluss sollte nach einem Monat vollzogen werden. Innerhalb der Zentralisation hatte sich jetzt die merkwürdige Konstellation ergeben, dass der Zürcher Verein, der sich lange einem Beitritt widersetzt hatte, im Begriffe stand sich der IAA anzuschliessen, während der Genfer Verein, der gerade in dieser Zeit von der «Eintracht» den Vorort übernahm, sein früheres Engagement durch den Austritt aus Beckers Zweigorganisation desavouierte. Auf der nächsten Generalversammlung vom 21. April 1867 musste Borst auf eine entsprechende Anfrage erklären, dass man, was die IAA betraf, «bis jetzt noch gar keine Vortheile darin gefunden habe». Angesichts dieser Verunsicherung, die auch auf die Vereinsleitung Übergriff, schlug Borst vor, trotz der schon gefassten zustimmenden Beschlüsse die Angelegenheit vorerst einmal auf die Tagesordnung des nächsten Zentralfestes zu bringen. Wenigstens entschloss man sich, den «Vorboten» zu abonnieren, nachdem dessen Zustellung mit der Übergabe des Vorortes aufgehört hatte. Während die Unterstützung des Internationalen Friedenskongresses in Genf, der von linksorientierten Radikalen bürgerlicher Provenienz dominiert wurde und aus dem die «Internationale Friedens- und Freiheitsliga» unter Führung von Jules Barni hervorging, in der «Eintracht» am 18. August 1867 ohne grössere Diskussionen gutgeheissen wurde, war die Beteiligung am zweiten Kongress der Internationale, der am 2. September in Lausanne zusammentreten sollte, umstritten. Da man sich nicht selbst exponieren wollte, hatte die «Eintracht»-Versammlung am 12. August den von

August Ladendorf vorgebrachten Vorschlag angenommen. Dieser unentwegte Republikaner hatte inzwischen eingesehen, dass der Arbeiterbildungsverein in seiner heterogenen Zusammensetzung von sich aus in der IAA kaum eine aktive Rolle werde übernehmen können. Wer der IAA beitreten wollte, sollte sich daher bei ihm melden, «er werde sodann mit ihnen und noch mehreren Schweizern eine deutsche Section bilden, welche zum Congress auch einen Abgeordneten schickt». Schon früher war der Plan einer Separatgründung erwogen worden. Da diese nun auch von der «Eintracht» gebilligt worden war, wurde am 18. August 1867 die Zürcher Sektion der IAA ins Leben gerufen. Ausser dem Schweizer Karl Bürkli, der als Präsident fungierte, waren ihre führenden Köpfe alles Deutsche (Ladendorf, Greulich, Friedrich von Beust, August Krebsler). Vor der Uneinigkeit über die Zielsetzung war auch die Separatgruppe nicht gefeit. Diese Trennung stellte eine Verlegenheitslösung dar, über der wiederum einige Monate verstrichen. Die bevorstehende Verbandstagung vom 9./10. August 1868 sah eine einfachere Lösung vor. Die Zentralisation sollte in ihrer Gesamtheit Beckers Sektionsgruppe unter Entrichtung eines entsprechenden Pauschalbeitrages beitreten. In ihrer Sitzung vom 6. Juli 1868 hatten sich die Eintrachtler noch einmal über die Anschlussfrage ereifert. Ein entschiedener Gegner meinte, er und andere befürchteten, dass die IAA, die eine im weitem Felde politische Sendung verfolge, einmal von Staats wegen aufgelöst werden könnte, was sich im Falle einer Mitgliedschaft auch auf den eigenen Verein nachteilig auswirken könnte. Das Trauma von Murten klang in diesem Votum nach! Zuletzt sprachen sich mehr als zwei Drittel für den Beitritt «als mitgenössische der internationalen Arbeiterassociation» aus. Nach Neuenburg wurden der Präsident Seelos sowie Vizepräsident Greulich delegiert, die sich dort für den Anschluss einsetzten. Auch der Genfer Verein votierte in diesem Sinne, bis sich schliesslich 28 Vereine für den Beitritt erklärten, während sich ihrer 6 der Stimme enthielten. Nur der Berner Verein sprach sich dagegen aus, wie Greulich in der «Eintracht» am 17. August berichtete.¹⁰⁷

Aus der Schilderung, wie mühselig sich der Entscheidungsprozess in der «Eintracht» hinzog, wird deutlich, wie schwer man sich vom nationalen Kurs der liberalen Ära löste. Wenn schliesslich doch eine Mehrheit für den Beitritt zur IAA votierte, so fehlte jede spontane und engagierte Zustimmung, die im Fall einer Belastungsprobe dieser Verbindung einen tieferen Rückhalt verliehen hätte. Nur halbherzig war der Anschluss in den meisten Ortsvereinen betrieben worden, und es lohnt sich zu erhehlen, unter welchen Motiven der Beschluss in Neuenburg an der Verbandsspitze zu-

stande gekommen ist. Dabei gilt es sich zu vergegenwärtigen, dass sich für die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, ganz abgesehen von den politischen Ereignissen des Jahres 1866, Veränderungen ergeben hatten, die aus ihrer spezifischen Klassenlage resultierten.

Für den deutschen Arbeiter im Ausland hatte die Zentralisation bisher wenig nutzbringende Unterstützung für sein Streben nach gesicherteren Arbeitsbedingungen gebracht. Auf die Dauer gesehen, vermochten gewerkschaftliche Organisationen besser ihre materiellen Interessen wahrzunehmen. Weder auf Beckers Versuche mit Produktivgenossenschaften noch auf die von der Internationale angeregten frühen Berufsorganisationen muss weiter eingegangen werden, um zu verdeutlichen, dass sich hier pragmatisch ein neues Wirkungsfeld erschloss, das die bisherigen Bildungszwecke durch eine den Arbeiterinteressen adäquatere Zielsetzung abzulösen versprach. Die Genossenschaften sind, so verkündete das Zentralkomitee der internationalen Schneiderassoziation zu Lausanne, «der Anfang zum künftigen Volksstaate». ¹⁰⁸ In den «Gewerksgenossenschaften» – in dieser Wortbildung spiegelt sich zugleich das Ineinandergreifen von gewerkschaftlichen Prinzipien nach dem Vorbild der englischen Trade-Unions und den Beckerschen Vorstellungen von Produktivgenossenschaften wider – war der Beruf und nicht die Nationalität massgebend. ¹⁰⁹ Erste zentrale Fachverbände waren 1858 bei den Typographen und 1867 bei den Schneidern und Schuhmachern entstanden; 1872 folgten die Textil-, dann die Holzarbeiter und Buchbinder. In diesen Berufen waren die Deutschen besonders zahlreich vertreten; ihre Initiative, mitbedingt aus ihren völlig ungeschützten Arbeitsverhältnissen, steht in der Schweiz an den Anfängen der Gewerkschaftsbewegung, in der sie bis zum Ersten Weltkrieg immer wieder das belebende, oft das radikalere Element waren. ¹¹⁰ In den Gewerkschaften und nicht innerhalb der deutschen Arbeitervereine konnte die Wahrnehmung der spezifischen Berufs- und Klasseninteressen in die Praxis umgesetzt werden. Die Betätigung in den Berufsverbänden, die unmittelbar für die soziale Besserstellung eintraten, vermittelte denn auch während der folgenden Jahrzehnte einen Lern- und Erfahrungsprozess, der wesentlich dazu beitrug, aus der Mitgliederbasis in den deutschen Vereinen engagierte Sozialisten zu formen.

Wenn nach 1866 aus einzelnen Sektionen die Forderung lauter wurde, das «Fell-eisen» solle sich weniger mit Politik als mit den Angelegenheiten von Industrie und Gewerbe befassen, die den Arbeiter unmittelbar berühren, so findet sich hier ein deutlicher Fingerzeig für die zunehmende Bereitschaft, anstelle der nationalen der sozialen Frage den Vorrang zu geben. ¹¹¹ Bis zum «radikalen politisch-sozialen Selbstbewusstsein», das der Vorort Genf wünschte, war es allerdings noch ein weiter

Schritt. In dieser Zeit des Umbruchs markierte die Neuchâtelener Tagung von 1868 eine bedeutsame, aber keine endgültig erklommene Stufe. Denn der Eintrittsbeschluss, und dies wurde bisher kaum beachtet, beruhte auf in die Internationale gesetzten Erwartungen, die sich schon im folgenden Jahr als Irrtum erwiesen. Selbst unter den Promotoren Ladendorf, Greulich und Goegg, die für die Kollektivmitgliedschaft zur Internationale beredt eingetreten waren, fehlte eine übereinstimmende Konzeption. In diesen drei Persönlichkeiten manifestierten sich die divergierenden Einflüsse in den Arbeitervereinen. August Ladendorf, das führende Mitglied des deutsch-republikanischen Vereins in Zürich, war ein Exponent jener radikalen bürgerlichen Republikaner, die Berghoff-Ising als «überzeugte Socialisten» missdeutet hat.¹¹² Nachdem diesen durch die Ereignisse von 1866 klargeworden war, dass die deutsche Republik nur noch auf revolutionärem Wege erzwungen werden konnte, richtete sich ihre Hoffnung ganz auf die Hilfe der Arbeiterbewegung. Denn ohne sie fehlte den revolutionären Bestrebungen die Massenbasis, die für einen Erfolg unabdingbar war. Ladendorf suchte daher die Mittel des umstrittenen «Revolutionsfonds» zu ihrer Gewinnung und Beeinflussung entsprechend einzusetzen.

Die Anfänge dieses Fonds reichen in die Zeit der gescheiterten Achtundvierzigerrevolution zurück. Damals hatten sowohl Mazzini (1805-1872) wie Lajos Kossuth (1802-1894), die dem im Londoner Flüchtlingskreis gegründeten «Europäischen demokratischen Komitee» angehörten, mit Erfolg bei Gleichgesinnten in Europa und Amerika für die Weiterführung ihrer Agitation Gelder gesammelt. Analog hierzu entschlossen sich deutsche Emigranten, darunter Gottfried Kinkel, Franz Sigel, August von Willich, Karl Schurz, Alexander Schimmelpfennig und Amand Goegg, die «Millionen betragende deutsche Bevölkerung Nordamerikas» für ein «deutsches Nationalanlehen» zu gewinnen.¹¹³ Im September 1851 traf Kinkel zu seiner Werbereise in den Vereinigten Staaten ein, die ihm zwar einen grossen persönlichen, finanziell aber nur bescheidenen Erfolg eintrug.¹¹⁴ Im folgenden Jahr gründete Goegg in den USA über 100 sogenannter «Revolutions- oder Volksvereine», die mit weiteren Spenden den in London verwalteten Fonds spiesen. Statt des erhofften Grundstockes von 20'000 Talern gelang es nach Abzug der erheblichen, vor allem durch die Reisen verursachten Unkosten nur rund 1'000 Pfund Sterling zusammenzubringen. Diese Gelder wurden von Kinkel auf der Westminsterbank zugunsten einer künftigen provisorischen Regierung hinterlegt und blieben dort als Gegenstand des Haders fünfzehn Jahre lang blockiert.¹¹⁵ Kinkel, der mit der Gruppe um sein Emigrationsorgan

«Hermann» in England die Hauptstütze des Deutschen Nationalvereins gewesen war, hat sich durch seine vorübergehend positive Einschätzung der Bismarck'schen Einigungspolitik 1866 von den kleinbürgerlichen Demokraten entfernt. Auf Drängen seiner bisherigen Gesinnungsfreunde sowie des Spenderkreises in Amerika musste er daher die von ihm zurückgehaltenen Gelder einem Verwaltungskomitee übergeben, dem unentwegte Demokraten, darunter der Strafrechtler Jodokus Temme, Karl Nauwerck und August Ladendorf in Zürich angehörten.¹¹⁶ Erst jetzt konnte der «Revolutionsfonds», dem jede Privatunterstützung verboten war, seine Mittel zur Herbeiführung der deutschen Republik fruchtbar machen. Doch war der erfolgversprechende Empfängerkreis 1866 arg zusammengeschmolzen. Die «Demokratische Volkspartei», die mit Ludwig Eckardt (1827-1871) und dem auch für die Zürcher demokratische Bewegung bedeutsamen Friedrich Albert Lange (1818-1875) den «Verband Deutscher Arbeitervereine» in das Lager der kleinbürgerlichen Demokratie gezogen hatte, war als politische Kraft ausgeschieden, nachdem sie im deutschen Krieg Österreich unterstützt hatte, um auf diesem Wege eine revolutionäre Volksbewegung zu entfachen. Die aus ihr hervorgegangene «Deutsche Volkspartei» unter Leopold Sonnemann, die letzte bürgerlich-demokratische Organisation im Geiste der achtundvierziger Freiheitsideale, kam zwar in ihrem linken Flügel um Johann Jacoby und Guido Weiss (1822-1899) den Auffassungen des Zürcher Republikaner-Vereins am nächsten, besass aber, im süddeutschen Föderalismus verankert, wegen ihrer organisatorischen Schwäche keine revolutionäre Stosskraft.¹¹⁷ Ihre Gründung erfolgte überdies erst am 20. September 1868 in Stuttgart, also zwei Jahre nachdem der «Revolutionsfonds» aktionsfähig geworden war. Vergeblich hatte Temme versucht, in der kleindeutsch orientierten «Deutschen Fortschrittspartei» auf einen Zusammenschluss der Demokraten in Deutschland hinzuwirken. Die 1867 von Jacoby und Weiss in Berlin gegründete demokratische Zeitung «Die Zukunft» erhielt aus diesen Mitteln Fr. 5'000.–.¹¹⁸ Obwohl sie unter den Anhängern der «Deutschen Fortschrittspartei» in Berlin rasch Einfluss gewann, scheiterte der Versuch, eine radikalere Parteipolitik durchzusetzen. 1868 trennte sich Jacoby von der Fortschrittspartei, und sein zwei Jahre später unternommenes Experiment, in Berlin eine demokratische Partei zu gründen, schlug vollends fehl.¹¹⁹

Wurde einerseits mit insgesamt wenig Erfolg versucht, auf die kleinbürgerlichen Demokraten in Deutschland Einfluss zu nehmen, so hatte es Ladendorf unternommen, auf die Arbeiterbewegung im Sinne der revolutionären Demokraten einzuwirken.

ken. Im Arbeiterbildungsverein «Eintracht» in Zürich ist Ladendorf erstmals am 22. Februar 1864 zu begegnen, als er in eine Buchprüfungskommission gewählt wurde. Vor allem durch seine Vorträge machte er sich in diesem Kreis rasch bekannt. Noch im Oktober dieses Jahres wurde der Antrag gestellt, ihn zum Ehrenmitglied zu ernennen. Das Begehren wurde jedoch wieder zurückgezogen, weil er sich kurz zuvor bei einer Auseinandersetzung beleidigend geäußert hatte. Der eigenwillige Politiker benutzte seine Vorträge, um für die Verknüpfung der sozialen Frage mit seinen republikanischen Idealen Propaganda zu machen. Während er vor allem mit den Turnern und ihrem Sprecher Sannmann in Zwist lag, die gegen jede Politisierung des Vereins waren, folgte seinen Referaten mehr und mehr nur noch ein bestimmter Kreis von Sympathisanten. Nach einem erzwungenen Unterbruch durfte er seine Veranstaltungen nur wieder aufnehmen, wenn diese dem ganzen Verein und nicht einer bestimmten Gruppe offenstanden. Dieser Beschluss wurde in der Vereinssitzung vom 8. April 1865 mit 86 gegen 54 Stimmen angenommen, wobei noch ausdrücklich hinzugefügt wurde, «dass er volkswirtschaftliche Vorträge, und keine mehr über die Arbeiterfrage halten solle».¹²⁰ Seine politische «Mission» war hier somit vorerst gescheitert; umso verlockender musste ihm dann ein Engagement im Rahmen der deutschsprachigen Sektion der IAA erscheinen. Um hier mitreden zu können, benötigte er ein Mandat. Da aber die Beitrittsfrage in der «Eintracht» wie aufgezeigt trotz aller Bemühungen in der Schwebe blieb, setzte er sich für die erwähnte Gründung einer Zürcher Sektion der IAA ein. Diese Lokalsektion stellte für das rührige Mitglied des deutsch-republikanischen Vereins nur einen ersten Schritt in seinen weitgespannten Plänen dar, sollte doch die Internationale in seiner Sicht das ausbaufähige Instrument dafür abgeben, um die demokratisch-republikanische Zielsetzung zu verwirklichen. An Beckers Sektionsgruppe nahm er tatkräftigen Anteil. Becker selbst ließ er längere Zeit seine finanzielle Unterstützung.¹²¹ Als nächsten Schritt setzte er alles daran, die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz der Internationalen Arbeiterassoziation zuzuführen. Die Neuchâtel-Tagung festigte seinen Einfluss innerhalb der Zentralisation, und dem «Felleisen» begann sich der in seinen Mitteln begrenzte Geldfonds zu öffnen. Auf dem fünften Vereinstag des Verbandes Deutscher Arbeitervereine, der vom 5. bis 7. September 1868 in Nürnberg stattfand, nahm neben Greulich auch Ladendorf teil. Beide fochten auf der Tagung mit Erfolg für einen Beitritt zur Internationale. Wie August Bebel in einer Aussage bekannt gemacht hat, erhielt der Arbeiterverband, nachdem er durch diese programmatische Richtungsän-

derung erhebliche Mitgliederverluste hatte hinnehmen müssen, nun erstmals aus dem «Revolutionsfonds» 3'000 Franken.¹²² Unterstützt wurden vor allem Presseorgane, so das «Demokratische Wochenblatt» in Leipzig, das nach Eisenach in «Der Volksstaat» umbenannt und zum zentralen Parteiorgan gemacht wurde, die «Volksstimme» in Wien sowie – neben dem «Felleisen» – Beckers «Vorbote».¹²³ Ein Brief Ladendorfs vom 6. September 1869, der sich auf zwei solcher Geldspenden bezog, gibt über den Zweck dieser finanziellen Hilfe wie über das Verhältnis zur sozialistischen Bewegung Aufschluss:

«Bemerken muss ich Ihnen, dass statutenmässig nur die politische Agitation für die deutsche Republik die Verwendung des Geldes verstaut, die soziale Frage nicht berührt ist. Wir halten uns für berechtigt und verpflichtet, für die seit dem Nürnberger Arbeitertage in Gang gekommene Arbeiterbewegung das Geld des betreffenden Fonds vorzugsweise zu verwenden, da die soziale Frage mit der Erstrebung der Republik zusammenfällt.»¹²⁴

Ladendorfs These, erst die radikale Umgestaltung der politischen Verhältnisse ermögliche eine nutzbringende Arbeit in der sozialen Frage, sollte die Arbeiterbewegung zum politischen Engagement in seinem Sinne veranlassen. Seitdem auf dem Brüsseler Kongress mit dem Bekenntnis zur Sozialisierung wichtiger Produktionsmittel Karl Marx an Einfluss gewonnen hatte, dessen unbedeutender, aber entschiedener Gegner Ladendorf war, begannen seine in die Internationale gesetzten Hoffnungen zu schwinden. Für die Notwendigkeit internationaler Gewerkschaften, für die Greulich seit dem Nürnberger Vereinstag mit Eifer warb, zeigte Ladendorf wenig Verständnis, und nach dem Basler Kongress der Internationalen Arbeiterassoziation vom September 1869, der den berühmten Entschluss zur Kollektivierung von Grund und Boden gefasst hatte, trat er aus der Internationale aus.¹²⁵ Das bürgerlich-demokratische Verwaltungskomitee stellte daraufhin die der Sozialdemokratie in Deutschland gewährte Geldhilfe wieder ein.¹²⁶

Man wird Erich Gruner beistimmen, dass Ladendorf nicht wie Franz Mehring meint, als «Antisozialist» zu charakterisieren ist.¹²⁷ Andererseits scheiterte sein Versuch, die Arbeiterbewegung der demokratisch-republikanischen Revolution dienstbar zu machen, am fehlenden Verständnis für die Bedürfnisse einer proletarischen Klassenpartei. Die stärkste Basis verblieb ihm in den hiesigen deutschen Arbeitervereinen. Als Mitredaktor des «Felleisen» vermochte er weiterhin einen Kurs zu

steuern, der zwar der Revolution offen das Wort sprach, dessen ungeachtet aber die Distanz zur Internationale vergrösserte und hinter der von Bebel und Liebknecht geführten Parteirichtung zuriickblieb. Die Verbreitung des Organs in Deutschland wurde unter der Redaktion Ladendorfs zu einem beträchtlichen Risiko. Wilhelm Liebknecht hatte vier Wochen Gefängnisstrafe verbüssen müssen, weil er 1869 in Leipzig das «Felleisen» mit dem Aufruf, Gewalt mit Gewalt zurückzutreiben, verbreitet hatte.¹²⁸ Im Hochverrats-Prozess gegen Liebknecht, Bebel und Hepner vom März 1872 versuchte die Staatsanwaltschaft aus der aufrührerischen Sprache des «Felleisen» sogar eine Belastung der Angeklagten abzuleiten, weil das Blatt auf dem Eisenacher Kongress zum offiziellen Organ der Parteigenossen in der Schweiz erklärt und als solches in der Folge auch in Deutschland zur Lektüre empfohlen worden war.¹²⁹ Obwohl das «Felleisen» die «sozialdemokratische Föderativrepublik» in Europa herbeizuführen wünschte, verliess es die national konzipierte Staats- und Gesellschaftsordnung nicht. In ihm findet sich sowohl der Ausdruck echten proletarischen Selbstbewusstseins wie eine revolutionäre Phraseologie, die dann durch die Ereignisse von 1870/71 desillusioniert wurde.¹³⁰ Ladendorf, in dem der Einfluss des kleinbürgerlichen Elements in den hiesigen deutschen Arbeitervereinen am deutlichsten sichtbar wird, hat selbst dem «Felleisen» vorübergehend die weitere finanzielle Unterstützung entzogen.¹³¹ Die schwankende und betont nationale Haltung des Organs, die wesentlich mit zum Zerfall der Zentralisation beigetragen hat, war nicht zuletzt die Folge dieser Einwirkungen. Die Scheidung zwischen den proletarischen Kräften und linksdemokratischen Bürgerlichen vollzog sich unter den Deutschen in der Schweiz langsamer und nicht mit jener Deutlichkeit, wie sie beim Stuttgarter Kongress der Eisenacher im Juni 1870 in der Trennung von der Volkspartei offensichtlich wurde.

Herman Greulich (1842-1925)¹³², der an der Neuenburger Tagung von 1868 ebenfalls für den Beitritt der Zentralisation zur Internationale gesprochen hatte, blieb hingegen – wenn auch seine politische Entwicklung im Einzelnen keineswegs gradlinig verlief – aus innerer Überzeugung ein treues Glied der Arbeiterbewegung. Der aus Breslau gebürtige gelernte Buchbinder war im Herbst 1865 nach Zürich gekommen.¹³³ Damals noch Anhänger von Schulze-Delitzsch, nahm er aktiv am Vereinsleben in der «Eintracht» teil. Für die schweizerische Sozialdemokratie zur populären Vaterfigur geworden, hat Greulich später wenig Neigung gezeigt, über die Anfänge seiner politischen Tätigkeit zu sprechen. Zog er es vor, über seine Erlebnisse in der Zürcher Sektion der IAA und über die Zeit im «Grünen Hüslü» zu berichten, so waren

es doch die deutschen Arbeitervereine, in deren Reihen er seinen Aufstieg begann. In den Protokollen der «Eintracht» wird er am 13. November 1865 erstmals erwähnt, als er sich freiwillig meldete, Krankenbesuche zu machen. Am 25. November provozierte er eine heftige Debatte mit dem Antrag, ihm die Vereinsvioline zur Benutzung zu übergeben, was ihm schliesslich zugestanden wurde. Bereits am 14. Januar 1866 wählten ihn 110 von 145 «Einträchtlern» ins Zentralkomitee der deutschen Arbeiter-Bildungsvereine in der Schweiz. Als Mitglied dieses obersten Gremiums, das nicht nur mit den eigenen Vereinen, sondern auch mit zahlreichen Gruppierungen verwandter Richtung in der Schweiz wie in Deutschland rege korrespondierte, erhielt Greulich den besten Einblick in die Probleme und den Gang der Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern. In der «Eintracht» machte er sich nützlich in der Rechnungskommission, erteilte stenographischen Unterricht und empfahl sich durch seine Einsatzbereitschaft, seinen Eifer, aber auch durch einen wachen, lern- und lehrbereiten Geist. Als im Frühjahr 1867 der Vorort an Genf übergang, schied Greulich aus dem Zentralkomitee aus. Am 27. Oktober jenes Jahres wurde er von der Generalversammlung zum Vizepräsidenten der «Eintracht» gewählt.¹³⁴ Da er erkannt hatte, dass die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz nur dann eine fruchtbringende Tätigkeit entfalteten, wenn sie statt der Kultivierung des eigenen Innenlebens durch eine echte Hilfeleistung an der Arbeiterbewegung partizipierten, engagierte er sich sogleich für eine praxisbezogene Vereinspolitik. Durch Karl Bürkli war er mit den Lehren von Charles Fourier vertraut geworden, ebenso formte Beckers «Vorbote» sein damaliges Denken. Bürkli war es auch, der den jungen Greulich für den 1852 gegründeten Zürcher Konsumverein interessierte, indem er darin ein Mittel sah, die Arbeiterfrage auf dem Wege von Produktionsgenossenschaften einer Lösung näher zu bringen. In der Tat gelang es dem initiativen Vizepräsidenten, die «Eintracht» zu bewegen, ihre für einen eigenen Baufonds gesparten Gelder von der Volksbank abzuziehen und zum Vorteil der Arbeiterbewegung in die Sparkasse des Konsumvereins einzulegen.¹³⁵

In Herman Greulich meldete eine neue Generation ihren Führungsanspruch an. Im Gegensatz zu Becker oder zu Ladendorf, für die die gescheiterte Revolution von 1848/49 ein ihr Leben prägendes Erlebnis gewesen war, hatte Greulich vom liberal-nationalen Geist der sechziger Jahre gerade so viel erfahren, um sich davon emanzipierend einer sozial-demokratisch orientierten Arbeiterbewegung zuzuwenden. So selbstverständlich es für ihn war, dass die deutschen Arbeitervereine der Internationale angehören mussten, stand für ihn fest, dass die Arbeiterbewegung eines Landes

nur dann Aussichten auf Erfolg haben konnte, wenn sie von einheimischen Kräften getragen wurde. Die hiesigen deutschen Arbeiterbildungsvereine konnten in der Schweiz nicht die Basis abgeben, und Greulich wird nicht der einzige künftige Sozialist von bedeutendem Einfluss sein, der aus dieser Einsicht jenem allzu kleinen Kreis entwachsen ist. Zunächst lag es aber auch durchaus in den Intentionen der meisten deutschen Arbeiterbildungsvereine, wenn er kaum ein Jahr nach dem Neuenburger Kongress in Bezug auf die IAA eine Organisationsform propagierte, die praktisch den Untergang der Beckerschen deutschsprachigen Sektionsgruppe bedeutete. Denn diese unterdrückte die «verschiedenen Volkstümlichkeiten und Volkindividualitäten»: «Es kann dem Schweizer nicht leicht zugemuthet werden, in eine ziemlich weitläufige politisch-soziale Organisation einzutreten, wo seinem berechtigten Nationalbewusstsein wenig Rechnung getragen wird.»¹³⁶ Da das nationale Organisationsprinzip den deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz ohnehin immanent war, drang der von Greulich befürwortete Vorschlag durch, sich statt der Beckerschen Sektionsgruppe der in Deutschland entstehenden Sozialdemokratischen Arbeiterpartei anzuschliessen. Der Aufruf zum Eisenacher Kongress¹³⁷ wurde sowohl vom deutsch-republikanischen Verein in Zürich wie vom Zentralkomitee der deutschen Arbeitervereine der Schweiz mitunterzeichnet. Die Zentralisation trat denn auch der auf der Tagung vom 7. bis 9. August 1869 gegründeten Partei bei.¹³⁸ Diejenigen deutschen Arbeiter, die sich in der Schweiz an der Bildung lokaler Gewerkschaften beteiligt hatten, wurden durch deren Anschluss an die internationalen Gewerkschaftsorganisationen mit Sitz in Deutschland ebenfalls in engere Beziehung zur heimatlichen Arbeiterbewegung gebracht.¹³⁹ Während Ladendorf von seiner in Neuenburg eingenommenen Haltung wieder abging, sobald er seinen Irrtum erkannt hatte, entwickelte sich Greulich in der deutschsprachigen Schweiz zur treibenden Kraft für die Internationale. Als die Basler Kongressbeschlüsse in den deutschen Vereinen heftigen Widerspruch hervorriefen, richtete sich daher der Unmut in erster Linie gegen Herman Greulich. Während er Ende 1869 mit einem eigenen Programm- und Organisationsentwurf den Versuch zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der Schweiz unternahm und seither nach Kräften eine schweizerische Arbeiterbewegung zu fördern suchte, kühlte sich die enge Beziehung zu den Vereinen seiner Landsleute bis zur Gegensätzlichkeit ab.¹⁴⁰

Eine Mittelstellung zwischen Ladendorf und Greulich nahm als weiterer Beitrittsbefürworter der Achtundvierziger Amand Goegg (1820-1897) ein.¹⁴¹ Das führende Mitglied des Genfer Vereins besass in der Zentralisation grosses Ansehen. Als Mit-

organisator des Genfer Streiks von 1868 hatte er sich erfolgreich für die Arbeiterinteressen eingesetzt. Sein Streben galt einem Bund aller Arbeiter und echten Demokraten ungeachtet der Zugehörigkeit nach Beruf und Nationalität. Wie wenig 1868 der Beitritt zur Internationale als eine Abwendung von der linksbürgerlichen Demokratie auf gefasst wurde, ergibt sich aus der gleichzeitigen Verbindung mit der «Liga für Frieden und Freiheit», die zu unterstützen Ladendorf und Goegg an der Neuenburger Tagung beantragt hatten. Was die Internationale für die Arbeiterbewegung war, bedeutete die Friedens- und Freiheitsliga für die Demokraten, die ein republikanisch-föderalistisches Ideal der Vereinigten Staaten von Europa verfochten.¹⁴² Ihr Blatt «Die Vereinigten Staaten von Europa», das von Gustav Vogt redigiert wurde, erhielt ebenfalls aus dem «Revolutionsfonds» finanzielle Unterstützung, hatte es sich doch ausdrücklich dem republikanischen Gedanken verpflichtet.¹⁴³ Im Richtungsstreit zwischen bürgerlich-demokratischen und proletarisch-sozialistischen Kräften spiegelte sich der die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz lähmende Zwiespalt in Goeggs eigener Haltung wider. Zuerst stimmte er auf dem Basler Kongress gegen die Resolution betreffend Grund und Boden, widerrief aber bei der Publikation der Abstimmung seine Ablehnung.¹⁴⁴ Er setzte alles daran, dass es nicht zum Bruch mit den bürgerlichen Demokraten komme.¹⁴⁵

Zusammenfassend ergibt sich, dass der Beitrittsbeschluss zur Internationale auf der Neuenburger Tagung nicht als ein echter Meinungsumschwung auszulegen ist, weil er unter Erwartungen erfolgte, die mit der wirklichen Entwicklung nicht übereinstimmten. Sobald in der Zentralisation die Fehleinschätzung bewusst und der Gegensatz zwischen den national-demokratischen und sozialdemokratischen Kräften offenbar wurden, begann unter dem Einfluss Ladendorfs das Verhältnis zur Internationale geradezu feindliche Züge anzunehmen. Diese Einwirkungen aus dem Kreis kleinbürgerlicher Demokraten, die auf der Stufe der Revolutionäre von 1848 zurückgeblieben waren, hatten verhindert, dass die nach dem Zusammenbruch der grossdeutschen Nationalbewegung nur konsequente und auf der Neuenburger Tagung bekräftigte Hinwendung zur vermehrten Klassensolidarität überhaupt zum Tragen kam. So wird verständlich, dass der Arbeiterbildungsverein Basel in den Jahren 1868 bis 1870 wiederholt mit der Internationale in Streit lag, dass er sich noch stark von den Schulze-Delitz'schen Assoziationstheorien beeinflussen liess und nach wie vor seinen Vergnügensbestrebungen lebte.¹⁴⁶ Ebensovienig mag die Erklärung der Vereine Bern, Solothurn, Burgdorf, Freiburg, Thun und Interlaken zu erstaunen, die im

im Oktober 1869 gegen die Beschlüsse des vierten internationalen Arbeiterkongresses zu Basel offen protestierten und sich vehement gegen «die Verwirklichung solcher kommunistischer Tendenzen» wandten. Dabei ist die Warnung an die Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Deutschland besonders vielsagend, es nicht durch eine Zustimmung zu den Basler Beschlüssen zu einem Bruch mit der Deutschen Volkspartei kommen zu lassen: «Da unsere Centralisation mit beiden Gesellschaften verbunden ist, so sind auch wir am Scheidewege angelangt.»¹⁴⁷ Die Auslegung von Erich Gruner, das Werk von Eisenach bedeute für die deutschen Vereine in der Schweiz, «dass sie ihre bisherige Organisationsbasis, die deutsche Sektionsgruppe, verlieren und an deren Stelle an eine ausschliesslich ausserhalb ihrer Wahlheimat wirkende, streng national konzipierte Landespartei gebunden werden», deutet ebenso wie die Formulierung vom «entscheidenden Anstoss für die endgültige Meinungsänderung» auf eine Überbewertung des Neuenburger Beitrittsbeschlusses vom August 1868 hin.¹⁴⁸ Wohl erhielt Beckers Gliedorganisation beim Kollektiveintritt von der Zentralisation einen einmaligen Beitrag von sechzig Franken, aber zur «Organisationsbasis» ist sie dem Verband der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz wohl kaum geworden. Der Anschluss an die Eisenacher Partei kam durchaus den nach Deutschland gerichteten Intentionen dieser Auslandsvereine entgegen, und dieses nationale Moment war es denn auch, das die Einstellung zu den Vorgängen von 1870 dominierte. Dieses Zwischenstadium, in dem sie sich nach 1866 bewegten, bedurfte einer ausführlicheren Erörterung, weil sich aus ihm das nachfolgende Fehlverhalten herleitet.

Die Tendenz zur Polarisierung unter den Deutschen in der Schweiz ist durch die einmütige Empörung über die französische Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 überdeckt worden. Ob Monarchist oder Republikaner, in der nationalen Kampfbegeisterung gegen Napoleon III. herrschte über alle Gesinnungsunterschiede hinweg nur ein Wunsch vor: nach Kräften für den Sieg Deutschlands zu wirken. Wer nicht als Wehrpflichtiger unmittelbar am Kriege teilnahm, konnte durch Spenden an die deutschen Hilfsvereine in der Schweiz seine patriotische Haltung unter Beweis stellen.¹⁴⁹ Auch in den deutschen Arbeitervereinen begann man sofort für die Soldaten und deren hier zurückgebliebenen Familien zu sammeln. Mit Gefühlen des Triumphs wurde unter der deutschen Ausländerbevölkerung jeder Kriegserfolg begierig aufgenommen. Die Nachricht vom Sieg bei Sedan liess unter dem Jubel das Nationalgefühl mächtig anschwellen, und selbst in den Reihen der deutschen Arbeitervereine – so in Zürich

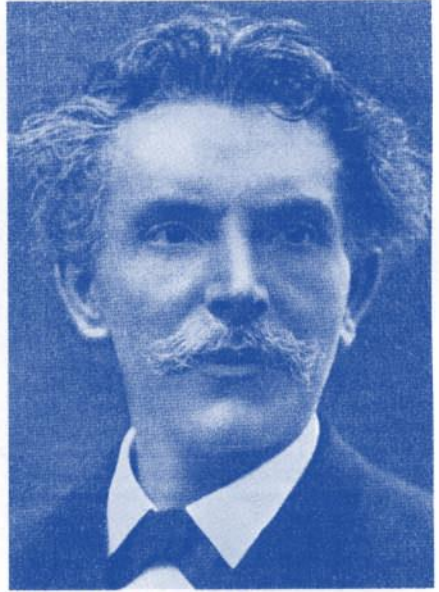


Heinrich Simon (1805-1860) und Denkmal Heinrich Simons auf dem «Rütli der Deutschen in der Schweiz» in Murg am Walensee.

Für die am 5. Oktober 1862 eingeweihte Gedenkstätte, die die Erinnerung an die achtundvierziger Ideale lebendig zu erhalten sucht, sorgen heute noch in England wohnende Nachkommen Simons durch Geldzuwendungen an die Gemeinde von Murg.



Herman Greulich (1842–1925)



Robert Seidel (1850–1933)



Friedrich Albert Lange (1828–1875)



Gustav Vogt (1829–1901)

Gebürtige Deutsche als Promotoren der sozialistischen und der demokratischen Bewegung in der Schweiz.



Vierter internationaler Arbeiter-Kongress, Basel 1869, dessen Stellungnahme zur Kollektivierung von Grund und Boden die Trennung von den bürgerlich-demokratischen Kräften beschleunigte und dessen Beschlüsse unter den deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz auf starke Vorbehalte stießen.

Auf der Brücke: 6. v.l. Herman Greulich; 7. v.l. Moritz Rittinghausen; 9. v.l. Karl Bürkli; 14. v.l. Wilh. Liebknecht; 15. v.l. Amand Goegg. Hinterste Reihe vor dem Spalier: 5. v.r. Michael Bakunin, 4. v.r. James Guillaume. Vordere Reihe: 1. v.r. Joh. Phil. Becker.

Felleisen

Organ der centralisirten deutschen Arbeiter-Vereine in der Schweiz

erscheint, wenn es gepudt ist, jeden Monat einmal.

Borost Zürich.

Erster Jahrgang.

Monat Juli 1862.

Felleisen? — Zu helfen, lieber Leser, ein Blatt in Händen, welches wohl das einzige ist in seiner Art. Es ist nicht für, nicht von Gelehrten geschrieben, sondern von und für lernende Arbeiter. Es kümmert sich nicht um das heissigste Wägelchen oder mildernde Aufschub der Verlesensbrüderchen; es soll auch nicht zum Schauplatze der Meinungstrüge, nicht zum Schlafstunde der Lebenslust dienen. Du habest in der Lektüre dieses Blattes nicht als einen Spiegel, in dem der Arbeiter sich selbst erkennen will und soll. Sähst du und redst, wie's uns um's Herz, und wie und wie und die Schnabel gerathen ist, wollen wir auspacken. Für Alles und fern folgende schämen wir den Wandel. Wie aber ein lebensfähiges Felleisen dem Handwerker Alles enthält, was er notwendig hat, was ihm lieb und werth ist, was er sich so mühsam erlangen und erwerben in manchen Jahren und an manchem Orte, so, Bürger, werdest auch wir ein wohlgeallertes Mäuzchen bringen können, wenn Ihr Guts ehäufige Hülle nicht verlegt; Guts nicht durch falsche Scham oder gar durch Trägheit abhalten lassen, Leute besten, durchsichtigen Meinungen zu Papier zu bringen und als Stoff für dieses Blatt einzujucken. Wie bei so Manchem, thut auch hier das Zusammenwirken Aller noth, um etwas Oberflächliches zu Stande zu bringen. Darum ausgepackt, und kommt bei ein Stimmung mit einem Loth zum Vortheil, so ist es ja gerade die Aufgabe dieses Blattes, auf solche Mängel die Arbeiter aufmerksam zu machen, zu bezeichnen und zu rathen um auf diese Weise den Zweck dieses Blattes, ein Arbeiter an der Führung unseers Standes zu sein, zu erfüllen. Und nur, wenn von allen Vereinen mitgewirkt wird, kann es seine Aufgabe als Organ unserer Centralisation, die einzelnen Vereine einander näher zu bringen und bekannt zu machen, lösen.

Das Schmeiste, der Anfang, ist gemacht und man unbetreit vorwärts!!

Mit Dank

Zh. Schweiz (Verein Zürich).

Die deutschen Arbeiter-Vereine in der Schweiz.

Der Ansatz reift zum Jüngling, er will der Schule entlassen; jetzt wählt er sich einen Beruf, der ihn für sein ganzes Leben in Anspruch nehmen wird, ihm die einzige Erwerbsequelle sein soll. Hat er diesen Beruf erlernt, so zieht er zum Zwecke seiner Ausbildung, vielleicht auch dessen Verlesensbrüderchen in die Fremde. Nachdem er sich irgendwo in Arbeit begeben, schau er sich allmählich nach Genossen und Freunden um, die ihm das Leben in der Fremde erleichtern, den Verlust seiner Arbeitserlöse in einem kleinen Hause ersetzen helfen sollen. Durch irgend welchen Zufall wird er mit dem Mitgliede dieses oder jenes Vereines bekannt, er hört sprechen von diesen Vereinen, er löst sich dazu begeben, davon stellt er sich zu nehmen. — Nun — dieselbst gläubend, nachdem er sich im Besonderen umgesehen, — so so viele sind, da kann ich auch sein, oder auch mögen ihn andere Gründe dazu bestimmen — gut — er löst sich aufzunehmen. Aufzählung mit Absicht ist er nun in einen Verein eingetreten, dessen Firma lautet: „Deutscher Arbeiter-Verein.“ Aufgenommen schaut er sich um, in welchem dieser Verein, dessen Mitglieder er geworden, seinem Vereinige Rechnung zu tragen sucht.

Da nun glücklicherweise dieses neu eingetretene Mitglied ein talentvolles, gutgeschulter Mensch ist, so können wir seine Beschäftigung dieses Vereines zu Papier nehmen.

Kommt der Arbeiter in die Fremde, fühlt er recht bald, wie mangelhaft seine Schulbildung gewesen und sucht dem Drange seines Geistes nachzukommen. Er liest und hat gehört von verschiedenen Religionen, Staaten, Politik, von Nationalismus, Freiheit, Gleichheit u. Er ist zunächst selbst schon durch den Mangel an den Besitzt geunden, in dem er geboren, und fühlte das Joch der Willkürherrschaft und sucht, nachdem einmal sein Geist aufgeweckt ist, nach Gründen und Mitteln zu werden. Er liest in den Vereinen eine Schriftarbeit, welche ihm Klärung genug bietet, um seinem Geiste Aufschub über die ihn umschwebenden Ideen, Träumereien und Wirklichkeiten von Freiheit, Nationalität und Träumen, daß zu geben; doch diese oder jene Ansicht des Autors bemerkt nicht mit der Selbigen; er wird Kritiker, er hört sich Rath bei seinen Freunden, es

werden Meinungen ausgetauscht und es entsteht eine allgemeine Diskussion. Derjenige nun, der bis jetzt diesen Diskussionen stillschweigend zugehört, löst sich auf einmal gerungen, einer ihm nicht zugehörigen, ja sogar ihm abhelft schreibenden Meinung eines Reichens, mit Worten, gerichtet auf aus der Verlesung geschöpfte Kenntnisse, entgegenzutreten und so werden allerlei Meinungen und wie man zu sagen pflegt, politische und religiöse Glaubensbekenntnisse zu Tage gefördert, wovon die Zuhörer sowohl als die Diskutirenden sich das Beste aneignen können; auf solche Art wird allgemeine Bildung erzeugt und erzieht und wohl dem, der den besten Nutzen daraus zu ziehen weiß; denn „pflüget Alles, und befruchtet das Beste,“ bricht ein Spruch alter Weisheit, den Weg bezeichnend, den auch wir einschlagen müssen, um zur wahren Weisheit zu gelangen.

So wird der Zeit mit derselben Bildung befaßt, die er notwendig haben muß, um zum Bewußtsein seiner selbst zu kommen; seine Pflichten und Rechte als Glied der menschlichen Gattung und als Angehöriger dieses oder jenes Staates kennen zu lernen und danach handeln zu können.

Bei der Betrachtung der inneren Organisation des Vereines findet man schon darin eine große Fehler, nämlich die, daß ein sich selber selbst bewußtes oder auch nur einigermaßen gebildetes Volk sich nie und nimmermehr einer despotischen Willkürherrschaft fügen wird, sondern jener schon durch die Geschichte erweckten Nationalen Krönung trägt, nämlich der, daß der Regent nur durch die Wahl seines Volkes und vielmehr auch durch seine eigenen Verträge zum Herrscher des Staates und Landbesitzer der Verträge berufen und daß er selbst der Geste sein muß, der sich den Verträgen unterzieht. Mägen auch frühere Zeiten ein Willkür in ein Verrecht vermandelt haben, so viel sich selbst, daß der Wille des Regenten nicht über dem des Volkes steht. Was, der Verein ist der Staat, der Vorstand die Regierung, und betrachtet wie unsere Centralisation als eine solche Staatsverbindung, ein Schutz- und Trübsündnis gegen einem allmächtigen Feind. Und dieser Feind, fragt Ihr, wer ist denn der?

Es ist die Centralisation der einzelnen Handwerker, und diese zu brechen haben wir uns vereint, um durch zusammengegriffene Ver-

und Basel – wurde die Meldung entsprechend gefeiert.¹⁵⁰ Nach Berghoff-Ising wollte der Arbeiterbildungsverein St. Gallen die Beschiessung von Paris sogar mit einem Fackelzug begrüßen, musste jedoch mit Rücksicht auf die Stimmung in der Bevölkerung davon ablassen.¹⁵¹ Tiefer, als die neuen Verbandssatzungen vermuten liessen, war jenes nationale Gefühlsdenken verhaftet geblieben, mit dem schon 1862 während der liberalen Ära das «Felleisen» gegen den westlichen Nachbarn, gegen den «nimmersatten Länderfresser», zu steter Kampfbereitschaft aufgerufen hatte.¹⁵² Nach der Proklamation der Republik in Frankreich begannen die früheren Divergenzen allmählich wieder aufzubrechen.¹⁵³ Wohl kein Ereignis zuvor appellierte derart an die Klassensolidarität wie die Pariser Commune. Becker und seine Sektionsgruppe der Internationale bezogen nun eindeutig Stellung «gegen politisch-nationales und ökonomisch-soziales Klassenthum und Racenthum».¹⁵⁴ Unter seiner Initiative entbot am 8. April 1871 eine Kundgebung den «Brudergruss an die Bundesgenossen der Commune zu Paris, von den deutschen- und deutsch-schweizerischen Arbeitern Genfs», worin dem Nationalismus eine klare Absage erteilt wurde: «Unser Vaterland reicht so weit als die Arbeit ihre Arme regt, und unser Kampfplatz dehnt sich aus, so weit die unterdrückte Menschheit auf Erlösung harrt.»¹⁵⁵ Doch mehr als das Vivat auf die «rothe Republik» galt in den deutschen Arbeitervereinen das Hoch auf das geeinte Deutschland.

Noch waren die deutschen Arbeitervereine in ihrer Mehrheit ein Teil der im gemeinsamen Nationalbewusstsein vereinten deutschen Kolonie. Dies machte die unstrittene deutsche Siegesfeier in der Zürcher Tonhalle vom 9. März 1871 deutlich, die zugleich aber auch den begonnenen Trennungsprozess beschleunigte.¹⁵⁶ Die vereinsmässig organisierte deutsche Arbeiterschaft in Zürich war zur Kundgebung in zwei getrennten Gruppen erschienen. Offiziell und mit Fahne wohnte ihr der Arbeiterverein «Eintracht» bei:

«Wir haben als Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands an dem Commers theilgenommen, und die von uns zu diesem Zweck gewählten Sprecher, Seelos und Hartung, würden gegenüber den nationalliberalen Reden der Herren Prof. Wislicenus und J. Scherr, nicht gegen die nationale Strömung, denn diese hat bis zu einem gewissen Grade ihre volle Berechtigung, sondern im Sinne der deutschen sozialdemokratischen Republik das Wort ergriffen haben, wodurch der weitere Verlauf des Commers durchaus nicht würde gestört worden sein. Herr Greulich hätte in *unserm* Namen *nicht* sprechen können.»¹⁵⁷

Wenn auch die gemeinsame Basis brüchig geworden war, so begrüßten alle an der Koloniefest beteiligten Gesinnungsgruppen die deutsche Einigung. Nicht im Nationalgefühl, vielmehr im Bekenntnis zum Kaiserstaat schieden sich die Geister. Der Universitätsdozent Johannes Wislicenus, dem vor wenigen Jahren noch als ein hochgeachteter Ratgeber und als Ehrenmitglied in der «Eintracht» zu begegnen war, hatte sich langezeit als ein entschiedener Gegner der Bismarckschen Politik gegeben. Während er sich wie die grosse Mehrheit der Achtundvierziger nunmehr auf den Boden des kleindeutschen Kaiserreiches stellte, wollten die Vertreter der «Eintracht» am nationalen, aber republikanischen und sozial-demokratischen Einheitsstaat festhalten. Mit diesem Ziel zur Zusammenarbeit bereit, grenzten sich die Delegierten der «Eintracht» unter ihrem Präsidenten Hermann Hartung¹⁵⁸ scharf gegen die Internationale im Kanton Zürich ab.¹⁵⁹ Deshalb legten sie so grossen Wert auf die Betonung, dass sie im Namen einer nationalen Landespartei, der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands, aufträte. Von ihnen getrennt nahm aber auch der «Internationale» Herman Greulich mit einigen Kameraden an der Siegesfeier teil, allerdings nur in der Meinung, gegebenenfalls den eigenen Standpunkt zum Ausdruck bringen zu können. Diesen bemerkenswerten Vorgang sowie das Spannungsverhältnis zwischen seinen Gesinnungsgenossen und den ihm früher nahestehenden Landsleuten enthüllt Greulich in einer Aussage, zu der er durch die dem Tonhallekrawall nachfolgende Untersuchung veranlasst wurde.¹⁶⁰ Umsomehr entbehrt der verschiedentlich geäusserte Verdacht, die Internationale Arbeiterassoziation sei die Urheberin der Ausschreitungen gewesen, jeder Grundlage.¹⁶¹ Paradox ist es, den Tonhallekrawall mit dem damals noch deutschen Staatsbürger Herman Greulich und der «Tagewacht» in Verbindung zu bringen.¹⁶² Dass er unter den Festteilnehmern gesessen und somit ebenfalls zu den von der Unruhestörung Betroffenen gehört hatte, ist der damaligen Diskussion entgangen.¹⁶³ Obwohl er die Zürcher Sektion der Internationale mitbegründet und wenige Tage nach dem Tonhallekrawall die erste sozialdemokratische Partei in der Schweiz mit ins Leben gerufen hatte, scheint er sich der Gemeinschaft, die diese nationale Feier beging, trotz seines andersgearteten Standpunktes noch in gewissem Sinne zugehörig gefühlt zu haben. Jahrzehnte später hat sich Greulich einmal über «unsere deutschen Republikaner» und über die «Einträchtler» mokiert, der Krieg von 1870 habe aus ihnen «vorübergehend Patrioten» gemacht.¹⁶⁴ Blieb er wirklich davon ganz unberührt? Er selbst hatte sich 1869 für die Berücksichtigung nationaler Individualität innerhalb der Internationale eingesetzt.¹⁶⁵ Und vor allem: Ein gewisses Mass an nationaler Begeisterung über die verwirklichte

Einigung war gerade bei den Deutschen im Ausland eine durchaus verständliche Freude. Mochten auch die Ansichten über die künftige Gestaltung auseinander gehen, so begrüßten doch alle in der erreichten Einigung die Überwindung der so bitter beklagten Zersplitterung. Wenn es dennoch Vorbehalte gab, so deshalb, weil statt der Republik die Monarchie, statt Gross-Deutschland das kleinere Preussen-Deutschland obgesiegt hatte.

Aber auch wenn diese Koloniefeyer zum deutschen Sieg und nationalen Zusammenschluss ohne Störung von aussen verlaufen wäre, hatten sich die Delegierten des Arbeitervereins durch ihre Teilnahme in eine missliche Lage gebracht. Neue alarmierende Anzeichen einer Verfolgung der Sozialdemokratie in Deutschland boten Anlass genug zur Zurückhaltung. Kurz nach der Schlacht von Sedan war es zu einem Konflikt zwischen Staat und Sozialdemokratie gekommen, der als dunkle Hypothek die Reichsgründung belastete. Der Braunschweiger Ausschuss und damit die Parteiführung hatte sich gegen die Annexion von Elsass-Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik am 9. September 1870 ausgesprochen und war wegen seiner Stellungnahme verhaftet worden.¹⁶⁶ Bebel, Liebknecht und Hepner wurden am 17. Dezember 1870 wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Haft genommen.¹⁶⁷ In gleicher Weise hatte man versucht, den Annexionsgegner Johann Jacoby zum Schweigen zu bringen.¹⁶⁸ Jene Unterdrückungsmassnahmen hatten in der Schweiz auch unter den Deutschen Beunruhigung ausgelöst, die der scheinbar einträchtigen Siegesfeier einen konfliktgeladenen Hintergrund gab. Durch seine Rede provozierte Johannes Scherr geradezu die Auseinandersetzung. Abfällig äusserte er sich über die «Fanatiker des ultramontanen wie des kommunistischen Aberglaubens in Deutschland» und verurteilte «die schwarzen und roten Pfaffen, die es, wo das Sein oder Nichtsein ihrer Nation in Frage stand, nicht über sich vermochten, das Vaterland über die Partei zu stellen».¹⁶⁹

Der gewaltsame Unterbruch von aussen verhinderte Repliken, so dass von den Kundgebungsteilnehmern der Eindruck eines allseits geteilten vehementen Nationalismus hinterblieb, der in diesem Masse nicht bestanden hatte. Wie wenig sich dennoch die Fronten unter den hiesigen Deutschen versteift hatten, geht aus der relativ milden Reaktion in Greulichs «Tagwacht» hervor, die sich im Abdruck eines Leserbriefes kundgab. Der Verfasser, ein an der Tonhallefeier beteiligter Arbeiter, charakterisierte Wislicenus als «zwar national-liberal, aber durchaus anständig, wie überhaupt dieser Herr ein persönlich sehr achtungswerther ist». Scherr nahm er allerdings

den «für einen Historiker nichtswürdigen Ausfall auf die Internationale in Deutschland» übel.¹⁷⁰ Aus der Teilnahme von Einträchtlern an der Siegesfeier erwuchs der Zentralisation, die seit 1870 von Mitgliedern des Zürcher Vereins geleitet wurde, eine schwere Belastungsprobe. «Das Schlimmste an diesem unglückseligen Kommerz und seiner Störung», so lautete das Urteil in der «Tagwacht», «sind die Folgen – die dadurch hervorgerufene gegenseitige Gereiztheit, die uns in die Arbeiterbewegung eine gehörige Lücke schlägt.»¹⁷¹ Der Zwischenfall hatte den Zwiespalt zwischen Einheimischen und Deutschen, der durch den deutschen Nationalismus nach Kriegsbeginn verschärft worden war, auf die Spitze getrieben, was sich auf die Arbeitervereine, denen jeweils auch Schweizerbürger angehörten, unmittelbar auswirkte. Während die Zürcher Leitung die nationale Loyalität über die Klassenolidarität gesetzt hatte, erstand ihr aus den Reihen der Vereine im Welschland zunehmende Opposition, die unter dem Eindruck der Pariser Commune im Sinne Beckers ein konsequent sozialistisches Selbstverständnis der Zentralisation forderte. Auf der «Gauversammlung» der Vereine Genf, Nyon, Rolle, Morges, Lausanne und Vevey vom 28. Mai 1871 wurden jene Forderungen erhoben, über denen sich die Sektionen bis zur Auflösung des Verbandes zerstritten: Hierzu gehörten die Neuorientierung des «Felleisen»,¹⁷² das der Lausanner Verein wegen seiner Haltung sogar eingehen lassen wollte, sowie eine bessere Zusammenarbeit mit allen Arbeiterorganisationen in der Schweiz, für die die «Tagwacht» unter Herman Greulich das gemeinsame Organ werden sollte. Auf der Regionaltagung wurden die Mitglieder der Commune «als die richtigen Vorkämpfer der sozialen Arbeiterbewegung» gefeiert, während vielsagend «zur Einigkeit und Wachsamkeit gegenüber dem reaktionären Element» aufgerufen wurde, wobei diese Warnung nicht nur nach Deutschland, sondern auch nach der eigenen Verbandsführung zielte.¹⁷³ Dessenungeachtet fand auf dem Zentralfest der deutschen Vereine in Zürich vom 13./14. August 1871 der grundsätzlich national gestimmte Kurs der bisherigen Leitung noch einmal die Unterstützung der Mehrheit.¹⁷⁴ Die unter dem Einfluss von Ladendorf und Hartung gefasste Resolution sah in der Sozialdemokratie primär erneut nur die beste Basis für das «Streben nach nationaler Einheit im Sinne der Arbeiter aller Länder».¹⁷⁵ Unter Hermann Hartung steigerte sich das «Felleisen» immer mehr in die Rolle eines Oppositionsorgans gegen Greulichs «Tagwacht» hinein und entzog dadurch sich wie der Zentralisation Anhänger. In den Vereinen wandte sich das Interesse den gewerkschaftlichen Fragen zu, die nur durch ein enges Zusammengehen mit den Schweizern zu lösen waren.

Sowohl in Bezug auf die Situation in der Schweiz wie gegenüber der Entwicklung der Mutterpartei in Deutschland hatte sich die Zentralisation in eine unhaltbare Lage manövriert.

Folgt man Hans-Josef Steinberg, so war für die sozialistische Arbeiterbewegung in Deutschland Ende 1870 der Entscheid gefallen, dass das künftige Reich für die Verwirklichung ihrer Postulate keinen Raum bot. Der letzte Akt der Reichsgründung sei von dieser Seite nur noch «mit schneidendem Hohn» kommentiert worden.¹⁷⁶ Doch damit ist die Diskussion über das Auseinanderfallen der nationalen Bewegung und mit ihr über die Loslösung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie, zu der die klassische Studie von Gustav Mayer angeregt hat, noch nicht zum Abschluss gekommen.¹⁷⁷ In dieser apodiktischen Form ist es verfrüht, wenn Mayer den Jahreskongress der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom Juni 1870 in Stuttgart, der sich auf den Boden der Basler Resolution stellte, sogleich als das Ende des Scheidungsprozesses innerhalb der deutschen Demokratie interpretiert.¹⁷⁸ Hingegen sind in Stuttgart Entscheidungen für eine Auseinanderentwicklung zum Abschluss gebracht worden, deren Verlauf sich bis in die Zeit des Sozialistengesetzes erstreckte. Die Studie von Werner Conze und Dieter Groh führt modifizierenderweise die Trennung über den Zeitpunkt von 1870/71 hinaus.¹⁷⁹ Den beiden Verfassern lässt sich der Einwand Steinbergs entgegenhalten, dass von einer «nationalen Bewegung» in traditionellem Sinne nach der Reichsgründung nicht mehr zu sprechen ist.¹⁸⁰ Unter den Deutschen im Ausland hingegen hielt sich das Hoffen auf eine Vereinigung aller deutschsprachigen Stämme zu einem demokratisch-föderalistischen Nationalstaat länger wach. Doch hatte sich die nationale Bewegung hier wie dort durch die Reichsgründung überlebt. Die Arbeiterbewegung, für die dieser Nationalstaat nicht zu dem ihrigen wurde, begann sich nunmehr ausschliesslich mit derjenigen Aufgabe zu identifizieren, die ihr eigentliches Anliegen ausmachte: mit der Lösung der sozialen Frage.

Der Niedergang der Zentralisation spiegelte sich in ihrem zahlenmässigen Umfang wider. Seitdem die Selbstbeschränkung auf Bildung und Geselligkeit gefallen und die Zentralisation verstärkt politischen Richtungskämpfen ausgesetzt war, mussten empfindliche Einbussen an Mitgliedern hingenommen werden, die nicht nur die Folge der äusseren Ereignisse darstellten. Mit rund 1'500 Verbandsangehörigen im Oktober 1869 war der Umfang auf die Hälfte des Höchststandes von 1865 zusammengeschmolzen. Mehr noch als 1866 brachte der Deutsch-Französische Krieg grössere Verluste. Einzelne Vereine mussten sich – darunter Rapperswil, Mur-

ten und Einsiedeln – aus Mangel an Mitgliedern auflösen oder waren wie vorübergehend die Sektion Basel aus dem Gesamtverband ausgetreten.¹⁸¹ An der erwähnten Zürcher Tagung nahmen lediglich 21 Vereine mit 23 Delegierten teil.¹⁸² Mitte 1871 zählte die Zentralisation noch etwas über 1'000 Mitglieder; der grösste Verein war Genf mit 260, gefolgt von Zürich mit nur 170 Zugehörigen.¹⁸³

Vor allem aber, und hier ist den nicht ohne taktische Absicht vorgetragenen Auffassungen zuzustimmen, die Karl Kautsky am 4. Februar 1888 vor dem Londoner Kommunisten Arbeiter-Bildungsverein in seinem grundsätzlichen Referat über «Die Aufgaben der deutschen Arbeitervereine im Ausland» vertreten hat: Je mehr sich die Arbeiterbewegung in Deutschland entwickelte, desto geringer wurde das, was die deutschen Arbeitervereine im Ausland für sie tun konnten.¹⁸⁴ In theoretischer Beziehung sei für einen Arbeiter im Ausland nichts mehr zu holen gewesen, was ihm nicht auch in Deutschland zugänglich gewesen wäre. In der Praxis habe es sich seit den sechziger Jahren geradezu als ein Nachteil erwiesen, die «sozialistische Rekrutenschule» im Ausland durchzumachen. Die Stilisierung Kautskys ist in seiner Rückschau offensichtlich, so etwa wenn sich ihm zufolge der Arbeiter in Deutschland schon damals einer Massenbewegung einfügte und lernte, «sich als Einer von Hunderttausenden zu fühlen, was ihm Selbstbewusstsein und Zuversicht, aber auch Unterordnung seines Ich unter die Gesamtheit, Parteidisziplin, einflösste».¹⁸⁵ Noch auf dem Vereinigungskongress zu Gotha im Mai 1875 gehörten der sozialistischen Gesamtbewegung nicht mehr als 25'659 Parteigenossen an,¹⁸⁶ und erst in den siebziger Jahren wuchsen die Wahlstimmen für die Sozialdemokratie von 124'000 (1871) auf 437'000 (1878).¹⁸⁷ Zweifellos richtig aber war, dass den deutschen Arbeitervereinen im Ausland die parteipolitische Betätigung nach aussen sowie die auf die Massen gezielte Agitation fehlten. Nachdem die wichtige Aufgabe während der Phase des Frühsozialismus, den Kampf gegen die Reaktion in das Gebiet der deutschen Staaten hineinzutragen, durch die aufkommende sozialistische Bewegung in Deutschland selbst hinfällig geworden war,¹⁸⁸ bot sich als Alternative an, entweder den politischen Betätigungsdrang auf das Vereinsinnenleben oder auf die schweizerischen Belange zu konzentrieren. Der zweite Weg erforderte eine enge Zusammenarbeit mit den schweizerischen Gesinnungsgenossen. Soweit Deutsche die ersten Versuche zu einer gesamtschweizerischen sozialdemokratischen Partei vorantrieben, dienten ihnen nicht mehr die deutschen Arbeitervereine als Hauptbasis ihres Vortosses. Von diesen war ja Herman Greulich beföhdet worden, als er sich im März

1870 an das kurzlebige Experiment einer schweizerischen Landespartei gewagt hatte.¹⁸⁹ An der Spitze von Greulichs Rivalen stand Hermann Hartung, der sich im «Zentralausschuss der Grütli- und Arbeitervereine des Bezirkes Zürich» ein funktionsstüchtiges Instrument schuf, um die Zürcher Arbeiter unter seinen Einfluss zu bringen.¹⁹⁰ Im Gegensatz zu Greulich hat Hartung richtig vorausgesehen, dass das unregelmässige Miteinander von Schweizern und Ausländern auf politischem Gebiet der Klärung bedurfte. Sein Plan, einen Gewerkschaftsbund für Schweizer und Ausländer gemeinsam, die sozialdemokratische Landespartei hingegen allein für Schweizerbürger zu gründen, deutet die Richtung an, in der die Lösung dann im folgenden Jahrzehnt gesucht wird.

Als Anfang Juni 1873 auf dem ersten schweizerischen Arbeiterkongress in Olten zur Gründung des Schweizerischen Arbeiterbundes geschritten wurde, waren zahlreiche deutsche Arbeitervereine beteiligt.¹⁹¹ Allerdings blieb bisher unbeachtet, dass damit noch nicht der Beitritt der Zentralisation verbunden war. Vielmehr bot die Partizipation am Ersten Arbeiterbund, dessen Organ die «Tagwacht» war, Anlass zu heftiger Befehdung. Ende August 1873 rief der Deutsche Arbeiterbildungsverein Genf alle Brudervereine zum Anschluss an den Arbeiterbund sowie zur Unterstützung des von Greulich redigierten Blattes auf.¹⁹² Im Oktober fasste die «Gauversammlung» der Vereine am Genfersee gar den Beschluss, das missliebige «Felleisen» von jetzt ab zu refusieren.¹⁹³ Die Unfähigkeit des Zentralkomitees wurde mit Austritten aus der Zentralisation quittiert, und als sich ihr Präsident Karl Büttner sogar Vorwürfe wegen finanzieller Unstimmigkeiten bei der Abrechnung zuzog, war die Stellung Zürichs als Vorort vollends erschüttert.¹⁹⁴ Die Reorganisation, die die Verbandstagung vom 25./26. Dezember 1873 in Bern vornahm, blieb ein Kompromiss. Das Präsidialsystem beim Zentralkomitee entfiel; zum Vorort wurde Basel gewählt. Nach hitziger Debatte sprach sich gleichwohl die grosse Mehrheit für das Forterscheinen des «Felleisen» aus. Gegen die vom Zürcher Verein angeführte Opposition fand jetzt eine Resolution für den Anschluss an den Arbeiterbund Annahme:

«Die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz erachten es als ihre Ehrenpflicht, dem Schweizerischen Arbeiterbunde beizutreten; in der Meinung, dass dadurch erstens die Arbeitersache gefördert ist, und zweitens dass die deutschen Arbeiter in der Schweiz mindest ebensoweit gehen als die schweizerischen Genossen.»¹⁹⁵

Indem zugleich Fr. 100.– aus der Wanderkasse dem Reichstagswahlfonds der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Deutschland zuerkannt wurden, unterstrich man die doppelte Unterstützungsaufgabe, die mit Umsicht und Einfühlungsvermögen der Zentralisation ein eigenes Wirkungsfeld bewahrt hätte. Stattdessen kam es zum erneuten Zwist, in dem sowohl persönliche Rivalitäten um den Führungsanspruch wie sachliche Gegensätze eine Rolle spielten. Nach Angriffen auf Herman Greulich, dem vom «Felleisen» eine Unterschlagung von Fr. 183.– aus der Tagwachtkasse vorgeworfen worden war, schloss der Arbeiterbund auf seinem Winterthurer Kongress im Mai 1874 den Deutschen Arbeiterverein Zürich aus.¹⁹⁶ «Wir sind des langen Haders müde», begründete im Oktober 1874 der Arbeiterverein Rorschach seinen Austritt, «und wollen nicht länger mehr einer Partei angehören, die durchaus nicht bemüht ist, nach Einigkeit unter den Arbeitern zu streben. Wir haben in dem Schweizerischen Arbeiterbund eine bessere Zentralisation gefunden und werden stets bestrebt sein, für dessen Stärkung und Weiterausdehnung zu arbeiten, sowie unser Organ, die ‚Tagwacht‘ zu verbreiten suchen».¹⁹⁷ Die Wanderunterstützungskasse, die längst durch andere Sozialleistungen hätte erweitert werden müssen, verlor mit dem Schwinden der Ortssektionen derart an Funktionsfähigkeit und Anreiz, dass der Verein Le Locle sogar ihre Aufhebung verlangte.¹⁹⁸ Ende 1874 ging das «Felleisen», das seit Jahren nur noch mit Verlust zu halten gewesen war, ein.¹⁹⁹ Am 3. Januar 1875 beschloss schliesslich der Deutsche Arbeiterverein Basel als Vorort auf seiner Generalversammlung, die Zentralisation der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz aufzulösen.²⁰⁰

Zwischen dem Anschluss an den Schweizerischen Arbeiterbund und den ersten Gründungen deutscher Handwerkervereine in der Schweiz liegen vier Jahrzehnte Kolonieggeschichte, erfüllt vom Streben nach nationaler Einigung, bewegt aber auch von der Opposition gegen die in Deutschland herrschenden Freiheitsbeschränkungen. Einst Hauptträger der deutschen Vereinsbildung in der Schweiz, dann Partizipant einer von liberalen und demokratischen Kräften geführten Gesinnungsgemeinschaft, haben sich die deutschen Arbeitervereine nach 1871 für gut weitere vierzig Jahre ganz den eigenen Klasseninteressen zugewandt. Ihr Ausscheiden aus der nationalen Koloniegemeinschaft hat die Polarisierung so weit vorangetrieben, dass die Geschicke der deutschen Arbeitervereine und die Verfestigung zu nationalistischen, kaisertreuen Kolonien getrennt zu verfolgen sind. Doch gibt diese Zäsur Gelegenheit, die aufgezeigte Entwicklungslinie noch durch eine andere Fragestellung zu vertiefen.

V Zwischenbetrachtung:

Bestimmende Einflüsse im Freundschafts- und Spannungsverhältnis zwischen der deutschen Kolonie und ihrem Gastland

1. Zur Phase des Dissenses

Der Zürcher Tonhallekrawall vom 9. März 1871 war wohl der bekannteste, aber keineswegs der erste Zwischenfall, mit dem sich die Schweiz den Vorwurf des «Deutschenhasses» auf sich zog. Die mit der nationalen Kundgebung verbundenen gewalttätigen Folgeerscheinungen nahmen ein durch andere Einflüsse erklärbares Ausmass an, das in keinem Verhältnis zum eigentlichen Anlass – der Sieges- und Friedensfeier – stand. Daher ist es problematisch, allein am Tonhallekrawall die damals leidenschaftlich erörterte Frage des «Deutschenhasses» in der Schweiz klären zu wollen.¹ Sie ist überdies teilweise missverständlich gestellt worden, handelte es sich doch nicht um einen Dauerzustand, sondern um eine unter gewissen Umständen mögliche Entwicklung zur Deutschfeindlichkeit hin. Mit der oben auf Seite 125 f. wiedergegebenen Resolution aus dem Jahr 1848 verbanden sich ähnliche Gefühlsausbrüche, deren Ursachen dieses wohl früheste leichter überblickbare Beispiel besser zu erhellen vermag. Die Evolution von Vorgängen zu verfolgen, die in deutsch-feindlichen Manifestationen münden, ist an und für sich schon aufschlussreich. Jede durch Auslandsdeutsche mitverursachte Konfliktsituation hat in ihrer Entstehung und Auslösung individuelle Gegebenheiten, die zu einer recht unterschiedlichen Beurteilung führen können. In ihrem Verlauf, so lautet die Vermutung, scheinen aber auch Komponenten wirksam zu werden, die sich in analogen Spannungszuständen wieder reaktivieren und gar zu einer Radikalisierung des Konflikts führen. Der Vergleich der den Vorfällen von 1848 und 1871 gemeinsamen Wirkungsfaktoren wird über die Berechtigung dieser These Aufschluss geben.

1. 1 Der «Schweizerische volkstümliche Vaterlandsverein» – allgemeintypische und spezifische Konfliktursachen einer deutsch-feindlichen Bewegung

Dass zahlreiche deutsche Flüchtlinge während der dreissiger Jahre vor allem in Bern und Zürich angesehene, wenn nicht gar einflussreiche Stellungen errungen hatten, blieb nicht ohne Reaktion. Die Annahme, dass der ungeahnte Aufschwung deutscher Zuwanderer in einheimischen Kreisen eine Abwehrreaktion hervorrufen könnte, lag auf der Hand, und dennoch ist diesem unrühmlichen Aspekt in der umfangreichen Literatur über die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz kaum Beachtung geschenkt worden.

So blieb der «Schweizerische volksthümliche Vaterlandsverein» unbekannt, der 1846 in Bern gegründet worden war und sich gemäss seiner Statuten «die Hemmung und gänzliche Auflösung der Fremden- namentlich der deutschen Einwanderung und ihres unverschämten Colonisationsvornehmens» zur Aufgabe gesetzt hatte.² Sein Initiator, Beat Rudolf von Lerber (1788-1849), entstammte einer aristokratischen Bernerfamilie, hineingeboren in eine Zeit des Umbruchs, die den Untergang der traditionellen Gesellschafts- und Staatsordnung brachte. Anstelle der Theologie, zu der er sich hingezogen fühlte, liess er sich vom Vater zum Studium der Rechte bestimmen. Da er seinen künftigen Beruf mit seinen religiösen Lebensprinzipien nicht für vereinbar hielt, verliess er die juristische Laufbahn. Seine Neigungen galten den klassischen und orientalischen Sprachen, der Geschichte und vor allem religiösen Fragen. In der Politik war ihm kein Glück beschieden. Zweimal wurde er wegen leichtfertiger Anschuldigungen von Bern verbannt. An zu vielen politischen Strömungen hatte er sich beteiligt, als dass er einer bestimmten Gruppe zuzuordnen wäre. Wo immer er stand, blieb er ein Einzelgänger.³ «Erzradikal und erzorthodox» – wie ihn sein Sohn nannte –, war ihm die Bibel die alleinige Richtschnur seines Lebens. Seine Aversion gegen deutsche Emigranten fand ihre Hauptmotivation denn auch in dieser religiösen Orthodoxie. Alarmiert hatte ihn der Straussenhandel von 1839.⁴ Lerber befürchtete, dass David Friedrich Strauss, der als Verfasser des «Leben Jesu» dem Pietisten verhasst war, aus Zürich den «europäischen Mittelpunkt des theologischen Unglaubens» machen werde.⁵ Der Sturz des radikalen Regiments in Zürich bedeutete für ihn in religiöser Hinsicht einen «Sieg über den deutschen Unglauben». In seinen Kräften schon geschwächt machte er es zu seiner letzten Lebensaufgabe, dieses ungläubige Deutschtum zu bekämpfen. Im April 1846 brach er mit Stämpfli und dem Radikalismus, den er immer mehr atheistische Bahnen einschlagen sah. Die Wurzel des Übels erblickte er in dem «fremden Geist», den Deutsche – so empfand er es in seiner dogmatischen Intoleranz – im Schutze des schweizerischen Asyls hier verbreiteten. Ihrer Bekämpfung sollte der zusammen mit einigen Gleichgesinnten gegründete «Vaterlandsverein» dienen. Lerber selbst war in seinen Kampfmitteln nicht wählerisch, und die von ihm initiierte Bewegung fusste – ungeachtet seiner persönlichen Motive – auf einer ausgesprochenen Xenophobie. Am 17. Dezember 1846 nahm der Verein «einmüthig» die folgenden Beschlüsse an, die in ihrer radikalen Entschlossenheit, den Deutschen in der Schweiz jeden Einfluss zu nehmen, kaum mehr übertroffen werden können:⁶

«Beschlüsse des Schweizerischen volkstümlichen Vaterlandsvereines gegen die Einwanderung und Einbürgerung der Deutschen.

1. Sind die zu nehmenden Beschlüsse ganz unverbindlich für die dagegen stimmende Minderheit und für die Mitglieder der Mehrheit auch nur nach Massgabe ihres Gewissens und der Vernunft bindend. Auf diesem Fusse erklären wir:
2. Dass wir die uns durch Einbürgerung aufgedrungenen Deutschen, in unsern Herzen, nie als Mitbürger, noch weniger als Schweizer, am wenigsten als Berner, anerkennen werden, wie sie auch nie werden biedere Schweizerherzen bekommen; wir betrachten sie also ganz als Deutsche.
3. Sind wir entschlossen, nie einem Deutschen unsere Stimme zu irgendeiner Stelle zu geben, und nur da ihnen Verdienst zu geben, wo kein Schweizer sie ersetzen könnte, besonders keine deutschen Knechte, Mägde noch Lehrjungen anzustellen oder zu behalten, am wenigsten Schullehrer, Hauslehrer und sogenannte Gelehrte; sie mögen nun unter dem gleissenden Scheine von Frömmigkeit oder unter ihrer allgemeinen rohen Freigeistergestalt sich zeigen.
4. Sind wir gesinnet, durch alle gerechten Mittel, sobald es die Umstände erlauben werden, unser Vaterland so weit möglich zu entledigen von allen diesen aufgeblasenen Quälern, die in ihrem Verstande so verrückt sind, dass sie sich wirklich uns nöthig, ja gar unentbehrlich wähnen; die Unsinnigen!
5. Erklären wir als wahre Feinde des Vaterlandes alle unsere Deutschlinge, das heisst, alle die Schweizer, die in geheimen Verbindungen mit deutschen Regierungen stehen, offen oder im Stillen die Deutschen begünstigen, befördern, aus Deutschland beschicken, oder gar uns so erniedrigen, dass sie behaupten dürfen, unsere Hochschulen, Schulen und Handwerke können dieser geldgierigen Fremdlinge nicht entbehren.
6. Wir sind fest entschlossen, in keiner einzigen Gelegenheit mehr unsere Stimme einem Schweizer, am wenigsten einem Berner, zu geben, der von nun an zu irgendeiner deutschen Einbürgerung stimmen wird, oder zu Erwählung oder Wiedererwählung eines Deutschen zu einer Stelle, oder der anrathen wird in Blättern oder Behörden, einen Deutschen kommen zu lassen; oder der irgend in oder ausser der Regierung für Ausländer zu Erniedrigung der Schweizer Reden halten wird. Da, wo Behörden solche Dinge durch geheime Wahl thun werden, entziehen wir unsere Stimme der ganzen Behörde, mit Ausnahme der Mitglieder derselben, die sich laut erklären werden, in der Minderheit zu stehen.

7. Werden wir ein genaues Verzeichnis führen und bekannt machen über die Personen und Thaten unserer verderblichen Berner und Schweizer Deutschlinge (oder Beförderer der Deutschen), besonders über die in den Grossen- oder Regierungsräthen, Behörden, Ämtern, Hochschule, Schulen, Zeitungen.»

Diese fanatische Kampfansage gegen die Deutschen und «Deutschlinge» hatte ihren Ursprung in den lokalpolitischen Verhältnissen. Verfolgt man jedoch, wie die fremdenfeindliche Agitation dieses kleinen Initiativkreises von der konservativen Opposition zusehends übernommen wurde, so wird in der Feindschaft der beharrenden gegen die fortschrittsgläubigen Kräfte, die von Eingebürgerten und Ausländern Unterstützung erhielten, der bestimmende Charakter dieses Konfliktes sichtbar. Im August 1846 hatten die Radikalen durch einen überraschenden Wahlsieg die Macht im Kanton Bern errungen.⁷ Zu den Wortführern der Partei gehörten Regierungsrat Jakob Stämpfli und Niklaus Niggeler, Mitglied des Grossen Rates und Redaktor der «Berner-Zeitung». Beide waren Schwiegersöhne des früheren deutschen Emigranten Wilhelm Snell, der infolge des misslungenen Freischarenzugs im Frühling 1845 aus dem Kanton Bern ausgewiesen wurde.⁸ Der Universitätsprofessor, seit vielen Jahren im Baselland eingebürgert, war durch seine politischen Reden bei seinen jugendlichen Zuhörern beliebt, bei den Gegnern der Radikalen aber verhasst. Umsomehr musste es diese erbittern, dass zu den ersten Massnahmen der neuen Regierung die Aufhebung der Verbannung und Wiedereinsetzung Snells in sein Lehramt gehörte. Noch waren seit seiner Rückkehr keine zwei Jahre vergangen als er, der gerne und zuviel trank, mit dem angeblichen Ausspruch: «ich habe die Regierung auf der Hand, ich leite sie; ich kann sie wegblasen»,⁹ neuen Anstoss erregte. Diese Worte waren der willkommene Aufhängungspunkt für die fremdenfeindliche Propaganda. Die Gesinnungsfreunde des «Vaterlandsvereins» fürchteten ein erneutes Anwachsen des seit der Ausweisung von Ludwig Snell im Jahre 1836 geschwächten Einflusses ehemaliger politischer Flüchtlinge. Andererseits war ihnen der Kampf gegen den «fremden» Geist das willkommene Mittel, die missliebige Regierungspartei zu Fall zu bringen. In Analogie zu dem früheren Schimpfnamen für die Parteigänger Constantin Siegwarts prägte der «Berner Verfassungs-Freund» 1848 das Schlagwort «Neue Auslandspartei».¹⁰ Ähnlich wie in der Verfehmungspropaganda unseres Jahrhunderts zielte man auf die sogenannten Drahtzieher und Hintermänner. Die radikale Partei wurde nicht von vornherein mit der «Neuen Auslandspartei» gleichgesetzt.

Die «rechtschaffenen» Männer sollten von jenem «Auswuchs» unterschieden werden, der, wie der «Verfassungsfreund» umschrieb, «in dieser oder jener Form dem ‚Fremden‘ verfallen ist». Dass nicht die Fürsten, sondern ihre Mätressen die Völker regierten, belege die Geschichte zur Genüge. «In der That, Frankreichs Könige hatten ihre Pompadours, der Baier-König seine Lola und Bern seine *Deutschen*,» Solche Zustände verletzen das Nationalgefühl, und wie sogar die Bayern des Königs Lola beseitigt hätten, sei nicht zu zweifeln, «dass dereinst der Tag heranbrechen wird, an welchem auch das bernische Volk sich auf gesetzlichem Weg wird Recht zu verschaffen wissen».¹¹

Beat von Lerber erlebte den Sieg der sogenannten «50er Reaktion» nicht mehr. Am 25. März 1850 versammelten sich auf der Leuenmatte zu Münsingen etwa 12'000 Personen gegen «die antichristliche neue Aristokratie der Nassauer», um den Wahlkampf zu eröffnen. Zu dieser Grosskundgebung war auch sein Sohn Theodor v. Lerber an der Spitze von 13 Sektionen des «Vaterlandsvereins» erschienen.¹² Mochte dessen politisches Gewicht auch schwer abzuschätzen sein, so war doch der Erfolg seiner fremdenfeindlichen Propaganda offensichtlich.¹³ Als konservative Lösung galt der Ruf: Gegen die Nassauerei! Sie zielte gegen den aus Nassau stammenden Wilhelm Snell, und das böse Wort von den «hessen-darmstädtischen Vögeln» richtete sich gegen Carl und Emil Vogt, die den Wahlkampf auf Seiten der Radikalen führten.¹⁴ Die Vermutung, diese Hetzkampagne habe sich nur gegen einige durch ihr Benehmen besonders verhasste Ausländer gewandt, geht jedoch fehl. Lerber selbst hatte seine fremdenfeindliche Agitation auf alle Deutschen in der Schweiz ausweiten wollen: «Fünfundzwanzigtausend deutsche Handwerker und etwa dreitausend Lehrer (wovon etwa 15'000 Württemberger), die uns ins Gesicht sagen: ‚ohne uns könnt ihr nichts thun!‘, ist das nicht lehrreich? wird denn die unmenschliche Geduld der guten Schweiz nicht bald ein Ende nehmen??»¹⁵ Mit der Furcht vor wirtschaftlicher Konkurrenz, vor «Kommunisten» und «Gottesläugnern» und mit Alarmrufen wie, Württemberg betrachte die Schweiz «als seinen sichern Raub», liessen sich fremdenfeindliche Emotionen leicht gegen missliebige Ausländer mobilisieren, besonders nachdem die zahlreichen wegen der gescheiterten badischen Revolution in die Schweiz gekommenen Flüchtlinge immer mehr als Belastung empfunden wurden. War schon in den beiden vorhergehenden Jahrzehnten der Berner Handwerker gegenüber den Fremden ins Hintertreffen geraten, so kam nun noch hinzu, dass in den Jahren 1848 bis 1850 die Wirtschaftsdepression die Erwerbslage empfindlich verschärfte. Wie gereizt die Stimmung in den sozial schwachen Schichten Berns gegen-

über den Flüchtlingen seit Herbst 1849 gewesen ist, hat Ludwig Simon berichtet.¹⁶ Einige Strophen aus dem Flugblatt «Ungehobelte Verse über ungehobelte Leute», mit dem sich der «Schweizerische volkstümliche Vaterlandsverein» 1850 in Bern am Wahlkampf beteiligte, gibt eindrücklicher, als dies beschreibende Worte vermögen, das Niveau und die Argumentation dieser Deutschfeindlichkeit wieder:

«Hat einer verübt einen Schwabenstreich, mit der Tit. Polizei sich einzweiet,
Eine Kasse verkleinert, ein Fürstel beschimpft, ein verpfushtes Komplötchen gredrechelt,
Gleich denkt er: J was! s'ist Wurst, ich geh' in die Schweiz, dort bin ich geborgen;
Denn der Schwaizer is dumm, und hat Geld wie Heu, und Butter – mich wird er versorgen.

Da kommen Doktoren mit Brille und Schnauz, geissbärtige Kommunisten,
Litteraten und Schreiber und Lehrer zu Hauf, hirnwüthige Propagandisten,
Schuhputzer und Schneider aus Rom und aus Wien, Bierglasbarrikadenapostel,
Schnellfüssige Freiheitskämpfer ein Heer, die da floh'n sechstausend auf einmal.

Das wimmelt und wirbelt im Lande herum, als hätte es Frösche geregnet.
Erst sind sie bescheiden, vernünftig und still, wie die Engelein harmlos und milde,
Kratzfüssig, gelenkigen Rückens, dieweil sich der Brodkorb noch nicht geöffnet.
Denn Mancher ist d'runter, er hat, wenn er kömmt, kein honoriges Hemde am Leibe.

Und ist er erwärmet in Amt und Verdienst, und fühlt er sich fester im Sattel,
Und hat er ,ein Bissel sich 'rumgeseh'n', vom Aarhorn bis an den Leman,



Die Erhebung Berns
und
des Deutschschweizerthums Schwanengesang
vom 4. Juni 1850.

I
Nimm an ihr Schwere alle,
für freistehende Bündgenossenschaft;
Dass Schwere und Gut anfallt,
Die Last ist nun im Schwere.

II
Geh' mit dem neuen Jahr,
Es bringt für die Volkswelt;
Viel, für den neuen Schwere,
Schnell man die Freiheit voll.

III
Mit Klugheit sich nicht beist;
Für einen neuen Schwere;
Und davon nicht man beist,
Von Schwere Freiheit.

IV
Wer will die Freiheit sehen,
Wann sie zuerst beginnt;
Doch hat sie nur nicht ohne
Freiheit wieder Schwere.

V
Lied mit dem neuen Jahr,
Den Schwere Freiheit;
Den Schwere und Freiheit,
Die Freiheit und die Freiheit.

VI
Wie sie so über Freiheit;
Für einen neuen Schwere;
Dass man nicht beist,
Von Freiheit Freiheit, mit dem Schwere.

Die konservative Kundgebung vom 25. März 1850 zu Münsingen hatte die Parole «Gegen die Nassaueri!» ausgegeben; die Bewegung zum Sturz der radikalen Berner Regierung entwickelte sich zu einer Hetzkampagne gegen deutsche Parteigänger des Radikalismus, obwohl diese «Ausländer» sich, wie der auf dem obenstehenden Pamphlet mit einem Fusstritt zum Lande hinaus geworfene Wilhelm Snell, zum Teil längst in der Schweiz eingebürgert hatten.



Beat Rudolf von Lerber (1788-1849)
Gründer des «Schweizerischen volkstümlichen Vaterlandsverein».



Karl Friedrich Rheinwald (1802-1876)
Opfer deutsch-feindlicher Umtriebe im April 1848.



Politisches Pamphlet aus dem Berner Wahlkampf von 1850, das den Missbrauch des schweizerischen Asyls anprangerte und unter den Schweizern fremdenfeindliche Emotionen zu mobilisieren suchte.

Gleich schwillt ihm der Kamm, hochmüthig und frech will bald er in Alles sich mengen,

Schilt ehrliche Leute, sagt: Schweizerkuh! will Kinder des Landes verdrängen.

D'rauf wird er politisch, hat Klubb und Verein, und steckt sich in zehn Propaganden,

Stürzt Throne, erwürgt seine Fürsten – per Tag 12 Stück – mit dem Maule versteht sich.

Das wühlt und zettelt, als sollte noch heut, kein Fürstlein mehr bleiben auf Erden,
Ja wäre die Faust so behend wie das Maul, kein Engel wär sicher im Himmel.»

«Jetzt sollen wir euch aus der Patsche befrei'n. Habt ihr euch die Suppe versalzen,
Da meint ihr, wir sollen sie fressen und flugs euch eine gesündere kochen.

Für uns sei die Schwarte, für euch der Speck ... Uhä! sucht Andre zu prellen!

Verbrennen wir je uns die Finger express, so geschieht's nicht für solche Gesellen.

„Der Tell', schreit einer, „der hat nicht gelebt, d'ran glauben nur alberne Tröpfe!'

„Die Helden von Murten und Sempach sind gegen Hecker und Struve nur Zöpfe!'

Ja freilich, was Teil und das Grütli gethan, passt nicht in ein Wühlergehirne.

Ein Beweis, dass der Teil nicht gelebt, wär der: dass ‚Vögte' uns immer noch plagen.»

«Und geht es dann los, gleich muss der Milize mit Sack und Pack an die Grenze,

Der Wühler, der Hetzer bleibt ruhig zu Haus, und reibt sich lachend die Hände.

Kehrt endlich der Mann aus dem Felde zurück, voll Langweil, Ärger und Wanzen,

Was findet er oft?... einen Schwaben im Nest, und kann nach Amerika wandern.

Wie die Schärmaus wühlet im Boden versteckt, dem Gärtner und Bauer zum Schaden,
So nagen die Fremden im dunklen Gemach an der Wurzel des Rechts und der Wahrheit.
Sie haben verführt manch edles Gemüth, das mögen mit Gott sie verrechnen;
Sie haben der Schweiz eine Nase gedreht – das wollen wir selber bezahlen.

Nur sachte, ihr Herrn! nicht zu laut, nicht zu kühn; denn es könnte das Blättchen sich wenden.

Ihr triebet es arg mit des Schweizers Geduld; geht endlich der Faden zu Ende,
So nehmen wir Gabel und Haue zur Hand, und jagen euch all' aus dem Tempel.
Dann wird es ruhig, dann wird es still; dem spätern Geschlecht zum Exempel.

Du aber dort oben, dess Kinder wir sind! Dein Wort sei unsere Leuchte!
Du gabst uns die Freiheit, erhalte sie doch, von dem Gifte der Fremden gereinigt.
Dass frei wir im Herzen von Sünde und Trug, nach Aussen von jeglicher Knechtschaft,
Frei, einig und stark stets leben fortan – dann wollen wir ewig dich loben!»¹⁷

Nicht ohne Witz und mit beissendem Spott prangerte das Pamphlet Übelstände an, die die negativen Erscheinungen der Emigration verursacht hatten. Dass die Schweiz als Ausgangsbasis für den Umsturz in anderen Staaten missbraucht und dabei auch noch zur Aufgabe ihrer Neutralität gedrängt wurde, dass sie selbst zum Objekt revolutionärer Propaganda gemacht und schliesslich ihrer Haltung wegen von kurz-sichtigen Heissspornen wie Karl Heinzen mit abschätzigen Angriffen bedacht wurde, widersprach dem korrekten Verhalten, das das Asylland von den Auf genommenen hätte erwarten dürfen. So fehlte es nicht an gerechtfertigten Klagen, und selbst von deutscher Seite wurde die Unklugheit derjenigen Landsleute getadelt, die durch ihre rücksichtslosen Einmischungsversuche den Unmut ihrer Umgebung gegen sich geradezu herausforderten.¹⁸ Doch ging es dem «Vaterlandsverein» nicht nur um die Beseitigung solcher Missstände, für die im Vergleich zur Ausländermasse einzelne

Eiferer verantwortlich waren. Vielmehr dienten sie ihm zum Vorwand, die ihnen geistig und politisch verhassten Zeittendenzen endlich mundtot zu machen. Er zielte auf den Hinauswurf von Leuten, die aus dem ungewissen Emigrantendasein herausgewachsen waren und wie Wilhelm Snell seit Jahren in der Schweiz gewirkt und hier zum Teil sogar das Bürgerrecht erworben hatten. Als Schweizer konnten sie aus der Eidgenossenschaft zwar nicht ausgewiesen, aber als Landesfremde aus der primär noch kantonale definierten Volksgemeinschaft zumindest ausgestossen werden. Der Tenor dieser polemischen Verse traf umso sicherer, als nach dem Scheitern der Revolution in Deutschland die deutschen Wortführer des Radikalismus vieles von ihrer Glaubwürdigkeit eingebüsst hatten. Da sie in ihrer Heimat kläglich versagt hatten, während in der Eidgenossenschaft mit Erfolg die Umformung zum Bundesstaat bereits vollzogen worden war, wirkte es deplaziert, wenn sie der Schweiz Ratschläge aus der Position des Besserwissens erteilten. So unentbehrlich die deutschen Flüchtlinge der Regenerationsbewegung gewesen waren, gerieten sie im Bundesstaat, sofern sie auf einem doktrinären Standpunkt verharrten, in die Rolle des störenden Aussenseiters. Denn jetzt galt es, statt die inneren Gegensätze weiter aufzureissen, auf eine Versöhnung der Parteien hinzuarbeiten. Desto eher konnte es gelingen, kompromisslose Politiker wie die Brüder Snell zum Objekt des Fremdenhasses zu machen und den Radikalismus als «Auslandspartei» zu diffamieren. Der kratzfüssige Fremde gelenkigen Rückens, der, kaum im neuen Nest warm geworden, den ehrlichen Schweizer hinausdrängt, der im Dunkeln wühlt und sein Gift verspritzt, von dem das Land gesäubert werden muss – sind das Topoi für den Schwaben oder schon für den Juden? Der Verdacht, dass dieser antideutsche Hass auch antisemitische Züge trug, findet durch die Karrikatur «Die Erhebung Bern's und des Deutschmichelthums Schwanengesang», die nach dem Wahlsieg im Juni 1850 angefertigt wurde, seine Bestätigung. Sie stellt einen mit einer Laterne und einem Knüppel bewaffneten Schweizer dar, der dem dickwanstigen deutschen Michel in der Gestalt von Wilhelm Snell einen Tritt in Richtung Nassau versetzt. An sein Jacket war ihm als Symbol des Unglaubens ein Davidstern geheftet worden.¹⁹

Da die Akten des «Vaterlandsvereins» bis jetzt nicht aufgefunden werden konnten, bleiben manche Fragen offen.²⁰ Er bevorzugte unauffällige Wirkungsmöglichkeiten,²¹ etwa Eingaben an einzelne kantonale Regierungsdepartemente oder Zeitungsartikel, die anonym waren.²² Zu ihnen gehörte der Aufsatz «Die Schweiz und das Ausland», eine grundsätzliche Warnung, die lediglich mit «Ein Alt-Berner» unterzeichnet war.²³ Bereits dieser Artikel aus dem Jahr 1847 machte der Öffentlichkeit

kund, dass der Kampf gegen die ausländischen Einflüsse nicht nur innenpolitischer, sondern sozialpolitischer und weltanschaulicher Natur war. Die grösste Gefahr sah der «Alt-Berner» aus den sozialistischen und kommunistischen Tendenzen erwachsen. Bis Ende der dreissiger Jahre sei der «Kommunismus» ein «bömisches Dorf» gewesen, man habe nicht einmal dessen Namen, geschweige dessen Bedeutung gekannt. «Aber dieser Trabant des fortschreitenden Zeitgeistes wusste sich auch in unser Land den Weg zu bahnen und wurde allda durch alte und neue politische Flüchtlinge eingeführt.» Erklärend fügte die Redaktion in einer Anmerkung bei, der Sozialismus sei nichts Anderes als ein versteckter und übertünchter Kommunismus; beide liefen auf das Gleiche hinaus, nämlich auf den Satz: «Wer da hat, der soll theilen mit dem, der da nichts hat!»²⁴ Dieser simplen Auslegung entsprach ein analoger «Antikommunismus», dem unter den deutsch-feindlichen Motivationen erhebliches Gewicht zukam. Dass der Verein auf jede Infragestellung traditioneller Glaubensvorstellungen empfindlich reagierte, versteht sich nach dem Gesagten von selbst. Gegen die Berufung des Exegeten Eduard Zeller, der der Hegelschen Schule angehörte und in dem man einen zweiten Fall Strauss witterte, hatte er derart agitiert, dass gegen ihn eine amtliche Untersuchung eingeleitet wurde.²⁵ Soweit sich diese Emotionen rational erfassen lassen, richtete sich dieser Hass in erster Linie nicht gegen die Deutschen als Zugehörige zu einem bestimmten Volk, sondern gegen jene Ausländer in der Schweiz, die als Mittler neugearteter Vorstellungen für gefährlich erachtet wurden. Die analogen Symptome der Ausländerfeindlichkeit hatten bereits 1839 den Sturz der liberalen Zürcherregierung begleitet; damals galt der am 9. Mai 1831 eingebürgerte Jgnaz Thomas Scherr, der Reformers des Erziehungswesens und erste Direktor des Lehrerseminars Küsnacht, als Vorläufer des Antichrist, und es fehlte nicht an Leuten, die zur Verhinderung eines «schwäbischen Regiments in Zürich» aufrufen zu müssen glaubten.²⁶

1. 2 Progromartige Zuspitzung im Fall Rheinwald

1848 ist es zu einem Exzess gekommen, der drastisch vor Augen führt, welche unbe-rechenbare Weiterungen die Aufstachelung zur Fremdenfeindlichkeit nach sich ziehen konnten. Denn diese machten sich auch die Radikalen als Mittel zunutze. Der Württemberger Karl Friedrich Rheinwald (1802-1876) war 1836 vom Regierungsrat zum Extraordinarius für germanisches Recht an die Universität Bern gewählt wor-

den. Der Flüchtling schuf sich in seiner neuen Heimat bald eine geachtete Stellung. Mit dem Radikalismus pflegte er viele Jahre enge Beziehungen, trennte sich dann jedoch von seinen radikalen Freunden und wurde 1847/48 mit den Stimmen der Gemäßigten zum Rektor der Universität gewählt.²⁷ Aus den Reihen seiner früheren Gesinnungsfreunde um Wilhelm Snell schuf er sich dadurch starke Feinde. Im April 1848 bewarb er sich in den württembergischen Kreisen Tuttlingen, Rottweil und Spaichingen um den Sitz im Frankfurter Parlament. Am 16. April brachte der «Berliner Verfassungs-Freund» eine Privatkorrespondenz aus Tuttlingen, die über eine Volksversammlung in Spaichingen berichtete, «in der sich besonders Hr. Prof. Rheinwald von Bern hören liess und die monarchische Regierungsform für das Eine Deutschland mit Beibehaltung der 34 Fürsten u. s. w. in Schutz nahm, und die Republik verdammt». ²⁸ Das Schreiben erregte in Bern umso mehr Aufsehen, als Rheinwald der Denunziation zufolge mit seiner Kandidatur im Begriffe stand, «das kaum Errungene durch die schlechtesten Machinationen» wieder zunichte zu machen. Denn die Unternehmungen Heckers schienen eben zu den schönsten republikanischen Hoffnungen Anlass zu geben, als diese Meldung, Rheinwald habe sich gegen die Republik erklärt, in die erregte Stimmung hineinplatzte. Als er Ende des Monats nach Bern zurückkehrte, brach der von den Radikalen geschürte Entrüstungssturm über den «abtrünnigen» Professor los. Vier Nächte umtobte der Pöbel unter Todesdrohungen seine Wohnung und bearbeitete mit Stöcken und Steinen Türe und Fenster. Trotz seines Schutzersuchens versagte sich ihm die Polizei, so dass er genötigt war, beim Präsidenten der Regierung direkt um Hilfe zu bitten.²⁹ Besonders am letzten Abend dieser Ausschreitungen haben sich zahlreiche Neugierige – von gegen 2'000 Personen wird berichtet – zum Spektakel eingefunden, das durch das endlich aufmarschierte Freikorps zwar beeinträchtigt, nicht aber verhindert wurde.³⁰ Unter den aktiven Teilnehmern an den Ausschreitungen sollen «fremde Gesellen» ausgemacht worden sein.³¹ Psychologisch gesehen mögen diese gewaltsamen Proteste eine Art Ersatzfunktion für die verhinderte Teilnahme am badischen Aufstand abgegeben haben. Der aufgehetzten Menge stand das Gebaren des Regierungsrates in nichts nach. Am 29. April beantragte ihm der Erziehungsdirektor, Rheinwald als Rektor und Lehrer der Hochschule zu suspendieren und ihn den Gerichten zu überweisen, von denen seine Abberufung verlangt wurde. Die Regierung erhob diesen Antrag zum Beschluss, indem sie die an der Volksversammlung in Württemberg geäußerte Gesinnung mit der Lehrtätigkeit in einem republikanischen Staatswesen für unver-

einbar hielt.³² Dass der bewusste Artikel, dessen politische Intrige ihm zu Gesichte stand, falsch informiert hatte, wollte man offenbar gar nicht zur Kenntnis nehmen. Aus durchaus vertretbaren Gründen war Rheinwald zur Auffassung gelangt, dass dem einigen Deutschland – im Gegensatz zur Schweiz – die konstitutionelle Monarchie die angemessenere Staatsform sei. Solange höchstens ein Fünfzigstel die Republik verlange, dürfe nicht eine «ungeheure» Minderheit der Mehrheit das Gesetz machen; die gewaltsame Einführung der Republik in Deutschland würde zum Bürgerkrieg, zur Zersplitterung und zum Untergang dieses Landes führen; das deutsche Volk sei jetzt zur Republik noch nicht reif. Die Republik hatte er keineswegs «verdammte».³³ Obwohl das Amtsgericht den Beklagten folgerichtig freisprach, ergriff die Regierung den Rekurs. Am 12. August 1848 bestätigte das Obergericht das erstinstanzliche Urteil, erklärte die verfügte Einstellung als unbegründet; die Kosten und eine Entschädigung hatte der Fiskus zu tragen. Aber auch um die Höhe der Entschädigung stritt sich die Regierung und unterlag.³⁴ Dass Rheinwald formalrechtlich Schweizer geworden war – seit 1838 besass er in der Gemeinde Bözingen bei Biel das Bürgerrecht – wurde weder damals noch später in der Literatur beachtet.³⁵ Deswegen galten die Ausschreitungen dem deutschen Professor, der den republikanischen Gedanken «verraten» hatte. Der deutsch-feindlichen Gesinnung hatte der «Vaterlandsverein» Auftrieb gegeben, und es ist nicht ohne Ironie, dass diese Saat sich gegen einen Mann wandte, der mit seinen jüngsten Vorstellungen diesem liberal-konservativen Kreis sympathisch sein musste. Kurz nach dem Skandal reiste Rheinwald, der erst recht mit Erfolg zum Abgeordneten gewählt worden war, nach Frankfurt ab. Bei seinem Zwischenhalt bereiteten ihm die Spaichinger demonstrativ einen feierlichen Empfang, wohl als Gegenstück zur bernischen Katzenmusik. Die Spannungen im deutsch-schweizerischen Grenzgebiet hat dieser Vorfall nach dem Scheitern des Heckerputsches noch erhöht.

Die Vorgänge waren in Deutschland nicht unbemerkt geblieben, zumal Rheinwald in der Sache selbst keine Mitschuld trug.³⁶ Die Augsburger «Allgemeine Zeitung», die der Schweiz kritisch gegenüberstand und hier weit verbreitet war, nahm den Fall Rheinwald zum Anlass, ganz allgemein auf die erneute Regung des Fremdenhasses in der Schweiz hinzuweisen. Ein vom 5. Mai 1848 datierter Bericht aus Bern gab zum ersten Mal dem deutschen Publikum von der Existenz des «Schweizerischen volksthümlichen Vaterlandsvereins» Kenntnis. Allerdings schien der Verfasser von ihm nicht viel mehr gewusst zu haben als dessen Gründungsaufruf preisgab: Die «un-

verhältnismässige Menge von Fremden, besonders von grossentheils verlumpten und verjagten (sogenannt) gelehrten Deutschen, die von Jahr zu Jahr in immer steigender Zahl sich unter uns niederlassen und, was das allerschlimmste ist, sich bei uns einbürgern», werde darin als ein unerträglicher Übelstand angeprangert. Im Weiteren, so erfuhr die deutsche Leserschaft, würden den Fremden und vor allem den Deutschen die niederdrückende Konkurrenz, die «Geldgier» und der Mangel an Dankbarkeit angelastet. Schon dieser Gründungsaufruf enthielt die wesentlichen Befürchtungen, die den Angriff auf die deutschen Einwanderer ausgelöst hatten: «Sie bringen uns Herrnhuterei, Freigeisterei, Gottesläugerei, Communismus und rohe Sitten. Alle unruhigen Köpfe und verarmten Beutel, ja Windbeutel Deutschlands kommen zu uns herüber. Uns wartet ein gänzlicher Untergang, umso gewisser, da bei allen diesen Unmenschen, sowie in Deutschland selbst und bei unseren eigenen verachtungswürdigen Deutschen es ausgemachte Sache ist, dass die Schweiz ein Theil von Deutschland sey.»³⁷

Ohne den Fall Rheinwald wäre der «Vaterlandsverein», von dessen Bedeutungslosigkeit das deutsche Blatt überzeugt war, der weiteren Öffentlichkeit wohl weiterhin verborgen geblieben. Dieser Artikel sollte ein Warnzeichen sein, alarmierte aber eher Deutsche im Ausland als Schweizer. Unter dem Eindruck des ungerechten Vorgehens gegen Professor Rheinwald schrieb Eduard Bobrik jenen unglücklichen Brief an seinen Jugendfreund Johann Jacoby, der nun weit über den lokalen Bereich hinaus eine deutsch-feindliche Welle auslöste. In der schon früher erwähnten Resolution vom 9. April 1848 hatten in Zürich etwa sechshundert Deutsche ein besseres Heimatrecht und eine einige Vertretung des gesamten Vaterlandes gefordert. Durch seinen Freund Jacoby, der Mitglied des Fünfzigerausschusses war,³⁸ wollte Bobrik in Frankfurt die in der Zürcher Adresse erhobenen Forderungen rascher und mit stärkerem Druck zur Geltung bringen. Sein – wie er es bezeichnete – Privatbrief kam am 6. Mai im Fünfzigerausschuss wie folgt zur Sprache:

«Jacoby nimmt hierauf das Wort: es sei ihm von bewährter Hand aus Zürich die Nachricht zugekommen, dass der Fremdenhass sich dort gegenwärtig auf eine in der That empörende Weise äussere, in allen kleinen Volksblättern werde geradezu Deutschenhass gepredigt, Forttreiben aller Deutschen angerathen und in den Schweizervereinen wirklich auch schon berathen. – Ein Deutscher, welcher ein eigenes Boot besitze und auf demselben die deutsche Fahne aufgesteckt habe,

habe sie auf Polizeibefehl abnehmen müssen, während die Franzosen auf ihren Booten ihre Flagge ungestört fortführen. Er stellt daher den Antrag: Der Ausschuss möge die Bundesversammlung einladen, zum Schutze der Ehre und der Interessen der Deutschen in der Schweiz die geeigneten Massregeln durch den österreichischen und preussischen Gesandten beim Vororte schleunig ergreifen zu lassen. Dieser Antrag wird angenommen.»³⁹

Daraufhin beschloss die deutsche Bundesversammlung, Erkundigungen einzuziehen, «ob die Gerüchte begründet seien, dass in der Schweiz gegen die Deutschen als solche Misshandlungen verübt werden». Sobald dem Zürcher Erziehungsrat dieser Vorstoss seines Universitätslehrers bekannt wurde, forderte er Bobrik auf, binnen vier Tagen die Tatsachen anzugeben, die seinen Anschuldigungen zugrunde liegen.⁴⁰ Dieser bestätigte lediglich, in seinem Brief «Erzählungen hiesiger Tagesbegebenheiten» wiedergegeben zu haben, zu denen neben dem Vorfall mit der Flagge auch «die fortgesetzten Schmähungen der Neuen Zürcher Zeitung gegen die Deutsche Nation und den Fünzfziger-Ausschuss» und «die in manchen Schweizerblättern enthaltenen Aufreizungen zur allgemeinen Austreibung aller Deutschen» zählen sollten.⁴¹ Nun wurde von ihm verlangt, binnen zwei Tagen für seine Behauptung Beweise beizubringen, es bestehe notorisch ein durch die ganze Schweiz verzweigter Verein von Schweizern, um die Deutschen fortzutreiben.⁴² Das einzige Beweisstück, das er greifbar zu machen vermochte, war der besagte Artikel aus der Augsburger «Allgemeinen Zeitung» vom 14. Mai 1848. Dem Erziehungsrat war damit sein Befund leicht gemacht, dass «die Unzulänglichkeit des Nachweises einer Übeln Behandlung der Deutschen in der Schweiz mit Zeitungsartikeln jedoch allzusehr in die Augen springt als dass sie noch einer weiteren Darlegung bedürfte». Der erste «Flaggenzwischenfall», von dem Bobrik zu berichten wusste, sei eine, überdies in Abrede gestellte Massnahme der Ortspolizei, gegen die der Rekurs hätte ergriffen werden können. Für seine Denunziation, von der nachteilige Folgen für die Hochschule befürchtet wurden, erteilte er daher dem Professor einen Verweis. So fragwürdig Bobriks pauschale Klagen in Frankfurt und die damit verbundenen Absichten waren, fehlte schweizerischerseits das reine Gewissen, sich in die Pose des Gerechten zu setzen.⁴³ Unbelastet von jeder Selbstkritik und wohl auch in Unkenntnis der Zusammenhänge war der «gerechte» Zorn schon beim ersten Bekanntwerden von Bobriks Vorstoss nicht mehr zu bändigen. Die polemische Zurechtweisung eröffnete Herkules Daverio, der Redaktor der Neuen Zürcher Zeitung, mit Worten wie: «Der Auf-

schwung des Liberalismus in Deutschland scheint auf mehrere in der Schweiz und von Schweizerbrod lebende Deutsche bisher keine andere Wirkung gehabt zu haben, als dass er deren lächerliche Anmassung in einem unbegreiflichen Grade steigerte. Diese Herren wähen sich wohl dazu berufen, die alten deutschen Diplomaten in der Schweiz zu ersetzen, mit dem Unterschied, dass sie sich berechtigt glauben, unendlich gröber sein zu dürfen.»⁴⁴

Der Hinweis auf die vielen Deutschen in der Schweiz, «die unangefochten ihr Brod verdienen und mitunter auch unverdient geniessen», zielte auf die fremdenfeindlichen Ressentiments, während der Abschluss des Artikels die nationalen Abwehrkräfte mobilisierte: «Wenn es zur Abrechnung kommen soll, wird es sich zeigen, ob Deutschland oder die Schweiz mehr zu fordern und wer bei Aufkündigung der Freundschaft mehr zu verlieren hat. Die Schweiz ist etwas anders gelegen als Dänemark.» Die Grenze der deutlichen, aber sachlichen Zurückweisung war damit überschritten worden. Die Pressepolemik, die in schweizerischen und deutschen Blättern geführt wurde, wühlte tiefer in den Emotionen, als dies die Anwürfe des deutschen Professors allein vermocht hätten. Schon vor dem Ausbruch dieser Affäre hatte man sich in der Schweiz und namentlich in der NZZ über den deutschen «Michel» mokiert, dessen Revolution so gar nicht den schweizerischen Erwartungen entsprach.⁴⁵ Andererseits freute sich die «Deutsche Zeitung» über die Betroffenheit der Schweizer, dass «die unermessliche Mehrheit der Deutschen» die Republik verschmähe, und mokierte sich über die «Zwergheit» des kleinen Nachbarn.⁴⁶ Der Fall Bobrik liess den nationalen Empfindlichkeiten freien Lauf. Die «Appenzeller Zeitung», analysierte ausführlich den deutschen Michel im Stil: «Der deutsche Michel war von jeher ein sehr gutmüthiger, aber äusserst schwerfälliger Junge .. »⁴⁷ und befasste sich in einer der nächsten Nummern nicht weniger ergiebig mit den Deutschen in der Schweiz. Einige ihrer ironischen Sentenzen waren nur noch als reine Polemik zu verstehen. Die Schweiz sei von jeher die Zufluchtstätte vieler Deutschen gewesen; «Neugierde, Gewinn, Krankheit, Aberglauben, Verfolgung, Armuth trieben sie dahin. Die Schweiz gab ihnen, was sie vermochte: Schöne Aussichten, gute Molken, heilendes Wasser, Brod, Geld, Schutz und Herrgöttli. Aber viele dieser Deutschen, namentlich diejenigen, welche Brod und Schutz in der Schweiz fanden, missbrauchten die Gastfreundschaft und bereiteten der Schweiz manche bittere Verlegenheit.» Unter Hintansetzung der Landeskinder habe man ihnen einträgliche Anstellungen gegeben. «Sobald die Deutschen sich warm im Neste fühlten und ihre abgemagerten

Lenden von der süßen schweizerischen Buttermilch allmählich runder wurden, fingen sie allerlei Tort und Spektakel an. Sie betrachteten die Republik als ein Land, wo Alles erlaubt sei.» Und nun folgten die konkreten Vorwürfe. Die einen hätten ihre Gastgeber geprellt und sich mit hübschen Summen aus dem Staub gemacht; andere sollen in Familien, die sie freundschaftlich aufgenommen hatten, den Samen der Zwietracht und des Unglücks geworfen haben. Sie hätten Fürstenmord, Unglauben, Immoralität gepredigt, Kommunistenklubs gegründet, die Schweiz in verdrüssliche Händel mit den Fürsten verwickelt und versucht, die Schweizer selbst unter sich eins zu machen. Sobald sie aber die Fürstengunst «wieder erbettelt» hätten, seien sie niederträchtig genug, ihr einstiges Asyl anzuspüren. «Die ehemaligen Fürstenfresser und Thronestürmer sind die servilsten Fürstenkriecher, die wohlbezahlten Advokaten der Throne geworden. Pfui über dieses ekelhafte, charakterlose, glaubensarme Apostatengezücht! Wie empörend ist gegenwärtig das Benehmen vieler Deutschen in der Schweiz! Mit voller Kehle jubelten sie beim Ausbruch der deutschen Revolution der Morgenröthe der Freiheit zu, und mit der gleichen Zunge schimpfen sie über die französische und schweizerische Republik.»⁴⁸

Vielleicht die Blumigkeit der Tiraden, nicht aber der deutsch-feindliche Gefühlsausbruch, dem sie entsprangen, hob die Reaktion dieses damals bedeutenden Organs aus der allgemeinen Empörung hervor⁴⁹. Noch gilt es auf eine Erscheinung aufmerksam zu machen, die sich in solchen Konfliktsituationen ausserordentlich verschärfend auswirkte: die durch die Presse verbreiteten Fehlinformationen. Nicht immer wird sie sich so einfach nachweisen lassen wie bei diesem Modellfall. Der Zürcher Korrespondent der Berner-Zeitung berichtete am 12. Mai erstmals wie folgt:

«Wir haben hier auch unsern Professor Rheinwald. Glaubwürdige Leute erzählen, der Dr. Bobrik, Professor der Philosophie, habe im deutschen Verein gesagt, die Schweizer seien ein feiges, niederträchtiges Volk. Wenn das wirklich wahr ist, und ich habe keinen Grund an der Wahrheit zu zweifeln, so übertrifft die Frechheit des zürcherischen Professors noch die des bernischen.»⁵⁰

Am 19. Mai sah sich jedoch der Korrespondent zur Berichtigung gezwungen:

«Die Äusserung, welche sich Bobrik über die Schweizer erlaubt haben sollte, hat hier in gewissen Kreisen bedeutende Aufregung hervorgebracht. Jetzt stellt es sich

heraus, dass sich Bobrik nicht so ausdrückt. Selbst der luzernische Studiosus J..., welcher die Aussage gehört haben wollte, erklärt jetzt, dass sich die Sache anders verhält. Hätte man sich die Äusserung nicht in der ganzen Stadt erzählt, so hätte ich sie Ihnen gar nicht berührt; ich konnte damals noch nicht ahnen, dass sie aus so trüber Quelle fliessen.»⁵¹

Die naive Offenheit des Berichterstatters lässt in seltener Kürze die Verbreitung dieses falschen Gerüchts nachvollziehen. Die «bedeutende Aufregung», die es mit allen möglichen Konsequenzen verursacht hat, vermochte eine verspätete Richtigstellung kaum rückgängig zu machen. Der gleich anschliessende Kommentar sorgte überdies dafür, dass niemand an der einmal gezeigten Empörung irre wurde. Wäre die Zürcher Regierung weniger gleichgültig – so meinte das Blatt –, «der Prof. Bobrik würde für sein schamloses Anrufen des Fünfzigerausschusses in unseren innern Angelegenheiten theuer zu stehen kommen. Es sollte uns leid thun, wenn arme deutsche Arbeiter für die Anmassungen eines Professors büssen sollten.»⁵²

Vergegenwärtigt man sich, wie die deutschen Flüchtlinge in den dreissiger Jahren willkommen geheissen wurden, welchen bedeutenden Einfluss man ihnen am geistigen und politischen Leben in der Schweiz einräumte, so vermag dieser vehemente Stimmungsumschwung zu frappieren. Im Mai 1848 schien der enge Geist jenes unscheinbaren «Vaterlandsvereins» mit einem Mal ungeahntes Ausmass angenommen zu haben. Schon 1846 hatte Wilhelm Marr, der sich durch eine rücksichtslose Agitation letzten Endes seine Aufenthaltsbewilligung selbst verscherzte, vom Fremdenhass in der Schweiz gesprochen, deren Grund und Zeitpunkt seiner Entstehung er zu kennen glaubte.⁵³ Die Schweiz habe sich durch die Einmischung des Auslandes in die eigene Asylpolitik zur Ausweisung von Flüchtlingen zwingen lassen; «so verlor das Volk auch jenes schöne, stolze Bewusstseyn, der natürliche Bundesgenosse der nach Freiheit ringenden Völker zu seyn! Der wahre ‚Fremdenhass‘ datirt sich seit jener Zeit».⁵⁴ Marr verstand es, die Tatsachen geradezu zu verdrehen. Nicht das Unvermögen, die ausländischen Druckversuche einfach zu ignorieren, sondern das die schweizerischen Gegebenheiten völlig ausser Acht lassende Verhalten gewisser Flüchtlinge hat die früheren Sympathien mancher Schweizer gedämpft. Dort wo Aversionen schon vorhanden waren, wurden sie vor allem durch die Furcht vor dem Aufkommen sozialistischer und atheistischer Ideen noch verstärkt. Diesen Komponenten mögen

wohl nur wegbereitende Funktion zukommen. Die Gründe für den Stimmungsumschwung sind aus der Nahperspektive allein nicht zu erklären.

Ob sich das Verhältnis zwischen Schweizern und Auslandsdeutschen durch Konsens eng oder durch Dissens gespannt gestaltete, war zunächst von der äusseren historischen Situation abhängig und in den individuellen Gegebenheiten jeweils neu zu bestimmen. Je nach der Richtung des Pendelausschlages erhielten jene Kräfte Auftrieb, die – oft über das zuträgliche Mass hinaus – nur nach der einen Seite hin zogen. Einträgliche wirtschaftliche Beziehungen, ein reger Kulturaustausch, die Bewunderung preussischer Militärzucht und die auf einen Sprachnationalismus bezogene Verbundenheit haben zu Beginn des Ersten Weltkrieges jene Phase des Konsenses geprägt, die der Schweiz ihre innere Geschlossenheit gekostet hat.⁵⁵ In den Fällen Rheinwald und Bobrik liessen sich die konträren Einflüsse aufzeigen, die eine mit «Deutschenhass» bezeichnete Reaktion hervorrufen konnten. Soweit sie über das Spezifische hinaus das Konfliktbild zu typisieren vermögen, seien sie durch die folgenden Begriffskomplexe zusammengefasst: Gespanntes Verhältnis in den zwischenstaatlichen Beziehungen, unterschiedliche Vorstellungen von Demokratie und Freiheit, Sensibilität in nationalen Fragen, Gegensätze ideologischer Art, wirtschaftlicher Konkurrenzneid und mangelndes psychologisches Einfühlungsvermögen.⁵⁶

1. Zur Phase des Konsenses

Diese Motivationen haben auch den Tonhallekrawall im März 1871 mitbestimmt.⁵⁷ Die gewalttätige Gefühlsaufwallung gegen die Deutschen stand wiederum in auffälligem Gegensatz zu dem guten Einvernehmen während der beiden vorhergehenden Jahrzehnte. Ähnlich wie in den dreissiger Jahren hatte die politische Emigration der Achtundvierziger das geistige Leben in der Schweiz zur erneuten Blüte gebracht. Wie aus dem freundschaftlichen Verhältnis sowohl für die Ausländerbevölkerung wie für ihr Gastland Anregung und Bereicherung erwuchs, zeigt das Beispiel der deutschen Kolonie in Zürich, die in dieser Zeit ihren kulturellen Höhepunkt durchschritt.⁵⁸

2. 1 Das Gedeihen der deutschen Kolonie Zürichs im Zeichen der liberalen Gesinnungsfreundschaft

Der Erziehungsdirektor Alfred Escher und sein Nachfolger Jakob Dubs hatten die Chance genutzt, aus den Reihen der liberal gesinnten Deutschen wiederum für kürzer oder länger die angesehensten Lehrkräfte für die Universität zu gewinnen.⁵⁹ Von 1852 bis 1854 dozierte hier Theodor Mommsen Römisches Recht, der mit den «Inscriptiones Confoederationis Helveticae Latinae» und als Verfasser der «Schweiz in römischer Zeit» seinem Gastland so vieles gegeben hat und gleichwohl kaum eine innere Beziehung zu ihm zu gewinnen vermochte.⁶⁰ Aus politischen Gründen in ihrer Heimat untragbar geworden waren auch Heinrich Fick⁶¹, der das schweizerische Obligationenrecht zu schaffen half, Eduard Osenbrüggen⁶², Professor für Kriminalrecht, und Jodokus Temme⁶³, einem auch 1870 nicht schwankend gewordenen Demokraten, dem die Erfahrungen im preussischen Justizdienst in seinem Ordinariat für Strafrecht und Strafprozessrecht ebenso wie in den zahlreichen Kriminalromanen zugute kamen, die zu schreiben ihn das schlechte Professorengeloh zwang. Die erste Vorlesung über das neugestaltete Bundesstaatsrecht wurde in Zürich von dem deutschen Nationalökonom Hermann von Marschall-Bieberstein gehalten.⁶⁴ Als Neutestamentler wurde Gustav Volkmar⁶⁵ für die theologische Fakultät gewonnen. Der Physiologe Jakob Moleschott⁶⁶ war seiner materialistischen Philosophie wegen umstritten. Sein Nachfolger als Physiologe war 1861 Adolf Fick, auf dessen Sohn zusammen mit dem Chemiker Johannes Wislicenus bei der Gründung des «Alldeutschen Verbandes» zurückzukommen sein wird.⁶⁷ Der Philologe Hermann Köchly⁶⁸, wegen der Teilnahme am Dresdener Aufstand im Mai 1849 flüchtig, kämpfte bei der Schulreform vergeblich für den Ausbau des Griechischunterrichts auf der Gymnasialstufe, was ihm den weiteren Schweizer Aufenthalt verdross. Mancher deutsche Gelehrte fand am Eidgenössischen Polytechnikum, das im Oktober 1855 eröffnet wurde, eine Wirkungsstätte.⁶⁹ Gottfried Semper, ebenfalls ein Teilnehmer am Dresdener Aufstand, war sein Erbauer und erster Professor zugleich. Das Stadthaus von Winterthur und andere Gebäude sind Zeugnisse seiner Baukunst, bis ihn grössere Aufgaben Ende 1870 von Zürich fortzogen.⁷⁰ Johannes Scherr, in contumaciam zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt, lehrte seit 1860 Geschichte und deutsche Literatur am Polytechnikum, ein streitbarer Geist, der seinen Ruf durch zahlreiche Publikationen mehrte.⁷¹ Nicht weniger berühmt war Gottfried Kinkel, der als Kunsthistoriker das Zürcher Kulturleben anregte.⁷² Der Chemiker Bolley⁷³, Friedrich Theodor Vi-

scher⁷⁴, der als Literarhistoriker und Dozent für Ästhetik beiden Lehranstalten zum Gewinn wurde, und viele andere deutsche Persönlichkeiten, die nach 1850 in Zürich, aber auch in anderen Kantonen über den engen Kreis der Wissenschaft hinaus den schweizerischen Alltag belebt haben, wären zu nennen.

Nach 1848 hatte sich auch manche wohlhabende deutsche Familie im freieren Nachbarland angesiedelt. 1851 liess sich François Wille in Mariafeld nieder.⁷⁵ Der Sohn eines nach Hamburg ausgewanderten Neuenburgers, dessen Schmissee seinen Göttinger Corpsbruder Otto von Bismarck beeindruckt hatten, war Mitglied des Vorparlaments zu Frankfurt gewesen und führte eine scharfe und geistvolle Feder. Mit ihm verband sich Eliza Sloman, Tochter eines Hamburger Schiffsreeders, die das Heim am Zürchersee zu einem bevorzugten Sammelplatz des deutschen und einheimischen Geisteslebens zu gestalten wusste.⁷⁶ Exklusiv als Kulturstätte und gesellschaftlicher Treffpunkt der deutschen Kolonie bot sich das gastfreundliche Heim der Familie Wesendonck dar. Otto Wesendonck vertrat in Europa das grosse New Yorker Seidenhaus Loeschigk-Wesendonck & Co. 1851 hatte er aus geschäftlichen Gründen Zürich zu seinem dauernden Wohnsitz gewählt.⁷⁷ Sechs Jahre später bezog er die prachtvolle Villa auf dem «Grünen Hügel» in der Enge.⁷⁸ Herwegh, Mommsen, Kinkel, Semper, der Physiologe Ludwig, Moleschott, Köchly, Rüstow, Giesker, Osenbrüggen, Lüning, Ettmüller, vorübergehend auch Venedey und Ruge, Gottfried Keller und Conrad Ferdinand Meyer, Graf Plater, der im Zentrum der polnischen Restaurationsbestrebungen stand, und seine Gattin, die frühere Schauspielerinnen Karoline Bauer, haben in Mariafeld oder in der Villa Wesendonck die geistig bewegte Atmosphäre eines verfeinerten kultivierten Kreises gefunden, die sie in der bürgerlichen Nüchternheit schweizerischer Gastlichkeit vermissen mochten. Ein edles Mäcenatentum und die enge Verbindung mit Richard Wagner, dessen Liebe zu Mathilde Wesendonck seinen Gönnern eine seltsame Mischung von Freud und Leid gebracht hat, verlieh diesem Freundeskreis einen besonderen Rang.⁷⁹ Wohl nirgends in der deutschsprachigen Schweiz lebte man damals derart intensiv den schöngeistigen Künsten wie im Wesendonckschen Haus. Hier veranstaltete Wagner Aufführungen einzelner Akte aus seinen Opern. Nach seinem Weggang leiteten die Musiker und Komponisten Theodor Kirchner und Heinrich Schulz-Beuthen die musikalischen Soireen. Klassische Dramen wurden mit verteilten Rollen gelesen, oder man veranstaltete gar einen förmlichen Kurs über deutsche Literaturgeschichte.⁸⁰ An diese beschwingte Zeit erinnert der jüngere Kinkel Jahre nach dem Wegzug der We-

sendoncks nicht ohne Wehmut: «und so ist es seit zwanzig Jahren keiner deutschen Familie in Zürich gelungen, einen Kreis um sich zu versammeln, der an innerer Bedeutung sich auch nur entfernt mit dem hätte messen können, was die Umgebung der Familie Wesendonck darstellte.»⁸¹

2. Zur Komparabilität der Konflikterscheinungen

Das gemeinsame Wirken von Schweizern und Deutschen zum Wohl des eidgenössischen Staatswesens gab unterschwelligem Spannungen kaum Raum zu einer ernsthaften Trübung des gegenseitigen Einvernehmens.⁸² Der politische common sense der Schweizer genoss auf der einen, das Kulturniveau der Deutschen auf der anderen Seite hohe Achtung. Kaum ein Jahrzehnt später würden die Worte öffentliches Missfallen erregt haben, die Oberst Bernold bei der Einweihung des Heinrich Simondenkmals 1862 gesprochen hatte: «Wir Schweizer sind ja auch Deutsche. Unsere ganze Bildung ist eine deutsche. Unser Höchstes und Tiefstes, wo holen wir es? Draussen bei Euch!» Ein Rätsel bleibe es, so fuhr er fort, warum dieses Deutschland, das in Wissenschaft, Kunst und humaner Zivilisation alle Völker überrage, in seinem politischen Zustand so arg zurückgeblieben sei.⁸³ Durch die Überzeugung, das schweizerische Modell könne und müsse der deutschen Einigung die Richtung weisen, waren die Freundschaftsbande enger geknüpft worden. Der Krieg von 1866 hat mit seinen Folgen diesen Illusionen den Boden entzogen. Das Verhältnis zwischen Schweizern und den hiesigen Deutschen begann sich abzukühlen. Die Deutschfeindlichkeit, die im Tonhallekrawall vom 9. März 1871 zu einem ungewöhnlich heftigen Ausbruch von Emotionen führte, entstand unter Situationsbedingungen, wie sie schon an früheren Vorgängen als typische Merkmale für die Phase des Dissenses aufgezeigt worden sind. Die Störung des Tonhallefestes wie die Unruhen der beiden folgenden Tage hat Hans Schmid ausführlich nachgezeichnet,⁸⁴ während Rudolf von Albertini darüber hinaus die aussenpolitische Seite aufgezeigt hat.⁸⁵ Die Siegesfeier soll hier nur unter zwei Aspekten betrachtet werden: als nationale Kundgebung von Deutschen in der Schweiz zur Reichsgründung und als erneutes Beispiel für deutschfeindliche Manifestationen.

3. 1 Der «Tonhallekrawall» von 1871 als casus exempli

Als nationalistische Siegesfeier, als Kundgebung des vom Vaterlandstaumel ergriffenen Bürgertums, als Taktlosigkeit und Provokation gegenüber der einheimischen Bevölkerung Zürichs und den hier stationierten französischen Internierten ist die umstrittene Festversammlung vom 9. März in die Geschichte eingegangen. Die mit offenkundiger Siegesfreude vermischte nationale Hochstimmung, die zur skeptischen Lageeinschätzung im Gastland kontrastierte, bot ebenso wie mangelndes Fingerspitzengefühl Anlass zu dieser Charakterisierung. Aber sie allein reicht für eine Gesamtbeurteilung noch nicht aus. Die Ereignisse von 1870/71 enthielten für Schweizer und Deutsche eine völlig verschiedene Bedeutung. Für die Schweizer brachten sie eine Einengung ihres aussenpolitischen Spielraums. Während ihnen Deutschland als der Störenfried des europäischen Gleichgewichts galt, wobei sie besonders unangenehm berührte, dass sie nun kein schützender Gürtel von Kleinstaaten vor der preussischen Grossmacht mehr trennen sollte, durchlebten gerade die Auslandsdeutschen mit besonderer Intensivität die Erfüllung ihrer seit Jahrzehnten gehegten Hoffnungen auf die Überwindung der deutschen Zersplitterung. Schweizerischerseits waren daher die Gefühle nur schwer nachvollziehbar, die die Auslandsdeutschen bei der Nachricht von der Proklamation Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser bewegten. Zwei Wochen später rief ein Initiativkomitee in Zürich auf dem Weg eines Inserats zu einer Gründungsfeier auf:

«Deutscher Kommers.

Die neueste entscheidende Wendung im deutsch-französischen Kriege hat bei den Unterzeichneten den Gedanken angeregt, die staatliche Neugestaltung Deutschlands durch einen Abend-Kommers zu feiern. Zu Festen ist die Zeit nicht angehan, in anspruchloser Form wollen wir den grossen Moment im Kreise Gleichgesinnter begehen. Wir laden demnach alle hier wohnenden Deutschen, die mit uns in der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches ein freudiges Ereignis erblicken, sowie alle Schweizer, die Freunde der deutschen Sache sind, höflichst und dringend ein, an dem Abend-Kommers im grossen Saale der Tonhalle, Donnerstag den 2. Februar Theil zu nehmen.

G. Semper, Professor.

A. Gusserow, Professor.

O. Wesendonck.

A. Exner, Professor.

Vorläufiger Anmeldung bedarf es nicht. Anfang 8 Uhr. Essen nach der Karte.»⁸⁶

Deutscher Kommers.

Die neueste entscheidende Wendung im deutsch-französischen Kriege hat bei den Unterzeichneten den Gedanken angeregt, die staatliche Neugestaltung Deutschlands durch einen Abend-Kommers zu feiern. Zu Festen ist die Zeit nicht angethan, in anspruchsloser Form wollen wir den grossen Moment im Kreise Gleichgesinnter begehen. Wir laden demnach alle hier wohnenden Deutschen, die mit uns in der Wiederaufrichtung des deutschen Reiches ein freudiges Ereigniss erblicken, sowie alle Schweizer, die Freunde der deutschen Sache sind, höflichst und dringend ein, an dem Abend-Kommers im grossen Saale der Tonhalle Donnerstag den 2. Februar Theil zu nehmen.

G. Semper, Professor.

O. Wesendonck.

A. Gusserow, Professor.

A. Exner, Professor.

Vorläufiger Anmeldung bedarf es nicht. Anfang 8 Uhr; Essen nach der Karte.

Erste Einladung vom 31. Januar 1871 zur Reichsgründungsfeier in der alten «Tonhalle» von Zürich.

Deutscher Commers.

Nach erfolgtem Friedensschluss laden wir alle hier und in der Umgegend lebenden Deutschen, welche in der Neubegründung des deutschen Reiches mit uns ein freudiges Ereigniss erblicken, zu der bereits früher angekündigten deutschen Festfeier auf **Donnerstag den 9. März**, Abends 8 Uhr, in den grossen Saal der Tonhalle ein. Der deutschen Sache freundlich gesinnte Schweizer sind als Gäste herzlich willkommen.

Der Eintritt erfolgt nur gegen Vorweisung von Karten, über deren Vertheilung weitere Bekanntmachung vorbehalten wird.

Das Comité.

Wegen der Anwesenheit zahlreicher französischer Internierter war die Feier verschoben worden. Obwohl vorsichtiger abgefasst, wurde auch die zweite Einladung zum Ärgernis.

Auf den Artikel 14 im Tagblatt No 26
nimm Sorge an unsere Bürger.

Wir sind schon sehr unbekannt und wir
sind noch nicht so weit gekommen mit der
Anspruchstellung unserer Verantwortlichkeit, wenn
Lithographen in demselben Sinne wie in allen
andern Punkten Bürger sehr zu tun sind, wir
in unserer Arbeit solche Verantwortlichkeit haben.
Demonstrationen unter dem Titel

"Dankes Commune"
zur Entlohnung über den Mord eines Menschen,
Angelicht in öffentlichen Lobreden gehalten
werden können? —

Ist dies nicht ein Beweis für eine Befreiung
für den Arbeiter Zirkel und die ganze Befreiung
von der Polizei sehr zu tun sind? —

Freunde der Internationalität in der Schweiz,
liebe können keine Verantwortlichkeit über einen
solchen Mann mit mehreren 100 Tausend Oeffener
Gehälter vorzunehmen Dinge mit einem
heiligen Eifer gemeinsam erklären.

Erinnere solche Organisationen werden wir wissen
in jeder Bewegung Menschen aus der Erde zu
nehmen die unglücklichen Kräfte, Mitteln
in diesen Tagen zu tun.

Geht es in die Hände haben wir uns zu sein.
Da der Dankes Eifer nicht so, immer Zeit
sof voran sich auf unser Gebiet zu flüchten
und wir müssen für einen gemeinsamen Kampf
mit dem besten aller Eifer.

Der Lithograph Rudolf Krauer hatte ein autographiertes Zirkular verfasst, das in einzelnen Arbeiterwirtschaften auflag und in dem «auch Schweizer der Antipathie solcher Umtriebe» zur «Tonhalle» gerufen wurden.



Die alte «Tonhalle» in Zürich, Schauplatz der gestörten Reichsgründungsfeier vom 9. März 1871.



Heinrich Fick (1822-1895)
kam durch den erzwungenen Abbruch der
Feier nicht mehr dazu, in seiner Rede auch
des Gastlandes zu gedenken.



Johannes Wislicenus (1835-1902)
einst Ehrenmitglied des Arbeiterbildungs-
vereins «Eintracht» und später Mitbegrü-
nder des «Alldeutschen Verbandes» präsi-
dierte die Tonhallefeier; seit 1861 war er
Bürger von Zürich.

Kundmachung.

Unsere Stadt ist seit zwei Tagen der Schauplatz von Unordnungen geworden, welche alle guten Bürger mit Beschämung und Entrüstung erfüllt haben. Der Stadtrath findet es in seiner Stellung, in Uebereinstimmung mit der Einwohnerschaft gegen das rohe Attentat auf die freien Institutionen und das Gastrecht der Schweiz, wie es von einer verführten Menge verübt worden ist, feierlich seinen Protest und seine Mißbilligung auszusprechen. Die allgemeine Verurtheilung, welche diese wiederholten verblendeten Angriffe trifft, wird, so hoffen wir, die Schmach und die Gefahren derselben von unserm Vaterlande abwenden.

Gleichzeitig richten wir an unsere Mitbürger die Aufforderung, in gegenwärtiger Zeit jeden Anlaß von Unordnungen zu vermeiden und sich jeder Theilnahme an den Zusammenrottungen der Ruhestörer zu enthalten, dagegen die Anordnungen der Militär- und Polizeibehörden willig, muthig und kräftig zu unterstützen.

Die militärischen und polizeilichen Maßregeln, welche nunmehr getroffen sind, geben der beruhigenden Hoffnung Raum, daß weitere Versuche, die Ruhe zu stören, energisch und nachhaltig unterdrückt werden können. Wehrfähige Bürger indessen, welche bereit sind, die Anstrengungen der Militärbehörden durch ihre thätige Beihülfe im Nothfall zu unterstützen, sind eingeladen, sich auf der Stadtkanzlei anzumelden.

Zürich, den 11. März 1871.

Im Namen des Stadtrathes:

Der Vicepräsident,

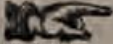
H. Kuntz.

Der Stadtschreiber,

Zweil.

Der Stadtrat von Zürich verurteilte zwar in seiner «Kundmachung» vom 11. März 1871 die deutsch-feindlichen Ausschreitungen, doch war diese Mißbilligung den Deutschen kein Ersatz für die von ihnen erwartete Satisfaktion.

Politisch gefährliche Individuen.

 652) **Wagner, Richard**, ehemaliger Kapellmeister aus Dresden, einer der hervorragendsten Anhänger der Umsturzpartei, welcher wegen Theilnahme an der Revolution in Dresden im Mai 1849 (Bd. XXVIII, S. 220 und Bd. XXXH, S. 306) steckbrieflich verfolgt wird, soll dem Vernehmen nach beabsichtigen, sich von Zürich aus, woselbst er sich gegenwärtig aufhält, nach Deutschland zu begeben. Behufs seiner Fahndung wird ein Portrait Wagner's, der im Betretungsfalle zu verhaften und an das königl. Stadtgericht zu Dresden abzuliefern sein dürfte, hier beigelegt. 11/6. 53.



Fahndungsbild von *Richard Wagner* in der Extra-Beilage zu Eberhardts Allgem. Polizei-Anzeiger, Bd. 36, Nr. 47 v. 1853.



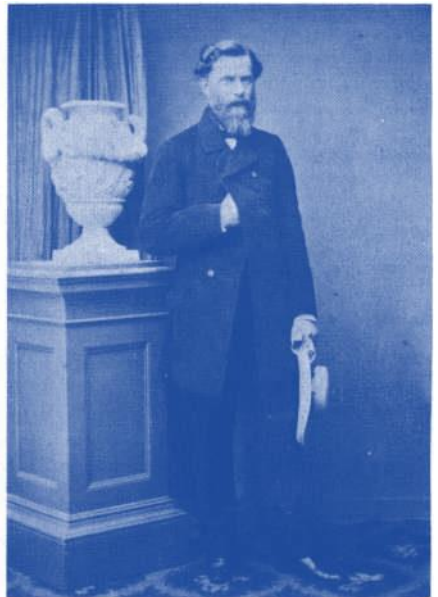
Die Villa Tribschen bei Luzern, wo Wagner 1866 bis 1872 gelebt und u.a. den «Siegfried» komponiert hat.



Villa Wesendonck (heute: Rietbergmuseum) in Zürich.



Mathilde Wesendonck (1828-1882)



Otto Friedrich Ludwig Wesendonck
(1815-1896)



Mariafeld 1835, Gemälde von Rudolf Bühlmann.



Eliza Wille, geb. Sloman (1809-1893)



François Wille (1811-1896)



Der «Germania-Hügel» in Zürich, einst von deutschen Studenten als Ort romantischer Kneipabende entdeckt, wurde zu einer Gedenkstätte Georg Büchners und war für Spaziergänge ein beliebtes Ziel der Deutschen Zürichs.



Gottfried Keller (1819-1890)



Adolf Gusserow (1836-1906)

Kellers Trinkspruch zum Abschied Gusserows, worin eine Rückkehr der Schweiz zum Reich unter gewissen Umständen in ferner Zeit für denkbar gehalten wurde, provozierte heftige Kritik.

Die Einladung zum Abendkommers, der in anspruchsloser Form, aber in Bezug auf die Teilnehmerzahl in grossem Rahmen durchgeführt werden sollte, war im Ton zurückhaltend formuliert worden. Eine Provokation hatte das Initiativkomitee nicht beabsichtigt. Dass die Reichsgründung mit einer würdigen Feier begrüsst werden sollte, war ein naheliegender Gedanke und konnte der Ausländerkolonie auch nicht verübelt werden. Gleichwohl taten die Veranstalter mit ihrem Inserat einen Fehltritt, weil sie ihre Einladung auch an die deutschfreundlichen Schweizer gerichtet hatten. Eine mutwillige Aufreizung lag ihm nicht zu Grunde. Geschlossene Veranstaltungen ausschliesslich für die deutsche Kolonie waren bis dahin unbekannt gewesen. In den deutschen Vereinen, an ihren harmlosen Vergnügungsfesten wie an den Kundgebungen vermehrt politischer Art hatten stets auch schweizerische Gesinnungsfreunde teilgenommen. Dem Initiativkomitee war noch nicht bewusst geworden, dass der Krieg und die nationale Einigung Deutschlands ihr Verhältnis zu den Schweizern tiefgreifend verändert hatte. Die Gesinnungsgemeinschaft mit dem oppositionellen, republikanisch oder doch freiheitlicher gesinnten Deutschland war zerbrochen worden, während die geplante Sympathiekundgebung für das Kaiserreich von ganz anderen Voraussetzungen ausging. Die Gründungsfeier stand denn auch von Anfang an unter einem Unstern, weil die äusseren Situationsbedingungen alle Zeichen erhöhter Spannung aufwiesen. Kurz nach diesem ersten Aufruf war die Bourbakiarmee in die Schweiz übergetreten, von der allein im Kanton Zürich über zwölftausend Soldaten interniert wurden. Unter diesen Umständen erklärte sich das veranstaltende Komitee bereit, die Feier zu verschieben. Da der Rücktransport der Franzosen für den 8. März vorgesehen war, wurde der Anlass auf den Abend des folgenden Tages festgesetzt. Obwohl sich dann die Repatriierung verschob, sprachen sich die Initianten gegen eine erneute kurzfristige Absage aus, zumal die Veranstaltung nach den vorhergehenden Angriffen zu einer nationalen Prestigeangelegenheit geworden war.

Es ist im vorhergehenden Abschnitt dargelegt worden, dass sich die Gründungsfeier keineswegs nur als nationalistische Kundgebung der besitzenden Klassen deuten lässt, während die proletarischen Kräfte ausserhalb des nationalen Lagers gestanden seien.⁸⁷ Obwohl das Bildungsbürgertum absolut dominierte, waren zum Festakt Angehörige der gesamten deutschen Ausländerkolonie erschienen, ungeachtet ihrer sozialen Herkunft oder politischen Gesinnung. Der Anstoss zur Tonhallefeier war aus dem gehobenen Bürgertum gekommen. Die Initianten gehörten ausser dem Grosskaufmann Otto Wesendonck und dem Bankdirektor Ph. Mark fast ausschliess-

lich der Dozentenschaft an (Exner, Gusserow, Semper, Wislicenus).⁸⁸ Die Teilnehmer des Tonhallefestes lassen sich wie folgt gruppieren: Das Hauptkontingent stellten natürlich die Deutschen in Zürich selbst. Über den bekannten Persönlichkeiten aus dem Akademiker- und gehobenen Kaufmannstande ist nicht zu vergessen, dass die Masse dem selbständigen Kleingewerbe wie den Angestellten- und Handwerkerkreisen entstammte. Bei dem nachfolgenden Krawall ist ja auch die mitgebrachte Vereinsfahne des deutschen Arbeitervereins «Eintracht» «gründlich zerfetzt» worden.⁸⁹ Bemerkenswert sind aber auch die übrigen Besucher dieser Feier. Auf entsprechende Einladungen hin hatte der «Kommers» von jenseits der Grenze Zuzug erhalten; die nachträglichen Schilderungen dieser Teilnehmer über die Störungen von aussen, hatten dann im Grenzgebiet die Empörung noch gesteigert.⁹⁰ Neben der Gruppe der Neubürger waren auch die alteingesessenen deutschfreundlichen Schweizer, unter ihnen Gottfried Keller, zahlreich erschienen.⁹¹

Die Gestaltung dieser nationalen Feier wies in der Form den späteren patriotischen Kundgebungen während des Kaiserreiches den Weg. Der Tonhallsaal war festlich geschmückt worden: «In der Mitte an der Wand, welche das Podium (die Musiktribüne) vom Parterre scheidet, war ein Gemälde, die ‚Germania, am Rhein Wache haltend‘, in Lebensgrösse aufgestellt, links davon eine Draperie in schwarz-weiss-roth und rechts davon eine solche in schwarz-roth-gold angebracht, dergleichen die Säulenreihen im Parterre mit grünen Tannenreisern eingekleidet.»⁹² Auf dem Podium hatte sich der deutsche Sängerverein «Liedertafel» und die Kapelle Dietrich aufgestellt. Die Feier wurde mit dem Lied «Wir sind vereint zur guten Stunde» eröffnet. Die Begrüssungsansprache hielt Professor Wislicenus; weitere Reden und Liedervorträge sollten folgen.

Vielen Auslandsdeutschen mochte es wie Wislicenus ergangen sein. Er hatte sich eine Einigung aller Deutschen erhofft. Für den Bruderkrieg von 1866, den man Preussen übel anrechnete, fehlte anfänglich jedes Verständnis. Erst der Ausgang des Krieges gegen Frankreich liess, wie im Nachruf auf den Chemieprofessor treffend vermerkt wurde, «Vertrauen zu Preussen und Bismarck fassen, den man vorher für ultrareactionär gehalten hatte».⁹³ Auch an der Feier selbst kam zum Ausdruck, dass man sich nicht ohne Weiteres in die kleindeutsche Lösung gefunden hatte. Symbolisch wurde dies in den beiden Fahnen angedeutet, von denen die schwarz-weissrote für das Deutsche Reich, die andere aber für das deutsche Volk stand. Wislicenus erinnerte selbst an die früheren Vorbehalte gegenüber der historischen Entwicklung: «War auch der Weg, welcher zum Ziele führte, nicht allen der erwünschte, die Form

nicht die den Anschauungen eines Jeden geläufige – das Ziel bleibt dasselbe und dieses Ziel ist – vergessen wir das nicht! – zur unumstösslich vollendeten Thatsache geworden und – nur das Lebende hat Recht!»⁹⁴ Als nächster Redner tat sich Johannes Scherr in seinem Toast auf das «sieggekrönte, ruhmbedeckte deutsche Nationalheer» bedeutend weniger Zurückhaltung an. Er galt unter den Deutschen als einer der Radikalsten.⁹⁵ Vor allem ihm, dem einstigen republikanischen Vorkämpfer, wurde Gesinnungsverrat vorgeworfen. Allerdings war es Scherr seit je in erster Linie um die machtvolle Ausgestaltung Deutschlands gegangen. Seine Gesinnung blieb weiterhin grossdeutsch. Daher gab er sich auch in seiner Festrede von der Erfüllung der Prophezeiung überzeugt: «kommen wird einst der Tag, wo auf den Ruf der Germania: Wo ist die Tochter Austria? die Antwort lauten wird: hier bin ich bei dir allezeit».⁹⁶ Da im Ausland kaum Schranken zwischen Deutschen und Österreichern bestanden, blieb unter ihnen hier der Wunsch nach einer grossdeutschen Einigung auch während der folgenden Jahrzehnte wach. Gerade weil aus dem Gesinnungskreis um Wislicenus der Alldeutsche Verband in seiner Entstehung gefördert worden ist, verdient dieser Beiklang der Jubelfeier Beachtung.

Scherr vermochte seine Rede gerade noch zu Ende bringen, bevor die gewaltsamen Störungen von aussen zum Abbruch zwangen. Der Verlauf des Krawalls und seine Folgen sollen hier nicht in allen Einzelheiten wiederholt werden. Es hiesse die deutsch-feindliche Stimmung bagatellisieren, wollte man sich ausschliesslich auf jene etwa tausendköpfige Menge beschränken, die sich zu handgreiflichen Ausschreitungen hinreissen liess, von denen eine nachträgliche Distanzierung unumgänglich war. Einige Streiflichter aus der «Freitagszeitung», die als deutschfreundliches Organ über die Vorfälle besonders ausführlich berichtete, sowie aus der «Neuen Zürcher Zeitung» mögen als Eindruck der Szenerie genügen:

«Das Steinwerfen war förmlich organisirt; baumstarke Kerle sahen wir, denen hinten Stehende die massenhaft herbeigeführten Steine boten, sogar bis zwischen die Soldaten mit den Worten ‚Excusez!‘ sich vordrängen und sicher zielend werfen. Wir hörten Soldaten rufen: ‚Wurfet nur nicht auf uns‘ ... Selbst von Offizieren wurden unerbauliche Bemerkungen gethan, die aber wol eher den Zweck hatten, abzuleiten, wie, als Einer, da eine Anzahl Damen mit Steinen und Erdschollen verfolgt wurden, mit den Worten abwehrte: ‚Macht was ihr wollt; aber die Frauzimmer beschimpft und bewerft nicht‘.»⁹⁷

Zum Abbruch der Feier kam es vollends, als vom nebenan liegenden Bierlokal etwa 20 bis 25 französische Offiziere und Soldaten die Türe zu stürmen begannen, die auf das Podium im Tonhallsaal führte:

«Die Deutschen bewaffneten sich, so gut sie konnten; die Musikpulte wurden zusammengeschlagen, die Stuhlbeine abgetreten, Latten aus den Dekorationsgerüsten herausgerissen und mit diesen Waffen die Angreifer die Treppe hinunter in das Wirtschaftslokal getrieben, allwo nun erst eine grossartige Prügelei sich entwickelte.»⁹⁸

Allmählich wurde es auch draussen wieder ruhiger:

«Nach vierstündiger Belagerung – von 8 bis 12 Uhr – mit Steinen verfolgt und schmäzlich, namentlich in ihren Frauen⁹⁹ beschimpft, entkamen in kleinen Abtheilungen und zum Theil über den See – auch da noch in Schiffen verfolgt – die Festfeiernden, und die Tonhalle war gegen 3 Uhr fast vollständig geleert.»¹⁰⁰

Nach dem Berichterstatte der «Freitagszeitung» bestand die aufgebrachte Menge neben «den niedern Klassen angehörenden Individuen» auch aus «fein Gekleideten, welch Letztere wenigstens ermuthigten»; ein grosses Kontingent bildeten die Neugierigen. Selbst französische Internierte, die sich nach dem letzten Appell hinausgeschlichen haben sollen, seien dabeigewesen.¹⁰¹ Ausser der Sympathie mit den Franzosen und dem Zorn über die Deutschen habe die Empörung der Sozialdemokraten über die deutschen Zustände, aber auch Hass gegen die Tonhalle, welche anderen Gast- und Vergnügungsstätten die Kundschaft entzöge, und sogar Musikerneid eine Rolle gespielt.

Die Feier selbst, der sogar durch Kartenausgabe ein geschlossener Charakter gegeben worden war, bot in ihrem Festprogramm keinen Anlass zur Beanstandung. Sie wäre ohne die Störung insgesamt wohl weniger nationalistisch ausgefallen, als dies der abgehaltene Teil vermuten lässt. Im Auftrag des veranstaltenden Komitees hätte Heinrich Fick als fünfter Redner einen Toast auf die Schweiz ausbringen sollen. Er wollte sie als ein Vorbild für die künftige Lösung der nationalen Gegensätze in Europa hinstellen.¹⁰² Dass Hermann Hartung namens der «Eintracht» das «sozial-republikanische Prinzip» zur Geltung zu bringen beabsichtigte, während Herman Greulich je nach Gelegenheit seinen Standpunkt kundgeben wollte, ist bereits dargelegt worden.¹⁰³

Wislicenus, der die Veranstaltung präsierte, und Heinrich Fick besaßen wie eine Reihe weiterer Persönlichkeiten, die als Deutsche galten und auch als solche

auftraten, das Schweizerbürgerrecht.¹⁰⁴ Diese Gruppe der Eingebürgerten ist von besonderem Interesse. Wie problematisch in Extremsituationen die Lage von Neubürgern werden konnte, wenn sie weiterhin als Deutsche fühlten, war damals in seiner Tragweite noch nicht erkannt worden. Zumal wenn die Einbürgerung aus utilitaristischen Gründen erlangt worden war, blieb das Dilemma nicht aus, sobald die alte Vaterlandsliebe durch den machtvollen Aufstieg des Geburtslandes neuen Auftrieb erhielt. Sogar Heinrich Fick, der es gegenüber seinem «Adoptivvaterland» für eine Anstandspflicht hielt, «in keiner Weise chauvinistische Gefühle zur Schau zu tragen», fühlte sich in seiner deutsch-nationalen Begeisterung unter Schweizern nicht als unter seinesgleichen.¹⁰⁵ Sein Empfinden, das er im August 1870 in einem Brief an seinen Bruder Adolf offenbarte, war symptomatisch für viele dieser Zwiespaltenen: «Ich habe eine solche Sehnsucht, deutschen Boden zu betreten, dass ich nächsten Samstag mit Adam Pfaff eine Spritztour über die Grenze machen werde. Hier ist doch nur halbe Freude, selbst bei den entschieden Deutschgesinnten unter den Eingeborenen. Man kann sich also nur mit den Landsleuten freuen, und das tun wir denn reichlich in unserem Donnerstagskränzchen.»¹⁰⁶ Die feinsinnige Unterscheidung enthält die ganze Problematik. Für den Neuschweizer blieben – psychologisch verständlich – die «Landsleute» weiterhin die Deutschen, während ihm seine Mitbürger als «Eingeborene» weniger vertraut waren. Der Schweizer seinerseits erschwerte die Integration durch eine betonte Reserviertheit, so dass ein Eingebürgerter – wie Wislicenus – auch nach einem Jahrzehnt noch zu den Deutschen gezählt wurde. Selbst François Wille kam trotz seines Bürgerbriefes nicht gegen das Vorurteil auf, er sei ein eingewanderter Deutscher, und sein Scheitern, sich als Nationalrat in den Dienst des Landes zu stellen, fand seine Ursache nicht zuletzt darin, dass er kein Schweizerdeutsch sprach und es zu erlernen auch nicht für notwendig hielt.¹⁰⁷ Im positiven Sinne konnten die in der Schweiz eingebürgerten Deutschen helfen, die entstandene Kluft zu überbrücken. Während der nationalsozialistischen Epoche war diese Stellung zwischen den Parteien unmöglich geworden; wer nicht eindeutig optierte, sah sich dem Verdacht des Verrates ausgesetzt. In der spannungsreichen Zeit von 1870/71 hat sich diese Alternative allerdings noch nicht mit der trennenden Schärfe der späteren Jahrzehnte gestellt.

Die Reichsgründungsfeier war keineswegs eine alleinstehende Kundgebung. Sie entsprach analogen Veranstaltungen von Deutschen in anderen Orten. Aus Britanniens Hauptstadt erfuhr man beispielsweise: «Ohne allen Zweifel war das Friedensfest der Deutschen Londons am 1. Mai das grossartigste und schönste Fest, welches die

Deutschen je in der Hauptstadt Englands begangen haben.»¹⁰⁸ Etwas dezenter gestaltete man die Feierlichkeit in Genf Ende Mai 1871. Der grosse Saal der «Germania» war mit Büsten von Schiller und Goethe, dem Bildnis von Kaiser Wilhelm, den Fahnen Deutschlands, Frankreichs sowie des Gastlandes geschmückt worden.¹⁰⁹ In den Reden wurde zugleich Teilnahme für das Unglück Frankreichs gezeigt. An Kaiser Wilhelm I. sandte man ein Ergebenheitstelegramm, das alsbald zum obligaten Bestandteil patriotischer Feiern gehören sollte. Der Anlass, dem auch der deutsche Gesandte von Roeder beiwohnte, verlief ohne jede Störung. Die Frage, weshalb in Zürich, das von der Zuwanderung aus dem sprachverwandten Ausland wohl den grössten Nutzen zog, diese nationale Kundgebung zu deutsch-feindlichen Gewalttätigkeiten hinzureissen vermochte, beleuchtet noch einmal das komplizierte und labile Freund-Feind-Verhältnis zwischen Deutschschweizern und Deutschen. Die Annahme, das gegenseitige Einvernehmen habe sich im Welschland oder im Tessin schwieriger als in den deutschsprachigen Kantonen gestaltet, traf auf die besonderen Verhältnisse während des Ersten Weltkrieges zu. In der Zeit zuvor und in späteren Jahrzehnten ergab sich aus den Erfahrungen ein anderes Bild. Die Sprachverschiedenheit schuf im Gegenteil eine heilsame Distanz. Sie ermöglichte ein Zusammenleben ohne die Reibereien aus der falsch verstandenen Sprachverwandtschaft. Diese Sprachverwandtschaft gab zu zahlreichen Missverständnissen Anlass, die das Verstehen der andersgearteten Mentalität zwischen Deutschschweizern und Deutschen erschwerten. Hier entstanden Ressentiments, die nicht allein beim Tonhallekravall, sondern fast konstant, aber unterschiedlich stark im schweizerisch-deutschen Verhältnis mitschwangen. Die Erfahrung, dass die Nähe von Schriftdeutsch und Mundart letztlich eher trennt als verbindet, haben deutsche Zuwanderer aller sozialen Schichten zu ihrer Verwunderung und Enttäuschung machen können. Eduard Bernstein, der 1879 nach Zürich kam und unter den sozialistischen Emigranten eine führende Stellung einnahm, hat entsprechende Beobachtungen über das gegenseitige Verhältnis in jenen Arbeiterorganisationen, die in der Schweiz bereits einen internationalen Klassenstandpunkt vertreten haben, geäussert. Mit Rücksicht auf die Ausländer war Hochdeutsch die gebotene Diskussionsprache. Die Folge davon war, dass sich die Schweizer mit Voten zurückhielten. «Ich habe das», so erinnert sich Bernstein, «lange Zeit nicht recht begreifen können, bis mir eines Tages ein literarisch hochgebildeter und gänzlich vorurteilsloser Schweizer auseinandersetzte, er fühle sich sogar im Kreise von befreundeten Deutschen stets befangen, weil er den Gedanken nicht los werde, dass er, sobald er den Mund auftue, irgendwelchen

Sprachfehler machen werde. Wenn das einem Manne geschah, der sich an den besten deutschen Stilisten gebildet hatte und ein vorzügliches Deutsch schrieb, wie musste es da erst Arbeitern zumute sein, denen die literarische Bildung abging. Manches bittere Wort von solchen über die ‚mundfertigen Deutschem wurde mir nun erst in seiner richtigen Bedeutung klar. Mochte den schweizerischen Arbeitern, die sich den gemischt-nationalen Organisationen anschlossen, dort auch das grösste Entgegenkommen erwiesen werden, so konnte das nichts daran ändern, dass sie sich – einzelne Wenige ausgenommen – in dieser Umgebung nie recht heimisch, sondern eher bedrückt fühlten. Und solches Empfinden macht dann wieder das Urteil ungerrecht.«¹¹⁰ Bezog sich Eduard Bernstein, der noch Ende der siebziger Jahre Nachwirkungen der beim Tönhallekrawall zum Ausbruch gekommenen Deutschfeindlichkeit festgestellt haben wollte, auf das unter den Arbeitern beider Nationalitäten bestehende Verständigungsproblem, so kam der Universitätsdozent Heinrich Fick für seine Gesellschaftskreise zu gleichen Ergebnissen: «Der hiesigen Bourgeoisie, soweit sie aus einheimischen Elementen besteht, steht er (der deutsche Professor, d. Verf.) aber ebenso fremd gegenüber, weil sie sich *nicht* der in Deutschland üblichen Umgangssprache bedient, diese Umgangssprache vielmehr als eine *erlernte* aus blosser Höflichkeit gegen den Fremden, also mit Unbehagen spricht, und mit ganz vereinzelt Ausnahmen in der Politik weit mehr Sympathie für Frankreich als für Deutschland hat.»¹¹¹ Die letzte Wendung verrät, dass die Stelle einem Brief Ficks im Dezember 1870 entnommen wurde. Darin behauptet er auch, dass ein deutscher Dozent, der sich daheim für den besten Demokraten gehalten habe, den hiesigen Verhältnissen gleichwohl total fremd gegenüber stehe. Wie seine Schilderungen aus dem Jahre 1883 zeigen, hat sich in seiner Sicht diese Problematik wenig verändert. In der Schweiz seien die politischen und sozialen Zustände «wunderschön für Solche, die darin aufgewachsen sind, oder für sehr wohlhabende Leute, denen es nicht einfällt, sich um Stellen zu bewerben, auch für fremde Dienstboten, Kellner und dergl., die hier lediglich hohen Lohn und freies Leben suchen und in ihrer Heimat eine Pariastellung eingenommen haben; aber sie sind gerade furchtbar für Jemanden, der in der Monarchie in höherer Lebensstellung aufgewachsen ist und hier eine analoge Stellung wie ein preussischer Beamter sucht.»¹¹² Allerdings mochte Fick absichtlich düstere Farben gewählt haben, um einwanderungslustige Deutsche abzuschrecken. Der Konkurrenzdruck schien ihm ohnehin gross genug zu sein. Er selbst und mit ihm viele andere hatten trotz der sprachlichen Hemmnisse und anders garteten politischen Erziehung in ihrem Adoptivvaterland festen Fuss gefasst. Obwohl

sie tatkräftig mithelfen, die Institutionen des republikanischen Staatswesens auszubauen, bot ihnen dieser Dienst keine Erfüllung. Was der deutschen Ausländerelite am meisten fehlte, war die geistig beschwingte Atmosphäre eines Gesellschaftslebens, in welchem Hof und Adel dem für Ehrungen so empfänglichen Bildungsbürgertum einen besonderen Anreiz verliehen. Da ihnen der eng begrenzte gesellschaftliche Verkehr unter Schweizern, an dessen nüchternen, oft spröden Formen sie sich stiessen, wenig Entfaltungsraum bot, suchten sie im Kolonieleben mit seinen exklusiven Geselligkeitszirkeln Ersatz für die aus ihrer Heimat vertraute Art deutscher Kulturpflege. Wohl beruhte das Gedeihen der deutschen Kolonie Zürichs, wie es für die anderthalb Jahrzehnte vor dem Eklat beschrieben worden ist, auf einem insgesamt guten Einvernehmen mit ihrer Umgebung, doch schuf sie sich zugleich ein Reservat, das dazu angetan war, die Kluft noch zu vertiefen. Je stärker sich der Klassenunterschied bemerkbar machte, desto mehr erweiterte sich das Trennende zum Gegensatz. Einerseits befruchtender Quell für das Kulturleben der ganzen Region, andererseits stets Gefahr laufend, durch den Ruf, Zürich sei der «Allmacht des Deutschtums»¹¹³ anheimgefallen, den Unmut ihrer andersfühlenden Mitwelt auf sich zu ziehen, rief diese lebensstarke Ausländerkolonie allein durch ihre Existenz latente Spannungen hervor. Die Stimmungsschwankungen im schweizerisch-deutschen Verhältnis sind denn auch viel fliessender gewesen, als dies eine Betrachtung erkennen lässt, die sich – wie dies auch beim Tonhallekrawall gemacht worden ist – allein auf die Erörterung der spektakulären Ereignisse beschränkt.

Gilt es nun zusammenzufassen, weshalb es zu einer derartigen emotionalen Aufreizung hatte kommen können, die verallgemeinernd als «Deutschenhass» bezeichnet worden ist, so ergibt sich in seinen grundsätzlichen Merkmalen das schon von früher vertraute Konfliktbild. Vorausgegangen war ein enormer Anstieg der Spannungen im Verhältnis zu Deutschland,¹¹⁴ von denen hingegen die durchaus korrekten diplomatischen Beziehungen nicht beeinträchtigt worden sind. Die Furcht vor dem Aufstieg der deutschen Grossmacht, das Mitleid mit dem geschlagenen Frankreich, die Abneigung gegen den deutschen Monarchismus und die Sympathie für die französische Republik, die Negierung des Selbständigkeitsanspruchs der Schweiz durch einzelne Deutsche wie Adolph Wagner, die Besorgnis vor Annexionsgelüsten und damit verbunden die Reibereien im Grenzraum, die Ablehnung der deutschen Ansprüche auf Elsass und Lothringen in der Schweizer Presse und die daraufhin empörten Reaktionen in Deutschland – dies alles hatte schon in den sechs Monaten vor dem Tonhallekrawall zwischen Deutschen und Schweizern eine gereizte Atmosphäre geschaffen.

Hinzu kamen die Friktionen zwischen Angehörigen der deutschen Kolonie und Schweizern. Vor allem die deutschen Hochschullehrer Zürichs standen mit dem Demokratenregime auf gespanntem Fuss, das 1869 im Kanton mittels der erfolgreichen Verfassungsrevisionsbewegung die Macht ergriffen hatte. Sie verübelten den Demokraten die Pläne, auch für die Universität die periodische Wiederwahl der Lehrkräfte einführen zu wollen. Dieser Zwist und die Sympathien für die Liberalen waren für die kühle Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen, den Deutschen nach dem Tönhallekrawall auch von Seiten der Exekutive Satisfaktion zu geben, nicht ohne Folgen geblieben. Von den besonderen Hochschulverhältnissen und dem Sonderfall abgesehen, dass es nicht anging, Lehrkräfte aus dem Ausland unter Zusicherung lebenslänglicher Anstellung hierher zu rufen, um sie dann nachträglich gleichwohl einer sechsjährigen Wiederwahl zu unterstellen, offenbarte sich in den Auffassungen über die Stellung des Beamten das unterschiedliche Demokratieverständnis. Wer in Deutschland dem Beamtenstand angehörte und sich neben dem Adel und den Offizieren einer über der Bourgeoisie stehenden Gesellschaftsklasse zugehörig fühlte, vermochte sich in die Rolle des wählbaren Beamten, der, wie Fick es sah, sich zur Majorität der Stimmberechtigten ähnlich wie der Kommiss zum Prinzipal verhielt, nur schwer finden, auch wenn er sich in seiner deutschen Heimat für einen Demokraten von reinstem Wasser gehalten hatte.¹¹⁵

Dieses aus unterschiedlichen Traditionen entstandene andersgeartete Demokratieverständnis war schon Anfang der fünfziger Jahre Anlass zur Verstimmung gewesen.¹¹⁶ Ein weiteres Moment, die Sensibilität in nationalen Fragen, hat in allen Bereichen dieses Konfliktes die Gereiztheit gesteigert. Doch trat sie in der Disharmonie, mit der in der Limmatstadt von Deutschen und Schweizern die Kriegsmeldungen aufgenommen wurden, besonders krass hervor. «Für uns in Zürich», so erinnert sich die aus Deutschland stammende Professorengattin Helene Fick, «war die Freude über deutsche Siege meistens eine doppelte, weil bei den ausgesprochen franzosenfreundlichen Sympathien der Bevölkerung einer jeden solchen Nachricht das beunruhigende Gerücht einer Niederlage der Deutschen und glänzender Siege der Franzosen vorangegangen war. Aber bald wusste man schon, was von solchen Gerüchten zu halten war, und nach dem 2. September vollends hiess es getrost: Bange machen gilt nicht!»¹¹⁷ In den Jubel, mit dem die Sympathisanten der einen Kriegspartei günstige Kampfberichte aufnahmen, mischte sich unverhüllte Schadenfreude, so dass beim Antipoden zur Betroffenheit die Erbitterung über das taktlose Benehmen der Gegenseite hinzukam.¹¹⁸

Aber auch politisch-weltanschauliche Kontroversen förderten deutsch-feindliche

Aggressionen. Die bekannte Feststellung, der Tonhallekrawall sei in keinem Zusammenhang mit der organisierten Arbeiterschaft gestanden,¹¹⁹ ist richtig, bedarf jedoch der Ergänzung. Der innerschweizerische Meinungskonflikt mit dem sozialistischen Gesinnungskreis um die «Tagwacht» hat sich in den Monaten vor dem Eklat gerade über der Frage zugespitzt, ob es überhaupt angängig sei, vom neutralen Kleinstaat aus dem monarchischen Deutschland die Konzeption einer deutschen sozial-demokratischen Republik entgegenzusetzen. Am 13. Januar 1871 warnte Fritz Bürkli in der «Zürcherischen Freitagszeitung» vor der «höchsten Frechheit und Schamlosigkeit» der sozialistischen und kommunistischen Propaganda mit Argumenten, die die Kontroverse um Deutschland ganz in den Mittelpunkt rückte:

«Wer bürgt uns dafür, dass solches Auftreten der Presse im sozial-demokratischen Kanton Zürich nicht vielleicht gerade den Vorwand zum Angriff auf die Schweiz zu geben berechnet sei, dass es nicht gerade zum Zwecke habe, die Schweiz in Händel mit Deutschland zu verwickeln, – in Händel, welche den Anfang zu einem Entscheidungskampfe zwischen der europäischen Demokratie und dem Absolutismus der Fürsten machen sollen. Dass dieser Kampf den Sieg der europäischen Republik herbeiführen werde, kann man kaum hoffen. Ganz sicher aber würde er den Untergang der freien Schweiz herbeiführen, deren Fortexistenz unmöglich sein wird, ob der Absolutismus oder der sozialistische europäische Staatenbund sie verschlinge.»¹²⁰

Dass sozialdemokratische Stimmen sich gegen die deutsche Monarchie stellten, rief im bürgerlichen Lager der deutschen Kolonie scharfe Verurteilung hervor; die indignierten Äusserungen über das «Geschrei einiger Wühler von Profession»¹²¹ waren alles andere als dazu angetan, die antideutschen Gefühle in Arbeiterkreisen zu mildern. Die wiederholt geäußerte Meinung, der ein Deutscher in der «Mainzer-Zeitung» Ausdruck verlieh, der Kapitalhass sei die eigentliche Kraft, der Deutschenhass aber nur der Vorwand gewesen¹²², entsprach einer politischen Zweckdeutung aus bürgerlicher Sicht; sie wies jedoch auf eine nicht unwichtige Komponente hin: die Vermengung mit Aggressionen, die im Klassengegensatz begründet lagen. Dieser klang an der Koloniefeyer in Scherr's Tadel der «rothen Pfaffen»¹²³ an, während er draussen in Befürchtungen offen zutage trat, die Ausschreitungen könnten in Gewaltakte gegen vermögende Familien ausarten: «Die besondere Besorgnis für ein hervorragendes Haus bei Zürich war mehr durch den Reichthum als durch das Deutschthum veranlasst. Wenigstens waren auch schweizerische Reiche damals in ähnlicher Sorge», berichtete nachträglich die «Neue Zürcher Zeitung».¹²⁴

Neben der Furcht vor dem Machtgewinn Deutschlands waren Motivationen wirtschaftlicher Natur Hauptquell der antideutschen Missstimmung. Langfristig belastend hatte sich ausgewirkt, dass der 1834 gegründete Deutsche Zollverein den schweizerischen Handel benachteiligt hatte, während der Wirtschaftsverkehr mit Frankreich günstiger geartet war und auf diesem Weg auch Sympathien gewann. Dass die billigen Schweizer Weine vom süddeutschen Markt verdrängt worden waren, so dass diese für eingekauftes Getreide nicht mehr an Zahlung gegeben werden konnten, trug zumal in den weinbauenden Grenzregionen zur Gereiztheit bei.¹²⁵ In erster Linie waren es auch handelspolitische Gründe, die in Basel die Wogen der Erregung hochsteigen liessen, fürchtete doch die Stadt, den direkten Zugang nach Frankreich zu verlieren. Ein weiteres allgemeines Moment für antideutsche Gefühle findet sich im Gotthardvertrag von 1869, der die Besorgnis laut werden liess, die Schweiz gerate in eine unwürdige Abhängigkeit von Deutschland und Italien.¹²⁶ Unmittelbar auf den Tonhallekrawall ausgewirkt hat sich der Konkurrenzneid in Arbeiter- und Handwerkerkreisen. Der damalige Landwehrhauptmann Karl Bürkli, der die zürcherischen Arbeitsverhältnisse besonders gut kannte, machte hierüber in der nachfolgenden Gerichtsuntersuchung eine eindeutige Aussage: «Die schweizerischen Arbeiter seien fast durchwegs gegen die deutschen Arbeiter erbittert, einerseits weil diese wohlfeiler arbeiteten und anderseits weil sie gegenüber den Meistern viel unterthäniger wären.»¹²⁷ Brotneid – dies war ein häufig genanntes Motiv, das die «Neue Zürcher Zeitung» wie folgt erklärt hat: «Da diese Deutschen meist ausgewählte sind und Tüchtiges leisten, die Einheimischen aber eine Gesammtheit Begabterer und Anderer, so fühlt sich der letztere Theil von der deutschen Konkurrenz gedrückt, wird neidisch und gehässig.»¹²⁸ Die Sorge um den Brotkorb hat fast bei allen fremdenfeindlichen Regungen mitgespielt. Das Argument ist nicht neu. Von der Beschäftigungslage her gesehen war die Konkurrenzfurcht 1870/71 sogar weniger begründet als in den Jahren zuvor, weil zahlreiche deutsche Arbeiter infolge des Deutsch-Französischen Krieges abgereist waren und sogar zum Teil nicht ersetzbare Lücken hinterlassen hatten.¹²⁹ Wenn auch nicht die unmittelbare Erwerbslage, so war es doch die Sorge um die nach dem Friedensschluss erwartete starke Rück- und Neueinwanderung deutscher Arbeitskräfte, die die Furcht vor der fremden Konkurrenz anwachsen liess.

Dass unkontrollierbare Elemente im Tonhallekrawall vom 9. März ihren aufgestauten Aggressionen Luft machten, war zwar ein spektakuläres, aber in seiner Spontanität und Exaltation ein doch recht vordergründiges Ereignis. Um den Mob in Bewegung zu setzen, dazu gab ein Vorgeplänkel den letzten Anstoss, das unter ande-

ren Umständen nicht der Erwähnung wert gewesen wäre. Ein Lithograph namens Rudolf Krauer hatte, als das Zeitungsinserat mit der Einladung zum ersten Mal erschienen war, in einem Flugblatt zur Störung der Feier aufgerufen: Hetzer und Feiglinge, die sich seinerzeit vor den deutschen Fürsten hierher geflüchtet hätten und nun wieder mit dem blutigsten aller Fürsten gemeinsame Sache machten, habe es nur zu viele. «Wenn zu solchen Feierlichkeiten Schweizer dieser Sympathie eingeladen sind, so sind wir so frei, zu ebenso zahlreichem Erscheinen auch Schweizer der Antipathie solcher Umtriebe hiemit ebenfalls einzuladen .. »¹³⁰ Dieses autographierte Zirkular wurde unter Mitgliedern des Grütlivereins verbreitet und lag in einzelnen Arbeiterwirtschaften auf.¹³¹ Durch die Aufschiebung der Feier verfehlte dieser Aufruf vorerst seinen Zweck. Nach der Mitteilung des Veranstaltungskomitees, den Festkommers angesichts der französischen Internierten noch nicht abzuhalten, persiflierte der Kleiderreiniger Peyot aus Lyon im Zürcher «Tagblatt» die «Grossmut» der Deutschen¹³², worauf im gleichen Organ ebenfalls anonym «Ein Deutscher im Namen mehrerer» vor den ernsten Folgen der «deutschfressenden Machinationen» warnte.¹³³ Solche streitbaren Töne liessen sowohl das Festkomitee wie die lokalen Polizeibehörden und das militärische Platzkommando von vornherein mit Störungen der Veranstaltung rechnen. Die Zusammenrottung zum gewalttätigen Haufen bedurfte keiner geheimnisvollen Drahtzieher. Schon auf dem Hinweg fanden die Festteilnehmer vor der Tonhalle ein Rudel junger Leute, Knaben und Halbwüchsige, die allerlei Unfug trieben und die Eintretenden beschimpften. Nach und nach gesellten sich Gruppen von Männern hinzu.^{1,34} Gegärt hatte es sowohl unter Arbeitern der Nordostbahngesellschaft wie der Neumühle (Escher-Wyss).¹³⁵ Nachdem sich bereits um halb acht Uhr drei- bis vierhundert Personen angesammelt hatten, wuchs sich der Auflauf vor der Tonhalle zur bedrohlichen Belagerung und schliesslich eines randalierenden Mobs aus, der lärmend und Steine werfend das Versammlungslokal während Stunden umtobte. Wohl durchzuckte «Deutschenhass» die gewalttätige Menge, doch beruhte dieses Rowdytum auch auf irrationalen Einflüssen anderer Herkunft, die nach dem Versagen der polizeilichen und militärischen Ordnungskräfte vor der Tonhalle in den Unruhen an den beiden folgenden Abenden die Oberhand gewannen. Der Zug vor das Rathaus sowie die beiden blutigen Versuche, die beim Tonhallekrawall Verhafteten aus der Strafanstalt zu befreien, nahmen Züge eines gegen die Regierung gerichteten Aufruhrs an, der mit dem 9. März nur noch bedingt zusammenhing. Diese nachfolgenden Ereignisse, darunter die schmachvoll empfundene Anrufung der eidgenössischen Intervention zur Wiederherstellung von Ruhe und Ord-

nung sind für die Klärung des Konfliktverlaufes zwischen Deutschen und Schweizern von untergeordneter Bedeutung.

Eine letzte Konstante, die auch dieses Konfliktbild geprägt hat, ist der Mangel an psychologischem Einfühlungsvermögen. Er hat sowohl vor wie nach dem Krawall auf beiden Seiten die Parteien erbittert. Hatte es deutscherseits bei der übereilten Terminierung der Feier an Takt gemangelt, so entfachte das aussenpolitisch verfehlte Votum des Demokratenführers und Winterthurer Stadtpräsidenten Johann Jakob Sulzer einen Entrüstungsturm in der deutschen Presse, die die Empörung über den Tonhallekrawall noch übertraf. Dass Sulzer im Zürcher Kantonsrat als Referent der parlamentarischen Untersuchungskommission die Ausschreitungen gleichsam ex officio durch den «Deutschenhass» zu erklären und diesen noch durch allerlei Argumente begreiflich zu machen gesucht hatte, liess die erregten Pressefehden über die Grenze hinweg für Wochen nicht mehr zur Ruhe kommen.¹³⁶ Der Tonhallekrawall, das Votum Sulzers, aber auch die reservierte Haltung des Zürcher Regierungsrates, der sich mit dem Hinweis auf das im Kantonsrat durch gemeinsames Aufstehen bekundete Bedauern der tumultuarischen Vorgänge begnügte, hinterliessen unter den Deutschen Zürichs eine tiefe Verstimmung. Ähnlich wie im Fall Rheinwald brachte man es amtlicherseits nicht über sich, zugefügtes Unrecht gegenüber Ausländern einzugestehen, deren politische Einstellung missfiel, deren Benehmen trotz aller Gegensätze aber diese Ausschreitungen nicht rechtfertigen konnte.¹³⁷ Otto Wesendonck, Mitglied des Initiativkomitees, verkaufte verärgert seine Villa und zog nach Dresden: «Wie bestimmt verlautet, liegen die Motive zu diesem Entschlusse in den vielfach traurigen persönlichen Erfahrungen, dessen Hr. W. in letzter Zeit hier ausgesetzt gewesen ist, in den letzten Zürcher Ereignissen überhaupt und der Haltung, welche die Behörden den Deutschen gegenüber eingenommen haben.»¹³⁸ François Wille erklärte Bundesrat Carl Schenk, er könne, obwohl Schweizer, den Deutschenhass nicht mehr ertragen, und sein Sohn – der spätere General leistete damals als Artillerieinstructor Militärdienst in Thun – habe ihn geradezu gedrängt, Mariafeld zu verkaufen und nach Deutschland überzusiedeln.¹³⁹ Der aus Preussen stammende Archäologe Otto Benndorf (1838-1907) reichte am 16. April 1871 seine Demission ein, wobei er die deutsch-feindliche Stimmung als Grund angab.¹⁴⁰ Doch auch hier sind Ursache und beschleunigender Anstoss nicht zu verwechseln. Einerseits hat die missglückte Tonhallefeier die Polarisation innerhalb der nationalen Bewegung bis zur Trennung vorangetrieben, zum anderen erleichterte sie den Vertretern des Bil-

dungsbürgertums innerhalb der Kolonie die Rückkehr nach Deutschland. Die Schweiz hatte viel von ihrem Reiz der sechziger Jahre verloren, während jenseits der Grenzen der aufstrebende Nationalstaat mit einer verheissungsvollen Zukunft lockte. Noch im März 1871 war der Jurist Alfred Boretius, der sich durch seine Gegnerschaft zur demokratischen Regierung in eine unhaltbare Lage gebracht hatte, nach Berlin gegangen. Der Gynäkologe Adolf Gusserow, der in den kritischen Jahren 1870/71 Universitätsrektor gewesen war, wechselte im Frühjahr 1872 nach Strassburg, der Philosoph Gustav Uhlig nach Heidelberg. Im folgenden Semester haben Johannes Wislicenus, der Jurist Adolf Exner und der Historiker Max Büdinger die Universität Zürich verlassen. Auch der Theologe Karl Theodor Keim (1825-1878), der die Tonhallefeier miterlebt hatte, trat im folgenden Jahr sein Lehramt in Giessen an. Selbst für Friedrich Albert Lange (1828-1875), der bereits unheilbar an Darmkrebs erkrankt war, verband sich 1872 der Ruf an die Universität Marburg mit dem Wunsch nach der Heimkehr, obwohl er viele Jahre eng mit der Schweiz verbunden gewesen war. In der Limmatstadt hatte er schon einige Gymnasialjahre und die erste Studienzeit verbracht, war doch sein Vater als Nachfolger des zwangspensionierten David Friedrich Strauss 1841 als Theologieprofessor nach Zürich gekommen. Später hat der Sozialphilosoph und Verfasser der «Arbeiterfrage» als Redaktor des Winterthurer «Landboten» tatkräftig auf die Verfassungsrevision und auf den Sieg der demokratischen Bewegung im Kanton Zürich hingewirkt. Obwohl er Schweizer Bürger wurde und zu den ideellen Schrittmachern des schweizerischen Sozialismus gehörte, hatte er sich auch in den engerräumigen hiesigen Verhältnissen stets als Teil der deutschen Nation gefühlt.¹⁴¹

Mit diesem Wechsel ist die Aera der Achtundvierzigerbewegung endgültig einer neuen Zeit gewichen, für die anstelle der nationalen Einigung die Ausgestaltung Deutschlands zur imperialen Grossmacht immer eindeutiger zum Hauptinhalt wurde. Auch in späteren Jahren hat es nicht an deutsch-feindlichen Regungen gefehlt. Das Konfliktbild wies in den grundsätzlichen Aspekten jedoch kaum neue Merkmale von Bedeutung auf. Hatte beim «Vaterlandsverein» die Bekämpfung der freireligiösen Anschauungen eine wichtige Rolle gespielt, so lag nun das tragende Moment in der Ablehnung aller sozialistischen und anarchistischen Einflüsse. Gerade diese Auseinandersetzung klingt wieder auf in der Geschichte der Oppositionsgruppen, die sich in den siebziger Jahren vollständig von der nationalen, kaiserlich gesinnten deutschen Ausländerkolonie scheiden. Ihren Geschicken geht der nächste Abschnitt nach.

VI Die zweigeteilte Kolonie

Oppositionelle Gruppen und Organisationen

Da eine Mitarbeit am monarchischen Nationalstaat für die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz nicht in Frage kam, richteten sie ihr ganzes Interesse auf die lokalen Aufgaben. Um ihre sozialistische Grundhaltung zu unterstreichen, benannten sich fast alle deutschen «Arbeiterbildungsvereine» in «Deutscher Arbeiterverein» um. Dem Schweizerischen Arbeiterbund gehörten im Februar 1875 insgesamt 18 derartige Sektionen an: Aarau, Basel, Bern, Chur, La Chaux-de-Fonds, Frauenfeld, Genf, Glarus, Interlaken, Lausanne, Luzern, Le Locle, Morges, Neuenburg, Rorschach, Schaffhausen, Vevey und Winterthur.¹ Mit etwas über tausend Mitgliedern dürfte ihr Bestand rund ein Fünftel des Arbeiterbundes betragen haben.² Kleinere Vereine wie Frauenfeld und Interlaken waren zu neuem Leben erstanden. Gleichwohl hatte sich die Zunahme der Ausländerbevölkerung bisher auf die Vereinsentwicklung wenig förderlich ausgewirkt. Dies wird umso auffälliger, wenn man zum Vergleich die ansteigenden Mitgliederzahlen der deutschen Hilfsvereine bezieht.³ Die «Eintracht» in Zürich war Anfang 1875 vom Arbeiterbund noch ausgeschlossen gewesen; hingegen gehörte dort der «Internationale Arbeiterverein» zu seinen Gliedorganisationen. Sowohl in den Fachgewerkschaften wie in den lokalen Arbeiterunionen nahmen deutsche Mitglieder an allen Vorgängen lebhaften Anteil; oft erwiesen sie sich als das treibende Element.⁴ Da der ausländische Arbeiter, der zumeist ohne Familienanhang und nur vorübergehend am Ort war, weniger zu verlieren hatte, setzte er seine materielle Existenz in Arbeitskämpfen und politischen Auseinandersetzungen leichter aufs Spiel, als dies sein einheimischer Berufskollege zu tun vermochte.⁵ Für die politisch rechtlosen Ausländer war der Streik das wichtigste Druckmittel; indem sie spontaner zu seinem Einsatz griffen, brachten sie die schweizerische Arbeiterschaft, soweit sich diese mit ihnen solidarisierte, in den Verdacht der Abhängigkeit von Fremden.⁶ Das daher verständliche Streben nach Unabhängigkeit bildete vor allem in den folgenden Jahrzehnten zwischen einheimischen und ausländischen Arbeitern eine stete Quelle des Zwistes. Das Bedürfnis nach «Nestwärme», das sich unabhängig von politischen Überzeugungen als eine Sache des Gemüts in der Fremde besonders regte, suchte sich in den gemeinsamen Organisationen durch eine intensive Betriebsamkeit Ersatz zu schaffen; zusammen mit der deutschen Sprachgewandtheit stand sie in offensichtlichem Kontrast zur schweizerischen Bedächtigkeit. Die Vehemenz, mit der man sich deutscherseits – bald ins andere Extrem fallend – beim ersten Aufkommen einer gesamtschweizerischen Landesorganisation in das Experiment engster Kooperation stürzte, hat zunächst zur Kräftigung des Arbeiterbundes beigetragen. Letzten Endes aber erwiesen sich die beiderseitigen Interessen als nicht

deckungsgleich. Ihr Hauptaugenmerk hatten die Ausländer auf die gewerkschaftliche Agitation gerichtet, die ihnen unmittelbare Vorteile bringen konnte. Leisteten sie in diesem Bereich nützliche Hilfe, so hemmten sie andererseits die Annäherung an die Grütljaner, für die es in Fragen der schweizerischen Politik keine Zusammenarbeit mit Ausländern gab. Als sich 1880 der Erste Arbeiterbund auflöste, standen die deutschen Vereine schon ganz unter dem Eindruck des Konfliktes, der um die Existenz der Sozialdemokratie in Deutschland entbrannt war.⁷

1. Die Auswirkungen des Sozialistengesetzes

Das «Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie», das Bismarck nach den beiden Attentaten auf Wilhelm I. durchzusetzen gelang, galt vom 21. Oktober 1878 bis 30. September 1890 und bewirkte auch unter den deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz tiefgreifende Veränderungen.⁸ Die einschneidenden Unterdrückungsmassnahmen unterlief die Sozialdemokratie, indem sie sich im Ausland Agitationszentren schuf, die ihr für die Auseinandersetzung in Deutschland freieren Bewegungsraum verliehen. Der zahlenmässige Umfang der sozialistischen Emigration, die in der Schweiz Zuflucht suchte, lässt sich nicht zuverlässig bestimmen. Im Allgemeinen ist er erheblich überschätzt worden. Dass sich wegen des Sozialistengesetzes «eine eigentliche Flut von deutschen Sozialdemokraten in die Schweiz ergossen hatte», wie Rudolf Schläpfer in seiner Ausländerstudie von 1969 schrieb, ist eine Täuschung.⁹ Zur «Masseninvasion von Sozialdemokraten und Anarchisten in die Schweiz», von der schon Berghoff-Ising berichtet hat, war es jedenfalls nicht gekommen. Die im Winter 1878 in der Schweiz herrschende Wirtschaftskrise hätte für sie auch denkbar schlechte Voraussetzungen geboten. Gleiche Erwartungen hatte zunächst auch die preussische Polizei gehegt. Die regelmässigen Lageberichte des Berliner Polizeipräsidenten von Madai über den Stand der sozialistischen Bewegung enthielten jeweils eine knappe Zusammenfassung über die Situation im Ausland.¹⁰ Obwohl diese Polizeiberichte eine wertvolle Quellenbereicherung sind, muss für Mitteilungen über die Vorgänge im Ausland die Art und Weise des Zustandekommens dieser Meldungen im Auge behalten werden. Hatte auch der erste Polizeibericht von Ende 1878 die Erwartung ausgesprochen, dass sich zahlreiche Sozialisten in die Schweiz flüchten würden¹¹, so musste diese Voraussage im

nächsten Halbjahresrapport berichtet werden: «Im Allgemeinen hat die Schweiz für deutsche Verhältnisse nicht diejenige Bedeutung erlangt, welche nach Lage der Sache im Dezember v. Js. zu erwarten war. Insbesondere hat sich die Annahme, dass eine grössere Anzahl deutscher Sozialisten sich dorthin wenden werde, nicht erfüllt, auch ist eine nennenswerte Einführung verbotener Schriften von dort nicht konstatiert.»¹² Im Prinzip wollte die deutsche Sozialdemokratie den Kampf gegen das Sozialistengesetz auf deutschem Boden führen. Diesen Grundsatz bekräftigte sie bis hin zu ihrem Parteitag in Brügglen bei St. Gallen vom Herbst 1887: «Der Parteitag fordert die Genossen auf, der Flucht von Parteigenossen wegen drohender Prozesse oder Gefängnisstrafen möglichst entgegen zu treten und eventuell jede materielle Unterstützung zu versagen.»¹³ Dies galt für die Hauptmasse ihrer Anhänger. Gleichwohl verstand es die Partei, die Vorteile für sich voll auszuschöpfen, die das nahe Asylland bot. Ihre fähigsten Kräfte, die über keinen Immunitätsschutz als Mitglieder des Reichstages verfügten, konnten ihr nur durch ein Ausweichen ins Ausland erhalten bleiben. Ohne deren Hilfe wäre es kaum möglich gewesen, für die unterdrückte sozialistische Presse einen derart leistungsfähigen Ersatz aufzubauen. In dieser Beziehung trog die in jenem Polizeibericht konstatierte Ruhe. Mit dem «Sozialdemokrat», der erstmals am 28. September 1879 in Zürich erschien, schuf sie sich ein neues Parteiorgan, das mit jeder Nummer von der ungebrochenen Kraft der sozialistischen Bewegung Zeugnis gab. Obwohl es in Deutschland sofort verboten wurde, gelangte das Blatt durch ein raffiniertes Schmuggelsystem mit erstaunlicher Regelmässigkeit über die Grenze hinweg in die Hände der deutschen Abonnenten.¹⁴ Neben den Möglichkeiten, die sich in der Schweiz aus der liberaleren Pressehandhabung für die Propaganda in Wort und Schrift ergaben, bot das Asyl Gelegenheit zu mannigfachen Kontakten, um weitere Wege zur Hilfeleistung fruchtbar zu machen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten und Parteiführer, deren Besuche in der Schweiz sich häuften, sprachen verschiedentlich auch in den hiesigen deutschen Arbeitervereinen.¹⁵ Nicht zuletzt lag ein grosser Vorteil darin, den neutralen Boden für Zusammenkünfte und Tagungen zu nutzen. In der Parteigeschichte sind sie zu längst bekannten Wegmarken geworden.

Auf Schloss Wyden bei Ossingen – dem streng geheim gehaltenen Kongressort – versammelte sich vom 20. bis 23. August 1880 fast die gesamte sozialdemokratische Führung zum ersten Parteikongress unter dem Sozialistengesetz. Der Ausschluss von Johann Most, der alsbald in den Bann eines kurzsichtigen Aktionsanarchismus geriet, war ein Zeichen für das Streben nach innerer Sammlung. Die Abänderung des

Gothaer Programms, die Parteiziele nicht mehr nur mit den gesetzlichen, sondern mit allen Mitteln zu erreichen, unterstrich den Willen, nach aussen eine konsequenter Kampfführung einzuleiten.¹⁶ Die Zürcher August-Konferenz von 1882, die eine Aussprache zwischen der Fraktion und den für die Herausgabe des «Sozialdemokrat» Verantwortlichen brachte und die sich gegen eine opportunistische Kompromisspolitik stellte, beschloss unter anderem den Ankauf der schweizerischen Genossenschaftsdruckerei und Volksbuchhandlung, wodurch die deutsche Sozialdemokratie in Zürich ihren Hauptstützpunkt für die Propagandatätigkeit wirksam ausbaute. Zugleich sprach sie sich für die Gründung eines Parteiarchivs aus, dessen Aufbau dann der 1884 nach Zürich übergesiedelte Friedrich Schlüter an die Hand nahm.¹⁷ Nicht in diese Reihe der Parteitagungen gehört der sozialistische Weltkongress in Chur Anfang Oktober 1881, für den die deutsche Sozialdemokratie, die gerade im Wahlkampf stand, wenig Interesse zeigte. Obwohl der Kongress mit nur 30 Teilnehmern aus 13 Ländern eine Enttäuschung war, enthielt der Versuch, nach der gescheiterten Ersten Internationale dem nationalen Regionalismus nicht auch die internationale Klassensolidarität aufzuopfern, einen ersten Schritt zur Zweiten Internationale.¹⁸ Der dritte und letzte Parteitag wurde wiederum in der Schweiz abgehalten. Im St. Galler Vorort Brügglen tagte er vom 2. bis 6. Oktober 1887 in der Wirtschaft «Zu Schönenwegen».¹⁹ Hatte der Wydener Kongress, der – nachträglich bekannt geworden – eine eindrucksvolle Demonstration gegen die Verfolgungsmassnahmen gewesen war, die Partei neuen Mut fassen lassen, so wurde Brügglen zum Auftakt für die dramatische Endphase, die in den Fall des Sozialistengesetzes mündete. Auf der einen Seite war von dem gewalttätigen Anarchismus, der der Arbeiterbewegung durch seine Terrorakte grossen Schaden zugefügt hatte, erneut deutliche Distanz zu nehmen. Andererseits gab dieser Parteitag, der mit einer öffentlichen Kundgebung von fast 900 Personen schloss, einen Ansporn zur Intensivierung des Kampfes gegen Sozialistengesetz und Spitzelwesen.²⁰

Einige Zwischenfälle mit Spitzeln, die zum Teil auch als Agents provocateurs gefährliche Unruhestifter waren, führten zu aussenpolitischen Konflikten. In den Augen der von der politischen Emigration bekämpften Mächte galt die Schweiz erneut als ein Revolutionsherd, auf dessen Beseitigung vor allem Bismarck drängte. Die Zuspitzung dieses Konfliktes ist bekannt. Im Dezember 1887 war es den Sozialdemokraten gelungen, Christian Haupt, den langjährigen Spitzel in Genf, sowie den übelsten aller Agenten, den 1878 in Neftenbach eingebürgerten Karl Schröder in die Hände der Zürcher Polizei zu spielen.²¹ Die Enthüllung über die deutschen Agenten-

umtriebe in der Schweiz durch die denkwürdige Reichstagsdebatte vom 27. Januar 1888 hat die Stellung des preussischen Ministers des Innern, Robert von Puttkamer, erschüttert.²² Jakob Fischer, der Kommandant des Zürcher Polizeikorps, hatte auf Anfrage den Abgeordneten Bebel und Singer die Richtigkeit der von den Sozialdemokraten behaupteten Agententätigkeit bestätigt, womit er diesen eine einzigartige Waffe gegen Bismarck in die Hände gab, die Schweizer Behörden aber durch seinen eigenmächtigen Schritt in arge Verlegenheit brachte. Der Vorfall verschärfte noch die gereizte Stimmung in Berlin gegenüber der Schweiz, so dass der Fall Wohlgemuth im folgenden Jahr mehr Auslöser als Ursache für Bismarcks überspannte Reaktion war. Nachdem ein subalternen Agentenführer in der Person des kaiserlichen Polizeibeamten August Wohlgemuth am 21. April 1889 auf Schweizer Gebiet in eine von Sozialdemokraten gestellte Falle getappt und verhaftet worden war, hielt der Reichskanzler den Moment für gekommen, durch eine diplomatische Aktion auf internationaler Ebene dem ihm verhassten sozialistischen Exiltreiben ein Ende zu bereiten. Der Wohlgemuth-Handel ist mit all seinen aussenpolitischen Auswirkungen durch die detailkundige Studie von Hansjörg Renk erschöpfend dargestellt worden.²³ Sie erbringt zugleich wertvolle Aufschlüsse zur Geschichte der sozialistischen Emigration in der Schweiz während des Sozialistengesetzes – ein Thema, das noch einer gesonderten Forschungsarbeit bedarf.²⁴ Der regen Betriebsamkeit innerhalb der sozialistischen Exilgruppen im Einzelnen nachzuspüren, die Ende der siebziger Jahre hervorgetreten waren und ein Jahrzehnt später wieder verschwanden, überschreitet den Rahmen der hier gewählten Fragestellung. Im Folgenden wird auf sie nur soweit einzugehen sein, als sie für den Fortbestand der Arbeitervereine von Bedeutung gewesen sind.

Aus der inneren Situation der Vereine ergab sich, dass die Beteiligung am Ersten Arbeiterbund den deutschen Mitgliedern bessere Möglichkeiten zur gewerkschaftlichen Zusammenarbeit gebracht hatte; doch konnte sie die durch den Untergang der Zentralisation von 1875 hinterlassene Lücke nicht voll ersetzen. Durch den Gesamtverband waren die einzelnen Sektionen mit der deutschen Mutterpartei verknüpft gewesen. Nach der Auflösung der Zentralisation entfiel dieses Band, und die aus dem Gothaer Einigungskongress vom Mai 1875 hervorgegangene «Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands» besass nur noch losen Kontakt zu einzelnen wenigen Auslandsvereinen.²⁵ Umso stärker blieben die Sektionen den lokalen Einflüssen überlassen. Sie durchliefen bis Mitte der achtziger Jahre eine Phase tiefer innerer Zerrissenheit. Immer mehr waren sie zum Sammelbecken für die verschiedensten miteinander rivalisierenden Gruppen geworden. In allen Vereinen betätigten sich

Mitglieder in den gewerkschaftlichen Organisationen. Ein kleinerer Teil entschloss sich auch zum politischen Engagement. Aus diesem aktiven Kern suchten sowohl die Anarchisten wie die von ihnen bekämpften sozialistischen Mitgliedschaften Anhänger zu gewinnen. Weit geringer war die Zahl jener, die sich nur dem politischen Kampf widmeten und sich, dem Flüchtlingskreis entstammend, wenig für die Gewerkschaftsarbeit in der Schweiz interessierten. Und schliesslich verkehrten in den Vereinen immer noch solche Mitglieder, die in erster Linie die landsmannschaftliche Geselligkeit suchten. Was den Vereinen fehlte, war eine klare Richtschnur. Umso mehr waren sie der Gefahr ausgesetzt, von Extremisten beherrscht zu werden.

2. Die Schweiz als Ausgangsbasis des deutschen Anarchismus

In ihrer Radikalität geradezu gemeingefährlich waren in der Schweiz aufkommende Verfechter des deutschen Aktionsanarchismus. Seine Entstehung hat Berghoff-Ising seinerzeit direkt aus der «Fédération jurassienne» abgeleitet.²⁶ Inzwischen ist die besondere Ausprägung des jurassischen Kollektivismus eingehender erforscht worden.²⁷ Dabei wurde die völlige Verschiedenartigkeit des libertären Sozialismus in der Westschweiz vom terroristischen Anarchismus einiger Desperados wie Kammerer oder Stellmacher zu Recht hervorgehoben. Wenn man die Spuren von Most oder Reinsdorf weit genug zurückverfolge, so schreibt Rolf R. Bigler, würden diese irgendwo und irgendwann in die «Fédération jurassienne» hineinführen. Doch fügt der Verfasser sogleich hinzu: «Diese unheimlichen Gäste tauchten aber ebensogut bei Becker in Genf oder bei Greulich in Zürich auf. Ihre Delikte begingen sie aus eigenem Antrieb.»²⁸ Obwohl nicht falsch, geht bei einer solchen Darstellung das Gewicht der verschiedenartigen Einflüsse verloren. Dem gewaltlosen Kollektivismus sind die späteren Terrorakte gewiss nicht anzulasten. Für die ersten deutschen Anarchisten besass hingegen die Juraföderation eine Bedeutung, die denn doch verkannt würde, wollte man sie in die von Bigler genannte Reihe stellen. «Bei Becker» und «bei Greulich» – schon diese Bezeichnung für einen heterogen zusammengesetzten Personenkreis ist recht unbestimmt – hat sich zwar vorübergehend mancher oft erst später zum Anarchisten gewordene Besucher eingefunden. Zu jenem Zeitpunkt aber,

als die ersten deutschen Anarchisten hervortraten, konnten keine Zweifel darüber bestehen, auf welcher Seite diese beiden der alten Internationale das Banner tragenden Sozialisten standen. In der Tat war schon im Winter 1867/68 der junge Johann Most, damals noch ein ganz unbeschriebenes Blatt, in der Sektion Zürich der Internationale aufgetaucht. Weder er noch der später hingerichtete August Reinsdorf, der 1874 die «Tagwacht» drucken half, waren in der Limmatstadt dem Anarchismus nahegebracht worden. Auf dem internationalen Berner Kongress von 1876 trat Greulich denn auch unter Zustimmung Beckers als Sachwalter der alten Internationale den antiautoritären Separatbestrebungen unmissverständlich entgegen.²⁹ Nicht «bei Greulich», aber innerhalb der russischen Kolonie, besaßen die Bakunisten Zürichs und mit ihnen die Anhänger eines terroristischen Anarchismus ihren Mittelpunkt.³⁰

Die Spaltung der «Fédération romande» im April 1870, die Begründung der anarchistischen «Fédération jurassienne» zu Sonvilier im November 1871, das Auseinanderbrechen der Internationale in einen antiautoritären-bakunistischen und in einen autoritären-marxistischen Teil auf dem Haager Kongress 1872, die «Antiautoritäre Internationale», die seit dem «Gegenkongress» zu St. Imier ihren Aufschwung nahm – schon diese wenigen Stichworte deuten auf die Entwicklung, in welcher der jurassische Anarchismus eine über die Grenzen hinausreichende Ausstrahlung gewann. Solange es zu keiner Belastungsprobe kam, genügte es, den Kollektivismus theoretisch zu planen und den Kampf auf gewerkschaftlicher Basis zu beginnen. Doch je ungeduldiger die geweckten Erwartungen auf eine von staatlichen Zwängen freie Zukunftsgesellschaft nach Erfüllung riefen, je deutlicher sich diese als Utopismus enthüllten, desto mächtiger wurde der Drang, die Verwirklichung des Unmöglichen durch die Anwendung gewaltsamer Mittel zu erzwingen.

Diese Tendenz wurde durch verschiedene äussere Umstände noch verstärkt. Provozierend wirkte die Brutalität, mit der die Urner Regierung Ende Juli 1875 den Streik von Arbeitern beim Bau des Gotthardtunnels gebrochen hatte, waren doch zwei der Beteiligten erschossen worden. Aber auch die wachsende Wirtschaftskrise, die die individualistische Uhrenmachergesellschaft der Ateliers besonders empfindlich traf, verschärfte die Klassenkonfrontation. Hinzu kam der internationale Bedeutungsverlust, den die Juraföderation erlitt und der gleichfalls darauf hinwies, dass die Negation des Staates nicht mehr Gegenstand blosser Debatten sein konnte. Die Alternative, entweder vom Abstentionismus zu lassen und sich die 1874 verbesserten Institutionen der Abstimmungsdemokratie nutzbar zu machen oder bis zur

Selbstaufgabe sich dem Aktionsanarchismus zu verschreiben, bot für die Juraföderation keine Zukunftsperspektive. Der erste Weg hätte zur politischen Parteibildung geführt, mit deren Ausschaltung sie ja ihre eigene Notwendigkeit begründet hatte. Mit der Hinneigung zu den Parolen der «Propaganda der Tat», die sie ihrem eigenständigen Charakter entfremden mussten, beschritt sie denn auch vollends den Weg zum Zerfall. Derart betrachtet, ist die Ablösung von James Guillaume, Adhémar Schwitzguébel und August Spichiger, den Vertretern des Utopismus, durch Befürworter des terroristischen Anarchismus eher Folge als Ursache dieser den Niedergang beschleunigenden Wandlung gewesen.³¹ Bakunins Worte: «Le temps n'est plus aux idées, il est aux faits et aux actes», das er den jurassischen Freunden in seinem Abschiedsbrief vom Oktober 1873 mitgegeben hatte, schien sich zu bewahrheiten.³² Vor allem in Spanien und bei den Italienern, die auf dem Brüsseler Kongress der antiautoritären Internationale von 1874 mit dem Argument fernblieben, statt der Tagungen sei die Zeit der Aufstände gekommen, hatte der konspirative Terrorismus rasch an Boden gewonnen. Er entstand in jenen Ländern durch ein Mass von Repression, Verelendung und Verzweiflung, das mit den schweizerischen Verhältnissen nicht vergleichbar war. Wichtige Anarchisten, die für kürzer oder länger auf die Gewalt als Mittel bauten, haben in der Schweiz Zuflucht gesucht; unter ihnen im Januar 1870 der düstere Sergej Njetschajew³³, von dessen Revolutionsfantastereien sich auch der im Tessin lebende Michael Bakunin³⁴ faszinieren liess, oder Paul Brousse³⁵, der schon in Barcelona eine französische anarchistische Gruppe mitbegründet hatte, später Fürst Kropotkin³⁶, der Ende 1876 auf abenteuerlichen Wegen von Russland in den Jura zurückgekehrt war.³⁷ Durch keine Rücksicht gebunden und allein vom glühenden Wunsch geleitet, möglichst bald den Umsturz in der Heimat herbeizuführen, erlagen Ausländer leichter einem revolutionären Aktivismus. Durch sie wurde die Radikalisierung in die Juraföderation getragen und von Leuten aufgenommen, die in ihr bereits zuvor ein allerdings wenig beachtetes Dasein gefristet hatten. Der in Gang gesetzte Umstrukturierungsprozess drängte die schweizerischen Stammsektionen der «Fédération jurassienne» immer mehr zurück, so dass nach 1876 ausländische Gruppen zu dominieren begannen.³⁸ Anders als die französischen Emigranten, die in der 1871 von Communards und Überbleibseln der Bakuninschen Allianz gegründeten «Section de propagande et d'action révolutionnaire sociale de Genève» einen Rückhalt besaßen, verhielten sich die Deutschen während der ersten Hälfte der siebziger Jahre gegenüber den anarchistischen Strömungen allenfalls rezeptiv.

In diesem Zeitabschnitt vermochten sie, zumal ihnen in Deutschland jeder Rück-

halt fehlte, nichts Wesentliches zu den anarchistischen Theorien beizutragen. Die Jurassier wussten das von ihnen angestrebte Ideal konstruktiv zu formulieren. Was die deutschen Anarchisten hingegen in der Zukunftsvision von der völlig freien Gesellschaft faszinierte, war die gewaltsame Zerschlagung des Staates, der ihnen durch Bismarcks Sozialistengesetzgebung noch verhasster geworden war.

Da die Anarchistengruppen fast stets zentralisierende Organisationsformen verwarfen, übernahmen ihre Presseorgane die Funktion des verbindenden Mittelpunkts. Zur Sammlung der deutschen Anarchisten in der Schweiz warb die «Arbeiter-Zeitung», die vom 15. Juli 1876 bis zum 13. Oktober 1877 in Bern erschien.³⁹ Das Blatt war durch die Initiative von Paul Brousse zustande gekommen und hatte sich zum Ziel gesetzt, die deutschsprachige Arbeiterklasse mit den anarchistischen Prinzipien bekannt zu machen.⁴⁰ Es wurde von der Russin Nathalie Landsberg finanziert, die Hermann Greulich zufolge auch die Artikel von Brousse – ihrem späteren Gatten – ins Deutsche übersetzt haben soll.⁴¹ Vergegenwärtigt man sich die allgemeine Dekomposition der deutschen Arbeitervereine jener Jahre, so ist der Einfluss dieses Blattes in ihren Reihen als bemerkenswert gering zu veranschlagen. Anhänger vermochte die «Arbeiter-Zeitung» vor allem dort zu gewinnen, wo frühere Parteigänger der Ersten Internationale führungslos sich selbst überlassen geblieben waren. Gruppen des deutschen Anarchismus entstanden unter Bruno Gutsmann im «Club indépendant des socialistes» in Genf, in der «Section d'études et de propagande de langue allemande Lausanne», ferner in Neuenburg und im «Sozialdemokratischen Verein ‚Gleichheit‘» zu Zürich, der eine Abspaltung der bald letzten europäischen Sektion aus der sich auflösenden Internationale war, sowie im «Sozialdemokratischen Verein» in Bern, der in der Agitation unter den deutschsprachigen Arbeitern die grösste Aktivität entfaltete.⁴² Im April 1877 schlossen sich diese Sektionen, denen neben Deutschen auch Leute anderer Nationalitäten angehörten, in der «Deutschen anarchistisch-kommunistischen Partei» zusammen, die in der Folge der antiautoritären Internationale beitrug.⁴³ Zu ihren rührigsten Mitgliedern zählten der Schlosser Otto Rinke aus Preussen, der Schriftsetzer Emil Werner und der Posamentier Friedrich Voges, beide aus Frankfurt am Main, der Graveur Albert Graber von Württemberg und der für die Administration der «Arbeiter-Zeitung» verantwortliche Johann Deiber. Sie alle wurden beim ersten bedeutenden Zusammenstoss des Aktionsanarchismus mit der Polizei anlässlich der Märzfeier 1877 in Bern verhaftet. Durch die nachfolgenden Ausweisungen aus dem Kanton Bern verloren die deutschen Anarchisten ihren Hauptstützpunkt.⁴⁴

Der wohl bedeutendste Agitator unter den deutschen Anarchisten jener Frühzeit war August Reinsdorf (1848-1885), den schon vor dem Berner Eklat das «Heimweh nach dem geknechteten und verratenen Geburtslande» über die Grenze zurückgetrieben hatte, da es doch, wie er Most anvertraute, ein ganz anderes Gefühl sei, «auf heimatlicher Erde für unsere grosse Idee persönlich einzutreten».⁴⁵ Herman Greulich schildert den am 31. Januar 1849 in Sachsen geborenen Typographen als «einen kräftigen jungen Mann und einen der besten Setzer, die ich gekannt habe, ein eifriger Parteigenosse, leider ein Trinker und dann ein sehr unangenehmer Mensch, während er sonst sehr gutmütig war».⁴⁶ Reinsdorf ist auf seiner Wanderschaft Anfang der siebziger Jahre in die Schweiz gelangt, wo er häufig seinen Arbeitsplatz wechselte. Er schloss sich seinen sozialdemokratischen Landsleuten an und trat in den Typographenbund ein; in Zürich setzte er 1847 eine Zeitlang Greulichs «Tagwacht».⁴⁷ In manchem der Typ des Eigenbrötlers, verfolgte er einen einmal aufgenommenen Gedanken mit ausserordentlicher Hartnäckigkeit. Was ihn schliesslich von seinen Gesinnungsgenossen wegführte, war die aufkeimende Erkenntnis, dass die Lösung der sozialen Frage auf friedlichem Wege lediglich eine Phrase sei. Anfang 1874 schrieb er an Johann Most: «Ich sehe es schon, lieber Freund, unsere Wünsche und Hoffnungen können nicht anders realisiert werden als durch eine zweite Bartholomäusnacht, d.h. wer sich der wahren Lösung der sozialen Frage widersetzt, der wird eben einfach aufs Dach geschlagen ..,».⁴⁸ In diesem durchaus primitiven Denkansatz, Druck mit Gegendruck und Gewalt mit Gewalt zu brechen, lag der Ausgangspunkt des deutschen Früh anarchismus.⁴⁹ Die im Sinne Bakunins auf dem Kongress zu St. Imier erhobene Forderung: «Que la destruction de tout pouvoir politique est le premier devoir du prolétariat»,⁵⁰ die für die Juraföderation keineswegs bestimmend geworden ist, gedieh bei ihm allmählich und vor allem in den achtziger Jahren durch Most zu einer eigentlichen Zerstörungsideologie. Als Stimulans bedurfte sie der zunehmenden Konfrontation mit den Repräsentanten staatlicher Gewalt. Persönlich hat sie Reinsdorf im Juni 1876 in Lausanne erfahren, wo er wegen Aufreizung beim dortigen Schneiderstreik verhaftet und aus dem Kanton Waadt ausgewiesen worden war.⁵¹ Wenn er seither immer leidenschaftlicher für die «Propaganda der Tat»⁵² warb und mit Brousse im Gastland weitere Anhänger fand, so war ihm die Schweiz nur die Ausgangsbasis für eine Auseinandersetzung, die letztlich auf deutschem Boden zu führen war. Nach Leipzig zurückgekehrt, soll Reinsdorf auch mit dem Kaiserattentäter Hödel in Berührung gekommen sein. Jedenfalls ist er, damals als Steinberg aus New York agierend, wegen seiner Kontakte zu Hödel während der Monate vor

dem Anschlag von der Polizei einvernommen worden.⁵³ Auch in München, Berlin und Magdeburg entstanden 1877/78 anarchistische Grüppchen, die als erste kurzlebige Erfolge des Versuchs anzusprechen sind, den Anarchismus aus der Schweiz nach Deutschland zu tragen.⁵⁴

Während der internationale Anarchismus seine Zentren nach Frankreich und England verlegte und die «Fédération jurassienne» unter dem Einfluss von Ausländern ein kümmerliches Leben fristete, während der bisher führende französische Anarchistenzirkel durch die 1879 erzwungene Ausreise von Brousse⁵⁵ sowie durch die Rückkehr amnestierter Communards nach Frankreich empfindlich geschwächt worden war,⁵⁶ fingen die deutschen Anarchisten, denen jede Originalität abgegangen war, erst an, eine Bewegung aus eigener Kraft zu werden. Bismarcks innenpolitischer Fehlgriff von 1878 schuf die Voraussetzungen für die neue Phase der Untergrundtätigkeit. Denn die Sozialistengesetzgebung hatte als Schlag brutaler Staatsgewalt auch in den hiesigen deutschen Arbeitervereinen eine Welle heftigster Empörung ausgelöst. Der Schrei nach Rache und das Drängen auf ein durch keine taktischen Rücksichten gebundenes Handeln verschaffte jenen radikalen Parolen, die der lauen Haltung der Parteiführung ein kompromissloses Kampfkonzzept gegenüberstellten, eine günstige Resonanz. Umso willkommener war die forsche Sprache, die alsbald der nach London zwangsemigrierte Johann Most⁵⁷ angeschlagen hatte. Dadurch sicherte er seiner seit dem 4. Januar 1879 in London erscheinenden «Freiheit» unter den Genossen in der Schweiz eine rasche Verbreitung. Fast neun Monate dauerte es noch, bis der «Sozialdemokrat» als autorisiertes Parteiorgan der «Freiheit» entgegentrat. Der Konflikt hatte als rein innerparteilicher Richtungsstreit zwischen dem gemässigten und radikalen Flügel begonnen. Bis zum Wydener Kongress hatte die Missstimmung über die Selbstaflösung der Partei und die Hinnahme der Verbotsmassnahmen kaum an Intensität verloren. Im Mai/ Juni 1880, als der Bruch mit der Partei schon abzusehen war, fand daher Most auf seiner Schweizer Agitationsreise mit Ausnahme von Zürich eine ihm durchaus günstige Stimmung vor: «Ich sah mich ein wenig um, hielt Vorträge in St. Gallen, Basel, Bern, Freiburg, Vevey und Genf, wobei ich bemerken konnte, dass unter den deutschen Sozialisten überall der beste Geist herrschte, dass die revolutionäre Gesinnung die überwiegende war, und dass der ‚Sozialdemokrat‘ und seine Macher so gut wie gar keinen Einfluss besassen.»⁵⁸

Über die gleiche Agitationsreise ist aus der Perspektive des Berliner Polizeiberichts zu entnehmen:

«Die äusserliche Unthätigkeit der Leipziger Führer in Verbindung mit den aufreizenden Reden Most's auf seiner Rundreise durch die Schweiz hatten dem letzteren eine grosse Anzahl von Anhängern zugeführt. Der deutsche Arbeiterverein Bern erklärte sich für ihn, in Genf und Chaux de Fonds bildeten sich unter dem Einfluss zweier Fanatiker, des Cigarrenhändlers Seubert aus Mannheim und des Schlossers Rinke, sowie der dort anwesenden Nihilisten und Kommunisten revolutionaire Gruppen, welche es sich zur Aufgabe stellten, die gemässigte Richtung zu bekämpfen, und durch Einführung revolutionärer Flugschriften in Deutschland für Most Propaganda zu machen. Ähnliches geschah in Neuchâtel, Lausanne und Vevey.»⁵⁹

Die Erwähnung Otto Rinkes weist daraufhin, dass einzelne Mitglieder jener frühen Berner Anarchistengruppe, die die Ausweisungen von 1877 auseinandergesprengt hatte, nun alles daransetzten, den radikalen Flügel innerhalb der deutschen Vereine für die Sache des Anarchismus zu gewinnen.⁶⁰ Most selbst durchlief dieses stufenweise Abgleiten in den Extremismus, wobei er durch seinen Aufenthalt in Freiburg i. Ue. offenbar wichtige Impulse erhielt: «Mehr und mehr entwickelte ich mich nun auch immer entschiedener in den Anarchismus hinein. Den unmittelbaren Anstoss hierzu gab August Reinsdorf, welchen ich während meiner Schweizerreise näher kennen lernte, und mit dem ich fortan in regelmässiger Korrespondenz blieb, bis er von seinem tragischen Schicksal im Kerker und auf dem Schaffot ereilt wurde.»⁶¹

Dem Ursprungsland des deutschen Anarchismus machten bald andere Emigrationszentren, vor allem das in London, den Rang streitig. Doch sowohl unter den Exilsozialisten als auch unter den Anarchisten besaßen die Genossen in der Schweiz durch die günstige geographische Lage den Vorzug, direkte Propaganda- und Einzelaktionen nach Deutschland unternehmen zu können. Da für beide das gegebene Rekrutierungsfeld ihrer Kräfte die deutschen Arbeitervereine waren, musste hier der Richtungsstreit am heftigsten entflammen.⁶² Dabei verbot sich für die Anarchisten aus ihrem Streben nach Autonomie und konspirativer Tätigkeit, die Vorteile einer zentralisierten Leitung zu nutzen; umsomehr suchten sie in den Vereinen die Unzufriedenheit zu schüren, um damit weitere Genossen durch den Ruf nach «Taten» auf ihre Seite zu ziehen. Diese Tendenz zu stärken und eine Verständigung unter den einzelnen Gruppen zu erreichen, bezweckte die am Genfersee abgehaltene Geheimkonferenz vom 12. September 1880. Als allen Gruppen gemeinsames Organ wurde dabei die «Freiheit» ausdrücklich anerkannt.⁶³ Am «Internationalen sozialrevolutio-

nären Kongress» vom 14. bis 19. Juli 1881 in London, auf dem eine auf das Bekenntnis zur «Propaganda der Tat» verpflichtete «Internationale Arbeiter-Assoziation» ins Leben gerufen wurde, nahmen neben der «Fédération jurassienne» und der sozialdemokratischen Union Basel auch die anarchistischen deutschen Gruppen in der Schweiz teil.⁶⁴ Ihre Ergebnisse schlugen sich hier in einer gesteigerten Aktivität nieder:

«In Zürich ist eine neue Sektion für revolutionaire Propaganda gebildet, welcher sich die Deutschen in Zug und Luzern angeschlossen haben, und ebensolche Sektionen bestehen in Zürich, Bern, Basel, Genf, Lausanne, Pruntrut und im Kanton Waadt.»⁶⁵

Überdies wusste der Polizeibericht vom 12. Januar 1882 aus einer Geheimbesprechung der Sektionen Genf, Zürich und Bern steigende Ungeduld zu melden; auf ihr sei gefordert worden, es müsse endlich in die Tat umgesetzt werden, was durch Wort und Schrift so lange gepredigt worden sei. Inzwischen war die «Freiheit» in England durch ihre Schreibweise derart in Schwierigkeiten geraten, dass auch der Schriften-smuggel von der Schweiz nach Deutschland und Österreich zu stocken begann. Most, der die Ermordung von Zar Alexander II. als Triumph gefeiert hatte, war am 23. März 1881 verhaftet und zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Die «Freiheit», für die sich in London kaum mehr ein Drucker finden liess, musste am 3. Juni 1882 ihr Erscheinen einstellen. Eine Verlegung nach Frankreich schlug fehl. Für die anarchistische Exilgruppe in der Schweiz bot sich damit die günstige Gelegenheit, die Herstellung der «Freiheit» und damit das Herzstück der Bewegung in die Hände zu bekommen. Am 18. Juni bemühte sich daher eine Geheimkonferenz in Bern, dem Organ von der Schweiz aus das Fortbestehen zu ermöglichen:

«Es nahmen daran Vertreter von Freiburg, Vevey, Lausanne, Zürich, Bern, Basel, St. Gallen und Rorschach theil, und es wurde beschlossen, die ‚Freiheit‘ in Zürich zu drucken, in der Schweiz selbst bei der Gewinnung neuer Anhänger höchst vorsichtig zu sein, die Agitation in Deutschland und Österreich aber vornehmlich durch fleissige Verbreitung der ‚Freiheit‘ und anderer revolutionairer Schriften, wömöglich auch durch Thaten zu betreiben, zu denen sich kleine bewährte Kreise zusammenthun sollten.»⁶⁶

Die Herausgabe der «Freiheit» in der Schweiz betrieb ein Komitee, dem der mit Most befreundete Mechaniker Joseph Kaufmann, der Schuhmacher Hermann Stell-

macher, der Maler Schneider sowie drei weitere Personen angehörten. In seinem Namen entfaltete Karl Schröder eine rege Geschäftigkeit; er verhandelte mit Wilhelm Bühler in Schaffhausen wegen des Druckauftrages; ebenso war er für die Bezahlung der pro Ausgabe 2'000 Exemplare umfassenden Auflage besorgt. In Schaffhausen wurde das Wochenblatt vom 8. Juli bis anfangs August 1882, darauf in Zürich-Riesbach bis mindestens zum 30. September gefertigt.⁶⁷ Gerade an diesem Unternehmen enthüllt sich, wie tief die anarchistische Bewegung durch haltlose Elemente korrumpiert und von Spitzeln durchsetzt war. Wer sich so eifrig um die Herausgabe des Anarchistenorgans in der Schweiz bemühte, war niemand anders als der Ende 1887 entlarvte preussische Polizeigent Karl Schröder, der an die Zürcher Anarchistengruppe um Stellmacher, Peukert, Neve, J. Schwab und Kaufmann Anschluss gefunden hatte. Kein Wunder, dass der Berliner Polizeipräsident über die Berner Geheimbesprechung so gut unterrichtet war!⁶⁸ Während der Spitzel Schröder mit zwielichtigen Motiven die Herausgabe der «Freiheit» betrieb,⁶⁹ war der Verbindungsmann zum Londoner Exil- und Redaktionskreis, Hermann Stellmacher, seinerseits darauf aus, die bei diesem Unternehmen gewonnenen Kenntnisse in einem undurchsichtigen Spiel zu verwerten: «Höflichst Unterzeichner», so schrieb er unter anderem dem bekannten Mülhausener Polizeiinspektor Kaltenbach, «ist einer der ersten Vertrauensmänner der sozialrevolutionären Parteirichtung Londons. Aus Gründen, welche ich Ihnen im nächsten Brief mitteilen werde, wenn Sie meine Verbindung wünschen, will ich Ihnen gegen Gratifikation mitteilen: wo die ‚Freiheit‘ jetzt hergestellt wird, wer die Herausgeber sind (Namen und Wohnort), von wo aus dieselbe vertrieben wird etc. Ich kann mich anheischig machen, jede Sendung des ‚Sozialdemokrat‘, welcher hier in Zürich erscheint, in die Hände der Regierung zu liefern.»⁷⁰ Ebenso vergeblich anbot sich Stellmacher dem österreichisch-ungarischen Gesandten in Bern, gegen «Gratifikation» das Redaktionsgeheimnis der «Freiheit» zu lüften.⁷¹ Mag sein, dass Stellmacher, wie er sich später vor Gericht rechtfertigte, nur eine Falle stellen wollte. Ein anderer dieses inneren Kreises, der Vorarlberger Mechaniker Josef Kaufmann, der übrigens auch Schröder als Informant der preussischen Polizei angeworben haben soll, war dagegen eindeutig ein Verräter.⁷² Bei diesen Desperados zwischen den Treibenden und den Getriebenen, zwischen den Agents provocateurs und den Agitatoren aus Überzeugung zu unterscheiden, ist bei dem Ineingreifen der Fäden schwer zu entwirren.

Aber nicht nur die Korruption, der Mangel an Persönlichkeiten und das Fehlen jedes geistig-politischen Weitblickes, auch die Radikalisierung der einzelnen Grup-

pen trieb zur Zersplitterung und Isolierung. In der Lesart von Johann Most hiess dies, wohl sei man mit der an den «sozialdemokratischen Waschlappisten» geübten Kritik einverstanden gewesen, aber die anarchistische Weltanschauung habe nicht eingeleuchtet.⁷³ Viele der früheren Sympathisanten Mosts waren nie gewillt gewesen, etwas anderes als Sozialdemokraten zu sein. Der Austritt 1881 von hundert Mitgliedern aus dem Zürcher Verein ist wohl mehr ein Protest gegen die Verpolitisierung des Vereinslebens überhaupt gewesen.⁷⁴ Im folgenden Jahr kam es zu gegenseitigen Ausschlüssen. Des Streites müde, stiess im Oktober 1882 der deutsche Arbeiterbildungsverein Bern etwa 30 Mitglieder aus, die einen anarchistischen Arbeiterverein «Freiheit» gründeten.⁷⁵ In Vevey wurden die Anarchisten ausgeschlossen, während in Lausanne der aus Bayern gebürtige Buchbinder Ludwig Heilmann mit Erfolg die gemässigten Elemente aus dem Allgemeinen Arbeiterverein drängte, die für sich einen «Arbeiter-Leseclub» ins Leben riefen.⁷⁶ In Biel wiederum erklärten im ersten Halbjahr 1883 die Anarchisten ihren Austritt, um einen eigenen Verein zu bilden.⁷⁷

Das Anarchistentreffen vom 5. bis 7. August 1883 in Zürich leitete von der Phase des Pläneschmiedens in jene der Terrorakte über. Da Most die Herausgabe der «Freiheit» wieder an sich gezogen hatte und sie von New York aus betrieb, sollte ein neues Organ für die Untergrundpropaganda in Deutschland geschaffen werden. Die Durchführung wurde der Genfer Gruppe anvertraut; ihr gelang es, das Geheimnis der Druckerei trotz des in Genf tätigen, allerdings trägen Polizeispitzels Christian Haupt zu bewahren. «Der Rebell, Organ der Anarchisten deutscher Sprache – Freie Volksbuchdruckerei Gemeingut in Nirgendheim» begann im Herbst 1883 zu erscheinen. Im folgenden Jahr wechselte die Redaktion nach dem sichereren London über, wo es unter Josef Peukert zum Blatt der zu Most in Opposition stehenden Anarchistengruppen wurde.⁷⁸ An der Zürcher Konferenz wurde eine weitere Spaltung unter den Anarchisten eingeleitet, doch war ihre erneute Bekräftigung, dass jedes Mittel zum Sturz der heutigen Gesellschaft nützlich sei, noch folgenschwerer.⁷⁹ Die Behauptung Bebels in der Reichstags-Sitzung vom 30. Januar 1888, auf dieser Konferenz seien die nachfolgenden Morde geplant worden, zielte zu weit.⁸⁰ Die Version, dass die nachfolgenden Verbrechen unter dem Vorsitz des Polizeiagenten Schröder beraten und mit seinem Wissen durchgeführt worden seien, enthielt für die Sozialdemokratie willkommenen Propagandastoff, sowohl die Regierung wie die Anarchisten blosszustellen.⁸¹ In der Praxis wies jedoch die anarchistische Taktik kein Planungskonzept auf; sie überliess die Umsetzung in die «Tat» der Einzelinitiative.

Im September 1883 eröffnete das Komplott von August Reinsdorf die Welle terroristischer Anschläge. Schon bei der Begegnung von 1880 in Freiburg soll Reinsdorf gegenüber Most die Absicht geäußert haben, den verhassten Polizeipräsidenten von Madai in Berlin zu erstechen. Tatsächlich begab er sich Anfang August in die Reichshauptstadt; doch blieb es beim exzessiven Planen. Der Reichstag sei nur eine Baracke aus Fachwerk mit leichtem Glasdach: «Hätte man einen halben Zentner Dynamit», schrieb er an Most, «so könnte man wohl das ganze Kasperletheater wie ein Kartenhaus zusammenklappen lassen, dass von dem ganzen Gesindel (inklusive Liebknecht etc.) kein Haar davonkäme.»⁸² Einen weiteren Aufenthalt in der Schweiz musste er im Oktober 1881 wegen eines Sittlichkeitsdeliktes durch Flucht abbrechen. Reinsdorf ist durch einen anderen, noch spektakuläreren Attentatsplan bekannt geworden. Drei Wochen nach dem Dynamitanschlag in Elberfeld sollte am 27. September 1883 auf sein Anstiften hin Kaiser Wilhelm I. mit einem glanzvollen Gefolge anlässlich der Einweihung des Germaniadenkmals auf dem Niederwald bei Rüdesheim durch Dynamit in die Luft gesprengt werden. Die «Freiheit» malte den Anschlag in ihren Farben aus:

«Während aber der sog. deutsche Kaiser, dessen Sohn und Enkel und der Schatzenkönig Sachsens, umgeben von Aristokraten, Pfaffen, Schergen und Knechten, sich am Anblick einer zur Raubmörderin herabgesunkenen ‚Germania‘ in ihrem Hochmuth und Despotenwahnsinn weideten, waren in ihrer nächsten Nähe die Hände der sozialen Revolution damit beschäftigt, die frivole Orgie durch Blitz und Donner in einen Todtentanz nebst allgemeiner Panik umzuwandeln.»⁸³

Doch das Attentat misslang im letzten Augenblick, da die Zündschnur kurz vor dem Sprengstoff erloschen war.⁸⁴ Reinsdorf, den die «Freiheit» zum Helden des deutschen Anarchismus erhob, wurde am 7. Februar 1885 hingerichtet.⁸⁵ Konnte dieser Anschlag als politisches Verbrechen im Sinne des einst von Reinsdorfs Freund Brousse propagierten Königsmordes gelten, so liess sich die politische Zweckbestimmung bei den nachfolgenden Gewalttaten kaum mehr vermitteln:⁸⁶

Am 22. Oktober 1883 wurden in Strassburg der Apotheker Lienhard sowie der am Hospitaltor Wache stehende Soldat Adels ermordet. An beiden Morden war der

Verantwortlich: W. G. ...

Freiheit

Verantwortlich: H. SCHWARZ ...

ORGAN DER REVOLUTIONÄREN SOZIALISTEN.

No. 53.

16. August 1854.

VI. JAHRGANG.

Ecco Homo!

Am 8. August, in aller Frühe, um 5 Uhr, haben die Hyänen der staatlichen Anstalt hinter wolverwahrten Kerkermauern unsere belien-smäßigen Besessenen Hermann Stellmacher zu Wirt-...

Während bis zu diesem Augenblicke die Ditt-...

Die Revolutionäre würden durch diese Nach-...

Demselben, wie jenseits des Atlantischen Ozean-...

Zum Gedächtnis an den tapferen, opferwilligen, getreuen Ozeano-

HERMANN STELLMACHER.

Die Gruppe New York der Internat.-Anstalt...

Proletariat aller Länder.

Gemeine.

Die Besessenen stehen schuldlos da, Ordnung...

Bei besessenen Schreibern in der Stadt blühte...

Hermann Stellmacher hat Energie erhalten im...

Das Leben, ganz Selbstverleugung, große Frei-

Wird mit Verachtung im Harnen, sagt er hinaus...

Arbeits! Arbeit! Arbeit! Arbeit! Arbeit! Arbeit!

Arbeits! Arbeit! Arbeit! Arbeit! Arbeit! Arbeit!

Die sind die Hölischen der Besessenen - Arbeit!

Die sind die Hölischen der Besessenen - Arbeit!

Agitir, copuliert, empört! Macht! Macht! Macht!

Das ist das Verbrechen, welches der sterbende...

In allen andern amerikanischen und in vielen...

Am Montag Abend veranstalteten die Anar-

Schon vor Beginn der Versammlung hatten sich...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Die Versammlungsgelände vor der Besetzung...

Breuer, Grant, Manning, Bissel und andere Helden...

Nachdem der Redner gerufen und der lang-

Diese Resolution lautete folgendermaßen:

Die Versammlung - bestehend aus min-

1) Die Ermordung Stellmachers durch die...

2) Solche Thesen, wie sie Stellmacher ver-

Es lebe die soziale Revolution!

Herrn bestieg Genosse Felix die Tribune, um...

Die Anwendung von Gewalt gegen seine...

Ich lebe die soziale Revolution!

Auch diese Rede wurde mit allgemeinem Bei-

Am 16. August 1854, um 7 Uhr, wurde die...

Am 16. August 1854, um 7 Uhr, wurde die...

Am 16. August 1854, um 7 Uhr, wurde die...

Am 16. August 1854, um 7 Uhr, wurde die...

Am 16. August 1854, um 7 Uhr, wurde die...

Am 16. August 1854, um 7 Uhr, wurde die...

Am 16. August 1854, um 7 Uhr, wurde die...

Am 16. August 1854, um 7 Uhr, wurde die...

Am 16. August 1854, um 7 Uhr, wurde die...

Gedenknummer der anarchistischen «Freiheit» zur Hinrichtung von Hermann Stellmacher (mit schwarzem Trauerband).

Buchbinder Anton Kammerer beteiligt gewesen, der aus Florisdorf bei Wien stammte. Er war als Deserteur Anfangs 1883 in die Schweiz geflohen und hatte zu den Wortführern im anarchistischen Verein «Freiheit» in Bern gehört. Stellmacher und Kumics wurden der Mitäterschaft verdächtigt.

Am 21. November 1883

erfolgte der Raubüberfall auf das Bankgeschäft Heilbronner in Stuttgart, bei dem zwei Personen schwer verletzt wurden. Michael Kumics, dessen Verhaftung darauf gelang, war nach seiner Ausweisung aus Wien im Mai 1883 nach St. Gallen gekommen. Der Schreiner aus Czernick in Slawonien hatte einer anarchistischen Gruppe in St. Gallen angehört. Kammerer und Stellmacher wurden als Mitbeteiligte ermittelt.

Am 15. Dezember 1883

erschoss Anton Kammerer den Polizeikonzipienten Hlubeck in Florisdorf bei Wien.

Am 10. Januar 1884

folgte der Raubmord an dem Wechselagenten Heinrich Eisert und seinen Söhnen von neun und elf Jahren. Auch deren Erzieherin wurde schwer verletzt. Die Untat hatten Kammerer und der Schuhmacher Hermann Stellmacher gemeinsam verübt. Der letztere, in Preussisch-Schlesien geboren, hatte zu jenen Mitgliedern gehört, die in Vevey aus dem Arbeiterverein ausgeschlossen worden waren. Dort wegen Betruges zu 45 Tagen Gefängnis verurteilt, siedelte er nach Zürich über, wo er als Verbindungsmann der Zürcher Anarchisten zum Londoner Exilkreis fungierte.

Am 25. Januar 1884

schoß Stellmacher in Florisdorf den Polizeiagenten Ferdinand Blösch nieder. Diesmal gelang seine Verhaftung; Stellmacher wurde am 6. August und Kammerer, der einen Monat später festgesetzt worden war, am 20. September 1884 hingerichtet.

Am 13. Januar 1885

erstach Julius Lieske den Frankfurter Polizeirat Dr. Rumpf. Der aus Berlin stammende Schuhmacher war im August 1880 in die Schweiz gelangt und hatte an verschiedenen Orten – etwa in Heilmanns Arbeiterverein in Lausanne – mit Anarchisten verkehrt. Von Basel aus hatte er sich für sein verbrecherisches Unternehmen direkt nach Frankfurt a. M. begeben. Auf die dortige Polizeidirektion war schon am 29. Oktober 1883 ein nicht abgeklärtes Dynamitattentat verübt worden, wobei der Tatverdächtige, ein Schlosser Michels, in die Schweiz geflohen und in Genf mit Lieske in Verbindung gekommen war.

Mosts «Propaganda der Tat», die ihrer Sprache nach den russischen Leitbildern in nichts nachstand, ist nicht in die Tradition der Monarchomachen früherer Jahrhunderte einzuordnen; denn diese begründeten den Tyrannenmord ja mit einem moralischen Widerstandsrecht. Noch zur Zeit, als das schweizerische Bundesstrafrecht (1853) geschaffen wurde, fehlte jede Vorstellung von einer Terrorbewegung, die nicht nur ein bestimmtes Staatsregime, sondern den Staat an sich zerschlagen wollte. Da die Erfahrungen mit dieser neuen Art von verbrecherischer Politpropaganda fehlten, vermochte die Eidgenossenschaft gegenüber den anarchistischen Machenschaften vorerst wenig auszurichten. Durch die Reorganisation der politischen Polizei, durch die Wiedereinführung und Neugestaltung der ständigen Bundesanwaltschaft und schliesslich 1894 mit Hilfe eines eigentlichen Anarchistengesetzes suchte sie in der Folge sowohl die gesetzliche Basis wie die polizeilichen Mittel zu verbessern, um eine wirksamere Kontrolle der politischen Aktivitäten unter Ausländern zu erlangen. Die getroffenen Massnahmen sind im Zusammenhang mit der Entwicklung der politischen Polizei mehrfach beschrieben worden.⁸⁷

Was Mosts Theorien anbetrifft, so sind sie durch den Terrorismus der jüngsten Zeit aktualisiert worden. In ihnen findet sich ein Vorläufer der durch Hitler perfektionierten Gewaltpolitik, die die moderne Technik zur Massenvernichtung einer politisch missliebigen Gesellschaftsschicht einsetzte. Die «Propaganda der Tat» ging davon aus, dass ein Mord alle Reden und Schriften an aufrüttelnder Wirkung bei Weitem übertreffe; während sie durch einzelne «Hinrichtungen» den ausgebeuteten Volksmassen neue Hoffnung einflössen wollte, sollte eine derart rächende Lynchju-

stiz die kapitalistische Gesellschaft zum Erzittern bringen: «Die Banditen der ‚Ordnung‘, welche sich immer in dem Wahne gewiegt, dass sie niemand für ihre Verbrechen zur Rechenschaft ziehen könne, sehen den ‚Vater Lynch‘ auf allen Wegen und Stegen, wie er ihnen, zornig und entschlossen, den Dolch der Rache entgegenstreckt. Das stört sie wesentlich in ihrem Wohlbehagen.»⁸⁸ Das erklärte Revolutionsprogramm: Hinrichtung der Reaktionäre und Konfiskation des Kapitals war wohl kaum mit derartigen Einzeltaten zu verwirklichen. Die «Freiheit» fand diese vorerst nicht ohne Nutzen; allerdings wäre es besser, so meinte Most, «wenn man im Stande sein würde, gleich die ganze reaktionäre Brut (mit Kind und Kegel), wie giftiges Unkraut auszumerzen». Um den Einwand zu entkräften, neun Zehntel der Menschheit müssten dann ausgerottet werden, da für die Revolution kaum zehn Prozent in den Kampf ziehen würden, offenbarte Most mit skrupellosem Zynismus seine «Endlösung»:

«Kaum der zwanzigste Teil der Bewohner irgendeines ‚Kultur‘?landes braucht dem Schindanger einverleibt zu werden; denn mehr wirkliche Eigentumskaanillen (deren Helfershelfer eingerechnet) existieren glücklicherweise nirgends. Möge man sie übrigens – um kein übel angebrachtes Mitleid zu erwecken – möglichst human wissenschaftlich, etwa vermittelt Elektrizität abtun! Wir empfehlen keine Grausamkeiten, sondern nur Notwendiges.»⁸⁹

Kammerer und Stellmacher mochten ihre Verbrechertour im Bewusstsein angetreten haben, jenen welterobernden Revolutionssoldaten anzugehören, die ihr Anarchistenblatt angekündigt hatte.⁹⁰ Ungeklärt blieb die Kernfrage, ob diese Verirrten durch die «Propaganda der Tat», die bis zum Herbst 1883 eben doch nur eine «Propaganda der Worte» geblieben war, zu ihren Verbrechen lediglich animiert worden waren oder ob sie planmässig in geheimem Auftrag gehandelt hatten. Dass Most die Terrorakte als Anfang der «Tataera» propagandistisch auszuwerten suchte, indem er die Morde für eine Vollstreckung schon lange gefällter Todesurteile ausgab, war noch kein stichhaltiger Beweis. Ihm bot sich bei der gewaltigen Empörung, die diese Verbrechen hervorriefen, die willkommene Gelegenheit, in der Öffentlichkeit die Vorstellung von Umfang und Schlagkraft des Anarchismus ins Masslose zu steigern.⁹¹ Die gelungene Mystifikation hielt auch jenen anonymen Briefschreiber gefangen, der die schweizerischen Behörden mit einem angeblichen Dynamitanschlag auf das Bundeshaus schrecken wollte: «Glauben Sie ja nicht», schrieb er in seinem Warnbrief vom 25. Januar 1885 an Bundespräsident Schenk, «dass die Genossen wenig

Mitglieder zählen. Sie werden erschrecken ob der grossen Zahl, welche sich vereidet haben, an allen Behörden blutige Rache zu nehmen, welche Genossen durch Gefängnis oder Ausweisung bedrängen. Ebenso täuscht man sich in den Mitteln. Wir erpressen grosse Summen von reichen Leuten durch Drohungen, und wir erhalten sozusagen stets das Geld, wenn nicht so fällt Derjenige, welcher sich weigert, durch Blei oder Stahl.»⁹² Die vorgetäuschte Denunziation eines Psychopathen – der Tatverdächtige Wilhelm Huft aus dem badischen Opfingen beging in Untersuchungshaft Selbstmord – löste die erste grosse Anarchistenuntersuchung aus. Zu ihrer Durchführung wurde der damalige Berner Polizeidirektor und spätere Bundesrat Eduard Müller zum ausserordentlichen Bundesanwalt ernannt.⁹³ Trotz der Fülle von Einzelheiten, die sie zutage brachte, endete sie mit dem überraschenden Antrag auf Sistierung. Wider Erwarten musste Müller feststellen, «dass die Untersuchung das wirkliche Bestehen einer Vereinigung von Personen, welche den Zweck hat, Verbrechen im Sinne Most's vorzubereiten, zu veranlassen und zu unterstützen, nicht nachweisen konnte».⁹⁴ Der Bundesanwalt war sogar überzeugt, dass eine solche Gesellschaft in der Schweiz nicht bestehe; die Beteiligung Einzelner bei den verübten Verbrechen habe auf persönlicher Initiative beruht, die von Mosts Brandschriften aufgestachelt worden sei. Der von der «Freiheit» vorgetäuschten Existenz von organisierten Liquidationstrupps, die auf Befehl eines internationalen Exekutivkomitees der Anarchisten handelten,⁹⁵ widersprach schon die Art und Weise, wie einige dieser Terrorakte durchgeführt worden waren. Da das beabsichtigte Attentat auf den verhassten Polizeiinspektor Kaltenbach in Mülhausen nicht gelingen wollte, wurde in Strassburg nach einer «Tat»- und Mordgelegenheit gesucht. Dass dann der vor dem Hospitaltor stehende Soldat Adels mit einem Beil tödlich verletzt worden ist, war ein durch die Nacht begünstigtes spontanes Verbrechen. Die Gewaltakte in Florisdorf bei Wien wären kaum gerade dort begangen worden, wenn nicht Kammerer Polizeiangehörigen seines Geburtsortes Rache geschworen hätte. Zum Zeitpunkt von Müllers Untersuchung hatte der Bundesrat die fanatischsten Anarchisten allerdings schon ausgewiesen. Dass Leute wie der Spengler Friedrich Philipp von Kennel, der Schriftsetzer Moritz Schultze, der Schneider Matthias Lissa als Angehörige des Berner Anarchistenvereins «Freiheit», dessen Mitglied Kammerer gewesen war, oder die Schneider Karl Falk und Viktor Otter in Freiburg sowie der Schreiner Johann Neve in Zürich, mit dem Stellmacher zusammengearbeitet hatte, von den Gewaltakten im Voraus Kenntnis gehabt haben, legen verschiedene Indizien nahe.⁹⁶ Obwohl Most die Mordtaten als Erfolg ausgab, war die «Propaganda der Tat» in Wirklichkeit schon beim Übergang vom exzessiven Verbalismus zur terroristischen Praxis ge-

scheitert. In der ganzen Schweiz hatte Müller lediglich noch 120 Anarchisten namhaft gemacht. Von ihnen wies der Bundesrat am 3. Juni 1885 die aktiven Mitglieder der einzelnen Gruppen, für deren gerichtliche Belangung das Bundesstrafrecht keine Handhabe bot, auf Grund von BV Art. 70 aus der Schweiz aus. Von diesen 21 Ausländern stammten 9 aus den Gebieten des deutschen Kaiserreiches, 11 aus dem Bereich der Habsburger Monarchie, insbesondere aus Mähren und Böhmen sowie einer aus Frankreich.⁹⁷ Unter den Deutschen in der Schweiz ist dem Anarchismus Mostscher Prägung durch das behördliche Eingreifen trotz sporadischen Wiederaufflacks der Boden entzogen worden.⁹⁸ Wohl hat der deutsche Anarchismus Anfang der neunziger Jahre wieder Auftrieb erhalten und im neutralen Land neuen Rückhalt gefunden. Dabei sind gewisse Parallelen in der Entstehung unverkennbar: die Unzufriedenheit mit dem parlamentarischen und reformistischen Kurs der Partei, die Sezession der Oppositionellen und ihr Überwechseln in das Zwischenstadium der Sozialrevolutionäre, die auf ihre Seite zu ziehen die Anarchisten aus ihrem Randdasein heraustreten liess. Aber auch die Endphase wies typisierende Merkmale auf: auf der einen Seite die Rückkehr eines Teils in die Partei, infolge der grösseren Aktivität oft verbunden mit einem späteren Aufstieg in der Parteihierarchie, auf der anderen Seite die zunehmende Zersplitterung der radikalen Gruppen bis zum Absinken in die Bedeutungslosigkeit. Dieses Modell des Entwicklungsverlaufes ist durch das Beispiel der jüngsten Sezession aus der deutschen Sozialdemokratie eindrücklich bestätigt worden. Sowohl der Raubüberfall auf ein Stuttgarter Bankgeschäft vom 21. November 1883 wie etwa die Banküberfälle der Baader-Meinhof-Gruppe am 29. September 1970 in Berlin dienten der «Konfiskation des Kapitals» zur Finanzierung der eigenen Revolution. Die Identität bezieht sich auf die Gewalt als Konstante des terroristischen Aktionismus, der zwar durch den technischen Fortschritt perfektionierte und erweiterte Formen angenommen hat, als politisches Instrument jedoch in seiner unverwandten Primitivität von der gleichen Untauglichkeit geblieben ist.⁹⁹ Die Bedingungen, unter denen sich diese Abspaltungen vollzogen haben, sind andererseits durch erhebliche Gegensätze gekennzeichnet. Im Unterschied zur Gegenwart oder zur Sezession Anfang der neunziger Jahre fehlte dem deutschen Früharchismus das intellektuelle Moment völlig. Von 62 namhaft gemachten Anarchisten deutscher und österreichisch-ungarischer Herkunft in der Schweiz übten 1885 allein 32 den Schneiderberuf aus, 9 waren Schuhmacher, 7 Schreiner, 4 Schlosser, je 3 Personen gehörten dem Drechslerhandwerk sowie dem Schriftsetzerberuf an, je 2 waren Buch-

binder, Mechaniker, Spengler, Sattler, Seiler, Wagner und die sozial schwächsten Berufe wie Korbmacher, Messerschmied, Tagelöhner waren nur einmal vertreten.¹⁰⁰ Somit könnte in der Tat – wenn man von der sozialen Gliederung ausgeht – von einem «Arbeiter-Anarchismus» gesprochen werden. Dabei wird ersichtlich, dass die revolutionäre Schicht nicht, wie Bakunin glaubte, im «Lumpenproletariat» verkörpert war, sondern am ehesten im Handwerk und bei den gelernten Arbeitern gefunden wurde.¹⁰¹ Das Überwiegen der sitzenderweise ausgeübten Berufe der Schneider und Schuhmacher, denen sich die Gelegenheit zum Ideenflug und Gedankenaustausch besonders günstig darbot, fällt zuerst in die Augen. Ihre Mobilität, die Neigung zur Wanderschaft förderten zugleich die Verbreitung des Anarchismus. Die relativ wenigen Angehörigen der proletarischen «Bildungsberufe» wie die Buchbinder Kammerer und Heilmann sowie die Schriftsetzer Reinsdorf, Emil Werner und Paul Schultze, der Führer der Genfer Gruppe, besaßen jedoch einen Einfluss, der kaum zu überschätzen ist. Zwar ist es nicht möglich, die persönlichen Verhältnisse jedes Einzelnen dieser zu Anarchisten Gewordenen unter Einbeziehung soziopsychologischer Aspekte zu untersuchen. Doch machen schon die Beispiele von Most, Reinsdorf, Rinke und den genannten Attentätern deutlich¹⁰², dass sich in diesen Extremistengruppen nicht das «Lumpenproletariat», aber eine inhomogene Klasse von Outcasts zusammenfand, die aus den verschiedensten Gründen mit Gesellschaft und Staat kollidiert waren. Wenn sie sich dem Aktionsanarchismus verschrieben, so hoffte mancher mit dem verzweiferten Griff nach der Gewalt auf die Befreiung aus der ihm unerträglich gewordenen persönlichen Zwangssituation.¹⁰³ Abstrakte Theorien zur Weltenneuschöpfung sind hier kaum gewachsen, und was aus russischen und romanischen Quellen zur notdürftigen Explikation beigezogen wurde, war von einer geistigen Dürftigkeit, die sich in den Mostschen Lehren erschöpfte. Der deutsche Anarchismus der neunziger Jahre hingegen war eine von Intellektuellen und Künstlern befruchtete Bewegung, vom Geist der Bohème beschwingt. Gewissermaßen eine geläuterte Kontinuität wahrten die Anhänger um die in London beheimatete Gruppe und Zeitung «Autonomie». Der «individualistische Anarchismus» von John Henry Mackay, der mit seiner eigenwilligen Interpretation Max Stirner eine neue Jüngerschaft warb, in erster Linie aber Gustav Landauer, der den «Sozialist» zu einer Denkschule für Fragen der Weltanschauung und gesellschaftlichen Neuordnung machte, sowie Erich Mühsam verliehen dem Anarchismus in Deutschland ein völlig verändertes Gesicht. Für Landauer war die revolutionierende Kraft nicht mehr die Gewalt, sondern der Geist.¹⁰⁴

3. Die sozialistischen Mitgliedschaften und deutschen Arbeitervereine im Dienste der unterdrückten Mutterpartei

Während sich Most und seine Anhänger an gewalttätigen Reden berauschten und nur im Effekt des Entsetzens die Wehen der echten Revolution erblicken wollten, nahm in aller Stille eine Organisation ihren Anfang, deren Entwicklung bisher kaum teilweise erhellt worden ist: das Heranwachsen des letzten und grössten Landesverbandes deutscher Arbeiter in der Schweiz.¹⁰⁵ An der Spitze lokaler Rührigkeit stand der «Deutsche Arbeiterverein Zürich», wie sich die «Eintracht» seit 1877 nannte.¹⁰⁶ Dass das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie, das nach dem ersten Kaiserattentat hastig ausgearbeitet worden war, im deutschen Reichstag eine Abfuhr erlitt, feierte er mit einer öffentlichen Freudenkundgebung. Doch die Hochstimmung über die Niederlage der Reaktion wich nach Nobilings Anschlag tiefer Besorgnis. Gegen Bismarcks politischen Schachzug, den Reichstag aufzulösen und die aufgeputschten Emotionen in den Neuwahlen vom 30. Juli 1878 gegen die Sozialdemokratie und zum Nachteil der Nationalliberalen zu nutzen, war nur etwas auszurichten, wenn es gelang, eine möglichst weitgefächerte, auch bürgerliche Kräfte umfassende Oppositionsbewegung ins Leben zu rufen. Trotz der eingetretenen Gegensätze wollte die «Eintracht» eine Gesinnungsfront aller freiheitsliebenden Deutschen in der Schweiz erreichen und war daher bestrebt, die Klassengegensätze hintenanzustellen. Ihr Aufruf, der zur Protestkundgebung gegen Bismarcks Verfehmungs- und Unterdrückungspolitik auf den 24. Juni ins alte Schützenhaus einlud, wandte sich daher an «Alle freisinnigen Deutschen von Zürich und Umgebung».¹⁰⁷ Zur Solidarität sollte die gemeinsame Bedrohung bewegen: «Die Reaktion, obgleich anscheinend nur gegen die Spitze der Fortschrittsparteien, gegen die Sozialdemokratie gerichtet, gilt doch dem Fortschritt überhaupt.»¹⁰⁸ Die Vorbehalte gegenüber Bismarcks Innenpolitik waren bei den liberalen Auslandsdeutschen jedoch nicht stark genug, um die Oppositionsgemeinschaft früherer Jahrzehnte wieder herbeizuführen. Vielmehr gaben auch sie nach den Attentaten durch Beileidsadressen und Unterschriften zur Wilhelmsspende ihrer Verbundenheit mit Kaiser und Reich lebhaften Ausdruck.¹⁰⁹

Namens der Kommission des Deutschen Vereins Zürich¹¹⁰ versuchte Robert Seidel, auch die schweizerischen Gesinnungsfreunde aller Gesellschaftsklassen zu mobilisieren. Die Eidgenossenschaft sei 1848 nur durch den Ausbruch der Februarrevo-

lution vor dem Einmarsch der konservativen Mächte bewahrt worden, sodass für die Schweizer eine Hilfeleistung Pflicht sei: «Die Freiheit erhält sich nur durch die Freiheit und die Reaktion in Deutschland bedroht auch Euer heiligstes Gut. Also handelt und beweist damit Eure alte freiheitliche Gesinnung!»¹¹¹ Die erste Aktion war eine Sammlung für den Wahlfonds der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Verein hatte hierfür 5'000 Quittungen à 25 Cts. anfertigen lassen, die er zur Einlösung überall dorthin versandte, wo auf Erfolg zu hoffen war.¹¹² Eine zweite Aufgabe, die bald zur wichtigsten werden sollte, erwuchs den Vereinen in der Unterstützung bedrängter deutscher Genossen. Um besser helfen zu können, erhöhte beispielsweise der Deutsche Arbeiterverein Basel im Dezember 1878 den monatlichen Mitgliederbeitrag auf Fr. 1.50.–¹¹³ Die schweizerische Arbeiterbewegung, die sich ja selbst in einer schweren Krisis befand, hatte weder die finanziellen Mittel noch den Willen, mit tatkräftiger Hilfe in den Konflikt einzugreifen.¹¹⁴ Massnahmen einzelner Vereine wie diejenigen in Basel reichten kaum zur Linderung der mit der Emigration verbundenen Lebensnot aus. Und doch hätten darüber hinaus die deutschen Arbeitervereine im freieren Ausland das rote Banner hochhalten und der Gesamtbewegung Zuversicht und Kraft verleihen sollen. Diese Aufgaben trafen sie unvorbereitet. Selbst der «Eintracht» Zürich fehlte es an Persönlichkeiten, der Partei eine leistungsfähige Hilfsorganisation und Ersatzpresse aufzubauen.

Unter den Mitgliedern der in Deutschland verbliebenen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hatte neben Liebknecht vor allem August Bebel die Gründung eines im Ausland erscheinenden offiziellen Parteiorgans befürwortet. Einmal galt es, für die Sozialdemokraten im Innern Deutschlands ein neues Orientierungsmittel zu schaffen, zum andern sollte auf diese Weise den spalterischen Einflüssen der Mostschen «Freiheit» begegnet werden. Die Entstehungsgeschichte des «Sozialdemokrat» ist bekannt.¹¹⁵ Mit dem Unternehmen wurden Karl Höchberg, der in Castagnola Linderung für sein Brustleiden gesucht hatte, sein Sekretär Eduard Bernstein und der aus Berlin ausgewiesene Versicherungsinspektor Karl August Schramm beauftragt; durch Übervorsichtigkeit verzögerte sich jedoch die Herausgabe des Blattes in Zürich.¹¹⁶ Marx und Engels wollten das Organ unter Karl Hirsch in London verlegt wissen, zumal sie in der Gruppe um Höchberg bloss Opportunisten vermuteten. Einer solchen Lösung trat Bebel entgegen, weil er fürchtete, dass die Redaktion dann nicht mehr von der in Deutschland lebenden Parteiführung kontrolliert werden könnte. Schliesslich fand sich in Georg von Vollmar (1850-1922), der im August

1879 aus dem Dresdener Gefängnis entlassen wurde, ein passender Redaktor, sodass seit dem 28. September der «Sozialdemokrat» mit einer Auflage von etwa 3'000 Exemplaren endlich zu erscheinen begann. Erst unter der Leitung von Eduard Bernstein (1850-1932), der sich vom Kreis um Höchberg emanzipiert und Vollmar Anfang 1881 in der Redaktion ersetzt hatte, nahm das Blatt eine entschlosseneren Schreibweise an, die auch Marx und Engels zur Mitarbeit gewann.¹¹⁷ In Zürich scharte sich um die Leitung des Parteiorgans im Verlaufe der Jahre ein ausgewählter Kreis führender Exilsozialisten: Neben dem Redaktor Leonhard Tauscher, der dem Druckereibetrieb in Hottingen vorstand, und Friedrich Schlüter, dem Chef der Verlagsbuchhandlung, betätigten sich für kürzere oder längere Zeit als Mitarbeiter Joseph Belli, Richard Fischer, Karl Kautsky und Karl Manz. Für die Expedition verantwortlich war Julius Motteler (1838-1908), der legendäre «Rote Postmeister», dessen ausgeklügeltes Verteilersystem sich gegen die polizeilichen Unterbindungsmassnahmen in Deutschland so trefflich bewährt hatte. Manch abenteuerliche Geschichte rankt sich um den «Olymp», Mottelers Wohnung an der Wolfbachstrasse in Hottingen, die Treffpunkt der Vertrautesten und zentrale Planungsstelle für das kühne Unternehmen war. Die an abenteuerlichen Episoden reiche Erinnerungsschrift von Joseph Belli vermittelt ein anschauliches Bild von den mit dem Schriftenschmuggel verbundenen Gefahren:

«Gegen Ende des Jahres 1879 waren wir so weit, dass an der Grenze entlang von Lindau bis Konstanz und von da bis Basel eine Reihe von Schmuggelposten vorhanden waren, die ziemlich regelmässig befördern konnten. Auch nach Österreich wurde über Vorarlberg ein Weg benutzt. ...

Hatten wir an der Grenze für den Durchgang und die Weiterbeförderung zu sorgen, so fiel dem ‚Postamt‘ in Zürich die Überwachung dieser Arbeit und die Zufuhr bis zur Grenze zu. Sie hatten für die Sammlung der Genossen im Reiche zu wirken und für Tausende von Deckadressen zu sorgen. Motteler, dabei unterstützt von seiner Frau – von den Genossen die Tante genannt –, leistete darin, was er vermochte. Als erste Hilfe waren dort der Schriftsetzer Adolf Uhle und Genosse Emil Szymanowski, dann der frühere Parteisekretär Karl Derossi. Hatte Motteler das Ganze zu überwachen und die Korrespondenz mit seinen ‚Seelöwen‘ und ‚Feldjägern‘ – wie die Grenzleute von ihm genannt wurden – zu führen und ihnen Anregung und Anleitung zu geben, so fiel Derossi die Korrespondenz mit den Genossen über die Verbindung im Reiche zu.»¹¹⁸

Von Zürcher Exilsozialisten ging aber auch der Versuch aus, die in der Schweiz lebenden deutschen Genossen zu einer gemeinsamen Kampforganisation zusammenzuschliessen. Zunächst mussten wie in Basel Mittel zur ersten Hilfeleistung beschafft werden. Einige Opferwillige bildeten in Zürich den Klub der «Selbststeuerer», von denen Einzelne pro Woche bis zu zehn Franken, keiner weniger als einen Franken spendete.¹¹⁹ Ihr Sprecher war der aus dem badischen Gamshurst gebürtige Karl Manz (1856-1917), der als Redaktor der «Berliner Freien Presse» steckbrieflich verfolgt und nach Aufhalten in Österreich und Ungarn nach Zürich geflohen war.¹²⁰ Um über den engen Kreis der Flüchtlinge hinaus Unterstützung zu erlangen, begrüsst der Wydener Kongress die von Vollmar errichtete «Auswärtige Verkehrsstelle» in Zürich. Ihre Aufgabe war es, den Kontakt mit den ausländischen Sozialisten zu pflegen sowie die Verbindung zwischen den eigenen im Ausland lebenden Landsleuten und der Parteileitung aufrecht zu erhalten.¹²¹ Erst jetzt wurde Karl Manz vom Klub der «Selbststeuerer» beauftragt, den Plan einer speziellen Hilfsorganisation auf einem Diskussionsabend der «Eintracht» vor grösserem Forum zur Sprache zu bringen. Am 26. September 1880 fand im Café Strauss an der Löwenstrasse die vorbereitende Gründungsversammlung statt, zu der nur Eingeladene Zutritt hatten.¹²² Eine solche Organisation deutscher Sozialisten durfte, wollte sie die gewünschte Schlagkraft erreichen, nur überzeugte und zuverlässige Gesinnungsgenossen aufnehmen. Aus diesem Grund wollten die Initianten eine klare Abgrenzung gegenüber den allzu indifferenten Arbeitervereinen vornehmen. Zugleich sollte das Verhältnis zwischen der deutschen und schweizerischen Arbeiterbewegung neu geordnet werden. Die ökonomischen Interessen liessen sich weiterhin in den Gewerkschaften gemeinsam vertreten; zur Lösung der politischen Probleme mussten jetzt jedoch getrennte Wege eingeschlagen werden. In ihrem Rundschreiben an die deutschen sozialistischen Vereine in der Schweiz legte die Versammlung die Haltung der deutschen Sozialdemokraten wie folgt fest:

«Die politischen Fragen überlassen sie ausschliesslich den schweizerischen Genossen. Dagegen beteiligen sie sich mit allen Kräften an der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands, soweit dies vom Ausland aus möglich ist, und betrachten sich als Glied der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands. Sie sorgen für Aufnahme einer energischen Propaganda unter den Deutschen in der Schweiz. Zur Herstellung eines ununterbrochenen Verkehrs zwischen den Vereinen wird eine Zentralisation geschaffen.»¹²³

Hierauf konstituierte sich von der «Eintracht» getrennt der «Verein deutscher Sozialisten» in Zürich.¹²⁴ Da auf den 6.-8. November 1880 der Kongress des Schweizerischen Arbeiterbundes nach Olten einberufen worden war, bot sich innert kürzester Zeit die Gelegenheit, mit den Delegierten der deutschen Vereine den Zürcher Organisationsentwurf zu diskutieren. Das Projekt erhielt auf der Vorbesprechung in Olten grünes Licht;¹²⁵ dem Schweizerischen Arbeiterbund hingegen, der durch die inneren Gegensätze sowie durch die Folgen der Wirtschaftsdepression ohnehin zerfallen war, wurde der Todesstoss versetzt. Dem deutschen Antrag folgend, beschloss der Kongress auf Jahresende die Auflösung. Die das missglückte Experiment abschliessende Erklärung hielt ein Zusammengehen zwischen Schweizern und Ausländern nur noch im Kampf gegenüber dem Kapital für möglich. Die Beteiligung von Ausländern an eidgenössischen Angelegenheiten hingegen war ihr zufolge am traditionellen Widerstand des Schweizer Volkes gegen jede Einmischung Fremder gescheitert. Durch sie sei die schweizerische Bewegung eher behindert als gefördert worden. Diese Version bevorzugt die schweizerische Auslegung. Obwohl im Kern richtig, verschwieg sie, dass die deutschen Mitglieder oft gerade die belebende Kraft gewesen waren. Die in der Folge begründete Sozialdemokratische Partei nahm, nachdem sie von dem angeblichen ausländischen Ballast befreit worden war, keineswegs den erhofften Aufschwung.¹²⁶ Im Wunsch der Schweizer Sozialdemokraten, sich den eigenen Aufgaben zu widmen, sowie im Bestreben ihrer deutschen Genossen, sich aus der schweizerischen Innenpolitik herauszuhalten, erkennt auch die jüngst vorgelegte Darstellung von Hansjörg Renk die Motivation für diese Liquidation.¹²⁷ Doch dieser Gesichtspunkt umriss nur die allgemeine Tendenz. Die Einmischung in innerschweizerische Angelegenheiten hat bei den deutschen Bundesmitgliedern weder plötzliche Skrupel noch bei den Schweizern völlig neuartige Bedenken hervorgerufen. Die mangelnde Zurückhaltung auf der einen und die Abneigung gegen die allzu agilen Ausländer auf der anderen Seite hatten gleichsam zur belastenden Mitgift dieser Verbindung gehört. Die Voraussetzungen, unter denen diese Gemeinschaft eingegangen worden war, büssten erst durch die Interessenverschiebung beim deutschen Partner ihre bindende Kraft ein. Das Auftreten der anarchistischen «Arbeiterzeitung» hatte zu einer ersten Verschärfung der Spannungen geführt. Seit 1878 kumulierten sich als eine indirekte Auswirkung des Sozialistengesetzes die Gegensätze. Durch die zunehmende Radikalisierung unter den deutschen Genossen wurde bei den Schweizern die Aversion gegen die Dominanz der Ausländer erhöht, während die neu hinzukommenden sozialistischen Emigranten darauf hindrängten, die lokalpolitische Agitation

ganz dem Existenzkampf der deutschen Sozialdemokratie hintenanzustellen. Ihnen kam es nicht auf ein rücksichtsvolles Heraushalten aus den innenpolitischen Verhältnissen des Gastlandes, sondern im Gegenteil auf die Befreiung von allen hemmenden Bindungen an. Der nach Deutschland gerichteten Aufgabenstellung wäre ein organisatorisches Zusammengehen mit Schweizern nur hinderlich gewesen. Die Ursachen für das Darniederliegen des Arbeiterbundes sind mannigfaltig und hier nicht weiter zu erörtern; es hiesse jedoch die Bedeutung des deutschen Elements zu unterschätzen, wenn die Endphase nicht im Zusammenhang mit der Umkehr der Prioritäten gesehen wird, die deutscherseits den Anstoss zu der für sie dringend gebotenen Bereinigung gab. Nach der Auflösung begannen sich die frei gewordenen Gruppen in drei Organisationen aufzugliedern: diente der «Allgemeine Gewerkschaftsbund» sowohl Schweizern wie Deutschen zur Förderung der sozialökonomischen Interessen, so hofften die ersteren in der «Socialdemokratischen Partei der Schweiz», die letzteren durch den «Landesausschuss der organisierten deutschen Socialisten in der Schweiz» ihre politischen Aufgaben besser wahrnehmen zu können.¹²⁸

Da weder die grossen Unterschiede in Zusammensetzung und Ausrichtung zwischen den deutschen Lokalvereinen noch die besondere Aufgabenstellung es erlaubten, eine Zentralisation nach dem Muster des 1875 eingegangenen Verbandes aufzubauen, musste eine andere Lösung gefunden werden. Entsprechend dem in Olten vorgelegten Organisationsstatut wurde an den einzelnen Orten die Bildung besonderer sozialdemokratischer Mitgliedschaften angeregt, die von einem Lokalausschuss betreut werden sollten. Die Verpflichtung auf das Gothaer Programm und die Anerkennung der Wydener Beschlüsse waren die unabdingbaren Voraussetzungen für den Beitritt zu den Mitgliedschaften, so dass deren Angehörige für vollberechtigte Mitglieder der formal nicht mehr bestehenden Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands galten.¹²⁹ Jeweils zwei Vertrauensmänner hatten von der Ortssektion die Verbindung zum Landesausschuss sicherzustellen, der sich aus Vertretern der Zürcher Mitgliedschaft zusammensetzte.¹³⁰ Karl Manz zufolge, der ihm von Anfang an angehörte, wurde nach Möglichkeit das Abfassen schriftlicher Aktenstücke vermieden, um bei einem allfälligen behördlichen Eingreifen keine Blösse zu geben:

«Protokolle wurden weder im Lokalausschuss noch im Landesausschuss geführt, ebensowenig Mitgliedsbücher. Das Rechnungswesen war sehr einfach. Der Kassier bezog vom Landesausschuss Mitgliedskarten und Marken und in die geschlossenen Versammlungen hatten nur die Eintritt, die nicht mit mehr als drei

Marken im Rückstand waren. Die Aufnahme war sehr streng. Man erkundigte sich über jeden Einzelnen sehr genau, um ja die Spitzel fern zu halten. Sammlungen von Mitteln und Agitation war die Hauptaufgabe der Organisation.»¹³¹

Die Mitgliedschaften waren nicht als erste Bausteine für eine Massenbewegung gedacht, sondern als eine ideologische Eliteorganisation von besonderer Zuverlässigkeit, die auch zur Ausführung risikobelasteter Unternehmungen eingesetzt werden sollte. Diese Beschränkung diente gegenüber den Arbeitervereinen als Begründung für die Notwendigkeit, eine Sonderorganisation zu bilden. Da sie ihre Mitglieder zu- meist aus den bestehenden Vereinen rekrutieren musste, galt es, die Bedenken vor einer Konkurrenzvereinigung auszuräumen. Unter den Mitgliedschaften hielt neben der Zürcher Sektion diejenige von Basel eine Schlüsselstellung inne, weil sie beim Schriftenschmuggel dank ihrer Grenzlage vorzügliche Dienste leistete. Obwohl Persönlichkeiten wie Bebel, Auer oder Liebknecht sich für das Gedeihen des jungen Landesverbandes einsetzten, stiess er in den ersten Jahren seines Wirkens bei den deutschen Arbeitern auf eine unerwartete Skepsis. Die Mitgliedschaften galten als die Vertrauensorganisation der Exilsozialisten, war doch der Landesausschuss eng mit der «Auswärtigen Verkehrsstelle» und mit dem Emigrantenkreis um die Redaktion des «Sozialdemokrat» verknüpft. Die sozialistische Flüchtlingselite verfügte über eine Geistesschulung, die dem Bildungsstand in den Auslandsvereinen weit voraus war. Dass sie ihre Überlegenheit gegenüber der Kleingeisterei in den Arbeitervereinen hervorkehrte und dabei ihren Führungsanspruch geltend machte, rief weniger Begeisterung als Frustration hervor. Dabei spielte auch die Aversion der schon länger ansässigen hiesigen deutschen Genossen mit, die sich ihrerseits besser mit den schweizerischen Verhältnissen vertraut wussten und die sich gegenüber dem forschenden Auftreten allzu eifriger Emigranten reserviert gaben. Solche Reibungen schlugen sich in Eifersüchteleien und Streitigkeiten nieder. Selbst der Berliner Polizeibericht vermerkte: «Die Einigkeit innerhalb ihrer Vereine lässt aber viel zu wünschen übrig, und das hat vornehmlich darin seinen Grund, dass die Redakteure des Sozialdemokrat und andere literarisch Gebildete unter ihnen ihre geistige Überlegenheit in verletzender Weise fühlen lassen.»¹³² Die Äusserung von Robert Seidel, die er in seinem unveröffentlichten Geschichtsrückblick niedergelegt hat, der Zürcher Flüchtlingskreis habe aus Unkenntnis der Landesverhältnisse und aus Mangel an einem praktischen Wirkungskreis während der ersten Jahre zu manchem Zerwürfnis Anlass geboten, traf nicht weniger auch auf das gespannte Verhältnis zwischen deutschen

und schweizerischen Sozialisten zu. Die Anfeindungen, die die Genossen vom «Sozialdemokrat» aus den Reihen der «Eintracht» erfuhren, veranlassten Richard Fischer dazu, ostentativ aus dem Arbeiterbildungsverein auszutreten. Die Nachwirkungen dieses internen Konfliktes waren noch Anfang der neunziger Jahre spürbar.¹³³ Klagten die einen über Lethargie und mangelnde Kooperationsbereitschaft, so missfielen den anderen die theoretischen Belehrungen und das Drängen auf Aktion.

Neben der Agitation nach Deutschland wurden die neu geschaffenen Mitgliedschaften zugleich zum Kampf an der innern Front eingesetzt. Ihnen lag es ob, den Einfluss der Anarchisten in den deutschen Arbeitervereinen zurückzudrängen, wobei die Auseinandersetzungen wiederholt in Prügeleien ausarteten.¹³⁴ Erst die Ernüchterung ob der anarchistischen Gewaltakte schuf für die Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Vereinen und Mitgliedschaften günstigere Voraussetzungen. Diese Uneinigkeit trat später in der Erinnerung hinter den ausserordentlichen Leistungen zurück, die von den deutschen Sozialisten in der Schweiz für die Partei erbracht worden sind und die zur Kampfromantik verklärt wurden. Dass sich in ihrer Mitte Redaktion und Verlag des Parteiorgans befand, für dessen Verbreitung sie mitbesorgt waren, hob in den Mitgliedschaften das Bewusstsein des eigenen Wertes. Wie wenn die Sektionen in Zürich, Basel oder Winterthur sich mit den Genossen in Berlin oder Leipzig messen könnten, empfingen sie Besuche der prominentesten Parteiführer, unter ihnen Bebel, Liebknecht, Auer und Dietz. So sprachen an der Erinnerungsfeier 1882 in Wyden die Reichstagsabgeordneten Kayser und Grillenberger¹³⁵, und im folgenden Jahr hielten an der Märzfeier Frohme in Basel und Grillenberger in Zürich die Gedenkrede.¹³⁶ Das Gefühl für die eigene Bedeutung stieg noch beim Vergleich mit dem Misserfolg der auf sich gestellten schweizerischen Bewegung. Da die «Arbeiterstimme», das damals einzige schweizerische Parteiorgan, unter August Herter tief in Schulden geraten war, musste nach der Volksbuchhandlung auch die Genossenschaftsdruckerei an die deutschen Sozialisten verkauft werden, was nicht ohne nationale Empfindlichkeiten vor sich ging.¹³⁷ Während es unter den Schweizern vor allem bei der Mitgliederbasis an Einsatz- und Opferbereitschaft fehlte, betätigten sich die Mitgliedschaften in der Propagandaarbeit und sammelten erhebliche Summen für den Reichstagswahlfonds oder für andere Parteizwecke; darüber hinaus verfolgten sie die Tagesereignisse mit kritischer Aufmerksamkeit, um nach doktrinären Gesichtspunkten die von der Reichstagsfraktion in der Praxis befolgte Politik zu diskutieren. Mehr als einmal wurde die Haltung einzelner Parteiführer missbilligt, deren Voten im Reichstag sie gar Zensuren erteilten. So hatten am 18. Dezember 1881 in

Zürich deutsche Sozialisten den Reichstagsabgeordneten Blos und Hasenclever ihr Misstrauensvotum ausgesprochen, weil ihnen deren opportunistische Taktik, der Regierung dann beizustimmen, wenn dies dem kleinen Mann nütze, als Verrat am Klassenstandpunkt erschien.¹³⁸ Weder die Exilsozialisten um den «Sozialdemokrat» noch die mit ihnen verbundenen Mitgliedschaften waren gewillt, sich mit der ihnen zugeordneten blossen Hilfsfunktion zu begnügen. Dass sie auch in Fragen der Prinzipientreue und Parteitaktik ein Wächteramt beanspruchten, machte Konflikte mit der die Führung verkörpernden sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unvermeidlich.

Eine solche Kontroverse, die in der Sozialdemokratie vorübergehend eine Krise hervorrief, entspann sich aus der unterschiedlichen Einstellung zur deutschen Kolonialpolitik. Sie hatte sich an der Subventionsvorlage für die Postdampferlinien entzündet, die nach Ostasien, Australien und Deutsch-Neuguinea eingerichtet werden sollten. Eine Zustimmung zur Dampfvorlage beinhaltete zugleich die grundsätzliche Bejahung der nationalen Kolonialpolitik. Die Fraktionsmehrheit wollte nun, wie der «Sozialdemokrat» am 11. Dezember 1884 bekannt gab, unter der Voraussetzung der Vorlage zustimmen, dass das Projekt Handel und Industrie und damit indirekt der Arbeiterschaft förderlich sei. Die Redaktion des Parteiorgans veröffentlichte hierauf ihre anderslautende Auffassung, indem sie im Gegensatz zur Fraktion die Kolonialpolitik gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet hielt. Dieser offenen Kritik folgten weitere Proteste, die die kompromissbereite Haltung der Fraktionsmehrheit rügten. Die Mitgliedschaft Zürich verurteilte in einer Resolution die Kolonialpolitik als ein Manöver, um die Lösung der sozialen Frage zu verschleppen. Dieser Auffassung schlossen sich die übrigen Mitgliedschaften in der Schweiz an; auch die deutschen Exilsozialisten in Paris, London, Brüssel und Kopenhagen übten heftige Kritik. Der Entrüstungssturm griff selbst auf Teile der Sozialdemokratie in Deutschland über. Die Fraktion, in ihrer Autorität empfindlich getroffen, reagierte am 20. März 1885 mit einer Erklärung, die die Desavouierung durch das Parteiorgan tadelte und sich künftig solche Eigenmächtigkeiten verbat: «Nicht das Blatt ist es, welches die Haltung der Fraktion zu bestimmen, sondern die Fraktion ist es, welche die Haltung des Blattes zu kontrollieren hat.»¹³⁹ Diese Verlautbarung rief eine erneute Protestwelle gegen den Versuch hervor, «eine Art Ausnahmegesetz in unser inneres Parteileben einzuführen», wie ein Aufruf von Parteigenossen in Frankfurt a. M. formulierte. Darin wurde auch der Vorwurf zurückgewiesen, die Zürcher Genossen hätten ihre Protestresolution in Einzelabzügen in Deutschland verbreitet, um gegen die

Fraktionsbeschlüsse eine Art «Entrüstungsbewegung» herbeizuführen. Unbestritten aber war, dass die Mitgliedschaft der deutschen Sozialisten in Zürich zum harten Kern der Parteiorthodoxie gehörte.¹⁴⁰ In dieser Streitfrage hatten die deutschen Sozialisten im Ausland nicht nur ein konsequenteres, sondern auch das bessere Beurteilungsvermögen bewiesen. Die Fraktion hat die Vorlage bei der Abstimmung am 23. März 1885 im Reichstag schliesslich abgelehnt. Beim Meinungsumschwung ist die Fraktionsminderheit unter Bebel durch die Oppositionsbewegung erheblich gestärkt worden. Bebel gelang es überdies, den Zwist zwischen Fraktion und Redaktion mit einem für die letztere günstigen Ergebnis beizulegen, indem das Organ als der Gesamtpartei verpflichtet anerkannt wurde.¹⁴¹

Derartige Erfolge leisteten der Selbstüberschätzung innerhalb der Mitgliedschaft Vorschub. Als dann der Bundesrat am 18. April 1888 die Redaktion des «Sozialdemokrat» auswies, offenbarte sich erst, in welcher Abhängigkeit sie von diesem Exilkreis gestanden hatte. «Für die deutschen Sozialisten in der Schweiz», so umriss der Berliner Polizeipräsident v. Richthofen die neue Lage, «war die Ausweisung der Redaktion des ‚Sozialdemokrat‘ und dessen Übersiedelung nach London ein schwerer Schlag, weil sie damit ihren natürlichen Mittelpunkt und den Einfluss, welchen sie durch die nahen Beziehungen zu diesem Blatte indirekt auf die Bewegung in Deutschland ausgeübt hatten, verloren.»¹⁴²

In der Öffentlichkeit war die Organisation der Mitgliedschaften bis zum Wohlge-muth-Handel kaum in Erscheinung getreten. Durch den Konflikt mit Deutschland in Bedrängnis geraten, appellierte am 29. Juni 1889 der «Landesausschuss der deutschen Sozialisten der Schweiz» in einem Manifest «An unsere deutschen Partei- und Gesinnungsgenossen und an die Bevölkerung der Schweiz».¹⁴³ Die kurz zuvor von der Bundesversammlung beschlossene Wiederherstellung der Bundesanwaltschaft, die heftigen Angriffe in der deutschen Presse und die Verschlechterung der aussenpolitischen Lage hatten in der schweizerischen Bevölkerung den Unwillen über die ausländischen Sozialisten derart gesteigert, dass sich die Angegriffenen glaubten verteidigen zu müssen. Einleitend verwahrte sich die Proklamation dagegen, ihnen die anarchistischen Terrorakte anzulasten. Die Richtigstellung enthielt einen detailkundigen Rückblick über die verschiedenen Spitzelfälle und schob damit die Hauptschuld insbesondere den Machenschaften der preussischen Polizei zu. Die Kenntnisse des Landesausschusses entstammten den eigenen Erfahrungen, gelang es ihm doch, einige dieser Spitzel selbst zu entlarven. In der Wohnung von Karl Manz war der nach Zürich gelockte Agent Christian Haupt seines Handwerkes über führt worden. Von

den Zürcher Genossen sah sich der Polizeiagent Karl Schröder enttarnt: «Hier wohnt der Spitzel Schröder», stand in roter Farbe eines Sonntagmorgens an seiner Hauswand in Zürich-Seefeld. Der Schlüssel zu dieser erfolgreichen Spitzeljagd ist wohl in Berlin zu vermuten; denn im Büro des Chefs der politischen Polizei, dem der im Ausland arbeitende Agentenapparat unterstand, sass ein Vertrauensmann der Partei, der diese über die dortigen Vorgänge auf dem Laufenden hielt.¹⁴⁴ Wenn nun der «Landesausschuss» versuchte, die Lock- und Hetzspitzel als die wahren Unruhestifter hinzustellen, so mochte es einer derartigen Darstellung, wie Hansjörg Renk bemerkt, an Originalität fehlen.¹⁴⁵ Doch bildete diese Umkehrung der Argumente nur den Ausgangspunkt für eine Schlussfolgerung, die im Hinblick auf die schweizerische Leserschaft eine propagandistisch effektvolle Ausdeutung enthielt: Dass das Agentenunwesen von den Leuten um den «Sozialdemokrat» aufgedeckt worden sei, habe diesen den höchsten Zorn Deutschlands zugezogen. Ihm seien die im vergangenen Frühjahr ausgewiesenen Parteigenossen zum Opfer gefallen, so dass man habe glauben können, deutscherseits wäre jetzt nichts mehr gegen die Schweiz einzuwenden gewesen. Wenn nun gleichwohl der Mülhausener Polizeiinspektor Wohlgemuth als Agentenführer auf Schweizer Boden ertappt wurde, so war dem «Landesausschuss» zufolge der letzte Beweis dafür erbracht, dass der Angriff Deutschlands auf das schweizerische Asylrecht letztlich dem Lande selbst galt:

«Die Neutralität und die Selbstständigkeit der Schweiz liegen Deutschland im Magen. Die militärischen Operationen Italiens und Deutschlands in einem Kriege gegen Frankreich werden durch die zwischen beiden verbündeten Staaten liegende Schweiz gehindert. Dieses Hindernis soll beseitigt werden und zugleich der letzte und einzige Ort des demokratisch-republikanischen Prinzips der vereinigten Koalition des wieder neu aufstrebenden Selbstherrschertums zum Opfer fallen.»¹⁴⁶

Die Dreibundverträge und die mit ihnen verbundenen Geheimgespräche sind vollumfänglich erst nach dem Ersten Weltkrieg bekannt geworden. Die Gefahren, die aus ihnen der Schweiz möglicherweise hätten entstehen können, hat das Manifest dramatisiert, doch in der Tendenz richtig erkannt. Im italienischen Generalstab war die Schweiz damals tatsächlich für ein gegebenenfalls überwindbares Hindernis gehalten worden. Die Militärkonvention vom 28. Januar 1888 sah vor, dass die Italiener im Kriegsfall gegen Frankreich mit sechs Armeekorps und zwei Kavalleriedivisionen vom oberrheinischen Raum aus an der Seite der verbündeten deutschen Truppen zu kämpfen hätten. Während die Italiener unter Neutralitätsbruch einen Truppen-

durchmarsch durch die Schweiz befürworteten, lehnten die politischen und militärischen Führer Deutschlands diesen Plan als unzweckmässig ab und gaben dem Transport über den Brenner den Vorzug.¹⁴⁷

Die Frage, warum Bismarck den kleinen Nachbarn wegen der seit einem Jahr merklich ruhiger gewordenen Exilsozialisten derart bedrängte, beschäftigte auch die Schweizer Presse, und die Warnungen des «Landesausschusses» vor Deutschlands Absichten schürten einmal mehr das Misstrauen gegenüber des Kanzlers Politik.¹⁴⁸ Da nach der Übersiedlung des «Sozialdemokrat» nach London erwartet wurde, dass sich die deutschen Sozialisten in der Schweiz fortan ruhig verhielten, löste der «Landesausschuss» mit seiner Kundgebung betretene Überraschung aus. Der Bundesrat ordnete hierauf eine Untersuchung an, die über diese Vereinigung Klarheit verschaffen sollte.¹⁴⁹ Das Ergebnis fiel bescheiden aus: der Ausschuss umfasse nur vier Personen, je zwei Deutsche und Schweizer, dem insgesamt etwa 500 Mitglieder unterständen.¹⁵⁰ Der Aufruf enthüllte sich als Abgesang einer Organisation, die sich mit einem letzten Kampfzug aus dem politischen Schussfeld zurückzog. Ende 1889 waren nur noch Otto Lang – damals Statthalteradjunkt in Zürich – für die Verbindung unter den einzelnen Sektionen und Josef Belli für den Kontakt zur Parteileitung in Deutschland besorgt.¹⁵¹ Der letzte unter dem Sozialistengesetz angefertigte Polizeibericht war sogar überzeugt, dass sich der «Landesausschuss» freiwillig aufgelöst hatte. Schon vorher soll er insgeheim aus dem Statut alle Bestimmungen entfernt haben, die den organisatorischen Zusammenhang mit der Sozialdemokratie in Deutschland bewiesen hätten.¹⁵² Die Mitgliedschaften waren jedoch, wie die voreilige Polizeimeldung fälschlicherweise nahe legte, in ihrem Fortbestand keineswegs am Ende.

4. Aufstieg und Niedergang der «Landesorganisation der deutschen und österr.-ungar- ländischen Sozialdemokraten in der Schweiz»

Zu Beginn des Ausnahmegesetzes hatten 437'158 (7,5%) Reichstagswähler für die Sozialdemokratie votiert, im Jahr 1890 gewann sie hingegen 1'427'298 oder 19,7% der abgegebenen Stimmen. Hatten die deutschen Sozialisten in der Schweiz in vorderster Front auf diesen Sieg hingearbeitet, so war mit dem Fall des Sozialistengeset-

zes ihre ausserordentliche Mission erfüllt. Von jetzt ab bestimmte die Partei in Deutschland ihre Geschicke ohne die Hilfe von aussen. Soweit sich in der Sekundärliteratur überhaupt Hinweise auf das weitere Schicksal der hiesigen deutschen Mitgliedschaften und Arbeitervereine finden, wird die Entwicklung nach 1890 bis zur Integration in die Sozialdemokratische Partei der Schweiz als wenig bemerkenswerte Episode entweder übergangen oder nur flüchtig gestreift. Ernst Schenker begnügt sich mit der Feststellung, seitdem die Emigration hinfällig geworden sei, habe der Landesausschuss und mit ihm die ganze Bewegung an Aktualität eingebüsst: «die Zahl der Mitglieder nahm nicht mehr viel zu».¹⁵³ Bei Rudolf Schlüpfer ist zu erfahren, dass der Landesausschuss nach 1890 in seiner Bedeutung sank, während die Landesorganisation der internationalen Arbeitervereine sich von 1881 bis 1912 beträchtlich vergrössert habe.¹⁵⁴ Hatten hier zwei verschiedene Verbände nebeneinander existiert? Da der Landesausschuss für die deutsche Partei an Bedeutung verloren hatte, lag die Annahme nahe, das weitere Schicksal dieser Organisation ebenfalls gering einzuschätzen. Die Frage, ob diese Beurteilung zutrifft, lässt sich nur beantworten, wenn das letzte Blatt in der Geschichte der deutschen Arbeitervereine nicht einfach unterschlagen wird. War für die achtziger Jahre zu ihrem Innenleben nur schwer Zugang zu finden, so lässt sich nun durch in Vergessenheit geratene Quellenmaterialien die weitere Entwicklung im Einzelnen erhellen.¹⁵⁵

4. 1 Reorganisation und Sammlung

Nachdem das sozialistische Exil durch die veränderte Lage in Deutschland seinen Sinn verloren hatte, gerieten die Mitgliedschaften und Arbeitervereine in ein arges Dilemma. Eine Neuordnung ihres Aufgabenbereiches stiess auf erhebliche Schwierigkeiten. Die während Jahren einseitige Ausrichtung nach Deutschland hatte die Kluft zur schweizerischen Arbeiterpartei vertieft und ein Zurückgreifen auf die Formen der Kooperation vor 1880 erwies sich als unmöglich. Zwar war es noch einmal zu einem gemeinsamen Versuch gekommen, da die selbständige Landespartei der Schweizer nach der Trennung von den Deutschen ohne Erfolg geblieben war. Um die Zersplitterung zu überwinden und der sozialistischen Bewegung neuen Auftrieb zu geben, hatten sich nach dem Willen des Arbeitertages vom September 1883 in Zürich je zwei Delegierte des Grütlivereins, der Sozialdemokratischen Partei, des Gewerkschaftsbundes, der deutschen Arbeitervereine und der Mitgliedschaften zu

einem Aktionskomitee zusammengeschlossen.¹⁵⁶ Das Prinzip, die Landespolitik nur den Schweizern vorzubehalten, galt weiterhin; doch sollten in diesem Gremium Probleme von grundsätzlichem Klassencharakter gemeinsam angegangen werden. In der Folge gelang es dem Vorort Zürich nicht, eine gedeihliche Zusammenarbeit mit konkreten Ergebnissen zustande zu bringen. Wenige Jahre später kam es zu einer Wendung, die die Tendenz zur nationalen Abschliessung wieder verstärkte.

An Ostern 1887 wurde der Zweite Arbeiterbund gegründet. Er suchte möglichst alle auf die Förderung der Arbeitersache ausgerichteten Vereinigungen ungeachtet ihrer politischen oder religiösen Zugehörigkeit zusammenzufassen. Diese lockere Dachorganisation war die Voraussetzung, damit ein von der Eidgenossenschaft subventioniertes schweizerisches Arbeitersekretariat ins Leben gerufen werden konnte. Eine weitere Bedingung für die staatlichen Beihilfen verlangte, dass die Vereine in ihrer Mehrheit aus Schweizern zusammengesetzt sein müssten und dass bei Wahlen im Arbeiterbund allein Schweizerbürger stimmberechtigt seien. Vergeblich hatte sich der Gewerkschaftsbund, dem zahlreiche Deutsche angehörten, gegen diese Neugründung gestraubt.¹⁵⁷ Sie war auch von einer sozialistischen Minderheit um Albert Steck aus der Befürchtung bekämpft worden, der Arbeiterbund könnte mit seiner heterogenen Zusammensetzung ein Instrument zur Unterdrückung der sozialdemokratischen Richtung werden. Umso dringlicher wurde der Versuch, die sozialistische Landespartei zu neuem Leben erstehen zu lassen. Im Jahr 1887 war das Aktionskomitee des Arbeitertages von Zürich nach Bern verlegt worden, dessen Sekretär Albert Steck¹⁵⁸ die erforderliche Neuordnung energisch an die Hand nahm. Da unter den veränderten Umständen die Gemeinschaft zwischen Schweizern und Deutschen für die ersteren hinderlich geworden war, drängte Steck auf eine Aufhebung dieser Verbindung. Entsprechend seinen Vorschlägen beschloss die Delegiertenversammlung vom 21. Oktober 1888 in Bern, das «Aktionskomitee des schweizerischen Arbeitertages» aufzulösen. An dessen Stelle trat die wieder aktivierte «Sozialdemokratische Partei der Schweiz» (SPS), während die Trennungslinie zu den nichtschweizerischen Sozialisten im Ton zwar verbindlich, in der Sache aber eindeutig ausgezogen wurde:

«Die in der Schweiz wohnenden ausländischen Gesinnungsgenossen (welche laut Statuten der Partei nicht beitreten können) sind durch das Mittel der *gewerkschaftlichen Organisation* und bezüglichliche Bestimmungen des allgemeinen Gewerk-

schaftsprogrammes an den Bestrebungen der Partei zu interessiren, und es ist mit ihnen ein reger Verkehr, wie er der *Gesinnungsgemeinschaft* entspricht, zu unterhalten.»¹⁵⁹

Dessenungeachtet hielt Stecks Partei, deren demokratischer Sozialismus den Klassenkampf ablehnte und noch nicht marxistisch ausgerichtet war, von den Ausländern bewusst Distanz. Nur als nationale Partei bestand Aussicht, einmal auch den Grütliverein enger an sich zu binden. Konzessionen in Bezug auf die Eigenständigkeit hätten ihr den Ruf einer «Ausländerpartei» eingetragen, wodurch die Agitation innerhalb der schweizerischen Arbeiterschaft erheblich erschwert worden wäre. Eine klare Scheidung empfahl sich auch aus einem anderen Grund. Ohne sie wäre die politische Polizei, zu deren Schaffung Ausländer den Anlass gegeben hatten, unwillkürlich zu dem geworden, was von sozialistischer Seite nicht grundlos befürchtet wurde – zum Instrument der Bourgeoisie, wie Otto Lang warnte, «um den Fortgang der socialdemokratischen Bewegung zu hemmen und der socialdemokratischen Arbeiterschaft Hindernisse in den Weg zu legen».¹⁶⁰ Die Aufrechterhaltung ihres Ausschlusses aus der Partei traf die deutschen Sozialisten weitaus empfindlicher als die freiwillige Trennung von 1880, weil sie jetzt für ihre brachliegenden Kräfte wieder vermehrt in der Schweiz ein praktisches Betätigungsfeld zu erschliessen hofften. Immer von Neuem kam es zu Vorstössen, die Gleichberechtigung der Ausländer in der schweizerischen Partei zu erlangen, woraus sich zahlreiche Friktionen ergaben. Es sei ein Hohn, wurde etwa dem Oltener Parteikongress von 1891 vorgeworfen, der soeben die Aufnahme von Ausländern erneut abgelehnt hatte, bei solchen Verhältnissen ein Hoch auf die internationale Sozialdemokratie auszubringen. Mit einiger Erbitterung bemerkte ein Mitglied des Internationalen Arbeitervereins Basel:

«Allerdings, wenn bei Abstimmungen Zeddel zu vertreiben sind oder wenn aus Geldmangel gepumpt werden muss, so sind die Ausländer ganz gut dazu zu gebrauchen; aber als Mitglieder einer Schweiz. Partei hätten sie doch nur ihren odösen deutschen Dialekt zur Verfügung, was natürlich die Kundsame vertreiben könnte.»¹⁶¹

Bemerkenswerterweise gehörten zu den vehementen Verfechtern einer klaren Trennung Herman Greulich und Robert Seidel, die ja selbst einst aus Deutschland in die Schweiz eingewandert waren. Beide hatten als deutsche Reichsangehörige für die schweizerische Arbeiterbewegung gewirkt. Greulich erwarb erst im Jahr 1877 in Hirslanden¹⁶² und Seidel am 4. April 1880 in Witikon¹⁶³ das Bürgerrecht. Sie wuss-

ten am besten, wie schwierig es war, die zum Doktrinarismus neigenden ausländischen Genossen an Fragen der schweizerischen Politik zu beteiligen, deren Lösung die einheimischen Sozialdemokraten in erster Linie pragmatisch betrieben. Vor allem musste aber die SPS mit ihrem bescheidenen Mitgliederbestand fürchten, einem massiven Auftreten der deutschen Sozialisten zu erliegen. Als Redaktor der «Arbeiterstimme» hat Robert Seidel diesen Bedenken gegenüber den deutschen Genossen offen Ausdruck verliehen:

«Da nun in der *praktischen* schweizerischen Politik die Ausländer nicht theilnehmen, indem sie weder wählen, noch abstimmen können und da es zu lächerlichen und gefährlichen Ergebnissen führen müsste, *wenn die Ausländer die Politik der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei bestimmen würden*, so muss man die Ausländer von der *politischen schweizerischen Partei* eben fernhalten. In keinem Land hat es so viele Ausländer, als in der Schweiz und es gibt Städte, wie z.B. Zürich, wo die ausländischen Sozialdemokraten, wenn sie Zutritt in die *Schweizerische Sozialdemokratische Partei* hätten, diese einfach majorisiren könnten.

Dass dies ein geradezu unsinniger Zustand wäre, muss jeder Denkende einsehen. Es könnte geschehen, dass die Ausländer bei Wahlen und Abstimmungen Beschlüsse durchsetzten, zu deren Ausführung sich kein *Schweizer* fände. Das wäre doch der reinste Hohn und Spott für eine politische Partei. *Sie müsste unfehlbar daran zu Grunde gehen.*»¹⁶⁴

Den deutschen Arbeitervereinen und Mitgliedschaften blieb somit nichts anderes übrig, als neben der Zusammenarbeit auf gewerkschaftlicher Ebene den eigenen Aufgabenbereich weiterhin nach Deutschland auszurichten. Dort hatte sich die Partei unter Verwertung der im Exil gewonnenen Erfahrungen an die Reorganisation gemacht. Auf dem Hallenser Parteitag vom 12.-18. Oktober 1890 gab sich die «Sozialdemokratische Partei Deutschlands» (SPD) ein Organisationsstatut, das das Vertrauensmännersystem übernahm, wie es erstmals in der wohl von Bernstein mitentworfenen Organisationsform der zentralisierten Mitgliedschaften in der Schweiz vorgebildet worden war.¹⁶⁵ Im folgenden Jahr legte das in Erfurt im Oktober angenommene und von Kautsky geprägte Parteiprogramm den künftigen Kurs auf marxistischer Grundlage fest. Unter dem Eindruck der vorausstrebenden Arbeiterbewegung in Deutschland entschloss sich der bisher untätig gebliebene Landesausschuss zu einem Aufruf an die Mitgliedschaften und Vereine, sich am 17./18. Mai 1891 im

Hotel «Wartburg» in Olten zur Beratschlagung einzufinden. Die Beteiligung an dieser ersten Zusammenkunft nach dem Fall des Sozialistengesetzes übertraf diejenige früherer Landeskonferenzen. Wie vor 1890 dominierten die Mitgliedschaften, deren Vertreter aus Basel, Bern, Biel, Chur, La Chaux-de-Fonds, Neuchâtel, Le Locle, Lausanne, Luzern, St. Gallen, Schaffhausen, Winterthur und Zürich stammten. Von den deutschen Arbeitervereinen hatten lediglich Aarau, Baden, Basel, Genf, Uster und Zürich Delegierte entsandt. Von Frauenfeld, Vevey und Yverdon waren wenigstens Sympathieadressen eingegangen.¹⁶⁶ Die Städte boten als traditionelle Stützpunkte auch für diese Organisation die Basis; zugleich gibt die Aufstellung Zeugnis über das an einigen Orten bestehende Nebeneinander von Mitgliedschaften und Arbeitervereinen. 1881 hatten dem Landesausschuss 17 Sektionen mit 1'113 Personen angehört.¹⁶⁷ Überblickt man das ganze Jahrzehnt, so deuteten die 19 in Olten vertretenen Vereinigungen an, dass sich in diesem lockeren Verband eine Kräfteverschiebung anbahnte. Der gesamte Mitgliederbestand hatte zwar erheblich zugenommen; doch sind die Mitgliedschaften die relativ kleinen Gruppen der früheren Jahre geblieben, während die Arbeitervereine zum Teil bedeutenden Zuwachs zu verzeichnen hatten. Allein der Arbeiterbildungs-Verein «Eintracht» in Zürich zählte 1891 812 Mitglieder; er hatte während der Zeit des Sozialistengesetzes seinen Umfang vervierfachen können.¹⁶⁸ Das zahlenmässige Schwergewicht, und diese Tendenz sollte sich in den folgenden Jahren verstärken, lag eindeutig bei den Arbeitervereinen. Ursprünglich eine elitäre Sonderorganisation, mussten die Mitgliedschaften und der von ihnen getragene Landesausschuss zu den Arbeitervereinen ein engeres Verhältnis finden, wenn sie der drohenden Isolierung entgehen wollten.

Die Forderung von Karl Manz, die Organisation aufrecht zu erhalten, um jederzeit dem Einzelnen wie der deutschen Gesamtpartei materiell beistehen zu können, fand auf der Oltener Tagung Zustimmung. Doch reichte diese Zielsetzung für die Gewinnung der deutschen Arbeitervereine noch nicht aus. Diese hatten schon wiederholt Pläne erwogen, für sich allein etwa in Anlehnung an die 1875 aufgelöste Zentralisation einen Verband zu gründen, der den unmittelbaren Bedürfnissen des Arbeiters im Ausland besser entsprechen würde. Wenn solchen Separatbestrebungen künftig die Spitze abgebrochen werden sollte, musste man sich auf jenen Pflichtenkreis zurückbesinnen, der in seinen Grundzügen schon aus der vorangehenden Zentralisation bekannt war: Neuhinzugekommene galt es mit den demokratisch-republikanischen Staatseinrichtungen vertraut zu machen, die Agitation zur «geistigen Aufklärung»

sollte möglichst viele der in der Schweiz lebenden Deutschen für die Sache der Arbeiterbewegung gewinnen, und schliesslich waren neue Kräfte auszubilden, die hier ohne polizeiliche Pressionen herangezogen werden konnten und nach ihrer Rückkehr in den Dienst der SPD treten sollten. Aller Abgrenzungen ungeachtet, tritt in den führenden Persönlichkeiten dieses deutschen Verbandes die enge Verflechtung mit der schweizerischen Arbeiterbewegung besonders deutlich hervor. Der aus dem Badischen stammende Emil Beck (1848-1896) war schon mit 13 Jahren nach Zürich gekommen, erlernte hier das Schneiderhandwerk und setzte sich für die gewerkschaftliche Organisation ein. 1889 wurde er in die Reservekassekommission¹⁶⁹ und 1890 als Sekretär in das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes gewählt, wo er als Vermittler bei Lohn Verhandlungen, Streiken und zahlreichen anderen Konflikten die Hauptarbeit leistete.¹⁷⁰ Zu den an führender Stelle für den Gewerkschaftsbund tätigen deutschen Funktionären gehörte auch der Schneider Ludwig Witt, der von 1884 bis 1886 Präsident des Bundeskomitees war. Zusammen mit H. Krüger löste er 1893 Karl Manz und Otto Lang im Landesausschuss ab.¹⁷¹ Nachfolger Witts im Präsidium des Gewerkschaftsbundes war übrigens der bayerische Schriftsetzer Richard Fischer gewesen, der dann zusammen mit den Redakteuren und Administratoren des «Sozialdemokrat» ausgewiesen worden ist und später dem deutschen Parteivorstand und dem Reichstag angehört hat.¹⁷² Karl Manz, seit seiner Flucht aus Berlin in der Schweiz längst heimisch geworden, trat im November 1890 ins Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes ein. Während zehn Jahren stand er dem Grütliverein Zürich I vor und führte zwölf Jahre lang sogar das Präsidium der Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich.¹⁷³ Otto Lang, damals Bezirksanwalt, gehörte zur Zeit seiner Wiederwahl in den deutschen Landesausschuss bereits dem Zürcher Kantons- und Stadtrat an. In ihm begegnet man einem jener Schweizer, die wie Friedrich Schneider, Fritz Platten und Fritz Brupbacher – jeder auf seine Weise – durch den Verkehr im Kreis deutscher Sozialisten ideologisch geschult worden sind.

Otto Lang war der Verfasser des Parteiprogramms von 1904, das die schweizerische Sozialdemokratie unter Berücksichtigung der nationalen Gegebenheiten auf eine marxistische Grundhaltung verpflichtete.¹⁷⁴ Wenn Gridazzi feststellt, man wisse nicht, woher Lang den Anstoss zum Sozialismus erhalten habe, es bestehe jedoch weitgehende Übereinstimmung zwischen dessen Ansichten und den von Kautsky im Erfurter Programm verankerten Grundsätzen, so dass in Kautsky der eigentliche Lehrer Otto Langs zu erblicken sei, so trifft das letztere zu, ohne dass von Gridazzi

die vermittelnde Funktion der deutschen Sozialistenorganisation in der Schweiz erkannt worden ist. Denn gerade in diesem Verband musste Anfang der neunziger Jahre das in seinem theoretischen Teil von Kautsky geformte Erfurter Programm gegen eine – wie bald ersichtlich sein wird – rege linksrevolutionäre Opposition verteidigt werden, ein Konflikt, in dem Lang für den marxistischen Standpunkt im Sinne Kautskys Partei ergriff.¹⁷⁵

Zur propagandistischen Bearbeitung der deutschen Vereine wollten die Delegierten nun jene Mittel einsetzen, die durch die Verminderung der Flüchtlingshilfe freigeworden waren. Entsprechend dem Vorschlag von Emil Beck, dem langjährigen Kassier des Landesausschusses, sollten den kleineren Vereinen sozialistische Literatur, Flugschriften, Zeitungen und auch Redner unentgeltlich vermittelt werden, «damit das geistige Band der deutschen Arbeiter in der Schweiz unter dem Banner der Sozialdemokratie befestigt werde».¹⁷⁶ Kontrovers blieb hingegen die Frage, ob der engeren Zusammenarbeit beider Gruppen eine neue organisatorische Form zu geben sei. Der Delegierte des Deutschen Arbeitervereins Basel hatte gefordert, eine Zentralisation zu schaffen, in der sich die Vereine mit den Mitgliedschaften verschmelzen würden. Dieser Antrag wurde in Olten von der überwiegenden Mehrheit abgelehnt und stattdessen der Reorganisationsentwurf des Landesausschusses angenommen. Dieser zielte zwar ebenfalls auf ein engeres Zusammengehen beider Teile, wollte aber die Dualität bewusst aufrechterhalten wissen. Begründet wurde dies mit taktischen Überlegungen. Die Arbeitervereine hatten ihren eigenen Aufgabenkreis und sollten ihre auf Geselligkeit und Fürsorge gerichtete Wirksamkeit beibehalten; dass sie dies in sozialistischem Geiste taten, dafür wollten die Mitgliedschaften besorgt sein. Diese sollten weiterhin nur überzeugten Parteigenossen offenstehen, um den Charakter einer ideologischen Schulungsgruppe zu bewahren. Hinter der rationalen Argumentation verbarg sich die Befürchtung, den Einfluss im bisher ganz von ihnen beherrschten Landesausschuss an die zahlenmässig weitaus gewichtigeren Arbeitervereine zu verlieren. Die Oltener Konferenz von 1891 wies dem Landesausschuss, der sich weiterhin aus den bereits bewährten Mitgliedern Emil Beck, Otto Lang und Karl Manz zusammensetzte, neben den Informations- und Koordinationsaufgaben den Auftrag zu, die Propaganda zu intensivieren.¹⁷⁷ Berghoff-Ising zufolge wurde 1891 die «Organisation der deutschen Socialisten und der deutschen Vereine in der Schweiz» gegründet, dem ein gemeinsamer Bundesausschuss vorstand.¹⁷⁸ In den Protokollen und Jahresberichten ist dem «Bundesausschuss» nicht zu begegnen.

Bis zur Erweiterung von 1899 führte der immer noch lockere Zusammenschluss die Bezeichnung «Landesausschuss der deutschen Socialisten in der Schweiz». Seine höchste Instanz war die alle zwei oder drei Jahre tagende «Conferenz der deutschen sozialistischen Mitgliedschaften und der deutschen Arbeiter-Vereine in der Schweiz». Wie schon früher stellte die Mitgliedschaft Zürich den Vorort.¹⁷⁹ Auf die organisatorischen Aspekte wird anlässlich der Statutenrevision von 1904 näher eingegangen sein.

4. 2 Die Rebellion der «Jungen»

Zu einer kontinuierlichen Aufbauarbeit blieb dem reaktivierten Landesausschuss keine Zeit. Auch er wurde von der Aufbruchsbewegung mitgerissen, die quer durch alle Fronten verlief. Es war dies die Rebellion einer radikalen Jugend, die gegen die Autorität der Alten, gegen deren Begriffe von Moral, Politik und Gesellschaft anstürmte. Ihre Anfänge reichen in die achtziger Jahre zurück, als unter dem Bismarckschen Polizeidruck das republikanische Nachbarland weit über den Kreis der verfolgten Sozialisten hinaus wieder zur Stätte einer nach geistiger und politischer Gedankenfreiheit dürstenden Generation geworden war.

4. 2. 1 DIE AUFBRUCHSBEWEGUNG IN LITERATUR UND WISSENSCHAFT

Eine solche von der Jugend getragene Opposition hatte die Jungdeutsche Bewegung verkörpert, die auf literarischer Ebene in Börne, Gutzkow, Laube, Mundt, Wienbarg und – sie überragend – in Heinrich Heine ihre Wortführer fand.¹⁸⁰ Die Rebellion, die nun ein halbes Jahrhundert später begann, wandte sich gegen den falschen Glanz und Sittenkodex einer Gesellschaft, die in ihrem rücksichtslosen Prosperitätsstreben für andere Verelendung schuf, wobei sich die Moralbegriffe als doppelbödig erwiesen. In Berlin, wo die Not des Proletariats augenfällig in Erscheinung trat, aber auch in München erstanden dem Naturalismus seine ersten deutschen Verfechter. Obwohl für die Exponenten des «Jüngsten Deutschlands»¹⁸¹ die Schweiz selbst kaum mehr als Durchgangsstation gewesen ist, hat mancher Kündler der naturalistischen Weltanschauung hier als Gast entscheidende Eindrücke empfangen. Vielleicht noch mehr als das Land selbst trug hierzu die Begegnung mit Persönlichkeiten bei, die allen Konventionen zum Trotz unerschrocken auf dem Weg ihrer Überzeugung vorausgingen,

sei es auf dem Gebiet der Wissenschaft, sei es in Fragen sozialer Art, wie in der Befürwortung der Frauenemanzipation oder in der Bekämpfung des Alkoholismus.

Im April 1888, als sich die Gemüter eben über die Ausweisung des «Sozialdemokrat» erhitzten, war Gerhart Hauptmann für ein halbes Jahr nach Zürich gekommen.¹⁸² Die geheime Hauptstadt der deutschen Sozialdemokratie war, wie der Causseur Franz Blei ironisch bemerkte, alsbald kaum mehr als ein marxistisches Provinzstädtchen.¹⁸³ Doch über der vermeintlichen Stille ist in Vergessenheit geraten, wie sich bei einer jüngeren Generation und nicht bei der zum oppositionellen Establishment gehörenden sozialistischen Exilprominenz eine geistige und gesellschaftliche Revolution anbahnte, die in Zürich zunächst abseits in intellektuell-künstlerischen Zirkeln nach neuem Selbstverständnis rang. Wenn Erich Mühsam mit Blick auf Berlin schrieb, in den Tagen des jungen Naturalismus seien sich die revolutionärliterarischen und die revolutionär-politischen Tendenzen der Zeit bis zum Verschmelzen nahegekommen, so war es doch gerade Zürich, das dieses Zusammentreffen noch vor dem Aufblühen der Friedrichshagener Künstlerkolonie begünstigt hat.¹⁸⁴ Dass die Schweiz trotz polizeilicher Eingriffe liberaler war als das benachbarte Ausland, bot nicht allein dem politischen Freigeist Anreiz zum hiesigen Studienaufenthalt. Die Universität Zürich, die bereits 1864 mit Maria A. Kniaschnina erstmalig einer Frau die Immatrikulation gewährt hatte, galt in Europa schrittmachend für das Frauenstudium. Das Eidgenössische Polytechnikum öffnete sich 1871, Genf im Jahr darauf, Bern 1873 und Lausanne 1876 bzw. 1886 den Studentinnen, während Basel erst 1890 einer Frau den Zutritt gewährte.¹⁸⁵ Bis zum Ersten Weltkrieg bestand die überwiegende Mehrheit der Studentinnen aus Ausländerinnen, vorab aus Russinnen.¹⁸⁶ Von diesen hielten sich die auf ihren Ruf bedachten deutschen Studentinnen fern, die zumeist ohne politische Motivation nach akademischer Gleichberechtigung strebten. Da in Deutschland erst 1908 das Frauenstudium für alle Hochschulen eingeführt wurde, wandten sich dessen Studentinnen mit Vorliebe den schweizerischen Hochschulen zu. Die Fürther Pfarrerstochter Emilie Lehmus und Franziska Tiburtius aus Pommern, die 1875 und 1876 in Zürich ihr Medizinstudium abgeschlossen hatten, waren Berlins erste praktizierende Ärztinnen gewesen.¹⁸⁷ 1887 nun riefen deutsche Studentinnen den ersten Studentinnenverein an der Zürcher Universität ins Leben. Franz Blei – diesem Freigeist waren die Mädchen offensichtlich zu spröde – hat sie im Ton jener Studenten der Erinnerung überliefert, die ihre Kommilitoninnen in dünnem Vorurteil «Petroleusen» oder «Grenadiere» nannten: «Sie waren alle was man hässlich nennt und ihre Chancen, mit dem nichts als Weiblichen durchs

Leben zu kommen, höchst gering und gar nicht verlockend. Die sechs bildeten einen Verein, lauter tüchtige Frauenspersonen, die nicht nach rechts und links, sondern nur in ihre Kollegienhefte und auf ihr anatomisches Präparat schauten.»¹⁸⁸ Weder die unglückliche, mit Elias Tomarkin befreundete Clara Neumann, die sich nach wenigen Semestern das Leben nahm, noch Anna Eysoldt, damals einem armen polnischen Sozialisten in aussichtsloser Liebe verbunden, noch die liebenswürdige und hochbegabte Agnes Bluhm oder die – wie selbst Blei zugeben musste – «immer mit grosser Delikatesse» gekleidete Ricarda Huch, die zeitweilig den Studentinnenverein präsidierte, passen in dieses Bild der sturen Streberin.¹⁸⁹ Dass nur ein besonderer Leistungswille das gesellschaftliche Vorurteil brechen konnte, verstand sich von selbst; dabei haben diese mutigen Studentinnen der Frauenemanzipation in Deutschland unschätzbare Dienste erwiesen, auch wenn sie nicht wie Käthe Schirmacher später einen politischen Kampf für die Frauenbewegung geführt haben.¹⁹⁰

Was die gesellschaftskritische Studentenschaft während Gerhart Hauptmanns Zürcher Zeit fesselte, waren die Vorlesungen über politische Ökonomie, die der Tiroler Nationalökonom Julius Platter am Polytechnikum hielt.¹⁹¹ Der Empiriokritizismus von Richard Avenarius war zu so breiter Resonanz nicht geeignet; umso mehr fühlte sich der kleine Kreis, der sich um den Philosophieprofessor gruppierte, als auserwählte Jüngerschar. Zu den abendlichen Kolloquien, für die der Gelehrte zweimal wöchentlich in sein Haus einlud, fanden sich Carl Hauptmann¹⁹², einige Male sein Bruder Gerhart, Ilse Frapan, Carl Weitbrecht und später mit den Jüngeren Franz Blei ein.¹⁹³ Der Empiriokritizismus zog auch die nach neuen Wegen suchenden jungen Intellektuellen vorübergehend in seinen Bann, sei es, weil sie ihn dem Marxismus nahestehend glaubten oder weil sie hofften, den Gegensatz zwischen Idealismus und Materialismus auf einer dritten höheren Ebene überwinden zu können. Die Verneinung einer von der Erfahrung unabhängigen objektiven Realität der Materie bedeutete jedoch einen fundamentalen Angriff gegen den dialektischen Materialismus. Auf die Bekämpfung der Lehren von Avenarius und Ernst March hat bekanntlich Lenin 1908 sein philosophisches Hauptwerk gerichtet. Darin wird auch mit Franz Blei abgerechnet, der alle ökonomischen Theorien, da diese von einem gesicherten Anfangswert ausgingen, als unkritisch verworfen hatte.¹⁹⁴ Die überragende Persönlichkeit, die vor allem unter den jungen Naturwissenschaftlern durch ein vorbehaltloses Eintreten für die eigenen Überzeugungen grosse Ausstrahlungskraft besass, war jedoch August Forel. Sein aufsehenerregendes Kolleg über den Hypnotismus, der den Blick in das Dunkel verborgener Kräfte öffnete, fand im Wintersemester

1887/88 statt.¹⁹⁵ So traf sich an den Hochschulen Zürichs, besonders unter den Ausländern, eine ungeduldige, mit den heimatlichen Verhältnissen unzufriedene Jugend, einig im Willen, eine sozial gerechtere Ordnung herbeizuführen, einig, auch in der Opposition gegen das egoistische Wohlstandsstreben eines satten Bürgertums, doch noch unklar in Bezug auf Weg und Ziel künftiger Umgestaltung. Der eigentliche Gedankenaustausch fand im intimeren Kreis fröhlicher Geselligkeit statt, und persönliche Freundschaften bildeten eine lockere Verstreubung zwischen den einzelnen Gruppen dieser literarischen, naturwissenschaftlichen und politischen Avantgarde.

Die Jahre 1887/88 heben sich als erster Höhepunkt von der folgenden Zeit ab. Im Juni 1887 rief Karl Henckell zum Zusammenschluss der Gleichgesinnten in einem «Ulrich Huttenbund» auf. Der Gesellschaft, die sich selbst «Das junge Deutschland» nannte, war zwar an der Universität kein Erfolg beschieden; doch ihr Programm, Kampf für Wahrheit und freies, modernes Menschentum, hätte als Leitspruch für die gesamte, an Individualitäten reiche Aufbruchsbewegung gelten können.¹⁹⁶ Der Bruder des Lyrikers, Gustav Henckell, hatte 1885 in Lenzburg mit Gemüse- und Obstpflanzungen begonnen und begründete zusammen mit Gustav Zeiler, ebenfalls einem Deutschen, die Konservenfabrik Lenzburg.¹⁹⁷ Seit Herbst 1872 lebte die Familie Wedekind auf Schloss Lenzburg; zuvor hatte sie beim Kaufmann Henckell in Hannover zu Miete gewohnt, verliess aber Deutschland, weil es Vater Wedekind, einen nach Nordamerika ausgewanderten Achtundvierziger, im Kaiserreich nicht mehr litt.¹⁹⁸ Karl Henckell hat Frank Wedekind in Lenzburg mit der neuen Literaturrichtung vertrauter gemacht, deren Sprecherin in München Michael Georg Conrads Wochenschrift «Die Gesellschaft» war.¹⁹⁹ Wedekind, der in Aarau die Kantonschule durchlaufen und in Lausanne und München studiert hatte, betätigte sich nach dem Bruch mit dem Elternhaus von November 1886 bis Juli 1887 als Leiter des Reklame- und Pressebüros der Suppenwürzefabrik Kempthal.²⁰⁰ Bis zur endgültigen Studienaufgabe im Herbst 1888 und seiner Übersiedlung nach Lenzburg, dann nach Berlin, verkehrte er in jenem Dichterkreis, der sich jeweils am Freitagabend an der Freien Strasse in Carl Hauptmanns Wohnung zur Lesung aus eigenen Arbeiten, zum Pläneschmieden und zu heiterer Geselligkeit einfand: unter ihnen John Henry Mackay, der Schriftsteller Wilhelm Bölsche, der baltische Lyriker Maurice Reinhold von Stern, Peter Hille, natürlich Karl Henckell und Gerhart Hauptmann, der bei seinem Bruder Unterkunft gefunden hatte.

Zu ihnen zog es verwandte Geister aus den Reihen der Naturwissenschaftler, zu-

meist Mediziner. Alfred Ploetz, der nach Nordamerika gegangen war, um eine Kolonie nordischer Elemente auf sozialistischer Lebensgrundlage zu errichten, konzentrierte nach dem Scheitern der Freilandgesellschaft «Pazifik» seine Studien in Zürich auf die Eugenik. Der Schüler Forels hat dann als Herausgeber des «Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie» (1904) sowie als Initiator der «Gesellschaft für Rassenhygiene» (1905) die Lehre von der «Rassenhygiene» in Deutschland aufgebracht und war dort ein Wegbereiter der Rassenideologie.²⁰¹ Auch der Mediziner Ferdinand Simon, der spätere Schwiegersohn von August Bebel, und Agnes Bluhm, die auf dem Gebiet der Vererbungslehre eine bekannte Wissenschaftlerin wurde, gehörten zum Freundeskreis der Gebrüder Hauptmann. Einige von ihnen kannten sich aus der Breslauer Studienzeit, das Ploetz, Simon wie auch Heinz Lux ihrer sozialistischen Sympathien wegen hatten verlassen müssen. Für die Naturwissenschaftler bot insbesondere das Physiologische Institut an der Rämistrasse unter dem Darmstädter Justus Gaule Anregung zur kritischen Lebensforschung, die in ihrem Interesse für die organisierte Materie auch aus dem Kreis um Avenarius Denkanstösse erhielt.²⁰²

Der starke Wechsel unter den deutschen Studierenden brachte 1889 merkliche Veränderungen. Wedekind und die Brüder Hauptmann hatten die Limmatstadt verlassen. In den Blickpunkt rückte jetzt die Friedrichshagener Künstlerkolonie, vor allem nachdem Hauptmanns soziales Drama «Vor Sonnenaufgang» im Herbst 1889 in Berlin uraufgeführt worden war. In Zürich war es herangereift und machte den Alkoholismus zum existentiellen Problem, dem die dortige Abstinenzbewegung den Kampf angesagt hatte. Damit erschloss Hauptmann dem Naturalismus die aufrüttelnde Wirkung der Bühne. Das Bewusstsein, unmittelbaren Anteil an den Erfolgen der literarischen Revolution zu haben, löste unter den am Zürichsee Zurückgebliebenen die suchende Ungewissheit des *status nascendi* ab. Wer erst jetzt neu zu diesem Kreis hinzustiess, knüpfte bereits an eine Tradition an, die von Alfred Ploetz oder dem alsbald in St. Gallen praktizierenden Ferdinand Simon repräsentiert wurde; in Ploetz konnten jüngere Kommilitonen das Urbild des Alfred Loth bewundern, während Simon Gerhart Hauptmann zur Figur des Dr. Schimmelpfennig, dem Arzt im Geiste Forels, inspiriert haben soll.²⁰³ Unter den Jüngeren begann eine radikalere Tonart den Mangel an Ursprünglichkeit wettzumachen. Für die nächtlichen Zusammenkünfte bot der «Schwertkeller» an der Gemüsebrücke den bevorzugten Treffpunkt.²⁰⁴ Studentische Ausgelassenheit und Trinkfreudigkeit verbanden sich hier mit einer schon akzentuierteren sozialkämpferischen Grundstimmung: neben Bölsche, Henckell und Tomarkin, dessen Roman «Der rote Heinrich» nie ganz ver-

öffentlich worden ist, traf man hier den Dichter Otto Erich Hartleben,²⁰⁵ den jungen Wiener Sozialisten Franz Blei oder den gemütsgefährdeten Donald Wedekind. Die gesellige Runde erweiterten russische Studenten sowie Schweizer, unter ihnen gelegentlich Fritz Marti.²⁰⁶ Abends traf man sich etwa auch im Konzert in der alten Tonhalle oder bei den Abendunterhaltungen der russisch-polnischen Kolonie, die meistens in der Platte stattfanden und an denen auch Deutsche und Schweizer teilnahmen, so auch Otto Lang oder Heinz Lux, der dann im Berliner Literaturklub «Die Kommenden» zum Förderer der künstlerischen Avantgarde wurde.²⁰⁷ Gesprächstoff lieferte die seit Januar 1890 in Berlin erscheinende Wochenschrift «Freie Bühne für modernes Leben», die den Kampf gegen Konvention und lügnerischen Schein zu ihrem Programm erhoben hatte;²⁰⁸ über Hauptmann, Arno Holz oder Johannes Schlaf ereiferte man sich hier ebenso wie über die grossen Wegbereiter Dostojewski, Ibsen und Zola. Obwohl Nietzsche den Sozialismus als «den phantastischen jüngeren Bruder des fast abgelebten Despotismus» verabscheute, faszinierte er durch seine Philosophie vom neuen Menschentypus, frei von Bindungen an Religion und Moral, gegründet im übersteigerten autonomen Ich.²⁰⁹

4. 2. 2 DIE SEZESSION DER «UNABHÄNGIGEN»

Erst vor diesem Hintergrund wird die jugendliche Gegenbewegung verständlich, mit der sich die deutsche Sozialdemokratie auseinanderzusetzen hatte, sobald der Druck des Ausnahmegesetzes nachliess. Die Parteimehrheit beeilte sich, diese Opposition als Ausfluss einer bedeutungslosen – wie Friedrich Engels schrieb – «Literaten- und Studentenrevolute» abzutun.²¹⁰ Auf der anderen Seite bemühte sich in Hans Müller ein Wortführer der derart Beiseitegeschobenen, die Opposition als den revolutionären Kern der Partei darzustellen und ihr unter Berufung auf frühere Regungen des innerparteilichen Widerspruchs gleichsam durch Tradition Legitimität zu verschaffen.²¹¹ Beide Auslegungen sind Zweckdeutungen. Die Oppositionsbewegung von 1890 hat jüngere und andere Wurzeln, als dass Müllers Vergleich mit dem einstigen Aufbegehren gegen die Dominanz der «Züricher Clique» um den «Sozialdemokrat» überzeugen könnte.²¹² Andererseits wurde bei der Unterdrückung von kompromissfeindlichen Jungsozialisten bewusst übergangen, dass ein durchaus in der Sache begründeter Konflikt Ursache dieses Zwistes war. Seine wenig bekannten Anfänge sind auch mit Zürich verknüpft. Aus den Statuten allein wäre kaum zu erahnen, dass sich in dem am 22. September 1888 gegründeten «Verein deutschredender Studiren-

der», der für die Studenten deutscher Muttersprache an beiden Hochschulen Zürichs ein geselliger Mittelpunkt sein wollte, mehr und mehr sozialrevolutionäre Idealisten zusammenfanden. Die Satzungen bestimmten eingangs ausdrücklich, dass der Verein keine politische und religiöse Tendenzen verfolge.²¹³ Entstanden war er aus Protest gegen die Intoleranz und nationalistische Kurzsichtigkeit der «Gesellschaft deutscher Studirender in Zürich», die den Chemiestudenten Moritz Steude zum Austritt veranlasst hatte, «weil er mit dem bekannten sozialdemokratischen Agitator, Herrn E. Krüger (Bellevue Oberstrass) freundschaftlichen Verkehr pflegte & pflegen wollte».²¹⁴ Nur durch den Ausschluss von sozialdemokratischen Agitatoren, so rechtfertigte sich die patriotische Vereinigung, sei «unser nationales Prinzip vor Gefährdung und Unterwühlung» zu schützen und der gute Ruf bei Professoren, Kommilitonen und nichtakademischen Freunden zu erhalten.²¹⁵ Deutlicher war nicht mehr zu manifestieren, dass auch unter den deutschen Studenten «national» und «sozial» zu unvereinbaren Gegensätzen geworden waren. Bemerkenswert ist der Personenkreis, der sich allen Anfeindungen zum Trotz zu jener Neugründung zusammenfand. Mit Steude bildeten Hans Müller und Otto Wullschleger den Vorstand. Vor allem Hans Müller, der einer wohlhabenden Familie aus Mecklenburg entstammte und mit dem Vater wegen seiner politischen Überzeugungen zerfallen war, gehörte zu den glühendsten Eiferern unter diesen Jungsozialisten. Langhaarig, mittelmässig rasiert, einige auffallende, helle Kravatten, grosse Heckerhüte und Pelzbaretts, begeisterte Schwärmer und Prophetengesichter, Märtyreraugen und Fanatikerprofile, so kennzeichnet Käthe Schirmacher die nihilistisch-anarchistische Hörerschaft, zu der neben russischen und polnischen auch einige deutsche Studenten gehörten und die in den Vorlesungen über Staatsrecht und Kulturgeschichte besonders zahlreich anzutreffen waren.²¹⁶ Ein ähnliches Bild hat sich Ricarda Huch geboten, als sie – durch Hans Müller überredet – Platters Kolleg über die Theorien des wissenschaftlichen Sozialismus besuchte.²¹⁷ Zu diesem Kreis der deutschen Jungsozialisten gehörten Gustav Hoch, später Redakteur an der Frankfurter «Volksstimme», Reichstagsabgeordneter und Arbeitersekretär in Hanau, sowie Paul Kampffmeyer, der mit Müller sein Studium im Frühjahr 1889 in Genf fortsetzte und im nächsten Jahr zu den Exponenten der Parteiopposition in Deutschland zählen sollte.²¹⁸ Waren die wöchentlichen Kneipabende im Hotel Bellevue im Quartier Oberstrass mehr Anlass zur internen Vereinspflege unter den akademischen Mitgliedern, so ermöglichte der Verkehr in der «Eintracht» den unmittelbaren Kontakt zur Arbeiterschaft. An den dortigen Diskussionsabenden übernahmen neben Lang Studenten wie Gustav Hoch die Beantwor-



Carl Hauptmann (1858–1921)



Karl Henckell (1864–1929)



Frank Wedekind (1864–1918)



Ricarda Huch (1864–1947)

Deutsche Schriftsteller, die die Aufbruchsbewegung des Naturalismus in ihren Anfängen in der Schweiz erlebten.



Zürcher Studentinnen, Karikatur von 1894.

tung von Wissensfragen; die Referenten Paul Kampffmeyer und Hans Müller versuchten mit Themen wie «Die gesellschaftlichen Grundlagen der Moral» zur kämpferischen Einstellung gegenüber den Gesellschaftsinstitutionen anzuspornen.²¹⁹ Der Lyriker Leopold Jacobi, mit Henckell eng befreundet, wurde in der «Eintracht» als einer der «wohlwollendsten Gönner» hochgeachtet.²²⁰

Eine weitere Verbindung zu einem verwandten Gesinnungskreis stellten landsmannschaftliche Bande her. Als Karlsruher war Moritz Steude mit dem Badener Anton Fendrich, dem späteren Redaktor an der Braunschweiger «Volksstimme» und Romanschriftsteller, sowie mit der aus Offenburg stammenden Maria Lehmann bekannt geworden. Diese Medizinstudentin bildete den lockenden Anziehungspunkt in einem Zirkel, der sich in der alkoholfreien Kaffeeklappe der Frau Künzi an der Spiegelgasse traf: die sozialistisch gesinnte Avantgarde der Abstinenzbewegung.²²¹ August Forel, der 1887 den 2. internationalen Kongress gegen den Alkoholismus in Zürich organisiert hatte, wurde allgemein für den Gründer des später «Alkoholgegnerbund» bezeichneten Vereins gehalten²²²; doch hat der ihm verbundene, hier schon aus dem Vorhergehenden bekannte Personenkreis schliesslich aus eigener Initiative gehandelt. Forel selbst schreibt:

«Am 22. Januar 1890 wurde ich von Herrn Plötz mit der Mitteilung von der Gründung eines Abstinenzvereins überrascht, von der wir seit einem Jahr gesprochen hatten, die wir aber noch für verfrüht hielten. Er hatte dies mit ein paar jungen Leuten, unter andern Herrn Henckell (Dichter), Herrn Luchs und dem Sozialisten Otto Lang bewerkstelligt, ohne es mir vorher zu melden, und hatte einen Aufruf vorbereitet. Der Verein sollte international werden und ‚Internationaler Verein zur Bekämpfung des Alkoholgenusses‘ heissen.»²²³

Im «Alkoholgegnerbund» hatten sich von allen erwähnten Gruppen Vertreter für kürzere oder längere Zeit vereinigt: von den Medizinern Gaule, Plötz, Simon sowie Maria Lehmann, vom Künstler- und Literatenkreis Henckell, Heinz Lux, Stern und als «zugewandter Ort» Franz Blei, vom sozialistischen Studentenverein Hinrichsen, Hoch und Steude; ebenso gehörten ihm der Kieler Charles Bock, Ingenieur bei Escher Wyss, sowie damals als einer der wenigen Schweizer Otto Lang an.²²⁴ Sozialist sein, bedeutete von der bürgerlichen Gesellschaft verfeimt und geächtet zu werden;²²⁵ nur noch Milch, Kaffee und andere nicht alkoholische Getränke zu konsumieren, trug zusätzlichen Spott aus dem eigenen Genossenkreis ein.²²⁶ Hinrichsen

und Hoch haben sich durch Vorträge in Deutschland für die Verbreitung des Abstinenzgedankens auch unter der dortigen Arbeiterschaft eingesetzt.²²⁷

Bei den Jungsozialisten um Hans Müller stiess das Anwachsen der Sozialdemokratie zur Massenpartei auf grösste Bedenken, denen sie in heftiger Kritik Ausdruck gaben. Seit 1878 hatte die Partei nahezu eine Million Stimmen hinzugewonnen.²²⁸ Die Parteiführung wie die allermeisten Mitglieder erblickten in diesen Erfolgen die Bestätigung dafür, dass die Nutzung der legalen Mittel den sichersten Weg zur sozialistischen Gesellschaftsordnung wies. Alle Kräfte wurden daher auf den Ausbau der Organisation gerichtet, die Beteiligung an den Wahlschlachten zielte auf weiteren Stimmengewinn, und der dabei errungene Erfolg sollte bei der Reformarbeit im Parlament in politischen Einfluss umgesetzt werden. Da nach Kautskys Axiom die Revolution nicht manipulierbar war, konnte die SPD – wie sie dies im Erfurter Programm theoretisch untermauert hat – als revolutionäre Partei auftreten und sich in der Praxis gleichwohl mehr und mehr von jedem Revoluzzertum entfernen. Die oppositionellen Jungsozialisten hingegen hielten Theorien, mochten sie sich noch so revolutionär geben, für unglaublich, solange solche Programme die von ihnen bekämpfte reformistische Praxis nicht unterbanden. In ihren Augen war die Sozialdemokratie nur noch eine halbproletarische Bewegung, die jetzt Gefahr lief, «in eine völlig kleinbürgerliche zu versumpfen».²²⁹

Die Durchführung der Maifeier bot den äusseren Anlass, an dem sich der Konflikt entzündete. Auf dem internationalen Sozialistenkongress in Paris vom 14. Juli 1889, der zur Gründung der II. Internationale geführt hatte, waren die Arbeiter aller Länder aufgerufen worden, am 1. Mai 1890 für den Achtstundentag und für die internationale Klassensolidarität zu demonstrieren. Die Reichstagsfraktion zeigte sich nach dem Wahlsieg aus innenpolitischen Bedenken gegenüber der Achtstundenbewegung unentschlossen und über das Vorprellen einiger Berliner Sozialisten verstimmt, die ohne Befragung der Parteileitung zur Arbeitsniederlegung aufgerufen hatten. Die Auseinandersetzung um die Vorbereitung des 1. Mai gab der Opposition Auftrieb, die dem Parteiestablishment «Korruption» durch kleinbürgerliche Einflüsse vorwarf.²³⁰ Dabei trat zutage, dass dem sachlich begründeten Meinungsstreit zugleich ein Generationenkonflikt innewohnte, hielten doch die «Jungen»²³¹ langbewährte Parteiführer wie Wilhelm Liebknecht in ihrer ursprünglich revolutionären Kraft für gebrochen, während jene ihr Lebenswerk durch die Opposition der Zerstörung ausgesetzt glaubten. Die «Berliner Volkstribüne» unter Max Schippel, die in Dresden erscheinende «Sächsische Arbeiterzeitung» sowie die Magdeburger «Volksstimme»

öffneten ihre Spalten der Kritik, indem sie die Autoritätsgläubigkeit unter den Arbeitern angriff und von der Reichstagsfraktion statt der praktischen Mitarbeit im Parlament eine vom Klassenkampf bestimmte rücksichtslose Konfrontationspolitik verlangte. Die Magdeburger «Volksstimme» erschien erstmals am 1. Juli 1890. Zu ihrem Redaktor wurde durch die Vermittlung Schippels Hans Müller berufen. Dieser schlug seinerseits seinen Freund Paul Kampffmeyer – der damals in Genf studierte – als Mitredaktor vor, so dass die beiden Gründungsmitglieder des Zürcher Studentenvereins mit einem Mal in vorderster Reihe der linken Parteioption in Deutschland standen. Doch gelang es der Parteiführung bald, diese Kritiker fürs erste ausser Gefecht zu setzen. Schon Mitte August sahen sich Müller und Kampffmeyer desavouiert und zum Rücktritt gezwungen, nachdem Bebel persönlich zu der den Zwist beurteilenden Parteiversammlung in Magdeburg erschienen war.²³² Bruno Wille, Max Baginsky, Wilhelm Werner und Karl Wildberger, die in Berlin die Sprecher der «Jungen» waren, erlitten in der Parteiversammlung vom 25. August gegenüber der von Bebel und Singer vertretenen Reichstagsfraktion eine vernichtende Niederlage.²³³ Auf dem Parteitag zu Halle schien das Schicksal der «Jungen» besiegelt zu sein.

Im folgenden Jahr entzündete sich die Kontroverse erneut an der Maifeier und an dem von Georg von Vollmar verfochtenen Reformismus. Anstelle der Orientierung an den starren Formen theoretischer Grundsätze wollte Vollmar vermehrtes Gewicht auf einen situationsbedingten Pragmatismus legen, um auf unmittelbare Verbesserungen für die Arbeiterklasse hinzuwirken. Wiederum bildete neben Berlin Magdeburg einen Hauptstützpunkt der Opposition, wo an der «Volksstimme» der ebenfalls aus der Schweizer Zeit bekannte Heinz Lux Müllers Nachfolger als Redaktor geworden war.²³⁴ Wie Bernstein schreibt, stand in Berlin zeitweilig fast die ganze «innere Bewegung» hinter der revolutionären Linken.²³⁵ Auf dem Erfurter Parteitag wurden Werner, Wildberger, Baginsky und Otto Lamprecht, denen man Verleumdung und anarchistische Tendenzen vorwarf, aus der Partei ausgeschlossen. Der Austritt weiterer Oppositioneller führte am 8. November 1891 zur Gründung des «Vereins unabhängiger Sozialisten».²³⁶ Eine Woche später, am 15. November, begann der «Sozialist, Organ der unabhängigen Sozialisten», zu erscheinen. Davon ausgehend, dass sich mit dem Fortschreiten der bürgerlichen Gesellschaft die Klassenunterschiede erweitern und der Klassenkampf umso heftiger entbrennt, brandmarkten die «Unabhängigen» die Auffassung als Verrat, mit Hilfe des Parlamentarismus könne die Sozialisierung der verschiedenen Klassen herbeigeführt werden.²³⁷ Wichtiger als die

anderthalb Millionen Wähler war ihnen, wieder eine revolutionäre Partei zu schaffen. Als befreiende Tat propagierte daher Hans Müller, die 36 sozialdemokratischen Mandate sofort niederzulegen. Dadurch hätten Ersatzwahlen mit der Absicht provoziert werden sollen, diese zum Entscheid für oder wider die bestehende Gesellschaftsordnung umzufunktionieren.²³⁸

Seitdem Hans Müller im September 1890 nach dem ersten Scheitern der radikalen Jungsozialisten in Deutschland erneut in Zürich Wohnsitz genommen hatte, begann sich die Opposition vermehrt wieder von der Schweiz aus bemerkbar zu machen. Zu ihren rühmlichsten Köpfen zählten Müllers frühere Studienkameraden wie Moritz Steude, aus Deutschland emigrierte Gesinnungsgenossen – unter ihnen vorübergehend Gustav Landauer – oder Personen, die aus der Distanz zur Vereinfachung neigend – ähnlich wie einst die Mitläufer der Mostschen Bewegung – die gewaltsame Konfrontation für die rascheste und wirksamste Lösung des Klassenkonfliktes hielten. Einen ersten Erfolg erzielte Müller am 31. Oktober 1891 auf einer Versammlung deutscher Sozialisten Zürichs; sie nahm mit knapper Mehrheit seine Resolution an, in der der Ausschluss der Opposition durch den Erfurter Parteitag missbilligt wurde:

«Die Sozialdemokraten in Zürich wollen das Recht der freien Meinungsäußerung ohne Einschränkung jedem Genossen gewahrt wissen und sind daher mit dem Ausschluss der Opposition nicht einverstanden. Sie erklären, dass sie die Ausgeschlossenen wie Ausgeschiedenen, so lange sie auf dem Boden der revolutionären Sozialdemokratie stehen, als Genossen betrachten und behandeln wollen.»²³⁹

Müller selbst war allerdings der Mitgliedschaft deutscher Sozialisten in Zürich nicht beigetreten, obwohl er bei ihnen wie in der «Eintracht» für seine Auffassungen Anhänger warb. Sein Gesinnungskreis schloss sich unter seinem Vorsitz im Mai 1892 zum «Internationalen Club sozialistischer Studenten» zusammen, als dessen Schriftführer Franz Blei waltete.²⁴⁰ Dass bis zur Affäre Müller-Kautsky trotz der divergierenden Ansichten in Bezug auf die Taktik im Vereins- und Gewerkschaftsleben sowie in politischen Fragen grösste Einmütigkeit geherrscht habe, war nichts anderes als die nachträglich vorgebrachte Zweckbehauptung der «Unabhängigen».²⁴¹ Obwohl es 1891 noch nicht zur Scheidung wie in Deutschland kam, machte das stärkere Hervortreten der Splittergruppen – seit April 1892 erschien «Die Freie Gesellschaft», eine Monatsschrift mit anarchistischem Einschlag²⁴² – eine Klärung unvermeidlich.

Die Parteiorthodoxie hoffte, mit der Autorität eines Kautsky die unbequeme Opposition in Zürich zum Schweigen zu bringen. Am 21. Juli 1892 legten Karl Kautsky und Eduard Bernstein in der «Eintracht» die Errungenschaften des Erfurter Programms dar. In seinem Vortrag griff Kautsky die Gegner auf dem linken Flügel nicht offen an; doch liefen seine Ausführungen, in denen unter anderem der radikalere Standpunkt des neuen Programms durch den Vergleich mit jenem von Gotha hervorgehoben wurde, auf eine Widerlegung der Opposition hinaus. Müller seinerseits brachte die bekannten Auffassungen zum Ausdruck, die Partei sei unter kleinbürgerlichem Einfluss versumpft. Zum Beweis, dass der Glaube an den Staatssozialismus immer noch nicht aus der Partei verschwunden sei, berief er sich auf eine Rede von Wilhelm Liebknecht zum Unfallversicherungsgesetz, die mehr als zehn Jahre zurücklag und jetzt – derart aus dem Zusammenhang gerissen – wie eine Verunglimpfung des in der Partei so hoch verehrten Genossen wirkte.²⁴³ Die Angriffe auf Liebknecht liessen die Erregung im Saal auf Siedehitze steigen. «Müller ist ein Verleumder» rief Kautsky, und der derart Zurechtgewiesene, der nicht mehr zu Worte kam, sann auf Rechtfertigung. Nachdem Bernstein seine Rede beendet hatte, begab sich Müller zu Kautsky und verlangte von diesem, in der Wochenschrift «Die neue Zeit» ein Schreiben zu veröffentlichen, in dem dann die Zitate aus Liebknechts Rede genau belegt sein würden. Kautsky erwiderte abweisend: «Ich werde tun, was mir beliebt», worauf Müller mit einer Ohrfeige antwortete.²⁴⁴

Dieser Skandal wurde für die Mitgliedschaft der deutschen Sozialisten zum letzten Anstoss, Müller die Teilnahme an den von ihr veranstalteten öffentlichen Versammlungen zu verbieten. Ein Ausschluss konnte über dieses Nichtmitglied nicht verfügt werden. Noch im Juli schritten die Oppositionellen ihrerseits zur Gründung einer separaten Organisation. Der «Verein unabhängiger Sozialisten Zürich», dessen Organ der in Berlin herausgegebene «Sozialist» war, brachte es bis zum November auf über 50 Mitglieder.²⁴⁵ Trotz der Spaltung wurden auch dieser neuen Vereinigung die Räume in der «Eintracht» für ihre Versammlungen zur Benutzung freigegeben.²⁴⁶ Zu einem weiteren Eklat kam es, als eine Grossveranstaltung mit August Bebel im Kasino Aussersihl vom 29. Dezember, zu der sich gegen 1'200 Personen einfanden, von den «Unabhängigen» empfindlich gestört und zur eigenen Propaganda benutzt wurde. Um was es diesen ging, rief Max Baginsky, der aus Berlin hierher gewechselt Agitator, in die unruhige Versammlung:

«Wir Unabhängigem wollen den *Klassenkampf*; uns genügt nicht die blosse Theorie vom revolutionären Sozialismus, welche man auf irgendeinem Parteitag aufstellt, dann aber gleich dem heiligen Rock zu Trier in einem Glasspind verschliesst und nur dann und wann einen Zipfel hervorholt, um im Parlament damit Graus zu machen. Wir wollen die Praxis der Revolution.»²⁴⁷

Der Aufstand jugendlicher Ungeduld gegen die von den «Alten» befolgte realitätengebundene Politik der kleinen Schritte endete auch bei dieser Konfrontation in beiderseitigem Unverständnis. Die Argumentation bewegte sich im rein emotionalen Bereich (so etwa die Warnung des empörten Herman Greulich: «Herr Baginsky, hüten Sie sich, einmal mit Ihren Stänkereien zu uns Schweizer Sozialdemokraten zu kommen, sonst. . .»). Allerdings hatte Bebel, dem von Gustav Landauer Mattheit und Lahmheit in der Rede vorgeworfen worden war, eine wunde Stelle seiner jugendlichen Kritiker getroffen:

«Hier», in der Schweiz, «haben die Herren ein grosses Wort, weil sie sich sicher wissen. Ich habe aber während meiner Herreise wohl erwägen müssen, was ich hier sagen wollte, denn morgen gehe ich wieder hinaus und bin draussen verantwortlich für das, was ich hier gesprochen habe. Sie, Herr Landauer, haben da freilich keine Bedenken zu hegen. Das sind die Leute, die beim ersten Pressprozess feige aus Deutschland weglaufen und nun hier die Schuhe an uns abputzen wollen. Es ist skandalös! Wir sind für unsere Überzeugung eingetreten.»²⁴⁸

In ihren Anfängen muss die Oppositionsbewegung getrennt von den anarchistischen Strömungen beurteilt werden.²⁴⁹ Nach der Auslegung von Müller nahm ihr Programm auf die Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes kaum Bezug. Die Frage des Generalstreiks blieb bei ihm unerörtert. Die Niederlegung der 36 sozialdemokratischen Reichstagsmandate hätte die Partei von den nicht-revolutionären und kleinbürgerlichen Anhängern trennen sollen; doch hielt Müller die Rückkehr ins Parlament nach erfolgreichen Ersatzwahlen durchaus für möglich, allerdings nur, um dann eine konsequente Obstruktionspolitik zu verfolgen. Da aber die Fraktion bis dahin im Reichstag noch keiner einzigen Gesetzesnovelle zugestimmt hatte, fehlte es an zwingender Logik, weshalb mit Müllers Taktik im Parlament ein ungleich wirkungsvolleres Resultat zu erzielen wäre. Der Mangel an Gedankenklarheit, der den Unabhängigen zum Vorwurf gemacht wurde, entsprang der Abneigung gegen theoretische Programmkonzeptionen. Der Appell, die Beseitigung der bestehenden Ord-

nung mit kämpferischer Konsequenz durchzusetzen, zielte dort auf Erfolg, wo der Aufstieg zur grössten Massenpartei ein gefühlsbedingtes Unbehagen ausgelöst hatte. Das Drängen nach revolutionärer Praxis ohne Kompromisse, sprach aus dem Zweckparagrafen, den die «Unabhängigen» an die Spitze ihrer Vereinsstatuten gesetzt hatten:

«Der Verein stellt sich die Aufgabe, die Grundsätze des proletarischen Sozialismus (Expropriation der Produktionsmittel: Fabriken, Maschinen, Überführung von Grund und Boden aus dem Privatbesitz in die Hände der Gesamtheit) in die Arbeitermassen zu tragen, und geht von dem Grundsatz aus, dass die Ziele desselben immer durch die revolutionäre Erhebung des Proletariates durchzusetzen sind.»²⁵⁰

Wenn die Oppositionellen von einer Auffassung ausgingen, die Kautskys Marxismusverständnis diametral entgegengesetzt war, hiess dies noch nicht – wie ihre Gegner behaupteten –, dass sie den Boden des Marxismus verlassen hatten. Zumindest war es ungerechtfertigt, sie als Anarchisten zu diskreditieren, weil sie dem im Determinismus begründeten Abwarten die Forderung zu handeln entgegensetzten. Doch je weiter sich der extrem linke Flügel von der Partei entfernte, desto mehr geriet er unter den Einfluss jener Kräfte, denen nicht Marx, sondern Bakunin und Kropotkin wegweisend waren.

Die «Unabhängigen» begingen den gleichen taktischen Irrtum, den schon die Sezession unter Most begangen hatte. Solange die äusserste Linke innerhalb der Partei verblieben war, fand sie mit ihrer Forderung nach einem konsequent revolutionären Kurs zahlreiche Sympathisanten, die jedoch niemals ernsthaft dazu bereit waren, die sozialdemokratischen Organisationen zu verlassen. Für eine selbständige Bewegung, die marxistisch sein, aber links von der SPD stehen wollte, fehlte es am notwendigen Profilierungsspielraum. Die Trennung von der Partei warf daher die «Unabhängigen» wieder in das Ghetto der dem Massenproletariat suspekten «Literaten- und Studentenrevolte» zurück. Die einzelnen Phasen des Zerfalls und das Vordringen anarchistischer Strömungen sind in der Anarchismusstudie von Ulrich Linse klar herausgearbeitet worden.²⁵¹

In der Schweiz hat die Sezession der «Jungen» dem eben wiederbelebten deutschen Landesverband eine erneute Belastungsprobe gebracht. Auch dieses Mal erwiesen sich die Auslandsvereine für radikale Tendenzen besonders zugänglich. Die Mehrheit lehnte allerdings die Oppositionellen ab und warf ihnen vor, zusammen

mit den Anarchisten die Geschäfte der Gegner und der Polizei zu besorgen. Dulde man sie weiter unter sich, so laufe man bei einer Rückkehr nach Deutschland Gefahr, infolge eines schon erlassenen Steckbriefes aufgegriffen zu werden.²⁵² Ausschlüsse und demonstrative Treuegelöbnisse zur Sozialdemokratie auf der einen, Austritte oder gar Separatgründungen auf der anderen Seite waren die Begleiterscheinungen der heftigen Kontroversen. In Zürich stiess die «Eintracht» 1893 insgesamt 42 Unabhängige aus dem Verein aus.²⁵³ Der dortige Vorstand des «österreichisch-ungarischen Arbeiterbildungsvereins» hingegen schlug sich ganz auf die Seite der «Jungen».²⁵⁴ Auch in den Vereinen Basel, Bern und Schaffhausen machte sich eine starke Opposition bemerkbar.²⁵⁵ Mit der Begründung, die Meinungsfreiheit wieder zu erlangen und «etwas mehr prinzipielle Agitation in sozialrevolutionärem Sinne zu entfalten», schlossen sich in Luzern einige Deutsche mit Schweizern zu einem «Verein der unabhängigen Sozialisten» zusammen.²⁵⁶ Um ihnen im Streit mit dem «Allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnenverein» – die Bezeichnung «deutsch» verschwand aus den Vereinsnamen immer mehr – den Rücken zu stärken, wurden Max Baginsky und Gustav Landauer aus Zürich nach Luzern zu Hilfe gerufen, die Entstehung und Berechtigung der Opposition in einem Disputationsgespräch zu verteidigen.²⁵⁷ Traditionsgemäss neigten die Vereine im Welschland am stärksten den Oppositionellen zu. Der Genfer Verein soll nach Müller fast ganz mit den Unabhängigen sympathisiert haben, die in Vevey und Lausanne eine ebenfalls beachtliche Anhängerenschaft besaßen.²⁵⁸ Der Schritt zur organisatorischen Selbständigkeit schwächte auch bei den Auslandsvereinen ihren Einfluss.

Den abschliessenden Trennungsstrich hat der internationale Arbeiterkongress gezogen, der vom 6. bis 12. August 1893 in Zürich tagte. Die deutsche Sektion, der sowohl die Delegierten der Unabhängigen wie diejenigen der Auslandsvereine unterstellt worden waren, hatte noch am 6. August die wichtigsten Mandate der Unabhängigen für ungültig erklärt.²⁵⁹ Gegen diesen Beschluss rief Landauer die Entscheidung des Kongresses an. Dabei gelang es ihm, im Plenum eine Debatte über den Inhalt des Begriffs «politische Aktion» auszulösen, die er ablehnte, weil er darin eine verklausulierte Zustimmung zum Parlamentarismus argwöhnte. Der Kongress nahm jedoch den von der SPD gestellten Antrag an, der Kampf gegen Klassenherrschaft und Ausbeutung sei ein politischer und habe die Eroberung der politischen Macht zum Zweck; Voraussetzung für die Zugehörigkeit zur «internationalen revolutionären Sozialdemokratie» sei das Bekenntnis zu diesem Grundsatz.²⁶⁰ Der Richtungs-

streit mündete in einen gewaltsamen Hinauswurf der Missliebigen aus der Kongressversammlung. Seit dem Krawall von 1871 hatte die Tonhalle keine derart turbulente Szenerie mehr erlebt. Delegierte und Journalisten erklimmen Stühle und Tische, unter ohrenbetäubendem Lärm wurden die Unabhängigen zur Tür hinausgedrängt, Stockhiebe sausten auf ihre Köpfe nieder: «Draussen entwickelt sich eine Schlägerei, wobei die Unabhängigen empfangene Prügel heimzahlen. Dabei wird der Delegirte Grimpe, Redakteur in Elberfeld, an der Stirne verwundet. Auch ein Schweizer Genosse erhielt eine unbedeutende Kopfwunde.»²⁶¹

Damit war das Tuch zwischen den Parteien endgültig durchschnitten. Wenige Tage später, vom 10. bis 13. August, verschmolzen sich auf der «Internationalen Konferenz der revolutionären Sozialisten und Anarchisten», die den «Plattengarten» zum Tagungsort wählte, die beiden Outsidergruppen fast bis zur Identität.²⁶² Der «Verein der unabhängigen Sozialisten», von dem schon im Juni 1893 jene Mitglieder abgesprungen waren, die sich nur als «revolutionäre Sozialdemokraten im alten Sinne» verstanden, hat sich offiziell am 14. April 1894 aufgelöst.²⁶³ Was übrig geblieben war, verflüchtigte oder sammelte sich in anarchistischen Randgruppen.

Gleichwohl ist die Bewegung der «Jungen» auch in der Schweiz nicht ohne Auswirkungen geblieben. Auf dem antiautoritären Gegenkongress in der «Platte» sind von deutschen Anarchisten, in deren Lager Landauer nun ganz eingeschwenkt war, die Thesen übernommen und verfochten worden, die bis zum Kriegsausbruch in den Auslandsvereinen zu den brennendsten Diskussionsthemen gehören: jeder Streik sei unabhängig vom Erfolg das beste Mittel, die Arbeitermassen zu revolutionieren. Die Maifeier galt als Vorübung zum Generalstreik, der nur dann einen Sinn habe, wenn er als die unmittelbare Vorstufe zum Beginn der sozialen Revolution verstanden werde. Den 1. Mai auch als Kundgebung zur Erhaltung des internationalen Friedens zu verstehen, war auf dem Zürcher Arbeiterkongress erörtert worden; doch die Forderung des Holländers Domela Nieuwenhuis, jeden Krieg mit dem Generalstreik zu beantworten, fand nur bei den Unabhängigen zufolge ihres Antimilitarismus einmütige Zustimmung.²⁶⁴ Die Agitation für die verstärkte Bereitschaft zum Streik nahm innerhalb der deutschen Vereine zu und wurde von hier aus in den Gewerkschaften aktiviert. Im Ergebnis hat der Konflikt mit den «Jungen» zur Verschärfung der klassenkämpferischen Stimmung geführt. Einige Oppositionelle sind in späteren Jahren zu einflussreicher Wirksamkeit gelangt.

Auf seinem Weg vom Unabhängigen zum Anarchisten hat Gustav Landauer seit Ende 1892 entscheidende Monate in Zürich verbracht.²⁶⁵ Während er mit der Hin-

wendung zum Anarchismus unter den noch verbliebenen Sezessionisten als Redaktor des Berliner «Sozialist» eine Schlüsselrolle spielte, trat Hans Müller zusehends in den Hintergrund. Müller, über dem ein Ausweisungsverfahren schwebte²⁶⁶, hat wie auch der frühere Kampfgefährte und Individualist Franz Blei an dem von Landauer miteinberufenen Gegenkongress nicht mehr teilgenommen.²⁶⁷ Die Wege haben sich hier verzweigt, und Müller begann, sich der Genossenschaftsbewegung zuzuwenden. Seit 1897 leistete er als Sekretär des Verbandes Schweizerischer Konsumvereine Pionierarbeit auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens, das damals seinen grossen Aufschwung nahm. Ja, der in Basel Eingebürgerte brachte es sogar zum Titularprofessor an der Universität Zürich, wo er über Wirtschafts- und Sozialpolitik las.²⁶⁸ Er hat sich in der Folge dem Standpunkt Vollmars angenähert, statt der Revolution unmittelbare Verbesserungen durch Sozialreformen anzustreben. Aus dieser Sicht hat Müller 1898 ein Urteil über die gescheiterte Bewegung abgegeben, die den ideologischen Aspekt dieses Konfliktes noch einmal beleuchtet, wobei er aus dem Scheitern dieses Experiments zugleich für die Untauglichkeit des Marxschen Systems den Beweis erbracht glaubte:

«Nachdem die Konstituierung der ‚Jungen‘ zur Partei der unabhängigen Socialisten erfolgt war, musste es deren Aufgabe sein, eine sociale Politik zu inauguriere[n], die der strengen, marxistischen Theorie konform war. Denn an dieser Theorie wurde festgehalten; die unabhängigen Socialisten bekannten sich, wie die Socialdemokraten, zu der Lehre, dass die Staatsgewalt erobert und mit ihr dann die socialistische Gesellschaft aufgerichtet werden müsse. Was sollte man thun, um möglich schnell an dies Ziel zu gelangen? Wollte man nicht den Weg des Parlamentarismus betreten, so blieb nichts anderes übrig, als die Revolution anzustreben. Aber dies Mittel musste bei einiger Überlegung erst recht aussichtslos erscheinen. Die paar Leute, die theoretisch zur Postulierung einer revolutionären Taktik gelangt waren, hätten nicht einmal ausgereicht, um einen kleinen Putsch zu inscenieren. Man musste sich also in Wirklichkeit darauf beschränken, im ‚Socialist‘ durch ‚principielle‘ Artikel die Köpfe ‚aufzuklären‘, womit man dann, weil man sich mit diesem Beginnen ganz ausserhalb der praktisch-politischen Bewegung stellte, natürlich nicht das mindeste ausrichtete, keinen Hund vom Ofen lockte. Die Folge war die Auflösung der kleinen Partei der unabhängigen Socialisten. Ein Teil ihrer Anhänger zog sich ratlos zurück, ein anderer schwenkte ins anarchistische Lager ab.»²⁶⁹

Dass der Staat der Ausdruck der gesellschaftlichen Machtverhältnisse war, anerkannte auch Müller, die Folgerung aber, der Staat habe die neue Produktionsweise einzurichten, verwarf er, weil das Proletariat sich als zu schwach erwiesen habe, der Bourgeoisie die Herrschaft des Staates zu entreissen. Angeregt von den Erfolgen der englischen Genossenschaftsbewegung gelangte Müller zu einer von Staat und Parteien unabhängigen Lösung der Sozialreform, indem er die Konsumgenossenschaften als Ausdruck der solidarischen Konsumenteninteressen, in denen sich die Klassegegensätze aufheben sollten, zur Basis der sozialistischen Gesellschaft machen wollte. Die Aussage, Müller habe sich «bald zu einem reformistischen Sozialdemokraten gewandelt»²⁷⁰ trifft nur die eine Seite. Indem er sich über die parteipolitische Ebene stellte, wies sein Kurs eine Affinität zu den früheren Gesinnungsgefährten und jetzigen Anarchisten auf, die sich aus der Kehrtwendung zum Reformismus allein kaum erklären lässt. Seit 1895 anerkannte der Berliner «Sozialist» neben dem Streik zunehmend auch die Produktivgenossenschaften als ein wichtiges Kampfmittel, um den Kapitalismus zu zerschlagen. Die Erfolge Müllers in der Schweiz wurden von Landauers Gesinnungskreis mit grossen Sympathien verfolgt:

«Ein Teil der deutschen Anarchisten, nachdem er längst sich von allem Staatssozialismus und aller Zwangsautorität frei gemacht hat, ist dazu gekommen, die freie Gruppenorganisation der Zukunft auf dem Wege der Konsum-Produktivgenossenschaft vorbereiten zu wollen. Es ist bemerkenswert und darf im ‚Sozialist‘ nicht unerwähnt bleiben, dass Sozialdemokraten der Schweiz, wo bekanntlich mehr als irgendwo anders bisher Neigung zum Staatssozialismus und zur Demokratie geherrscht hat, einen umgekehrten Entwicklungsgang zu nehmen scheinen. Auf dem Umweg über die Genossenschaft kommen sie dazu, sich gegen die Staatseinmischung und den Zentralismus, für die freiere Initiative und freiere Gruppierung auszusprechen. Es ist gar nicht ausgeschlossen, dass für diese Sozialdemokraten die Genossenschaft die erste Stufe auf dem Wege zum Anarchismus bedeutet.»²⁷¹

Dass Müllers Weg, die Gesellschaft durch die Organisierung der Konsuminteressen zu revolutionieren, zu einer Überwindung der Gegensätze zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten werde, war eine der Selbstbestätigung dienende Fehldeutung.²⁷² Die tiefgreifendsten Veränderungen durch die Aufbruchsbewegung der «Jungen» hat nicht die Sozialdemokratie, sondern der deutsche Anarchismus erfahren. Nach

1890 waren es vornehmlich italienische Anarchisten, die mit ihrem terroristischen Aktivismus die Schweiz beunruhigten. Die Ermordung der Kaiserin Elisabeth 1898 in Genf durch Luigi Lucceni zeitigte die schockierende Erkenntnis, dass die Schweiz nicht nur zur Verbreitung der «Propaganda der Tat», sondern auch zu deren Durchführung missbraucht wurde. Vom terroristischen Anarchismus hatten sich der Individual-Anarchismus in der Ausformung des Stirnertums, der soziale Anarchismus Gustav Landauers, später der Anarcho-Kommunismus in der Ausdeutung Erich Mühsams oder der Anarcho-Syndikalismus weit entfernt. Die einzelnen Richtungen des deutschen Anarchismus, die noch in der 1964 erschienenen Studie von James Joli als irrelevant übergangen worden sind, haben inzwischen durch die jüngste Anarchismusdiskussion die überfällige Beachtung gefunden.²⁷³

Ähnlich wie die Parteigenossen im Ausland in der deutschen Sozialdemokratie nach 1890 zu Mitgliedern zweiter Klasse herabsanken,²⁷⁴ büssten auch die anarchistischen Exilgruppen in den neunziger Jahren ihre Bedeutung für die Gesinnungsgruppen in Deutschland ein. Der organisatorische Mittelpunkt verlagerte sich nach Berlin, während die Gruppen im Ausland vor allem eine finanzielle Hilfe leisten sollten. Wilhelm Klinks «Deutsche Föderation Revolutionärer Arbeiter», die seit 1903 unter dem Namen «Anarchistische Föderation Deutschlands» auftrat, betrachtete die Schweiz lediglich als ein Absatzgebiet für ihr Organ «Der Freie Arbeiter». Sympathisanten besaß sie in den grenznahen Schweizerstädten, wobei Gustav Lübeck und Max Vöckler in Zürich ihre rührigsten Anhänger waren.²⁷⁵ Während sich diese Föderation in ihrer nationalen Konzeption auf das Reichsgebiet konzentrierte, versuchte der 1908 von Landauer initiierte «Sozialistische Bund», noch einmal auf ein den gesamten deutschsprachigen Raum erschliessendes Organisationsmodell zurückzugreifen, wobei Berlin, Wien und Bern die Hauptzentren abgeben sollten. Die Partnerschaft kam jedoch nur mit der Schweiz zustande, die zunächst auf der Freundschaft Landauers mit Margarete Faas-Hardegger beruhte und nach der Abkühlung dieser persönlichen Bande die Schweizer Gruppen in ein einflussloses Annexverhältnis zurückfallen liess.²⁷⁶ Als Kopfblatt der Berliner Zeitung erschien «Der Sozialist» mit dem Untertitel «Herausgegeben von revolutionären Kreisen der Schweiz» vom 15. Januar 1909 bis 15. Juni 1913 in Bern.²⁷⁷ Seine Stützpunkte bildeten die Gruppen «Hammer»-Bern, «Freiheit»-Zürich und «Aufbau»-Luzern, denen nicht nur deutsche Mitglieder angehörten, und die in ihren Verbindungen mit anderen Einzelgruppen hier nicht weiter zu verfolgen sind.²⁷⁸ Sie führen vor allem nach Ascona, das von deutschen Lebensreformern als idyllische Stätte der Nonkon-

formisten entdeckt worden war und im ersten Jahrzehnt des zwanzigsten Jahrhunderts mehr und mehr zum Anziehungspunkt von Bohème und Intelligenz wurde – eine kleine internationale Kolonie im Protest gegen die industrielle Erwerbsgesellschaft. Für kürzer oder länger gehörten ihr Erich Mühsam und Johannes Nohl an, die in München den «Tat-Kreis» mitbegründet hatten; von diesem anarchistischen Zirkel von Künstlern und Studenten fanden sich auch der Schriftsteller Friedrich Klein und der Maler Georg Schrimpf, vom «Kampf»-Kreis um Johannes Holzmann, Otto Buek und Werner Karfunkelstein in Ascona ein.²⁷⁹ Raphael Friedeberg, der als Propagandist einer Verschmelzung des Syndikalismus und Anarchismus einige Bedeutung erlangte, führte dort eine Zeitlang ein Sanatorium.²⁸⁰ Landauer hingegen, der während der neunziger Jahre mit der Zürcher Gruppe um Alfred Sanftleben zusammenarbeitete²⁸¹, sich aber im Gegensatz zu Mühsam mit den Auffassungen Fritz Brupbachers²⁸² nicht verstand, begeisterte sich mehr für die Bergwelt des Berner Oberlandes.²⁸³ Von Mühsams «Tat-Kreis» liefen durch den Zeichner Ernst Frick und den Maler Robert Scheidegger Verbindungen nach Zürich, wo beide zusammen mit Matthias Malaschitz die Anarchistengruppe um den «Weckruf» initiierten.²⁸⁴

In dieses geistes- wie personengeschichtlich erschliessbare Beziehungsgeflecht ist die freidenkerische Richtung miteinzubeziehen, zu der der 1903 in die Schweiz geflüchtete Robert Heymann zählte.²⁸⁵ Dass sich die Abgrenzung im Ausland nicht gleich konsequent wie in Deutschland durchführen liess, zeigte sich auch bei den anarchistischen Randgruppen.

Anstatt eine scharfe Trennung zu verfechten, verblieben die hiesigen Sympathisanten des «Sozialist» oft innerhalb der sozialdemokratischen Arbeitervereine. Vergeblich versuchte Mühsam in Luzern der Gruppe «Aufbau» das Paradoxe dieser Doppelmitgliedschaft klar zu machen.²⁸⁶ Nicht wenige dieser sogenannten Anarchisten waren jenem sozialrevolutionären Zwischenraum zuzuordnen, in dem sich der radikale Flügel der bestehenden Auslandsvereine bewegte, ohne sich verselbständigen zu wollen. Zu Beginn seines Erscheinens waren vom «Sozialist» 2'000 Exemplare in die Schweiz gegangen; vier Monate später, im Mai 1909, ebenso im November waren es 1'500, im September 1910 nur noch 500 Nummern, die über den Rhein gelangten.²⁸⁷ Landauer, der die Revolution in die Ferne rückte, konnte mit seiner anspruchsvollen Schreibweise die Erwartungen der Ungeduldigen nicht erfüllen. Umso eher entsprach hier der in den romanischen Ländern beheimatete revolutionäre Syndikalismus dem Drängen zur «direkten Aktion», zum Streik oder gar zur Sabotage.

4. 3. Die Vereinigung mit den österreichisch-ungarischen Sozialisten

Die deutschen Mitgliedschaften und Vereine hatten sich auf ihrer Landeskonferenz vom 5. bis 7. August 1893 in Zürich mehrheitlich gegen die Spaltungsversuche der Unabhängigen und Anarchisten ausgesprochen. Ausserdem setzte es der Landesausschuss mit Unterstützung Zürichs durch, dass mit Robert Seidels «Arbeiterstimme» gebrochen und stattdessen der «Vorwärts» in Basel zum offiziellen Publikationsorgan bestimmt wurde.²⁸⁸ Der damals in Bern studierende Peter Heinrich Schmidt, im Verband die hoffnungsvolle Nachwuchskraft der orthodoxen Führung, fasste die Quintessenz der an das Blatt gerichteten Vorwürfe in die Worte:

«Die ‚Arbeiterstimme« ignoriert aber nicht allein die deutschen Vereine, sie handelt auch bewusst gegen deren Interessen. Der Grundsatz, der in der ‚Arbeiterstimme« vertreten wird: Kein Schweizer soll in einen deutschen Verein eintreten, ist nicht durch eine politische oder wirtschaftliche Notwendigkeit oder auch nur Zweckmässigkeit geboten; er ist diktiert durch eine Abneigung gegen die deutschen Vereine.»²⁸⁹

Dem Organ wurde angelastet, im Streit mit den Oppositionellen eine zweideutige Rolle zu spielen. Der Unmut war nicht unbegründet. In der Tat verhielt sich Robert Seidel, wie schon aus dem Vorhergehenden offenbar wurde²⁹⁰, gegenüber seinen früheren Landsleuten betont reserviert. Überdies war seine laue Distanzierung von den Unabhängigen alles andere als eine Solidarisierung mit dem Landesausschuss. Da dieser den offiziellen Standpunkt der deutschen Partei und ihrer überragenden Mehrheit vertrat, konnte er es nicht verstehen, dass ihm die «Arbeiterstimme» in der Auseinandersetzung mit der Opposition die internationale Solidarität mit dem Argument verweigerte, die Schweizer hätten sich nicht in die Konflikte der deutschen Genossen einzumischen. Diese Spannungen wiederum hingen eng mit dem Richtungsstreit unter den schweizerischen Sozialdemokraten zusammen, der in Zürich zwischen den Anhängern des damals radikaleren Seidel und jenen Greulichs ausgefochten wurde. Obwohl Seidel, der gegen die bisherige politische und ökonomische Interessenvermengung mit den Demokraten auftrat, den antiparlamentarischen Unabhängigen nicht gleichzusetzen war, argwöhnte der Landesausschuss in Seidels Opposition eine den «Jungen» analoge Bewegung, zumal diese ihn unterstützten. Schon aus taktischen Gründen musste der Neubürger Seidel, sollten seine Bemühungen um die Emanzipation der schweizerischen Partei glaubhaft sein, auf eine klare nationale Scheidung besonderen Wert legen. Diese Notwendigkeit hinderte aber

nicht, dass die Sezessionisten in seinem politischen Kalkül eine nützliche Funktion erfüllten. Dem Zusammenspiel der auf einen radikaleren Kurs drängenden Kräfte fiel in erster Linie das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes zum Opfer, dessen vorsichtige Taktik ihnen schon lange ein Stein des Anstosses war. Hüppys Darstellung, die mit den deutschen Unabhängigen verwandte Richtung habe sich der Leitung des Gewerkschaftsbundes bemächtigt, ist mit dem Argument widersprochen worden, der Konflikt habe mit den Unabhängigen nicht das geringste zu tun gehabt. In das neue Bundeskomitee sei nicht ein einziges Mitglied gekommen, das als Parteigänger der deutschen Unabhängigen anzusprechen wäre.²⁹¹ In der Tat sass kein Unabhängiger im neuen Bundeskomitee; doch der Richtungswechsel im Gewerkschaftsbund weist einen anderen Hintergrund auf als dies einige Mitglieder des neuen Bundeskomitees nachträglich glauben machen wollten.²⁹² Die Seele der alten Bundesleitung war der Gewerkschaftssekretär Emil Beck, der aus Sorge um die beschränkten Mittel des Streikfonds den bisherigen Kurs, Streiks nach Möglichkeit zu vermeiden und durch Verhandlungen eine Besserstellung der Arbeiter zu erreichen, vehement verteidigte. Wenn auf den beiden Versammlungen in der «Eintracht» und im «Kasino» zu Zürich am 7. und 12. März 1894 die Unabhängigen, unter ihnen Nonnemann und Köster, lautstark am Sturz des alten Bundeskomitees mitwirkten, so geschah dies nicht allein aus dem Prinzip, jede Bewegung revolutionärer Tendenz zu unterstützen, sondern auch aus der Absicht, der parteiorthodoxen Führung des deutschen Landesverbandes eins auszuwischen. Dem politischen Manöver der Unabhängigen war ein voller Erfolg beschieden, da sich die deutsche Zentralisation, deren hochgeachtetes und führendes Mitglied Beck war, nach diesem Schlag vom Gewerkschaftsbund düpiert zurückzog. Stattdessen erhielten die Unabhängigen wenigstens in der zürcherischen Gewerkschaftsbewegung einen Einfluss, den sie zuvor nicht besessen hatten.

1894 traten die Arbeitskämpfe an Häufigkeit und Heftigkeit in eine neue Phase ein. Von Seiten der Unabhängigen wurde für die Idee eines Generalstreiks der Bauarbeiter in Zürich Stimmung gemacht, und Karl Manz führte es sogar auf deren radikale Parolen zurück, dass die scharfe Reaktion von Bauunternehmern und Behörde diesen Kampf um den Neunstundentag und um Lohnerhöhung scheitern liess.²⁹³ Was Manz und mit ihm die Mitglieder des alten Bundeskomitees unterschätzten, war der Umstand, dass gerade die günstige wirtschaftliche Konjunktur der Tendenz für ein betont klassenkämpferisches Auftreten Auftrieb verlieh, während Vorsicht und konservatives Lavieren Merkmale eines in depressiven Wirtschaftslagen ansteigenden

Sicherheitsbedürfnisses waren. Dass der Gewerkschaftsbund in der Folge zwar finanzielle Verluste erlitt²⁹⁴, die seine Reservekasse bei Weitem überstiegen, dass er andererseits aber viele neue Mitglieder gewann, wodurch er Ende 1897 mit 322 Sektionen und 14'000 Zugehörigen stärker denn zuvor dastand, sind Aspekte, die zeigen, dass keine der beiden Parteien mit der behaupteten Ausschliesslichkeit im Recht war. In diesem Richtungstreit des Gewerkschaftsbundes soll hier allein der bisher unbekannte Vorgang festgehalten werden, dass es den Unabhängigen durch den Sturz Becks gelang, die durch Personalunion bestehende enge Verbindung der deutschen Zentralisation mit dem Gewerkschaftsbund zu zerschlagen.

Dem Affront folgte – wenigstens vorübergehend – eine deutliche Distanzierung von den schweizerischen Organisationen, die durch das Ausscheiden von Otto Lang aus dem Landesausschuss noch unterstrichen wurde. Die Zürcher Konferenz von 1893 wählte mit Beck, Krüger und Witt eine rein deutsche Verbandsleitung.²⁹⁵ Der Rückzug in die Isolation liess für den erst erneuerten Zusammenhalt dieser Auslandsvereine das Schlimmste fürchten, wie dann der Stillstand in der Verbandsentwicklung bestätigte, dass nur ein konstruktives Hineinwachsen in die Aufgaben gemeinsamer wie spezifischer Art den Ausbau der lockeren Zentralisation ermöglichen konnte. Auf der Landeskonzferenz vom 20. Juni 1896, die im «Volkshaus» in Bern abgehalten wurde, war die Verstimmung noch nicht abgeklungen. Der Antrag des Schaffhauser Vereins, den Beitritt zum Gewerkschaftsbund für obligatorisch zu erklären, erhielt eine kühle Abfuhr: «Der Gewerkschaftsbund hat seine Aufgaben, wir haben die unsrigen. Eine Vermischung dieser Aufgaben wäre von Schaden für beide Organisationen. Was die Mitglieder natürlich nicht hindert, einzeln in die Gewerkschaften einzutreten und dort tätig zu sein.»²⁹⁶ Die Ablehnung des Antrags aus Lausanne, die Bestrebungen der «Ethischen Kulturgesellschaft» zu unterstützen, war umso sicherer, als sich Robert Seidel für die ethische Bewegung ausgesprochen hatte.²⁹⁷ Durch das Abseitsstehen von der Gewerkschaftsbewegung, die für die Ausländer das einzige Instrument zur Wahrung ihrer Interessen darstellte, schadete sich der Landesausschuss am meisten, da sein Kurs dazu führte, dass sich die opponierende Minderheit – vor allem die Vereine im Welschland – der weiteren Mitarbeit im Verband durch Passivität oder Austritt entzog. Erst die Luzerner Konferenz von 1899 beseitigte den unhaltbaren Zustand durch den entgegengesetzten Beschluss: «Jedes Mitglied, wenn möglich, muss auch seiner Gewerkschaft angehören.»²⁹⁸

Die Friktion war seit 1893 durch die ins Persönliche ausgeartete Fehde zwischen Seidel und Schmidt noch verschärft worden. In Heinrich Schmidt besass der Landes-

verband nach dem Tod Becks (1896) wohl die befähigteste Persönlichkeit. Im Verband war er hervorgetreten, weil er in der intellektuellen Auseinandersetzung mit seinen gleichaltrigen Kommilitonen den Standpunkt der Parteiorthodoxie vertreten und gegen die Unabhängigen gefochten hatte. Dies hinderte die Bundespolizei allerdings nicht daran, den 1870 in Trier geborenen, gegen seine streng katholische Erziehung opponierenden Sozialisten als gefährlichen linksextremen Ausländer zu überwachen.²⁹⁹ In Bern wurde nun Schmidt, was ein demonstrativer Vertrauensbeweis gegen die Seidelschen Angriffe war, zum ersten Sekretär sowie zusammen mit Eichmüller zum Delegierten für den internationalen Kongress in London gewählt, zu jenem Kongress also, auf dem wider Willen eine erneute Anarchismuskongressdiskussion die Fortsetzung des Zürcher Streits von 1893 brachte.³⁰⁰

Schmidts Mitarbeit im Landesverband hat noch in anderer Beziehung Früchte getragen. Im Jahre 1891 war der Beschluss gefasst worden, eine Geschichte der deutschen Vereine in der Schweiz zu schreiben. Anreiz hierzu bot das in den Lokalvereinen brachliegende Aktenmaterial.³⁰¹ Damals gingen die Intentionen dahin, in den Sektionen das Bewusstsein für die eigene Tradition zu stärken. 1896 wurde der Anfang einer solchen Darstellung angekündigt.³⁰² Erst zwei Jahre später erschien dieser erste Teil, aber nicht von dem vorgesehenen Verfasser Reinhold Rüegg, sondern durch Schmidt, der das Thema zu seiner Dissertation gemacht hatte.³⁰³ Zur Fortsetzung dieses Publikationsprojektes ist es nicht mehr gekommen. Immerhin besitzt Schmidts Arbeit, die als erste wichtige Untersuchung die Flüchtlingszeit der dreissiger Jahre erschloss, auch heute noch historisches Interesse, nicht zuletzt, weil sie ein Beispiel engagierter Geschichtsbetrachtung aus damaliger marxistischer Sicht ist. Schmidt hat als Mitglied des Landesausschusses den Verband zur Verschmelzung mit den österreichischen Genossen von 1899 geführt. Im folgenden Jahr ging er als Dozent an die kurz zuvor gegründete Handels-Akademie St. Gallen. Dort eingebürgert und nebenamtlich Sekretär des Industrievereins St. Gallen hat er sich von seinen früheren Genossen und Überzeugungen weit entfernt.

Die sozialistischen Arbeitervereine erfassten nur einen verschwindend kleinen Teil der Deutschen in der Schweiz; wollten doch viele Handwerker und Arbeiter mit den Sozialisten nichts zu tun haben. Die Berner Konferenz hatte sich erstmals mit der zunehmenden Konkurrenz der katholischen Gesellenvereine auseinanderzusetzen, die vor allem aus den katholischen Regionen Süddeutschlands Zuzug erhielten. Von den Konferenzteilnehmern waren 29 solcher Vereine ausgemacht worden, über

deren Wachstum sie sich auch deshalb alarmiert zeigten, weil sie in ihnen das Hauptkontingent der Streikbrecher vermuteten.³⁰⁴ Einzelne Votanten gaben durch eigene Erfahrungen eine gelassenere Einschätzung der Lage:

«Viele unter uns sind aus diesen Vereinen hervorgegangen. In den katholischen Gesellenvereinen sind bereits Hunderte, ja Tausende von jungen Arbeitern, die sonst von uns, von den sozialdemokratischen Agitatoren, nicht zu erfassen gewesen wären, mit unseren Forderungen vertraut und immer mehr auf diesen Standpunkt herübergedrängt worden. Auf die kirchliche Herrschsucht, die die Triebfeder der Gründung der katholischen Gesellenvereine ist, kann man auch das Wort anwenden von ‚der Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft‘.»³⁰⁵

Den Optimismus, die sozialistischen Arbeitervereine würden zum letztlich alle Arbeiter vereinenden Sammelbecken werden, dämpfte die zunehmende Rivalisierung durch die verschiedensten Gruppen. Sie spiegelt sich im Jahresbericht der Sozialistischen Mitgliedschaft Chur von 1902 wider, die einer starken Konkurrenz gegenüberstand: katholische Gewerkschaft, Gesellenverein, katholischer Arbeiterverein, protestantischer Jünglingsverein, Temperenzvereine, Sportklubs, Volkshaus und schliesslich der lokale Arbeiterbildungsverein.³⁰⁶

Um die Stagnation zu überwinden, entschloss sich der Landesausschuss zu einer aktiveren Verbandspolitik. Für eine Erweiterung kamen als Fusionspartner nur die Österreicher in Frage. In Zürich hatte sich schon am 3. Februar 1892 ein Österreichisch-Ungarischer Arbeiterbildungsverein konstituiert. Wie aus den jetzt wieder aufgefundenen Vorstands- und Versammlungsprotokollen hervorgeht, verfocht dieser sozialistische Verein eine kämpferischere Linie als die «Eintracht». Im Jahr 1893 sympathisierte er mit den Unabhängigen, und in der Folge stand er am nächsten dem Zürcher Verein der deutschen Sozialisten, mit dem er sich auch 1906 zusammenschloss.³⁰⁷ Im Übrigen waren die Sozialisten aus dem Raum der damaligen Donaumonarchie lange Zeit in den deutschen Mitgliedschaften und Vereinen integriert gewesen. Dies hatte sich mit der Wahlreform des Grafen Kasimir Badeni von 1896 geändert, die in einer fünften angegliederten Kurie den breiten Volksschichten eine bescheidene Vertretung einräumte. Die österreichische Arbeiterbewegung konnte sich jetzt erstmals an den Reichsratswahlen beteiligen. Für die österreichisch-ungarischen Genossen in der Schweiz war dies der Anlass, sich separat zu organisieren. Einmal sollte durch eine systematische Agitation die Heimatpartei wirksamer unterstützt werden, zum anderen boten die Wahlen die günstige Gelegenheit, auch abseits-

stehende Landsleute in der Schweiz für einen Zusammenschluss zu gewinnen, die einem deutschen Verein nicht beitreten wollten. Die Resonanz fiel jedoch bescheiden aus. Die Vereinsbildung in Chur, Sankt Gallen, Winterthur, dann in Basel, Olten und Luzern entsprach der geographischen Schwerpunktbildung, die die siedlungsmässige Verteilung dieser Ausländergruppe kennzeichnete.³⁰⁸ Wenig ermutigend wirkte dabei das in den Märzahlen 1897 erreichte Ergebnis, waren doch nur 14 von den 72 Mandaten der Kurie des allgemeinen Wahlrechts errungen worden.³⁰⁹ Dessen ungeachtet wurde auf einer nach Zürich einberufenen Tagung vom 1. bis 2. Januar 1898 die Gründung eines eigenen «Verbandes der österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten in der Schweiz» an die Hand genommen, der sich im Wesentlichen nach dem deutschen Vorbild aufbaute.³¹⁰

Der äussere nach Reformen drängende Situationszwang sowie der Eintritt neuer befähigter Kräfte haben in den Auslandsvereinen wiederholt tiefgreifende Veränderungen herbeigeführt; auch die österreichische Verbandsgründung ist eng mit dem Namen eines später bekannten Sozialistenführers verknüpft, der im Oktober 1897 aus Wien in Zürich eingetroffen war: Friedrich Adler. Er studierte hier theoretische Chemie, sattelte dann zur Physik um und doktorierte 1902 mit einer Arbeit über Chrom. In Kathia Germanischkaja, die der russischen Studentenkolonie Zürichs angehört hatte, fand er seine Lebensgefährtin. Vom Juni 1905 bis Anfang 1907 lebte er als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Deutschen Museums in München. Dann kehrte er nach Zürich zurück, wurde wieder Assistent am physikalischen Institut, habilitierte sich an der Universität und las bis 1911 als Privatdozent über mathematische Physik mit erkenntnistheoretischer Zielrichtung. 1909 hatte er sich um die erste Professur für theoretische Physik an der Universität Zürich beworben, befürwortete dann aber die Berufung seines Studienkollegen Albert Einstein.³¹¹ Als Nachfolger von Max Tobler trat Adler am 1. April 1910 in die Redaktion des «Volksrechts» ein. Zwischen Wissenschaft und Politik hin- und hergerissen, entschied er sich für die letztere. Noch im Schatten seines Vaters Viktor Adler stehend, kehrte er im Mai 1911 nach Wien zurück, wo er ganz in den Dienst der Partei trat. Am 21. Oktober 1916 hat er aus Protest gegen die Kriegspolitik und den parlamentslosen Ausnahmezustand den Ministerpräsidenten Karl Graf Stürgkh erschossen.³¹² Die weiteren Stationen des 1918 Amnestierten, sein Wirken für die Internationale der Sozialistischen Arbeiterparteien, das ihn 1923 wieder nach Zürich führte, später das Exil in Übersee, die Rückkehr nach Europa und schliesslich die Niederlassung in der Limmattstadt bis zu seinem Tod sind in der Biographie von Julius Braunthal beschrieben worden.³¹³

Als er am 2. Januar 1960 sein Leben schloss, waren seine frühen Anfänge politischer Wirksamkeit längst vergessen, und selbst das «Volksrecht» wusste in einem Gedenk-artikel darüber nur noch zu berichten, er sei im Rahmen der schweizerischen Sozialdemokratie tätig gewesen.³¹⁴ Aber auch Julius Braunthal erwähnt diese frühe und wichtige Phase politischer Praxis nur mit einem einzigen Satz.³¹⁵ Seine ersten Erfolge erzielte Adler jedoch schon während der Studienzeit, und ihr Ausgangspunkt findet sich in jenem österreichischen Landesverband, dessen führendes Mitglied Adler geworden war.³¹⁶ Diese forcierte Gründung entpuppte sich allerdings als ein Sprung ins Leere. Statt zu wachsen, schrumpfte sie auf einige wenige Sektionen zusammen, weil es ihr nicht gelang, auf lokaler Ebene den Zusammenschluss mit den weitaus aktiveren deutschen Vereinen zu unterbinden:

«Dass unter diesen Umständen von einem Verband keine Rede mehr sein konnte, lag auf der Hand, und so entschloss sich denn der Landesausschuss der deutschen Vereine, mit dem der österr.-ung. Vereine in Verbindung zu treten, um womöglich eine prinzipielle Verständigung über die Frage der Verschmelzung herbeizuführen. Wenn nun der österr.-ung. Landesausschuss sich ungerne zu einer prinzipiellen Bejahung dieser Frage herbeiliess, so ist dies gewiss zu begreifen.»³¹⁷

Am Ostersonntag 1899 berieten in der Bierhalle «Eintracht» in Luzern die beiden Verbände zunächst getrennt über die Verschmelzung. Den Österreichern winkte für die Aufgabe ihrer Selbständigkeit das Zugeständnis einer starken Minderheitsvertretung; im Fall der Fusion konnten sie auch diejenigen ihrer Landsleute repräsentieren, die – ihnen bisher entzogen – nur den deutschen Vereinen angehörten. Ein zustimmendes Glückwunschsreiben der Parteileitung aus Wien erleichterte noch den Entschluss. Nach der beiderseitigen grundsätzlichen Zustimmung wurden die Einzelheiten der Verschmelzung in gemeinsamer Verhandlung wie folgt festgelegt:

Der künftige Name des Gesamtverbandes, und damit wurde ein Hauptstreitpunkt beseitigt, lautete nun: «Landesorganisation der deutschen und österreichisch-ungarländischen Socialdemokraten in der Schweiz». Den letzteren musste das Recht eingeräumt werden, im Titel «österreichisch» vor «deutsch» setzen zu können. Der Landesausschuss erfuhr eine Verbreiterung, indem zu den drei Vertretern der Mitgliedschaft deutscher Socialdemokraten zwei Delegierte von den Österreichern und zwei Repräsentanten vom Arbeiterbildungsverein hinzuzuwählen waren, vorausgesetzt, dass ein solcher am Sitz des Vorortes bestand; von den beiden letzteren musste der eine österreich-ungarischer Herkunft sein. In der Praxis stellten somit die «Eintracht»

Zürich sowie die beiden Zürcher Mitgliedschaften die Vertreter im Landesausschuss.³¹⁸ Wie sich die Regelung in der Praxis bewährte, wird sich bei der Statutenrevision von 1904 ergeben.

Heinrich Schmidt hat die Luzerner Tagung mit Worten geschlossen, die der Zäsur in der Verbandsgeschichte feierlichen Ausdruck gaben:

«Die Landesorganisation der deutschen Arbeitervereine hat eine Geschichte hinter sich; sie wird getragen durch Traditionen, deren Wert wir nicht unterschätzen dürfen. Heute haben wir diese Organisation in ihrer jetzigen Gestalt zu Grabe getragen, gewiss nicht ohne schmerzliche Gefühle. Aber unsere österreichischen Kameraden haben davon nichts verspüren können; über allem anderen steht uns das eine Gefühl der proletarischen Solidarität.»³¹⁹

Hatte die Verschmelzung wirklich eine Organisation erstehen lassen, die von Grund auf gewandelt eine neue Ära begann? Die Neufassung der Verbandsspitze und die dem Zusammenschluss Rechnung tragende Namengebung deuten darauf hin. Was nach aussen weniger sichtbar war, ist die erneute Ignorierung des zwischen den Vereinen und Mitgliedschaften herrschenden Ungleichgewichts. Auch hätte das veraltete Vorortssystem, das – so praktisch es einerseits war – Zürich in der Zentralisation seit 1881 die Vorherrschaft sicherte, einer demokratischeren Lösung bedurft. Genauer besehen war bei der Wiedervereinigung mit den Österreichern ein längst fälliger Minderheitsstatus eingeräumt worden, der – schon früher zugestanden – die Separatgründung wohl überflüssig gemacht hätte. Obwohl Adler und sein Verband vor einem Fiasko standen, gelang es den Österreichern, den Fehlschlag in einen Verhandlungserfolg umzuwandeln, der mit einer Minderheitsvertretung von 4:3 im Landesausschuss beträchtlich ausfiel. Für Friedrich Adler war damit der Aufstieg in die leistungsfähigere Organisation freigemacht. Noch im selben Jahr wurde er als Delegierter des Gesamtverbandes an den Parteitag der österr.-ung. Partei nach Brünn abgeordnet, während Carl Nüsperli, was die neue Zusammenarbeit demonstrierte, zum Parteitag der deutschen Sozialdemokratie nach Hannover entsandt wurde.³²⁰

4. 4 Aus dem Vereinsleben der Lokalsektionen

Das Schicksal der Sektionen im Einzelnen zu verfolgen, würde eine allzu breite Ausfächerung bedingen. Für die lokale Sozialgeschichte erbringt die Erforschung des

örtlichen Arbeitervereins eine Fülle neuer Aufschlüsse, nicht nur, weil er Pionierdienste in der Verbreitung sozialistischer Ideen leistete, sondern weil er innerhalb der Arbeiterbewegung seiner Region oft geradezu eine Schlüsselstellung innehielt. Um von der Betrachtungsebene des Gesamtverbandes zur Basis vorzustossen und dadurch einen Begriff von der praktischen Tätigkeit der einzelnen Vereine zu erhalten, sei im Sinne eines Querschnitts das letzte Jahr vor der Verschmelzung als Ausgangspunkt für die Absicht gewählt, das Innenleben dieser Landesorganisation kennenzulernen. Von den 28 Sektionen im Jahr 1898 hatten alle Angaben zur Vereinsstatistik, aber nur 14 einen Jahresbericht an den Landesausschuss eingesandt. Die Statistiken des Verbandes litten auch in den nachfolgenden Jahren daran, dass die Lokalsektionen zum Teil nur lückenhafte oder gar keine Angaben machten. Es war wohl kaum Zufall, dass zu der nicht berichtenden Verbandshälfte Sektionen wie Aarau, Davos und Genf gehören; alle drei hatten 1893 gegen den Kurs des Landesausschusses protestiert.³²¹ Lausanne und Winterthur, die damals ebenfalls opponiert hatten, sandten nicht einmal Mitgliederzahlen ein, so dass sie unter den Verbandssektionen überhaupt nicht aufgeführt worden sind.³²² Gewiss, die Landesorganisation legte 1898 ihren Rechenschaftsbericht erstmals in gedruckter und gegenüber den hektographierten Rundschreiben in stark erweiterter Form vor. Das neue System eingehender u.a. mit Statistiken über Mitgliederbewegung, Finanzhaushalt und Sammlungen belegter Berichterstattung musste sich zuerst einspielen. Gleichwohl machte die derart laue Beteiligung sichtbar, wie sehr der Verband in den letzten Jahren unter dem Mangel an Initiative und Interesse gelitten hatte. Bei manchen abseitsstehenden Sektionen mag die Aversion gegen den Vorort Zürich mitgespielt haben, der von den 2'503 Mitgliedern des Gesamtverbandes allein 1'099 Personen repräsentierte.³²³ Durch das deutsche Wahljahr 1898 kam neues Leben in die Landesorganisation; so zeichnete sich in ihm schon die Wende ab, die dann mit dem Zusammenschluss im folgenden Jahr zum erneuten Aufschwung führte. Der «*Allgemeine Arbeiterverein Aarau*», der 1898 keinen Bericht einsandte, bestand zwar schon seit 1850, hat aber sowohl nach Grösse wie Entwicklung wenig Profil gewonnen.³²⁴ Einen weitaus schwierigeren, aber auch interessanteren Existenzkampf führte der «*Allgemeine Arbeiter-Verein Altstätten*» (SG), der 1892 eingegangen war und nun seit Mai 1897 erneut versuchte, sich auf dem ihm besonders ungünstigen Boden festzusetzen. Das politische Leben in dieser Gemeinde prägte der konfessionelle Gegensatz; da beide Parteien ohnehin kaum an einen Tisch zu bringen waren, konnte dies schon gar nicht innerhalb eines sozialistischen Arbeitervereins gelingen, der sowohl

für die dortigen Katholiken wie Protestanten für höchst verabscheuenswürdig galt. In diesem deutschen Verein findet sich ein relativ spätes Beispiel dafür, wie dem Sozialismus in völlig unzugänglichem Gebiet ein Stützpunkt geschaffen wurde, der – wenigstens im Fall des Gelingens – der schweizerischen Sozialdemokratie ein Türchen zu öffnen vermochte:

«Dass hier am Wohnorte des bekannten Socialistenfressers, des römischen Pfarrers F.H. Wetzel, überhaupt ein socialistischer Arbeiterverein gedeihen kann, das werden noch viele kaum glauben, die die Verhältnisse einigermaßen kennen. Immerhin können wir von einer schwachen Existenz reden, von einem Samenkorn, das schliesslich aufgeht und zu einer mächtigen Pflanze aufwachsen wird.»³²⁵

Da dieser Arbeiterverein mit seinen acht Mitgliedern in der einheimischen Bevölkerung auch bei diesem zweiten Mal keine Wurzeln zu schlagen vermochte, lief sich das Unternehmen tot. Im Jahr 1904 tauchte dann noch einmal ein «Arbeiterbildungsverein Altstätten» auf, der sich trotz seiner 19 Angehörigen nicht halten konnte.³²⁶

In *Amriswil* hatte während einiger Jahre eine Mitgliedschaft deutscher Sozialisten bestanden, die anfangs 1898 mangels Mitgliedern erlosch. Ihr Restbestand schloss sich dem «*Allgemeinen Arbeiter-Verein Amriswil*» an, der erst jetzt auf Antrag dieser übrig gebliebenen Streiter in die Landesorganisation eingetreten war. Trotzdem verlor diese neue Sektion im Berichtsjahr von ihren 18 Mitgliedern ganze zehn. Wie der Zweigverein in Altstätten hatte sie sich in eine unerschlossene Region vorgewagt; die hieraus erwachsenden Schwierigkeiten klingen in der Klage über den steten Mitgliederschwund an:

«Nebenbei kommt auch der Umstand in Betracht, dass sich unsere Garde mit wenigen Ausnahmen ausschliesslich aus ‚Fremdlingen‘ rekrutiert. Diese Tatsache fällt umso schwerer ins Gewicht, da wir faktisch die einzige Organisation am Platze sind, die sich politisch bethätigt und zugleich von gewisser Seite dagegen agitirt wird, damit sich ja kein getreues ‚Schäflein‘ unter die ‚Wölfe‘ verirrt.»³²⁷

Seit 1906 wurde diese Sektion in der Verbandsstatistik nicht mehr geführt.

In *Baden* stand der «*Arbeiter-Bildungs-Verein ‚Eintracht‘*» ganz im Schatten der schweizerischen Bewegung. Die «*Arbeiterunion Baden*» gründete im Berichtsjahr ein eigenes Heim, in dem die Ausländersektion über ein Verkehrslokal verfügte. 1905, kurz vor dem fünfzigjährigen Jubiläum, löste sie sich innerer Streitigkeiten

wegen auf. Auch die Wiedergründung zwei Jahre später vermochte sich als selbständige Gliederung kaum zu halten, da die Mitarbeit in Gewerkschaft und Arbeiterunion die Separatororganisation der Ausländer überflüssig zu machen schien.

Der «Deutsche Arbeiterverein Basel», der seine Tradition bis zu einer ersten Vereinigung deutscher Handwerksgehlen im Jahre 1832 zurückführte, hielt bei der über die Grenze hinweggerichteten Agitation die wichtigste Stellung unter den Sektionen inne. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes betrieb er offen Wahlagitation in der angrenzenden badischen und elsässischen Nachbarschaft. Die im Juni 1898 stattfindenden Reichstagswahlen beanspruchten seine ganzen Kräfte. Zunächst mussten durch Sammelaktionen Mittel für den Wahlfonds beschafft werden, für den er mit Hilfe der Basler Genossen und Gewerkschaften insgesamt Fr. 663.35 zusammenbrachte. Die schwierige Aufgabe, die fast ausschliesslich ländliche Wahlbevölkerung zu bearbeiten, fing nun erst an. Die Planung besorgte eine «Landagitationskommission», die die einzelnen Grüppchen auf «Landagitationstouren mit Flugblattverbreitung» sandte:

«Der grösste Teil der Mitglieder war aktiv an der Agitation durch Flugblattverbreitung beteiligt und hunderte von Ortschaften wurden mit Flugschriften versehen. Erfolg gut. Stimmenzuwachs in den betreffenden Kreisen 20-30 Prozent und mehr, welcher Erfolg doppelt hoch anzuschlagen ist, wenn man die Verhältnisse der ländlichen Wahlkreise in Betracht zieht. Die Erfahrung lehrt uns jedoch, dass in Zukunft mehr Wert auf mündliche Agitation (Versammlungen etc.) gelegt werden muss.»³²⁸

Auch Schweizer sind als treue Vereinsmitglieder für die deutsche Sozialdemokratie ins Grenzgebiet auf Wahlpropaganda gezogen. Dass sich in den folgenden Jahren daran wenig geändert hat, erhellen die Erinnerungen des bekannten Basler Sozialisten Friedrich Schneider, der Ende 1906 Mitglied des deutschen Arbeitervereins geworden war und im folgenden Jahr an seinen freien Sonntagen nach Kräften bei diesen «Landagitationstouren» jenseits des Rheins mitgewirkt hat:

«Die löblichen Magistraten empfangen uns in der Regel nicht sehr freundlich. Die ‚Roten‘ waren in diesen schwarzen Dörflein nicht sonderlich gern gesehen, obwohl es diesmal auch gegen das Zentrum ging. Es war ebenfalls als Staatsfeind erklärt worden. Die Gendarmerie immer auf den Fersen, trugen wir unsere wertvolle Literatur bei hohem Schnee von Haus zu Haus.»³²⁹ Für alle Fälle hatte ich

mir von einem Kameraden einen deutschen Militärpass ausgeliehen. Schon von Strassburg her wusste ich, dass Ausländer bei derlei Arbeiten unerwünscht waren.³³⁰ Aber dazumal nahmen wir Eidgenossen die politische Betätigung der Fremden bei uns noch nicht besonders tragisch, war doch die Gewerkschaftsbewegung im Allgemeinen, wenigstens in der Führung, von ihnen getragen. Warum sollte ich beim deutschen Wahlkampf als Schweizer nicht mitmachen? Vor den Grenzen hatte man damals nicht den uns nun beigebrachten Respekt.»³³¹

Die beiden Weltkriege haben die vor 1914 herrschenden Verhältnisse dem heutigen Vorstellungsvermögen weit entrückt. Obwohl Friedrich Schneiders Zeugnis sich auf die Solidarität unter den Sozialisten bezog, in der sich die traditionelle Gesinnungsgemeinschaft mit der deutschen Opposition der Jahrzehnte zuvor fortsetzte, war die Anteilnahme an der Politik des Kaiserstaates im schweizerischen Bürgertum nicht weniger lebendig. Im Jahr 1898 konnte der Basler Verein noch ein anderes bedeutendes Ereignis melden: den Ankauf der Liegenschaft zum «Rebhaus» an der Riehentorstrasse 11. Dieses wurde, ähnlich wie das Vereinshaus der «Eintracht» in Zürich, zu einer historischen Stätte des sozialistischen Lebens in Basel. Mit seinen über 300 Mitgliedern war der dortige Verein, solange St. Gallen fehlte, die zweitstärkste Sektion im Gesamtverband.

Auch für den «*Deutschen Arbeiterverein Bern*» war 1898 ein wichtiges Jahr, brachte es doch die Verschmelzung mit dem «Verein österreich.-ungarischer Socialdemokraten». Einmal mehr weist dieser lokale Zusammenschluss darauf hin, wie sehr dem im Januar gegründeten Verband der Österreicher die Kraft zur Separatorganisation fehlte. Trotz der Vereinigung erlitt Bern einen Mitgliederverlust von 28 Personen. In den ersten Verbandsstatistiken, die eine Bestandesangabe für Anfang und Ende des Jahres vermerken, sind die Zahlen für den Jahresbeginn verschiedentlich derart überhöht, dass die Erklärung nicht allein im starken Mitgliederwechsel oder in saison- und konjunkturbedingten Schwankungen liegen kann. Da der Rechnungsabschluss nicht exakt mit dem Jahreswechsel zusammenfiel, für die Bestandesaufnahme aber anstelle der effektiven Mitgliederzahl die im Vereinsverzeichnis eingetragenen Personen massgebend waren, lauteten die für Jahresende erbrachten Zählergebnisse zumeist realistischer, weil hier die Diskrepanz zwischen dem bereinigten Mitgliederverzeichnis und dem tatsächlichen Mitgliederbestand geringer war. Ihren Rückgang führte die Berner Sektion denn auch auf Streichungen, bzw. Aus-

schlüsse von solchen Mitgliedern zurück, die ihre Beiträge mehr als drei Monate schuldig geblieben waren. Infolge Wegzugs oder Desinteresses entstanden mitgezählte «tote Seelen», die die Statistiken zum Teil verfälschten. Wie es ihrer Tradition entsprach führte die Berner Sektion, nach Umfang an fünfter Stelle stehend, mit 27 Mitgliederversammlungen und 20 Diskussionsabenden 1898 immer noch ein überdurchschnittlich reges Vereinsleben. Ein Blick auf die Ausgaben belehrt, dass sie neben ihren eigenen Verpflichtungen den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen ihres Gastlandes tatkräftige Hilfe gewährte:

«Für Bücher in die Bibliothek Fr. 60.77; Unterstützung an Durchreisende Fr. 62.50 (wir unterstützen nur solche, die einem politischen Verein angehören, mit je 50 Cts.); für die Reichstagswahlen wurden etwas über Fr. 200.– abgeliefert (davon Fr. 100.– aus der Vereinskasse und das übrige durch Sammelisten); für das Arbeitersekretariat Fr. 50.–; Hausfonds Fr. 30.–; Unionsbeitrag Fr. 20.–; für Aktien der Unionsdruckerei Fr. 100.–; für Aktien der Bäckereigenossenschaft Fr. 50.–; für Aktien der Genossenschaft «Vorwärts» Fr. 50.–; an die Turnsektion Fr. 100.–; der Gesangssektion für Gesangstunden Fr. 144.–.»³³²

Kleinere Vereine mussten sich zwar auf einen bescheideneren Aufgabenkreis beschränken, wirkten aber nach Kräften in den lokalen Arbeiterunionen mit. Fast alle schufen sich durch Mitgliederbeiträge, Sammlungen sowie durch den Schriften- und Zigarrenverkauf ihre wichtigsten Einnahmequellen.

Der «*Allgemeine Arbeiterverein Biel*» war mit seinen 35 Mann nicht wesentlich über Schülers frühe Gründung von 1833 hinausgediehen. Ununterbrochen existierte er seit 1856. Er besass unter seinen Mitgliedern einen festen Kernbestand und konnte mit 475 Büchern eine grössere Bibliothek sein eigen nennen als der Berner Bruderverein. Mit Ausnahme der jungen Sektionen *Entlebuch* und *Uzwil*³³³ verfügte jeder Verein über eine Bibliothek von mehr als fünfzig Büchern, über deren Benutzungshäufigkeit die Verbandsstatistik Aufschluss gibt.³³⁴ Die Bieler Bibliothek umfasste 83 wissenschaftliche, 78 politische, 21 geschichtliche, 54 klassische, 18 dramatische Schriften, 54 Erzählungen und Romane sowie 168 Bände Unterhaltungsliteratur. Schon diese unsystematische Einteilung vermittelt den Eindruck einer keineswegs allein auf den Klassenkampf ausgerichteten Bibliothek. Aus dem Bücherkatalog des «*Allgemeinen Arbeitervereins Genf*» ist noch besser ersichtlich, dass diese Bibliotheken durch gelegentliche Schenkungen und sporadische Zukäufe vielfach ein recht

zufallsbedingtes Sammelsurium darstellten. Das frühere idealistische Bildungsziel, das in erster Linie dem Arbeiter eine bessere und breitere Wissensgrundlage zu vermitteln strebte, spricht aus dieser Zusammenstellung. So hat sich in Genf z.B. der «Arbeiterkatechismus» von Schulze-Delitzsch aus dem Jahr 1863 gleich in drei Exemplaren erhalten. Da die Buchzählung Mehrfachexemplare sowie mehrbändige Werke pro Band mitrechnet, ist die Auswahl der Titel sowie der Autoren bescheidener als der äussere Umfang des Bibliothekbestandes vermuten liesse. Die Bibliotheken der Genfer Sektion und an der Spitze diejenige der «Eintracht» Zürich, gehörten in der Schweiz zu den bedeutendsten Arbeiterbüchereien ihrer Zeit. Von der «Abteilung Lexikon», darunter der «Brockhaus» Jg. 1833, bis hin zu den einzelnen Sachgebieten, darunter solche wie «Populäre Medizin» oder «Länder- und Völkerkunde» war fast zu allen Themen einige Literatur erhältlich. Beachtlich ist die Sammlung von Kongressprotokollen sowie von Zeitschriften, darunter Karl Kautskys «Neue Zeit», die seit Erscheinungsbeginn (1883) geführt wurde.³³⁵ Die Genfer Sektion, die sich als die direkte Fortsetzung des aus der Spaltung von 1843 entstandenen «Deutschen demokratischen Vereins» verstand, konnte die stickigen Räume an der Rue Guillaume Teil erst 1907 mit dem an der Rhone gelegenen Heim (Quai du Seujet) vertauschen. Die Herausgabe der «Genfer Volks-Zeitung», die alsbald nur noch als «Le Peuple Genevois» erschien, war der letzte Beitrag dieser einst so bedeutenden Sektion zur Genfer Arbeiterbewegung vor dem Weltkrieg.³³⁶

Der «*Allgemeine Arbeiterverein Biel*», dessen Jahresbericht den Blick auf das Bibliothekswesen lenkte, hatte sich 1898 nach langjährigen Bemühungen eine zweite Vereinsfahne angeschafft, die an der 1. Maifeier eingeweiht wurde. Die Fahne als das einigende Symbol ist in diesem Jahrzehnt auch in anderen, seit Langem bestehenden Sektionen ersetzt worden. Der «*Allgemeine Arbeiterbildungs-Verein Winterthur*» hatte zwei Jahre zuvor seine Vereinsfahne erneuert, und seine Schilderung offenbart, dass die bisherige Fahne immer noch das alte schwarz-rot-goldene Traditionsstück aus dem Jahre 1865 war, mit dem sich der sozialistische Verein denn doch nicht mehr zeitgemäss präsentierte:

«Die neue Fahne trägt auf der einen Seite die Zahlen des Gründungsjahres des Vereins und des Stiftungsjahres der Fahne, auf der anderen Seite die Parole des ‚Kommunistischen Manifestes‘: ‚Proletarier aller Länder vereinigt euch!‘, die auf den in der That international zusammengesetzten Allgemeinen Arbeiterbildungsverein voll und ganz zutrifft. Seitdem flattert beim Ausmarsche des Vereins das

rote Banner lustig im Winde und die Mitglieder folgen mit Stolz der Farbe der Liebe und der Zukunft.»³³⁷

Wie Winterthur waren fast alle Sektionen mehr oder weniger national gemischt; so auch der «*Allgemeine Arbeiterverein Chaux-de-Fonds*», der dem Landesverband wieder beitrug. Von seinen gut sechzig Mitgliedern war die Hälfte im Verlaufe des Jahres abgereist; hinzu kam je ein Verlust durch Tod und Ausschluss. Durch die Verbandsstatistik sind die Mitgliederbewegungen innerhalb der einzelnen Sektionen erst seit 1905 erfasst worden. Der ausserordentlich starke Wechsel unter den Vereinsangehörigen überstieg in einzelnen Sektionen sogar das Zweifache des Jahresanfangsbestandes.³³⁸ In La Chaux-de-Fonds standen dem Verlust von 35 Mitgliedern insgesamt 40 Aufnahmen gegenüber; diese setzten sich aus 23 Deutschen, 12 Schweizern und 5 Österreichern zusammen. Weitere Nationalitäten waren kaum nennenswert vertreten, bis nach 1905 vor allem die steigende Zahl russischer, dänischer und anderer Mitglieder einzelnen Grossvereinen wie der «Eintracht» Zürich einen Anflug wirklicher Internationalität verlieh.^{3,39}

Der «*Arbeiterbildungsverein Chur*» trat erst 1902 in den Landesverband ein, obwohl er am Ort die wichtigste Ausländerorganisation war. Trotz der bescheidenen Mitgliederzahl war es hier den sozialistischen Separatvereinen «*Deutsche Sozialdemokraten*» und «*österr.-ung. Sozialdemokraten*» gelungen, ihre Sonderexistenz gegenüber dem Hauptverein zu behaupten. Die beiden Sozialistengruppen schlossen sich im Jahr 1905 zusammen und pochten vereint auf ihre Eigenständigkeit, bis sie in der Landesorganisation als letzte sozialistische Mitgliedschaft übriggeblieben waren.

Auch *Davos*, das Alexander Spengler zum berühmten, von deutschen Gästen bevorzugten Kurort gemacht hatte, wies einen *Arbeiterverein* mit dem Namen «*Froh-sinn*» auf. Er verfügte über eine ansehnliche Bibliothek und besass um die Jahrhundertwende gegen dreissig Mitglieder.³⁴⁰

Für den «*Allgemeinen Arbeiterverein Frauenfeld*» war das Stichjahr 1898 besonders bewegt verlaufen, gelang es ihm doch, seine Mitgliederzahl von 20 auf 35 zu steigern. Viele Sektionen hatten im Berichtsjahr auch einige öffentliche Veranstaltungen durchgeführt. Wie sie gab der Verein Frauenfeld in zwei Kundgebungen seiner Solidarität mit den Italienern Ausdruck, die er am Ort zur Gründung einer eigenen Organisation aufrief. In jenem Frühjahr waren in Italien, vor allem in Mailand, schwere soziale Unruhen ausgebrochen, die mit blutiger Gewalt niedergeworfen wurden. Unter den Italienern in der Schweiz hatten die Vorgänge eine heftige Pro-

testbewegung ausgelöst, die in einen Massenaufbruch im Stile früherer Freischarenzüge umzuschlagen drohte. Es bildeten sich bandenmässige Gruppen, die nach Italien ziehen wollten, um sich am dortigen Kampf zu beteiligen. In Ermangelung der finanziellen Mittel gelangten nur einige hundert Italiener bis ins Tessin. Von diesen wurden 249 als Aufständische über die Grenze abgeschoben. Dass sie der italienischen Militärgewalt in Chiasso überliefert worden waren, löste in Bevölkerung und Bundesversammlung eine vehemente Kritik an der bundesrätlichen Massnahme aus.³⁴¹ Ein «Komitee zur Unterstützung der Notleidenden Italiens» sandte den einzelnen Vereinen Sammellisten, die jedoch nur teilweise benutzt wurden. Darüber hinaus beabsichtigte nun der deutsche Verein in Frauenfeld, die am Ort noch nicht organisierten Italiener zur Selbsthilfe anzuspornen. Es gelang ihm jedoch nicht, die Kluft zu den Italienern zu überwinden.³⁴²

Durch seine geographische Lage dazu angehalten, bot der «*Allgemeine Arbeiterverein Freiburg*» seinen Mitgliedern jeweils im Wintersemester Gelegenheit zum Französischunterricht. Den sprachlichen Verhältnissen, aber auch der besonders günstigen Bilanz von 1898 ist es zuzuschreiben, dass diese kleine Sektion von dreissig Mann mit 400 Franken den genau gleichen Umsatz im Schriftenverkauf aufwies wie der Grossverein Basel. Wie sich bald zeigte, war der Freiburger Verein im Niedergang begriffen, und schon 1901 beklagte er, dass der Schriftenverkauf keinen Gewinn mehr bringe.³⁴³

Nur mit geringem Erfolg versuchte der «*Arbeiterbildungsverein ‚Eintracht‘*» in *Glarus* auf eine gemeinsame Kundgebung der Klassensolidarität mit den Schweizer Genossen hinzuwirken:

«Zur Maifeier konnten wir nicht viel leisten, da uns die Grütlivereine und Gewerkschaften zu wenig unterstützten und so hatten wir eine Volksversammlung einberufen. Im Juni machten wir einen Ausflug nach Murg zum Simonsdenkmal,³⁴⁴ im August einen solchen nach Linthal zum Waldfest der Grütlivereine, das sich mit Vorträgen, Gesang und Deklamation zu einem schönen Arbeiterfest gestaltete.»³⁴⁵

Dass ein schlechter Geschäftsgang oder ein misslungener Streik gerade die kleinen Sektionen am empfindlichsten traf, erfuhr der «*Allgemeine Arbeiterverein Horgen*», dem 1898 durch Lohnkämpfe der Mitgliederbestand um die Hälfte reduziert wurde.³⁴⁶

Der «*Arbeiterbildungsverein ‚Eintracht‘*» in *Küsnacht*, wohl allzusehr im Soge Zürichs stehend, kämpfte zumeist ums Überleben.

Der «*Allgemeine Arbeiterverein Lausanne*», der wahrscheinlich im Zusammenhang mit der Sezession der «Unabhängigen» aus dem von Zürich aus dominierten

Landesverband ausgetreten war, gehörte ihm – wie der «*Allgemeine Arbeiterbildungsverein Neuenburg*» – erst seit dem Jahr 1900 wieder an.³⁴⁷

Am ersten Mai 1898 war der «*Allgemeine Arbeiterverein Liestal*» im Demonstrationzug in Basel mitmarschiert. Obwohl zahlenmässig schwach, ergriff selbst diese Ausländersektion in der sozialistischen Agitation die Initiative; es gelang ihr, den Grütliverein für gemeinsame sozialpolitische Vorträge zu gewinnen. In der Landesorganisation ist der kleine Verein nur einmal hervorgetreten. Zusammen mit dem Deutschen Arbeiterverein Basel warb er anlässlich der 25jährigen Wiederkehr des Todestages von Georg Herwegh (gestorben 7. April 1875) für ein Denkmal des in Liestal begrabenen Freiheitsdichters. Die am 16. Oktober 1904 erfolgte Enthüllung des Herwegh-Denkmals war in dieser Weise eine der letzten Kundgebungen des demokratischen und republikanischen Deutschtums in der Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg.³⁴⁸

In den deutschen Vereinen nahmen an einzelnen geselligen Veranstaltungen Frauen schon zu einer Zeit teil, da dies bei den spröden Schweizern für unschicklich galt. Zu Anfang der neunziger Jahre hatte nun der «*Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnenverein Luzern*» – als einzige Sektion in der Landesorganisation auch durch die Namengebung der Zugehörigkeit seiner weiblichen Mitglieder Ausdruck gegeben. Weitere Sektionen gingen in den folgenden Jahren dazu über, Frauen als reguläre Mitglieder aufzunehmen.³⁴⁹ Obwohl die Luzerner Sektion mit ihren rund achtzig Zugehörigen im Verband der sechstgrösste Verein war, befand sie sich gegenüber der innerschweizerischen Stadtbevölkerung in schwieriger Position. Da es ihr an einem Kernbestand aktiver und lange eingessener Mitglieder fehlte, konnte sie sich fast nur auf die jeweils neu zugewanderten Gastarbeiter stützen, die, nachdem sie in Luzern heimisch geworden waren, vom Ausländerverein Distanz nahmen:

«Auf diese Weise wird eine grössere Ausbreitung unmöglich gemacht, zumal auch die ältern Mitglieder, die den jüngern in Bezug auf die Landeseigentümlichkeiten und die hier anzuwendende Taktik etwas Rat und Beistand leisten könnten, sich begnügen, bloss ihre Beiträge zu bezahlen, den Diskussions- und Versammlungsabenden aber fernbleiben.»³⁵⁰

Der Verein vermochte diese Hemmnisse nicht zu überwinden und bewegte sich bis 1908 fast konstant auf dem Mitgliederniveau von 1898. In der Regel beanspruchte die Erledigung der Vereinsgeschäfte am meisten Sitzungen, gefolgt von den Diskus-

sionsstunden, die im Luzerner Verein während des Winters jeweils am Freitagabend abgehalten wurden. Höhepunkte waren die gelegentlichen öffentlichen Versammlungen. Für eine dieser Veranstaltungen gelang es, Clara Zetkin als Referentin zu gewinnen, womit den Interessen der weiblichen Mitglieder vermehrt Rechnung getragen wurde. Diese bedeutende Persönlichkeit der deutschen sozialistischen Frauenbewegung hatte sich auch für die Gründung des «Verbandes schweizerischer Arbeiterinnenvereine» im Jahre 1890 eingesetzt.³⁵¹ Sie hat mancher Vorkämpferin für die Arbeiterinnenbewegung in der Schweiz ein Beispiel gegeben. Unter dem bestimmenden Eindruck ihrer Vorträge trat die Schweizerin Emma Wahlen 1889 dem Arbeiterinnenverein Basel bei, die dann die erste weibliche Delegierte im Schweizerischen Arbeiterbund wurde.³⁵² Anregung zur selbständigen Organisation von Arbeiterinnen hatte schon Mitte der achtziger Jahre die deutsche Gräfin Gertrud von Schack gegeben, die durch Verheiratung Schweizerin geworden war.³⁵³ Eine andere Deutsche, Marie Büsser, die 1879 mit 19 Jahren als völlig unpolitisch in die Schweiz gekommen war, ist 1898 als erste Frau ins Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes gewählt worden.³⁵⁴ Doch nicht allein in den führenden Positionen, vielmehr an der Basis müsste die Mitarbeit deutscher Frauen erforscht werden. Darüber geben jedoch die Statistiken keinen Aufschluss, und auch aus den Reihen der deutschen Vereine lassen sich hierüber keine genauen Angaben eruieren. In Industrie und Handwerk machten deutsche Frauen 1910 immerhin 5,5 Prozent, im Handel 8,3 Prozent und im Gastgewerbe gar 11,1 Prozent aller in der Schweiz weiblichen Erwerbstätigen aus.³⁵⁵ Wie weit sie gewerkschaftlich organisiert waren, lässt sich noch weniger bestimmen als bei ihren männlichen Landsleuten.

Der «*Allgemeine Arbeiterbildungsverein Schaffhausen*» hatte durch seine Grenzlage bei den Reichstagswahlen von 1898 ebenfalls im badischen Nachbargebiet agitiert. Sein langjähriger Präsident Richard Finus hatte während der Sozialistenverfolgung zu den Vertrauensmännern Mottelers für den Schriftenschmuggel gehört. Inzwischen spielte der Schuhmachermeister in der lokalen Arbeiterbewegung eine einflussreiche Rolle. Unter ihm hatte im März 1889 der damalige «Deutsche Verein Concordia» auf die Gründung der Schaffhauser Arbeiterunion hingewirkt. Als Neubürger setzte sich Finus auch für die Konstituierung einer Sozialdemokratischen Partei in Schaffhausen ein, die 1904 ins Leben trat. Von bürgerlicher Seite einer der Ersten, die sich in der Folge hier der Sozialdemokratie zuwandten, war übrigens der aus Württemberg stammende Kantonsschulprofessor Eduard Haug, der am Ausbau zur Kantonalpartei massgeblich beteiligt war.³⁵⁶

Im Vergleich mit anderen deutschen Arbeitervereinen des Jahres 1898 galt die Schaffhauser Sektion in der Zusammenarbeit mit den schweizerischen Genossen als schrittmachend. Sie war es ja gewesen, die das Obligatorium der Gewerkschaftszugehörigkeit für alle Mitglieder auf Verbandsebene hatte einführen wollen. Auch gehörte sie zu den wenigen Ausländervereinen, die ihren Schriftenverkauf direkt durch die Filiale der Grütlibuchhandlung besorgen liessen. Seit den Klagen über die übersetzten Preise und die unzulängliche Spedition der Schweizerischen Grütlibuchhandlung war dies nicht mehr selbstverständlich. Die Grütlibuchhandlung hatte, worüber auf der Landeskonferenz von 1896 Beschwerde geführt worden war, «durch einen eigenartigen Vertrag mit den deutschen Parteibuchhandlungen sich das Monopol des Verkaufs in der Schweiz gesichert».³⁵⁷ Auf die Reklamationen hatte der Leiter der Grütlibuchhandlung lediglich geantwortet, die Mitglieder der deutschen Vereine sollten nicht vergessen, dass sie ihr Geld in der Schweiz verdienen und auch hier ausgeben sollten. Daraufhin war von vielen Sektionen der Verkehr mit der Grütlibuchhandlung abgebrochen worden. Ihre Schriften bezogen diese nunmehr direkt aus Berlin und Stuttgart.

In *St. Gallen* scheute der «*Allgemeine Arbeiterbildungsverein*» mit seinen 450 Mitgliedern davor zurück, sich an eine politische Landesorganisation zu binden. Aus seinen Reihen hatte sich eine sozialdemokratische Mitgliedschaft gebildet, die 1898 noch «*Deutsch-österreichische Partei*» hiess. Diese «*Deutschen und österreichischen Sozialdemokraten*», wie sich die dem Landesverband angehörende Mitgliedschaft alsbald nannte, waren durch ihre Betätigung in den Gewerkschaften und im grossen Arbeiterverein derart engagiert, dass für ein expansives Eigenleben keine Zeit blieb. Hier lag die Ursache dafür, dass diese Sektion, obschon ihre Angehörigen gerade die Opferwilligsten waren, eine der niedrigsten Versammlungsquoten aufwies.³⁵⁸

Obwohl *Winterthur* 1898 im Verbandsbericht fehlt, lohnt es sich, auf die dortigen Verhältnisse kurz einzugehen. Neben Zürich und Chur war diese Stadt die Einzige, die vorübergehend drei Sektionen aufwies. Der «*Allgemeine Arbeiterbildungsverein*», der seinen Anfang ins Jahr 1850 datierte, besass seit 1894 ein eigenes Vereinshaus. Ein Hauptanziehungspunkt war seine Speisegesellschaft, die seit 1864 für günstige Verpflegung sorgte und als sozialer Dienst an zugereiste Arbeiter unentgeltliche Verpflegung abgab.³⁵⁹ Die «*Mitgliedschaft deutscher Sozialisten*», die von Anfang an in der Landesorganisation mitarbeitete, besass kein eigenes Versammlungslokal und befand sich 1898, obwohl ihr der Arbeiterverein den Schriftenvertrieb

überlassen hatte, in einer Krise. Die «*Österr.-ung. Sozialdemokraten*» hingegen, die sich 1896 selbständig gemacht hatten, glaubten, dass ihnen eine vielversprechende Entwicklung erst bevorstehe; 1899 legten sie den Grundstein für eine eigene Vereinsbibliothek. Die Hoffnung trog, in der indifferenten Arbeiterschaft Fuss fassen zu können, und die Wirtschaftsrezession tat das Ihre zur Einsicht, dass die Trennung dieser kleinen Grüppchen nichts als eine Kräftezersplitterung einbrachte. Am 27. Juni 1903 vereinigten sie sich daher zu einer einzigen Mitgliedschaft.³⁶⁰

Der «*Arbeiterbildungsverein 'Eintracht' Zürich*» und die in ihrem Schatten stehende Mitgliedschaft weisen ein derart bewegtes und vielfältiges Vereinsleben auf, dass in einem eigenen Kapitel darauf einzugehen sein wird.³⁶¹ Der Einblick in die einzelnen Verbandssektionen bezweckte, gerade auch die kleineren und wenig bekannten Vereine näher kennenzulernen, die zumeist ganz hinter die ein Vielfaches der kleinen Vereinsbestände zählende «Eintracht» Zürich zurücktraten. Die untenstehende Tabelle gibt die zahlenmässige Entwicklung auch jener Vereine wieder, auf die hier nicht weiter eingegangen wird, weil sie erst spät hinzugekommen sind oder weil sie wie Andelfingen, Burgdorf, Gossau, Mols, Olten, Rheinfelden, Stein am Rh., St. Imier und Thun ein kurzes oder doch farbloses Dasein fristeten.

Dem Vereinsleben der Lokalsektionen seien hier noch einige Hinweise auf die Aktivitäten der Gesamtorganisation angefügt. Die Verbreiterung in der Führungsspitze, die Zusammenschlüsse an der Basis und nicht zuletzt die positive Einstellung zum Gewerkschaftsbund schufen der Zentralisation neues Vertrauen, so dass im Jahr 1900 insgesamt elf Sektionen erstmals oder wieder in den Verband eintraten.³⁶² Dieser Aufschwung wurde durch die einsetzende Wirtschaftsrezession unterbrochen, die vor allem in den Jahren 1901 und 1902 den Vereinen stark zusetzte. Doch nur die Sektion Burgdorf kehrte sich vom Verband ab, weil sie die vom Landesausschuss unternommenen Anstrengungen zur Neubelebung für ein Abgehen von den bisherigen Grundsätzen hielt. Dass die Zentralisation überhaupt aus der Desorientierung und der Auflösung hinausfand, war in erster Linie ein Erfolg der Initiative, die die Verbandsleitung seit 1897 entwickelt hat. Ihre früheren Fehlschläge zur Zeit Becks wurden neben den Sach- und Personenstreitigkeiten durch den Mangel an Kompetenzen und finanziellen Mitteln verursacht. Wie erinnerlich hatten 1891 die Vereine gehofft, dass durch das Zurückgehen der Unterstützungsverpflichtungen mehr Mittel für die Agitation zugunsten der eigenen Organisationen verwendet werden könnten. Die noch schwache schweizerische Partei dachte aber nicht daran, die Aufgabe einer zentralen Hilfsstelle für die sozialistische Emigration zu übernehmen. Im Gegenteil

deutete alles daraufhin, dass den deutschen Auslandsvereinen stillschweigend das Unterstützungswesen für die sozialistischen Flüchtlinge aller Nationalitäten überlassen blieb:

«Diese Last», so hatte der Kongress von 1896 aufgebeht, «sollte nicht nur den Deutschen aufgebürdet, sondern auch die schweizerische sozialdemokratische Partei und der schweizerische Gewerkschaftsbund sollten beigezogen werden. Man kann den deutschen Vereinen nicht zumuten, dass sie die politischen Flüchtlinge aller Länder, die in die Schweiz kommen, einzig unterstützen, die Parteilasse solle nicht auf die Stufe einer gewöhnlichen Hilfsgesellschaft heruntergedrückt werden.»³⁶³

Um das ordentliche Budget von der Flüchtlingshilfe zu entlasten, rief der Landesausschuss einen Spezialfonds ins Leben. Ihm musste eine eigene Einnahmequelle erschlossen werden. Die fünfzigjährige Wiederkehr der denkwürdigen Märztag von 1848 bot dem Landesausschuss eine günstige Gelegenheit, zu entsprechenden Spenden aufzurufen. Durch Zirkularschreiben regte er die Sektionen an, in den lokalen Arbeiterunionen für eine würdige Märzfeier zu sorgen und trug durch die Vermittlung von deutschen und schweizerischen Rednern das Seinige dazu bei. Seither diente die jährliche Märzfeier, die möglichst alle Genossen des Ortes einbeziehen wollte, jeweils als Hauptquelle zur Speisung des Flüchtlingsfonds.³⁶⁴

Bei den Sammlungen zugunsten der Reichstagswahlen von 1898 hatte der Landesausschuss ebenfalls die Initiative ergriffen. Dem Parteivorstand in Berlin konnte er aus den Sektionen insgesamt 2625 Franken als Wahlhilfe überweisen.³⁶⁵ Der badische Landesvorstand war überdies mit der Bitte an ihn gelangt, Redner für den Wahlkampf zur Verfügung zu stellen. Mit Dr. Karpeies, Märtens, Nüsperli, Heinrich Schmidt und aus Winterthur Dionys Zinner entsandte die Verbandsleitung ihre besten Leute, die in nicht weniger als 41 badischen und elsass-lothringischen Orten Wahlversammlungen abhielten.³⁶⁶

Die Hauptaufgabe des Landesausschusses war jedoch, für das Gedeihen der eigenen Sektionen besorgt zu sein. Die Luzerner Konferenz von 1899 verpflichtete ihn künftig, zweimal jährlich eine Agitationstour auf Kosten der Zentralkasse zu organisieren. Hierzu sollte abwechselnd je ein deutscher und ein österreichischer Parteigenosse aus der Heimat eingeladen werden. Noch im selben Jahr gelang es, Engelbert Pernerstorfer, den Mitstreiter Viktor Adlers, für eine solche Vortragsreise zu gewinnen.³⁶⁷ Für die Einladung eines weiteren, diesmal deutschen Parteiredners fehlten in

der Kasse die Mittel. Mit Hauth, Manz, Zinner und anderen Referenten verfügte der Landesausschuss über genügend eigene Redner, die die März-, Mai-, Lassalle-, Christbaum- und Stiftungsfeiern der Vereine beleben konnten und die auch für die gewünschten Agitationsreisen geeignet waren. Der Vorwurf des Landesausschusses, einzelne Vereine seien in der Auswahl der Referenten oft gar zu wählerisch, deutet an, wie schwer mancherorts die Umstellung noch fiel, nicht mehr nach Wunsch unter den hervorragendsten Parteiführern auslesen zu können.

Um doch etwas vom Glanz vergangener Jahre zurückzuholen und dadurch der Abgeschiedenheit zu entrinnen, organisierte der Landesausschuss 1897 auf Schloss Wyden eine «Internationale Zusammenkunft». Der Erfolg auf dem für die Sozialdemokratie historischen Boden bewog ihn, diese Veranstaltung alle zwei bis drei Jahre zu wiederholen. Daraus entstanden die Grosskundgebungen internationalen Formats, die es in dieser Form in der Schweiz noch nicht gegeben hatte. Die «Internationale Zusammenkunft» auf dem Nollen vom 12. August 1900, an der Viktor Adler und Wilhelm Liebknecht hätten sprechen sollen, gestaltete sich zu einer Trauerkundgebung für den plötzlich gestorbenen deutschen Parteiführer. Aus den Nachbarkantonen des Thurgaus, aber auch aus Süddeutschland und Österreich waren vier bis fünftausend Personen zusammengeströmt, um mit Leopold Winarsky und Herman Greulich der von Liebknecht für die Sozialdemokratie geleisteten Arbeit zu gedenken.³⁶⁸ Um unter der Bevölkerung die Propagandawirkung noch zu steigern, wurde die Zusammenkunft vom 17. August 1902 in eine Grenzstadt verlegt. Der lange Demonstrationszug, der sich durch Gross- und Klein-Basel nach dem Kasernenhof bewegte, führte drei Musikkapellen sowie über fünfzig Fahnen und Standarten mit sich. Zu den mehr als 3'000 Zuhörern sprachen der Reichstagsabgeordnete Gustav Hoch, der vierzig Jahre später in Theresienstadt umgebracht wurde, sowie Eugen Wullschleger, damals Zentralsekretär des Schweizerischen Grütlivereins und Redaktor am Basler «Vorwärts». Mit Cabrini kam erstmals ein Delegierter der italienischen Sozialisten zu Wort. Das Fehlen prominenter schweizerischer Parteigenossen wurde lebhaft beklagt; ihnen waren offenbar diese von Ausländern veranstalteten Grosskundgebungen, deren Erfolg weniger von der Thematik als von der Rednerpersönlichkeit her bestimmt wurden, noch ein ungewohntes und auf schweizerischem Boden problematisches Unterfangen.³⁶⁹ Die nächste Veranstaltung wurde 1905 in Konstanz durchgeführt, doch konnte dort nur August Bebel zu Worte kommen, da die deutschen Behörden für die Ausländer Viktor Adler, Greulich und Todeschini ein Redeverbot erlassen hatten.³⁷⁰ Ein voller Erfolg war dagegen 1908 die

Kundgebung in Schaffhausen, zu der – wie schon früher – von Zürich aus sogar ein Extrazug für die Teilnehmer bereitgestellt wurde. Am Demonstrationzug nahmen rund 5'500 Personen teil, und mit Buchinger aus Budapest, Lerda aus Rom, mit Georg Ledebour und Engelbert Pernerstorfer als den Hauptreferenten sowie mit Robert Grimm als Vertreter der Schweizer fehlte es nicht an prominenten Rednern.³⁷¹

Am 16. Juli 1911 sprach Karl Liebknecht in Arbon zur Marokkokrise.³⁷² Am folgenden Tag hielt er im «Velodrom» Zürich an einer vom Jungburschenverein und der «Eintracht» einberufenen Massenkundgebung ein Referat über Militarismus und Antimilitarismus, das – wie Willi Münzenberg berichtet – die schweizerische Jugendorganisation anfeuerte, den Militarismus zu zerbrechen. Die Desertion sei nur ein vereinzelter Akt und daher unzweckmässig. Die Armee müsse rot werden.³⁷³ Das letzte internationale Treffen berief der Landesverband auf den 3. August 1913 nach Bregenz ein. Mit Karl Renner aus Wien, mit dem Berliner Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann und mit Herman Greulich als Hauptrednern erinnerte es noch einmal an den Gedanken einer gemeinsamen sozialistischen Bewegung im deutschsprachigen Raum, auch wenn der Einbezug des italienischen Sprechers de Valeo diesen Eindruck vermeiden sollte.³⁷⁴ Die schweizerische Sozialdemokratie hat seit dem Ersten Weltkrieg und dem Untergang des deutschen Landesverbandes diese Art von Kundgebungen nicht mehr fortgeführt.

Ein anderes Experiment, die Sektionen zu aktivieren, nahm einen weniger erfolgreichen Verlauf. Bereits 1891 war beantragt worden, der Landesausschuss solle Preisfragen aufstellen, damit die Vereine Stoff zur Diskussion und damit eine geistige Belebung fänden. Auf Verbandsebene wurde ein Preisgericht gebildet, während die Lokalgruppen Diskussionskommissionen wählen sollten. Die Resonanz blieb jedoch schwach; die sozialistische Mitgliedschaft Chur lehnte diese Institution sogar offen als kleinbürgerliche Vereinsmeierei ab.³⁷⁵ Eine dieser Preisfragen lautete: «Welche Hoffnungen und Erwartungen knüpft die Arbeiterschaft an die Errichtung ständiger Arbeitersekretariate?» Möglicherweise zielte der Landesausschuss nicht nur auf Kritik an Greulichs Arbeitersekretariat, sondern wollte gleichsam einen Versuchsballon für den eigenen Wunsch nach einem ständigen Sekretariat starten. Eine andere Problemstellung hiess: «Inwieweit können auch in einer Monarchie demokratische Forderungen erfüllt werden?»³⁷⁶ Aus der affirmativen Frageform sprach die Bereitschaft, sich in der von der Realität einmal gegebenen monarchischen Staatsform einzurichten. Im Grundsätzlichen verfocht die Landesorganisation unter Adler jedoch einen orthodox marxistischen Standpunkt, der den Revisionismus Edu-

ard Bernsteins ablehnte.³⁷⁷ Da sich der Landesausschuss ganz mit dem von der deutschen Partei vertretenen und in August Bebel personifizierten Kurs identifizierte, gingen von ihm für die sozialistische Theoriendiskussion keine neuen Anstösse aus. Die Parteistreitigkeiten, wie sie auf dem Dresdener Sozialistentag im September 1903 offen zutage traten, suchte die Verbandsleitung nach Möglichkeit von sich fernzuhalten.³⁷⁸ Wie der Landesausschuss um die Jahrhundertwende die Aufgaben seiner Mitgliedschaften und Vereine verstand, hat er in einem Werbeauftruf von 1901 niedergelegt:

«Die ersteren machen es sich vor allem zur Aufgabe in jedem Einzelnen das Gefühl der Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei seines Heimatlandes zu kräftigen, ihn durch Vorträge über die Vorgänge in Österreich und Deutschland zu unterrichten. Sie sollen einen Zusammenhang schaffen zwischen den deutschen und österreichischen Arbeitern eines jeden Ortes, sie sollen es ermöglichen, bei grossen Streiks und Wahlen helfend einzugreifen und schliesslich auch dahin wirken, Arbeiter zu Sozialdemokraten zu erziehen, die bis dahin indifferent waren. Meist ist es das Suchen nach Arbeit, das den Proletarier veranlasst, in die Schweiz zu kommen. Er sollte aber die Gelegenheit benützen, um in der Fremde zu lernen. Liebknecht sagte einmal, die Schweiz sei die Hochschule für die Sozialdemokraten. Dieses Wortes sollten wir stets eingedenk sein, und die Einrichtungen und Verhältnisse in der Schweiz genau kennen zu lernen versuchen. Wir werden dann zur Erkenntnis kommen, dass die demokratischen Einrichtungen nur ein Mittel zum Ziele sind, dieses selbst aber in der Beseitigung der Kapitalistischen Gesellschaftsordnung liegt. Die ‚Allgemeinen Arbeiterbildungsvereine‘ bieten die beste Möglichkeit, dieses Streben zu befriedigen. Vorträge von schweizerischen und ausländischen Genossen, Bibliotheken und Lesezimmer für Zeitungen³⁷⁹, Exkursionen in Fabriken und wissenschaftliche Institute ermöglichen es jedem, seinen Gesichtskreis zu erweitern. Die Mitgliedschaften und Bildungsvereine ermöglichen es aber auch, dass die deutschen und österreichischen Arbeiter nicht nur geeinigt sind für die Tage des Kampfes, sondern auch für die der Feste.»³⁸⁰

MITGLIEDERBESTAND DER DEUTSCHEN ARBEITERVEREINE IN DER SCHWEIZ 1898-1912³⁸¹

Sektionen	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910 ¹	1911 ¹	1912 ¹	
Aarau	35	38	36	24	32	35	32	35	26	41	39	40	35	32	27	
Altstätten	8						19									
Amriswil	8			20	20		15									
Andelfingen			7													
Arbon			8		40	27	24	36	37	53	55	60	58	53	50	
Arosa													40	30	22	
Baden	30		25	14	12	18	25			64	60	69	53	30	34	
Basel, (DAV)	325	335	340	325	281	301	310	280	300	274	} 307	291	301	278	270	
Basel, (Österr.-ung. Soz.)			18													
Bern	142	177	108	84	89	97	126	146	126	141	155	191	134	163	177	
Biel	35	35	52	58		49	45	58	50		53	53	52	48	50	
Bischofszell														34	22	
Burgdorf	22	20														
Chaux-de-Fonds	65		42	43	44	36	38	38	67	69		60	51	47	48	
Chur, (AbV)	65				46	50	49	46	41	39	} 43		54	62	63	49
Chur, (Dt. Soz.)		9	18	22	16	11	14	} 11	12	12						
Chur, (Österr.-ung. Soz.)		5	5	6		3	2									
Davos	27		26	30	34	27	27	22	20	23	35	70	45	58	80	
Dietikon ZH															21	
Engadin															16	
Entlebuch	10		18	16		13	13	10	4	10						
Frauenfeld	35	47	27	25	23	34	31	47	49	41	51	51	60	58	44	
Freiburg	30			11	27	17	17			23	27	30	23	26	23	
Genf	158	187	173	174	168	160	152	172	155	160	130	150	161	151	183	
Glarus	47	33	32	32	35	34	22	32	27	42	47	33	28	18	29	
Gossau SG			8				8	12								
Herisau				15	14	15	15	27	42	47	30	25	26	24	21	
Horgen	14			6		13	30	26		29	32	40	52	35	24	
Küsnacht ZH	21 ²	20 ²	25 ²			18	18	19	21	21	28	28	27	29	25	
Lausanne			66		57		40	45	45		58	58	58	78	50	
Liestal	25	18	16	17	23	25	24	22								
Luzern, (A AV)	79	89	59		70	76	83	80	80	81	} 79					
Luzern, (Österr.-ung. Soz.)		26											91	99	83	116

Mols				10											
Neuenburg			40	49	26	34	43	40	36	28	40	48	48	44	55
Olten	7										15				
Payerne			25 ²	18 ²		7 ²			18	19	15	30	29	32	17
Rapperswil			8	15	18	12	14	17	13			13	20	8	
Rheinfelden		17 ²	19 ²		21 ²										
Rorschach				13	30	34			25	29	32	24	33	35	53
Schaffhausen	75	50	60	58	63	63	74	65	70	75	90	94	93	100	147
St. Gallen, (AAbV)											450 ²				
St. Gallen, (Dt.-östr. Soz.)	45	43	64	57	67	78	78	64	64	95		558	550	565	570
Stein am Rhein			18 ²			13	13								
St. Imier			12												
St. Margrethen											12				
Straubenzell												10	29	10	
Thun			15 ²												
Uster		66		38			21	30	22	32	38	51		38	30
Uzwil	25	20	19	8	6	9	4		44	32	24	24	42		
Vevey					27		27	22	27	16		23	19	24	42
Wädenswil	44		27	21	21	15	25	20	20	32	33	33	33	27	25
Wattwil-Lichtensteig			20	14					25	15	12	22			
Weinfelden								23	28	37	39	31	31	19	23
Wil SG		27	19	18	31	25	29	25	33	25	22	23	20	15	17
Winterthur, (AbV)		190	171	124	140	170	205	195	214	197					
Winterthur, (Mitgl. dt. Soz.)			31	18	14		45	48	43	40	50	198	199	210	227
Winterthur, (Österr.-ung. Soz.)		35	31	28	23										
Zug	34	24	18	23	29	20	20	20	25	18	26	25	25	20	18
Zürich, («Eintracht»)	950	918	760	700	673	767	700 ³	747	800 ³	741					
Zürich, (Mitgl. dt. Soz.)	149	110	110	60	61	65	62	70			974	924	1104	1055	1131
Zürich, (Österr.-ung. Soz.)		50	39	39	34	52	78	67	176	231					
Zürich, («Sloboda»)						21	40	31	34	33	40	28	34	33	40
(Mailand)								30	54	31	40	58	54	31	40
(Turin)													42	26	

¹ Für die Zähljahre 1910 bis 1912 ist nicht das Jahresende, sondern der 30. Juni der Stichtag.

² Gehörten dem Landesverband noch nicht an.

³ Divergierende Bestandeszahl zu jener im entsprechenden Jb. «Eintracht»; vgl. Tabelle S. 328.

4.4.1 DER ARBEITER-BILDUNGSVEREIN «EINTRACHT» IN ZÜRICH

Keiner der ausländischen Arbeitervereine hat die Geschicke der regionalen, zeitweise sogar der gesamtschweizerischen Arbeiterbewegung derart mitgestaltet wie die «Eintracht» in Zürich. Ihr bewegtes Schicksal hätte schon lange eine gesonderte Darstellung verdient. Durch ihre führende Rolle innerhalb der deutschen Zentralisationen ist sie im Verlaufe dieser entwicklungsgeschichtlichen Studie wiederholt hervorgetreten; sie rückt noch stärker ins Blickfeld, wenn das Verhältnis zu Gewerkschaften und Partei im letzten Vorkriegsjahrzehnt erhellt werden wird. Im Folgenden kann es sich nur darum handeln, das Innenleben in einigen Grundzügen herauszuarbeiten, um den Aufstieg zum Grossverein mitzuverfolgen.

Von der «Eintracht» und ihrer Frühgeschichte war hier schon früher die Rede gewesen, als sie in voller Entfaltung gestanden hatte.³⁸² Da man sich vom kleinbürgerlichen Bildungsstreben der Aera Schulze-Delitzsch distanzieren wollte, änderte der «Arbeiter-Bildungs-Verein ‚Eintracht‘» seinen Namen der Statutenneufassung von 1877 zufolge in «Deutscher Arbeiterverein ‚Eintracht‘» um. Seine Zielsetzung lautete fortan: «Wahrung und Förderung der geistigen, sittlichen und materiellen Arbeiterinteressen.»³⁸³ Der neue und risikobeladene Aufgabenkreis, der sich durch die Verlagerung der Agitationsbasen der deutschen Sozialdemokratie ins Ausland ergab, hat im Herbst 1880 die schon geschilderte Absonderung eines inneren Kerns überzeugter Sozialisten zur «Mitgliedschaft» bewirkt. Der Verein, der 1883 mit nicht einmal 270 Personen die Hälfte seines einstigen Umfanges besass, begann wieder anzuwachsen. Erst im Jahr 1895 kam diese stetige Zunahme bei einem Stand von 1088 Mitgliedern zum Stehen.³⁸⁴ Während sich die «Mitgliedschaft» auf die politische Agitation konzentrierte, kam in der «Eintracht» der Geselligkeit selbst unter dem Sozialistengesetz ein erstaunlich breiter Raum zu. Ihr Vereinslokal befand sich während dieser Jahre im zweiten Stock des Hauses In Gassen Nr. 10.³⁸⁵ Die Gesangs- und Turnsektion sowie der Dramatische Club erfreuten sich unverwandten Zuspruchs. Neu waren die Vereinsreisen; so hatten an der Lustfahrt vom 27. Juni 1885 mit Extrazug und Dampfschiff nach Luzern und Flüelen gegen 700 Personen teilgenommen. Am freien Sonntagnachmittag unternahm man gemeinsame kleine Spaziergänge in die Umgegend Zürichs, «wobei dann oft in der freien Natur der Humor in zwangloser Weise sich Luft machte und durch verschiedene Gesellschaftsspiele und Vorträge der Sänger Abwechslung geboten wurde».³⁸⁶ Angesichts der mythisierten Kampfromantik des Zürcher Sozialistenexils wirkt das gesellige Vereinstreiben eher überraschend. Wie gross der Unterschied zwischen Mitgliedschaft und

Grossverein war, ist bisher kaum realisiert worden. Doch die Gründung der Mitgliedschaften war eben deswegen notwendig geworden, weil es in den deutschen Arbeitervereinen an sozialistischem Bewusstsein, an Opferwilligkeit und Einsatzbereitschaft gefehlt hatte. Da jedermann, der sich eines unbescholtenen Rufes erfreute, ohne Ansehen der Nation, des Standes und der Konfession Mitglied werden konnte, war aus der «Eintracht» mehr ein sozialdemokratischer Gesellschafts- als ein Kampfverein geworden.³⁸⁷ Natürlich traten die in Verlag und Redaktion des «Sozialdemokrat» massgebenden Exilsozialisten auch in der «Eintracht» hervor; über die unmittelbare Parteiagitation hinaus engagierten sie sich hier jedoch für eine Schulungsarbeit, die die verschiedensten Wissensbereiche berührte. Eduard Bernstein hielt 1887 drei Vorträge, die Goethes Faust sowie Wallensteins Lager gewidmet waren; seine Ausführungen wurden jeweils durch Rezitationen ergänzt. Friedrich Schlüter sprach über die Chartistenbewegung in England und nahm zum bewegenden Ereignis der Hinrichtung der Chicagoer Arbeiterführer Stellung, während Leonhard Tauscher mit den Themen «Zur Arbeiterfrage» und «Die Arbeitseinstellungen» Gewerkschaftsprobleme erörterte. Weitere zwei Vorträge jenes Jahres waren der Gesundheitspflege und dem Freidenkertum gewidmet.³⁸⁸ Einen Markstein in der Vereinsgeschichte während der achtziger Jahre bildete der Erwerb eines eigenen Heims. Genau einen Monat bevor Bernstein, Schlüter und Tauscher zusammen mit Motteler ausgewiesen wurden, nämlich am 18. März 1888, beschloss die Mitgliederversammlung der «Eintracht», das Zunfthaus zur Schuhmachern, vormals Bilgeriturm, Neumarkt Nr. 5, für 145'000 Franken als Vereinshaus anzukaufen. Sofort wurde ein grosszügiger Umbau an die Hand genommen; im Parterre erhielt das in eigener Regie betriebene Restaurant seinen Platz, im ersten Stock wurden die Vereinslokalitäten untergebracht, und in der zweiten Etage baute man einen «Gesellschaftssaal» aus, der etwa 400, später 500 Personen Raum bot. Am 28. Januar 1889 strömten über 1'000 Festteilnehmer zur denkwürdigen Einweihung in das prachtvolle Heim.³⁸⁹ Auf die Kritik, das Geld für diesen stattlichen Häuserkauf hätte konsequenter anders verwendet werden müssen, fand der Vorstand nur eine gewundene Erklärung: «Sehr wohl wissen wir, dass es uns augenblicklich nicht möglich ist, in der Arbeiterbewegung so thatkräftig einzugreifen wie bisher, versichern jedoch, dass wir an dem bisher befolgten Prinzip festhalten und wenn die ersten Schwierigkeiten überwunden, wieder voll und ganz dafür eintreten werden.»³⁹⁰

Die Aufbruchsbewegung Ende der achtziger Jahre spiegelte sich auch im Vereins-

leben wider. Mit neuer Vehemenz setzte eine aufklärerische Bildungsarbeit ein, zu der sich eine ganze Reihe von Universitätslehrern unentgeltlich in die «Eintracht» bemühten. So führte im Jahr 1888 der Mathematiker August Weilenmann in die Gesetze der Optik ein, der Mediziner Wilhelm Schulthess erklärte den Herz- und Blutkreislauf, der Physiker Arnold Tobler machte die «Einträchtler» mit der Errungenschaft der elektrischen Beleuchtung vertraut, Rektor Rohner erläuterte den Wechsel der Jahres- und Tageszeiten, und über eine billige und gesunde Volksernährung orientierte sie in Dr. med. Custer ebenfalls eine kompetente Fachkraft. In jenen Jahren begann der Gedanke, die Wissenschaft müsse aus ihrem privilegierten Gelehrten-dasein heraustreten, breiteren Fuss zu fassen. Der Promotor populärwissenschaftlicher Betätigung war der Botaniker Arnold Dodel-Port, der für eine scharf antireligiöse, vom Darwinismus geleitete Weltanschauung warb, wie sie in Ernst Haeckel ihren bekanntesten Verfechter gefunden hatte.³⁹¹ Obwohl in diesem Kreis auf verlorenem Posten, verteidigte 1893 der unerschrockene Religionsgeschichtler Konrad Furrer in der «Eintracht» das «Wesen der Religion» gegen die Glaubensfeindlichkeit des naturwissenschaftlichen Materialismus.³⁹² Die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz bildeten Stützpunkte sowohl für die antimilitaristische wie für die atheistische Propaganda, deren Schärfe zu Reibereien sogar mit schweizerischen Sozialdemokraten führte.³⁹³ Durch die Verhärtung des Klassenkonfliktes wurde es immer schwieriger, Referenten aus dem Hochschulkreis zu gewinnen, und die Klagen häuften sich, die Herren der Wissenschaft seien nur in seltenen Fällen zur Aufklärung des Volkes zu haben, obgleich es nirgendwo dankbarere Zuhörer gebe als bei den Arbeitern. Der in Berlin geborene Friedrich Wilhelm Förster (1869-1966) gehörte zu den wenigen Universitätsdozenten Zürichs, die dem kaiserlichen Deutschland ablehnend gegenüberstanden. Der Philosoph und Pädagoge, der wegen seines Aufsatzes «Der Kaiser und die Sozialdemokratie» in seiner Heimat zu Festungshaft verurteilt worden war, hat sich 1897 mit einem Vortrag über «Die Entwicklungsgeschichte der sittlichen und religiösen Anschauungen» den «Einträchtlern» zur Verfügung gestellt, während August Forel im gleichen Jahr «Über das Gehirn des Menschen in sozialer Beziehung und seine Verderber» gesprochen hat. Zusammen mit der «Gesellschaft für ethische Cultur», deren führender Kopf Friedrich Wilhelm Förster war, engagierte sich die «Eintracht» für das Projekt, in Zürich eine Volkshochschule ins Leben zu rufen. Dem Mangel an geschulten Arbeitern sollte, wie der Grütlianer Pfarrer Paul Pflüger im Juni 1896 vor dem Initiativkomitee ausführte, der Unterricht in Lehrfächern wie Nationalökonomie, Kultur- und Weltgeschichte, Rhetorik und So-

zialpolitik Abhilfe leisten. Ein Mitglied der «Eintracht» wünschte, dass das Beispiel von München zum Leitbild genommen werde, wo Arbeiterbildungskurse an der Universität veranstaltet würden.³⁹⁴ Das Vorhaben war ohne Bestand. Nach der Jahrhundertwende fiel die «Eintracht» auch für volksbildungsbewusste Universitätsdozenten als Forum ausser Betracht, worin sich ebenfalls die Verschärfung der Klassengegensätze kundgab. Die «Eintracht» hat sich mehr und mehr einer gezielt sozialistischen Schulungsarbeit zugewandt, während die Idee einer Volkshochschule in der Schweiz erst nach dem Ersten Weltkrieg festen Boden gewann.

Die «Eintracht» hatte sich zu einem Grossunternehmen ausgewachsen, mit dem sich beträchtliche wirtschaftliche Interessen verbanden. Das Gedeihen des Vereins, der in den neunziger Jahren um die tausend Mitglieder zählte, galt als oberstes Leitprinzip; die Folge war eine Politik des inneren Ausgleichs, die nach taktischen Rücksichten verlangte. So war es nur eine Frage der Zeit, wann die laue Haltung dieses immobil gewordenen Grossvereins eine revolutionär gesinnte Opposition, wie sie in den «Unabhängigen Sozialisten» erstand, zur Rebellion gegen die Selbstzufriedenheit und gegen die überalterten Strukturen herausfordern würde. Die Kritik der «Unabhängigen» war, obwohl masslos polemisch in der Art, nicht aus der Luft gegriffen. Die «Eintracht» sei gar nicht jener «Ausbund sozialdemokratischer Bestrebungen», dessen Kerntuppe, wie Aussenstehende meinten, «sich aus lauter veritablen Revolutionären» zusammensetzte. Die «alte Garde» wurde von den «Jungen» als Konglomerat von materiell motivierten Interessengruppen ohne ideelle Prinzipien disqualifiziert. Die direkten Profiteure unter den Vereinsmitgliedern machten sie in den zahlreichen Lieferanten an Küche und Wirtschaft aus, deren Konsumwarenumsatz Zehntausende von Franken betrug. Eine weitere Kategorie der «alten Garde» entstamme dem selbständigen Handwerkertum. Schuster, Schneider, Schlosser- oder Küfermeister usw. erblickten den respektlosen Kritikern zufolge im Verein vor allem einen Nährboden, «worin man kluger Weise seine dem ureigensten Interesse dienenden Saugwurzeln so tief wie nur immer möglich versenkte». Schliesslich sei wegen der von der Krankenkasse gebotenen Vorteile manches Mitglied aus recht egoistischen Gründen dem Verein beigetreten.³⁹⁵ Diese Gruppen der materiell Interessierten veranschlagten die Oppositionellen auf einen Bestand von 300 bis 400 Vereinsmitgliedern. Die Angriffe trafen den wunden Punkt, da dem Grossverein in der Tat verschiedene Gruppen divergierender Interessen angehörten. Was von den «Unabhängigen» als die «alte Garde» bezeichnet wurde, war der Kreis der in Zürich längst heimisch Gewordenen, unter ihnen zahlreiche qualifizierte Vertreter des Kleinhand-

werkertums. Viele von ihnen nahmen am Vereinsleben nur noch sporadischen Anteil, weil sich mit zunehmendem Integrationsprozess der Interessenbereich sowohl beruflicher wie privater Natur (Familie) ausserhalb dieses Ausländervereins verlagert hatte. Da bei ihnen die Bindungen an das Gastland am grössten waren, verkörperten sie auch die konservativste Gruppe. Auf der Gegenseite standen die politischen Aktivisten der verschiedenen sozialistischen Richtungen. Ob sie als orthodoxe Marxisten aus dem Kreis der Mitgliedschaft, die sich nun «Deutsche Sozialisten» nannten, oder als Verfechter radikaler Randströmungen im Verein auftraten, so fand sich in ihnen die belebende Minderheit, von der die treibenden Impulse ausgingen. Die «Unabhängigen» hatten in der «Eintracht» durch ihr engagiertes Auftreten mit einigem Erfolg versucht, die Wirtschaftsverwaltung unter ihren Einfluss zu bringen, mussten aber, als es zur Machtprobe kam, vor der Mehrheit der mobilisierten «alten Garde» kapitulieren. Immerhin hatten sie eine Politisierung des Vereins bewirkt, wobei der antagonistische Mechanismus zwischen beiden Gruppen ein Abgleiten in einen selbstzerstörerischen Extremismus verhütete. Wie sich erweisen wird, hat sich dieses Kräftespiel in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg einseitig verschoben und mündete in ein resigniertes Desinteresse des alt eingesessenen Mitgliederstammes. Zwischen den Antipoden befand sich die unbestimmbare Gruppe jener Vereinsangehörigen, die – oft nur für kurze Zeit in Zürich – den kameradschaftlichen Umgang mit ihresgleichen suchten und die in der Speise-Assoziation billige und gute Verpflegung fanden.³⁹⁶

Die neue Situation, die sich aus der Nichterneuerung des Sozialistengesetzes für die Sozialdemokratie in Deutschland ergab, spiegelt sich auch im Verhältnis zwischen Mitgliedschaft und Grossverein wider. Obwohl die Mitgliedschaft sich weiterhin zu ihrem ideologischen Wächteramt berufen fühlte, hatte sie als Separatorganisation ihre Aufgaben erfüllt. Ins Zentrum des Interesses traten wieder die lokalen Existenzprobleme. Die örtlichen Arbeitskämpfe berührten die Vereinsmitglieder unmittelbar, so dass die «Eintracht» als Interessenorganisation der ausländischen Arbeiter in die vorderste Front der Auseinandersetzungen rückte. Die sozialaufklärerische Bildungsarbeit allgemeiner Zielsetzung wurde mehr als zuvor durch eine konkrete, auf die Verbesserung der eigenen Arbeitsverhältnisse gerichtete Agitation abgelöst. Von Anbeginn waren «Einträchtler» eine wesentliche Stütze der Zürcherischen Gewerkschaftssektionen gewesen. Im Gegensatz zu den «Unabhängigen», die den Verein hatten verlassen müssen, verfocht die «Eintracht» Anfang der neunziger Jahre noch eine gemässigte Gewerkschaftspolitik. Der Radikalisierung und der Streikwelle von 1894 stand sie eher reserviert gegenüber. Die eigene Streikkasse, so

herrschte lange Zeit die Meinung vor, konnte im Fall von Arbeitseinstellungen, Aussperrungen oder Massregelungen nur dazu dienen, die ärgste Not lindern zu helfen.³⁹⁷ Da befürchtet wurde, ein missglückter Streik bringe dem Verein Schaden, herrschte Skepsis gegenüber überstürzten Aktionen. Die erfolglose Streikbewegung der Bauarbeiter im Frühjahr 1894 zeitigte dann aber andere Erfahrungen. Die Mitgliederverluste infolge Abreisen liessen zwar auch dieses Mal nicht auf sich warten und schienen die gehegten Befürchtungen zu bestätigen. Doch die Niederlage endete nicht in Resignation; vielmehr hatten die Konflikte die Arbeiterschaft aktiviert, und die «Eintracht» wurde zum Forum heftiger Diskussionen, die über die Ursachen dieses Misserfolges geführt wurden. Die «Eintracht» selbst hatte Farbe zu bekennen. Da man eine sozialistische Interessengemeinschaft sein wollte, mussten in der Konsequenz jene ausscheiden, die ihr zuwidergehandelt hatten. 17 Streikbrecher wurden daher aus dem Verein ausgeschlossen. Den Mitgliederverlust machte aber die Propaganda, die mit diesen Versammlungen für die «Eintracht» verbunden war, mehr als wett: «Es wurden z.B. in 3 aufeinanderfolgenden Vereinskongressen über 150 neue Mitglieder aufgenommen, ein Resultat, dessen sich auch die ältesten Mitglieder nicht erinnern können, dass es je vorgekommen.»³⁹⁸ Diese Erfolge trugen wie die Episode mit den «Unabhängigen» dazu bei, dass sich die «Eintracht» in den bevorstehenden grossen Arbeitskonflikten vehementer als zuvor zur Sprecherin jener Richtung machte, die jede Kompromisspolitik ablehnte.

Dem veränderten Auftreten nach aussen entsprach auch eine Mutation im Vereinsleben. Zu Recht gilt die «Eintracht» seit Anbeginn in vielem als schrittmachend für die Arbeiterbewegung Zürichs, wobei das von ihr überlieferte Bild ihrer radikalen Ausprägung während der letzten Vorkriegsjahre entspricht. Bis sie jenes letzte Stadium eines sozialistischen internationalen Agitationsvereins erreichte, durchlief sie manche Stufen der Wandlung. Zu den vielen kleinen Veränderungen, die zu einer vermehrt sozialistischen Ausrichtung führten, gehörte beispielsweise, dass die Baumund Gabenverlosung bei der Silvesterfeier abgeschafft wurde. Die Aufmerksamkeit sollte sich künftig mehr der Festrede zuwenden, für deren parteikonforme Gestaltung Preferenzen wie Conrad Conzett (1893), August Bebel (1894) und im folgenden Jahr Herman Greulich besorgt waren.³⁹⁹ Neu eingeführt wurde 1894 eine eigene Kinderweihnachtsfeier; das von Emil Hauth geförderte Experiment trug – wie Platten später kritisierte – immer noch allzu kleinbürgerliche Züge.⁴⁰⁰ Da die «Bildungsarbeit» im Sinne der ideologischen Schulung zu einem festen Begriff der sozialistischen Agitation geworden war, nahm der Verein – angeregt durch die

Rückbesinnung aus Anlass des fünfzigjährigen Jubiläums – nun wieder den Namen «Arbeiter-Bildungsverein ‚Eintracht’» an. Der Vereinszweck, aus dem der Begriff des Sittlichen gestrichen wurde, wies nun in eine klassenbewusstere Richtung: «Verbreitung von Wissen und Aufklärung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete nach sozialistischen Grundsätzen, Wahrung und Förderung der geistigen und materiellen Arbeiterinteressen.»⁴⁰¹ Wenn die «Eintracht» immer mehr zum Hauptschauplatz heftiger Debatten innerhalb der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft Zürichs geworden war, so hatte der Erwerb des eigenen Vereinshauses hierzu erst die günstigen Voraussetzungen geschaffen. Allerdings liess sich die Schranke zur einheimischen Arbeiterbewegung nicht in dem erhofften Masse beseitigen. Obwohl das Volkshaus am Helvetiaplatz noch nicht bestand,⁴⁰² musste der Ausländerverein wiederholt an die Arbeiterschaft appellieren, für ihre Festlichkeiten seine Räumlichkeiten zu benutzen. Nach und nach schlugen eine ganze Reihe von Gewerkschaften und Vereinen ihren festen Sitz im Heim am Neumarkt auf: Holzarbeiter, Schneider, Schuhmacher, Zimmerleute, Deutsche Sozialisten, Polnischer Verein «Zgoda», Italienische Sozialisten, Italienische Maurer, Sozialdemokratischer Abstinentenbund Zürich I, Handschuhmacher und Maurerfachverein.⁴⁰³ Soweit es sich nicht direkt um ausländische Gruppierungen handelte, waren es vor allem von Ausländern dominierte Berufsorganisationen, die hier Domizil nahmen.

In den Jahren 1898 bis 1902 litt die «Eintracht» sehr unter der allgemeinen Baukrise, so dass ihr Mitgliederbestand mit einem Tief von 673 Zugehörigen wieder auf den Umfang von 1889 zurückfiel.⁴⁰⁴ Nach der Jahrhundertwende tauchten im Verein neue Persönlichkeiten auf, die eine schärfere Sprache führten. Während etwa Herman Greulich und selbst Karl Manz-Schäppi stellvertretend für die Richtung der älteren «Eintrachts»-Generation zu nennen sind, die in einen gemässigten Flügel abgedrängt wurden, repräsentierte Friedrich Adler die Marxisten streng orthodoxer Provenienz; diese sahen sich ihrerseits wegen der Kluft zwischen revolutionärer Theorie und reformistischer Praxis von der anarcho-syndikalistischen Minderheit um Brupbacher und Max Tobler angegriffen. Auch diese Auseinanderentwicklung unter den Vereinsmitgliedern vollzog sich in Stufen. Worüber Brupbacher 1902 – damals noch ein «diszipliniertes Mitglied der S. P.» – im Verein referierte, waren Probleme der Ernährung sowie der Nerven- und Gehirnkrankheiten.⁴⁰⁵ Während sich die «Eintracht» in ihrem Vereinsbericht von 1902 über die Ausländerhetze des erbosten Bürgertums beklagte, beschwor sie ihre Genossen zugleich in einem feurigen

Appell: «Wir wollen nicht rasten, wir wollen nicht ruhen bis wir die Geister revolutionieren, um sie für neue Ideen empfänglich zu machen. Das Bewusstsein, für die Sache des Proletariats gewirkt zu haben, entschädigt uns für alle Angriffe der kurz-sichtigen Spiessbürger und deren Pressorgane, die unter dem Deckmantel der Neu-tralität das Volk an seine Ausbeuter verraten.»⁴⁰⁶ Doch neben dieser auf eine Radikalisierung zielenden Agitation, die sich über den Verein hinaus in die Gewerkschaften erstreckte und von hier aus wieder die gesamte Arbeiterbewegung zu erreichen suchte, hatte die «Eintracht» manche der einst von den «Jungen» kritisierten Züge einer materiellen Interessengemeinschaft beibehalten. Bis 1905 wurde mit landsmannschaftlichem Beiklang unter der Schlagzeile «Deutscher Verein Eintracht Zürich» für das eigene Restaurant Reklame gemacht.⁴⁰⁷ 1901 verzichtete man auf den Betrieb der Wirtschaft in eigener Regie. Sie wurde verpachtet, während ein spezielles «Hausverwaltungskomitee» berufen wurde, um für die bestmögliche Nutzbar-machung und Instandhaltung des Vereinshauses zu sorgen.⁴⁰⁸ Vereinsmitglieder kamen in den Genuss unmittelbarer Vergünstigungen, mit denen man zum Beitritt lockte: einzelne Badanstalten (Wannenbad mit Wäsche ca. 65 Cts.), Coiffeure, Apotheken, je ein Optiker, Photograph und Zahnarzt gewährten Rabatte zwischen 15 bis 30 Prozent.⁴⁰⁹ Auf die kleinbürgerliche Vereinspropaganda mit Sondervergünstigungen wurde erst nach 1907 verzichtet.⁴¹⁰ Neben den schon bekannten Abteilungen erfuhr das gesellige Vereinsleben noch eine Erweiterung durch den Radfahrerklub «Ein-tracht».⁴¹¹ Das alljährliche Gesangskonzert des Vereinschores in der St. Jakobs-Kirche, aber auch ein gemütlicher Sauserabend mit Einlagen der Sänger und der Theater-gruppe waren schon Tradition geworden.⁴¹² Die einzelnen Sektionen des Vereins veranstalteten ihrerseits alljährlich je ein Waldfest. Die Kinderweihnachtsfeier, an der 1902 die stattliche Zahl von 229 Kindern aus dem Kreis der Mitglieder teilnahmen, hatte die Hemmnisse überwunden, die ihr wegen der freidenkerischen Tendenzen des Vereins entstanden waren: «Es scheint, dass die Furcht der Eltern und speziell der frommen Mütter, dass die Kinder in der ‚Eintracht‘ an ihrem Glauben Schaden nehmen könnten, jetzt verschwunden ist.»⁴¹³ Für die grossen Vereinsausflüge mussten nun gar zwei Extrazüge bereitgestellt werden, wobei 1902 mit 1'400 Teilnehmern und 1905 mit 1'186 Reiselustigen Meiringen im Berner Oberland das bevorzugte Exkursionsziel war.⁴¹⁴

Obwohl die Geselligkeit nicht als Selbstzweck gedacht war, sondern zur Festigung der sozialistischen Gesinnungsgemeinschaft dienen sollte, lag die Freude an einem derartigen Vereinsleben den kleinbürgerlichen Vergnügungen näher als den politisch aktiven «Einträchtlern» lieb war. Je mehr der Verein zum Aktionszentrum

innerhalb des Klassenkonfliktes wurde, der das wirtschaftliche und politische Leben Zürichs erschütterte, desto stärker kontrastierten die traditionellen Formen der Geselligkeit als Relikte einer gemächlicheren Aera. Seit dem Streiksommer 1905 hatte die Hektik der Agitation erheblich zugenommen.⁴¹⁵ Es genügte nicht mehr, die internationale Klassensolidarität durch die Teilnahme an den üblichen März- und Maifeiern oder durch die finanzielle Unterstützung der Streikenden zu bezeugen. Ob es um Sympathiekundgebungen für die russischen Revolutionäre oder um Protestaktionen gegen die Militäraufgebote in Arbeitskonflikten und Demonstrationen gegen die Ausweisungen ausländischer Genossen ging, fast stets war die «Eintracht» aktiv beteiligt.⁴¹⁶ Nach der Statutenneufassung vom 1. August 1906 konnte zwar weiterhin jeder ohne Unterschied der Nation, des Standes und der Konfession Mitglied werden, doch behielt sich der Verein den Entscheid vor, wenn sich der Aufzunehmende «eines Vergehens gegen die sozialistische Moralanschauung schuldig» gemacht hatte.⁴¹⁷ Selbst in dieser Phase machte die «Eintracht» die Gewerkschaftsangehörigkeit nur indirekt zur Voraussetzung der Mitgliedschaft.⁴¹⁸ Trotzdem brachte die Reform von 1906 eine tiefgreifende Umwälzung. Denn den einzelnen Sektionen des Vereins, die als Hort der revisionistischen und unpolitischen Elemente galten, sollte jetzt die bisherige Selbständigkeit genommen werden. Die entscheidende Veränderung erzwangen die neuen Bestimmungen über den Status der Vereinssektionen:

«Alle Mitglieder der Sektionen müssen Mitglieder des Hauptvereins sein, mit Ausnahme der Krankenkasse und ist der genauen Kontrolle wegen, von jeder Sektion am Schlusse eines jeden Quartals, das Mitgliederverzeichnis einzusenden. Erfolgt dieses nicht, so wird die Subvention verweigert. Desgleichen haben alle Sektionen ihren Vierteljahrsbericht drei Tage lang im Verkehrslokal anzuschlagen. Bei Auflösung einer Sektion fällt das Gesamtvermögen samt Inventar dem Hauptverein zu.

Die *Krankenkasse* kann, der freien Entfaltung wegen, auch Nichtmitglieder des Hauptvereins aufnehmen, doch müssen dieselben einer Organisation angehören. Bei Auflösung oder Übertritt an eine andere Kasse fällt das gesamte Vermögen und Inventar dem Hauptverein zu.»⁴¹⁹

Dieser Gleichschaltungsversuch traf die traditionsreiche *Turnsektion* am schwersten. Laut dem noch erhaltenen Protokollbuch hatte sie am 1. Dezember 1861 ihre erste Turnersitzung abgehalten und entfaltete schon in ihren Anfängen eine grosse Rührigkeit. Ein Turnlokal wurde gemietet, Gerätschaften mussten angeschafft werden.

Deutscher Verein Eintracht
Zürich

— ✦ Das ✦ —
Restaurant Eintracht
Neumarkt Nr. 5
hält sich bestens empfohlen.

— ✦ —
Gute Speisen und Getränke. — Aufmerksame Bedienung.

Arbeiter-Bildungsverein „Eintracht“
Zürich

Neumarkt 5
Telephonnummer 4021

Das
Restaurant „Eintracht“
hält sich bestens empfohlen.

Gute Speisen und alkoholfreie Getränke, Ausschank
von bestem Hürliemann-Bier. Reelle Weine.

Aufmerksame Bedienung.

Verkehrslokal verschiedener Gewerkschaften und politischer
Vereine. Grosser Saal ca. 500 Personen fassend.

Wilhelm Griesser.

Haupttreffpunkt für die deutschen Arbeiter in Zürich war das im Jahr 1888 am Neumarkt Nr. 5 erworbene Vereinshaus der «Eintracht». Obwohl der Arbeiterverein schon Anfang der neunziger Jahre den Zusatz «Deutsch» in seinem Namen gestrichen hatte, war das alte Klischee für die Restaurantreklame bis 1905 unverändert und dann mit modifizierter Überschrift beibehalten worden.



Als bedeutendster Arbeiterverein in der Schweiz besass die «Eintracht» Zürich Untersektionen, die wie jene der Turner, Sänger und jene der Speise-Association eine eigene stolze Tradition aufwiesen.

Am 13. April 1862 traten die ersten Abteilungsstatuten in Kraft, und der Vereinseifer schlug sich auch in den verschiedenen Ämtchen nieder: ein Sprechwart, Turmwart, Säckelwart, Schriftwart, Zeugwart und Fahnenwart oblagen hier ihren ehrenamtlichen Funktionen.⁴²⁰ Im Jahre 1887 schloss sich die Turnabteilung mit dem «Deutschen Turnverein» in Zürich zur «Deutschen Turnerschaft Zürich» zusammen. Auch diese Vereinigung blieb Sektion der «Eintracht», jedoch unter der zugestandenen Bedingung, dass bis ein Drittel ihrer Zugehörigen Nichtmitglieder der «Eintracht» sein können.⁴²¹ Damals herrschte noch die Auffassung vor, auch auf indirektem Wege lasse sich der Vereinszweck fördern. Jetzt war dem politischen Agitationsverein die konglomeratartige Organisation jedoch zum Hemmnis geworden. Gegen den inneren Gleichschaltungszwang setzte sich die Turnsektion zur Wehr und trat schliesslich aus der «Eintracht» aus. Wegen des Inventars kam es sogar zu einem Gerichtsverfahren, das der Hauptverein verlor.⁴²² Auch die 1874 gegründete *Krankenkasse*, die auf ihre gewerkschaftlich nichtorganisierten Mitglieder keinen Verzicht leisten wollte, konstituierte sich als selbständiger Verein.⁴²³

Die Entmachtung der Sektionen erleichterte das Zusammengehen mit der Organisation der deutschen Sozialisten. Im Jahr 1906 hatte sich der «*Verein deutscher Sozialisten*» mit dem «Verein österreichisch-ungarischer Sozialdemokraten» zum «Verein der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten» verschmolzen.⁴²⁴ Seither setzte er sich für eine völlige Umwandlung des Arbeiterbildungsvereins in eine sozialistische Parteiorganisation ein. Fast die Hälfte der deutschen Sozialisten gehörten auch der «Eintracht» an, in deren Haus sie ihr Vereinslokal verlegt hatten. Ihren Bestrebungen leisteten hauptsächlich die älteren Mitglieder Widerstand. Wie sich beim Ausscheiden von Turnabteilung und Krankenkasse erwies, war diese Opposition, obwohl sie wahrscheinlich mit einer stummen Mehrheit weitgehend übereinstimmte, bereits entmachtet. Als es zur Verschmelzung von Mitgliedschaft und Grossverein kam, galt bezeichnenderweise die erste Massnahme den Sängern und Dramatikern, denen die bisher ausgerichteten Subventionen gestrichen wurden. Nun wollte auch die *Gesangsektion* – die zu den besten Arbeiterchören gehörte – nicht länger mehr in der «Eintracht» verbleiben und erklärte sich selbständig.⁴²⁵

Die Fusion zu einer einzigen Sektion der Landesorganisation erfolgte am 12. Juli 1908. Erst jetzt entstand unter der Bezeichnung «Sozialdemokratischer Verein ‚Eintracht‘ in Zürich» eine ausgesprochene Klassenkampforganisation, wie sie heute retrospektiv als charakteristisch für diesen Ausländerverein angenommen wird. Für die neue Vereinigung wurden die Parteiprogramme der deutschen, österreichischen und

ungarischen Bruderparteien als verbindlich erklärt. Was nach den Zentralstatuten des Landesverbands längst selbstverständlich war, machten nun auch die Vereinssatzungen, die in der ausserordentlichen Generalversammlung vom 7. April 1909 beschlossen wurden, zur unabdingbaren Voraussetzung:

«Mitglied des Vereins kann jede Person werden, die einer auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehenden Gewerkschaft angehört. Von der letzteren Bedingung sind nur diejenigen ausgenommen, für welche die Möglichkeit sich gewerkschaftlich zu organisieren, nicht besteht.»⁴²⁶

Die Verletzung der Prinzipien von Partei oder Gewerkschaft wurde, sofern in geheimer Abstimmung zwei Drittel Mehrheit zustimmten, mit Ausschluss geahndet.⁴²⁷ Nach der Zusammenlegung machte man die überraschende Entdeckung, dass der Kassier des Arbeiterbildungsvereins, K. Hohnloser, 7'000 bis 8'000 Franken unterschlagen hatte.⁴²⁸ Die Neuordnung und mit ihr die Politisierung des Vereins wurden jetzt forciert. Schon eine treibende Kraft bei den Gewerkschaftskämpfen, wollte die «Eintracht» auch im politischen Bereich Einfluss gewinnen. Sie strebte nach einem gleichberechtigten Mitspracherecht in der schweizerischen Partei und agierte in einer Weise, die auf eine Spaltung des rechten und revisionistischen Flügels von der radikalen Linken drängte. Doch diese Wirksamkeit ausserhalb des Vereins ist auf der Ebene der Landesorganisation weiterzuverfolgen. Das Innenleben erfuhr in der Folge eine neue Ausgestaltung. Seit dem 1. Januar 1910 hielt sich die «Eintracht» ein ständiges Sekretariat, das Karl Müller als vollbesoldeter Angestellter übernahm.⁴²⁹ Um den Verein zur politischen Organisation der in Zürich lebenden Ausländer auszubauen, sollte er vom Ballast der Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Auf Antrag von Heinrich Brandler wurde die Vereinsleitung im August 1911 in eine verwaltungstechnische und in eine politische Abteilung aufgespalten. Das Politische Komitee hatte sich von nun an ausschliesslich mit allen Fragen der sozialistischen Schulung, der Taktik und Betätigung in Gewerkschaften und Partei zu befassen, während der Verwaltungsvorstand durch die Übernahme der administrativen Funktionen seinerseits eine Intensivierung der politagitorischen Effizienz ermöglichte.⁴³⁰

Ein sprechendes Indiz für das veränderte Vereinsinnenleben war die erneute Umgestaltung der Kinder-Weihnachtsfeier. Ohne sie ganz abzuschaffen, wurde sie zum reinen Agitationsanlass umfunktioniert:

«Der Charakter dieser Weihnachtsfeier war ein grundverschiedener gegen den der Feiern anderer Vereine. Nicht die kirchlichen Weihnachtsmelodien erschallten von der Kinder Mund, sondern frisch ertönte die ‚Weihnachtsmarseillaise‘ und ‚Wer schafft das Gold zu Tage‘. Der Festredner, ein Lehrer, schilderte den Kindern die Bedeutung des Weihnachtsfestes vom weltlichen Standpunkte aus. Er verstand es vortrefflich, den Kindern die Weihnachtsitten der alten Germanen zu schildern und damit auch die eigentliche Bedeutung Weihnachtsens.»⁴³¹

An dem Fest im Dezember 1909 beteiligten sich lediglich 148 Kinder, obwohl der Verein über tausend Mitglieder auswies. Im Jahr 1905 (Vereinsbestand: 747 Mitglieder) hatten sich zur Feier noch 260 Kinder eingefunden.⁴³²

Der Rückzug der älteren Mitglieder, die häufiger Familienanhang besaßen, und das Dominieren von in den letzten Jahren neu hinzugekommenen jungen und zu meist ledigen Vereinsangehörigen spiegelt sich in diesem Auseinanderklaffen der Zahlen wider. Nimmt man die Beteiligungsquoten an den Versammlungen und Abstimmungen hinzu, so wird es zumindest fragwürdig, aus der ziffernmässigen Zunahme der Vereinsmitglieder darauf zu schliessen, am Vereinsleben hätten nun auch mehr Personen unmittelbaren Anteil genommen. Der Umstrukturierungsprozess, der die «Eintracht» von innen revolutionierte, zeitigte die umgekehrte Wirkung. Die Gruppen, die das Vereinsleben bestimmten, wurden nach der Zahl eher kleiner, ihre politischen Aktivitäten nach aussen hingegen erheblich grösser. Der Amputation der Gliedsektionen mit einem älteren und festen Mitgliederstamm stand eine starke Zufuhr an jungen und neuen Kräften gegenüber. Hatten sie in der SPD vergeblich den Attentismus bekämpft, so nutzten sie im Ausland die grössere Bewegungsfreiheit zur ungehemmten Agitation. Die sprunghafte Zunahme jüngerer Kräfte lässt sich auch an der Mitgliederbewegung in der «*Speise-Assoziation*» ablesen. Günstige und nahrhafte Verpflegung wurde von jedem Arbeiter geschätzt, aber voll genutzt werden konnten die Vorteile der Speisegenossenschaft doch nur von jenen, die am Ort noch nicht anderswo feste Wurzeln geschlagen hatten. Wer hier Tag für Tag das Frühstück (Kaffee, Milch, ein halbes Pfund Brot nebst Butter), das Mittagessen (Suppe, Fleisch und zwei Gemüse) sowie das Abendessen (Suppe, Fleisch, eventuell Mehlspeise und Obst) einnahm, fühlte sich am Neumarkt alsbald derart zu Hause, dass der Einbezug in das Vereinsleben fast von selbst erfolgte.⁴³³ Die Mitgliederzahl der 1860 gegründeten Sektion hat den Bestand von 150 Kostgängern nie wesentlich

zu überschreiten vermocht, erreichte jedoch mehrmals ein Tief wie zuletzt Ende 1902 mit 50 Abonnenten. Seit 1905 (172 Mitglieder) schnellte nun die Zahl der Kostgänger in ungewöhnliche Höhen: 1907 waren es im Durchschnitt 235 und 1908 240 Mann, die die Speisegenossenschaft frequentierten; 1910 zählte sie gar 427 Mitglieder.⁴³⁴ Dieser Zufluss an zumeist jungen Zuwanderern wirkte sich für die «Eintracht» unmittelbar aus, da die Kostgänger spätestens nach vier Wochen dem Verein beitreten mussten. Auch aus diesem Blickwinkel trifft das Wort des Basler Historikers Markus Mattmüller von der «von Jugendlichen unterwanderten ‚Eintracht‘» zu.⁴³⁵ Kaum ein Drittel aller Mitglieder beteiligte sich an der Vereinspolitik. Von diesem entfiel wiederum ein ganz erheblicher Teil auf die jungen Vereinsangehörigen, so dass der Kurs dieser radikalen Minderheit nicht ohne Weiteres als repräsentativ für den grössten Ausländerverein der Schweiz erachtet werden kann. Als die «Eintracht» am 1. Oktober 1912 eine Sektion der kantonalen Partei wurde, war von den charakteristischen Merkmalen des alten Arbeiterbildungsvereins wenig mehr übriggeblieben.

Auch im Verwaltungsbereich ergaben sich Veränderungen. Am 13. Oktober 1909 war der Ankauf der benachbarten Liegenschaft Neumarkt Nr. 7 für 92'000 Franken beschlossen worden.⁴³⁶ Der Plan zu einem neuen Gewerkschaftshaus «Eintracht» rückte damit der Verwirklichung näher, doch machten Widerstände von Seiten der Behörden zunächst eine provisorische Nutzungslösung notwendig. An eigenen Unterbringungsmöglichkeiten hatte es bisher gefehlt. So bot sich nun die Gelegenheit, in Verbindung mit dem bestehenden Restaurant eine Herberge einzurichten. Nachdem der Pächter Konkurs gemacht hatte, wurden die drei Unternehmungen der «Eintracht» (Restaurant, Speisegenossenschaft und alkoholfreies Restaurant) zu einem einheitlichen Unternehmen in eigener Regie zusammengefasst.⁴³⁷ Die beträchtlichen Vermögenswerte und das damit verbundene wirtschaftliche Interessendenken machten den Verein, der sich in seinem klassenkämpferischen Agieren nicht zurückhalten wollte, ebenso verletzlich wie sie ihn behinderten. Er zog daher auch hier die Konsequenzen und trennte sich ganz von der Verwaltung, indem er am 1. Juli 1912 die beiden Grundstücke Neumarkt 5 und 7 an die neugegründete Genossenschaft «Gewerkschaftshaus Eintracht» abtrat. Der Verein erhielt über den Selbstkostenpreis hinaus ein Guthaben von 20'000 Franken in Form von Anteilscheinen, die frühestens am 30. Juni 1917 kündbar und mit fünf Prozent zu verzinsen waren. Fortan sass nun der politische Verein bei der Genossenschaft «Gewerkschaftshaus Eintracht» für jährlich 800 Franken zu Miete.⁴³⁸ Während der durch den Krieg arg in Mitleidenschaft gezeichnete sozialdemokratische Verein am 23. August 1916 die Auflösung be-

schloss, verwaltete die Genossenschaft die Liegenschaften bis Ende 1933 und bewahrte dadurch der organisierten Arbeiterschaft Zürichs eine denkwürdige Heimstätte. Am 1. Januar 1934 gingen sowohl die «Eintracht» wie der «Adlerberg» in den Besitz der Stadt Zürich über.⁴³⁹ Die umwälzenden Mutationen, die den radikalen Politisierungsprozess begleiteten, sind vom legendären Ruf, welcher der «Eintracht» erhalten blieb, völlig überdeckt worden. Das überlieferte Bild lässt sich durch den statistischen Vergleich noch verifizieren. Man mag unreflektiert von einer proletarischen Ausländerorganisation sprechen, doch die Berufsgliederung der Mitglieder zeigt, dass der Begriff «proletarisch» und «Proletariat» auf die deutschen Arbeitervereine selbst in den letzten Vorkriegsjahrzehnten kaum anwendbar ist, ohne Missverständnisse zu wecken. Die Feststellung, nach 1900 habe es in der «Eintracht» mehr Hausfrauen als Fabrikarbeiter gegeben, mag wie ein übler Scherz klingen. Ein Blick auf die Berufsstatistik dokumentiert, dass sich die «Eintracht» in ihrer Gesamtheit den Charakter einer Handwerkervereinigung mit überraschender Konstanz bewahrt hat, wobei die Veränderungen im Handwerksbetrieb selbst natürlich zu berücksichtigen sind. Von den über hundert Berufszweigen, die in der «Eintracht» vertreten waren, seien für drei Stichjahre jene Berufsarten herausgenommen, denen zehn und mehr «Einträchtler» angehörten.⁴⁴⁰

VEREINSMITGLIEDER DER «EINTRACHT» ZÜRICH NACH DEN HÄUFIGSTEN BERUFSARTEN

Berufe	1902	1905	1907	Berufe	1902	1905	1907
Brauer	32	31	27	Schlosser	52	63	50
Buchbinder	31	26	19	Schneider	72	76	63
(Fabrikarbeiter)	3	2	6	Schreiner	133	176	190
Hausfrauen	14	12	14	Schuhmacher	100	92	88
Glaser	8	16	8	Spengler	39	40	31
Kaufleute	10	6	6	Studenten	1	21	26
Küfer	11	15	18	(Studentinnen)	1	8	9
Maler	33	58	68	Tapezierer	24	29	23
Maurer	17	21	15	Typographen	27	14	16
Mechaniker	10	13	15	Wirte	19	18	15
Sattler	16	11	16	Zimmerleute	23	15	20

Somit dominierte auch jetzt noch das qualifizierte Handwerkertum. Dabei hatten die drei Berufszweige Schreiner, Schuhmacher und Schneider ihre Vormachtstellung weitgehend beibehalten, machten sie doch zusammen einen guten Drittel des Totalmitgliederbestandes aus.

Der Wandel im Aufgabenbereich der «Eintracht» lässt sich auch an den von der Reiseunterstützungs-Institution geleisteten Diensten ablesen. Diejenigen Genossen, die auf ihrer Wanderung den Verein um Beihilfe baten, wurden mit einem Mittag- oder Nachtessen bei der Speisegesellschaft gratis verpflegt; sie erhielten ein freies Nachtquartier im Hotel «Schwarzer Adler» oder «Stüssihof», die beide von Vereinsmitgliedern geleitet wurden. Hilfe konnten nur Reisende beanspruchen, die mindestens seit drei Monaten gewerkschaftlich organisiert waren.⁴⁴¹

VON DER «EINTRACHT» ZÜRICH UNTERSTÜTZTE PERSONEN 1905-1914

Jahr	Anzahl der unterstützten Personen	Jahr	Anzahl der unterstützten Personen
1905	1060	1910/11*	1965
1906	1379	1911/12*	468
1907	1850	1912/13*	453
1908	2140	1913/14*	431

* Rechnungsabschluss Jahresmitte.

Die gewaltige Steigerung nach 1906 erklärt sich durch die Verträge, die die «Eintracht» mit einzelnen Gewerkschaften hatte abschliessen können, die ihr pro unterstütztes Mitglied 50 Rappen rückvergüteten. Politisch Organisierte wurden 1907 zur Hälfte von der «Eintracht», zur Hälfte von der Mitgliedschaft unterstützt.⁴⁴² Der politische Kampfverein reduzierte das Unterstützungswesen, das 1902 noch als «eine der schönsten Aufgaben unseres Vereines» gepriesen wurde⁴⁴³, auf ein Minimum. Ab 1. Juli 1911 richtete die «Eintracht» nur noch an politisch Organisierte die Reiseunterstützung aus, während die Gewerkschaften nun ganz für ihre Mitglieder aufzukommen hatten.⁴⁴⁴ Auch die These, die Vereinspolitik sei von einer Minderheit aktiver «Einträchtler» betrieben worden, die in der Regel nicht einmal einen Fünftel des Gesamtbestandes ausmachten, lässt sich statistisch abstützen. Allerdings ist es nur für die letzten Vorkriegsjahre möglich, über die Beteiligung an den einzelnen Vereins Versammlungen näheren Aufschluss zu gewinnen.⁴⁴⁵

BESUCHERFREQUENZ DER «EINTRACHT»-VERSAMMLUNGEN 1910-1914

Zeitraum	Anzahl der erfassten Versammlungen	Versammlungsbesuch		
		Durchschnitt	Höchst	Tiefst
Jan.1910 – Juni 1910	6	115	151	68
Juli 1910 – Juni 1911	15	103	177	69
Juli 1911 – Juni 1912	25	114	195	48
Juli 1912 – Juni 1913	20	132	255	58
Juli 1913 – Juni 1914	10	136	293	53

Welche leidenschaftlichen Kontroversen diese Vereinsversammlungen bewegten, wird sich im Widerstreit der Meinungen innerhalb der Landesorganisation spiegeln. Diese Zahlen machen den relativ schlechten Versammlungsbesuch deutlich. Die von der linken Minorität gefassten Beschlüsse wurden jedoch nach aussen im Namen des Grossvereins verfochten, der 1912 einen theoretischen Maximalbestand von 1'377 Mitgliedern erreichte. Die gewaltigen Streichungen von Mitgliedern, die im Juni 1912 356 und im Juni 1913 527 zahlungssäumige Personen betrafen, sprechen mit für die Resignation der älteren und gesetzteren «Einträchtler» gegenüber dem neuen Kurs. Darin ist wohl nicht nur die Ablehnung der aus Agitationsgründen vorgenommenen Beitragserhöhung vom Oktober 1911 zu sehen, sondern auch ein stummer Protest gegen die Umfunktionierung des Arbeiterbildungsvereins überhaupt.

MITGLIEDERBESTAND DES ARBEITERBILDUNGS-VEREINS «EINTRACHT»
ZÜRICH 1883 -1916⁴⁶

Jahr	Mitgliederbewegung						Es verkehrten im Verein nach Nationalitäten: ¹			
	Total-Bestand	Ein-getreten	Aus-getreten	Ge-strichen	Ausge-schlossen	Gestorben	Deutsche	Österr.-Ungarn	Schweizer	Russen
1883	270									
1884	394									
1885	482			46	4	1	570	13	56	
1886	581	251	112	72	2	3	650	17	70	
1887	615	346	155	150	2	5	793	14	67	
1888	637	309	187	91		9	789	40	65	4
1889	687	383	209	120	1	3	898	60	47	8
1890	731						975	89	57	8
1891	812	468	270	115		2	1053	94	48	5
1892	883	504	316	114		3	1132	102	65	5
1893	917	483	254	149	42 ²	4	956	68	83	8
1894	1083	667	286	191	18 ³	6	1267	105	93	9
1895	1088	592	319	259	4	5	1331	116	92	2
1896	1059	518	300	242	1	5	1242	140	87	3
1897	1004	517	329	232	3	8	1204	149	77	6
1898	950	503	273	177	3	5	1128	156	88	10
1899	918	429	291	165		5	1054	163	85	6
1900	760	260	226	183		8	879	170	79	2
1901	700	222	144	136		2	754	121	88	2
1902	673	195	123	89	2 ³	8	682	116	101	5
1903	767	273	117	66		2	750	90	88	11
1904	763	240	115	91		2	777	161	110	32
1905	747	280	174	80	3	7	706	147	96	31
1906	870	298	142	127	3	3	720	140	110	102
1907	741 ⁴	470	202	160	1	3	646	137	86	61
1908 ⁵	974 ⁵	698	267	188	2	8	642	147	82	68
Juni 1910	1104	1049	705							
Juni 1911	1055	642	418	272	1	4	677	212	68	
Juni 1912	1131	909	448	358 ⁶	2	1	738	225	77	
Juni 1913	658 ⁶	502	421	577 ⁶		1	436	117	51	
Juni 1914	844 ⁶									
Juni 1915	421									
Dez. 1915	397									
März 1916	370									
Juni 1916	373									

¹ Soweit die Summe der angegebenen Zahlen den Totalbestand übersteigt, wurden auch die fluktuierenden Mitglieder gezählt. Da vereinzelt nichtdeutschsprachigen Nationalitäten nur z. T. nachgegangen werden kann, werden sie mit Ausnahme der Russen (1888–1908), die infolge der gescheiterten russ. Revolution von 1905 stark anwuchsen, nicht aufgeführt.

² Ausschuß der «Unabhängigen Sozialisten».

³ Ausschuß wegen Streikbruchs.

⁴ Der Jb. «Eintracht» 1907, S. 12, gibt einen Mitgliederbestand von 974 Personen an. Im folgenden Jb. 1908, S. 9, wurde die Zahlenangabe infolge Rechenfehlers des Kassiers auf 741 berichtigt.

⁵ Der Jb. «Eintracht» 1909/1910 wertete die Bestandesziffer 974 im Jahr 1908 nur noch als theoretische Zahlengröße und nahm einen Umfang von 760 Mitgliedern für Dez. 1908

4. 5 Vom Föderativ- zum Zentralverband

Der exkursorische Gang durch die einzelnen Ortssektionen hat die Geschichte des Landesverbandes im Jahr 1899 unterbrochen, nachdem die Fusion mit den österr.-ungarischen Sozialdemokraten zustande gekommen war.⁴⁴⁷ Wohl hatte der Landesausschuss eine Sammlung der Kräfte erreicht, doch konnte damals eine organisatorische Straffung noch nicht gewagt werden. Der Verband war im Wesentlichen auf der lockeren Verbindungsform von 1891 stehengeblieben. Jede Sektion hatte ihre eigenen Mitgliederbücher oder -karten, und das Beitragssystem war für die kleineren Vereine höchst unbefriedigend gelöst. Die Verbandsleitung durfte lediglich vermittelnde und propagandistische Funktionen erfüllen und stand den Sektionen ohne Kompetenzbefugnisse gegenüber. Der Versuch beispielsweise, eine zentralisierte Krankenkasse einzurichten, von der auch die kleineren Vereine profitiert hätten, scheiterte am Egoismus der grossen Sektionen. Diese konnten sich eine solche soziale Institution leisten und hätten bei einer Krankenkasse auf Verbandsebene die Hauptlast zu tragen gehabt. Sie widersetzten sich daher einer Zusammenlegung und bequemten sich bestenfalls dazu, unter den bestehenden Krankenkassen Freizügigkeit einzuräumen.⁴⁴⁸ Ein anderer Missstand resultierte daraus, dass sich die schwachen Sektionen, die aus der Zentralkasse Unterstützung erhalten hatten, nach Belieben auflösen oder aus dem Verband austreten konnten, ohne dass der Landesausschuss irgendeine Mitsprachemöglichkeit besass. 1899 waren diese Mängel ungelöst geblieben, weil die damalige Fusion nicht durch andere Fragen belastet werden sollte.

Friedrich Adler war 1903 zum Protokollführer im Landesausschuss vorgeückt. Noch stand dem Verband Emil Szymanowski als Präsident vor. Der Färbereiarbeiter, der ein ebenso guter Sozialdemokrat wie polnischer Patriot war, hatte seinerzeit in der Expedition des «Sozialdemokrat» mitgewirkt. Als Heinrich Schmidt im Jahr 1899 aus dem Landesausschuss ausgeschieden war, hatte man den langbewährten

an. Einerseits hatte die neue Vereinsleitung aus Prestige Gründen ein Interesse an niedrigen Zahlen der Vorperiode, andererseits sind, wie die Unstimmigkeiten innerhalb der Mitgliederbewegung zeigen, die statistischen Methoden noch derart ungenügend, dass den Angaben nur Richtwert zukommt. Die Fusion mit dem «Verein Deutscher und österr.-ungar. Sozialdemokraten», von dem neu 98 Personen der «Eintracht» beitraten, macht einen beachtlichen Zuwachs für 1908 wahrscheinlich. Jb. 1908, S. 9, Anm. 2; Jb. 1909/10, S. 7 f.

⁶ Der rasche Mitgliederzuwachs und die überhöhte Fluktuation infolge der Streikaktionen (12. Juli 1912 Generalstreik in Zürich), liessen die Streichungen wegen Restanzen anschwellen. Infolge teilweiser Nachzahlungen ergab sich für 1914 wieder ein Zuwachs. Bei Kriegsausbruch sank der Bestand auf rund 500 Mitglieder (Aug. 1914) ab.

Genossen an die Spitze der Zentralisation gestellt. Wohl verlieh ihm sein weisser Patriarchenbart etwas Ehrwürdiges, doch fehlte ihm die geistige Tatkraft, die zur Lösung der mannigfachen Aufgaben in der Verbandsleitung gerade jetzt gebraucht wurde. Somit ergab es sich fast von selbst, dass der jugendliche Friedrich Adler die Initiative in diesem obersten Gremium übernahm.⁴⁴⁹ Sein Einfluss machte sich alsbald in der Belebung der Verbandspolitik bemerkbar. Er war es, der auf der Landeskonferenz von 1904 in Winterthur die vom Landesausschuss vorgeschlagene Straffung verfocht:

«Es soll in Zukunft nicht mehr statthaft sein, dass ein Verein sich beliebig loslösen kann. Durch den Zusammenschluss in ein festes Band wollen wir die Sektionen zusammenhalten, nicht dass es x-beliebig einem einfällt, das Vermögen zu teilen, nachdem der Landesausschuss Jahre hindurch unter die Arme griff. Diesem wollen wir einen Riegel stecken und das ist nur möglich durch eine strammere Zentralisation.»⁴⁵⁰

Was hier verlangt wurde, war nicht bloss eine Frage der Kompetenzerweiterung, sondern ein völlig neuorientiertes Selbstverständnis. Unter den Delegierten gehörte Dionys Zinner, der 1886 als Ausgewiesener in die Schweiz geflüchtet und im Schweizerischen Schuhmacherverband zur massgebenden Persönlichkeit aufgestiegen war, zu den wenigen Übriggebliebenen, die die Zentralisation aus ihrem ersten Jahrzehnt kannten und sich jetzt gegen eine autoritäre Umformung sträubten. Die Partei in Deutschland selbst habe nicht einmal eine lose Zentralisation, sondern nur lokale Organisationen, ein lockeres Verhältnis bilde kein Hindernis für die Fortentwicklung: «Unsere Aufgaben sind nicht mehr die gleichen wie vor 30 Jahren; heute hat sich die schweizerische Arbeiterbewegung entwickelt; sie ist uns über den Kopf gewachsen. Wir bilden heute die Minderheit.»⁴⁵¹ Inzwischen hatten sich jedoch die Argumentationen vor allem unter den kleinen Vereinen gewandelt. Wollten sie einst nur einen lockeren Föderativverband, um nicht durch die grossen Sektionen unterdrückt zu werden, so erhofften sie sich jetzt gerade von einer starken Zentralisation einen besseren Rückhalt. Während früher die Nähe zu den Gesinnungsgenossen anderer Nationalitäten eine straffe Sonderorganisation hatte unerwünscht erscheinen lassen, wurde nun die Schlussfolgerung in ihr Gegenteil verkehrt:

«Wenn letzterer (Zinner, d. Verf.) sagt, dass die deutsche Partei lose existiert, so ist zu entgegnen, dass wir in der Schweiz andere Verhältnisse haben. In Deutsch-

land sind die Genossen mehr geschult. Hier in der Schweiz sind wir mehr international; hier befinden sich die Arbeiter aller Länder zusammen und deshalb brauchen wir eine stramme Organisation.»⁴⁵²

Dem Willen nach eindeutiger Ausrichtung entsprach die Neufassung der Statuten von 1904. Hatte sich der Verband im Zweckparagrafen bisher lediglich verpflichtet, «die socialdemokratische Agitation in jeder Weise zu unterstützen und an derselben teilzunehmen», so definierte er sich jetzt unmissverständlich als «politische Organisation der Sozialdemokraten aus Deutschland und Österreich-Ungarn in der Schweiz».⁴⁵³ Damit wurde auch formal der Schritt vollzogen, politische Parteigliederung im Ausland zu sein. Die wichtigste Neuerung enthielt der Passus:

«Bestehende Arbeitervereinigungen gleicher Tendenz können durch den Landesausschuss in die Landesorganisation aufgenommen werden, sofern sie diese Statuten anerkennen. Eine Sektion kann sich nicht für selbständig erklären.»⁴⁵⁴

Bisher war der Eintritt in die Zentralisation freigestellt worden, sofern sich ein Lokalverein zum sozialdemokratischen Programm seiner Heimatpartei bekannte und sich in ihrem Sinn für die Förderung der Arbeiterinteressen einsetzte. Die Aufnahme wurde nun vom Entscheid des Landesausschusses abhängig gemacht. Vor allem aber war es den einzelnen Vereinen benommen, gegen eine missliebige Beschlussfassung der Verbandsmehrheit einfach mit dem Austritt zu reagieren. Obwohl der regionale Individualismus nicht erloschen war, fehlte den Vereinen im Welschland, die gegenüber der Vielzahl ihrer Brudersektionen im deutschsprachigen Raum ganz zurücktraten, die Kraft, um den Übergang vom Föderativ- zum Zentralverband zu verhindern.

In ihrem ersten, die Landesorganisation umschreibenden Teil übernahm die Statutenneufassung die Verpflichtung auf das sozialdemokratische Programm der Heimatpartei, die Trennung in Mitgliedschaften und Vereine sowie die Ausschlussdrohung für Verstöße gegen die Parteiprinzipien fast unverändert. Die Verbindung zu den Schweizer Genossen regelte § 8; er hielt die Sektionen zum Beitritt in die lokale Arbeiterunion an und forderte das Einzelmitglied zur Beteiligung an den Gewerkschaftsorganisationen auf. Im zweiten Abschnitt wurden die Bestimmungen über den Landesausschuss und die Landeskonferenz festgelegt, wobei auch eine für die kleinen Vereine günstigere Regelung der Delegiertenquoten Aufnahme fand.⁴⁵⁵ Neu

war, dass die Vereine für den Fall selbständiger Verbindungen unter sich sowie bei grösseren Zusammenkünften mit ausländischen Gruppen zur Meldung an den Landesausschuss verpflichtet wurden.⁴⁵⁶

Reformbedürftig war vor allem das Beitragssystem. Noch die Statuten von 1899 hatten beibehalten, dass entsprechend der Vorherrschaft der Mitgliedschaften diese wesentlich höhere Beiträge an die Zentralisation leisten mussten als die Vereine. Der Beitrag in der Mitgliedschaft betrug für den Einzelnen pro Monat zwanzig Rappen, wovon die Hälfte an den Landesausschuss abgeführt wurde. Zur Quittung und Kontrolle dienten entsprechende Marken, die auf die Mitgliedskarten aufzukleben waren. Die Vereine hingegen bezahlten nur eine ihrer Mitgliederzahl entsprechende Pauschalsumme, die mit dem Landesausschuss von Quartal zu Quartal vereinbart wurde.⁴⁵⁷ Nach diesem System war es möglich, dass zum Beispiel die Mitgliedschaft Winterthur mit 45 Angehörigen volle Fr. 54.– im Jahr an den Landesausschuss abführen musste, während der Arbeiterverein Winterthur mit 170 Personen nur Fr. 20.– für den gleichen Zeitraum zahlte.⁴⁵⁸ Den Mitgliedschaften, die trotz aller gegenteiligen Bemühungen bis zur Vereinzelung zurückgegangen waren, geriet das allzu lange Beharren auf der vergangenen Vormachtstellung zur untragbaren Last. Dem neu geordneten Markensystem zufolge zahlten nun Vereine mit weniger als 100 Mitgliedern pro Person und Monat fünf Rappen; grössere Vereine entrichteten an die Verbandskasse eine jährliche Grundsumme von Fr. 48 – und pro Person monatlich einen Rappen. Überdies bestand die Alternative, das Pauschalssystem zu wählen; danach hatten die Vereine für die ersten zehn Mitglieder Fr. 3.–, für weitere zehn Personen jeweils Fr. 6.– und von hundert Zugehörigen an Fr. 1.20 pro zehn Mitglieder abzuführen.⁴⁵⁹ Die grössten Vereine Genf, Winterthur, Basel und Zürich, die für ihre eigenen Institutionen grosse Aufwendungen erbringen mussten, bezahlten auch nach dem neuen System pro Kopf immer noch einen geringeren Beitrag an den Landesverband als die Sektionen mit weniger als hundert Personen.⁴⁶⁰

Waren die Verbandsgeschäfte ohne Bezahlung geführt worden, so sollte der Landesausschuss fortan eine finanzielle Beihilfe erhalten. Die Hauptlast der Arbeit trug der bisher ehrenamtliche Sekretär, der vor allem mit den Vereinsvorständen zu korrespondieren hatte und z.B. 1903 1216 Postausgänge bewältigen musste. Da Anton Seidl als Lohnarbeiter eine Familie zu ernähren hatte, verblieb ihm für die Erledigung dieser Aufgaben nur der Abend und der freie Sonntag. Von der Sektion Uster war zunächst beantragt worden, dem Sekretär eine jährliche Entschädigung auszurichten. Schliesslich wurde entsprechend dem Vorschlag von Friedrich Adler eine

prinzipielle Formulierung für die Statutenfassung gewählt: «§ 20. Die Landeskonferenz bestimmt für die drei folgenden Jahre die Summe, die der Landesausschuss pro Jahr zur Vergütung interner Arbeit verwenden darf.»⁴⁶¹ Diese scheinbar belanglosen Veränderungen sind deshalb wichtig, weil sie den Schwerpunkt aus den Ortssektionen nach der Verbandsführung verschoben und dem Landesausschuss die Grundlage für sein nachfolgendes expansives Vorgehen verliehen. Der letzte Hauptabschnitt regelte die Geschäftsführung in der Sektion, wobei das seit 1881 bewährte Vertrauensmännersystem beibehalten wurde.⁴⁶² Die in Winterthur beschlossenen Statuten traten am 1. Januar 1905 in Kraft.

Gerade in kritischer Zeit, als dem Landesverband anarchosyndikalistische Gruppen Schwierigkeiten bereiteten, fehlte die Führung Friedrich Adlers. Das organisatorische Reformwerk war damit aber noch nicht zu Ende geführt worden. Erst Anfang 1907, nachdem er von seinem anderthalbjährigen Aufenthalt in München zurückgekehrt war, stand er dem Verband wieder zur Verfügung. Jetzt übernahm er auch offiziell das Präsidium. Unter seiner Leitung wurde der auf der Winterthurer Tagung begonnene Ausbau der Zentralisation erneut energisch an die Hand genommen. Die Wende leitete bereits die Aarauer Landeskonferenz vom 22. April 1907 ein. Sie hiess Adlers Vorstoss gut, der statt einer blossen Entschädigung ab 1. Juli eine richtige besoldete Halbtagsstelle für den Sekretär schaffen wollte.⁴⁶³ Für seine Mitteilungen an die Sektionen hatte sich der Landesausschuss bis dahin mit Zirkularen behelfen müssen. Ein Korrespondenzblatt, wie es der Verein Weinfelden forderte, überschritt die finanziellen Möglichkeiten. Die Leistungsfähigkeit der Zentralisation in den sechziger Jahren blieb diesem Landesverband unerreichbar, was umsomehr in die Augen springt, wenn man die Mitgliederbestände ins Verhältnis zur Gesamtzahl der deutschen Arbeitnehmer setzt. Immerhin entschloss man sich jetzt zur Herausgabe eines monatlichen Bulletins, den «Nachrichten», in denen neben den Mitteilungen der Verbandsleitung auch Berichte der Vereine Aufnahme fanden.⁴⁶⁴ Eine weitere Neuerung brachte die Einführung eines zentralen Schriftendepots, das den Reibereien mit der Grütlibuchhandlung ein Ende setzte. Die Vereinsbibliothekare erhielten nun regelmässige Empfehlungen zur Beschaffung sozialistischer Publikationen; zugleich wurde die Werbung bei den Mitgliedern zum Kauf der aktuellen Broschürenliteratur intensiviert. Das Zentralschriftendepot galt als «die wichtigste Quelle für unsere fortwährende Agitation».⁴⁶⁵ Es erreichte, was den Vertrieb rein sozialistischer Literatur anbelangt, beinahe den Umsatz der Grütlibuchhandlung.⁴⁶⁶

Im Zug der Verschmelzung mit den Schweizern ist es am 1. März 1912 wieder an die Grütlbuchhandlung abgegeben worden.⁴⁶⁷

Die Umstellung auf einheitliche Mitgliedsbücher diente ebenfalls der Straffung und erleichterte den Mitgliedern den Wechsel von einer Sektion in die andere.⁴⁶⁸ Dass der Landesausschuss nun nicht mehr gewillt war, eigenmächtiges Handeln der Sektionen hinzunehmen, brachte seine Kritik an der Unterstützung des Wahlkampfes 1906/1907 zum Ausdruck: «Die Basler und Schaffhauser Genossen, die diesmal wieder – hoffentlich zum letzten Mal – auf ‚eigene Faust‘ handelten, taten, wie uns die vorliegenden Berichte sagen, ebenfalls in Baden und im Elsass ihre Schuldigkeit.» Es werde nicht mehr geduldet, dass jeder gerade das tue, was ihm gefalle. «Wir werden bei kommenden Kampagnen das Recht der Arrangements und der Leitung der Agitation auf alle Fälle für den Landesausschuss in Anspruch nehmen.»⁴⁶⁹ Eine weitere Vereinheitlichung wurde 1908 durch die Verschmelzung der beiden grössten Arbeiterbildungsvereine Zürich und St. Gallen mit den dortigen sozialdemokratischen Mitgliedschaften erzielt. Erst jetzt trat der St. Galler «Allgemeine Arbeiterbildungsverein» mit seinen 450 Mitgliedern in den Zentralverband ein.⁴⁷⁰ Da nach dem Zusammenschluss die «Eintracht» Zürich sämtliche sieben Mitglieder des Landesausschusses hätte stellen müssen, wurde dem «Südslavischen Verein ‚Sloboda‘ Zürich», der 1906 in die Zentralisation aufgenommen worden war, ein Sitz in diesem obersten Gremium eingeräumt.⁴⁷¹ Der Verband bezeichnete sich zwar als «ausgesprochen internationale Sozialisten-Organisation»,⁴⁷² nahm aber keine anderssprachigen Vereine auf. Immerhin war er bedeutend genug, dass sich ihm 1908 der «Deutsche Arbeiterbildungsverein» von Mailand, 1911 derjenige von Turin und im folgenden Jahr der von Nizza als externe Sektionen anschlossen.⁴⁷³

Seine internationale Klassensolidarität bewies der Verband weiterhin in der Flüchtlingsfürsorge, die ihn nach der Unterdrückung der russischen Revolution von 1905 stärker in Anspruch nahm.⁴⁷⁴ Soweit sich die politischen Flüchtlinge als organisierte Sozialisten ausweisen konnten, versuchte der Landesausschuss, ihnen – wenigstens im Kanton Zürich – eine Aufenthaltsbewilligung zu verschaffen. Hierzu mussten zwei Bürgen gefunden werden, die sich verpflichteten, im Fall von Armen- und Krankenunterstützung bis zu Fr. 1'500.– zu haften, um Gemeinde oder Kanton vor Ausgaben zu bewahren. Der Bürge sollte im Schadensfall durch den Reservefonds für die politischen Flüchtlinge seine Auslagen zurückerhalten: «Nichtsdestoweniger lassen sich viele von den bürgerschaftsfähigen Genossen (die Bürgen müssen mindestens Fr. 3'000.– Vermögen versteuern) nur nach langer Diskussion bewegen,

eine Bürgerschaft zu leisten ... Das Merkwürdigste dabei ist, dass oft sogenannt radikal- und freidenkende Bürgerliche weniger Umstände machten, als die eigenen Parteigenossen.»⁴⁷⁵

Auf der Berner Landeskonferenz von 1910 erreichte die Reorganisation ihren Abschluss. Von nun an besoldete der Verband einen vollamtlichen «Landessekretär». ⁴⁷⁶ Endlich wurde jetzt auch in den Statuten der Tatsache Rechnung getragen, dass der Unterschied zwischen «Mitgliedschaften» und «Vereinen» inexistent geworden war. ⁴⁷⁷ Der Wahlmodus für den Landesausschuss wurde nach der Regelung von 1908 übernommen, ⁴⁷⁸ während man für die ganztägige Sekretärstelle einen Zusatzartikel einfügte. ⁴⁷⁹ Da im Fall von Unstimmigkeiten zwischen dem Landesausschuss, dem Sekretär und den Sektionen eine Appellationsinstanz fehlte – die Institution der Landeskonferenz war zu schwerfällig –, oblag es der neu geschaffenen Beschwerdekommision von fünf Mitgliedern, etwelche Differenzen beizulegen. ⁴⁸⁰

Im Vordergrund dieses Kapitels stand die organisatorische Entwicklung zum Zentralverband, der die 1910 gefundene Form bis zu seiner Auflösung im Jahre 1914 beibehalten hat. Obwohl nach aussen gefestigt, war die Zukunft der Landesorganisation ungewiss geworden. Nicht nur die Zentralisation selbst hatte sich gewandelt, sondern auch deren Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung ihres Gastlandes. Das eine erklärt sich nicht ohne das andere, weshalb erst die folgenden Abschnitte, die sich dem Verhältnis zu den schweizerischen Gewerkschafts- und Parteiorganisationen zuwenden, die hintergründig wirkenden Ursachen dieser weitzielenden Umgestaltung erhellen können. Denn erst durch das Hineindrängen der Landesorganisation in die schweizerische Politik tritt ihre Schlüsselrolle als Promotor eines unnachgiebigen Klassenkampfes hervor.

4. 6 Übergang zur erweiterten Klassenkampfstrategie

Die Hauptaufgabe auch der rekonstituierten Verbindung von 1891 war es gewesen, von der Schweiz aus der deutschen Sozialdemokratie möglichst tatkräftige Hilfe zu leisten. Wie sich aufzeigen liess, wurde diese spezifische Zielsetzung von der Einsicht begleitet, dass die einst dominierende Rolle innerhalb der politischen Arbeiterbewegung der Schweiz nicht zurückrufbar war. Die Umwandlung zum Zentralverband ist mehr als ein Jahrzehnt später von einer jüngeren Generation durchgeführt worden, die von der ursprünglichen Selbstbescheidung wenig mehr wusste. Ihr stand

einzig eine starke Landesorganisation vor Augen, die im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl in der Tat ein erstaunliches Mass an Institutionalisierung, Verbandsbürokratie, aber auch an Effizienz hervorgebracht hat. Über die Tragweite der Konsequenz, dass eine derartige Umformung zu einem eigentlichen Parteiverband gleichsam ins Leere ging, wenn nicht auch die Zielsetzung grundlegend geändert würde, herrschte noch nach 1904 in der Zentralisation Unklarheit. Eine politische Organisation ohne politische Wirkungsmöglichkeit im Gastland lief Gefahr, zwischen eigenem Anspruch und vorgegebener Wirklichkeit zu zerbrechen, je mehr sie die Geschlossenheit im Innern und die Schlagkraft nach Aussen steigerte. Obwohl der Landesverband nach der beendeten Reorganisation 1910 stärker denn je dastand, kam er zum Schluss: «Der politische Einfluss unserer Emigrationsvereine für Deutschland und Österreich ist verschwindend klein geworden.»⁴⁸¹ Daher musste er sein politisches Wirkungsfeld in anderer Richtung erweitern, sollte die gesteigerte Leistungsfähigkeit nicht in inneren Konflikten absorbiert werden. Ein unmittelbares Eingreifen in die schweizerische Innenpolitik liess sich nur durch die bisher verweigerte gleichberechtigte Beteiligung am Parteileben der schweizerischen Sozialdemokratie erzwingen. Als gelte es, diesem Streben vermehrte Legitimität zu verschaffen, wurden die Ursprünge der 1891 wiederbegründeten Zentralisation rund zwanzig Jahre später verfälschend zweckgedeutet:

«Unsere neueren speziellen Aufgaben datieren erst seit dem Fall des Sozialistengesetzes. Von da ab musste es das Bestreben sein, die Mitglieder möglichst rasch mit den der Schweiz eigentümlichen politischen Verhältnissen vertraut zu machen, sie in die schweizerische Parteigeschichte und Parteieigentümlichkeiten einzuweihen, um so die Mitglieder zu befähigen, sich auch an dem Emanzipationskampf des schweizerischen Proletariats aktiv zu betätigen.»⁴⁸²

Die Er kämpfung der vollständigen Gleichberechtigung mit den Mitgliedern anderer Sektionen der schweizerischen Partei sei zur dringendsten Aufgabe der Landesorganisation geworden. Als 1911 das dreissigjährige Jubiläum zum Rückblick anregte, wurde in der Reorganisation nunmehr die günstige Voraussetzung gesehen, um das Mitspracherecht in schweizerischen Parteiangelegenheiten durchsetzen zu können:

«Die Vereine mussten straff zentralisiert und ihre Anschauungen niveliert werden. Nach einer jahrelangen mühsamen Organisationsarbeit war man endlich so weit, sagen zu können, dass kein Internationaler Verein von Bedeutung mehr der Landesorganisation fernsteht.»⁴⁸³



Karikatur zur Ausweisung des deutschen Polizeiinspektors August Wohlgemuth von 1889.



Parteimitgliedkarte des Balthasar A. Lutz, der als Agent provocateur zur Verhaftung Wohlgemuths beitrug und der ebenfalls aus der Schweiz ausgewiesen wurde.

Fahndung.

von Ehrenberg, Alfred, von Karlsruhe, Baden, zuletzt in Enge bei Zürich wohnhaft, preussischer Hauptmann a. D., geb. 1846, 165 Cm. hoch, schlank, hat dunkelbraune, vorn etwas spärliche Haare, dunkelbraune Augenbrauen, blonden Schnurr- und dunkelbraunen Vollbart (dürfte sich den Bart rasiren lassen), mittlere gewölbte Stirne, blaugraue Augen, lange, gerade Nase, kleinen Mund, vollständige Zähne, längliches Gesicht, aufrechten Gang, trägt Ueberzieher von dunklem, geripptem Stoff, weißes Hemd und schwarzen, steifen Filzhut, wegen politischen Umtrieben hier verhaftet, ist heute Abend dem ihn begleitenden Polizeisoldaten entwichen, soll der unterzeichneten Stelle zugeführt werden.

Zürich, 10. Dezember 1887.

Das Polizei-Commando.

Der preussische Generalstabsoffizier Alfred von Ehrenberg, der – mit seiner Heimat zerfallen – in Zürich Zugang zum inneren Kreis der Exilsozialisten gesucht hatte, machte sich als Spitzel verdächtig und wurde am 27. Januar 1888 aus der Schweiz ausgewiesen.

Über den Begriff «Internationaler Verein» wird noch Klarheit zu schaffen sein. Die «jahrelange mühsame Organisationsarbeit» war 1904 zumindest nicht mit dem Willen an die Hand genommen worden, einen starken Verband als Druckmittel gegenüber der schweizerischen Partei zu formieren, dessen Existenz im Fall der eingeräumten Mitarbeit innerhalb der hiesigen Sozialdemokratie einfach preisgegeben werden würde. Von der spezifischen Aufgabenstellung der für die ausländischen Genossen bestimmten Organisationen war man damals noch voll überzeugt gewesen. Sowohl situationsbedingte wie personelle Veränderungen trieben den Verband allmählich auf einen Kurs, der nur noch die Auflösung und Integration in die schweizerische Partei zum Ziele hatte. Wie war es hierzu gekommen?

4. 6. 1 DIE AUSLÄNDISCHE ARBEITERSCHAFT IN IHREM VERHÄLTNIS ZU DEN GEWERKSCHAFTSORGANISATIONEN VOR 1914

Die steigende Zahl der Ausländer, die zunehmende Abwehrreaktion der einheimischen Bevölkerung, der Anschluss der verunsicherten Gastarbeiter an die Gewerkschaften, die sich zu radikalen Kampforganisationen wandeln, die Vermengung der «Ausländerfrage» mit dem sich zuspitzenden Klassenkonflikt, der sich mit dem Eingreifen staatlicher Gewalt vom ökonomisch-sozialen Arbeitskampf zur politischen Machtprobe auswächst, und schliesslich der Versuch der ausländischen Sozialisten, dem Staat durch die gleichberechtigte Mitsprache in der Sozialdemokratischen Partei auch auf innenpolitischem Gebiet die Stirn zu bieten – dies alles stand in einem Beziehungsgeflecht von zum Teil wechselseitigen Wirkungen und Reaktionen. Es fehlt in der Literatur nicht an Hinweisen auf den hohen Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung, der 1910 14,7% betrug und sich seit 1850 verfünffacht hatte. Es lohnt sich nachzuprüfen, welche Bevölkerungsschichten von dieser Zunahme am meisten betroffen worden sind. War ein grosser Zuwachs der Arbeiterschaft zu erwarten, so überrascht die Höhe der Bestandeszahlen gleichwohl. Die Fabrikstatistik wies 1895 auf 1'000 Arbeiter 127, im Jahre 1911 aber 223 Ausländer nach.⁴⁸⁴ Die letzte Zählung erbrachte von der gesamten Fabrikarbeitschaft im Tessin sogar 49%, im Kanton Schaffhausen 49%, in Genf 47% und in Baselstadt 42% ausländische Arbeiter. Aber auch im innerschweizerischen Kanton Luzern stammte jeder fünfte, in Zug jeder vierte Arbeitnehmer in Fabrikbetrieben aus dem Ausland. Welche sozialen Spannungen vor allem in Zeiten wirtschaftlicher Depression aus einem derartigen Zahlenverhältnis zwischen einheimischen und zugereisten Arbeitskräften

entstehen konnten, lässt sich leicht vorstellen. Die gegenseitige Konkurrenzierung um den Arbeitsplatz musste besonders dann nationale Emotionen aufrufen, wenn, wie die Fabrikstatistik nachweist, etwa in der Textilindustrie die Gesamtarbeiterzahl zurückging, die Verluste aber in fast allen ihren Produktionsbereichen die Einheimischen zu tragen hatten, während die Zahl der ausländischen Arbeiter dagegen zunahm. Dieses rasche Ansteigen der ausländischen Arbeiterschaft verlief jedoch höchst inhomogen. Von hundert Ausländern waren 1895 58,3% Deutsche; 1911 belief sich ihr Anteil nur noch auf 35,6%. Im gleichen Zeitraum stieg der Italienerbestand von 20,1% auf 46,8% und überflügelte alle anderen Nationen. Die erhöhte politische Aktivität der deutschen Arbeitervereine wurde somit nicht etwa durch ein noch gesteigertes Hereinströmen deutscher Arbeitskräfte stimuliert. Die Position der Österreicher unter den Ausländern blieb nahezu konstant (7,4-8%). Die nachstehende Tabelle gibt über die Berufsgliederung der von der Fabrikstatistik erfassten deutschen Arbeiter Aufschluss; im Hinblick auf die Gewerkschaften gilt das Hauptaugenmerk aber der Frage, welchen Anteil sie an den in der jeweiligen Branche insgesamt Beschäftigten ausgemacht haben.

Von 1'000 deutscher waren 1911 u.a.: ⁴⁸⁵	Fabrikarbeiter	Prozentueller Anteil der Deutschen an den Fabrikarbeitern der Branche	
Textilarbeiter	216	5,6 Prozent	
in Giesserei und Maschinenfabriken	146	8,2 Prozent	
Schreiner	57	20,9 Prozent	
Möbelarbeiter	51	26,6 Prozent	
Buchdrucker	45	15,8 Prozent	
Bierbrauer	45	37,0 Prozent	
Spengler und Blecharbeiter	30	13,6 Prozent	
Ziegler	20	6,6 Prozent	
Schlosser	16	12,2 Prozent	
Schneider	14	18,0 Prozent	
Müller	11	18,5 Prozent	

Umfassenderen Aufschluss bringt dann die im demographischen Abschnitt (Teil VIII) aufgezeigte Berufsstruktur aller in der Schweiz lebenden deutschen Erwerbs-

tätigen.⁴⁸⁶ Schon im Jahre 1901 betrug die Deutschen zusammen mit den Ausländern anderer Nationalitäten, vorab den Arbeitssuchenden aus Italien, in einigen Industriegruppen weit mehr als ein Drittel; in Bierbrauereien 50,7%, Möbelfabriken 42,5%, Industrie der Erden u. Steine 37,4%, Schreinereien und Glasereien 37,1%.⁴⁸⁷

Bedeutend schwieriger gestaltet sich die Aufschlüsselung der in den Berufsverbänden organisierten Mitglieder nach der Staatszugehörigkeit. Eine zuverlässige Statistik über die ausländischen Mitglieder in den Gewerkschaften fehlt. Der über ihr Anwachsen besorgte Grütlianer Paul Pflüger äusserte auf einem Parteitag vielsagend: «Als ich mich einmal bei einem Gewerkschaftssekretär danach erkundigte, sagte er: ‚Wir wissen wohl, warum wir keine Statistik über die Nationalität der Gewerkschafter machen?..»⁴⁸⁸ Ein im «Volksrecht» publizierter Aufsatz über die Zusammensetzung der Arbeiterschaft in der Schweiz gelangte auf spekulativem Wege zur Annahme, dass die Ausländer, die ein Viertel der Gesamtarbeiterschaft ausmachten, auch bei den Gewerkschaftsmitgliedern ein Viertel, also rund 15'000, des Gesamtbestandes stellen würden.⁴⁸⁹ Diese Berechnung lässt ungeklärt, wie die gewaltige Mitgliederzunahme von 16'953 Gewerkschaftlern im Jahre 1903 auf 75'344 Zugehörige im Jahre 1910 zustande gekommen ist und wie sich dadurch die nationale Zusammensetzung des Gewerkschaftsbundes verändert hat. Dass ein starker Zustrom von Ausländern in die Gewerkschaften gerade während der an Arbeitskämpfen besonders ereignisreichen Jahre 1905 bis 1907 die Bestandeszahlen erheblich vergrössert haben muss, wird erkennbar, wenn auf die Veränderungen im Mitgliederumfang der einzelnen Verbände geachtet wird. Denn die grössten Zuwachsquoten wiesen die Berufsorganisationen mit den meisten Ausländern auf, in erster Linie diejenige der Bau- und Holzarbeiter, der Schuhmacher und Schneider.⁴⁹⁰ Zuverlässig konnte wenigstens beim Schweizerischen Metallarbeiterverband die nationale Herkunft der Mitglieder eruiert werden.⁴⁹¹

Jahr	Schweizer	Deutsche	österr.	Italiener	Franzosen	Andere
1907	12 900	2 700	650	860	260	420
1909	9 750	2 150	460	348	152	236

Immerhin ermöglichen diese Zahlen einen approximativen Vergleich, indem die von der Betriebszählung 1905 ausgewiesene Gesamtzahl der in der Metall- und Maschi-

nenindustrie beschäftigten Personen (108 309) nach dem prozentualen Anteil der Nationalitäten aufgeschlüsselt und der analogen Aufgliederung ihres Berufsverbandes gegenübergestellt wird:⁴⁹²

Metall- und Maschinenindustrie	Schweizer %	Deutsche %	österr. %	Italiener %	Franzosen %	Andere %
Von der Gesamtzahl aller Beschäftigten waren 1905:	87,0	5,9	0,9	3,5	2,3	0,4
Von den Gewerkschaft- lern waren 1907:	72,5	15,2	3,7	4,8	1,5	2,3

Man wird diese Aufstellung nicht überfordern dürfen, weil Daten für dasselbe Stichjahr fehlen und in den 1905 ausgewiesenen Gesamtzahlen auch Inhaber, Pächter und Direktoren enthalten sind, die sich auf die einzelnen Nationalitäten unterschiedlich verteilen und für die Gewerkschaften ausser Betracht fielen. Doch die wiederholt gemachte Beobachtung, dass die ausländischen Arbeiter – sei es wegen der hierfür günstigeren Altersstruktur, ihrer Loslösung von Familie und Heimat oder ihrer Isolierung in der Fremde – für die Organisation eher zu gewinnen sind, wird durch diese Tabelle bestätigt und zugleich differenziert. Sowohl die Deutschen wie die Österreicher zeigen sich am ehesten zur Mitarbeit in den Gewerkschaftsverbänden bereit. Viele von ihnen mögen schon als organisierte Arbeiter in die Schweiz gekommen sein, andere wurden durch Landsleute und Berufsgenossen an ihrem Arbeitsplatz oder durch die deutschen Arbeitervereine für die Gewerkschaften gewonnen. Da die Metall- und Maschinenindustrie nur 13% Ausländer beschäftigte, deren Anteil in ihrer Gewerkschaft jedoch doppelt so hoch war, dürften Berufsverbände von Branchen mit bedeutend mehr Ausländern wohl noch ganz andere Ausländeranteile aufweisen. Diese Erwartung lässt sich an einem weiteren Beispiel, am Schweizerischen Holzarbeiterverband, auf ihre Richtigkeit prüfen. Nach einer Lohnstatistik gehörten u.a. diesem Verband im Frühjahr 1910 an:⁴⁹³

	Schweizer	Deutsche	österr. Ungarn	Italiener	Dänen	Andere
absolut in %	1708	1403	292	114	48	33
	47,5	38,8	8,2	3,0	1,5	1,0

Im begleitenden Bericht, den das Sekretariat des Gewerkschaftsbundes angefertigt hatte, wird aufgeführt, dass ähnliche Verhältnisse in den meisten übrigen Gewerkschaftsverbänden schon seit Jahren bestünden; in den Zentralvorständen wie unter den ständigen Funktionären der Verbände seien fast ebensoviele Ausländer wie Schweizer zu finden.⁴⁹⁴ Wenn wohl mit Absicht jeweils nur ganz allgemein von Ausländern im Gewerkschaftsbund die Rede war, so darf der Umstand, dass es mehr italienische als deutsche Arbeitskräfte in Industrie und Gewerbe gab, nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Italiener in der Gewerkschaftsführung eine völlig untergeordnete Rolle spielten. Der tabellarische Vergleich am Beispiel der Metall- und Maschinenindustrie machte die grossen Unterschiede in der Organisationsfreudigkeit zwischen den Nationalitäten ersichtlich. Stehen die Deutschen in Bezug auf die Verbandsaktivität an der Spitze, so fehlen noch Anhaltspunkte, wieviele der deutschen Arbeitnehmer nun eigentlich organisiert waren. Der oben wiedergegebenen Aufschlüsselung des Holzarbeiterverbandes lag nur die Hälfte seines Gesamtmitgliederbestandes von 6'846 Zugehörigen im Jahr 1910 zugrunde.⁴⁹⁵ Die Fabrikstatistik vom 5. Juni 1911, die zeitlich die nächst gelegenen Vergleichsdaten liefert, wies 16'080 Schweizer, 3'795 Deutsche, 780 Österreicher, 2'386 Italiener und 371 Franzosen aus, die in der Holzbearbeitung erwerbstätig waren.⁴⁹⁶ Obwohl unter den von dieser Zählungsart erfassten Arbeitern verhältnismässig am meisten Organisierte zu finden sind, müssen nicht nur die in Fabrikgebäuden, sondern alle in diesem Erwerbszweig tätigen Arbeiter und damit auch die in den kleinen Handwerksbetrieben Beschäftigten berücksichtigt werden. Ihr Gesamtbestand lässt sich aus der Betriebsstatistik erschliessen, die jedoch schon im Jahr 1905 vorgenommen wurde, sodass ein Vergleich mit den Verbandsdaten von 1910 kaum mehr möglich ist. Damals waren von den insgesamt 6'256 in der Holz- und Korkindustrie erwerbstätigen Deutschen 1'053 Betriebsinhaber und Pächter, 33 Personen Direktoren und Verwalter, so dass 5'170 gewerkschaftsfähige deutsche Arbeiter und Angestellte verblieben.⁴⁹⁷ Wenn in der Holzindustrie, was aus dem Gesamtbild lediglich zur Diskussion gestellt sei, fast jeder zweite Deutsche organisiert sein mochte, so dürfte im gesamten Bereich von Industrie und Gewerbe der Durchschnittswert an Gewerkschaftlern unter den deutschen Arbeitern wohl knapp auf einen Drittel zu veranschlagen sein. Das Verhältnis zwischen organisierten und nichtorganisierten Arbeitern gestaltete sich bei den Deutschen im Vergleich zu den Schweizern wesentlich günstiger, so dass der Anteil der Deutschen an der Gesamtheit der in der Industrie und im Gewerbe beschäftigten

Personen (7,2%) von jenem der im Gewerkschaftsbund Organisierten erheblich übertroffen wird. Der Analogieschluss, die Ausländer machten nur ein Viertel der Gesamtarbeiterschaft aus und müssten auch ein Viertel der Gewerkschaftsmitglieder betragen, wie ihn der Statistiker im «Volksrecht» unternimmt, lässt sich – wie das Beispiel der Deutschen zeigt – so nicht ziehen. Wegen der geringeren Beteiligung der Italiener dürfte die Angabe gleichwohl den Ausländeranteil etwa erraten haben.⁴⁹⁸ Weit mehr als diese Schätzungen allgemeiner Durchschnittswerte waren die Verhältnisse in den einzelnen Berufs- bzw. Industrieverbänden ausschlaggebend. Indem die deutschsprachige Organisation der Maurer, die Holzarbeiter, die Maler und Gipser, die Schuhmacher, Schneider und Friseure sowie einzelne Gewerkschaften der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter fast völlig von den deutschen Mitgliedern beherrscht wurden, erlangten sie im gesamten Gewerkschaftsbund eine besonders starke Basis.⁴⁹⁹ Da die Deutschen nicht nur organisationsfreudiger als die Schweizer, sondern auch als Organisierte leistungswilliger waren, ist ihr Einfluss auf die Gewerkschaftsbürokratie aus den Mitgliederzahlen allein nicht herauslesbar.

Obwohl den deutschen Arbeitervereinen nur der kleinere Teil der deutschen Mitglieder des Gewerkschaftsbundes angehörte, gewinnt innerhalb dieses erweiterten Bezugsrahmens die Relevanz der Landesorganisation grössere Transparenz. Denn die Mitglieder der deutschen Arbeitervereine repräsentierten unter den Deutschen in den Gewerkschaften den tonangebenden Führungskern. Die von ihnen in den Gewerkschaftsverbänden befolgte Taktik wurde im Schosse der Arbeitervereine nach ihrer theoretischen Fundierung vorberaten, und mancher Vorstoss wurde hier im Konzept entworfen. Bevor darauf einzugehen ist, gilt es, noch ein Wort zu den italienischen Arbeitskräften anzufügen.

Die Ausländerfeindlichkeit, soweit sie in der wirtschaftlichen Konkurrenzierung und im Unverständnis der andersgearteten Mentalität begründet lag, richtete sich in erster Linie gegen die lohndrückenden Italiener, deren Gesamtbestand sich von 1888 bis 1910 nahezu verfünffacht hat;⁵⁰⁰ im Berner Käfigturmkrawall vom Juni 1893 und in der bekannten Zürcher Italienerhatz im Juli 1896 nahm diese Fremdenfeindlichkeit gewalttätige Formen an. Warum die Italiener, die doch nach ihrer Zahl stark dominierten, in den Gewerkschaften derart hinter den Deutschen zurücktraten, blieb in der Sekundärliteratur bisher eine kaum erörterte Frage. Mit den sprachlichen Verständigungsschwierigkeiten allein lässt sie sich nicht beantworten. An Bemühungen, die Italiener für die Berufsorganisationen zu gewinnen, hatte es nicht gefehlt. Seit 1902 wurde von Agitatoren aus verschiedenen Ländern in Italien sogenannte Winter-

propaganda betrieben, die die auswanderungswilligen Arbeitskräfte von der Notwendigkeit der Gewerkschaften zu überzeugen und sie für die Mitarbeit in den Berufsorganisationen vorzuschulen suchte.⁵⁰¹ Im Frühjahr standen in den Schiffshäfen, auf den Grenzstationen, in Bahnwagen und wo sich sonst die Italiener auf ihrer Reise massierten, Gewerkschaftsfunktionäre bereit, um für die Organisationen zu werben oder um den Zuzug nach wegen Streiks zum Sperrgebiet proklamierten Arbeitsplätzen zu verhindern. Die deutschen Gewerkschaften gaben für die italienischen Arbeitsgenossen mit dem «Operaio Italiano» ein eigenes Organ heraus; in Österreich war eine Reihe ständiger Gewerkschaftssekretäre für die Italiener eingesetzt. Am ehesten bequerten sie sich in Deutschland zum Eintritt, weil hier dem Nichtorganisierten infolge des straffen Verbandswesens die Arbeitsnahme erschwert wurde. Gleichwohl sollen von den 130'000 in Deutschland lebenden Italienern nur 5'200 Gewerkschaften angehört haben, während in Frankreich ihre Organisationsfeindlichkeit nahezu vollkommen war, obwohl hier die niedrigsten Mitgliedsbeiträge erhoben wurden. In der Schweiz gehörten, wie der Sekretär des Schweizerischen Maurerverbandes, der aus Deutschland stammende G. Kämpfer, im Jahre 1912 ausführte, von den rund 150'000 erwerbstätigen Italienern lediglich knapp 3'000 dem Gewerkschaftsbund an, obwohl zwei Drittel des Gesamtbestandes als organisationsfähig galt.⁵⁰² Seit 1904 bemühten sich ein ständiges italienisches Sekretariat, pro Jahr rund ein Dutzend Agitatoren aus Italien sowie mehrere Verbandssekretariate und spezielle Kontaktstellen der Arbeiterunion Winterthur, Zürich, St. Gallen und im Kanton Tessin um sie. Trotz der Misserfolge war die Fortsetzung der Bemühungen um die Italiener für einzelne Gewerkschaften nahezu eine Existenzfrage. Sowohl im Fall wilder Streiks, die die Finanzen der Verbände in arge Mitleidenschaft zogen, als auch bei organisierten Arbeitsniederlegungen, die durch Streikbruch oder Lohndrückerei unwirksam gemacht wurden, erschwerten die unorganisierten italienischen Arbeiter mit ihrer Verhaltensweise einen erfolgreichen Kampf um bessere Arbeitsbedingungen. Gerade der Maurerverband, der bezeichnenderweise in den Händen der deutschen Genossen lag und von dem sich die Italiener zeitweise separierten, war vom andauernden Konflikt zwischen den Nationalitäten bewegt. Divergenzen ergaben sich aus den unterschiedlichen Auffassungen über Organisationsform und Taktik oder einfach aus sprachlichen und mentalitätsbedingten Schwierigkeiten.⁵⁰³ Wie Kämpfer nachweist, entstammten die meisten Italiener in der Schweiz ländlichen Gegenden z.T. sehr rückständiger Gebiete:

«In der Schweiz, wo ihnen menschenwürdigere Zustände geboten werden, verharren sie in Unkultur. Wir erkämpften uns z.B. mit vieler Mühe Baubuden, Aborte auf den Bauplätzen usw., die Italiener aber benützen diese Einrichtungen nicht. Wenn unsere einheimischen Arbeiter gegen die Schweinereien protestieren, fliegen sie aufs Pflaster. Sie sollen den gleichen sozialen und kulturellen Tiefstand erreichen, wie die importierten Lohndrücker.»⁵⁰⁴

Käppler plädierte deshalb dafür, künftig mit den unorganisierten Italienern nicht mehr zusammenzuarbeiten. Die einheimischen und deutschen Arbeiter dürften auf keinen Fall länger tatenlos zusehen, «wie die 300'000 Arbeiter unseres Landes durch 150'000 Emigranten aus dem rückständigen Italien am Aufstieg zur Kultur gehindert werden».⁵⁰⁵ Mochte die Lageschilderung des Gewerkschaftsfunktionärs durchaus zutreffen, so klingt sie in einem Ton aus, der selbst Zeugnis für jene emotionell angereicherte Konfliktsituation ist, die sich aus dem gewaltigen sozialen Gefälle zwischen dem deutschen Fach- und dem italienischen Hilfsarbeiter ergab. Im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen galten die Italiener als Hemmnis. Bestenfalls verstand man sich zur Kooperation; undenkbar aber blieb, wo immer eine namhafte Zahl Deutscher in einer Gewerkschaft vertreten war, dass sie sich einer italienischen Dominanz und damit einem italienischen Führungsanspruch unterordnen würden.

4. 6. 2 KONTROVERSE ÜBER DIE FRAGEN DER TAKTIK

Ohne die Phase bewusster Distanzierung nach dem Sturz Emil Becks als Gewerkschaftsbundsekretär und ohne die innere Schwäche des deutschen Landesverbandes hätte Greulich auf dem Luzerner Arbeitertag vom 3. April 1899 energischeren Widerspruch gegen seinen Kurs gefunden, den Gewerkschaftsbund von der Sozialdemokratie klar zu scheiden, um ihn zu einem wirtschaftlichen Kampfverband aller Arbeiter, auch jener der katholischen Organisationen auszubauen. Der Kernsatz der von ihm vorgeschlagenen Entschliessung lautete:

«Der Allgemeine schweizerische Gewerkschaftsbund, seine Verbände und Sektionen stehen parteipolitisch und religiös auf durchaus neutralem Boden, so dass jeder Arbeiter, unbeschadet seiner politischen und religiösen Überzeugung, beitreten kann.»⁵⁰⁶

Die Utopie Greulichs vom Grossverband der Hunderttausend zerbrach an den ideellen Gegensätzen zu den konfessionellen Arbeiterorganisationen. Die politische Neutralität gab der Gewerkschaftsbund schliesslich auf dem Basler Kongress vom April 1906 wieder preis, indem, entgegen dem Willen Greulichs, in Artikel 2 der Grundsatz ausgesprochen wurde, nur noch «alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen der Schweiz» aufzunehmen.⁵⁰⁷ Diese Kursänderung ist neben einer Reihe anderer Faktoren nicht ohne die Reaktivierung der deutschen Mitglieder zu verstehen, die in zwei Gesinnungsgruppen zerfielen. Während unter Adler die Mehrheit des deutschen Landesverbandes der streng orthodox marxistischen Führung folgte, sympathisierte eine Minderheit mit der radikalen Linken sowie mit jenen in die Schweiz ausgewichenen revolutionären Syndikalisten, die sich von den Gewerkschaften in Deutschland abgesetzt hatten. Die Klassengegensätze hatten sich in der Schweiz verschärft, schon bevor die Vorgänge im Ausland darauf einwirken konnten. Erwähnt seien nur der Generalstreik in Genf von 1902, dem ebenso wie 1904 beim Maurerstreik in La Chaux-de-Fonds und beim Streik der Stollenarbeiter des Rickentunnels mit Militäraufgebot begegnet worden war. Die wiederholte Zweckentfremdung der Armee schuf ein Klima, das die Parolen für die direkte Aktion und den Generalstreik begünstigte, wie sie die aus Galizien stammenden Anarchisten Siegfried und Max Nacht propagierten. Den Hauptangriff auf alle Formen des Militarismus führte die am 1. Oktober 1905 gegründete «Antimilitaristische Liga».⁵⁰⁸

Mit ökonomischen und sozialen Ursachen allein, die im Einzelnen zu ergründen der weiteren Erforschung der schweizerischen Arbeiterbewegung vorbehalten bleibt, lässt sich diese Zuspitzung der Klassenkampfsituation in der Schweiz allerdings nicht erhellen. Dass das Aufkommen radikalerer Tendenzen unter den deutschen Genossen nicht belanglos sein konnte, bedarf kaum der Erläuterung, nachdem ihre starke Position in der Gewerkschaftsbewegung offengelegt worden ist. Für den deutschen Landesverband, unter Adler orthodox marxistisch geführt, blieb zwar die offizielle Parteilinie massgebend, soweit sie durch Manifestationen der Parteiführung und der Parteitage überhaupt klar erkennbar war. Zu den Richtungsstreitigkeiten und insbesondere zur Frage des politischen Massenstreiks hat jedoch der Landesauschuss keine für die Vereine verbindliche Plattform erarbeitet, die vor einem Übergreifen der die deutsche Mutterpartei bewegenden Kontroverse bewahrt hätte. Hierzu wäre auch nicht die Verbandsleitung, sondern nur die Landeskonferenz kompetent gewesen, die sich im Mai 1904 bekanntlich fast ausschliesslich mit Organisa-

tionsfragen beschäftigt hatte und während der folgenden drei ereignisreichen Jahre überhaupt nicht zusammentrat. Friedrich Adler nun, dessen persönliches Ansehen einen lähmenden Meinungsstreit noch verhindert hatte, war von Juni 1905 bis Anfang 1907 am Münchner Museum tätig. Während der Revisionismus auf die Politik der Landesorganisation keinen erheblichen Einfluss gewann, gestaltete sich eine Abgrenzung nach links bedeutend schwieriger.

Die so leidenschaftlich geführte Debatte um die Revision des Marxismus, die Eduard Bernstein durch seine 1897/98 in der «Neuen Zeit» publizierte Aufsatzreihe «Probleme des Sozialismus» ausgelöst hatte⁵⁰⁹, ruft nach einer Beifügung, die in unmittelbarem Bezug zur vorliegenden Thematik steht. Die Diskussion um den Revisionismus ist nicht isoliert zu betrachten. Rosa Luxemburgs bildhafter Vergleich von 1899, die anarchistischen Kindheitsmasern habe die Sozialdemokratie bereits mit der «Unabhängigkeitsbewegung» überwunden, die grössere Gefahr – die opportunistische Wassersucht – überwinde sie gegenwärtig, trug mit dazu bei, beide Vorgänge getrennt voneinander zu sehen.⁵¹⁰ Wie sich jedoch ergab, liess sich die Oppositionsbewegung der «Jungen» zu Anfang nicht einfach mit dem Kennwort «Anarchismus» disqualifizieren. Was sich damals als «revolutionär-proletarisches» Element gegen die «possibilistisch-kleinbürgerlichen» Kräfte innerhalb der Partei geltend machte, griff eben jene Diskrepanz zwischen Theorie und Praxis an, die nun Bernstein in der kritisierten Weise durch eine Korrektur u.a. der Marxschen Krisentheorie überwinden wollte. Während die Gruppe um Hans Müller damals in ihrer Anklage gegen den Opportunismus «nur» den pragmatischen Reformismus Vollmars als konkretes Zeichen ideeller Aufweichungstendenzen anprangern konnte und in ihrem Angriff eine oppositionelle Randerscheinung blieb, veränderte sich die Ausgangslage völlig, als in Bernstein ein hochangesehenes Parteimitglied gleichsam ex cathedra den lehrmässigen Versuch unternahm, nicht die Praxis der Theorie, sondern die Theorie durch die seit Marx aus dem praktischen Erfahrungsbereich gewonnenen Erkenntnisse der Praxis anzugleichen. Die Streitfrage, ob Marx die Entwicklung des Kapitalismus sowie des Klassenkonfliktes richtig eingeschätzt habe, und das von Bernstein in der Konsequenz geforderte Bekenntnis für eine demokratisch-sozialistische Reformpartei schufen Fronten, die quer durch die Partei liefen. Dass sich auf dem Dresdener Parteitag von 1903 das Parteizentrum mit Bernsteins heftigsten Gegnern auf der Linken zur Niederkämpfung des Revisionismus zusammenfand, erwies sich allerdings nur als vorübergehendes Bündnis. Nachdem sich herausgestellt hatte, dass

dieses Mal die von Bebel und Kautsky geführte Mehrheit zwar nicht auf die revolutionäre Zielsetzung des Programms verzichten, doch in der Praxis auch keine wesentliche Neuorientierung vollziehen wollte, war das Abschnwenken der radikalen Linken um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in die Opposition nur noch eine Frage der Zeit. Sie erstrebte nicht die Neutralisierung des Konfliktes um Theorie und Praxis durch die Aufrechterhaltung des status quo, sondern die effektive Umsetzung der auf die Revolution als Endziel bezogenen Theorie in die Praxis. Damit verringerte sich die Distanz zum Standort jener oppositionellen «Jungsozialisten» des früheren Zeitabschnittes, als deren Exponent Hans Müller und nicht etwa Gustav Landauer genannt sei, um ein weiteres. Wenn Müller damals noch unbestimmt vom «Versumpfungsprozess der kleinbürgerlichen Genossen» sprach,⁵¹¹ so glaubte Rosa Luxemburg den Revisionismus eindeutig als «Theorie der sozialistischen Versumpfung» überführt zu haben.⁵¹²

Hier wie dort galt der Protest der Preisgabe des revolutionären Standpunktes. Rosa Luxemburg hatte von 1890 bis 1897 in Zürich studiert und weilte somit zu einem Zeitpunkt in der Limmatstadt, als diese den Hauptschauplatz für die ins Ausland emigrierten «Unabhängigen» abgab. Zumindest für den Kampf der «Jungen» zu einer rein marxistischen und damit revolutionären Partei zurückzukehren, muss Rosa Luxemburg Sympathien gehabt haben, stand sie doch selbst zur «Polnischen Sozialistischen Partei» in Opposition, die sie ihres Kompromisscharakters wegen bekämpfte. Am III. Internationalen Sozialistenkongress von 1893 in Zürich, auf dem einige Delegierte der «Unabhängigen» wegen ihrer anarchistischen Tendenzen ausgeschlossen wurden, musste auch Rosa Luxemburg den Saal verlassen, allerdings aus dem anderen Grunde, weil ihr Mandat der noch kaum bekannten «Sprawa Robotnicza»-Oppositionsgruppe nicht anerkannt worden war.⁵¹³ Wie weit sie damals zumindest mit jenen deutschen Oppositionellen der radikalen Linken sympathisierte, die sich als der revolutionäre Teil der SPD verstanden, bleibt offen; dafür, dass die gebürtige Polin mit ihnen in persönliche Fühlung kam, dürfte schon Robert Seidel besorgt gewesen sein, hat er sie doch in Zürich mit einem grösseren Kreis deutscher Sozialisten bekannt gemacht.⁵¹⁴ Nachdem sie zur bedeutendsten Sprecherin des linken Flügels in der SPD geworden war und ihr Engagement für das Mittel der Massenstreiks eine scharfe Trennung zu den Anarchisten notwendig machte, blieb ihr für eine Differenzierung, die zwischen den verschiedenen Phasen der früheren Oppositionsbewegung unterschied und ihre eigene damalige Stellung richtig einordnete, weder Raum noch Veranlassung.

Die Ablehnung des Revisionismus auf dem Dresdener Parteitag erfuhr durch den Amsterdamer Internationalen Sozialistenkongress von 1904, auf dem sich die Landesorganisation durch Viktor Adler vertreten liess, eine zusätzliche Bekräftigung.⁵¹⁵ Eine derart leidenschaftliche Beschäftigung mit den Fragen theoretischen Inhalts schärfte in der deutschen Sozialdemokratie insgesamt ein betont revolutionäres Klassenbewusstsein, so dass die Bereitschaft stieg, die unter anderen vom Exilrussen Alexander Parvus-Helphand oder von Rosa Luxemburg propagierten Ideen über den politischen Massenstreik zu diskutieren. Die russische Revolution, deren offener Ausbruch am 22. Januar 1905 auch in den hiesigen deutschen Arbeitervereinen begeisterte Zustimmung auslöste, eröffnete für die Verwirklichung der Idee des Massenstreiks neue Perspektiven. Der Massenstreik erschöpfte sich Rosa Luxemburg zufolge nicht in einer nach Form und Zeit genau geplanten einmaligen Demonstrationshandlung; vielmehr sollte er als Sammelbegriff für eine zeitlich nicht im Voraus begrenzbare Periode des Klassenkampfes verstanden werden, während der unzählige der verschiedensten Arten von Massenstreiks zur Anwendung gelangen würden. Eine Trennung des rein politischen Massenstreiks vom gewerkschaftlichen Generalstreik sei durch die Erfahrungen in Russland gründlich widerlegt worden. Beide stünden in einer wechselseitigen Beziehung vorwärtsdrängender Anspornung: «Nach jeder schäumenden Welle der politischen Aktion bleibt ein befruchtender Niederschlag zurück, aus dem sofort tausendfältige Halme des ökonomischen Kampfes empor-schiessen. Und umgekehrt.»⁵¹⁶ Vielerörterte Beispiele politischer Massenstreiks lieferten 1902 Belgien und Schweden, 1903 Holland und im folgenden Jahr Italien. Seit 1903 schlug sich in Deutschland die kampfbetontere Stimmung in der Zunahme von Arbeitskonflikten nieder. Der Jenaer Parteitag akzeptierte im September 1905 den Massenstreik als auch im politischen Kampf anwendbares Mittel, das allerdings als schärfste Waffe in Reserve gehalten und notfalls in der Auseinandersetzung um eine gerechte Wahlrechtsordnung eingesetzt werden sollte. Doch für die revolutionäre Linke war der Massenstreik kein technisches Kampfmittel, das gleichsam programmiert je nach Bedarf hervorgenommen oder beiseite gelassen werden konnte. Für sie bedeutete der Massenstreik die «Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution» schlechthin.⁵¹⁷ Das grosse Gewicht, das dem Spontanen zuerkannt wurde, forderte der Partei ein hohes Mass an Bereitschaft zur Ungewissheit und zum unberechenbar werdenden Risiko ab; ein solches einzugehen lehnte in Anbetracht der vorwärtsdrängenden extremistischen Randgruppen neben der revisionistischen auch die orthodoxe Richtung ab, die im Verlauf dieses Differenzierungsprozesses

unter der Bezeichnung «Zentrismus» von der radikalen Linken unterscheidbar wird. Entschiedene Zurückweisung fanden die Postulate Rosa Luxemburgs in den Reihen der Gewerkschaftsführung. Was sie und ihre Anhänger wollten, waren ja nicht Arbeitseinstellungen, um bessere Bedingungen ökonomischer Art zu erreichen; ihnen ging es darum, im grossen Stil die Massen zu revolutionieren und die auf diese Weise freigesetzten Energien dem allumfassenden Kampf für die sozialistische Umwälzung zuzuführen. Derartige Intentionen mussten sowohl in den Gewerkschaften wie in der Partei mit dem vorherrschenden Bestreben kollidieren, dem Ausbau der Organisationen alle anderen Erwägungen unterzuordnen; und nicht nur die Revisionisten befürchteten von der durch die Linke vorgeschlagenen Strategie, die eine revolutionäre Parlamentstaktik mit aussenparlamentarischen Kampfmitteln kombinieren wollte, eine Preisgabe des bisher Erreichten. Die Folge war die Abdrängung der Linken in die Opposition. Wie schon beim Crimmitschauer Textilarbeiterstreik und im nächsten Jahr bei dem bis dahin grössten Arbeitskonflikt im Ruhrgebiet zu Anfang 1905,⁵¹⁸ als die Gewerkschaftsfunktionäre zum Teil gegen den Willen der Streikenden den Konflikt beendeten, zeigte es sich in der Folgezeit immer klarer, dass der Versuch der radikalen Linken, durch eine Spaltung zwischen dem aus den Funktionären bestehenden Überbau und der Mitgliederbasis einen entscheidenden Einfluss zu gewinnen, misslungen war. Sowohl die Anhänger der sozialistischen Linken wie diejenigen des Anarchosyndikalismus sahen sich in ihren Erwartungen über den Verlauf der weiteren Streikbewegungen enttäuscht. Das Gefühl der Isolierung, eine eigentliche Frustration, bewog manche von ihnen, Deutschland zu verlassen und in der Schweiz für ihre Ideen zu arbeiten, wo sie sich grössere Bewegungsfreiheit erhofften.

4. 6. 3 VERSCHÄRFUNG DER ARBEITSKÄMPFE

Der Zürcher Arbeiterarzt Fritz Brupbacher (1874-1945), der zu den führenden Köpfen jener zum Teil noch sozialrevolutionären, zum Teil schon anarchosyndikalistischen Bewegung gehörte, die nach seinen Worten in Zürich gegen die reformistisch-marxistische Front revoltierte, gibt aus seiner Sicht ein anschauliches Bild dieses erneuten Zuzuges aus Deutschland:

«Da in Deutschland die Gewerkschaften sehr verbürokratisiert und verknöchert waren, verliessen viele radikale Elemente Deutschland, um für einige Zeit frische Luft zu schnaufen. Viele dieser ‚Emigranten‘ kamen zu uns in die Schweiz, mischten sich vor allem in die schweizerische Gewerkschaftsbewegung, stunden in den

Versammlungen bei jeder Gelegenheit auf und machten für ihre radikalen Ideen Propaganda. Vor allem donnerten sie gegen die Gewerkschaftsbürokratie und gegen die Degeneration der Gewerkschaften aus Kampforganisationen zu blossen Unterstützungskassen. Sie kritisierten die reformistisch-bürokratische Praxis der Gewerkschaften, machten Propaganda für die Eigenaktion des Proletariats. Sie stiessen bei den schweizerischen Arbeitern auf grosses Verständnis, da auch sie in einem Radikalisierungsprozess begriffen waren.»⁵¹⁹

Nichts konnte diese Radikalisierung mehr begünstigen als das offene Eingreifen des Staates in die ökonomischen Auseinandersetzungen, bei denen die Armee durch fragwürdige Truppenaufgebote als ein arbeiterfeindliches Machtinstrument des bürgerlichen Staates in Erscheinung trat.⁵²⁰ Die theoretisierenden Zuwanderer, die im Vertrauen auf einen allgemein gültigen internationalen Standpunkt ihre fehlenden Kenntnisse der schweizerischen Verhältnisse für irrelevant hielten, waren sowohl für die befehdete Gesellschaft und ihren Staat als auch für die Partei- und Gewerkschaftsführung unliebsame Kritiker. In den zahlreichen heftigen Diskussionen um die Fragen der Streiktaktik und über die Anwendung der «direkten Aktion» erstand den aus Deutschland emigrierten Oppositionellen von Seiten ihrer Landsleute der orthodox marxistischen Richtung, die den Hauptbestand der deutschen Arbeitervereine ausmachten, die eloquenteste Gegnerschaft. Als gegen den Willen des Gewerkschaftsbundes der erste grosse Maurerstreik in Zürich ausbrach (April/Mai 1905) und in der Arbeiterunion von den sozialrevolutionären Kräften die Finanzierung dieses Unternehmens durchgedrückt wurde, war es unter anderen der junge Karl Radek, der wegen dieses Verstosses gegen die Disziplin Protest einlegte.⁵²¹ Dass die Sozialdemokratie bei den Nationalratswahlen vom 29. Oktober 1905 ihre Sitze bis auf zwei einbüsste, wurde dem schädlichen Einfluss der linken Extremisten angelastet, und Herman Greulich selbst gab für seine Niederlage Brupbacher und der «Antimilitaristischen Liga» die Schuld.⁵²² Kurz zuvor, Anfang September, war in Rorschach ein Arbeitskonflikt von Fabrikbeschädigungen und Truppenaufgebot begleitet gewesen, der hüben und drüben des Klassengrabsens grösste Erbitterung hervorrief. Der Grossindustrielle Sulzer-Ziegler sprach im Nationalrat mit der Behauptung, der Rorschacher Streik sei von Berlin her angestiftet worden, das aus, was über die Ursachen der sozialen Konflikte im Bürgertum verbreitete Auffassung fand.⁵²³

Die Weiterungen aus dem Arbeitskonflikt in der Albisrieder Automobilfabrik Arbenz führten zu dem bekannten Streiksommer 1906, der in Zürich der Klassenkon-

frontation nahezu bürgerkriegsähnlichen Charakter verlieh. Einmal mehr wurden unter den Ausländern die eigentlichen Drahtzieher vermutet. Während sich die Italiener rasch erregen und zu spontanen Aktionen hinreissen liessen, galten die Deutschen ihres theoretisch fundierten und systematischen Vorgehens wegen als die gefährlicheren Agitatoren. Unter den 32 Ausländern, deren Ausweisung damals der Zürcher Regierungsrat wegen der Streikunruhen bis zum 13. August verfügte, befanden sich 13 Deutsche und 3 Österreicher.⁵²⁴ Um den Entzug der Toleranzbewilligung des am Streik nicht beteiligten Badensers Emil Hauth, der als «Volksrecht»-Redaktor aus dem bürgerlichen Lager die heftigsten Angriffe auf sich gezogen hatte, entbrannte eine regelrechte Petitionsschlacht. Obwohl Hauth kein Verfechter des radikalen Flügels war, sollte durch die Ausweisung dieses prominenten Mitgliedes der «Eintracht» den Ausländern eine Warnung, der Partei und ihrem Sprachorgan aber eine empfindliche Strafe für ihre scharfe Sprache erteilt werden.⁵²⁵ Natürlich war es am einfachsten, die jeweils den Konflikten zugrunde liegenden Probleme beiseite zu schieben und zu glauben, die sozialen Unruhen seien allein Ausflüsse einer geistigen subversiven Unterwanderung aus dem Ausland. Zum Spott auf jene, die sich mit solchen Erklärungen beruhigen wollten, wurde damals «Aus Krähwinkels Schreckenstagen» zitiert, mit dem Heinrich Heine schon in der 1848er Zeit die spießbürgerliche Revolutionsfurcht blossgelegt hatte:

«Ausländer, Fremde sind es meist,
Die unter uns gesät den Geist
Der Rebellion. Dergleichen Sünder,
Gottlob! sind selten Landeskinder.»⁵²⁶

So treffend diese Ironie über die trügerische Selbstzufriedenheit systemkonformer Genügsamkeit war, blieb die Tatsache, dass das ausländische und insbesondere das deutsche Element unter den vorwärtstreibenden Kräften stark hervortrat, als logische Konsequenz des von der Landesorganisation und ihren oppositionellen Gruppen verfolgten Kurses bestehen. Was der liberale Regierungsrat Heinrich Nägeli als Vorsteher von Justiz und Polizei an Beobachtungen wiedergab, klang zwar nicht nach Differenzierung, enthielt aber den äusseren Eindruck, den ihre Aktivität in der Öffentlichkeit hervorrief:

«Bei den Arbeiterausständen führen die Fremden das grosse Wort; sogar von herwärtigen Arbeitern vernimmt man, sie werden von den Fremden einfach niedergeschrien; Fremde spielen die Hauptrolle beim Streikpostenstehen, die Wortfüh-

rer in den Streikkomitees; bei den Demonstrationen sind sie es, welche gegen das Volk und die Polizei besonders aggressiv vorgehen.«⁵²⁷

Die Entstehung und den Verlauf der einzelnen Lohnkonflikte zu schildern, wird zur aufschlussreichen wie spannenden Aufgabe der noch zu schreibenden umfassenden Geschichte der Arbeitskämpfe in der Schweiz gehören. Den sprunghaften Anstieg der Lohnbewegungen und Streiks macht die nachstehende Aufstellung ersichtlich, wobei auch die Anzahl der an ihnen beteiligten Arbeiter sowie deren Endergebnis ausgewiesen wird. In welcher hervorstechender Weise die ökonomischen Gegebenheiten die Häufigkeit dieser Arbeitskämpfe bestimmten, wird in der Statistik durch die starke Abnahme nach 1907 infolge der von den USA ausgehenden Rezession unterstrichen.

LOHNBEWEGUNGEN UND STREIKS 1905-1912¹

Jahr	Zahl der an Bewegungen beteiligten Arbeiter	Hiervon waren organisierte Arbeiter	Lohnbewegungen Resultat ²			Zahl der Streiks	Streiks Resultat ²			
			Zahl der Bewegungen	Erfolg	Teilweiser Erfolg		Ohne Erfolg	Erfolg	Teilweiser Erfolg	Ohne Erfolg
1905	5 000	3 600	69	24	31	14	21	9	7	2
1906	12 000	8 500	130	30	67	28	30	12	10	8
1907	15 870	9 627	146	56	55	26	29	8	10	9
1908	9 001	5 157	101	22	38	19	16	4	3	9
1909	5 080	4 348	66	16	30	11	4	1	2	1
1910	9 757	6 629	87	39	29	6	13	3	4	4
1911	12 051	7 305	106	45	36	12	11	4	5	2
1912	10 526	7 251	108	40	46	6	13	2	9	2

¹ Metallarbeiter-Zeitung, Offizielles Organ des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes, Bern, Nr. 16 v. 19. April 1913.

² Ohne Lohnbewegungen oder Streiks mit unbekanntem Ausgang.

In diesen allgemeineren Rahmen eingeordnet, stellt der Zuzug radikaler Elemente aus dem Ausland nur eine Komponente unter anderen dar, deren Bedeutung für die Zuspitzung des Klassenkampfes in der Schweiz bis anhin allerdings unterschätzt worden ist.⁵²⁸ Obwohl der Landesverband gemäss seiner Absicht, in den Gewerkschaften jeden Indifferentismus zu bekämpfen und die Schweizer Genossen für einen

Landesausschuss der deutschen u. österr.-ung. Sozialdemokraten
in der Schweiz

Ordentliche
Kommissions-

Sitzung *Dienstag* den *22. Juni* 1909

8 1/2 Uhr *abends* Lokal: *Eintrecht*

Herrn

M. Bock, Lehr.
Bademstr. 249
Zürich



Einladungskarte zur Kommissionssitzung vom 22. Juni 1909 für Max Bock, der schon vor Münzenberg den Aufbau der sozialistischen Jugendorganisation in der Schweiz vorantrieb.

N° 1691 ALLGEMEINER ARBEITER VEREIN
— G E N F —

Genosse *Fritz Mursbaum* Bibliothekar
bescheinigt an Genosse *Heuser*
das Buch N° 130 abgegeben zu haben.

Genf den *9. Januar* 1916.

Verlängert bis

Zurückgegeben den *26. Januar* 1916

Ausleiheschein der Bibliothek des Allgemeinen Arbeitervereins in Genf.

konsequent marxistischen Standpunkt zu gewinnen, von einem Erfolg sprechen konnte, hatte er sich in eine zwiespältige Lage manövriert. Gerade der Fall Hauth hat gezeigt, dass der durch das Verhalten extremer Outsider noch angestachelte Hass die Ausländer aller Linksgruppierungen traf. Jenem überwiegenden Teil der schweizerischen Bevölkerung, der den ausländischen Sozialisten ohnehin feindlich gesinnt war, blieb es im Grunde genommen auch gleichgültig, ob die linken Gruppen des linken Flügels nun für eine kombinierte revolutionäre Taktik inner- und ausserhalb des Parlamentes eintraten oder ausschliesslich durch die Anwendung der ausserparlamentarischen Kampfmittel den sozialen Umbruch anstrebten.

Einen revolutionären Standpunkt einzunehmen und gleichwohl Gegner des Aktionismus der revolutionären Syndikalisten zu sein, liess sich zwar theoretisch klar begründen, machte aber in der Praxis eine eindeutige Abgrenzung unter den im Ausland lebenden Sozialisten aller Schattierungen nahezu unmöglich. Sie alle suchten Einfluss auf die für sie einen Hauptanziehungspunkt bildenden deutschen Arbeitervereine zu gewinnen, so dass diese selbst zum Objekt der Radikalisierung wurden. Dass die sozialdemokratische Regierungsbeteiligung im Kanton Zürich weder das Streikpostenverbot noch das harte Eingreifen der Polizei oder das Truppenaufgebot vom 19. Juli 1906 hatte verhindern können, begünstigte in den Vereinen die Sympathisanten des revolutionären Syndikalismus. Hinzu kam, dass eine praktische Betätigung den Ausländern ohnehin fast nur in den Gewerkschaften möglich war. Und schliesslich dürfte die peinliche Tatsache, dass sich in diesen Arbeitskämpfen wiederholt deutsche Landsleute als aktive Streikende und berufsmässige Streikbrecher gegenüberstanden, auf die Kampfmoral in den Vereinen nicht ohne Rückwirkungen geblieben sein. Der Anarchosyndikalismus, soweit er jenseits der sozialrevolutionären Zwischenstufungen lag, fand im Landesverband allerdings weniger aus Deutschland als durch Mitglieder der Sektionen im Welschland Verbreitung. Diese standen ihrerseits im Banne des von der «Confédération générale du travail» verfochtenen Kurses, die ja für den 1. Mai 1906 im Sinne der «action directe» zum spektakulären, aber missglückten Sprung nach dem Achtstundentag angesetzt hatte. Die Klagen auf der Aarauer Landeskonferenz von 1907 lassen erkennen, welch beträchtliches Mass der Dekomposition der Verband erreicht hatte. Am meisten alarmiert zeigte sich Dionys Zinner: «Die Anarchisten sind gemeingefährliche Schädlinge; bei der letzten Agitationstour habe ich sie neuerdings kennengelernt. Unser Verein in Vevey war ganz in den Händen gemeiner Anarchisten.» Ein anderer Delegierter berichtete: «Die Anarchisten schaden uns in St. Gallen auch sehr viel, speziell unserer Arbeiterzei-

tung»,⁵²⁹ und aus dem Berner Verein war zu erfahren: «Wir sind daran, mit den Anarchisten aufzuräumen, da sie mit den Sozialdemokraten nicht Zusammenarbeiten.»⁵³⁰ Dass im Welschland der Anarchosyndikalismus den Vereinen stark zu schaffen machte, ergab sich auch aus dem Votum des Genfer Vertreters.⁵³¹ In der «Eintracht» Zürich hatte sich eine Minderheitsgruppe um Fritz Brupbacher gebildet, der 1907 in dieser «Brutstätte der orthodoxen Marxisten», wie er den Verein bezeichnete, über «Michel Bakunin, ein Syndikalist» sprach und dort sogar einen Vortrag des holländischen Anarchisten Domela-Nieuwenhuis durchsetzen konnte.⁵³² In Zürich war es auch, wo 1905 die von Deutschen beherrschte Sektion der Holzarbeitergewerkschaft zur «Direkten Aktion» überging und nach 9³/₂ Stunden Arbeitszeit die Werkstätten zu verlassen auf forderte.⁵³³ Der Gewerkschaftsbund selbst lehnte die «Direkte Aktion» ebenso wie den anarchosyndikalistischen «Sabott» ab. Die sogenannten wilden Streiks, die – spontan begonnen – ohne die finanzielle und organisatorische Vorbereitung oft im Misserfolg endeten, trugen mit das Ihre dazu bei, dass statt des unberechenbaren Mittels ökonomisch-politischer Massenstreiks der konstanten und praktischen Organisationsarbeit der Vorzug gegeben wurde.⁵³⁴

Die Bilanz der Streikphase von 1905/06 ergab für die Deutschen kein positives Gesamtergebnis. Indem sich die Konfrontation mit dem Unternehmertum zu einem eigentlichen Konflikt mit der Staatsgewalt ausweitete, enthüllte sich zugleich das Versagen der von den deutschen Sozialisten in der Schweiz eingeschlagenen Taktik, die ihnen verschlossene politische Parteiarbeit auf gewerkschaftliche Ebene zu transponieren. Zwar war es ihnen teilweise gelungen, in Umkehr der früheren Verhältnisse die Gewerkschaften auf einen revolutionäreren Kurs als den der schweizerischen Sozialdemokratie festzulegen; aber dieses Vorprellen stiess ins Leere, wo die Partei, statt mitgerissen zu werden, den provozierten Aktionen in den Rücken fiel. Der Vorwurf des Opportunismus ist auch von schweizerischen Linkssozialisten wie Robert Grimm gegen die Partei erhoben worden. Das in der Schweiz herrschende Wahl- und Stimmrecht habe die seiner Meinung nach falsche Auffassung gezeitigt, die schweizerische Demokratie begünstige im Gegensatz zu den Verhältnissen vieler anderer Länder das Proletariat im Klassenkampf; mit dem Stimmzettel lasse sich sowohl die politische wie ökonomische «Befreiung» erstreiten. Demgemäss gelte als oberster Grundsatz, soviel Stimmen wie nur erreichbar zu erlangen. Um aber möglichst viele Wähler zu gewinnen, habe sich die Partei durch taktische Rücksichten binden müssen, und ihre Kandidaturen stelle sie unter dem Gesichtspunkt auf, wieviele Wähler auf die vorgeschlagene Person ansprechen würden.⁵³⁵

Die Kritik an diesem opportunistischen Verhalten der Partei, die mit zunehmender Härte des Klassenkonfliktes bei den Mitgliedschaften der SPS, nicht aber bei den Grütlivereinen auf fruchtbaren Boden fiel, war in den deutschen Arbeitervereinen längst vertraut. Ohne politische Verantwortung konnte dort frei von Rücksichten jedes taktische Wahlbündnis geschmählt werden. Um die angeprangerten Missstände zu beseitigen, wollte der Landesverband, nachdem sich die Grenzen der indirekten Beeinflussung durch die Gewerkschaften gezeigt hatten, selbst zum Teil der schweizerischen Partei werden. Da sich die SPS in einer Phase der Gärung befand, hielten viele der deutschen Sozialisten die grosse Chance für gekommen, aus dem zu eng gewordenen Ghetto der Gewerkschaftsorganisationen in die schweizerische Partei direkt vorzudringen.

Die folgenden Beispiele vermögen die Radikalisierung der Arbeitskämpfe und die führende Rolle des deutschen Elements in den Arbeitskämpfen noch zu verdeutlichen. Unter ihnen ragt der Streik in der Möbelfabrik Aschbacher in Zürich hervor, der nach der Entlassung von 4 Mann wegen angeblichen Mangels an Arbeit am 18. Januar 1909 ausbrach. 92 Arbeiter solidarisierten sich mit den Entlassenen, worauf die Fabrik mit zwei Transporten Streikbrecher vornehmlich aus Berlin heranschaffte, um den Druckversuch mit Gegendruck zu beantworten. Die Aufgabe der Streikposten wäre es gewesen, die zum Teil mangelhaft orientierten Arbeitswilligen von ihrem unkollegialen Vorhaben abzubringen; da es beim gütlichen Zureden nicht bleiben konnte, wenn die eigene Existenz derart auf dem Spiele stand, kam es zu Handgreiflichkeiten. Als nun der Regierungsrat zum Verbot des Streikpostenstehens schritt, sahen sich die streikenden Holzarbeiter in ihren Kampfmitteln schachmatt gesetzt. Dass in dieser Zeit ein Sozialdemokrat, Heinrich Ernst, an der Spitze der Zürcher Regierung stand, trieb die Erbitterung der auf diese Weise Unterlegenen auf den Gipfel. Der Streik wurde in einer Versammlung der stark von Deutschen durchgesetzten Holzarbeiter am 27. März aufgehoben. In einer Resolution beschwor sie stattdessen eine neue Kampfphase herauf:

«Zu handen der Arbeiterunion soll beantragt werden: Es sei unverzüglich die Propagierung des Generalstreiks in Angriff zu nehmen, um in Zukunft solche Schandtaten der Regierung gebührend beantworten zu können. Um die Propagierung des Generalstreiks wirklich zu fördern, soll der Unionsvorstand geeignete Referenten bestellen, welche sofort in allen Sektionen und deren Gruppen – auch in den politischen Vereinen – unsere Genossen über die gegenwärtige Situation aufklären.»⁵³⁶

Die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich, die sogar die Bildung von Arbeitergarden forderte, hat diesem Antrag in der Folge zugestimmt, und die Frage, was die Wahl von Vertretern in die Regierung für die Sozialdemokratie unter diesen Umständen denn für einen Sinn habe, gab der verbreiteten Missstimmung berechten Ausdruck.⁵³⁷

Der von Ausschreitungen begleitete Maurerstreik vom Mai 1911 in Zürich, der der Erringung des 9-Stunden-Tages galt, endete wegen des Militäraufgebots und der Streikbrecher schon nach zwei Wochen mit einem Fiasko. Die Streikenden hatten sich in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Italienern und Deutschen zusammengesetzt, weshalb die Reaktion besonders krasse Äusserungen der Ausländerfeindlichkeit hervorrief.⁵³⁸ Der Arbeitskonflikt war von syndikalistischen und anarchistischen Maurern angerissen, dann von organisierten Gewerkschaftlern in die Hände genommen worden. Bei den schweizerischen Genossen stiess der Streik vermehrt auf Ablehnung, zumal er einmal mehr ein Beispiel dafür abgab, wie ein blinder Aktivismus zu Rückschlägen führte.⁵³⁹ Die Folgerungen, die der prominente «Einträchtler» Heinrich Brandler aus diesem Fehlschlag zog, liefen gerade in die entgegengesetzte Richtung. Ihm zufolge hatte die zürcherische Arbeiterbewegung wegen der in ihrem Opportunismus der Basis entfremdeten politischen Führung versagt, woraus er die Notwendigkeit der politischen Tätigkeit der Ausländer aufs Eindrücklichste bewiesen glaubte.⁵⁴⁰ Dank ihrer besseren theoretischen Gedankenschulung fühlten sich die rührigsten Mitglieder der deutschen Arbeitervereine nicht nur berufen, sondern nachgerade dazu herausgefordert, in der schweizerischen Partei zur Ordnung zu sehen, wie sie sie verstanden. In einem Rückblick des Politischen Komitees der «Eintracht» Zürich, das 1910 zu eben dieser Aufgabenstellung gegründet worden war, wird recht unverblümt postuliert:

«Wo so grosse Massen ausländischer Arbeiter im Wirtschaftsleben eine solche Bedeutung haben, wie in der Schweiz, muss sich ihre grosse Zahl, ihre Bedeutung für das ganze Wirtschaftsleben auch in politischen Einfluss umsetzen lassen – wenn nicht direkt, so doch indirekt. Die Unzulänglichkeiten in der schweizerischen Partei, die als solche von den Massen der Einheimischen ebenfalls immer mehr empfunden, wenn auch noch nicht klar erkannt werden, sind gerade durch eine intensivere Beteiligung an der schweizerischen Arbeiterbewegung seitens der fortgeschritteneren Elemente der örtlichen ausländischen Arbeiterschaft umso eher abzustellen.»⁵⁴¹

Die «Eintracht» Zürich war als die grösste politische Organisation am Platze die Hauptstütze des linken Flügels und führte dementsprechend das Wort, wie etwa im Herbst 1910 beim Boykott der Brauereien in Zürich, Bern und Basel durch die organisierte Arbeiterschaft. Der neutrale Lebensmittelverein, in dessen Verwaltungsrat auch Sozialdemokraten sassen, hatte es abgelehnt, den Verkauf des boykottierten Bieres einzustellen. Für vierhundert Brauereiarbeiter endete der Konflikt mit einem Fiasko, dessen Folgen der Deutsche Brauerei verband durch materielle Unterstützung lindern half.⁵⁴² Der «Eintracht» bot der Vorfall den gegebenen Anlass, gegen opportunistisches Verhalten zu Felde zu ziehen, wobei die gemässigte Gruppe um Greulich in die Defensive gedrängt wurde. Über den wachsenden Einfluss erfreut, vermerkte der Vereinschronist:

«Ein Gradmesser von der Stärke der Opposition bedeutete die Debatte über die Stellungnahme des Verwaltungsrates des Lebensmittelvereins zum Brauerkonflikt. Gegen die sozialdemokratische Verwaltung sprachen die «Einträchtler» Dr. Adler, Heckert, Platten, Neuburg, Bertram, und ausser diesen Sigg. Diesen traten Greulich, Kaufmann, Willi, Erzinger, Caderas und Dr. Baisiger gegenüber.»⁵⁴³

Derartige innere Machtkonflikte waren nicht dazu angetan, die Aversion gegen das Zusammengehen mit den ausländischen Genossen unter den Schweizern zu beseitigen. In der nachfolgenden Übersicht werden neben dem Totalbestand des Verbandes die Mitglieder des Landesausschusses, die für den verfolgten Kurs verantwortlich zeichneten, namentlich aufgeführt.

LANDESORGANISATION DER DEUTSCHEN UND ÖSTERR.-UNGAR. SOZIALDEMOKRATEN IN DER SCHWEIZ WÄHREND DER JAHRE 1891-1914¹

Mitgliederbestand
der Vereine insgesamt²

Mitglieder des Landesausschusses

Jahr	Anzahl der Vereine		Mitgliederzahl			Präsident und Vizepräsident (V)	Kassier	Protokollführer	Beisitzer	Sekretär
			Anfang	Mitte	Ende					
1891						Otto Lang	Karl Manz			Emil Beck
1893						Ludwig Witt	K. Krüger			Emil Beck
1896						Ludwig Witt	E. Gennert	Carl Nüsperli		Heinrich Schmidt
1898	28	2582		2503		Heinrich Schmidt	Ludwig Witt	E. Gennert*		Carl Nüsperli
1899	27	2560		2596		Heinrich Schmidt* Emil Szymanowski	Ludwig Witt		Riedel*, Barth, Schwarz*	Carl Nüsperli* M. Seger*
1900	40 ³	2830		2670		Emil Szymanowski	Ludwig Witt		Friedrich Adler, M. Seger, Anton Seidl	H. Thurow
1901	36 ⁴	2439		2213		Emil Szymanowski	Ludwig Witt		M. Seger, Anton Seidl, Math. Frisch	Friedrich Adler* Franz Kugler*
1902	35	2228		2295		Emil Szymanowski	M. Seger	S. Ucker	Barth, Math. Frisch, Katz	Anton Seidl
1903	37 ⁵	2240		2463		Emil Szymanowski	M. Seger	Friedrich Adler	Math. Frisch, A. Gubick, Manz	Anton Seidl
1904	42	2334		2652		Emil Szymanowski	M. Seger	Friedrich Adler	A. Gubick, A. Koch, P. Schächter	Anton Seidl
1905	43	2489		2609		H. Koch	M. Seger	Friedrich Adler*	Haferl, Schacht, Emil Szymanowski	Anton Seidl

1906	41	2640	2807	H. Koch* Friedrich Adler*	Wilhelm Krüger	W. Frank	Haferl, Neumann, Emil Szymanowski	Anton Seidl
1907	40	2917	2895®	Friedrich Adler	Wilhelm Krüger	Fritz Platten	Emil Szymanowski, Haferl, Baien, Max Bock	J. Jaffé
1908	40	2581	3310	Friedrich Adler	Wilhelm Krüger	O. Glöckner	Alfred Aschupp, Max Bock, Thomas Jaklenec, Emil Szymanowski	J. Jaffé
1909	37	3127	3615	Friedrich Adler Franz Kugler (V)	Wilhelm Krüger	Fritz Heckert	Thomas Jaklenec, Emil Szymanowski	J. Jaffé ⁷ Fritz Platten ⁷
1910	36	3739		Friedrich Adler Franz Kugler (V)	Wilhelm Krüger	Alfred Aschupp* Fritz Heckert	Thomas Jaklenec, Emil Szymanowski	Fritz Platten
1911	38	3663		Franz Kugler Otto Richter (V)	Wilhelm Krüger	Fritz Heckert* Josef Veselic*	Thomas Jaklenec, Arthur Kaettner	Fritz Platten
1912	38	3849		Franz Kugler Otto Richter (V)	Wilhelm Krüger	Josef Veselic* Karl Delay*	Arthur Kaettner, Thomas Jaklenec*, Peter Dobreff*	Fritz Platten
1914	—			Franz Kugler Otto Richter (V)	Wilhelm Krüger	Karl Delay	Arthur Kaettner, Peter Dobreff	Fritz Platten

* Amtierten nur während eines Teils des Berichtsjahres.

¹ Zusammengestellt nach den Jb. LO 1898-1913. Konferenzprotokolle 1891, 1893, 1896, 1899.

² Erfasst wurden nur jene Vereine, die dem Landesausschuss einen Jahresbericht eingesandt hatten.

³ Von diesen 40 berichtenden Vereinen gehörten Küsnacht, Payerne, Rheinfelden, Stein a. Rh., Thun der Landesorganisation noch nicht an, während ihre Sektionen Amriswil, Rapperswil, Uster keine Jahresübersicht eingesandt hatten. Die Zentralisation umfasst somit 38 Sektionen.

⁴ Arbon, Lausanne, Luzern und St. Imier sandten keinen Bericht, während Payerne die einzige berichtende Nichtsektion war. Der Landesverband zählte 39 Sektionen.

⁵ Im Jb. LO v. 1903 wurde zusätzlich der AAbV St. Gallen mit 593, bzw. 585 Mitgliedern hinzugezählt, der dem Landesverband noch nicht angehörte.

⁶ Beim AbV «Eintracht» Zürich wurde für Ende 1907 die berichtigte Mitgliederzahl 741 (statt 974) Personen einberechnet.

⁷ J. Jaffé amtierte bis Anfang Juli 1909 und wurde dann von Fritz Platten abgelöst.

Ebenso ist es von Interesse, die Wirksamkeit der Landesorganisation und ihrer Glieder zusätzlich durch einige Zahlen zu illustrieren. Für die Versammlungstätigkeit der einzelnen Sektionen, die erhebliche Unterschiede aufwies, sind die entsprechenden Jahresberichte einzusehen. Doch vermittelt die nachfolgende Tabelle eine Übersicht über die vom Gesamtverband entfaltenen Aktivitäten. Besondere Aufmerksamkeit verdient dabei die Rubrik «Schriftenverkauf», der mit der Übernahme des Schriftendepots durch Fritz Platten einen gewaltigen Anstieg verzeichnete:

<u>Zahl* der abgehaltenen</u>				
Jahr	Mitglieder- versammlungen	öffentlichen Versammlungen	Diskussions- abende	Schriften verkauf
				Fr.
1898	548	89	260	5 309.80
1899	458	73	243	4 329.78
1900	665	120	348	4 475.20
1901	593	70	235	3 558.49
1902	561	71	215	3 528.34
1903	620	73	166	4 228.08
1904	542	59	164	3 564.85
1905	572	63	207	6 123.09
1906	595	69	235	6 657.51
1907	644	78	179	6 873.35
1908	556	103	210	11 062.64

* Zusammengestellt aus den entsprechenden Jb. LO.

4. 7 Die Integration in die Sozialdemokratische Partei der Schweiz

4. 7.1 DER AUFSTIEG VON FRITZ PLATTEN

Obwohl die aufgezeigte Entwicklung die Forderung nach einem Mitspracherecht bei den Angelegenheiten der schweizerischen Partei aktualisierte, bedurfte es noch einer energischen Persönlichkeit, die den deutschen Landesverband auf einen konsequen-

ten Integrationskurs brachte. Mehr noch als der Österreicher Friedrich Adler war für diese Aufgabe ein junger Schweizer prädestiniert, der in der deutschen Zentralorganisation seinen steilen politischen Aufstieg begann und wenige Jahre später als der revolutionärste Kopf der schweizerischen Linken gehasst und gefürchtet wurde: Fritz Platten. Er war 1883 in St. Fiden geboren worden und erhielt durch die Einbürgerung seines Vaters, der ein zugewanderter Rheinpreusse war, 1890 in Tablat (SG) die schweizerische Staatsangehörigkeit. In Zürich, wo er die Sekundär- und die Gewerbeschule besuchte und dann bei Escher Wyss bis zu einem Unfall eine Schlosserlehre begann, trat er dem Arbeiterbildungsverein «Eintracht» bei.⁵⁴⁴ Über seine damalige Mitarbeit im Verein liess sich wenig eruieren. Die Art und Weise, wie er an der Weihnachtsfeier 1905, an der 260 Kinder mit Singen und Gaben beglückt wurden, mitwirkte, lässt vermuten, dass ihm schon damals dieses Vereinsfest zu kleinbürgerliche Züge trug: «Die Festrede hatte unser Mitglied Genosse Fritz Platten übernommen. In seinem gehaltvollen Vortrage führte er uns vor allem die Bedeutung des Weihnachtsfestes in verschiedenen Zeiten und Ländern vor Augen. Seine gediegenen Ausführungen fanden bei den Erwachsenen gewiss volle Würdigung, doch mochte es manchem bedünken, dass die Kleinen dabei nicht auf ihre Kosten kamen.»⁵⁴⁵ Plattens Gedanken und Hoffnungen standen in jenem Jahr ganz im Bann der russischen Revolution, die im Verein und namentlich unter den damals rund dreissig russischen Mitgliedern eine spekulative Begeisterung entfacht hatte. In der «Eintracht» dürfte auch sein Plan zur ersten abenteuerlichen Russlandfahrt gereift sein, dessen Ausführung unter verdüstertem Horizont stand. Nachdem er in Riga gefangen gesetzt war, sammelten die Zürcher Genossen für seine Kautions. Erst Ende 1907 gelang es, ihn dem Kerker zu entreissen und ihm so die Flucht zu ermöglichen. Dass er die Feuertaufe als Revolutionär in jungen Jahren auf so dramatische Weise empfangen hatte, zeichnete den aus dem Zarenreich Entflohenen vor seinen Zürcher Kameraden aus. Platten konnte sich jedoch nicht sogleich, wie bisher angedeutet, zum Sekretär des Landesverbandes aufschwingen.⁵⁴⁶ Vorerst musste er sich mit der Funktion eines Bibliothekverwalters in der «Eintracht» begnügen. Die Stelle des halbamtlich beschäftigten Landessekretärs war schon am 1. Juli 1907 mit dem den deutschen Sozialisten Zürichs zugehörenden J. Jaffé besetzt worden und blieb dem Rückkehrer daher versperrt. Hingegen wurde er – die «Eintracht» wählte ja als Vortort den Landesausschuss – vorerst als ehrenamtlicher Protokollführer in dieses oberste Verbandsgrremium delegiert.⁵⁴⁷ Sein konsequentes Eintreten für ein enges Zusammengehen mit der gesamten organisierten Arbeiterschaft trug schon bei seiner Bi-

bliothekartätigkeit Früchte, indem die etwa 1'700 Bände umfassende Bücherei der «Eintracht» in eine Zentralbibliothek überführt wurde, die einzurichten am 17. Dezember 1908 von der Arbeiterunion Zürich beschlossen worden war.⁵⁴⁸ Platten, der aus dem Landesausschuss zurücktrat, übernahm nun auf Verbandsebene die Verwaltung des Schriftendepots.⁵⁴⁹ Diese Stellung konnte für ihn jedoch nur eine Übergangslösung sein. Seit 1908 wurde in der «Eintracht» die Frage geprüft, auf welche Weise die Schaffung eines ständigen Sekretariats ermöglicht werden könnte, bis sich schliesslich die auf Platten zugeschnittene Lösung fand, dieses Amt mit demjenigen des Schriftendepotverwalters zu kombinieren. Der Lokalverein übernahm zwei Drittel und die Zentralisation ein Drittel der Lohnkosten; doch schon nach zwei Monaten erklärte der Gewählte, die Überlastung sei durch die Doppelfunktion zu gross.⁵⁵⁰ Bemerkenswerterweise behielt er die Verwaltung des Zentralschriftendepots und nicht etwa die Sekretariatsstelle bei, obwohl er im Verein auf eine voll besoldete Anstellung hätte dringen können.⁵⁵¹ Inzwischen hatte sich ihm nämlich eine neue Perspektive eröffnet. Im April 1909 war offiziell bekanntgegeben worden, dass durch die Demission Jaffés die Landessekretärstelle frei würde, die für den politisch Ambitionierten eine weitaus reizvollere Chance bot. Neben Platten bewarb sich der Deutsche Ernst Mark um das Amt, der ebenfalls der «Eintracht» angehörte. Beide Kandidaten hatten einen kleinen Wahlkampf zu führen, indem sie sich in den Vereinen durch ein Referat vorstellen mussten. Aus der Wahl ging Platten mit 873 Stimmen als überlegener Sieger hervor, während Mark nur von 26 Mitgliedern bevorzugt worden war. Sein neues Amt trat Platten am 15. Juli 1909 an.⁵⁵² Von Friedrich Schneider ist fälschlicherweise überliefert worden, Max Bock habe mit Platten um die Sekretärstelle konkurriert. Bock war Mitglied des Vereins Deutsch-österreich.-ungar. Sozialdemokraten in Zürich gewesen und erlangte als Protagonist der sozialistischen Jugendorganisation in der Schweiz einige Bedeutung. Auf der Berner Landeskonferenz hat er zusammen mit Platten eine Resolution eingebracht, in der der Jungburschenorganisation sowohl geistige wie materielle Unterstützung durch die Sektionen zugesagt wurde. Bock war Redaktor der «Freien Jugend». Sein Nachfolger auch als Vorsitzender der Sozialistischen Jugendorganisation in der Schweiz wurde Willi Münzenberg, und der jugendliche Ehrgeiz dieses erfolgreichen Organisators machte die von Bock geleistete Vorarbeit rasch vergessen.⁵⁵³ In ihren Anfängen wie auf ihrem Weg zur Radikalisierung sind auch die Jungburschen in teils entscheidender Weise von deutschen Mitgliedern gefördert worden.

4. 7. 2 DER KAMPF UM DIE GLEICHBERECHTIGUNG DER AUSLÄNDER IN DER PARTEI

Der Landesverband traf mit dieser Wahl eine schicksalsvolle Entscheidung, sollte doch Platten sein erster und zugleich sein letzter vollamtlicher Sekretär sein. Die Herrschaft des Proletariats zu errichten, war für ihn keine Leerformel; dieser Zielsetzung ordnete er alles unter. Auch persönlich war er politisch zu sehr ambitioniert, als dass er blosser Sachwalter dieses deutschen Verbandes hätte sein mögen. Platten ging von dem ganz anders gearteten Standpunkt aus, dass die Zentralisation nicht eine Interessenvereinigung von und zugunsten der ausländischen Arbeiter, sondern das gegebene Instrument zur Revolutionierung der schweizerischen Partei sein sollte. Als Konzept bot sich hierzu an, sich mit dem linken Flügel der Sozialdemokratie gegen den reformistischen Grütliverein zu verbinden. Obwohl sich dieser seit 1893 der Sozialdemokratie angenähert hatte, blieb die in den achtziger Jahren gegründete sozialdemokratische Partei mit eigener Organisation bestehen, bis im Jahr 1901 in Solothurn der Zusammenschluss zu einer Gesamtpartei gelang. Da jedoch der Grütliverein seine Selbständigkeit weiterhin beibehielt und eine Vereinheitlichung nicht zu erzielen war, ergab sich ein organisatorisches Durcheinander, das in der politischen Praxis die Kompromissbereitschaft förderte. Die Gesamtpartei fusste auf einer föderalistischen Grundlage und bestand neben dem Schweizerischen Grütliverein, der zentralistischen Charakter trug, aus kantonalen Verbänden und lokalen Organisationen. Da einzelne Grütlisektionen einem kantonalen Verband ebenso wie der lokalen Arbeiterunion zugehörig sein konnten, entstanden Mehrfachmitgliedschaften, die das Übergewicht des nach Umfang und Finanzkraft ohnehin stärkeren Grütlivereins noch vergrösserten.⁵⁵⁴ Die Unterstützung von Seiten der ausländischen Sozialisten war daher den sozialdemokratischen Mitgliedschaften nicht unwillkommen. Im Grütliverein war die spezifisch nationale Grundhaltung noch zu lebendig, als dass er den Ausländern in seinem § 5 der Zentralstatuten mehr als die Passivmitgliedschaft einzuräumen gewillt war. Die Sozialdemokratische Partei hingegen liess anlässlich der Oltener Statutenrevision von 1908 die frühere Bestimmung, nur Schweizer Bürger als Mitglieder aufzunehmen, völlig fallen.⁵⁵⁵ Ebenso wie durch ihre Betätigung in den Gewerkschaften, wo sie mit schweizerischen Parteimitgliedern in enger Berührung standen, hatten die deutschen Sozialisten durch ihre aktive Mitarbeit in den Arbeiterunionen, in denen die gewerkschaftlichen und die politischen Organisationen sowie die Bildungsvereine eines Ortes vereint waren, auf diese

Wendung hingewirkt. Die Institution der Arbeiterunion hatte es auch ermöglicht, dass einige in den deutschen Vereinen verwurzelte Funktionäre wie Max Bock oder Dionys Zinner schon vor 1908 als Delegierte am Parteitag der schweizerischen Sozialdemokratie teilnehmen konnten. Allerdings handelte es sich hier entweder um eingebürgerte Deutsche, die als Schweizer stimmberechtigt waren, oder um ausländische Delegierte, die bei Abstimmungen nicht mitentscheiden durften. Noch im Jahr 1907 scheiterte der von der «Eintracht» unternommene Versuch, die zwei Mandate für den schweizerischen Parteitag in St. Gallen, die ihr als Mitglied der Arbeiter-Union Zürich eingeräumt worden waren, durch zwei deutsche Genossen wahrzunehmen.⁵⁵⁶ Der Beschluss von 1908 wollte mit dazu beitragen, die in der Zulassungsfrage immer wieder entstandenen Reibereien zu beseitigen.

Die prekäre finanzielle Lage, das Einschwenken 1904 auf eine marxistische Linie und die damit vollzogene Annäherung an den internationalen Gedanken sowie das seit Stecks Wiederbeginn gewachsene Selbstvertrauen trugen mit zur Öffnung der Partei für ausländische Genossen bei. Dass dieser Beschluss von der Oltener Versammlung weder als Zäsur empfunden noch als folgenreicher Wendepunkt erkannt wurde, deutet schon die stillschweigende Form der Annahme an, die im Sinne einer Bereinigung vollzogen wurde. Die Meinung dabei war, dass nach der bisherigen Lesart von § 1 der Statuten die Parteizugehörigkeit ganzer Ausländersektionen verunmöglicht blieb. Bis 1911 besaßen neben den Grütlivereinen auch manche Mitgliedschaften weiterhin in ihren Lokalstatuten Bestimmungen, die die Rechte der ausländischen Mitglieder einschränkten.⁵⁵⁷ Erst allmählich setzte sich der Gedanke durch, mit einer Integration der einzelnen Ausländer zum einen zahlende Mitglieder zu gewinnen, zum anderen aber jene Aktivisten, die zum Teil in den Arbeiterunionen ein recht unkontrollierbares Wesen trieben, einer gewissen Disziplin zu unterwerfen. Die Heftigkeit, mit der sich zumal die «Eintracht» in Zürich auf das parteipolitische Gebiet warf, hatte jener Parteitag nicht vorausgesehen, und das ungestüme Vordringen der ausländischen Genossen in die Reservate der Innenpolitik rief beim Grütliverein solch besorgte Fragen hervor wie: Könnten einzelne politische Parteiorganisationen durch Massenbeitritt von Ausländern für sich in Beschlag genommen und derart umfunktionierte werden, dass die Partei schweren Schaden nehmen müsste? Die deutschen Vereine ihrerseits fragten sich, ob der Oltener Beschluss es ermöglichen werde, sie mit der Zeit gesamthaft in die schweizerische Partei einzugliedern. Gleichsam als Luftballon wurde daher der Versuch unternommen, im Februar 1909 die Sozialdemokratische Mitgliedschaft Zürich I für den Plan zu gewinnen, eine «Ar-

beiterpartei Zürich I» zusammen mit der «Eintracht» einzugehen, was nichts anderes bedeutet hätte, als diesen grössten aller Ausländervereine zur schweizerischen Parteivereinigung zu machen.⁵⁵⁸ Ein solch forsches Vorgehen mobilisierte im Grütliverein die Abwehrkräfte, zumal ihm die ständigen Angriffe aus den Reihen der ausländischen Sozialisten etwelche Fusionspläne höchst suspekt machten. Statt der erwarteten Annäherung resultierte aus der Oltener Statutenrevision von 1908 enttäuschte Aufgebrachtheit auf beiden Seiten. Dass den ausländischen Genossen von nun an einzeln der Eintritt in die Partei durch den Anschluss an eine ihrer Lokalorganisationen grundsätzlich freigestellt worden war, enthielt für den deutschen Landesverband ein Danaergeschenk, da durch diese Teilöffnung ein Auflösungsprozess der Zentralisation in Gang kommen könnte, noch bevor sie ihr Ziel ganz verwirklicht haben würde. Denn der Landesverband trachtete nicht nach der blossen Duldung einzelner seiner Mitglieder; was er wollte, war ein Mitspracherecht für seine Gesamtorganisation, indem er gleichsam als dritte Säule gleichberechtigt neben den Mitgliedschaften und dem Grütliverein tragende Körperschaft der schweizerischen Partei zu werden hoffte. Zur neuen Lage nahm die Landesorganisation erst auf der Berner Konferenz im Februar 1910 Stellung. In der dort gefassten Resolution über ihre taktische Stellung in der Schweiz schlug sie einen auffällig distanzierenden Ton an, indem sie die Notwendigkeit der eigenen Sonderexistenz zuerst mit einem historischen Rückblick und dann mit dem Verweis auf den besonderen Aufgabenkreis scheinbar unmotiviert überbetonte. Nicht wenige der Delegierten waren von der Mission einer selbständigen Ausländerorganisation nach wie vor überzeugt, während Platten, dessen Handschrift dieser Resolutionstext trug, eine Festigung der Zentralisation aus dem weiterblickenden Grunde für wünschenswert hielt, um möglichst aus einer Position der Stärke verhandeln zu können. Dass die Situation der deutschen Vereine keineswegs günstig war, wird aus dem Hauptabschnitt dieser Erklärung deutlich, der auch die nun offiziell erhobene Forderung auf das politische Mitspracherecht für die Sektionen enthält, um das es im Kern ging:

«Die Sektionen der Landesorganisation sind in vielen Orten in Bezug auf das Bibliothekwesen, die Einrichtung von Lesezimmern, die Veranstaltung von Vorträgen, kurz die Bildungsarbeit, an der Spitze marschiert und haben so Funktionen geübt, die eigentlich den Arbeiterunionen zukommen sollten. Es ist selbstverständlich, dass, sobald die Arbeiterunionen sich dieser Arbeit annehmen, dies von den Sektionen der Landesorganisation als Zeichen des Fortschritts der Gesamt-

arbeiterschaft des Ortes begrüsst wird. Das Betätigungsfeld der Sektion als solche engt sich zwar in jedem derartigen Falle ein, die Mitglieder werden sich aber umso mehr zu den noch übrigbleibenden Aufgaben ihres Vereines zuwenden können und die eventuell frei werdende Kraft und Zeit benützen, um nach besten Kräften an den Aufgaben der Arbeiterunion mitzuwirken.

Von diesen Gesichtspunkten aus fordert die Landesorganisation in den Arbeiterunions, Gewerkschaften, Genossenschaften, sowie bei Kongressen aller dieser Organisationen volle Gleichberechtigung der Ausländer im Allgemeinen und speziell der Delegierten ihrer Sektionen bei allen Fragen wirtschaftlicher Natur, sowie bei allen politischen Kämpfen, wo die Gesamtarbeiterschaft auf den Plan tritt: Demonstrationen, Maifeier und so weiter. Bei Behandlung politischer Angelegenheiten, zu deren Erkämpfung den Ausländern die Rechte fehlen (Wahlen, Abstimmungen usw.), fordert sie beratende Stimme für die Delegierten ihrer Sektionen.»⁵⁵⁹

Platten selbst, der in Bern den Textentwurf begründete, wandte sich gegen die Ausländerfeindlichkeit in den Reihen der Schweizer Sozialdemokraten:

«Rechtlosigkeit der Ausländer wird nicht nur vom Staate als am Platze gefunden, sondern auch in gewissen Parteikreisen besteht die Auffassung, dass den Ausländern in parteipolitischer Hinsicht das Mitberatungsrecht nicht zuerkannt werden könne. Sicher haben die Ausländer alle Ursache, darauf bedacht zu sein, den Schweizer Genossen die Agitation zu erleichtern und alles zu vermeiden, was den bürgerlichen Gegnern Anlass geben könnte, in Chauvinismus zu machen. Was aber festgestellt werden muss, ist, dass auch Schweizer Genossen dem Ausländerhass sich nicht immer entziehen können, wie dies manchmal in den Organisationen an kleinern Orten festgestellt werden kann.»⁵⁶⁰

Die politische Rechtlosigkeit würde, so konnte Platten warnend auf die bisherigen Erfahrungen verweisen, den reinen Syndikalismus und damit die Unterschätzung der Politik unter den Ausländern fördern. Problematisch dagegen war das Argument, wenn die Ausländer politisch indifferent würden, so liege die Gefahr nahe, dass auch manche Schweizer eine gleichgültige Stimmung gegenüber staatlichen und kommunalen Angelegenheiten und Beschlüssen erfasse. Dionys Zinner, der Delegierte des Winterthurer Vereines und in der Landesorganisation schon zur älteren Generation gehörend, machte sich in Bern zum Sprecher gegen die von Platten eingeschlagene Konfrontationspolitik. Die Gleichberechtigung sei eine Tatsache, das beweise unter

anderem die Mitarbeit einiger ausländischer Parteigenossen an schweizerischen Parteizeitungen. Auch der Berner Vertreter war der Meinung, wer sich im Gastland eingelebt habe und seine Verhältnisse berücksichtige, komme in der Gewerkschaft auf seine Rechnung. Ein weiterer Votant riet aus praktischer Erfahrung: «Die Ausländer müssten sich akklimatisieren und den Verhältnissen entsprechend auf die Schweizer Arbeiterbewegung einwirken. In Glarus habe man mit dieser friedlichen, vorsichtigen Taktik grossen Einfluss auf die Schweizer Genossen gewonnen.»⁵⁶¹ Max Bock wollte in der Resolution, die nur ausspreche, was die Landesorganisation sei und wolle, keine Gegensätzlichkeiten zwischen Schweizern und Ausländern erkennen; in Zürich werde die Agitation von alten «Einträchtlern» gemacht, Genossen in führender Stellung seien aus der «Eintracht» hervorgegangen. Dennoch hatte im vorgelegten Resolutionsentwurf der erst durch einen Vorschlag Adlers entschärfte Passus gestanden: «Die Landesorganisation marschiert getrennt von der schweizerischen sozialdemokratischen Partei, sowie getrennt von den Zentralorganisationen anderssprachiger Ausländer in der Schweiz.»⁵⁶² Eine solche Trennung wäre gar nicht mehr überall durchführbar gewesen. In Zürich und Bern beteiligten sich die ausländischen Gewerkschaftler und Sozialisten innerhalb der Arbeiterunions aktiv an der Erörterung auch politischer Fragen. In Basel hingegen hatten sich die gewerkschaftlichen Fachvereine und die politischen Vereine in lokalen Spitzenorganisationen auseinandergeliebt. Die Gewerkschaften waren dort von Deutschen dominiert, die Sozialdemokratische Partei von Schweizern, wobei die direkte Aktion oder der Parlamentarismus Anlass zu heftigen Kontroversen boten.⁵⁶³ In Schaffhausen wiederum gehörten von den 60 Delegierten der dortigen Arbeiterunion gar 24 dem deutschen Arbeiterbildungsverein an. In Winterthur existierte daneben nur noch ein Grütliverein, während eine Mitgliedschaft als rein politische Parteiorganisation fehlte; ihre Rolle hatte dort weitgehend die Sektion des deutschen Landesverbandes übernommen.⁵⁶⁴ Das Schlagwort von der politischen Rechtlosigkeit der Ausländer bot für den Landesausschuss wohl ein zugkräftiges Argumentationsmittel, das jedoch eine Notlage vortäuschte, die bei der von den lokalen Parteiorganisationen je nach Verhalten der Ausländer flexibel gehandhabten Praxis in vielen Fällen gar nicht bestand. Nicht die Zusammenarbeit mit den Schweizern, sondern die Frage nach der Form ihres Vollzuges stand zur Diskussion. Indem die Resolution wenigstens ein beratendes Mitspracherecht für die Delegierten der Sektionen und nicht etwa für die Ausländer im Allgemeinen forderte, war klargestellt, dass die Zentralisation sich das Recht, in Angelegenheiten der ausländischen Sozialisten zu sprechen und zu verhandeln, nicht

beeinträchtigen lassen wollte. Deshalb wandte sie sich gegen eine falsch verstandene «Verschweigerung» von Sektionen, die sich ihrer Herkunft zu genieren begannen. Gerade das Beispiel Winterthur war für Friedrich Adler Beweis genug, dass die Vereine ihren Ausländerstatus klar zum Ausdruck bringen mussten, wenn dem Abbröckelungsprozess begegnet werden sollte. Man hoffe in der Winterthurer Sektion, sei einmal die jetzige Verbandsbezeichnung beseitigt, würden noch mehr schweizerische Arbeiter die Speisegenossenschaft dieses Vereins benutzen. Ins Prinzipielle übertragend fuhr Adler fort: «Wir müssen dagegen sagen, dass, wer das Brot unserer Organisation essen wolle, sich auch bequemen müsse, ihren Namen zu singen.»⁵⁶⁵ Um diesen Repräsentanzanspruch noch zu unterstreichen, schritt die Konferenz zur Namensänderung der Zentralisation. Vorschläge zur Neufassung der Namensgebung wie «Landesorganisation der internationalen Sozialdemokratie in der Schweiz»⁵⁶⁶, «Landesorganisation der allgemeinen Sozialisten in der Schweiz»⁵⁶⁷, oder «Landesorganisation der ausländischen Sozialdemokraten in der Schweiz»⁵⁶⁸ wollten eben diese andersgeartete Grundlage möglichst umfassend zum Ausdruck bringen.

Doch der Anspruch, eine Organisation für die sozialistischen Ausländer in der Schweiz schlechthin zu sein, stimmte in zweifacher Hinsicht nicht. Einmal existierten noch andere Ausländerverbände wie die der Russen oder Italiener; die Sektion Schweiz der sozialistischen Partei Italiens besass einen Mitgliederbestand, der an Umfang mit um die zehntausend Personen etwa dreimal so gross gewesen sein soll.⁵⁶⁹

Zum anderen gab es kaum eine deutsche Sektion, die nicht auch Schweizer zu ihren Mitgliedern zählte. Die schliesslich zum Beschluss erhobene Verbandsbezeichnung «Sozialdemokratische Landesorganisation der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz»⁵⁷⁰ vermochte Missverständnisse nicht zu vermeiden, da die Unklarheit nur auf die lokale Ebene verschoben wurde. Im Sinne der Vereinheitlichung sollte von jetzt an jede Sektion nur noch den Titel «Internationaler Arbeiterverein» unter Beifügung des Ortsnamens tragen.⁵⁷¹ Wie die untenstehenden Richtzahlen veranschaulichen, blieben die «Internationalen Arbeitervereine» in ihrer Zusammensetzung nach wie vor deutsch. Wie früher verkehrten in ihnen Österreicher und Schweizer, während die anderssprachigen Nationalitäten mit einem Anteil von fast konstant 7 bis 8 Prozent des Gesamtbestandes keinen verändernden Einfluss ausübten. In taktischer Hinsicht, und darum ging es, brachte die neue Verbandsbezeichnung einen Positionsgewinn ein, indem die deutschen und österreichischen Genossen hinter den optisch günstigeren Begriff «international» zurücktraten. Da alsbald nur noch von «Internationalen Arbeitervereinen in der Schweiz» die Rede war,



Chûte du Rhin - RHEINFALL - Falls of the Rhine

Internationale Sozialisten-Zusammenkunft

Sonntag den 2. August 1908 in Schaffhausen. Festplatz zum Schützenhaus.

PROGRAMM:

Vormittags: Empfang der auswärtigen Gäste am Bahnhof. Besichtigung der Stadt, des Rheinfalls, des Munots, des Museums und des Kunstsaaes unter Führung der dafür bestimmten Genossen. Konzert im Vereinshaus zum Tannenhof.

Nachmittags 1 Uhr: Aufstellung des Demonstrationzugs beim Vereinshaus z. Tannenhof.
1 1/4 „ Demonstrationzug durch mehrere Strassen der Stadt zum Festplatz auf dem Schützenhaus.

Auf dem Festplatz: Konzert, Gesangsvorträge (Massengesang: Sozialistenmarsch) und **Internationales Massenmeeting.**

Redner: **G. Ledebour**, Reichstagsabgeordneter, Berlin.

E. Pernerstorfer, Reichsratsabgeordneter, Wien.

G. Lerda, (italienisch), Parteisekretär, Rom.

R. Grimm, Arbeitersekretär, Basel.

Festzeichen, welche sichtbar zu tragen sind, da der Festplatz ohne Festzeichen nicht betreten werden darf, im Vorverkauf zum Preise von 30 Cts. = 25 Pf. = 30 Heller. Das Tragen des Festzeichens berechtigt zur Besichtigung der Sehenswürdigkeiten zu ermässigten Preisen (Schloss Laufen (Rheinfall) 30 Cts. statt 1 Fr.), Munot usw.

Der Landesausschuss der deutschen und österreich-ungarischen Sozialdemokraten in der Schweiz:

I. V.: **J. Jaffe**, Sekretär, Plattenstr. 88, Zürich.

Die Arbeiterunion und der Allgemeine Arbeiterbildungsverein Schaffhausen:

I. V.: **E. Meyer**, Arbeitersekretär, zum Tannenhof, Schaffhausen.


Alle Anfragen und Mitteilungen sind an J. JAFFE, Plattenstrasse 88, Zürich, zu richten.

— Das Fest wird bei jeder Witterung abgehalten. —

Die «Landesorganisation der deutschen und österr.-ungar. Sozialdemokraten in der Schweiz» veranstaltete in Abständen «Internationale Sozialisten-Zusammenkünfte», die im deutschsprachigen Raum eine engere Zusammenarbeit der Sozialdemokratie anstrebten.

Der Neue Postillon

← Humanistisch-futuristisches Monatsblatt der Schweizerischen Arbeiterschaft. →



Wilhelm Liebknecht

Dem hochverdienten Lehrer des Volkes, dem zielbewusstesten Führer der Socialdemokratie, dem unbegrenzten
Soldaten der Revolution.

An der Bahre des charakterfestesten Mannes trauert im Verein mit dem Proletariat aller Länder
Die schweizerische Arbeiterschaft.

*** Sein Werk wird fortgesetzt, sein Name unvergesslich bleiben! ***

Wilhelm Liebknecht (1826-1900), bereits in den Jahren 1848 bis 1850 mit der Schweiz eng verbunden, wurde hier von den Sozialdemokraten hoch verehrt, was «Der Neue Postillon» auch bei der Todesnachricht zum Ausdruck brachte.

verlieh dies ihnen gegenüber der schweizerischen Sozialdemokratie gleichwohl einen Anstrich von Legitimität, für die ausländischen Genossen insgesamt zu sprechen.

VERBANDSMITGLIEDER NACH NATIONALITÄTEN⁵⁷²

Jahr	Deutsche	Österreicher	Schweizer	Andere
1907	1605	509	214	175
1908	1838	578	289	214
1911	1951	500	345	228
1912	2086	603	279	204

An der Immobilität der SPS, die sich aus der Zweiheit von Grütlivereinen und Mitgliedschaften ergab, hat der Parteitag von 1908 wenig zu ändern vermocht. Statt das Problem der Zugehörigkeit von Ausländern zu lösen, war diese für die Partei so delicate Streitfrage erst richtig aktualisiert worden. Entscheidende Anstösse zur Reform der Organisationsstruktur brachte der Basler Parteikongress vom 26./27. November 1910.⁵⁷³ Nach dem Programm von 1904 war den Gewerkschaften im politischen Kampf lediglich eine ergänzende Hilfsfunktion zugebilligt worden, was die von den schweizerischen politischen Organisationen ausgeschlossenen Ausländer besonders getroffen hatte. Entsprechend der Gleichstellung auf lokaler Ebene, wie sie in der Arbeiterunion Zürich bereits seit Jahren bestand,⁵⁷⁴ anerkannte nun der Parteikongress von 1910 die Gewerkschaften als gleichwertigen Partner; für die Zukunft sollte gelten:

«Der Kampf der Arbeiterklasse wird aber umso günstiger und erfolgreicher sein, je inniger die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen und je einheitlicher die Partei und die Gewerkschaftsorganisationen selbst sind.»⁵⁷⁵

Diese Auffassung lag auf der Linie der auf dem VI. Kongress der Zweiten Internationale in Stuttgart 1907 beschlossenen Resolution, in der der politische wie wirtschaftliche Kampf für die Befreiung des Proletariats in gleichem Masse für notwendig erklärt worden war.⁵⁷⁶

Der Gewerkschaftsbund hatte bereits 1908 eine nach deutschem Muster reformierte Zentralisation auf föderalistischer Grundlage erhalten.⁵⁷⁷ Zur Reorganisation der SPS machte sich jetzt die in Basel gewählte «29er-Kommission» an die Ausarbei-

tung eines Entwurfes.⁵⁷⁸ In der Auseinandersetzung um das von ihr im Februar 1911 vorgelegte Organisationsstatut trafen drei gegensätzliche Auffassungen über den zukünftigen Aufbau der SPS aufeinander.⁵⁷⁹ Die Statutenkommission hatte in ihrem ersten Projekt den Grütliverein als selbständige Organisation völlig entmachtet. Nicht wenige Grütlilianer hatten gehofft, bei einem Neubau würde der Grütliverein die Parteigrundlage bilden. Umso grösser war die Enttäuschung, und auf der Bieler Delegiertenversammlung des Schweizerischen Grütlivereins vom 28. Juli 1911 machte sich die Empörung über den kurz zuvor noch modifizierten Kommissionsentwurf Luft.⁵⁸⁰ Selbst der eingebürgerte Robert Seidel – Grütlilianer und Sozialdemokrat – sprach in Biel gegen die Vereinheitlichung: «Wir wollen die preussische Disziplin nicht bei uns, denn sogar in Deutschland hat sie schwer geschadet.»⁵⁸¹ Die Ausländerfrage war, wie der Präsident der «29er-Kommission» einräumte, im Entwurf absichtlich ausgeklammert worden.⁵⁸² Doch gerade hier lag der neuralgische Punkt verborgen, der die Grütlilianer zutiefst beunruhigte. Wie aus dem Votum von Pfarrer Paul Pflüger, dem damaligen Zürcher Stadtrat, hervorging, wollten sie nicht von Lösungen überrascht werden, sobald dem Grütliverein die Oppositionsmöglichkeiten in der Partei empfindlich eingeschränkt sein würden:

«Ein heikler Punkt, dem man bei der Neugestaltung der Dinge aus dem Wege gegangen, ist die Ausländerfrage. Und doch gibt es unleugbar eine solche auch für die Arbeiterbewegung. Man gerät zwar leicht in den Verdacht, ein Chauvinist zu sein, wenn man sich mit dieser Frage befasst, oder über diese seine Meinung äussert. Das kann und darf uns aber nicht abhalten, das Verhältnis der stimmberechtigten sozialdemokratischen Arbeiterschaft zur Frage der Stellung der Ausländer innerhalb der Partei näher zu prüfen und in einem möglichst beide Teile befriedigenden Sinne zu lösen.»⁵⁸³

In abwartendem Sinne wurde der Entwurf mit 222 gegen 25 Stimmen verworfen.⁵⁸⁴

4. 7. 3 DER VORSTOSS AUF SPALTUNG DER SPS ZUR BILDUNG EINES LINKSBLOCKES

Die Bieler Reden von Pflüger und Seidel lösten bei den deutschen Sozialisten erneut heftige Angriffe aus, wobei die Opposition gegen die Grütlilianer von der «Eintracht» Zürich angeführt wurde. Das treibende Element von Seiten der Ausländer war dort das «Politische Komitee».⁵⁸⁵ Seine erste Grossaktion lancierte es als unmittelbare

Antwort auf die Ablehnung von Biel. In 6'000 Flugblättern verbreitete es seine eigene Vorstellung marxistischer Parteipolitik, die eine deutliche Spitze gegen den Grütliverein enthielt. Dieser mache gegenüber den bürgerlichen Gegnern fortwährend Konzessionen bis zur Prinzipienverletzung:

«Nun gibt es in der Schweiz eine grosse Anzahl Arbeiter, die mit den Grundsätzen, der Methode und den Resultaten der Grütlianerpolitik nicht einverstanden sind. Sie halten diese Art Politik für zu viel beeinflusst von der kleinbürgerlichen Ideologie, der kleinbürgerlichen Taktik und sind der Meinung, dass diese ganze Art der politischen Betätigung der sozialdemokratischen Parteipolitik in der Schweiz den Stempel unklarer und unsicherer, kopf- und haltloser Experimentiererei aufdrückt. So ist zu konstatieren, dass sich diese Politik sehr oft vom sozialistischen Standpunkt einer zielklaren, zweckbewussten Arbeiterinteressenvertretung abwendet.»⁵⁸⁶

Das politische Komitee warf sich zur Sprecherin eben dieser Meinungsrichtung auf und forderte, alle vorhandenen Kräfte zu einer Organisation des radikalen Flügels der schweizerischen Sozialdemokratie zusammenzufassen. Dieser Vorschlag, der nichts anderes als die Auflösung der bisherigen Partei verlangte und anstelle des auszuschaltenden Grütlivereins den Zusammenschluss des linken Parteiflügels mit den ausländischen Genossen setzte, löste heftige Diskussionen in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aus, wo die Sympathisanten der «Eintracht» eine fieberhafte Aktivität entfalteten: «Wir konnten», so berichtete das politische Komitee, «diese Hochkonjunktur gut ausnützen, um unsere Organisation auszubauen. Innerhalb weniger Wochen hatten wir aus den Anhängern unserer Sache in den verschiedensten Organisationen ein gut funktionierendes Vertrauensmännerkollegium geschaffen, mit denen wir in ständiger Fühlung waren, Beratungen abhielten und so auch organisatorisch planmässig auf einen weiteren Kreis von Arbeitern einwirken konnten.»⁵⁸⁷ Indem die «Eintracht» systematische Hausmachtspolitik betrieb, rüstete sie zum Kampf gegen jeglichen Opportunismus, der sich ihr im Hinblick auf die Nationalratswahlen vom 29. Oktober 1911 besonders stark zu regen schien. Sie fühlte sich mächtig genug, auf diesen Anlass hin die Kraftprobe zu wagen. Die Streitfrage ging in ihrem Kern darum, in welcher Weise sich die Sozialdemokratie am Parlamentarismus beteiligen sollte. Die von der «Eintracht» am 23. August 1911 beschlossene Grundsatzserklärung hielt einleitend den bekannten marxistischen Standpunkt fest:

«Die positive Seite unserer Vertreter im Parlament besteht in der rücksichtslosen Vertretung unserer proletarischen Klasseninteressen, das heisst in einer Kritik der Einrichtungen und Missstände des kapitalistischen Staates und der Propagierung und Durchsetzung der im Interesse der arbeitenden werktätigen Bevölkerung aufgestellten Forderungen.»⁵⁸⁸

Die Voten an der Bieler Tagung, die Haltung sozialdemokratischer Parlamentarier bei den Verhandlungen und Abstimmungen, denen der Gewissensentscheid und damit das eigene Ermessen oberstes Leitprinzip war, die laue Einstellung der Partei Vertreter in der Exekutive, Verstösse gegen die sozialdemokratischen Prinzipien und anderes mehr lieferte Zündstoff für die radikale, in ultimativer Form gestellte Forderung, das imperative Mandat einzuführen. Die Erklärung verstieg sich sogar zu der Drohung:

«Wenn uns sozialdemokratischen Arbeitern nicht von der schweizerischen sozialdemokratischen Partei die Gewissheit und die Garantie gegeben wird, dass von ihren Vertretern, Beauftragten und Mitgliedern den Beschlüssen der sozialdemokratischen Parteiorganisationen, Parteitage und internationalen Sozialistenkongresse nachgelebt wird, und die sozialdemokratischen Grundsätze hochgehalten werden, andernfalls gegen renitente Genossen mit der nötigen Strenge vorgegangen wird, so können wir vom internationalen sozialdemokratischen Standpunkt aus weder Zweck noch Sinn in der Beteiligung des organisierten Proletariats an den Wahlen ersehen. Die Partei soll und muss die Kontrolle über ihre Mandat-inhaber ausüben und deren Tätigkeit überwachen. Sollte der bisher übliche Kurs weiter beliebt werden, so halten wir dafür, der Partei zu den bevorstehenden Wahlen jede materielle und ideelle Hilfe aufzukündigen.»⁵⁸⁹

In den Arbeiterunions und Gewerkschaften gehörte die scharfe Sprache deutscher Wortführer nachgerade zum gewohnten Bild der dort geführten Debatten. Eine derartige offizielle Einmischung dieses bedeutenden Ausländervereins in einen innenpolitischen Wahlvorgang überstieg jedoch alles bisher Dagewesene und gab zum Schock der Grütlianer von Stil und Politik der proponierten Koalition des linken Flügels einen Vorgeschmack. Die Intentionen der ausländischen Genossen waren durchsichtig genug. Obwohl ihnen von der Bundesverfassung her die direkte Beteiligung an den Wahlen verunmöglicht war, wollten sie durch die Parteivertreter in den Parlamenten den von ihnen geforderten Stil der Klassenkampfpolitik zur Geltung bringen. Die Resolution hatte dabei von der «Notwendigkeit einer starken sozialdemokratischen Vertretung der Interessen der politisch rechtlosen ausländischen

Arbeiter in den Parlamenten der Schweiz» gesprochen.⁵⁹⁰ Indem die gewählten Mandatsinhaber nur noch weisungsgemäss agieren sollten, hätten die ausländischen Genossen ihre Auffassung konsequenter Klassenkampfpolitik auf dem Umweg über die Parteiorganisationen eher durchdrücken können. Dass dies durchzusetzen nicht Sache von Ausländern sein konnte, war aber auch die Überzeugung der erdrückenden Mehrheit in der schweizerischen Partei.

Die orthodoxen Marxisten um Heinrich Brandler und Fritz Heckert glaubten die Quelle aller der von ihnen beklagten Übel in den misslichen Organisationsverhältnissen begründet. Der Mangel an Organisation verursache den Mangel an Mitteln, und der Mangel an Mitteln zwinge die Arbeiter, ihre Interessenvertretung wohlmeinenden Bürgerlichen zu übertragen. Die Kritik an der Sozialdemokratischen Partei und ihren parlamentarischen Vertretern fand je nach der doktrinären oder praxisbezogenen Ausrichtung Sympathien oder Ablehnung.⁵⁹¹ Obwohl der vom politischen Komitee der «Eintracht» verfolgte Linkskurs selbst für die den sozialdemokratischen Mitgliedschaften angehörenden Schweizer eine Extremposition darstellte, war sie jenen syndikalistisch-anarchistischen Gruppen zu lau, die die autoritäre Führung dieses Ausländervereins befehdeten. Über die anarchistischen Tendenzen in der sozialistischen Jugendorganisation vermitteln die Aufzeichnungen von Willi Münzenberg ein lebhaftes Stimmungsbild, wobei in den rüden Anpöbeleien, mit denen Jungburschen reformistische Arbeiterführer wie Herman Greulich und Robert Seidel, aber auch den Zentristen Heinrich Brandler in Versammlungen lächerlich zu machen versuchten, eben nicht nur ideelle Gegensätze, sondern krasse Ausflüsse eines Generationenkonfliktes erkennbar werden.⁵⁹²

Dieses Mal unterstützte auch die antiautoritäre Minderheit um Fritz Brupbacher die ultimative Kundgebung der «Eintracht» zur Wahlfrage, um die durch diesen Verstoß freigesetzten Energien in die eigene Zielrichtung zu kanalisieren. Während die Initianten der Resolution auf eine Trennung der Mitgliedschafter von den als kleinbürgerlich bekämpften Grütlianern zielten, distanzierte sich Brupbacher von beiden Gruppierungen; der Gegensatz liege nicht so sehr zwischen diesen als zwischen der Gewerkschaftsarbeit und der politischen Betätigung, sei doch die letztere in der Demokratie immer korrupt. Von sich selbst meinte Brupbacher, er habe schon immer gepredigt, dass man diese Streberpolitik nicht mitmachen solle: «Man müsse ganz einfach ein Revolutionstribunal bilden und alle diese Streber davonjagen.»⁵⁹³ Obschon das politische Komitee der «Eintracht» solche Tiraden gegen die politische Partei an sich ebenso wie die völlige Negation des Parlamentarismus ablehnte, leiste-

te es mit seiner Taktik den unzufriedenen und extremsten Randgruppen Vorschub. Vor allem verschärfte es das Spannungsverhältnis zwischen den ausländischen und der Mehrheit der einheimischen Parteigenossen. Herman Greulich, der sich als Nationalratsvertreter des ersten Wahlkreises unmittelbar angegriffen sah, nahm in der Delegiertenversammlung der Zürcher Arbeiterunion am 7. September den hingeworfenen Fehdehandschuh auf. In Unkenntnis der komplizierten schweizerischen Verhältnisse generalisierte die «Eintracht» die Bedingungen in den grösseren Städten auf das ganze Land und komme damit zu schiefen Urteilen:

«Die zweite Bemerkung ist eine Warnung: Es gibt nationale Fragen, in denen auch der gutsozialistische Schweizer Arbeiter das vorlaute Mitsprechen von Ausländern nicht verträgt. Er muss Militärdienst leisten oder Ersatz- und Armensteuer zahlen – der Ausländer geht frei aus. Da gebietet der Takt eine gewisse Zurückhaltung. Es berührte mich peinlich, als ein erst kürzlich zugezogener Ausländer sich als Referent gegen den Gotthardvertrag gemeldet hatte. Von solchen Fragen müssen unsere ausländischen Genossen die Finger lassen, sonst verbrennen sie sich.»⁵⁹⁴

Greulich verstand sich als disziplinierter Soldat der Partei, ohne die freie Überzeugung preisgeben zu wollen. Den Einmischungsversuch der «Eintracht» in die Wahlfrage, die zu entscheiden den stimmberechtigten Genossen vorbehalten sei, wies er daher seinerseits mit der Drohung zurück: «Ehe ich aber meiner Überzeugung Fesseln anlegen lasse, verzichte ich auf den Nationalratsitz.»⁵⁹⁵ Trotz solcher Proteste betrieb die «Eintracht» eine eigenmächtige Wahlstrategie. Sie versuchte Robert Grimm, den ihr vertrauten Vertreter des revolutionären Parteiflügels, auf die Wahlliste zu bringen, wodurch der inzwischen des Reformismus bezichtigte Robert Seidel ausgeschaltet werden sollte. Obwohl die zürcherischen Grütlivereine sich in einer Protestversammlung dagegen wehrten, «dass man einem alten Parteigenossen wie Seidel einen Genossen Grimm bei den Nationalratswahlen entgegenstellen wolle», und es im zweiten Wahlkreis beinahe zum Bruch und dem getrennten Marschieren mit zwei Listen kam, gelang es ihr mit Unterstützung der Metallarbeiter Grimm neben Greulich, Sigg, Pflüger und Seidel in diesem von der SPS beherrschten Wahlkreis als gemeinsame Kandidaten durchzubringen. Auf solche Weise gelangte Grimm trotz seines beträchtlichen Zurückbleibens hinter den Stimmzahlen der von ihm beförderten Genossen in den Nationalrat.⁵⁹⁶ Die Differenzen in den Stimmzahlen der Gewählten und noch mehr die grosse Enttäuschung darüber, dass in dieser

Zeit der Teuerungsnot der erwartete Aufmarsch zugunsten der Sozialdemokraten ausgeblieben war, boten den Grütlianern und den reformistischen Mitgliedschaften! Anlass genug, die Schuld hierfür den Querschüssen aus der «Eintracht» und den radikalen Schreckparolen der Extremgruppen anzulasten.

Der Erfolg mit der Kandidatur Grimm machte das aus Otto Richter, Heinrich Brandler, Franz Kugler, A. Kessküllä und dem Schreiner Moses Mandel bestehende politische Komitee für die Alarmzeichen blind, die auf einen Stimmungsumschwung gegenüber seiner die Partei spaltenden Konfrontationspolitik hindeuteten. Trotz der gereizten Atmosphäre unternahm es mit seinem Gegenprojekt einer Einheitspartei erneut einen Vorstoss. Denn am 2./3. Dezember 1911 wollte sich der Parteitag in Olten mit dem Problem der Statutenreform befassen. Vom deutschen Muster ausgehend, verlangte die «Eintracht» die Auflösung aller bisher nebeneinander existierenden kantonalen und lokalen Verbände, von Grütlivereinen und Mitgliedschaften. An ihre Stelle sollte der sozialdemokratische Ortsverein treten, der die Grundlage der neuen, klar gegliederten und zentralisierten Organisation abgeben würde. Nach Artikel drei fanden sich die Ortsvereine zu Bezirksverbänden und diese wieder zu Kantonalverbänden zusammen, denen die selbständige Führung der zuständigen Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegen sollte. Höhere Mitgliederbeiträge forderten grössere Opferbereitschaft; das Abgabesystem würde ein einheitliches Mitgliedsbuch rationalisieren. Der Parteitag als die oberste Instanz war diesem Projekt zufolge von den Delegierten der Bezirksverbände zu beschicken, wobei die Anzahl der Vertreter sich nach einem auf den Mitgliederumfang berechneten Schlüssel richtete. Als Parteiführung war ein neunköpfiger Vorstand vorgesehen, wobei sieben seiner Mitglieder vom Parteitag und die beiden anderen Personen von der Kontrollkommission gewählt werden sollten. Die vom Parteitag bestellte Kontrollkommission hätte die Tätigkeit des Parteivorstandes zu überwachen, wobei sie auch Berufungsinstanz bei Beschwerden sein würde. Bestimmungen, die die Nationalratsfraktion und Parteipresse betrafen, dienten zur Gewährleistung der Einheitlichkeit und Grundsätzlichkeit in politischen Fragen.⁵⁹⁷

Die zentralistische Parteikonzeption setzte sich über den schweizerischen Föderalismus hinweg, beseitigte jedoch auch Mängel, die innerhalb der SPS selbst beklagt wurden. Der Präsident der «29er-Kommission» hatte sie mit den Worten angeprangert: «Die Partei weiss in Wirklichkeit nicht, wieviel Mitglieder sie zählt und wer alles zu ihr gehört und wer nicht. Sie besitzt Parteigenossen, die tatsächlich doppelt und dreifach ihr angehören, gezählt werden, Beiträge leisten, die Parteiorgane

bestellen und vertreten werden, und dabei stehen andere tausende von Gesinnungsgenossen abseits.»⁵⁹⁸ Das auf dem Jenaer Parteitag von 1905 angenommene deutsche Parteistatut, das das bisherige Vertrauensleutesystem durch einen auf den Lokalorganisationen aufgebauten demokratischen Zentralismus ablöste, war in seiner Effizienz zweifellos zukunftsreich, aber für die Schweiz selbst in adaptierter Form verfrüht. Wenn die «Eintrachtler» auch nicht mit der Annahme ihres Konzeptes rechnen konnten, so wollten sie mit ihrem Vorstoss die sozialdemokratischen Mitgliedschaften, die den Entwurf der «29er-Kommission» unterstützten, zumindest daran hindern, gegenüber den Grütlianern Konzessionen zu machen. Der Vorstoss aus der «Eintracht» arbeitete bewusst auf die Spaltung innerhalb der schweizerischen Sozialdemokratie hin; denn was darin vorgeschlagen wurde, war nichts anderes als die völlige Eliminierung des Grütlivereins, dessen Mitglieder – sollten sie gleichwohl der Einheitspartei beitreten – bei einem Zusammengehen der zentristischen und revolutionären Genossen schweizerischer und ausländischer Herkunft ein belangloses Dasein fristen würden. Das Auftreten des politischen Komitees war nicht dazu angetan, das Vertrauen in eine mit den Ausländern einzugehende Koalition der radikalen Linken zu wecken. Statt der Spaltungspolitik der «Eintracht» zu folgen, hatte die Statutenkommission eine Taktik des Ausgleichs eingeschlagen. Sollte es über der Reformfrage nicht zum Bruch kommen, so musste dem Grütliverein seine Selbständigkeit innerhalb der Gesamtpartei weiterhin garantiert werden. Von den nichtschweizerischen Sozialisten wurde vor allem die Konzession als ein Affront empfunden, dass der Grütliverein nach § 5 seiner Zentralstatuten die Ausländer auch fernherhin von der Aktivmitgliedschaft ausschliessen durfte.⁵⁹⁹ Nicht zuletzt hatten Brandler und Heckert infolge dieser Missstimmung für ihr Gegenprojekt in der «Eintracht» die Unterstützung der grossen Mehrheit gefunden. Der heftigste Gegner des vom politischen Komitee forcierten Kurses war Fritz Platten. Es kennzeichnet die exaltierte Stimmung im Verein, dass Platten – im folgenden Jahr zum roten «Bürgerschreck» Zürichs in persona geworden – hier des unklaren Opportunismus bezichtigt und in die oppositionelle Minderheit versetzt worden war. Das politische Komitee wollte bei allen anstehenden Fragen den «unverfälschten, reinen Klassenkampfstandpunkt» herausarbeiten und sukzessiv «die besten Elemente der Arbeiterschaft um sich sammeln, sie agitatorisch und organisatorisch zusammenfassen, schulen und ins Feuer eines revolutionären Klassenkampfes führen». Plattens Politik der «positiven Arbeit» und der «greifbaren Erfolge» wurde in der «Eintracht» als armselige Linsengerichtspolitik abgetan.

Dessen ungeachtet handelte es sich weniger um prinzipielle als um taktische Unterschiede. Auch Platten hielt den «Eintracht»-Entwurf für den einzig richtigen, erachtete jedoch den Zeitpunkt als verfrüht und das Vorgehen für verfehlt. Da er in der «Eintracht» gegen die vorherrschende Tendenz nicht ankam, obwohl er als Sekretär des Landesverbandes seinen ganzen Einfluss geltend gemacht hatte, liess er sich als Vertreter der Mitgliedschaft Zürich III in die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion wählen, wo er mit einem scharfen Angriff auf Fritz Heckert und dessen Unkenntnisse der hiesigen Verhältnisse das Vorgehen des politischen Komitees desavouierte. Auf diesem Umwege gelang es Platten, Heckert und Brandler von ihrer Gefolgschaft zu trennen, worauf das politische Komitee demissionierte.⁶⁰⁰ Die beiden in Zürich gescheiterten Dogmatiker, die beide von Beruf Maurer gewesen waren, haben später beim Aufbau der Kommunistischen Partei Deutschlands eine aktive Rolle gespielt.

Fritz Heckert (1884-1936), der als Protokollführer dem Landesausschuss angehörte, verliess kurz nach seinem erzwungenen Rückzug die Schweiz und betätigte sich in Chemnitz als Gewerkschaftsbeamter. Von 1919 bis zu seinem Tod zählte er zum Führungskollektiv der KPD und vertrat diese seit 1932 beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale in Moskau. Zur letzten Ruhe gab man ihm den Ehrenplatz neben Clara Zetkin an der Kremllmauer auf dem Roten Platz. Während Heckert und mit ihm Walter Ulbricht nach der parteioffiziellen Lesart bei den internen Richtungskämpfen stets auf der «richtigen» Seite gestanden haben, ging Heinrich Brandler (1881-1967) als Negativfigur eines Rechtsopportunisten in die Parteigeschichte ein. War er in Zürich als besonders orthodoxer, jede Kompromisspolitik ablehnender Parteiideologe hervorgetreten, so glaubte er, nachdem er im Januar 1923 zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der KPD aufgestiegen war, aus der Kooperation mit deutschen Nationalisten Vorteile ziehen zu können. Die Taktik schlug fehl; Brandler wurde Anfang 1924 gestürzt und Ende 1928 zusammen mit Paul Frölich, August Thalheimer und anderen Protagonisten des rechten Flügels aus der KPD ausgeschlossen. Brandler und seine Anhänger gründeten hierauf am 30. Dezember 1928 die sogenannte Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition). Heckerts und Brandlers frühe politische Wirksamkeit in Zürich sind bisher ebenso wenig erhellt worden wie jene des noch bedeutenderen «Einträchtlers» Friedrich Adler.⁶⁰¹

Die Ausschaltung Heckerts und der Fall des politischen Komitees hatten zur Folge, dass nun Fritz Platten Einzug in den neuen politischen Vorstand der «Eintracht» hielt.⁶⁰² Nur durch dieses Umsturzmanöver liess sich ein Ausweg aus der Iso-

lierung finden, in die die Ausländervereine durch die Agitation sturer Parteitheoretiker kurz vor dem Parteitag der SPS zusehends geraten waren. Denn deren Vorstoss drohte die Mitgliedschaft zusammen mit den Grütlianern auf eine gemeinsame Abwehrfront zu bringen. Ohne das Gegengewicht des Grütlivereins mussten die Mitgliedschaften befürchten, in der Partnerschaft mit den ungleich aktiveren Ausländern zu unterliegen. Somit hätte die Taktik der «Eintracht» gerade das bewirkt, was sie verhindern wollte: eine Schwächung des linken Parteiflügels.

4. 7. 4 PARTIELLE ÖFFNUNG AUF DEM OLTENER PARTEITAG VON 1911

Auf dem Oltener Parteitag ergab sich aus der Revisionsdebatte, wie virulent die Ausländerfrage für die Sozialdemokratie geworden war. Sie wurde immer wieder in den Mittelpunkt der Diskussionen gerückt. In der bürgerlichen Presse hatte es nicht an Warnungen vor den Folgen der Verbindung mit den ausländischen Genossen gefehlt. Doch die Problematik hätte kaum sachkundiger ausgeleuchtet werden können, als dies durch die aus unmittelbarer Erfahrung sprechenden Votanten geschah. Sie machten zugleich die Auffassung der unterschiedlichen Parteirichtungen in dieser Frage deutlich. Dass der Grütliverein nach den vehementen Angriffen aus dem Lager der deutschen Linkssozialisten den Ausländern äusserst reserviert gegenüberstand, war nicht anders zu erwarten. Gleichwohl enthielt sich sein Präsident Paul Pflüger einer Philippika gegen die deutschen Genossen und überraschte mit einer Argumentationsweise, die im Ton gemässigt geschickt die negativen Aspekte eines Zusammenschlusses hervorhob. Die nationale Färbung des Schweizerischen Grütlivereins gestand Pflüger offen ein, wollte sie aber aus der historischen Entwicklung ebenso wie aus der Extremsituation verstanden wissen, in die die Schweiz durch die starke Zuwanderung aus dem Ausland geraten war. Einleitend schilderte er die Folgen, die der hiesigen Arbeiterbewegung daraus erwachsen, dass die Schweiz zusammen mit Luxemburg in Europa den weitaus höchsten an der Gesamtbevölkerung gemessenen Ausländeranteil besass. Je länger je mehr nähmen die ausländischen Genossen in den Arbeiterorganisationen eine führende Stellung ein, und die Statutenrevision fördere diesen Trend noch, so dass manche Arbeiterunionen von Ausländern beherrscht würden:

«Wenn nun die Ausländer, speziell die deutschen Genossen, die uns Schweizern ja in Bezug auf Redegewandtheit überlegen sind, in der Arbeiterschaft und den politischen Versammlungen den Ton angeben, so hat das seine unangenehme Wir-

kung nach zwei Seiten hin: Fürs erste gegenüber der Bevölkerung, wo die Werkkraft unserer Partei ganz entschieden nicht zunimmt, in dem Vorurteil einer grossen Masse, welche glaubt, dass die sozialdemokratischen Ideen nur importiertes Gewächs seien. Man kann durchaus nicht sagen: Es ist uns gleichgültig, was die Bevölkerung dazu sagt.»⁶⁰³

Die Gewinnung der gewaltigen Masse der Nichtorganisierten sah Pflüger dadurch in Frage gestellt. Wohl noch gewichtiger war sein zweites Bedenken:

«Wenn die ausländischen Genossen in der Besprechung politischer Fragen, nämlich bei Abstimmungen in den Wahlversammlungen, bei der Aufstellung von Kandidaten für unsere Gemeinde-, Bezirks-, kantonalen und eidgenössischen Ämter, mitstimmen können wie die schweizerischen Genossen, dann wird es in manchen Arbeiterunionsen, wo die Ausländer in der Mehrheit sind, dazukommen, dass von dieser Seite aus Kandidaten aufgestellt werden und die Schweizer Genossen sie dann wählen müssen, während die ihnen genehmen Genossen nicht in die Wahl kommen. Und weiter tritt dann die sonderbare Erscheinung ein, dass bei Gesetzesabstimmungen u. dgl. die Schweizer Genossen in den Kampf treten mit der Waffe, die sie allein besitzen – dem Stimmzettel – und das zur Ausführung bringen, was die ausländischen, nicht stimmberechtigten Genossen ihnen gewissermassen diktiert haben. Unter solchen Umständen wird sicher Laxheit eintreten. Die Entwicklung der Dinge sehen wir voraus.»⁶⁰⁴

Dabei seien es vor allem die norddeutschen Genossen, die, wie Pflüger rügte, schon nach wenigen Wochen Schweizeraufenthalt sich dazu berechtigt fühlen, über das Verhältnis des GrütliVereins zur Sozialdemokratie Vorträge zu halten. Dem Verlangen nach einem Mitspracherecht in Wahlfragen widersprächen auch alle bisher gemachten Erfahrungen. Pflüger unterzog die Beziehungen zwischen ausländischen und schweizerischen Sozialdemokraten einem historischen Rückblick und warnte vor Ansprüchen, die früher einfach unerhört gewesen seien. Überdies konnte er auf das gescheiterte Experiment im Ersten Arbeiterbund verweisen. Trotz ihrer Bedenken erklärten sich die Grütlianer durch ihren Präsidenten zu einem weitgehenden Entgegenkommen bereit:

«Wir haben natürlich nicht die Absicht, für ausländische und einheimische Genossen zweierlei Recht zu schaffen; im Gegenteil möchten wir in Bezug auf die

Gleichberechtigung aller einen Schritt weitergehen und den Ausländern so entgegenkommen, dass sie in der Diskussion über Wahlfragen auch mitreden dürfen, nur bei der Schlussabstimmung, also bei der eigentlichen Aufstellung von Kandidaten, sich ihrer Stimme enthalten sollen.»⁶⁰⁵

Um die Stellung, die die Ausländer in der Partei einnehmen würden, einer weiteren Abklärung zu unterziehen, wünschte Pflüger die Reorganisation um zwei Jahre zu verschieben.

Den Standpunkt der «Eintracht» vertrat Franz Kugler. Der letzte und abgeschwächte Entwurf der Revisionskommission⁶⁰⁶ behalte die Doppelspurigkeit in der Gesamtpartei bei: im Grunde genommen werde nichts geändert, als dass ein einheitliches Mitgliedsbuch und ein entsprechendes Beitragsmarkensystem eingeführt würde. Allerdings wusste auch der Votant, dass seine Auffassungen keine Aussichten auf Verwirklichung mehr hatten. Seine Kritik an der Reorganisation war vielmehr ein Rückzugsgefecht, um zu einem neuen Vorstoss überzugehen. Bisher war nur immer von der Stellung der Ausländer in der Partei die Rede gewesen. Da die erhoffte Einheitsorganisation ausblieb und der Grütliverein seine Sonderexistenz aufrechterhalten konnte, sah sich der zur Auflösung bereite Landesverband wieder in die Aussenseiterrolle gedrängt. Das weitere Schicksal der deutschen Zentralisation hatte auf dem Parteitag bisher überhaupt nicht zur Diskussion gestanden. Kugler versuchte nun, diese Frage zu einem integrierten Bestandteil der Reorganisation zu machen. Wenn es schon nicht zu einer Einheitspartei kam, dann sollte sich die künftige Parteiorganisation zur Dreiheit erweitern und ein gleichberechtigtes Nebeneinander von Parteimitgliedschaften, Grütlivereinen und internationalen Arbeitervereinen enthalten:

«Im Entwurf der Kommission können Sie aus § 4 entnehmen, dass man mit dem Grütliverein eine Ausnahme macht. Was aber mit unserer Landesorganisation geschehen soll, darüber hat sich noch niemand geäußert. Dieser § 4 muss sogar den Anschein erwecken, dass die Organisationen der ausländischen Genossen von der Bildfläche zu verschwinden haben, währenddem dem Grütliverein Vorteile eingeräumt werden. Auch über unsere Statuten schweigt man; wir wissen nicht, ob sie nach wie vor bestehen dürfen.»⁶⁰⁷

Doch der Parteitag hütete sich, die Reorganisationsfrage zusätzlich mit den Problemen des deutschen Landesverbandes zu belasten. Auch Kugler spürte das unausge-

sprochene Hoffen heraus, mit dem Einbezug der nichtschweizerischen Genossen in die Partei möge die starke Ausländerorganisation von selbst verschwinden: «Glauben Sie, wenn unsere starke Organisation heute ohne Weiteres eingehen soll und man uns in der Partei keine Rechte zugestehen will, auf diese Weise könne die Ausländerfrage gelöst werden? Nein!»⁶⁰⁸ Die Behauptung, die Partei räume den Ausländern keine Rechte ein, war offensichtlich falsch. Sie diente jedoch dem Landesausschuss auch weiterhin zur Legitimation, im Namen der ausländischen Genossen auf die künftige Parteientwicklung unmittelbar einzuwirken und so den Gegenpol zum Grütliverein in der schweizerischen Sozialdemokratie zu bilden.

Die Auffassungen, wie sie vor allem von den Mitgliedschaftern vertreten wurden, kamen im Votum von Friedrich Studer, dem aus Winterthur stammenden Parteipräsidenten, zum Ausdruck. Die Anrempelungen, die der Grütliverein im Laufe der Jahre erfahren hatte, hielt er durch dessen Gegenangriffe für aufgewogen. «Die Parole von Berlin» – dies sei ein böses Wort zur Brandmarkung der vorgeworfenen Ausländerhörigkeit der Partei gewesen.⁶⁰⁹ Studer wandte sich gegen das Verlangen Pflügers, das Mitspracherecht nur jenen Ausländern zuzubilligen, die zuvor schon zwei Jahre in der Schweiz gelebt hatten. Das Problem sei nicht dadurch zu lösen, dass man die Ausländer einfach minderen Rechtes erkläre. In Winterthur werde zwischen den Nationalitäten nicht der geringste Unterschied gemacht; in den Versammlungen besässen die ausländischen Genossen das volle Mitspracherecht. In Winterthur war, wie aus der Diskussion im Landesverband hervorging, der Integrationsprozess in der Tat weit gediehen. Die Verhältnisse in Zürich, wo die «Eintracht» die grösste politische Organisation am Ort war, liessen sich freilich mit jenen in Winterthur nicht vergleichen. Die grosse Ausländerzahl und die Fluktuation verhinderten hier die Integration.

Der einzig gangbare Weg bestand nach Studer darin, die Ausländer in der öffentlichen allgemeinen Politik mitsprechen zu lassen und sie als gleichwertige Glieder zu erklären. Wollte man warten, bis der Staat ihnen die Gleichberechtigung in der schweizerischen Politik einräume, so ergäbe sich in Bezug auf die Stellung der Frau eine analoge Argumentation: «Unsere Parteigenossinnen haben kein politisches Stimmrecht, sind also auch minderen Rechtes. Wollen Sie deswegen warten mit der Gleichberechtigung derselben in unserer Partei, bis sie das Stimmrecht haben?»⁶¹⁰ So problematisch dieser Vergleich war, herrschte Einigkeit darüber, dass sich die Ausländerfrage nur durch vermehrte Integration entschärfen liess. In welcher Form sie erfolgen würde, hing auch von den örtlichen Verhältnissen ab. Der Parteitag konnte nur die Grundzüge der angestrebten Lösung festlegen.

Um eine Diskriminierung der Ausländer zu vermeiden und gleichwohl den geäußerten Bedenken Rechnung zu tragen, wurde am folgenden Verhandlungstag von Seiten der Grütlivereine eine Regelung vorgeschlagen, wie sie schon vom Zweiten Arbeiterbund vorweggenommen worden war: die lokalen Organisationen sollten mehrheitlich aus Schweizer Bürgern bestehen.⁶¹¹ Auch Herman Greulich setzte sich dafür ein, dem einzelnen Ausländer die Gleichberechtigung einzuräumen. Die Aufnahme ganzer Ausländerverbände hingegen hielt er für verfehlt:

«Wir haben schon in den 70er Jahren gesagt: Die Ausländer sollen das Recht haben, auch über die politischen Fragen mit uns andern zu sprechen. Aber es ist etwas ganz anderes, wenn ganze Vereine, die zu 3/4, ja sogar zu 9/10 aus Ausländern bestehen, sich als eigene Organisation hinstellen und politische Fragen, wie Wahlen usw. besprechen und darüber manifestieren. Wenn die Einsicht nicht vorhanden war, dass das nicht geht, so muss man es sagen, und zwar mit aller Entschiedenheit sagen. (Beifall!) Die Stellung der deutschen und internationalen Vereine in der Partei wird noch Gegenstand einer besonderen Auseinandersetzung sein müssen. Der einzelne Ausländer hat nach unserer Überzeugung in jedem Verein, dem er beiträgt, das gleiche Recht wie andere Mitglieder. Aber eine ganze Organisation von Ausländern muss eine andere Stellung einnehmen; sie kann nicht einfach sagen: Wir haben 1'100 Mitglieder, und darum kommandieren wir in Zürich! (Beifall!) Eine andere Frage ist es also, ob Vereinigungen von Ausländern ebenfalls nur durch den Gesamtverband der Partei beitreten können und als Gesamtverband eine bestimmte Stellung bekommen. So, wie es bisher geübt wurde, geht es nicht; das sage ich Ihnen ganz ehrlich, der ich seit vier Jahrzehnten entschieden für das Recht jedes Ausländers aufgetreten bin, auch in politischen Dingen mitzusprechen; aber nicht als eine Organisation, die sich brüstet: Weil wir so stark sind, haben wir über euch Schweizer, die ihr schwach seid, zu bestimmen!»⁶¹²

Mit seinem Votum hatte Greulich der Mehrheit der Parteidelegierten aus dem Herzen gesprochen. Die Frage, was nun mit den ausländischen Organisationen geschehen sollte, wurde von Greulich auf die lange Bank geschoben. Damit wollte sich jedoch Franz Kugler nicht zufriedengeben: «Wollen Sie unsere Organisation als gleichberechtigtes Glied in die Partei aufnehmen, dann gut. Wir werden jederzeit unsere finanzielle Mithilfe leisten, werden mitarbeiten bei Abstimmungen, Flug-

blattverteilung, Demonstrationen. Gewähren Sie uns das nicht, dann trennen wir uns und sind isoliert.» Nur die geduldeten Mitläufer zu sein, würden die ausländischen Genossen ablehnen. Kugler stellte daher den Antrag, Absatz 2 des wichtigen Organisationsparagrafen 4 wie folgt zu fassen: «Die Grütlisektionen und die Arbeitervereine der Landesorganisation der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz treten durch ihre Gesamtverbände der Partei bei.»⁶¹³ Die Landesorganisation sollte also dem Grütliverein gleichgestellt werden und überall die gleichen Rechte und Pflichten haben wie jener.

Auf welchem Niveau sich die Auseinandersetzungen zwischen ausländischen Sozialisten und Grütlianern zumindest in Zürich abgespielt haben, illustriert ein Beispiel, das auf dem Parteitag mehrfach angesprochen wurde. Um die Dominanz zumal der redegewandten deutschen Genossen zu unterbinden, waren die Grütlianer in einzelnen Versammlungen dazu übergegangen, die Ausländer durch Mehrheitsbeschlüsse am Sprechen zu hindern. Daraufhin wurde in Umkehrung des Spiesses einem Grütlianer namens Hans Pflüger auf einer Versammlung in Altstetten mit den gleichen Mitteln die Wortnahme vorenthalten. Das Pikante dieses Zwischenfalls bestand darin, dass Pflüger Ausländer war und nun mit einem ausländischen Mitglied des Grütlivereins für einmal so verfahren werden sollte, wie der Grütliverein sich gegenüber den «Einträchtlern» verhielt.⁶¹⁴ In überlegener Weise suchte Otto Lang, der einst ja selbst an der Spitze der Landesorganisation gestanden hatte, die erhitzten Gemüter von einer unfruchtbaren Aufbausung der Zwistigkeiten abzubringen und die Gegensätze auf das Unvermeidliche zu reduzieren. In der Tat lag es kaum im Parteiinteresse, mit Spekulationen über unwahrscheinliche Gefahren in Panik zu machen: «Es soll irgendeiner gesagt haben, die ganze «Eintracht» werde in den Grütliverein eintreten, die bisherigen Grütlianer majorisieren und ihnen das Leben so sauer machen, dass sie ihren Austritt nehmen.»⁶¹⁵ Solche Befürchtungen, die «Einträchtler» könnten Schweizer Bürger werden, um dann zur Umfunktionierung massenweise in den Grütliverein einzutreten, hatten mit der Realität wenig zu tun. Als Angstsymptome waren sie jedoch charakteristisch für die Emotionalisierung, die Lang vor allem der bürgerlichen Presse anlastete; sie schlachte die negativen Aspekte des Ausländerproblems aus, um namentlich auf dem Lande gegen die Partei Stimmung zu machen: «Das Bürgertum benutzt derartige Verhältnisse, und stellt uns als eine Partei von Schwaben oder Norddeutschen hin. Und manchmal kann man das dem Bürgertum nicht verargen, wenn sogar in einem unserer Parteiblätter zu lesen

ist, wir hätten unsere Parole von Berlin bezogen.»⁶¹⁶ Ein Trauma, als Ausländerpartei zu gelten, wollte Lang nicht aufkommen lassen. Die Gefahr gehe nicht von der Gesamtheit der deutschen Genossen, sondern von dem Übereifer einzelner Besserwisser aus. Lang appellierte an den guten Willen eines jeden, die Reibungen, die sich aus der unterschiedlichen Mentalität ergaben, nach Möglichkeit zu vermeiden. Wenn er auch die prinzipiellen Unterschiede verharmloste, so traf er zumindest die menschliche Wurzel des Problems:

«Ich äussere hier den Wunsch, dass die verständigen Genossen in den deutschen Organisationen ihre ‚Schnörre‘ etwas zurückbinden, damit uns, die wir für die Gleichstellung kämpfen, dieser Kampf nicht so ausserordentlich erschwert wird. Manches wäre uns leichter geworden, wenn einmal ein deutscher Genosse selber die andern zurechtgewiesen und ihnen gesagt hätte: Schweigt doch einmal; das ist ja dummes Zeug!»⁶¹⁷

Das Ergebnis der Diskussionen war, dass der von der «29er-Kommission» vorgelegte Entwurf, der noch bereinigt werden sollte, schliesslich mit einer überraschenden Mehrheit angenommen wurde.⁶¹⁸ Der Parteitag hatte auch die sechs Mitglieder für den Parteivorstand zu bestimmen. Einer dieser von der Arbeiterunion Zürich vorgeschlagenen und in globo gewählten Kandidaten war Fritz Platten. Seine Nomination enthielt wohl nicht zuletzt eine Auszeichnung dafür, dass er sich im Konflikt mit den radikalen «Einträchtlern» den Standpunkt der Mitgliedschaften zu eigen gemacht hatte.⁶¹⁹

Die Bilanz fiel für die deutsche Landesorganisation zwiespältig aus. Platten trug als Sekretär die Hauptverantwortung dafür, dass der ursprüngliche und noch bis 1908 gültige Aufgabenkreis übereilt preisgegeben worden war, ohne Gewissheit über die Realisierung der neuen Zielsetzung zu haben. Da in Olten weder die Einheitspartei noch die gleichberechtigte Partnerschaft durchgesetzt worden war, musste nun im Verband geklärt werden, ob ihm überhaupt noch eine Alternativlösung verblieb. Er hatte in einer Weise auf die Vereinigung mit der SPS gesetzt, der ein Scheitern undenkbar erschien. Allerdings fehlte es auch jetzt noch an der Einsicht, dass aus der Selbstüberschätzung die Ansprüche überspannt worden waren.

In dieser letzten Phase war Friedrich Adler, der vor seinem Ruf nach Wien im Mai 1911 ein gutes Jahr als Redaktor am «Volksrecht» gewirkt hatte, nicht mehr bestimmend gewesen. Seit seiner Tätigkeit am schweizerischen Parteiblatt hatte er sich vom Blickwinkel dieses Ausländerverbandes emanzipiert.⁶²⁰ Das Präsidium im Landesauschuss war von Franz Kugler und das Vizepräsidium durch Otto Richter



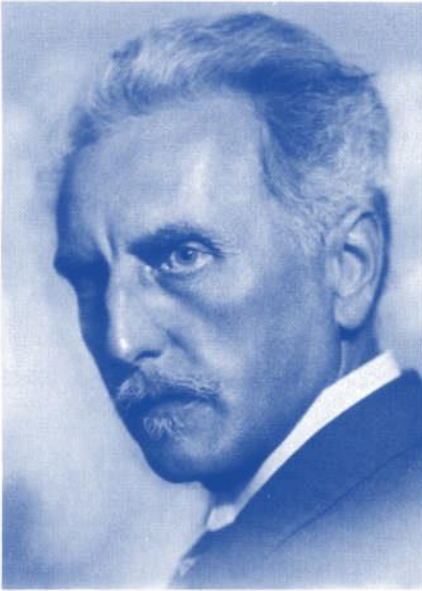
Die Familien Bebel und Bernstein im «Löwen» zu Bendlikon, Photo v. 1893. Von links nach rechts: Dr. Ferdinand Simon und seine Frau Frieda, geb. Bebel; Clara Zetkin; Friedrich Engels; Julie und August Bebel; Bernsteins Stiefsohn Ernst; Regina und Eduard Bernstein.



Ausflug auf die Ufenau mit August Bebel (1. mit Uhrkette) und Paul Singer (1. neben Bebel) um 1900.



Deutscher Arbeiterverein La Chaux-de-Fonds.
Im Hintergrund Bildmitte rechts (x) Landessekretär Fritz Platten (ca. 1912/13).



Peter Heinrich Schmidt (1870-1954)



Friedrich Adler (1879-1960)



Heinrich Brandler (1881-1967)



Fritz Platten (1883-1942)

Führende Mitglieder der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz.

Polizeikommando



Kantons Zürich.

Zürich, den 17. März 1910.

An die hohe Justiz & Polizeidirektion

des Kantons Zürich.

s. d. d.

Schweizerischen Bundesanwaltschaft

G. No. 2366.

Bern.

Unter Rückschluss Ihrer Zuschrift vom 18. Febr. a. c. betreffend Aufenthalt, Leben & Treiben des zuletzt im Kreisreiben vom 26 November 1907 No. 12 sub Ziffer 16 erwähnten Anarchisten M ü h s a m Erich, Sohn des Siegfried und der Rosalie Cohn, geb. am 6 April 1878 in Berlin, beehren wir uns Ihnen mitzuteilen, dass der Genannte vom 22 August 1904, ^{als 15. Jgbr. 04} von Lübeck kommend Rüttlistrasse No. 30. Zürich V. bei Geiselhardt angemeldet war. Seit jenem Zeitpunkt ist Mühsam in Zürich nicht mehr zur Anmeldung gekommen.

Derselbe soll sich nur zeitweise in Zürich aufhalten & mit dem "Cabaret zum grauen Esel" in der Urania Zürich vorübergehend Vorstellungen geben. Mühsam war während seiner Anwesenheit in Zürich, vom 1. bis 28. Februar 1910 als Knechtler im kleinen Theater an der Urania in Zürich 1. in Stellung. Im Logis war er in der Pension Schmelberg, Schmelbergstrasse No. 18 Zürich V., wo er auch seinen Verpflichtungen stets pünktlich nachgekommen sei. Als Löhnung bezog Mühsam von Direktor genannten Theaters, Karl Waldvogel, von Schaffhausen, geb. 1863., wohnhaft Dufourstrasse No. 22. Zürich V. fr. 25. pro Tag. Punkte Aufführung habe sich derselbe nichts zu schulden kommen lassen. Ebenso habe sich Mühsam während seiner Anwesenheit in Zürich mit keinerlei anarchistischen Untrieben befasst.

Bei Geiselhardt sei Mühsam schriftstellerisch tätig gewesen & sei seine Aufführung eine gute gewesen. Einmal soll er in den Weckruf eine Einsendung gemacht haben, welcher Natur dieselbe aber gewesen könne nicht mehr gesagt werden. Das Kost & Logisgeld habe Mühsam immer pünktlich bezahlt

*Mit vorzüglicher Hochachtung!
der Direktion,
Bodmann, Esch*

Erich Mühsam (1878-1934) hatte mit der Zürcher Anarchistengruppe um den «Weckruf» Verbindung, wurde jedoch ohne Ergebnis von der Zürcher Polizei im Auftrage der Schweiz. Bundesanwaltschaft überwacht. Mühsam trat im Februar 1910 im «Cabaret zum grauen Esel» in der «Urania» Zürich auf.

übernommen worden, die beide in der «Eintracht» leitende Funktionen innehielten. Zweifellos die gewichtigste Stimme im Verband besass nach dem Ausscheiden Adlers fortan Fritz Platten. Da er persönlich auf dem Oltener Parteitag einen ausserordentlichen Erfolg errungen hatte, sah er optimistisch den weiteren Verhandlungen mit der schweizerischen Geschäftsleitung entgegen. Er selbst gehörte ja jetzt zur Parteispitze und glaubte daher nichts für verloren. Wenn auch nicht dem Gesamtverband so hatte das Oltener Statut doch für die einzelnen deutschen Arbeitervereine eine wesentliche Besserstellung gebracht, die Platten zumindest als Teilerfolg werten konnte. Die beschlossene Reorganisation nahm als wichtigste Umgestaltung eine Neuordnung der Parteigrundlage vor, indem sich die Partei künftig nicht mehr auf Verbänden, sondern auf der Einzelmitgliedschaft aufbaute.⁶²¹ Die politischen Vereine eines Ortes waren, wie der Partei vorstand in seinen Leitsätzen vom 2. März 1912 präziserte, zu einer lokalen sozialdemokratischen Partei zusammenzufassen, in die auch die deutschen Arbeitervereine miteinzubeziehen waren:

«Alle politischen Vereine, die der Schweizerischen Sozialdemokratie angeschlossen sind, müssen in den politischen Kartellverband ihres Ortes aufgenommen werden. Politische Fragen allgemeiner Natur, also solche, die nicht vereinspolitischer Natur sind, sondern kommunale, kantonale oder eidgenössische Abstimmungen zur Folge haben, müssen von der Kartellversammlung behandelt werden. Die Abstimmungen und Wahlen müssen durch die Parteiversammlung bestimmt werden. Einzelnen Vereinen steht die Aufstellung von Kandidaturen und Abstimmungsparolen nicht mehr zu.»⁶²²

Mit dieser Wegleitung, die der Landesausschuss herausgab, sollten die Sektionen unter Berufung auf das neue Parteistatut die Gleichberechtigung auf lokaler Ebene erlangen. Schweizerischerseits wollte man künftig verhindern, dass die Ausländer auf dem Umweg über die Gewerkschaften Politik machten und gleichwohl keine Parteibeiträge zahlten. Die in Olten ausgelöste Entwicklung ging denn auch dahin, dass nur die Mitglieder der politischen Vereine Mitglieder der SPS sein konnten, während die Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben sich in Gewerkschaftskartellen zu organisieren hatten. Durch diese Regelung verloren die Arbeiterunionen, in denen die ausländischen Genossen bisher ihren politischen Einfluss geltend gemacht hatten, ihre frühere Bedeutung; was ihnen noch zu beraten und entscheiden

übrigblieb, waren gemeinsame Angelegenheiten wie Aufgaben des Arbeitersekretariats, Fragen der Presse und der Maifeier.

Aber auch diese allmähliche Umgliederung in eine parteipolitische und eine gewerkschaftliche Kartellorganisation vollzog sich nicht ohne Meinungsstreit. Wiederum war es die «Eintracht» Zürich, in der einige der unterlegenen Dogmatiker nun wenigstens auf lokaler Ebene eine Einheitsorganisation im Sinne des Ortsvereins nach deutschem Vorbild verwirklichen wollten. Das politische Komitee unter Platten hingegen trat mit einem Entwurf zur Reorganisation der Arbeiterunion Zürich hervor, der die Schaffung eines Stadtverbandes aller bestehenden sozialdemokratischen Vereine Zürichs anstrebte. In diesem Forum einer Gesamtparteiversammlung sollten jeweils die wichtigsten politischen Tagesfragen gemeinsam behandelt werden.⁶²³ Der Vorstoss mündete in die am 13. Februar 1913 von der Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich beschlossene Trennung in Kartell und Partei.⁶²⁴ Der «Sozialdemokratische Verein ‚Eintracht‘» trat erst am 1. Oktober 1912 der kantonalen Partei Zürich als Sektion bei und besass fortan die gleichen Rechte und Pflichten wie Grütlivereine und Mitgliedschaften.⁶²⁵ Wenn Markus Mattmüller in seiner bedeutsamen Ragaz-Biographie über die «Eintracht» schreibt: «Seit der Jahrhundertwende galt er (Verein ‚Eintracht‘, d. Verf.) als Sektion der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei, womit er eine der wenigen Gruppen war, über welche Ausländer Parteimitglieder werden konnten», so wird einmal mehr ersichtlich, wie wenig erforscht diese heftigen Auseinandersetzungen um die politische Gleichberechtigung in der Partei sind.⁶²⁶

4. 7. 5 SELBSTAUFGABE ODER SONDEREXISTENZ – DAS DILEMMA DER LANDESORGANISATION

Nachdem sich nun den deutschen Vereinen auf lokaler Ebene die Möglichkeit zur gleichberechtigten politischen Mitsprache bot, sahen sich viele Sektionen einem eigentlichen Zwang ausgesetzt, zwischen Partei und Landesverband zu optieren. Nicht als ob von einer Seite ein bestimmter Druck ausgeübt worden wäre. Aber der Beitritt zur Partei brachte auch Verpflichtungen, die, wie der Landesausschuss seinen Sektionen erläuterte, in erster Linie finanzielle Konsequenzen nach sich zogen:

«Nun ist es klar, dass wenn unsere Sektionen auch an den Schweiz. Parteiangelegenheiten mitberaten und mitstimmen wollen, sie auch Beiträge zahlen müssen

an das Ortskartell, d.h. neben dem Beitrag an die Landesorganisation von 5 Cts. pro Mitglied und Monat, müsste die Schweiz. Parteizugehörigkeit dadurch erworben werden, dass der Kartellbeitrag bezahlt wird. Ob nun eine Sektion dem Orts- oder Bezirkskartell beitreten will oder nicht, bleibt ihr überlassen. Dringend müssen wir aber fordern, dass unsere Bücher und Marken von jedem unserer Sektionsmitglieder geführt werden.»⁶²⁷

Hatten die Sektionen aus der lokalen Perspektive dem Zusammengehen mit den Schweizern einmal den Vorrang gegeben, würden sie dann auch weiterhin ihre Beiträge an die Landesorganisation zahlen? Die Klagen, der doppelten finanziellen Belastung nicht gewachsen zu sein, liessen angesichts der ausserordentlichen Teuerung schwerlich an eine positive Beantwortung dieser Existenzfrage glauben.⁶²⁸ Um die Auffassungen über die Auflösung oder Weiterexistenz der Landesorganisation in den einzelnen Sektionen zu eruieren, schritt Platten im Herbst 1912 zu einer gross angelegten Befragung. An ihr beteiligten sich 36 Sektionen mit 3'768 Mitgliedern.⁶²⁹ In einer Wegleitung, die als Entscheidungshilfe den Vereinen beigegeben wurde, hatte er die wesentlichen Gründe für und wider die Beibehaltung zusammengefasst. Die Auflösung, so lautete die Argumentation, würde erleichtert, wenn man sich mit dem Erreichten begnüge. Zu bedenken sei, dass man sich zum blossen Bildungsverein degradiere, wenn man ausserhalb der Partei verbleibe. Die besten Mitglieder gingen verloren. Ein einheitliches Vorgehen der in der Schweiz lebenden Sozialisten würde verhindert. Bei den möglicherweise aufkommenden internen Richtungsstreitigkeiten käme der Landesorganisation jede politische Richtung abhanden; eine doppelte Zentralsteuer sei inopportun. Andererseits liess sich einwenden, noch seien keine absoluten Garantien vorhanden, dass die in Olten beschlossene Parteibasis sich bewähre und fortbestehe. Der Nationalhass sei noch immer vorhanden und könne durch die enge Verbindung erst recht entfacht werden. Vor allem aber würden die Spezialbedürfnisse der ausländischen Mitglieder in der schweizerischen Partei nicht berücksichtigt und die Bildungstätigkeit nicht so intensiv fortgeführt. Die doppelte Besteuerung sei mindestens ebenso lang zu ertragen, wie dies den Grütlivereinen möglich wäre; erst wenn diese ihren Separatismus aufgeben, könne auch die Landesorganisation auf den ihrigen verzichten.

Die Meinungsfronten waren damit abgesteckt, wobei es kein Geheimnis blieb, auf welcher Seite sich Platten engagiert hatte. Die Sektionen mussten nun zu einigen konkreten Fragen Stellung beziehen. Der erste Punkt, zu dem sie sich zu äussern hat-

ten, lautete: «Sollen wir der schweizerischen Partei sektionsweise beitreten und die Landesorganisation weiter bestehen lassen?» Sie wurde von 14 Vereinen bejaht und von 22 verneint. Gegen eine solche Lösung stimmten in erster Linie die finanzschwachen Vereine. Die zweite Frage zielte auf die finanzielle Belastbarkeit: «Wäre Euere Sektion bereit und in der Lage, die Beiträge an die schweizerische Partei (zirka 10-20 Cts. per Monat) zu entrichten und weitere 5 Cts. pro Monat an die Landesorganisationszentrale abzuführen?» Der Verein in Freiburg gab als einzige Sektion auf diese wie auf die nächste Frage keine Antwort. Da das Beitragsproblem bereits beim ersten Entscheid bedacht werden musste, blieb das Ergebnis mit 13 Ja und 22 Nein fast dasselbe. Eine eindeutige Tendenz liess jedoch Frage drei erkennen: «Seid Ihr für die Einverleibung der Sektion in die schweizerische Partei, in welchem Fall Euch alle Rechte eingeräumt wären, wie den event. Grütlivereinen, Mitgliedschaften und Arbeitervereinen?» 32 Sektionen mit 3662 Mitgliedern gaben ein klares Ja, während der isolierte Verein Payerne sowie die externen Sektionen Mailand und Turin mit insgesamt 83 Personen auf die Zusammenarbeit mit den Schweizern keinen Wert legten. Noch offen war, unter welchen Bedingungen dieser Beitritt vollzogen würde: «Seid Ihr für die Einverleibung auch dann, wenn daraus die Auflösung der Landesorganisation sich ergeben müsste?» 19 Sektionen, die aber nur 1'739 Mitglieder umfassten, stimmten dafür, 17 Vereine mit 2'029 Zugehörigen dagegen. Die folgende Frage: «Scheint Euch die weitere Existenz der Landesorganisation notwendig?» erbrachte in Bejahung und Verneinung natürlich gerade das umgekehrte Verhältnis. Zieht man die externen Sektionen ab, so stimmten für die Beibehaltung unter dem Einfluss der «Eintracht» die «Sloboda» Zürich, Dietikon, Horgen, Küsnacht, Uster und mehr oder weniger als zugewandte Orte Bischofszell, Rorschach, Schaffhausen und Zug; hinzu gesellten sich die Vereine mit bewährter Tradition wie Bern, Chur und Genf. Freiburg und Payerne waren Sonderfälle, obwohl das Beispiel von La Chaux-de-Fonds, Lausanne und Vevey zeigt, dass aus dieser Statistik keine eindeutigen Aussagen inbezug auf die Situation im Welschland zu treffen sind. Neben den kleineren Vereinen verneinten aber auch Basel, Luzern, St. Gallen und Winterthur die Existenzberechtigung.⁶³⁰

In der Tat machen erst die ergänzenden Ausführungen der einzelnen Sektionen erkennbar, wie schon in verwandten Regionen die Reaktionen von Ort zu Ort verschieden waren. Dies demonstrieren die Beispiele Freiburg und Vevey. Beide Sektionen waren der Auffassung, dass im Welschland von einer politischen Bewegung

kaum gesprochen werden könne, der sozialdemokratischen Partei fehle jede Werbekraft. Der Freiburger Verein stellte sich zur gegebenen Lage negativ ein: «Das wichtigste Moment aber (abgesehen von dem Nationalhass, der sich hier besonders krass äussert), das gegen den Übertritt spricht, ist der Sprachenunterschied. Eine Teilnahme an den Parteigeschäften ist infolge des Umstandes, dass dieselben in französischer Sprache erledigt werden, ausgeschlossen.»⁶³¹ In Vevey hingegen lautete die Konsequenz: «Die Ursache der mangelhaften agitatorischen Tätigkeit im Kanton Waadt liegt ohne Zweifel darin, dass den Vereinen der gegenseitige Zusammenhalt fehlt. Mit dem Anschluss an die schweizerische Partei könnten wir kräftiger in die Politik mit eingreifen.»⁶³² Auch aus Lausanne verlautete lakonisch: «Wir möchten uns wirksamer in schweizerischen Parteisachen betätigen.»⁶³³ In Payerne hingegen fürchtete man die Isolierung der Sektionen in der welschen Schweiz für den Fall einer Auflösung; waren etwa die tiefer in französischem Gebiet liegenden Vereine eher befähigt, sich ihrer ungewohnte Umgebung anzupassen? Die Beantwortung der Frage wird vom Erfolg der Bestrebungen in Vevey und Lausanne abhängen. Der Genfer Verein bildete keine Ausnahme; aber als vermögende Sektion konnte er für die Beibehaltung stimmen, zumal er keinen plausiblen Grund für die Notwendigkeit einer Auflösung sah. Die im Übrigen von den Sektionen angeführten Argumente bewegten sich weitgehend im vorgängig umrissenen Motivationsbereich. Die «Eintracht» Zürich reagierte auf die Umfrage mit einem Antrag, der im Prinzip die vollständige Verschmelzung der Landesorganisation mit der schweizerischen sozialdemokratischen Partei befürwortete. Während sie den Eintritt in die schweizerische Partei den einzelnen Sektionen freistellen wollte, erhob sie bis zur gründlichen Aussprache auf der nächsten Landeskonzferenz die folgenden Forderungen; «Es werden durch den Landesausschuss Unterhandlungen mit der schweizerischen Partei eingeleitet zur Erlangung folgender Verpflichtungen für die schweizerische Partei:

- a) Übernahme der Unterstützung der politischen Flüchtlinge und Regelung des Flüchtlingswesens;
- b) ständige Orientierung über die politischen Vorgänge in Deutschland und Österreich;
- c) Regelung des Bildungswesens;
- d) Erhaltung und Ausbau der Lesesäle;
- e) Regelung des Herbergswesens.

Diese Forderungen sind so zu verstehen, dass diese Leistung zum mindesten den bisherigen Leistungen der Landesorganisation entspricht.»⁶³⁴

Die Verhandlungen mit dem schweizerischen Parteivorstand sollten bis zur Landeskonferenz gegen Ende 1912 weitere Klarheit erbringen, damit dann ein endgültiger Entscheid in der Existenzfrage gefällt werden konnte. Herman Greulich hatte auf dem Oltener Parteitag bereits von den künftigen Auseinandersetzungen gesprochen, die die Stellung der internationalen Vereine in der Partei zum Gegenstand haben würden. Wenn schon damals fraglich war, auf was denn Platten und seine Anhänger im Landesausschuss ihren Optimismus gründeten, so hatte sich inzwischen das Klima für solche Verhandlungen noch beträchtlich verschlechtert. Nicht alle deutschen Arbeitervereine hatten begriffen, dass die Öffnung der Partei ihnen ein psychologisch behutsames Vorgehen abverlangte. Vielmehr glaubten sie nun das Signal dafür gegeben, mit den von ihnen als opportunistisch bekämpften Auffassungen ihrer Mitgenossen aufzuräumen: «Einige unserer Verbandssektionen bezogen ihre politischen Positionen und gingen mit grosser Vehemenz gegen die wirklichen und scheinbaren Missstände innerhalb der schweizerischen Partei vor. Die Genossen in unseren Vereinen, die zum Teil von Schweizer Genossen abweichende Ansichten über die Taktik und damit auch über das Festhalten an den Parteigrundsätzen haben, führen oft einen heissen Kampf gegen die kleinbürgerlichen Anschauungen und Argumente, die da und dort in der Partei gefunden werden.»⁶³⁵ Die Verwirklichung der Oltener Beschlüsse brachte eine Belastungsprobe, die weitere Zugeständnisse wenig wahrscheinlich machten. Sie hingen von der Lageeinschätzung im Parteivorstand ab, wobei der Haltung Herman Greulichs grosses Gewicht zukam.

Greulich hatte sich vehement für die Lösung der Ausländerfrage durch eine grosszügige Einbürgerungspolitik eingesetzt. In der sozialdemokratischen Presse zeugen zahlreiche Artikel dafür, wie brennend dieses Thema im Jahr 1912 nicht nur als Problem für die Partei, sondern geradezu als Gefahr für den Staat empfunden wurde. Greulich rechnete sogar vor, dass nach der Zählung von 1910 ganze 50 Bataillone (zu 1'000 Mann) Reichsdeutsche, 7 Bataillone Österreicher, 35 Bataillone Italiener und 16 Bataillone Franzosen, also ein ganzes Heer wehrfähiger Ausländer in der Schweiz lebten. Ein Ignorieren der Ausländerfrage und der Notwendigkeit ihrer Lösung trage, so warnte Greulich, eine grosse nationale Gefahr in sich:

«Man denke, was eintritt, wenn die Schweiz in einen Konflikt mit dem Auslande gerät; wenn im Sommer 1911 anlässlich der Marokkokrise alle die Bataillone wehrfähiger Ausländer plötzlich hätten die Schweiz verlassen müssen . . . Und welche Stellung nehmen die Ausländer in solchen Eventualfällen ein? Wem gilt eventuell ihre Sympathie? 1870 waren die tapfersten Deutschen nicht bei Wörth und Gravelotte, sondern in – Zürich und der übrigen Schweiz ... Wie, wenn die Schweiz wider ihren Willen in Händel verwickelt und gezwungen wird, die Grenzen zu besetzen? – Schon das Aufwerfen dieser Fragen zeigt den ganzen Ernst der Situation.»⁶³⁶

Die Motion Greulich forderte daher die Schaffung eines allgemeinen Schweizerbürgerrechts, wodurch er die Widerstände auf Gemeindeebene zu umgehen hoffte. Von bürgerlicher Seite wurde die Einführung des Indigenats unter anderem aus der von Greulich für zutreffend gehaltenen Befürchtung abgelehnt, aus den Einbürgerungen entstünde den Sozialdemokraten ein beträchtlicher Zuwachs.⁶³⁷ Wie immer die Argumente lauteten, erschienen die Ausländer in ihrer grossen Zahl als eine Gefährdung, und je mehr man darüber sprach, desto stärker wurde die Sensibilität auch innerhalb der SPS gegenüber diesem Problem.⁶³⁸ Der schlechte Konjunkturgang schürte seinerseits die Konkurrenzangst. Vor allem in Zürich war 1912 das Jahr der grossen Arbeitskämpfe, bei denen die Ausländerfrage einmal mehr negativ in Erscheinung trat.

4. 7. 6 KONTROVERSEN BEIM ZÜRCHER GENERALSTREIK VON 1912

Im Gegensatz zum Landesstreik vom November 1918 sind, wie Karl Lang zu Recht bemerkt, zahlreiche bedeutsame, aber weniger spektakuläre Aspekte der neuesten schweizerischen Sozialgeschichte weitgehend unerforscht geblieben.⁶³⁹ Erhellend man die Arbeitskämpfe vor dem Ersten Weltkrieg, so schält sich aus der Entwicklung eine Vorgeschichte heraus, die den Landesstreik erst in die weiterreichenden Zusammenhänge einordnet. Der Zürcher Generalstreik vom 12. Juli 1912 hat die Generalstreikdebatte ganz entscheidend beeinflusst, weshalb er eine ausführlichere Separatstudie verdient.⁶⁴⁰ Einige wenige Hinweise mögen zeigen, inwiefern sich dieser Konflikt für die Landesorganisation ungünstig ausgewirkt hat. Während der vorangegangenen Zürcher Maler- und Schlosserstreiks hatten Ausländer vor allem als Streikbrecher eine verhängnisvolle Rolle gespielt. Eine erste Welle der Erregung schlug hoch, als am 15. April ein aus Preussen stammender Streikbrecher namens

Otto Kaiser den Maler Wydler am Sihlquai 55 erschoss, da sich dieser dem Arbeitswilligen in drohender Weise genähert hatte.⁶⁴¹ Eine weitere Verschärfung brachten die Versuche der Unternehmerseite, den Schlosserstreik mit Hilfe von Arbeitskräften aus dem Ausland zu unterlaufen. Seit einigen Jahren gehörte der organisierte Streikbruch zum Bild der Arbeitskonflikte in Deutschland. Vor allem im Rheinland und in Preussen schafften auf solche Fälle spezialisierte Agenten Arbeitswillige herbei. Wer sich derart gegen die Interessen der Arbeiter missbrauchen liess, musste in den Augen der Streikenden zum Auswurf der Gesellschaft gehören. Ein deutscher Gewährsmann machte dem «Volksrecht» als «Vater dieser Berufsstreikbrechergarde» einen Friedrich Hintze in Berlin namhaft, der wegen Kuppelei, Zuhälterei und schwerer Körperverletzung im Zuchthaus gesessen habe und nun aus Berliner, Hamburger und anderen Grossstadt-Kaschemmen seine Leute für drei Mark Vermittlungsgebühr pro Streikbrecher zusammensuchte. Die Hamburger Firma Ludwig Koch biete diese Leute den bestreikten Unternehmungen in der Schweiz an und mache sich anheischig, in acht Tagen bis 6'000 Personen als Ersatarbeitskräfte zu «liefern», wobei Matratzen, Decken und Essgeschirr gleich mitgemietet werden könnten. Dass eine solche Berichterstattung gewaltige Empörung entfachte, lag auf der Hand: «Unter dem Schutze der Polizei (siehe das Geständnis Hintzes!) tritt dieses Gesindel *provokatorisch* auf und gibt Anlass zu *Zusammenstössen* mit den empörten ehrlichen Arbeitern – und das ist dann der Moment, da die Unternehmer nach der Polizei schreien und der Öffentlichkeit vorlügen, die *Streikenden* seien die Verbrecher. Und das ist ja mit der Zweck der waggonweisen Verschickung solcher Streikbrecher.»⁶⁴²

Doch diese pauschal als Berufsstreikbrecher und verkommene Subjekte titulierten Personen rekrutierten sich aus verschiedenen Gruppen; neben den zwielichtigen Abenteurergestalten, die in der Tat ein provokatives Auftreten zeigten, gehörten auch Arbeitswillige aus dem Kreis der Arbeitslosen dazu, die entweder der Sozialdemokratie feindlich gesinnt oder über den örtlichen Konflikt nur mangelhaft orientiert waren.⁶⁴³ Zur Mobilisierung der Arbeitermassen, die zunächst die Streiks in kühler Distanz verfolgt hatten, gab es wohl keine propagandistisch bessere Waffe, als die Empörung über die unfaire Kampfweise der Unternehmer zu entflammen, wie sie «die Heranziehung eines ehrlosen Gesindels ausländischer Berufsstreikbrecher» darstelle.⁶⁴⁴ Auf beiden Seiten steigerten sich die Tätlichkeiten und Ausschreitungen, bis an der Militärstrasse bei einer Auseinandersetzung erneut ein Revolverschuss fiel.⁶⁴⁵ Als sich nun der Stadtrat am 6. Juli zu einem teilweisen Streikposten-

verbot entschloss, setzte dies aus dem Blickwinkel der Streikenden und ihren Sympathisanten den Ungerechtigkeiten des Klassenstaates die Krone auf. In der Arbeiterunion war man sich zwar einig, dass nun zugunsten der Streikenden eine Sympathieaktion zu erfolgen habe. Erneut erwiesen sich die politischen Parteiführer, darunter Emil Klöti und Karl Manz, als die gemässigtenen, während die Gewerkschafter, bei denen «Einträchtler» den Ton angaben, zu schärferem Protest auf den Generalstreik drängten. Sowohl die beiden Schweizer Fritz Brupbacher und Fritz Platten wie die Deutschen Max Bock und Heinrich Brandler, die die Wortführer der Streikleitung verkörperten, waren prominente Mitglieder der «Eintracht». Der Generalstreik vom 12. Juli gedieh zu einer eindrucksvollen Machtdemonstration, an der sich mehr als 23'000 Arbeiter beteiligten: doch die «Revolte der Massen auf eigene Faust und wider den Willen der Politiker», wie Brupbacher sie gedeutet haben wollte,⁶⁴⁶ war trotz der Unmittelbarkeit ihres Zustandekommens ohne die wegbereitende Agitation der «Einträchtler» kaum denkbar. Der Bericht ihres politischen Komitees vermittelt darüber einigen Aufschluss:

«Man fühlte immer und überall die Geburtswehen einer neuen Zeit für die Bewegung am Orte. Ein für die Bourgeoisie entsetzliches Ereignis bildete den Auftakt für 1912. Am 11. Juli 1912, nachts ½11 Uhr wurde der Generalstreik durch die Arbeiterunion beschlossen. Tage vorher wussten die Eingeweihten, dass die Antwort auf die Gewaltmassnahmen der Regierung in Form eines Massenstreiks gegeben werde. Gegen den Generalstreik wandten sich am 9. Juli, wie auch am 11. Juli vorwiegend die Parteiführer. Doch möge hier bemerkt werden, dass die ‚weltfremden‘ Politiker der ‚Eintracht‘ über den Geist der Massen immerhin besser aufgeklärt waren, wie die ‚Parteiführer‘. Wenn auch dem 12. Juli keine diesbezüglichen Beschlüsse oder Beratungen der ‚Eintracht‘ vorausgingen, so war es doch für die Genossen selbstverständlich, das Beste zum Gelingen des Generalstreiks beizutragen.»⁶⁴⁷

Die angeblich angedrohte Ausweisung von 200 Generalstreiklern ausländischer Zunge unterblieb zwar, doch wurde auch in der «Eintracht» polizeiliche Haussuchung gehalten. Verhaftet und aus dem Kanton verwiesen wurden drei Deutsche, ein Österreicher und ein Italiener, die sich als Mitglieder des Unionsvorstandes für den Generalstreik eingesetzt und die allesamt der «Eintracht» angehört hatten.⁶⁴⁸ Platten selbst sass 22 Tage in Haft.⁶⁴⁹ Der Erfolg dieser Kraftprobe ermutigte das politische

Komitee, nun in ungleich forscherm Stile gegen die als opportunistisch gebrandmarkten Tendenzen in der Partei Front zu machen. Denn das partielle Streikpostenverbot vom 6. Juli sowie das Militäraufgebot, das als Antwort auf den Generalstreik erfolgt war und das zur militärischen Besetzung des Volkshauses geführt hatte, war vom Kleinen Stadtrat unter Einschluss seiner sozialdemokratischen Mitglieder beschlossen worden. Das politische Komitee der «Eintracht» beantragte daher in einer Resolution eine Untersuchung über die Haltung der sozialdemokratischen Stadträte, die auf deren Ausschluss aus der Partei und auf die Aberkennung ihrer Mandate wegen «des schwersten Verrates der Arbeiterinteressen» zielte.⁶⁵⁰ Die nur von 143 Mitgliedern besuchte «Eintracht»-Versammlung vom 11. September 1912 wies jedoch diesen Resolutionstext zurück, weil ein solches Vorgehen zu unabsehbaren Folgen geführt hätte. Hingegen sollte eine grundsätzliche Abrechnung mit dem Opportunismus in die Wege geleitet werden. Das unter Führung Plattens vom politischen Komitee ausgearbeitete Memorandum vom Januar 1913, das von der «Eintracht» zur Behandlung an die Arbeiterunion überwiesen wurde, diente als Plattform dieser heftigen Attacke auf die bisherige Parteipolitik. Das Verhalten sozialdemokratischer Mandatsträger beim Albisrieder Streik 1906, beim Aschbacher Streik 1909, beim Maurerstreik 1911 und den Nationalratswahlen des gleichen Jahres bildeten zusammen mit den Vorkommnissen beim Generalstreik in den Augen der linken Dogmatiker eine Kette im opportunistischen Fehlverhalten sozialdemokratischer Mandatsträger. Machten die Angegriffenen geltend, sie hätten nur das kleinere Übel gewählt und damit ein grösseres Unglück verhindert, so wurde dieses Argument von den revolutionären Linken als Bestätigung ihrer Anschuldigungen gewertet. In dem Memorandum wurde der Arbeiterunion folgende Resolution zum Beschluss unterbreitet:

«Die Delegiertenversammlung der Arbeiterunion führt die unliebsamen Vorkommnisse beim Generalstreik

1. auf die praktische Opportunitätspolitik und theoretische Unklarheit in der Partei zurück.
2. Diese Tatsachen selbst wurzeln in den unzulänglichen Organisationsverhältnissen, in der Zersplitterung und Doppelspurigkeit, der ungenügenden grundsätzlichen Aufklärungsarbeit und in der chaotischen Anarchie in der Partei.
3. Auf dem Umstande, dass sich die Mitglieder in den Behörden zu autonom gerierten und somit oft mit ihren Handlungen in Widerspruch mit dem Klassen-

empfinden des Proletariats kamen. Aus diesen Tatsachen resultiert der Widerspruch zwischen den Parteivertretern und der organisierten Arbeiterschaft.

Die Versammlung sieht einen Ausweg aus diesem Dilemma nur in der striktesten Unterordnung aller Parteivertreter unter die massgebenden Parteibeschlüsse, dem unablässigen Ausbau der Organisation, der organisatorischen Einheit und streng durchgeführten Demokratie innerhalb unserer Parteiorganisation.»⁶⁵¹

Damit setzte die «Eintracht» wieder bei ihren Forderungen ein, durch die sie sich bei den Nationalratswahlen von 1911 schon eine vehemente Opposition zugezogen hatte. Insbesondere sollte die Wiederwahl des sozialdemokratischen Stadtrates Jakob Vogelsanger torpediert werden; zumindest wollte die «Eintracht» in der Vertrauensmännerversammlung einen Beschluss durchsetzen, dass nach der Wahl vom 13. April 1913 kein Parteivertreter mehr das Amt des Polizeivorstandes übernehmen dürfe.⁶⁵² In einer fünfteiligen Artikelfolge trug der Rechtsanwalt und sozialdemokratische Parteipolitiker David Farbstein den Gegenangriff vor, den die «Einträchtler» als Ausfluss einer systematischen Hetze ihrer parteigenössischen Gegner gegen den missliebigen Ausländerverein interpretierten. Sie verstanden nicht, dass viele Schweizer Genossen es satt hatten, sich von der «Eintracht» mahnen und belehren zu lassen, nachdem nun die Ausländer in den Mitgliedschaften und neuestens auch in den Grütlivereinen Gelegenheit genug hatten, sich dort mit den schweizerischen Verhältnissen auseinanderzusetzen. Farbstein bezeichnete die «Eintracht» sogar als einen Diskutierklub, der mit der praktischen politischen Tätigkeit am Platze nur wenig Berührung habe:

«Das Unglück beginnt erst dann, wenn dieser Diskutierklub glaubt, auch eine Art politisches Obergericht zu werden, wenn er sich zum Richter aufwirft über diejenigen, deren Tätigkeit er nicht richtig kennen kann. Der Verein als solcher bietet den günstigen Nährboden für die Tätigkeit derjenigen, die aus dem einen oder anderen Grunde mit der Politik als solcher oder mit den Politikern unzufrieden sind. Es sind teilweise Personen, die überhaupt Antiparlamentarier und Antipolitiker sind.»⁶⁵³

Es seien immer nur einige Wenige, die das grosse Wort führten, in der «Eintracht», in der Delegiertenversammlung der Arbeiterunion, in der Generalversammlung der

Presseunion und bei der Jungmannschaft, kurz überall, wo man kritisieren könne:

«Ich darf in Übereinstimmung mit sämtlichen Behördemitgliedern erklären, dass wir uns in Zukunft *diese* Art von Kritik von diesen Kritikern nicht gefallen lassen werden. Wir sind von dem sozialdemokratischen Teile der stadtzürcherischen Bevölkerung gewählt. Diesem Teil allein sind wir Rechenschaft schuldig. Unsere Wähler allein sind berechtigt, uns zur Verantwortung zu ziehen ... Wir sind entschlossen, diesen Kritikern ein für allemal: ‚Hände weg‘ zuzurufen.»⁶⁵⁴

Als Wortführer der linken Parteioption entgegnete Platten in einer ebenso viele Teile umfassenden Antwort, die die Verschiedenartigkeit der Standpunkte über Taktik und Prinzip herausarbeitete.⁶⁵⁵ Nach mehreren Delegiertenversammlungen nahm der Richtungsstreit in der Arbeiterunion ein vorläufiges Ende mit dem Fazit, überhaupt keine Resolution zu fassen. Die «Eintracht» sah sich schliesslich selbst einem Frontalangriff ausgesetzt. Denn der Vorstoss ihrer Gegner, den Ausländerverein aufzulösen, wurde von den Vorständen sämtlicher Mitgliedschaften Zürichs lebhaft begrüsst. Sie hatten ohnehin von der Anmassung der «Einträchtler» genug, «sich stets als ‘Parteischulmeister‘ aufzuspielen».⁶⁵⁶ Der Parteivorstand der Stadt Zürich verlangte, die «Eintracht» habe sich in acht Gruppen entsprechend der Einteilung der Stadtkreise aufzulösen. Diese acht Gruppen sollten sich sodann den betreffenden Kreisparteien anschliessen. Die «Eintracht» verfocht dagegen den Standpunkt, nach den Parteistatuten hätten sich die Vereine jener Kreispartei anzuschliessen, in welcher sie domiziliert waren. Bemerkenswerterweise wurde sie in ihrer Auffassung vom Grütliverein Zürich I unterstützt, weil die Grütlilianer durch die Forderung nach einer gruppenweisen Auflösung der Vereine um ihre eigene Position fürchteten. Es gelang der «Eintracht», den Anschlag abzuwehren.⁶⁵⁷ Schweren Beschuldigungen sahen sich einzelne ihrer Exponenten ausgesetzt, die auf diesem Wege isoliert werden sollten. Heinrich Brandler, der orthodoxe Dogmatiker und Antipode sowohl von Platten wie von Brupbacher, hatte sich nach dem Generalstreik des Gerüchts zu erwehren, er sei ein Polizeispitzel. Ein besonderer Eiferer, das Mitglied Robert Albert, wurde von Karl Manz als «Partei-Erpresser» hingestellt, was ebenfalls zu einem Untersuchungsverfahren führte.⁶⁵⁸ Der Hauptangriff zielte auf einen der konsequentesten Opponenten gegen alle reformistischen Tendenzen: auf Fritz Brupbacher. Obwohl er dem Anarchosyndikalismus anhing, war er für seine Gegner in der Partei schwer zu fassen, liessen sich doch die Stufungen innerhalb der linksradikalen Opposition nur bedingt unterscheiden.

Da Brupbacher die Masse für seine eschatologische Gesellschaftsschau noch nicht für reif genug hielt, lehrte er mit Vorliebe im vertrauten Kreise – wie er ihm dann im «Schwänliklub» an der Predigergasse entstand –⁶⁵⁹ sein Zukunftsbild von der absoluten Freiheit und Bildung einer besseren Menschheit. Um die Massen zu revolutionieren, hatte er mit der geschickten Vermengung bakuninischer und marxistischer Ideen jenen sozialrevolutionären Zwischenbereich angesprochen, für den die Ausländervereine, wie sich in früheren Phasen radikaler Aufbruchsströmungen ergab, besonders zugänglich waren. Aus seiner späteren Selbstdarstellung, verfasst in einer ganz anderen Epoche, wird kaum ersichtlich, wie die von ihm und seinen Gesinnungsgenossen unterwanderte «Eintracht» zeitweise die Hauptstütze seines Einflusses bildete.⁶⁶⁰ Als er wegen der anarchosyndikalistischen Tendenzen in der Jugendorganisation zur Verantwortung gezogen und seiner Inkonsequenz wegen angesprochen wurde, Anarchosyndikalist zu sein, aber gleichwohl im Verein «Eintracht» sowie in der Sozialistischen Mitgliedschaft Wiedikon als sozialdemokratisches Parteimitglied zu figurieren, antwortete er: «Er sei nicht heute Anarchist und morgen Sozialdemokrat, sondern heute Sozialdemokrat und Anarchist zugleich.»⁶⁶¹ Dieser Ausspruch wurde ihm als Doppelzüngigkeit ausgelegt und bot zusammen mit seiner Schreibweise der kantonalen Parteileitung den äusseren Vorwand, von der «Eintracht» die Streichung Brupbachers von der Mitgliederliste zu verlangen. Für Platten war damit der Moment gekommen, gegen den lästigen Gegner vorzugehen. Er und mit ihm der Vereinsvorstand befürworteten diesen Ausschluss umsomehr, als sie die von ihnen der «Eintracht» zugeordnete Funktion als Hort der Opposition innerhalb der Partei durch die Anarchisten mehr und mehr beeinträchtigt glaubten. Das politische Komitee sowie der geschäftsführende Vorstand, auch die Unionsdelegierten-schaft traten geschlossen für den Ausschluss ein. Doch der derart Angegriffene antwortete seinerseits mit beredten Anklagen gegen den Opportunismus in der Partei und zog dadurch eine Mehrheit der politisch aktiven Vereinsmitglieder auf seine Seite, so dass der Vorstand mit seinem Antrag auf Ausschluss in der «Eintracht» unterlag.⁶⁶² Auch die Berner Sektion hatte sich mit allen gegen drei Stimmen zum Vertrauensvotum für Brupbacher bekannt.⁶⁶³ Ein Vorstandsmitglied, Wilhelm Zürni, rekurrierte hierauf an die Geschäftsleitung der SPS, die am 18. Februar 1914 Brupbacher die Parteimitgliedschaft aberkannte. Der Betroffene selbst gelangte nun an den Parteivorstand, der seiner prinzipiellen Frage wegen den Fall dem Parteitag unterbreiten wollte. Die nach Kriegsausbruch so veränderte Situation liess jedoch für die Austragung alter Differenzen keine Zeit mehr.⁶⁶⁴

Der Streit mit der Kantons- und Stadtratsfraktion war so weit gegangen, dass den Kritikern aus der «Eintracht» die Parteipresse in der Schweiz gesperrt werden sollte.⁶⁶⁵ Das Verhalten der Ausländervereine in Zürich und Bern erzürnte nun selbst ihre Freunde in der linken Parteiopposition wie Grimm und Platten, wobei der letztere zum desillusionierten Urteil gelangte: «Die ‚Eintracht‘ hat nach meinem Dafürhalten sehr viel eingebüsst, sie hat das Recht auf eine robuste Kritik innerhalb der Partei verwirkt. Von der Berner Sektion muss dasselbe gesagt werden, denn solche politische Inkonsequenzen können nicht unbestraft begangen werden.»⁶⁶⁶ Der Versuch, durch eine Integration der «Eintracht» diese bedeutendste Ausländervereinigung zu «pazifizieren», war gescheitert.

4. 7. 7 AUF DEM WEG ZUR AUFLÖSUNG

Die Ereignisse um den «roten Freitag» von 1912 waren nicht dazu angetan, die Parteileitung für die Wünsche der Landesorganisation geneigter zu stimmen. Entgegen den Erwartungen Plattens verhielt sich die Geschäftsleitung der SPS gegenüber den Vorstellungen der vom Landesverband Verhandlungsbevollmächtigten ablehnend. Sie machte weder Zugeständnisse in Fragen des Sekretariates, noch wollte sie eine Vertretung in der Geschäftsleitung einräumen, und selbst für die Übernahme der Flüchtlingsangelegenheiten oder für Agitationsreisen ausländischer Redner versagte sie ihre Hilfe. Die Schweizer beharrten auf der bedingungslosen Einverleibung der Ausländersektionen; ohne Einräumung von Sonderrechten fiel aber auch Platten die Auflösung schwer. Die Geschäftsleitung, die die Zwangslage des Verbandes wohl kannte, empfahl den deutschen Genossen ungerührt, sie könnten ja ihre Sonderorganisation beibehalten.⁶⁶⁷

Die Landeskonferenz vom 16./17. November 1912 stand somit, was die Gesamtorganisation anbetraf, vor einem Desaster. Platten selbst, der als Sekretär seine aus Optimismus forcierte Vereinigungspolitik rechtfertigen musste, flüchtete sich in heftige Kritik:

«Verrechnet hatte ich mich in der Einsicht der Geschäftsleitung und vielleicht zu wenig berücksichtigt, dass die schweizerische Parteibewegung geistig sich nicht soweit verändert hat, wie das in rein organisatorischer Hinsicht der Fall ist. Genossen! Das schöne Bild von unserer zukünftigen schweizerischen Organisationsform wurde von Seite der Geschäftsleitung der schweizerischen Partei in Scher-

ben gehauen. Nach meiner Auffassung werden die Beratungen ein dunkles Blatt in der Geschichte der schweizerischen Partei sein. Zum Teil waren die Verhandlungen durch die engherzigsten Argumente begleitet, in der Hauptsache wurden devote Komplimente und Verbeugungen an den Grütlianergeist gemacht. Die Oltener Beschlüsse dagegen wurden völlig verkannt. Dass bei unseren Delegierten aber keine Niedergeschlagenheit herrschte, bewies meine Äusserung, dass wir das was sie uns verweigern wollen, ganz einfach erkämpfen werden. Sollten sich die Grütlianer etwa die Meinung gebildet haben, wir würden uns bedingungslos der Partei unterwerfen, so irren sie sich.»⁶⁶⁸

Indem Platten sein ursprüngliches Ziel unverwandt im Auge behielt, empfahl er den Sektionen durch den Eintritt in die Kantonalparteien die volle Gleichberechtigung zu erkämpfen und daran zu arbeiten, dass mehr wie bis anhin der Klassenkampfcharakter der Partei betont werde. In seinem Korreferat gab sich der Verbandspräsident Franz Kugler als Exponent jener Minderheit zu erkennen, die im Landesauschuss Plattens Politik opponiert hatte. Eine Auflösung der Landesorganisation sei erst dann möglich, wenn der Grütliverein, zentral gedacht, von der Bildfläche verschwunden sei. Kugler votierte dafür, der kantonalen Partei zwar anzugehören, gleichzeitig aber auch eine straffe Zentralisation bis zum gegebenen Zeitpunkt der Auflösung aufrecht zu erhalten. Er berief sich dabei auf eine schriftliche Erklärung von August Bebel, der sich gegen eine verfrühte Preisgabe ausgesprochen habe.⁶⁶⁹

Aus der Einsicht, dass die Entwicklung in der Schweiz zur Parteieinheit vorwärts gehe, sprach sich schliesslich die St. Galler Konferenz grundsätzlich für die Auflösung der Landesorganisation aus. Die Sektionen wurden nach der beschlossenen Resolution verpflichtet, in die Kantonalverbände einzutreten. Doch entgegen der von Platten und seinen Anhängern im Landesauschuss gehegten Erwartungen stimmten die Delegierten für ein Weiterbestehen der Landesorganisation, bis sich die Sektionen in der schweizerischen Partei orientiert hätten und die Geschäfte des Verbandes von der SPS übernommen würden. Der Landesauschuss gab ab 1. Januar 1913 mit Ausnahme für die externen Sektionen in Italien keine eigenen Mitgliederbücher und Marken heraus, wodurch der Zusammenhalt von selbst zur Lockerung führen musste.⁶⁷⁰ Der Verband erhielt zwar weiterhin nach Massgabe der verkauften schweizerischen Parteimarken finanzielle Mittel aus den Sektionen, doch war es nur eine Frage der Zeit, bis das eigene Sekretariat aufgegeben werden musste. Es hätte

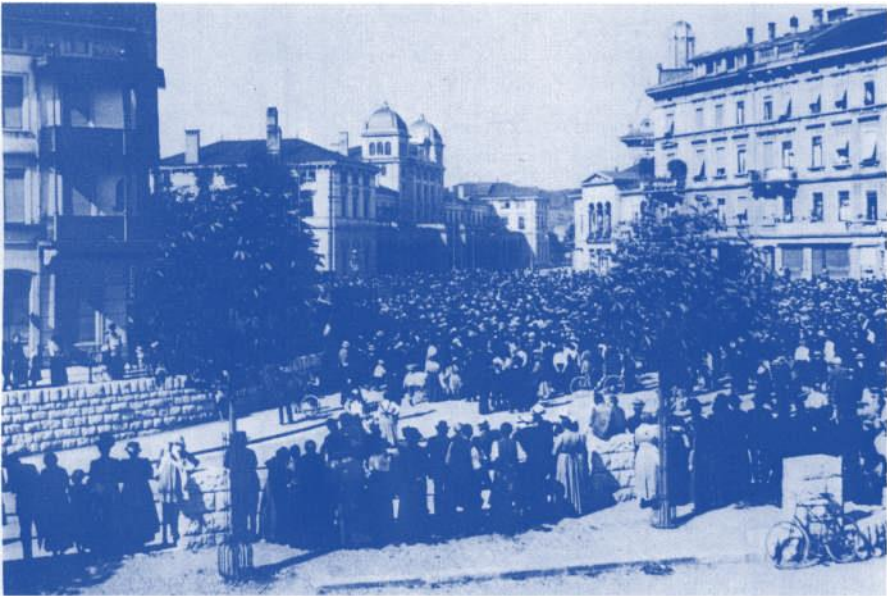
schon früher ohne die grosszügige Unterstützung durch die deutsche Sozialdemokratie nicht existieren können. Dass der Verband sogar noch nach der St. Galler Konferenz von der deutschen Partei eine Subvention erhielt, die mehr als die Hälfte der Gesamteinnahmen ausmachte, war der Vermittlung August Bebels zu verdanken. Die Hilfe wurde allerdings bis zum 30. Juni 1914 limitiert, so dass sich auch aus diesem Grunde ein endgültiger Auflösungsentscheid aufdrängte.⁶⁷¹

Es war dies die letzte Geste des grossen Sozialdemokraten an den Landesverband. 1897 hatte sich Bebel in Küsnacht am See ein Haus erbauen lassen; doch schon 1905 verkaufte er die nach seiner Frau benannte «Villa Julie» wieder. Soweit es ihm die Reichstags- und Parteigeschäfte erlaubten, nahm er, um nahe bei Tochter und Schwiegersohn zu sein, an der Usterstrasse in Zürich Wohnung.⁶⁷² Die letzten Jahre waren von tiefem Leid überschattet. Im November 1910 starb seine Gattin, im Januar 1912 infizierte sich Ferdinand B. Simon-Bebel (1862-1912) bei einem medizinischen Tierversuch tödlich; seine Tochter Frieda wurde von Schwermut ergriffen. «Monatelang war Bebel dann ganz allein mit seinem Enkel», schrieb Rudolf Albert im Nachruf. «Ein innerlich trauriges Bild, ihn immer weisser werdend am Arme seines Enkels am See zu sehen.»⁶⁷³ Als am 13. August 1913 die Welt aus Passugg, wo Bebel Erholung suchte, die Todesnachricht erreichte, fiel Platten in seiner Eigenschaft als Sekretär des Landesverbandes die Ehrenpflicht zu, die organisatorischen Aufgaben zur Gestaltung dieser würdigen Bestattungsfeierlichkeit zu übernehmen.⁶⁷⁴ Gegen 50'000 Personen sollen es gewesen sein, die in zweieinhalb Tagen an dem im «Volkshaus» Aufgebahrten in Trauer vorbeizogen. Seine letzte Ruhestätte fand er neben Gattin und Schwiegersohn auf dem Friedhof Sihlfeld.⁶⁷⁵

Dass Bebel in Zürich bestattet wurde, dürfte in den deutschen Arbeitervereinen in der Schweiz manche Erinnerungen an die Kampfjahre unter dem Sozialistengesetz wachgerufen haben.⁶⁷⁶ Wenn sie nun andere Wege gingen, so aus der Einsicht, dass sie für die Heimatpartei nur noch eine belanglose Randerscheinung waren. Von diesem Bedeutungswandel sahen sich alle deutschen Sozialistenvereinigungen im Ausland betroffen. Um nicht ganz sich selbst überlassen zu sein, hatte schon vor einiger Zeit der «Deutsche Sozialdemokratische Leseklub» in Paris zu einer Konferenz deutscher Organisationen im Ausland aufgerufen, die anlässlich des Internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen zusammentrat. In Anwesenheit von Friedrich Adler als dem Delegierten des Landesverbandes in der Schweiz war auf dieser Zusammenkunft am 1. September 1910 der Beschluss gefasst worden:



Zürcher Generalstreik vom 12. Juli 1912. Rechts im Bild Willi Münzenberg mit Fahrrad.



Der verstärkte Klassenkampf schlug sich auch in zahlreichen Streikaktionen in anderen Städten nieder. Streik in Winterthur 1910.



August Bebel, der am 13. August 1913 an seinem Herzleiden in Churwalden/Passugg gestorben war, wurde in Zürich das grösste Begräbnis zuteil, das diese Stadt gesehen hat. 50'000 Menschen sollen in zweieinhalb Tagen an der Bahre vorbeigezogen sein. Am Leichenzug haben Delegationen aus zahlreichen Ländern teilgenommen.

«Der deutsche sozialdemokratische Leseklub in Paris wird beauftragt, eine Auskunftsstelle für alle im Auslande wohnenden Sozialdemokraten deutscher Zunge zu schaffen. Es mögen drei Vertrauensmänner von ihm bestimmt werden, welche die erforderlichen Arbeiten besorgen und aus denen der amtierende Sekretär gewählt werden soll. Als Mittel sollen dem Leseklub durch freiwillige Beiträge mindestens 500 Fr. von den Organisationen deutscher Zunge im Ausland zur Verfügung gestellt werden.»⁶⁷⁷

Zu den Aufgaben der Auskunftsstelle gehörte es, jährlich ein Adressenverzeichnis aller in Frage kommenden Vereine zu veröffentlichen. Dieser «Zusammenschluss sämtlicher Ausländer deutscher Zunge in einen Auslandsverband» hätte weltweiten Zuschnitt haben sollen. Er wollte deutschsprechende Gesinnungsgenossen, die auszuwandern beabsichtigten, über die Verhältnisse in den betreffenden Ländern orientieren. Er sollte neue Vereinsbildungen anregen und bei der Ausarbeitung von Statuten oder bei anderen Problemen der Organisation behilflich sein. Damit wäre noch einmal ein Ansatz gegeben gewesen, jene Aufgaben auszubauen, die zu erfüllen auch ein sozialistischer Auslandsverein prädestiniert war. Die Landesorganisation unterstützte das Projekt mit einem Jahresbeitrag von hundert Franken. Die gehegten Erwartungen wurden jedoch enttäuscht. Zu der pessimistischen Stimmung auf der St. Galler Konferenz passte denn auch die Mitteilung, dass das in Paris geschaffene Sekretariat völlig versagt habe.⁶⁷⁸

Für den Landesausschuss gab es, wie die Dinge nun einmal lagen, keine andere Möglichkeit, als die Geschäftsleitung der SPS zu neuen Verhandlungen zu bewegen. Um neue Gespräche anzubahnen, liess er fast sämtliche früheren Forderungen fallen. Was er, wie Platten in der Sitzung vom 30. Dezember 1913 begründete, von der schweizerischen Partei verlangen musste, war die Übernahme der Flüchtlingsfürsorge. Die Landesorganisation hatte durch die Märzsammlungen in den letzten Jahren zwischen 500 bis 1'800 Franken für den Flüchtlingsfonds aufgebracht. Ende Februar 1913 leistete sie noch für 53 Russen und 3 Personen anderer Nationalität Rückbürgschaften im Gesamtbetrag von 123'500 Franken. Von ihren Mitgliedern hatten sich 53 Personen als direkte Bürgen zur Verfügung gestellt.⁶⁷⁹ Parteipräsident Friedrich Studer beantragte jedoch Ablehnung des Gesuchs, da es in erster Linie um eine

Angelegenheit der betreffenden Flüchtlinge gehe und die Geschäftsleitung arbeitsmässig und finanziell zu stark belaste. Ein anderer Einwand, der Partei könnten unangenehme politische Folgen entstehen, wenn sie in Fällen als Bürge figuriere, wo es sich möglicherweise um wegen gemeiner Verbrechen Verfolgte handle, bezeugte noch einmal den Mangel an Solidarität, wie er insbesondere den Grütlianern aus nationaler Überängstlichkeit zu eigen gewesen war. Dass es für die Partei eine Ehrensache war, politischen Flüchtlingen in der Schweiz durch Übernahme dieser Bürgschaften das Asylrecht zu erwirken, musste von Leuten wie Greulich, Sigg und dann auch Pflüger noch klar gemacht werden.⁶⁸⁰ Erst unter dem Druck des Krieges, als immer weniger Sozialdemokraten den ausländischen Einberufungsbefehlen zu folgen bereit waren, rief das Parteisekretariat unter der Initiative von Fritz Platten und Otto Lang eine «Sozialdemokratische Bürgschaftsvereinigung» ins Leben, die nach dem früheren Muster der deutschen Flüchtlingshilfe durch Rückbürgschaften und Kauttionen die Erlangung der Niederlassungsbewilligung zu erleichtern suchte.⁶⁸¹

Nachdem sich die Geschäftsleitung schliesslich doch noch dazu verpflichtet hatte, die finanzielle und moralische Verantwortung für die Flüchtlingsangelegenheiten zu übernehmen, hielt Platten den Moment für gekommen, auf der Landeskonferenz vom 28./29. März 1914 in der «Eintracht» Zürich endgültig den Auflösungsbeschluss zu fällen. Zwei Anträge standen sich gegenüber. Der Landesausschuss trat erneut für Liquidation ein, zumal der Verband seit dem Oltener Parteitag seine Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit immer mehr einbüsste. Selbst der Grütliverein, gegen den auch ohne Landesorganisation ein Druck ausgeübt werden könne, habe sich der Partei genähert. Da die deutsche Partei die Subventionen einstelle, müsse das eigene Sekretariat aufgegeben werden. Es komme, wie Platten meinte, auf die einzelnen Sektionen an. Was zähle, sei die Initiative ihrer Mitglieder:

«Orte mit weniger Industrie und mehr Landwirtschaft verlangen eben ein anderes Vorgehen in politischer Beziehung, als in grossen Industriezentren. Vergleichen Sie doch nur einmal die Sektionen Zürich und Bern mit St. Gallen. Währenddem wir in Zürich und Bern ein reges politisches Leben bemerken können, ist von St. Gallen gerade das Gegenteil zu sagen, trotzdem es die zweitgrösste Sektion der Landesorganisation ist. Das Bild hat sich auch noch nicht geändert, seitdem der Anschluss an Stadt- und Kantonalpartei erfolgt ist. Von Basel kann dasselbe gesagt werden. Es fehlen eben mit einem Worte die Hechte im Karpfenteich.»⁶⁸²

Immer wieder habe er, so rechtfertigte sich Platten, den Sektionen Anleitungen zur Durchführung von Aktionen gegeben, doch stets mit demselben Misserfolg. Es mangle den Genossen eben an innerer Überzeugung und an Elan: «In unangenehme Situationen werden wir immer kommen, sobald wir eine Kritik nach rechts hin üben, und was ist schon immer die Folge davon gewesen? – eine Resignation.»⁶⁸³ Um bei der Parteikonstellation von rund 15'000 Mitgliedern der schweizerischen Partei, den 10'000 Grütlianern und 4'000 Zugehörigen der Landesorganisation den linken Flügel festigen zu können, sah er mehr denn je den einzig gangbaren Weg im Anschluss an die Mitgliedschaften.⁶⁸⁴ Es könne nicht darum gehen, den Grütliverein zu isolieren, sondern durch ein Beispiel ihn zur Aufgabe seiner Sonderexistenz zu drängen. Die Gleichberechtigung mit dem Grütliverein zu verlangen, führe in eine Sackgasse.⁶⁸⁵

Die Berner Sektion, zu der der frühere Landessekretär Jaffé gehörte, beharrte jedoch auf der entgegengesetzten Ansicht. Die völlige Einheit der sozialdemokratischen Partei in der Schweiz sei eine dringende Notwendigkeit, ohne die eine Auflösung nicht erfolgen könne:

«Solange aber der Grütliverein als Sonderorganisation innerhalb der Partei besteht, ist unsere Landesorganisation beizubehalten und auf dem nächsten schweizerischen Parteitag eine Vertretung unserer Organisation in der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz zu beantragen.»⁶⁸⁶

Wenn die Sektionen ihrer Selbständigkeit überlassen bleiben, so würden sie sich, wie der Berner Delegierte Wollermann befürchtete, mit der Zeit von der schweizerischen Partei ganz isolieren. Nach dieser Version war ein vollständiges Aufgehen in den Mitgliedschaften anzustreben, das sich aber nur in der «natürlichsten Form» vollziehen sollte, was eben nichts anderes besagte, als mit der Schaffung der Einheitspartei. Auch Vereinspräsident Mandel von der «Eintracht» Zürich erklärte die Auffassung des Landesausschusses für verkehrt, die Vernichtung der Landesorganisation anzustreben, solange die Sektionen noch eine straffe Organisation bilden. Dieses Votum war geradezu eine Demonstration dafür, dass Platten in der «Eintracht» seit der Machtprobe mit Brupbacher seinen Einfluss verloren, sich in ihr zumindest in dieser Frage sogar einen Gegner geschaffen hatte.⁶⁸⁷

Franz Kugler, der Präsident der Landesorganisation, stimmte aus realistischem Pessimismus für die Auflösung. Seit der St. Galler Konferenz hatte sich nicht die

Geschäftsleitung der SPS, sondern die Lage des eigenen Verbandes geändert. 12 Sektionen mit 800 Mitgliedern waren schon abgefallen. Die Mitgliedschaften und Grütlivereine gingen dazu über, direkt und ohne über die Zwischenstufe der internationalen Arbeitervereine Ausländer ihren Reihen zuzuführen. Der Fall Brupbacher, dessen Ausschluss mit der Verbandsleitung nicht besprochen wurde, machte die Bedeutungslosigkeit augenfällig, die die Partei der Landesorganisation zumass. Die Zwangslage, in die man sich hineinmanövriert hatte, liess keine Entscheidungsfreiheit: «Der Weg, den wir zu gehen haben, ist diktiert von der veränderten Situation innerhalb der Landesorganisation und dem eingegangenen Verhältnis gegenüber der Partei.»⁶⁸⁸

4. 7. 8 ZUR EINGLIEDERUNG DER EINZELNEN LOKAL VEREINE

Obwohl die meisten kleineren Vereine gemessen an der «Eintracht» Zürich eine oft unscheinbare Rolle spielten, dürfte es interessieren, wie sie sich in ihre lokalen Verhältnisse eingefügt und wie sie zur Auflösungsfrage Stellung genommen haben.⁶⁸⁹ *Der Allgemeine Arbeiterverein Aarau*, der in der örtlichen Bildungsarbeit direkt nichts mehr zu leisten hatte, sah ein Weiterkommen einzig in der Fusion mit dem lokalen Grütliverein. Deshalb wollte er auch aus der Landesorganisation austreten, wenn diese weiterbestünde. *Der Deutsche Arbeiterverein Basel* war durch den vollzogenen Anschluss an die kantonale Partei schon ganz im schweizerischen Parteilieben aufgegangen. Auch ohne Hinzutun der Landesorganisation funktioniere die Bildungsarbeit in Basel gut, und die Zeit, wo nur ein einheitlicher Parteiverein am Orte existiere, sei nicht mehr fern. Der Landesverband war für ihn daher überflüssig geworden. *Der Internationale Arbeiterverein Bern*, der im Restaurant «Zimmermania» an der Brunngasse beheimatet war, verfocht den schon bekannten Standpunkt des orthodoxen Radikalismus; nicht die eigene Zentralisation, sondern die Grütlianer sollten den Anfang mit der Auflösung machen. Dass der Berner Verein in Anbetracht seines Engagements für den Verband den Vorort übernehme, wie vorgeschlagen wurde, lehnte er mit dem Argument ab, in Zürich mache sich das Flüchtlingswesen am stärksten bemerkbar. Den Worten des Delegierten Jaffé war zu entnehmen, dass bei der Liquidation des Verbandes die Mitglieder sich wohl weniger den Mitgliedschaften anschliessen, sondern Sondergruppierungen bilden würden. Schon jetzt bestehe in Form der «Naturfreunde» ein Ansatz hierzu. Dem 1895 in Wien von sozialdemokratischen Arbeitern gegründeten Verein zur Pflege des Wanderns und der

Touristik waren einige Jahre später in der Schweiz analoge Zusammenschlüsse gefolgt. Über die gewerkschaftliche Mitarbeit der ausländischen Genossen in Fremdenzentren und Kurorten wusste die Metallarbeiter-Zeitung zu berichten:

«Es ist denn auch eine alte Klage der in den Fremdenzentren, wie beispielsweise Luzern, ansässigen Arbeiterschaft, dass sich die fremden Arbeiter um nichts kümmern, keinen Finger für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen rühren, sondern nur den Bergsport pflegen, wobei es jedoch nicht vorwärts geht.»⁶⁹⁰

Da die deutschen Arbeitervereine trotz ihrer ideologischen Ausrichtung stets auch dem Bedürfnis landsmannschaftlicher Kontaktpflege Raum gegeben haben, war es durchaus wahrscheinlich, dass ihr Verschwinden eine Reihe unpolitischer Zusammenschlüsse zeitigen würde, wie sie unter den kleinbürgerlichen und bürgerlichen Landsleuten in der Schweiz zahlreich vorhanden waren.

Der *Internationale Arbeiterverein Biel* hatte sich schon vor dem Grütliverein der kantonalen Partei angeschlossen. Weiterhin finanzielle Beiträge an den Verband zu zahlen, hielt er für einen untragbaren Luxus. Unter schwierigeren Bedingungen war der *Allgemeine Arbeiterverein La Chaux-de-Fonds* mit der Ortspartei in Verhandlungen getreten; er wollte sich als Untersektion der Partei anschliessen, weshalb die doppelte finanzielle Belastung zu gross würde. Der *Arbeiterbildungsverein Chur* stand seit der Parteireorganisation mit den schweizerischen Genossen auf sehr gutem Fuss, so dass auch er für die Auflösung stimmte. Nicht nur für die Aufhebung der Landesorganisation, sondern auch für die Auflösung der Sektionen sprach sich der Vertreter des *Arbeitervereins «Eintracht» Glarus* aus. Andere Erfahrungen hatte der *Internationale Arbeiterbildungsverein Morges* bei seinen Annäherungsversuchen gemacht. Soweit durch Fusionen einheitliche örtliche Parteivereine zu erreichen waren, hatte der Landesausschuss keine Bedenken geltend gemacht. In Horgen waren die Mitgliedschaften zur Vereinigung bereit gewesen. Die Grütlianer aber wollten dem neuen Zusammenschluss den Untertitel «Schweizerischer Grütliverein» hinzufügen, da sie sonst die Hälfte ihrer Mitglieder zu verlieren befürchteten. Die Kluft war noch zu gross, selbst um mit einem gemeinsamen Bildungsausschuss zu beginnen, in den jeder in Frage kommende Verein zwei Mitglieder entsenden sollte. Entgegen dem Sinn der Oltenener Beschlüsse war an diesem Ort kein politisches Kartell zustande gekommen, so dass der Ausländerverein sein Mitspracherecht in Parteifra-

gen gar nicht geltend machen konnte. In der Westschweiz müssten die deutschen Genossen, wie der Delegierte des *Allgemeinen Arbeitervereins Lausanne* hervorhob, die agitatorischen und organisatorischen Arbeiten in der Partei verrichten. Die Aufhebung des Sekretariates bedeute für die Lausanner Sektion eine schwere Krise.

Um in der Westschweiz nicht ohne jede ideelle Verbindung dazustehen, stimmte sie für die Beibehaltung der Landesorganisation. Weshalb der Verband nicht auch ohne Sekretariat weiterbestehen könnte, vermochte der *Internationale Arbeiterverein Luzern* nicht einzusehen. Der *Deutsche Arbeiterbildungsverein Mailand* war ganz von jenem Aufgabenkreis erfüllt, wie er für die Sektionen in der Schweiz bis noch vor fünf Jahren massgebend war. Ein Anschluss an die italienische Partei kam schon wegen der Sprachkenntnisse nicht in Frage. Der deutschen oder österreichischen Partei konnten wohl die Einzelmitglieder, nicht aber der Verein beitreten. Wie die externen Sektionen Turin und Nizza hoffte Mailand auf die Fortexistenz der Landesorganisation, durch die sie anerkanntes Glied der deutschen Partei geworden war. Der Zusammenarbeit mit den schweizerischen Genossen gab der *Allgemeine Arbeiterbildungsverein Neuenburg* eindeutig die Priorität. Die besondere Lage liess den *Allgemeinen Arbeiterbildungsverein Schaffhausen* dem Wort Jaffes beistimmen, Auflösung sei Selbstmord. Der Delegierte Pross rief dabei in Erinnerung, «dass wir zu jeder Zeit die besten Agitatoren der Wahlen in Baden gewesen sind. Die Landesorganisation hat hier sehr Gutes geleistet und ist für das Aufkommen der Kosten besorgt gewesen.»⁶⁹¹ Der *Allgemeine Arbeiterbildungsverein St. Gallen* konnte als reichste Sektion im Verband⁶⁹² keine finanziellen Bedenken geltend machen. Die Lebensfähigkeit dieses grossen Vereins war davon abhängig, dass unter seinen Mitgliedern tolerante Zurückhaltung geübt wurde. Der von der Landesorganisation in den letzten Jahren verfolgte Kurs war für ihn unhaltbar geworden, so dass er in jedem Fall den Verband verlassen wollte. In St. Gallen sei er politisch vollständig einflusslos. Der *Allgemeine Arbeiterbildungsverein Uster* sah sich durch den lokalen Zusammenschluss zur Namensänderung und zum Verlassen der Landesorganisation gezwungen. Die Fusion mit den übrigen Parteigenossen am Ort war vom *Arbeiterbildungsverein Vevey* bisher ohne Erfolg angebahnt worden. Die Sprachverhältnisse liessen eine politische Entfaltung kaum zu. Solange die Einheit der Partei nicht gegeben sei, wollte er für Beibehaltung votieren. Auf wenig Gegenliebe war der *Allgemeine Arbeiterverein Wädenswil* gestossen, hatte doch der dortige Grütliverein eine Verschmelzung mit allen gegen eine Stimme abgelehnt. Der *Allgemeine Arbei-*

terbildungsverein Winterthur fühlte sich durch den Anschluss an die Arbeiterunion bereits finanziell überlastet. Sein Delegierter Dionys Zinner, dem schon die Umwandlung zum Zentralverband vor einem Jahrzehnt missbehagt hatte, wollte die Organisation wieder auf den ursprünglichen bescheideneren Aufgabenkreis zurückführen, der auch ohne Sekretariat zu erfüllen wäre: Flüchtlingsfürsorge, Organisation von Agitationstouren, Mithilfe bei den Reichstagswahlen und Veranstaltung der internationalen Sozialistenzusammenkünfte. Aber auch der Gedanke, weiterhin Antipode zum Grütliverein zu sein, spielte bei ihm mit. Die Rührigkeit des *Allgemeinen Arbeitervereins Zug* hatte diese Sektion in Konflikt mit der kantonalen Geschäftsleitung gebracht, die die Mitsprache der Ausländer beschränken wollte. Die Fusionsbestrebungen scheiterten hier wie in Horgen am Gegensatz zu den Grütlianern.

Zahlreiche Sektionen hatten gar keinen Delegierten mehr an die Zürcher Konferenz entsandt. Der *Allgemeine Arbeiterverein Genf* beispielsweise, der dort fehlte, war die einzige Parteisektion im Kanton Genf, die an den Parteitag vom 7.-9. November 1913 in Aarau einen Vertreter geschickt hatte. Das Analoge trifft auf den *Allgemeinen Arbeiterverein Freiburg* zu, wodurch die von der Lausanner Sektion behauptete Bedeutung der deutschen Arbeitervereine für die Partei in der Westschweiz unterstrichen wird.⁶⁹³

Wie Platten auf der Zürcher Landeskonferenz noch mitteilen konnte, hatte ihm der anwesende Vizepräsident der SPS, Paul Pflüger, zugesagt, dass die Geschäftsleitung im Falle einer Auflösung auch die Vermittlung ausländischer Referenten für jährlich zwei Agitationsreisen sowie die Veranstaltung der internationalen Sozialistenzusammenkünfte übernehmen würde. Dessenungeachtet kam es in der Abstimmung zu dem überraschenden Resultat, dass der Auflösungsantrag des Landesausschusses mit 18 gegen 17 Delegiertenstimmen verworfen wurde. Obwohl der Lausanner Vertreter sich in der Diskussion für die Beibehaltung ausgesprochen hatte, votierte er für Auflösung. Die vier Stimmberechtigten des Landesausschusses hatten sich geschlossen für die Liquidation ausgesprochen. Stellt man nur die Zahl der Sektionen einander gegenüber, so blieb mit 12 die Auflösung verwerfenden und 11 annehmenden Vereinen das Abstimmungsergebnis äusserst knapp.⁶⁹⁴ Endgültig sollte erst die Urabstimmung entscheiden.

Die Befragung der Vereinsmitglieder war zeitlich vom 9. bis zum 25. Mai 1914 begrenzt worden. Der Landesausschuss wies noch einmal auf die Zusagen hin, die die Geschäftsleitung der SPS gemäss den Worten Pflügers gegeben hatte. Die nachstehende Tabelle gibt die Resultate der Urabstimmung wieder. Über den Mitglieder-

umfang der einzelnen Sektionen stehen für den 1. Mai 1914 keine Zahlen mehr zur Verfügung. Obwohl die Bestandesangaben vom 30. Juni 1912 längst überholt waren, seien sie hier als zuletzt verfügbare Richtgrössen beigegefügt.⁶⁹⁵

URABSTIMMUNG ÜBER DEN AUFLÖSUNGSGESANTRAG IM MAI 1914

Sektionen	Ja	Nein	Leer	Anwesend	Mitglieder bestand V. 30.6.1912	Nach Juni 1912 waren ausgeschieden:
Aarau	11	2		13	27	
Arosa	13	1	1	15	22	Arbon
Basel	55	6	3	64	270	Baden
Bern	25	63	2	90	177	
Biel	27	1	—	28	50	Bischofszell
La Chaux-de-Fonds	13	6	-	19	48	
Chur	28	—	—	28	49	
Davos	23	—	1	24	80	Dietikon
Frauenfeld	11	4	—	15	44	Engadin
Genf	39	7	-	46	183	Freiburg
Glarus	26	—	-	26	29	
Herisau	7	6	—	13	21	
Horgen	10	10	1	21	24	Küsnacht
Lausanne	22	3		25	50	
Luzern	11	9	1	21	116	
Neuenburg	23	1	1	25	55	
Payerne	8	2	—	10	17	Rorschach
Schaffhausen	16	26	—	42	147	
Uster	19	—	—	19	30	
Vevey	3	23	-	26	42	
Wädenswil	16	1	—	17	25	Weinfelden
Wil	8	—	—	8	17	
Winterthur	25	10	1	36	234	
Zug	4	17	-	17	18	
Zürich «Eintracht»	92	48	2	142	1131 (Juli 1914: 844)	
Zürich «Sloboda»	5	4	1	10	40	
Mailand	14	1	—	15	40	
Turin	10	-	-	10	26	
Total	560	251	14	825	3012	
Erst nach dem 25. Mai eingereicht: St. Gallen	136	7	3	146	570	

Der Abbröckelungsprozess hatte sein Endstadium erreicht. Neben den unentwegten Bernern sprachen sich nur noch die isolierten Sektionen Vevey und Zug sowie der nach Deutschland orientierte Schaffhauser Verein gegen die Auflösung aus.⁶⁹⁶ Auch wenn die Mitgliederbestände nach 1912 zum Teil zurückgegangen sind, ist die geringe Stimmbeteiligung augenfällig. Für die «Eintracht» Zürich lassen sich genauere Angaben erbringen. Hatte sie am 1. Juli ihren Mitgliederumfang mit 1'131 Personen angegeben, so zählte sie im Juli 1914 noch 844 Zugehörige. Von diesen hatten lediglich 142 «Einträchtler», also 17% des Gesamtbestandes, an dieser Urabstimmung teilgenommen, die doch für die langjährige Vorortssektion des Landesverbandes besonders wichtig war.⁶⁹⁷ Auf den ersten Blick wird man die Erklärung für plausibel finden, die Vereinsmitglieder seien inzwischen in den schweizerischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen derart heimisch geworden, dass ihnen das Schicksal der Zentralisation gleichgültig war. Der wirkliche Sachverhalt lag bedeutend komplizierter.

In seiner Kritik an der Politik Plattens hatte der ehemalige Landessekretär Jaffé von einer Auflösung «gewaltsam durch Revolution» gesprochen.⁶⁹⁸ Unter Friedrich Adler war die Ausländerorganisation zu einem Kampfverband auf der Grundlage des orthodoxen Marxismus ausgebaut worden. Den Umsturz der Zielsetzung, die weitgehende Preisgabe des spezifischen Aufgabenkreises und die radikale Hinwendung zur schweizerischen Innenpolitik hatte jedoch erst Platten herbeigeführt. Sein Experiment, mit Hilfe dieses Verbandes die schweizerische Sozialdemokratie aus der Vormachtstellung des Grütlivereins zu lösen und mit einem klassenkämpferischen Geist zu erfüllen, bewirkte in der SPS nachhaltige Veränderungen, die sich auch in den Bestrebungen um eine klarere Haltung in den Fragen der Taktik auf dem Parteitag zu Aarau von 1913 geltend machten. Die Umorientierung der Verbandspolitik rief aber auch in den Sektionen eine Umschichtung hervor, wie sie am Beispiel der «Eintracht» Zürich erkennbar wurde. Da der Landesverband und seine Sektionen schon seit Jahren jenen Mitgliedergruppen, die in den deutschen Arbeitervereinen noch etwas anderes als nur ein vorberatendes Forum für die Partei- und Gewerkschaftsagitation suchten, immer weniger zu bieten hatten, gingen ihnen diese verloren, während für die übrigen Mitglieder die Existenz der Landesorganisation zumeist nur noch von geringem Interesse war.

Zu spät offenbarte sich dann die grosse Täuschung. Jene Ausländer, die sich unmittelbar in den schweizerischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen betätigten

wollten, benötigten hierzu keine Sondervereinungen. Indem aber die Ausländervereine als schweizerische Parteisektionen auftraten, begaben sie sich ihres spezifischen Anreizes, mit dem sie früher auch Landsleute für sich und die Sozialdemokratie gewinnen konnten, die durch die schweizerische Politpropaganda kaum ansprechbar waren. Plattens ambitiöser Kurs hatte mit seiner Ausschiesslichkeit die Landesorganisation innerlich ausgehöhlt. Durch ihre veränderte Zielsetzung hatte sie nach dem Oltener Parteitag von 1911 ihre Existenzberechtigung eingebüsst. Platten selbst wäre durch die Geschäftsleitung der SPS beinahe noch desavouiert worden, weil sie die durch Pflüger gemachten Zusagen wieder in Frage gestellt hatte. Dadurch wurde die Übergabe der Geschäfte noch um einen Monat verzögert. Nach dem Eingreifen Pflügers konnte die Auflösung am 1. August 1914 vollzogen werden. Die Internationale Sozialistenzusammenkunft, die in Singen stattfinden sollte, sowie die geplante Agitationstour eines ausländischen Redners wurden durch den Ausbruch des Krieges verunmöglicht.⁶⁹⁹

Die Landesorganisation hat auf dem Gebiet der sozialistischen Schulung ihre bedeutsamste Wirksamkeit entfaltet. Ihr ist das nachfolgende exkursorische Kapitel gewidmet, bevor abschliessend die Reaktion bei Kriegsausbruch 1914 die Frage nach dem Verbleib der Sektionen beantwortet wird.

4. 7. 9 EXKURS: DIE LANDESORGANISATION ALS SCHRITTMACHER AUF DEM GEBIET DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERBILDUNG

Die Bildungstätigkeit, in der, wie im Verlauf dieser Studie immer wieder offenbar wurde, die deutschen Arbeitervereine von Anbeginn an Pionierdienste geleistet haben, durchlief drei Phasen des Wandels: hatte die Hauptaufgabe zunächst darin bestanden, durch die Vermittlung von «Elementarbildung» (Lesen, Schreiben und Rechnen) die lückenhaften Schulkenntnisse zu verbessern, so öffnete in einer fortgeschritteneren Stufe eine von Professoren, Lehrern und Studenten betriebene aufklärerische Bildungsarbeit den Einblick in die Naturwissenschaften und in aktuelle Fragestellungen der philosophisch-ethischen und sozial-hygienischen Lehren. Eine systematisch angelegte sozialistische Schulungsarbeit jedoch setzte in den deutschen Vereinen erst einige Jahre vor Kriegsausbruch ein. Einmal mehr war es das deutsche Beispiel, das zur Straffung der Bildungsarbeit angeregt hat. Das Bedürfnis nach theoretischer Schulung hatte seit 1905 in Deutschland einen aussergewöhnlichen Auftrieb erhalten. In ihr erblickte die deutsche Linke die beste Waffe, um den revisioni-

stischen Tendenzen in der Partei zu begegnen. Da alle Lebens- und Wissensgebiete von einer sozialistischen Anschauung durchdrungen werden sollten, lief diese Art von Bildungsarbeit praktisch auf eine Umerziehung hinaus. Was in der Schule gelernt wurde, galt als bürgerliches Wissen, das umzuwerten und marxistisch auszu-deuten war. Erst eine derartige ideologische Aufklärung würde dem Arbeiter seine gesellschaftliche Stellung, seine spezifische Klassenlage sowie die Mittel, die ihn aus seiner Abhängigkeit herausführen, voll bewusst machen. Den Versuch, die in Deutschland entwickelte Form der Schulungstätigkeit in der Schweiz nachzuahmen, unternahm zuerst der Sozialdemokratische Verein «Eintracht» Zürich.

Für den Bildungsausschuss, der kurz nach der Verschmelzung der Mitgliedschaft mit der «Eintracht» im Juli 1908 ins Leben gerufen wurde, stand von Anfang an fest, dass sich sein ideologischer Schulungseifer auf die gesamte Zürcher Arbeiterschaft richten müsse:

«Bis vor Kurzem lag die Bildungstätigkeit unter der Zürcher Arbeiterschaft noch sehr im Argen. Es schien als sei gar kein Bedürfnis für systematische Aufklärung unter dem Proletariat vorhanden. Hie und da war wohl einmal von einer Organisation versucht worden, dem bestehenden Übelstande abzuhelfen, leider aber vergebens. Aber auch selbst das Wenige, was ab und zu geboten wurde, war systemlos.»⁷⁰⁰

Was früher an einem Abend in einer Vorstandssitzung behandelt wurde, bildete nun Gegenstand wochenlanger systematischer Planung. Das umfangreiche Arbeitsprogramm, das der Bildungsausschuss für das Winterhalbjahr 1908/09 aufstellte, lehnte sich noch an die früheren Erfahrungen an und konnte sich inbezug auf die Vielfalt mit den Veranstaltungen zwei Jahrzehnte zuvor durchaus messen: Vortragszyklen waren dem Gebiet der Physiologie, der Kulturgeschichte Griechenlands, der Nationalökonomie und der Gewerkschaftsbewegung gewidmet. Selbst ein Französischkurs wurde durchgeführt, und unter den verschiedenen Einzelveranstaltungen war ein Vortrag von August Forel über «Rassenentartung und Rassenhebung» wohl der Höhepunkt. Nachdem bereits am 23. November 1907 die «Eintracht» zur ersten Volksvorstellung ins Pfautentheater eingeladen hatte, wurde auch in dieses Bildungsprogramm mit Lessings «Nathan der Weise» ein Theaterabend aufgenommen.⁷⁰¹ Die nachträgliche Kritik, der Bildungsausschuss habe seine Tätigkeit im Frühling 1909 ohne nennenswerte Erfolge abgeschlossen, enthielt eine tendenziöse Verfälschung.

⁷⁰² Dass einem vorhandenen Bildungsbedürfnis Rechnung getragen worden war, be-

wiesen die Besucherzahlen. Der Französischkurs musste in zwei Gruppen geführt werden, dem Vortragszyklus über Physiologie folgten im Durchschnitt 150 Hörer, beim Kunstvortrag von Professor Arnold Meyer über «Michelangelo als Mensch und Künstler» konnte der grosse Saal der «Eintracht» die 500 Personen kaum fassen. Die linke Vereinsopposition, für die nur der konkrete Agitationsnutzeffekt zählte, hielt diese Art der Bildungstätigkeit für verfehlt. Allerdings war die Veranstaltung mit August Forel, die ausserhalb der «Eintracht» durchgeführt worden war und zu der sich – auch aus bürgerlichen Kreisen – gegen 800 Personen eingefunden hatten, nicht zur politischen Revolutionierung der Massen angetan.⁷⁰³

War dieser Versuch noch als eine Fortsetzung der bisherigen Bildungs- und Aufklärungstätigkeit zu werten, so verwirklichte das neue Schulungskomitee ein Organisationskonzept, das dem Programm der am 15. November 1906 in Berlin eröffneten Zentralen Parteischule entnommen sein mochte. Ausser Fritz Platten hatten die neuen Männer, unter ihnen Dr. Bolgar, Heinrich Brandler und Fritz Heckert, die bei der Gestaltung des Arbeitsprogrammes von 1909/1910 den Ton angaben, von den schweizerischen Verhältnissen wenig Kenntnis. Da sie für den Klassenkampf überall die gleiche theoretische Schulung für dringend geboten hielten, massen sie den lokalen Gegebenheiten ohnehin sekundäre Bedeutung zu. Für die Bildungsarbeit galt ihnen der Leitspruch, nur dasjenige Wissen sei für den Arbeiter von Vorteil, das ihn in seiner Eigenschaft als Klassenkämpfer fördere; daher sollte ein enges Ineinandergreifen aller Veranstaltungen die eindeutige Ausrichtung auf die klare Zielsetzung garantieren. Den Ausgangspunkt bildeten vier Kurse zu zentralen Themen des Sozialismus: «Die Gewerkschaftsbewegung in Theorie und Praxis» (Referent: Dr. Bolgar), «Der historische Materialismus als Weltanschauung» und «Der Sozialismus in seiner geschichtlichen Entwicklung» (beide Kurse gehalten von Friedrich Adler), «Moderne Klassenkämpfe und der Sozialismus in der Schweiz» (Herman Greulich). An diese Kurse reihten sich Einzelvorträge an, die für ein grösseres Publikum berechnet waren. Die befähigsten Teilnehmer sollten in einem Seminar noch besonders geschult und zu Rednern ausgebildet werden.⁷⁰⁴

Obwohl die Anlage grösste Effizienz versprach, erwies sich bei der Realisierung dieses anspruchsvollen Agitationsprogrammes, dass an der Wirklichkeit vorbeigeplant worden war. Bei den drei Kursen, die tatsächlich zur Durchführung gelangten, schwankten die Teilnehmerzahlen zwischen 42 und 94 Personen. Während sich ne-

ben den Deutschen relativ viele Russen einfanden, waren die Schweizer (4-10 Hörer) fast ganz ferngeblieben.⁷⁰⁵ Von den Einzelveranstaltungen fiel beinahe die Hälfte wegen Verhinderung des Referenten aus, ein weiteres Viertel verzeichnete einen auffallend schwachen Besuch. Selbst bei Robert Grimm, der ein hervorragender Redner war, lautete das Ergebnis: «Der Vortrag war vorzüglich, aber der Besuch beschämend, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen.»⁷⁰⁶ Schon während des letzten Winterprogramms musste Grimm, der eine Einführung in die Nationalökonomie gegeben hatte, im Gegensatz zu anderen Veranstaltungen mangelnde Beteiligung beklagen.⁷⁰⁷ Damals liess sich bereits ablesen, dass die doktrinäre Form der Stoffvermittlung wenig Anklang finden würde. Ähnlich wie auf der Ebene des Gesamtvereins durch eine forcierte Politisierung vielen Mitgliedern die Lust am Vereinsleben genommen worden war, bewirkte die Umfunktionierung der Bildungsarbeit ein Desinteresse, das diesem Experiment einen kläglichen Misserfolg bereitete. Wenn selbst im eigenen Verein die überwiegende Mehrheit die neugearteten Bildungsbestrebungen durch Nichtbeachtung sabotierte, musste das eigentliche Ziel auf die gesamte Arbeiterschaft Zürichs einzuwirken, ganz ausser Sicht kommen. Die beiden Vorträge des holländischen Marxisten Anton Pannekoek, der über «Marxismus und Darwinismus als Waffen im Klassenkampf» sprach, gehörten zu den wenigen Aktiva dieser negativen Bilanz.⁷⁰⁸ Für den Bildungsausschuss gestand Fritz Heckert, ein Zögling der Zentralen Parteischule in Berlin, den Fehlschlag ein, zumal eine andere Auslegung das allzu eindeutige Ergebnis auch gar nicht zugelassen hätte:

«Vor allem haben wir aber eingesehen, dass auf der begonnenen Bahn nicht weitergearbeitet werden kann. Den Anschluss an die breiten Massen der Arbeiterschaft haben wir nicht erreichen können. Die Basis auf der wir gewirkt, war zu eng. Wollen wir in Zukunft bessere Erfahrungen machen, so dürfen wir nicht die Bildungsarbeit in dem engen Rahmen unseres Vereins entfalten. Dadurch, dass es meist Ausländer waren, die die Veranstaltungen besuchten, waren wir im vornherein schon vom rechten Platz verdrängt.»⁷⁰⁹

Der Umstand, dass die theoretische Schulung von Ausländern vorangetrieben wurde, war für die Gewinnung der schweizerischen Genossen ein echtes Handicap. Ob Heckerts Selbstkritik, die die Ursachen für den Fehlschlag nur auf diesen einen Punkt verkürzte, nicht an der Oberfläche blieb, musste sich aus dem weiteren Vorgehen ergeben. Das Prinzip wurde beibehalten, die Basis aber geändert. Das Arbei-

terbildungswesen sollte nicht mehr allein vom Ausländerverein, sondern zusammen mit der Arbeiterunion getragen werden. Den Vertretern der «Eintracht» gelang es, in der Unions-Delegiertenversammlung vom 5. August 1910 den Beschluss durchzusetzen, einen gemeinsamen «Bildungsausschuss der Arbeiter-Union Zürich» ins Leben zu rufen. Das Organisationsstatut sah einen Bildungsausschuss vor, der aus elf Personen bestand und in den die Arbeiter-Union vier, die «Eintracht» aber sieben Vertreter wählte. Auf diese Weise gelang es ihr, den Wirkungsbereich wesentlich zu vergrössern, ohne die Initiative abgeben zu müssen. Das Programm wurde wieder vielseitiger. Durch Veranstaltung von Vorträgen, Unterrichtskursen und Übungen, durch die Vermittlung geeigneter Literatur, durch Exkursionen, aber auch durch das Organisieren von Theatervorstellungen, Konzerten, Dichterabenden und Kunstbesichtigungen wollte der Bildungsausschuss das Wissens- und Kunstbedürfnis der organisierten zürcherischen Arbeiterschaft befriedigen.⁷¹⁰ Dieser im Organisationsstatut festgelegte und recht weit gespannte Aufgabebereich sollte jedoch im Sinne der von der Mitgliederversammlung der «Eintracht» am 29. März 1910 gutgeheissenen Resolution wahrgenommen werden. Durch sie versuchten die Doktrinäre der Richtung Brandler und Heckert sicherzustellen, dass nicht etwa zu einer am Interessengebiet orientierten und sachbezogenen Bildungstätigkeit zurückgekehrt würde. Der Hauptabschnitt dieser Resolution legte als Richtlinie fest:

«Zeit und Mittel der Arbeiter sind eng begrenzt. Aus diesem Grunde ist es notwendig, für die Arbeiterschaft in erster Linie jene Gebiete der Wissenschaft zu pflegen, die die Arbeiterschaft im Klassenkampfe gebraucht und mit deren Hülfe sie am ehesten imstande ist, den Klassenkampf wirksam zu führen. Die Urelemente einer sozialistischen Bildungsarbeit sind: Geschichte im Sinne des historischen Materialismus und die Kenntnis von den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaft – der politischen Ökonomie. Alle anderen Wissensgebiete kommen erst in zweiter Linie in Betracht. Auf dem Gebiete der künstlerischen Betätigung gilt es vor allem, künstlerische Veranstaltungen zu treffen, die dem Gefühlsleben des Proletariates entsprechen.»⁷¹¹

Sofern sich die Verwirklichung dieser Idee auf einen kleinen Kreis ausgewählter Genossen richtete, stimmte auch Fritz Platten mit dieser Auffassung überein. Hingegen war er zur Überzeugung gekommen, dass eine zu dogmatische Bildungsmethode in starrer Anlehnung an das deutsche Vorbild in der Schweiz verhängnisvoll sein könnte. Als Landesausschusseksretär hatte Platten begonnen, die Schulungsarbeit

auf Verbandesebene zu fördern. Auf seine Aufforderung hin riefen die Sektionen in Bern, Basel, St. Gallen, Schaffhausen, Luzern, Genf und einige kleinere Ortsgruppen Bildungsausschüsse ins Leben, die im lokalen Bereich die Initiative ergriffen und denen Platten zum Teil Redner, die in Zürich sprachen, vermittelte.⁷¹² Neben den zahlreichen Vorträgen durch den Sekretär ging der Landesausschuss 1910/1911 dazu über, eigene Kurse zu organisieren. Als Wanderlehrer wurde Heinrich Brandler angestellt, der in der «Eintracht» als Vizepräsident des Politischen Vorstandes eine starke Machtposition besass und unter den orthodoxen Marxisten ein besonders starrer Dogmatiker war. Auch Platten wollte reine Klassenkampfbildung pflegen, aber er wandte sich gegen ein Dozieren, das über die Köpfe der Zuhörer hinwegging. Stattdessen suchte er sich dem Denkvermögen der Teilnehmer anzupassen und war bereit zu popularisieren, wo immer sich die Gelegenheit bot. Wie die Besucherstatistik ergab, hatte er mit seinen Vorträgen den grösseren Erfolg.⁷¹³ Aber selbst Platten konnte nicht verhindern, dass von den Teilnehmern des ersten Kursabends jeweils zwei Drittel (bei Brandler sogar drei Viertel) die Fortsetzung nur unregelmässig oder gar nicht mehr besuchten. Für einen derartigen Mangel an Konstanz war nicht allein die hohe Fluktuation in den Vereinen verantwortlich zu machen. Das Winterprogramm 1910/11 bot den Sektionen drei Themenzyklen zur Wahl an. Im Verband gelangten 17 Kurse mit insgesamt 1209 Hörern zur Durchführung; doch nur 345 Personen besuchten alle sechs Kursabende. Obwohl im folgenden Jahr fünf Themen zur Auswahl standen, lag die Beteiligung an den veranstalteten Kursen um 20% niedriger, und die Zahl jener, die bis zum Ende des Kurses aushielten, nahm gar noch einmal um 40% ab.⁷¹⁴

Bedarf es erneut der Mahnung, weder die weitgesteckte Zielsetzung noch die revolutionäre Phraseologie zum Nennwert zu nehmen, so sprechen diese Zahlen deutlich genug. In der theoretischen Schulungsarbeit waren der Landesausschuss und im lokalen Bereich die einzelnen Sektionen schrittmachend, aber das hohe Mass an ideologischer Bildung, das eine Minderheit aktiver Sozialisten besass, setzte Massstäbe, die die breite Mitgliederbasis des Landesverbandes, von der organisierten schweizerischen Arbeiterschaft ganz zu schweigen, bei Weitem überforderte. Welch beachtliches Niveau diese Kurse hielten, bezeugt der an mehreren Orten durchgeführte Zyklus über die Geschichte des Sozialismus bis zum kommunistischen Manifest. Wie aus dem Programm der sechs Kursabende ersichtlich wird, forderte die Thematik auch in popularisierter Form den Teilnehmern eine Gedankenarbeit ab, die zu leisten gerade bei der doktrinären Lehrweise Brandlers ein hohes Mass an Disziplin voraussetzte:

1. Einleitung: Sozialismus, Kommunismus, Utopismus. – Sozialismus der Kirchenväter. 2. Plato und seine Zeit. – Entstehung des Urchristentums. 3. Kloster- und Ketzerkommunismus im früheren Mittelalter. 4. Thomas Münzer. – Thomas Morus. 5. St. Simon, Charles Fourier, Robert Owen. 6. Ausläufer des utopistischen Sozialismus. – Cabet, Weitling, Louis Blanc.⁷¹⁵

Wären die deutschen Arbeitervereine in ihrer Gesamtheit wirklich die verschworene Gesellschaft eingefleischter Marxisten gewesen, so hätten diese Kurse begeisterten Zuspruch finden müssen. Doch die vielschichtigen Divergenzen, die sich im Vereinsleben aufzeigen liessen, machten sich auch im Schulungswesen geltend. Viele der älteren Vereinsmitglieder, die im Ausland der Sozialdemokratie treu geblieben waren, sahen nicht ein, weshalb sie sich von jüngeren und neu zugewanderten Genossen belehren lassen sollten. Da die Vereine nicht aus dem Fabrikproletariat, sondern auch jetzt noch vornehmlich aus dem qualifizierten Handwerkertum ihre Mitglieder rekrutierten, spielten auch wirtschaftliche Rücksichten bei der Reserviertheit gegenüber dieser Art der Klassenkampfschulung mit. Wenn nur ein Viertel der Teilnehmer an den Wanderkursen von 1910 bis 1912 mehr als dreissig Jahre alt war, so mag man darauf verweisen, dass die Sektionen ohnehin primär nur über jüngere Kräfte als aktiven Kern verfügten. Die Bildungsarbeit hatte jedoch gerade nicht in diesem beschränkten Kreis bleiben, sondern die eigene Isolation durchbrechen und auch die einheimische Arbeiterschaft aktivieren wollen. Einen weiteren Einwand, die älteren Kursbesucher seien den geistigen Anforderungen weniger gewachsen gewesen, widerlegt die Statistik, nach der bei der überwiegenden Mehrheit der 15-30jährigen die Ausdauer beim Kursbesuch sogar etwas geringer gewesen war.⁷¹⁶ Einerseits stiessen die orthodoxen Marxisten mit ihrer Bildungsarbeit beim gemässigten Flügel auf Widerstand, andererseits wurden sie von den anarchosyndikalistischen und extremen Randgruppen abgelehnt, weil diesen bei den Parteidogmatikern der Kontext zur revolutionären Praxis mangelte. In Zürich nahmen die Jungburschen an den Veranstaltungen von 1911/12 überhaupt nicht teil, und auch in Winterthur, wo sie am ersten Kursabend mit 18 Vertretern erschienen waren, blieben sie den letzten Veranstaltungen demonstrativ fern.⁷¹⁷ Und schliesslich erschwerten persönliche Rivalitäten eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Die Differenzen zwischen Brandler und Platten lagen in der Sache im unterschiedlichen Mass der taktischen Flexibilität begründet. Doch die Heftigkeit der Kontroverse leitete sich aus dem Machtkonflikt ab, der diesem Streitfall unterlagert war und der mit der Entmachtung Brandlers im Politischen Vorstand der «Eintracht» endete.⁷¹⁸

Deutsche Turnerschaft Zürich

Infolge der europäischen Mobilisierung verlassen nahezu 50 Mitglieder unsern Verein. Dieser Moment ist so wichtig, daß alle Mitglieder höflich gebeten werden, zu einem würdigen Abschied, heute (Montag), abends 8 Uhr, im Hotel „Bären“ zu erscheinen. Wer weiß, ob wir uns wiedersehen.

Zürich, 3. August 1914.

Der Vorstand.

Bekanntmachung betreffend die zurückgestellten deutschen Militärpflichtigen.

In einer unter dem 1. August d. J. seitens des Herrn Reichskanzlers erlassenen Bekanntmachung wird darauf aufmerksam gemacht, daß die im Auslande befindlichen Militärpflichtigen, deren Zurückstellung infolge der Mobilmachung ihre Gültigkeit verloren hat, sich unverzüglich in das Inland zurückgeben und persönlich bei dem Bezirkskommando zu melden haben, dessen Bezirk sie im Reichsgebiet zuerst erreichen (Mülhausen i. E., Lörrach, Donaueschingen, Stockach, Ravensburg, Kempten). Der Grund einer etwaigen Verspätung ist dem Bezirkskommando in glaubhafter Weise darzutun.

Zürich, den 4. August 1914.

Kaiserlich Deutsches Generalkonsulat.

Mobilmachung Deutschlands

Nachstehend werden nochmals die wichtigsten Vorschriften veröffentlicht, welche für die in der Schweiz befindlichen Wehrpflichtigen in Betracht kommen, nachdem durch Allerhöchste Kabinettsorder Seiner Majestät des Kaisers die allgemeine Mobilmachung befohlen ist.

5019

Der zweite August d. J. galt als erster Mobilmachungstag.
Die in der Schweiz befindlichen Personen des Beurlaubtenstandes haben so schnell als möglich ins Reichsgebiet zurückzukehren und sich bei dem Bezirkskommando zu melden, dessen Bezirk sie zuerst erreichen (Mülhausen i. E., Lörrach, Donaueschingen, Stockach, Ravensburg, Kempten). Zum Beurlaubtenstande gehören die Offiziere, Aerzte, Beamten und Mannschaften der Kavallerie und Marine-Reserve, die nach erfolgter Einstellung zum aktiven Dienst bis zur Entscheidung über ihr ferneres Militärverhältnis zur Disposition der Ersatzbehörden entlassenen Mannschaften und die vor Erfüllung aktiver Dienstpflicht zur Disposition der Truppenteile (Marinetteile) beurlaubten Mannschaften.

Alle Zurückgestellten Militärpflichtigen von der Aushebung haben ihre Gültigkeit verloren. Die hiervon Betroffenen haben sich deshalb unverzüglich in das Inland zurückzugeben und sich persönlich bei dem Bezirkskommando zu melden, dessen Bezirk sie im Reichsgebiet zuerst erreichen (Mülhausen i. E., Lörrach, Donaueschingen, Stockach, Ravensburg, Kempten). Der Grund einer etwaigen Verspätung ist dem Bezirkskommando in glaubhafter Weise darzutun.

Wehrpflichtige Deutsche, welche freiwillig zum Dienst (eventuell nur auf Kriegsdauer) eingetreten wollen, können sich bei derjenigen Ersatzkommission melden, deren Bezirk sie bei der Rückkehr nach Deutschland zuerst erreichen (Mülhausen i. E., Lörrach, Waldshut, Konstanz, Tettnang, Lindau).

Alle Reklamationen bei der Einberufung sind unzulässig.
Mittellose Mannschaften werden seitens der Konsulatsbehörde Reiseunterstützungen zur Erreichung des nächstgelegenen Bezirkskommandos gegen Vorweisung der Militärpapiere und Glaubhaftmachung der Mittellosigkeit gewährt.

Der Austruf des Landsturms geschieht durch besondere Kaiserliche Verordnung, welche, soweit bis heute bekannt, für die Bezirke des 1., 2., 5., 6., 8., 9., 10., 14., 15., 16., 17., 18., 20. und 21. Armeekorps bereits erlassen worden ist. Der Austruf der im Auslande befindlichen Landsturmpflichtigen ist nach den bis zur Stunde in Zürich vorliegenden schriftlichen Nachrichten noch nicht erfolgt.

Zürich, den 6. August 1914, 8 Uhr morgens.

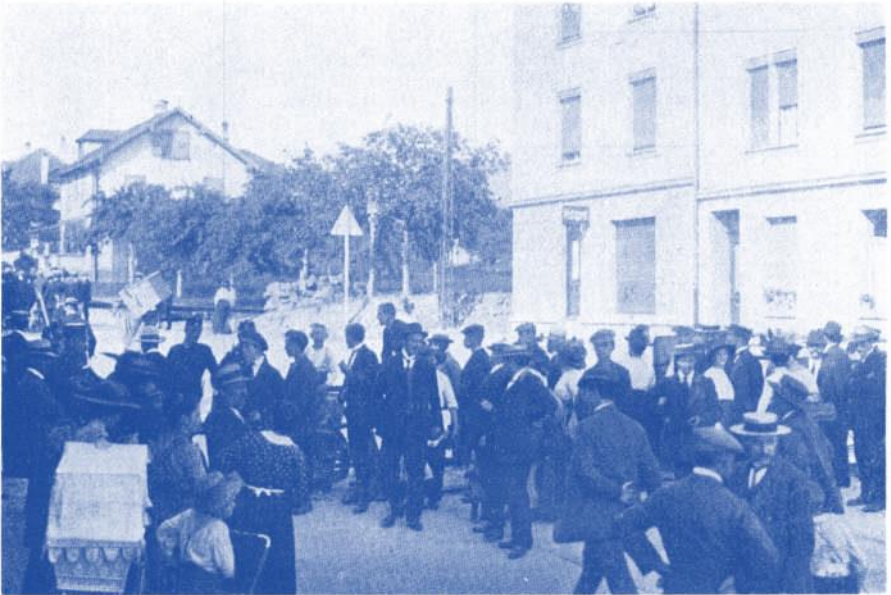
(23 W 10)

Kaiserlich Deutsches Generalkonsulat.

Generalmobilmachung 1914.



Deutsche Reservisten auf dem Weg zur Grenze am 1. August 1914,



Deutsche Reservisten passieren die Grenze bei Riehn.

Zur Mystifizierung dieser Bildungsbemühungen geben die Ergebnisse keinen Anlass. Den Versuchen der Sektionen, die zur Finanzierung des gewünschten Kurses je nach Mitgliederzahl einen festen Pauschalbetrag aufbringen mussten,⁷¹⁹ die lokalen Gewerkschaften, Konsumvereine, Unionen usw. zur gemeinsamen Veranstaltung heranzuziehen, blieb der Erfolg weitgehend versagt. Die schon von der «Eintracht» in Zürich gemachten Erfahrungen, dass die Schweizer der theoretischen Nationalökonomie ebenso abgeneigt waren wie der theoretischen Behandlung politischer Tagesfragen, bestätigten sich auch bei den Wanderkursen. Von den Teilnehmern an den Bildungsprogrammen von 1910-1912 waren lediglich 28,9% Schweizer, während die Deutschen mit 50,8% und im Verhältnis auch die Österreicher mit 14,7% bei Weitem übervertreten waren. Vergleicht man nun, welche Personen alle Kursabende besuchten, so fallen die Schweizer (19,2%) ganz ins Hintertreffen, während die Deutschen (59,7%) noch stärker dominieren. Vom Gesamtbild wichen einzelne Sektionen ab. In Emmenbrücke, wo die Landesorganisation keinen Zweigverein besass, lag die Initiative für die Kursgestaltung ganz bei den Schweizern, die auch in Winterthur die Mehrheit stellten. Selbst unter diesem Aspekt bestätigte sich, dass die Sektion in Winterthur, zu deren Schulungsabenden übrigens das einzige namhafte Kontingent Frauen erschien, ihren Charakter als Ausländervereinigung verloren hatte. Nur an sieben von 24 Orten befanden sich die am Kurs beteiligten Mitglieder der Landesorganisation in der Minderheit.⁷²⁰ Da lediglich 5,8% aller Kursbesucher von 1911/12 weder politisch noch gewerkschaftlich organisiert waren,⁷²¹ leisteten die Veranstaltungen wenig Hilfe zur Gewinnung der bisher dem Sozialismus noch fernstehenden Arbeiter.

Trotz der geringen Ansprechbarkeit der Schweizer und des ständigen Wechsels unter den Kursbesuchern hat der Landesverband dadurch, dass von ihm eine systematische Schulung der Arbeiterschaft in die Wege geleitet worden war, dem sozialistischen Bildungswesen in der Schweiz Pionierdienste geleistet. Die angestrebte Mobilisierung der Massen erwies sich zwar als Fehlschlag, aber zur Kaderschulung boten die Kurse gerade in den kleineren Orten beachtliche Ansätze. Wenn in Basel zwischen 38 und 67 Personen den einzelnen Vorträgen folgten, so mochte dies weniger ins Gewicht fallen. Dass in Arbon, Chur, Davos, Frauenfeld, Freiburg, Horgen und Neuenburg mehr als dreissig Personen sich jeweils zu einem Kursabend einfanden, die in Partei und Gewerkschaften aktiv engagiert waren, konnte auf die lokalen Verhältnisse spürbare Einwirkungen zeitigen. Diese Teilerfolge trieben Gewerkschaften und Partei zur Einsicht, im Bildungswesen selbst die Initiative zu ergreifen.

Wie zuvor die «Eintracht» auf lokaler Ebene, musste auch der Landesverband erkennen, dass eine Ausländervereinigung nicht die richtige Trägerinstitution zur ideologischen Schulung der gesamten organisierten Arbeiterschaft in der Schweiz sein konnte. Über den Gewerkschaftsbund gelang es, eine gesamtschweizerische Regelung anzuregen. Die am 30. Juni 1912 in Biel tagende Delegiertenkonferenz des Gewerkschaftsbundes, der Arbeiterunionen und der Sozialdemokratischen Partei sprach sich denn auch für «die Notwendigkeit einer zweckmässigeren, einheitlicheren und energischeren Förderung der Bildungsbestrebungen innerhalb der Arbeiterschaft unseres Landes» aus und stimmte einem weitgesteckten Konzept zu.⁷²² Das Hauptanliegen des Bundeskomitees galt der Ausbildung der Gewerkschaftsbeamten, während die Arbeiterunion für die Schulung der nicht ständig angestellten Gewerkschaftsfunktionäre und Vertrauensmänner besorgt zu sein hatten. Die Propaganda und Massenagitation sollte den einzelnen Organisationen, Gewerkschaften, Arbeiterunionen usw. überlassen bleiben, wobei der gemeinsame Bildungsausschuss von Partei und Gewerkschaften wenigstens die Probleme oder Themata bezeichnen wollte, die Gegenstand der Massenagitation sein können. Um diese Zukunftsperspektive zu konkretisieren, wählte die Konferenz eine Kommission, die einen Arbeitsplan zur Vorlage an Partei und Gewerkschaftsbund aufstellen sollte. Die Zusammensetzung dieses Gremiums weist mit Ausnahme von August Huggier und Ernst Nobs lauter Mitglieder auf, die sich für die von den deutschen Arbeitervereinen zuerst betriebene Art der Bildungstätigkeit stark eingesetzt hatten: Robert Albert, Heinrich Brandler, Moses Mandel, Fritz Platten, Dionys Zinner und als zugewandte Orte die beiden Antipoden Robert Grimm und Herman Greulich.⁷²³ Entsprechend den von ihnen vorgelegten Vorschlägen wurde noch im selben Jahr ein «Schweizerischer Arbeiterbildungsausschuss» von Partei und Gewerkschaft ins Leben gerufen.⁷²⁴ Die Reorganisation der schweizerischen Partei sowie die Annäherung der einzelnen Organisationen begünstigten die Konzentrierung der Bildungsarbeit.

Die Virulenz der Ausländerfrage belastete auch die politische Schulung. Wohl war es der «Eintracht» auf lokaler Ebene gelungen, einen «Bildungsausschuss der Arbeiter-Union Zürich» zu konstituieren, aber solange dieses Gremium lediglich Fassade und die Bildungsarbeit in den Händen der ausländischen Genossen blieb, standen ihr die meisten Schweizer reserviert gegenüber. Erst die vermehrte Berücksichtigung schweizerischer Themen sowie eine Erweiterung des lokalen Bildungsausschusses, die den Unionsdelegierten wenigstens eine gleich starke Vertretung

einräumte, ermöglichte eine bessere Zusammenarbeit.⁷²⁵ Auch im «Schweizerischen Arbeiterbildungsausschuss» erblickten viele nur ein vorgeschobenes gesamtschweizerisches Gremium, das den Bildungsbestrebungen der deutschen Arbeitervereine aus der Isolation helfen sollte. Sogar ein Teil der Verbandsmitglieder selbst war der bezeichnenden, aber irrtümlichen Auffassung, die Landesorganisation sei das ausführende Organ des Zentralbildungsausschusses.⁷²⁶ Zu einer dauerhaften Entfaltung gelangte diese zentralisierte Institution, bevor sie mit Kriegsausbruch lahmgelegt wurde, nicht mehr. Während sie ihre Tätigkeit völlig einstellte, war es wiederum die «Eintracht», die erneut die Bildungsarbeit in Angriff nehmen wollte und die zuerst der Auffassung entgegentrat, dass der «Klassenkampf vorläufig in die Ecke gestellt werden könne.»⁷²⁷ Der «Schweizerische Arbeiterbildungsausschuss» vermochte dann zu Anfang der zwanziger Jahre unter dem Namen «Arbeiterbildungszentrale» eine Wirksamkeit auf breiterer Basis zu entwickeln, die unter den veränderten Verhältnissen der Nachkriegszeit jedoch ganz von Schweizern getragen wurde.

Die nachfolgende Tabelle gibt Auskunft über die Bildungstätigkeit an einzelnen Orten kurz vor Kriegsausbruch. Aus ihr wird ersichtlich, dass die Ausnahmestellung der deutschen Arbeitervereine als Promotoren des Schulungswesens weitgehend verschwunden war. Unter der Anregung des in Biel beschlossenen Zentralbildungsausschusses waren im Gefolge der Annäherung der einzelnen Organisationen am Ort gemeinsame Bildungsausschüsse ins Leben gerufen worden. Allerdings überwog auch damals noch in den Veranstaltungen prozentual zu den Ortsansässigen das ausländische Element. Der Landesausschuss gab die Initiative ab und verzichtete seit dem Winterhalbjahr 1912/13 auf die Veranstaltung eigener Kurse. Stattdessen unterstützte er die Sektionen in ihren Bemühungen, im Zuge der organisatorischen Neuordnung an Ort ein gemeinsames Vorgehen mit den Schweizern in die Wege zu leiten.⁷²⁸ Obwohl die lokale Zusammenarbeit Fortschritte zu machen begann, setzte der Kriegsausbruch dem Experiment zu früh ein Ende, als dass über die Beständigkeit dieser Partnerschaft Gewissheit herrscht.⁷²⁹

STAND DER SOZIALISTISCHEN BILDUNGSARBEIT IN DER SCHWEIZ 1912/1913

Sektion	Besteht ein Bildungsausschuss	Wie befriedigte die Tätigkeit des Bildungsausschusses?
Aarau	Nein	Union hat ausgezeichnete Bildungstätigkeit geleistet.
Arosa	Nein	
Baden	Ja	
Basel	Ja	Des guten zu viel.
Bern	Ja	Sehr zufrieden.
Biel	Ja	Gut.
La Chaux-de-Fonds	Ja	Neu gegründet.
Chur	Ja	Die Tätigkeit war befriedigend.
Davos	Ja	Aufgaben gut erfüllt. Ersetzt einen grossen Teil unserer bisherigen Bildungstätigkeit.
Frauenfeld	Ja	Sind zufrieden.
Freiburg	Nein	
Genf	Ja	Befriedigt wenig infolge der Genfer Verhältnisse.
Glarus	Nein	
Herisau	Ja	Nichts besonderes, da er systemlos arbeitet.
Horgen	Ja	Neu gegründet.
Lausanne	Ja	Spät ins Leben gerufen; trotzdem ist seine Tätigkeit befriedigend.
Luzern	Ja	Im Allgemeinen gut.
Neuenburg	Ja	Der deutsche Teil gut. Der französische Teil fiel mangels Besuch weg.
Ober-Engadin	Ja	Neugründung. Wurden 8 gutbesuchte Referate abgehalten.
Payerne	Nein	Bildungstätigkeit sehr flau.
Schaffhausen	Ja	Im grossen Ganzen gut; Zusammenarbeit lässt noch zu wünschen übrig.
St. Gallen	Ja	Arbeit ganz befriedigend.
Uster	Nein	
Vevey	Ja	Ausgaben für die Referenten zu hoch.
Wädenswil	Nein	
Wil	Nein	
Winterthur	Ja	War zufriedenstellend.
Zug	Nein	
Zürich, «Eintracht»	Ja	Hat im Allgemeinen befriedigt.
Zürich, «Sloboda»	Ja	Gut.
Mailand	Nein	Verein betreibt eifrig Bildungstätigkeit.
Turin	Nein	Verein besorgt die ganze Bildungstätigkeit.

4.8 Kriegsausbruch 1914 – Kollaps des Internationalismus und Untergang der internationalen Arbeitervereine

Seit dem Internationalen Sozialistenkongress vom August 1907 in Stuttgart hatten auch die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz die Parole «Krieg dem Kriege» auf ihr Banner geschrieben. Mit grosser Zustimmung verfochten sie Karl Liebknechts Losung, keinen Mann und keinen Groschen für das marokkanische Abenteuer zu bewilligen, die er auch auf dem internationalen Sozialistentreffen in Arbon vom 16. Juli 1911 den hiesigen Genossen zugerufen hatte. Eine Woche vor dem ausserordentlichen Sozialistenkongress, der am 24./25. November 1912 in Basel zur denkwürdigsten Friedensdemonstration der internationalen Arbeiterbewegung wurde, hatte die Landeskonferenz der internationalen Arbeitervereine in St. Gallen einstimmig eine Resolution gegen den Krieg angenommen, die jede Identifikation mit der Politik des Klassegegners scharf ablehnte. Darin rief sie dazu auf, im Falle eines Kriegsausbruches durch den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft den Krieg zu beenden:

«Ganz Europa starrt in Waffen. Bei dem heutigen Herrschaftssystem ist man keinen Augenblick sicher, ob nicht in den nächsten Stunden hunderttausende von Menschen wie wilde Bestien aufeinander losgelassen werden sollten. Die herrschende Kapitalistenklasse, unser Erbfeind, hat dem Volke ungeheure Militärlasten auferlegt und glaubt es auch fernerhin in erhöhtem Masse ungestraft tun zu dürfen. Die von den europäischen Staaten betriebene imperialistische Politik lässt einen Weltkrieg, der Not und Elend über Millionen von Menschen bringt, als unvermeidlich erscheinen. Wenn jemand in der Lage ist, den Krieg zu verhindern, so ist es das Proletariat.

Die Landeskonferenz der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz fordert daher alle Mitglieder auf, alles zu tun, was den Kriegsausbruch verhindern oder hinauszuschieben vermag. Sollte aber ein Krieg ausbrechen, so hat jedes Mitglied getreu den Beschlüssen des internationalen Sozialistenkongresses zu handeln und am Sturze der heutigen Herrschaftsklasse zu arbeiten.»⁷³⁰

Die patriotische Euphorie, die im August 1914 die mahnenden Stimmen unter sich begrub, machte auch vor den internationalen Arbeitervereinen in der Schweiz nicht Halt. Allerdings herrschte dort nicht die Kriegsbegeisterung jener mutwilligen Art, von der die deutschen und österreichischen jungen Leute erfüllt waren, die am Abend des 29. Juli – einen Tag nach der Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Ser-

bien – die Strassen Zürichs durchzogen: «Sie sangen patriotische Lieder, liessen den Krieg hochleben, belästigten jeden, der auch nur annähernd ‚serbisch‘ aussah, und schlugen beim Bahnhof einen Schweizer, der sich über die ‚chaibe Schwabe‘ aufregte, tapfer in die Flucht.»⁷³¹ Nicht der Drang, sich mit den Waffen den Sieg über die gegnerischen Nationen zu erstreiten, war für sie das alles verändernde Erlebnis jener bewegten Tage, sondern das Bewusstsein, dass die Rückkehr nach Deutschland zugleich die Rückkehr in die Reihen der geeinten deutschen Nation war. Das Wort Wilhelm II.: «Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche»,⁷³² durch das sich die Sozialdemokratie aus ihrer Pariastellung befreit glaubte, wirkte auf viele deutsche Sozialdemokraten im Ausland besonders eindrücklich. Denn die internationale Klassensolidarität hatte sich von den Arbeitervereinen in der Schweiz nie dergestalt in die Praxis umsetzen lassen, dass die nationalen Bindungen durch einen andersgearteten Ersatz auch nur annähernd aufgehoben worden wären. Wenn die einzelnen Sektionen internationalistische Politik zu machen glaubten, so handelte es sich hierbei oft nur um den Versuch, die in Deutschland gewonnenen Parteierfahrungen auf schweizerische Verhältnisse zu übertragen. Umgekehrt war mit den meisten Schweizern Politik auf die Dauer in gutem Einvernehmen nur unter Anerkennung des schweizerischen und damit ebenfalls eines nationalen Standortes zu machen. In allen anderen Fällen war dieses Miteinander von steten Reibereien begleitet gewesen. Hatte bei den sogenannten internationalen, aber immer noch deutschen Arbeitervereinen die radikalere Sprache vorgeherrscht, zeigte sich nun, wie wenig der revolutionäre Verbalismus in die Tiefe gedrungen war. Obwohl die Imperialismuspolitik und Kriegstreiberei der «herrschenden Kapitalistenklasse» ungezählte Male gebrandmarkt worden waren, eilten auch aus den Arbeitervereinen Scharen im brennenden Verlangen zu den Waffen, das Vaterland gegen seine Feinde zu schützen.

Zuerst mussten die österreichischen Staatsangehörigen, zum Kriegsdienst aufgeboten, die Schweiz verlassen: «Die Abfahrt jeder Gruppe», so erinnerte sich der antimilitaristische Jungburschenführer Münzenberg, «wurde von der deutschen und österreichischen Kolonie zu einer neuen, lärmenden Strassendemonstration ausgenutzt. Mit schwarz-weiss-roten Fahnen und unter dem Absingen patriotischer Lieder zogen allabendlich Hunderte kriegsberauschter Menschen von dem Ufer des Zürichsees durch die Bahnhofstrasse.»⁷³³ Vergeblich versuchte Münzenberg mit seiner Gruppe, diesen nationalistischen Taumel zu stören.⁷³⁴ An eine ernsthafte Wider-

standsaktion im Sinne der internationalen Antikriegsresolutionen war in jenen Tagen nicht zu denken. Wer aus den deutschen Vereinen nicht mit nationaler Begeisterung einrückte, hoffte – über die entschwundene Solidarität in der Internationale zutiefst enttäuscht – wenigstens zur raschen, aber siegreichen Beendigung des Kriegs beizutragen. Schon zwei Tage nachdem Deutschland Russland den Krieg erklärt hatte, setzte der Rückwandererstrom der einberufenen deutschen Reservisten ein.⁷³⁵ Zur Reflexion liessen die Ereignisse keine Zeit, und welche andere Lösungen hätten in jener Situation die internationalen Arbeitervereine schon bieten können? Dem Refraktär stand das ungewisse Schicksal des schriftenlosen Ausländers bevor; dem Gastland würde er zur Bürde, ohne – so musste es scheinen – auch nur das Geringste an diesem Krieg ändern zu können. Der Kampf gegen Russland weckte in den Arbeitervereinen überdies Begeisterung, weil man hier auf diese Weise dem verhassten Zarismus ein Ende zu bereiten hoffte.⁷³⁶ Wer einrücken musste, hatte übergenuß mit der Erledigung seiner eigenen Angelegenheiten zu tun. Was würde aus der Familie, was aus der Arbeitsstelle werden? In diesen Augusttagen wurde weder aus den Vereinen noch aus den Gewerkschaften Widerspruch vernommen, der die Farce dieses Verteidigungskrieges blossgestellt und die Einrückenden desillusioniert hätte.⁷³⁷ Besser als eine nüchterne Schilderung der Mobilisationstage vermittelt das Zeugnis eines Schweizers ein unmittelbares Stimmungsbild, der germanophil ganz mit den Deutschen fühlte; über deren Abreise am 3. August in Zürich berichtete dieser Augenzeuge:⁷³⁸

«Am anderen Tag aber entwickelte sich auf der Bahnhofstrasse ein Leben, wie ich es nie wieder vergessen werde. Zu Hunderten und Tausenden zogen sie, Handkoffer und allerlei Gepäckstücke in Händen, meist gleich in Kolonnen mit militärischem Schritt zum Bahnhof, um dem Vaterlande zu Hilfe zu eilen. Man konnte eigenartige Szenen beobachten. Einer las einer Gruppe die neuesten Telegramme vor, vielleicht gehörte er dem linken Flügel der deutschen Parteirichtungen an, denn als er an die Stelle kam: Der Kronprinz sei zum Oberbefehlshaber eines Armeekorps ernannt worden, bemerkte er, offenbar in seine alten Anschauungen zurückfallend: ‚Das war jetzt nicht nötig!‘ Da rief ihm einer, dem Dialekt nach ein Hamburger, zu: ‚Na lat man dat!‘ Und gleich darauf stimmten beide mit hellen Stimmen die ‚Wacht am Rhein‘ an. Vielleicht hatten sie dieses Lied seit Jahren nicht mehr gesungen, aber diese Stunde schwemmte alles Kleinliche und Engherzige, berechtigtes und unberechtigtes Parteigezänk mit einem Male hinweg. Die

deutschen Söhne gehörten wieder ihrer Heimat. Sie wurde viel gesungen, die ‚Wacht am Rhein‘, in diesen Tagen. Wir haben sie mitgesungen. Es war eine Zeit, da es noch keine Hodler und Spitzeier gab,⁷³⁸ da man noch so ganz das Gefühl hatte von der ungeheuren Grösse der Aufgabe, die das stammverwandte Volk über dem Rheine in diesem gewaltigen Ringen auf sich nahm, von der unvergleichlichen Kühnheit und Tapferkeit, mit der es in den Kampf gegen die Übermacht zog.»⁷³⁹

An dem Exodus der Ausländer machten die mobilisierten Reservisten nur einen Teil der Rückwanderer aus; ganze Familien, Arbeitslose und Verängstigte verliessen die Schweiz zum Teil fluchtartig. In Basel ergaben sich Szenen, die jenen in Zürich um nichts nachstanden:

«Die unglaublichsten Vehikel, alles was überhaupt einige Bretter und vier Räder darunter hatte: Möbelwagen, Leiterwagen, Droschken, Fleischerkarren, Lastwagen, Handwagen und selbst Kinderwagen, alles bewegte sich in einem kunterbunten Zug, gezogen und geschoben durch die alte Rheinstadt, der eine Stunde entfernten deutschen Station Leopoldshöhe zu. Zu gleicher Zeit aber spieen die ankommenden Fernzüge Hunderte und Aberhunderte von Militärpflichtigen aus, vorwiegend Deutsche, die dann ihre Konsulate aufsuchten und, die ‚Wacht am Rhein‘ singend, nach Lörrach, dem Gestellungsorte in Baden, zu zogen.»⁷⁴⁰

Dem Basler «Vorwärts» war zu entnehmen, wie sich die einberufenen Reservisten vom Deutschen Arbeiterverein Basel vor dem «Rebhaus» versammelten, um dann – von den Genossen begleitet – an die Grenze zu marschieren. Dort angekommen, trennte man sich mit einem «herzergreifenden Abschiedslied», das der Gesangverein «Freiheit» zum letzten Gruss entbot.⁷⁴¹ Ähnliche Szenen liessen sich auch in Schaffhausen beobachten. Auf der deutschen Seite wurden die aus der Schweiz Zurückströmenden begeistert begrüsst. Ein von der Mobilisation betroffener Gewerkschafter schilderte die Ankunft in Singen: «Alles was nur stehen und laufen kann, belagert von früh bis spät den Bahnhof und jeder Zug, der aus der Schweiz kommt und immer eine Unmasse Reservisten mitbringt, wird mit lautem Hurrah empfangen.»⁷⁴² Solche Stimmungsbilder galten für die gesamte deutsche Ausländerkolonie, die zusammen mit den Sozialdemokraten nun wieder eine einzige nationale Gemeinschaft bildete. Zu jenen Schweizern, die das Verhalten ihrer deutschen Parteigenossen missbillig-

ten, gehörte Friedrich Schneider: «Tief enttäuscht wurde ich von meinen Freunden des Deutschen Arbeitervereins (Basel, d. Verf.), als sie zum Teil mit Begeisterung im August 1914 in den Krieg zogen.»⁷⁴³

So war es nicht verwunderlich, dass der Kriegsausbruch die deutschen Arbeitervereine bis ins Mark traf. Die enormen Mitgliederverluste resultierten ja nicht nur aus den militärischen Einberufungen. Anders als 1939 war die Wirtschaft vom Kriegsausbruch überrascht worden, und die panikartige Stockung bewirkte bei den Ausländern Massenarbeitslosigkeit. Von ihr sahen sich sogar etliche tausend schweizerische Uhrenarbeiter, Metallarbeiter sowie die Arbeiter der verschiedensten Berufssparten des Bekleidungs- und des Baugewerbes betroffen.⁷⁴⁴ Die gewaltigen Verluste, die die Gewerkschaften hinnehmen mussten, werden aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich:

MITGLIEDERVERLUSTE IN DEN GEWERKSCHAFTEN JUNI-SEPTEMBER 1914

Verband der	Anzahl der Mitglieder		Abgang %	In Militärdienst eingerückt	Arbeitslose ganz		Arbeitslose teilweise %	
	30. Juni	30. Sept.						
Bauarbeiter	1 500	300	80					
Buchbinder	1 020	903	11	121	208	23	451	50
Coiffeurgehilfen	174	46	73	128	2	4	6	13
Gemeinde- und Staatsarbeiter	2 510	1 533	39	700	277	18	—	—
Handel- und Transport	1 533	844	45	689	70	8	120	14
Holzarbeiter	7 167	3 400	53	2 870	1 031	30	—	—
Hutarbeiter	200	-	—	-	—	—	—	—
Lebens- und Genussmittelarbeiter	6 102	3 800	38	1 900	370	10	—	—
Lederarbeiter	1 120	626	44	349	150	24	—	—
Lithographen	1 062	650	39	400	270	42	200	30
Lokomotivpersonal	2 600	2 600	-	-	-	-	—	—
Maler und Gipser	2 200	550	75	—	—	—	—	—
Metallarbeiter	16 500	9 000	45	5 500	1 000	11	6 000	66
Papier- und Hilfsarbeiter	1 480	1 000	32	250	100	10	400	40
Schneider	1 797	947	47	309	300	32	—	—
Steinarbeiter	969	470	51	489	200	43	85	18
Textilarbeiter	5 400	4 200	22	750	1 742	41	1 308	31
Arbeiterunion Schweiz. Transportanst.	14 700	11 800	20	2 400	500	4	—	—
Typographen	3 896	2 823	28	1 075	411	15	1 077	38
Uhrenarbeiter	16 000	12 000	25	4 000	6 000	50	10 000	83
Zimmerleute	1 440	900	38	632	110	12	122	13
Militärschneider	300	300	-	-	—	—	-	-
Total	89 670	58 592	34	22 593	12 741	22	19 769	34

Obwohl den Gewerkschaften auch schweizerische Arbeiter verloren gingen, rissen die Abgänge der Ausländer die grössten Lücken. Mit einem Schlag reduzierten sich Gewerkschaften wie die Bauarbeiter, die Coiffeurgehilfen, die Holzarbeiter, die Maler und Gipser sowie die Steinarbeiter um mehr als die Hälfte ihres Junibestandes. Die Gewerkschaftsbewegung wurde, so lauteten die Klagen, in ihrem Mitgliederbestand um 8 bis 10 Jahre zurückgeworfen.⁷⁴⁵ Die Gewerkschaftsbürokratie brach zum Teil sogar völlig zusammen und musste neu aufgebaut werden. Erst diese gewaltsame Umwälzung von aussen zeitigte jenen Umstrukturierungsprozess, der das Funktionärswesen und damit die Gewerkschaftsleitung auf allen Stufen in nahezu ausschliesslich schweizerische Hände brachte. Bei Kriegsbeginn galt in fast allen Organisationen die Regelung als selbstverständlich, die zum Militär einrückenden Mitglieder von der Beitragspflicht zu befreien, ihre Mitgliedschaft aber weiterlaufen zu lassen. Nachdem sich die Gewerkschaften aufgefangen hatten, indem die brachliegenden Funktionen durch Ersatzmänner wieder ausgefüllt worden waren, entschloss man sich zur klaren Scheidung. Zu unbestimmt war das Schicksal und die Rückkehr der ins Ausland abgereisten Mitglieder. Die von Geisterzahlen aufgeblähten Bestände verlängerten nur das Organisationschaos. Andererseits spielten beim Entschluss zur Bereinigung auch nationalpolitische Gesichtspunkte mit:

«Die Ledigen haben bei der Abreise meist alle Beziehungen völlig gelöst und ihre Effekten nach der Heimat gesandt. Bei den Verheirateten ist dies wenigstens zum Teil der Fall. Ob sie nach dem Krieg wieder zurückkehren, soweit sie überhaupt am Leben bleiben, lässt sich nicht feststellen. Von einer Beurlaubung während des Krieges ist gar keine Rede, so dass der Kontakt vollständig aufgehoben ist. Es rechtfertigt sich daher, diese Genossen ganz aus der Kontrolle auszuschneiden. Bei ihrer Rückkehr werden sie dann wie ‚Zugereiste‘ behandelt.»⁷⁴⁶

Am schwersten wurden die deutschen Arbeitervereine vom gewaltigen Aderlass betroffen. Manche der kleineren Sektionen kamen ganz zum Erliegen, andere fristeten noch ein oder zwei Jahre ein notdürftiges Dasein. Nach mehr oder weniger langer Frist wandelten sich die noch verbliebenen Vereine – sofern sie dies nicht schon früher getan hatten – in eine schweizerische Parteiorganisation um und endeten in einer Fusion, die ihre eigene Auflösung in sich schloss. Einzig die «Eintracht» Zürich erblühte kurzfristig zu neuem, jetzt wirklich internationalem Leben. In ihr wird neben dem anarchistischen Kreis um Fritz Brupbacher, den von Leonhard Ragaz be-

einflusssten Religiös-Sozialen sowie den Jungburschen unter Willi Münzenberg zu Recht ein Hort der internationalistisch und jedem Burgfrieden feindlich gesinnten linken Oppositionsgruppen gesehen.⁷⁴⁷ Doch waren es weniger die deutschen, sondern in erster Linie die schweizerischen Mitglieder sowie die alsbald den Vereinskurs bestimmenden russischen Emigranten, die dieser Opposition Auftrieb verliehen. Der Umschwung in der patriotischen Begeisterung hatte aber auch in der «Eintracht» erst einige Wochen nach Kriegsausbruch eingesetzt. Ernüchternd wirkten die ersten Schilderungen von aus Deutschland Zurückgekehrten, die den exaltierten Nationalismus beschrieben; die Bildungsarbeit von Jahrzehnten sei wie weggeblasen, ein Neubeginn sei ernsthaft zu bedenken. Mit den Diskussionen stieg auch die Kritik an der Haltung der deutschen Sozialdemokratie.

Die Kernfrage lautete, ob dieser Krieg nicht ganz anders zu bewerten war, so dass eine Identifikation mit den Kriegführenden abzulehnen sei.⁷⁴⁸ Leo Trotzki berichtete, dass ihm das langjährige SPD-Vorstandsmitglied Hermann Molkenbuhr in Zürich auf die Frage nach dem künftigen Kriegsverlauf zur Antwort gegeben habe: «Im Laufe der nächsten zwei Monate werden wir mit Frankreich fertig sein, dann werden wir uns dem Osten zuwenden, um mit den Zarentruppen fertig zu werden, und in drei, höchstens vier Monaten werden wir Europa einen dauerhaften Frieden geben.»⁷⁴⁹ So wie Molkenbuhr, der zur Verteidigung der umstrittenen Haltung der deutschen Parteifraktion in die Schweiz gekommen war, dachten viele seiner Gesinnungsgenossen. Doch stiessen solche Auffassungen in der «Eintracht» nun aufzunehmenden Widerspruch. Rudolf Albert und jene hiergebliebenen Mitglieder, die mit der Partei und ihrer Presse in Deutschland konform gingen, wurden im Verein isoliert. In den neu gewählten Vorstand nahm der aus Wien geflüchtete Leo Trotzki Einsitz, der vom 3. August bis zum 19. November 1914 im Schweizer Exil lebte. Er war die treibende Kraft, die eine revolutionäre sozialistische Bewegung als Fundament für eine neue Internationale entfachen wollte. Die «Eintracht» wurde ihm zum willigen Stützpunkt. Er arbeitete ein Manifest gegen den Krieg und den Sozialpatriotismus aus, das dann als «Erklärung des sozialdemokratischen Vereins ‚Eintracht‘» durch die Presse verbreitet wurde und das vielleicht – wie der Verfasser meinte – «das erste internationalistische Dokument im Namen einer Arbeiterorganisation» seit Kriegsausbruch war.⁷⁵⁰ Darin wurde unter anderem gefordert:

«Wir halten für notwendig, dass sich die sozialistischen Parteien aller neutralen Staaten Europas, die Balkanhalbinsel inbegriffen, im Kampfe um die Wahrung

der Neutralität ihrer Länder vereinigen, damit der Frieden nicht aus seinen letzten europäischen Zufluchtsstätten vertrieben werde und der Sozialismus die Stützpunkte für die Bekämpfung der Kriegsfurie behalte.

Wir halten es aber auch für notwendig, dass wenigstens vorbereitende Massnahmen zum Wiederaufbau der gesamten Internationale unverzüglich ergriffen werden.»⁷⁵¹

Entstand in der Kritik an Leitung und Kurs der deutschen Sozialdemokratie unter den radikalen «Einträchtlern» mehr und mehr Einigkeit, so hielten selbst Leute wie Karl Radek das Postulat, den Krieg in eine proletarische Revolution umzufunktionieren, für eine Utopie. Als Sammelort der revolutionären Linken förderte die «Eintracht» den Kampf gegen den Krieg und Sozialpatriotismus nach Kräften. Gerade jetzt hätte ihr die aufgelöste Landesorganisation als Plattform wertvolle Dienste leisten können. «Eintrachts»-Präsident Mandel erwog sogar den Gedanken, eine Konferenz der früheren Landesorganisation einzuberufen mit dem Zweck, eine Aktion für den Frieden zu unternehmen. Der Auflösungsprozess liess sich jedoch nicht mehr rückgängig machen, und die Versuche, die unterbrochenen internationalen Bande wieder anzuknüpfen, mussten auf anderer Ebene unternommen werden.⁷⁵² Doch mit diesem neuen Blatt in der Historie der Arbeiterinternationale, zu deren bekanntesten Wegmarken die Konferenz von Zimmerwald und Kiental gehörten, endet die traditionsreiche Geschichte der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz.

In der Zeit vom Juni 1915 bis Juni 1916 verschwanden weitere Vereine: der AABV Aarau fusionierte mit dem dortigen Grütliverein, der AbV Chur verband sich mit der «Sozialdemokratischen Partei Chur (Grütliverein)», der IAV Frauenfeld vereinigte sich mit dem Grütliverein zur «Sozialdemokratischen Partei Frauenfeld», der AbV Schaffhausen wandelte sich mit der Mitgliedschaft zum «Sozialdemokratischen Verein Schaffhausen», der AAV Zug trat der «Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zug» und der AAV Wädenswil der örtlichen Mitgliedschaft bei.⁷⁵³ Selbst dem einst mächtigen DAV Basel hatte der Krieg den Todesstoss versetzt. Sein Heim, das «Rebhaus» an der Riehentorstr. 11, ging an eine Brauerei über, und der Verein löste sich Anfang der zwanziger Jahre ganz auf.⁷⁵⁴

Auch der «Sozialdemokratische Verein Eintracht», dessen Vereinstätigkeit, politische Aktionen und Bildungsveranstaltungen mehr denn je unter mangelndem Besuch litten, konnte seine Sonderstellung nicht mehr aufrechterhalten. Sie war umso

weniger gerechtfertigt, als die SPS eine Entwicklung in ihrem Sinn nahm. Was die «Eintracht» bei der Reorganisation von 1911 nicht erreicht hatte, verhiess der Parteitag von Aarau im November 1915: der Dualismus sollte endgültig beseitigt und der Grütliverein vollständig in die Partei integriert werden.⁷⁵⁵ Da der Grütliverein aber an seiner Selbständigkeit festhielt, kam es zur Trennung, was von Seiten der «Einträchler» nur begrüsst wurde. Für sie gewann dadurch die Frage an Aktualität, den Beginn der neuen Aera durch das eigene Beispiel zu unterstreichen und mit der Selbstauflösung die Parteieinheit in den lokalen Organisationen zu festigen. Vor allem der Vereinsvorstand hatte sich gegen alle Liquidationsbestrebungen zur Wehr gesetzt, weil «die jetzige Situation in der Internationale und auch in der schweizerischen Partei nicht geeignet sei, eine bestehende starke Organisation, die konsequent den internationalen Charakter der Arbeiterbewegung gepflegt hat und unbeugsam den proletarischen Klassenkampf als sozialistischen Wegweiser in die Arbeitermassen hineinbrachte, jetzt aufzulösen».⁷⁵⁶ Die ordentliche Mitgliederversammlung vom 23. August 1916 sprach sich dessenungeachtet für die Auflösung im Sinne der Parteieinheit aus. Im Frühjahr 1917 erfolgte die Liquidation, wobei sich die Mitglieder den sozialdemokratischen Parteien der verschiedenen Kreise anschlossen.⁷⁵⁷

Sofern sie sich nicht aufgelöst oder in schweizerische Vereine umgewandelt hatten, nahmen die Rumpfsektionen den Status unpolitischer Bildungsvereine an. Einige von ihnen vermochten sich, so etwa der AbV Winterthur, dank der schweizerischen Mitglieder besser zu behaupten. Wie klein das verbliebene Häuflein geworden war, vergegenwärtigt ein letzter Blick auf die Vereinsbestände am 1. Juni 1916:⁷⁵⁸

DAV	Basel	74	AbV	Küsnacht*	28
IAV	Bern	99	AAV	Lausanne	50
IAV	Biel*	18	IAV	Luzern	9
IAV	La Chaux-de-Fonds	30	IAV	Neuenburg	30
AAV	Freiburg	10	AbV	Uster	15
AAV	Genf	35	AAV	Vevey-Montreux	12
AAbV	Herisau	22	AbV	Winterthur	104
IAV	Horgen	—	Soz. dem. Verein		
			«Eintracht» Zürich		400

* Mit der lokalen Mitgliedschaft vereinigt

VII Die zweigeteilte Kolonie:

Das reichstreue und kaiserlich gesinnte Auslandsdeutschtum

Die Verdeutschung – darin waren sich die Überfremdungsgegner Walter Abt und Ernst Schütz in Kurt Guggenheims romanhafter Zeitstudie «Alles in Allem» einig – wuchs sich nach der Jahrhundertwende zum Hauptproblem aus. «Das Gefährliche daran ist», aus Abts Worten des Unmuts klang tiefe Besorgnis, «dass sie an beiden Enden ansetzt, in den bürgerlichen Kreisen und bei den Arbeitern. (.. .) Unsere schweizerische Sozialdemokratie ist «made in Germany». Die führenden Männer sind Deutsche oder ehemalige Deutsche. Sie übernehmen alles von draussen. Aus dem deutschen Kulturkampf haben sie ihre Abneigung gegen die Religion übernommen, aus ihrem Hass gegen den preussischen Militarismus lehnen sie die Kredite für den freiwilligen Vorunterricht ab und gründen sie bei uns in der Schweiz, eine antimilitaristische Liga. Ihre ganze Vorstellung einer sozialen städtischen Verwaltung ist deutsch. Und die deutschen Kapitalisten sind so wenig international wie die deutschen Sozialdemokraten. Das Alldeutsche – der Trieb nach einer zentralen Verwirklichung all dessen, was die deutsche Sprache erreicht – sie haben einfach diesen Drang nach dem Absoluten. Die Deutschen ertragen das Provisorische nicht – das macht sie so gefährlich.»¹

Die durch ihre Anzahl und ihr Wesen aufdringliche Präsenz der Deutschen Zürichs vor dem Ersten Weltkrieg – sie gewinnt in Guggenheims Stadroman ihre unmittelbare Lebendigkeit. Gustav Wilhelm Meng, der Hauptinhaber einer Installationsfirma in Zürich, verkörpert hier das Musterbild des Pioniers deutscher Weltpolitik im Ausland. Sein Geschäft machte er mit Badewannen, Gasöfen, Toiletten und ähnlichen profanen Utensilien; doch wusste sich der mit einer Schweizerin verheiratete Polytechniker zu Höherem berufen. Den Schnurrbart in Wilhelms II.-Art an den Enden forsch nach aufwärts gerichtet, die Nelke im Knopfloch des Rockaufschlages, Hut und Zigarre, den Stock nach Art eines Degens an die Schulter gelegt – so ist ihm, ganz norddeutscher Willensmensch, auf dem morgendlichen Spaziergang von seiner Villa ins Kontor zu begegnen. Hat er jedoch den nelkenverzierten Rock mit der unscheinbaren Arbeitsjoppe vertauscht, so weicht das Herrenhafte, Nonchalante dem verkniffenen, zielstrebigem Ausdruck des emsigen Kaufmanns – bürgerliche Tüchtigkeit ohne Brillanz. Des Abends hingegen ist Meng, dem der Titel eines uruguayischen Konsuls einen würdigeren Status verleiht, wieder ganz von seiner Rolle als Stütze des deutschen Kolonielebens erfüllt. Wo immer er sich in Gesellschaft bewegt, sei es im Deutschen Kriegerverein, im Deutschen Ruderverein oder im privaten Kreis, stets gibt er sich als Sendbote deutscher Überlegenheit.²

Solche Mengs, in vielem dem Typus des Diederich Hessling³ verwandt, lassen sich unter den hiesigen Reichsangehörigen der Vorkriegszeit in mancherlei Variationen antreffen. Ihr Einzelschicksal verliert sich mit der Unbedeutendheit ihrer Person, und der Idee vom mächtigen Deutschland, die sie erfüllt, fehlt die Kraft der Originalität. Die Deutsche Kolonie – so sei fortan jene Mehrheit der affirmativ zum Kaiserreich stehenden Auslandsdeutschen bezeichnet – lässt sich nicht auf diesen einzigen Grundtypus reduzieren. Nationalistische Wichtigtuer verschärften durch ihre Arroganz die Ausländerfrage, deren Ursachen jedoch tiefer lagen. Besonders ausfällige Leute wie während der Bismarck-Ära Pflugk-Hartung oder im Zeitalter Wilhelms II. Ludwig Kuhlenbeck, der erstere Universitätsdozent in Basel, der letztere Professor in Lausanne, mussten ihres kurzsichtigen Nationalismus wegen die Schweiz verlassen. Nicht sie, die im Gastland keinen Fuss zu fassen vermochten, waren für das Auslandsdeutschtum repräsentativ. Soweit wirklich eine Überfremdungsgefahr im Sinne der Beeinträchtigung einer schweizerischen Selbstentfaltung entstand, wählte sie subtilere Formen. Sogar bei jenen Leuten, die sich als Pioniere des alldeutschen Gedankens erwiesen, findet sich im Verkehr mit Schweizern ein liberaler Umgangston, der der Sprache des deutschen Imperialisten scheinbar zuwiderläuft. Im Gastland Republikaner, als Deutscher ein von der Machtpolitik faszinierter Monarchist – die politische Gedankenwelt eines solchen Zwiegespaltenen wird am Ende dieses Abschnittes analysiert werden. Ebenso ist auf die nationalistischen Kerngruppen der deutschen Ortskolonien einzugehen. Sie sind jedoch nicht einfach als *pars pro toto* zu nehmen. Das Kolonieleben der patriotischen Mehrheit spiegelt der jeweilige Jahresbericht des Verbandes der Deutschen Hilfsvereine in der Schweiz aus einer allgemeingültigeren Perspektive wider. Dieser bedeutendsten bürgerlichen überregionalen Organisation unter den hiesigen Auslandsdeutschen wird sich das Hauptaugenmerk zuwenden. Die günstigen Voraussetzungen für das Aufblühen der handels- und gewerbetreibenden Ausländerkolonie haben erst die Niederlassungsverträge geschaffen. Die Öffnung zur weitmöglichsten Niederlassungsfreiheit beschleunigte eine breitgefächerte und einflussreiche Beteiligung der Deutschen am schweizerischen Wirtschaftsleben, schürte aber auch angesichts der steigenden Ausländerzahlen seit den neunziger Jahren die als Abwehrreaktion bekannte Überfremdungsfurcht.

1. Die Niederlassungsverträge von 1876, 1890 und 1909

Während der am 30. Mai 1827 zwischen Frankreich und der Eidgenossenschaft abgeschlossene Niederlassungsvertrag die Franzosen in den meisten Ständen den dortigen Schweizern anderer Kantone «in Hinsicht ihrer Person und ihres Eigentums» gleichstellte, wobei der revidierte Vertrag vom 30. Juni 1864 über BV 1848 Art. 41 hinaus die Gleichbehandlung auch für die französischen Juden erlangte, hatte die Mehrzahl der deutschen Staaten darauf verzichtet, die Stellung ihrer Staatsangehörigen abzusichern. Ihre interne Gesetzgebung, die der Einräumung von Gegenseitigkeit entgegenstand, das gespannte Verhältnis zu den Oppositionsgruppen im Ausland sowie ein allgemeines Desinteresse zumal bei den Kleinstaaten hatten es nicht zu einer vertragsmässigen Regelung kommen lassen. Sowohl in Bezug auf die Niederlassung wie auf die Gewerbefreiheit konnten die Deutschen in der Schweiz je nach Gemeinde durch erschwerende Vorschriften, durch die Einforderung von Kauttionen oder von besonderen jährlichen Abgaben in ihrer freien Entfaltung gehemmt werden. Eine gewichtige Ausnahme galt seit 1863 für die Angehörigen von Baden und seit 1869 für jene von Württemberg. Da beide Nachbarstaaten, aus denen weit über die Hälfte aller Deutschen in der Schweiz stammten, ein erhebliches wirtschaftliches Interesse an der Gleichstellung ihrer Staatsangehörigen mit den Schweizern hatten, war ihnen an einem Niederlassungsvertrag besonders gelegen gewesen. Die Angehörigen von Elsass-Lothringen, denen die im französisch-schweizerischen Niederlassungsvertrag festgelegten Rechte zugestanden hatten, sahen sich 1871 nach der Zwangsangliederung an das Reich auf einmal wieder einem ungesicherten Ausländerstatus unterworfen.⁴

Für das neue Deutsche Reich wurde die bisherige Niederlassungspolitik des *laissez faire* unhaltbar. Auf den Vorstoss des Reichskanzleramtes, das die ungleichmässige Behandlung der Deutschen beseitigen und auch aus Prestige Gründen eine Benachteiligung gegenüber den Franzosen nicht mehr hinnehmen wollte, gelang es, nach mehreren Verhandlungsunterbrüchen am 27. April 1876 den ersten alle Deutschen umfassenden Niederlassungsvertrag abzuschliessen. Er trat am 1. Januar 1877 in Kraft.⁵ Artikel 1, der unverändert in die Neufassung von 1890 übernommen wurde, umschrieb die Rechtsstellung der Deutschen in der Schweiz:

«Die Deutschen sind in jedem Kantone der Eidgenossenschaft in Bezug auf Person und Eigenthum auf dem nämlichen Fusse und auf die nämliche Weise aufzu-

nehmen und zu behandeln, wie es die Angehörigen der anderen Kantone sind oder noch werden sollten. Sie können insbesondere in der Schweiz ab- und zugehen und sich daselbst dauernd oder zeitweilig aufhalten, wenn sie den Gesetzen und Polizeiverordnungen nachleben.

Jede Art von Gewerbe und Handel, welche den Angehörigen der verschiedenen Kantone erlaubt ist, wird es auf gleiche Weise auch den Deutschen sein, und zwar ohne dass ihnen eine pekuniäre oder sonstige Mehrleistung auferlegt werden darf.»

Obwohl nach Artikel 3 den Schweizern in Deutschland dieselben Vorteile eingeräumt wurden, waren die Konsequenzen dieses Vertrages für das kleinere Land mit den bedeutend grösseren Ausländerzahlen ungleich weittragender. Um hier Wohnsitz zu nehmen, genügte es, einen Heimatschein sowie ein von der Heimatbehörde ausgestelltes Zeugnis beizubringen, in dem der Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte sowie der unbescholtene Leumund bestätigt sein mussten. Diese in Artikel 2 festgelegte Regelung wurde dann zum Hauptstreitpunkt der späteren Vertragsrevision. Sowohl der Vertrag von 1876 wie die späteren Neufassungen verzichteten auf die Heranziehung von Ausländern zum Militärdienst oder zu entsprechenden Ersatzleistungen, denen die Niedergelassenen, die davon nicht auf Grund internationaler Verträge befreit waren und in deren Staaten Schweizer in Pflicht genommen wurden, sonst unterworfen waren.⁶ Die Verträge von 1876 und 1890 enthielten zusätzlich eine Meistbegünstigungsklausel, die, da eine Besserstellung gegenüber den Inländern nicht in Frage kam, ohne Bedeutung blieb. Artikel 7 regelte die Übernahmepflicht der eigenen Staatsangehörigen, die infolge eines Gerichtsurteils, wegen der Gefährdung der inneren und äusseren Sicherheit des Gaststaates oder auf Grund der Gesetze und Verordnungen über die Armen- und Sittenpolizei ausgewiesen wurden. Weitere Bestimmungen befassten sich mit dem Schutz der Eigentümer und Bebauer von Grundstücken sowie mit der Unterstützung Hilfsbedürftiger, die Kur und Verpflegung benötigten bis zur Rückkehr in ihre Heimat.

Schwierigster Verhandlungspunkt war Artikel 8 gewesen. Die Schweiz hatte schliesslich darin eingewilligt, dass beiden Vertragsstaaten das Recht vorbehalten bleibe, solchen Personen, die vor Erfüllung der Militärpflicht die Staatsangehörigkeit gewechselt hatten, den bleibenden Aufenthalt oder die Niederlassung in ihrem früheren Heimatland zu untersagen. Noch war in Berlin nicht vergessen, dass nach der Einverleibung von Frankfurt a. M. durch Preussen junge Frankfurter im Alter

von fünf bis siebzehn Jahren von schweizerischen Gemeinden, vor allem im Kanton Schaffhausen, als Bürger aufgenommen worden waren, obwohl diese Frankfurt nie verlassen hatten und obgleich deren Eltern Deutsche geblieben waren. Wegen Umgehung der allgemeinen Wehrpflicht wies Preussen im August 1869 die jungen Leute aus. Obschon dazu aufgefordert, sah der Bundesrat keine Ursache, zugunsten dieser Neubürger zu intervenieren, zumal die Entlassung aus dem deutschen Staatsverband ausdrücklich «zum Zwecke der Auswanderung» erlangt worden war.⁷

Solange die Bundesverfassung von 1848 galt, waren die Kantone mit ihren Gemeinden in der Erteilung des Bürgerrechtes unabhängig vom Bund. Art. 43 der BV 1848 schrieb lediglich vor, dass kein Kanton einem Ausländer das Bürgerrecht erteilen dürfe, wenn dieser nicht aus dem früheren Staatsverband entlassen sei. Da in gewissen Gemeinden, die nur ihren materiellen Interessenstandpunkt vertraten, die Naturalisation leicht zu erlangen war, nahmen nach der Umgestaltung Deutschlands die Fälle zu, in denen deutsche Familien für ihre Söhne, die dem Militärpflichtalter entgegenwuchsen, in der Schweiz das Bürgerrecht zu erwerben suchten.⁸ Entsprechend Art. 44 der BV 1874 wurde am 3. Juli 1876 das Bundesgesetz betreffend die Erteilung des Schweizerbürgerrechtes und Verzicht auf dasselbe erlassen, das dem Bund bei der Naturalisation ein Mitspracherecht verschaffte.⁹ Aber auch das Bundesgesetz verlangte vom einbürgerungswilligen Ausländer lediglich einen ordentlichen Wohnsitz von mindestens zwei Jahren in der Schweiz. Hatte er ausserdem die Bewilligung des Bundesrates erhalten, so konnte er sich nach freier Wahl dort in Kanton und Gemeinde einbürgern lassen, wo er Aufnahme fand. Die Reibereien unter den Kantonen, die aus der unterschiedlichen Handhabung der Einbürgerungspraxis entstanden, und die Missbräuche der Einbürgerung durch Ausländer liessen sich weder durch das Bundesgesetz von 1876 noch durch die revidierte Fassung vom 25. Juni 1903 beseitigen.¹⁰ Sowohl der Niederlassungsvertrag von 1890 wie derjenige von 1909 haben daher die Vorbehalte gegenüber Naturalisationen zur Wehrpflichtumgehung wiederholt.¹¹

So sehr diese Niederlassungsverträge dem Zug zur internationalen Freizügigkeit entsprachen, hatte sich die Schweiz im vorliegenden Fall übernommen. Denn die Deutschen waren vor dem Ersten Weltkrieg nicht nur die zahlenmässig grösste Ausländergruppe, sondern auch wirtschaftlich am aktivsten und tüchtigsten. Umsomehr hatten die Kantone mit den umfangreichsten Ausländerbeständen ein Interesse daran, den natürlichen Integrationsprozess auf dem Weg der Einbürgerung in Fluss zu halten. Stattdessen stieg die Massierung der Ausländer unverhältnismässig an,

während der Naturalisation durch die im Niederlassungsvertrag bewirkte Gleichstellung mit den Inländern vieles von ihrem Anreiz verloren ging. Wohl blieben den Niedergelassenen die staatsbürgerlichen Rechte vorenthalten. Wichtiger aber als die Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen war den meisten von ihnen die Befreiung von den Pflichten des Staatsbürgers. Die schweizerischen Klagen über die verderbliche Erwerbskonkurrenz der Ausländer hoben denn auch besonders die Benachteiligung der einheimischen Wehrpflichtigen gegenüber den vom persönlichen Militärdienst befreiten Niedergelassenen hervor. Deutschland galt als aufstrebende Weltmacht, und seinen Staatsangehörigen war es kaum zu verdenken, dass sie angesichts ihres günstigen Status sich nicht vollständig mit dem Schicksal des Kleinstaates verbinden wollten. «Wäre es nicht gescheiter, wenn Sie Deutscher blieben?», hatte der Thurgauer Theologieprofessor Heinrich Kesselring den Studiosus Ludwig Köhler gefragt, als dieser 1903 im Begriff war, sich in Zürich einzubürgern. Der spätere Alttestamentler und Rektor der Universität Zürich (1930-32) verstand damals nicht, dass Kesselring ihm mit seiner gut gemeinten Frage bewusst machen wollte, dass er mit seinem Bürgerrechtswechsel aus den reichen Möglichkeiten in die kleineren und geringeren ging.¹² Selbst, wenn die Vorteile zugunsten des Gastlandes ausgefallen wären, hätte sich eine Assimilation durch forcierte Naturalisationen allein kaum erreichen lassen. Das Dilemma, wegen des Vertrages den Einwandererstrom der Erwerbssuchenden nicht direkt regulieren zu können, durch das einzig verfügbare überbeanspruchte Mittel einer aktiven Einbürgerungspolitik aber Gefahr zu laufen, die Integrationsfähigkeit zu lähmen, hat die Eidgenossenschaft bis zum Ersten Weltkrieg, der dann das Problem auf seine Weise löste, nicht zu überwinden vermocht.¹³

Im Fall der Schweiz hatte sich für Deutschland der Abschluss eines Niederlassungsvertrages geradezu aufgedrängt. Erst im Jahre 1904 liess es sich wieder dazu herbei, für seine Auslandsangehörigen einen weiteren derartigen Vertrag einzugehen – mit den Niederlanden. Das Trauma von den deutschen Auslandskolonien als dem Sammelbecken der liberal Gesinnten, der oppositionellen Kritiker oder gar der radikalen Umstürzler blieb auch den Amtsstellen des Zweiten Reiches verhaftet. Das alte Misstrauen schien sich in den Augen Bismarcks voll zu bestätigen, sobald die deutsche Sozialdemokratie als Antwort auf die Unterdrückung ihre Propagandazentren ins nahe Ausland verlegte. Dass seine Gegner in den Genuss des Niederlassungsvertrages mit der Schweiz kamen, war ihm seit 1878 ein Dorn im Auge. Wie Bismarck im Zusammenhang mit dem Wohlgemuth-Handel am 20. Juli 1889 zur

Kündigung des ihm missliebigen Vertragswerkes schritt, hat Hansjörg Renk ausführlich dargelegt.¹⁴ Bismarck hatte dem Bundesrat Nichterfüllung von Artikel 2 vorgeworfen. Er vertrat dabei den Standpunkt, die Schweiz hätte nur jenen Deutschen die Niederlassung gewähren dürfen, die mit den vertraglich festgelegten Zeugnissen versehen waren. Der Bundesrat hingegen beharrte auf seinem Recht, nach eigenem Gutdünken jedermann bei sich aufnehmen zu können. Die strittige Vertragsbestimmung auferlege ihm lediglich die Verpflichtung, jenen Deutschen die Niederlassung gewähren zu müssen, die sich korrekt ausweisen konnten. Seine These, schon 1876 habe die deutsche Regierung Wert darauf gelegt, die Schweiz an der Aufnahme von Deutschen, die mit ihrer Heimat in Unfrieden lebten, zu hindern, konnte der Reichskanzler nicht beweisen, nachdem sie vom Bundesrat als falsch zurückgewiesen worden war. Einen derartigen Eingriff in die Grundprinzipien des Asylrechtes hätte die Schweiz auch gar nicht hinnehmen können.¹⁵ Wie Renk aufzeigt, verfolgte Bismarck mit der Kündigung weiterreichende Absichten. Im Frankfurter Friedensvertrag von 1871 hatte Deutschland Frankreich die Meistbegünstigung in Fragen des Handels und der Niederlassung zugestanden. Da das Vertragswerk mit der Schweiz sich für die deutsche Abschirmungspolitik gegen die französischen Einflüsse in Elsass-Lothringen als störendes Hindernis erwies, benutzte der Reichskanzler den Fall Wohlgemuth als Gelegenheit zur Vertragsauflösung.¹⁶ Obwohl gewichtige Argumente für diese Interpretation sprechen, ist es fraglich, welchem Motiv die Priorität zukam. Sowohl gegenüber Wilhelm II. wie bei den süddeutschen Staaten diente dem Kanzler der Hinweis auf den Schachzug gegen Frankreich auch dazu, die Bedenken zu überwinden, die sich ihm bei einer offenen Konfrontationspolitik gegen die Schweiz in den Weg stellten. Die Unverhältnismässigkeit der von ihm angewandten Mittel zeigte sich schon bei seiner diplomatischen Aktion, einen kollektiven Druck der drei Kaisermächte auf die Schweiz herbeizuführen. Auf die für ihn unrühmliche Intrige hätte sich der gewiegte Aussenpolitiker kaum eingelassen, wenn ihm nicht der Hass gegen den innenpolitischen Gegner den Blick getrübt hätte. Die Vertragskündigung war mit ein weiterer Schritt zur Knebelung der deutschen Opposition im Ausland. Nachdem es ihm gelungen war, der deutschen Sozialdemokratie in der Schweiz die Agitationsbasis weitgehend zu entziehen, sollte ein Wiederaufbau ihres Propagandaapparates auch künftig verunmöglicht werden. Seine Bemerkung vom 28. April 1889, die eine der ersten Äusserungen war, als er sich des Falls Wohlgemuth persönlich annahm, unterstreicht noch diese Einschätzung:

«Will die Schweiz uns in unseren Bestrebungen nicht nur hindern, sondern bekämpfen, so bleibt uns nichts anderes übrig, als uns gegen Angriffe und Anstänkungen aus der Schweiz nach Möglichkeit abzusperrern. Die sozialistischen Einflüsse sind gefährlicher als die französischen für uns und die Absperrung gegen dieselben würde deshalb strenger sein müssen wie die gegen Frankreich bisher gehandhabte.»¹⁷

Bismarcks Absperrungspolitik gegen die «sozialistische Gefahr» brach zusammen, bevor es zu Verhandlungen über einen neuen Niederlassungsvertrag kam. Die Pressionspolitik des «gestürzten» Kanzlers wurde nicht weitergeführt. An einem vertragslosen Zustand konnte Deutschland kein Interesse haben. Als es am 19. Mai 1890 die Unterhandlungen eröffnete, wurde entsprechend der Weisung des neuen Reichskanzlers Leo Graf von Caprivi auf den früheren Streit um Artikel 2 gar nicht mehr eingetreten. Der am 31. Mai 1890 geschlossene und am 20. Juli 1890 Wirksamkeit erlangende Niederlassungsvertrag war im Wesentlichen eine Wiederholung des alten. Neugefasst wurde Artikel 2. Der Niederlassungswillige hatte nun nicht mehr an die Heimatbehörde, sondern an die deutsche Gesandtschaft in Bern zu gelangen, um sich die deutsche Reichsangehörigkeit sowie einen unbescholtenen Leumund bescheinigen zu lassen.¹⁸ Deutlicher noch als im früheren Abkommen war klargelegt, dass die Schweiz keine weitere Verpflichtung übernommen hatte, als den mit dem gesandtschaftlichen Zeugnis versehenen Deutschen die in Artikel 1 bezeichneten Rechte zu gewähren.¹⁹ Andererseits lag es nicht in ihrem Sinn, auf die Beibringung der Legitimationspapiere zu verzichten. Die mangelnde Übersicht verhinderte ohnehin eine zuverlässige Kontrolle der Ausländer. Die weitgehende Autonomie der Kantone bei der Fremdenaufnahme, der rudimentäre Polizeiapparat angesichts der gewaltigen, immer noch ansteigenden Ausländerbestände und die starke Fluktuation in einer Zeit, da die Grenzen zwischen Aufenthalt und Niederlassung fließend waren, liessen beträchtliche Lücken offen. Die getroffene Regelung konnte umgangen werden, wenn Kantons- und Gemeindebehörden die Niederlassung auch auf Grund anderweitiger Papiere bewilligten, falls ein Ausländer die zur Erlangung des Immatrikulationsscheines nötigen Formalitäten nicht zu erfüllen vermochte.²⁰

Schon das erste Abkommen hatte den deutschen Behörden gewisse Einwirkungsmöglichkeiten gegen missliebige Staatsangehörige verschafft. So war dem Augsburger Journalisten Georg Güttinger, der in Basel Wohnsitz genommen hatte, von seiner Heimatbehörde der abgelaufene Heimatschein nicht mehr verlängert worden, weil er

wegen durch die Presse begangener Injurien zu einer Haftstrafe verurteilt worden war, der er sich durch Flucht entzogen hatte. Da es ihm nun an den vorgeschriebenen Ausweisschriften mangelte, wurde er aus Basel ausgewiesen.²¹ Auch der deutschen Vertretung in der Schweiz, repräsentiert durch die deutsche sowie durch die bayerische Gesandtschaft in Bern – nach der Reichsverfassung von 1871 hatte sich Bayern als «Reservatrecht» unter anderem die eigene Diplomatie bewahren können –, fehlte die Kontrolle über die hiesigen Staatsangehörigen. Diesem Mangel hätte das Immatrikulationssystem Abhilfe schaffen sollen. Wie sich dann aber in der Praxis herausstellte, wurde die Gesandtschaft durch die ihr auferlegte Aufgabe überfordert. Nicht in jedem Fall war es ihr möglich, sich zuverlässige Kenntnis über allfällige Vorstrafen zu verschaffen.²² Ausserdem konnte auch diese Regelung nicht verhindern, dass sich in der Schweiz ihr unerwünschte Deutsche aufhielten, da diese nicht ohne Erfolg die Bestimmungen zu unterlaufen suchten. Als sich das Verhältnis zwischen den Deutschen im Ausland und ihrem Heimatregime insgesamt entspannte, zumal die überwiegende Mehrheit der Niedergelassenen der Politik Wilhelms II. begeistert zustimmte, wurde deutscherseits das verlangte Leumundszeugnis mehr und mehr als lästige Formalität empfunden. Die deutsche Regierung, die bisher in ihren Abkommen von einem gewissen Misstrauen gegenüber ihren Auslandskolonien geleitet worden war, bekannte sich nun zur Zeittendenz auf möglichste Freiheit des Verkehrs und regte schon im März 1906 eine Revision mit dem Ziel an, das Zeugnisssystem aufzuheben. Dabei machte sie geltend, dass die Schweiz auch von den Angehörigen der andern drei Nachbarstaaten die Beibringung eines solchen Leumundszeugnisses nicht verlange.²³ Der Niederlassungsvertrag, der am 13. November 1909 abgeschlossen, aber erst im Juni 1911 ratifiziert wurde und am 1. Oktober in Kraft trat, schrieb nur noch die Vorweisung eines gültigen Heimatscheines vor und brachte somit eine bedeutende Vereinfachung für den deutschen Zuwanderer mit sich.²⁴ Die Beanspruchung der diplomatischen Vertretung entfiel, von Zweifels- oder Streitfällen abgesehen. Den Grundsatz der Gleichbehandlung legte ein Separatabkommen vom 31. Oktober 1910 fest, da die deutschen Delegierten die Regelung der materiellen Rechte der Niedergelassenen aus dem Hauptvertrag herausnehmen wollten, wohl um die eigene wenig liberale Ausländerpolitik gegenüber anderen Staaten nicht ändern zu müssen.²⁵ Die Handhabung des schweizerisch-deutschen Übernahmeverkehrs, bei dem es um die Übernahme der wegen Übertretung der Strafgesetze oder Polizeiverordnungen Ausgewiesenen oder wegen Hilfsbedürftig-

keit und Armut von Heimgeschafften ging, wurde im Notenaustausch vom 29. Dezember 1910 präzisiert.²⁶ Für die Schweiz bedeutete die erneute Liberalisierung eine weitere Belastung. Hatte es bisher dem Niederlassungswilligen obgelegen, seinen guten Leumund nachzuweisen, so musste nun der polizeiliche Auskunftsverkehr, der sich unmittelbar zwischen den hierzu ermächtigten kantonalen Polizeibehörden und den entsprechenden Amtsstellen der einzelnen deutschen Regierungsbezirke abwickelte, im Zweifelsfall darüber Gewissheit erbringen.

In der deutschen Kolonieggeschichte hat der Niederlassungsvertrag von 1876 eine entscheidende Wegmarke gesetzt. Dem überbordenden Wirtschaftsliberalismus, der den Wert von Schutzmassnahmen gering erachtete, entsprach das Bekenntnis zur internationalen Freizügigkeit. Es verband sich mit handfesten materiellen Interessen, der aufstrebenden schweizerischen Industrie ausländische Arbeitskräfte zu gewinnen. Welche wirtschaftlichen, kulturellen und auch politischen Folgen das Zugeständnis weitestgehender Niederlassungsfreiheit haben würde, hatte man in der Schweiz nicht vorausgesehen. Der frühere Vertrag mit Frankreich bot in diesem Fall keinen Massstab, schwoh doch der deutsche Ausländerbestand zu ganz anderen Dimensionen an. Während im Ersten Weltkrieg und später die negativen Aspekte der Überfremdung überbetont wurden, sah man zuvor in den hereinströmenden Arbeitskräften allzu sehr nur den wirtschaftlichen Nutzen.²⁷ Mit der deutschen Masseneinwanderung gelangten aber nicht nur Handwerker und Arbeiter, vielmehr zahlreiche Angestellte und deutsche Kaufleute, oft kleine Geschäftsinhaber, aber auch einige Grossunternehmer und reiche Privatiers in die Schweiz, die zusammen mit dem schon länger ansässigen Bildungsbürgertum, den Honoratioren aus dem Hochschul- und Kulturleben, die Basis der national und reichstreu gesinnten Kolonie bildeten.

Diese Entwicklung war durch den Vertrag von 1890 natürlich nicht aufgehalten worden. Eine dirigistische Niederlassungspolitik, und wenn sie auch nur eine Teilschränkung bezweckt hätte, wie sie Bismarck aus innenpolitischen Gründen vorgeschwebt haben mag, widersprach dem Geist dieses Vertrages. Das Gesandtschaftsattest bot für eine andere Niederlassungspolitik keine Handhabe und erwies sich als unzeitgemäss. Das Abkommen von 1909 knüpfte daher wieder bei der ursprünglichen Fassung von 1876 an und ist als ein letzter Schritt zur weitestgehenden Liberalisierung zu verstehen. Dieser Aera der Niederlassungsfreiheit hat der Erste Weltkrieg ein Ende gesetzt.

2. Deutsches Unternehmertum und deutsches Kapital in der Schweiz

Über die Berufstätigkeit der gesamten deutschen Ausländerbevölkerung gibt der demographische Abschnitt Auskunft. Eine Gruppe sei hier herausgegriffen: diejenige der selbständigen Gewerbetreibenden, der Kaufleute und Einzelunternehmer. Sie haben zusammen mit den deutschen Kapitalbeteiligungen einen weitreichenden Einfluss auf die schweizerische Wirtschaft genommen und dem bürgerlichen Kolonieleben das Gepräge gegeben. Wo der Glanz des Adels fehlte, zählten umso mehr Vermögen und Würde, die der einzelne Auslandsdeutsche kraft eigener Tüchtigkeit erworben hatte. Grosskapitalisten wie Otto Röchling von der westdeutschen Industriellenfamilie aus der Eisen- und Stahlbranche, der innerhalb der Deutschen Kolonie Basel als Wohltäter verehrt wurde, oder wie der preussische Kommerzienrat Gustav Henneberg, dessen Palais an Zürichs Alpen-Quai eine kostbare Gemäldesammlung barg, übten als Grandseigneurs auf die überwiegend aus kleinbürgerlichen Schichten emporstrebenden Auslandsdeutschen eine besondere Faszination aus. Die starke wirtschaftliche Stellung der hiesigen Reichsdeutschen beruhte in ihrer Vielverzweigkeit nicht so sehr auf einer bestimmten Gruppe von Grossunternehmern, als auf der breiten Schicht befähigter Einwanderer, die sich mit Fleiss, kaufmännischem Geschick und erfinderischem Einfallsreichtum von unten in leitende oder selbständige Positionen vorarbeiteten.

Die Betriebszählung von 1905 hat in der Schweiz 10 692 deutsche Betriebsinhaber ausfindig gemacht, die mit eigenen Unternehmen in Industrie und Gewerbe oder in den Sparten des Handels wirtschafteten.²⁸ Mit einem Anteil von 6% an der Gesamtheit aller Betriebsinhaber überflügelten die Deutschen die übrigen Ausländer bei Weitem. Auch wenn die einzelnen Geschäfte oft nur kleinsten Zuschnitt hatten und sich zumeist auf die gewerblichen Berufsarten bezogen, so repräsentierten sich die 1479 in der Schneiderei und Konfektion oder die 930 in der Schuhbranche tätigen deutschen Betriebsinhaber, zu denen sich 557 Selbständigerwerbende im Sektor der Haarpflege, ihrer 515 aus dem Bereich der Wäscherei und Glätterei, 507 Schreinerbesitzer sowie 453 im Bäckerei- und Konditoreigewerbe aktive Inhaber gesellten, in beachtlicher Stärke. Um exakte Angaben machen zu können, müsste man über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Unternehmen Bescheid wissen. Ist dies nicht möglich, so macht der Vergleich mit dem prozentualen Anteil der deutschen Besitzer am Totalbestand der Inhaber einzelner Betriebsarten ihre Schwerpunkte innerhalb der

gesamtschweizerischen Wirtschaft erkennbar. Die 980 deutschen Besitzer in der Schuhbranche repräsentierten 9,8%, die 14 deutschen Kürschnereihinhaber aber 21,2% aller einschlägigen Betriebseigner. Ausserordentlich hoch war ihr Anteil ausser in der Haarpflege (19,9%) auch bei der Flach-, Bau- und Dekorationsmalerei (10,1%) und der Glaserei (10,4%), bei der Tapeziererei, Verfertigung von Matratzen und Betten sowie der Bettfedernreinigung (9,8%), vor allem aber bei der Bürstenbinderei und Pinselfabrikation (20,1%). Eine relativ starke Gruppe betrieb die chemische Herstellung von Gebrauchsgegenständen wie gewerbliche Chemikalien, Säuren und Präparate (17,1%) oder von Seifen, Kerzen, Soda, Wachswaren und Parfümerien (13,5%). Obwohl sich 541 deutsche Unternehmer mit der Bearbeitung von Metallen, mit der Herstellung von Maschinen und Werkzeugen oder mit elektrischen Installationen beschäftigten, machten sie nur 3,9% der in dieser Betriebsgruppe tätigen Eigentümer aus. Hingegen stellten die 10 Deutschen, die sich auf die Herstellung von Klavieren und Harmoniums sowie auf das Klavierstimmen spezialisiert hatten, immerhin 21,7% der in diesem Zweig festgestellten Inhaber. 8,6% betrug der Anteil an Druck und Graphik sowie an der Herstellung von Büchern und Papierarbeiten, wobei im Sektor der Photographie die deutschen Besitzer mit 14,9% noch stärker in Erscheinung traten.²⁹

Wurden bisher die 7'305 deutschen Besitzer aus Industrie und Gewerbe betrachtet, so gilt es auch über die 3'387 deutschen Betriebsinhaber, die im Handel Gewinn suchten, näheren Aufschluss zu erhalten. Markant ist mit 35,5% ihre starke Position bei den Warenhäusern und Abzahlungsgeschäften. Auch unter den Bazarinhabern (11,5%) und den selbständigen Trödelhändlern (13,9%) hatten sie breiteren Fuss gefasst. In der Herren-, Damen- und Kinderkonfektion stellten sie 13,2% aller Geschäftsinhaber. Mit 217 deutschen Unternehmern (10,7%) wies auch das Vermittlungswesen eine überdurchschnittliche Beteiligung auf. Die 1'322 deutschen Besitzer von Gasthöfen, Pensionen, Wirtschaften und Betrieben des kulinarischen Gewerbes verkörperten zwar als Förderer des deutschen Vereinswesens in der Schweiz eine Hauptgruppe, repräsentierten aber nur 6,8% der insgesamt 19'400 Betriebsinhaber.³⁰ Im Buch- und Kunsthandel zeigte sich ihre Position mit 19,3% als äusserst gefestigt. Mit Papierwaren, Tapeten, Papeteriewaren, Schul- und Bureauartikeln handelten 50 deutsche Geschäftsinhaber (9,3%).

Von den 78'937 im Jahr 1905 in allen Gewerbeklassen beschäftigten Deutschen waren 13'509 Betriebsinhaber, Pächter, Direktoren oder Verwalter.³¹ Gehörte auch

die Hauptmasse den Kleinbetrieben und den Kleinläden an, die einem wechselvollen Geschick unterworfen waren, so fehlte es nicht an erfolgreichen Geschäftsunternehmen, die ihren Besitzern Wohlstand und den Deutschen Hilfsvereinen zahlungskräftige Mitglieder einbrachten. Da es zu weit führen würde, den für das Jahr 1905 auf gezeigten Querschnitt durch eine detaillierte Untersuchung der Einzelentwicklungen in Form von Firmengeschichten zu ergänzen, sollen die engen wirtschaftlichen Verstreungen wenigstens durch illustrative Beispiele sowie durch einen branchenmässigen Überblick über die wichtigsten deutschen Wirtschaftsbeteiligungen erhellt werden.

2. 1 Der deutsche Einwanderer als Firmengründer

Manche Unternehmen deutscher Herkunft haben sich über drei Generationen hinweg vom einfachen Familienbetrieb eines Handwerkers zum Fabrikationsbetrieb und schliesslich zu einem Industrierwerk mit eigenen Verkaufsorganisationen im In- und Ausland ausgewachsen. Die deutsche Wurzel geriet oft bald in Vergessenheit; denn den 1876 eingeräumten Freiheiten zum Trotz spürte ein Geschäft die Ressentiments gegen alles Ausländische umso stärker, je grösser es wurde. Deutsche Tüchtigkeit gepaart mit einer guten Integrationsfähigkeit in die schweizerische Umgebung, dies war das Erfolgsgeheimnis manch eingewanderten Kaufmanns. Die Merker AG in Baden, die 1973 380 Mitarbeiter zählte und mit einem Jahresumsatz von rund 20 Mio. Franken auf einem Werkareal von 16'000 m² pro Jahr 560 t Blech verarbeitete, ist ein solches Musterbeispiel für die kontinuierliche Entwicklung eines Familienunternehmens. Die Anfänge führen zu dem Spengler Friedrich Merker zurück, der auf der Wanderschaft von Berlin nach der Schweiz gekommen war und, nachdem er sich in Rapperswil verheiratet hatte, 1839 in der Altstadt von Baden festen Wohnsitz nahm. Als tüchtiger Handwerker begann er die verschiedensten Haushaltartikel selbst anzufertigen und verkaufte sie im eigenen Laden. Sein Sohn Friedrich Merker-Schaukelberger, der das Geschäft am 1. April 1873 übernahm, mietete Räume hinzu und begann mit zwanzig Mann die Produktion von Petroleumkochern. Anfang der neunziger Jahre erweiterte er seinen Betrieb durch ein zweigeschossiges hundert Meter langes Fabrikgebäude und stellte mit alsbald 120 Beschäftigten sanitäre Apparate her. Auch hier waren es kleinere Inventionen und technische Erfolge – so etwa die ersten gasbeheizten Warmwasserapparate –, die dem Unternehmen vorwärtshalfen.

1907 übernahm die dritte Generation die Firma. Sie rief eine eigene Verkaufsorganisation ins Leben und erkannte frühzeitig die Chancen, die das Aluminium als neuer Werkstoff bot. Das Geschäft wandelte sie 1917 zur Merker Aktiengesellschaft um. Das Fabrikationsprogramm wurde wesentlich erweitert und reicht in der vierten Generation von der Waschapparateproduktion über die Kunststoffverkleidung von Küchen- bis zu Einzelanfertigungen von Stanz-, Zieh- und Drückteilen oder Spezialaufträgen des Apparatebaus.³²

Berühmte Beispiele von Grossunternehmen, die sich sukzessiv aus einem Handwerkerbetrieb herausgeformt haben, geben der Textilbetrieb Heberlein & Co. Wattwil oder die Schönenwerder Schuhfabrik Bally AG. Der Färbergeselle Georg Philipp Heberlein (1805-1888) aus dem nassauischen Städtchen Braubach am Rhein war 1825 auf seiner Wanderschaft schliesslich im Toggenburg sesshaft geworden. In Wattwil arbeitete er sich zum Meister empor und begann 1835 mit einer eigenen Garnfärberei den Grundstein für jenes Unternehmen zu legen, das sich in der dritten Generation dank der Revolution in der Gewebe-Veredelung und anderen technischen Erneuerungen zum modernen Industrierwerk ausweitete.³³ Der Stammvater der Bally-Dynastie war der aus dem österreichischen Vorarlberg Ende des 18. Jahrhunderts eingewanderte Maurer Franz Ulrich Bally. Er legte das Maurerhandwerk beiseite und begann mit einer kleinen Seidenbandfabrik. Sein Enkel Carl-Franz Bally (1821-1899) wagte sich 1851 an den Versuch einer Schuhproduktion.³⁴ Zum Kreis der älteren Generation deutscher Firmengründer gehört auch der aus Frankfurt a. M. gebürtige Heinrich Nestlé (1814-1890), der 1843 in Vevey als Kaufmann anfangt, mit Senf, Sämereien und Petroleumlampen zu handeln. Seine bahnbrechende Erfindung hat er bekanntlich auf dem Gebiet der Säuglings- und Kleinkinderernährung gemacht. Der unermüdliche Experimentierer brachte im Jahre 1868 sein «Nährmehl» zunächst in Vevey, Lausanne und in seiner Heimatstadt Frankfurt zum Verkauf; der Erfolg erschloss ihm alsbald Absatzmärkte in zahlreichen Ländern. Im Jahre 1875 verkaufte er seine Fabrik; am Aufstieg der «Farine Lactée Henri Nestlé» zum Weltkonzern war er nicht mehr beteiligt. Im Gegensatz zum Laienchemiker Nestlé absolvierte der aus dem rheinhessischen Osthofen stammende Georg Wander (1841-1897) ein Fachstudium. Er arbeitete seit 1863 als Assistent am chemischen Laboratorium der Universität Bern und machte sich 1865 mit einem eigenen Labor selbständig. Seine Versuche galten der Herstellung von Malzextrakt, der ebenfalls zur Kinderernährung diente. Unter seinem Sohn Karl Albert Wander (1867-1950), dem Erfinder

der «Ovomaltine», erfolgte dann der Ausbau zum namhaften Unternehmen, der «Dr. A. Wander AG» in Bern.³⁵

Die Mehrzahl der heute noch existierenden Unternehmen deutschen Ursprungs sind erst später unter der Ägide der Niederlassungsverträge entstanden. Dass auch jetzt noch ein blühendes Geschäft aus den bescheidensten Anfängen aufzubauen war, bewies der Württemberger Christian Gröninger (1872-1942). Der Erfolg beruhte jetzt nicht mehr auf Kontinuität, sondern auf einem rasanten Wachstum. Gröninger, der 1901 zusammen mit einem Arbeiter seine Produktion begann, gehörte zu den Ersten, die Kochgeschirr und Haushaltartikel aus Aluminium fabrizierten. Der Erfinder des Dampfkochtopfes «Securo» wandelte 1911 seine Firma zur Gröninger AG um, einer heute noch aktiven Aluminium- und Metallwarenfabrik in Binnigen.³⁶ Der in Oppenau geborene August Graiff (1878-1938) hat die Industrie 1904 als Mitbegründer der Uhrenfabrik Brac AG. in Breitenbach sowie 1908 als Initiator einer Fabrik für Isoliermaterial, der späteren «Micanitwerke Graiff & Cie» in Beckenried gleich in zweifacher Weise befruchtet.³⁷ Gustav Henckell (1859-1942) hatte sich in einer Münchner Konservenfirma sein technisches Know-how angeeignet. Zusammen mit dem Schulkameraden Gustav Zeiler rief er 1885 in Lenzburg eine Konservenfabrik mit eigenen Pflanzungen ins Leben, die er nach dem frühen Tod des Mitbegründers allein aufbaute: die bekannte «Hero Conserven Lenzburg».³⁸ Im Jahr 1891 haben der Halbengländer Charles E. L. Brown und der aus dem fränkischen Bamberg stammende Walter Boveri als unbeschränkt haftende Gesellschafter in Baden die Firma Brown, Boveri & Cie gegründet. Kaum Erwähnung findet jeweils der zweite Deutsche im Bunde, Boveris ebenfalls aus Bamberg gebürtiger Vetter Fritz Funk, der als Kommanditär mit einer Einlage von hunderttausend Franken fast sein ganzes Vermögen zur Gründung beigesteuert hatte. Fritz Funk (1857-1938) leitete den kaufmännischen Betrieb, wurde 1912 Vizepräsident der im Jahr 1900 in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Grossfirma und leitete das Industriewerk nach dem Tod von Walter Boveri (1865-1924) noch ein weiteres Jahrzehnt als Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates.³⁹

Auch in der Textilindustrie haben es nach der Jahrhundertwende deutsche Kaufleute zum Erfolg gebracht, die aus ganz kleinen Anfängen begonnen hatten. Der aus dem badischen Grenzraum stammende David Neuburger (1876-1945) hat im Jahr 1900 in St. Gallen zusammen mit zwei Schwestern trotz seiner geringen Mittel den Schritt zu einem Fabrikations- und Detail-Geschäft der Schürzen-, Blusen- und Da-

menkleider-Branche gewagt. 1911 konnte er sich ganz auf die Fabrikation konzentrieren und schuf einen leistungsfähigen Betrieb, die Blusen- und Kleiderfabrik D. Neuburger & Cie.⁴⁰ Ein bekannter deutscher Textilkaufmann aus der jüngeren Zeit ist Robert Ober (1884-1943) aus Bielefeld. Er hatte sich 1912 in der Schweiz niedergelassen, wo er sich bald naturalisierte und während des Ersten Weltkrieges in der schweizerischen Armee Militärdienst leistete. Gegen Kriegsende begann er am Limmatquai in Zürich mit einem kleinen Damenkonfektionsgeschäft. Sein Stolz war das 1934 an der Sihlbrücke errichtete imposante Geschäftshaus, das die Dimensionen seines geschäftlichen Erfolges widerspiegelte.⁴¹

Hatten sich sowohl der Färbergeselle Heberlein wie die aus der jüngeren Zeit genannten Unternehmer aus den bescheidensten Anfängen emporgearbeitet, so findet sich in Wilhelm Rudolph Schoeller (1827-1902) das Beispiel eines initiativen Grossunternehmers, der den schweizerischen Zweig einer bekannten Industriellenfamilie aus dem rheinischen Düren begründete. Rudolph Schoeller übernahm in den Jahren 1850 bis 1865 als Mitbesitzer die Leitung der Kammgarnspinnerei Breslau und wurde Grossgrundbesitzer in Schlesien. Auch im öffentlichen Leben hatte er es als Vertreter der Stadt Breslau im Preussischen Abgeordnetenhaus oder als Mitglied der Breslauer Stadtverordnetenversammlung schon früh zu hohem Ansehen gebracht. Als Mitglied der liberalen Mehrheit hatte er im Preussischen Landtag gegen die von der Regierung geforderten Kredite für eine Heeresreform gestimmt. Die Missachtung dieser Beschlüsse, durch die Bismarck den ganzen Hass der Liberalen auf sich zog, bewog Rudolph Schoeller, aus seiner Heimat auszuwandern. Im Jahre 1865 siedelte er nach Zürich-Riesbach über, kam um seine Entlassung aus dem preussischen Staatsverband ein und erwarb am 18. Januar 1866 das Zürcher Bürgerrecht. Sogleich hatte er in Schaffhausen mit dem Bau einer Kammgarnspinnerei für Webearne begonnen, aus der später die Vereinigten Kammgarnspinnereien Schaffhausen und Derendingen sowie die Kammwollspinnerei Chessex & Co. hervorgegangen sind. Wiederum waren es kaufmännisches Geschick und technische Pionierarbeit, die Schoeller in diesem Industriezweig den Erfolg sicherten. Bei François Wille in Mariafeld oder im sogenannten Stündli im Gambrinus verkehrte er mit manchem Anhänger der einstigen Achtundvierzigerbewegung. Doch die durch die Kriege von 1866 und 1870 vorbereitete Einigung Deutschlands bewirkte auch bei ihm eine tiefgehende Wandlung in den politischen Ansichten. Im Jahre 1881 übernahm er auf persönliches Zureden des hiesigen deutschen Gesandten General von Röder das Amt eines Konsuls des Deutschen Reiches in Zürich. Obwohl er für die unbesoldete Stelle

Berliner Tagblatt:

„Die Befreiung heißt, das
Land der Welt. Die
Schickung der Götter,
nicht die menschliche
Gerechtigkeit.“

„Für die allerhöchste
Lafsky, die ich flucht
über gehen.“



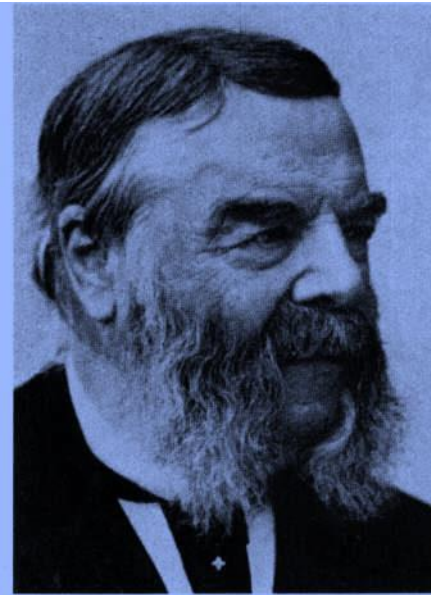
„Als ich in der Nacht
von dem Fenster aus
das Meer sah, die Wellen
auf das Land zu schäumen
sah, da ich die Befreiung
nicht mehr sah.“

„Das Land ist nicht mehr
das Land der Welt, es ist
das Land der Götter, es
ist das Land der Götter,
das Land der Götter, es
ist das Land der Götter,
es ist das Land der Götter,
es ist das Land der Götter,
es ist das Land der Götter,
es ist das Land der Götter.“

Flugblatt (Ausschnitt) gegen den Gotthardvertrag von 1869, von dem eine unwürdige Abhängigkeit von Deutschland und Italien befürchtet wurde. Rechts im Bild der deutschfreundliche Aargauer Politiker Augustin Keller (1805-1883).



Flugblatt (Ausschnitt) mit antisemitischem Einschlag gegen die freie Niederlassung.



Carl Franz Bally (1821–1899)



Henri Nestlé (1814–1890)



Georg Philipp Heberlein (1805–1888)



Gustav Henckell (1859–1942)

Hervorragende Pioniere der schweizerischen Wirtschaft, die aus Deutschland und Österreich stammen.

aus nationaler Begeisterung grosse Opfer an Arbeit und Mitteln aufbrachte, trennte er sich 1886 wieder von seinem Ehrenamt, als die Direktiven des Auswärtigen Amtes und des Gesandten von Bülow unter dem Einfluss der innenpolitischen Verhärtung mit seinen eigenen Anschauungen unvereinbar geworden waren. In seinen späteren Schriften erwies er sich als unverwandter Parteigänger des Kulturkampfes, der eine Religion der freien Überzeugung befürwortete, aber eine Unterwerfung unter kirchliche Lehrformulierungen ablehnte.⁴²

Trotz der Naturalisation blieb auch die nächste Generation eng mit Deutschland verbunden. Der älteste Sohn Leopold *Arthur* Schoeller (1852-1933) betätigte sich ebenfalls als Kaufmann und war Mitinhaber der Firma Schoeller & Co. in Zürich sowie der Breslauer Firma. Seine Frau Anna Ziesing hatte er aus dem Kreis der Deutschen Kolonie Zürichs gewählt.⁴³ Heinrich Paul *Cäsar* Schoeller (1853-1918) besass ebenfalls einen ausgeprägten Unternehmergeist. Seit 1878 leitete er die Schoeller'sche Wollfärberei im Hard bei Zürich und stand der Kammgarnspinnerei Schaffhausen vor. Aus der dritten Generation wurde ein Enkel wieder Industrieller in Düren und wirkte als schweizerischer Generalkonsul in Köln⁴⁴, während der 1881 geborene *Arthur* Carl Friedrich Schoeller als Industrieller und Kavallerie-Oberst die Zürcher Firma weiterführte.⁴⁵ Im Einzugsgebiet des Zürichsees findet sich in dieser Industriellenfamilie wohl das bedeutendste Beispiel deutschen Unternehmertums. Sie bot während Jahrzehnten eine wertvolle Stütze für die Deutsche Kolonie in Zürich.

Auch Basel wies einen solchen Zweig einer deutschen Industriellenfamilie auf. Kommerzienrat Otto Röchling gründete dort die Röchling & Cie GmbH, die in Zusammenarbeit mit dem Mannheimer und Saarbrückener Familienunternehmen Kohle und Eisen, später auch Erdöl importierte. Ebenfalls im Kohlengeschäft war der Kaufmann Karl Geldner von der Geldner AG (Kohlenunion) tätig, dessen unternehmerische Fähigkeiten ihm den Titel eines Konsuls von Uruguay eintrugen. Röchling wie Geldner waren hochgeachtete Mitglieder der Basler Kolonie.

Zahlreiche Geschäftsleute waren in der Schweiz für deutsche Firmen tätig. Der Württemberger Hermann Knodel-Dederer (1882-1954) war 1907 von der Knorr AG in Heilbronn zum Geschäftsführer ihrer Filiale in St. Margrethen ernannt worden. Noch im gleichen Jahr erfolgte die Umsiedelung in das günstiger gelegene Thayngen. Unter Knödels Leitung nahm das Zweigwerk, vor allem nachdem es 1922 zu einem schweizerischen Unternehmen umgeformt worden war, einen gewaltigen

Aufschwung.⁴⁶ Wenn selbst nach dem Ersten Weltkrieg die Zahl der in der Schweiz niedergelassenen deutschen Handelsagenten noch mindestens 1'500 betragen hat, so lässt sich ein Begriff von dem Umfang deutscher Firmenvertreter machen, die vor 1914 den schweizerischen Markt bearbeitet haben.

An den umwälzenden Inventionen auf den Gebieten der Technik, der Massenfabrikation und des Finanzierungswesens, die in der Schweiz die Industrialisierung rasant vorantrieben, waren auch hiesige Deutsche an vorderster Front beteiligt. Aus der langen Reihe der deutschen Ingenieure sei Heinrich Mayer (1869-1941) aus Augsburg hervorgehoben, der am Eidg. Polytechnikum Maschineningenieur studiert hatte und Ende 1902 von Adolph Saurer nach Arbon geholt worden war. Von Mayer ist der berühmte Saurer-Lastwagen mitkonzipiert worden. Als Chefingenieur war er an den Konstruktionen seiner Firma auf dem Gebiete des Automobils, der Bootsmotoren sowie des Flugzeugs massgebend beteiligt.⁴⁷ Für die Entwicklung des weltbekannten Sulzer-Dieselmotors wurde bestimmend, dass Rudolf Diesel (1858-1913), der in Paris geborene von deutschen Eltern abstammende Erfinder, nach dem Abschluss an der TH-München 1879 als Werkstattpraktikant zu den Gebrüdern Sulzer nach Winterthur gekommen und seither dieser Firma besonders verbunden geblieben war.⁴⁸ Ingenieur Arthur Bachem (1850-1930), der einer rheinländischen Familie entstammte und mit den Eltern 1863 nach Zürich übergesiedelt war, bewies sein Geschick und Können bei schwierigen schweizerischen Eisenbahnbauten. Als Bauleiter bei den beiden Tunnels Letten-Stadelhofen-Tiefenbrunnen hat er sich einen Namen gemacht. Sein letzter grosser Bau war die SBB-Strecke Uznach-Wattwil mit dem 8604 m langen Rickentunnel.⁴⁹ Ein erfinderischer Techniker war der Bromberger Ingenieur Hermann Erwin Jahnz (1870-1946), der sich auf das Gebiet der Rechenmaschinen spezialisiert hat. Seit 1905 arbeitete er in Zürich an der Konstruktion einer Rechenmaschine mit automatischer Division und später an einer schreibenden Additionsmaschine, die dann unter dem Namen «Précisa» in der 1935 gegründeten Précisa AG., deren Mitinitiator Jahnz gewesen war, zu einem Fabrikationserfolg wurde.⁵⁰ Auch die Oehler Stahlwerke in Aarau führen sich auf einen aus Deutschland eingewanderten Ingenieur zurück. Noch wären viele Namen deutscher Unternehmerpersönlichkeiten zu nennen, die es aus bescheidenen Verhältnissen zum mittleren oder grösseren Fabrikationsbetrieb gebracht hatten. Sie alle haben sich eingebürgert und brachten, wenn auch nicht immer unumstritten, ihrem Adoptivland Fortschritt und Arbeit.

2. 2 Deutsche Finanzierungsgesellschaften und Kapitalbeteiligungen

Für eine auf die Massenproduktion ausgerichtete industrielle Ansiedelung bot die Schweiz angesichts ihrer Arbeitsbedingungen und der beschränkten Absatzmöglichkeiten aus der Sicht deutscher Grossfirmen wenig Anreiz. Ausserdem hatte sich für den Kleinstaat die Exportlage ungünstig entwickelt. Solange die Freihandelslehre vorherrschte, konnte sich die aufstrebende schweizerische Wirtschaft unter dem System der westeuropäischen Handelsverträge wichtigste ausländische Absatzmärkte erschliessen. Das Umschwenken der Nachbarländer zur Schutzpolitik traf sie am Lebensnerv. Nur widerstrebend löste sich die Schweiz vom liberalen Zolltarif von 1850 und nahm 1887 selbst die Kampfzollpolitik auf. Um den Absatz in Deutschland nicht zu verlieren, errichteten zahlreiche Schweizer Unternehmen Zweigfirmen im deutschen Grenzraum.⁵¹ Sie profitierten von den günstigeren Produktionsbedingungen und suchten sich an der deutschen Eroberung der Weltmärkte zu beteiligen.⁵² Während 1893 bis 1895 zwischen Frankreich und der Schweiz ein Zollkrieg ausbrach, der die französischen Importe noch mehr hinter diejenigen deutscher Waren zurückdrängte, wurden die wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschland und der Schweiz von Jahr zu Jahr enger. Wenn die Importe aus dem Deutschen Reich mit einem Anteil von 26,1% an den schweizerischen Gesamteinfuhren im Jahr 1892 auf 32,6% im Zeitraum 1911/13 stiegen⁵³ und damit eine maximale Verschiebung nach der deutschen Seite hinaufwiesen, so muss man sich das ganze hier aufgezeigte wirtschaftliche Beziehungsgeflecht vergegenwärtigen, um das volle Ausmass der einseitigen Bindung an Deutschland zu erkennen. Die zahlreichen deutschen Einzelunternehmer, die fast ausschliesslich im deutschsprachigen Raum der Schweiz zu bleibendem Erfolg gelangten, haben den Wirtschaftsverkehr nach Norden zweifellos noch erheblich intensiviert. Die Eidgenossenschaft kaufte von Deutschland mehr Waren als Italien, mehr als Schweden, Spanien, die Türkei, Bulgarien und Serbien zusammengenommen! In der Reihe der deutschen Absatzgebiete stand sie 1913 an achter Stelle.⁵⁴

Dem deutschen Kapital bot die Schweiz doppelten Vorteil. Sie war eine günstige Basis für Finanzoperationen internationalen Zuschnitts. Der Umweg über den Kleinstaat verschuf dem deutschen Unternehmertum grössere Bewegungsfreiheit auf den Weltmärkten; vor allem aber hoffte der deutsche Grosskapitalist, im Fall von kriegerischen Verwicklungen Deutschlands, seine Auslandsbeteiligungen hinter dem neutralen Schutzschild retten zu können. Die Reihe deutscher Kapitalbeteiligungen

ist lang und hat vor allem im Zusammenhang mit dem Privateisenbahnbau eine ebenso bewegte wie umstrittene Vergangenheit. Die finanzielle Kooperation, und dies war der zweite Vorteil für die deutsche Seite, diente zugleich dem Ausbau der ausländischen Wirtschaftsinteressen in der Schweiz. Nachdem das eidgenössische Parlament 1852 dem privaten Eisenbahnbau grünes Licht gegeben hatte, erwies sich bald, dass das einheimische Kapital den gewaltigen Aufgaben nicht gewachsen war. Immer mehr mussten auch ausländische Finanzierungshilfen beigezogen werden. Sowohl bei der Schweizerischen Nordostbahn wie bei der ebenfalls 1853 gegründeten Schweizerischen Centralbahn spielten deutsche Bankinstitute zur Durchführung von Anleihen eine wichtige Rolle. Im Juni 1883 wurde von deutschen Kapitalgebern sogar zu einem eigentlichen Sturm auf den Verwaltungsrat der Centralbahn angesetzt, indem einige hundert deutsche Strohmänner im Extrazug zur Generalversammlung nach Basel geführt wurden. Geling damals die Abwehr, so fiel 1892 die Machtprobe zugunsten des ausländischen Aktienbesitzers aus.⁵⁵ Die Finanzierung der Gotthardbahn hatte ein Konsortium deutscher, italienischer und schweizerischer Kapitalgeber an die Hand genommen, bei der die deutsche Beteiligung dank verschiedener Querverbindungen auf weit mehr als ein Drittel stieg. Das 1871 geschaffene Konsortium stand denn auch unter der Führung der Berliner Disconto-Gesellschaft, der Bank für Handel und Industrie in Darmstadt und den beiden Kölner Instituten, des A. Schaffhausen'schen Bankvereins und des Hauses S. Oppenheim jun. Sc Cie.⁵⁶ Im Sommer 1894 gelang es Adolf Guyer-Zeller, dem späteren Gründer der Jungfraubahn, mit Hilfe ausländischer Finanzkreise, bei der Nordostbahn gleichsam im «Staatsstreich» Verwaltung und Direktion zu stürzen. Damit war der letzte Anstoss zum Bundesgesetz betreffend Stimmrecht der Aktionäre von Eisenbahngesellschaften vom 28. Juni 1895 gegeben, das nur Aktionäre als stimmberechtigt anerkannte, die mindestens sechs Monate im Aktienbuch eingetragen waren. Ausserdem mussten von jetzt ab vier Fünftel der Verwaltungsräte Schweizerbürger sein.⁵⁷ Es war dies die längst fällige Reaktion auf die wachsende Auslandabhängigkeit der Privateisenbahnen, von denen, wie die nun Einblick gewährenden Aktienanmeldungen offenlegten, zum Teil nur noch Minderheitsbeteiligungen in schweizerischen Händen lagen. Bei der Nordostbahn gehörten 54% und bei der Centralbahn 59% des am Stimmrecht interessierten Aktienkapitals Ausländern, deren Anteil bei der Gotthardbahn sogar 95% betrug.⁵⁸ Es handelte sich dabei überwiegend um deutsches Kapital, das durch sein massives Auftreten dem Misstrauen gegen Germanisationsbestrebungen neue Nahrung gab. Auf das deutsche Engagement bei der Jura-Simplon-Bahn,

die Tätigkeit der kurzlebigen im Hinblick auf schweizerische Eisenbahngeschäfte 1888 gegründeten Internationalen Bank in Berlin, die deutschen Querverbindungen zu verschiedenen hiesigen Eisenbahnbanken – auf diese vielfältigen Finanzverflechtungen des von Hoffnungen und Enttäuschungen so bewegten Eisenbahnbaus kann hier nicht weiter eingegangen werden. Ein gerechtes Urteil wird festhalten müssen, dass bei allen negativen Aspekten der Überfremdung die deutschen Kapitalgeber durch ihre Risikobereitschaft auch dann Engpässe und Krisen überwinden halfen, wenn einheimische Finanzkreise ihre Hilfe entweder versagten oder sich in ihren finanziellen Möglichkeiten überfordert fühlten.

Neben dem Eisenbahnbau arbeitete deutsches Kapital schon früh auch im schweizerischen Bankwesen mit. Für die Verwirklichung der Idee, auf Grund von Obligationenanleihen Aktiven von vielversprechenden Wirtschaftsunternehmen für das eigene Portefeuille zu erwerben, um sie dann nach einigen Erfolgsausweisen mit Gewinn an das Publikum zu veräußern, hat der 1852 gegründete Credit Mobilier de France das Beispiel gegeben. In der Schweiz fand dieses zur Erschliessung neuer Industrien wertvolle, aber für die Spekulation anfällige Finanzierungssystem bald Nachahmung, wobei deutsches Grosskapital eine rege Aktivität entfaltete. Die 1856 ins Leben gerufene «Deutschschweizerische Kreditbank in St. Gallen», die von St.-Galler Kaufleuten gemeinsam mit süddeutschen Privatbankiers gegründet worden war, wollte die Wirtschaftsbeziehungen zum süddeutschen Raum enger gestalten.⁵⁹ An der am 5. Juli 1856 konstituierten Schweizerischen Kreditanstalt in Zürich, hatte sich die «Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt zu Leipzig» mit 50 Prozent des Aktienkapitals beteiligt, das auf dreissig Millionen Franken festgesetzt worden war, aber erst zur Hälfte zur Ausgabe gelangte. Der Leipziger Bank wurden zwei der fünfzehn Verwaltungsratssitze eingeräumt. Zu ihren Vertretern ernannte sie Oberst Bernhard Friedrich Fischer von Brugg sowie Benedikt La Roche-Stehelin von Basel, den ersten schweizerischen Generalpostdirektor. Ihre Nachfolger waren 1869 der Glarner Textilindustrielle Caspar Jenny aus Ziegelbrücke und 1877 Nationalrat J.H. Bühler-Honegger. Sie begnügte sich mit der Delegation von deutsch-freundlichen Schweizern. Die Statutenrevision vom 30. März 1885 hat auch dieses Recht der Leipziger Kreditanstalt beseitigt.⁶⁰ Trotzdem blieben die Geschäftsbeziehungen mit deutschen Kreditinstituten, mit der Deutschen Bank und der Berliner Handels-Gesellschaft ausserordentlich eng, wie bei den «Trustbanken» ersichtlich wird. Filialen von deutschen Banken in der Schweiz hatten gegenüber den einheimischen Institutionen ei-

nen schweren Stand. Die Niederlassung der Oberrheinischen Bank in Mannheim kam in Basel gegen die Vorbehalte nicht an und wurde 1904 von der Schweizerischen Kreditanstalt übernommen.⁶¹ Die Leipziger Kreditanstalt hatte seinerzeit aus richtigem Gespür die Beteiligung an einem schweizerischen Institut einer eigenen Filialgründung vorgezogen.

Auch in Basel wurde eine Bankiergruppe vor die Alternative gestellt, entweder eine enge Kooperation mit deutschen Banken einzugehen oder eine starke Konkurrenz an Ort hinzunehmen. So kam es am 23. November 1871 zur Unterzeichnung des Gründungsprotokolls des «Basler Bankvereins» in Frankfurt a. Main. Das Gründungskapital war auf 50 Millionen Franken festgesetzt worden, von denen vorerst 30 Millionen zur Emission gelangten. Davon wurde je ein Drittel der aus fünf Privatbanken bestehenden Syndikatsgruppe in Basel, die schon seit 1854 zusammenarbeitete, sowie dem Frankfurter Bankverein zugewiesen, während das letzte Drittel dem Wiener und Berliner Bankverein überlassen blieb. Die Statuten des Frankfurter Bankvereins dienten dem neuen Institut als Vorbild. Am 12. Februar 1872 wählte die konstituierende Generalversammlung die siebzehn Verwaltungsräte, von denen sieben in Deutschland wohnten. Sie vertraten die Interessen des Frankfurter, Berliner und Pfälzer Bankvereins, des Bankhauses L. von Steiger & Cie in Frankfurt sowie der k. k. österr. priv. allgemeinen Boden-Credit-Anstalt in Wien, die 1870 zusammen mit dem Wiener Bankverein den Frankfurter Bankverein errichtet hatte. Für den Handel mit Aktiven des Basler Bankvereins (BBV) bot Frankfurt langezeit den wichtigsten Markt; Mitte 1885 erfolgte dann ihre Einführung an der Basler Börse. Wäre es allein nach den unzufriedenen deutschen Aktionären gegangen, so hätte das Basler Unternehmen, das ihnen als misslungene Spekulation galt, in der Krise von 1873 wieder liquidiert werden sollen. Auf die Dauer gesehen erwies sich dann aber die Frankfurter Gründerbank als die kurzlebigere. Im Zuge der allgemeinen Kapitalkonzentration ging sie 1886 an die Deutsche Bank über, die Hermann Marcuse vom Bankverein Frankfurt als Delegierten im Verwaltungsrat des BBV beibehielt. Den starken deutschen Einfluss beschnitt die Statutenänderung von 1887 insofern, als nun alle Mitglieder des leitenden Ausschusses in Basel wohnhaft sein mussten; von dem auf ein Maximum von zwölf Personen reduzierten Verwaltungsrat durfte nur noch ein Drittel im Ausland domiziliert sein. Wichtiger als die Geschäftsbeziehungen nach Frankfurt waren die Verbindungen mit Berlin geworden. Der BBV engagierte sich am dortigen Bankhaus J. Dreyfus-Jeidels, das mit Basel besonders ver-

knüpft war, hatte doch der Vater des Berliner Bankteilhabers hier 1823 die Textilhändler Isaac Dreyfus errichtet. Diese engere Beziehung nach Berlin kam dadurch zum Ausdruck, dass neben der Deutschen Bank 1889 auch der Disconto-Gesellschaft ein Verwaltungsratsmandat eingeräumt wurde.⁶² Deutsche Finanzkreise hatten auch bei der Gründung des Zürcher Bankvereins (ZBV) mitgewirkt. Als 1889 die Subskription der ausgeschriebenen Aktien für den ZBV um ein Vielfaches überzeichnet worden war, schrieb die «Zürcher Post» wenig erfreut:

«Wo aber lag das Motiv zu dieser Gründung? In Zürich und dessen Kanton, wie überhaupt in der deutschen Schweiz sind bereits solide und mächtige Banken genug; zunächst wird also das Motiv auch bei den Gründern in dem Verlangen nach raschem und mühelosem Profit zu suchen sein. Diese Antwort und vielleicht gar noch mehr liegt auch in den an die Spitze tretenden Namen. C. Fierz-Landis und Generalkonsul L. Brettauer in Zürich, Kommerzienrath L.M. Goldberger, stellvertretender Vorsitzender der internationalen Bank in Berlin, sind diese Namen.»⁶³

Der deutschen Drohungen im Verlauf des Wohlge-muth-Handels eingedenk, war es dem Demokratenblatt «fast auch etwas international-unheimlich zu Muth bei einer derartigen Bankgründung». In der Tat verstieg sich das neue Unternehmen, das aus der Umwandlung der Bankkommandite Brettauer, Knauer & Cie in eine Aktiengesellschaft hervorgegangen war, in riskante Spekulationen. Statt der erhofften Gewinne handelte es sich um grosse Verluste und einen fragwürdigen Ruf ein. Der ZBV wurde 1892 auf eine neue Basis gestellt. Dem nun auf Seriosität haltenden Institut gehörten keine ausländischen Verwaltungsräte mehr an. 1895 gingen der ZBV und 1896 die Schweizerische Unionbank in St. Gallen in die BBV auf. Hieraus entstand am 1. Januar 1897 der «Schweizerische Bankverein» (SBV), dem auch die Basler Depositen-Bank einverleibt wurde. Im Gesamtunternehmen finden sich gegen die Jahrhundertwende die renommierten Berliner Finanzinstitute Deutsche Bank, Disconto-Gesellschaft, Haus S. Bleichröder und die Berliner Handels-Gesellschaft vertreten. 1912 fusionierte die Bank von Speyr in Basel mit dem SBV. Da die Dresdner Bank zur Hälfte am Aktienkapital der A.G. von Speyr & Co. beteiligt gewesen war, gelangte ein grösseres Paket an SBV-Aktien in ihren Besitz. Der SBV hatte die Schweizerische Kreditanstalt überholt und war vor dem Ersten Weltkrieg zur grössten Schweizer Bank geworden. Umso alarmierender wirkten die deutschen Kapitaleinflüsse insbesondere in der Westschweiz. Mit Rücksicht auf die einheimische Kritik

wollte der SBV der Dresdner Bank keine offizielle Vertretung einräumen. Hingegen wurde neben Alfred und Albert von Speyr auch Hans Schuster-Gutmann, ein Sohn des langjährigen aus Strassburg stammenden Bankvereinpräsidenten Johann Jakob Schuster, in den SBV-Verwaltungsrat aufgenommen. Er figurierte als ehemaliger Geschäftsführer der von Speyr & Co. in diesem Gremium; da der in Berlin wohnhafte Finanzmann zugleich Direktionsmitglied der Dresdner Bank war, konnte diese Lösung als Kompromiss gelten. Als Schuster im Februar 1914 starb, hielt der SBV es angesichts des Europa spaltenden Nationalismus für untragbar, den Verstorbenen durch einen Vertreter der Dresdner Bank zu ersetzen. Unter dem Zwang der Verhältnisse entschloss er sich zu grösserer Zurückhaltung. Nach Kriegsausbruch geriet er unter heftigen Beschuss der «Financial Review» und des «Wall Street Journal». Wollte der SBV, dem Abhängigkeit von Deutschland vorgeworfen wurde, seine weltweite Geschäftstätigkeit nicht lahmlegen, so musste er die Demission der drei verbliebenen ausländischen Verwaltungsratsmitglieder verlangen. Während W. Kopetzky vom Bankhaus Kopetzky & Cie in Berlin den Rücktritt zuvor schon selbst angeboten hatte, gaben sich die Disconto-Gesellschaft sowie der Wiener Vertreter der «Merkur»-Bank verärgert und drohten mit dem Abbruch der Beziehungen.⁶⁴ Eine Aera vielfältiger Geschäftsverbindungen hatte damit eine Wendung genommen. Sowohl der SBV wie die Schweizerische Kreditanstalt sind für die deutsch-schweizerischen Kooperationen auf dem Gebiet der finanziellen und industriellen Unternehmungen schrittmachend gewesen und haben in diesem Bereich eine hervorragende Stellung erlangt.

Die Bank von Elsass und Lothringen gehörte zu den wenigen Finanzinstituten, die in der Schweiz eine eigene Filiale besaßen – seit 1909 in Basel. Die Zweigstelle der Allgemeinen Elsassischen Bankgesellschaft wandelte sich in jenem Jahr zur Société de Banque et de Dépôts und ging 1920 an die Schweizerische Kreditanstalt über.⁶⁵ Die Deutsche Bank, die Darmstädter Bank und die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft hielten in Zürich eine ständige Vertretung. Die Privatbank Julius Bär & Cie war im Besitz eines naturalisierten Deutschen und unterhielt enge Beziehungen zu ersten deutschen Banken. Die 1910 eröffnete Bank A.G. Guyerzeller soll nach Kenntnis des deutschen Generalkonsuls Rheinboldt in Zürich dem Stahlwerk Becker-Konzern nahegestanden haben.⁶⁶

Diese Bankverbindungen wusste die deutsche Wirtschaft für ihre expansiven Pläne zu nutzen. Während mit dem sich abzeichnenden Rückkauf der Eisenbahnen durch den Bund sowie mit der zunehmenden Kapitalbildung schweizerische Gelder

nach gewinnbringenden Anlagen suchten, lockte Deutschland die neutralen Kapitalien mit grossen Ertragsaussichten. Da Frankreich für Investitionen wenig attraktiv war, fanden die deutschen Beteiligungsangebote umso stärkeren Widerhall. Die Partizipation von Schweizern an den weltwirtschaftlichen Aspirationen des deutschen Imperialismus vollzog sich durch die nach englischem Muster errichteten Financial Trusts. Die 1890 durch Georg Siemens von der Deutschen Bank in Berlin und vom Wiener Bankverein zusammen mit der Kreditanstalt geschaffene «Bank für Orientalische Eisenbahnen», die mit einem zu 20% einbezahlten Aktienkapital von 50 Millionen Franken begann, zog aus ihrem Engagement an der Betriebsgesellschaft der Orientalischen Eisenbahnen beträchtliche Gewinne, trug dann aber durch ihre Beteiligungen an der Anatolischen Eisenbahn seit dem Balkankrieg von 1912 und dem Weltkrieg auch den schweizerischen Geldgebern schwere Verluste ein.⁶⁷ Andere Finanzierungstrusts standen unmittelbar im Dienste der deutschen Grossindustrie, die im internationalen Konkurrenzkampf um die wirtschaftliche Nutzung der revolutionären Elektrotechnik den schweizerischen Kapitalmarkt beanspruchten. Mit kleinem Eigenkapital grosse Unternehmergeschäfte in Bewegung zu setzen, diese Kunst beherrschte Emil Rathenau (1838-1915), der Gründer der Berliner «Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft» (AEG). Aus der «Bank für Elektrische Unternehmungen in Zürich», die 1895 auf Anregung der AEG von der Deutschen Bank und der Berliner Handels-Gesellschaft zusammen mit der Kreditanstalt ins Leben gerufen wurde, entstand die älteste und bedeutendste Finanzierungsgesellschaft der Schweiz für die elektrotechnische Industrie. An dem vorerst zur Hälfte einbezahlten Aktienkapital von 30 Millionen Franken waren die Kreditanstalt, die Eidgenössische Bank und die Union Financière de Genève mit einem Anteil von 20% beteiligt, während die deutsche Gruppe 76% und der Credito Italiano 4% des Aktienkapitals besaßen. Durch Aktienumtausch gelangte die Elektrobank 1898 vorübergehend sogar zu 95% in deutschen Besitz.⁶⁸ Obwohl Carl Abegg-Arter, der Präsident der Kreditanstalt, dem Verwaltungsrat vorstand, wurde die Geschäftspolitik der Elektrobank von Emil Rathenau, dem eigentlichen Initianten, und vorübergehend von Georg Siemens sowie von Rathenaus Bankier Carl Fürstenberg bestimmt. Sie stand im Dienst der AEG-Absatzpolitik, indem sie durch gezielte Kapitalbeteiligungen an bestimmten Unternehmungen der Elektroindustrie Auftragsbeschaffungspolitik betrieb. Ausserdem wollte der AEG-Konzern seine Auslandsbeteiligung im neutralen Ausland verankern und suchte von der massvollen Steuerpraxis sowie vom elastischen Aktien-

recht der Schweiz zu profitieren. Vor dem Ersten Weltkrieg kam es zu zahlreichen Engagements an deutschen, französischen, italienischen, russischen und südamerikanischen Unternehmungen. So profitträchtig die Elektrobank für ihre Geldgeber vor 1914 war, schadete sie in der Ausrichtung ihrer Geschäftspolitik auch den Wirtschaftsinteressen ihres Gastlandes. Die schweizerische Elektroindustrie wurde von der deutschen Konkurrenz ohnehin schon arg bedrängt. Wenn nun durch hiesige Obligationenkäufer der Elektrobank Kapital zufloss, mit dem das deutsche Unternehmen auch die schweizerische Elektroindustrie durch Beteiligung von sich abhängig zu machen suchte, um einen allfälligen lästigen Konkurrenten unter Kontrolle zu halten, so treten die fragwürdigen Seiten dieser Finanztransaktionen besonders drastisch zutage. Unter anderem beteiligte sich die Elektrobank um die Jahrhundertwende namhaft an der Maschinenfabrik Oerlikon und erwarb grössere Aktienpakete der im Frühjahr 1900 in eine Aktiengesellschaft umgewandelten Brown, Boveri & Cie in Baden, die zum Teil direkt an die AEG übergingen. Auch auf die 1895 von der BBC mit der AG Leu & Co. für die eigenen Firmeninteressen gegründete Finanzierungsgesellschaft «Motor-AG» suchte die Elektrobank Einfluss zu nehmen, so dass eine eigentliche Umklammerung der BBC durch den übermächtigen deutschen Konkurrenten befürchtet werden musste. Erst die 1913 gegründete «Columbus AG», vor allem aber die vom Weltkrieg bewirkten Umwälzungen haben die BBC, deren Verwaltungsrat bis 1914 Walther Rathenau (1867-1922) angehört hat, aus der drohenden Abhängigkeit befreit. Die starken deutschen Verbindungen erhielten schliesslich ein Gegengewicht in den Beziehungen zum englischen Vickers-Konzern. Die deutschen Anteile an der Gotthardwerke-Aktiengesellschaft für elektrochemische Industrie in Bodio sind 1921 an die Motor-Gruppe übergegangen. Die Elektrobank hat bekanntlich auch bei der Finanzierung schweizerischer Elektrizitätswerke mitgewirkt.⁶⁹ Sie gelangte nach 1914 fast völlig in schweizerischen Besitz und firmiert seit 1946 unter dem Namen «Elektro-Watt Elektrische und Industrielle Unternehmungen AG».

Emil Rathenau hatte sich schon im Jahr 1888 zusammen mit Georg Siemens und Carl Fürstenberg, dem mit der AEG verbundenen Bankier der Berliner Handelsgesellschaft, an der Gründung der Aluminium-Industrie-Aktien-Gesellschaft in Neuhausen beteiligt. Die Schweizerische Aluminium AG wurde in Europa schrittmachend auf dem Gebiet der Aluminiumgewinnung und bot für die AEG im Bereich der Elektrochemie grosses Interesse.⁷⁰ Das Eisen verarbeitende Werk am Rheinfall,

das sie aufkaufte, war 1809 von den aus Thiergarten bei Sigmaringen stammenden Brüdern Joseph und Anton Georg Neher gegründet worden.⁷¹ Walther Rathenau, der Sohn des AEG-Präsidenten, hat nach seinem Studium in Neuhausen drei Jahre lang mitgearbeitet, wo von ihm ein Verfahren zur Gewinnung von Chlor und Alkalien durch Elektrolyse entwickelt worden ist. Nach diesem Praktikum übernahm er 1893 die Leitung der «Elektrochemischen Werke G.m.b.H.» in Bitterfeld. Rathenau, der später ermordete Aussenminister, pflegte unter anderem als Delegierter der Elektrobank auch in den folgenden Jahren rege Geschäftsbeziehungen mit der Schweiz.⁷²

Die 1896 errichtete «Schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie in Basel» war eine Beteiligungsgesellschaft, die primär den Interessen von Siemens & Halske in Berlin diente. Die «Indelec» finanzierte vor allem ausländische Gesellschaften im Bereich der Siemens-Gruppe und gründete in der Schweiz die Elektrizitätswerke Wynau A.G. in Langenthal.⁷³

Seit 1910 arbeitete die «Schweizerische Gesellschaft für Metallwerte in Basel» als Finanzierungstrust für die Metallgesellschaft und Metallbank in Frankfurt, die zum Merton-Konzern gehörten.⁷⁴

Für alle diese Finanzgesellschaften traf mehr oder weniger die bei der Elektrobank gemachte Feststellung zu, dass einerseits die schweizerischen Kapitalgeber während Jahren ein gutes Anlagegeschäft machten, dass aber dadurch die ausländische Konkurrenz gegenüber der einheimischen wesentlich gestärkt wurde. Aber auch hier gilt es zu differenzieren. Durch die Kooperation mit der deutschen Industrie erfuhr die schweizerische Wirtschaft eine starke Belebung. Sie selbst wirkte am revolutionären Umbruch in der Industrie unmittelbar mit und gewann aus der Zusammenarbeit sowohl an technischem wie finanzpolitischem Know-how hinzu. Die Form der deutschen Beteiligung wies gegenüber der offenen Konkurrenz durch ausländische Filialgründungen auch gewichtige Vorteile auf. Hätte Rathenau statt des Zusammengehens mit der Aluminium-Industrie AG Neuhausen wie geplant ein eigenes deutsches Aluminiumwerk errichtet, so wäre der «Metallurgischen Gesellschaft», die auf den Absatzmarkt in Deutschland hoffte, wohl kaum diese glänzende Zukunft beschieden gewesen.

Das massive Eindringen deutschen Kapitals in die schweizerische Schwerindustrie zeigte sich auch bei der Firma Escher Wyss & Co., von der eine Aktienmehrheit in deutsche Hände übergang, die dann im Ersten Weltkrieg von der Firma aber wieder zurückerworben wurde; die in der kaufmännischen und technischen Leitung führenden Mitarbeiter deutscher Herkunft behielten ihre massgebende Stellung dessen un-

geachtet bei.⁷⁵ Die Aufzug- und Räderfabrik Seebach, die spätere Maschinenfabrikbau A.G. Seebach, lehnte sich an das Stahlwerk Becker an, während die Akkumulatorenfabrik Oerlikon der Akkumulatorenfabrik Berlin-Hagen verbunden war. Die Deutschen Eisenbahn-Signalwerke A.G. in Bruchsal besaßen die schweizerische Stellwerk A.G., die spätere Signum A.G. in Wallisellen. Der Import von Elektromaterial wurde von den Zürcher Niederlassungen der Elektrokonzerne AEG, Siemens-Schuckert, Siemens & Halske und Auer beherrscht. Die bedeutende Elektrogrosshandlung A.G. Otto Fischer in Schaffhausen-Zürich war ebenfalls ein deutsches Unternehmen.⁷⁶

Doch auch andere Branchen wiesen direkte deutsche Beteiligungen oder eigene deutsche Vertretungen auf. Vom deutschen Kohlenhandel führten unter anderem Stinnes, der Röchling-Konzern und das Rheinische Braunkohlensyndikat Niederlassungen in der Schweiz. Im Bereich der Nahrungsmittelindustrie ist der deutsche Franck-Kathreiner-Konzern zu nennen, der seit dem Jahr 1913 eine mit 60 Millionen Franken Kapital ausgestattete Trustgesellschaft, die «Internationale Nahrungs- und Genussmittel A.G.» mit Sitz in Schaffhausen besaß, zu der dann Ende 1921 die «Interfranck» hinzukam. An Henckells Konservenfabrik Lenzburg arbeitete übrigens auch nach dem Ersten Weltkrieg immer noch 20 Prozent deutsches Kapital mit.

Auf dem Gebiet der chemischen Industrie ist neben den zum Sichel-Konzern gehörenden elektrochemischen Werken vor allem auf die vom bayerischen Wacker-Konzern kontrollierten Lonza-Werke hinzuweisen. Zahlreiche Versicherungen wie die Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft, die Schlesische Feuerversicherungsgesellschaft und die Allianz Versicherungs-A.G. Berlin, um nur einige zu nennen, bemühten sich um die schweizerische Kundschaft. An der Wiege der Schweizerischen National-Versicherungsgesellschaft in Basel und der Schweizerischen Mobiliar-Versicherungsgesellschaft in Bern hatte die Münchener Rückversicherungsgesellschaft AG gestanden, die – 1880 gegründet – vor 1914 zur grössten Rückversicherungsgesellschaft der Welt geworden war. Von den 107 im Jahr 1913 vom Bund konzessionierten Versicherungsgesellschaften waren lediglich 29 schweizerischer, aber 35 deutscher, 28 französischer und 8 englischer Nationalität.⁷⁷

Unter den übrigen Kapitalbeteiligungen ragen die Warenhäuser und hier insbesondere die Brann A.G. in Zürich mit ihren Filialen hervor. Sie lag ganz in den Händen deutscher Besitzer, die zu 80 Prozent in der Schweiz und zu 20 Prozent in Deutschland wohnten. Nach dem Ausscheiden von Julius Brann übernahm der Zür-

cher Industrielle Oscar Weber das Warenhaus. Die Leitung und etwa ein Drittel des Aktienkapitals der Aktiengesellschaft «Magazine zum Globus» in Zürich hatten bei Kriegsbeginn in deutschen Händen gelegen. Bei Milliet & Werner in Lugano war der Mitinhaber Werner ein Deutscher. Der Bing-Konzern in Nürnberg, der für die Lieferung von Haushalts- und Warenbedarf Weltruf hatte, unterhielt in Zürich eine Filiale unter der Firma «Convertra G.m.b.H.».

Auch in der Hotellerie finden sich deutsche Investitionen. Einige Einwanderer haben sich zu renommierten Hotelbesitzern emporgearbeitet. Die beiden Zürcher Luxushotels «Baur en Ville» und «Baur au Lac» verdanken ihre Existenz dem aus dem österreichischen Götzis stammenden Johannes Baur (1795-1865). 1899 vorübergehend in den Besitz des Spekulanten Jakob Lassmann gekommen, ging das Hotel «Baur en Ville» einige Jahre später an den Münchner Hoteliersohn Jakob Schwarz über, dessen Erben es dann nach dem Ersten Weltkrieg wieder veräußerten.⁷⁸ Auch der Eigentümer des bekannten Hotels «St. Gotthard» in Zürich war gebürtiger Deutscher gewesen. In den Kurorten Davos und Arosa standen verschiedene Sanatorien und Hotels unter deutscher Leitung oder befanden sich zum Teil in deutschen Händen.⁷⁹

Aktien des Artistischen Instituts von Orell Füssli sowie von den Vereinigten Kunstanstalten und vom Christlichen Buch- und Kunstverlag Karl Hirsch vereinigte die 1896 errichtete «Gutenbergbank für graphische Unternehmungen» in Zürich. Angesehene Buchdruckereien befanden sich in deutschem Besitz, und auch der «Tages-Anzeiger» war eine deutsche Verlagsgründung. Die Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse verfügte über eine vorzüglich organisierte Niederlassung mit Vertretungen an den wichtigsten schweizerischen Plätzen. Die Firma W. Vobach & Co. in Berlin, die dann an den Stinnes-Konzern übergang, vertrieb durch ihre Zürcher Filiale die «Schweizerische Frauen- und Modenzeitung», bis sie 1931 von Ringier & Co. AG Zofingen übernommen wurde. Ergänzend sollen an deutschen Buchhandlungen nur die Firmen Albert Müller, C. M. Ebell, Buchhandlung der Evangelischen Gesellschaft in Zürich erwähnt werden. Der Inhaber der Buchhandlung J. Rascher & Co. stammte ebenfalls aus Deutschland. Der Verlag von Reclam & Co. in Leipzig besass eine Filiale mit Bücherlager in Olten und eine Vertretung in der Limmatstadt. In Bern hatte sich der aus Preussen stammende Alexander Francke mit Erfolg als Buchhändler etabliert.⁸⁰

Wenn auch nicht das Faktum, so überrascht doch der hohe Grad dieser weitverbreiteten engen deutsch-schweizerischen Wirtschaftsverflechtung vor dem Ersten

Weltkrieg. Allerdings bietet die vielerwähnte Überfremdung keinen ausreichenden Gesichtspunkt, um die Bedeutung der deutschen Arbeitskräfte, Kapitalien und des mitgebrachten Fachwissens für die gesamtwirtschaftliche Bilanz zu beurteilen. Weder wies die «*évasion des capitaux allemands*»⁸¹ nur negative Aspekte auf, noch liess sich die Vielzahl dieser Unternehmerpersönlichkeiten auf den von Guggenheim beschriebenen Typus des pangermanischen Imperialisten reduzieren. Soweit sie sich selbst in ihrer schweizerischen Umgebung für Liberale hielten, geschah dies zumeist im Sinne von Karl Viktor Böhmert (1829-1918), jenem aus Sachsen stammenden und von 1866 bis 1875 in Zürich lehrenden Nationalökonom, dem als Verfechter des uneingeschränkten Wirtschaftsliberalismus ein tieferes Verständnis für die Lösung der sozialen Frage abging. Zu der Verschärfung der Klassegegensätze hat ihr fast um jeden Preis errungener Erfolg, wurde er zu Lasten der Arbeitskräfte erlangt, mit beigetragen.

Die einzelnen Generationen von Einwanderern haben sich verschiedenartig am Aufblühen von Handel und Gewerbe sowie an der alles umwälzenden Industrialisierung beteiligt. Vor dem Niederlassungsvertrag von 1876 sind die überwiegend dem Handwerkertum und dem Kleingewerbe entstammenden Betriebsgründer in ihren Niederlassungsstaat voll integriert worden. Die Fortentwicklung ihrer Familienunternehmen in der zweiten und dritten Generation vollzog sich als substantieller Teil der schweizerischen Volkswirtschaft. In den gut zwei Jahrzehnten vor dem Ersten Weltkrieg, als die Industrielle Revolution einen Höhepunkt durchlief, hat sich die Zahl der deutschen Unternehmer und Kaufleute in der Schweiz in einer Masse kumuliert, die die frühere Integrationsfähigkeit bei Weitem überstieg. Die Gruppe derjenigen, die sich auch in dieser späteren Phase einbürgerte und sich an ihren früheren Verbindungen desinteressierte, ist nicht als gering zu veranschlagen. Ihre Leistungskraft, ihr Vorsprung an technischem Wissen, ihre Erfindergabe oder ihr kaufmännisches Geschick – kurz die Grundlagen ihres Erfolges kamen in erster Linie der Adoptivheimat zugute. Diese hat auch von jenem zweiten Personenkreis, der sich naturalisierte, aber weiterhin mit dem Geburtsland in reger Verbindung blieb, mehrheitlich eine Bereicherung erfahren. Wie viel die schweizerische Wirtschaft ihnen ebenso wie den zugewanderten Facharbeitern an Fortschritt und Gedeihen zu verdanken hat, ist von den zweifachen düsteren Erfahrungen mit dem deutschen Imperialismus überschattet worden. War diese wirtschaftliche Belebung bei Abschluss des ersten Niederlassungsvertrages geradezu herbeigewünscht worden, so verkehrte sich das Lockmittel der Freizügigkeit nach der Jahrhundertwende vom Vorteil zur

Belastung. Das starke Überhandnehmen von deutschen Gewerbe- und Handeltreibenden, die lediglich die im Niederlassungsvertrag garantierte Freizügigkeit dazu nutzen wollten, um in der Schweiz ihr Geld zu machen und dabei die einheimische Wirtschaft durch eine übermächtige Konkurrenz schädigten, wurde für den Kleinstaat zum Problem. Hier war ein Fall von «Überfremdung» entstanden, der die einheimische Volkswirtschaft in ihrer Entfaltung eher zu beengen drohte, statt sie zu begünstigen. Eine ähnliche Umkehr in der Entwicklung lässt sich auf dem Gebiet der deutsch-schweizerischen Kapitalkooperation feststellen. Durch sie sind neue Industriezweige angeregt und risikobelastete schwierige Unternehmungen verwirklicht worden, die die Schweiz aus eigener Kraft nicht meistern konnte. Sowohl Schweizer wie Deutsche haben aus der Zusammenarbeit grossen wirtschaftlichen Nutzen gezogen. Das massive Eindringen der deutschen Grossindustrie, die hierfür auf dem Umweg über die Finanzierungsgesellschaften zum Teil sogar schweizerisches Kapital benützte, nahm jedoch vor dem Ersten Weltkrieg zeitweilig Formen einer eigentlichen Unterwanderung wichtigster Wirtschaftszweige an, deren weitreichendes Ausmass bisher verborgen geblieben war.

2. Die Deutschen Hilfsvereine (DHV) in der Schweiz

Das Spottwort, «wo sich drei Deutsche treffen, gründen sie einen Verein», zielt nicht ohne Grund auf die unpolitische kleinbürgerliche Masse zumal der national gesinnten Auslandsdeutschen. Denn ihre Palette von Vereinsgruppen war besonders bunt. Die Vereinigungen, die sich in der nationalen Gesinnung verbunden wussten, lassen sich wie folgt aufgliedern:

- a) Die landsmannschaftlichen Vereinigungen, die den Kontakt unter den Angehörigen der einzelnen deutschen Bundesstaaten im Ausland pflegten. Am zahlreichsten sind die Zusammenschlüsse der Süd- und Südwestdeutschen. Die Badenser-, Bayern-, Württemberger-, aber auch die Sachsen-Vereine gediehen wie alle diese Gruppen vornehmlich in den Städten, vor allem in Basel, Zürich und St. Gallen. Bei den zwei oder drei Plattdütschen-Klubs schuf das heimatliche Idiom das verbindende Element.

- b) Die Gesangvereine, die sowohl die Geselligkeit wie den Patriotismus hochhielten. Der vom Schweizer Musikpädagogen Hans Georg Nägeli (1773-1836) populär gemachte Männerchorgesang, der in seiner volkstümlichen Verankerung ein Gegengewicht zur künstlerischen Exklusivität der norddeutschen Liedertafeln bildete, fand auch unter den Reichsangehörigen aller politischen Schattierungen eifrige Anhänger. Diese «Deutschen Liederkränze», «Deutschen Männerchöre» und «Deutschen Liederhallen» belebten die nationalen Koloniefiern mit patriotischen Liedern oder nahmen zum Teil mit grossem Erfolg an gesanglichen Wettkämpfen teil.
- c) Die Vereinigungen beruflicher Art auf nationaler Basis. Hierzu gehörten einige Vereine der in Basel und Schaffhausen stationierten badischen Zoll- und Eisenbahnbeamten, aber auch der nach Ortsgruppen aufgebaute Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, dessen Gründung ins Jahr 1893 fiel und der sich gegen ein Eindringen der Sozialdemokratie in die Angestelltenschaft richtete.
- d) Die Deutschen Hilfsvereine, die aus patriotischem Pflichtgefühl die Not unter den hiesigen Landsleuten lindern und eine lebensfähige Auslandskolonie erhalten wollten. Dieser Zielsetzung verpflichtet waren auch die Deutschen Frauen- und Krankenpflegevereine.
- e) Die nationalistischen Gruppen, die ausschliesslich eine Stärkung des Deutschen Reiches sowie des Auslandsdeutschtums zum Ziele hatten. Zu ihnen zählten sowohl die militaristischen Kriegerbünde wie die zivilen Chauvinistenvereine vom Typus des Alldeutschen Verbandes.

Mit Ausnahme der beiden letzten Gruppen wird auf die einzelnen Vereine nur am Rande einzutreten sein. Obwohl ihr Schicksal zum historischen Lokalkolorit manche Nuancen beifügen könnte, enthält es in der Substanz keine neuen Perspektiven zur Geschichte der Deutschen in der Schweiz. Soweit diese Vereinigungen der Geselligkeit lebten, haben sie auch kaum Spuren zur historischen Rekonstruktion hinterlassen. Ebenso ist es für den Gesamtzusammenhang unfruchtbar, etwa den gesanglichen Qualitäten einzelner deutscher Männerchöre nachzuspüren. Ein die Zersplitterung überwindender Verband aller national gesinnten Vereine kam unter den Auslandsdeutschen auf gesamtschweizerischer Ebene vor 1914 nicht zustande. Hingegen ermöglicht es die Zentralisation der Deutschen Hilfsvereine, die nach und nach Ortsgruppen in der ganzen Schweiz besass, einen Einblick in das Kolonieleben zu gewinnen. Ihr gehörten Mitglieder aus allen Gruppen der national gesinnten Kolonie an. Ausserdem war sie die einzige Organisation unter den Auslandsdeutschen, die

mit den deutschen Amtsstellen in praktischer Zusammenarbeit stand, während die üblichen Glückwunschtelegramme bei patriotischen Vereinsanlässen wenig Nützliches zeitigten.

3. 1 Von den einzelnen Sektionen zum Zentralverband

Die Deutschen Hilfsvereine (DHV) waren Selbsthilfeorganisationen der hiesigen Reichsangehörigen, um sowohl die Not unter den Niedergelassenen wie diejenige der mittellosen Wanderer zu lindern. In gewissem Sinne dienten sie zugleich dem Selbstschutz, indem sie einer krassen Ausartung der Bettelei steuern und das Ansehen der Deutschen im Ausland heben wollten. Die Motivationen zu ihrer Gründung, bei denen nationale Erwägungen nicht weniger als humanitär-soziale Gesichtspunkte mitgespielt haben, hat der DHV Basel 1865 in einem Hilfsgesuch an das württembergische Ministerium des Äussern dargelegt:

«Der Deutsche, welcher unsern Vereinen als zahlendes Mitglied beitrifft, thut dieses nicht allein aus Menschenliebe, aus Mitleid mit dem bedrängten Landsmanne; ihn treibt noch ein Anderes: das Bedürfnis, im Auslande sich mit Ehren als Deutscher zu fühlen. Denn wer als Deutscher längere Zeit im Auslande gelebt hat, der weiss, in welchem Grade recht-, schutz- und hilflos er in so manchen Fällen neben Bürgern anderer Staaten dasteht; und zumal in der Schweiz müssen wir das, was auch nicht den dortigen Behörden, so doch dem Publikum gegenüber, oft genug empfinden. Diesem niederdrückenden Zustande gegenüber sind wir nun in unsern Hilfsvereinen zusammengetreten, um da, wo die politische Organisation unseres Vaterlandes uns im Stiche lässt, von uns aus und mit unsern Kräften einzutreten, dem bedrängten Landsmanne, soweit Angehörige anderer Staaten bei ihren Gesandtschaften und Konsulaten finden, und auf diese Weise uns selbst und dem deutschen Namen, den Schweizern gegenüber, achtende Anerkennung zu verschaffen.»⁸²

Während die deutschen Handwerkervereine sich auf die Gewinnung einer ganz bestimmten Gesellschaftsklasse beschränkten, appellierten die DHV an die Solidarität aller Auslandsdeutschen. Obwohl sie als Hilfsvereine keine politischen Ziele verfolgten, sprach aus ihrer praktischen Arbeit das Hoffen auf ein möglichst bald geeintes Deutschland. Wenn deutsche Gesandtschaften in der Schweiz sich den notlei-

denden Landsleuten versagten, so waren es die privaten Hilfsvereine, die ungeachtet der bundesstaatlichen Zugehörigkeit bewiesen, dass die nationale Zusammengehörigkeit keine Leerformel war. Die DHV sind daher stets mehr als blossen Unterstützungsorganisationen gewesen und haben für den Zusammenhalt unter den Auslandsdeutschen eine tragende Rolle gespielt.

Die Anregung zur Gründung der DHV kam von zwei Seiten her. Es existierten eine Reihe schweizerischer Hilfsvereine im Ausland, die von Bund, Kantonen, Gemeinden und Privaten finanziellen Beistand erhielten. Ausserdem nahmen in Paris und London bereits DHV Unterstützungsaufgaben wahr. Zur Nachahmung angepornt, kam es auf den Aufruf des Universitätsprofessors Eduard Bobrik (1802-1870) hin, der mit seinen Klagen über die schlechte Behandlung der Deutschen in der Schweiz schon früher Aufregung verursacht hatte, am 7. Februar 1856 in Zürich zur Gründung des ersten DHV der Schweiz. Der Versuch war überaus gut geglückt, gehörten doch dem «Deutschen Hilfsverein Zürich» am Ende seines Geburtsjahres 227 Mitglieder an. Da er Fr. 1'183.06 eingenommen, aber nur Fr. 581.82 an 48 Hilfsbedürftige ausbezahlt hatte, konnte er bereits im Anfangsjahr einen Grundstock für das Vereinsvermögen legen.⁸³ Seine Mitglieder bezahlten einen Jahresbeitrag von sechs Franken. Dieser Mindestbeitrag wurde bis zur Satzungsrevision im Juni 1922 unverändert beibehalten.⁸⁴ Manche steuerten einen weit höheren Betrag bei. Die Verwaltung führte ein aus Präsident, Kassier und Aktuar bestehender Ausschuss, der ebenso wie die zwei Ersatzmänner und die drei Rechnungsrevisoren alljährlich von der Generalversammlung gewählt wurde. Nach den Statuten lautete der Vereinszweck: «Der Zweck des Vereins ist, mit Rath und That hilfsbedürftigen Deutschen in der Stadt Zürich und den angrenzenden Gemeinden beizustehen. Ausnahmsweise können auch Personen, welche sich nicht in Zürich befinden, aus der Vereinskasse unterstützt werden.»⁸⁵

Es wäre verfehlt, den Gründerkreis allein nach dem flottenbegeisterten Philosophieprofessor einzustufen. Die führenden Mitglieder entstammten zum Teil der Achtundvierziger-Emigration und sind jenen Gruppierungen zuzuordnen, aus denen die Wortführer des national und demokratisch-liberal gesinnten Bürgertums kamen. Der erste Präsident des DHV Zürich war Heinrich Runge (1817-1886), der nach seiner Rückkehr im Jahr 1861 neben Franz Duncker und Eugen Richter in der Deutschen Fortschrittspartei an leitender Stelle auf die Einigung Deutschlands unter Preussen hinwirkte.⁸⁶ Karl Nauwerk (1810-1891), der Nachfolger Runges im Amt des Vorsitzenden, gehörte zum Gesinnungskreis um Kinkel und verfocht in Zürich

das politische Programm des Deutschen Nationalvereins.⁸⁷ Nauwerk hat sich sowohl für den Ausbau des Zürcher Vereins, wie für die Schaffung eines «Centralvereins der deutschen Hilfsvereine in der Schweiz» eingesetzt.⁸⁸ Sie war notwendig geworden, nachdem sich im Oktober 1861 zu Bern und im Juli 1862 in Basel zwei weitere Hilfsvereine gebildet hatten. Da alle drei DHV auf Beitragsleistungen von Seiten der deutschen Regierungen und Behörden hofften, eine Vielzahl von Einzelgesuchen eine positive Reaktion wohl eher erschwerte als begünstigte, drängte sich eine solche Zentralisation auf. Aber auch dem Vagabunden- und Schwindlerunwesen, das die Vereine immer wieder heimsuchte, sollte mit dem regelmässigen Austausch von Unterstützungslisten ein Riegel geschoben werden. Am 20. September 1863 gründeten daher die DHV Zürich, Bern und Basel in Olten einen Bund zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen. Die Geschäfte führte ein Vorort, der alljährlich neu bestimmt wurde und bis Anfang der neunziger Jahre unter den wichtigsten Sektionen alternierte. Entsprechend seiner Bedeutung wurde dann der DHV Zürich ständiger Vorort. Die Jahresversammlung wählte den Vorort und beschloss über die Verwendung der Überschüsse aus der Zentralkasse. In diese flossen sämtliche von ausserhalb der Schweiz kommenden Beiträge von Nichtmitgliedern, sofern die Geber nicht anders darüber bestimmt hatten, sowie fünf Prozent der ordentlichen Beiträge der Mitglieder der einzelnen Sektionen.⁸⁹ Die drei Hilfsvereine legten in Olten ihre mehrere Kantone umfassenden Zuständigkeitsgebiete fest, um eine möglichst vollständige Betreuung ihrer Landsleute zu erreichen. Im Mai 1864 nahm der DHV Genf seine Tätigkeit auf, die sich vorerst allerdings nur auf die Unterstützung von hilfsbedürftigen Durchreisenden beschränkte. Alsbald trat auch in Aarau ein DHV ins Leben. Beide Vereine wurden Sektionen der Zentralisation, die mit steigenden Mitteln sich gegenüber Neugründungen reservierter verhielt. Das Aufnahmegesuch des DHV Solothurn in den Zentral-Verband wurde 1869 abschlägig beschieden. Die Gewähr für den gesicherten Fortbestand sei bei ihm noch nicht geboten.⁹⁰ Da die Zentralkasse dank der Zuschüsse einzelner Bundesländer relevante Beträge an die Ausgaben der einzelnen Sektionen beisteuern konnte, legten die revidierten Statuten vom 26. Juni 1870 für den Eintritt neuer Vereine verschärfte Bestimmungen fest.⁹¹ Auch die in Chur und Lausanne entstandenen DHV mussten sich gedulden, bis sie 1872 in den Verband aufgenommen wurden.⁹² In den folgenden Jahren kamen die DHV Neuenburg und La Chaux-de-Fonds hinzu. 1878 erweiterten die DHV St. Gallen und Winterthur, 1893 Luzern, 1897 Biel, 1899 Freiburg und Lugano, 1901 Montreux, 1903

Olten, 1907 Rorschach und 1908 der wiedererstarke DHV Solothurn den Kreis der Sektionen.⁹³ Der Verband konnte die Zahl seiner Mitglieder von 681 im Jahr 1864 bis 1913 auf 3'670 Zugehörige steigern.⁹⁴ Die Zentralisation, in der alle Sektionen ungeachtet ihrer Grösse gleichberechtigt waren, hat ihre Statuten bis zum Ersten Weltkrieg nur zweimal bereinigt. Die Fassung vom 29. Juni 1873 legte in Paragraph 10 neu fest, dass sich die kleineren Vereine auf die Linderung der örtlichen Not konzentrieren müssten, damit sie ihre Mittel durch die Unterstützung an Durchreisende nicht bis zur Wirkungslosigkeit aufsplitterten.⁹⁵ Die Statutenrevision vom 2. Juli 1911 räumte zusätzlich die Möglichkeit zur Einberufung einer ausserordentlichen Zentralversammlung ein, sofern dies fünf Vereine in einem begründeten Antrag verlangten. Paragraph 10 bestätigte in seiner neuen Form, was schon früher selbstverständliche Praxis gewesen war, dass die Hilfe sowohl den deutschen wie den österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen zuzuwenden war.⁹⁶ Die nachfolgende Übersicht fasst die äussere Verbandsentwicklung in ihren statistischen Daten zusammen:

ZENTRAL-VERBAND DER DEUTSCHEN HÜLFSS-VEREINE IN
DER SCHWEIZ 1863-1914⁹⁷

Jahr	Sektionen nach Eintritts- jahr	Mitglieder- bestand	Geleistete Unterstützungen des Vororts u. d. Vereine in Franken	Anzahl der un- terstützten Per- sonen
1863	Zürich, Bern, Basel			
1864	Aarau, Genf	681	5 109.67	952
1866		959	11 850.72	2 220
1868		971	16 376.08	2 638
1870		1057	23 389.—	3 165
1872	Chur, Lausanne	1202	19 627.72	2 462
1874		1286	23 755.55	2 408
1876	Neuenburg, La Chaux-de-Fonds	1607	27 551.24	2 575
1878	St. Gallen, Winterthur	1758	27 061.57	5 065
1880		1788	31 385.89	6 522
1882		1913	29 335.40	7 048
1884		2052	35 663.65	6 183
1886		2055	37 883.90	5 021
1888		2043	48 778.12	5 324
1890		2112	54 810.85	6 035
1893	Luzern	2216	67 697.18	6 901
1895		2442	74 260.85	7 848
1897	Biel	2792	77 549.22	8 594
1899	Freiburg, Lugano	3199	68 944.—	8 568
1901	Montreux	3066	70 251.28	10 459
1903	Olten	3030	67 854.44	10 879
1905		3184	76 620.95	10 270
1907	Rorschach	3274	75 496.34	8 619
1908	Solothurn	3333	94 016.77	11 504
1910		3534	98 213.98	11 188
1912		3761	112 724.19	10 333
1914		3810	214 689.58	20 309

Wie die Aufstellung offenlegt, hat die Zentralisation die Zahl ihrer Sektionen, vor allem aber den Umfang ihres Mitgliederbestandes fast kontinuierlich zu einem starken Verband erweitern können. Am auffälligsten jedoch ist die enorme Zunahme der geleisteten Unterstützungsbeiträge sowie der mit Geldzuwendungen bedachten Personen. Um mehrere tausend Hilfsbedürftige zu betreuen, bedurfte es der Bereitschaft von Freiwilligen, die anfallende Arbeitslast auf sich zu nehmen.

3. 2 Das Unterstützungswesen und die Kooperation mit den deutschen Reichsbehörden

Die deutschen Einwanderer hatten sich, wenn sie in eine schwierige Lage gerieten, in früheren Jahrzehnten an die örtlichen Armenpflegen gewandt. Dass sich wie in der lutherischen Gemeinde von Genf Deutsche an der Fürsorge für ihre Landsleute beteiligten, war eine Ausnahme. Obwohl einheimische kirchliche Stellen sowie freiwillige Armenvereine immer wieder auch Ausländern halfen, blieben diese die unerbetensten Gäste; vor allem die bettelnden Wanderburschen waren den Schweizern ein Ärgernis und den nationalbewussten niedergelassenen Deutschen eine Schmach. Das Ziel der Hilfsvereine, selbst für die notleidenden Landsleute zu sorgen, liess sich aus eigenen Kräften aber nicht annähernd erreichen. Die Lokalvereine mussten sich in den Anfangsjahren sogar in den meisten Fällen damit begnügen, Durchreisenden mit Geldgeschenken von zwanzig oder fünfzig Rappen zu helfen. Grössere Gaben in Geld und Kleidungsstücken wurden ihnen ins Wanderbuch eingetragen. Diese Art der ungezielten Hilfe steuerte weniger der Not als dass sie die Wanderlust förderte. Immerhin erschlossen die Mitgliederbeiträge den DHV regelmässige Quellen. Eine wirksame Unterstützung war jedoch ohne staatliche Beihilfen auf die Dauer kaum zu leisten. Um bei den Heimatbehörden Verständnis für ihr Anliegen zu finden, bedurfte es eines zähen, oft jahrelangen Ringens. Die ersten Subventionen hatte der DHV Zürich erlangt, der sich nach fünfjährigem Bestehen berechtigt fühlte, die gleichen staatlichen Zuschüsse zu beanspruchen, wie sie schon den DHV in Paris und London zugestanden worden waren. Bremen und Hamburg erklärten sich 1861 zu Beihilfen bereit. Neben den vier freien Städten entsprachen auch Sachsen-Coburg-Gotha (1861) und das Grossherzogtum Baden (1862) dem Ersuchen; das letztere

spendete sowohl dem Zürcher wie dem Berner Verein tausend Franken. Noch wichtiger war sein Zugeständnis, den von den Hilfsvereinen empfohlenen heimkehrenden Deutschen auf den badischen Staatsbahnen freie oder halbfreie Fahrt zu gewähren. Angesichts der zahlreichen Reiseunterstützungen entlasteten die Freifahrten das Vereinsbudget ganz erheblich, weshalb sich die DHV auch bei anderen Eisenbahnen für Vergünstigungen einsetzten. Während namentlich die bayrische Regierung jede Beihilfe ablehnte, gelang es mit der Fürsprache des badischen Ministerresidenten bei der Schweiz und Württemberg, Freiherrn von Dusch, in Stuttgart wenigstens für die heimkehrenden Württemberger eine Fahrtaxenermässigung zu bewirken. Ausserdem gewährten die Main-Neckar-Bahn und in der Schweiz die Nordostbahn sowie die Centralbahn halbe oder freie Fahrt.⁹⁸ Unerquicklich waren die langwierigen Auseinandersetzungen deshalb, weil die Freifahrtscheine einmal nur an Süddeutsche, dann an alle Deutschen, schliesslich wieder allein an die Angehörigen von Baden, Württemberg, Bayern, Sachsen und der Thüringischen Länder ausgehändigt werden durften, um insbesondere die Preussen von den Vergünstigungen auszuschliessen. Die deutsche Einigkeit wurde damals nur im Ausland praktiziert. Oesterreich-Ungarn verhielt sich gegenüber den Bitten der DHV zunächst abweisend. Im Budget des Staatsministeriums sei für solche Auslagen keine Vorsorge getroffen worden, vor allem aber sei hier nach dem Stande der Gesetzgebung die Armenpflege den Obliegenheiten der autonomen Gemeinden zugehörig und keineswegs Sache des Staates. Bei den Gemeinden, denen die Mittel fehlten, war jedoch die Armenpflege ihrer im Ausland lebenden Angehörigen kaum zur Pflicht zu machen. Von den Fr. 8'952.54 waren im Jahr 1865 immerhin Fr. 1'038.25 für die Angehörigen Österreichs auf gewendet worden.⁹⁹

Das Kriegsjahr 1866 brachte den DHV zusätzliche Aufgaben. Der deutsche Bruderkrieg stellte die hiesige Kolonie vor eine Belastungsprobe, auf die noch näher einzugehen sein wird. Nicht jeder Einberufene konnte für die Rückfahrtkosten selbst aufkommen. Um dennoch dem unerwarteten Ruf zu der Waffe Folge zu leisten, mussten 83 Soldaten Mittel der DHV beanspruchen. Die mannigfachen Geschäftsstockungen, die der Krieg auch in der Schweiz hervorgerufen hatte, verschärften die Not unter den Niedergelassenen. Trotzdem häuften sich deutsche Einwanderer, die im konfliktverschonten Nachbarland vergeblich nach einer besseren Lebensexistenz suchten. Betrug die Gesamtzahl der Unterstützten im Vorjahr 1'314, so benötigten dieses Mal allein 1'425 Handwerker Hilfe, die zusammen mit den 144 Kaufleuten und Commis, den 142 Frauen, den 116 Kellnern und und Bedienten sowie anderen Unterstützungsbedürftigen, darunter 31 Literaten und Lehrer, 2'220 Spendenemp-

fänger ergaben.¹⁰⁰ Nach seinem Ausdehnungsgebiet von 1866 berechnet, stellte nun Preussen mit 512 Bittstellern das grösste Kontingent an Unterstützungsbedürftigen, gefolgt von Württemberg (441), Baden (388), Bayern (278) und Österreich (209).¹⁰¹ Durch einen erneuten Vorstoss war es dem Verband in diesem Jahr gelungen, über die königlich preussische Gesandtschaft in Bern aus Berlin einen Beitrag von Fr. 2'000.– zu erwirken, der seither regelmässig von Preussen beigesteuert wurde.

Obwohl die DHV an Arbeitsfähige möglichst keine Reiseunterstützungen mehr ausbezahlen wollten, verschlang diese Art der Hilfeleistung immer noch die meisten Mittel. Die lang dauernde Arbeitslosigkeit sowie die Fahnenaufgebote, aber auch die Heimschaffung ganzer Familien erforderten Flexibilität in der Ausgabenpolitik. Die verschiedenen Eisenbahnen gestanden 1866 für Rücktransporte insgesamt 480 Freifahrtscheine (1865: 294) zu. Wurde bei dieser Form der Unterstützung mit geringen Mitteln Vielen geholfen, so erforderte die Hebung der Familiennot im Einzelfall grössere Summen, die sich zwischen Fr. 50.– bis Fr. 550.– bewegten. So erhielten etwa die beiden Waisenknaben eines bei der Choleraepidemie von 1867 in Zürich verstorbenen Sachsen während sieben Jahren auf Kosten der Zentralkasse ihre Erziehung an der Wernerschen Rettungsanstalt in Reutlingen. Jener Frau mit vier Kindern hingegen, die ein Grazer Musiker in St. Gallen im Stich gelassen hatte, konnte der Zentralverband nur die Heimreise finanzieren.¹⁰² Die Ausrichtung von längerfristigen Zuschüssen musste in der Regel angesichts der beschränkten Mittel die Ausnahme bleiben.

Die dritte Unterstützungsart betraf die Krankenpflege. Zumeist handelte es sich um Beihilfen an Miete und Lebensunterhalt, da kein Verdienst mehr einging. Gelegentlich wurde auch eine Badekur etwa im Armenbad Pfäfers bewilligt. Ein verbreitetes Übel war die Scabies: «Leider absorbiert einen bedeutenden Posten die Kategorie der Krätzkranken, welche den einzelnen Vereinen allmählich zur drückenden Last werden und die wir vorzugsweise der Unreinlichkeit vieler Herbergen verdanken. Eine dringende Aufforderung an die Polizeibehörden zur besseren Überwachung dieser Lokalitäten erscheint vollständig geboten.»¹⁰³ Seit 1867 war auch die kaiserlich österreichische Regierung dazu bereit, den DHV jährlich Fr. 1'500 – zu überweisen, so dass in die Zentralkasse Fr. 8'000 – von Seiten der Heimatbehörden eingingen, während die einzelnen Sektionen zusammen Fr. 10'724.22 aufbrachten. In Bezug auf die Vergünstigungen bei den bayrischen Staatsbahnen erwies sich die

bayrische Gesandtschaft in Bern als besonders schwieriger Verhandlungspartner. Immerhin flossen seit 1867 auch von Bayern jährlich Fr. 2'000.– dem Verband zu.¹⁰⁴

Ein Problem, mit dem sich die DHV während der Anfangsjahre auseinanderzusetzen hatten, betraf die steigende Zahl deutscher Fremdenlegionäre. Die in Algerien eingesetzte 1831 von Louis Philippe gegründete französische Fremdenlegion entliess ihre Angehörigen entweder mitten im Herzen Frankreichs und gab sie ohne die nötigen Subsistenzmittel dem Elend der Heerstrasse preis oder transportierte sie zur Schweizergrenze, was praktisch einer Abschiebung nach Genf oder Basel gleichkam. Ausserdem bettelten bis 1867/68 solche durch die Schweiz heimkehrende deutsche Fremdenlegionäre, die unter Maximilian dem mexikanischen Kaiserreich gedient hatten, und bis zur Aufhebung der weltlichen Herrschaft des Patrimonium Petri sprachen auch deutsche Söldner aus den Reihen des päpstlichen Heeres bei den DHV vor. 1867 wurden 81, 1868 aber gar 179 und im nächsten Jahr immer noch 91 Fremdenlegionäre unterstützt.¹⁰⁵

Die Kapitulation von König Georg V. trotz seines Achtungserfolges bei Langensalza und die anschliessende Annexion Hannovers durch Preussen hatte eine grössere Anzahl von Soldaten der unterlegenen Truppen zur Flucht in die Schweiz bewogen. Das Interesse an diesen Emigranten, die der deutschen Einigungsbewegung auf keiner Seite förderlich gewesen waren, blieb unter den Auslandsdeutschen eher gering. Die 383 hannoverschen Militärflüchtlinge wurden auf insgesamt 18 Unterbringungsorte verteilt. Nachdem auf Drängen der Schweiz die preussische Gesandtschaft eine straffreie Aufnahme zugesichert hatte, kehrte bis Ende 1867 der grösste Teil dieser Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurück. Jenen, die schriftenlos vom neutralen Boden aus unverwandt für die Wiederaufrichtung eines selbständigen Hannover kämpfen wollten und hierfür in Anlehnung an frühere Beispiele eine paramilitärische Organisation aufrecht zu erhalten suchten, wurde die Ausschaffung angedroht, weshalb sie im Januar 1868 nach Frankreich hinüberwechselten.¹⁰⁶

Die Nützlichkeit der DHV erwies sich im Deutsch-Französischen Krieg in zweifacher Hinsicht. Wiederum galt es, den Mittellosen unter den zum Kriegsdienst aufbotenen beim Einrücken behilflich zu sein. Die preussische Regierung gewährte für diese Zusatzaufgabe sogar einen ausserordentlichen Zuschuss von Fr. 3'000.–, der zu gleichen Teilen den DHV Basel, Bern und Genf zugeleitet wurde. Die Zahl der unterstützten Militärpflichtigen ist nicht separat aufgeführt; doch vermitteln die 3'165 Einzelfälle (Vorjahr: 2'230) sowie die 2'282½ abgegebenen freien Eisenbahnbillets (1869: 1'175) einen Begriff von dem Aufgabenzuwachs jenes Entscheidungs-

jahres.¹⁰⁷ Eine schwere Belastung entstand für die DHV dadurch, dass Frankreich nach Kriegsausbruch die auf seinem Gebiet wohnenden Deutschen auswies. Im August 1870 strömten sie bei Genf oder Basel über die Grenze. Aber auch in Zürich hatte der DHV in jenem Monat 570 Freiquartiere für Ausgewiesene bereitgestellt. Da die Direktion der Nordostbahn dem Verein im Bahnhof ein Zimmer zur Einrichtung eines Bureaus überlassen hatte, konnte er einen ständigen Betreuungsdienst aufrechterhalten. Zumeist nachts langten die Ausgewiesenen in Zürich an. Je nach ihrer Ankunfts- und Aufenthaltszeit wurden ihnen in der Bahnhofrestauration oder im alten Schützenhaus Speise und Trank gereicht. Wer nicht weiterreiste, erhielt Nachtquartier. Alle diejenigen, denen die Mittel zur Weiterreise fehlten, wurden kostenfrei zur Grenze befördert, wofür die Nordostbahn halbe Taxe bewilligte. Der DHV gab den Bedürftigen überdies eine Wegzehrung an Geld, und aus den Kleidersammlungen erhielten Familien und Einzelne in Notfällen Sachen zum Anziehen. Die Zahl der Unterstützten belief sich in Zürich auf 3'000 Personen, für die Fr. 2'889.35 ausgegeben wurde. In Basel und Genf war der fast drei Monate dauernde Andrang der Ausgewiesenen noch bedeutend stärker gewesen.

Obwohl der DHV in der Rhonestadt Fr. 7'508.60 und am Rheinknie Fr. 5580.20 aufgebracht hatte, war die hiesige Deutsche Kolonie nicht in der Lage, den in Not geratenen Landsleuten allein beizustehen. «Ministère français a décidé de renvoyer tous les Allemands des pays belligérants sauf certaines exceptions»; so hatte Bundespräsident Jakob Dubs in seinem Telegramm vom 19. August 1870 die Basler Regierung alarmiert. Von Mitte August bis Anfang April 1871 sind insgesamt 228 Transporte mit 6061 aus Frankreich ausgewiesenen Deutschen durch Basel geleitet worden, fast ein Viertel von ihnen waren Kinder unter zwölf Jahren. Unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung wurden sie hier gepflegt und untergebracht und erhielten notfalls für die Weiterreise einen Viaticums-Betrag. Das «Comité zur Unterstützung der aus Frankreich ausgewiesenen Deutschen» in Frankfurt am Main sah sich denn auch veranlasst, durch besondere Schreiben an die Schweizer Behörden für die Teilnahme, die die Unglücklichen zumal in Basel, Neuenburg und selbst in Genf gefunden hatten, seinen Dank abzustatten.¹⁰⁸ Diese Hilfeleistung geriet jedoch in Deutschland rasch in Vergessenheit. Dass viele Schweizer nach dem Grenzübertritt der Bourbaki-Armee eine nicht geringere Anteilnahme am Los der französischen Internierten zeigten, fand dort kaum Verständnis.

Mit der Bourbaki-Armee waren auch einige kriegsgefangene Deutsche auf schweizerisches Gebiet übergetreten. In St. Gallen, wo sie zunächst im alten Tuch-

haus an der Neugasse untergebracht wurden, erhielten sie von hier ansässigen Landsleuten zusätzlich Wäsche und warme Unterkleider. Bald darauf im appenzellischen Gontenbad interniert, kamen die 58 zumeist aus Pommern stammenden Soldaten in den Genuss von Spenden, die ein wohlhabendes, in Berlin ansässiges früheres Mitglied des DHV Zürich überwiesen hatte.¹⁰⁹ Dass der Patriotismus in jenen Monaten hohe Wellen schlug, fühlte der DHV auch an den reichlicher fliessenden Privatspenden.

Nach dem starken Aderlass, dem die Kassen der DHV während des Krieges ausgesetzt worden waren, galten die nachfolgenden Jahre dem Bemühen um eine Konsolidierung. Die deutsche Einigung hat sich für die DHV günstig ausgewirkt. Hatte ihr Mitgliederbestand 1870 die Tausendergrenze überschritten, so umfasste er im nächsten Jahr schon 1'218 Beitragszahlende. Die DHV Solothurn waren mit 34, Lausanne mit 24, Chur mit 60 und Biel mit 29 Mitgliedern im Zeichen der nationalen Begeisterung entstanden, gehörten dem Zentralverband aber noch nicht an. 1871/72 erhielt die Zentralkasse erstmals auch einen Zuschuss von Fr. 375.– aus Elsass-Lothringen, wofür sich Generalleutnant Maximilian Heinrich von Roeder, der seit 1867 als preussischer Gesandter und nun als Vertreter des Deutschen Reiches in Bern amtierte, eingesetzt hatte. Bereits 248 Personen aus dem annektierten Reichsland hatten die DHV in Anspruch genommen.¹¹⁰

Die Jahresberichte der Hilfsvereine sind gleichsam nachträglich verzeichnete Barometerstände der bürgerlichen Verhältnisse und Zustände; in ihnen widerspiegeln sich Aufschwung und Stockungen des Handels wie auch der Wandel innerhalb der Gesellschaft selbst. Unmittelbarer als auf Grund ökonomischer Statistiken werden hier die schwankenden Existenzverhältnisse der ärmeren Klassen sichtbar. In guten Zeiten mehren sich die Vereinsmitglieder, und den steigenden Einnahmen stehen die sinkenden Ausgaben gegenüber. Die folgenden Jahre waren keineswegs günstig. Trotz der fieberhaften Konjunktursteigerung finden sich schon im Rechenschaftsbericht von 1872 mahnende Zeichen der ungesunden Wirtschaftsentwicklung. Der DHV Bern hatte im Vorjahr dank seiner gross angelegten Werbeaktion einen Höchstbestand von 330 Mitgliedern erreicht. Seine Vereinsangehörigen entstammten damals noch zu einem grossen Teil Handwerkerkreisen. Es war ihm auch gelungen, ausserhalb der Stadt Anhänger zu gewinnen. Der rasche Erfolg geriet jedoch ins Wanken, sobald sich die mit dem Gründerboom verbundene enorme Lebenskostenverteuerung auszuwirken begann. In der Folge gingen die Beitragsleistungen zurück, und der Mitgliederschwund übertrug sich während der Krise 1873/74 auf fast alle Sektionen. Da die Zentralisation die Vereine Lausanne und Chur neu in ihre Reihen

aufnahm, blieb der Verband in seinem Gesamtbestand ungeschmälert, doch mussten gerade die ältesten Vereine Basel, Bern und Zürich Rückschläge hinnehmen.

Neben den durch die Krise bedingten Einbussen zeichnete sich ein allgemeiner Umstrukturierungsprozess innerhalb der Vereinsmitglieder ab. Auch die DHV spürten, dass die Reichsgründung die Akzente im Verhältnis zwischen Schweizern und Deutschen verschoben hatte; es kam zum Austritt mancher Nichtdeutscher, «welche früher beisteuerten, jetzt aber finden, dass das Milliarden annexirende Deutschland ihrer nicht mehr bedarf».¹¹¹ Nicht allein die gebürtigen Schweizer traten als Mitglieder in den Hintergrund, auch die Angehörigen aus dem Arbeiterstand büssten vieles von ihrer mittragenden Funktion ein. Da bei ihnen die Fluktuation besonders stark war, gingen hier Mitglieder rascher durch Wohnungswechsel verloren, während Neuzugänge aus kleinbürgerlichen Schichten angesichts der Teuerung nur zögernd eintrafen. Die DHV konzentrierten sich in ihrer Mitgliederwerbung darauf, vor allem die wohlhabenden Deutschen zur Beitragsleistung heranzuziehen, allerdings nur mit mässigem Erfolg, denn fast alle Vereine beklagten sich darüber, dass lediglich ein verschwindend kleiner Teil der in ihrem Kanton niedergelassenen Landsleute zur Hilfe bereit sei.¹¹² Die sprunghafte Zunahme auf 1'607 Verbandszugehörige im Jahr 1876 kam durch die Aufnahme der DHV Neuenburg (144 Mitglieder) sowie La Chaux-de-Fonds (135 Zugehörige) zustande, während sich die Entwicklung der übrigen Vereine insgesamt in den konsolidierten und ruhigeren Bahnen des Vorjahres fortbewegte. Der im Januar 1877 gegründete DHV Winterthur sowie der im März des gleichen Jahres entstandene DHV St. Gallen wurden noch, bevor sie dem Verband offiziell angehörten, in die Mitgliederstatistik einbezogen und verdeckten dadurch, dass sämtliche Vereine ausser Zürich 1877 einen erneuten Mitgliederverlust hinnehmen mussten.¹¹³ Wiederum häuften sich die Klagen über die Stockung der Geschäfte und des Verdienstes. Die Zahl der Unterstützungsfälle stieg von 2'986 auf 4'618, wobei die Handwerker, unter ihnen viele Durchreisende, allein einen Zuwachs von 1'005 Hilfsbedürftigen aufwiesen. Die Verdreifachung der Berufslosen sowie die Verdoppelung der notleidenden Familien kündeten von schwereren Zeiten.¹¹⁴ Ein Zeichen wachsender Not setzte wiederum die Zunahme der «erschreckenden Zahl» von an Krätze Erkrankten. Der Verein Basel hatte im Jahr 1878 nicht weniger als 126 Krätze Kranke dem dortigen Bürgerspital zugewiesen. Bezahlte er für die zweitägige Kur pro Person Fr. 2.80, so hatte der noch unerfahrene DHV St. Gallen für die ersten fünf Fälle im Kantonsspital für Fr. 50.– (!) kurieren lassen. Da er mit den Schweizer Behörden noch keine befriedigende Vereinbarung hatte treffen

können, liess er schliesslich alle Krätzigen je nach Herkunft in Konstanz, Lindau oder Friedrichshafen behandeln. Die Behörden von Aarau, Genf, Lausanne, Neuenburg, Winterthur und Zürich boten hingegen in bewährter Zusammenarbeit dazu Hand, die deutschen Krätzekranken gratis zu kurieren.¹¹⁵ Nach dem Vorbild der 1854 in Bonn gegründeten «Herberge zur Heimat» entstanden auch in der Schweiz solche gutes und billiges Unterkommen bietende Herbergen, die weder Alkohol noch Kartenspiel duldeten und durch ihre Reinlichkeit in Zusammenarbeit mit den Armenbehörden unter anderem den Milbenbefall eindämmten.¹¹⁶ Durch eine vermehrte Abgabe von Naturalien sollte dem Missbrauch der dargebotenen Hilfe begegnet werden. Wenn die Geldspenden nur in Alkohol umgesetzt wurden, waren sie nutzlos vertan. Die Besorgung von Kleidung, Wäsche und Schuhzeug, die Ausgabe von Suppenkarten und Lebensmitteln, die Beschaffung von Arbeit oder Bezahlung von Arzt und Medikamenten halfen oft unmittelbarer. Die Abgabe eines Fahrscheines zur Heimreise schloss Missbrauch nur aus, wenn ein Mitglied des Hilfsvereins die Abfahrt selbst überwachte. Fahrkarten wurden sogar veräussert, wenn sie – wie dies im Bahnhof Zürich geschah – den Stempel des DHV trugen!¹¹⁷ Die halbmonatlich unter den Vereinen ausgetauschten Listen der Schwindler fielen immer länger aus. Trotzdem wurde ihre Weiterführung Ende der neunziger Jahre eingestellt, da Arbeitsaufwand und Nutzen in keinem richtigen Verhältnis mehr standen.

An den Enttäuschungen gemessen, unterschied sich die Arbeit der DHV kaum von der armenpflegerischen Tätigkeit anderer Organisationen. Traurige und ungewöhnliche Fälle fehlten nicht. Gefährlich sei es für deutsche Mädchen, bei ihnen unbekanntem Fremden Dienst zu nehmen: «Für ein Loth versprochenen Goldes tragen sie oft Centner von lebenslänglichem Elend heim.» Selbst Opfer der Spielleidenschaft strandeten bei den DHV:

«Auch die Spielhölle von Saxon, kaum sollte man es glauben, sendet unseren Vereinen hie und da Kunden. Gewisse Herrschaften, denen die eigensinnige Göttin beharrlich den Rücken gekehrt, liessen Kinder und Dienstboten als Pfand der unbezahlten Rechnung zurück und suchten selbst das Weite zu gastlicheren Gefilden. Für die verlassen Diener aber hatte der Hilfsverein zu sorgen.»¹¹⁸

Die Frage, woher die Unterstützten stammten, beantwortet die nachstehende Übersicht. Während für Baden und Württemberg der Anteil der Hilfsbedürftigen – vom Stichjahr 1884 abgesehen – eher unter dem erwarteten Stand liegt, überrascht das

umfangreiche Kontingent der Preussen. Die Zunahme der Hannoveraner und Frankfurter, die seit 1866 zu Preussen gerechnet wurden, deutet auf eine, wenn auch nicht gewichtige Abwanderung aus dem ungeliebten Hohenzollernstaat hin.

PROZENTUALER ANTEIL DER UNTERSTÜTZTEN
NACH IHREN HEIMATLÄNDERN¹¹⁹

Länder	1864	1874	1884	1904	1914
Baden	20,6	18,6	30,6	20,3	30,1
Württemberg	19,6	16,3	19,8	15,9	18,0
Preussen	18,6	24,5	16,0	16,4	13,4
Österreich	11,6	9,8	7,9	18,1	11,6
Bayern	9,8	14,3	11,2	13,9	12,5
Sachsen	4,8	5,0	4,3	5,6	3,5
Hessen	3,3	2,3	3,2	1,4	1,9
Elsass-Lothringen		5,0	4,0	4,6	6,4
Übrige	11,7	4,2	3,0	3,8	2,6

Längerfristig hat sich hingegen das Gesetz über das Passwesen vom 12. Oktober 1867 ausgewirkt, das die früher restriktiv gehandhabten Reisepapiere, darunter die Wanderbücher der Handwerksgelesen, zum Ausgang oder zur Rückkehr in das Gebiet des Norddeutschen Bundes als für nicht mehr notwendig erklärte.¹²⁰ Die gewonnene Bewegungsfreiheit nutzten vor allem die bisher der Passpflicht unterworfenen Wanderwilligen aus den sozial ärmeren Klassen, weshalb auch der prozentuale Anteil der Hilfesuchenden aus Preussen anstieg. Erst Anfang der achtziger Jahre, als der Klassenkonflikt die Bewegungsfreiheit wieder einschränkte, fiel er auf 16 Prozent zurück. Die Aufgliederung nach beruflichen Gesichtspunkten ergibt, dass die Handwerker ihre dominierende Rolle als Bittsteller bis zum Krieg beibehielten, wenn sie auch zugunsten der Familienunterstützung etwas zurückgingen.¹²¹

Das ständige Ringen um einzelne Vergünstigungen, die konjunkturbedingten Schwankungen bei den Unterstützungsfällen sowie die Anstrengungen zur Gewinnung von neuen Vereinsmitgliedern fügten sich in den Routinebetrieb eines Verbandes, der unter der Aegide der Niederlassungsverträge den Ausbau des Unterstüt-

zungswesens auf einer gefestigten Basis fortentwickeln konnte. Überblickt man die Jahre bis zum Ersten Weltkrieg, so zeigt sich, dass der Niederlassungsvertrag von 1876 die DHV bei ihren Ausgaben für Krankenpflege und Heimtransporte merklich entlastete. Da nun die Deutschen am Aufenthaltsort den einheimischen Hilfsbedürftigen, die Kur- und Verpflegung benötigten, gleichgestellt wurden, bis sie zur Heim-schaffung befähigt waren, konnten sich die DHV bei ihrer Hilfe auf Krankheitsfälle konzentrieren, die eine baldige Arbeitsaufnahme am Niederlassungsdomizil wahrscheinlich machten.¹²² Der transportfähige sowie der gesunde Arme deutscher Herkunft hatte auch fernerhin kein Recht auf schweizerische Unterstützung. Selbst das Deutsche Reich enthielt ein solches seinen Staatsangehörigen im Ausland vor. Das Reichsgesetz betreffend den Unterstützungswohnsitz, das seit dem 6. Juni 1870 Gültigkeit hatte, wies die öffentliche Unterstützung den Ortsarmen- und Landarmenverbänden zu. Durch einen zweijährigen ununterbrochenen Aufenthalt erfolgte die Aufnahme in den Ortsarmenverband. Deutschland kannte ja nur die Staatsangehörigkeit, aber kein Gemeindebürgerrecht. Der Unterstützungswohnsitz wurde somit ersessen, war aber nach zweijähriger Abwesenheit verjährrbar. Das deutsche Recht sah keine auswärtigen Unterstützungen vor; im Fall der Auslandsdeutschen galt nur die staatsvertraglich geregelte Rücknahmepflicht der armenpolizeilich Heimgeschafften.¹²³ Die Beitragsleistungen des Deutschen Reiches sowie seiner Bundesstaaten an die DHV in der Schweiz erfolgten formal freiwillig, wenn sie auch zumindest eine Ehrenpflicht waren. Gerade in Unterstützungsfragen erwies es sich drastisch, wie fremd den inneren und subalternen Amtsstellen des Reiches die Nöte der Auslandsdeutschen langezeit geblieben waren. Seit dem Jahr 1881 begannen die DHV auf dem Korrespondenzweg bei den dortigen Armenbehörden darauf hinzuwirken, in bestimmten Einzelfällen Beihilfe zu leisten. Ein Hauptargument war, dass die betreffende Familie im Fall einer Unterstützungsverweigerung ausgewiesen werden könnte und dann ganz dem zuständigen Landarmenverband zur Last fallen würde. Obwohl Deutschland mehr als Frankreich oder gar Italien, aber bedeutend weniger als die Schweiz für seine in Not geratenen Staatsangehörigen im Ausland tat, gelang es nur mit Mühe, bei den Provinzialdirektionen, Landarmenverbänden und Kreis-ausschüssen ein positives Ergebnis zu erzielen. Erst in den neunziger Jahren zahlten vor allem süddeutsche Armenbehörden häufiger für einzelne Familien Beihilfen, die den lokalen Hilfsvereinen in der Schweiz, gelegentlich auch an die schweizerischen freiwilligen Armenpflegen, die sich Ausländern angenommen hatten, überwiesen wurden.

Diese Gelder übertrafen allmählich die Jahresbeiträge von rund Fr. 15'000.– der verschiedenen deutschen Regierungsstellen, die weiterhin Hauptquelle der Verbandskasse waren. Der Ertrag wurde vom Zentralkassier nach Abzug der Aufwendungen für Direkthilfen, Verwaltung und Rückstellungen an die Lokalsektionen nach Massgabe ihrer ausbezahlten Unterstützungen verteilt.¹²⁴

Spielte sich die Kooperation mit den deutschen Behörden harzend ein, so erwuchs den Deutschen an manchen Orten ihres Gastlandes von Seiten der einheimischen Armenpflegen eine weit über das Mindestmass hinausgehende Hilfe. In den Kantonen war das Armenrecht verschieden ausgebildet, und einzelne Stände wie Bern und Neuenburg liessen den Ausländern nur die durch den Niederlassungsvertrag auferlegten Hilfeleistungen zukommen. Die Minimalisten vertraten einen Rechtsstandpunkt, wie ihn der Armensekretär und Überfremdungsgegner Carl Alfred Schmid verfochten hat:

«Die Schweiz hat auch absolut nie den geringsten Anlass, noch eine Spur von Pflicht, fremde Unterstützungsbedürftige zu dulden, ja nicht einmal *jremde Unterstützte*, die aus der Heimat ausnahmsweise (zur Verhinderung der Ausweisung!) Unterstützung tatsächlich erhalten. Sie kann auch solche ohne Weiteres ausweisen.»¹²⁶

Andererseits vertraten die Anhänger einer liberalen Praxis die Meinung, BV Art. 45, Absatz 3 sei in seinem armenrechtlichen Gehalt auch auf die Deutschen anzuwenden, weshalb sie erst im Fall einer dauernden Hilfsbedürftigkeit ausgewiesen werden könnten.¹²⁶ Obwohl sich eine solche Rechtspflicht der Wohngemeinde zur Unterstützung transportfähiger Ausländer nicht erzwingen liess, handelten insbesondere die Armenpflegen von Genf, Basel, St. Gallen und Zürich nach der Einsicht, dass eine moderne Sozialpolitik, die den repressiven Charakter früherer Wohltätigkeit durch eine positive Zielgebung ersetzen wollte, sich auf die Ausländer erstrecken müsse. Im Erfolgsfall kam es auch dem Gastland zugute, wenn es gelang, einem länger niedergelassenen, in seiner Umgebung zum Teil schon integrierten Notleidenden wieder zur Erwerbsfähigkeit zu verhelfen. Schmid's Postulat, durch eine rabiate Ausschaffungspolitik die Ausländerzahlen herabzudrücken, war nicht nur inhuman gegenüber jenen, die jahrelang ihre Arbeitskraft in den Dienst der schweizerischen Wirtschaft gestellt hatten, sondern auch untauglich, weil das Nachströmen neuer Einwanderermassen auf Grund des Niederlassungsvertrages nicht verhindert werden konnte. Allerdings auf erlegten schon die vertraglich eingegangenen Verpflichtungen angesichts der gewaltigen Ausländerbestände den Kantonen enorme

Kosten, die die Kritik an zusätzlichen Aufwendungen verständlich machten.¹²⁷ Auch wurde geltend gemacht, dass die Schweizer im Ausland nicht dieselbe weitherzige Behandlung erfuhren. Zumal in Krisenzeiten kamen viele Leute ohne Aussichten auf eine Existenzmöglichkeit über den Rhein, in der vagen Hoffnung, irgendwo ein Unterkommen zu finden. Solche Personen beanspruchten dann innert kurzer Zeit Unterstützung, und es blieb nichts anderes übrig, als sie nach Deutschland zurückzuschicken.

Wenn auch die Schweiz keineswegs «das Armenhaus von Europa» war, wie C. A. Schmid beklagte, so bewies sie im internationalen Vergleich gegenüber den ausländischen Hilfsbedürftigen oft ein ganz ausserordentliches Entgegenkommen.¹²⁸ Vor allem die Stadt Zürich übte mit ihrem ausgebauten System von halböffentlichen, freiwilligen und Einwohner-Armenpflegeorganisationen gegenüber den Ausländern eine grosszügige Praxis, die im Ausland kaum Gegenbeispiele fand. Hier wurde gegenüber Ausländern in der Fürsorge fast kein Unterschied gemacht. Hatten früher die mittellosen Durchreisenden einen Hauptteil der Unterstützungsgelder des DHV verschlungen, so bot die Stadt auch diesen nichtansässigen Hilfsbedürftigen kostenlos Nachtessen, Nachtherberge und Frühstück. Nur wenn sie in Ermangelung korrekter Papiere keine Naturalverpflegung erhielten, brachte sie der DHV auf seine Kosten in der «Herberge zur Heimat» unter.¹²⁹ Nachdem der Niederlassungsvertrag schon im Bereich der Krankenpflege eine Entlastung gebracht hatte, verschob sich der Schwerpunkt in den Ausgaben der DHV nun noch mehr zur Familienunterstützung hin. Zur Linderung der Familiennot unter den Ausländern liehen aber bei schwereren Fällen auch in anderen Kantonen schweizerische Armenvereine ihre Hilfe. Auf die Zusammenarbeit mit den einheimischen Fürsorgeorganisationen waren alle Ortssektionen angewiesen. In St. Gallen zum Beispiel zahlte der DHV erhebliche Beiträge an die Almosenstube und den Verein gegen Haus- und Gassenbettel. Dadurch erhielt der DHV das Recht, die deutschen Handwerkerburschen an diese Stellen zu verweisen, wo sie ein Mittag- oder Abendessen sowie ein Nachtlager und Frühstück erhielten. Das Landstreicher- und Vagabundentum, dem finanzielle Zuwendungen wichtiger waren, hoffte man dadurch fernzuhalten. Zuschüsse zahlte der DHV auch an die Gemeinnützige Gesellschaft der Stadt St. Gallen, die unter anderem für die Versorgung verwahrloster deutscher Kinder besorgt war. Das Asyl für schutzbedürftige Mädchen, das Blindenheim und die Kinderkrippe, die ebenfalls Deutschen offenstanden, erhielt vom DHV gelegentliche Beiträge. Den städtischen Armenbehörden konnte er für die gewährten Beihilfen jeweils nur seinen Dank aussprechen.¹³⁰

Die Situation der hilfsbedürftigen Deutschen in der Schweiz, so lässt sich rückblickend feststellen, war durch den Unterschied zwischen der rechtstheoretischen Minimalverpflichtung und einer zum Teil sehr weitherzigen Praxis bestimmt. Dem rudimentären Rechtsschutz hatten die Vertragsstaaten den Leitgedanken zugrunde gelegt, in Fällen von Verarmung und dauernder Hilfsbedürftigkeit durch die Heim-schaffung sich selbst möglichst bald zu entlasten. Der Praxis nach waren jedoch die deutschen Hilfsbedürftigen nicht nur besser als die übrigen Ausländergruppen in der Schweiz gestellt, sondern sie befanden sich auch in günstigeren Verhältnissen als Auslandsdeutsche in anderen Ländern. Einmal verfügten sie über eine gut ausgebaute eigene Unterstützungsorganisation, deren Leistungsfähigkeit bis anhin eher unterschätzt worden ist.¹³¹ Im Zeitraum 1864 bis 1913 haben die DHV in der Schweiz zusammen denn doch Fr. 2'603'304.20 verausgabt, womit sie, ohne die Sammlungen von Naturalien einzuberechnen, 329'650 Personen helfen konnten.¹³² Gewichtiger noch war die zum Teil grosszügige Behandlung durch das Gastland, das sich durch seine Verpflichtung auf weitestgehende Niederlassungsfreiheit auch im Bereich des Unterstützungswesens in eine problematische Situation hineinmanövriert hatte. Das Politische Departement kam in seinem Bericht zum Überfremdungsproblem Ende Mai 1914 zum Schluss, dass der Ausländer vielfach bessergestellt sei als der Einheimische und bemerkte zur Armenhilfe:

«Dazu kommt nun aber, dass er (der Ausländer, d. Verf.) in einer Reihe von Kantonen von der Entrichtung jeglicher Armensteuer befreit ist, während er, soweit die Armenunterstützung in Frage steht, nicht nur gleich den schweizerischen Hilfsbedürftigen unterstützt wird, sondern gestützt auf die internationalen Verträge vielfach reichlicher und rascher als die niedergelassenen Schweizerbürger, die überall da, wo die örtliche Armenpflege nicht eingeführt ist, auf die Unterstützung durch die Heimatgemeinde angewiesen sind.»¹³³

Der Erste Weltkrieg hat das Arbeitsfeld der DHV tiefgreifend verändert. Nun handelte es sich nicht mehr darum, darbenenden Reisenden weiterzuhelfen oder einzelnen Familien und Kranken durch Beihilfen das Los zu erleichtern. Der Kriegsausbruch hatte einen bedeutenden Teil der gesamten in der Schweiz wohnenden deutschen Ausländerbevölkerung in Existenzbedrängnis gebracht. Wie der Verband der DHV unter der Leitung des Theologieprofessors Arnold Meyer (1861-1934), der 1914 den langjährigen Vorsitzenden Major z. D. August v. Wittlinger ablöste, die gewaltige

Aufgabensteigerung meisterte, gehört der Geschichte des neuen Zeitabschnittes an. «Deutschtum und Menschlichkeit»¹³⁴ – diese doppelte Losung blieb seit den Verbandsanfängen all die Jahrzehnte hindurch unverändert bestehen. Der Dienst an der deutschen Kolonie galt als Dienst für Deutschland. Die Deutschen draussen in der weiten Welt hätten gezeigt, so formulierte im Weltkrieg Wilhelm II. die doppelte Zielsetzung in einer Dankadresse an die Hilfswilligen im Ausland, dass sie einig zusammenstehen wollen, «um durch Werke der Nächstenliebe die schirmende Wehrkraft zu stärken und die Leiden des Krieges zu lindern».¹³⁵ Wurden bis jetzt die DHV nur im Zusammenhang mit den verschiedenen Bereichen des Unterstützungs-wesens betrachtet, so soll ihre das nationale Kolonieleben stimulierende Funktion in den umfassenderen Rahmen des vielfältigen Spektrums von liberal-patriotischen Vereinigungen bis hin zu den chauvinistischen Kampfvereinen des deutschen Imperialismus einbezogen werden.

3. Vom Patriotismus zum übersteigerten Nationalismus

«Es braust ein Ruf wie Donnerhall,
Wie Schwertgeklirr und Wogenprall;
Zum Rhein', zum Rhein', zum deutschen Rhein'!
Wer will des Stromes Hüter sein?
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein'.

Durch Hunderttausend zuckt es schnell,
Und aller Augen blitzen hell:
Der deutsche Jüngling, fromm und stark,
Beschirmt die heil'ge Landesmark.
Lieb' Vaterland (etc.)

Auf blickt er in des Himmels Au'n,
Wo sel'ge Helden niederschau'n,
Und schwört mit stolzer Kampfeslust:
Du, Rhein, bleibst deutsch wie meine Brust!
Lieb' Vaterland (etc.)

So lang' ein Tropfen Blut noch glüht,
Noch eine Faust den Degen zieht,
Und noch ein Arm die Büchse spannt,
Betritt kein Feind hier deinen Strand.
Lieb' Vaterland (etc.)

Der Schwur erschallt, die Woge rinnt,
Die Fahnen flattern hoch im Wind:
Zum Rhein', zum Rhein',
zum deutschen Rhein'!
Wir alle wollen Hüter sein.
Lieb' Vaterland (etc.)»¹³⁶

Wie kaum ein anderes hat dieses Lied die nationalistischen Leidenschaften aufgerührt. An ungezählten patriotischen Anlässen im Deutschen Reich wie bei den Deutschen im Ausland verströmte es ein Solidaritätsgefühl nationaler Kampfbereitschaft. Wenn etwa der Sängerverein «Germania» bei der Sedanfeier der Deutschen Zürichs mit emphatischer Inbrunst «Die Wacht am Rhein» anstimmte, dann schlugen wohl alle Herzen in der Begeisterung höher, sich für die bedrohte Nation aufzuopfern. Nichts stachelte den Nationalismus mehr auf als die Beschwörung des äusseren Feindes in den düstersten Farben. Wie bieder diese Kaufleute, Kleingewerbler, Lehrer, Apotheker und Rentner sonst auch waren, der Gedanke an Deutschlands Aufstieg zur Weltmacht verwandelte sie in beredte Verfechter des deutschen Imperialismus. Das Verlangen nach nationaler Selbstbestätigung suchte in der emotionalen Aufputschung durch die patriotische Phraseologie ihre Erfüllung. Die Bezüge zur Realität gingen dabei verloren. Die kriegerische Gestik war Teil des Lebensgefühls, gehörte zur wilhelminischen Renommisterei. Auch den Besonneneren erging es wie Thomas Mann; vom Kriegsausbruch 1914 wurden sie völlig überrascht und glaubten sich dennoch auf die Ereignisse «gut vorbereitet» und «sofort im Bilde». ¹³⁷ Sie begriffen bestenfalls erst Jahre später, wie wenig sie als «Unpolitische» von politischer Verantwortung verstanden hatten. ¹³⁸ Wenigstens der Tendenz nach war die Kriegsbereitschaft auf zahllosen nationalen Kundgebungen während zwei Jahrzehnten zuvor im nationalistischen Gesinnungskreis vorgeprobt worden. Das antifranzösische Gelübde in der «Wacht am Rhein» weckte den Mythos der Freiheitskriege und machte vergessen, dass der Hurrah-Patriotismus nur ein fehlgeleiteter Ersatz für jene freiheitlichgesamtdeutsche Gesinnung war, deren Bekenntnis einst wirklichen Mut abgefordert hatte. Das Kampflied war im Jahre 1840 entstanden, als Adolphe Thiers

mit der Losung «Auf zum Rhein» die Furcht vor der französischen Hegemonialpolitik geschürt hatte, während nicht einmal der Gedanke an das geeinte Deutschland sich ungestört Bahn brechen durfte. «Die Wacht am Rhein» hat der einundzwanzigjährige Max Schneckenburger (1819-1849) in Burgdorf bei Bern gedichtet, ein Jahr bevor der von Preussen verfolgte Liberale August Heinrich Hoffmann von Fallersleben auf der britischen Insel Helgoland das nachmals bekannte «Deutschland, Deutschland über alles» niederschrieb. Schneckenburger, der aus Thalheim bei Tuttlingen stammte und es in Burgdorf bis zum Teilhaber einer Eisengießerei brachte, reihte sich in jene Gruppe patriotischer Lyriker ein, die wie Herwegh vom Ausland her das deutsche Nationalbewusstsein aufrüttelten.¹³⁹ Das Lied wurde 1842 von dem Berner Organisten Wendel vertont. Berühmt geworden ist es jedoch in der 1854 vom Krefelder Chordirigenten Karl Wilhelm komponierten Form und zwar bezeichnenderweise erst 1870/71.¹⁴⁰ Im geeinten und starken Deutschen Reich erhielt das Lied einen anderen Klang. «Die Wacht am Rhein» wurde nun gegen ein durch die Annexion von Elsass-Lothringen zur Revanche herausgefordertes Frankreich gehalten. Der Nationalismus hatte sein Gesicht verändert. Der freiheitliche Patriotismus der Frühzeit wurde von einem ausgesprochen militanten Nationalismus abgelöst. Da sich die ursprüngliche Unmittelbarkeit der Empfindungen, aus denen der Text entstanden war, verloren hatte, wurden sie «künstlich» gleichsam zur nationalen Erlaubung wachgerufen. Die spätwilhelminische Ära stellte den Nationalismus zur Schau; er wurde zelebriert. Die martialischen Gesänge verliehen der eigenen bürgerlichen Biederkeit männliche Kraft. Dass selbst schweizerische Männerchöre sich an solchen deutschen Liedern begeisterten, charakterisiert sowohl die Freude an nationalen Schwülstigkeiten wie die Trübung des politischen Beurteilungsvermögens.¹⁴¹ Im Folgenden soll jenem engeren Kreis von Reichsangehörigen nachgegangen werden, der sich aktiv für den nationalen Zusammenhalt unter den Auslandsdeutschen eingesetzt hat.

4. 1 Die Auswirkungen der sozialen Mobilität auf die nationale Kolonienbildung

Was zunächst interessiert, ist die Frage nach der Herausbildung jener spezifischen Trägerschaft, die die soziale Basis der nationalen Kolonien bildete. Wie weit der aus dem Abschnitt über die wirtschaftliche Stellung der Deutschen bekannte Personenkreis mit den aktiv am nationalen Kolonieleben Anteil nehmenden Berufsgruppen

identisch ist, bedarf des positiven Nachweises. Bereits in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts liessen sich Anfänge der Auseinanderentwicklung kleinbürgerlich-proletarischer Gruppen von Vertretern des Akademikerstandes feststellen, die zum Kern einer eigentlichen Bildungsoberschicht wurden. Mit dem Aufblühen von Handel und Industrie vergrösserten sich auch innerhalb der deutschen Handwerker-Kolonie die sozialen Unterschiede. Der Aufstieg des Färbergesellen Georg Philipp Heberlein zum Fabrikanten ist nur das vielleicht berühmteste Beispiel für jenen gesellschaftlichen Wandel, der sich in bescheideneren Dimensionen hundertfach vollzog. Die soziale Mobilität tritt noch deutlicher in Erscheinung, wenn mehrere Generationen von Einwanderern betrachtet werden. Wie das Beispiel von Ulrich Krönlein (1847-1910) zeigt, welcher der Sohn eines aus Schweinfurt nach Stein am Rhein eingewanderten Gerbers gewesen war und als Vorgänger von Ferdinand Sauerbruch auf dem Lehrstuhl für Chirurgie an der Universität Zürich einen hervorragenden Ruf besass,¹⁴² vollzog sie sich nicht nur im Wirtschaftsbereich. Wenn es in der Mehrzahl dabei blieb, dass sich ein tüchtiger Geselle zum erfolgreichen Handwerksmeister emporarbeitete, so entstand hier doch ein kleinbürgerlicher Wohlstand, der das Establishment unter den Auslandsdeutschen von den Habenichtsen schied. Die arrivierten Kleingewerbler boten denn auch für die ersten DHV eine wichtige Zielgruppe für die Mitgliederwerbung. Noch im Juli 1873 meldete der DHV Bern, dass ein grosser Teil der Mitglieder dem Arbeiterstande angehörte.¹⁴³ Aus jener Zeit sind keine Mitgliederlisten mehr greifbar, doch ist Chur, das in seiner Abgeschlossenheit von der industriellen Entwicklung langezeit vernachlässigt wurde, auch in späteren Jahrzehnten ein Beispiel für jenen frühen Kolonietypus geblieben, wo die Meister des Handwerks den bestimmenden Einfluss ausübten. Ein Vergleich der Churer DHV-Mitglieder von 1884 und 1914 zeigt in der Berufsstruktur kein grundlegend verändertes Bild. Neu trat der Beruf des Herren- und Damenfriseurs als Domäne der Deutschen hervor, während das auffällige Ansteigen von Leuten aus dem Brauereibetrieb sich aus der deutschen Führung der Rhätischen Aktienbrauerei erklärt. Selbst in Chur hatte ein Akademiker den Anstoss zum Zusammenschluss gegeben. Der Advokat Carl Würth war sogar Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung gewesen und hatte unter dem Eindruck der Reichsgründung im Mai 1871 die national und hilfsbereit gesinnten Männer zu gemeinsamem Handeln aufgerufen. Nachdem der erste Präsident des DHV 1884 im bezeichnenderweise mit den deutschen Farben versehenen Sarg «in die kalte Erde eingesenkt»¹⁴⁴ worden war, übernahm der Apotheker Robert Heuss während zwanzig Jahren die Leitung. Die Mehrheit fand sich jedoch

treffender repräsentiert durch den Mitbegründer Ernst Moritz Hornauer (1844-1931), der seit 1905 während 24 Jahren für die Betreuung der notleidenden Deutschen in Graubünden sorgte. Hornauer war als Buchdruckergeselle zum ersten Mal 1866 auf der Wanderschaft von Meissen nach Chur gelangt, ging dann nach Paris, das er infolge des Deutsch-Französischen Krieges wieder verlassen musste. Nach Chur zurückgekehrt, nahm der Buchdrucker, Typograph und zuletzt Geschäftsführer der «Buchdruckerei A.-G. Bündner Tagblatt» eine hochgeachtete Stellung unter den Deutschen Churs ein. Gewissenhaft und treu, angesehen im Berufsleben und mit Familienglück gesegnet, war er ein arbeitsamer, allseits verehrter Vertreter des gehobenen Handwerkertums.¹⁴⁶

In einer Grossstadt wie Zürich, Basel oder Genf gehörten Personen vom Schlage Hornauers ebenfalls zur nationalen Kolonie. Den Ton gaben jedoch alsbald die mit dem Aufschwung des Handels vermehrt einwandernden deutschen Kaufleute sowie die Angehörigen der akademischen Berufe an. Die Berufsstruktur der Mitglieder des DHV Basel, das mit dem deutschen Wirtschaftsraum besonders eng verflochten war, weist im Jahr 1884 an der Spitze 179 Kaufleute auf, die 36,5 Prozent des Vereinsbestandes ausmachten. Mit beträchtlichem Abstand folgten die übrigen Berufsgruppen, unter denen die Fabrikanten, Apotheker, Professoren und Rentner hervorzuhellen sind. Mit der Grenzlage hängt auch das beachtliche Kontingent höherer Beamter der badischen Zoll- und Eisenbahn zusammen. In Basel ist es die schon erwähnte Industriellenfamilie Röchling, die sich in besonderem Masse um das Gedeihen der Ortskolonie sorgte. Otto Röchling gehörte seit 1884 dem DHV Basel an, dessen Präsidium er von 1900 bis 1919 führte. Er stellte für Bedürftige regelmässig nicht nur kostenlos grössere Mengen Kohle zur Verfügung, sondern gab auch grosszügige Geldspenden. Zum Andenken an seinen im Weltkrieg gefallenen Sohn errichtete er 1918 die «Hans Röchling-Stiftung», die mit dem Haus Albanvorstadt Nr. 12 den Deutschen Basels ein geräumiges Heim übermachte.¹⁴⁶

Auch an anderen Orten genossen Grosskaufleute hohe Verehrung als Wohltäter der Deutschen Kolonie. Die «Schirmherrschaft» über seine Landsleute in Neuenburg und Umgebung übte der mit einer Suchard verheiratete begüterte Industrielle Carl Russ (1838-1925) aus. Er leitete den DHV Neuchâtel von der Gründung an 51 Jahre lang, und seine Verdienste um das Deutschtum in der Schweiz belohnte Wilhelm II. beim Kaiserbesuch von 1912 mit dem Titel des «Geheimen Kommerzienrates». Damals war auch Otto Röchling mit dem «Kommerzienrat» ausgezeichnet worden.¹⁴⁷

Auch der Grosskaufmann und Seidenfabrikant Gustav Henneberg (1847 bis 1918) in Zürich durfte sich seit 1912 mit dem Titel eines «Geheimen Kommerzienrates» schmücken. Die Verbindung zwischen einer geistig-künstlerischen Elite und dem Mäzenatentum des weltgewandten Handelsmannes hatte sich zur Zeit von Otto Wesendonck und den Nachklängen der Achtundvierzigeremigration unter günstigen Verhältnissen vollzogen, wie sie sich im Zeichen der liberalen Gesinnungsverwandtschaft nicht mehr ergeben sollten. Der preussische Kaufmann Henneberg, der erstmals 1883 mit einer grösseren Spende im DHV Zürich hervortrat, hat später auf seine Weise die Rolle des Mäzens weitergeführt. 1891 schenkte er dem DHV die Summe von 3'000 Franken als Grundstock für einen unantastbaren Fonds.

Henneberg wollte damit die vermögenden Deutschen Zürichs zu weiteren Einzahlungen anregen, um den DHV aus dem Zinsenertrag unterstützungsfähiger und unabhängiger zu machen. Er verwendete den erworbenen Reichtum darauf, die auserlesensten und kostbarsten Werke der bedeutendsten neueren Maler zu erwerben. Für seine Gemäldesammlung baute er sich in den Jahren 1896 bis 1899 ein Palais, dessen Obergeschoss zu einer öffentlich zugänglichen Kunstgalerie ausgestaltet wurde. Dass er etwa im Jahr 1911 Fr. 1'291.50, das war die Hälfte der Einnahmen aus der Bildergalerie, dem DHV überliess, zeugt von einem regen Besuch dieser Kunststätte. Die Villa Henneberg am Zürcher Alpen-Quai, die 1969 abgetragen wurde und dem Glasbau der IBM am heutigen General-Guisan-Quai 26 weichen musste, war wie die Villa Wesendonck in der Stadt zu einem Begriff geworden. Das Vermögen dieses von Wilhelm II. geehrten Finanzmannes war mit dem militärischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands geschwunden, und die hohen Erwartungen des DHV, dem ein Dreissigstel des Vermächtnisses Henneberg zugehen sollte, endeten in der bitteren Enttäuschung darüber, dass die Legate, die von dieser Summe abgingen, den zuerkannten Anteil noch überstiegen.¹⁴⁸

Henneberg war natürlich nicht der einzige Spender, der am Geschick der Zürcher Kolonie Anteil nahm. Wie schon angedeutet, erwuchs ihr aus der Textilindustriellenfamilie Schoeller eine wichtige Stütze. Rudolph Schoeller war 1870 in den DHV Zürich eingetreten und hatte seit 1881 als Vorstandsmitglied wesentlich zum Gedeihen dieses bedeutendsten aller Hilfsvereine beigetragen. Er ermöglichte es zusammen mit dem Kaufmann J. Krahfurst durch ein Darlehen, dass der DHV 1899 das ehemalige Pfarrhaus «Zur blauen Lilie», Neumarkt 15, von der Kirchengutsverwaltung Predigern kaufen konnte. Als er 1902 starb, schenkte er, nachdem von ihm jedes Jahr grosszügige Gaben eingegangen waren, die aus der Finanzierung des Vereins-

hauses verbliebene Restschuld von 14'500 Franken dem DHV ganz. Seine beiden Söhne, vor allem Cäsar Schoeller, folgten als Wohltäter der vom Vater begonnenen Tradition nach.¹⁴⁹ Überblickt man das Verzeichnis der grösseren Geschenke und Vermächtnisse des DHV Zürich, das im Jahr 1863 ein Bruder von Heinrich Simon mit 400 Franken eröffnet hatte, so gibt sich ganz eindeutig 1887 als jenes Stichjahr zu erkennen, seit dem der Gabenfluss breiter strömte.¹⁵⁰ Von der wiederholten Zuwendung des Bankiers Julius Bär von 50 Franken bis zum Legat des Herrn K. von 20'000 Franken kamen hier ansehnliche Summen zusammen, die von der Prosperität der Kolonie Zeugnis ablegten.¹⁵¹

In Bern stellten die Kaufleute ein gewichtiges Kontingent, ohne etwa in dem Masse wie in Basel oder Zürich zu dominieren. Die Professoren hatten hier zahlenmässig ihre Position gehalten, während die Handwerksmeister in der Berufsgliederung auf die hinteren Ränge verwiesen worden waren. Der wohl erfolgreichste Fabrikant war hier der Chemiker Georg Wander, der 1885 im DHV das Amt des Präsidenten übernahm. Nach seinem Tod wurde seine ebenfalls aus Hessen stammende Gattin zum Ehrenmitglied des DHV Bern ernannt.¹⁵² Eine traditionelle Stütze bot der dortigen Kolonie die Professorenfamilie Vogt. Der aus Giessen kommende und in Erlach eingebürgerte Philipp Friedrich Wilhelm Vogt (1786-1861) war seit 1835 führender Mediziner an der Universität Bern gewesen und ist als Gastgeber und Ginnungsfreund der politischen Emigration aus der Frühgeschichte bekannt. Während seine berühmten Söhne Gustav (1829-1901), der Jurist und Redaktor, sowie Carl (1817-1895), der Radikale und spätere Zoologieprofessor, Burschschafter, National- und Ständerat, viele Jahre ausserhalb des Kantons das politische Leben befruchteten, unterstützten der Hygieneprofessor Adolf Vogt (1823-1907) und sein Freund, der Musikdirektor Adolf Reichel (1816-1896) als treue Mitglieder die Sache des Berner Hilfsvereins.¹⁵³ Da die DHV möglichst viele der wohlhabenden Auslandsdeutschen in den Dienst ihrer nationalen Betreuungsarbeit zu stellen suchten, finden sich in ihren Mitgliederverzeichnissen zahlreiche bekannte Namen. Von welchen Berufsgruppen die DHV und damit die bedeutendste Vereinigung der nationalen Ortskolonien getragen wurden, belegt die nachstehende Übersicht. Sie bestätigt je nach Kolonietypus die getroffene Aufgliederung in drei Hauptgruppen: die dem Kleinbürgertum entstammenden Eigentümer eines Handwerksbetriebes, die Angehörigen der akademischen Bildungsoberschicht sowie die Kaufleute, Fabrikanten und leitenden Angestellten, die sich wiederum nach den verschiedenen Abstufungen des beruflichen Erfolges unterschieden.

DIE ZEHN MEIST VERTRETENEN BERUFE UNTER DEN DHV-MITGLIEDERN IN DER REIHENFOLGE IHRER HÄUFIGKEIT¹⁵⁴

BASEL		BERN	
Rang 1884	1914	1884	1914
1. Kaufmann	Kaufmann	Kaufmann	Frau ohne Beruf
2. Fabrikant	Rentner	Professor	Kaufmann
3. Beamter	Frau ohne Beruf	Frau ohne Beruf	Professor
4. Apotheker	Direktor	Wirt/Hotelier	Wirt/Hotelier
5. Professor	Beamter	Buchhändler	Gesandtsch./Konsulat
6. Geistlicher	Fabrikant	Lehrer	Buchhändler
7. Buchhändler	Professor	Rentner	Schneidermeister
8. Rentner	Chemiker	Fabrikant	Rentner
9. Frau ohne Beruf	Apotheker	Gesandtsch./Konsulat	Coiffeur
10. Wirt/Hotelier	Wirt/Hotelier	Apotheker	Arzt und Zahnarzt

CHUR		GENÈVE	
Rang 1884	1914	1884	1914

Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass die in den DHV und damit auch in der Deutschen Kolonie engagierten Berufsgruppen keineswegs repräsentativ für die gesamte deutsche Ausländerbevölkerung waren. Dass die Frauen ohne Beruf und die Rentner eine so starke und noch wachsende Stellung einnahmen, deutet einmal mehr auf den zunehmenden Wohlstand des Besitzbürgertums hin. Beachtlich ist, wie die Apotheker sogar zahlenmässig ins Gewicht fielen, obwohl sie in der Gesamtheit eine verschwindend kleine Minderheit ausmachten. So wie Basel, Chur und Bern je nach

geographischer Lage und wirtschaftlichen Verhältnissen spezifische Kolonienmerkmale aufwiesen, ergibt sich auch für Genf ein charakteristisches Bild. Der deutsche Kaufmann wusste die Lemanstadt um ihrer Vorzüge willen wohl zu schätzen. Sie bot ihm die gesuchten günstigen Verbindungen nach Frankreich, ohne dass er sich selbst allzu sehr exponieren musste. Ein vorsichtiger Kalkulator scheute die politischen Risiken des Geschäftssitzes im Land des unversöhnten Gegners von 1870 und wählte den sicheren neutralen Port. Genf war zugleich ein von Deutschen vielgewähltes Reiseziel. Von ihnen profitierten die zahlreichen Hoteliers, die ihre Landsleute mit dem aus der Heimat vertrauten Lebensstil lockten. Nicht zuletzt war Genf ein von Deutschen bevorzugter Ort zur Erlernung oder Vertiefung der französischen Sprache. Das deutsche Mädchen aus vornehmer Familie besuchte etwa das Institut der Geschwister Borck oder wurde einem Erziehungsinstitut mit deutschem Vorsteher am Genfersee anvertraut. Für das wirtschaftliche Gedeihen der dortigen Kolonie hatte sich der Kaufmann und Fabrikant Heinrich Blind Jahre hindurch eingesetzt. Ihm ist schon in den Anfängen des DHV Genf zu begegnen. Wiederholt hat er auch den Zentralverband der DHV präsiert und wurde wahrscheinlich als der erste Auslandsdeutsche diesbezüglicher Verdienste wegen mit dem Titel eines «Kommerzienrates» ausgezeichnet.¹⁵⁵ Professoren und Studenten spielten vor allem im Kolonieleben von Lausanne eine führende Rolle, zumal sich die Universität um Zuzug aus Deutschland bemühte. Der Hotelier trat hier im Gegensatz zu Genf nur am Rande in Erscheinung, während die Kaufleute noch stärker dominierten.¹⁵⁶

Schwieriger ist es, darüber Auskunft zu erhalten, wie weit sich auch gebürtige Schweizer an den Institutionen der Kolonie beteiligt haben. Zwischen der verbreiteten allgemeinen deutschfreundlichen Grundstimmung der Deutschschweizer und dem Entschluss, sich für das Wohlergehen der hiesigen Kolonie zu engagieren, lag ein grosser Schritt. 1871 war vom Rückzug mancher Schweizer aus den Hilfsvereinen die Rede gewesen, andererseits konnte vor dem Weltkrieg eine steigende Zahl von schweizerischen Partizipanten beobachtet werden. In der Tat bestand gut ein Fünftel der Mitglieder des DHV Bern, der als einziger Verein darüber Statistik geführt hat, im Jahr 1914 aus Schweizerbürgern. Zu ihnen gehörten sechs der acht Ehrenmitglieder. Doch nach der Herkunft betrachtet, waren dies fast alles naturalisierte Personen. Von 324 Mitgliedern hatten 63 das schweizerische Bürgerrecht erworben, aber nur zehn waren gebürtige Schweizer, die sich, wie der Vertrauensanwalt der Deutschen Gesandtschaft E. von Jenner mit Deutschland besonders eng verbunden fühlten.

Eine wichtige Gruppe der Eingebürgerten ergab sich aus den mit Schweizern verheirateten deutschen Frauen, soweit sie der Kolonie die Treue hielten. Auf diesem Umwege bestanden rege Verbindungen zu gebürtigen Schweizern, deren Abseitsstehen im Übrigen nicht in die bisherige Klischeevorstellung von der damaligen Germanophilie passen will, das aber die getroffenen Beobachtungen über die divergierenden ober- und unterschweligen Strömungen im schweizerisch-deutschen Verhältnis bestätigt.¹⁵⁷

Der Wandel eines Teils der früheren Oppositionskolonie zum reichstreu und kaiserlich gesinnten Auslandsdeutschtum ist durch die soziale Umstrukturierung beschleunigt worden. Mit dem Glanz der Oberschicht in ihrer Heimat konnten sich diese mehrheitlich dem Mittelstand angehörenden Kaufleute, Akademiker und Gewerbetreibenden allerdings nicht messen. Ihrem Streben nach Anerkennung und Ehre, nach einer Verbindung zu hohen und höchsten Stellen im Reich trug das verbesserte Verhältnis zu den hiesigen deutschen diplomatischen und konsularischen Vertretungen Rechnung. Wenn der Zentralverband der DHV im Juni 1879 den kaiserlichen Gesandten des deutschen Reiches, den General der Infanterie von Roeder, zum Ehrenpräsidenten, den k. k. österreichisch-ungarischen Gesandten Moritz Freiherrn von Ottenfels-Gschwind und den k. bayrischen Gesandten Friedrich Freiherrn von Niethammer zum Ehrenvizepräsidenten ernannte, so entsprang dies dem Wunsch, die erstrebte Zusammenarbeit auch nach aussen hin zu dokumentieren. Roeders Nachfolger Otto von Bülow, der 1882 bis 1892 als Vertreter des Reiches in Bern amtierte, dann Freiherr von Rotenhan und Alfred von Bülow, der Bruder des Reichskanzlers, sowie Freiherr von Romberg haben diese Tradition des Ehrenpräsidenten fortgesetzt.¹⁵⁸ Sie ist auf den gesellschaftlichen Wandel innerhalb der Kolonie nicht ohne Folgen geblieben, förderte sie doch das Heranwachsen einer nach Orden und Titeln strebenden Oberschicht, für die selbst Wohltätigkeit nur Akt nationalen Handelns sein durfte. Es verbleibt noch die Frage nach dem Inhalt des Kolonielebens sowie nach den patriotischen und nationalistischen Vereinigungen zu erhellen, die immer nur eine spezifische Gruppe innerhalb des von den DHV erfassten Kreises ansprachen.

4. 2 Das Kolonieleben im Widerstreit zwischen gemäßigten und radikalen Nationalisten

4. 2. 1 VERÄNDERTER PATRIOTISMUS IN GEWANDELTER UMGEBUNG

Das Kolonieleben hat nach der Reichsgründung neue Formen nationaler Gesinnungspflege entwickelt. Aus dem früheren Zeitabschnitt sei ein illustratives Ereignis hervorgehoben: die Konfrontation mit dem Krieg von 1866. Der Zwiespalt hätte nicht stärker sein können. Eben noch im Ortsverein freundschaftlich verbunden, mussten jetzt die nord- und süddeutschen Mitglieder damit rechnen, sich möglicherweise bald als Feinde im Felde gegenüberzustehen. Um nach Möglichkeit den Deutschen Krieg nicht auch noch in die Kolonie hineinzutragen, stellten die Opferbereiten unter den hiesigen Reichsangehörigen allein den Gedanken in den Vordergrund, nach Kräften überall dort zu helfen, wo der Krieg die tiefsten Wunden schlug. In Aarau, Baden, La Chaux-de-Fonds, Grandchamps, Gurnigelbad, Interlaken, Lenzburg, Neuchâtel, Ragaz, Schönenwerd, Thun, Weinfeldern und Zofingen wurden überparteiliche Sammlungen für die Notleidenden durchgeführt; an einzelnen Orten wie Aarau, Basel, Bern, Chur, St. Gallen, Genf und Zürich hatten sich gleich mehrere Stellen ans Werk gemacht, um mit Geld, Verbandzeug, Kleidungsstücken und Erfrischungen die Kriegsnot zu lindern. Das begehrteste Hilfsgut, das aus der Schweiz damals geliefert werden konnte, war Gletschereis. Da die Wundbehandlung noch in den Anfängen stand, leistete das Eis bei der Stillung von Blutungen, für die Linderung von Schmerzen und zur Verhütung von Epidemien nützliche Dienste. Daher wurden auf Anregung des DHV Basel, der damals Vorort des Zentralverbandes der DHV war, Spezialsammlungen für die Beschaffung von Gletschereis durchgeführt. Als am 16. Juli in Basel die Nachricht von dem zwei Tage zuvor stattgefundenen Gefecht bei Aschaffenburg eintraf, wurde telegraphisch ein erster Waggon mit der kalten Fracht von Martigny nach Deutschland beordert. Insgesamt gelangten auf diese Weise 89,75 Tonnen Eis im Wert von Fr. 4'510.15 zum Transport. Die Hilfsleistungen kamen zu spät, um noch den kämpfenden Truppen Erleichterung zu schaffen. Als das Eis in Miltenberg und Mosbach eintraf, befand sich der Mainfeldzug in der letzten Phase. Am 2. August herrschte auf dem westlichen Kriegsschauplatz Waffenstillstand, nachdem bereits am 3. Juli Königgrätz am Ausgang der militärischen Kraftprobe keinen Zweifel mehr gelassen hatte. Trotz der Sommerzeit gelangten sogar 750 kg Gletschereis nach Wien; die Preussen hingegen wurden nicht

mit einer eigenen Sendung bedacht.¹⁵⁹ Dafür hatte sich in Basel ein Sonderkomitee gebildet, das ausschliesslich für preussische Landwehrleute sammelte, aber nur eine geringe Summe zusammenbrachte.

So eifrig manche Deutsche halfen, steuerten die zahlreichen schweizerischen Gesinnungsfreunde den Hauptteil der Hilfsgüter bei. Vereinzelt hat es Schweizer gegeben, die einen Anschluss an Österreich für ratsam hielten, um damit dem Einfluss Frankreichs entgegenzuwirken; andere wollten mittels einer Revolutionierung Süddeutschlands Preussen, Österreich und Frankreich zusammen in ihre Schranken weisen. Die Motivation lag in der Angst begründet, ohne eigene Machtvergrösserung würde die Schweiz von Frankreich selbst ganz oder teilweise verschlungen.¹⁶⁰ Stand die Aufgabe der Neutralität nicht ernsthaft zur Diskussion, so konnte wenigstens auf humanitärem Gebiet der Sympathie Ausdruck verliehen werden. Die «Basler Nachrichten», die das zweithöchste Sammelergebnis zusammenbrachten, liessen ihre Gelder Österreich und Aschaffenburg zugehen. Auch die Zeitungen «Der Bund», das «Badener Tagblatt» und das «St. Galler Tagblatt» veranstalteten eigene Spendenaktionen. In Aarau hatte sich die Freimaurerloge engagiert. Sammelte das «Schleswig-Holstein Comité» für deutsche Spitäler in Kiel, so liess die Hilfsaktion Dr. Merian-Genast aus Basel, neben Geldspenden 15 Zentner Verbandzeug – darunter 400 Verbandsschwämme – und 9'000 Zigarren an die Verwundeten aller Kriegsparteien verteilen. Der DHV Zürich sandte zusätzlich 400 Zitronen zur Erfrischung. Alles in allem summierten sich die Unterstützungen auf rund 52'000 Franken, von denen 24'500 Franken nach Österreich, 11'800 Franken nach Preussen und 9'500 Franken nach Bayern gingen, während Baden (4'400 Franken), Württemberg (950 Franken) sowie Sachsen und Hessen mit kleineren Beträgen Vorlieb nehmen mussten.¹⁶¹

Die schroffe Ablehnung der Bismarckschen Politik von 1866 durch die Auslandsdeutschen ist später im nationalen Heroenkult kompensiert worden. Ein Vergleich mit dem Bismarckbild drei Jahrzehnte später vermittelt einen Begriff von der völligen Umkehr. In der neuen Geschichtsschau erschienen Presse und Parlament als die widrigen Kleingeister von Neunmalklugen, während Bismarck, der Vielverkannte, mit «Blut und Eisen» unbeirrt den einzig gangbaren Weg beschritten und vollendet hatte. Die folgenden Strophen aus Hugo Blümmers Jubiläumsgedicht zur Jahrhundertfeier des Geburtstages von Kaiser Wilhelm I., die am 22. März 1897 die vaterländisch gesinnten Deutschen Zürichs im mit den nationalen Farben dekorierten Tonhallepavillon festlich begingen, variieren nur die vielfach wiederholte stereotype Weise:

«Mit Bismarck und mit seinen Paladinen
Des Krieges, *Roon* und *Moltke*, treu vereint,
Geht König Wilhelm nun ans Werk, mit ihnen
Schafft er ein Heer, das unbesiegbar scheint.
Und ob auch drohend jene neunmal Weisen
Aufstehn in Presse und in Parlament –
Es ruht in fester Hand das Regiment,
Denn Deutschland helfen kann nur *Blut und Eisen!*

Und ob die halbe Welt ihn auch verkannte,
Der Fürst folgt dem Berater unverrückt.
Zuerst wird deutsch die alte stammverwandte
Nordmarck, die lang der Däne hat bedrückt;
Dann geht der alte *Bundesstaat* in Stücken,
Ein scharfer Schnitt trennt *Nord* zunächst von *Süd*:
Doch aus dem Blut, das damals floss, erblüht
Der Baum, von dem wir heut die Früchte pflücken.»¹⁶²

Solche patriotischen Gesänge bewegten nicht nur engstirnige Chauvinisten. Der Festdichter und Archäologieprofessor Hugo Blümner (1844-1919), der im Jahr 1877 von Königsberg an die Universität Zürich berufen worden war, missfiel seiner Umgebung keineswegs als enervierender Nationalist. Nach Gagliardis Bekunden war er ganz mit dem zürcherischen Leben verschmolzen und spielte im geselligen Treiben der Stadt eine grosse Rolle.¹⁶³ Das gute Einvernehmen lag sowohl in Blümmers gesellschaftlicher Gewandtheit wie in der hier allgemein deutschfreundlichen Stimmung begründet. Da Deutschland für das Kultur- wie Wirtschaftsleben der deutschsprachigen Schweiz mehr denn je beispielgebend war, wurde der deutsche Nationalismus in seiner angeblich unpolitischen Form auch nicht mehr – wie 1870/71 – als stossend empfunden. Ganz im Gegenteil hatte sich der deutsche Nationalkult der Ortskolonien ihrer Umgebung mitgeteilt. An Wilhelms II. Geburtstag erfreuten sich auch zahlreiche deutschfreundliche Schweizer. Nicht zuletzt waren es die aus dem Reich stammenden Lehrer, die zumal im Geschichts- und Deutschunterricht ihre Schweizer Schüler zum Glauben an die absolute Überlegenheit der deutschen Kultur erzogen. Auch dass zahlreiche Schweizer an deutschen Hochschulen studiert hatten, verfehlte seine Wirkung nicht. Zwar neigte der Schweizer in seinem Patriotismus ebenfalls zur Gefühlsinnerlichkeit, doch war ihm der Deutsche an Ausdrucksfähig-

keit überlegen. Ähnlich wie Schillers Tell¹⁶⁴ in seinem Pathos den Generationen während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts als unübertreffbare Sprachkunst galt und auch von den Eidgenossen als das «schweizerische Nationaldrama» gefeiert wurde, obwohl es durch und durch deutscher Art war, enthusiasmierte das spätwilhelminische Nationalpathos durch eine nach damaligem Empfinden unerhörte Wortgewalt, die für viele den Inbegriff krafterfüllter Schönheit ausmachte. Unter den Auslandsdeutschen fanden sich manche Talente solcher Sprachschöpfungen:

«Mächtig dröhnte das Erz, da des Reiches Ring du geschmiedet,
Funken stoben der Welt in das erstaunte Gesicht!
Magst du nun rasten, Schmied: Dein Werk bleibt immer der Ring doch,
Und Jahrhunderte durch dröhnt dir vom Danke die Welt!¹⁶⁵

Der Deutsche Reichsverein in Zürich hatte dieses «prächtige Distichon» am 1. April 1890 an den soeben entlassenen Reichskanzler zum Geburtstag telegraphiert. Der Verfasser war Carl Weitbrecht, in der Stadt als Rektor des Töchter-Seminars bekannt. Als 1892 auf dem Geissberg bei Göttingen ein Bismarck-Turm errichtet wurde – damals wohl das erste einer Reihe derartiger Gedenkbauwerke – stiftete der Deutsche Reichsverein hierfür tausend Franken, und Weitbrechts Verspaar wurde für so ergreifend gehalten, dass es auf einer Tafel im Turm «verewigt» worden ist.¹⁶⁶

Dieses Einschwenken auf die Bismarcksche Einigungspolitik, das nach Königgrätz eingesetzt und in der Tonhallefeier vom 9. März 1871 die bekannte Bekräftigung erfahren hat, schloss trotz der nationalen Gesinnung nicht von vornherein eine bedingungslose Gefolgschaft in sich. Ging es um Deutschlands Grösse oder galt es in Fällen aussergewöhnlicher Not zu helfen, so fehlte es in den Ortskolonien nicht an Solidaritätsbezeugungen. Die 1870/71 durchgeführten Sammlungen ragten durch ihr Ausmass hervor¹⁶⁷, aber auch später wurden immer wieder Spendenaktionen durchgeführt, so für die Notleidenden Oberschlesiens oder für die Betroffenen der mehrmaligen Rheinüberschwemmungen.¹⁶⁸ Die Kaiserattentate von 1878 hatten unter den Auslandsdeutschen eine Welle von Sympathie- und Beileidsadressen hervorgerufen, denn mehr noch als Bismarck genoss Kaiser Wilhelm I. in der Kolonie höchste Verehrung. In Glückwunschdepeschen zur goldenen Hochzeit bekundeten sie dem Kaiserpaar ihre Ergebenheit und bezeugten durch reiche Spenden ihre rege Teilnahme am «Jubeltage der deutschen Nation».¹⁶⁹ Obwohl die nationalen Feiern nicht mehr der Achtundvierziger Revolution gedachten, sondern den Sieg von Se-



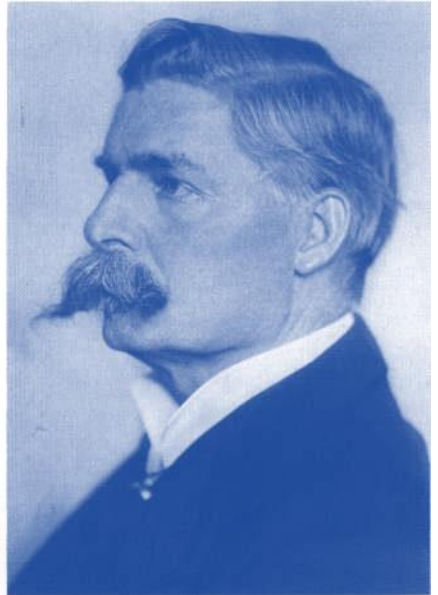
Rudolf (1827-1902) und Caroline Schoeller (1826-1913); Gedenkblatt zur goldenen Hochzeit des seinerzeit in Zürich führenden Textilfabrikanten.



Die im Jahr 1891 von der Maschinenfabrik Oerlikon gemeinsam mit der AEG durchgeführte Energieübertragung vom Kraftwerk Lauffen am Neckar bis zur Elektrotechnischen Ausstellung in Frankfurt a. M. (175 km) war eine technische Pionierleistung, in der sich die enge Verknüpfung zwischen der schweizerischen und der deutschen Industrie eindrücklich manifestierte.



Walter Felix (1860-1930)



Adolf Eugen Fick (1852-1937)

Zwei der vier Mitbegründer des Alldeutschen Verbandes aus Zürich.

Deutschland wach' auf!

Kein denkender Deutscher kann die Geschichte der letzten Jahrhunderte ohne tiefsten Schmerz lesen. Während in Frankreich und England aus den blutigen Wirren der Bürgerkriege in sich geschlossene Nationen hervorgingen, während diese Nationen mit weitanschauendem Blick in die Zukunft einen Theil unseres Planeten nach dem anderen erwarben und besiedelten, zerfleischte sich Deutschland in unfruchtbareren Religionskriegen, erstarkten in Deutschland die früheren Feudalherren zu zahlreichen selbständigen Fürsten und Deutschland ging deshalb bei der Vertheilung der überseeischen Welt leer aus. Da brach die neue Zeit an. Preußen schweißte aus verschiedenen Bestandtheilen Deutschlands ein kräftiges Staatswesen zusammen und im Jahre 1871 entstand durch das opferfreudige Zusammenwirken der deutschen Stämme und ihrer Fürsten das deutsche Reich.

Wer kann ein Volk von 50 Millionen das seine beste Kraft dem Kriegsdienste weihet, das jährlich über eine halbe Milliarde für Kriegswesen ausgibt, wer kann ein solches Volk daran hindern, einen Vertrag zu zerreißen, der offenkundig dazu dienen soll, die kommenden Geschlechter um ihr Erbtheil am Planeten zu betrügen?! Wahrlich, zu groß wären unsere Opfer an Blut und Geld wenn unsere militärische Macht uns nicht einmal die Möglichkeit verschaffte, unser gutes Recht auch da geltend zu machen, wo es die hohe Genehmigung der Engländer nicht findet.

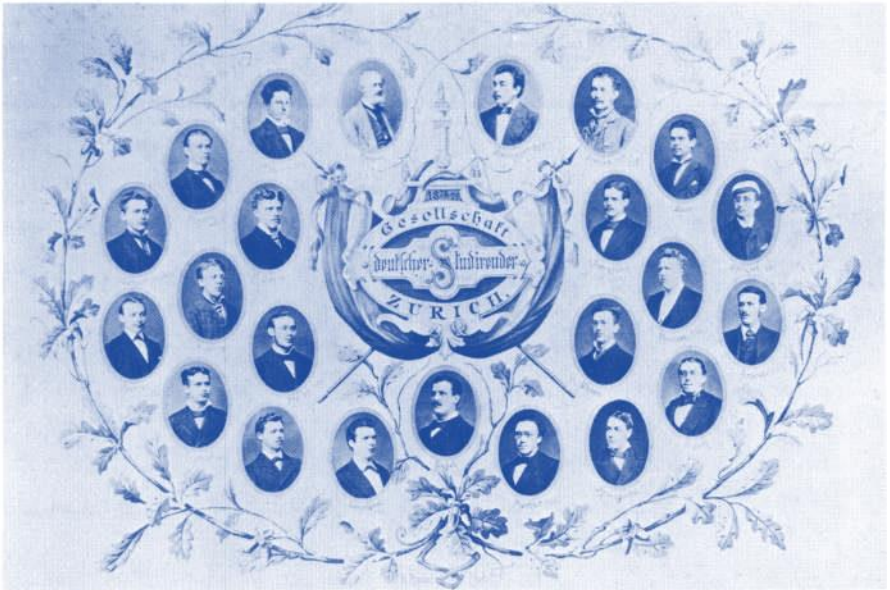
Wir sind bereit auf den Ruf unseres Kaisers in Reich' und Glied zu treten und uns stumm und gehorsam den feindlichen Geschossen entgegen führen zu lassen, aber wir können dafür auch verlangen, daß uns ein Preis zufalle, der des Opfers werth ist, und dieser Preis ist: einem Herrenvolk anzugehören, das seinen Antheil an der Welt sich selber nimmt und nicht von der Gnade und dem Wohlwollen eines anderen Volkes zu empfangen sucht.

Deutschland wach' auf!

24. Juni 1890.

Zürich, Albert Müller's Verlag.

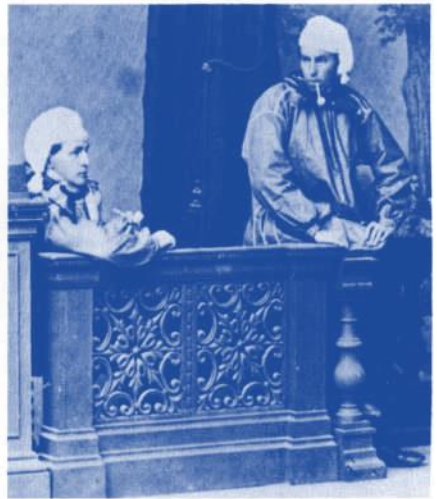
Ausschnitt aus der ersten und letzten Seite des von vier Deutschen in Zürich erlassenen Aufrufes «Deutschland wach' auf!» vom 24. Juni 1890, der sich gegen den Helgoland-Vertrag richtete und den Anstoß zur Gründung des Alldeutschen Verbandes gab.



Die «Gesellschaft deutscher Studirender, Zürich» war lange Zeit Mittelpunkt im geselligen Leben der Deutschen Kolonie. Gruppenbild 1878/79.



Gruppe aus «Ein Stündchen in den Pfahlbauten oder die Gründung von Zürich» (27. Dez. 1865). Karl d. Gr. verbindet das schweizerische (Tödi) mit dem deutschen Element (Irmentraud).



Satire auf die «Socialdemocraten» (Narrenabend 1869)

Zwei Theaterszenen der «Gesellschaft deutscher Studirender, Zürich».

dan, den Kaiser oder Bismarck hochleben liessen, hatte sich unter den schon länger ansässigen Kolonienmitgliedern wenigstens die eine Tradition bewahrt: das Gastland und seine andersgearteten Institutionen zu respektieren. Hier fand sich mit das Geheimnis, warum der deutsche Nationalismus trotz seiner Radikalisierung in der deutschsprachigen Schweiz so viel Sympathie und keinen geschlossenen Widerspruch fand. Fast immer gedachten die Koloniefiern auch mit Dank und Lob des Gastlandes. In Zürich wurde beim Kaiserfeste stets ein Hoch auf die Schweiz ausgebracht und ein Lied stehend zu ihren Ehren gesungen, das Carl Weitbrecht gedichtet und der Privatdozent Hermann Suchannek vertont hatte.¹⁷⁰ Diese Toaste – wie hätte es auch anders sein können – hoben die deutschschweizerische Verbundenheit hervor und zwar in einer Weise, die heiter nach der Form, doch unüberhörbar im Ton die Schweiz als ein entfremdetes, aber deutsches Kulturland verstanden:

«Heut' steh'n wir in der Schweiz auf fremder Flur,
Doch folgen wir der alten Wand'rung Spur;
Wie viel Verwandtes schliesst sich da uns auf,
Wie reich fliesst heut' noch deutscher Bildung Lauf,
Wie mahnt es, wenn wir auf dem Rütli steh'n,
Den Schillerstein im Morgenlichte seh'n,
Dass aus der Schweizersagen altem Ruf
Ein deutscher Genius *die* Dichtung schuf,
Die wie ein Freiheitsquell zum Herzen dringt,
Den Schweizer wieder zu dem Deutschen bringt. –
Und übersehen wir der Schweizer Reih'n,
Entgegen kommt uns da ein lichter Schein
Von Männern, die mit ihrer ganzen Kraft
Stets eingedenk – der deutschen Wissenschaft;
Die auch in Zürich an des Berges Hang,
So weitausschauend Tal und See entlang,
Die Hochburg bauten, die das Wissen spendet
Und deutsches Sein in alle Lande sendet.
Auch Schweizer-Dichter sehn' wir emsig walten,
Dass sie die deutsche Sprache wohlgestalten;
Was Gottfried Keller – Conrad Meyer sang,
Im ganzen Deutschland fand es Wiederklang.»¹⁷¹

Im Zeichen Schillers, den Bundesrat Ludwig Forrer bei der grossen Zürcher Gedenkfeier zum hundertsten Todestag als Förderer des schweizerischen Nationalgeistes ehrte, hatten zahlreiche Manifestationen der viel beschworenen Kulturgemeinschaft gestanden.¹⁷² An eines durfte nicht gerührt werden – an die politische Eigenstaatlichkeit; selbst entschiedene Alldeutsche wie Adolf Fick vermieden dieses Thema konsequent, wohl wissend, dass jede staatliche Infragestellung die wieder enger geschlossene Kulturgemeinschaft lockern könnte. Daher blieben innerhalb der Ortskolonie die Anhänger eines alldeutschen Festlandimperialismus auf eine kleine Extremistengruppe beschränkt. Der Imperialismus der hiesigen Alldeutschen richtete sich stattdessen ganz auf den Erwerb aussereuropäischer Kolonien. Die Annäherung auf freundschaftlichem Wege zu fördern, dies war der allgemeine Leitgedanke, den Hugo Blümner in seinem Toast auf die Schweiz an der Kaiser-Geburtstagsfeier vom 27. Januar 1897 unter anderem in die Verse kleidete:

«Und wenn der Deutsche auch dem fremden Wesen
Des Schweizers Achtung und Verständnis weiht,
Wenn *beide* sich bemü'h'n, die Schrift zu lesen,
Die in die Brust des andern grub die *Zeit*,
Dann werden von dem Misstrau'n sie genesen,
Das hier und da die Nachbarn hat entzweit;
Dann schwinden, Deutschland und der Schweiz zum Heile,
Der alte Groll und alte Vorurteile.»¹⁷³

4. 2. 2 DIE KONTROVERSE VON 1889 UM BISMARCK UND DEN FALL PFLUGK-HARTTUNG

An einem schlechten Einvernehmen zu ihrer Umgebung hatten die Patriotenvereine schon deshalb nicht das geringste Interesse, weil sich die meisten ihrer Mitglieder im Niederlassungsstaat in gehobener Lebensposition befanden. Die starke Zuwanderung brachte nach der Reichsgründung auch solche Leute ins Land, denen der Nationalismus der auf den zwischenstaatlichen Ausgleich Bedachten zu lau war. In ihrem blinden Eifer fühlten sie sich dazu berufen, der Kolonie ein strammes Deutschtum einzuimpfen und sie von den «verschweizerten Elementen» zu befreien. Die Folge waren heftige Streitereien, die das Kolonieleben beeinträchtigten. Auch bei den nationalistischen Gruppen der Rechten fand sich eine Übersteigerung, indem fanatische Chauvinisten die eigenen Gesinnungsfreunde als verräterisch an der Sa-

che beschimpften. Ein Beispiel für eine solche Vergiftung des angestrebten Einvernehmens gibt der Fall Pflugk-Harttung. Der aus dem brandenburgischen Warnikow gebürtige Julius von Pflugk-Harttung (1848-1919) war als Nachfolger von Jakob Burckhardt auf den Basler Lehrstuhl für Geschichte berufen worden. Da die Umstände seiner Berufung sowie der von ihm verursachte Skandal aus den Darstellungen von Edgar Bonjour und Hansjörg Renk bekannt sind, soll nur der koloniegeschichtliche Aspekt betrachtet werden.¹⁷⁴

Seiner Umgebung war Pflugk fremd geblieben. Er galt als hochfahrend und trug sein Selbstgefühl provokativ zur Schau. Daher fehlte ihm die Einsicht, dass Bismarcks Pressionspolitik gegenüber der Schweiz den hiesigen Deutschen besonderen politischen Takt abverlangte. Der Reichskanzler hatte beim Wohlgemuth-Handel zum Mittel einer heftigen Pressekampagne gegriffen, durch die die Schweiz mit Anwürfen aus deutschen Blättern überhäuft wurde: in der Eidgenossenschaft seien die Deutschen «vogelfrei», es grassiere der «Deutschenhass», die Neutralität werde durch die Asylpolitik schwerwiegend verletzt. Erschwerungen im Grenzverkehr wurden verhängt. Es kam sogar zu der Drohung, wenn die Schweiz den deutsch-italienischen Durchgangsverkehr verhindere, so sei Deutschland angesichts seiner beträchtlichen Beisteuer dazu berechtigt, in Wahrung seines Rechtes die Gotthardbahn zu besetzen.¹⁷⁵ Schon einige Monate zuvor – Anfang 1889 – hatte ein Anonymus in Freiburg i. B. eine Broschüre veröffentlicht, in der die Neutralität der Schweiz als Flankenschutz für Deutschlands Südgrenze aus einem haarsträubend egozentrischen Blickwinkel begrüsst wurde. Da der Verfasser die Kantone Tessin und Genf als antideutsch einschätzte, erwartete er von ihrer Abtrennung eine Verstärkung der deutschen Wehrkraft. Denn unter der schweizerischen Neutralität verstand er nur die Schutzfunktion, die sie für Deutschland erfüllte:

«Es wäre daher gar nicht so undenkbar, dass die deutsche Reichsregierung, falls sie gegen die Schweiz verstimmt wäre, sich vielleicht weniger ablehnend als das erste Mal verhalten könnte, wenn Frankreich wieder einmal den Besitz Genf's für sich fordern sollte, z.B. als Äquivalent für das verlorene Elsass-Lothringen und als Preis der Aussöhnung mit Deutschland. Dass Italien dann sofort das Tessin für sich verlangen würde, ist selbstverständlich.»¹⁷⁶

Eine solche Verstimmung war nun mit dem Fall Wohlgemuth eingetreten. Die Pressepolemik steigerte in der Schweiz die gereizte Atmosphäre und schuf für die hiesi-

gen Deutschen eine prekäre Situation; mit Sympathieerklärungen nach beiden Seiten hin war es nicht mehr getan. An verschiedenen Orten wie in Bern, Biel, Burgdorf, Chur, Langenthal, Olten und St. Gallen kam es zu Kundgebungen von Deutschen, die die Angriffe der «Reptilienpresse» zurückwiesen.¹⁷⁷ Auch der «Sängerverein Germania Zürich» sprach sich für die Aufrechterhaltung des Asylrechts aus und erinnerte daran, dass noch vor wenigen Jahren preussische Bischöfe und Geistliche als Opfer des Kulturkampfes davon Gebrauch gemacht haben.¹⁷⁸ Selbst der Deutsche Reichsverein in Zürich verurteilte die Angriffe der dem Kanzler nahestehenden «Norddeutschen Allgemeinen». Die Kündigung des Niederlassungsvertrages lag nicht im Interesse der Auslandsdeutschen; demonstrativ wurde in den Kundgebungen dem Gastland für die gewährte Freizügigkeit gedankt. Bismarcks Grenz- und Zollmassnahmen missbilligten sie umso mehr, als 77% aller hier lebenden Deutschen aus Baden, Württemberg und Bayern stammten. Dass solche Proteste von Reichsangehörigen kamen, die nicht den Sozialdemokraten zugehörten, wurde in Berlin übel vermerkt. Der Reichsverein hatte sich sogar ausdrücklich auf seine Treue zu Kaiser und Reich berufen, so dass der Gesandte Bülow die ablehnende Reaktion nur mit der starken Demokratisierung und Verschweizerung der betreffenden Deutschen zu erklären wusste. Bismarck identifizierte sie kurzerhand mit dem ihm verhassten Begriff «Demokraten».¹⁷⁹ Pflugk-Hartung hingegen hatte sich rückhaltlos der Polemik gegen die Schweiz angeschlossen. In fünf Artikeln hatte er im Juni 1889 im «Hamburger Correspondenten» sein Gastland schlecht gemacht. Dem Kleinstaat rechnete er vor, er mache sich als Macht dritten und vierten Ranges gegenüber der ersten Militärmacht der Welt nur lächerlich und habe sich, statt gleichberechtigt aufzutreten, zu ducken. Nach der Entlarvung des Verfassers wurde sein Verbleiben in der Schweiz unmöglich.¹⁸⁰ Seinen hiesigen Landsleuten, die gegen die Anwürfe der deutschen Regierungspresse protestiert hatten, unterschob er das Motiv, sie wollten sich bei den Schweizern «anbiedern». Mit dem Vorwurf des Verrates am Vaterland war er rasch bei der Hand, wie denn auch das Wort «vaterlandslos» bei ihm keineswegs nur auf die Sozialisten beschränkt blieb.¹⁸¹ Wenn er durch sein nationalistisches und taktloses Gebaren sich für den Ruf an eine deutsche Universität empfehlen wollte, so ist diese Rechnung nicht aufgegangen. Pflugk war das Beispiel eines engstirnigen Chauvinisten, wie er vor dem Ersten Weltkrieg stärker in Erscheinung trat. Der Zwist ergriff auch den Zürcher Reichsverein. Obwohl er ein Patriotenverein war, gaben einige deutsche Professoren wegen seiner «antinationalen» Stellungnahme ge-

gen die deutschen Presseangriffe aus Protest ihren Austritt.¹⁸² Die heftige Kritik, die daraufhin schweizerischerseits an ihnen geübt wurde, sprach sich einmal mehr für den Abbau der überstarken Präsenz deutscher Lehrkräfte an schweizerischen Hochschulen aus. Die Haltung der Auslandsdeutschen zeigte jedoch, dass die überwiegende Mehrheit am Ende der Ära Bismarck trotz der engen Verbundenheit mit Kaiser und Reich gegenüber ihrem Niederlassungsstaat eine loyale Gesinnung bewahrt hatte.

4. 2. 3 NATIONALISTISCHE DIVERGENZEN AM BEISPIEL DER DEUTSCHEN KOLONIE LAUSANNE

Mit der Charakterisierung «Nationalist» ist viel und wenig zugleich gesagt. Die Notwendigkeit zur Nuancierung wird am Beispiel der Deutschen Kolonie Lausanne ersichtlich. Es bietet zugleich dazu Hand, den Einblick in die spezifischen Verhältnisse der Deutschen in der Westschweiz zu vertiefen.

Das nationale Kolonieleben unter den Deutschen in Lausanne ist vor allem durch den Philologen und Epigraphiker Hermann Wiener (1813-1897) angeregt worden. Als Burschenschafter hatte er in Giessen der 1834 gegründeten «Gesellschaft der Menschenrechte» angehört, die unter Georg Büchner nach dem Vorbild der französischen «Société des droits de l'homme» die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse durch eine nationale Revolution neu ordnen wollte.¹⁸³ Der drohenden Verhaftung entzog er sich durch Flucht nach Strassburg. Der wegen seiner nationalen Gesinnung verfolgte Student musste fortan im Ausland seinen Broterwerb suchen. Als Lehrer oder Brauer, so meinte Wiener später, hätten die deutschen Emigranten die grösste Aussicht auf ein Unterkommen in der Schweiz gehabt. Da ihm Ausweispapiere fehlten, reiste er wie so mancher andere seiner Gesinnungsgenossen mit einem gefälschten Pass ein. Durch die Vermittlung eines Freundes wollte er eine Hauslehrerstelle in Lausanne antreten. So ist Wiener auf abenteuerlichen Wegen in die waadtländische Hauptstadt gelangt, in der er dann über dreissig Jahre als Professor an der Académie de Lausanne gewirkt hat. Auf seine Initiative hin ist am 31. August 1870 der Deutsche Hilfsverein Lausanne gegründet worden, um den aus Paris ausgewiesenen Landsleuten die dringend benötigte Unterstützung zu leihen. Alsbald von den Reichsbehörden anerkannt und subventioniert, bildete der DHV langezeit die einzige offizielle Vertretung des Deutschtums in Lausanne. Wiener galt nun als der Nestor der Kolonie.

Der einstige «Hochverräter» sah sich zu seiner Genugtuung am achtzigsten Geburtstag auch vom deutschen Gesandten als «opferfreudiger Vorkämpfer unseres deutschen Reiches» gefeiert.¹⁸⁴ Für die Pflege des Nationalismus, in den Formen wie sie das Kaiserreich zu entwickeln begann, war mehr und mehr eine jüngere Generation besorgt. Wiederum ging die Initiative von einem Akademieprofessor aus – vom Rechtsgelehrten Heinrich Erman (1857-1940). Kurz nach seiner Berliner Promotion war Erman als «professeur extraordinaire de droit romain» im Jahr 1883 an die Lausanner Akademie berufen worden. Da später in deutschen Zeitungen die Meinung laut wurde, es gebe an der Universität Lausanne sogenannte «Vertragsprofessuren», auf deren Besetzung Deutschland Einfluss nehmen könne, gewinnt die Frage, wie es zu den Vorlesungen in deutscher Sprache gekommen ist, einiges Interesse. Erman war weder für deutsche Studenten noch für deutschsprachige Vorlesungen angestellt worden. Er hatte wie seine übrigen Kollegen ein normales Wochenpensum zu bewältigen, das darin bestand, acht Stunden französisch über römisches Recht zu lesen. 1886/87 erlangte er zur Aufbesserung seines Gehalts das Zugeständnis, ein Privatissimum zu halten, dessen Honorarertrag ganz ihm zufiel. Da ihm die Gestaltung überlassen blieb, machte er aus dem «Kolloquium über Sohms Institutionen» wohl die erste deutsche Rechtsvorlesung im französischen Sprachraum. In jenem Wintersemester hatten sich allerdings erst zwei Studenten daran beteiligt. Die Neuerung, die französischen Vorlesungen mit deutschsprachigen Privatissima zu kombinieren, steigerte des Professors Einkünfte und vergrößerte die Anzahl wie den Lerneifer der in Lausanne inskribierten Studenten. Denn bisher hatten fast nur adlige Offiziersaspiranten ein Auslandsemester am Genfersee mit der Absicht verbracht, sich möglichst angenehm um die Kriegsschule zu drücken. Nachdem die Akademie 1890 ihre Umwandlung zur Universität vollzogen hatte, geriet Lausanne für die Jurisprudenz mehr und mehr in den Ruf einer «Modefakultät»; die Söhne von Exzellenzen oder sonstigen «Spitzen» fanden es en vogue, ihr Studium mit einem Semester im Waadtland zu beginnen und zwar wenn immer möglich im Sommer. Bereits die Akademie hatte sich nicht ohne Erfolg darum bemüht, dass das bei ihr verbrachte Semester wenigstens bei den deutschen Juristen an den Studiengang angerechnet werde. Im Gegensatz zu Freiburg, das trotz der zahlreichen deutschen Professoren als katholische Universität in Norddeutschland einen schwierigen Stand hatte, konnte die Lausanner Hochschule die Anrechnungsfrage weitgehend in einem für sie günstigen Sinn lösen. Allerdings besaßen nur die deutschen Juristen das Sonder-

recht, drei Semester unter Anrechnung auf die ihnen vorgeschriebene Studienzeit an einer anerkannten ausländischen Universität verbringen zu dürfen. Studierende anderer Fakultäten bedurften für den Anrechnungsfall für jedes Auslandsemester einer speziellen Genehmigung der Ministerialinstanz. Auch für die Juristen ergaben sich nach 1896 neue Probleme aus den von den verschiedenen Bundesstaaten erlassenen Studienordnungen, die für jedes Semester die Bewältigung eines bestimmten Arbeitspensums festsetzten. Um diesen zu genügen, erweiterte Erman seine Privatisima durch eine Vorlesung über den allgemeinen Teil des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). Als er 1902 einem Ruf nach Münster folgte, wurde in Lausanne ein eigener Lehrstuhl für deutsches Recht errichtet, um den reichsdeutschen Studenten das vollständige Programm des ersten und zweiten Semesters des deutschen Rechtsstudiums bieten zu können. Zum neuen Dozenten wählte man den aus Os nabrück gebürtigen Rechtsanwalt Ludwig Kuhlenbeck. 1905 kam mit dem Extraordinarius M. van Vleuten, der Sohn eines früheren Zentrumsabgeordneten, ein weiterer Reichsdeutscher als Dozent an die juristische Fakultät. Ausserdem erhielt der Privatdozent Th. Sternberg die *venia docendi* für das Fachgebiet des deutschen Zivilprozesses. Erman hatte von 1888 bis 1896 nebenamtlich auch an der Genfer Universität gelesen; um die Jahrhundertwende erweiterte diese ihr Lehrangebot durch drei eigene zum Teil deutsch vortragende Rechtsdozenten, und sogar die französische Universität Grenoble warb um die Gunst der deutschen Studenten.¹⁸⁵ Hatte im Wintersemester 1890/91 in Lausanne der Anteil aller ausländischen Studenten an der Gesamtzahl der Studierenden 23,7% ausgemacht, so lag er ein Jahrzehnt später bei 48,2% und stieg 1904/05 sogar auf 62,2%.¹⁸⁶

Zehn deutsche Studenten hatte Erman 1883 bei seinem Beginn an der Akademie vorgefunden, im Sommersemester 1901 waren es 126, und der neu eingerichtete Lehrstuhl hat den Zuwachs noch erheblich verstärkt. Obwohl die rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät ihrer Sonderregelung wegen für die Deutschen einen besonderen Anreiz bot, fand das Medizinstudium, aber auch die Romanistik regeren Zuspruch aus dem Deutschen Reich, was sich in der beträchtlichen Zunahme der ausländischen Studentinnen niederschlug. Sowohl die Universität wie die Stadt fanden in den Zuzüglern aus dem Ausland eine wichtige Einnahmequelle. Die finanziellen Beitragsleistungen der Ausländer waren für das Gedeihen einzelner Universitäten vor dem Ersten Weltkrieg geradezu unerlässlich geworden. Im Jahr 1913/14 betrug der Ausländeranteil unter den Studenten an der Universität Genf 79,2%, in

Freiburg 65,7%, in Lausanne 62,9%, gefolgt von Zürich mit 42,1%, Neuchâtel mit 39,6%, Bern mit 37,1% und Basel mit 28,0%. An der Universität Bern waren einige Jahre zuvor die schweizerischen Studenten noch in der Minderheit gewesen. Die allgemeine Tendenz in den Vorkriegsjahren wies in Zürich und Bern einen Rückgang, in Genf und Freiburg eine weitere Steigerung des Ausländeranteils auf.¹⁸⁷ Wie in Genf so führten auch in Lausanne eine ganze Reihe von ehemaligen Pastoren, Lehrern, Witwen oder älteren ledigen Damen Pensionen, die fast ausschliesslich von den deutschen Studenten lebten. Aus ihrer Ausbildung und ihrer Beherbergung erwuchs mannigfacher wirtschaftlicher Nutzen. Dies rief in Deutschland gelegentlich Unmutsäusserungen hervor, die Schweizer schlugen aus dem Exodus an den Genfersee übertriebenen materiellen Gewinn. Sie entsprangen zum Teil dem Wettbewerbsneid und erachteten es als selbstverständlich, dass das Waadtländer Volk wegen des Ausbaus zur vollen mit vier Fakultäten versehenen Universität erhebliche Opfer zu tragen hatte.¹⁸⁸ Die deutschen Lehrveranstaltungen waren daher ein Entgegenkommen und Lockmittel zugleich, um den Zuzug aus dem Reich zu verstärken. Der Gewinn war gegenseitig. Von einem guten Lehrangebot profitierten auch die ausländischen Studenten, während die Universität ohne deren Beitrag auf einen derartigen Ausbau wohl hätte verzichten müssen. Die Einrichtung eines deutschen Lehrstuhls lag natürlich ganz in der Kompetenz der Waadtländer. Ein ausländisches Mitspracherecht stand überhaupt nicht zur Debatte, und wenn es schliesslich gleichwohl zu einer Einmischung deutscher Pressestimmen kam, so nur, weil sie aus mangelnder Kenntnis in Kühlenbeck den Märtyrer eines angeblich verfolgten Deutschtums sahen. Mit dem Konflikt im universitären Bereich verband sich ein Richtungsstreit innerhalb der Deutschen Kolonie, den Kühlenbeck mit seinem extremen Nationalismus ausgelöst hatte.

Dabei war sein Vorgänger Heinrich Erman, der das Kolonieleben ins nationalistische Fahrwasser der wilhelminischen Ära gelenkt hatte, keineswegs ein lauer Vertreter deutschen Wesens gewesen. Er selbst bekannte stolz, dass er sich stets als «Allemand et Prussien de fait et de coeur» gegeben habe.¹⁸⁹ Offizierszucht galt ihm als Mannesideal; im entsprechenden Geiste richtete er seine erzieherische Arbeit aus. Offiziere wie der Oberstleutnant und Danteforscher Paul Pochhammer hielten auf den allmonatlichen Versammlungen des DHV bildende Vorträge oder gehörten wenigstens zu dessen achtungsgebietenden Mitgliedern. Offiziere und Studenten waren auch die dominierenden Gruppen auf dem jährlichen Ball zu Kaisers Geburtstag, den der DHV als festlichen Höhepunkt des Kolonielebens organisierte. Im Jahr 1887 rief

Erman zusammen mit sieben weiteren Studenten den deutschen Studentenverein «Germania» ins Leben. Schon früher hatte der «Adelstisch» im damaligen «Café de la Banque» einen exklusiven Studentenkreis versammelt. Die «Germania» wollte für alle in Lausanne studierenden Deutschen einen Mittelpunkt akademischer Geselligkeit bilden. Sie trug die Farben schwarz-weiss-rot und führte den Wahlspruch: «Furchtlos, selbstlos, rastlos.»¹⁹⁰ Zwei Jahre später, in den erhitzten Wochen des Schnäbele-Boulangier- und des Wohlgemuth-Handels dichtete ihm Erman als Bundeslied die Verse:

«Brüder, seht hier Deutschlands Fahnen
Frei entrollt im wälschen Land,
Wir lausannischen Germanen
Mit dem schwarz-weiss-roten Band
Grüssen sie mit stolzer Lust,
Denn wir sind uns voll bewusst
Unsrer Pflicht der hehren,
Deutschlands Ruhm zu mehren.»¹⁹¹

Die Repräsentation des deutschen Elementes an der Universität wurde nunmehr zu einer Prestigeangelegenheit. Als 1890 zum Universitätseröffnungsfest siebzig französische Professoren mit einigen hundert Studenten ihr Erscheinen angekündigt hatten, organisierte Erman eine stattliche Vertretung Deutschlands. Mehrere Rektoren brachten ihr Universitätsbanner mit Begleitung in Wicks mit; drei- bis vierhundert deutsche Studenten wurden zum Festanlass erwartet, und ängstliche Gemüter fürchteten, es würde – so kurz nach der Schnäbele-Boulangier-Kontroverse – nachts zwischen betrunkenen deutschen und französischen Studenten zu einer wüsten Schlägerei kommen. Die Mitglieder des DHV nahmen daher alle deutschen Gäste privat bei sich auf, um eine geschlossene Einquartierung zu vermeiden.¹⁹²

Innerhalb des DHV bestand in den Jahren 1891 bis 1893 sogar eine starke Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes, der manche der ansässigen DHV-Mitglieder angehörten und deren Monatsversammlungen mit denen des Hilfsvereins zusammenfielen. Dieses Alldeutschtum wurde hier zunächst noch als Fortführung der Gesinnung aufgefasst, wie sie früher unter Reichsdeutschen im Ausland verfochten worden war. Da in der Ortsgruppe das aggressive Programm des deutschen Imperialismus mehr und mehr offensiv vorgetragen wurde, verlangten zwei inaktive Offiziere, entweder diese Vereinsgemeinschaft aufzulösen oder auf ihre Mitwirkung im

Vorstand des DHV zu verzichten. Die Alldeutschen sahen sich durch die Trennung in die Abseitsposition einer Radikalengruppe abgedrängt. Die «Germania», die nach dem Willen Ermans keine Verbindung im deutschakademischen Sinne sein sollte, wurde unter dem Druck der nach Deutschland zurückgekehrten «Inaktiven» und «alten Herren» schliesslich doch «Couleur» und gab damit die frühere Einsicht preis, dass sich eine deutschnationale Gesinnung besser pflegen liess, wenn nicht durch ein befremdendes Gebaren die eingeräumte Toleranz mutwillig überfordert wurde. Die alldeutsche Gesinnung und sein Einstehen für preussische Manneszucht hinderten Erman nicht daran, seiner Umgebung mit Hochachtung zu begegnen. Für seine Verdienste ehrte ihn die Universität bei seinem Weggang mit dem Titel eines Honorarprofessors. Dessenungeachtet hatte sich ein harmonisches Verhältnis zwischen den Deutschen und ihrer französischsprachigen Umgebung auch zu seinen Zeiten nicht einstellen können. Sein Rat an die über den Boulangismus erhitzten deutschen Studenten, sich nicht so aufzuführen, als stände hinter jedem von ihnen das Deutsche Reich mit seinen neunzehn Armeekorps, «sondern sich denken als ein in Feindesland verlorener Posten, der ruhig und treu die Fahne hochhaltend, auch dem Gegner ehrerbietige Achtung abzwingt»¹⁹³, rückt seinen «mässigenden» Einfluss in ein für die damalige Stimmung bezeichnendes Licht. Trotzdem traf ihn später der Vorwurf der Leisetreterei! Mit einem Ludwig Kuhlenbeck verglichen durfte er sich allerdings als gemässigt betrachten. Erman gehörte zu den führenden Mitgliedern des «Bundes Deutscher Bodenreformer» und vertrat auf dem Gebiet der Innenpolitik sozialreformerische Ziele, die den Boden der Spekulation entziehen wollten, um ihn den wirtschaftlich schwächeren Schichten als Werk- und Wohnstätte zu erhalten.¹⁹⁴

Soziale Probleme beurteilte Kuhlenbeck von einer ganz anderen Warte aus. Der glühende Anhänger einer sozialdarwinistischen Gesellschaftsschau sprach als einer der ersten unter den deutschen Juristen einer Umsetzung der Rassenlehre in Politik und Recht das Wort. Wie Erman war auch er ein Alldeutscher; doch gehörte er zu jenen Scharfmachern der jüngeren Art, die ihr rücksichtsloses Machtstreben aus einem Herrschaftsanspruch des Ariertums ableiteten. Auf der Wormser Tagung des Alldeutschen Verbandes von 1905 trat er mit seinem Vortrag über «Politische Ergebnisse moderner Rassenforschung» erstmals in einem grösseren Kreis als rassenbewusster Jurist hervor.¹⁹⁵ Als er zwei Jahre später auf der alldeutschen Verbandstagung in Wiesbaden wiederum das Wort ergriff, kommentierte das «Berliner Tageblatt» ironisierend:

«Auch einige andere Redner auf dem alldeutschen Parteitage hüpfen über die Rechtsgrundlagen des Staates leichtherzig hinweg. Ja, ein bis dahin unbekannter Professor Kuhlenbeck aus dem bisher dem Deutschen Reich noch nicht eingegliederten Lausanne vertrat unter dem ‚grossen Beifalbe der versammelten alldeutschen Mannen den schönen Grundsatz, dass es kein Rechtsprinzip gebe, das nicht durch ein höheres Prinzip durchbrochen werden könnte.»¹⁹⁶

Den Schweizer Aufenthalt hatte ja schon ein gutes Jahrzehnt zuvor Alfred Ploetz dazu benutzt, die Grundlinien seiner Rassenhygiene auszuarbeiten.¹⁹⁷ Als Dritter im Bunde ist der in St. Gallen geborene Arzt Ernst Rüdin zu nennen, der sich in verhängnisvoller Weise für die Verwirklichung der Rassentheorie im medizinischen Bereich eingesetzt hat.¹⁹⁸ Im Unterschied zu August Forel, auf den sie sich als Schüler oder Verehrer beriefen, ging es ihnen nicht allein darum, durch die Eugenik einen gesunden und glücklichen Nachwuchs zu fördern, vielmehr vermengte sich ihnen die Forderung nach Zuchtwahl mit machtpolitischen Intentionen.¹⁹⁹ Die Vorherrschaft der «Langschädel», das Ideal der rassenaristokratischen Arier, die Nichtigkeit des Individuums, das sich ganz der Rasse, der Nation aufzuopfern hat, das aus dem Tierreich übernommene und als letztlich für entscheidend erklärte Gesetz der Gewalt – dies alles sind Vorstellungen, die Kuhlenbeck von Georges Vacher de Lapouge übernommen und weiterverbreitet hat. Er litt als Sohn eines Schlossers unter dem Trauma des Outsiders, weil er sich in seinen Berufskreisen nicht als gleichwertig behandelt sah. Dass er den Bauern-, Handwerker- und Arbeiterstand als das grosse «Reservoir der Rassenkraft» rühmte, geschah wohl nicht zuletzt deshalb, um sich, wenn schon nicht von Geburt, wenigstens von Rasse wegen zu adeln.²⁰⁰ Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, dass Erman, der als Dekan der juristischen Fakultät über seine Nachfolge selbst die Verhandlungen führte, seinen Schwager Nicolas Herzen vor einem allzu gewiegten Fachkonkurrenten bewahren wollte. Warum wurde unter den sechsundzwanzig Kandidaten ein Mann auf den Lehrstuhl für deutsches Recht nach Lausanne berufen, der in seiner wissenschaftlichen Laufbahn umstritten war? Seine Habilitation in Göttingen soll 1884 angeblich «wegen Betätigung welfischer Sympathien» gescheitert sein. Er liess sich in Halle, dann in Jena als Rechtsanwalt nieder und leitete die «Juristische Wochenschrift», das Blatt der deutschen Anwälte. Da Herzen die römischrechtlichen Vorlesungen für die deutschen Studenten in vollem Umfange weiterführen wollte, sollte vor allem ein Spe-

zialist für das Bürgerliche Gesetzbuch sowie für die Geschichte und Grundzüge des deutschen Privatrechts gewonnen werden. Kuhlenbecks Mitarbeit am Handkommentar zum BGB schien ihn für den neuen Lehrstuhl geeignet zu machen, während er sich – ursprünglich vom römischen Recht herkommend – in die übrigen Gebiete des deutschen Rechts noch einarbeiten musste. Erman suchte nicht allein einen qualifizierten Fachgelehrten. Wie er im Juni 1902 den Bewerbern in einem Auskunfts schreiben kundgab, verkörpere der Gewählte zugleich den akademisch-landsmännischen Mittelpunkt für die dortigen deutschen Juristen und müsse daher befähigt sein, «um leitend und vermittelnd als eine Art akademischer deutscher Vizekonsul zu wirken». Das preussische Kultus- und Justizministerium in Berlin lege Wert auf die «Erhaltung dieses nach Lausanne vorgeschobenen Postens deutscher Rechtswissenschaft». ²⁰¹ Um für das Deutschtum an exponierter Lage einzustehen, dafür schien ihm Kuhlenbeck der richtige Mann zu sein. ²⁰²

Schon in den ersten Wochen seiner Lausanner Tätigkeit fühlte sich Kuhlenbeck als Opfer eines Irrtums hintergangen. Dass Herzen den zahlreichen deutschen Studenten des ersten Semesters römisches Recht vortrug, während ihm das Experiment überlassen blieb, die deutschen Studenten auch für das zweite oder dritte Semester in Lausanne festzuhalten, damit wollte er sich nicht zufriedengeben. Er erreichte verbesserte Anstellungsbedingungen und gelangte im November 1905 sogar zu einer Vereinbarung mit Herzen über einen abwechselnd gehaltenen, gemeinschaftlichen römischen Rechtsunterricht in deutscher Sprache. ²⁰³ Dessenungeachtet suchte er mit unkollegialen Mitteln, die Ausbildung der deutschen Studenten ganz in seine und seines Mitstreiters van Vleuten Hände zu bekommen. Sein forsches Auftreten und der dünkelfhafte Nationalismus machten den Neuling rasch unbeliebt. In einer Verteidigungsschrift beschreibt der Niedersachse auf seine Weise, wie wenig er mit seinem chauvinistischen Betragen in und ausserhalb der Kolonie Fuss fassen konnte:

«Weniger erfreulich erwies sich der Verkehr oder vielmehr, in Waadtland freilich an sich nicht auffällige *Nicht*verkehr unter den Kollegen im engeren Sinne, die sich grossenteils nur gelegentlich im Sprechzimmer, ausserdem bei besonderen Universitätsfestlichkeiten, z.B. auf Staatskosten stattfindenden Banketten und Trinkredeturnieren, begegnen. Das gemeinschaftliche Sprechzimmer zog ich allmählich vor möglichst zu meiden, und zwar lediglich aus dem Grunde, weil einzelne Herren aus verschiedenen Fakultäten, bei meinem Erscheinen es sich selten versagen konnten, mit irgendeiner tagespolitischen Neuigkeit auf mich einzudrin-

gen und den Prussien, der sogar Pangermanist, d.h. Mitglied des nicht nur im Auslande so übel verleumdeten *alldeutschen Verbandes* war, durch taktlose Auslassungen über auswärtige und gelegentlich selbst innerpolitischen Belange Deutschlands in seinem Nationalgefühl zu ‚brüskieren‘.

Im gesellschaftlichen Mittelpunkt aber der *deutschen* ‚Kolonie‘ im *weitesten Sinne* hatte leider mein blosses erstes Erscheinen solches Missfallen erregt – es gehört dies in die Psychologie des Unbewussten –, dass ein älterer Student mir wenige Tage darauf von einer Äusserung eines Mitgliedes des Vereins ihm gegenüber erzählte, die – man lache nicht! – dahin ging, der *Hilfsverein werde mich aus Lausanne schon wieder fortschaffen, einen solchen Nachfolger Ermans habe man sich nicht gewünscht*. Dass ich die Sitzungen dieses Vereins, in dem ich übrigens kaum einen auf gleicher Bildungsebene stehenden Menschen treffen konnte, nur spärlich besuchte, war zumal nach dem Bemerken einer so feindseligen ‚aura‘ begreiflich.»²⁰⁴

Kuhlenbecks Vortrag über die Rassentheorie war im DHV auf eisige Ablehnung gestossen. Dafür rächte er sich mit abfälligen Bemerkungen, «Krethi und Plethi» verkehrten im Hilfsverein, der unter seinem Niveau stehe. Gab er die Schuld für seine Unbeliebtheit den «verschweizerten» Exdeutschen, so hätte der aus München stammende Antisemit van Vleuten am liebsten die jüdischen Mitglieder aus dem DHV ausgeschlossen. Den sogenannten jour fixe, den Teenachmittag, den er für die deutschen Studenten jeweils einmal die Woche in seiner Wohnung gewährte, musste Kuhlenbeck nach einigen Semestern wegen Unverträglichkeit wieder aufgeben. Bar jeden Humors, reagierte er auf jede spöttische Bemerkung scharf; aus einer respektlosen Äusserung über die der schweizerischen Art entgegengesetzten Schnurrbarttracht Wilhelms II. machte er ein Politikum.²⁰⁵ Unter den Studenten fand nur eine Minderheit, Kuhlenbecks Art sei für den Deutschbewussten die allein geziemende. Beim Nahen seines unfreiwilligen Abschieds waren die Studenten spärlich, die ihm im «Kampfe um deutsche Ehre gegen Missgunst und Neid fremder Natiönchen» Glück wünschten, oder die, wie ein Anhänger ihm schrieb, sich bei seinen Vorlesungen dankbar daran erinnerten, «wenn Sie Ihre kräftige und vernünftige Weltauffassung darlegten und die Interessen und Ideale unserer Nation wie unserer Rasse nachdrücklich vertraten gegenüber den verwaschenen und mir widerlichen Ideen Ihrer jetzigen Gegner».²⁰⁶ Um unter den Studenten deutschen Geist in seinem Sinne zu pflegen, hatte er einen «Deutschen Abend» gegründet.

Aber auch dieser Runde wurde er nicht froh, so dass er den Ehrenvorsitz dem zu seiner Entlastung 1905 an die Universität berufenen van Vleuten übertrug. Aber auch van Vleuten wurde der Stammtischrunde unerträglich, die sich daraufhin unter dem Namen «Deutscher Studenten-Abend» selbständig machte. Als bald war sie die massgebende Vereinigung zur Wahrnehmung der studentischen Interessen. Obwohl sie zum Kaisergeburtstagskommers oder zum sommerlichen Bismarckkommers beide Professoren neben anderen Dozenten und Studenten als Gäste begrüßen konnten, blieben die Verhältnisse gespannt.²⁰⁷ Als am 13. Dezember 1906 in Berlin der Reichstag aufgelöst worden war, trug Kuhlenbeck die Wahlkampfstimmung in die Reihen der Lausanner Kolonie. Der erbitterte Feind von Sozialdemokratie und Zentrum eiferte in einem Vortrag zur Reichstagsauflösung vor den Studenten «gegen die Schwarzen und Roten» und veranstaltete eine Sammlung für den «Reichsverband gegen die Sozialdemokratie».²⁰⁸ Für seine Agitation konnte der Professor ein Dankschreiben vom Vorsitzenden des Reichsverbandes, Generalleutnant z. D. Eduard von Liebert, entgegennehmen. Die Freude darüber hatte er mit einer Brüskierung nun auch der katholischen Studenten erkaufte, was die Spaltung in Gegner und Anhänger Kuhlenbecks noch vertiefte. Als Schmach empfand er es, dass er von der Kaiserrede, die er am bevorstehenden Geburtstagskommers den Studenten hätte halten sollen, wieder ausgeladen wurde. Im Wintersemester 1907/08 begannen gegen ihn und van Vleuten Störaktionen, so dass sie «jede Vorlesung als eine wahre Nervenfolter empfanden».²⁰⁹ Gegen den letzteren kam es zu einem eigentlichen Boykott; noch vor Semesterschluss reisten beide fluchtartig nach Deutschland; ein ärztliches Attest bescheinigte ihnen Erschöpfung. Die Disziplin war ihnen völlig entglitten. Die Schuld daran, dass alles so gekommen war, gaben sie Nicolas Herzen und dem Privatdozenten Sternberg. Obwohl sie vermittels irreführender Vorlesungsanschlüsse sowie durch mündliche Einflussnahme versucht hatten, Herzen alle deutschen Studenten abspenstig zu machen, spielten sie sich als die Opfer von Intrigen auf.²¹⁰

Ein Zufall bot ihnen die Möglichkeit, Herzen zu verunglimpfen. Nicolas Herzen war der Enkel des bekannten russischen Revolutionärs und Publizisten Alexander Iwanowitsch Herzen (1812-1870). Dieser hatte 1852 im Kanton Freiburg das Bürgerrecht erworben. Mit ihm war auch sein Sohn Alexander Herzen Schweizer geworden, der sich der Medizin zuwandte und seit Anfang der achtziger Jahre als Physiologieprofessor in Lausanne lehrte. Der 1873 geborene Nicolas wuchs seit dem zehnten Lebensjahr in Lausanne auf. In der Schweizer Armee brachte er es bis zum

Hauptmann. Als Student hatte er in der «Germania» verkehrt, später gehörte er dem DHV an. Im Jahr 1900 verlor er seine Frau am Tag nach der Hochzeit durch ein Unglück. Da auch Erman damals der Verlust seiner Gattin traf, kamen sich der Universitätslehrer und sein ehemaliger Schüler besonders nahe. Ermans Kinder fanden in Herzens Schwester die zweite Mutter.²¹¹ Seinen Schwager suchte er auch beruflich zu fördern. Obwohl Herzen, der sich von der Sozialdemokratie distanzierte, jeder revolutionäre Zug abging, hielt ihn Kuhlenbeck von Anfang an politisch für suspekt. Des Rufes seines Grossvaters eingedenk, half Herzen nach dem Scheitern der Revolution von 1905 den mittellosen russischen Emigranten. Durch sein mutiges Eintreten entstanden ihm erhebliche Nachteile, und auf die längst fällige Beförderung zum Ordinarius musste er weiterhin warten. Dass er im DHV über die Verhältnisse in Russland einen Vortrag halten konnte, löste bei den alldeutschen Mitgliedern um Kuhlenbeck heftige Kritik aus, obwohl Herzen auf eine wertende Stellungnahme in Absprache mit dem Vereinsvorstand verzichtet hatte. Wenig Verständnis fand, dass er den ihm angetragenen Vorsitz eines internationalen Wohltätigkeitskomitees für die russischen Arbeitslosen übernahm. Im Frühjahr 1908 wurde der Baturmer Petroleum-Industrielle Schriro in Lausanne von russischen Anarchisten unter Morddrohungen erpresst. Da die Verhafteten auch mit diesem Unterstützungskomitee Berührung gehabt hatten, behauptete die in Berlin erscheinende «Tägliche Rundschau» einfach, die Verhafteten seien Freunde von Herzen gewesen.²¹² Diese falsche Konstruktion diente dazu, die Universität in den Ruf gefährlicher anarchistischer Umtriebe zu bringen. Das Blatt setzte in seiner Morgenausgabe vom 15. April 1908 zu einer allgemeinen Offensive gegen die schweizerischen Universitäten an, die den russischen Sozialisten und Anarchisten eine Freistatt böten. Vor diesem Hintergrund, den das Blatt in düsteren Farben malte, erschienen nun Kuhlenbeck und van Vleuten als Vorkämpfer der nationalen Sache im Lichte reinsten Lauterkeit. Der Artikel mündete in die Drohung ein:

«Wir fragen nur, ob es unseren Interessen, ob es den Gesichtspunkten der deutschen Unterrichtsverwaltungen und dem Willen der Angehörigen der in Lausanne Studierenden entspricht, ob es ferner zum Wohl des Reiches ist, wenn zahlreiche deutsche Studenten ohne Not dem Einfluss radikal-demokratischer, richtiger sozialdemokratisch-nihilistischer ausländischer Hochschullehrer unterstellt werden. Ohne Not! Denn wir sehen wirklich keine Notwendigkeit, unsere Studenten wei-

ter nach Lausanne, bezw. an die Schweizer Universitäten überhaupt gehen zu lassen, wenn dort ihrer Erziehung in dem Geist, in dem die überwiegende Mehrheit der zu einer Stellungnahme befähigten Leute in der Heimat sie wünscht, unter der Billigung oder wenigstens dem tatenlosen Zusehen der eidgenössischen Behörden systematisch entgegengearbeitet wird.»²¹³

Das rechtsgerichtete Blatt schlug in der Abendausgabe des gleichen Tages noch einmal in dieselbe Kerbe. Die Universität Lausanne habe am Besuch der deutschen Studierenden ein erhebliches Interesse; wenn es um den Geldbeutel gehe, sei der Schweizer sehr empfindlich. Mit einem Boykott wollte die «Tägliche Rundschau» neben Herzen auch die Mediziner Dind und Roux sowie den Professor für Photographie, Reiss, ausgeschaltet wissen. Weitere deutsche Zeitungen – die Bezeichnung «Kuhlenbeckpresse» kam auf – setzten die Hetze von Seiten der Rechten fort. Um die Empörung noch zu steigern, wärmten sie frühere Streitigkeiten innerhalb der Lausanner Kolonie in entsprechenden Farben wieder auf. Da die beiden Professoren in der Kolonie keinen Rückhalt gefunden hatten, bezichtigten sie die Lausanner Deutschen des mangelnden Patriotismus; so schrieb die «Bonner Zeitung»:

«Einmal ist es vom deutschnationalen Standpunkt beschämend, dass die Lausanner deutsche Kolonie so wenig Nationalgefühl besitzt, dass der dortige Deutsche Hilfsverein die Unterstützung deutscher Deserteure als seine Aufgabe betrachten konnte und durch sein Mitglied Prof. Herzen (Schweizer von Geburt) eine Rede zur Verherrlichung russischer Revolution halten liess, wozu alle deutschen Studenten eingeladen wurden. Empfiehlt es sich, unsere akademische Jugend zu solchen Landsleuten zu schicken?»²¹⁴

Gegen eine derartige Verleumdung setzte sich der DHV Lausanne mit einer öffentlichen Berichtigung zur Wehr. Wenn der DHV einem reuigen Deserteur zwecks Stellung beim Bezirkskommando freie Heimfahrt gewährte, so war dies so wenig eine Begünstigung, wie Herzens Situationsanalyse eine Verherrlichung der russischen Revolution enthalten hatte. Auch Major Wittlinger protestierte namens des Zentralverbandes der DHV gegen diese Unterstellung, die der von Subventionen abhängigen Hilfsorganisation hätte gefährlich werden können.²¹⁵ Die zahlreichen Beschuldigungen und Richtigstellungen, deren schwerwiegendste darum ging, ob wegen nächtlichen Randalierens verhaftete deutsche Studenten auf dem Polizeigewahrsam als «sales Allemands» beschimpft worden seien oder nicht, offenbarten nur, auf

welch geistloser Ebene hier um nationales Prestige gefochten wurde. Dem Vorstoss aus den Reihen der Rechtspresse, eine Boykottbewegung gegen die Universität Lausanne auszulösen, traten in Deutschland frühere Lausanner Studenten mit einer Sympathieadresse entgegen:

«Wir ehemaligen Lausanner Studenten wissen aus eigener Erfahrung, dass unsere jungen Kommilitonen, die in der Schweiz studieren, weder in ihrem Nationalgefühl beleidigt werden, noch mit russischen Terroristen in Berührung kommen.»²¹⁶

Auch 159 damals in Lausanne studierende Deutsche wiesen in einer Kundgebung die Presseangriffe als haltlos zurück:

«Mit nachstehender Erklärung bezwecken unterzeichnete, im Sommersemester 1908 in Lausanne immatrikulierte deutsche Studenten, den in der Heimat immer wiederkehrenden Presseartikeln zu steuern, deren Beschreibungen von den Lausanner Verhältnissen und dem Auftreten der Deutschen zwar glücklicherweise der Wahrheit direkt widersprechen, wohl aber geeignet sind, im deutschen Vaterlande und mehr noch im Auslande falsche Vorstellungen von dem Verhalten und der Stellung der deutschen Studenten in der Schweiz zu erwecken; sodann möchten Unterzeichnete auch den deutschen Studenten die Universität erhalten, die, wie kaum eine andere, geeignet ist, den Gesichtskreis zu erweitern.»²¹⁷

Durch die Pressekampagne war das Ansehen der Universität Lausanne in Deutschland in einer Weise geschädigt worden, die nicht ohne Konsequenzen bleiben konnte. Schon im Wintersemester 1907/08 hatten es Kuhlenbeck und van Vleuten als mit ihrer Ehre unvereinbar gehalten, an dem vom Rektor vorgeschlagenen gütlichen Schlichtungsversuch zur Wiederherstellung des universitären Friedens teilzunehmen. Die Hinwendung zur Pressepolemik war eine Disziplinlosigkeit ohnegleichen. Kuhlenbeck war nicht so plump, die Artikel in der «Täglichen Rundschau» selbst zu verfassen. Hingegen spielte er dem nach Lausanne entsandten Sonderkorrespondenten die entsprechenden «Informationen» zu – ein Vorgang, den er in der nachfolgenden Untersuchung als Privatunterhaltung kaschierte, über die er keine Auskunft zu geben habe. Den erfolgten Angriffen öffentlich zu widersprechen, lehnte er ab. Dem Konflikt bei den Juristen ein Ende zu machen, darauf hatte auch das waadtländische

Parlament in seinem Tagesordnungsbeschluss vom 7. Mai 1908 gedrängt. Das eingeleitete Disziplinarverfahren endete schliesslich am 17. Juli mit der Absetzung der beiden Professoren wegen Insubordination.²¹⁸

Der ganze Vorgang illustriert in seltener Anschaulichkeit, dass ein Nationalist vom Typus eines Kuhlenbeck selbst innerhalb der deutschen Ausländerkolonie untragbar war. Erman wie Kuhlenbeck bekannten sich zum Alldeutschtum, doch war ihre Einstellung zum Gastland grundverschieden. Gerade auch in der Westschweiz wussten die Reichsangehörigen sehr gut, dass sie nur bei gutem Einvernehmen mit ihrer Umgebung zu einem gedeihlichen Fortkommen gelangen konnten. Kuhlenbeck hat dies in seinem Rassenhochmut solange missachtet, bis sein Abgang unausweichlich wurde, um die gespannte Lage wieder zu beruhigen. Er war soweit gegangen, die deutsche Gesandtschaft um ihre Intervention anzurufen. Die diplomatische Vertretung hat sich jedoch aus diesem Konflikt herausgehalten. Im Juni 1908 errichtete das Deutsche Reich in Lausanne ein Konsulat. Da es den Vorsitzenden des dortigen DHV, den aus Dresden stammenden Ingenieur R. Filsinger zum deutschen Konsul ernannte, hielt sich die angegriffene Kolonie durch diesen Vertrauensbeweis auf das Beste rehabilitiert.²¹⁹

4. 3 Aus den Ortskolonien – ein Überblick

Die soziale Gliederung sowie die unterschiedliche Ausprägung der lokalen Deutschen Kolonien liess sich auf Grund der DHV-Quellenmaterialien herausarbeiten. Wie nun an den einzelnen Orten in den Vereinen die nationale Gesinnung gepflegt worden ist, bietet im Detail wenig Ergiebiges. Ob nun der Württemberger-Verein von Rorschach oder derjenige von Basel betrachtet wird, das Ergebnis bleibt dürftig. Einmal fehlt es an Quellenmaterial, zum anderen mangelt es an der substanziellen Wirksamkeit, um historisches Interesse zu gewinnen.

Die «querelles d'Allemands», der Streit um eine Vereinsfahne oder wenig erschütternde Rivalitäten um irgendwelche Zuständigkeiten verdienen nicht, hier entwirrt zu werden. Stattdessen sollen die noch verbleibenden mehr als ein halbes Hundert zählenden nationalen Vereine nach Gruppen gegliedert und in ihren Aktivitäten auch nach lokalen Gesichtspunkten erhellt werden. Das Zustandekommen der Deutschen Kolonie Zürich als lockerer Organisationsverband, die besonderen Davoser

Verhältnisse und die Errichtung des deutschen Altersheims in Pieterlen als ein Werk von Reichsdeutschen aus allen Teilen der Schweiz runden und weiten das gewonnene Bild zugleich.

4. 3. 1 EINZELNE LOKALVEREINE

Während die Tagesarbeit der sozialistischen Oppositionsgruppen im Dienste der Gewerkschaften und der politischen Propaganda mit konkreten Aufgaben reichlich befrachtet war, liess sich mit Nationalgefühl allein noch kein erfüllendes Vereinsleben gestalten. Die Patriotenvereine lebten von der Geselligkeit; doch um sie zu betätigen, bedurfte es einer Zielsetzung, die oft nur den äusseren Rahmen abgab. Nicht dass der «Deutsche Frauenverein» Bern seine Aufgabe etwa leichtgenommen hätte, den Kranken, Wöchnerinnen und notleidenden Geschlechtsgenossinnen beizustehen. Diese Hilfeleistung verstand sich nur zum Teil als selbstlosen Dienst. Wohl zu tun galt als die edle Betätigung, die das Ansehen der gehobenen Kolonienmitglieder mehrte. Der Deutsche Frauenverein in Bern war 1882 auf Anregung einer Diplomatengattin, der Baronin von Tümppling-von Boysen, ins Leben gerufen worden. Seine Sache unterstützten die vornehmsten Damen der Deutschen Kolonie. Sogar der Dank richtete sich jeweils nach der sozialen Stufe. So schenkte Frau Baronin von Ottenfels, die Gemahlin des k. k. österr.-ungar. Gesandten, «gütigst auch diesmal wieder Spielzeug», Fräulein v. Bülow aus der Familie des deutschen Gesandten «erfreute in liebenswürdiger Weise jedes der Kinder mit einem Päckchen deutscher Pfefferkuchen», aber, so hiess es nun lediglich, «Herr Bäcker Siegler sorgte für Züpfli».²²⁰ Obwohl diese Hilfe die sozialen Unterschiede eher betonte als überbrückte, bot die Unterstützungsarbeit des Vereins eine wertvolle Ergänzung zu jener des DHV. Elöhepunkt war jeweils die Weihnachtsbescherung, die öffentlich stattfand und an der 1884 sechzig Kinder aus neunzehn Familien teilnahmen.²²¹ Das Beispiel machte auch in Zürich Schule, wo sich ebenfalls noch im Jahr 1882 ein «Deutscher Frauenverein» konstituierte. Schon seine erste Grossaktion brachte gewaltigen Erfolg. Der von ihm im Hotel Bellevue veranstaltete zweitägige Wohltätigkeitsbazar lockte die wohlhabenderen Kolonienmitglieder zahlreich an, und der erzielte Reingewinn von Fr. 6030 – übertraf sogar die Mitgliederbeiträge und freiwilligen privaten Zuwendungen, die der DHV während des ganzen Jahres eingenommen hatte.²²² Im Jahr 1883 kam in der Limmatstadt noch ein spezieller «Deutscher Verein für Krankenpflege» hinzu, der sich unter der jahrzehntelangen Leitung von Lily Reiff über zwei Weltkriege hinweg

rettete, bis er Ende 1953 einging. Später entstanden an anderen Orten weitere Frauengruppen, die zum Teil wichtige soziale Aufgaben erfüllten, mancherorts aber – so der «Vaterländische Frauen-Verein Montreux» – ein Kränzchen für vornehme Damen blieben.²²³ Das weibliche Geschlecht hatte sich im Kolonieleben einen eigenen Wirkungskreis geschaffen und bot ihm eine wichtige Stütze. Wo die Ortskolonie zu klein war, betätigten sich die Damen, wie die Gräfin Marie von Bismark in Lugano, im lokalen DHV.²²⁴ Eigene Krankenkassenorganisationen, denen der Beigeschmack der Mildtätigkeit fehlte, gab es kaum. Der «Krankenverein deutscher Bäcker» in Zürich gehörte zu den Ausnahmen.²²⁵

Wenigstens einmal im Jahr veranstalteten die grösseren deutschen Chöre ein Konzert für karitative Zwecke. Die Gesangsvereine erfreuten sich unter den Auslandsdeutschen grösster Beliebtheit. Einige von ihnen arbeiteten ernsthaft daran, es im Chorgesang zur Meisterschaft zu bringen. An fähigen Musikern fehlte es nicht. Auch in schweizerischen Gesangsvereinen spielten Reichsangehörige eine hervorragende Rolle. Zur Gründung des renommierten «Basler Gesangsvereins» beispielsweise hatte im Mai 1824 der aus dem Bodenseegebiet stammende Ferdinand Laur den Anstoss gegeben. Der Musiklehrer Laur – auch dieses bekannte Geschlecht aus dem der schweizerische Bauernsekretär und Agronomieprofessor Ernst Ferdinand Laur (1871-1964) hervorging, war kein einheimisches – dirigierte den Chor bis 1845. Sein Nachfolger, der Badenser Ernst Reiter, leitete überdies auch die «Konzert-Gesellschaft» sowie die «Liedertafel» und vereinte die drei bedeutendsten musikalischen Vereine Basels in Personalunion. 1875 löste ihn Alfred Volkland, der aus Braunschweig gebürtig war, als Dirigent ab. 1902 übernahm dann erstmals ein Schweizer für längere Zeit die Leitung. Hans Münch aus dem elsässischen Mülhausen verlieh dem Schweizerchor seit 1925 hohen künstlerischen Rang.²²⁶ Seine musikalische Qualität hat der «Basler Gesangsverein» unter anderem schon 1903 an der Tonkünstler-Versammlung des «Allgemeinen Deutschen Musikvereins» unter Beweis gestellt; da dieser sein Musikfest in Basel abhielt, besass das Kulturereignis eine weit ins Gastland einwirkende Ausstrahlungskraft. Das Tonkünstler-Fest, das in anderen Jahren in deutschen Städten oder auch in Wien stattfand, verwandelte vom 27. bis 31. Mai 1910 Zürich zum Elysium deutschen Musiklebens.²²⁷ Zahlreiche Chöre von hüben und drüben fanden sich zum edlen Wettgesang zusammen. Diese Musikfeste beriefen sich auf ihren unpolitischen Charakter; doch konnte kein anderes Mittel bessere Propaganda für die deutsche Kulturgemeinschaft machen als dieses gesellige Vergnügen. So errang die «Harmonie Zürich» als Gast der «Liederhalle Karlsruhe»

am internationalen Gesangs wettbewerb für Vereine deutscher Zunge 1912 den Kaiserpreis.²²⁸ Unter den ausgeprägt reichsdeutschen Chören hat sich der «Sängerverein Germania Zürich» durch eine gepflegte Gesangkunst ausgezeichnet. Die «Germania» war hauptsächlich von Süddeutschen ins Leben gerufen worden. An patriotischen Feiern gab sie nationale Lieder zum Besten, vermehrte aber auch durch anspruchsvollere Konzerte in der Predigerkirche die Einnahmen des Hilfsvereins. Sie vereinigte sich Anfang 1890 mit der 1881 gegründeten «Deutschen Union Zürich» zum «Deutschen Männergesangsverein Zürich», dem wohl bekanntesten Chor unter den Reichsangehörigen in der Schweiz.²²⁹ Der «Deutsche Männerchor Schaffhausen», der «Deutsche Chor Bern», in Zürich auch der «Deutsche Liederkranz» und der «Sängerverein Germania» – sie alle dienten den hiesigen Reichsangehörigen zu musischem und geselligem Streben.

Wie die Gesangsvereine waren auch die Turnvereine national eingestellt. Die «Deutsche Turnerschaft», die seit 1868 existierte, repräsentierte die bedeutendste nationale Sportvereinigung Deutschlands und ist mit ihrem Organ «Deutsche Turnerzeitung» auch für die politische Ausrichtung der auslandsdeutschen Turner bestimmend gewesen. Trotz aller Zwiste musste die «Deutsche Turnerschaft Zürich» darauf Rücksicht nehmen, dass sie 1887 neben dem «Deutschen Turnverein» aus der abtrünnigen Turnabteilung des Arbeiterbildungsvereins «Eintracht» hervorgegangen war. Ihrem ausgesprochenen Nationalismus waren auch durch die Kooperation mit den Schweizern gewisse Grenzen gesetzt, was sich etwa beim «Deutschen Turnverein» von Winterthur und St. Gallen zeigte.²³⁰

Die landsmannschaftlichen Vereinigungen fanden unter den Süddeutschen grossen Zuspruch. Norddeutsche Steifheit brachte es allenfalls zu einem «Plattdütschen Club», so in St. Gallen, Zürich und Basel. Badener-, Württemberger- und Bayernvereine fanden sich hingegen gleich in mehreren Orten der grenznahen Regionen. Basel, Schaffhausen, Winterthur, Zürich, Rorschach und St. Gallen wiesen alle drei Gruppen auf. Ihr Zustandekommen und Fortbestehen hing zumeist von der Initiative einiger weniger Persönlichkeiten ab. Ohne den Kunstgeschichtler Franz Friedrich Leitschuh (1865-1924) wäre es in Freiburg i. Ue. wohl kaum zum Gedeihen eines «Bayern-Vereins» gekommen. Leitschuh ist im Jahr 1904 von Strassburg an die Universität Freiburg berufen worden. Der gebürtige Bamberger begann sogleich, seine engeren Landsleute um sich zu sammeln. Dank seiner Unterhaltungsgabe und seines Witzes wusste er sich einen geselligen Kreis zu schaffen, nützte aber zugleich die gewonnene Plattform für eine weitere Wirksamkeit. Er veranstaltete für die Deutsche

Kolonie Wohltätigkeitsfeste und Weihnachtsbescherungen. Es verstand sich von selbst, dass Leitschuh auch im dortigen DHV mitarbeitete, wie denn überhaupt die deutschen Professoren Baumhauer, Bistrzycki, Gockel, Grimme, Hauptmann, Knar, v. Kowalski, Michel, Nadler, Oehl, v. Overbeck, Prümmer, Piccardt, Schnürer, Schorer, Steffens, Weiss und Zehntbauer die tragenden Kräfte der Freiburger Ortskolonie gewesen sind.²³¹ Sie ist auch durch die zahlreichen deutschen Studenten belebt worden, die mit drei verschiedenen Verbindungen das Angebot an deutschen Studentenvereinigungen anderer Universitäten noch übertrafen: Zur Wahl standen «Die Rodensteiner» oder die als «katholische deutsche Studentenverbindung Freiburg» gekennzeichnete «Markomania» und die «Teutonia».²³² Die traditionsreichste Vergangenheit besass die «Gesellschaft deutscher Studirender» in Zürich, auf die noch einzugehen sein wird.

Erst im letzten Jahrzehnt vor Kriegsausbruch erreichte die Vereinsentwicklung bei den nationalen Gruppierungen eine solche Breite, dass sich auch an kleineren Orten wenigstens eine Initiativgruppe bildete, die den Zusammenhalt der Reichsangehörigen fördern wollte. Ein solches Beispiel war die «Deutsche Vereinigung» Einsiedeln. An diesem bekannten Wallfahrtsort hatte es schon früher zeitweilig einen Deutschen Verein gegeben. Der am 1. März 1863 gegründete «Deutsche Arbeiterbildungsverein» hatte sich nach Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges aufgelöst. In den neunziger Jahren erstand ein neuer «Deutscher Verein», der bald wieder einging. Im Oktober 1913 fanden sich einige junge Deutsche zu einem «Klub Allemannia» zusammen. Da ihm noch alte Vereinsakten seiner Vorgänger erhalten geblieben waren, verstand er seine Aufgabe als Fortsetzung der traditionellen Verpflichtung, die in Einsiedeln und Umgebung anwesenden Deutschen und Österreicher näher zusammenzubringen. Die Diskrepanz zwischen dem früheren Arbeiter- und dem jetzigen Patriotenverein war in der Tat nicht allzu gross, weil das gesellig-nationale Moment in Einsiedeln ohnehin im Vordergrund gestanden hatte. Der «Klub Allemannia» organisierte eine wohlgelungene Weihnachtsfeier, die nun in grösserem Kreis den Wunsch zum Zusammenschluss weckte. Am 8. Februar 1914 konnte die erhoffte Erweiterung verwirklicht werden, indem 30 Deutsche und Österreicher die «Deutsche Vereinigung» gründeten. Im Krieg erfüllte sie dann die Aufgaben eines DHV.²³³ Einen lockeren Zusammenhalt boten auch die deutschen evangelischen Gemeinden in einigen anderssprachigen Orten, so in Lugano, Bellinzona und Genf.

In Davos, Genf, Lausanne und Zürich hatte sich neben dem DHV ein «Deutscher Klub» gebildet. Er wollte durch das Abonnieren von entsprechenden Zeitungen,

durch die Errichtung einer kleinen Bibliothek oder durch die Veranstaltung von Vorträgen und Vergnügen den deutschnationalen Geist in auserwähltem Kreis stärken. Im «Deutschen Klub» verkehrten Leute mit Rang und Vermögen; er verbreitete eine intime Atmosphäre von Vornehmheit, die eine weitere Stufe der sozialen Abschränkung enthielt. Zumal in Lausanne hatte sich der DHV bemüht, über seine karitativen Aufgaben hinaus durch kulturelle Veranstaltungen das Kolonieleben anzuregen. In früheren Jahrzehnten galt es als ein Zeichen des Fortschritts, dass unter den Auslandsdeutschen die sozialen Unterschiede eine bedeutend geringere Rolle spielten als in Deutschland. Inzwischen fand es mit steigendem Wohlstand nicht nur Kuhlbeck unter seiner Würde, mit «Krethi und Plethi» zu verkehren. Im «Deutschen Klub» war der Handwerkerstand praktisch ausgeschlossen. Einmal mehr wurde damit ein Element der einst liberal-demokratischen Verwurzelung im Kolonieleben preisgegeben.

Deutsche Berufsorganisationen, die eine Kampfstellung gegen die Sozialdemokratie einnahmen, fanden sich unter den verschiedenen Vereinigungen von badischen Eisenbahn- und Zollbeamten der Grenzbahnhöfe Basel und Schaffhausen. Der «Verein badischer Stations- und Betriebsassistenten» oder der «Verein mittlerer badischer Eisenbahnbeamter», dann wieder der «Verein mittlerer badischer technischer Eisenbahnbeamter», die alle eine Zweigstelle in Basel besaßen, unterschieden sich primär nach der beruflichen Tätigkeit, legten aber zugleich Wert auf eine soziale Abstufung.²³⁴ Zur deutschen Ortskolonie waren damals diese Gruppen nur bedingt zu zählen, da ihre Orientierung eindeutig nach Baden gerichtet war. In Zürich und St. Gallen, wo die starke Zunahme auslandsdeutscher Kaufleute eine günstige Voraussetzung geschaffen hatte, entstanden spezielle Vereinigungen für die Angestellten im Handelsgewerbe. Analog zum «Deutschen Handlungsgehilfenverband», der 1893 ins Leben gerufen worden war, wollten sie die materielle Lage der Angestellten verbessern. Im politischen Bereich ging es darum, sie dem Einfluss der Sozialdemokratie zu entziehen. Diese Tendenz kam auch Ende 1895 durch die Umbenennung in «Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband» zum Ausdruck. Neben seiner Zürcher Ortsgruppe chauvinistischer Ausprägung besaß aber auch der liberale, in Leipzig domizilierte «Verband deutscher Handlungsgehilfen» an der Limmat einen Zweigverein.²³⁵ Weitere Berufsvereinigungen nationaler Provenienz repräsentierten der «Deutsche Werkmeisterverband» und der «Verband deutscher Apotheker» in Zürich.²³⁶

Im «Deutschen Sängerbund» sowie in der «Deutschen Turnerschaft», die ja in ihren Wurzeln der nationalen Aufbruchsbewegung eng verbunden gewesen waren,

wurde eine grossdeutsche Gesinnung gepflegt, die sich zwar nicht aggressiv äusserte, aber gleichwohl ihren auf den gesamten deutschsprachigen Raum ausstrahlenden Veranstaltungen innewohnte. Weitaus militanter verhielten sich die Kriegervereine. Diese hatten nach 1871 in Deutschland einen gewaltigen Aufschwung genommen. Die einzelnen Landesverbände suchten die ehemaligen Soldaten für ihre Vereine zu gewinnen. Langezeit standen die süddeutschen Verbände einem Zusammengehen mit den Norddeutschen ablehnend gegenüber, ohne den Vormarsch des preussisch-deutschen Militarismus hemmen zu können. Bei der Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal auf dem Kyffhäuser am 8. Juni 1896 errichteten die Kriegerverbände einen Kyffhäuser-Ausschuss, aus dem dann 1900 der «Kyffhäuser-Bund der Deutschen Landeskriegerverbände» als lockere Dachorganisation hervorging. Der Zweck eines Kriegervereins bestand nach den Satzungen des Kyffhäuser-Bundes darin:

«Die Liebe und Treue für Kaiser und Reich, Landesfürst und Vaterland bei seinen Mitgliedern zu pflegen, zu betätigen und zu stärken, das Nationalbewusstsein zu beleben und zu stärken, das Band der Kameradschaft auch im bürgerlichen Leben unter seinen Mitgliedern zu erhalten und zu pflegen.»²³⁷

Die Deutschen Kriegervereine in der Schweiz suchten die Kriegsveteranen von 1870/71 als Mitglieder zu gewinnen. Ausserdem wandten sie sich an Reservisten oder Armeeehustasiasten, denen der militärisch-kameradschaftliche Umgang auch im Zivilleben ein Bedürfnis war. Für eine starke deutsche Armee und für einen entsprechenden Ausbau der militärischen Rüstung setzten sich der «Deutsche Kriegerbund ‚Germania’» in Bern, der «Deutsche Kriegerverein» in Basel, der «Veteranen-Verein» in St. Gallen oder der «Deutsche Kriegerbund ‚Germania’» sowie der «Deutsche Militärverein» in Zürich ein, wo sich überdies ein besonderer «Süddeutscher Militär- und Veteranenverein» formiert hatte. War der «Deutsche Kriegerverein ‚Germania’» in Schaffhausen die bevorzugte Soldatenvereinigung der Württemberger, so fanden sich am gleichen Ort die Badenser im «Deutschen Militärverein» zusammen. Für die Veteranen wurde jeweils die Sedanfeier zum Höhepunkt kriegsbegeisterter Erinnerung. Bei festlichen Anlässen trugen sie stolz ihre Orden zur Schau, erweckten jedoch hinter ihren Vereinsfahnen weniger einen kriegerischen als einen wegen ihrer mit den Jahren entwickelten Korpulenz eher bemühenden Eindruck.²³⁸ In der Kolonie machten sie sich lautstark für den Hurratriotismus bemerkbar, ohne dass man sie allzu ernst nahm. Sie wurden von Gewerbetreibenden und Handwerkern

dominiert und lassen sich in der Form am ehesten mit einer Schützengesellschaft vergleichen, während die Verfechter des deutschen Imperialismus aus den vornehmeren Koloniekreisen für die deutsche Weltmachtspolitik in anderen Vereinigungen Stimmung machten.

Der «Hauptverband Deutscher Flottenvereine im Ausland» ist am 8. Juni 1898 im Berliner Reichstagsgebäude von einer Gründungsversammlung aus der Taufe gehoben worden, auf der alle wesentlichen Interessenorganisationen des deutschen Imperialismus vertreten gewesen waren. Nach den Satzungen sollte die neue Institution darauf hinwirken, «dass sich die in fremden Ländern ansässigen Deutschen zu Vereinigungen zusammenschliessen, um durch freiwillige jährliche Zahlungen oder sonstige Zuwendungen zur Kräftigung der deutschen Flotte beizutragen».²³⁹ Ihr organisatorischer Aufbau vollzog sich betont unabhängig vom ebenfalls im Jahr 1898 gegründeten «Deutschen Flottenverein», um die Flottenvereine im Ausland nicht direkt als Ableger dieses aggressiven und eminent politischen Verbandes erscheinen zu lassen. In der Praxis entfiel aus dem ausländischen Blickwinkel diese Differenzierung, die ja ohnehin bedeutungslos geblieben ist. Der Auslandsverband wandte seine Hauptaufmerksamkeit den Deutschen in Mittel- und Südamerika, in den afrikanischen Kolonien und in Ostasien zu. Unter den Reichsangehörigen in der Schweiz fanden die wenigen hier existierenden Flottenvereine vor allem als Instrument der deutschen Kolonialpolitik Unterstützung. Der «Deutsche Flottenverein» in Schaffhausen oder der «Deutsche Ruderverein» in Zürich, der dem Auslandsverband beigetreten war, wurden von einem kleinen Kreis von Kolonialbegeisterten getragen. Deren einflussreichste Vereinigungen stellten die Zweiggruppen des Alldeutschen Verbandes dar. Obwohl diese Avantgarde der deutschen Imperialismuspolitik nur selten Vereine von gegen hundert Mitgliedern aufwies und bei der Hauptmasse der Auslandsdeutschen, ähnlich wie am Beispiel von Lausanne deutlich geworden war, mehr Skepsis als Rückhalt fand, hat die Zürcher Ortsgruppe der Alldeutschen eine für den Gesamtverband relevante Aktivität entfaltet, auf die es sich in einem eigenen Kapitel einzugehen lohnt. Da die Deutsche Kolonie Zürich eine hervorragende Stellung einnahm, sei kurz das Zusammenrücken der dortigen nationalen Vereine umrissen.

4. 3. 2 DIE DEUTSCHE KOLONIE ZÜRICH

Bis zu einem offiziellen Dachverband mit der Bezeichnung «Deutsche Kolonie Zürich» ist es vor dem Ersten Weltkrieg nicht gekommen. Für eine Sammlung der na-

tional gesinnten Deutschen hatte sich schon in den sechziger Jahren die «Gesellschaft Deutscher Studirender» eingesetzt, die damals die aktivste nationale Vereinigung gewesen war. Ihr Hauptinitiant Paul Wislicenus, ein Bruder des Chemieprofessors Johannes Wislicenus, hatte 1860 als Kantonsschüler eine Verbindung «Germania» gegründet, aus der vier Jahre später an Universität und Polytechnikum eine gleichnamige Burschenschaft mit den Farben schwarz-rot-gold hervorging. Die zehn Deutschen und zwölf Schweizer zählenden Aktiven des Sommersemesters 1864 vergnügten sich damit, auf dem noch unwirtlichen Aussichtshügel im Rigiviertel eine Germanenlinde zu pflanzen, wo dann am 4. Juli 1875 das Büchnerdenkmal errichtet wurde. Wenn um elf Uhr die Polizeistunde Ruhe gebot, zogen die Studenten in mondschein hellen Nächten auf ihren «Germanenhügel», um beim mitgebrachten Fässchen in Abgeschiedenheit eine «attische Nacht» zu feiern. Die Burschenschaft zerstritt sich noch im gleichen Jahr, weil die deutschen Kommilitonen im Deutsch-Dänischen Krieg sogleich ein Freicorps bilden wollten, während die schweizerischen Mitglieder mit Dänemark sympathisierten. Die Gruppe hat sich in der Folge aufgelöst, aber der «Germanenhügel», den sie entdeckt, ausgeebnet und verschönt hatte, ist bis zum Ersten Weltkrieg für die Reichsangehörigen Zürichs ein erinnerungsreiches Ausflugsziel geblieben. Er galt ihnen als eine deutschgeweihte Stätte, an die noch der Name «Germaniastrasse» erinnert. Neben der «Germania» gehörten die Landsmannschaft «Teutonia» (1860-1865) der Norddeutschen und die Landsmannschaft «Baltica» (1862-1866) der Deutsch-Russen sowie der aus einem Kolleg Friedrich Th. Vischers hervorgegangene «Deutsch-Literarische Verein» zu den Vorläufern der «Gesellschaft Deutscher Studirender». Paul Wislicenus schildert in amüsanter Weise, wie die Gesellschaft aus der Weihnachtsfeier vom 27. Dezember 1865 ihren Anfang genommen hat. Neben den deutschen Professoren, Studenten und ehemaligen Flüchtlingen wohnte auch Gottfried Keller mit einigen Schweizern dem Fest im «alten Schützenhaus» bei. So harmlos heiter sich die von deutschen Studenten verfasste und aufgeführte Posse «Ein Stündchen in den Pfahlbauten, oder die Gründung von Zürich» gab, erfüllte sie eine penetrante Deutschtümelei. Die Komödie über die Allegorie, wie Karl der Grosse die Pfahlbauer germanisierte und Zürich zur «deutschen» Stadt machte, soll den 250 Zuschauern «viel Vergnügen» bereitet haben.²⁴⁰ Die Posse, in der die Zürcher «Pfahlbauer» von ihrer Deutschfeindlichkeit bekehrt wurden, war freundschaftlich gemeint. Doch sprach aus ihr ein missionarischer Kulturhochmut, der den «Pfahlbauern» auf die Dauer den Humor vertrieb. Die-

ses Fühlenlassen der deutschen Überlegenheit ist für die deutsch-feindliche Stimmung von 1870/71 nicht ohne Folgen geblieben.

Die Gesellschaft hat an ihren geselligen Anlässen oft mehr als zweihundert deutsche Studenten zum fröhlichen commercium vereinigt, an dem sich neben Professoren auch andere Kolonienmitglieder beteiligten. 1866 rieben sie Friedrich Rückert einen Totensalamander mit rund 300 Gläsern. Am Fastnachtabend belustigten sich über vierhundert maskierte Studenten.²⁴¹ Für den nach Tübingen berufenen Literaturhistoriker F. Th. Vischer organisierte die Gesellschaft einen grossartigen Fackelzug. Die bestehenden Verbindungen hatten die deutschen Professoren bisher ohne Ehrung von der Universität scheiden lassen. Langezeit hatte die Gesellschaft durch ihr fröhliches Treiben im Mittelpunkt gestanden. In den achtziger Jahren verschob sich das Schwergewicht des nationalen Kolonielebens mehr und mehr über den engen Kreis der Universität hinaus. Die Gesellschaft verlor selbst unter der Akademikerschaft an Anziehungskraft. Die vermehrte Beteiligung der Handels- und Gewerbetreibenden am Kolonieleben bedurfte eines weiter gefassten Initiativkreises. Wegen ihrer national-konservativen Einstellung lag die Gesellschaft 1888 mit dem «Verein deutschredender Studirender», der sich von ihr abgesplittert hatte, in Fehde. Andere Verbindungen wie die dem Hohen Köseiner Senioren-Convents-Verband angehörende «Tigurinia» zogen ebenfalls deutsche Studierende an. Die Österreicher organisierten sich gesondert in der «Akademischen Landsmannschaft der Deutsch-Österreicher», die sich seit Mai 1905 «Alldeutsche Studentenverbindung ‚Arminia’» nannte. Die arg zusammengeschrumpfte Gesellschaft wandelte sich 1905 in die Verbindung «Teutonia» um und pflegte neben den waffenstudentischen Idealen im bescheideneren Kreise ihren Nationalismus.²⁴²

Für die nationale Sammlungsbewegung setzte sich nun der «Deutsche Reichsverein» wirksamer ein. Es war Sitte geworden, dass sich die Auslandsdeutschen wenigstens am 22. März zur Geburtstagsfeier für Wilhelm I. im Hotel Bellevue versammelten. Im Jahr 1887, am letzten Anniversarium für den nun neunzigjährigen Kaiser, forderte der Philosophieprofessor Richard Avenarius (1843-1896) in seiner Festrede dazu auf, für die Pflege vaterländischer Gesinnung in Zürich mehr zu tun als bisher und deshalb einen zu Kaiser und Reich stehenden Verein deutscher Landsleute ins Leben zu rufen. Zur konstituierenden Versammlung am 26. März 1887 fanden sich rund sechzig Beitrittswillige ein, die Avenarius zum Vorsitzenden ihres «Deutschen Reichsvereins» wählten. Jede Woche und zwar am Mittwoch versammelten sich die Mitglieder in der Kronenhalle, um Vorträge zu hören oder an Tanzabenden und an-

deren Anlässen nationalbewusste Geselligkeit zu pflegen. Gelegentlich wurden auch Ausflüge arrangiert, um in ungezwungener Weise den Zusammenhalt zu fördern. Erst richtig zur Entfaltung kam der Reichsverein, wenn es galt, für alle Deutschen Zürichs grossangelegte Gedenkfeiern zu organisieren. Als am 9. März 1888 die Kunde vom Ableben Wilhelms I. eintraf, veranstaltete der Verein im Grossmünster eine Trauerfeier, bei der die Kirche mit Blumen und Fahnen im überladenen Stil jener Zeit ausgeschmückt worden war:

«Von allen Seiten strömten schwarzgekleidete Menschen, die sich Eintrittskarten verschafft hatten, dem Grossmünster zu, das bald bis zum letzten Plätzchen gefüllt war. Die Gemeinde sang den ewig-schönen Choral ‚Wenn ich einmal soll scheidem, dann bestieg Prof. Dr. Häring die Kanzel zum Gebet, und hierauf hielt Herr Prof. Dr. Blümner, unser damaliger Vize-Präsident, eine stimmungsvolle Gedächtnisrede auf den Entschlafenen. Der Trauermarsch aus der «Götterdämmerung», ausgeführt von dem gesamten Tonhalle-Orchester unter persönlicher Leitung Hegars, schloss die würdige Feier.»²⁴³

Carl Weitbrecht hatte für die Feier das Gedicht «Am Kaisersarg» verfasst, das mit seinem überspannten Pathos die Gemüter tief ergriff. Am 22. Juni des gleichen Jahres bereitete der Reichsverein ein feierliches Totenamt für Kaiser Friedrich III. in der Fraumünsterkirche.²⁴⁴ Am 27. Januar 1890 rief er zum ersten Mal zur Geburtstagsfeier für Wilhelm II. ins Hotel Bellevue. Bewegt gedachte er am 1. April 1890 der Entlassung Bismarcks mit einer Geburtstagsfeier für den Altreichskanzler. Seither wurde der 1. April als Bismarck-Abend ausgestaltet und gewöhnlich mit einem Bierhock gefeiert, bei dem vor allem von Seiten der Professoren Reden gehalten und Gedichte vorgetragen wurden. Ein Liebhabertheater mit nationalen Sujets oder ein Masken- und Kostümfest im Hotel National sorgten für Abwechslung. 1895 richtete der Reichsverein unter dem Vorsitz des Archäologieprofessors Hugo Blümner seinen ganzen Ehrgeiz darauf, zum achtzigsten Geburtstag Bismarcks eine alle bisherigen Veranstaltungen übertreffende Feier zu arrangieren. Den Jahresbeitrag setzte er von fünf auf zwölf Franken herauf, bezog gemeinsam mit der «Gesellschaft deutscher Studierender» in dem von einem Deutschen geführten «Stadtkeller» ein eigenes Vereinslokal. Im Hotel Bellevue veranstaltete er einen Ball mit Tombola, um weitere Mittel für die Bismarckfeier zu beschaffen. Für das Fest selbst mietete er das Pfautheater und gab vor übervollem Haus ein eigens für diesen Anlass gedichtetes Festspiel zum Besten. In welcher Form auch immer diese Veranstaltungen abgehal-

ten wurden, stets waren es dieselben Themen, die bald in lustiger, bald in ernster Weise vorgetragen wurden; sie malten aus, wie es trotz aller Widrigkeiten zur deutschen Einigung und zum deutschen Sieg von 1870/71 gekommen war. Ihm galt die 25jährige Sedanfeier vom 2. September 1895, während am 18. Januar 1896 beim 25jährigen Jubiläum der Proklamierung des Deutschen Reichs im Bellevue erneut der von Mythen umrankten Entstehungsgeschichte gedacht wurde. Paul Pochhammer, der im Zusammenhang mit dem DHV Lausanne erwähnte Danteforscher, verfasste zum zehnjährigen Stiftungsfest des Deutschen Reichsvereins den Prolog und liess ihn von einem «Germanischen Skalden vor Dantes Gletscher- Hölle» sprechen.²⁴⁵ An Geist und Witz wollte sich keiner der Festredner übertreffen lassen; doch durften alle diese Sinnsprüche, Theaterszenen und Gesänge allein Germaniens Gefilden entspringen.

Neben dem Reichsverein waren in den neunziger Jahren weitere Patriotenvereine entstanden, die sich an der Organisation der grösseren Koloniefeste nur dann beteiligen wollten, wenn sie dabei als gleichberechtigt gemeinsam mit dem Reichsverein in Erscheinung treten konnten. Die Jahrhundertfeier von Kaiser Wilhelms I. Geburtstag am 22. März 1897 war der Vereine erste gemeinsame Grossveranstaltung und wurde neben dem Reichsverein vom Alldeutschen Verband, vom Deutschen Kriegerbund Germania, vom Süddeutschen Militär- und Veteranenverein, von der Deutschen Liederhalle und der Gesellschaft Deutscher Studierender getragen. An diesem im Tonhallepavillon abgehaltenen Festanlass verkündete der Reichskonsul H. Klose den Beschluss, einen deutschen Ausschuss zu gründen, in den fortan alle reichstreu gesinnten deutschen Vereine Zürichs je zwei Delegierte zu entsenden hätten und der künftig die vaterländischen Anlässe gemeinsam zu besorgen habe.²⁴⁶ Auf diese Weise hoffte der deutsche Konsul wie die ihm beistimmende Festversammlung, noch breitere Kreise für die Koloniefeste zu interessieren. Wesentlich Neues förderte die Kooperation nicht zutage. Die ausgesprochen akademische Note nationaler Geselligkeit beschränkte sich vermehrt auf den Reichsverein, der unter den jetzigen Verhältnissen seinen Einfluss verlor, während die gemeinsamen Veranstaltungen durch den Fahnschmuck sowie in anderen Äusserlichkeiten noch eine pompösere Szenerie darboten. Die Totenfeier des Deutschen Ausschusses, die er relativ spät – im September 1898 – für Bismarck im Grossmünster organisierte, war vor dem Kaiserbesuch in Zürich wohl der gewichtigste Anlass gewesen, bei dem er einmal mehr in Funktion trat.²⁴⁷

4. 3. 3 DAVOS UND PIETERLEN

Davos hat seinen Aufstieg zum weltbekannten Lungenkurort in erster Linie dem politischen Emigranten Alexander Spengler (1827-1901) zu verdanken. Nach der dritten badischen Schilderhebung war er mit den geschlagenen Truppen über die Säckinger Rheinbrücke in die Schweiz geflüchtet. Der aus Mannheim gebürtige Spengler hatte in Heidelberg ein Rechtsstudium begonnen. In Zürich wandte er sich jedoch der Medizin zu, die ihm in der Schweiz bessere Zukunftsaussichten bot. Dank der Intervention von Bündner Studienfreunden entging er der Ausweisung, von der viele seiner Mitkämpfer betroffen wurden. Im Jahr 1853 eröffnete er seine medizinische Praxis für die Landschaft Davos. Seine Arztstätigkeit brachte ihn auf die Entdeckung, dass die Lungenschwindsucht in diesem Höhenklima so gut wie gar nicht vorkam, während Einheimische, die tuberkulös aus dem Ausland zurückkehrten, hier wieder genesen. Seine Beobachtungen publizierte er in einer medizinischen Zeitschrift, was zur Folge hatte, dass einige Kranke in Davos Heilung suchten. Mit dem Erfolg wuchs auch der Zustrom der Patienten, so dass sich das Bergdorf in kurzer Zeit zu einem namhaften Sommerkurort entwickelte.²⁴⁸ Nicht nur stammten viele der ausländischen Gäste aus Deutschland, sondern auch im medizinischen Betreuungsdienst sowie im Sanatoriums- und Hotelwesen spielten Deutsche eine führende Rolle. Im Jahr 1877 eröffnete Wilhelm Steffens aus dem oldenburgischen Birkenfeld die erste Apotheke in Davos. Ganz allgemein waren in Graubünden Deutsche und unter ihnen vor allem Württemberger schrittmachend auf dem Gebiete des Apothekerwesens, stammten doch fast die Hälfte der während der Jahre 1850 bis 1900 in diesem Kanton tätigen Apotheker aus Deutschland.²⁴⁹

Der in Deutschland bekannte Schulmann, Geheimrat Prof. Dr. Perthes, eröffnete im Jahr 1878 das «Schulsanatorium Fridericianum». Es war aus der Erkenntnis entstanden, dass ein dem Gesundheitszustand entsprechendes Mass an geistiger Betätigung die Genesung wesentlich begünstige. Das Institut strebte den Charakter einer höheren deutschen Bildungsanstalt an. Es wurde stufenweise ausgebaut, so dass es schliesslich eine Vorschule für die Kleinen bis zum neunten Jahr, eine neunklassige Mittelschule und eine Oberrealschule für Knaben und Mädchen umfasste. Schon früh hatte es eine beträchtliche Anzahl von Schweizern und Zugehörigen anderer Nationen gegeben, die die Schule entweder als Internatszöglinge oder als externe Schüler besuchten. Bis zum Jahre 1917 musste die Reifeprüfung an staatlich anerkannten Schulen abgelegt werden. Von den rund 4'000 Schülern der ersten 40 Jahre

bestanden mehr als 300 Fridericianer die extern abgelegte Maturität. Das Schulsanatorium hatte im Jahre 1900 vom Reich wenigstens das Recht erlangt, Reifezeugnisse für die Obersekunda auszustellen. Anlässlich seines 40jährigen Jubiläums wurde dann das Fridericianum zur Auslandsvollanstalt erhoben, mit dem weitgehenden Recht, unter dem Vorsitz eines vom deutschen Erziehungsministerium entsandten Reichskommissars Reifeprüfungen in der Abschlussklasse abzuhalten.²⁵⁰

Ein weiterer wichtiger Stützpunkt der Kolonie war die «Deutsche Heilstätte» in Davos-Wolfgang. Sie wurde 1901 mit 80 Betten eröffnet und seither mehrmals vergrössert, so dass sie schliesslich bis zu 140 Kranke aufnehmen konnte. Sie sollte vor allem in den Dienst Minderbemittelter vornehmlich bürgerlicher Schichten gestellt werden, weshalb das Sanatorium unter der Vermittlung des Konsuls H. Burchard vom Deutschen Reich unterstützt wurde. Während der ersten 10 Jahre behandelte die Heilstätte 2'000 Tuberkulöse aus allen Regionen Deutschlands, zumal aus dem Akademiker-, Beamten- und Angestelltenstand. Ihre Aufnahmekapazität hätte, um dem Andrang Rechnung tragen zu können, doppelt so gross sein müssen. Am 15. November 1914 eröffnete sie in Agra, unweit von Lugano, ein zweites Sanatorium mit 100 Betten.²⁵¹

Bekanntere Unternehmungen unter deutscher Leitung oder in deutschem Besitz waren die Sanatorien Seehof und Beau Site in Davos-Dorf und in Davos-Platz das Alexanderhaus, das Waldsanatorium, der Hamburger Hof, das Sanatorium Schweizerhof und das Hotel Splendid, um nur einige von ihnen zu erwähnen.

Aber auch an anderen Kurorten nahmen Deutsche eine einflussreiche Stellung ein. Hier wären etwa das Rosatsch-Hotel und die AG. Hotel Belvedere in St. Moritz-Dorf, das Sanatorium Arosa mit der Arztfamilie Herwig sowie das ebenfalls von Deutschen besuchte Lyzeum Zuoz unter Eduard Feltgen zu nennen.²⁵²

Seit dem 8. Juni 1913 wehte auch auf dem Schlässchen in Pieterlen die deutsche Flagge. Das Projekt, ein Altersheim für die Reichsangehörigen in der Schweiz zu errichten, war zuerst von Friedrich Dachselt, dem Präsidenten des DHV Bern, propagiert worden. Auf Antrag dieses aus Sachsen stammenden Lehrers wählte die Zentralversammlung der DHV 1906 ein Initiativkomitee zur Beschaffung der notwendigen Mittel. In seinem Namen erliess Dachselt, der auch am Zustandekommen des «Verbandes Deutsche Kolonie in Bern» regen Anteil hatte, einen Spendenaufruf, der selbst in Deutschland ein über Erwarten günstiges Echo fand. Am 30. August 1908 erfolgte die Gründung des «Vereins für ein Deutsches Altersheim in der Schweiz»;

das derart erweiterte Gremium konnte Vertreter von fast allen national gesinnten Gruppen für sich gewinnen, wodurch dieses Altersheim für die Vorkriegsjahre zum wichtigsten Gemeinschaftswerk der Auslandsdeutschen in der Schweiz wurde. Bis zum Juni 1912 kamen insgesamt hunderttausend Franken zusammen.²⁵³ Einen Monat später, am 27. Juli, erwarb der Verein den Gutsbesitz in Pieterlen. Er war Eigentum der Bieler Patrizierfamilie Wildermett gewesen, die in Verbindung mit dem preussischen Königshaus gestanden hatte. Vom letzten Träger dieses Geschlechts, einem preussischen Kavallerie-Hauptmann, war das Schlösschen als Ruhesitz erbaut worden. Dass es nun nach seinem Tod in ein deutsches Altersheim verwandelt werden konnte, wurde als eine besonders erfreuliche Fügung gedeutet. An der Einweihungsfeier vom 8. Juni 1913 versammelte sich in dieser Weise wohl zum ersten und letzten Mal vor 1914 fast die gesamte Prominenz der Auslandsdeutschen. Verstärkt durch die Ortsbewohner soll das bunte Festgetümmel über 2'000 Seelen gezählt haben. Ein Festzug formierte sich unter Vorantritt der Musik, gefolgt von den Vertretern des Deutschen Reiches, von Österreich-Ungarn und Bayern mit den Herren der Gesandtschaftskanzleien, dem Generalkonsul und den Konsuln von Zürich, Basel, Genf, Davos und Lugano, den Abordnungen der Deutschen Hilfsvereine und der Kriegervereine mit ihren Fahnen, denen sich eine Turnergruppe und mit deutschen Schärpen geschmückte Kinder sowie die übrigen Teilnehmer anschlossen. In der Kirche hielt Karl Goedel, der Pfarrer der deutschen evangelischen Gemeinde von Montreux, die Weiherede. Die Gesangssektion des DHV in Biel umrahmte mit ihrer Darbietung die kirchliche Feier. Der zweite Akt des Festes spielte sich dann im und um das am Juraabhang gelegene Schlösschen ab. Einen ersten Höhepunkt brachte die Fahnenhissung: «Es war», so erinnerte sich Dachsel, «ein ergreifender Augenblick, als die Musik den deutschen Armee-Marsch vortrug und die Flagge auf der Turmzinne hochging».²⁵⁴ Zahlreiche Reden wurden gehalten. Auch schweizerischerseits entboten Vertreter von Kanton und Gemeinde ihre besten Wünsche. Ein zweiter grosser Moment trat ein, als zur Ehre des Kaisers eine Eiche gepflanzt wurde. Der bayerische Ministerresident G. Ritter von Böhm hatte sich hierzu ein Gedicht einfallen lassen, das mit der missverständlichen Strophe endete:

«Nie soll dies edle Liebeswerk erlahmen,
Der Not zur Lindrung, dem Geschick zum Trutz;
Trag stets in Ehren deinen stolzen Namen
Du Kaisereiche in des Reiches Schutz!»²⁵⁵



Einweihungsfeier für das Deutsche Altersheim in Pieterlen am 8. Juni 1913.



Abordnung der Deutschen Kriegervereine in der Schweiz mit Fahnen und Ordensschmuck 1913.



Pflanzen einer deutschen Kaisereiche anlässlich der Einweihungsfeier in Pieterlen vom 8. Juni 1913.

Das begeisterte Hoch auf den Kaiser, dann das unter Musikbegleitung erklingende «Deutschland, Deutschland über Alles» beendeten diesen Pflanzungsakt.

Diese knappe Schilderung des Festablaufes veranschaulicht, in welcher Weise sich damals eine nationale Grossveranstaltung unter den hiesigen Reichsangehörigen vollzog. Das hier entfaltete Zeremoniell nahm sich gegenüber den späteren Kundgebungen der nationalsozialistischen Ortskolonien bescheiden aus. Pieterlen war übrigens eher ein Prestigeobjekt als ein echte Hilfe bietendes soziales Werk. Es besass einen Hausvater, aber zunächst nur sieben Insassen. Nach dem Krieg wurde es in «Deutsche Heimstätte in der Schweiz» umbenannt und öffnete seine Tore auch den Erholungsbedürftigen.²⁵⁶

4. 4 Der Zürcher Anstoss zur Gründung des Alldeutschen Verbandes

Das am 1. Juli 1890 mit England geschlossene Abkommen über «Kolonien und Helgoland» zeitigte weit mehr als den allgemein bekannten Abtausch von deutschen Ansprüchen auf Uganda und Sansibar gegen die seit 1814 in englischem Besitz befindliche Felseninsel vor der Nordseeküste. Aussenpolitisch gesehen wollte der «neue Kurs» mit dem Vertrag die Option für England erleichtern, auf die unter Preisgabe der Bismarckischen Rückversicherungspolitik die angestrebte Vereinfachung des bisherigen Bündnissystems hinauslief. Innenpolitisch aber verlieh das Abkommen allen jenen Kräften einen ungeahnten Aufschwung, die mit ihm eine grosse Chance für Deutschlands Aufstieg zur Weltmacht vertan glaubten und die in der Folge die Regierung durch eigene Propagandaorganisationen zu einer aggressiven Imperialismuspolitik drängen wollten. Bei Vertragsabschluss ist der Wert Helgolands sowohl in der deutschen wie in der englischen Öffentlichkeit als gering veranschlagt worden. Der Erste Weltkrieg machte dann auch dem letzten Zweifler klar, dass die Insel im Fall einer britischen Blockade eine für Deutschland verheerende Schlüsselfunktion erlangt hätte. Die Kritiker des Abkommens wollten auch nicht einsehen, dass die von Carl Peters in Uganda, Mombasa und Somaliland geschlossenen «Schutzverträge» gegen die englischen Kolonialinteressen nicht durchzusetzen waren. Stattdessen drängten sie auf den Aufbau einer starken Flotte. Caprivi begnügte sich unter Preisgabe der Inseln Sansibar und Pemba mit der Festigung des

bisherigen deutschen Ostafrikabesitzes, den er unter anderem durch Grenzregulierungen in Togo, Kamerun und Südwestafrika sowie durch den Erwerb des vielverspotteten, sumpfigen «Caprivi-Zipfels» in einer Weise sicherte, die einen Interessenkonflikt mit England künftig ausschliessen sollte.²⁵⁷

Zur Überraschung der ganzen Welt erfolgte am 17. Juni 1890, am Vorabend des Jahrestages von Wellingtons und Blüchers gemeinsamem Sieg bei Waterloo, die provisorische Veröffentlichung des Helgolandvertrages. Der Text alarmierte sogleich Adolf Eugen Fick (1852-1937), ein führendes Mitglied der Deutschen Kolonie Zürichs. Fick hatte als Freiwilliger den Krieg von 1870/71 mitgemacht, studierte dann in Würzburg Medizin und war 1879 nach Südafrika ausgewandert. Seine Tätigkeit als Arzt und Augenspezialist in der Burenrepublik machte ihn zum glühenden Verfechter einer weitausgreifenden deutschen Kolonialpolitik. Im Jahr 1887 etablierte er sich als Augenarzt in Zürich. Die Stadt war seiner Familie schon vertraut. Sein Onkel Heinrich Fick (1822-1895) wirkte hier als Rechtsprofessor. Ein zweiter Onkel, der Würzburger Physiologe Adolf Fick (1829-1901), hatte in den Jahren 1851 bis 1868 ebenfalls der Zürcher Kolonie angehört. Neben seiner Privatpraxis eröffnete der wissenschaftlich qualifizierte Augenarzt zusammen mit Constantin von Monakow eine private Klinik am Neumarkt und habilitierte sich als Privatdozent für Augenheilkunde an der Universität.²⁵⁸ Eine Woche nach der Vertragspublikation, am 24. Juni 1890, veröffentlichte Fick «im Namen und Auftrag von Deutschen in Zürich» einen Aufruf «Deutschland wach' auf!», der als Inserat in einigen deutschen Hauptzeitungen des Südens und Westens erschien. Der Appell begann mit einem kurzen historischen Rückblick. Weiterschauende hätten sich schon nach der Reichsgründung gesagt, dass das Erreichte zu wenig sei im Vergleich zu den Opfern an Blut, die es gekostet habe. Die Einsichtigen seien der Meinung gewesen, dass die Hunderte von Millionen, die jährlich für das Kriegswesen ausgegeben würden, nicht verlorenes Kapital sein dürften, sondern zinstragend angelegt werden müssten. Sie hätten erklärt, die erworbene Machtstellung sei dazu zu benützen, um endlich einmal bei der Verteilung der Erde als Empfänger mitzuwirken. Zu Beginn der achtziger Jahre seien diese Gedanken erstmals in die Tat umgesetzt worden. Das Manifest schildert sodann, wie deutsche Kaufleute und andere als «Kolonialschwärmer» charakterisierte Männer in überseeischen Ländern Hoheitsrechte erworben hätten, die jedoch von Deutschland unter englischem Druck mehrfach wieder preisgegeben worden seien. Die Erwerbungen Carl Peters (1856-1918) sowie die Erfolge von Hermann Wissmann (1853-1905) die beide einer weiteren deutschen Landnahme in Ost-

afrika vorgearbeitet hatten, mache der Helgolandvertrag zunichte. Mit einem Federstrich werde die Hoffnung auf ein grosses deutsches Kolonialreich zerstört: «Seit Olmütz haben deutsche Herzen keine ähnliche gleich schmerzliche Demüthigung erfahren.» Der Appell aus Zürich rief daher alle Deutschen dazu auf, in einer Massenbittschrift an den Reichstag zu gelangen, damit dieser auf eine Rückgängigmachung des Vertrages dränge. Die Kundgebung endete mit einem Weckruf, der später in modifizierter Weise zur stereotypen Aufrüttelungsformel des völkischen Imperialismus wurde:

«Wer kann ein Volk von 50 Millionen das seine beste Kraft dem Kriegsdienste weihet, das jährlich über eine halbe Milliarde für Kriegswesen ausgiebt, wer kann ein solches Volk daran hindern, einen Vertrag zu zerreißen, der offenkundig dazu dienen soll, die kommenden Geschlechter um ihr Erbtheil am Planeten zu betrügen?! Wahrlich, zu gross wären unsere Opfer an Blut und Geld, wenn unsere militärische Macht uns nicht einmal die Möglichkeit verschaffte, unser gutes Recht auch da geltend zu machen, wo es die hohe Genehmigung der Engländer nicht findet.

Wir sind bereit auf den Ruf unseres Kaisers in Reih' und Glied zu treten und uns stumm und gehorsam den feindlichen Geschossen entgegenführen zu lassen, aber wir können dafür auch verlangen, dass uns ein Preis zufalle, der des Opfers werth ist, und dieser Preis ist: einem Herrenvolk anzugehören, das seinen Antheil an der Welt sich selber nimmt und nicht von der Gnade und dem Wohlwollen eines anderen Volkes zu empfangen sucht.

Deutschland wach' auf!»²⁵⁹

Zwei weitere Mitunterzeichner dieses Aufrufs hatte Fick aus seinem beruflichen Kollegenkreis gewonnen. Der Mediziner Walther Felix (1860-1930) aus Leipzig war Assistent bei dem in Würzburg lehrenden Schweizer Anatomen Albert Kölliker gewesen. In Zürich hat er 1891 mit der Anstellung als Prosektor am anatomischen Institut festeren Fuss gefasst. 1896 avancierte er zum ausserordentlichen Professor für Anatomie. Als 1910 Ferdinand Sauerbruch nach Zürich kam, wurde er dessen enger Mitarbeiter. 1919 erfolgte die Ernennung zum Ordinarius.²⁶⁰ Otto Lubarsch (1860-1933) war der Sohn eines Berliner Bankiers. Seit 1889 arbeitete er in Zürich als Assistent des Pathologieprofessors Edwin Klebs. Dieser eigenwillige Königsberger

Anatom überwarf sich mit seiner Umgebung, zerstritt sich mit dem nicht weniger hochfahrenden Lubarsch sowie mit den Studenten derart, dass er 1891 seine Zürcher Stellung unfreiwillig aufgeben musste. Lubarsch habilitierte sich in jenem Wintersemester als Privatdozent, wechselte 1894 nach Rostock, wo er eine ausserordentliche Professur erhielt; später lehrte er in Posen und Düsseldorf. 1913 wurde er Ordinarius für Pathologie in Kiel und wirkte seit 1917 in Berlin. Obwohl jüdischer Abstammung, war der getaufte Protestant ein vehementer Antisemit.²⁶¹ Wie Alfred Ploetz, dem Fick durch die Abstinenzbewegung verbunden war, gehörten die genannten deutschen Mediziner zu den Anhängern von Forels Eugenik, die sie in ihrer Auffassung über die Trennung in minderwertige, der Unterdrückung anheimgegebene und in edelrassige, zur Herrschaft berufene Völker bestärkte. Der vierte Mitunterzeichner fand sich im Buchhändler Albert Müller (1852-1930), der aus Friedberg stammte und sich in Zürich als Kleinverleger betätigte.²⁶²

Entgegen Ficks Vorstellungen versagte ihm die am 2. Juli 1890 in Köln tagende Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft die erhoffte Unterstützung. Sie bedauerte zwar den Vertrag als eine Schädigung des kolonialen Gedankens, erklärte sich jedoch ausserstande zu beurteilen, welche Gründe die Reichsregierung bei diesem Abkommen geleitet hätten.²⁶³ Damit fiel der Plan zusammen, eine Protestbewegung auszulösen, die dann die Deutsche Kolonialgesellschaft hätte anführen sollen. Obwohl auch die Reaktion auf den Aufruf weit hinter den Erwartungen der Zürcher Initianten zurückgeblieben war, hatten sie aus Deutschland eine stattliche Anzahl von Zuschriften und Telegrammen erhalten. Die meisten sprachen lebhafteste Zustimmung aus. Die vier Unterzeichner verfassten am 15. Juli ein Antwortschreiben, das zunächst zu ergründen suchte, weshalb trotz der allgemeinen Missstimmung von keiner Seite ein ernsthafter Widerstand gegen den Vertrag versucht worden sei. Das national-gesinnte Bürgertum, so meinten sie, habe während der erfolgreichen Amtsführung Bismarcks an Willenskraft eingebüsst. Der Sozialdemokratie fehle für die Ausbreitung des Deutschtums über andere Erdteile jedes Interesse. In der deutschen Presse werde die Kritik vertuscht oder totgeschwiegen, um die Reichsbehörden nicht zu desavouieren. Ein kraftvolles Auftreten der öffentlichen Meinung zugunsten der kolonialen Ausdehnung würde aber die Verhandlungsposition der deutschen Regierung in ihren Verhandlungen nach aussen nicht schwächen, sondern stärken. Um künftig wirklich Erfolg zu haben, müsse eine grössere Anzahl im Reiche lebender Deutscher gemeinsam in der gleichen Richtung Zusammenarbeiten:

«In den zahlreichen Zuschriften, die aus Anlass des ‚Deutschland wach’ auf’ uns zugingen, ist der Gedanke ausgesprochen worden, alle die Zustimmenden untereinander in Verbindung zu setzen, eine Art Nationalverein zu gründen, dessen Aufgabe es sein würde, bei ähnlichen Anlässen wie beim deutsch-englischen Verträge öffentlich aufzutreten, *ohne Furcht und Scheu vor der Regierung oder den Parteileitern* auszusprechen, was unsere Herzen bewegt, was wir von einer nationalen Regierung verlangen wollen und dürfen. Der Wahlspruch einer solchen Verbindung gleichgesinnter Männer hätte zu sein: Deutschland über Alles! Deutschland über Partei- und Standesinteresse, Deutschland über die persönlichen Interessen, mit einem Wort: Deutschland über Alles. Der Mittelpunkt einer solchen Verbindung muss natürlich in Deutschland selber liegen. Wir, die Unterzeichneten, wollen daher nur die einleitenden und vorbereitenden Schritte unternehmen. Die erste Vorbereitung soll darin bestehen, eine grössere Anzahl von Zustimmenden aufzusuchen. *Wir bitten Sie daher, an Herrn Albert Müller, Buchhändler in Zürich, mitzuthemen, ob Sie geneigt sind, sich an der Gründung der vorstehend skizzierten Verbindung Gleichgesinnter zu beteiligen.* Sobald eine genügende Zahl von Zustimmungen eingelaufen ist, werden wir den ganzen Briefwechsel nebst einer bereits in unseren Händen befindlichen kleinen Geldsumme an einen in Deutschland wohnenden Gesinnungsgenossen zur Weiterbehandlung der Angelegenheit übersenden.»²⁶⁴

Dieser Gesinnungsgenosse war niemand anders als der in Hannover wohnende junge Alfred Hugenberg (1865-1951). Neben der Zuschrift von Theodor Reismann-Grone (1863-1949) aus Essen, dem Besitzer der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, war der Brief Hugenbergs der wichtigste, den die Initianten in Zürich auf ihren Aufruf hin erhalten hatten. Darin wurde ihnen die Anregung unterbreitet, alle jene, die dem Zürcher Kreis zustimmend geschrieben hatten, in einer völkischen Vereinigung zusammenzuschliessen. Eine Organisation, die die Reichsregierung unter Druck setzen wollte, konnte nur in Deutschland aufgebaut werden. Hugenberg brachte sich sogleich selbst in Vorschlag, die Sammlung im Reich weiter an die Hand zu nehmen. In diesem Sinne haben denn auch Fick und seine Mitunterzeichner das erwähnte Rundschreiben vom 15. Juli abgefasst. Hugenberg liess sich bereits am 1. August mit einer eigenen Verlautbarung vernehmen, in der er einleitend gelobte, bei der Geschäftsführung stets im Einklang mit dem Initiativkreis in Zürich vorzugehen. Den Gesinnungsgenossen legte er einen Adressenentwurf an Carl Peters bei. Die

Aufgaben des künftigen Vereins wurden darin konkretisiert. Zusammengefasst werden sollte das national-gesinnte Bürgertum ohne Unterschied der Partei in dem Gedanken, dass die erreichte Einigung nur die Grundlage der Entwicklung zur kulturellen und politischen Weltmachtstellung des deutschen Volkes sei. Der Verein wolle sich für eine energische Kolonialpolitik, für die Verbreitung des Interesses für die überseeischen kommerziellen und zivilisatorischen Aufgaben Deutschlands sowie für die unbedingte Vertretung dieser Auffassungen gegenüber jeglicher Indolenz einsetzen. An Carl Peters gewandt, endete die Adresse mit der Aufforderung:

«Hochgeehrter Herr! Die Unterzeichneten, zusammengeführt durch eine vertrauliche Korrespondenz, bei welcher sich die Übereinstimmung in den obigen Grundanschauungen ergab, richten an Sie, an den praktisch und agitatorisch mit gleichem Erfolg hervorgetretenen, in allen gebildeten Kreisen des Volkes bekannten, *unabhängigen* Kolonialpolitiker die warme und dringende Bitte, sich an die Spitze des zu gründenden Vereins zu stellen, indem wir überzeugt sind, dass unsere Bestrebungen alsdann des Erfolges nicht ermangeln werden.»²⁶⁵

Doch der emphatisch als «Erwerber Ostafrikas» gefeierte Peters, der eben aus Afrika zurückgekehrt war, wollte sich seine Zukunft durch einen offenen Konflikt mit der Reichsregierung nicht verbauen und gab zur Enttäuschung der Adressenunterzeichner eine ausweichende Antwort. Adolf Fick hatte inzwischen seinen Schwiegervater Johannes Wislicenus in Leipzig für das Projekt interessiert. Dem fünfundzwanzigjährigen Hugenberg sollte eine Persönlichkeit von Rang und Namen beigegeben werden. Unter dem Vorsitz von Wislicenus fand am 28. September 1890 eine Zusammenkunft in Frankfurt a. M. statt. Obwohl an ihr nur acht Personen teilnahmen, wurde beschlossen, den einmal gewonnenen Zusammenhang nicht mehr zu verlieren und den Weiterausbau zu intensivieren. Die Alldeutschen haben später in dieser Beratung die eigentliche Geburtsstunde ihres Verbandes gesehen.²⁶⁶ Neben Hugenberg trat in Deutschland fortan Wislicenus als Wortführer des Gründerkreises auf. Durch ihn ergab sich eine weitere Verbindung zur Deutschen Kolonie in Zürich.

Die Familie Wislicenus entstammte einer polnischen Burgmannenfamilie der Stadt Wislica. Während der Gegenreformation war sie nach Thüringen geflüchtet. Gustav Adolf Wislicenus (1803-1875) betätigte sich als reformerischer Bibelforscher und Führer der protestantischen «Lichtfreunde». Wie Gustav von Struve als

Vorsteher der «Deutsch-Katholischen Gemeinden», warb er 1847 für die Umgestaltung der Turnvereine in «Pflanzschulen der Demokratie». 1853 musste er, um einer Gefängnisstrafe zu entgehen, Deutschland verlassen. 1856 kehrte er mit seiner Familie aus Amerika zurück und liess sich in Zürich nieder. Von seinen drei Söhnen war Paul Wislicenus der jüngste; der oben erwähnte Gründer der «Gesellschaft Deutscher Studierender» ist später als Vorsitzender des Berliner Alldeutschen Verbandes hervorgetreten. Der Küsnachter Seminarlehrer Hugo Wislicenus, der sich an der Universität für deutsche Sprache und Literatur habilitierte, verunglückte 1866 am Tödi tödlich. Sein ältester Sohn, der 1835 im preussischen Kleineichstedt geborene Johannes Wislicenus hatte sich schon in Amerika der Chemie zugewandt. Eigentlich wollte er sich in Halle habilitieren. Da er sich jedoch verpflichten sollte, auf jede politische Tätigkeit zu verzichten, zog er eine Lehrtätigkeit an der Beust'schen Privatschule und an der oberen Industrieschule vor. 1864 wurde der Chemiker zum Extraordinarius und 1867 zum Ordinarius an der Universität Zürich ernannt und versah für kurze Zeit eine Doppelprofessur an beiden Hochschulen. Im Wintersemester 1872 folgte er einem Ruf nach Würzburg und gehörte seit 1885 der Universität Leipzig an, deren Rektor er 1893/94 war. Wislicenus, der 1902 in Leipzig starb, ist als Ehrenmitglied des Arbeiterbildungsvereins «Eintracht», dann als Präsident der umstrittenen Tonhallefeier vom 9. März 1871 auch aus der vorliegenden Kolonieggeschichte bekannt. Die Freundschaft zwischen den Familien Fick und Wislicenus entstand aus der engen beruflichen Zusammenarbeit des Chemikers mit dem Physiologen Adolf Fick, dessen Neffe dann die Tochter von Johannes Wislicenus heiratete.²⁶⁷

Seine früheren Sympathien für die demokratische Bewegung erachtete Wislicenus als eine Zeiterscheinung, die er einer vergangenen Epoche zurechnete. Die Mitarbeit an der geplanten Vereinsgründung hingegen verstand er als Fortsetzung seiner schon in Zürich verfochtenen Linie, alles daran zu setzen, um Deutschland so mächtig wie möglich zu machen. Als ehemaliger Auslandsdeutscher fühlte er sich für die geplante Vereinigung bestens qualifiziert. Auf Grund der Beschönigungen der offiziellen Verbandsgeschichte ist bisher verkannt worden, dass der junge Hugenberg mit seinem dilettantischen Vorprellen das ganze Unternehmen in eine verfahrenere Situation gebracht hatte. In apodiktischer Weise hatte er Peters zum künftigen Führer erkoren, ohne zu wissen, wie sich der auf der Heimreise befindliche bekannte wie umstrittene Kolonialpionier zu diesem noch recht unbedeutenden Initiativkreis stellen würde. Zumindest hätte er eine erste Sondierung bei dem von ihm Auserwählten abwarten müssen.

Hugenberg bestimmte jedoch autoritär: «Erklärt sich Dr. Peters bereit, an die Spitze der Bewegung zu treten, so wird voraussichtlich der Erfolg gesichert sein. Was im entgegengesetzten Falle geschehen soll, braucht jetzt nicht erörtert zu werden.»²⁶⁸ Aber auch Wislicenus gelang es nach der Frankfurter Beratung vom September 1890 zunächst nicht, eine günstigere Entwicklung herbeizuführen. Erst nachdem sich der Streit um den Helgoland-Sansibar-Vertrag etwas gelegt hatte, erklärte sich Peters auf einen erneuten Vorstoss hin zur Zusammenarbeit bereit. Er selbst war 1886 massgebend an der Schaffung eines «Allgemeinen deutschen Verbandes zur Förderung überseeischer deutsch-nationaler Interessen» beteiligt gewesen, der eine Reihe von völkischen Vereinen zusammenfasste. Der Verband, der die Kolonialbewegung zu «brauchbaren Ergebnissen» vorantreiben wollte, war jedoch alsbald wieder eingeschlafen. Peters beabsichtigte daher, die neuen Bestrebungen dazu zu benutzen, um seine Vereinigung auf eine breitere Basis zu stellen. Ihre künftige Form wurde auf zwei Vorbesprechungen in grösserem Kreise festgelegt, an denen auch Wislicenus und Hugenberg teilnahmen. In dem zur Ausarbeitung vorläufiger Satzungen bestellten Siebenerausschuss vertraten Wislicenus und Reismann-Grone die Konzeption der 1890er Bewegung. Am 9. April 1891 schliesslich schritt in Berlin eine Generalversammlung zur Gründung des «Allgemeinen deutschen Verbands». Ihre Besucher stammten aus den Reihen der Abgeordneten, der Wissenschaft sowie der Wirtschaft und waren nur zum kleineren Teil aus dem Fick'schen Gesinnungskreis zugeführt worden. Leute wie der Reichstagsabgeordnete Otto Arendt, die bei Peters' Erstgründung dabeigewesen waren, haben daher nie anerkennen wollen, dass die Jahre 1890/91 mehr als nur die Erneuerung und Erweiterung des früheren Verbandes gebracht haben.²⁶⁹ Obwohl nach der Personenzahl klein, gingen von der Gruppe um Fick, Wislicenus und Hugenberg die entscheidenden Impulse zur Neubelebung aus, die den Charakter der früheren Vereinigung völlig umgestaltet haben. Mit ihrer ausschliesslich kolonialen Zielsetzung war diese durch die «Deutsche Kolonialgesellschaft» ohnehin überflüssig geworden. Der Zweck des «Allgemeinen Deutschen Verbands» hingegen richtet sich auf eine umfassende Förderung des Imperialismusstrebens in allen Bereichen und wurde von der Gründungsversammlung in ihrem Aufruf wie folgt umschrieben:

- «1. Belebung des vaterländischen Bewusstseins in der Heimath und Bekämpfung aller der nationalen Entwicklung entgegengesetzten Richtungen.

2. Pflege und Unterstützung deutsch-nationaler Bestrebungen in allen Ländern, wo Angehörige unseres Volkes um die Behauptung ihrer Eigenart zu kämpfen haben, und Zusammenfassung aller deutschen Elemente auf der Erde für diese Ziele.
3. Förderung einer thatkräftigen deutschen Interessenpolitik in Europa und über See. Insbesondere auch Fortführung der deutschen Kolonial-Bewegung zu praktischen Ergebnissen.»²⁷⁰

Vor allem hatte es die von Zürich angeregte Bewegung durchgesetzt, dass sich die Vereinigung zum Prinzip der doppelten Strategie bekannte. Darnach musste die erstrebte aggressive Aussenpolitik durch ein aggressives Auftreten als chauvinistische Pressure Group im Innern erzwungen und forciert werden. Im ersten Präsidium des «Allgemeinen Deutschen Verbandes» war der Fick'sche Initiativkreis durch Wislicenus vertreten. Dem geschäftsführenden Ausschuss gehörte Reismann-Grone an, und zum Vorstand zählten unter anderen Professor Heinrich Erman aus Lausanne, Walther Felix und Adolf Fick aus Zürich, der Physiologe Fick aus Würzburg und – ebenfalls nur zum grösseren Gremium gehörend – Alfred Hugenberg.²⁷¹ Wegen seiner erneuten Bindungen gegenüber dem Auswärtigen Amt zog sich Peters aus dem Verband alsbald zurück. Trotz einiger Anfangserfolge ergab sich aus der nachfolgenden Krise, dass sich der Verband nicht zu einer Massenorganisation ausbauen liess. Gegen den Versuch der Anhänger um den Vorsitzenden Karl von der Heydt, aus dem Verband eine Partei zu machen, stellte sich die Gruppe um Wislicenus, Reismann-Grone und Hugenberg. Die Reform von 1893 und die Wahl von Ernst Hasse zum neuen Vorsitzenden, der ein Leipziger Universitätskollege von Wislicenus war, machen deutlich, dass in der programmatischen Ausrichtung die 1890er Bewegung auch noch nach der Verbandsgründung einen bestimmenden Einfluss ausübte. Der fernere Fortgang dieser Vereinigung, die seit dem 1. Juli 1894 die offizielle Bezeichnung «Alldeutscher Verband» trug und als elitäre Kampforganisation des deutschen Imperialismus eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat, ist hier nicht mehr weiter zu verfolgen.²⁷²

Unter den im Ausland befindlichen Ortsgruppen des AV nahm jene von Zürich bis in die Zeit des Ersten Weltkrieges eine Sonderstellung ein. Sie ist weitgehend durch ihren Vorsitzenden Adolf Fick bestimmt worden, der trotz seines Zürcher Domicils seit 1894 für viele Jahre dem engeren Gremium des geschäftsführenden Ausschusses des AV angehört hat.²⁷³ Schon in den Anfängen drängte er von Zürich aus

darauf, dass sich der Verband für eine Verstärkung der deutschen Rüstung sowie für eine «bessere Regelung»²⁷⁴ des Auswandererwesens einsetzte. Natürlich handelte es sich dabei nicht etwa um Fragen einer sozialen Hilfeleistung. Vielmehr wollte Fick den deutschen Auswandererstrom gezielt nach Vorderasien lenken, um das türkische Erbe für Deutschland einzubringen. Das Vorgehen sollte sich nach dem englischen Muster der Kolonisation richten; zuerst hatte eine Besitznahme auf dem Weg einer wirtschaftlichen Durchdringung zu erfolgen, während die militärische Besetzung unter dem Vorwand, deutsche Siedler und deutsches Eigentum schützen zu müssen, schliesslich den Abschluss bilden würde:

«Das ist eben das Schöne und Herrliche an den Eroberungen neuzeitlicher Culturvölker, dass ihr Kämpfen stets nur Vertheidigung und dass ihr Angriff stets nur wirtschaftlicher, friedlicher Natur und für die Mehrzahl der Landesbewohner mit Befreiung aus unwürdiger Knechtschaft verbunden ist.»²⁷⁵

Fick wusste sehr wohl, dass er sich in der Schweiz nicht als Kolonisator aufspielen konnte. Seine Taktik, den Angriff im wirtschaftlichen Bereich vorzutragen, um dann nötigenfalls zur militärischen «Verteidigung» schreiten zu können, wollte er «natürlich nur gegen Barbaren, nicht gegen uns ebenbürtige oder gar überlegene Culturvölker» angewendet wissen. Sein Rezept zur Behandlung der Schweiz hat er in einer Verbandspublikation 1894 wie folgt umrissen:

«Man klagt oft darüber, dass die Zuneigung der Reichsdeutschen zu den Schweizern, ihrem Lande und dessen Zuständen nicht mit den gleichen Gefühlen oder gar mit entgegengesetzten erwidert wird. Man vergesse aber nicht, dass der regelmässige Zufluss von Arbeitskräften aller Art aus dem Reich zwar die Kulturblüte der Schweiz sehr wesentlich fördert, gleichzeitig aber den Kampf ums Dasein heftiger und ungemütlicher macht. Dazu kommt, dass der Reichsdeutsche es oft nicht lassen kann, über das Heerwesen, die Mundart und Sitten der Schweizer absprechend zu urteilen oder gar zu spotten. Der Reichsdeutsche vergisst eben gar zu gern, dass die Schweizer Milizen für Potsdamer Garderegimenter nicht gelten *wollen*, dass eine für alle Bevölkerungsschichten gleiche Mundart und Sitte nicht zierlich und gefeilt sein *kann*, wie bei den nicht bloss die Menschen ‚nach eigener Façon‘ selig werden, sondern auch jeden deutschen Stamm nach eigener Art deutsch sein: dann wird der alte Erbfehler der Deutschen, der Stammeshader, endlich erlöschen.»²⁷⁶ oberen Zehntausend eines ständisch gegliederten Volkes. Man

lasse doch (?) Doch 1937 wurde ihm in einem Nekrolog der «Neuen Zürcher Zeitung» nachgerühmt, wie er zusammen mit seiner «kunstsinnigen» Gattin sein Heim am «Schmelzberg» zum gastlichen Treffpunkt zu gestalten vermochte: «Man war sicher, dort mit der Elite der deutschen Kolonie, aber auch mit geistig hochstehenden Schweizern zusammenzutreffen.»²⁷⁷ Die verdeckte Form, in der Fick sein Alldeutschtum gegenüber seiner Umgebung zum Ausdruck brachte, war die gefährlichere als jene plumpe Art Kuhlenbecks. Die Zürcher Ortsgruppe des AV versuchte sich in der Rolle einer Mittlerin zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich. Als 1901 der Ärztetag in Hildesheim die Ausschliessung aller mit einem schweizerischen Maturitätszeugnis versehenen Personen vom Studium der Medizin an deutschen Universitäten beantragte, forderte sie ihn zur Rücknahme dieses Beschlusses auf. Der Grund war durchsichtig genug. Für einen Schweizer, der drüben im Reich als Arzt tätig war, praktizierten hier ein Dutzend Reichsangehörige.²⁷⁸ In nichtschweizerischen Angelegenheiten gehörten die Alldeutschen Zürichs sogar zu den Scharfmachern innerhalb des Verbandes. So tadelte eine Entschliessung der Ortsgruppe im Januar 1901 die Haltung der «Alldeutschen Blätter» gegenüber Polen als «matt».²⁷⁹ Sie protestierte in einer Eingabe an den Reichskanzler gegen den Rückzug der deutschen Besatzung aus Schanghai.²⁸⁰ Für die Buren veranstaltete sie eine Sammlung, die über zweitausend Franken erbrachte.²⁸¹ Dem Aufruf zur Bildung eines alldeutschen Wehrschatzes schlossen sich aus der Schweiz neben Fick und Kuhlenbeck auch der Ingenieur B. Schäffer an.²⁸² Trotz ihrer regen Aktivität blieb die Zürcher Ortsgruppe des AV, die in allmonatlichen Versammlungen zusammenkam, auf einen engen Kreis von rund siebenzig Mitgliedern beschränkt.²⁸³ Seitdem sich Mitte der neunziger Jahre der Verband von der weitausgreifenden Kolonialpolitik einem europäischen Festlandimperialismus zugewandt hatte, war das Alldeutschtum in der Schweiz aufs Äusserste suspekt geworden. Daher getrauten sich nur Leute zur offenen Mitgliedschaft, die sich von persönlichen Rücksichten auf ihre Lebensverhältnisse im Gastland frei glaubten. Auch innerhalb der Kolonie galten sie als fanatische Nationalisten, von denen die überwiegende Mehrheit der hiesigen Reichsangehörigen Distanz hielt. Der Kurs des AV im Reich hatte die Zürcher Ortsgruppe isoliert; vergeblich strebte sie darnach, dem nur allzu begründeten Ruf zu entinnen:

«Unsere Ortsgruppe leidet wohl noch mehr als die im Reich unter dem allgemeinen Vorurteil gegen alles, was alldeutsch heisst. Eine Besserung versprechen wir uns, wie wiederholt eingehende Besprechungen im Kreise unserer Mitglieder er-

geben haben, am ehesten durch Anzeigen in den grossen deutschen Tageszeitungen, die in ein paar klaren, knappen Sätzen die Leser darüber auf klären müssten, was der Alldeutsche Verband will und tut und – nicht vergessen –, was er nicht will und nicht tut.»²⁸⁴

4. 5 «Staatsstreich oder Reformen!» Das politische Programm eines deutschen Chauvinisten in der Schweiz

Im diffusen Bereich des mehr oder weniger ausgeprägten Nationalismus fehlte es an geschlossenen Konzeptionen, die als repräsentativ für die deutsche Kolonie erachtet werden könnten. Das Eintreten für ein starkes Deutschland, womit sich eine Unterstützung der Aufrüstung und einer expansiven Aussenpolitik verband, sowie die Gegnerschaft zur Sozialdemokratie waren für viele bereits schon politisches Programm genug. Eine verbindliche Plattform zur Lösung detaillierter Probleme im Bereich der Innen- wie Aussenpolitik existierte nicht. Dabei wäre es interessant zu wissen, ob und wie die tägliche Konfrontation mit der republikanischen Wirklichkeit im Gastland den auslandsdeutschen Nationalisten in seinen mitgebrachten politischen Anschauungen beeinflusst oder gar verändert hat. Zumeist besaßen die hiesigen Kolonienmitglieder weder das Bedürfnis noch die Musse, bei den komplizierteren Fragen der deutschen Politik einen selbstständigen Lösungsvorschlag zu erarbeiten. Nur ein ausserordentlicher Glücksfall ermöglicht es, wenigstens an einem gewichtigen Beispiel doch noch tiefer in die politische Gedankenwelt eines renommierten Auslandsdeutschen einzudringen.

Das völlig vergessene Werk des anonymen Publizisten gewinnt umso mehr an Bedeutung, als er von Zürich aus unter dem Pseudonym «Ein Ausland-Deutscher» seine politischen Ansichten bis ins Einzelne dargelegt und ein ausführliches Reformprogramm zur deutschen Innen- und Aussenpolitik entwickelt hat. Es erstreckt sich auf sieben Bände von recht unterschiedlichem Umfang, die während der Jahre 1904 bis 1914 im Verlag «Zürcher und Furrer» erschienen sind. Weder früher noch später hat sich während des Kaiserreiches in dieser umfassenden Weise eine Stimme im Namen der Deutschen im Ausland zu Worte gemeldet. Die unterbreiteten Vorschläge fanden in einem Teil der deutschen Presse eine beachtliche Resonanz, aus der sich über die Einstellung zu den Reichsangehörigen im Ausland wertvolle Aufschlüsse ergaben. Mit seinem Buch über die deutsche Kolonialreform wurde der «Ausland-Deutsche» im Reich zu einem Begriff. Eine Legitimität für sein Auftreten

etwa im Namen einer bestimmten Gruppe von Deutschen in der Schweiz besass er nicht, obwohl sein Pseudonym sowie zahlreiche Äusserungen diese Fiktion erweckt haben. Manche Gedanken sind durch ihre eigenwillige Individualität eindeutig als solche gekennzeichnet. Der Verfasser war jedoch mit den Vorstellungen, wie sie in der Deutschen Kolonie Zürichs und anderswo zum Ausdruck kamen, bestens vertraut. Ebenso kannte er die politischen Verhältnisse seines Gastlandes, die in einem mehr als dreitausend Seiten starken Werk immer wieder zur Sprache kommen. Es soll hier unter zwei Gesichtspunkten betrachtet werden: Welche Erwartungen stellten die Auslandsdeutschen nach Ansicht des Verfassers an die künftige Politik des deutschen Staates und in welcher Weise gab die Begegnung mit der schweizerischen Wirklichkeit Anlass zu konkreten Reformvorschlägen? Ein Vergleich mit der Rezeption in der deutschen Öffentlichkeit wird überdies aufzeigen, in welcher Weise sich die Anschauungen dieses «Ausland-Deutschen» in das politische Meinungsspektrum seines Geburtslandes einordnen.

Sein Reformprogramm eröffnete er mit einer Reihe von Propositionen zur Innenpolitik.²⁸⁵ Sich selbst attestierte er grössere Objektivität als den in Deutschland Verbliebenen. Angeblich abseits der berüchtigten querelles allemandes, den Blick auf das Ganze gerichtet, könne der Deutsche im Ausland durch die distanziertere Betrachtung zu einer klareren Beurteilung gelangen. Der Verfasser gab sich als ein Schüler des Soziologen und Sozialökonomen Albert Schäffle (1831-1903) zu erkennen und verriet über den eigenen Standpunkt nur, dass er keiner politischen Partei des Deutschen Reiches angehöre und sich in einer Stellung befinde, die für Lob und Tadel gleich unzugänglich sei. Schon nach wenigen Kapiteln verdichtet sich jedoch der Eindruck, dass die zu Anfang beschworene Distanz ein höchst leidenschaftliches Engagement für Deutschlands Macht und Grösse gezeigt hatte. Das Reich sah er sowohl von innen wie von aussen in arger Gefahr. Im Namen seiner Landsleute im Ausland rief er daher zur Kursänderung auf;

«Wir Ausland-Deutsche haben leider heute die unangenehme Pflicht, dem deutschen Volke, seiner Volks-Vertretung und seiner Presse bittere Wahrheiten zu sagen; wir müssen es vom Ausland her mit ansehen, wie das deutsche Reich infolge innerer Zerklüftung mit raschen Schritten dem Abgrunde zueilt und wir haben die feste Überzeugung, dass nur ein gewaltiger, eventuell gewalttätiger Ruck seines berufensten Führers, des deutschen Kaisers, den deutschen Reichswagen vor dem Zerschellen bewahren könnte.»²⁸⁶

In diesem Zitat ist die Alternative bereits angesprochen, die der Anonymus als die einzig mögliche anpries. Entweder entschloss man sich zu einschneidenden Reformen oder Kaiser Wilhelm II. müsste, um das Reich vor den inneren und äusseren Feinden zu schützen, vorübergehend zum Mittel einer unbeschränkten Diktatur greifen. Die Reichsverfassung bot für ein derartiges «Staatsnotrecht», das den Erlass rechtsgültiger Gesetze und Verordnungen unter Ausschaltung des Reichstages ermöglichen sollte, keine Handhabe. Stattdessen berief er sich auf Bluntschlis «Allgemeines Staatsrecht»! Er erhob den liberal-konservativen Schweizer zum «bedeutendsten Vertreter des liberalen Staatsrechts in Deutschland», um dann mit seinem Grundsatz: «salus populi suprema lex esto» die vorhandenen Bedenken auszuräumen. Ob Diktatur oder Reform – letzten Endes blieb das Ziel für den unbekanntenen Publizisten dasselbe. Das Schlagwort «Staatsstreich oder Reformen»!, welches er den verschiedenen Teilen seines Hauptwerkes voranstellte, enthielt nichts weniger als den Ruf nach gänzlicher politischer Entrechtung der Sozialdemokratie. Im Innern stand für ihn der Feind links; ihn wollte der «Ausland-Deutsche» mit seinen Massnahmen ausschalten. Nach aussen sollte eine konsequent geführte deutsche Weltpolitik die befürchtete Konspiration gegen die Existenz des Deutschen Reiches, deren Urheber er im französischen Aussenminister Theophile Delcassé erblickte, wirkungslos machen. Was bedeutet dies nun im Einzelnen?

Einen Neubeginn wollte er durch eine *Verjassungs-Reform* einleiten.²⁸⁷ Seine Verbesserungsvorschläge im militärischen und finanziellen Bereich sind später zum Gegenstand separater Schriften gemacht worden. In erster Linie richteten sich die von ihm vorgeschlagenen Massnahmen gegen den Reichstag. Vor allem sollte ihm das Budgetrecht beschnitten werden. Ausserdem wollte er die Redezeit der Abgeordneten begrenzen, die Zahl der Redner für jede Partei im Voraus bestimmen und den Ordnungsruf als Disziplinarmittel viel strenger gehandhabt wissen. Die Intentionen gingen dahin, den Bewegungsraum des Parlamentariers im Reichstag empfindlich zu schmälern oder wie dies der «Ausland-Deutsche» formulierte – die «Verleumdungsfreiheit einer gewissenlosen Demagogie» zu beenden.²⁸⁸ Um dem «nahezu landesverräterischen Treiben der Polen, Welfen, Franzosen und Sozialdemokraten» ebenso wie den angeblichen Verunglimpfungen des deutschen Kaisers im Reichstag begegnen zu können, wünschte er die Immunität der Abgeordneten zu beseitigen. Obwohl sein Ansinnen allen demokratisch-liberalen Vorstellungen zutiefst widersprach, führte er mit Vorliebe Beispiele aus der Schweiz an, um damit den Eindruck zu erwecken, dass seine Forderungen durchaus legitim seien. So wurde

der deutsche Leser belehrt, dass es selbst in der Eidgenossenschaft für die Volksvertreter keine allgemeine Immunität gebe. Dabei verschwieg er, dass das Bundesgesetz vom 9. Dezember 1850 in Artikel 1 den Mitgliedern der eidgenössischen Räte für ihre Voten im Parlament die Immunität garantierte. Stattdessen hob er die Regelung in den Kantonen Uri und Genf hervor, die die parlamentarischen Äusserungen nur mit Vorbehalt privilegiert hatten.²⁸⁹ Der langjährige Aufenthalt im Gastland vermochte an seiner Intoleranz gegenüber anderssprachigen Minderheiten im Reich nichts zu ändern. Dass die deutsche Sprache die einzig zugelassene Staatssprache sein dürfte, wollte er sogar in der Reichsverfassung verbürgt wissen. Die schweizerischen Sprachverhältnisse stellte er als einen Sonderfall dar, der jeder nutzbringenden Erörterung bar sei.

Als vorbildlich hingegen pries er die schweizerische Regelung des Bürgerrechts. Während der Kleinstaat sich seine Staatsbürger nach Kräften zu erhalten suchte, ging dem Reichsangehörigen nach zehn Jahren ununterbrochenen Auslandsaufenthaltes das Bürgerrecht verlustig, wenn er es versäumte, einen Erneuerungsantrag zu stellen: «Es gibt für den Deutschen im Auslande nichts Beschämenderes als eine solche unverständige, ja vom nationalen Standpunkte aus geradezu selbstmörderische Gesetzgebung.»²⁹⁰ In der Tat erschien im Vergleich mit einer solchen Indifferenz der Auslandschweizer als privilegiert, blieb doch sogar den unehelichen Nachkommen von Auslandschweizerinnen das Bürgerrecht erhalten.²⁹¹ Wiederum völlig tendenziös war des anonymen Erneuerers Schlussfolgerung: «Dieser Schweizer Standpunkt erscheint mir der einzig richtige zu sein, denn er ist eine Konsequenz des wieder erwachenden Rassebewusstseins.»²⁹² Die Rassenideologie vertrug sich mit dem schweizerischen Staatsgefüge nicht.

Dem «Ausland-Deutschen» ging es um eine völlige Umgestaltung der bisherigen staatlichen und sozialen Ordnung, was sich bei der von ihm in Vorschlag gebrachten *Wahl-Reform* enthüllte. Sie befand sich mit ihrer Forderung nach einem organischen Staatsaufbau in enger Anlehnung zu den soziologischen und nationalökonomischen Lehren Schöffles, der den wirtschaftlichen Bereich in beruflich und territorial gegliederte Gemeinschaften aufteilte. Umso stärker konzentrierte sich der Primat der politischen Führung bei den Staatsorganen. Die vom Anonymus aus Zürich entwickelte berufsständische Ordnung blieb jedoch nicht bei Schöffle stehen. In vielem erweist sich seine Schrift als ein vergessener Vorläufer von Othmar Spann's Ständestaatsideologie. Dass überhaupt eine Neuordnung postuliert wurde, hatte seinen Grund im enormen Stimmengewinn der Sozialdemokratie, die gerade in den Reichs-

tagswahlen vom Juni 1903 – zum Zeitpunkt, als sich der Verfasser an sein Reformwerk machte – erneut einen grossen Erfolg erzielt hatte. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht, das den Sozialisten die zunehmende Machtbasis verschaffte, war ihm der Stein des Anstosses. Das Wahlverfahren wollte er daher in einen anderen funktionalen Zusammenhang bringen, indem es von Parteien gelöst und innerhalb der Korporationen zu einem neuen, allerdings nur noch kümmerlichen Leben erweckt werden sollte. Auf diesem Wege beabsichtigte der «Ausland-Deutsche», «die Preisgabe des Gesamtwohls und des Kulturfortschritts an die unsicheren Meinungen und wandelbaren Stimmungen der Dummen und Unmündigen, der Frechen und Gewalttätigen» – kurz die gefürchtete Massenherrschaft zum Nachteil einer immer mehr in die Minorität gedrängten Elite zu verhindern.²⁹³ Ähnlich gesinnte Mahner erschöpften sich zumeist in einer Idealisierung der herrschaftsständischen Ordnung früherer Jahrhunderte. Der Verfasser ging über einen blossen Rückgriff in Vergangenes hinaus. Seine Neukonzeption der Gesellschaft, die nach Berufsständen gegliedert werden sollte, versuchte das Massenproletariat «organisch» in die Leistungsgemeinschaft zu integrieren, um damit der Sozialdemokratie und ihrer Klassenkampfstrategie den Boden zu entziehen. So wie der «Reformer» sein Gesellschaftssystem entwickelte, trug es einen ausgesprochenen repressiven Charakter. Dabei stand in seltsamem Kontrast, dass der «Ausland-Deutsche» in der Schweiz ein Befürworter der parlamentarischen Demokratie war, dem Deutschen Reich jedoch geradezu leidenschaftlich ein antiliberales Zwangssystem anempfahl. Das preussische Dreiklassenwahlrecht verwarf er zwar als ungerecht, suchte aber dessen Zielsetzung auf dezenterem Wege wirksamer zu erreichen. Darnach sollten die Abgeordneten des Reichstages von den in ihren berufsständischen Körperschaften eingeschriebenen Wählern durch direkte Listenwahl bestimmt werden. Um zu verhindern, dass die numerischen Mitgliederbestände sich nicht erneut als Übergewicht der sozial schwächeren Schichten auswirken konnten, wollte er die Anzahl der Abgeordneten für jede Berufsgenossenschaft im Voraus wie folgt festsetzen:

140 Vertreter der Landwirtschaft

100 Vertreter der Industrie

40 Vertreter des Handwerks

50 Vertreter des Handels- und Verkehrsgewerbes

100 Technische Beamte, Kaufmännisches Personal, Gesellen, Arbeiter

100 Vertreter der Freien Berufe

Der Verfasser behauptete sogar, der Reichstag habe im Ausland alle Sympathien verloren; er werde «gerade von den Deutschen im Auslande als der schlimmste Feind des deutschen Volkes bezeichnet», so dass diese ihm bei seinem Verschwinden keine Träne nachweinen würden.²⁹⁴ Wenigstens den unveröhnlichen Hass gegen die Sozialdemokratie teilte der unberufene Sprecher mit manchem Gesinnungsfreund aus der deutschen Kolonie.

Eigenartig nahm es sich aus, wie bei derartigen Intentionen der Deutsche beim «stets praktischen Schweizer» in die Schule gehen sollte. Den Weg zur politischen Erziehung des deutschen Volkes in nationalem Geiste weise das schweizerische Beispiel. Hier konzentriere sich der Geschichts- und Geographieunterricht zunächst ganz auf das eigene Land. Das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein werde durch die Verfassungskunde gestärkt. Die Rekrutenprüfung ermögliche es schliesslich, gleichsam in einer letzten Kontrolle die politischen Kenntnisse der Jungmannschaft zu testen. In Deutschland hingegen sei das neuhumanistische Bildungsideal, das ganz auf die Antike ausgerichtet war, einer patriotischen Erziehung wenig förderlich gewesen.

In einer am eigenen Vergangenheitsmythos orientierten Schulung erblickte er das gegebene staatliche Mittel, um die Jugend «gegen die Irrlehren der Sozialdemokratie rechtzeitig immun zu machen!» In diesem Sinn gab er die Parole aus: «Auf! Ihr sogenannten ‚deutschen‘ Schulmeister, und zeigt, dass Ihr fähig seid, ein Volk zu guten Staatsbürgern zu erziehen!»²⁹⁵ Die Rekrutenprüfungen wollte er in Deutschland mit einem Wahl-Examen verbinden, dessen Nichtbestehen eine Einschränkung des Wahlrechts zur Folge gehabt hätte. In ähnlicher Weise wollte er die Orientierungshilfen missbrauchen, die sogenannten «Weisungen», in denen die Exekutive in der Schweiz die Stimmberechtigten über die zum Volksentscheid gebrachten Vorlagen orientierte. Anstelle der knappen Sachinformation erspähte er erneut eine den deutschen Verhältnissen anzupassende Gelegenheit, um durch eine ausgebaute Regierungspropaganda die von den oppositionellen Parteien zu Reichstagsvorlagen vorgebrachten «Anschuldigungen» wirksam zu widerlegen.²⁹⁶ Die Reform der *Interessenvertretung* befasste sich mit dem Aufbau der Korporationen auf lokaler und überregionaler Ebene. Bei der *Verwaltungs-Reform* empfahl er, in den Ministerien ständige Kommissare zu schaffen, die als Beiräte in den Zentralorganen der Berufs-Genossenschaften Einsitz nehmen und dadurch die Möglichkeit einer staatlichen Einflussnahme offenhalten sollten.²⁹⁷

Noch im selben Jahr (1904) erschien der Band zur deutschen *Justiz-Reform*.²⁹⁸ Manche Vorschläge sprachen für eine Modernisierung des Strafwesens, die vermehrt

auf eine Besserung als auf eine Sühne zielte. Dazu gehörte nach damaligen Begriffen der Ersatz von kurzen Freiheitsstrafen durch Arbeitszwang und Wirtshausverbot, Einführung der bedingten Verurteilung, Erweiterung der Geldstrafe, Ersetzung der Schwurgerichte durch erweiterte Schöffengerichte, besondere Jugendgerichte. Sobald politische Aspekte mitspielten, geriet der Verfasser wieder in ein ausgesprochen reaktionäres Fahrwasser. «Politische Störenfriede» sollten nicht mehr eingesperrt, sondern bis zu zehn Jahren des Landes verwiesen werden; eine Lösung, die als Humanisierung der Strafmittel ausgegeben wurde.²⁹⁹ Wiederum berief sich der «Ausland-Deutsche» auf die «freie Schweiz». Im Bundesgesetz über das Bundesstrafrecht von 1853 ist die Landesverweisung als Nebenstrafe auch gegenüber Schweizerbürgern angedroht worden. Das «so beliebte Strafmittel», das in der Tat alles andere als eine Zierde des liberalen Rechtsstaates gewesen war, hat die Bundesverfassung von 1874 (Art. 44) beseitigt, was den sonderbaren Reformier allerdings nicht kümmerte.³⁰⁰ Alle Einflüsse des römischen Rechts wollte er ausmerzen: denn am Zürichsee glaubte er gelernt zu haben, was «dem alt eingewurzelten Rechtsempfinden der deutschen Rasse kongenial» sei.³⁰¹ Trotz mancher Gedankenentleihen bei der durch Franz von Liszt vertretenen fortschrittlichen Strafrechtsauffassung, war er ganz der Parteigänger Ludwig Kuhlenbecks, auf den er sich auch namentlich berief. Das Schlagwort «Rassen-Hygiene» galt ihm als Wegweiser. Auch die übrigen Zeugen, die er anrief, besagen mehr als Worte: der Anthropologe Vacher de Lapouge, der Eugeniker Friedrich Wilhelm Schallmayer und Ludwig Woltmann, ein Anhänger des Rassentheoretikers Gobineau. Unter dem Leitgedanken: «die Pflicht der völkischen Selbsterhaltung erfordert die möglichste Reinerhaltung von verbrecherischen antisozialen Elementen» forderte er Mittel wie Kastration und Deportation.³⁰² Die Verbindung zu den Methoden, wie sie im Dritten Reich zur Anwendung gekommen sind, tritt hier offen zutage. Wie fiel das Echo in der deutschen Presse auf diese beiden Bände seines Reformwerkes aus?

Die der Sozialdemokratie und dem Zentrum nahestehende Presse ignorierte die Bücher des Verfassers fast durchwegs.³⁰³ Den Anspruch, «als Zensor den Deutschen gegenüberzutreten», hiess der «Hannoversche Courier» eine «bodenlose und insolente Überhebung». Das nationalliberale Blatt konnte sich ebensowenig mit der Wahl nach Berufsständen befreunden, wie es sich von den «reaktionären, alldeutschen, antisemitischen» Zügen abgestossen fühlte.³⁰⁴ Dass die Forderung nach einer «Wahlreform» bei den Nationalliberalen gleichwohl Sympathien fand, liess der

Kommentar der «Hamburger Nachrichten» erkennen: «entweder muss die Regierung schliesslich zugunsten der klerikal-sozialistischen Mehrheit abdizieren und letztere regieren lassen, oder sie muss die Macht derselben brechen.»³⁰⁵ Vermehrte Zustimmung war aus den Reihen jenes Kleinbürgertums zu erwarten, das sich durch das Anwachsen der Sozialdemokratie gängstigt, durch die Grossindustrie zugleich aber gefährdet fühlte: «Die völlige Gewerbefreiheit bedeutet die Freiheit des Grossen, den Kleinen zu erdrosseln.»³⁰⁶ Aus diesem Gefühl der gemeinsamen Bedrohung kam es im November 1904 in Berlin zur Gründung der «Deutschen Mittelstandsvereinigung», die eine berufsständische Ordnung befürwortete. Neben Albert Schäffle hatten schon die Staatsrechtslehrer Robert von Mohl und Heinrich Ahrens sowie der Berliner Philosoph Eduard von Hartmann das Reichswahlverfahren durch korporative Organisationsformen abändern wollen. Eine derart radikale Umgestaltung, wie sie der «Ausland-Deutsche» propagierte, wurde jedoch nur vereinzelt ernsthaft erwogen oder gar befürwortet; durch Dietrich von örtzen, einem Mitglied von Stoekers «Christlichsozialer Partei», oder von Richard Ehrenberg, der «die natürliche Berufsgliederung des Volkes für das Repräsentativsystem der Zukunft» hielt.³⁰⁷ Die «Deutsche Hochwacht», ein völkisches Blatt, begeisterte sich für den Vorschlag, «ein Einjährig-Freiwilligen Examen nach den Grundsätzen der vaterländischen Zweckmässigkeit» durchzuführen; der Kultusminister hätte – so der Tenor des Artikels – dann im Schlepptau des Kriegsministeriums gestanden.³⁰⁸ Auch die Propositionen zur «Justizreform» fanden eine zurückhaltende Aufnahme, zumal seine Vorliebe für Prügelstrafe niemand zu teilen vermochte.³⁰⁹

Das Werk, das den publizistischen Ruf des «Ausland-Deutschen» begründete, war die 1905 erschienene «*Deutsche Kolonial-Reform*». In dem fast tausend Seiten dicken Wälzer wurde das schon in den beiden ersten Schriften angewandte Verfahren perfektioniert. Umfangreiche Zitate gaben einleitend einen Überblick über die in Presse und Literatur zur deutschen Kolonialpolitik geäusserte Kritik; ihm folgte eine Zusammenstellung der bis dahin gemachten Verbesserungsvorschläge. Schliesslich entwickelte der Verfasser – nach eigenem Zeugnis – «zum erstenmal in der deutschen Literatur ein allgemein verständlich gehaltenes, ausführliches Programm einer künftigen deutschen Kolonialpolitik».³¹⁰ Über sich selbst verriet er, dass er die Konstituierung des «Deutschen Kolonial Vereins» vom 6. Dezember 1882 in die Wege leiten half. Bei der Begründung der ersten Kolonialzeitung und dem Ankauf der ersten deutschen Kolonien sei er mitbeteiligt gewesen.³¹¹ Zollpolitik, Fragen des Fi-

nanz- und Militärwesens, Justiz, Verwaltung, Missionen, Strafkolonisation, Bodenfrage, Landgesellschaften – alle die mit der Erschliessung und Ausbeutung verbundenen Aspekte hat er zum Gegenstand eines weitgespannten Kolonialprogramms gemacht, das der deutschen Imperialismusforschung bisher entgangen ist und der Rezeption wegen, die das Buch fand, nicht ignoriert werden sollte. Als überzeugter Anhänger der Verelendungstheorie glaubte der Anonymus, den sozialen Druck im Innern mit dem Verlangen nach mehr Land und besseren Absatzmärkten kompensieren zu können. Eine mitteleuropäische Wirtschaftsföderation, mit der Nord- und Ostsee, dem Schwarzen Meer und der Adria als Ausfallspforten, hätte ein gesichertes Wirtschaftsgebiet von rund zehn Millionen km² und zweihundert Millionen Konsumenten schaffen sollen. Durch diese Föderation würde das Deutsche Reich zur dominierenden Weltmacht aufsteigen. Die holländischen und belgischen Kolonien wollte er auf diesem indirekten Wege unter deutschen Einfluss bringen.³¹²

Am beredtesten wurde der «Ausland-Deutsche», wenn er gleichsam in eigener Sache sprach. Die in zahlreichen Ländern niedergelassenen Landsleute böten ungenutzte Chancen. Man sei sich zu Hause kaum bewusst, dass «die deutsche Exportindustrie und damit die Existenz eines Drittels des deutschen Volkes mit der Existenz des Deutschtums im Auslande steht und fällt!»³¹³ Deshalb sollten in den exportwichtigen Staaten mit den niedergelassenen Reichsangehörigen zugleich die längst eingebürgerten zum Vorteil der deutschen Aussenwirtschaft aktiviert werden. Eine geschickte Propaganda durch die diplomatischen Vertretungen, eine systematische Förderung der Auslandsvereine, die Entsendung von Delegationen an Koloniefestlichkeiten oder ein kaiserlicher Gruss zur rechten Zeit sollten dazu verhelfen, auch in Übersee die Bande mit dem Mutterland wieder enger zu knüpfen. Der Verfasser wusste genau, wie unter den Auslanddeutschen der Nationalismus angefacht werden konnte:

«Mit systematisch organisierten Gesangstournees deutscher Männer-Gesangsvereine, welche unsere herrlichen deutschen Volkslieder, Vaterlandslieder, Marschlieder, Studentenlieder u. s. f. jenseits des Ozeans erschallen liessen, würde ich mich anheischig machen, den letzten deutschen Mann im Ausland derart zu elektrisieren, dass er sein Letztes aufopfert, wenn das alte Heimatland in Gefahr sein sollte. Wer es fertig bringt, das deutsche Gesangswesen in der ganzen Welt für das deutsche Volkstum zu organisieren, der hat es in der Hand, die Gefühle aller deutschen Volksgenossen zu kneten, wie weiches Wachs! Hierin sind alle Deut-

schen gleich, dass ihnen der deutsche Männergesang ihr innerstes deutsches Nationalgefühl, auch wenn es noch so sehr versteckt war, ‚zu heller Lohe entflammt‘!»³¹⁴

Eine wichtige Betreuungsfunktion mass er den deutschen Handelskammern zu, die im Ausland die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Interessen des Reiches auf das Nachdrücklichste zu fördern hätten. Der Anonymus ging davon aus, dass derjenige der künftigen wirtschaftlichen deutschen Weltherrschaft den Weg öffne, «der seine Deutschen zum friedlichen Wettkampf wie ein Feldherr rechtzeitig dahin dirigiert, wo er sie am nützlichsten verwerten kann».³¹⁵ Seine «Kolonial-Reform» schloss mit der Aufforderung:

*«Das Ausland-Deutschtum ist heute noch unsere beste, stärkste und wichtigste deutsche Kolonie: es ist eine der lohnendsten Aufgaben der deutschen Staatskunst der Gegenwart, aus diesem Ausland-Deutschtum den grösstmöglichen nationalen Nutzen herauszuschlagen!»*³¹⁶

Hatte man sich selbst im nationalistischen Lager gegenüber den Ratschlägen des «Ausland-Deutschen» zur Innenpolitik reserviert gezeigt, so fanden dort seine Darlegungen zur Kolonialreform trotz verschiedentlicher Kritik nun vermehrte Beachtung. Die «Deutsche Welt» pries ihn als erfahrungsreichen Mann, der mit einem von der Parteibrille ungetrübten Blick aussprach, «was viele Deutsche sich hinter verschlossenen Türen oft und viel zuflüsteren».³¹⁷ «Der Tag», ebenfalls ein dem völkischen Flügel nahestehendes Berliner Blatt, freute sich darüber, «dass regelmässig die an der Peripherie lebenden Söhne eines grossen Reiches sich am leidenschaftlichsten für die Macht und Zukunft ihres Vaterlandes erwärmen». «Allerdings», so verwunderte sich der Rezensent, «wer hätte das gerade von der Schweiz erwartet?»³¹⁸ Über die Gesinnung des Verfassers lautete das Urteil übereinstimmend: ein «kerndeutscher, monarchisch gesinnter Mann»,³¹⁹ «glühender Vaterlandsfreund»,³²⁰ «begeisterter Anhänger des Alldeutschen Bundes», ein «deutschnationaler Geist».³²¹ Von der unkritischen Rezeption wurde die Publikation als «epochemachend für unser gesamtes Kolonialwesen»,³²² als «das im deutschen Reichstag so dringend verlangte deutsche Kolonial-Programm»³²³ begrüsst. Auch in deutschvölkischen Kreisen Österreichs hielt man es für «das gründlichste Werk, das wohl je über die deutschen Kolonien geschrieben wurde».³²⁴

Eine Stellungnahme in der Linkspresse liess sich nicht ausfindig machen; stand sie doch der Kolonialpolitik ohnehin ablehnend gegenüber. Mit seinem Besserwissen

stiess er aber auch bei der nationaldeutschen Leserschaft auf Widerspruch. In der Fachpresse wurde ihm vorgeworfen, er kenne die deutschen Schutzgebiete nicht und stütze sich auf fragwürdige Autoren. Fast einmütiger Ablehnung begegnete sein Vorschlag, nach dem portugiesischen Vorbild das Mittel der Strafkolonisation in grossem Massstab einzusetzen.³²⁵ Auch das «Algemeen Handelsblad» befand entrüstet: «Wat ons betreft, – wij vinden, na de Fransche en Engelsche ondervinding, eene deportatie-kolonie een gruwel.»³²⁶ In New York warnte ein Blatt vor des Autors Absicht, neben dem Deutschen Reich ein mit ihm verbundenes «Neu-Deutschland» aufzurichten.³²⁷ Auffallend kühl war der Kommentar in den «Alldeutschen Blättern», die den unzulänglichen Aufbau des Buches kritisierten und denen die allzu «kühnen» Vorschläge wenig zweckmässig zu sein schienen.³²⁸ An den Anfang seines Kolonialprogramms hatte der Autor die Frage gestellt: «Wie ist die unleugbare deutsche Kolonial-Blamage vor der ganzen Welt ehestens wieder gut zu machen?»³²⁹ Sie implizierte, dass bisher Versager am Werk gewesen waren. Brüskiert protestierte «Der Ansiedler-Freund» in Tanga: «Wir fühlen uns in unserer afrikanischen Mannesehre verletzt durch die Insinuation ‚kolonialpolitischer Impotenz‘.»³³⁰ Die imperialistische Zielsetzung blieb durch solche Differenzen unberührt. Selbst das «Centralblatt für Rechtswissenschaft» nahm die prägnante Formel des «Ausland-Deutschen» auf: «Das Feldgeschrei einer wirklich nationalen Politik aber muss sein: Mehr Land, mehr Grund und Boden für das deutsche Volk.»³³¹

Nicht unwesentlich waren jene Unterschiede, die aus der im Ausland gewonnenen Individualität der Auffassungen resultierten. So wird der Verfasser zu Recht den Alldeutschen zugezählt. Im Gegensatz zu jenen gründete sich seine Konzeption jedoch nicht auf ein «Germanisches Reich», das primär Siedlungspolitik im Osten treiben sollte. Die Einflüsse eines Sozialdarwinismus in seinem politischen Erneuerungskonzept sind offensichtlich. Sein «Rassenbewusstsein» wurde im «Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie» sogar als vorbildlich hingestellt. Doch auch hier ergaben sich Abweichungen. Gerade diese Zeitschrift lehnte von ihrem Standpunkt aus betrachtet die vorgeschlagene mitteleuropäische Föderation ab: «Dem Rassenbiologen wird vor allem die in der ‚Kolonialreform‘ empfohlene scharfe Lostrennung von England und den Vereinigten Staaten und das dafür angestrebte engere Bündnis mit zum Teil gar nicht germanischen Völkerschaften zu denken geben.»³³² Die abschätzigen Auslassungen des Antisemiten Theodor Fritsch über den «Parlamentsunfug» wurden vom «Ausland-Deutschen» pauschal übernommen: «So wie

Th. Fritsch denkt die ganze deutsche gebildete Welt!»³³³ Die Schlussfolgerung liegt nahe, dieser anonyme Anhänger der Selektionstheorien sei auch ein überzeugter Antisemit gewesen. Doch erneut ginge eine schematisierende Charakteristik fehl. Speziell der im Ausland lebende Deutsche müsse anerkennen, so hielt er den Antisemiten entgegen, dass das deutschsprechende Judentum einen um fast die ganze Erde gehenden Handelsring geschlossen habe, «der dem deutschen Handel die allerwichtigsten Stützpunkte geliehen hat». Der Boykott deutscher Waren durch die Polen und Tschechen sei durch die deutschsprechenden Ostjuden verunmöglicht worden. Das Wort eines französischen Antisemiten: «Auf der Krücke der deutschsprechenden Juden kommt Ihr in alle Schlupfwinkel der Welt» wollte er wahr machen.³³⁴

«Der Stereotypeur», eine in Nürnberg erscheinende Fachzeitschrift, stellte seiner Leserschaft den Anonymus – ohne das Namensgeheimnis zu lüften – als «hervorragenden Journalisten, einen der bedeutendsten Zeitungsverleger der Schweiz» vor.³³⁵ Gerade durch seinen Beruf war der Verfasser zu seinem Verdacht einer Verschwörung gegen Deutschland gelangt, der ihn mitbewogen hatte, als politischer Mahner von der Schweiz aus der deutschen Öffentlichkeit die Augen zu öffnen:

«Wer Jahre lang hinter den Kulissen der öffentlichen Meinung im Auslande mitgearbeitet hat, wie Verfasser dieses Buches, der kann sich des Gedankens nicht erwehren, dass hinter dem Rücken des nichts ahnenden deutschen Michels sich eine feindliche Koalition und Konspiration ausgebildet hat, die den Zweck verfolgt, das deutsche Reich und das deutsche Volk in einem unbewachten Augenblick zu überfallen, um dem über alles verhassten wirtschaftlichen und nationalen Konkurrenten den Garaus zu machen. Ja, man kann es getrost voraussagen: es besteht bereits eine offenkundige Verschwörung gegen die Existenz des deutschen Reiches.»³³⁶

Noch beim Erscheinen der «Kolonial-Reform», in der die These von der internationalen Presseverschwörung präzisiert worden war, fand der «Ausland-Deutsche» mit seiner Behauptung kaum Anhänger. Sogar für den völkisch gesinnten Privatdozenten Albrecht Wirth hatte eine solche Verdächtigung lediglich taktischen Wert: «Allein um aus müder Lethargie emporzustacheln, kann sogar Arsenik von Nutzen sein.»³³⁷ Ernster wurde der Journalist von der Zürcher Ortsgruppe der AV genommen, die ihn aufforderte, diesem Thema eine besondere Schrift zu widmen. In der

Broschüre «*Die Presse und die Deutsche Weltpolitik*» schlug er eine staatlich gelenkte Nachrichtenpolitik vor, die durch eine Depeschen-Konvention der Dreibundstaaten sowie mit einem weltweit verzweigten deutschen Informationsnetz die dominierende Stellung der Agence Havas und der Agentur Reuter brechen sollte. Dabei sei auch wesentlich, dass sich die deutsche Presse gegenüber den Anliegen der Landsleute im Ausland nicht mehr gleichgültig verhalte. Um hier eine Änderung herbeizuführen, sei eine «Das Deutschtum im Ausland» benannte Korrespondenz zu schaffen, die das künftige deutsche Nachrichtenbureau herauszugeben hätte; sie sollte das deutsche Volk zur Weltpolitik erziehen.³³⁸ Die Schrift erschien zur Zeit der ersten deutsch-französischen Marokkokrise, als offenkundig wurde, dass sich Deutschland durch sein Weltmachtstreben in Europa politisch isolierte. Infolge der Enttäuschung über die Algeciras-Konferenz vom Frühjahr 1906 war die Bereitschaft, der Verschwörungstheorie zu glauben, beträchtlich gewachsen. Hiernach war Deutschland ein Opfer der «seit einer Reihe von Jahren planmässig und mit Umsicht und Geschick geleiteten Presskampagne».³³⁹ Die Behauptung einer internationalen Presseverschwörung gegen Deutschland ist vielfach wiederholt worden und fand 1918 die Ausdeutung, die Freimaurerei und die Blätter der Entente hätten «den Krieg gemacht».³⁴⁰

Als im Frühjahr 1906 der Reichstag den erneuten Versuch zu einer *Finanzreform* unternahm, bot dies dem «Ausland-Deutschen» Anlass, seine Auffassungen zu diesem Problemkomplex auf fünfhundert Seiten darzulegen.³⁴¹ Er zog systematische Vergleiche zwischen den Finanzverhältnissen des deutschen Reiches und denjenigen der Eidgenossenschaft, wobei er auch die Finanzordnung in den Einzelstaaten berücksichtigte. Nach dem Beispiel der Schweiz sollte das Deutsche Reich von den Matrikularbeiträgen der Bundesländer unabhängig gemacht und – neben den Zöllen – durch erweiterte Einnahmequellen in die Lage versetzt werden, seinerseits Subventionen zu leisten. Grundsätzlich verwarf auch er einen Eingriff des Reiches in das direkte Steuersystem der Bundesglieder. Stattdessen befürwortete er Steuerprojekte, die der Reichstag Bismarck einst abgelehnt hatte, und für die er mit dem Argument eintrat, sie hätten sich in der Schweiz bereits bestens bewährt: die Wehrsteuer, die damals nur in der Form des Militärpflichtersatzes existierte, und das Alkoholmonopol. Der Verfasser erhob den Anspruch, erstmals in der deutschen Literatur die Steuerfrage nach Massgabe der sogenannten Rassen-Hygiene zu behandeln. Die Verbrauchs-Besteuerung sollte sich demnach an der physiologischen Entbehrlichkeit orientieren. Gesundheitlich schädliche Genussmittel wie Tabak, Brannt-

wein, Wein und Bier fielen in die höchste, Reizmittel von geringem Substanzgehalt wie Kaffee und Tee in die mittlere und Konsumartikel von echtem Nährwert – darunter paradoxerweise auch Kaviar – in die niederste Steuerskala. Ganz von Abgaben frei sollten die unentbehrlichen Nahrungsmittel bleiben. Die Gebrauchs-Besteuerung hätte sich nach dem Grad des Luxus zu richten. Mit dieser fiskalischen Abgabenregelung hoffte der Reformier, das Volk zu einer einfacheren und rationellen Lebenshaltung zu erziehen und ihm eine billige und gesunde Ernährung nahezubringen. Was hier hochtönend als «hygienische Volkserziehungssteuer» vorgestellt wurde, war im Prinzip nichts anderes, als ein unter dem Gesichtspunkt der Volksgesundheit entwickeltes Steuersystem, das in der Schweiz im Bereich der alkoholischen Getränke, hingegen noch nicht bei der Tabakbesteuerung Anwendung fand.³⁴²

Mit dem Presseecho konnte der «Ausland-Deutsche» zufrieden sein. Wendungen wie: «Da kommt nun wieder der Mann, der bei nationalen Lesern schon längst rühmlich als der «Auslanddeutsche» bekannt ist, und schenkt uns ...» bekräftigen, dass er sich unter seinem Pseudonym in der politischen Publizistik einen festen Platz gesichert hatte. Noch in der Diskussion um die Reichsfinanzreform von 1908/09 fand das Buch Erwähnung.³⁴³

Die «*Deutsche Wehr-Politik der Zukunft*», kaum weniger umfangreich und zwei Jahre später herausgegeben, enthielt in vielem eine Wiederholung früherer Äusserungen.³⁴⁴ Die unter dem Motto vorgebrachten Ratschläge, «das Schwert zu schärfen und die Rüstung blank zu machen, um den verlorenen Respekt der Franzosen vor der deutschen militärischen Überlegenheit wieder beizubringen, fand eine geringe, doch bejahende Resonanz, der die kühle Beurteilung in einem schweizerischen Fachblatt gegenüberstand: «... unter dem Mantel vorurteilsloser Betrachtungen und Beurteilungen guckt der Pferdefuss des Besserwissenwollens und allzuoft eines unerfreulichen Chauvinismus hervor.»³⁴⁵

Bis dahin hatte der «Ausland-Deutsche» Kaiser Wilhelm II. in seinen Schriften als weitblickenden Reformkaiser, als einen Mann von aussergewöhnlich scharfen Geistes- und Willenskräften gepriesen, der zwar in jungen Jahren oft geirrt, sich stets aber eines bessern habe belehren lassen.³⁴⁶ Eine völlig andere Tonart schlug er in seinem letzten Band an, durch den er Anfang 1914 die deutsche Öffentlichkeit noch einmal aufzurütteln versuchte. «Wie schützen wir uns vor einem unfähigen Kaiser?» Mit dieser Frage begann die Bilanz, die zu ziehen ein Regierungsjubiläum Anlass bot:

«Kaiser Wilhelm II. hat jetzt 25 Jahre lang die Geschicke des Deutschen Reiches gelenkt, – ein bitteres Gefühl der Enttäuschung über seine allzu geringen politischen Erfolge in dieser langen Zeit, trotz unerhörter kultureller Leistungen seines Volkes, und der politischen Entsamung für die Gegenwart und nächste Zukunft, durchzitterte das ganze Deutschland anlässlich dieses Gedenktages. Auch das Ausland-Deutschum feierte mit, aber beklommenen Herzens, können wir Auslandsdeutschen doch am handgreiflichsten fühlen und erkennen, wie sehr das Ansehen und der Einfluss des Deutschen Reiches im Auslande in den letzten 25 Jahren Not gelitten hat.»³⁴⁷

War der Verfasser, dem die berausenden Reden Wilhelm II. imponiert hatten, doch noch zu jenem distanzierten Urteil gelangt, das der in Zürich lebende Beobachter bisher zu Unrecht für sich beanspruchte? Hatte er, wenn auch in letzter Stunde, die Alarmzeichen am Vorabend des Weltkrieges richtig erkannt? Seine herbe Kritik lässt eine solche Vermutung aufkommen. Die Entfernung Bismarcks, die Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages mit Russland sowie die Krüger-Depesche zählte er zu den gravierendsten Fehlern der «kaiserlichen Jungen-Politik». Um politischen Unbesonnenheiten künftiger Regenten nach Möglichkeit zu begegnen, wollte er jetzt einen Kronrat im Sinne eines antiken Ältestenrates dem Herrscher zur Seite gestellt wissen. Zum Heeresdienst untaugliche Thronprätendenten wünschte er künftig von der Regentschaft auszuschliessen, für die er ein Mindestalter von dreissig Jahren vorsah. Der überraschende Meinungswechsel des «Ausland-Deutschen» entsprang jedoch nicht einer plötzlichen Klarsichtigkeit, sondern der Enttäuschung eines verstockten Radikalen der äussersten Rechten. «Staatsstreich oder Reformen!», so hatte die von ihm propagierte Alternative gelauret. Da eine Erneuerung im geforderten Sinne ausgeblieben war, hätte der Kaiser seiner Meinung nach den Griff zur Diktatur längst wagen sollen. Auch Wilhelm II. hat mit ähnlichen Intentionen wiederholt gespielt. Im vertraulichen Gespräch äusserte er, der Augenblick komme, wo zu handeln sei. Der deutsche Bürgerstand versage vollkommen. Die Regierung müsse zur Tat schreiten, sonst gehe alles verloren: «Es hat der Kriegsminister mir gesagt, dass ich jederzeit den Belagerungszustand über das ganze Reich erklären kann. Ehe nicht die sozialdemokratischen Führer durch Soldaten aus dem Reichstag herausgeholt und fusiliert sind, ist keine Besserung zu erhoffen. Wir brauchen ein Gesetz, wonach es genügt, Sozialdemokrat zu sein, um nach den Karolinen verbannt zu werden.»³⁴⁸ Dass es Wilhelm II. bei Worten beliess, bildete die eigentliche Ursa-

che für die Verärgerung des «Ausland-Deutschen». Frankreich gebärde sich herausfordernder denn je, und Russland fühle sich wieder einmal als der Beherrscher des Kontinents: «Ein 70 Millionenvolk macht vor einem 40 Millionenvolk die Faust im Sack und eine ganze Generation eines Weltvolkes sieht sich zur politischen Untätigkeit verdammt, während viel kleinere Nationen in dieser Zeit halbe Weltteile erobern!»³⁴⁹ Auf welchem Wege doch noch eine Änderung herbeigeführt werden könnte, suchte er durch eine Kompilation seiner früheren Publikationen nahezubringen. Neu hingegen war sein Katalog von Massnahmen, mit denen er vor Unfähigkeit in Regierung und Verwaltung schützen wollte. Aus dieser Sicht erschien ihm dann, wie so vielen andern Auslandsdeutschen, der Ausbruch des Weltkrieges als die grosse Chance, doch noch jenes Weltreich zu erraffen, das zu erlangen er den günstigen Moment längst verpasst glaubte. Den Krieg als die befreiende Wende zum rücksichtslosen Kampf begrüsst zu haben, kennzeichnet den tragischen Hochmut, in dem die Deutsche Kolonie nicht weniger befangen war als ihre kriegsbegeisterten Landsleute im Reich.

War dieser «Ausland-Deutsche» überhaupt ernst zu nehmen? Über sich selbst hatte er erklärt: «Einen Geschlechtsnamen führe ich nicht: ich bin kein Er und bin keine Sie, ich bin ein ‚Es‘ – ein Begriff! Ich bin das mit dem deutschen Volk unzufriedene *Ausland-Deutschtum*, das den Politikern im Reich ein ernstes Wort ins Gewissen reden möchte!»³⁵⁰ In der Tat war es ihm gelungen, als der «Ausland-Deutsche» in der national orientierten Presse des Reiches zu einem Begriff zu werden. Ein Blatt vermutete sogar, dass sich hinter dem Pseudonym Alfred von Bülow verberge, der deutsche Gesandte in Bern und Bruder des Reichskanzlers.³⁵¹ Der anonyme Publizist hiess jedoch in Wirklichkeit *Jakob Friedrich Walz* und ist als *Mitbegründer des «Tages-Anzeiger»* in Zürich bekannt geworden.³⁵² Er war am 5. Juni 1858 als Sohn eines Holzhändlers und Gastwirtes im Schwarzwalddorf Salmbach geboren worden. Nach dem Wunsch seiner Angehörigen sollte er Pfarrer werden. Da ihm die Theologie nicht zusagte, schrieb er sich 1876 in die juristische Fakultät der Universität Tübingen ein. Studien in Leipzig und München folgten. 1879 kam er nach Zürich. Um sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen, arbeitete er als Werkstudent in Druckerei und Verlag «Zürcher & Furrer», wo er später seine eigenen Bücher erscheinen liess.³⁵³ An der Universität hatte er den Staatsrechtler Gustav Vogt kennengelernt, der ihn am 1. Januar 1880 zu seinem Hilfsredaktor an der «Neuen Zürcher Zeitung» machte. Im folgenden Jahr heiratete er Anna Eidenbenz, die Tochter eines württembergischen Pfarrers.

Sein Studium gab er auf und kehrte im Dezember 1881 nach Deutschland zurück. Als seine politische Lehrzeit betrachtete er seine Tätigkeit am «Frankfurter Journal». Damals lernte er unter anderen Johannes von Miquel (1828-1901), den Oberbürgermeister von Frankfurt und späteren preussischen Finanzminister kennen. Durch ihn stiess er zu jenem kleinen Kreis, der 1882 unter Führung von Hermann Fürst von Hohenlohe-Langenburg die Initiative zur Gründung der «Deutschen Kolonialgesellschaft» ergriff. Weitere redaktionelle Erfahrungen gewann er bei der «Württembergischen Landeszeitung» sowie in einer Frankfurter Annoncenexpedition. Aus dem Anzeigengeschäft hatte sich in jenen Jahren ein neuer Zeitungstyp entwickelt: der General-Anzeiger. Im Unterschied zur Meinungspresse suchten diese parteipolitisch ungebundenen Zeitungen mit dem Anzeigenteil ihr Geschäft zu machen. Sie lieferten zugleich Informationen, die eine möglichst breite Leserschaft ansprachen. Denn je grösser der Abonnenntenkreis wurde, desto erfolversprechender gestaltete sich das Annoncengeschäft. Ein Zeitungsverleger bot Walz die Chance, ein in Nürnberg erscheinendes Blatt in dieser Weise umzugestalten. Anfang 1888 brachte Walz dort seinen ersten «General-Anzeiger» heraus. Der Erfolg trug ihm noch im selben Jahr den Auftrag ein, auch in Breslau ein solches Blatt zu schaffen. Die Bekanntschaft mit dem Essener Grossverleger Wilhelm Girardet (1838-1918) wurde für seine weitere berufliche Laufbahn bestimmend. Da das Nürnberger Blatt nach dem Tod des Mitinhabers einen unerfreulichen Verlauf nahm, reifte in Walz der Plan, in Zürich, dessen Presseverhältnisse ihm ja durch die Mitarbeit an der «Neuen Zürcher Zeitung» vertraut waren, ein weiteres derartiges Unternehmen aufzubauen. Um zum Erfolg zu kommen, musste eine Anlaufzeit einberechnet werden, die nur ein kapitalkräftiger Partner zu überwinden in der Lage war. Wilhelm Girardet, der unter anderem schon in Leipzig und Hamburg einen «General-Anzeiger» besass, übernahm die Finanzierung des Unternehmens, so dass sich Walz in Zürich an den Aufbau des «Tages-Anzeiger» wagen konnte. Frühere Beziehungen wurden wieder angeknüpft, neue mussten geschaffen werden. Schliesslich erschien nach zahlreichen Hindernissen am 2. März 1893 die erste Nummer des «Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich», der ein «unparteiisches Organ für Jedermann und Hauptanzeigebblatt für die Nordostschweiz» sein wollte. Die kaufmännische Arbeit unterstand in den ersten Jahren einem Neffen Girardets und später seinem Sohn Wilhelm, an dessen Stelle bei der Übernahme des väterlichen Geschäftes der Schwiegersohn des alten Herrn, Otto K. Coninx trat. Fritz Walz zeichnete als Mitverleger. Druck und Verlag firmier-

ten unter der Bezeichnung: «Girardet, Walz & Co., A.G.». Nach dem Tod seiner Gattin im Jahre 1924 zog Walz sich ins Privatleben zurück und starb am 16. März 1944 in Monti bei Locarno.³⁵⁴ Wie so viele andere renommierte Institutionen entwickelte sich auch diese deutsche Gründung, der die Herkunft bis in die Zeit des Ersten Weltkrieges anzumerken war, zu einem schweizerischen Unternehmen, das als Informations- und Anzeigenorgan im einheimischen Pressewesen eine hervorragende Stellung erlangt hat.

Wer etwa die «Züricher Tagesfragen» und andere Artikel von Walz zu schweizerischen Problemen gelesen hat, wird ihm eine gründliche Sachkenntnis der schweizerischen Verhältnisse konzedieren.³⁵⁵ Nichts läge ferner als in ihm den «Ausland-Deutschen» zu vermuten. Als seine erste Publikation erschien, war er schon fast seit zehn Jahren Schweizer Bürger.³⁵⁶ In seinem Adoptiv-Vaterland gab er sich als ein überzeugter Demokrat und Republikaner. Die Schweizer waren für ihn das politisch verständigste, die Deutschen das politisch ungebildetste Volk. Was für die einen gut war, hielt er für die anderen geradezu für gefährlich. Aus dieser Überzeugung leiten sich die zahlreichen Widersprüche in seinen Anschauungen ab. Die Nähe zum Geburtsland hielt in ihm die enge Verbindung mit dem Reich lebendig. Als er es in Gefahr glaubte, warnte er unter einem Pseudonym, das sich bezeichnenderweise über sein Schweizer Bürgerrecht hinwegsetzte. Dass er die Anonymität nach Möglichkeit zu wahren suchte, hatte gute Gründe.³⁵⁷ Seine Bewunderung für die Schweiz hätte ihn nicht vor scharfen Angriffen geschützt. Das für einen Schweizerbürger unangebrachte Engagement wäre dem Leiter einer Zeitung, die gerade die Überparteilichkeit zum Prinzip erhob, übel angerechnet worden. Er wusste, dass seine zum Teil provozierenden und reaktionären Vorschläge ihn in der Schweiz unmöglich gemacht hätten. Innerhalb der Deutschen Kolonie Zürichs klangen seine Auffassungen vertrauter. Geradezu paradigmatisch ist die Wandlung, die sein Verhältnis zur Sozialdemokratie erfahren hat:

«Ich war mit der Mehrzahl der politischen Führer seit bald einem Menschenalter persönlich recht gut bekannt, mit einigen, wie zum Beispiel Liebknecht, aufrichtig befreundet... und ich bekenne offen, die alte Generation hatte meine volle persönliche Sympathie und in vielen Punkten meine politische Billigung; aber mit der jungen Generation im Allgemeinen vermag ich in sehr vielen Dingen nicht mehr zu sympathisieren. An der jetzigen deutschen Sozialdemokratie vermisse ich vor

allem das eine, dass sie nicht mehr ‚deutsch‘ ist! Die Führung, das ganze Benehmen der jungen Generation mutet einen so fremdländisch an!»³⁵⁸

Ähnlich wie sein Vorbild Johannes von Miquel, der einst dem «Bund der Kommunisten» angehört hatte und seither immer mehr nach rechts gerückt war, nahm Walz eine politische Entwicklung zum konservativen Nationalismus. Sein Werk fand in der Ortsgruppe Zürich des Alldeutschen Verbandes entsprechende Beachtung.³⁵⁹ Er selbst verkehrte als geachtetes Mitglied im Kreise der Deutschen Kolonie.³⁶⁰ Walz wollte in der Eidgenossenschaft Schweizer sein und im Reich Deutscher bleiben. In beiden Ländern mit völlig verschiedenem Rollencharakter in die politische Diskussion eingreifen zu wollen, bedeutete, sich selbst die Glaubwürdigkeit zu nehmen. Walz nahm Zuflucht zur Anonymität, doch leistete sein fragwürdiges Unterfangen jenen Kräften Vorschub, die sich der völkischen Propaganda verschrieben hatten. Sobald das Pseudonym gelüftet worden war, galt diesen Kreisen als das Wichtigste, dass es ein «Schweizer» war, der so schrieb. Schon wurde Walz im Reich als Wegbereiter des alldeutschen Gedankens in der Schweiz begrüsst:

«Niemals werden wir die Deutschschweizer aus unserem Volkstum austossen, und immer werden wir die Hoffnung hegen, dass sie wie Kinder zur grossen Mutter zurückkehren. Schon dämmert ein Morgenrot. Schon hegen weitblickende Schweizer selbst, wie der kühne und kenntnisreiche Fritz Walz (Staatsstreich oder Revolution?) alldeutsche Gedanken. Das gleiche aber wie für unsere Brüder in der Schweiz gilt für die in Österreich. Auch die Besorgnis vor klerikaler Übermacht kann nicht für ewig die Wiedervereinigung hindern.»³⁶¹

4. Der Kaiserbesuch von 1912

Wilhelm II., der die Schweiz aus seiner Jugendzeit nur flüchtig kannte, hat dem Nachbarland erstmals am 2. Mai 1893 einen kurzen Besuch abgestattet. Der Aufenthalt ist nur ein Entreakt auf seiner Heimreise vom Staatsbesuch in Italien gewesen. Er entsprang seinem Wunsch, als Geste der Freundschaft den Rückweg über den

Gotthard zu nehmen. In Flüelen bestieg das Kaiserpaar das festlich geschmückte Schiff, das die erlauchte Gästeschar bei strahlend blauem Himmel nach Luzern geleitete. Gegen zehn Uhr erfolgte die Landung gegenüber dem Hotel Schweizerhof. Bundespräsident Carl Schenk begrüßte den hohen Gast zusammen mit den Bundesräten Emil Frey und Adrien Lachenal namens der Landesregierung. Der Empfang vollzog sich in schlichter Feierlichkeit. Schweizerische wie deutsche Fahnen und Wimpel boten ein buntes Bild, während die zahlreichen Zuschauer aus ihrer Zurückhaltung kaum heraustraten. Vor dem Hotel waren verschiedene Truppenabteilungen aufgestellt worden, die Wilhelm II. prüfend begutachtete. Im Festsaal erwartete das Kaiserpaar und sein Gefolge eine kunstvoll mit Blumen geschmückte Tafel. In seinem Toast liess der Bundespräsident im Monarchen den «Hort und Schützer des Friedens» hochleben, während der Kaiser auf das Wohl der Schweiz das Glas erhob. Schon nach zwölf Uhr erfolgte der Aufbruch zum Bahnhof, dieses Mal begleitet von warmen Ovationen des Publikums, die nicht zuletzt der Charme der jungen Kaiserin entlockte.

Obwohl jener erste Kaiserempfang wenig spektakulär verlaufen ist, setzte er auch nach aussen ein Zeichen für die neue Phase in den deutsch-schweizerischen Beziehungen. Noch war in der Schweiz der Wohlge-muthandel in lebendiger Erinnerung. Durch sein Kommen bezeugte das deutsche Staatsoberhaupt, dass es die unfreundliche Gesinnung Bismarcks nicht teilte, und stattdessen insbesondere auch im Bereich der handelspolitischen Beziehungen, wie sein Toast andeutete, auf eine günstige Zusammenarbeit hoffte. Mit seinem Besuch hat sich Wilhelm II. im ganzen Land Sympathien geschaffen; das in Bern erscheinende Handelsblatt «Confidentia» schrieb enthusiastisch:

«Kaiser Wilhelm aber, der Freund der schweizerischen Eidgenossenschaft und des Schweizervolkes, soll wieder kommen. Haben wir ihm am 2. Mai eine unserer Visitenstuben gezeigt, so mag er das nächste Mal nach Bern an den Bundessitz, in unsere Wohnstube kommen. Freund Wilhelm wird sehen, dass er beim zweiten Besuch noch ungezwungener und herzlicher begrüsst wird, als das erste Mal.

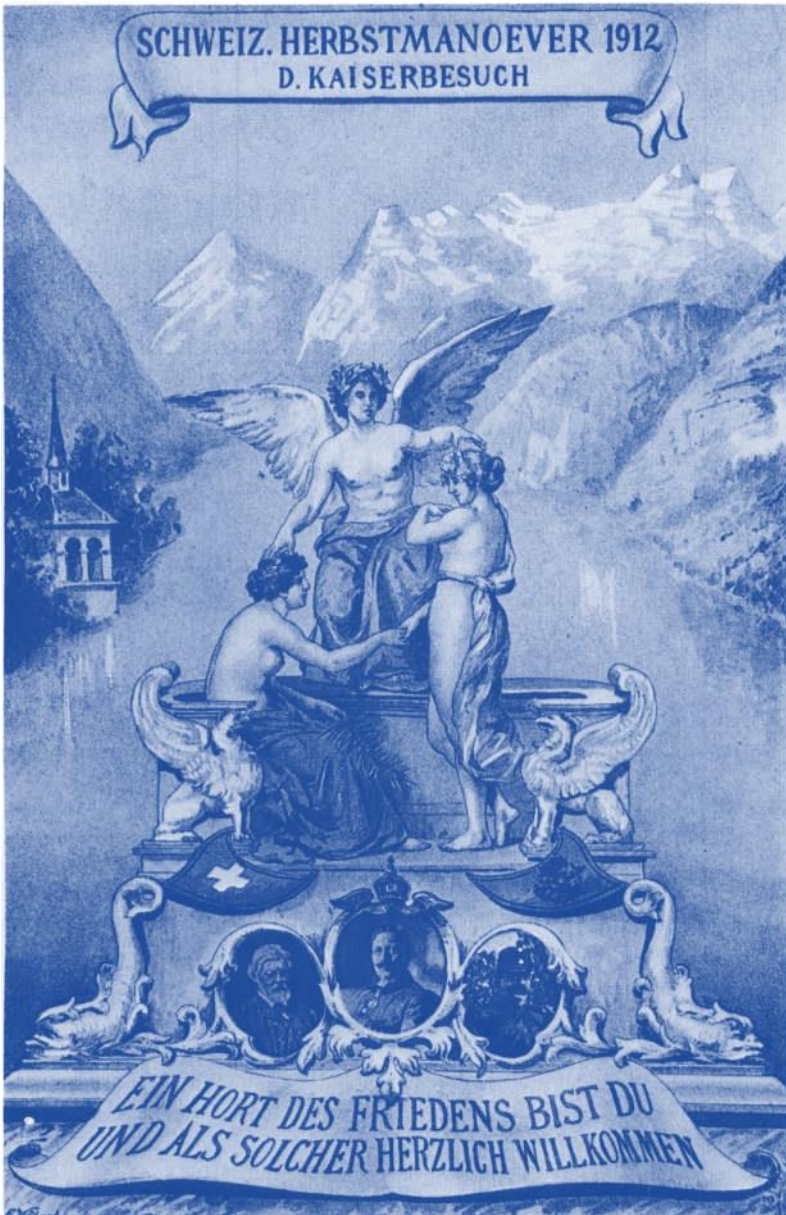
A rivederci!»³⁶²

Der Kaiserbesuch vom 3. bis 6. September 1912 gestaltete sich zu einem einzigartigen Schauspiel. Weder zuvor noch später ist in der Eidgenossenschaft, die sich in Fragen diplomatischer Empfänge grösste Zurückhaltung auferlegte, ein ausländisches Staatsoberhaupt mit solcher Begeisterung und aufwendiger Gastfreundschaft aufgenommen worden wie Wilhelm II. Der Aufenthalt in Basel, wo der Kaiser mit

einem glanzvollen Gefolge hoher Offiziere am Dienstagnachmittag kurz nach halb vier Uhr im Sonderzug eintraf, dauerte nur zehn Minuten. Dem vieldiskutierten «hübschen Scherz der Zeitgeschichte» hatte sich Hermann Blocher durch Landesabwesenheit entzogen. Dem sozialdemokratischen Regierungspräsidenten wäre sonst die Aufgabe zugefallen, als Erster den Kaiser in der Republik willkommen zu heissen.³⁶³ Zum festlichen Empfang hatte sich Zürich um Bahnhofplatz und Bahnhofstrasse mit einem Meer von deutschen und schweizerischen Flaggen und Fähnchen geschmückt. Unter Geschützdonner fuhr der Hofzug um halb sechs Uhr in den Hauptbahnhof ein:

«Die an der Südrampe placierte Stadtmusik Zürich intonierte ‚Rufst du, mein Vaterland‘. Die Häupter entblössen sich. Dem vordersten Galawagen entsteigt Kaiser Wilhelm. Er trägt die Uniform des Gardeschützenbataillons, das sich ehemals – vor 1857, da der König von Preussen zugleich Fürst von Neuenburg war – ausschliesslich aus Neuenburgern rekrutierte. Bundespräsident Forrer schreitet auf ihn zu. Herzlich begrüssen sich die beiden Staatsoberhäupter. Dann stellt jener dem Kaiser die ihm attachierten Vertreter der Eidgenossenschaft, des Kantons und der Stadt Zürich vor. Das Nämliche geschieht von Seiten des Monarchen hinsichtlich des, zumeist militärischen, Gefolges. Nach Vollendung dieser Zeremonien verlassen die Herrschaften den Bahnhofrayon. Die Schützenmusik lässt die Weisen des ‚Fahnenmarsches‘ erklingen. Die Ehrenkompagnie steht in Stellung. Schneidig meldet sich der Kompagniekommandant. Von ihm gefolgt, schreitet der Kaiser die Front ab. Sichtlich ist er von der tadellosen Haltung der Truppe erbaut. Er wendet einige Worte an den Kompagnieführer, desgleichen an den Kommandanten des Bataillons, Major Wille. Vom Hotel Royal aus, das dicht mit deutschen Staatsangehörigen besetzt ist, erschallt lautes ‚Hurra‘.»³⁶⁴

Unter brausenden Hochrufen bewegte sich der Zug der Honoratioren in den bereitgestellten Landauern und Autos durch die Bahnhofstrasse. Auf der Villa Henneberg wehte die mächtige weisse Fahne mit dem Doppeladler, und alsbald sah man vom Rietberg, wo der Kaiser Quartier nahm, die gelbe Kaiserstandarte flattern. Schon im äusseren Bild der Stadt war augenfällig, wie stark sie von ihrer Rolle als Gastgeberin des deutschen Kaisers fasziniert war. Es ist hier nicht die Gelegenheit, die an episodären Begebenheiten überreichen Tage dieses Staatsbesuches zu beschreiben, um dann eine analysierende Auswertung vorzunehmen.³⁶⁵ Was im vorliegenden Zusammenhang interessiert, ist die weniger beachtete und doch recht aufschlussreiche Frage, wie sich die hiesigen Reichsangehörigen der verschiedenen politischen Ge-



Postkarte des Württemberger Kunstmalers Emil Köberle (1875-1943) zum Kaiserbesuch 1912. «Helvetia» empfängt «Germania» unter der Obhut des Friedensengels, im Hintergrund der Vierwaldstättersee mit Tellskapelle, unten: Bundespräsident Ludwlg Forrer, Kaiser Wilhelm II., Oberstkorpskommandant Ulrich Wille.



Kaisermanöver in der Gegend von Kirchberg bei Wil.



Kaiser Wilhelm II. in Bern. Im Hintergrund deutscher Patriotenverein bei Hochrufen mit Zylinder.

In den deutschen Kaiser Wilhelm II.



Wir sind kein Volk von Kunst und Dichtern,
Wir sind ein harter Arbeitsschlag,
Es spielt die Pflicht mit scharfen Lichtern
Durch unsern schweren Werkeltag.

Doch heute leuchten Wameneifer
An jedem Berg, an jedem Strand.
Willkomm' vielerlei deutscher Kaiser!
Die Freude geht durch's Schweizerland.

XXXXXXXXXXXX

Wir grüßen dich mit offenen Stirnen,
Doch inniglich so Greis wie Kind,
Wir alle, die im Schein der Farnen
Des Hochlands schlichte Söhne sind.

Und blühen wird in Bergesrunde
Die Schweiz, ein Eigenpiel der Welt,
Wenn uns in gut- und böser Stunde
Der deutsche Kaiser Freundschaft hält.

J. C. Heer.

Titelseite der «Zürcher Wochen-Chronik» zum Anlass des deutschen Kaiserbesuches im September 1912. Dieses Begrüßungsgedicht von J. C. Heer (1859-1925) ist symptomatisch für die damalige Haltung zumal des Bürgertums in der deutschsprachigen Schweiz, das in Deutschland die richtungweisende Macht der Zukunft und im deutschen Kaiser den Garanten des Friedens in Europa erblickte.

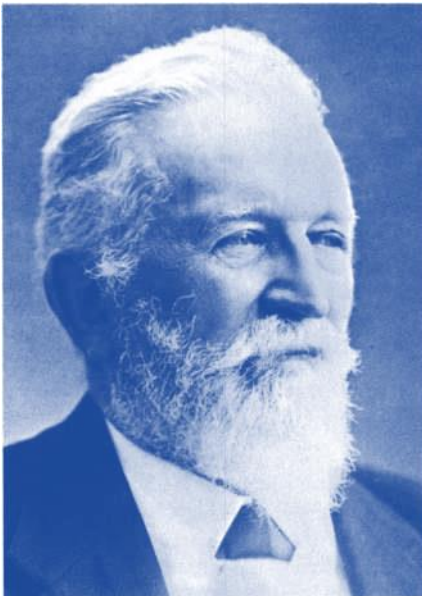
Tages-Anzeiger

für Stadt und Kanton Zürich.

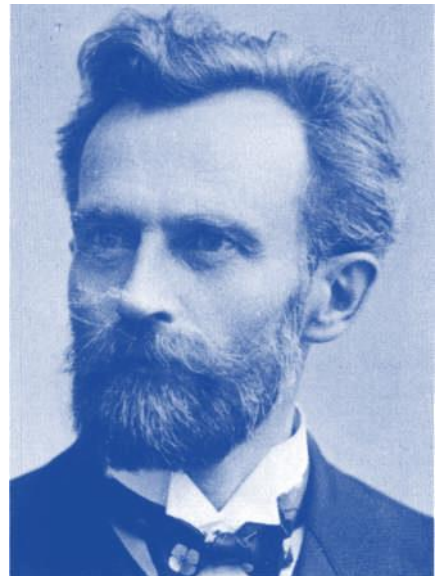
Unparteiiliches Organ für Jedermann und Hauptanzeigerblatt für die Nordostschweiz.

Kurzgefasst	Mittagsblatt	Wochenschrift
<p>Das neue Nummer macht 26 Seiten.</p>	<p>Es ist ein Tag im Jahre, wo die Zeitungen, welche in Zürich erscheinen, sich zu einem Wettbewerb herausgeben. Dieser Wettbewerb ist ein Beweis für die Fortschritte der Zeitungs-Industrie.</p>	<p>Die neue Nummer ist ein Beweis für die Fortschritte der Zeitungs-Industrie.</p>
<p>Was wir wollen!</p>	<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>	<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>
<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern. Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>	<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern. Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>	<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern. Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>
<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>	<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>	<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>
<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>	<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>	<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>
<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>	<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>	<p>Wir wollen, dass es ein gemeinsames Ziel der Zürcher Zeitungen ist, die Interessen der Stadt und des Kantons zu fördern.</p>

Titelseite der ersten Nummer des «Tages-Anzeigers für Stadt und Kanton Zürich» vom 2. März 1893 mit den beiden Gründern:



Wilhelm Girardet (1838-1918)



Jakob Friedrich Walz (1858-1944)

sinnungsrichtungen verhalten haben. Wenn Karl Liebknecht in seiner Kritik den Schweizern vorwarf, sie hätten sich zur Huldigung gedrängt und hätten den Kaiser wie «einen Messias aus Berlin» begrüsst, so war soviel richtig, dass ihm auch von der einheimischen Bevölkerung ein nie erlebter Jubel dargebracht worden war: «Die Eidgenossen, die da Hurra schrien, weil Er bezaubernd und huldvoll lächelte, die haben nur den Sonntagskaiser kennen gelernt, *wir* haben den Montagskaiser, wir deutsche Arbeiterschaft und ihre Führer haben zu Hause den Werktagkaiser kennen gelernt.»³⁶⁶ Zweifellos war zutreffend, dass den jubelnden Massen weder die fragwürdigen Seiten Wilhelm II. noch das von ihm verkörperte System mit seinem innenpolitisch repressiven und aussenpolitisch aggressiven Charakter vor Augen gestanden hatten. Andererseits ging die Forderung, dem deutschen Staatsoberhaupt einen reservierten Empfang zu bereiten, an der politischen Realität vorbei. Kritik verdienten jene Ovationen, die weit über das Mass eines herzlichen Willkommens hinausgingen. Doch enthielt die Behauptung, die Schweizer hätten in Zürich und Bern in punkto Kaiserhuldigung Berlin in den Schatten gestellt, eine arge Verzerrung. Denn gerade dort, wo sich die «Hurra»-Rufer am lautesten hervortaten, fanden sich die Auslandsdeutschen besonders stark vertreten. Schon bei der Ankunft der Gäste hatten sie vom Hotel Royal aus die Aufmerksamkeit auf sich gezogen. An der Sprache wie an den zahlreich geschwenkten Tüchern in den deutschen Farben liess sich die starke Präsenz der Reichsangehörigen in der Menge erkennen, die die Strassen säumten oder von Fenstern und Balkonen zuwinkten. Zürich verzeichnete in jenem Jahr den absoluten Höchststand an deutschen Einwohnern. Die 42'554 in der Limmatstadt wohnhaften Reichsangehörigen machten 21,2 Prozent der Gesamtbevölkerung aus.³⁶⁷ In der Deutschen Kolonie Zürichs hatte dieser Besuch einen Freudentaumel ausgelöst, und sie setzte alles daran, ihrem Kaiser einen begeisterten Empfang zu bereiten. Am Dienstagabend fand im Hotel «Baur au lac» das Festbankett statt. Der 4. und der 5. September galt dem Besuch der Manöver des III. Armeekorps unter der Führung von Oberstkorpskommandant Ulrich Wille. Bekanntlich wollte Wilhelm II. ein persönliches Urteil über die Schlagkraft der schweizerischen Armee gewinnen. Der Kaiser war nicht, wie Gutgläubige meinten, gekommen, um das Milizsystem zu studieren, sondern um sich zu vergewissern, wie zuverlässig die Südgrenze seines Reiches durch die Schweizerarmee gedeckt werde.

Hatte Wilhelm II. den Mittwochmorgen in der Gegend von Kirchberg bei Wil den Manövern beigewohnt und am Nachmittag Oberst Fehr in der Karthause Ittingen be-

sucht, so erwartete ihn abends Zürich zum grossartigen Seenachtsfest. Die deutschen Kriegervereine hatten die «Lukmanier» gemietet, um mit ihrem über und über mit Lampions behangenen Schiff möglichst nahe beim Kaiserschiff zu sein. Die Uferbeleuchtung, die zahllosen Boote mit ihren Lichtern und das splendide Feuerwerk boten den Gästen ein zauberhaftes Schauspiel. Die deutschen Kriegervereine hingegen wirkten mit ihren überlauten Hochrufen energisierend. Im Gewimmel der kleineren Boote taten sich einige Kaiserbegeisterte durch möglichst auffälligen Lichterschmuck hervor wie jene Gondel, deren Flammenlinien die Umrisse der Burg Hohenzollern zeigten. Am Donnerstag traf der Kaiser schon morgens um sechs in Wil ein, um vom Oelberg aus den Fortgang des Gefechts zu verfolgen. Der grosse Moment für die deutsche Kolonie kam abends um sechs Uhr, als Wilhelm II. auf der Terrasse der Villa Rieter die Delegierten der im deutschen Ausschuss zusammengeschlossenen Vereine empfing. Sie wurden durch den deutschen Generalkonsul von Faber du Faur vorgestellt, wobei der Kaiser an jeden von ihnen einige Worte richtete:

«Um nun aus der Fülle von Gesprächsstoffen, die im Laufe der Unterhaltung berührt wurden, das Wichtigste herauszunehmen, so gab der Monarch vor allem seiner Bewunderung für die herrliche Lage Zürichs und für die Schönheit der Schweiz, soweit er dieselbe kennen gelernt habe, mehrfach beredten Ausdruck; er bedauerte, dass er nach seiner Jugendzeit nicht wieder Gelegenheit zu längerem Aufenthalt in der Schweiz gehabt habe und insbesondere, dass es ihm versagt sei, das schöne Berner Oberland zu geniessen. Aber auch zu mancherlei humorvollen Bemerkungen, die er mit frohem Lachen begleitete, gab das Gespräch dem Kaiser Anlass, so, als er dem ersten und zweiten Vorsitzenden eines Vereins, die er nach ihrer Heimat gefragt hatte, scherzend zurief: ‚Na, na, der eine ein Württemberger und der andere ein Berliner! Vertrag! Ihr Euch denn auch miteinander?«

Als ihm der Vertreter eines Kriegervereins mitteilte, dass er früher seinen Dienst in Konstanz bei den 114ern gemacht habe, sagte der Kaiser erfreut: ‚Aha, bei den ‚Seehasen‘, die mein Vater so gern hatte!« Er fügte hinzu, es müsse übrigens ein sehr nettes Leben in Konstanz sein, denn die Offiziere seien immer gern dort. Einen Studierenden der Chemie fragte der Monarch, ob er schon von dem neuen Verfahren, künstlichen Kautschuk mit Hilfe von Alkohol herzustellen, gehört habe; er sei bereits selbst auf Pneus aus solchem Kautschuk gefahren, und meinte dann lächelnd: ‚Ich hätte gern, wenn sich dieses Verfahren bewährte, damit

immer mehr Alkohol für diesen Zweck verwendet und immer weniger getrunken wird!' Als ihm endlich von Vertretern des Werkmeisterverbandes auf seine Frage, in welchem Alter man gewöhnlich Meister würde, geantwortet wurde, dass dies schon mit 25 Jahren der Fall sein könne, rief der Kaiser mit scherzhafter Resignation aus: ‚Wie, 25 Jahre und schon Meister! Haben die es gut! Unsereins kann siebzig Jahre alt werden und kann sich doch noch nicht ‚Meister‘ nennen!›³⁶⁸

Wohl nicht zufällig hatte er sich mit den Delegierten des Deutschen Werkmeister-Vereins am längsten unterhalten, während sich jene des in der Schweiz suspekten Alldeutschen Verbandes mit einigen kurzen Worten begnügen mussten.³⁶⁹ Die Audienz dauerte etwa dreiviertel Stunden, bis sie nach einem dreifachen Hoch auf den Kaiser zu Ende ging. Obwohl dem belanglosen Verlauf wenig Spektakuläres abzugewinnen war, bewegte die Begegnung die Kolonie noch lange nachdem der Staatsbesuch zu Ende gegangen war. Es oblag den Delegierten, in den Vereinen ausführlich darüber zu berichten, was die Majestät alles gesprochen hatte. Noch am gleichen Abend brachte ihr der «Deutsche Männergesangsverein» im Park der Villa Rieter, die ja mit der früheren Villa Wesendonck identisch war, ein Ständchen dar.³⁷⁰

Zürich war das Absteigequartier für die Manöver gewesen. Bern galt der offizielle Staatsbesuch. Nachdem die hohen Gäste noch im Landesmuseum die Waffensammlung und die Schatzkammer bewundert hatten, setzte sich der Hofzug um Mittag jenes Freitags nach der Bundeshauptstadt in Bewegung. Sie soll Zürich in der Dekoration noch übertroffen haben. Die Ankunft um halb drei, die Fahrt zum Bundeshaus, wo der Gast im Audienzsaal begrüsst wurde und auch den National- und Ständeratsaal besichtigte, anschliessend die Rundfahrt durch die Stadt, der Empfang auf der deutschen Gesandtschaft, dann das prunkvolle Diner im «Bernerhof», die Toaste des Bundespräsidenten und des deutschen Staatsoberhauptes, endlich abends um halb zehn die Abfahrt – dies waren nur die Höhepunkte eines als wahrhaft majestätisch empfundenen Staatsbesuches, den die Bevölkerung als Freudentag begangen hat. Schon am Vormittag waren die Schaulustigen vom Land in die Stadt geströmt. Doch haben auch hier die Mitglieder der Deutschen Kolonie die Hurrabegeisterung kräftig angefacht. Ein Stimmungsbild vom Empfang am Bahnhof vermittelt eine deutsche Berichterstatteerin des «Tages-Anzeiger»:

«Auf dem Platz ist immer was los; die Gesandten rücken auf, Leute mit Karten eilen darüber hin. Endlich wird der Teppich vor dem Portal aufgerollt und da ertönt ein Kanonenschuss. Heissa, jetzt gehts los, aufgepasst!

Die Musik fängt an zu spielen, der Bundesrat fährt vor. ‚Hurra! Hurra!‘ tönt’s aus tausend Kehlen. Die Kanonenschüsse pumpsen fort. Die Soldaten greifen fester das Gewehr an. Und da kommt der Kaiser, begleitet von dem Bundespräsidenten Forrer.

‚Hurra! Hurra!‘ tönt’s aus unserem Haufen, und noch einmal ‚Hurra!‘ und wieder ‚Hurra!‘. ‚Ruf‘, sag ich zu meinem Begleiter, mit einem kräftigen Rippenstoss, denn vorher hat er erklärt, er sei mit Leib und Seele ein Schweizer. – So, jetzt haben wir’s gesehen! Der Knäuel beginnt sich aufzulösen. Hart an den Pferden vorüber, unter Beinen, die sich rechts auf ein Wagenrad, links auf die Bretterwand stützen, hindurch, rennen wir die Neugasse hinunter, um den Kaiser noch einmal zu sehen. Und mit uns zieht ein ganzer Schwarm den gleichen Weg, und wir müssen immer Acht geben, dass wir nicht über Stühle und Leitern fliegen, die die Leute an ihren neuen Standort transportieren, und auf denen sie bereits 1½ Stunden zum mindesten gestanden sind, umbraust von der wogenden Menge.»³⁷¹

Die Korrespondentin hatte nicht weit vom deutschen Kriegerverein gestanden, der auf der Westseite der Heiliggeistkirche postiert war und sich aus dem allgemeinen Jubel durch ununterbrochene Hochrufe hervorhob. Auch den Spitzen der Deutschen Kolonie Berns widerfuhr der ersehnte Augenblick, dem Kaiser vorgestellt zu werden. Ihr Vorstand, darunter einige Hochschullehrer, waren zum Tee in die deutsche Gesandtschaft eingeladen worden. Als der hohe Gast bei ihr eintraf, spielte die Stadtmusik eine Begrüßungs- und Jubelfanfare, die ihr Dirigent, der aus Preussen stammende königliche Musikdirektor Carl Friedmann, eigens für diesen Anlass komponiert hatte. Zunächst erfolgte die Präsentation der versammelten Honoratioren; ihr sollte sich die Begrüßung von rund 200 Mann der deutschen Kriegervereine anschliessen, die unter Musik mit sechs Fahnen aufrückten. Auch dieser Empfang ist durch den Bericht eines Augenzeugen überliefert:

«Er (Wilhelm II., d. Verf.) erkundigte sich nach der Anzahl der Deutschen in Bern, fragte, was sie hier trieben und brach erst ab, als der Gesandte ihm meldete, die deutschen Kriegervereine ständen bereit, um ihren obersten Kriegsherrn zu grüssen. Seltsam, welche Wandlung in den Zügen des Kaisers vor sich ging. Der

lustig und jovial plaudernde Kaiser straffte sich und stand wie eine Bildsäule, während mit dem Yorkschen Marsch die Delegierten an ihm vorbeidefiliierten. Er salutierte ununterbrochen. Hauptmann v. Steiger, der die Krieger führte, liess sie in Front vor dem Monarchen halt machen. ‚Guten Morgen, Kameraden!‘ rief dieser, und ein brausendes ‚Guten Morgen, Majestät!‘ dröhte ihm entgegen. Der Kaiser schritt die Reihen entlang, überall Halt machend, wo er besondere Ehrenzeichen erblickte, und zog ihre Träger in ein kurzes Gespräch. Mit klingendem Spiel zogen die Vereine ab, am Kaiser vorbei, der die Hand ununterbrochen am Helm Revue passieren liess.»³⁷²

Vor dem Grand Hotel «Bernerhof»», wo für sechs Uhr das Staatsbankett angesetzt war, versammelten sich inzwischen weitere Kolonienmitglieder. Angehörige der Hilfsvereine, der «Germania» und des «Kriegerbundes» hatten sich in der anwachsenden Menschenmenge einen vorzüglichen Standplatz gesichert. Erneut beabsichtigten sie, ihrer tiefen Ergebenheit augenfällig Ausdruck zu geben. Als der Kaiser vor dem Hotel eintraf, erhaschte Frau Professor Mayne die günstige Gelegenheit, um ihm ein Rosenbukett samt Schleifen in den deutschen Landesfarben zu überreichen: «Geruhen Euer Majestät, diesen Huldigungsgruss der Deutschen Berns allergnädigst entgegenzunehmen.»³⁷³ Ein freundliches Lächeln, ein kaiserlicher Gruss genügte den draussen Verharrenden, um aus dem flüchtigen Augenblick ein grosses Erlebnis zu machen. In dieser Beziehung weniger begünstigt waren die Deutschen in Schaffhausen, die nur kurz ihren Kaiser sahen. Der Hofzug war dort nachts um halb drei Uhr angekommen und wurde von zwei Kompagnien unzugänglich abgeschirmt. Etwas vor acht verliess Wilhelm II. den Wagen, um sich von den ihn begleitenden Schweizer Offizieren zu verabschieden. Unter dem Donner der Kanonenschüsse vom Emmersberg und unter dem Jubel des um den Bahnhof und den Geleisen entlang versammelten Publikums entschwand der Zug Richtung Grenze.³⁷⁴

Für die Herren der Gesandtschaft und der Konsulate, die sich um den Kaiserbesuch verdient gemacht hatten, sowie für einige angesehene Mitglieder der Ortskolonien zeitigte das Ereignis einen reichen Ordenssegen. So wurden der Besitzer von Schloss Buonas am Zugersee, Edwald Freiherr von Kleist, die Universitätsprofessoren Harry Mayne, Joseph Jadassohn und Hugo Kronecker aus Bern sowie ihre Kollegen Max Askanacy und Gottlieb A. Meumann in Genf oder die Professoren John Meier und Bernhard Duhm geehrt. Auch hier ist eine soziale Rangordnung eingehalten worden: angefangen vom «Allgemeinen Ehrenzeichen» für den Obergärtner

Sprandel, dem Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse für Geschäftsleute wie für den Kaufmann Ferdinand Hintz oder für den Fabrikanten Kurt Schäffer in Zürich bis hin zum kgl. Kronen-Orden dritter oder gar zweiter Klasse für die Herren der Geisteswissenschaften. Bestenfalls erreichten die auslandsdeutschen Honoratioren den Roten Adler-Orden vierter Klasse.³⁷⁵ Trotz des allgemeinen Jubels, der das Bild beherrschte, war keineswegs sicher, ob nicht gerade von oppositionellen Gruppen der hiesigen Reichsangehörigen Störungen oder von extremistischen Einzelgängern gar Tätlichkeiten unternommen würden. Noch waren seit dem Zürcher Generalstreik vom 12. Juli keine zwei Monate vergangen. Befürchtungen, es werde erneut zu Demonstrationen kommen, waren nicht unbegründet. Die sozialdemokratische Führung geriet durch den Kaiserbesuch in eine schwierige Lage. Wilhelm II. war die Verkörperung all dessen, was die Sozialdemokratie in ihren Parolen gegen den Klassenfeind, den Kapitalismus und Imperialismus bekämpfte. Wenn sie nun zum Boykott dieses Besuchs aufrief, musste sie damit rechnen, dass ihr wie bei den Arbeitskonflikten die Kontrolle rasch entgleiten konnte. Ein schwer berechenbares Element verkörperten die ausländischen Gesinnungsgenossen, geradezu gefährlich aber konnten die vereinzelt Anhänger des Terroranarchismus werden. Aus einem Brief von Herman Greulich an Johann Sigg, der damals Redaktor des «Volksrechts» war, geht hervor, wie in der Zürcher Parteiführung aus ernster Sorge zur Zurückhaltung gemahnt wurde:

«Die Nervosität der Polizei wird bis zum Kaiserbesuch noch zunehmen, natürlich wird sie von oben bewirkt aus Angst vor einem Attentat, das allerdings für die Schweiz sehr verhängnisvoll wäre. Wir können leider nicht mit Bestimmtheit behaupten, dass diese Angst unbegründet sei, denn es hat in der Schweiz Elemente, über die wir auch nicht die mindeste Kontrolle haben, möglicherweise sind auch russische Lockspitzel am Werk, die sich an französische oder italienische Anarchisten machen. Leute, die die französischen Automobilapachen hochleben lassen, sind natürlich auch zu einem Attentat auf den deutschen Kaiser fähig. Unter diesen Umständen ist es nach meiner Meinung durchaus nötig, dass wir die Grenze scharf ziehen, die uns von den Anarchisten trennt und dass wir selbstverständlich jede Mitverantwortlichkeit für die Torheiten der Anarchisten entschieden ablehnen. In dieser schwierigen Zeit müssen wir mit kaltem Blute vorgehen, ja wir sollten es offen aussprechen, dass der Kaiserbesuch, so wenig er uns erwünscht ist, von unsrer Seite durchaus unbehelligt gelassen werden soll.»³⁷⁶

Der Brief war so abgefasst, dass er im Fall eines Anschlages als Entlastungsdokument hätte angeführt werden können. Das «Volksrecht» hat denn auch einen Kurs verfolgt, der das Aufkommen einer Proteststimmung nach Möglichkeit abfing.³⁷⁷ Feindselige Kundgebungen blieben aus. Zur grösseren Sicherheit des Kaisers wurden Täuschungsmassnahmen durchgeführt. So wurde die Bahnhofstrasse gesperrt, während die Rückkehr vom Manöverbesuch zur Villa Rieter in Wirklichkeit über die Löwenstrasse erfolgte. Einzig ein bayrischer Bäckergeselle soll verhaftet worden sein, weil er bei der Vorbeifahrt des Bundespräsidenten zu pfeifen begonnen habe.³⁷⁸ Brisant war die Situation für die Zürcher Sozialdemokraten auch deshalb, weil das Amt des Zürcher Polizeidirektors der Grütlianer Jakob Vogelsanger innehatte, der zusammen mit dem angereisten Chef der Berliner Kriminalpolizei über die Sicherheit der Gäste wachte. Auch der linke Parteiflügel mit den «Einträchtlern» trat während der Kaisertage nicht in Erscheinung. Nach dem Besuch hingegen setzte die öffentliche Kritik von links mit neuer Vehemenz ein. Ungefähr tausend Personen waren am 10. September 1912 in der «Burgvogtei» an Basels Rebgasse 14 erschienen, um Karl Liebknechts Rede über «Imperialismus und Demokratie» zu hören. Er bedachte die gesamte Presse sowie die dem Kaiser Beifall klatschenden Schweizer mit scharfen Hieben.³⁷⁹ Der allgemein schwelende Richtungsstreit um den Opportunismus in der SPS ist vom linken Flügel um Fritz Platten unter anderem mit Argumenten geführt worden, die das Verhalten der Parteiführung während der ersten Septemberwoche anprangerten. Den Radikalen habe man ausdrücklich nahegelegt, keine Demonstrationen zu veranstalten, während der Beschluss der Parteivorstandssitzung, in den Parlamenten gegen die Kreditbewilligung für den Staatsbesuch zu stimmen, ignoriert worden sei. Stattdessen hätten zwei Genossen die Möglichkeit wahrgenommen, am Seenachtsfest auf das Kaiserschiff zu gehen.³⁸⁰ Doch all diese Kritik konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass während des Besuchs sich niemand der Einsicht in die Inopportunität einer Gegenaktion hatte verschliessen können. Die ausländischen Sozialisten mussten im Fall von Störungen überdies mit rigorosen Ausweisungsmassnahmen rechnen. Liebknechts Vorwurf ging also von zwei falschen Ansätzen aus. Einmal waren es lange nicht alles Eidgenossen, die da Hurra schrien, zum andern ergab sich selbst der radikale Parteiflügel samt den deutschen Genossen aus allerdings zwingenden Gründen dem Attentismus. Mit ihrem Vorwurf des Opportunismus kamen die Kritiker in diesem Fall zu spät, um sich selbst ganz frei davon fühlen zu können. Die schwindenden Bestandeszahlen bei den deutschen Arbeiter-

vereinen, vor allem aber die unverzügliche Einreihung ihrer Mitglieder in die nationale Kriegsbereitschaft im August 1914 deuten darauf hin, dass der Kaiserbesuch mit dazu beigetragen hat, zumal die parteidogmatisch weniger stark ausgerichteten Oppositionsgruppen unter den hiesigen Reichsdeutschen wieder vermehrt auf nationalen Kurs zu bringen. Die Staatsvisite hatte der Schweiz gegolten, doch für die Auslandsdeutschen war dieser Besuch die einzigartige Gelegenheit gewesen, ihre Präsenz und Verbundenheit mit dem Reich unter Beweis zu stellen. Was die Entwicklung der schweizerisch-deutschen Beziehungen anbetrifft, so hat das Ereignis in den deutschsprachigen Regionen die einseitige Bindung an das Deutsche Reich noch verstärkt. Durch sein leutseliges Wesen war es dem «Sonntagskaiser» gelungen, die trotz allem latent vorhandenen Vorbehalte gegenüber diesem übermächtigen «Freund» der Schweiz weitgehend auszuräumen. Aus der «Detente», der die kulturelle und wirtschaftliche Verflechtung längst den Weg bereitet hatte, war eine «Entente cordiale» geworden, ohne deren Einbezug die Parteinahme für die deutsche Sache bei Kriegsausbruch nicht zu ergründen ist.

VIII Demographie der deutschen Ausländer- bevölkerung in der Schweiz

Um eine Gesamtschau der Geschichte der Deutschen in der Schweiz zu gewinnen, wurde jener erheblich beschwerlichere Forschungsweg gewählt, der sich nicht mit der Darstellung einer leichter fassbaren Kolonieelite begnügt. Auf allen Stufen der sozialen Schichtung, vom mittellosen Wanderburschen, dem Handwerker und Gewerbetreibenden bis hin zum arrivierten Akademiker und Grosskaufmann wurde versucht, während eines Zeitraums von fast hundert Jahren der divergierenden Vielfalt des deutschen Kolonielebens sowie seiner mannigfachen Einwirkungen auf die Bevölkerungen dies- und jenseits des Rheins nachzuspüren. Obwohl die Aufschlüsse, die aus dem Geschick ganzer Gemeinschaften, bestimmter Gruppen oder einzelner Personen zu erlangen waren, allen Lebensbereichen entstammten, war es nur möglich, jene Auslandsdeutschen zu erfassen, die in irgendeiner, wenn auch noch so bescheidenen Form aus der Anonymität hervorgetreten sind. Die überwiegende Mehrheit der deutschen Ausländerbevölkerung entzieht sich jedoch der historischen Erhellung, sofern nicht zu Forschungsmethoden gegriffen wird, die andere Wissenschaftszweige entwickelt haben. Bereits in den einzelnen Abschnitten wurden statistische Angaben miteinbezogen, um den Kontext zur allgemeinen wirtschaftlichen und bevölkerungsmässigen Situation zu vermitteln. Auf statistisch-soziologischem Wege soll hier nun mit Hilfe der Demographie die strukturelle Entwicklung der deutschen Gastbevölkerung in ihrer Gesamtheit aufgezeigt werden. Um Wiederholungen zu vermeiden, die sich auch aus einer Fortsetzung der Koloniegeschichte ergeben müssten, wird dieser Abschnitt aus einer zeitlich möglichst weitgefassten Perspektive betrachtet. Noch ein anderer, nicht weniger gewichtiger Grund führte zu der Entscheidung, im demographisch-statistischen Teil über die für diese Untersuchung gewählte zeitliche Begrenzung hinauszugehen. Erst aus der Kenntnis der eingetretenen Wandlungen, die insbesondere der Erste Weltkrieg mit sich gebracht hat, wird durch den Vergleich augenfällig, wie sich die Lebenssituation der Deutschen in der Schweiz im Verlauf der Jahrzehnte verändert hat.

1. Zur Quellenlage

Über die Gesamtheit der in unserem Land lebenden Ausländer gewinnt man aus der schweizerischen Statistik relativ guten Aufschluss. Die Angaben über die einzelnen Nationalitäten sind jedoch recht lückenhaft.

Merkwürdigerweise wissen wir über die Zusammensetzung der Deutschen in der Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg besser Bescheid als während der Jahre 1925 bis 1945. Durch die Betriebszählung von 1905 sind die berufstätigen Ausländer in Industrie und Gewerbe eingehend erfasst worden. 1929 ist hingegen nach den ausländischen Beschäftigten überhaupt nicht gefragt worden. Zehn Jahre später wurden sie wieder berücksichtigt. Die Ergebnisse sind allerdings nur rudimentär publiziert worden.¹ Auch die Volkszählung hat nach 1920 die ausländischen Beschäftigten nicht mehr nach den einzelnen Nationalitäten ausgewiesen. Man hat dies mit Platzgründen motiviert und auf die einschlägigen Tabellen verwiesen, die den Interessenten im Eidgenössischen Statistischen Amt zur Verfügung stünden. Diese Unterlagen – für die Geschichte der Ausländerkolonien von allgemeiner Bedeutung – sind inzwischen vernichtet worden. Nur ein besonderer Glücksfall ermöglichte es, wenigstens für das Jahr 1930 eingehendere Aufschlüsse zu erlangen.² Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass sich die aus verschiedenen Zeitabschnitten vorliegenden unterschiedlichen Statistiken kaum miteinander vergleichen lassen. Wie die Betriebsstatistik fragte auch die Volkszählung nach der beruflichen Gliederung der Ausländer. Diese ermittelte die im Winter in der Schweiz wohnenden, jene die im Sommer hier arbeitenden Ausländer. Die Bestandesmasse war somit verschieden. Auch die Fabrikstatistik gibt nach 1923 über die in der schweizerischen Industrie beschäftigten ausländischen Arbeiter nur noch spärliche Hinweise. Man ist geneigt, in erster Linie politische Überlegungen für diese plötzliche Zurückhaltung verantwortlich zu machen. Der Fehler mag nicht zuletzt in der mangelhaften Koordination zu suchen sein. Nach dem Ersten Weltkrieg begann sich die Fremdenpolizei eingehender mit den Ausländern zu befassen, die ihr auch im statistischen Bereich nur allzusehr überlassen blieben. Abgesehen davon, dass bei der Eidgenössischen Fremdenpolizei lange Zeit eine Zentralstatistik fehlte – die kantonalen Stellen hielten in dieser Beziehung noch auf Selbständigkeit –, kamen ihre statistischen Unterlagen auf Grund von Kriterien zustande, die sie wegen ihrer Unzuverlässigkeit als nicht verwendbar erscheinen lassen.³ Erst seit 1950 hat sich hier die Situation entscheidend gebessert. Die statistischen Aufschlüsse, die das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit über die kontrollpflichtigen Arbeitskräfte vermittelt, reichen ebenfalls nur bis zu dem genannten Zeitpunkt zurück.⁴

2. Herkunft und geographische Verteilung

Überblickt man den Zeitraum von 1860 bis 1950, so heben sich aus der Entwicklung des Ausländerbestandes zwei Erscheinungen von auffälliger Konstanz hervor.⁵ Neun Zehntel aller Ausländer (vor 1914 sogar über 95%) gehörten den vier Nachbarstaaten an. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges verursachte bei jeder der nationalen Gruppen den jähen Abbruch ihrer zum Teil erheblichen Zuwachsraten. Hatte sich die Anzahl der Deutschen bis 1914 fast verfünffacht, so fiel sie in den folgenden Jahrzehnten bis auf ein Viertel ihres ehemaligen Höchststandes zurück. Die bedeutendste Steigerung erlebten die Italiener. In Verbreitung und Umfang am ehesten mit den Deutschen vergleichbar, übertrafen sie schliesslich bei der Volkszählung von 1941 auch deren numerischen Bestand. Bis dahin war das deutsche Kontingent, obwohl die Zuwachsquoten im Einzelnen ein differenziertes Bild darboten, stets das grösste gewesen. Seit der Jahrhundertwende hat der Anteil der Franzosen die Schwelle von 15% aller Ausländer nicht mehr überschritten. Sie bevorzugten – im Gegensatz zu den Italienern, deren relativ gleichmässige Verteilung auffällt – überwiegend die französisch sprechenden Kantone. Allein in Genf wohnte lange Zeit mehr als die Hälfte von ihnen. Die Österreicher, die auch zur Zeit ihres umfangreichsten Bestandes keine 7% der Ausländermasse ausmachten, wählten vor allem die nahe Nordostschweiz als Domizil. Insgesamt betrachtet, hatten die Kantone Genf, Basel-Stadt, Tessin, Schaffhausen und Zürich in den Jahren nach 1888 die meisten Ausländer aufgenommen. Für die Deutschen allein ergab sich eine andere Reihenfolge der bevorzugten Wohnkantone: Zürich, Basel-Stadt, St. Gallen, Thurgau und Bern.

Um zu sehen, ob sich hier gewisse Beziehungen verdeutlichen lassen, sind in der nachfolgenden Tabelle die zehn Kantone mit den grössten deutschen Ausländerbeständen in ihrer Rangfolge zusammengestellt worden. Die den Berechnungen zugrunde liegenden absoluten Bestandeszahlen für alle Kantone finden sich in der Aufstellung am Schluss dieses Abschnittes. Erst die Aufschlüsselung nach der herkunftsmässigen Zusammensetzung der Auslandsdeutschen zeigt die charakteristischen Merkmale auf, die den einzelnen kantonalen Gesamtbeständen ein zum Teil recht unterschiedliches Gepräge geben. Während die Süddeutschen weit über den Rahmen der natürlichen «Bevölkerungsmose» hinaus durch die Grenzkantone und ihr beträchtliches Wirtschaftspotential angezogen wurden, spielten für die Norddeutschen die Bindungen, die sich aus der Grenznähe einzelner deutschschweizerischer Kantone ergaben, nur eine ganz untergeordnete Rolle.

BEVORZUGTE WOHNKANTONE DER DEUTSCHEN 1860-1970

Rangfolge der Kantone	Deutsche insgesamt												
	1860	1870 ¹	1880 ¹	1888	1900	1910	1920	1930	1941	1950	1960	1970	
1	BS	ZH	ZH	ZH	ZH	ZH	ZH	ZH	ZH	ZH	ZH	ZH	
2	ZH	BS	BS	BS	BS	BS	BS	BS	BS	SG	BS	BE	BE
3	SG	SG	SG	SG	SG	SG	SG	SG	SG	BS	SG	BS	AG
4	BE	BE	TG	TG	TG	TG	TG	TG	TG	BE	SG	SG	
5	NE	TG	BE	BE	BE	BE	BE	BE	BE	TG	AG	BS	
6	AG	NE	AG	SH	AG	AG	AG	AG	AG	AG	TG	BL	
7	TG	AG	SH	AG	SH	SH	SH	BL	GR	BL	VD	TG	
8	VD	VD	VD	VD	VD	VD	BL	SH	BL	GR	GE	VD	
9	GE	GE	GE	BL	BL	BL	LU	GR	SH	LU/TI	BL	LU	
10	SH	SH	SH	GE	GE	GE	GR	LU	LU	SH	LU	GE	

¹ Ortsanwesende Bevölkerung

BEVORZUGTE WOHNKANTONE NACH BEVÖLKERUNGSGRUPPEN 1860-1920

Rangfolge der Kantone	Badenser ¹				Württemberg ¹				Bayern ¹			
	1860	1888	1910	1920	1860	1888	1910	1920	1860	1888	1910	1920
1	BS	BS	BS	BS	ZH	ZH	ZH	ZH	SG	ZH	ZH	ZH
2	ZH	ZH	ZH	ZH	BS	SG	SG	SG	ZH	SG	SG	SG
3	AG	TG	TG	TG	SG	BS	BS	BS	BE	BS	BS	BS
4	TG	SG	SG	SG	NE	TG	TG	TG	BS	BE	TG	BE
5	SH	SH	SH	AG	BE	BE	BE	BE	NE	TG	BE	TG
6	BL	AG	AG	SH	TG	SH	AG	AG	GE	GE	AG	AG
7	BE	BL	BL	BL	VD	NE	SH	SH	AR	VD	VD	LU
8	SG	BE	BE	BE	SH	VD	GR	GR	TG	GR	GR	GR
9	NE	GE	LU	LU	AG	GE	VD	LU	VD	AG	LU	GE
10	VD	VD	VD	SO	GE	AG	LU	BL	GR	LU	GE	VD

Rangfolge der Kantone	Preußen ¹				Sachsen ¹			
	1860	1888	1910	1920	1860	1888	1910	1920
1	ZH	ZH	ZH	ZH	ZH	ZH	ZH	ZH
2	BS	BS	BS	BS	BS	SG	SG	SG
3	SG	SG	SG	BE	BE	BE	BS	BE
4	VD	BE	BE	SG	GE	BS	VD	BS
5	BE	VD	VD	GR	VD	VD	BE	TG
6	NE	GE	GR	TG	SG	GE	GR	AG
7	TG	TG	GE	VD	NE	GR	AG	GR
8	GE	NE	TG	AG	TG	TG	TG	VD
9	AG	AG	AG	LU	GR	NE	GE	GE
10	SH	LU	LU	GE	GL	AG	LU	LU

¹ Nach 1920 wurden für die einzelnen Kantone keine Zahlen mehr ausgewiesen.

¹ Nach 1920 wurden für die einzelnen Kantone keine Zahlen mehr ausgewiesen.

In den zehn aufgeführten Kantonen haben mehr als vier Fünftel aller Deutschen in der Schweiz gewohnt. In den Jahren 1910 und 1920 waren es sogar 88%. Allein die ersten fünf Kantone hatten 1860 insgesamt 61% der deutschen Ausländerbevölkerung aufgenommen. Diese Konzentration stieg bis 1910 auf 70,5% an, war noch kurz nach Kriegsende unverändert hoch (70,8%) und sank in der Folge wieder auf etwas weniger als zwei Drittel des Gesamtbestandes ab. Das zahlenmässig grösste Kontingent von Deutschen hatte der Kanton Zürich aufzuweisen. In ihm wohnte schon zur Zeit der Reichsgründung ein Fünftel der gesamten deutschen Ausländerbevölkerung; von ihr bevorzugten im Jahr 1910 sogar 28,2% diesen Kanton, und wenn auch seit dem Ersten Weltkrieg dessen Anteil für drei Jahrzehnte etwas zurückgegangen ist, so waren es bei der Volkszählung von 1970 wiederum 28,2%, die allein im Kanton Zürich Wohnung genommen hatten. Die Rangfolge der fünf bevorzugten Wohnkantone ist bei den Deutschen seit der Volkszählung von 1880 bis zu jener im Jahre 1930 unverändert geblieben. Erst die Nachkriegszeit hat, wie die zum Vergleich beigefügten Ergebnisse der jüngsten Jahrzehnte ersichtlich machen, wesentliche Veränderungen gebracht. Basel-Stadt hat seine frühere Bedeutung für die Deutschen eingebüsst, indem es von dem lange behaupteten zweiten Rang bis zur fünften Stelle zurückfiel, während der Kanton Bern nach vorne rückte. Neu in dieser Gruppe der ersten Fünf ist der Kanton Aargau, der im Jahr 1974 sogar nach Zürich die meisten Deutschen aufwies. Die veränderte Rangfolge trägt dem Stand der Industrialisierung Rechnung, da die bevölkerungsreichsten deutschsprachigen Kantone Zürich, Bern, Aargau und St. Gallen auch die höchsten Betriebs- und Beschäftigtenzahlen aufweisen.

Aus den Volkszählungen von 1860 bis 1920 wird nun ersichtlich, dass die Angehörigen der einzelnen deutschen Länder in der Schweiz zum Teil eine recht unterschiedliche geographische Schwerpunktbildung aufwiesen. Betrachtet man die Verhältnisse in den einzelnen Ständen, so gibt der Kanton Schaffhausen ein unverfälschtes Beispiel für die spezifische Situation in einer Grenzregion. Für die benachbarten Badenser und etwas weniger für die Württemberger gehörte er zum bevorzugten Arbeits- und Wohngebiet. Aber schon für die ebenfalls zu den Süddeutschen zählenden Bayern bot Schaffhausen wenig Anreiz, und für die Norddeutschen war es ohne Bedeutung. Den Hauptanziehungspunkt für die Badenser bildete natürlich Basel-Stadt. Mit ihrem ungenügenden ländlichen Einzugsgebiet auf Schweizer Boden musste die aufstrebende Industriestadt ihren Bedarf an Arbeitskräften jenseits der Grenze zu decken versuchen. Andererseits bot sie den bäuerlichen Gebieten des Markgräfler-

landes, des südlichen Schwarzwaldes und des Sundgau eine Erwerbsmöglichkeit, die in Krisenzeiten von existenzieller Bedeutung war oder die in besseren Jahren im Vergleich zu den in Baden herrschenden Lebensverhältnissen ein günstigeres wirtschaftliches Fortkommen versprach. Rund drei Fünftel aller Deutschen Basels sind Badenser gewesen. Auch im gesamtschweizerischen Rahmen nahmen diese eine Vorrangstellung ein.

Im Jahr 1860 waren 41,4% aller Deutschen in der Schweiz Badenser; ihr Anteil hielt sich bis Ende der achtziger Jahre etwas über vierzig Prozent, sank dann infolge der Zunahme der Bayern und Preussen ab, stellte aber stets ein gutes Drittel. Die Württemberger, die zweitwichtigste Gruppe, wandten sich bevorzugt nach Zürich und in die Ostschweiz. Bemerkenswert ist die Schwerpunktbildung der Bayern. Sieht man von ihrer Konzentration in der Ostschweiz ab, so neigten sie im Verhältnis zu den beiden erwähnten Landsmannschaften zu einer geographisch ausgewogeneren Niederlassung. Der Bodensee förderte als trennende Schwelle eine Wanderung nach entfernteren Regionen. Vergleicht man die deutsch- und französischsprachigen Kantone, so wird der Unterschied zwischen den Süd- und Norddeutschen noch augenfälliger. Die Ausnahmesituation in Neuenburg bis Mitte der sechziger Jahre erklärt sich aus den Nachwirkungen der besonderen Bande, die das Land mit dem König von Preussen verbunden hatten. Die Gegenüberstellung der drei wichtigsten Deutschschweizerkantone mit Neuenburg, Waadt und Genf macht die Divergenzen bei der Wohnungsnahme innerhalb der einzelnen Landsmannschaften evident. Durch diese

**PROZENTUALE VERTEILUNG DER DEUTSCHEN
AUF BEVORZUGTE WOHNGEBIETE IN DER DEUTSCH-
UND FRANZÖSISCHSPRACHIGEN SCHWEIZ**

Von 100 Angehörigen jeder Heimatgruppe wohnen in den Kantonen

Deutsche nach Ländern	Von 100 Angehörigen jeder Heimatgruppe wohnen in den Kantonen							
	Zürich, Basel-Stadt und St. Gallen				Waadt, Genf und Neuenburg			
	1860	1888	1910	1920	1860	1888	1910	1920
Baden	49,1	54,9	60,5	59,3	10,6	6,4	4,3	3,5
Württemberg	52,2	60,0	64,2	61,9	14,1	8,8	5,0	4,0
Bayern	45,5	57,7	60,0	57,2	15,2	10,1	7,6	5,9
Preußen	47,1	51,0	51,9	50,2	21,3	16,9	13,1	8,8
Sachsen	47,2	46,3	51,8	50,6	23,7	17,9	14,2	9,4
Deutsche insgesamt	48,6	54,3	58,5	57,7	14,9	10,2	7,8	5,2

Aufschlüsselung lässt sich verdeutlichen, dass für die Preussen und Sachsen die Westschweiz eine ungleich wichtigere Rolle gespielt hat als etwa für die Badenser. Der Einbezug von Neuenburg hat die allgemeine Tendenz noch akzentuiert. Der auffallend hohe Prozentsatz von 1860 und der nachfolgende Rückgang sind durch die Neuenburger Verhältnisse nach beiden Seiten der Zahlenskala überhöht worden. In Waadt und Genf fanden sich 1860 14,2% aller Preussen und 16,7% aller Sachsen. Bei der Volkszählung von 1910 lauten die Anteile für die Preussen noch 10,9% und für die Sachsen 12,1%. Aber auch bei den Bayern, deren Mittelposition wiederum hervorsteicht, oder bei den Württembergern und Badensern ist ein Rückgang festzustellen. Also ganz abgesehen von den spezifischen Lokalbedingungen erlitt die Westschweiz bei allen Gruppen einen sukzessiven Bedeutungsverlust. Hatte sie um die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts ihrer liberaleren Ausländerpolitik wegen auch auf die Deutschen eine grosse Anziehungskraft ausgeübt, so band die deutschsprachige Schweiz mit dem enormen wirtschaftlichen und industriellen Aufschwung die deutschen Erwerbstätigen immer stärker an sich, während sich die Verschärfung des Sprachengegensatzes auf die Niederlassung in der Waadt oder in Genf hemmend auswirkte. Gliedert man die deutsche Ausländerbevölkerung der Kantone in die einzelnen Landsmannschaften auf, so ergeben sich für die Kantone Waadt und Genf trotz dieser Verschiebung immer noch ganz erstaunliche Kontingente an Preussen; diese Zahlen lassen wiederum die Klagen verständlicher erscheinen, dass dort die starke Präsenz des norddeutschen Elements das gute Einvernehmen ausserordentlich erschwert habe.

PROZENTUALE VERTEILUNG DER IN AUSGEWÄHLTEN
KANTONEN DER SCHWEIZ WOHNENDEN DEUTSCHEN NACH IHREN
HEIMATLÄNDERN

Kantone	Zähljahre	Deutsche insge- samt	Von 100 Deutschen sind aus					
			Baden	Württemberg	Bayern	Preussen	Elsass-Lothringen	übrige Länder
Zürich	1860	8 691	33,0	42,1	5,8	6,1	—	13,0
	1888	26 361	34,2	36,0	8,3	12,2	2,2	7,0
	1910	61 872	27,9	32,8	13,0	15,3	3,5	7,5
	1920	40 697	29,1	32,3	14,0	16,0	—	8,6
Basel-Stadt	1860	9 966	60,1	28,3	1,9	3,2	—	6,5
	1888	22 205	62,2	16,3	3,3	7,2	6,9	4,2
	1910	42 291	55,6	14,2	4,9	9,1	12,1	4,1
	1920	28 302	65,3	15,3	5,2	9,5	—	4,7
St. Gallen	1860	4 569	18,6	52,7	14,1	4,9	—	9,7
	1888	12 398	25,0	46,5	12,5	9,5	1,1	5,4
	1910	24 146	21,2	42,8	17,9	10,1	1,8	6,2
	1920	17 390	21,6	43,4	17,1	11,4	—	6,5
Thurgau	1860	2 705	47,8	38,2	4,0	5,0	—	5,0
	1888	8 913	52,4	32,3	4,6	6,5	1,2	3,1
	1910	14 486	38,4	37,3	10,2	7,8	2,1	4,2
	1920	10 553	40,1	34,9	10,3	9,6	—	5,1
Bern	1860	3 041	32,0	35,6	8,9	5,8	—	17,7
	1888	6 654	29,6	20,7	6,6	13,9	19,9	9,3
	1910	11 884	25,3	18,6	10,8	19,2	15,5	10,6
	1920	9 148	26,7	21,6	13,7	24,6	—	13,4
Aargau	1860	2 737	65,0	20,9	3,1	3,3	—	7,7
	1888	4 569	60,6	18,5	4,3	8,5	2,5	5,6
	1910	9 539	46,4	18,8	9,9	11,6	6,0	7,3
	1920	7 379	49,1	21,2	9,6	12,0	—	8,1
Schaffhausen	1860	1 950	57,8	30,8	3,4	3,1	—	4,9
	1888	4 641	64,2	22,2	3,2	4,6	1,2	4,6
	1910	8 047	55,9	22,1	6,4	9,5	2,4	3,7
	1920	5 609	57,3	23,4	5,6	9,3	—	4,4
Waadt	1860	2 134	32,7	31,4	4,8	9,8	«4	21,3
	1888	4 238	23,9	22,4	6,5	20,7	10,6	15,9
	1910	7 707	19,2	14,8	11,0	26,1	14,5	14,3
	1920	3 101	24,1	18,0	12,8	28,8	—	16,3
Basel-Land	1860	1 551	69,4	17,7	2,4	2,7	—	7,8
	1888	4 072	55,8	11,9	3,7	5,5	18,8	4,3
	1910	6 763	46,0	13,2	5,1	8,5	22,6	4,6
	1920	4 700	59,7	16,7	6,2	11,3	—	6,1
Genf	1860	1 991	27,7	26,1	8,6	5,8	—	31,8
	1888	3 965	25,7	21,6	8,3	16,9	16,9	10,6
	1910	5 536	16,8	17,2	11,1	23,3	19,1	12,5
	1920	3 061	23,7	20,5	14,0	24,6	—	17,2

Der Erste Weltkrieg brachte den Auslandsdeutschen einen Verlust von rund 70'000 Personen. Der Vorgang vollzog sich nicht ohne wesentliche Veränderungen. In Bezug auf die Westschweiz ist in Übereinstimmung mit der bereits beobachteten Verminderung von einem eigentlichen Rückzug der Deutschen zu sprechen. Die deutsch-feindliche Stimmung während des Ersten Weltkrieges hatte dort beschleunigend darauf hingewirkt. In der Folge setzte bis 1930 wieder eine leichte Zunahme ein, die im Gegensatz zum Abbau in der Nordostschweiz stand. Einzig im Tessin, wo die Deutschen nur einen relativ geringen Teil der Ausländer stellten, brachte der Krieg der dortigen Kolonie sogar einen Zuwachs. Die Zusammensetzung der deutschen Bevölkerung ist in den einzelnen Kantonen durch den Weltkrieg in mehrfacher Hinsicht verändert worden. Im Jahr 1910 waren von den Reichsdeutschen 7,7% Elsass-Lothringer (16'979) gewesen. Ihr Wegfall bewirkte auch eine andere prozentuale Verteilung innerhalb der kantonalen deutschen Ausländerkolonien. Berücksichtigt man dies, so ergibt sich, dass die Badenser zumal in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Land, Waadt und Genf gegenüber den Bayern und Preussen ihre Stellung verbessern und damit ihre vor dem Krieg sinkende Bedeutung wieder – wenn auch nun in bescheideneren Verhältnissen – zu festigen vermochten.

Bisher galt das Interesse ausschliesslich der geographischen Verteilung der hiesigen Auslandsdeutschen. Diese ist aber noch unter einem anderen Kriterium zu prüfen. Ein bescheidenes Ausländerkontingent konnte einen kleinen Kanton möglicherweise stärker belasten als ein umfangreicherer Ausländerbestand einen der grossen Stände. Nach der zahlenmässigen Relevanz der Reichsangehörigen soll gefragt werden. Wie aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht, ergibt sich unter diesem Aspekt für manche Kantone ein überraschendes Bild:⁶

PROZENTUALER ANTEIL DER DEUTSCHEN IN DER
SCHWEIZ AN DER KANTONALEN WOHNBEVÖLKERUNG 1860-1950

Kantone	Von 100 Kantonseinwohnern sind Deutsche							Rangfolge der Kantone gemäß dem deutschen Ausländeranteil							
	1860	1888	1910	1920	1930	1941	1950	Rang	1860	1888	1910	1920	1930	1941	1950
Zürich	3,3	7,8	12,3	7,6	5,7	3,0	1,9	1	BS	BS	BS	BS	BS	BS	BS
Bern	0,7	1,2	1,8	1,4	1,2	0,6	0,5	2	SH	SH	SH	SH	SH	SH	SH
Luzern	0,6	1,4	3,1	2,3	2,1	1,2	0,7	3	NE	TG	ZH	TG	TG	TG	TG
Uri	0,4	1,2	1,4	1,1	1,1	0,6	0,4	4	ZH	ZH	TG	ZH	ZH	SG	SG
Schwyz	0,9	1,7	2,6	2,0	2,1	1,6	1,0	5	TG	BL	BL	SG	BL	ZH	BL
Obwalden	0,3	0,7	1,6	1,3	1,8	1,1	0,7	6	BL	SG	SG	BL	SG	BL	ZH
Nidwalden	0,3	1,1	1,7	1,5	2,0	1,0	0,7	7	SG	GE	GR	GR	GR	GR	ZG
Glarus	1,6	2,2	2,9	2,5	2,2	1,3	0,8	8	GE	NE	AG	ZG	ZG	ZG	GR
Zug	2,0	2,5	3,8	3,2	3,2	2,0	1,3	9	ZG	ZG	ZG	AG	AG	AR	AR
Freiburg	0,5	0,7	1,5	0,7	0,6	0,5	0,4	10	GL	AR	GE	GL	GL	AG	SZ
Solothurn	1,1	2,1	2,7	1,8	1,9	1,0	0,7	11	AR	AG	AR	AR	AR	SZ	AG
Basel-Stadt	24,5	30,1	31,1	20,1	13,7	5,4	3,6	12	AG	GL	LU	LU	LU	GL	GL
Basel-Land	3,0	6,6	8,8	5,7	5,6	2,9	2,1	13	SO	SO	GL	SZ	SZ	LU	SO
Schaffhausen	5,5	12,3	17,5	11,1	9,2	4,5	2,8	14	VD	GR	NE	GE	GE	GE	GE
Appenzell-AR	1,4	2,5	3,1	2,4	2,2	1,7	1,2	15	GR	SZ	SO	SO	NW	OW	LU
Appenzell-IR	0,7	1,3	1,5	1,1	1,0	1,0	0,6	16	SZ	VD	SZ	NW	SO	TI	TI
St. Gallen	2,5	5,4	8,0	5,9	5,1	3,8	2,2	17	BE	LU	VD	BE	OW	NW	OW
Graubünden	1,0	2,0	4,3	3,3	3,5	2,2	1,3	18	AI	AI	BE	NE	TI	SO	NW
Aargau	1,4	2,4	4,1	3,1	2,8	1,6	0,9	19	LU	BE	NW	OW	BE	AI	AI
Thurgau	3,0	8,5	10,7	7,8	7,1	4,0	2,4	20	FR	UR	OW	UR	NE	BE	BE
Tessin	0,1	0,2	0,7	0,9	1,3	1,1	0,7	21	UR	NW	FR	AI	UR	UR	VD
Waadt	1,0	1,7	2,4	1,0	1,1	0,6	0,4	22	OW	OW	AI	VD	VD	VD	FR
Wallis	0,2	0,3	0,6	0,3	0,3	0,3	0,1	23	NW	FR	UR	TI	AI	NE	NE
Neuenburg	3,4	3,0	2,7	1,3	1,2	0,5	0,4	24	VS	VS	TI	FR	FR	FR	UR
Genf	2,4	3,8	3,6	1,8	2,0	1,2	0,7	25	TI	TI	VS	VS	VS	VS	VS

Die Reihenfolge der Kantone erfährt eine wesentliche Veränderung, wenn man sie nicht nach dem zahlenmässigen Umfang ihrer deutschen Ausländerbestände, sondern nach der Höhe jenes Anteils ordnet, mit dem die Reichsangehörigen an der kantonalen Wohnbevölkerung partizipieren. Aus einer derartigen Rangordnung lässt sich, wie die rechte aus den links angegebenen Werten gewonnene Tabellenseite zeigt, zugleich ablesen, in welchen Kantonen eine potentielle «Überfremdung» durch Deutsche am ehesten gegeben war. Das Schlagwort «Überfremdung» entzieht sich der wissenschaftlichen Definition, zumal die Grenzen der Integrationsfähigkeit nicht von einer bestimmten numerischen Grösse abhängig gemacht werden können. Kein Ausländer fügte sich so rasch und mit so wenigen Schwierigkeiten den schweizerischen Gegebenheiten ein wie die aus Süddeutschland stammenden Einwanderer. Ihre Vielzahl brachte vor 1914 weniger Probleme mit sich als der auf die Hälfte reduzierte deutsche Ausländerbestand zur Zeit des antidemokratischen Hitlerregimes, das eine völlig neue Situation entstehen liess. Angesichts dieses Dissoziationsprozesses zwischen der schweizerischen Einwohnerschaft und ihrer deutschen Gastbevölkerung ist es ebenfalls aufschlussreich zu wissen, welche Kantone einer Belastung am stärksten ausgesetzt waren. Die beiden Grenzkantone Basel-Stadt und Schaffhausen wiesen den höchsten deutschen Bevölkerungsanteil auf. Der Kanton Zürich hatte zwar das zahlenmässig grösste Kontingent an Deutschen aufgenommen; jedoch nach der relativen Häufigkeit betrachtet, rangierte er zumeist hinter dem Thurgau. Die Konzentration in städtischen Orten, wo Industrie und Handel am ehesten Arbeitsmöglichkeiten boten, war im Kanton Zürich besonders stark. Drei Fünftel aller Deutschen wohnten dort in der Stadt Zürich, wo sie im Jahr 1910 21,2% der Stadtbevölkerung ausmachten.⁷ Die relativen Werte in der obenstehenden Tabelle sind mit den absoluten Bestandeszahlen der deutschen Kontingente am Schluss dieses Abschnittes zu vergleichen, um eine sinnvolle Interpretation zu finden. Illustrativ lässt sich dies am Beispiel von Bern und Zug erläutern. Mit seinen 1064 Deutschen stand Zug im Jahr 1910 an achtzehnter Stelle, während der Kanton Bern das fünft grösste Kontingent an Reichsangehörigen (11'884) aufwies. Dieses Verhältnis kehrt sich um, wenn man die bevölkerungsmässige Relevanz dieser Bestandeszahlen betrachtet. Zug rückte in die Gruppe der ersten zehn, während Bern weit zurückfiel und 1941 sogar nur noch sechs Deutsche auf tausend Bewohner aufwies.

In keinem anderen Kanton haben die Reichsbürger die Bevölkerungsstruktur derart beeinflusst wie in Basel-Stadt.⁸ Schon um die Mitte des 19. Jahrhunderts war hier

jeder Vierte ein Ausländer gewesen. In den Jahren 1880 bis 1914 besass sogar jeder Dritte die deutsche Staatsangehörigkeit. Beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges hatte die Ausländerquote mit insgesamt 38% ihren Höhepunkt erreicht. Vergleicht man sie mit dem Stand von 1941 (8,7%), so wird deutlich, wie radikal man in Basel unter dem Zwang der Verhältnisse der Überfremdung zu steuern gesucht hat. Diese Verminderung wurde vor allem auf Kosten der Deutschen vorgenommen. Zwischen 1910 und 1920 erfolgte ein erster starker Schwund von 14'672 Reichsangehörigen, wobei die zahlreichen Elsass-Lothringer (1910: 5'103), soweit sie von der in Abschnitt V des Vertrages von Versailles vorgesehenen Regelung zur Erwerbung der französischen Staatsbürgerschaft Gebrauch machen wollten und konnten, wieder den Franzosen zugezählt wurden. Der Zeitabschnitt 1930 bis 1941 brachte einen weiteren Verlust in der gleichen Grössenordnung, so dass von den einst 42'291 nur 9'208 Auslandsdeutsche übrigblieben. Nach Kriegsende betrug der deutsche Anteil an der Wohnbevölkerung im Kanton Basel-Stadt gerade noch 3,6%. Dieser Abbau liess sich nicht allein durch den eingetretenen Wanderverlust erklären. Die in diesen Jahrzehnten zunehmende Zahl der Kantonsbürger weist auf bedeutende Einbürgerungsquoten hin. Von 1910 bis 1941 wurden über 21'000 Deutsche naturalisiert; hinzu kommen noch rund fünftausend Einbürgerungen durch die Heirat deutscher Mädchen mit Schweizern. Wie kritisch die Situation trotz dieser beträchtlichen Reduktionen war, bezeugt ein vertrauliches Exposé mit dem vielsagenden Titel: «Ist Basel noch eine schweizerische Stadt?»⁹ Im Juni 1944 dem Auswärtigen Amt in Berlin zugeleitet, war es zwar praktisch ohne Bedeutung; die ihm innewohnende Absicht, mit der Statistik imperialistische Volkstumspolitik zu treiben, hätte jedoch zu einem früheren Zeitpunkt für die Schweiz zu unliebsamen Auseinandersetzungen führen können. Nach dieser Aufzeichnung wurden in den letzten vierzig Jahren etwa 40'000 Reichsdeutsche in das Basler Bürgerrecht aufgenommen.¹⁰ Sie ging davon aus, dass schon 1883 «mehr als ein Viertel der Basler Stadtbürger Kinder und Kindeskinder von zugewanderten Deutschen gewesen waren, die vor allem aus Baden, dem Elsass und Württemberg stammten». Überdies würden die 40'000 Neubürger seit Beginn des Jahrhunderts schon ohne Nachkommen die Hälfte der Kantonsbürger ausmachen.¹¹ Dass Basel keine schweizerische Stadt mehr sei, stand für den deutschen Verfasser dieses Exposés fest. Dabei ignorierte er die gerade hier eingedenk der prekären Situation vorherrschende scharfe Ablehnung gegenüber jeder «Heim ins Reich»-Propaganda, der man durch den starken Abbau der deutschen Kolonie

nicht ohne Erfolg allfälligen Boden zu entziehen versucht hatte. Wie in Basel so war in der ganzen Schweiz die Situation während des Zweiten Weltkrieges mit jener vor 1914 nicht zu vergleichen. Nach der Volkszählung von 1910 betrug damals der Ausländeranteil 14,7%, davon waren 5,85% Deutsche.¹² 1941 machte der prozentuale Anteil noch 5,2% aus, und die deutsche Quote war auf 1,8% zusammengesmolzen. Nach den Ausweisungen am Ende des Zweiten Weltkrieges machten die Deutschen lediglich noch 1,2% der Bevölkerung in der Schweiz aus. Obwohl auch ihre Anzahl in den beiden nachfolgenden Jahrzehnten wieder auf insgesamt 118'289 (Stand: 1970) angewachsen ist, vermochten sie selbst den schon stark reduzierten Bestandesumfang von Mitte der dreissiger Jahre nicht mehr zu erreichen.

3. Geschlechtsgliederung, Gebürtigkeit, Altersstruktur

Nachdem die Frage nach der geographischen Verbreitung der deutschen Ausländerbevölkerung den allgemeinen Rahmen ausleuchtete, vertiefen weitere Gesichtspunkte den Einblick in die strukturelle Entwicklung. Interessante Hinweise ergeben sich aus der Geschlechtsgliederung:

DIE DEUTSCHEN IN DER SCHWEIZ NACH DEM GESCHLECHT¹³

Zähljahre	Deutsche insgesamt	Männer		Frauen	
		Absolute Zahlen	Prozentzahlen	Absolute Zahlen	Prozentzahlen
1880*	95 262	46 530	48,8	48 732	51,2
1910	219 530	104 198	47,5	115 332	52,5
1920	149 833	58 184	38,8	91 649	61,2
1930	134 561	50 999	37,9	83 562	62,1
1941**	78 274	29 770	38,0	48 504	62,0
1950	55 437	18 330	33,1	37 107	66,9
1960	93 406	42 034	45,0	51 372	55,0

* Ortsanwesende Bevölkerung

** Österreicher inbegriffen

Der Frauenüberschuss vor 1914 bewegt sich im erwarteten Umfange. Während ländliche Regionen einen grösseren Bedarf an männlichen Arbeitskräften aufwiesen, zogen die städtischen Gemeinwesen die Frauen an. Vor allem die grenznahen Städte,

wo in zahlreichen Haushaltungen deutsche Dienstmädchen beschäftigt wurden, verursachten dieses Übergewicht des weiblichen Geschlechts. Der Erste Weltkrieg hat das Zahlenverhältnis derart zuungunsten der Männer verschoben, dass von einer eigentlichen Umstrukturierung der deutschen Kolonie gesprochen werden muss. Da den Kriegsteilnehmern und den ausgewanderten Familien die Rückkehr in die Schweiz erschwert wurde, blieb die ungleiche Geschlechtsverteilung bestehen. Erstaunlich ist das Ergebnis von 1941. Man hätte annehmen müssen, dass sich mit dem Ausbruch des neuen Krieges der Vorgang von 1914 wiederholen würde. Der Anteil der Männer hat jedoch während der ersten Kriegsjahre nicht abgenommen. Des Rätsels Lösung ist darin zu finden, dass Deutschland einen Abbau der Kolonie möglichst vermeiden wollte. Von den 16'000 wehrfähigen Reichsangehörigen sind bis zum 14. Februar 1944 erst 3181 Militärfähige einberufen worden.¹⁴ Bei der Auskämmung der Reserven wurde dann auch stärker auf die Auslandsdeutschen zurückgegriffen. Dies sowie die einschneidenden «Säuberungen» bei Kriegsende bewirkten, dass die Kolonie schliesslich zu zwei Dritteln aus Frauen bestand. Wie die beigefügten Zahlen der Volkszählung von 1960 zeigen, begann sich die Extremsituation nach dem Tiefstand von 1950 allmählich wieder zu normalisieren.

Die Unterscheidung nach dem Geburtsort widerlegt die tief verwurzelte Vorstellung, ein Ausländer müsse auch ein «Fremder» sein.

VERTEILUNG DER AUSLÄNDISCHEN BEVÖLKERUNG DER SCHWEIZ NACH DEM GEBURTSORT¹⁵

Zähljahre	Geburtsort der Ausländer		Geburtsort der Deutschen	
	Schweiz %	Ausland %	Schweiz %	Ausland %
1888	38,9	61,1		
1900	35,9	64,1	39,6	60,4
1910	35,1	64,9	38,7	61,3
1920	41,9	58,1		
1930	40,2	59,8	37,5	62,5
1941	49,7	50,3		
1950	34,8	65,2		
1960	15,3	84,7		

Lange Zeit war bei den Reichsangehörigen der Anteil der in der Schweiz Geborenen grösser als beim Durchschnitt aller Ausländer. Obwohl für die Aufschlüsselung der Gebürtigkeit bei den einzelnen Nationalitäten nur ein rudimentäres Zahlenmaterial

beizubringen ist, veranschaulichen schon diese wenigen Daten die starke Verwurzelung der Deutschen in der Schweiz. Von ihnen war mehr als ein Drittel seit Geburt mit ihrem Gastland eng verwachsen. Für viele war es zur eigentlichen Heimat geworden, ohne dass der Frage nach dem Staatsbürgerrecht grosses Gewicht beigemessen wurde. Überraschen mag das Ergebnis von 1930. Während nach 1914 die Zahl der im Ausland Geborenen infolge der abgebremsten Zuwanderung zurückging, verlief bei den Deutschen die Entwicklung davon abweichend. Der Erste Weltkrieg hat, dies würde wohl die fehlende Ziffer von 1920 verdeutlichen, den traditionellen Bestand der in unserem Land geborenen und zumeist auch hier aufgewachsenen Reichsangehörigen besonders hart getroffen. Im Unterschied zu den Reichsgebürtigen fanden sich unter ihnen zahlreiche Familienväter, deren Einberufung oder Rückkehr in vielen Fällen auch die Rückwanderung ihrer Frauen und Kinder zur Folge hatte. Aus der Altersgliederung der ausländischen Wohnbevölkerung im Jahr 1920 geht hervor, dass die Gruppe der 15- bis 19jährigen eine beträchtliche Einbusse erfahren hatte. Da diese während der Kriegsjahre für die militärische Einberufung noch zu jung waren, deutet dieser Schwund ebenfalls auf eine starke Abwanderung ganzer Familien hin, die bei den Deutschen in grossem Umfange stattgefunden haben muss. Andererseits haben sich auch die besonders während der ersten Kriegsjahre vorgenommenen Einbürgerungen, die zumal den hier geborenen Deutschen zugute gekommen sind, auf die Zahlenverschiebung bei der Aufgliederung nach dem Geburtsort ausgewirkt.

Die Altersstruktur unter den in der Schweiz und den im Ausland geborenen Deutschen war völlig verschieden. Dieses Resultat ergibt sich aus den für die Deutschen einzig noch für das Jahr 1930 ausfindig gemachten und bisher nicht publizierten Zahlen:

DEUTSCHE AUSLÄNDERBEVÖLKERUNG NACH ALTER UND GEBURTSORT 1930¹⁶

Altersgruppen in Jahren	In der Schweiz geborene Deutsche				Im Ausland geborene Deutsche			
	Männlich		Weiblich		Männlich absolut in %		Weiblich absolut in %	
	absolut	in %	absolut	in %				
0-19	10 519	53,3	10 772	35,1	3 806	12,2	8 423	16,0
20-49	8 364	42,3	15 167	49,3	17 304	55,4	33 447	63,3
50 und mehr	865	4,4	4 805	15,6	10 141	32,4	10 948	20,7
Total	19 748	100,0	30 744	100,0	31 251	100,0	52 818	100,0

Wie weit sich die Einwirkungen des Ersten Weltkrieges auf die Altersstruktur bemerkbar machten, zeigt die nachfolgende Tabelle auf. Auch wenn wir sie schon jetzt als erheblich in Rechnung stellen, fällt der starke Gegensatz zwischen den beiden Altersgliederungen auf. Dass bei den Reichsgebürtigen die Minderjährigen nur schwach vertreten sein würden, lag auf der Hand. Sie waren allermeist im erwerbsfähigen Alter in die Schweiz gekommen. Ebenso selbstverständlich war, dass bei den in der Schweiz Geborenen die Jugendlichen einen markanten Anteil stellen würden. Hingegen gibt die Tatsache, dass bei den hier Geborenen männlichen Geschlechts mehr als die Hälfte Minderjährige waren, wiederum der durch den Krieg hervorgerufenen abnormen Situationen Ausdruck. Von der männlichen Jugend unter zwanzig Jahren sind in früherer Zeit über zwei Drittel in der Schweiz geboren worden. Vor oder während des Ersten Weltkrieges zur Volljährigkeit herangewachsen, wurden diese Jahrgänge von den militärischen Einberufungen besonders hart getroffen. Durch diese Abnahme der in der Schweiz geborenen Erwachsenen verschob sich das Gewicht nach den minderjährigen Altersklassen hin, während bei den Mädchen und Frauen die traditionelle Altersgliederung relativ stabil geblieben ist. Die frappierende Absenz der über Fünfzigjährigen hat noch eine weitere Ursache. Vor 1914 war es für den Niedergelassenen von untergeordneter Relevanz, ob er die deutsche Staatsbürgerschaft behielt oder ob er sich einbürgern liess. Mit der Preisgabe der Freizügigkeit und mit der restriktiven Ausländerpolitik während der Zwischenkriegszeit hat sich dies radikal geändert. Deutschlands Traum von seiner Weltmacht war zerstört, Inflation und Wirtschaftskrisen hatten es zerrüttet. Wer in der Schweiz geboren war und hier bleiben wollte, bemühte sich jetzt mit grösserem Eifer um die Naturalisierung. Die beachtliche Präsenz von 20- bis 24jährigen aus Deutschland gebürtigen Frauen ist eine Folge der Sitte, dass die deutschen Töchter aus kleinbürgerlichen und bäuerlichen Schichten gerne ein Haushaltsjahr in der Schweiz womöglich gemäss dem in Württemberg bekannten Ausspruch verbrachten: «Mädle, geh in die Schweiz nei und mach dei Glück.»

Über die Geburtenhäufigkeit und Mortalität unter der deutschen Bevölkerung sind für die Schweiz wenig konkrete Angaben auszumachen.¹⁷ Wenn vor 1914 die Natalität höher und die Sterbequote geringer gewesen ist als bei der einheimischen Bevölkerung, so lag dies weniger in einer wesentlichen Steigerung der Fruchtbarkeit, sondern in der hierfür günstigeren Zusammensetzung der einzelnen Altersstufen begründet. Leider fehlen Unterlagen, die über die Verschiebung innerhalb der Alters-

struktur Auskunft geben. Trotzdem lässt sich indirekt schliessen, dass die empfindliche Störung eines lebenskräftigen Bevölkerungsorganismus auch die Natalität beeinträchtigt hat. Die einzigen Hinweise geben die für 1930 noch erhaltenen Daten, auf Grund von denen die nachstehend aufgezeigte Altersgliederung der Deutschen in der Schweiz rekonstruiert werden kann. Indem wir sie mit jener der Ausländer und der Schweizer vergleichen, ergeben sich zusätzliche Aufschlüsse. Die schweizerische Bevölkerungsstruktur lässt sich mit dem Bild einer Pyramide vergleichen, bei der die jüngsten Jahrgänge die Basis bilden. Das trifft für das männliche ebenso wie für das weibliche Geschlecht zu und zeugt für eine gesunde Bevölkerungsentwicklung. Die Altersgliederung der Ausländer vor 1914 ist durch andere Charakteristika gekennzeichnet: durch die geringe Besetzung der hohen Altersgruppen und durch das Übergewicht der jungen Erwachsenen.

WOHNBEVÖLKERUNG DER SCHWEIZ NACH ALTERSKLASSEN, GESCHLECHT UND HEIMAT IN PROMILLEZAHLEN¹⁸

Altersklassen	Deutsche 1930		Ausländer				1930		Schweizer 1930	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
0- 4	20	20	53	52	26	25	24	24	42	41
5- 9	22	22	45	46	47	47	27	27	44	44
10-14	20	20	40	41	50	53	27	26	42	41
15-19	45	81	56	55	46	63	50	70	44	42
20-24	59	113	57	56	30	60	56	82	44	44
25-29	43	75	63	51	28	53	46	58	41	44
30-34	24	50	54	45	34	50	31	44	38	42
35-39	17	43	43	36	38	47	26	39	33	37
40-44	22	42	34	28	37	42	30	39	30	33
45-49	26	39	24	21	32	33	31	37	29	31
50-54	25	34	17	16	25	26	29	33	27	30
55-59	20	27	12	12	18	20	23	26	23	25
60-64	15	21	9	10	12	16	17	20	18	21
65-69	10	15	5	7	8	11	11	15	14	17
70-74	6	10	3	4	5	8	7	10	9	12
75-79	3	5	1	2	2	4	3	6	5	6
80 und mehr	2	4	1	1	1	3	2	4	3	4
Total	379	621	517	483	439	561	440	560	486	514

Was bei den aufgeführten Altersgliederungen der ausländischen Bevölkerung insgesamt in gemilderter Form zum Ausdruck kam, traf die Deutschen mit voller Härte. Noch 1930 ist sichtbar, wie stark der Krieg die Reihen jener Altersklassen gelichtet hatte, die jetzt im dritten und vierten Lebensjahrzehnt standen. Die umfangreichen Quoten der Altersklassen zwischen fünfzehn und dreissig vermitteln einen Begriff von der Fertilität der deutschen Ausländerbevölkerung vor dem Ersten Weltkrieg. Da sie noch zu jung gewesen waren, blieben sie vom Blutzoll des Krieges weitgehend verschont. Die geringe Zahl der in der Nachkriegszeit Geborenen veranschaulicht, dass die Natalität sich im Vergleich mit der Situation vor 1914 um mehr als die Hälfte reduziert hatte, während die bejahrten Altersgruppen nun stärker besetzt waren als früher. Die aussergewöhnlich hohe Zahl der deutschen Mädchen, die um die zwanzig Jahre alt waren, erinnert nicht nur an die im Haushalt Tätigen, sondern auch an das hier vorhandene «Heiratspotential» und führt zur Frage nach dem Zivilstand.

4. Zivilstand

Da nur die Verhältnisse von 1930 ein eingehenderes Bild vermitteln, begnügen wir uns mit den wichtigsten Daten. Von den Deutschen in der Schweiz waren zu diesem Zeitpunkt 30% verheiratet und 64% ledig. Auch hier ergeben sich zwischen den im Gastland Geborenen und den übrigen markante Unterschiede:

DEUTSCHE AUSLÄNDERBEVÖLKERUNG NACH ZIVILSTAND, GESCHLECHT UND GEBURTSORT 1930¹⁹

Geburtsort	Ledige		Verheiratete		Verwitwete		Geschiedene	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.
Schweiz								
Absolute Zahl	15 664	19 150	3 899	9 855	90	1 435	95	304
Prozentzahl	11,6	14,2	2,9	7,3	0,1	1,1	0,1	0,2
Ausland								
Absolute Zahl	13 505	38 107	15 991	10 303	1 409	3 725	346	683
Prozentzahl	10,0	28,3	11,9	7,7	1,0	2,8	0,3	0,5

Während bei den im Ausland geborenen Reichsdeutschen die verheirateten Männer überwiegen, weist die andere Gruppe viermal mehr Ledige als Verehelichte auf. Natürlich sind die in der Schweiz Aufgewachsenen nicht weniger heiratslustig gewesen als die von Deutschland Zugewanderten. Ganz im Gegenteil zeigt sich, dass von den hier geborenen Deutschen weiblichen Geschlechts relativ mehr Frauen verheiratet sind als unter jenen, die zumeist nur für einen vorübergehenden Erwerb über die Grenze gekommen sind. Die übergrosse Lücke bei den Männern in den ehefähigen Altersklassen hat bei den in der Schweiz Geborenen das abnorme Übergewicht der Ledigen und Minderjährigen verursacht. Von den in der Schweiz geborenen ledigen Frauen war nur ein Fünftel dreissig und mehr Jahre alt. Die Klasse der 20-24-jährigen war 1930 doppelt so gross wie jene der 25-29-jährigen. In diesem Bereich liegt denn auch die grösste Heiratsquote. Wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht, gilt es nicht nur die Eheschliessung unter den deutschen Landsleuten zu beachten. Die Heiraten zwischen deutschen und schweizerischen Staatsangehörigen machen sogar den Hauptanteil in dieser Heiratsbilanz aus:

HEIRATEN DEUTSCHER STAATSBÜRGER IN DER SCHWEIZ 1886-1970²⁰

Zeitraum	Deutscher Bräutigam mit		Deutsche Braut mit		Deutscher mit einer Deutschen
	Schweizerin	Ausländerin*	Schweizer	Ausländer*	
1886-1890	2865	115	3065		2085
1891-1895	3140	140	3545		2780
1896-1900	4150	240	4455	365**	3755
1901-1905	4105	315	4715		3420
1906-1910	4845	490	5145	380***	4055
1911-1915	3990	530	4945		3375
1916-1920	1305	225	6795		935
1921-1925	1925	250	7570		1110
1926-1930	2340	275	7830		1005
1931-1935	2425	300	9790		975
1936-1940	1755		8710		
1941-1945	710		4135		
1946-1950	790		3790		
1951-1955	1155		6715		
1956-1960	2645		9885		
1961-1965	4255		9425		
1966-1970	4245		6525		

* Ohne Deutsche ** Für 1891 bis 1900

*** Für 1901 bis 1910

Vor dem Ersten Weltkrieg haben die Heiraten zwischen den Deutschen die grösste Steigerung erfahren. Sie ist nicht allein auf die Zuwanderung ganzer Familien aus Deutschland zurückzuführen. Vielmehr zeugt sie von dem regen Kolonieleben unter den Auslandsdeutschen. Ausserdem war es in nationalistischen Kreisen Ausdruck eines elitären Deutschtumsglaubens, den Ehepartner aus den Reihen der Kolonie zu wählen. Die hohe Zahl der hier lebenden Reichsangehörigen bot auch eine grosse Auswahl.

Nach dem Krieg war an eine Familienzwanderung in grösserem Umfange nicht zu denken. Das Kolonieleben war an gesellschaftlichen Anlässen ärmer geworden. Soziale und wirtschaftliche Faktoren begünstigten nun ganz die Heiraten zwischen Deutschen und Schweizern. Auch vor 1914 hatten die Mischehen eindeutig dominiert. Ohne wesentliche sprachliche Hindernisse und im Arbeitsprozess zumeist voll integriert, lebten die Reichsangehörigen mit der einheimischen Bevölkerung in den deutschsprachigen Kantonen in enger Tuchfühlung. Kein anderer Ausländer, von den Österreichern abgesehen, fand so günstige Voraussetzungen. Bei den Verbindungen von Deutschen mit Schweizerinnen bewirkte der Mangel an heiratsfähigen Männern ein Absinken der Eheschliessungen während der Jahre vor und nach Kriegsende. Vor allem aber machten die unstabilen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Deutschland solche Heiraten für die Schweizerinnen wenig attraktiv. Umgekehrt war der Schweizer angesichts des enormen Frauenüberschusses noch mehr als früher zum begehrten Heiratspartner geworden. In den Jahren 1916 bis 1940 ehelichten von hundert Schweizern sechs eine Deutsche. Nur ein Teil von ihnen stammte aus den Reihen der Kolonie. Vor allem in Akademikerkreisen, wo es üblich war, ein oder mehrere Studiensemester an deutschen Universitäten zu verbringen, hatte mancher seine Ehefrau von drüben mitgebracht. Der Zweite Weltkrieg bewirkte aus durchsichtigen Gründen vor allem bei den Heiraten zwischen Schweizerinnen und Deutschen eine abrupte Verminderung. Nach 1950 erfuhren die Mischehen eine hektische Steigerung, deren Höhepunkt 1960 bis 1964 durchlaufen wurde. Seither sind sie der Tendenz nach wieder stark rückläufig. Im Jahr 1974 kamen nur 1247 Heiraten zwischen den benachbarten Völkern zustande; derart niedrige Zahlen hatte es, von der Extremsituation der Jahre 1940-1949 abgesehen, seit 1890 kaum mehr gegeben.

5. Einbürgerung

Die Naturalisationen waren vor 1914 das einzige Mittel gewesen, um einen Abbau des deutschen Ausländerbestandes zu erreichen. Die Kantone mit den umfangreichsten Ausländerkontingenten waren in der Regel auch die einbürgerungswilligsten. Zürich, das die grösste deutsche Ortskolonie besass, sowie die Stadt Basel nahmen lange Zeit über die Hälfte aller Naturalisationen von Deutschen vor. Da es für diese naturgemäss am leichtesten war, das Bürgerrecht zu erwerben, besaßen sie bei den Einbürgerungen vor den übrigen Ausländern einen zahlenmässig bedeutenden Vorsprung, der sich nur allmählich verringerte. Vor dem Krieg erreichten die Badenser, dann auch die Württemberger und Elsässer die grössten Einbürgerungsquoten, während die Bayern und Preussen weit zurückstanden.²¹ Es ist nicht möglich, die genauen Einbussen festzustellen, die unter Auslandsdeutschen allein durch den Wechsel der Staatsangehörigkeit entstanden waren. Die nachfolgende Berechnung gibt allenfalls einen Anhaltspunkt, die in Frage stehende Zahlendimension abzuschätzen:

VERÄNDERUNG DES BESTANDES DER DEUTSCHEN IN DER SCHWEIZ DURCH EINBÜRGERUNG UND VERHEHELICHUNG 1889-1950²²

Zeitraum	Abnahme durch		Zunahme durch	
	Einbürgerung in der Schweiz	Verheiratung mit Schweizern	Verheiratung mit Schweizerinnen	Abnahme insgesamt
1889-1910	34 698	19 086	17 386	36 398
1911-1920	38 182	11 740	5 295	44 627
1921-1930	20 940	15 400	4 265	32 075
1931-1940	18 737	18 502	4 181	33 058
1941-1950	11 577	7 925	1 503	17 999
Insgesamt	124 134	72 653	32 630	164 157

Wurden 1914 2'889 Deutsche naturalisiert, so waren es drei Jahre später 6'225. Möglichst viele suchten jetzt vor dem Grauen des Krieges im neutralen Port sicheren Schutz. Trotz der Erleichterungen, die das Bundesgesetz vom 25. Juni 1903 sowie ergänzende kantonale Bestimmungen zu schaffen gesucht hatten, war die Naturalisation bis dahin nur mangelhaft genutzt worden. Mit den Restriktionen, die die

Schweiz gegen Kriegsende aus wirtschaftlichen und politischen Erwägungen ergriff, fand auch die liberal gehandhabte Einbürgerungspolitik ein Ende.

Die obenstehende Aufstellung vermag natürlich nur rudimentäre Angaben zu den Veränderungen zu machen, die in Wirklichkeit unter den Deutschen in der Schweiz stattgefunden haben. Zunächst sind einmal die Heiraten zwischen Deutschen und Ausländern zu berücksichtigen, wobei uns insbesondere die Daten über die Verheiratung einer deutschen Braut mit einem Ausländer von zwei Ausnahmen abgesehen nicht bekannt sind. Dürften die hier entstandenen Differenzen durch Bürgerrechtswechsel für die Gesamtbilanz nicht allzusehr ins Gewicht fallen, so resultiert ein grosser Unsicherheitsfaktor daraus, dass nur geschätzt werden kann, wie weit sich die Heiraten überhaupt auf die in der Schweiz wohnenden Deutschen bezogen. Bekannt ist, dass von jenen Schweizern, die in den Jahren 1930 bis 1941 eine Ausländerin ehelichten, nur 11% eine Braut heirateten, die vorher nicht in der Eidgenossenschaft ansässig gewesen war.²³ Angesichts der engen Verbindung nach Deutschland dürfte vor allem in früheren Zeiten bedeutend mehr jenseits des Rheins lebende Bräute von Schweizern heimgeführt worden sein. Gleichwohl haben auch in dieser Kategorie die unter den in der Schweiz wohnhaften Brautleuten geschlossenen Ehen den überwiegenden Teil ausgemacht. Zu berücksichtigen wären auch die Wiedereinbürgerungen, die im Zeitraum von 1931 bis 1945 18% aller Naturalisationen von Reichsangehörigen ausmachten. Andererseits haben sich die verwitweten und geschiedenen Schweizerinnen, die in erster Linie für die Wiedereinbürgerung in Frage kamen, während ihrer Ehe zum Teil in Deutschland niedergelassen und waren daher für den Bestand der deutschen Staatsbürger in der Schweiz irrelevant.²⁴ Zudem wird hier einmal mehr deutlich, dass aus rechtlich formalen Gründen Personen zur deutschen Ausländerbevölkerung gezählt wurden, die sich gesinnungsmässig als Einheimische fühlten. Die oben wiedergegebene Tabelle dient denn auch als Beispiel, Grenzen und Problematik aufzuzeigen, die sich aus einem mangelhaften Quellenmaterial ergeben.

Vollends fehlen zuverlässige Zahlen, die über die Ab- und Zuwanderung den gewünschten Aufschluss geben, und auch über den Geburtenüberschuss ist bei den hiesigen Deutschen im Einzelnen nichts bekannt. Solange vor 1914 die starke Zuwanderung anhielt, machten sich die Einbürgerungsverluste wenig bemerkbar. Seit Kriegsausbruch verlief bei den hiesigen Reichsangehörigen die Bevölkerungsbewegung in absinkender Richtung; umso empfindlicher wirkten sich daher die Abgänge durch Einbürgerungen aus. Wie sehr sie die Gewichte verschoben, zeigte sich in den

Jahren 1920 bis 1930, in denen ohne sie im Grunde genommen ein bescheidener Zuwachs zu verzeichnen gewesen wäre. Trotz der Schwierigkeiten war neben den erneut Arbeitssuchenden eine grössere Anzahl von Personen zurückgekehrt, die ihre Familien in der Schweiz gelassen hatten. Da die Kolonie von den Einbürgerungen nun in ihrem Bestand tiefer getroffen wurde, wird plausibler, wieso von deutscher Seite schon vor der Hitlerzeit die «Verschweizerung» der hier ansässigen Deutschen stärker als früher beklagt worden ist.

6. Muttersprache und Konfession

Welcher Muttersprache gehörten die in der Schweiz lebenden Deutschen an? Die Frage klingt paradox. Überraschenderweise belehrt die folgende Aufgliederung eines Besseren:

DEUTSCHE NACH IHRER MUTTERSPRACHE²⁵

Jahre	Deutsch	Französisch	Italienisch	Rätoromanisch	Andere Sprachen
1910	212 329	6 524	199		478*
1930	131 357	2 544	267	117	276

* Inbegriffen Deutsche mit rätoromanischer Muttersprache.

Unter den Auslandsdeutschen existierte also eine fremdsprachige Minderheit von 3,4% (1910), die sich in den beiden folgenden Jahrzehnten auf 2,4% verkleinerte. Diese Minoritäten waren aus den Ansätzen des Integrationsprozesses der Reichsangehörigen in den nichtdeutschsprachigen Kantonen entstanden. Vor allem aus Mischehen zwischen Deutschen und Schweizerinnen gingen sprachlich gemischte Familien hervor. Während der Ehemann bei den Volkszählungen weiterhin deutsch als seine Muttersprache angab, bekannten sich Frau und Kinder zur Sprache ihres Wohnkantons.²⁶ Auch in der Westschweiz gab es einen beachtlichen Bestand lang-

ansässiger Reichsangehöriger. Durch die Sprachtabelle wird bekräftigt, dass nach 1914 die deutsche Kolonie in der französischsprachigen Schweiz relativ stärker abgebaut wurde als anderswo. Einzig der Kanton Tessin hatte einen Zuwachs zu verzeichnen, der sich nach 1920 noch derart steigerte, dass in der Sprachbilanz Italienisch im Gegensatz zu den übrigen Gruppen einen Gewinn aufweist.

Eine raffinierte Aufschlüsselung für das Zähljahr 1930 ermöglicht es, die konfessionellen Verhältnisse festzustellen und zugleich die Zusammenhänge mit der Muttersprache offenzulegen:

DEUTSCHE NACH MUTTERSPRACHE UND KONFESSION 1930²⁷

Konfession	Deutsch	Französisch	Italienisch	Rätoromanisch	Andere	Total	Männlich	Weiblich
Protestantisch	63 888	1 672	33	44	139	65 776	26 188	39 588
Römisch-katholisch	63 369	772	223	70	83	64 517	22 380	42 137
Israelitisch	1 228	35	2	1	20	1 286	595	691
Andere, ohne Konfession	2 872	65	9	2	34	2 982	1 836	1 146

auffallend gleichmässig, obwohl die Einwohner in den süddeutschen Staaten zu zwei Dritteln katholisch waren. Bei den Katholiken überwiegen die Frauen, unter denen das süddeutsche Element stärker hervortrat, am deutlichsten. Die regionale Aufgliederung würde weniger ausgewogen ausfallen, wie das Übergewicht der französisch sprechenden Protestanten andeutet. Verhältnismässig zahlreich sind die 1'286 Deutschen jüdischen Glaubens, denen insgesamt 9803 Schweizer Juden gegenüberstehen. Geradezu seltsam wirkt der wohl im Kanton Graubünden lebende deutsche Staatsbürger jüdischer Konfession mit romanischer Muttersprache.

7. Berufsgliederung

Das Dahinschwinden der einst blühenden Kolonie und ihre deformierte Komposition schon vor dem Aufkommen des Dritten Reiches hat in seinem ganzen Ausmasse erst die statistische Analyse erbracht. Ohne sie wird eine umfassende Beurteilung des nationalsozialistischen Einbruchs kaum möglich sein. Noch gilt es, den bedeutendsten aller strukturellen Aspekte zu untersuchen: die berufliche Gliederung und die mit ihr verbundene soziale Schichtung. Die einleitend erwähnten Quellenmängel treffen gerade diesen Bereich empfindlich. Zwar liegen vereinzelt aufschlussreiche Statistiken vor, die aber für fast jeden Zeitabschnitt anders geartet und zu Analogieschlüssen wenig geeignet sind. Die vor dem Ersten Weltkrieg publizierten Ergebnisse der eidgenössischen Betriebszählung, die 1905 die deutschen Beschäftigten noch gesondert aufführte, schlossen etwa auch die Saisonarbeiter ein, während die für 1920 einzig durch die Volkszählung erhältlichen Angaben nur die im Winter in der Schweiz wohnhaften Ausländer mit einbezog. Selbst dort, wo bei vergleichbaren Zählungen die erfasste Masse der Erwerbstätigen identisch und die einzelne Staatszugehörigkeit ausgewiesen war, erschwerte die verschiedenartige Datenpräsentation eine vergleichende Auswertung, soweit eine Weiterführung von früher veröffentlichten Tabellen nicht überhaupt unterblieb.

Um die berufliche Gliederung der Auslandsdeutschen vor dem Ersten Weltkrieg kennenzulernen, seien in erster Linie die Resultate der Betriebszählung vom 9. August 1905 beigezogen.²⁸ Ihre numerischen Angaben tragen temporären Charakter. Auch sind die Kriterien, nach denen damals Betriebsgruppen und Betriebsarten zusammengefasst worden sind, antiquiert und mangelhaft. Die Weltkriege und die konjunkturellen Schwankungen führten im Verlauf der Jahrzehnte zu erheblichen Bestandesverschiebungen; ebenso wirkte sich der durch den fortlaufenden Industrialisierungsprozess verursachte Bedeutungsverlust einzelner Gewerbekategorien aus. Gleichwohl gehören das Überwiegen gewisser Erwerbszweige und die Konzentration mancher Gewerbearten auf bestimmte Regionen mit zu jenen Merkmalen, die für die berufliche Gliederung der Deutschen über den Zeitpunkt jener Bestandesaufnahme hinaus Verbindlichkeit besitzen.

7. 1 Urproduktion

In den Betrieben der Urproduktion nahmen die Deutschen zahlenmässig eine bescheidene Stellung ein. Die Verhältnisse in der *Forstwirtschaft*, in *Jagd* und *Fischelei* sind kaum erwähnenswert; ebensowenig im *Bergbau*, wo hingegen 45,7% aller Arbeitenden Italiener waren.²⁹ In der *Landwirtschaft* wurden im Jahr 1905 im Ganzen 5'507 Reichsangehörige gezählt, die an den insgesamt dort Beschäftigten mit 0,7% Anteil hatten. Dieser korrespondiert mit jenem der Franzosen, während die Italiener den grössten Bestand (1,3%) aufwiesen.³⁰ Das Hauptkontingent dieser Einwanderer absorbierten die Grenzkantone, vor allem der Thurgau und das bis an die Peripherie reichende Zürich, während die Innerschweiz und typische Agrarkantone wie das Wallis nur einen geringen Aufnahmebedarf verrieten.³¹ Völlig aus dem Rahmen fielen die Verhältnisse in Basel-Stadt, wo 1905 jeder Fünfte der zur Landwirtschaft Gehörigen ein Reichsbürger war. Diese betätigten sich in einigen mit der landwirtschaftlichen Produktion verbundenen «Spezialzweigen ohne Grund und Boden».³² Betrachtet man die soziale Stellung, so finden sich unter den Ausländern bei den Italienern die zahlreichsten Arbeiter, bei den Deutschen dagegen die meisten Selbständigen. Von den Tagelöhnern war nur ein kleiner Teil nicht italienischer Herkunft. Wohl über vier Fünftel der in dieser Erwerbsgruppe tätigen Reichsangehörigen waren Niedergelassene.

7. 2 Industrie und Gewerbe

In den Betrieben der Industrie und des Gewerbes arbeiteten im Jahre 1905 insgesamt 24,4% Ausländer. Das grösste Kontingent stellten mit 85'866 Erwerbstätigen die Italiener, von denen mehr als die Hälfte in den mit der Bauwirtschaft verbundenen Betriebsarten Verdienst suchte. 7,2% aller in Industrie und Gewerbe Beschäftigten waren deutsche Staatsbürger. Diese 45'093 Reichsangehörigen bestanden zu 70%, das waren 31'605 Lohnempfänger, aus Arbeitern und Hilfskräften. Bei den Italienern umfasste diese Erwerbsgruppe sogar neun Zehntel ihrer hier tätigen Landsleute.³³ Die nachfolgende Zusammenstellung gibt die Rangfolge der Betriebsarten wieder, die unter ihren Beschäftigten mehr als 500 deutsche Arbeiter aufwiesen. Um den Vergleich mit den zahlenmässig gewichtigeren, aus dem Süden kommenden Erwerbstätigen zu ermöglichen, sei die analoge Verteilung für die Italiener beigefügt:³⁴

TECHNISCHE ARBEITER UND GEHILFEN
DEUTSCHER UND ITALIENISCHER NATIONALITÄT IN AUSGEWÄHLTEN
BETRIEBEN DER INDUSTRIE UND DES GEWERBES 1905*

Deutsche		Italiener	
Eisengiesserei und Maschinenfabrikation	2 575	Eisenbahn- und Strassenbau, Hoch- und Tiefbau	44 011
Seidenindustrie	2 563	Maurerei	5 564
Schreinerei	2 334	Ziegel- und Backsteinbrennerei	2 560
Eisenbahn- und Strassenbau, Hoch- und Tiefbau	1 671	Seidenindustrie	2 037
Stickerei	1 627	Stickerei	1 789
Schneiderei	1 357	Baumwollindustrie	1 687
Bäckerei und Konditorei	1 184	Schreinerei	1 527
Brauerei	1 153	Eisengiesserei und Maschinenindustrie	1 462
Verfertigung von Schuhwaren	962	Gipserei und Stukkaturarbeiten	1 455
Buch- und Zeitungsdruckerei	891	Herstellung von Zementwaren	1 431
Zimmerei	860	Verfertigung von Schuhwaren	904
Haarpflege	808	Wollindustrie	864
Flach-, Bau- und Dekorationsmalerei	1'763	Gas-, Wasser- und Heizungs- einrichtungen	656
Bau- und Kunstschlosserei	737	Bau- und Kunstschlosserei	633
Baumwollindustrie	663	Elektrische Werke für Abgabe von Kraft und Beleuchtung	609
Metzgerei und Wursterei	590	Steinhauerei	598
Ziegel- und Backsteinbrennerei	531	Herstellung von Schokolade	579

* In industriellen und gewerblichen Betrieben mit mehr als 500 beschäftigten Deutschen, bzw. Italienern.

Unter den Ausländern besticht die Berufsgliederung der Deutschen durch ihre weitgefächerte Verteilung, die zwar Schwerpunkte, aber keine den Italienern vergleichbare Konzentration auf nur eine bestimmte Branche aufweist. Betrachtet man die Gesamtheit der 45'093 Deutschen, die in Industrie und Gewerbe ihren Verdienst suchten, so betätigten sich von ihnen 13'030 in den Zweigen der *Bauindustrie*; doch diese repräsentierten lediglich 6,6% aller dort Beschäftigten, während der italienische Anteil 32,9% betrug. Im Gegensatz zu den Italienern traten Deutsche im Hoch- und Tiefbau sowie im Strassen- und Geleisebau (1'960 Reichsangehörige) kaum hervor, es sei denn durch Pionierleistungen einzelner Ingenieure; dagegen erlangten sie in einigen Sparten des qualifizierten Handwerkertums vermehrte Bedeutung. Von allen in der Schweiz im Jahre 1905 tätigen Flach- und Dekorationsmalern besaßen

1'051 oder 15,9% die deutsche Staatsangehörigkeit; auch in der Schreinerei stellten die Reichsbürger mit 3'166 Beschäftigten (13,3%) ein beachtliches Kontingent. Ebenfalls Erwähnung verdient ihr Anteil in der Bau- und Kunstschlosserei (10,3%) sowie in der Zimmerei (7,6%). Im Spezialzweig der Vergolderei und Rahmenmacherei, der dieser grossen Betriebsgruppe zugezählt wurde, repräsentierten die 91 Deutschen immerhin 14,2% aller mit jenem Kunsthandwerk Verbundenen. Derjenigen Betriebsgruppe, die die Zählung von 1905 unter dem Begriff «*Kleidung und Putz*» zusammengefasst hat, gehörten 9'565 (9,5%) Deutsche an. Frühere Beobachtungen finden hier nun auch durch die Statistik ihre Bestätigung. Allein der Schneiderei und Konfektion hatten sich 3471 Reichsangehörige zugewandt, deren Branchenanteil von 8,8% aller hier Beschäftigten von jenem bei der Haarpflege (1'578 Deutsche, 28,8%) bei Weitem übertroffen wurde. Der deutsche Beschäftigtenanteil bei der Verfertigung von Schuhwaren aller Art belief sich auf 9,3% (2'077 Deutsche). Erneut erregt ein Spezialzweig die besondere Aufmerksamkeit. Obwohl sich die Gruppe der 55 deutschen Kürschner ziffernmässig bescheiden ausnimmt, war ihre Position unter den in dieser Betriebsart Tätigen mit 21,7% ungewöhnlich stark.

Die Betriebszählung von 1905 wies unter der Gruppenbezeichnung «*Bearbeitung der Metalle, Herstellung von Maschinen und Werkzeugen*» 6'368 Deutsche aus, die mit 5,9% den grössten Ausländeranteil stellten. Fast die Hälfte von ihnen arbeitete in Eisengiessereien und Maschinenfabriken (3'047 Reichsbürger). Ähnliche Verhältnisse herrschten in der Betriebsgruppe «*Herstellung von Gespinsten und Geweben*», wo 6'270 deutsche Erwerbssuchende (5,6%) ausfindig gemacht worden waren. Stand hier für sie die Stickerei sowie die Seidenstoff- und Seidenbandweberei im Vordergrund, so verkörperten die 649 Deutschen in der Seidenfärberei und -druckerei einen weit über dem Durchschnitt liegenden Beschäftigtenanteil von 18,5%. Mit der «*Herstellung von Nahrungs- und Genussmitteln*» befassten sich 5'569 Deutsche (8,7%), von denen 2'153 (9,6%) in Bäckereien und Konditoreien arbeiteten. Eine ganz hervorragende Rolle spielten jedoch die 1'328 in Bierbrauereien tätigen Reichsangehörigen, die zu 33,1% am gesamten Brauereipersonal partizipierten. Ebenfalls hoch lag der deutsche Beschäftigtenanteil in den verschiedenen Produktionszweigen der *chemischen Industrie* (15,3%), wo bei der Farbstoffchemie 27,2% und bei der Herstellung von gewerblichen Chemikalien, Säuren und nichtpharmazeutischen Präparaten 25,6% aller Tätigen Deutsche waren. Ziffernmässig bekräftigt wird nun auch der markante deutsche Anteil im *graphischen Gewerbe*, in *Buchbin-*

dereien und in der *Papierproduktion*, wurden doch in dieser Betriebsgruppe 2'271 Deutsche oder 12,2% Reichsangehörige gezählt. Einen Höchstwert hinsichtlich des deutschen Beschäftigtenanteils wies mit 19,8% (221 Personen) die Sparte «Photographie» auf.³⁵

Der Zweck dieser Übersicht war es, offenzulegen, wie stark die deutschen Erwerbstätigen am gesamten Personal der einzelnen Betriebsgruppen beteiligt gewesen waren. Die hier genannten absoluten Zahlen sind mit jenen Werten, die in der vergleichenden Tabelle im Kapitel über die soziale Schichtung angegeben werden, nicht identisch, weil deren Zusammenfassung nach Gewerbeklassen eine modifizierte Einteilung zu Grunde liegt. Kombiniert man die in Industrie und Gewerbe aufgezeigte berufliche Gliederung mit der geographischen Aufschlüsselung, so zeigt sich einmal mehr, dass Zürich und Basel-Stadt auch in diesem Bereich die meisten deutschen Staatsbürger auf sich konzentriert haben. Werden hingegen die deutschen Erwerbstätigen mit den Gesamtzahlen des industriellen Personals in den einzelnen Kantonen verglichen, so ergibt sich eine veränderte Reihenfolge; Basel-Stadt (31,2%) schliessen sich Schaffhausen (24,1%) und Thurgau (12,7%), an; erst jetzt folgen Zürich (11,0%), Basel-Land (9,7%) und St. Gallen (9,2%).³⁶

Kennzeichnend für die soziale Schichtung ist, dass die Deutschen die meisten Selbständigen aufweisen. Ihre Betriebsinhaber hatten sich vor allem den gewerblichen Berufsarten zugewandt und waren in den Sparten Schneiderei, Schuhwaren, Haarpflege, Schreinerei, Bäckerei und Konditorei besonders häufig vertreten. Aber auch die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie die Lehrlinge übertrafen die Bestände der übrigen Ausländer bei Weitem.³⁷ Auch hier zeigen sich die Gemeinsamkeiten mit der strukturellen Gliederung der Franzosen, die ebenfalls einen hohen Prozentsatz an Selbständigen aufwiesen.

Die Betriebszählung von 1905 ergab, dass von den in der *Heimindustrie* beschäftigten Personen lediglich 3% Deutsche waren. Der Anteil der übrigen Ausländer lag bedeutend niedriger. Von den 2720 Reichsangehörigen suchten sich 707 in der Schneiderei, wo jeder Fünfte ein Deutscher war, ihr Auskommen. Im Kanton St. Gallen besass die Heimindustrie ihren Hauptstützpunkt; hier verdienten sich 916 Bürger des Deutschen Reiches durch Heimarbeit ihren Lebensunterhalt oder wenigstens ein Zubrot. Aber auch die Kantone Zürich, Thurgau und Basel-Stadt besaßen einige Hundert diesem Wirtschaftszweig angehörende Deutsche. Im Verhältnis zu den übrigen Erwerbsarten spielte die Heimarbeit für die Ausländer nur eine untergeordnete Rolle.³⁸

7. 3 Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Freie Berufe

Die Betriebszählung von 1905 hat unter dem Begriff «Handel» auch das Gastgewerbe miteingeschlossen. Sie bezifferte die Zahl der in diesem Bereich insgesamt tätigen Deutschen auf 16 759, was einem Anteil von 7,7% aller hier beschäftigten Personen entsprach. Eine Aufgliederung ergibt, dass das deutsche Engagement am Personalbestand gemessen mit 8,7% im Gastgewerbe deutlich höher lag, als dies auf dem eigentlichen Gebiet des Handels mit 6,8% der Fall war. Unter den Landesfremden stellten die Reichsangehörigen das grösste Kontingent. Wird einmal nur die Gruppe der im *Handel* und *Gastgewerbe* tätigen Betriebsinhaber sowie deren Angehörige betrachtet, so ergibt sich die überraschende Feststellung, dass jene unter den Deutschen 35,4% aller in diesen Wirtschaftszweigen beschäftigten Reichsbürger ausmachte; der Anteil der betreffenden Gruppe lag bei den Italienern (48,3%) und bei den Franzosen (50,2%) jedoch bedeutend höher.³⁹ Es handelte sich hier zumeist um Familienbetriebe von bescheidenstem Zuschnitt. Am Gesamtpersonal einzelner Betriebsarten des Handels besaßen die Deutschen einen grösseren Personalanteil im Bijouteriegeschäft (14,3%), im Buch- und Kunsthandel (20,8%), im Musikalienhandel (15,6%). Ganz ungewöhnlich stark waren sie vertreten beim Personal von Warenhäusern und Abzahlungsgeschäften (25,6%); gefestigt war auch ihre Position in den Bazars (10,5%), beim Trödlerhandel (15%) und beim Handel mit Abfällen aller Art (8,5%). Lag die deutsche Beschäftigtenquote im Lebensmittelhandel mit 4,2% (1'637 Reichsangehörige) eher niedrig, so zeigt sich, dass die Deutschen nicht nur in den Bierbrauereien, sondern auch im Bierhandel (17,7%) eine gefestigte Stellung erlangt hatten. Im Handel mit Drogeriewaren waren 9,3% der Beschäftigten Deutsche, im Tabak- und Zigarrenhandel betrug der deutsche Personalanteil 8,3%. Bemerkenswert war auch die deutsche Quote von 8,2% bei den Versicherungsagenturen, während im Bankwesen deutsches Personal (2,8%) kaum in Erscheinung trat.⁴⁰

Die kantonsweise Ausscheidung der in den Betrieben des Handels und des Gastgewerbes beschäftigten Personen zeigt ebenfalls aufschlussreiche Ergebnisse. Im Kanton Basel-Stadt erreichte der deutsche Personalbestand in diesen Wirtschaftszweigen mit 24,1% die höchste Quote, gefolgt von Schaffhausen (19,8%), Zürich (15%), Thurgau (14,5%) und St. Gallen (11,2%). Sogar im Kanton Waadt (5,1%) und Kanton Genf (4,5%) war der deutsche Anteil am Gesamtpersonal, vergleicht man mit den Verhältnissen im Kanton Bern (3,3%), durchaus bemerkenswert. Die

Beispiele illustrieren zugleich, dass diese Aufgliederung nicht identisch mit der geographischen Verbreitung der deutschen Wohnbevölkerung war, wenn sich auch die Abweichungen in der schwerpunktmässigen Verteilung innerhalb des schon aufgezeigten Rahmens bewegten.⁴¹

Im *Transport- und Verkehrsgewerbe* betätigten sich 2'583 Deutsche. Es handelte sich hier vor allem um deutsches Eisenbahnpersonal (1'714 Personen), das entweder bei Privatbahnen in Stellung war oder im Dienste der Badischen Bahn stand und in Basel oder Schaffhausen seinen Wohnsitz hatte. 5,8% des mit der Spedition und Lagerung sich befassenden Personals besaßen das deutsche Staatsbürgerrecht. Im Übrigen war dieser Wirtschaftszweig fast ausschliesslich von Schweizern besetzt (91,3%).⁴²

Unter den «*Freien Berufsarten*» waren die 2'828 Deutschen mit einem Anteil von 8,7% vertreten. Bei den Künstlern betrug die Ausländerquote sogar 38,9%, wobei die 776 Reichsangehörigen 16,6% des Gesamtbestandes ausmachten. Im Sektor «Musik und Gesang» wirkten 40,2% Deutsche, und 27,9% aller am Theater Schaffenden in der Schweiz waren deutsche Staatsbürger. Unter den Glas- und Porzellanmalern stellten sie 32,2%. In Privatschulen oder als Privatlehrer sorgten 566 Deutsche (10,1%) für Unterricht und Erziehung. Der Gesundheits- und Krankenpflegedienten 1'335 Reichsbürger. Unter dem Pflegepersonal in privaten Spitälern und Kuranstalten befanden sich 12,3% Deutsche, vor allem Frauen. 363 deutsche Apotheker (18,4%) hatte die Betriebszählung von 1905 in der Schweiz festgestellt, und auch unter den Zahnärzten, vor allem aber unter den Zahntechnikern fanden sich relativ viele Deutsche (12,7%). Nach Kantonen ausgeschieden stand bei den «Freien Berufsarten» – dieser Begriff ist von der Betriebszählung des Jahres 1905 wenig präzise gefasst worden – Zürich an der Spitze; allerdings nur nach der absoluten Zahl, denn die 731 Reichsangehörigen entsprachen 17,4% aller in den «Freien Berufsarten» beschäftigten Personen dieses Kantons. In Basel-Stadt betrug deren Anteil jedoch 22,6% (367 Deutsche), im Thurgau sogar 23,1% (194 Deutsche), und selbst der Kanton Appenzell A.-Rh. brachte es auf 15,7%, zumal hier auch einige deutsche Naturheiler praktizierten.⁴³

Manche Argumente hätten dafür gesprochen, die Hauptmerkmale der deutschen Berufsgliederung vor dem Ersten Weltkrieg auf Grund der Volkszählungsergebnisse vom 1. Dezember 1910 aufzuzeigen. Die durch die Saisonarbeiter verursachte Schwankung war dort eher beseitigt und die dauernd niedergelassene ausländische Bevölkerung vielleicht noch besser fassbar. Andererseits lässt sich einwenden, dass die nach 1905 noch gesteigerte Zuwanderung zu einer Extremsituation geführt hat,

die die Aussagen der Volkszählung von 1910 mindestens als ebenso zeitgebunden erscheinen lassen wie die Angaben von 1905. Vor allem sind ihre Ergebnisse nur unvollständig publiziert worden.⁴⁴ Die Bevorzugung der eidgenössischen Betriebszählung entspringt allerdings noch einer anderen Überlegung. Sie allein ermöglicht einen Vergleich mit den Verhältnissen, wie sie kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bestanden. Aus der Gegenüberstellung der Daten von 1905 und 1939 lassen sich die während dieses Zeitraumes eingetretenen Veränderungen auch innerhalb des sozialen Gefüges aufzeigen.⁴⁵

7. 4 Die soziale Schichtung von 1905 und 1939

Im Vergleich zum Stand von 1905 war die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte im Jahr 1939 von 210'417 auf 84'864 zusammengeschmolzen. Der gewaltige Aderlass hatte alle Nationen empfindlich getroffen. Die schwerwiegendsten Verluste mussten die italienischen Arbeitskräfte hinnehmen. Ihr Bestand war fast auf ein Drittel zurückgegangen.⁴⁶ Sie galten als typisches Beispiel für die Saisoneinwanderung. Zwar verfügte auch die italienische Ausländerkolonie über einen festen Kern in der Schweiz sesshaft gewordener Mitglieder. Dieser war jedoch durch die Masse der lediglich vorübergehend in der Schweiz Verdienstsuchenden überdeckt worden. Die Deutschen und Franzosen neigten hingegen eher zur Dauerniederlassung. Daher waren zwei Typen ausländischer Besiedelung zu unterscheiden: die lose und die verankerte Gastbevölkerung.⁴⁷ Während der Zwischenkriegszeit verloren diese Divergenzen an Bedeutung, um mit der neuen Einwanderungswelle nach dem Zweiten Weltkrieg stärker denn je hervorzutreten. Durch die zunehmende Auszehrung war jede Nation auf ihre Kernbestände reduziert worden; aber auch diese – schon zuvor in Mitleidenschaft gezogen – trafen die Auswirkungen des Abbaus schwer, wie aus dem nachstehenden Vergleich hervorgeht:

Gewerbeklassen	Inhaber Pächter		Direktoren Verwalter		Angestellte Arbeiter	
	1905	1939	1905	1939	1905	1939
<i>1. Industrie, Handwerk (ohne Baugewerbe)</i>	<i>6 526</i>	<i>2 605</i>	<i>286</i>	<i>185</i>	<i>38 273</i>	<i>14 359</i>
Bergbau, Steinbrüche, Gruben	14	8	4	–	109	56
Nahrungsmittelindustrie	630	150	29	9	3 588	1 135
Getränkeindustrie	49	6	24	1	1 449	224
Tabakindustrie	14	4	3	1	253	115
Speisefett, Speiseöl	2	2	3	–	17	29
Chemische Industrie	60	57	22	23	1 296	577
Kautschukindustrie	2	2	–	–	14	37
Holz- und Korkindustrie	1 053	446	33	14	5 170	1 302
Spielwaren, Sportartikel	52	27	4	2	58	81
Papierindustrie	11	8	10	10	461	378
Graphisches Gewerbe	206	170	13	14	2 137	986
Lederindustrie	108	83	1	7	432	307
Textilindustrie	136	74	34	22	8 466	2 808
Konfektion, Ausrüstungsgegenstände	3 167	1 113	32	32	4 516	2 276
Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke	1	–	5	2	243	55
Industrie der Steine und Erden	89	46	28	11	1 364	368
Metall-, Maschinen- und Uhrenindustrie, Bijouterie	932	409	40	37	8 603	3 625
Gewerbl. Betriebe in Anstalten*	–	–	1	–	97	–
<i>2. Baugewerbe, Bauhandwerk</i>	<i>758</i>	<i>363</i>	<i>23</i>	<i>5</i>	<i>6 253</i>	<i>1 481</i>
<i>3. Transportgewerbe, PTT</i>	<i>104</i>	<i>34</i>	<i>15</i>	<i>15</i>	<i>2 656</i>	<i>1 451</i>
<i>4. Handel</i>	<i>2 449</i>	<i>1 208</i>	<i>355</i>	<i>145</i>	<i>6 649</i>	<i>3 316</i>
Groß- und Kleinhandel	2 145	1 139	308	116	5 971	2 962
Banken, Börsen, Versicherungen	25	5	22	9	307	138
Vermittlungen, Interessenvertretung	279	64	25	20	371	216
<i>5. Gastgewerbe</i>	<i>1 544</i>	<i>671</i>	<i>121</i>	<i>54</i>	<i>8 968</i>	<i>2 983</i>
<i>6. Reinigungsgewerbe</i>	<i>1 215</i>	<i>718</i>	<i>29</i>	<i>1</i>	<i>1 814</i>	<i>781</i>
<i>7. Sport-, Vergnügungsunternehmen</i>	<i>7</i>	<i>27</i>	<i>8</i>	<i>9</i>	<i>160</i>	<i>411</i>
<i>8. Hygiene, Krankenpflege</i>	<i>42</i>	<i>30</i>	<i>27</i>	<i>25</i>	<i>655</i>	<i>1 111</i>
<i>Alle Gewerbeklassen</i>	<i>12 645</i>	<i>5 656</i>	<i>864</i>	<i>439</i>	<i>65 428</i>	<i>25 893</i>

* Die gewerblichen Betriebe in Anstalten wurden 1939 den betreffenden Betriebsarten zugeteilt.

Indem die Saisoneinwanderung stark vermindert wurde, erfuhren die unqualifizierten Arbeiter und damit vor allem die italienische Ausländerkolonie einen derartigen Rückschlag, dass ihr der frühere spezifische Charakter weitgehend verloren ging. Unter den italienischen Erwerbstätigen hatten die Angestellten und Arbeiter 68,6% abgenommen, die Betriebsinhaber aber nur elf Prozent.

PROZENTUALER RÜCKGANG DER AUSLÄNDERBESTÄNDE VON 1905 BIS 1939

NACH DER BERUFLICHEN STELLUNG IN INDUSTRIE UND GEWERBE

Stellung im Beruf	Deutsche	Italiener	Franzosen
Inhaber, Pächter	55,3	11,0	61,6
Direktoren, Verwalter	49,2	45,6	35,4
Angestellte, Arbeiter	60,4	68,6	59,7
Rückgang insgesamt	59,5	64,3	59,8

Die soziale Schichtung hat sich trotz des starken Aderlasses bei den Deutschen nur geringfügig verändert, während bei den Italienern die Inhaber und Pächter durch den radikalen Rückgang bei den Arbeitern und Angestellten ihren Anteil erheblich vergrößern konnten. Die Angleichung der Italiener an die soziale Gliederung der Deutschen und Franzosen veranschaulichen die folgenden Verhältniszahlen:⁴⁹

PROZENTUALE SOZIALE SCHICHTUNG IN DREI AUSLÄNDERGRUPPEN IN INDUSTRIE UND GEWERBE 1905 UND 1939

Stellung im Beruf	Deutsche		Franzosen		Italiener	
	1905	1939	1905	1939	1905	1939
Inhaber, Pächter	16,0	17,7	21,9	20,9	7,2	18,1
Direktoren, Verwalter	1,1	1,3	1,3	2,1	0,4	0,5
Angestellte, Arbeiter	82,9	81,0	76,8	77,0	92,4	81,4
Zusammen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Obwohl die Franzosen bei den Selbständigen den relativ höchsten Rückgang zu verzeichnen hatten, blieb bei ihnen der Anteil der Betriebsinhaber immer noch über dem Durchschnitt. Die Anzahl der deutschen Inhaber und Pächter war um fast 7'000 Personen zusammengeschmolzen, während die Direktoren und Verwalter die Hälfte ihres früheren Bestandes eingebüsst hatten. Über die Einschränkungen klagten die Reichsangehörigen am lebhaftesten, weil sie auch zahlenmässig die grössten Verluste unter den Selbständigerwerbenden und leitenden Angestellten zu tragen hatten. Die Aufgabe eines eigenen Betriebes, auch wenn es sich zumeist um kleine Geschäfte handelte, oder das Ausscheiden aus einer leitenden Position erregte mehr Aufmerksamkeit und Unmut als das Absinken der Bestandeszahlen unter den ausländischen Arbeitern und Angestellten, die bei den Deutschen um 46'949, bei den Italienern sogar um 69'910 Beschäftigte zurückgegangen waren. Aus der vergleichenden Tabelle über die deutschen Erwerbstätigen in den Jahren 1905 und 1939 lässt sich leicht herauslesen, in welchen Gewerbeklassen die Deutschen besonders hohe Verluste zu beklagen hatten. Vor allem in der Nahrungsmittel-, Getränke-, Holz- und Korkindustrie; aber auch in der Konfektion, in der Textilindustrie und im Bausektor, im Handel und Gastgewerbe kam es zu den grössten Einbüssen. Wesentlich geringer waren die Reduktionen in weniger gewichtigen Branchen wie in der Papier- und Lederindustrie. Dieser Abbau traf die wirtschaftlich schwächsten Gruppen, zu denen auch Inhaber gewisser Kleinstläden oder bescheidenster Handwerkerbetriebe zählten, am härtesten. Die relative Resistenz im Transportgewerbe erklärt sich durch den Umstand, dass die Badische Bahn, bzw. die Deutsche Reichsbahn als Hauptarbeitgeber fungierte. Die dem Allgemeintrend zuwiderlaufende Zunahme bei den Vergnügungsunternehmungen (Theater) sowie in der Krankenpflege trifft wohl nur bedingt zu.⁵⁰

Die Betriebszählungen von 1905 und 1939 umreissen die Entwicklung, lassen aber viele Fragen offen. So ist noch nichts über die Beteiligung der deutschen Frauen am Berufsleben ausgesagt worden. Hier vermittelt der Vergleich der Ergebnisse der eidgenössischen Volkszählungen von 1910, 1920 und 1930, soweit er sich durchführen lässt, zusätzlichen Aufschluss.⁵¹

ERWERBSTÄTIGE DEUTSCHE NACH DEN VOLKSZÄHLUNGEN
VON 1910, 1920, 1930

Erwerbszweige	Männer			Frauen		
	1910	1920	1930	1910	1920	1930
<i>1. Urproduktion</i>	3 410	2 208	2 809	484	448	417
Bergbau	107	90	98	—	3	—
Landwirtschaft und Gartenbau	3 193	2 017	2 646	482	442	417
Forstwirtschaft, Jagd, Fischerei	110	101	65	2	3	—
<i>2. Industrie und Handwerk</i>	47 062	25 922	24 143	14 833	14 052	9 069
Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln	5 688	2 482	1 892	709	706	306
Bekleidungs- und Reinigungs- gewerbe	7 085	4 149	3 965	6 585	6 291	4 908
Baugewerbe	15 964	7 000	8 080	192	159	162
Textilindustrie	3 573	2 044	1 177	6 104	4 895	2 590
Papier-, Leder-, Kautschuk- industrie	1 309	787	714	296	325	277
Chemische Industrie	1 349	1 083	481	134	290	79
Metall- und Maschinenindustrie	10 144	7 029	6 801	506	916	433
Zentralanlagen für Kraft-, Gas- und Wasserlieferung	—	137	15	—	17	1
Graphisches Gewerbe	1 950	1 211	1 018	307	453	313
<i>3. Handel</i>	11 253	5 579	5 612	8 525	8 086	11 496
Handel, Bank- und Versiche- rungswesen	7 463	4 457	4 683	3 015	2 965	4 400
Gastgewerbe	3 790	1 122	929	5 510	5 121	7 096
<i>4. Verkehr</i>	3 204	2 084	1 301	64	102	43
<i>5. Gesundheitspflege und Freie Berufe, Öffentliche Verwaltung</i>	3 746	2 028	2 570	3 310	1 870	2 200
Gesundheits- u. Krankenpflege	936	368	457	1 689	698	1 379
Unterricht, Erziehung	655	224	176	1 079	490	443
Seelsorge, Kirchendienst	254	174	175	183	22	21
Rechtsbeistand und Interessenvertretung	69	73	24	18	132	18
Künste	1 358	718	710	281	317	298
Andere Freie Berufe	234	204	1 028	41	136	41
Öffentliche Verwaltung	240	267	—	19	75	—
<i>Insgesamt</i>	68 675	37 821	36 435	27 216	24 558	23 225

Im Allgemeinen vollzog sich der Rückgang unter den deutschen Erwerbstätigen in drei Phasen. Der Erste Weltkrieg hatte in die Reihen der männlichen Arbeitskräfte gewaltige, nie mehr zu schliessende Lücken geschlagen. Wie gross sie gewesen sind, zeigt sich in den Ergebnissen der Volkszählung von 1920 unmittelbar. Das Baugewerbe, die Nahrungsmittelindustrie und das Gastgewerbe verloren bereits damals mehr als die Hälfte ihrer deutschen Mitarbeiter. Aber auch der Handel und die übrigen Branchen waren stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Die deutschen Mitarbeiter in der chemischen Industrie erlitten ihre grössten Einbussen erst nach Kriegsende. Die Nachkriegszeit brachte im ersten Jahrzehnt in manchem Erwerbszweig wieder ein leichtes Ansteigen der Bestandeszahlen oder liess die Abbaubewegung deutlich verflachen. Vor allem die aus dem Krieg Zurückkehrenden verursachten diese stagnierende Tendenz. Bei den Frauen war gerade der umgekehrte Vorgang zu beobachten. Sie hatten nach 1914 neben einer geringen Zahl von Abgängen zum Teil sogar noch eine Zunahme an Berufstätigen zu verzeichnen. Grössere Rückgänge waren durch die spezifischen Verhältnisse in einzelnen Wirtschaftszweigen bedingt, so in der Textilindustrie, die während der letzten Kriegsjahre schwere Zeiten erlebte. Das in der Gesundheits- und Krankenpflege beschäftigte deutsche Personal hatte sich reduziert, weil es dringender im Heimatland gebraucht wurde. Viele Frauen, deren Ehemann im Felde stand oder gar gefallen war, suchten in der schlimmsten Zeit zusätzlichen Verdienst. Wesentliche Veränderungen traten in ihren Reihen erst nach Kriegsende ein. Bis 1930 verminderte sich ihr Bestand in Industrie und Handwerk um ein Drittel. Hingegen war im Handel und Gastgewerbe eine auffällige Zunahme zu beobachten, die nicht ohne den Zuzug von erwerbssuchenden Frauen aus dem wirtschaftlich zerrütteten Deutschland zu erklären ist. Die letzte Phase schliesslich brachte für die Männer wie für die Frauen noch einmal einen erheblichen Rückgang. Zunächst hatte der Kriseneinbruch zu Beginn der dreissiger Jahre die zweite Abbauwelle ausgelöst. Ihr folgte aus wirtschaftlichen wie politischen Überlegungen eine mit fremdenpolizeilichen Mitteln geförderte systematische Eindämmung des ausländischen Einflusses auf den schweizerischen Arbeitsmarkt.

Über die spezifischen Arbeitsverhältnisse der deutschen Männer und Frauen in den schweizerischen Fabriken liefert die Fabrikstatistik rudimentäre Angaben und nur für den Zeitraum 1895 bis 1923 vergleichbare Ergebnisse.⁵² Dass der deutsche Arbeiter vor allem in den Giessereien und Maschinenfabriken, in Schreinereien, Schuhfabriken, in der Buchdruckerei und die deutschen Arbeiterinnen insbesondere

in der Strickerei und Wirkerei wie in der Damenschneiderei und Seidenbandfabrikation anzutreffen waren, liess sich schon aus den oben gemachten Angaben schliessen. Aus der nachfolgenden Aufstellung wird der Anteil der Deutschen unter den vom Fabrikgesetz erfassten Angestellten und Arbeitern ersichtlich:⁵³

PROZENTUALE GLIEDERUNG DER FABRIKARBEITER
NACH DER STAATSANGEHÖRIGKEIT

Nationalität	Von 100 Fabrikarbeitern waren			
	1895	1901	1911	1923
Schweizer	87,3	83,5	77,7	88,0
Deutsche	7,4	7,6	8,0	5,0
Franzosen	1,7	1,7	1,8	1,2
Italiener	2,6	5,8	10,4	4,5
Österreicher, Ungarn	0,9	1,2	1,8	-
Andere Staatsangehörigkeit	0,1	0,2	0,3	1,3

Wie selbst aus den Klagen im nüchternen Kommentar der Fabrikstatistik hervorgeht, wurde übel vermerkt, dass zumal im Winter Einheimische unter Arbeitslosigkeit zu leiden hatten, während zahlreiche Ausländer das ganze Jahr voll beschäftigt waren.⁵⁴ Die deutschen Fabrikarbeiter verloren unter den Ausländern im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg ihre Vorrangstellung, während die Italiener in den Fabriken im Zähljahr 1911 das grösste Kontingent stellten. Umso jähler war deren Rückgang, so dass nach dem Krieg die Reichsangehörigen vorübergehend wiederum am zahlreichsten waren.⁵⁵ Von den im Jahr 1923 erfassten 16'507 in Fabriken tätigen Deutschen arbeiteten 32,3% in den Städten Zürich, Bern, Basel und Genf, was weit über dem schweizerischen Durchschnitt (14,3%), aber unter jenem der eng mit Genf verknüpften Franzosen (52,6%) lag. Das weibliche Geschlecht wurde in der Fabrikstatistik erstmals 1923 getrennt berücksichtigt. Danach arbeiteten in schweizerischen Fabriken mehr Italienerinnen (52,5%) als Italiener. Auch unter den deutschen und französischen Arbeitskräften waren die Frauen relativ stärker (je 41,6%) vertreten als bei den Schweizern das weibliche Geschlecht (36,9%).⁵⁶

Zumeist wurde von Betriebsklassen und Betriebsarten gesprochen. Nicht weniger interessant ist es, die einzelnen Berufe etwa im Handel und bei den frei Erwerbstätigen

gen zu kennen. Die Anzahl der deutschen Arbeitskräfte weiblichen Geschlechts konnte in einigen wichtigen Wirtschaftszweigen ausfindig gemacht werden, über ihre gesamte Berufsstruktur sowie über ihre soziale Stellung war aber nichts zu erfahren. Glücklicherweise sind wenigstens für das Jahr 1930 jene Unterlagen über die in der Schweiz arbeitenden Deutschen der Vernichtung entgangen, die auf Grund der Volkszählungsergebnisse vom Eidg. Statistischen Amt für das Politische Departement angefertigt worden sind.⁵⁷ Aus den Reihen der deutschen Ausländerbevölkerung gingen 1930 insgesamt 65% – das waren 87'254 Reichsangehörige – Arbeit und Verdienst nach. In dieser Gesamtzahl ist nun auch die Hauswirtschaft enthalten. Die folgende Tabelle macht die soziale Schichtung sowohl bei den Männern wie bei den Frauen transparent, wobei nicht mehr einzelne Wirtschaftsbereiche, sondern die deutschen Erwerbstätigen in ihrer Gesamtheit betrachtet werden:

**SOZIALE SCHICHTUNG
DER DEUTSCHEN ERWERBSTÄTIGEN 1930 NACH GESCHLECHT**

Berufsstellung	Von 100 erwerbstätigen Deutschen waren			Von 100 erwerbstätigen deutschen Männern Frauen waren	
	Total	Männer	Frauen	Männern waren	Frauen waren
Selbständig	13,5	8,3	5,2	18,5	9,5
Direktoren	0,2	0,2	0,0	0,5	0,0
Leitende Angestellte	2,0	1,6	0,4	3,6	0,7
Übrige Angestellte	10,6	5,4	5,3	12,0	9,5
Arbeiter	70,0	26,4	43,5	59,4	78,5
Lehrlinge	3,7	2,7	1,0	6,0	1,8
Im Ganzen	100,0	44,6	55,4	100,0	100,0

Die Frauen, die noch vor dem Ersten Weltkrieg eine Minderheit gebildet hatten, führten nun das Feld der Berufstätigen an.⁵⁸ Im Gegensatz zu der breiter gefächerten Verteilung ihrer männlichen Landsleute konzentrierten sie sich, sieht man von Splittergruppen ab, auf bestimmte dem weiblichen Naturell vertrautere Berufsarten. Fast die Hälfte (46,6%) aller Frauen fand in der Hauswirtschaft ihr Auskommen. Keine

Haushaltshilfe war so geschätzt wie das überwiegend aus den benachbarten Regionen gebürtige deutsche Dienstmädchen. Im Jahr 1910 waren in der Schweiz 16'881 Dienstboten gezählt worden, von denen 6'023 aus Württemberg, 5'936 aus Bayern stammten, während ihrer 1'160 aus Preussen und 1'076 aus Elsass-Lothringen kamen.⁵⁹ Da die 23'020 im Jahr 1930 als Dienstpersonal Verdienst suchenden Frauen der sozialen Stellung nach den Arbeiterinnen zugezählt wurden, wird deren überaus hoher Prozentsatz in der sozialen Gliederung verständlich. Zahlreiche Frauen bevorzugten das Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe. Sie waren für die Damenschneiderei, die Wäschekonfektion und Näherei sowie für die Arbeiten in Wasch- und Glättereianstalten prädestiniert; unter den Deutschen machte sich hier jede Vierte im Rahmen der durch die eigenen häuslichen Verhältnisse gegebenen bescheidenen Möglichkeiten selbständig. Neben diesen 1'254 Frauen suchten 394 Deutsche in Handel, Bank und Versicherungswesen auf eigene Rechnung ihren Lebensunterhalt. Diese Gruppe umfasste vor allem Frauen, die einen Kleinladen führten; darunter befanden sich wohl auch zahlreiche ehemalige Schweizerinnen, die mit einem deutschen Handwerker verheiratet waren. Unabhängig von einem Arbeitgeber waren auch die 364 Zimmervermieterinnen sowie die 268 in der Gesundheits- und Krankenpflege tätigen Frauen. Den insgesamt 7'217 selbständigerwerbenden Männern standen 4'582 selbständigerwerbende Frauen deutscher Staatsangehörigkeit gegenüber. Obwohl in dieser Zahl auch die 1'076 Rentnerinnen und Pensionierten miteingeschlossen waren, ist der Anteil der selbständigerwerbenden Frauen mit 9,5% als hoch zu veranschlagen. Auch hier wird noch einmal eine Nachwirkung des Krieges spürbar, der so manche Deutsche selbst im Ausland gezwungen hatte, auf sich allein gestellt für den Lebensunterhalt aufzukommen. Die in der Rubrik «Übrige Angestellte» eingestufteten Frauen hatten ihre Hauptstütze im Handel, wo sie sich überwiegend als Verkäuferinnen oder als kaufmännische Angestellte betätigten. Von den Dienstboten abgesehen, waren die meisten «Arbeiterinnen» im Gastgewerbe beschäftigt. 7'096 deutsche Frauen und Mädchen verdienten hier ihren Lebensunterhalt. Das grösste Kontingent stellten die Köchinnen (3'004), von denen 1'805 in Privathaushaltungen für das leibliche Wohl sorgten. Die 1'873 deutschen Zimmermädchen waren mehrheitlich in privaten Haushalten untergekommen. Die dritt wichtigste Gruppe unter den deutschen Arbeiterinnen im Gastgewerbe fand sich in den 918 Kellnerinnen.

Einige Angaben zu den freien Berufsgruppen, die in der Kolonie stets eine grosse Rolle gespielt haben, schliessen den Ausblick auf das Jahr 1930 ab. Damals traten

42 deutsche Staatsbürger als Rechtsbeistände auf oder nahmen Interessenvertretungen wahr. Die hundert deutschen Apotheker stellten immer noch ein beachtliches Kontingent, wenn sie auch, wie die 66 Hochschullehrer, die einst schrittmachende Funktion längst eingebüsst hatten.⁶⁰ Der Volkszählung zufolge gab es noch keine deutsche Universitätsdozentin. Auf der Mittelschulstufe waren aber von den 90 deutschen Lehrern fünfzig weiblichen Geschlechts. Den 247 Volksschullehrerinnen standen auf dieser Stufe sogar nur 29 männliche Erzieher gegenüber. Hinzu kamen noch 94 deutsche Berufsschullehrerinnen. Es handelte sich bei diesen Pädagogen weiblichen Geschlechts insbesondere um katholische Lehrschwwestern in den katholischen Kantonen oder ganz allgemein um Lehrerinnen in Mädchenpensionaten und Privatschulen. Ausserdem hatten sich 196 Deutsche in den Dienst der Kirchen gestellt, während weitere 116 deutsche Geistliche und Wanderprediger für das Seelenheil in der Schweiz sorgten. 302 deutsche Berufsmusiker, 120 Schauspieler und 45 Sänger und Gesanglehrer pflegten musikalisches Niveau. 91 Reichsangehörige lebten als Privatgelehrte oder Schriftsteller. 2488 deutsche Rentner und Pensionierte, darunter 43% Frauen verbrachten ihren Lebensabend in der Schweiz. 35 Auslandsdeutsche gaben den Beruf Journalist und Redaktor an. Die 333 Ingenieure, 277 Techniker, 233 Zeichner und 86 Architekten unterstreichen, wie sehr sich auch in der Kolonie das Berufsbild gewandelt hatte.⁶¹

*

Obwohl dieser letzte Abschnitt zugleich auch zahlreiche Daten aus einem möglichst breiten Spektrum namhaft gemacht hat, steht für die vorliegende demographisch-statistische Analyse die Diskussion um die Relevanz einzelner Zahlen im Hintergrund, zumal eine solche Auseinandersetzung angesichts der dem vorliegenden Quellenmaterial implizierten Mängel wenig ergiebig ist. Worauf es ankam, war, die in früheren Abschnitten gemachten Beobachtungen in die Zusammenhänge einzufügen, wie sie sich aus der weitergespannten Perspektive darbieten. Dabei handelte es sich nicht allein um eine Ausweitung des untersuchten Zeitraumes bis in die Gegenwart, auch die erforschte Bevölkerungsgruppe hat nun zuletzt eine wesentliche Ausdehnung erfahren. Die Frage, wer der «deutschen Ausländerbevölkerung» zuzuzählen war, entschied sich für die Statistik nach der Staatsangehörigkeit. Wie sich mehrfach aufzeigen liess, war hier jedoch eine starke Personengruppe miteingeschlossen worden, die aus den verschiedensten Gründen die deutsche Staatsangehörigkeit bei-

behalten hatte, die im Übrigen aber mit der Schweiz ganz verwachsen war. Viele von diesen Leuten sprachen Dialekt und interessierten sich für das Leben in der Schweiz nicht weniger als die einheimische Bevölkerung. Insbesondere nachdem der Niederlassungsvertrag von 1876 weitgehende Liberalität zugesichert hatte, erfuhr diese als Zwischenglied wichtige Gruppe bedeutenden Zuwachs. Durch sie erhielt die deutsche Gastbevölkerung vor dem Ersten Weltkrieg eine ausserordentlich starke Verwurzelung in der Schweiz. Wieviel der Kleinstaat an Anregungen und an echtem Fortschritt von hier lebenden Deutschen erfahren hat und wie diese ihrerseits von dem damals vorherrschenden liberaleren Geist und vom Reiz der Landschaft profitierten, ist in den verschiedensten Kapiteln dieses Buches offenbar geworden. Die derart engen Verstreungen haben zugleich die vielfachen Bindungen an Deutschland in einem Masse forciert, das sowohl der eigenständigen Entfaltung in den deutschsprachigen Kantonen wie für den inneren Frieden zwischen den andersgerteten Sprachregionen zum bedrohlichen Hemmnis werden sollte. Seit Kriegsausbruch 1914, als sich den Eidgenossen die Besinnung auf ihren eigenen Standpunkt aufdrängte, begann für die Deutschen in der Schweiz nach Jahrzehnten eines insgesamt rasanten Aufschwungs eine bis Ende der vierziger Jahre sich fortsetzende Rückwärtsentwicklung. Die aus der demographisch-statistischen Studie anschaulich gewordene Abwärtsbewegung beleuchtet durch den Kontrast die Lebenskraft der deutschen Ortskolonien in der Zeit vor 1914, sie macht aber auch deutlich, dass jenes Entscheidungsjahr im Entwicklungsverlauf wirklich eine Zäsur markiert. So steht denn der weitere Fortgang dieser Geschichte der Deutschen in der Schweiz in mehrfacher Hinsicht unter dem Zeichen des Zerfalls.

DIE DEUTSCHEN IN DER SCHWEIZ 1860-1970⁶²

Kantone	1860	1870*	1880*	1888	1900	1910	1920	1930	1941	1950	1960**	1970**
Zürich	8 691	12 012	21 883	26 361	46 708	61 872	40 697	35 505	20 405	14 771	27 362	32 529
Bern	3 041	3 713	6 408	6 654	8 856	11 884	9 148	7 997	4 382	3 788	8 283	9 768
Luzern	774	1 043	1 526	1 938	3 248	5 232	4 026	3 879	2 389	1 632	3 229	4 341
Uri	57	54	508	211	243	313	264	263	163	105	213	306
Schwyz	396	397	823	874	1 200	1 518	1 213	1 333	1 080	730	918	1 471
Obwalden	35	47	77	104	97	267	220	310	233	156	292	291
Nidwalden	32	82	87	143	146	232	209	300	180	134	260	364
Glarus	532	514	686	735	841	950	830	777	452	317	493	531
Zug	392	285	609	567	765	1 064	1 018	1 094	734	547	1 177	1 963
Freiburg	573	597	751	837	1 222	2 081	944	885	686	622	929	1 223
Solothurn	735	1 061	1 669	1 784	2 492	3 155	2 312	2 794	1 604	1 260	2 795	3 574
Basel-Stadt	9 966	11 032	19 287	22 205	36 654	42 291	28 302	21 269	9 208	7 025	7 804	8 125
Basel-Land	1 551	1 545	3 527	4 072	5 046	6 763	4 700	5 169	2 763	2 233	3 657	6 346
Schaffhausen	1 950	2 858	4 078	4 641	6 271	8 047	5 609	4 687	2 405	1 580	2 177	2 392
Appenzell A. Rh.	693	547	1 025	1 352	1 506	1 805	1 341	1 093	777	583	934	943
Appenzell I. Rh.	80	72	180	170	153	214	166	143	130	81	93	72
St. Gallen	4 569	4 514	8 376	12 398	17 000	24 146	17 390	14 537	10 975	6 698	7 525	8 947
Graubünden	939	956	1 789	1 858	3 437	5 069	3 918	4 472	2 842	1 764	2 606	2 985
Aargau	2 737	3 014	4 348	4 569	6 409	9 539	7 379	7 375	4 349	2 733	6 440	9 482
Thurgau	2 705	3 401	6 502	8 913	11 572	14 486	10 553	9 626	5 485	3 589	4 675	5 684
Tessin	50	60	113	188	435	1 044	1 337	2 114	1 790	1 262	2 140	3 517
Waadt	2 134	2 924	3 806	4 238	5 579	7 707	3 101	3 605	2 158	1 632	3 870	4 459
Wallis	187	336	258	299	459	715	402	447	372	204	631	970
Neuenburg	2 982	3 289	3 403	3 266	3 459	3 600	1 693	1 453	620	499	1 091	954
Genf	1 991	2 892	3 543	3 965	4 653	5 536	3 061	3 434	2 092	1 492	3 812	4 327
Total	47 792	57 245	95 262	112 342	168 451	219 530	149 833	134 561	78 274	55 437	93 406	115 564

* Ortsanwesende Bevölkerung. ** Angehörige der Bundesrepublik Deutschland mit Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung.

IX Anmerkungen

I Einleitung

- 1 Meyer-Marsilius, Hans Joachim: Die Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz, in: Wirtschaftspolitische Mitteilungen H.7, 1975; vgl. a. die Beiträge v. H. J. Meyer-Marsilius in: Schweizer Monatshefte H.2, Mai 1976, S. 118-130 u. NZZ, Nr. 97 v. 27. April 1976.
- 2 NZZ, Nr. 19 v. 24. Jan. u. Nr. 186 v. 14. August 1975. Ueber die besonders intensive Wirtschaftsverflechtung zwischen Baden/Württemberg und der Schweiz vgl. Schweizerische Finanz-Zeitung, Nr. 40 v. 3. Okt. 1973; NZZ, Nr. 194 v. 23./24. August 1975.
- 3 Baer, Emil: Alemannisch, Die Rettung der eidgenössischen Seele, Zürich 1936, S. 46 ff.
- 4 Guggenbühl, Adolf: Die Schweizer sind anders, Die Erhaltung der Eigenart – eine Frage der nationalen Existenz, Zürich ²1967, S. 28 f.
- 5 Briefe Jakob Burckhardts an Gottfried (und Johanna) Kinkel, hrsg. v. Rudolf Meyer-Kraemer, Basel 1921, S. 5 (Brief, Berlin, 30. Dez. 1841). Am 5. August 1844 schrieb er aus Basel an Kinkel: «Wenn man hier wüsste, wie ich mich nach Deutschland sehne, so hätte die Nationalzeitung Donnerstags einen leitenden Artikel: Der Red. der Baseler Ztg. als Vaterlandsverräter.» A. a. O., S. 89. Von der lebhaft germanophilen Gesinnung des jungen Burckhardt zeugen manche Briefstellen aus der Frühzeit. Vgl. Jacob Burckhardt: Briefe, vollständige und kritisch bearbeitete Ausgabe mit Benützung des handschriftlichen Nachlasses, hergestellt von Max Burckhardt, Bd. 1, Basel 1949, S. 162 ff., 181 ff.
- 6 NZZ, Nr. 450 v. 27. Sept. 1972.
- 7 Neue Bündner Zeitung, Nr. 311 v. 4. Okt. 1972.
- 8 Statistik der A. O., Stand 30. Juni 1937. PA-B: Statistik 1937, Chef A. O. Nr. 87.
Den propagandistischen Einwirkungen des Dritten Reiches auf die Schweiz geht die nun im Buchhandel erschienene Dissertation des Zürcher Historikers Kurt Humbel nach. Humbel, Kurt: Nationalsozialistische Propaganda in der Schweiz, 1931-1939. Einige Hauptaspekte der Mittel, Technik, Inhalt, Methoden und Wirkungen der deutschen Propaganda gegenüber Auslandsdeutschen und Deutschschweizern, sowie behördliche Abwehrmassnahmen. (Res publica helvetica 6), Bern-Stuttgart 1976.
- 9 Wankmüller, Armin: Die Einwanderung deutscher Apotheker nach Graubünden im 19. Jahrhundert, Tübinger apothekengeschichtliche Abhandlungen, Heft 6 (Sonderdruck aus: Deutsche Apotheker-Zeitung, Stuttgart, 103. Jg. 1963, Nr. 37, S. 1175-1183). Der Verfasser spürt die Apotheken der einzelnen Ortschaften auf und gibt dann insbesondere über den hohen Anteil der Württemberger Apotheker Aufschluss. Seine Nachforschungen setzte er im Thurgau fort. Wankmüller, Armin: Apotheken und Apothekenwesen des Kantons Thurgau im 19. Jahrhundert, in: Thurgauische Beiträge zur vaterländischen Geschichte, H. 102, 1965, Frauenfeld 1966, S. 51-67.
- 10 Vgl. z.B. die analoge Wortwahl in: Schweizerische Auswanderung in Vergangenheit und Zukunft, Berichte aus fünf Erdteilen, gesammelt von Hans Einiger, Luzern (1948), insbes. S. 57, 96 f.
- 11 Da der von Jost erforschte Zeitraum in die Endphase der «Eintracht» fiel, war es dem Berner Historiker nicht möglich, näher auf die Geschehnisse des 1840 gegründeten deutschen Arbeitervereins einzugehen. Jost, Hans-Ulrich: Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914-1918, Bern 1973.

II Das Deutschtum im Ausland- Ansätze zu seiner Verfremdung als Mittel der Machtpolitik

1 . Zur Terminologie

2 . Der deutsche Nationalstaat in seinem Verhältnis zu den Deutschen im Ausland

- 1 Renan, Ernest: «Qu'est-ce qu'une nation?» Conference faite en Sorbonne, le 11 mars 1882, Paris ²1882, p. 26 f.
- 2 Kaegi, Werner: Die Entstehung der Nationen, in: Neue Schweizer Rundschau, Nov. 1940 (NF, 8. Jg.), H. 7, S. 401-420. Kaegis Aufsatz muss mit Bezug auf die damalige bedrohliche Situation gelesen werden; indem er die Renansche Frage: «Was ist eine Nation?» in die geschichtliche Form «Wie entsteht eine Nation?» wendet, vermag er der Polemik zu entgehen und gleichwohl die Unstimmigkeiten in der völkischen Geschichtsmythologie offenzulegen. Renan (1823-1892) selbst war ein in seinen Widersprüchen problematischer Geist; vgl. Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche, München 1963, S. 77 ff.
- 3 Hunziker, Guido: Die Schweiz und das Nationalitätsprinzip im 19. Jahrhundert, Die Einstellung der eidgenössischen Öffentlichkeit zum Gedanken des Nationalstaates, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 120), Basel-Stuttgart 1970, S. 4-13.
- 4 Meinecke, Friedrich: Weltbürgertum und Nationalstaat, Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates, München-Berlin ⁷1928.
- 5 Um eine Grossgruppe zu integrieren, muss nach Lemberg eine solche Ideologie die Gruppe durch ein charakteristisches Merkmal von der Umgebung abgrenzen, ihr eine Rolle in ihrer Umwelt zuweisen, sie mit dem Bewusstsein einer Ueberlegenheit über diese Umwelt erfüllen, eine Gruppenmoral entwickeln, das Gefühl einer Feindvorstellung erzeugen, die Einheit der Gruppe als lebenswichtig darstellen, die Hingabe der einzelnen Angehörigen für die Gruppe erstrebenswert machen. Je nach Hervortreten der einen oder anderen Komponente wird sich das Erscheinungsbild dieser Integrationsideologie, die hier mit dem Nationalismus identisch ist, verändern. Lemberg, Eugen: Nationalismus, Soziologie und politische Pädagogik (rde 199), Reinbek bei Hamburg 1964, Bd. II, S. 65 ff.
- 6 Schieder, Theodor: Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Köln-Opladen 1961.
- 7 Lemberg, op. eit., Bd. II, S. 34 ff., 52.
- 8 Der Begriff «Nationalismus» ist nicht auf die Extremform des Chauvinismus, wie er gegen Ende des 19. Jh. hervortrat, zu verkürzen; vgl. Kohn, Hans: Die Idee des Nationalismus, Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution, Hamburg 1962, S. 17.
- 9 Hingegen lässt sich am Beispiel der jungen Staaten in Afrika und Asien verfolgen, wie über alle Unterschiede der Rasse, Geschichte und Kultur hinweg der Nationalismus ähnliche Formen und Phasen kennt, wie sie beim nationalen Aufbruch in Europa und Nordamerika zu beobachten gewesen waren. Lemberg, Eugen: Nationalismus, Psychologie und Geschichte, (rde 197/198), Reinbek bei Hamburg ²1964, S. 264-308.

- 10 Bonjour, Edgar: Die Schweiz und Deutschland, Berührungen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Ausgewählte Reden und Aufsätze von E. B. zu seinem 60. Geburtstag am 21. August 1958, hrsg. v. Freunden und Schülern, Basel 1958, S. 57–78, insbes. S. 61.
- 11 Barth, Karl: Die Deutschen und wir, Zollikon-Zürich 1945. Der Theologe hatte eine Wiederholung jener jede Einsicht verhindernden Rechtfertigungsdiskussion nach der Niederlage von 1918 befürchtet und verteidigte seine These gegen die einsetzende Kritik auch in seiner Schrift: Wie können die Deutschen gesund werden? Zollikon-Zürich 1945, S. 34 f.
- 12 Shirer, William L.: Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, München-Zürich 1963, S. 92 ff.
- 13 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1955.
- 14 A. a. O., S. 368 ff.
- 15 Rothfels, Hans: Bismarck, der Osten und das Reich, Darmstadt ²1962.
- 16 Vgl. Reichsgründung 1870/71, Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, hrsg. v. Theodor Schieder und Ernst Deuerlein, Stuttgart 1970.
- 17 Schieder, Theodor: Das deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, (Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Bd. 20), Köln-Opladen 1961, S. 22.
- 18 Bismarck, Otto Fürst v.: Erinnerung und Gedanke, in: Die gesammelten Werke, Krit. Neuauflage, hrsg. v. Gerhard Ritter u. Rudolf Stadelmann, Berlin 1932, Bd. 15, S. 197. (Zit. als «G. W.»)
- 19 A. a. O., S. 199 f.
- 20 Becker, Otto: Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, hrsg. u. erg. v. Alexander Scharff, Heidelberg 1958, S. 647 f.
- 21 G. W. XIII, S. 568 ff.: Ansprache an die Deutschen aus Österreich v. 15. April 1895.
- 22 Mommsen, Wilhelm: Stein, Ranke, Bismarck, Ein Beitrag zur politischen und sozialen Bewegung des 19. Jahrhunderts, München 1954, S. 181 ff.
- 23 A. a. O., S. 189–192: «Zur Reichsauffassung Bismarcks».
- 24 Freisel, Ludwig: Das Bismarckbild der Alldeutschen, Bismarck im Bewußtsein und in der Politik des Alldeutschen Verbandes von 1890 bis 1933; ein Beitrag zum Bismarckverständnis des deutschen Nationalismus, Diss. phil. Würzburg, Oldenburg 1964, S. 83 ff.
- 25 Ernst Hasse (1846–1908), ein aus Sachsen stammender Pfarrerssohn, hatte Jura und Staatswissenschaften studiert und lehrte als Professor für Statistik an der Universität Leipzig. Als Vorgänger von Heinrich Class hielt er den Verbandsvorsitz im AV v. 5. Juli 1893 bis 12. Jan. 1908 inne. Von 1893 bis 1903 war er nationalliberaler Reichstagsabgeordneter. Kruck, Alfred: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939, Wiesbaden 1954, S. 19. Bronder, Dietrich: Bevor Hitler kam, Hannover 1964, S. 73, 121, 124.
- 26 Hasse, Ernst: Deutsche Politik, München 1905–1908:
 - Bd. 1, Heft 1: Das Deutsche Reich als Nationalstaat, 1905
 - Bd. 1, Heft 2: Die Besiedelung des deutschen Volksbodens, 1905
 - Bd. 1, Heft 3: Deutsche Grenzpolitik, 1906
 - Bd. 1, Heft 4: Die Zukunft des deutschen Volkstums, 1907
 - Bd. 2, Heft 1: Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik, 1908
 Die in den beiden ersten Publikationen dargelegte Anschauung war identisch mit

- jener des Alldeutschen Verbandes. In den weiteren Schriften ist Hasse seinem Verband vorausgeeilt. Gleichwohl dürfen wir seine Auffassungen als typisch für die Alldeutschen betrachten, zumal er deren Entwicklung nur vorweggenommen hatte. Es erübrigt sich daher, auf die Schriften von Heinrich Class, des späteren langjährigen Verbandsvorsitzenden näher einzugehen. Vgl. Einhart (Pseudonym für H. Class): *Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe*, Leipzig 1910.
- Fryman, Daniel (Pseudonym v. H. Class): *Wenn ich der Kaiser wäre, Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten*, o. O., 1912.
- 27 Haude, Günter/Possekel, Kurt: *Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) 1881-1945*, in: *Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945*, hrsg. v. einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke, Bd. II, Leipzig 1970, S. 716-729. (Zit. als: *Handbuch, Bürgerliche Parteien*).
- 28 Hasse hatte schon Anfang der siebziger Jahre einen Vorläufer des «Allgemeinen Deutschen Schulvereins» ins Leben gerufen, der aber mangels Interesses wieder eingegangen war. *Handbuch, Bürgerliche Parteien*, Bd. II, S. 717.
- 29 Hasse: *Das Deutsche Reich als Nationalstaat*, S. 10 ff.
- 30 A. a. O., S. 23.
- 31 G. W. 13, S. 209: Rede v. 11.1.1887 im Deutschen Reichstag.
- 32 Freisei, op. cit., S. 39 ff.
- 33 Bonhard, Otto: *Geschichte des Alldeutschen Verbandes*, Leipzig-Berlin 1920, S. 150 f.
- 34 A. a. O., S. 101.
- 35 G.W. 15, S. 421.
- 36 Hasse: *Deutsche Grenzpolitik*, S. 174. Bismarck war von Rudolf Virchow vorgeworfen worden, in der schleswig-holsteinischen Frage nicht den deutschen, sondern einen europäischen Standpunkt zu wahren. In dieser Situation, in der er seine letzte Absicht, die Herzogtümer mit Preussen zu verbinden, nicht offenbaren konnte, begegnete er dem Angriff u.a. mit einem Hinweis auf Wilhelm L: «Unsere Politik ist eine andere, sie ruht auf dem von Ihnen im Adresnenentwurf zitierten Ausspruch Seiner Majestät, dass kein Fuss breit deutscher Erde verloren gehen solle und dass ebenso kein Titel deutschen Rechtes geopfert werden solle.» (G. W., Bd. 10, S. 196: Rede vom 18.12.1863). Hasses Bemühen, dem «alten und verstimmtten, ‚gesättigten‘ Altreichskanzler» den «jungen Siegfried, den Bismarck aus der Zeit des Sturmes und Dranges», gegenüberzustellen, scheidert auch an diesem aus dem Zusammenhang gerissenen und unvollständig wiedergegebenen Zitat, das er zum allgemeingültigen Leitgedanken alldeutscher Politik verfälschte.
- 37 *Das Deutsche Reich als Nationalstaat*, S. 49 ff. Erstmals hat Hasse die Forderung zur Ausdehnung des Reiches aus der Verfassung abgeleitet in: *Alldeutsche Blätter*, Nr. 23 v. 6. 6.1897.
- 38 *Das Deutsche Reich als Nationalstaat*, S. 49 ff. Der Unterschied von Staatsvolk und Nationalität ist in der Folge auch auf dem Gebiet des Staatsrechts verschiedentlich aufgestellt worden. Vgl. Laun, Rudolf: *Volk und Nation; Selbstbestimmung: nationale Minderheiten*, in: *Handbuch des Deutschen Staatsrechts*, hrsg. v. Gerhard Anschütz u. Richard Thoma, Bd. I, Tübingen 1930, S. 244-257.

- 39 Wolf, Heinrich: Angewandte Geschichte, Eine Erziehung zum politischen Denken und Wollen, Leipzig ⁶⁻⁷ 1913, S. 237 ff. Wolf entnimmt seine Darstellung den weitergreifenden Äußerungen von Ernst Hasse, Das Deutsche Reich als Nationalstaat, S. 51 ff.
- 40 Hasse, a. a. O., S. 59. Das bekannte Wort ist offenbar erstmals gesagt worden in der Ostdeutschen Rundschau v. 27. Sept. 1901.
- 41 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1955, S. 363.
- 42 Foerster, Rolf Hellmut: Europa, Geschichte einer politischen Idee, mit einer Bibliographie von 182 Einigungsplänen aus den Jahren 1306 bis 1945, München 1967, S. 275 ff.
- 43 Fest, Joachim C.: Hitler, Eine Biographie, Frankfurt/M-Berlin-Wien 1973, S. 843 ff.
- 44 So etwa die Flugschriften:
 Germania triumphans, Berlin 1894; hinter dem anonymen Verfasser «Einem Größt-Deutschen» verbarg sich der Kolonialpolitiker Karl Kaerger.
 Groß-Deutschland und Mitteleuropa um das Jahr 1950, von einem Alldeutschen, Berlin 1895.
 Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser? Kritische Untersuchungen und Folgerungen eines deutschen Weltpolitikers, München 1905. Anonym.
 Bereits einen Schritt weiter und den Vorstellungen Hitlers näher gehen die Vorschläge Reimers, der «ein germanisches Stammesreich deutscher Nation, ein Weltreich germanischer Stämme unter der Hegemonie des deutschen Volkes» anstrebt; Reimer, Josef Ludwig: Ein pangermanisches Deutschland, Berlin-Leipzig 1905.
 Hasse, Deutsche Grenzpolitik, S. 152 ff.
- 45 A. a. O., S. 166.
- 46 A. a. O., S. 167.
- 47 A. a. O., S. 169. Wenn Hasse selbst davon spricht, «zunächst darauf (zu) verzichten, die anderen großen Völker zum Kampfe ums Dasein herauszufordern», so wird deutlich, wo seine Theorien enden, auch wenn er sich den letzten Konsequenzen nicht stellen will.
- 48 Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen, Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf ²1970, sowie v. gl. Verf.: Griff nach der Weltmacht, Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf ⁴1971.
- 49 Der 1869 in Livland geborene Schriftsteller Paul Rohrbach war mit seinem Buch «Der deutsche Gedanke in der Welt», Düsseldorf-Leipzig 1912, einer der glühendsten Vorkämpfer für eine deutsche Weltpolitik.
- 50 Bekannter als Hasses Schriften ist die Broschüre seines Nachfolgers Heinrich Class: Zum deutschen Kriegsziel, München 1917, worin der Vorsitzende des AV weitgehende Kriegsforderungen geltend macht.
- 51 Eine Uebersicht über die ältere Literatur bietet das Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, hrsg. v. C. Petersen, O. Scheel, P. H. Ruth u. H. Schwalm, Bd. 1–3, Berlin 1933–1938. Die hier verzeichnete Literatur führt einige Titel zur deutschsprachigen Schweiz auf, während zu den Reichsdeutschen in der Schweiz nichts Ergiebiges zu finden ist.
- 52 Deutsches Volk auf fremder Erde, Auswahl aus volksdeutschem Schrifttum, hrsg. v. Wilhelm Albert, Bd. II, Leipzig o. J., Vorblatt-Rückseite.
- 53 Böckh, R.: Ueber die statistische Bedeutung der Volkssprache als Kennzeichen der Nationalität (1866), zit. bei: Meynen, Emil: Deutschland und Deutsches Reich,

- Sprachgebrauch und Begriffswesenheit des Wortes Deutschland, Leipzig 1935, S. 116. Ratzel, Friedrich: Anthropo-Geographie, Bd. I, Stuttgart ⁴1921, S. 126.
- 54 Müller, Helmut/Fieber, Hans-Joachim: Deutsche Kolonialgesellschaft (DKG) 1882 (1887)-1933, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, Leipzig 1968, S. 390-407.
- 55 Vgl. § 2 der Satzung der «Deutschen Kolonialgesellschaft», zit. in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 392 f.
- 56 § 1 der Statuten des 1881 gegründeten «Allgemeinen Deutschen Schulvereins», seit 1908 VDA, lautete:
 «Der ‚Deutsche Schulverein‘ hat den Zweck, die Deutschen ausserhalb des Reiches dem Deutschtum zu erhalten und sie nach Kräften in ihren Bestrebungen, Deutsche zu bleiben oder wieder zu werden, zu unterstützen.»
- 57 Stricker, Wilhelm: Die Verbreitung des deutschen Volkes über die Erde, Ein Versuch von W. S., Leipzig 1845, S. III ff.
- 58 Hitlers Zweites Buch, Ein Dokument aus dem Jahr 1928, eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, mit einem Geleitwort von Hans Rothfels, Stuttgart 1961, S. 50.
 Ein anderer Topos war die Vorstellung, die deutsche Auswanderung sei eine Folge der Überbevölkerung. Renate Vowinckel hat sogar im Jahre 1939 festgestellt, dass die Zahl der Auswanderer eines Landesteiles gerade im umgekehrten Verhältnis zur Bevölkerungsdichte stehe, was die Auswanderung als Argument für die Forderung nach mehr Lebensraum ad absurdum führte. Vowinckel, Renate: Ursachen der Auswanderung, gezeigt an badischen Beispielen aus dem 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart-Berlin 1939, S. 118 f. Die Verfasserin hat damit nur bestätigt, was Bismarck schon festgestellt hatte: «Es wird nämlich aus der Statistik ... der merkwürdige Umstand sich ergeben, dass die meisten Auswanderer aus den am wenigsten bevölkerten Gegenden kommen, und dass diejenigen fast überbevölkerten Länder, die vermöge der Entwicklung ihrer Industrie 10'000 und mehr Menschen auf der Quadratmeile nähren, ein sehr dürftiges Kontingent bilden.» G. W., Bd. 12, S. 40 ff. (Rede v. 8. März 1879).
- 59 Wolf, Heinrich: Angewandte Geschichte, Eine Erziehung zum politischen Denken und Wollen, Leipzig ⁶⁻⁷1913, S. 181.
 Für Zahlenvergleiche s.: Winkler, Wilhelm: Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927. Eine vergleichende Tabelle für die Jahre 1934-1938 enthält: Jacobsen, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938, Frankfurt a. M.-Berlin 1968, S. 698 ff.
- 60 (Walz, Fritz): Staatsstreich oder Reformen! Politisches Reformbuch für alle Deutschen, 2. Teil, Bd. 2: Deutsche Kolonial-Reform, Zürich 1905, S. 1598. Die Bürgerrechtsregelung bezeichnet Walz als «unsinnigen systematischen nationalen Massenmord der Deutschen im Ausland durch unsere Gesetzgebung».
- 61 Hasse, Deutsche Grenzpolitik S. 168. Hasse gibt vor, damit in der Tradition an «die tausendjährige Arbeit unserer Urväter» anzuknüpfen.
- 62 Hasse, Die Besiedelung des deutschen Volksbodens, S. 125.
- 63 Hasse, Deutsche Grenzpolitik, S. 170 f.
- 64 Hasse, Die Besiedelung des deutschen Volksbodens, S. 138 f. Dieser «Rückruf» sollte sich auch auf die Nachkommen früherer Einwandererfamilien beziehen, die längst Bürger ihres neuen Heimatlandes geworden sind: «Wir könnten auch sonst recht viele Amerikaner unter uns brauchen, aber deutsche Rückwanderer.» Zu den Tendenzen, in

- ähnlicher Weise Schweizer Staatsbürger einzubeziehen, wird im Abschnitt «Die Schweiz im Bereich großdeutscher Zielvorstellungen» näher eingegangen.
- 65 Hasse, Deutsche Grenzpolitik, S. 169.
- 66 A. a. O., S. 171. «Diese Gebiete sind ebenbürtige Teile des alten deutschen Volksbodens, den wir der Tatkraft des deutschen Volkes in früheren Jahrhunderten verdanken und die uns nur durch eine vorübergehende politische Schwäche verloren gegangen sind.» Zu diesen aus politischer Schwäche verlorenen Gebiete wurde auch die Schweiz gezählt. Vgl. Text S. 71 ff.
- 67 Hasse, Die Besiedelung des deutschen Volksbodens, S. 126. Hasse wollte ein weiteres Heft unter dem besonderen Titel «Das Deutschtum im Auslande» speziell diesen hier aus seinen übrigen Schriften interpretierten Aspekten widmen, ist jedoch durch seinen Tod (1908) nicht mehr dazu gekommen. Vgl. Hasse, Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik, S. 51, Anm. 1.
- 68 Die Nationalversammlung von 1848 hatte sich zu dem Grundsatz bekannt: «Die Auswanderungsfreiheit ist von Staats wegen nicht beschränkt. Abzugsgelder dürfen nicht erhoben werden. Die Auswanderungsangelegenheit steht unter dem Schutz und der Fürsorge des Reiches.» Vowinkel, Renate: Ursachen der Auswanderung . . ., Stuttgart-Berlin 1939, S. 113 f. Zunächst wurden gleich vierzehn private Vereine zur Förderung der Auswanderung gegründet.
- 69 Vgl. seine Äußerungen im Zusammenhang mit dem Wohlgemuth-Handel: «Wenn wir mit der Schweiz überhaupt politische Geschäfte haben und eines kaiserlichen Gesandten daselbst bedürfen, so wird es dessen vornehmste Aufgabe sein, die Stärke der dortigen Positionen der deutschen Sozialdemokratie zu vermindern und ihren Zusammenhang mit den Schweizer Regierungs- und Beamtenkreisen zu lockern. Andere Aufgaben für unsere Politik in der Schweiz lassen sich in gewöhnlichen Verhältnissen kaum ausfindig machen.» Bismarck an den Kaiser, Varzin 8. Juli 1889, zit. in: Bonjour, Neutralitätsgeschichte Bd. II, S. 476, Anm. 27.
- 70 Ansprache an die Abordnung der New Yorker Independent-Schützen v. 8. Juli 1890, G. W. Bd. 13, S. 413 ff.
- 71 A. a. O.; vgl. auch die Ansprache an die Abordnung des Deutschen Kriegsvereins in Chicago v. 30. August 1895, G. W. 13, S. 614 f.
- 72 Zit. bei Kruck, Alfred: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, 1890–1939, Wiesbaden 1954, S. 46 f.
- 73 Sartorius, Carl: Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, in: Handbuch des Deutschen Staatsrechtes, hrsg. v. Gerhard Anschütz u. Richard Thoma, Tübingen 1930, Bd. 1, S. 258–273.
- 74 Zu den verschiedenen Vorstößen des Alldeutschen Verbandes vgl. Dehn, Paul: Der neue Reichsangehörigkeitsgesetzesentwurf, in: Alldeutsche Blätter Nr. 6 v. 10. Febr. 1912, S. 44 f.
- Ratjen, Hans: Das neue Reichsangehörigkeitgesetz, in: Alldeutsche Blätter, Nr. 27 v. 5. Juli 1913, S. 217 ff.
- 75 Zur Kritik an den Bestimmungen des Gesetzes von 1913, das von der Weimarer Republik übernommen und durch die Ereignisse längst überholt wurde, vgl. Sartorius, Carl: Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit . . ., a. a. O., S. 259.
- 76 Fick, Adolf: Die Behandlung der im Auslande lebenden Reichsdeutschen, in: Alldeutsche Blätter, Nr. 44 v. 3. Nov. 1906, S. 358 f. Hier findet sich auch zum Reichsangehörigkeitgesetz die Feststellung: «Der engherzige und kurzsichtige Geist, aus dem

jenes Gesetz erwachsen ist, herrscht aber nicht bloss bei den Gesetzgebern und der hohen Regierung, sondern auch in der Verwaltung.»

- 77 (Walz, Fritz): Deutsche Kolonial-Reform, Zürich 1905, S. 673 sowie (Walz, Fritz): Ungelöste Lebensfragen für das deutsche Volk, Politische Betrachtungen eines Auslanddeutschen, Zürich 1914, S. 57. Walz zeichnete als Verfasser anonym mit «ein Ausland-Deutscher».
- 78 A. a. O.: Walz forderte daher die Einrichtung von Ausland-Handelskammern, die manche Missstände beseitigen könnten.

3. Die Schweiz im Bereich grossdeutscher Ideen und alld deutscher Zielvorstellungen

- 79 Feder, Gottfried: Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, München 166.-169. Aufl. 1935, S. 15.
Das Parteiprogramm galt Hitler – der sich nicht binden lassen wollte – nur als ein Mittel der Propaganda, während es in der Öffentlichkeit als «die oberste staatsrechtliche Grundlage für den Aufbau des Dritten Reiches» bezeichnet wurde. Vgl.: Deutscher Beamten-Kalender 1937, bearb. v. Karl Vogt, Berlin 1936, S. 131.
- 80 Grimm, Bruno: Gau Schweiz? Dokumente über die nationalsozialistischen Umtriebe in der Schweiz, Bern 1939, S. 7.
- 81 Daher lässt sich die Schrift Grimms nicht unbesehen als «Quelle» ausschöpfen; vgl. Meyer, Alice: Anpassung oder Widerstand, Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus, Frauenfeld 1965, S. 16 ff., 21. Entsprechend undifferenziert ist das hier gegebene, zum Teil bis heute noch vorherrschende Geschichtsbild ausgefallen.
- 82 «Mit heiligem Ernst erklären wir, dass wir alemannische Schweizer nie und nimmer Deutsche sind; ‚deutsch‘ ist für uns ein politischer Begriff und bleibt es auch!» Frei, Adolf: Die Völkische Bewegung, eine nationale Gefahr, Zürich 1933, S. 27.
- 83 A. a. O., S. 8.
- 84 Am Willen zur Differenzierung hat es zwar selbst unter vehementen Verfechtern der geistigen Landesverteidigung nicht gefehlt. «Wir wollen», schrieb Adolf Guggenbühl, «uns immer klar darüber sein, was wir der grossen deutschen Nation zu verdanken haben. Wie in der Vergangenheit, so muss uns das deutsche Geistesleben auch in der Gegenwart und in der Zukunft befruchten. Aber wir wollen achtgeben, dass die Erzeugnisse der deutschen Kultur nicht das trojanische Pferd bilden, in dessen Bauch Gedanken in unser Land eindringen, welche uns zum Verhängnis werden können.» Guggenbühl, Adolf: Der Kampf um die schweizerische Eigenart, (Schriften der Jungliberalen Bewegung der Schweiz, Heft 5) Basel o. J., S. 15. Gleichwohl gerieten aus seiner Schau der geistigen Überfremdungsgefahr fast die gesamten deutschschweizerischen Beziehungen früherer Dezennien in dasselbe düstere Zwielficht.
- 85 Frei, op. cit., S. 11. Zur Entstehung der zwei Bände umfassenden «Lebensbilder deutscher Städte» (Leipzig 1927/1929) vgl.: Baum, Marie: Leuchtende Spur, Das Leben Ricarda Huchs, Tübingen-Stuttgart 1950, S. 303 ff., 311 ff.
- 86 Nussbaum, Fritz: Zum Begriff «Deutschland», in: Der Schweizer Geograph, Bern H. 1, Jan. 1933, S. 2-13; H. 3, Mai 1933, S. 69-74; H. 4, Aug. 1933, S. 81-84.
- 87 Näf, Werner: Die Eidgenossenschaft und das Reich, Neue Schweizer Rundschau, Okt. 1940, H. 6, S. 325 ff. Vgl. a. seine ausführlichere Darstellung: Die Schweiz in Europa, Die Entwicklung des schweizerischen Staates im Rahmen der europäischen Geschichte, Bern 1938. An der

Persönlichkeit von Werner Näf zeigt die Studie von Peter Wegelin (Schweizer Beiträge zur allgemeinen Geschichte, Bd. 18/19, S. 43 ff.) die Rolle des Historikers im Rahmen der geistigen Landesverteidigung auf.

Ein typisches Beispiel für die Argumentation nationalsozialistischer Geschichtsdeutung bietet: Zeck, Hans F.: Die Schweiz, Leipzig 1940, S. 34 f.: «Trotz gefahrschwangerer Zeitläufe hat die Eidgenossenschaft den Dreissigjährigen Krieg nicht nur überstanden, sondern aus Frankreichs Hand 1648 zu Münster sogar die offizielle Anerkennung völliger Unabhängigkeit vom Reich empfangen.» Im Klappentext heisst es hierzu ergänzend: «Die Schweiz aber hatte zwei Paten: Frankreich und Grossbritannien. Seit nun beide Mächte aus ihren politischen Schlüsselstellungen verdrängt wurden, ist die Problematik der Schweiz offenkundig geworden.» Zur Loslösung von 1648 sowie für weitere Literaturhinweise vgl. Stadler, Peter: Das Zeitalter der Gegenreformation, in: Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd. I, Zürich 1972, S. 640 ff.

- 88 Noch der Auswertung harret der Akt «Jakob Schaffner» der Reichsschrifttumskammer, Document Center Berlin. Grundlegend zur geistigen Einordnung Schaffners ist der Aufsatz von Peter Stadler: Zwischen Klassenkampf, Ständestaat und Genossenschaft, Politische Ideologien im schweizerischen Geschichtsbild der Zwischenkriegszeit, in: HZ 219, 1974, S. 290-358, insbes. S. 305 ff. Vgl. a. Schmid, Karl: Unbehagen im Kleinstaat, Untersuchungen über Conrad Ferdinand Meyer, Henri-Frédéric Amiel, Jakob Schaffner, Max Frisch, Jacob Burckhardt, Zürich-Stuttgart 1963, S. 144 ff.
- 89 Dieser Vorschlag richtete sich auch gegen die Reichsdeutschen in der Schweiz, von denen Emil Baer eine Zersetzung der schweizerischen Substanz, ja geradezu eine Eindeutschung befürchtete. Allein das Schrifftalemannische «schützt uns im eigenen Lande vor der Assimilation durch das Fremdvolk; es allein gibt uns die völkische Kraft zurück, um die unter uns lebenden und sich einbürgernden Fremden in unser Volkstum einzuführen und zu Schweizern zu machen». Baer, Emil: Alemannisch, Die Rettung der eidgenössischen Seele, Zürich-Leipzig-Stuttgart 1936, S. 78 f. Gemässigte Vorschläge finden sich bei Adolf Guggenbühl: Warum nicht Schweizerdeutsch? Gegen die Missachtung unserer Muttersprache, Zürich 1937. Weiteren Aufschluss zur Sprachproblematik gibt das dem Thema «Schwyzerdütsch?» gewidmete Heft der Schweizerischen Hochschulzeitung, H. 3, XL Jg., Sept. 1937.
- 90 Durch einen Vergleich mit der Art und Weise, wie von Schweizern nach dem Zweiten Weltkrieg die Frage der Zweiteilung oder Wiedervereinigung Deutschlands beurteilt und verfolgt worden ist, liesse sich diese Veränderung deutlicher herausarbeiten. Geblieben ist die geistige und sprachliche Beziehung in einem Sinn, der jenseits volklicher – und schon gar nicht völkischer – Denkkategorien einen möglichst weiten, über das einzelne Land hinausreichenden Kulturaustausch zu erlangen strebt.
- 91 Luther, Martin: Kritische Gesamtausgabe, Weimar 1883 ff., Bd. 36, S. 131.
- 92 Meynen, Emil: Deutschland und Deutsches Reich, Sprachgebrauch und Begriffswesenheit des Wortes Deutschland, Leipzig 1935, S. 24 f. Während des Verfassers Standpunkt, nicht die Grenzen des Staates, sondern die des sog. Volkstums bestimmten den Begriff «Deutschland», in tendenziöser Weise diese Studie mit ihrem wissenschaftlichen Anspruch verfälscht und entwertet, vermitteln die in einem zweiten Teil beigefügten Quellenstücke und Belege einige interessante Hinweise.

- 93 Zu diesem Zeitabschnitt vgl.: Ziehen, Eduard: Die deutsche Schweizerbegeisterung in den Jahren 1750-1815, Frankfurt a. M. 1922.
- 94 Jan, L. Fr. Rfhr. v.: Staatsrechtliches Verhältnis der Schweiz zu dem deutschen Reiche von dem Ursprung der Eidgenossenschaft bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts, 3 Bde., Nürnberg-Altendorf 1801-1803 (zit. Bd. II, § 218, Anm. c.). Die Datierung in das Jahr 1507 bezieht sich darauf, dass die Eidgenossen de jure als «Verwandte des Reiches» reichsfrei werden. Aus deutscher Sicht bringt Jan den Verlauf der Kontroverse um die Unabhängigkeit der Eidgenossenschaft am ausführlichsten zur Darstellung.
- 95 Vgl. Anm. 93.
- 96 Neben Ziehen vgl. Buck, Rudolf: Rousseau und die deutsche Romantik, Berlin 1939. Weiss, Richard: Das Alpenerlebnis in der deutschen Literatur des 18. Jahrhunderts, Horgen-Leipzig 1933.
- 97 Schlegel, August Wilhelm: Abschied an die S., in: Sämtliche Werke, hrsg. v. Eduard Böcking, Bd. I, Leipzig 1846, S. 289. Vgl. Liebi, Alfred: Das Bild der Schweiz in der deutschen Romantik, (Sprache und Dichtung Heft 71), Bern-Leipzig 1946, S. 81 ff.
Renner, Albert: Joseph Görres und die Schweiz, Diss. phil. Freiburg i. Ue. 1929, Rorschach 1930, S. 145. (Zit. als: Renner, Görres).
- 98 Arndt, Ernst Moritz: Geist der Zeit, o. O., ²1807, S. 360 f.
- 99 Arndt, op. cit., Teil II, o. O. ²1808/09, S. 431 ff.
- 100 Arndt, Ernst Moritz: Der Rhein, Deutschlands Strom, aber nicht Deutschlands Gränze, Leipzig 1813, S. 45 f. In seinen «Fantasien für ein künftiges Teutschland», Frankfurt a. M. 1815, S. 57 f. schrieb er (verfasst 1812): «Auch musst du (Deutschland, d. Verf.) die Schweitzer wieder zu dir fügen, die sich nach und nach von dir gelöst und mehr zu Fremden gehalten haben, als zu dir, wiewohl sie deine Sprache noch reden bis diesen Tag ...»
- 101 Zit. in: Ziehen, Eduard: Die deutsche Schweizerbegeisterung in den Jahren 1750-1815, Frankfurt a. M. 1922, S. 113.
- 102 Thon, Ottokar: Aus den Papieren eines Verstorbenen, Weimar 1867, zit. in: Mommsen, Wilhelm: Die deutsche Einheitsbewegung, Eine Auswahl zeitgenössischer Äusserungen, Berlin o. J., S. 109. (Zit. als: Mommsen, Einheitsbewegung).
- 103 Renner, Görres, S. 27.
- 104 Renner, Görres, S. 19 behauptet, dass sich Görres über die Form der Angliederung der Schweiz an das Reich nirgends geäußert habe. Immerhin findet sich bei Mommsen, op. cit., S. 57 die folgende Äusserung von Görres: «Dem österreichischen Systeme wird dann näher sich anfügen der bayrische Stamm, der Fränkische, der Schwäbisch-Allemannische auf beyden Ufern, und die Schweiz wird in ein ähnliches Verhältnis zu ihm, wie Holland zu Preussen treten.»
Zur Politischen Publizistik von Görres vgl. a.: Näf, Werner: Deutschland und die Schweiz in ihren kulturellen und politischen Beziehungen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Fünf Untersuchungen, hrsg. v. W. N., Bern 1936, S. 36 ff. Mann, Golo: Joseph Görres 1776-1849, in: Die Grossen Deutschen. Deutsche Biographie, hrsg. v. H. Heimpe, Th. Heuss, B. Reifenberg, 2. Bd., Berlin 1956, S. 518-531.
- 105 Kohn, Hans: Der schweizerische Nationalgedanke, Eine Studie zum Thema «Nationalismus und Freiheit», Zürich 1955, S. 48 ff.
- 106 Sein 1813 verfasstes Gedicht «Des Deutschen Vaterland» lautet in Strophe vier und sechs:

«Was ist des Deutschen Vaterland?
So nenne mir das grosse Land!
Ist's Land der Schweizer? Ist's Tirol?
Das Land und Volk gefiel mir wohl;
Doch nein, nein, nein!
Sein Vaterland muss grösser sein!

Was ist des Deutschen Vaterland?
So nenne mir das grosse Land!
So weit die deutsche Zunge klingt
Und Gott im Himmel Lieder singt,
Das soll es sein!
Das, wack'rer Deutscher, nenne dein!»

Das Gedicht endet mit dem zum Schlagwort gewordenen «Das ganze Deutschland soll es sein!»

- 107 Auch in der Diktion kündigen sich künftige Wortbilder an, wie sie in der Vorstellung zu finden sind, es gebe ein schweizerisches Schmarotzertum auf Kosten von Mutter Germania: «Seit Jahrhunderten hängt die Schweiz als ein lahmes Glied an unserm Leib und saugt unsere Säfte, ohne sich dafür zu bewegen. Dass man es abhaue, ist Schaden für das Glied, Missgestaltung für den Leib, also werde es wieder belebt durch innige Verbindung mit dem Leibe.» «Die Schweizer», in: Nemesius, Zeitschrift für Politik und Geschichte I, hrsg. v. Heinrich Luden, Weimar 1814, S. 511; zit. bei Bonjour, Neutralitätsgeschichte, Bd. I, S. 175. Ziehen, Eduard, op. cit., S. 125.
- 108 Ein solcher Vorschlag stammt von David Hansemann (1790-1864), der im rheinischen Wirtschaftsleben eine führende Persönlichkeit gewesen ist. Hansen, Rheinische Briefe und Akten zur Geschichte der politischen Bewegung 1830-1850, Bd. I, S. 70 ff.: zit. in: Mommsen, Einheitsbewegung, S. 238.
- Wertvolle Hinweise finden sich bei: Fleig, Hans: Die Schweiz im Schrifttum der deutschen Befreiungszeit 1813-1817, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 9), Basel 1942. Den Gesamtaspekt umreist Edgar Bonjour in seinem 1938 in der Universität Zürich gehaltenen Doppelvortrag: «Die Schweiz und Deutschland, Berührungen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts», in: Die Schweiz und Europa, ausgew. Reden und Aufsätze von E. B., Basel 1958, S. 57-78.
- 109 Massmann hat die Verse am 10. 7. 1822 ins Fremdenbuch von Rigi-Kulm eingetragen, zit. in: Näf, Werner: Deutschland und die Schweiz in ihren kulturellen und politischen Beziehungen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Fünf Untersuchungen, hrsg. v. W. N., Bern 1936, S. 9 f.
- 110 Kohn, Hans: Der schweizerische Nationalgedanke, Zürich 1955, S. 79.
- 111 Der zweiundzwanzigjährige Keller hatte den Aufsatz «Vermischte Gedanken über die Schweiz» im März 1841 für das «Wochenblatt» der Schweizergesellschaft in München verfasst. Er findet sich abgedruckt bei: Kriesi, Hans Max: Gottfried Keller als Politiker, Frauenfeld-Leipzig 1918, S. 243 ff.; vgl. a. Fränkel, Jonas: Gottfried Kellers politische Sendung, Zürich-New York 1939, S. 16 ff.
- 112 Gottfried Kellers Gesammelte Werke, hrsg. v. Carl Enders, Bd. 6, Leipzig 1921, S. 106 ff.
- 113 Die Sympathieadressen an die eidgenössische Tagsatzung, die sich im Tagsatzungsarchiv Bd. 1626-1628 (Bundesarchiv Bern) befinden, sind ediert worden von: Näf, Werner: Die Schweiz in der deutschen Revolution, Ein Kapitel schweizerisch-deutscher Beziehungen in den Jahren 1847-1849, Frauenfeld-Leipzig 1929, S. 106-207.
- 114 NZZ, Nr. 191 v. 9. Juli 1848.

- 115 NZZ, Nr. 128 v. 7. Mai 1848. Im Abschnitt: «Bestimmende Einflüsse im Freundschafts- und Spannungsverhältnis zwischen der deutschen Kolonie und ihrem Gastland» wird dieser Zeitabschnitt unter einem anderen Gesichtspunkt eingehender beleuchtet. Vgl. Text S. 187-204.
- 116 Lehmann, Elli: Die Spiegelung der deutschen revolutionären Ereignisse von 1848/49 in der schweizerischen Presse, Diss. phil. Bern 1936, S. 133.
- 117 NZZ, Nr. 120 v. 29. April 1848.
- 118 Meynen, op. cit., S. 66 spricht daher – was für seine Sicht der Dinge typisch ist – von «einem Wendepunkt von tragischer Bedeutung!»
- 119 Böckh, Richard: Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet in den europäischen Staaten, Eine statistische Untersuchung, Berlin 1869.
- 120 Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. II, S. 716.
- 121 Stadler, Peter: Die Schweiz und die deutsche Reichsgründung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Zeitschrift des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands, hrsg. v. K. D. Erdmann und F. Messerschmid, Stuttgart 1974, Heft 4, S. 209-227.
- 122 Vischer, Eduard: Die deutsche Reichsgründung von 1871 im Urteil schweizerischer Zeitgenossen, Schweizerische Zeitschrift für Geschichte I, 1951, S. 452-484. Seine Untersuchung stützt sich auf die Auffassungen von Johann Caspar Bluntschli, Augustin Keller, Heinrich Geizer, Philipp Anton von Segesser und Jacob Burckhardt. Für seine These, dass die Reichsgründung für die deutsch-schweizerischen Beziehungen «in der Tat einen weniger tiefen Einschnitt darstellt, als wir zunächst anzunehmen geneigt sind» (S. 454) beruft er sich auf die Studie von Edith Anita Picard: Die deutsche Einigung im Lichte der schweizerischen Öffentlichkeit 1866-1871 (Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft XX, k), Zürich 1940, übersieht jedoch, dass die Verfasserin die seit 1871 sich abzeichnende Spannung zwischen Staats- und Kulturidee deutlich hervorhebt.
- 123 Fick, Helene: Heinrich Fick, Ein Lebensbild, 2. Teil, Zürich 1908, S. 226. (Zit. als: Fick, Lebensbild).
- 124 Mann, Thomas: Betrachtungen eines Unpolitischen, München 1920, S. 7 f. Zu dieser Weltanschauung des unpolitischen Bürgertums vgl. Uerner, Klaus: Thomas Mann und die Freimaurerei, Literaturbeilage der NZZ, Nr. 452 v. 30. Sept. 1973.
- 125 Neben der Untersuchung von E. A. Picard vgl. für das schweizerische Verhältnis zu Bismarck: Rentsch, Hans-Ulrich: Bismarck im Urteil der schweizerischen Presse 1862-1898, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 20), Basel 1945; zur allgemeinen Lage und Neutralität der Schweiz im Deutsch-Französischen Krieg: Bonjour, Neutralitätsgeschichte, Bd. II, S. 435-460.
- 126 Wagner, Adolph: Elsass und Lothringen und ihre Wiedergewinnung für Deutschland, Leipzig 1. bis 6. neu verm. Aufl. 1870.
- 127 A. a. O., 5. Aufl. S. 53 f. Als Leitmotiv galt: «Ein besonderes *Interesse* an der Erhaltung der Selbständigkeit der Schweiz und Hollands haben wir nicht.» A. a. O., S. 87.
- 128 Die NZZ, Nr. 473 v. 13. Sept. 1870 beurteilte die Schrift richtig: «Wir sind übrigens weit entfernt, einzelne deutsche Stimmen für den Willensausdruck der deutschen Nation anzusehen.» Der Bund, Nr. 315 v. 15. Nov. 1870 kommentierte schroffer: «Nachgerade scheint man aber auch da und dort in Deutschland andere Saiten aufziehen zu wollen, und zwar sind es die Herren Professoren, welche im sichern Studirstübchen sich den Kopf zerbrechen...» Vgl. NZZ, Nr. 57 v. 1.2.1871: «Man hat

- sich ferner in der Schweiz durch die Broschüre von Professor Adolph Wagner über Elsaß und Lothringen vielfach verletzt gefühlt . . . »
- 129 Wagner, a. a. O., S. IX f.
- 130 Schweizer Handels-Courier, Nr. 14, Jan. 1871: «Die Bedeutung des Augenblickes für die Schweiz.»
- 131 Für biographische Hinweise vgl. S. 641, Anm. 56.
- 132 Es ist zu bezweifeln, ob E. A. Picard Wagners Broschüre überhaupt vorgelegen hat. Sie spricht – wie Zeitungskommentare v. 1870 – nur von «einem gewissen Prof. Adolf Wagner». Picard op. cit., S. 174.
- 133 Wagner, a. a. O., S. 86.
- 134 Vgl. NZZ, Nr. 483 v. 18. Sept. 1870: «Deutsche Stimmen». Über die Haltung der Schweiz enttäuscht, glaubten einige badische Blätter, mit der Annexion des rechtsrheinischen Gebiets drohen zu müssen. Picard, op. cit., S. 174.
- 135 Der Bund, Nr. 9 v. 10. Jan. 1871.
- 136 Der Bund, Nr. 18 v. 19. Jan. 1871.
Der fragliche Korrespondent behauptete darauf im Bund Nr. 20 v. 21. Jan. 1871, noch keine Veranlassung zur Bezweiflung seiner Quellen zu haben. Doch weder er noch – so weit sich dies feststellen ließ – andere vermochten irgendwelche konkrete Anhaltspunkte für die Richtigkeit der Meldung zu erbringen.
- 137 NZZ, Nr. 57 v. 1. Febr. 1871.
- 138 Der Territorialschacher, den die Kabinettpolitik betrieb, ließ allerdings auch die Schweiz nicht unberührt. Daß Bismarck insgeheim gegenüber Napoleon III. 1866 die welsche Schweiz als mögliches Entschädigungsobjekt in Erwägung zog, berichtet Herbert Geuß: Bismarck und Napoleon III, Ein Beitrag zur Geschichte der preußisch-französischen Beziehungen 1851–1877, (Kölner Historische Abhandlungen I), Köln-Graz 1959, S. 131 f. Bonjour, Neutralitätsgeschichte, Bd. II, S. 436 f.
- 139 Vgl. Anm. 117.
- 140 Zu dem in jener Zeit erörterten Problem der Presseberichterstattung und Pressekontrolle vgl. Kreis, Georg: Zensur und Selbstzensur, Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg, Frauenfeld 1973, S. 262 ff.
- 141 Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 2 v. 13. Jan. 1871 («Die Sympathien und Antipathien der Schweiz»)
Für die «freiwillige Selbstbeschränkung» trat zu diesem Zeitpunkt auch die NZZ, Nr. 26 v. 15. Jan. 1871 ein.
- 142 NZZ, Nr. 157 v. 26. März 1871. Der Verfasser E. R. könnte Oberst Emil Rothpletz gewesen sein.
- 143 Insofern ist der «Tonhallekrawall», den die eigentliche Koloniegeschichte sowie die «Zwischenbetrachtung» ausführlicher behandeln, nicht ein Ausgangs-, sondern der Kulminationspunkt der damaligen Konfrontation. Vgl. Text S. 177 ff., 208 ff.
- 144 Der am 6. April 1871 in der «Augsburger Allgemeinen Zeitung» erschienene Artikel findet sich abgedruckt bei: Fick, Lebensbild, 2. Teil, Zürich 1908, S. 256–266. Zürcherische Freitagszeitung Nr. 16 u. 17 v. 21. u. 28. April 1871.
- 145 Die deutsch-schweizerischen Kulturbeziehungen aus literarischer Sicht behandelt: Bettex, Albert: Spiegelungen der Schweiz in der deutschen Literatur 1870–1950, Zürich 1954.
- 146 Abgedruckt bei: Kriesi, Hans Max: Gottfried Keller als Politiker, Frauenfeld-Leipzig 1918, S. 295 f.

- 147 Ermatinger, Emil: Gottfried Kellers Leben, mit Benutzung von Jakob Bächtolds Biographie dargest. v. E. E., Zürich 1950, 8. neubearb. Aufl., S. 391; Fränkel, Jonas: Gottfried Kellers politische Sendung, Zürich 1939, S. 41 f.; Keller, Gottfried: Sämtliche Werke Bd. 21, hrsg. v. Carl Helbling, Bern 1947, S. 204 ff.
- 148 Zuerst hatte die «Badische Landeszeitung» v. 23. März 1872 über Kellers Ausspruch berichtet; von dort wurde die Nachricht durch schweizerische Blätter übernommen, wobei im Kanton Zürich zunächst Zurückhaltung geübt wurde. Vgl. u.a.: Der Landbote und Tagblatt der Stadt Winterthur, Nr. 78 v. 2. April 1872; Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 14 v. 5. April 1872. Kriesi, op. cit. S. 204 gibt – ohne weiter darauf hinzuweisen – in seiner Darstellung diese Fassung wieder. Fränkel, Jonas, op. cit. S. 41 f.
- 149 Einen ausführlichen Augenzeugenbericht von der Abschiedsfeier enthält: Fick, Lebensbild, 2. Teil, Zürich 1908, S. 272-275. Über Kellers Auftritt beim Abschiedsessen v. 11. März 1872 schrieb Heinrich Fick seinem Bruder: «Dieser haspelte nun in seiner Semperschen Weise allerlei Gedanken herunter, die uns Deutschen unendlich wohl taten: wenn das Reich einst Raum geben werde für republikanische Staatengebilde, so könne auch die Schweiz wieder zum Reiche kommen.»
- 150 Vgl. Anm. 112.
- 151 A. a. O., S. 275. Seine Begleiter waren Heinrich Fick und Hermann von Marschall-Bieberstein.
- 152 Vgl. Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 14 v. 5. April 1872, die Keller in Schutz nahm.
- 153 Fränkel, Jonas: Gottfried Kellers politische Sendung, Zürich 1939, S. 42.
- 154 Ebenda.
- 155 Schaffner, Jakob: Berge, Ströme und Städte, Stuttgart 1938, S. 26.
Ebenso propagandistisch ausgewertet wurde Conrad Ferdinand Meyers Gedicht «Deutsche Libertät» aus «Huttens letzte Tage», insbes. der Vers:
«Geduld! Es kommt der Tag, da wird gespannt
Ein einig Zelt ob allem deutschen Land!»
Vgl. a. Picard, Edith Anita: Die deutsche Einigung im Lichte der schweizerischen Öffentlichkeit 1866-1871, Diss. phil. Zürich 1940, S. 328-339 (C. F. Meyer), S. 339-355 (Gottfried Keller).
Schmid, Karl: Unbehagen im Kleinstaat, Zürich-Stuttgart 1963, S. 54 ff., 201 ff.
Als typische Tendenzschrift aus der Zeit des Ersten Weltkrieges sei genannt: Arnold Knellwolf: Das Urteil der drei Schweizer Dichter G. Keller, K. F. Meyer, H. Leuthold über Deutschland, Bekenntnisse treuer Männerseelen, zusammengestellt und besonders den Schweizern deutscher Zunge zur Selbstermutigung dargeboten von einem Eidgenossen, Basel 1917.
- 156 Ebenso wenig traf es den Kern der Sache, wenn von «einer regelrechten Entgleisung» (Zurlinden, Samuel: Hundert Jahre, Bilder aus der Geschichte der Stadt Zürich in der Zeit von 1814-1914, Bd. 2, Zürich 1915, S. 167) oder von einem «immerhin gewagten Toast» (Gagliardi, Ernst: Die Universität Zürich 1833-1933, Zürich 1938, S. 668, Anm. 1) gesprochen wurde.
- 157 Abgedruckt in: Kriesi, op. cit. S. 295 f.
- 158 Schlüpfer, Rudolf: Die Ausländerfrage in der Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg, Diss. phil. Zürich 1969, S. 113.

- 159 Den Vorfall hat Vetter in seiner Rechtfertigungsschrift: Die Schweiz – eine «deutsche Provinz»? Meine Nürnberger Rede und ihre Folgen, Ein Bekenntnis und eine Abrechnung v. F. V., Berlin 1902 (Zit. S. 41 f.).
- 160 Die am 15. Juni gehaltene Rede wurde in den «Münchener Neuesten Nachrichten» v. 17. Juni 1902 referiert. Das besonders anstössige Wort von der Schweiz als einer «deutschen Provinz» wäre damals vielleicht unbeachtet hingegenommen worden, wenn Vetter im Ton der ganzen Rede den Bogen nicht überspannt hätte. In Jakob Bächtolds «Geschichte der deutschen Liberalen in der Schweiz», Frauenfeld 1892, S. 2, findet sich ein fast ähnlicher, aber nach damaligem Empfinden korrekt formulierter Passus: «Politisch hat sich die Schweiz seit Jahrhunderten vom grossen Reichskörper abgelöst; sprachlich und literarisch dagegen ist sie in ihrem deutschen Teile eine alte gute Provinz Deutschlands geblieben.»
- 161 Feller, Richard: Die Universität Bern 1834-1934, Bern-Leipzig 1935, S. 455 ff.
- 162 Vetter, a. a. O., S. 26 ff. Zu seiner Verteidigung bemühte er neben Keller auch C. F. Meyer und den Berner Dichter Ferdinand Schmid-Dranmor, der 1858 das damalige Deutschland mit «O mein Vaterland!» angeredet habe. Diese Art der Rechtfertigung wurde nachgerade stereotyp und beruht auf dem Unverständnis der Zeitveränderung.
- 163 Zu diesen verschiedenen germanophilen Gruppen vgl. Urner, Klaus: Die Gründung der «Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur», in: Schweizer Monatshefte, 50. Jg. März 1971, Heft 12, S. 1064-1078.
- 164 Die «Stimmen im Sturm» hatten in der Schweiz während des Ersten Weltkrieges am vehementesten den deutschen Standpunkt verfochten. Vgl. das Dossier «Stimmen im Sturm» (Febr.-Sept. 1915) aus dem Nachlass von Pfr. Eduard Blocher-Wigand, Familienarchiv Blocher, Wald/ZH.
- 165 Das Hauptwerk «Essay sur l'inégalité des races humaines» des französischen Orientalisten Joseph Arthur Graf Gobineau war 1853 in Paris erschienen. In Deutschland hat der vielseitige Naturforscher und Philosoph Ernst Haeckel (1834-1918) dem Darwinismus den Weg bereitet, wenn auch nicht in der Form, die er später annahm. Haeckel gehörte zeitweise dem Vorstand des AV an.
- 166 Schlägel, Max von: Die Volksbeglückter, Leipzig 1874; Ziegler, Theobald: Republik oder Monarchie? Schweiz oder Deutschland? Bonn 1877.
- 167 Der Anteil von A. Fick, W. Felix, O. Lubarsch und A. Müller in Zürich am Zustandekommen des AV wird im Kapitel über die Ortsgruppe Zürich des AV innerhalb der Kolonieggeschichte dargelegt; s. Text S. 529 ff.
- 168 Zit. in Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 3.
- 169 Zemmrich, J.: Verbreitung und Bewegung der Deutschen in der französischen Schweiz, Forschung zur deutschen Landes- und Volkskunde, Bd. 8, Stuttgart 1894, S. 361-405 (zit. S. 365). Wie bedenkenlos hier manipuliert wurde, illustriert der folgende abstruse Passus: «Die Einbusse des Deutschtums durch Romanisierung lässt sich für die drei ganz dem französischen Sprachgebiet angehörenden Kantone wenigstens annähernd berechnen, indem man die Zahl der deutschen Kantone und dem Reich bürgerrechtlich Angehörigen mit der Zahl der Personen deutscher Muttersprache vergleicht. Da wir hierbei alle Berner den Personen deutscher Abstammung zurechnen müssen, sollen, um das durch Mitzählung von französischen Bernern entstehende Zuviel ungefähr auszugleichen, alle Freiburger und Walliser als Franzosen betrachtet werden.»

- 170 Fick, Adolf: Deutsches aus der Schweiz, in: Kalender aller Deutschen auf das Jahr 1894, Für den «Allgemeinen Deutschen Verband» hrsg. v. Karl Pröll. Berlin 1894, S. 191-197 (zit. S. 191).
- 171 Alldeutsche Blätter, hrsg. v. Alldeutschen Verband, Berlin, Nr. 25 v. 21. Juni 1902, S. 217 f.
- 172 Nach dem Text der Rede soll der Passus gelautet haben: «...dass wir als deutsche Schweizer zugleich dem Geiste nach Deutsche sind und es zu bleiben hoffen!» Vetter, Ferdinand: Die Schweiz eine «deutsche Provinz»? , Berlin 1902, S. 42.
- 173 Alldeutsche Blätter, Nr. 28 v. 12. Juli 1902, S. 241 ff. (Die «gestrengen Herren» von Bern.)
- 174 Alldeutsche Blätter, Nr. 35 v. 30. Aug. 1902, S. 317.
- 175 Brosi, L: Der Irredentismus und die Schweiz, Eine historisch-politische Darstellung, Basel 1935, S. 211.
- 176 Huber, Kurt: Der italienische Irredentismus gegen die Schweiz (1870-1925), Diss. phil. Zürich, Seengen 1953. Huber, Kurt: Drohte dem Tessin Gefahr? Der italienische Imperialismus gegen die Schweiz (1912-1943), Aarau 1955. Vgl. a. Spindler, Katharina: Die Schweiz und der italienische Faschismus (1922-1930). Der Verlauf der diplomatischen Beziehungen und die Beurteilung durch das Bürgertum. Diss. phil. I Univ. Basel 1974, Basel-Stuttgart 1976.
- 177 Bonhard, Otto: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Berlin 1920, S. 60.
- 178 Hasse, Ernst: Die Besiedelung des deutschen Volksbodens, München 1905, S. 126 f.
- 179 Bonhard, op. cit., S. 61. Vgl. dagegen die «Alldeutschen Blätter» der Jahre 1894-1914; eifrigster Einsender ist Adolf Fick.
- 180 Bonhard, ebenda.
- 181 Hasse, Ernst: Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik, München 1908, S. 49 f.
- 182 Hasse, Ernst: Das Deutsche Reich als Nationalstaat, München 1905, S. 88 f.
- 183 Kruck, Alfred: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte, Mainz, Bd. 3), Wiesbaden 1954, S. 19. Obwohl Kruck den «erheblichen Einfluss» Hasses auf die Meinungsbildung des AV hervorhebt, kommt hier die ausserordentliche Tragweite dieser imperialistischen Konzeption, die schon in Hitlersche Dimensionen hineinspielt, nicht voll zum Ausdruck. Mochte ihn sein Nachfolger Class als Politiker und langjähriger Verbandsvorsitzender (1908-1939) in den Hintergrund treten lassen, so war Hasse als Theoretiker des alldeutschen Imperialismus wohl der Bedeutendere.
- 184 Hasse, Ernst: Weltpolitik, Imperialismus und Kolonialpolitik, München 1908, S. 63.
- 185 Vgl. die Dossiers V. 7: «Stimmen im Sturm»; V. 17 a und b: Akten betr. «Deutschschweizerische Gesellschaft» sowie weitere Unterlagen im Nachlass Eduard Blocher, Wald/ZH. Zur Lit. vgl. Alemann, Peter: Die Schweiz und die Verletzung der belgischen Neutralität im Weltkrieg 1914, Diss. Zürich, Buenos Aires (1946). Die Konfrontation zwischen der deutsch- und französischsprachigen Schweiz sowie die Überwindung des Grabens hat Hans Marti neu beleuchtet in: Paul Seippel 1858-1926, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 130), Basel 1973.
- 186 Class, Heinrich: Zum deutschen Kriegsziel, München 1917, S. 70.
- 187 Böckh, Richard: Der Deutschen Volkszahl und Sprachgebiet in den europäischen Staaten, Eine statistische Untersuchung, Berlin 1869. Der Professor an der Universität Berlin hat 18 Jahre hindurch das geistige Leben des Deutschen Schulvereins bestimmt und war von 1894-1899 dessen 1. Vorsitzender.

- 188 Verein für das Deutschtum im Ausland, Berlin o. J., S. 13.
- 189 Im Jahr 1910 lebten in der Schweiz 2 594 186 Personen deutscher Muttersprache, was 69,1% der Gesamtbevölkerung entsprach.
 Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1937, hrsg. v. Eidg. Statistischen Amt (46. Jg.), Basel 1938, S. 32. Nahm man die Sprache der Mehrheit als Kennzeichen der Nation, so ergab um die Jahrhundertwende der nationale Charakter der europäischen Staaten in Hasses Klassifikation folgende Rangordnung: Italien (99,8%), Niederlande, Schweden, Norwegen, Dänemark, Frankreich (96,7%), Deutsches Reich (92,5%), Schweiz (69,7%, deutsch), europ. Russland, Belgien, Ungarn, Österreich. Hasse, Ernst: Das Deutsche Reich als Nationalstaat, München 1905, S. 37.
- 190 Dass bei der Wiener Gründung Engelbert Pernerstorfer und Viktor Adler beteiligt gewesen waren, die dann in der österreichischen Sozialdemokratie eine hervorragende Rolle gespielt haben, verschweigt Günter Haude: Verein für das Deutschtum im Ausland 1881-1945, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. II, S. 717.
- 191 Die folgenden Angaben sind entnommen: VDA, Deutsche Arbeit, Aus der Geschichte eines Volkstumsbundes, in: Akten betr. den Verein für das Deutschtum im Ausland, Bd. 3, AA VI A (Nr. 2, Nr. 6) sowie einem Manuskript «V. D. A.-Geschichte in Stichworten von Dr. Karl Bell», in: Akten betr.: Verein für das Deutschtum im Ausland. Bd. 2, 1930, AA VI A (Nr. 2), PA-B.
 Die Anfangsphase des VDA hat Gerhard Weidenfeiler (Münster) erforscht. Eine Gesamtgeschichte des VDA fehlt noch. Zu einem wichtigen Teilausschnitt vgl.: Hans Steinacher, Bundesleiter des VDA 1933-1937, Erinnerungen und Dokumente, hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen, Boppard am Rhein 1970 (Schriften des Bundesarchivs 19).
- 192 Der Vergleich der Mitgliederzahlen unterstreicht den Vorgang:

*Mitgliederbestand VDA:**

1881	1 345
1885	19 000
1890	36 000
1895	26 524
1900	32 000
1905	34 774
1910	45 272
1915	57 452

*Mitgliederbestand AV:***

1891 (Ende Juni)	ca. 2 000
1891 (Dezember)	ca. 10 000
1892 (Mai)	ca. 21 000
1894 (1. Juli)	4 637
1895 (1. August)	7 585
1900 (1. April)	21 361
1914	ca. 18 000

* Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. II, S. 716.

** Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 1.

- 193 Zum «Deutschschweizerischen Schulverein» vgl. Satzungen, Zürich, 11. Juni 1943. Die vorhergehenden Statuten vom Febr. 1913 sind nicht mehr greifbar. Nach dem Tod des langjährigen Schriftführers August Steiger sollen die Vereinsakten der Jahre vor 1945 von den Erben aus Unwissenheit und Desinteresse vernichtet worden sein. MdI. Auskünfte von Dr. jur. Karl Bertheau f. Künsnacht, dem ehemaligen, und von Hans Dürst, Zürich, dem gegenwärtigen Vereinsobmann, v. 8. April 1974. Beiden Auskunftspersonen war aus der Frühgeschichte nur noch das Präsidium von Gerold Meyer v. Knonau sowie die Unterstützung von Bosco-Gurin erinnerlich. Vgl. dagegen: Eicher, Hermann: Gerold Meyer v. Knonau 1843-1931, XCVI. Neu-jahrsblatt zum Besten des Waisenhauses in Zürich für 1933, S. 45. S. a.: «Deutsche und Welsche im Oberwallis», Briger Anzeiger, Nr. 89 v. 7. November 1903.

- 194 Die «Union romande» wurde unter der Initiative der Neuenburger Charles Knapp, Alfred Lombard, Philippe Godet und Paul Bouvier mit weiteren Gesinnungsfreunden am 22. Dez. 1907 gegründet; sie verstand sich als Gegenbewegung zum drei Jahre zuvor gegründeten Deutschschweizerischen Sprachverein.
- 195 Von solchen Überspanntheiten mahnte Paul Seppel ab, dessen Vorfahren aus Deutschland stammten und seit Ende des 17. Jahrhunderts mit der Stadt Genf verwachsen waren; Marti, Hans: Paul Seppel 1858–1926, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 130), Basel 1973, S. 128 f.
- 196 Marti, Seppel, S. 122–132.
- 197 Der Anteil der deutschsprachigen Wohnbevölkerung war von 71,4 % (1888) auf 69,8 % (1900) und 69,1 % (1910) gesunken. Aber nicht die Französischsprachigen, die von 22,0 % (1900) auf 21,1 % (1910) zurückgingen, verursachten die Verschiebung, sondern die stark ansteigenden Zahlen der Arbeitskräfte aus Italien. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1937, Basel (1938), S. 32.
- 198 Im Gegensatz zum «Deutschschweizerischen Sprachverein» war dem «Deutschen Schulverein» in anderem Zusammenhang als im Rahmen seiner legitimen Hilfsbestrebungen nicht zu begegnen. Der Verein zählt heute etwa 250 Mitglieder. Vgl. auch die Werbekarte: «Der Deutschschweizerische Schulverein in Zürich»; Beilage zum Brief v. Hans Dürst, Zürich, 28. April 1974 an den Verf.
- 199 Vgl. hierzu die Jubiläumsschrift: «Sprache, Sprachgeschichte, Sprachpflege in der deutschen Schweiz, Sechzig Jahre Deutschschweizerischer Sprachverein, hrsg. v. d. Geschäftsstelle des Deutschschweizerischen Sprachvereins, Zürich 1964. Die Gründung des Vereins wurde in alldeutscher Sicht wie folgt begrüßt: «Nur einem solchen Schweizer Verein kann es gelingen, das deutsche Bewußtsein der Deutsch-Schweizer gegenüber dem Welschtum aufzurütteln. Gelingt dies, dann wird die bekannte Schweizer Zähigkeit schon dafür sorgen, daß die Erfolge nicht ausbleiben und vor allem die deutsch-schweizerische Auswanderung nach der welschen Schweiz ihrer deutschen Muttersprache erhalten bleibt.» Alldeutsche Blätter, Nr. 11 v. 16. März 1907 (17. Jg.).
- 200 Da der Schweizer Verein für eine eigene Zeitschrift zu klein war, abonnierten die Mitglieder das Organ des «Allgemeinen deutschen Sprachvereins».
- 201 Marti, Seppel, S. 123.
- 202 Eduard Blocher an seinen Sohn E. B., Brief, Basel 29. Jan. 1910. Dossier: III. 2A Nachlaß Blocher.
- 203 Blocher, Eduard: Sind wir Deutsche? Sonderabdruck «Wissen und Leben», H. 8 v. 15. Jan. 1910.
- 204 Die faktischen Angaben zum Lebenslauf entstammen Hinweisen aus dem Nachlaß sowie mdl. Auskünften von Pfr. Wolfram Blocher (1897–1972), Wald ZH. Aus frontistischer Sicht gab Hans Oehler: Eduard Blocher †, Ein Wegbereiter, Zürich 1942 (Sonderabdruck aus: «Nationale Hefte», Sept. 1942) einen biographischen Aufriß.
- 205 (Garraux, Emil F.): Betrachtungen über das geschichtliche Recht der deutschen Sprache im bernischen Jura, Von einem Deutschjurassier, Bern 1904, S. I f.
- 206 A. a. O., S. 3 f.
- 207 Auf den Aufsatz: «Die deutschen Ortsnamen der Welschschweiz», in: Deutsche Erde, Mai 1906, S. 170–182, hat hingewiesen Hans Marti, Seppel, S. 124. Die deutschen Ortsbezeichnungen Iferten, Morsee und Losanen finden sich noch bei Karl Baedeker: Die Schweiz, Leipzig 1920, S. 234, 260, 264 erwähnt.

- 208 Garraux, Betrachtungen, S. 42, Anm. 6.
- 209 Marti, Seippel, S. 125. Martis Darstellung, als habe der Sprachenstreit mit Seippels in versöhnendem Ton gehaltenen Aufsatz «La langue et la culture française en Suisse» von 1908 seinen Höhepunkt bereits überschritten, kann nicht beigestimmt werden; der Konflikt hatte sich allenfalls aus der Öffentlichkeit vermehrt in den Untergrund verlagert.
- 210 Die deutschsprachigen Schulen im Jura, in: Der Bund, Nr. 83 v. 18. Febr. 1949. Zum 1945 wiederaufgeflamten Streit um die Täuferkirchen vgl. die Dossiers: Jura I–III, Nachlaß Ernst Schürch, Archiv für Zeitgeschichte, Zürich.
- 211 Der Buchhändler Ch. Künzli-Locher, Bern, rügte als Mitglied des Deutschschweizerischen Sprachvereins, daß Blocher ganz zu Unrecht eine Sehnsucht nach Vereinigung mit dem deutschen Volke vortäusche. Brief v. 8. Febr. 1910. Zum Austritt des St. Galler Germanisten Otto Seiler aus dem Vereinsvorstand, der im Gegensatz zu Blocher das Hauptgewicht auf Sprachpflege und nicht auf Sprachenkampf legte; vgl. dessen Brief vom 6. Febr. 1913 an E. B., Dossier III. 2 A, Nachlaß Blocher.
- 212 Die nachfolgend ausgewerteten Schreiben des VDA sind alle dem Dossier: Briefe an Eduard Blocher, 1. Teil, Undatiertes und 1881–1916, III, 2 A, entnommen. Nachlaß Eduard Blocher, Wald ZH.
- 213 So bedurfte es kaum des Umweges über Berlin, um auf Ferdinand Vetter, der ein «schwerreicher Mann» sei, aufmerksam zu machen. Vetter (1847–1924), der sich 1902 als «ohne Besitz eines Vermögens» ausgegeben hatte, verwandte seine Geldmittel vor allem auf die Erhaltung und Ausstattung des Klosters St. Georgen, das sein Vater im Jahre 1888 von der Stadt Stein am Rhein gekauft hatte.
- 214 Außer den Universitätsprofessoren His, Morf, Schwendener, Wölfflin brachte er den «Schweizer Verein zu Berlin», den «Schweizer-Klub» und – wenn auch zweifelnd – den «Verein der Schweizer Sennen» als Kollektivmitglieder des Sprachvereins in Vorschlag.
- 215 Ernst Harder an Speier, Briefabschrift, v. 8. Dez. 1911.
Die erwähnte «Vereinigung» bezieht sich auf die «Vereinigung der Mennonitengemeinden im Deutschen Reich».
- 216 Wohl las Speier die «Tessiner Zeitung», die seit September 1908 als freisinniges Organ für die Interessen der Deutschschweizer im Tessin eintrat; über die Redaktionsinterna war er jedoch nicht informiert. Vgl. die Briefe Speiers an E. B. v. 3. 12. 1912, v. 5. 7. 1913, v. 24. Nov. 1913.
- 217 Die Checküberweisung der Disconto-Gesellschaft Berlin v. 12. Dez. 1913 an Pfr. Blocher, Zürich, von Fr. 1235.70, i. A. des VDA, trug den Vermerk: «für die deutsche Schule im Jura». Wie das Geld verteilt werden sollte, hatte Garraux am 11. 12. direkt auf Speiers Brief vom 3. 12. 1912 niedergeschrieben.
- 218 Speier an Blocher, Brief, Charlottenburg, 5. Juli 1913. Der Fabrikant hieß L. Manz.
- 219 Die «Korrespondenz» sollten erhalten: Neue Zürcher Zeitung, Berner Bund, Baseler Nachrichten, St. Galler Tagblatt, Thurgauer Zeitung, Luzerner Tagblatt.
- 220 Speier an Blocher, Brief, Charlottenburg, 27. 12. 1913. Dr. Treutlein, Krefelder Stadtrat, hatte über Bosnien für den VDA einen vertraulichen Bericht verfaßt. Der darin erwähnte Dr. jur. Oehler, ein mit einer Schweizerin verheirateter Deutscher, hatte es Speier zufolge verstanden, «auch Schweizer Geld für kulturelle – d. h. also deutsche – Zwecke in Bosnien flüssig zu machen. Die Baseler Familie Sarasin-Iselin ist mit einer

- bedeutenden Summe – ich glaube, es sind 150'000 Frkn. – beteiligt. Trägt das Geld seine Zinsen, dann darf man wohl auch auf weitere Zuwendungen hoffen».
- 221 Geiser an Blocher, Brief, Berlin, 17. Jan. 1914. Alfred Geiser (geb. 1868), der zuerst Geschäftsführer des AV gewesen war, amtierte seit 1908 als Generalsekretär des VDA. Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. II, S. 718.
- 222 Kraemer war offenbar auch VDA-Mitglied gewesen, was erklärt, wie Speier zu dieser Verbindung mit Krefeld gekommen ist, nachdem die Berliner Mennoniten in dieser Sache nicht mehr tätig wurden. Garraux an Blocher, Brief, Basel, 20. Febr. 1914. Garraux vermutete, dass der Posthalter in Bellelay Alarm geschlagen hatte. Er bat Blocher: «so viel wie möglich vom Sprachverein ab und auf mich zu wälzen, indem Sie nötigenfalls erklären, Sie hätten allerdings mit Vergnügen die Arbeit der kleinen Juragruppe beobachtet, gäben auch zu, dass Sprachvereiner mit dabei seien, aber der Sprachverein als solcher habe schon deshalb nie etwas damit zu tun gehabt, weil sich der Vorstand nie damit befasst habe und weil im Vereine selbst viele Mitglieder nicht für Sprachpolitik, wenn man so sagen dürfe, stimmten».
- 223 Nach der Volkszählung von 1910 besass Schelten 84 deutschsprachige, aber nur 6 französischsprachige Einwohner; in Seehof stand das Verhältnis gar 121:1. Wegen der Gefahr angeblicher «Verwelschung» war es im Nationalrat schon 1907 zu einer Interpellation von Virgile Rossel gekommen.
- 224 NZZ, Nr. 406 (II) v. 18. März 1914.
- 225 «Die ‚Germanisationsbestrebungen im Berner Jura‘ vor dem Berner Grossen Rat», NZZ, Nr. 406 (II) v. 18. März 1914.
Hermann Böschenstein hat die parlamentarische Behandlung dieser Affäre beleuchtet in: «Eine Juradebatte am Vorabend des Ersten Weltkrieges, NZZ, Nr. 774 v. 13. Dez. 1968, sowie in: Bundesrat Karl Scheurer, Tagebücher 1914-1929, hrsg. u. eingel. v. H. B., Bern 1971, S. 47 ff.
- 226 Statt der für den nachfolgenden Tag erwarteten heftigen Auseinandersetzungen fand die Motion Choulat mit der Annahme einer von den Motionären eingebrachten Tagesordnung ein abruptes Ende: «Der Grosse Rat nimmt Akt von den Erklärungen des Regierungsrates, aus denen hervorgeht, dass dieser bestrebt ist, jeden Sprachen- und Rassenkampf zu verhindern und sich jeder Handlung von Behörden und Beamten zu widersetzen, die geeignet wären, die verfassungsmässigen Garantien der französischen Sprache zu verletzen, und er geht im Vertrauen, dass die Regierung alle Massregeln treffen wird, zur Tagesordnung über.» NZZ, Nr. 407 (I) v. 18. März 1914.
- 227 Garraux an Blocher, Brief, Basel, 21. März 1914.
- 228 Garraux an Blocher, Brief, Basel, 21. März 1914.
- 229 Speier an Blocher, Brief, Berlin, 24. März 1914.
- 230 Speier an Blocher, Brief, Charlottenburg, 7. April 1914. Wenn Speier auch bewusst in Zweckoptimismus machte, war der VDA von der Wirkung seiner Hilfeleistungen überzeugt: «Ich bin über jede Unterstützung, die im Jura gezahlt worden ist, genau unterrichtet, ich habe auch die Dankschreiben der Empfänger gelesen, und ich muss gestehen, dass ich um die weitere günstige Entwicklung nicht einen Augenblick wankte. Mit lächerlich geringen Mitteln war hier eine Erweckungsarbeit geleistet worden, die anderwärts, selbst bei Zuführung grösserer Beträge nicht immer solche Früchte zeitigt.»
- 231 Ammann, Hektor: Die Sprachverhältnisse des Berner Juras, in: Deutsche Erde, 1914, S. 191-202; 1915, S. 2-14. Für seine Sprachstudien hat ihm der VDA 100-150 Franken als Reiseun-

- terstützung angeboten. Speier an Blocher, Brief, Charlottenburg, 7. April 1914.
- 232 Namenliste für Zürich, in: Akten «Stimmen im Sturm», Febr.-Sept. 1915, V 7, Nachlass Eduard Blocher.
- 233 Rundschreiben v. 24. Jan. 1917, sig. Dr. Christian Beyel, in: Akten betr. «Deutschschweizerische Gesellschaft», 1. Teil, V. 17a, Nachlass Eduard Blocher.
- 234 Ziel des «Volksbundes» war die Rückgewinnung der absoluten Neutralität und eine Distanzierung vom «Völkerbund», den er als Instrument der Ententemächte ablehnte. Vgl.: Volksbundpolitik, Rückblick auf 20 Jahre Arbeit des Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz, H. 9, Zürich 1941.
- 235 Meynen, E.: Hektor Ammann 23. Juli 1894 – 22. Juli 1967, in: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bad Godesberg Sept. 1969, 43. Bd., H. 1, S. 41-72, insbes. S. 42, Anm. 3. Stadler, Peter: Zwischen Klassenkampf, Ständestaat und Genossenschaft, HZ 219, 1974, S. 352 ff.
- 236 Blocher, Eduard: Die deutsche Schweiz in Vergangenheit und Gegenwart, Stuttgart 1923, (= Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart, Bd. 8).
- 237 A. a. O., S. 7.
- 238 Oehler, Hans: Eduard Blocher J, Ein Wegbereiter, Zürich 1942, S. 10. (Sonderabdruck aus «Nationale Hefte», Sept. 1942).
- 239 Im Herbst 1933 kam es zum Bruch mit Willy Freytag, dem langjährigen Philosophie- und Pädagogikdozenten (1910-1933) an der Universität Zürich, der sich zum Funktionär der «Landesgruppe Schweiz der NSDAP» hatte machen lassen: Freytag an Blocher, Brief, Zürich 23. Okt. 1933; Blocher lehnte Hitler und seinen Antisemitismus überdies als antichristlich ab u. wurde deshalb von Pfarrer Arnold Knellwolf, einem früheren Gesinnungsfreund, sogar in der «Front» (Nr. 5 v. 5. Febr. 1942) angegriffen. Vgl. a. Edgar Schmid an E. B., Brief, Zürich, 5. Febr. 1942. Unter Blocher kam es 1940 im «Sprachverein» zur Statutenänderung, die den Passus: «das im Sprachgefühl schlummernde Volksbewusstsein kräftigen» als Vereinszweck strich. Ferdinand Elsener an E. B., Brief, Rapperswil, 18. Nov. 1940; Friedrich Vöchting an E. B., Brief, Basel, 1. Dez. 1940. Nachlass Eduard Blocher, Briefe III 2 B.
- 240 Eugen Curti an E. B., Brief, Zürich 15. März 1942: «Ihre Mitteilung über Ihren Austritt aus dem Volksbund verdanke ich bestens, sie überrascht mich nicht. Der Volksbund hat unter der Führung der Herren Ammann, Frick, Wildi und Bertheau jun. eine Richtung eingeschlagen, die sich mit den Absichten der Gründer nicht verträgt.» In den Anfängen war Curti Präsident des «Volksbundes» gewesen. Nachlass Eduard Blocher, Briefe III 2 B.
- 241 Der Versuch Ammanns, seine überkommene Position zu halten, geht auch aus seiner Aussprache hervor, die er am 12. 9. 1936 mit Steinacher in Frankfurt a. Main hatte: «Ammann stand», so notierte der VDA-Bundesleiter, «gegen die radikale Gruppe der ‚Front‘ und gehörte einem Gesinnungskreis hochangesehener schweizerischer Persönlichkeiten an, die durch jenen Anspruch eines deutsch-schweizerischen Generals aus diesem Jahrhundert gekennzeichnet ist: ‚Das deutsche Nationalbewusstsein der Schweizer muss eine unausgesprochene Selbstverständlichkeit sein.‘ Die Prinzipien des VDA erkannte Ammann mit Nachdruck an, ausserdem sagte er dem VDA seine Mitarbeit zu. Er hielt Volkstum und Staat genau gesondert. In seinem Schweizer Patriotismus liess er von niemand sich übertreffen.» Dok. Nr. 89: Aufzeichnung Steinacher, undatiert, in: Hans Steinacher, Bundesleiter des VDA 1933-1937, Erinnerungen

- und Dokumente, hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen, Boppard am Rhein 1970, S. 348 f. Vgl. a. Bourgeois, Daniel: *Le Troisième Reich et La Suisse 1933-1941*, Neuchâtel 1974, pp. 23-24.
- 242 Steinacher hatte am 29. März 1935 an die Reichskanzlei sogar den Auftrag gerichtet, Hitler solle Ammann in vertraulicher Audienz empfangen. Ammann, der im Jahr 1920 mit Hitler in München Bekanntschaft gemacht hatte, sollte an oberster Stelle die Notwendigkeit einer von Staat und Partei unabhängigen Volkstumsführung durch den VDA unterstreichen. Hitler lehnte den Empfang ab. Vgl. Dok. Nr. 67 u. Nr. 71 in Hans Steinacher, op. cit., S. 281 f., 290 f. Mdl. Mitteilungen von Hektor Ammann J, Aarau, v. April 1967.
- 243 Informationsbericht Nr. 147, Berlin, 23. Okt. 1937, gez. Dertinger, in: Hans Steinacher, op. cit., S. 451 ff. (Dok. Nr. 125).

III Anfänge der deutschen Kolonienbildung in der Schweiz

1. Zur Situation der Fremden in der alten Eidgenossenschaft

- 1 Zum Herauslösungsprozess der Eidgenossenschaft vgl. ausser den im Text S. 50 ff. gemachten Hinweisen: Hauswirt, René: Zur Realität des Reiches in der Eidgenossenschaft im Zeitalter der Glaubenskämpfe, in: Festgabe Leonhard von Muralt zum siebzigsten Geburtstag..., Zürich 1970, S. 152-161. Für die Zeit vor der Reformation s. Karl Mommsen: *Eidgenossen, Kaiser und Reich*, Diss. Basel 1958, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 72), während Peter Stadler: *Vom eidgenössischen Staatsbewusstsein und Staatensystem um 1600*, SZG 8, 1958, S. 1 ff. die integrierende Kraft des erwachenden Vergangenheitsbewusstseins zu Ende des 16. Jahrhunderts aufzeigt. Zur Erweiterung vom lokalgebundenen zum gesamtschweizerischen Nationalbewusstsein vgl. Frei, Daniel: *Die Förderung des schweizerischen Nationalbewusstseins nach dem Zusammenbruch der Alten Eidgenossenschaft 1798*, Diss. phil. Zürich 1964.
- 2 Eine Literaturübersicht findet sich in Barbatti, Bruno: *Das «Refuge» in Zürich*, Ein Beitrag zur Geschichte der Hugenotten- und Waldenserflüchtlinge nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes und zur Geschichte der Stadt Zürich, Zürich 1957, S. 215 ff. Zur wirtschaftlichen Bedeutung vgl. insbes. Bodmer, Walter: *Der Einfluss der Refugianteneinwanderung von 1550-1700 auf die schweizerische Wirtschaft* (Beiheft 3 der Zeitschrift für Schweizer Geschichte), Zürich 1946.
- 3 Einen solchen Konflikt aus den Jahren 1421-1424, an dem sich Schuhmachergesellen u.a. auch aus Lindau, Freiburg i. Br., dem Odenwald, Ingolstadt und Augsburg beteiligten, schildert Fricker, Barth.: *Geschichte der Stadt und Bäder zu Baden*, Aarau 1880, S. 578 ff.
- 4 Zur geistigen Blütezeit Basels, die keineswegs allein aus dem oberdeutschen Raum angeregt worden ist, vgl.: Bonjour, Edgar: *Die Universität Basel von den Anfängen bis zur Gegenwart 1460-1960*, Basel 1960, insbes. S. 94-120, sowie: Bonjour, Edgar/ Bruckner, Albert: *Basel und die Eidgenossen, Geschichte ihrer Beziehungen zur Erinnerung an Basels Eintritt in den Schweizerbund 1501*, Festschrift, Basel 1951, S. 149-180, 198-212.

- 5 In der Ehrengalerie «Großer Schweizer», die 1938 ein populäres Werk errichtete, findet sich der in Rottweil am Neckar geborene, 1434 ins Bürgerrecht der deutschen Reichsstadt Basel aufgenommene Maler Konrad Witz ebenso wie Ludwig Senfl, der Sohn eines in Zürich eingebürgerten Motettensängers, der als Kammerkomponist Maximilians I. bekannt wurde. Bezieht man die ersten Nachkommen der aus dem Norden Zugezogenen mit ein, so weitet sich der Personenkreis rasch ins Unabsehbare. Vgl.: Große Schweizer, Hundertzehn Bildnisse zur eidgenössischen Geschichte und Kultur, mit einer Einleitung von Max Huber, unter Mitarbeit von Gerold Ermatinger und Ernst Winkler, hrsg. v. Martin Hürlimann, Zürich 1938, S. 147 ff., 176 ff., 185 ff.
- 6 Kohn, Hans: Die Idee des Nationalismus, Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution, Frankfurt a. M. 1962, S. 131, 139 ff.
- 7 (Herwegh, Georg): Gedichte eines Lebendigen, mit einer Dedikation an den Verstorbenen, Zürich und Winterthur (Verlag des literarischen Comptoirs) 1841, S. 105–108.
- 8 Zu den lutherischen Einflüssen vgl. Paul Wernle: Das Verhältnis der schweizerischen zur deutschen Reformation, Basel 1918, während Leonhard von Muralt: Renaissance und Reformation, in: Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd. 1, Zürich 1972, S. 389–570 ein Gesamtbild der Reformationszeit in der Schweiz gibt.
- 9 Hopf, Otto: Evangelische Flüchtlinge deutscher Zunge im bernischen Kirchendienst, Neues Berner Taschenbuch für das Jahr 1914, 19. Jg., Bern 1913, S. 147–189. Zu den Einwirkungen in umgekehrter Richtung vgl. Ganz, Werner: Beziehungen der reformierten Orte, insbesondere Zürichs, zur Pfalz, SA Zürich 1933.
- 10 Bähler, Eduard: Bern und die Augsburger Interimsflüchtlinge, Neues Berner Taschenbuch für das Jahr 1921, 26. Jg., Bern 1920, S. 67–124.
- 11 Hopf, Otto: Evangelische Flüchtlinge deutscher Zunge im bernischen Kirchendienst, a. a. O. 1915, 20. Jg., Bern 1914, S. 111–160.
- 12 Bern, das länger als andere Orte Freizügigkeit übte, verlangte 1613 vom Berner, der vom Land zuzog, 100, von den übrigen Eidgenossen 200, vom Ausländer gar 300 Kronen Einzugsgeld. Feller, Richard: Geschichte Berns, Bd. II, Bern 1953, S. 578 f.; Stadler, Peter: Das Zeitalter der Gegenreformation, in: Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd. I, Zürich 1972, S. 643 ff. Unter den «Gesellen und Jungen» fand sich insbes. bei traditionellen Handwerkern wie Schuhmachern und Schneidern in der Alten Eidgenossenschaft das schwäbische Element stark vertreten (z. B. in Graubünden); eine Aufschlüsselung der Fremden nach Herkunft ist im Gesamtüberblick vor 1798 nicht zu erbringen. Vgl. die gelegentlichen Hinweise in: Walter, Emil J.: Soziologie der Alten Eidgenossenschaft, Eine Analyse ihrer Sozial- und Berufsstruktur von der Reformation bis zur Französischen Revolution, Bern 1966.
- 13 Von den 7400 Vertriebenen sollen 2500 vor Schaffhausens Mauern gezogen sein, viele schon zu Tode entkräftet. Ebenfalls 1635 schrien hier 1440 Bettler, vor Hunger aus dem verarmten Schwaben getrieben, um Brot. Pestalozzi-Kutter, Th.: Kulturgeschichte des Kantons Schaffhausen und seiner Nachbargebiete im Zusammenhang der allgemeinen Kulturgeschichte, Bd. II, Aarau-Leipzig 1929, S. 162.
- 14 Wernle, Paul: Der schweizerische Protestantismus im XVIII. Jahrhundert, Bd. III, Tübingen 1925, S. 100. Die bevorzugte Wirkungsstätte der Herrnhuter in der Schweiz war die 1766 eröffnete Erziehungsanstalt von Montmirail.
- 15 Über die verschiedenen Glaubensströmungen, soweit in ihnen deutsche Einflüsse wirksam wurden, vgl. Wernle, a. a. O., Bd. I (1923), S. 139 ff., 190, 201 ff.; Bd. III,

- S. 19 ff., 90, 100, 168 ff., 402 f. Zur Verwicklung von Herrnhutern in die Stäferer Unruhen von 1794/95, vgl. a. a. O., S. 541 ff.
- 16 Eine ausführlichere, aber überholungsbedürftige Studie über die Niederlassungsverhältnisse für Ausländer gibt J. Langhard: Das Niederlassungsrecht der Ausländer in der Schweiz, Zürich 1913. Zu den Niederlassungsverträgen von 1876 ff. vgl. Text S. 435 ff.

2. Erste Gruppenbildungen und ihre Politisierung

- 17 Follen fand zuerst eine Anstellung als Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Kantonsschule Aarau, wohnte dann in u. bei Zürich. 1847 kaufte er das Gut Liebenfels im Thurgau, das er einige Jahre bewirtschaftete. 1855 starb er in Bern. ADB, VI, S. 148 f. Eine köstliche Schilderung Follens und seiner Zürcher «Residenz» findet sich bei Julius Froebel: Ein Lebenslauf. Aufzeichnungen, Erinnerungen und Bekenntnisse, Stuttgart 1890, Bd. 1, S. 75 f. Keller, Hans: August Adolf Ludwig Follen, Seminararbeit, Historisches Seminar der Univ. Bern 1943.
- 18 Zu De Wette s. ADB, V, S. 101 ff.; Bonjour, Universität Basel, S. 356, 359 f., 370, 375, 380 f.
- 19 Bonjour, a. a. O., S. 387.
- 20 Zum Presse- und Fremdenkonklusum von 1823 vgl. Baum, Robert: Die Schweiz unter dem Pressekonklusum von 1823 bis 1829, Diss. phil. Zürich, Strasbourg 1947, S. 49 ff.
- 21 Sie erschien 1829 in Zürich. Scherer, Anton: Ludwig Snell und der schweizerische Radikalismus (1830-1850), (Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte, Beiheft 12), Freiburg i. Ue. 1954, S. 12 f.
- 22 Zur Rolle der Brüder während der Regenerationszeit vgl. ADB, XXXIV, S. 508 ff., 512 ff. (Stiefel, Heinrich:) Dr. Ludwig Snells Leben und Wirken, Ein Beitrag zur Geschichte der regenerierten Schweiz, bearb. nach den von dem Verstorbenen nen hinterlassenen Papieren und Schriften von einem jüngeren Freunde desselben, Zürich 1858. Wilhelm Snells Leben und Wirken, Von einigen Freunden dem Andenken des Verstorbenen gewidmet, Bern 1851. Eine neuere Untersuchung gibt die in Anm. 21 zitierte Arbeit von Anton Scherer. Zur Tätigkeit der Brüder Snell in Bern s. a. Haag, Friedrich: Die Sturm- und Drang-Periode der Bernischen Hochschule 1834-1854, Bern 1914, insbes. S. 564 ff.
- 23 Zu diesem Abschnitt der deutschen Emigration vgl. Schmidt, Heinrich: Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz 1833-1836, Diss. phil. Bern 1898, Zürich 1899.
- 24 Johann Lukas Schönlein (1793-1864) wirkte von 1833 bis 1840 für spezielle Pathologie und Therapie sowie als Leiter der medizinischen Klinik in Zürich. Er galt als Deutschlands hervorragendster Kliniker und wurde nach Berlin in ehrenvolle Stellen berufen. Griesinger, W.: Zum Gedächtnis an J.L. Schönlein, Eine academische Rede gehalten am 14. März 1864 von W. G., Zürich 1864.
- Lorenz Oken (1779-1851), aus Baden stammend, hatte am Wartburgfest teilgenommen und musste seiner politisch-publizistischen Tätigkeit wegen seine Professur in Jena aufgeben. 1821/22 las er nicht ohne Anfechtungen in Basel. Er kehrte nach Jena zurück, erhielt dann in München eine Professur für Physiologie, die er – erneuten Pressionen ausgesetzt – 1832 wieder verlor. Kurz darauf erreichte ihn der Ruf als Professor für Naturgeschichte an die Zürcher Universität, deren erster Rektor er wurde. Seit 1835 Bürger von Wipkingen-Zürich, mehrte er

- fast zwanzig Jahre lang das Ansehen dieser Hochschule. ADB, XXIV, S. 216 ff. Ströhl, Jean: Lorenz Oken und Georg Büchner, Zwei Gestalten aus der Übergangszeit von Naturphilosophie zu Naturwissenschaft, Zürich 1936.
- 25 Über die deutschen Lehrkräfte an der Universität Zürich, darunter die Extraordinarien Hermann Demme, Carl J. Löwig sowie Christoph Fr. v. Pommer, Friedrich und Johann Wilhelm Arnold, Jakob Henle, Carl Pfeufer, Eduard Fein und Karl Ewald Hasse, die in den ersten beiden Jahrzehnten der Hochschule hinzugekommen und oft nur vorübergehend hier wirkten, vgl.: Die Universität Zürich 1833-1933 und ihre Vorläufer, Festschrift zur Jahrhundertfeier, hrsg. v. Erziehungsrat des Kantons Zürich, bearb. v. Ernst Gagliardi, Hans Nabholz u. Jean Ströhl, Zürich 1938, S. 205-458; insbes. S. 220 ff. (Zit. als Gagliardi, Universität Zürich).
- 26 Für das zweite Ordinariat bei den Medizinerinnen wurde im Wintersemester 1833 Christoph Friedr. von Pommer (1788-1841) – ein Württemberger – gewählt. Gagliardi, Universität Zürich, S. 220 f.
- 27 Feller, Richard: Die Universität Bern 1834-1934, Bern-Leipzig 1935, S. 35 ff.; Haag, Fr., op. cit. S. 564 ff., 570 f., 576, 579, 602 f.
- 28 Schib, Karl: Hundert Jahre Kantonsschule Schaffhausen 1851-1951, Beilage zum Jahresbericht der Kantonsschule 1950/51, Schaffhausen 1951, S. 31-39; den deutschen Lehrern wurde hier ein eigenes Kapitel gewidmet.
In Hofwyl fanden sich besonders viele, die wegen ihrer Teilnahme an der Burschenschaftsbewegung verfolgt und flüchtig geworden waren. Wilhelm Snell, Karl Follen, Wilhelm Wesselhöft, Karl Völker und andere erhielten an dieser Schule Unterschlupf. Durch die mit der Emigration verbundene Unstetigkeit des Ortes begegnet man an den verschiedenen Lehr- und Erziehungsinstituten oft den gleichen bekannten Namen. Guggisberg, Kurt: Philipp Emanuel von Fellenberg und sein Erziehungsstaat, Bern 1953, Bd. II; insbes. S. 245 ff.
- 29 Vgl. Gagliardi, Universität Zürich, S. 375-410.
- 30 Zum Kampf um die Schulreform vgl. Frey, Paul: Die zürcherische Volksschulgesetzgebung 1831-1951, Ein Beitrag zur Geschichte der zürcherischen Volksschule, Diss. phil. Zürich 1953.
Werner Ganz hat erneut auf den «Züriputsch» von 1839 aufmerksam gemacht und die Ursachen dieses Konfliktes verdeutlicht. Ganz, Werner: Der Straussenhhandel des Jahres 1839, NZZ, Nr. 113 v. 7. März 1972.
- 31 Die Verluste wegen des «Comptoirs», aber auch die politischen Prozesse, in die er als Redaktor des «Schweizerischen Republikaner» verwickelt worden war, zwangen Froebel 1842 zur Aufgabe des Lehramtes und zur Übersiedlung nach Winterthur. In Deutschland trat er bei der 48er Bewegung als einer der Führer der demokratischen Linken hervor und emigrierte dann nach Nordamerika (1849-57). Obwohl in der Gesinnung grossdeutsch, hoffte er 1870, durch seine Beziehungen zu Bismarck, eine Laufbahn im Reichsdienst einschlagen zu können. 1873-91 war er Konsul in Smyrna und Algier. Er setzte sich in Zürich zur Ruhe, wo er 1892 starb. Feuz, Ernst: Julius Fröbel, Seine politische Entwicklung bis 1849, Diss. phil. Bern 1932. Gagliardi, Universität Zürich, S. 315 ff. Zur Rolle der aus Mittelfranken stammenden Brüder Rohmer, s.: Stolze, Alfred: J. C. Bluntschlis Vermittlungspolitik in der Schweiz 1839-1847, Separatabdruck aus der Zeitschrift für Schweizerische Geschichte, VII. Jg., Heft 314, 1927.

- 32 «Als wahres Prachtexemplar eines politischen Romantikers aus der Zeit der deutschen Burschenschaft mit allen typischen Vorzügen und Mängeln dieser besonderen Menschenklasse, bietet A. A. L. Follen das Interesse dar, der reinste Repräsentant einer nationalen Geistesrichtung, und insofern ein historischer Charakter zu sein.»
 Froebel, Julius: Ein Lebenslauf, Aufzeichnungen, Erinnerungen und Bekenntnisse, Stuttgart 1890, Bd. I, S. 101. Zu Froebel vgl. Feuz, Ernst: op. cit.
- 33 Marr, Wilhelm: Das junge Deutschland in der Schweiz, Ein Beitrag zur Geschichte der geheimen Verbindung unserer Tage, Leipzig 1846, S. 226. Marr gehörte weder nach Charakter und Format noch nach der Gesinnung zu dem bisher beschriebenen Kreis. Zu Marr vgl. Text S. 114 f.
- 34 Im Abschnitt «Lehrjahre und nachträgliche Lehrjahre in der Schweiz» hat Froebel seine Zürcherzeit sehr anschaulich geschildert. Froebel, Lebenslauf, Bd. 1, S. 71–148. Gruner, Erich: Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert, Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat, Bern 1968, S. 296 ff., 424 ff. (Zit. Gruner, Arbeiter). Nach Feuz, Froebel . . . S. 94 (Gruner, Arbeiter, S. 432) hielt er auch mit dem deutschen Handwerkerverein «Eintracht» in Zürich Verbindung.
- 35 Ihre Geschichte haben erforscht: Näf, Werner: Das Literarische Comptoir Zürich und Winterthur, Neujahrsblätter der Literarischen Gesellschaft Bern, Neue Folge Heft 7, Bern 1929. Keller, Hans Gustav: Die politischen Verlagsanstalten und Druckereien in der Schweiz 1840–1848, Ihre Bedeutung für die Vorgeschichte der Deutschen Revolution von 1848, Berner Untersuchungen zur Allgemeinen Geschichte, hrsg. v. W. Näf, Heft 8, Bern-Leipzig 1935, S. 46–68.
- 36 Der Verlagskatalog findet sich am vollständigsten zusammengestellt bei Keller a. a. O., S. 177–192. Die Rolle der politischen Exilliteratur in der Zeit des Vormärz ist jüngst untersucht worden von Antje Gerlach: Deutsche Literatur im Schweizer Exil, Die politische Propaganda der Vereine deutscher Flüchtlinge und Handwerksge-
 sellen in der Schweiz von 1833–1845, (Studien zur Philosophie und Literatur des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 26) Frankfurt a. M. 1975.
- 37 Nach dem Bruch mit Marx hinderte Ruge, der sich mit 6000 Talern am literarischen Comptoir beteiligte, seinen Sozjus Froebel an einer engeren Verbindung mit Marx. Meh-
 ring, Franz: Karl Marx, Geschichte seines Lebens, Leipzig 21919, S. 57 f., 121.
- 38 Bächtold, Jakob: Gottfried Kellers Leben, Seine Briefe und Tagebücher, Bd. I, Berlin 1894, S. 227 ff.
- 39 Offenbar hatte sich bei Oken die Aversion gegen die Schweizer von 1815 erhalten; vgl. Anm. 24.
- 40 Hasse, K. E.: Erinnerungen aus meinem Leben, Leipzig 21902, S. 206 f.
- 41 Hasse, ebenda, S. 207.
- 42 Vgl. Anm. 24. «Da bei den Berufungen von auswärts meist jüngere Docenten gewon-
 nen wurden, die auf deutschen Universitäten in vormärzlicher Zeit vorherrschend links gestimmt zu sein pflegten, so fand man in ihnen eine willkommene Verstärkung der Partei. Nach dem Sturz der radicalen Regierung wendete sich dieses günstige Verhältnis in das Gegenteil.» Manche deutsche Professoren hielten auch weiterhin öffentlich zu ihren machtlos gewordenen Freunden; es kam zu Verstimmungen mit der Regierung, Worte gegen die deutsche Einmischung wurden laut und verschärfen die Mißstimmung. Hasse, ebenda, S. 208 f.
- 43 Moleschott, Jacob: Für meine Freunde, Lebens-Erinnerungen, Gießen 1894, S. 280.
- 44 Fick, Lebensbild, Bd. II, S. 151.

- 45 Über das Verhältnis zwischen Schweizern und Deutschen vgl. den Exkurs: Bestimmende Einflüsse im Freundschafts- und Spannungsverhältnis zwischen der deutschen Kolonie und ihrem Gastland, vgl. S. 212 f.
- 46 Bobrik, Eduard: Die Bildung eines Freimaurerischen Central-Comités zur Leitung und Unterstützung Deutscher Auswanderer, beantragt den 24. Juni 1840 in einem Festschreiben an die Ehrwürdigste Grossloge und die fünf Ger. * und V. *. St. Johannislogen Absalom, St. Georg, Emanuel, Ferdinande Caroline, Ferdinand zum Felsen zu Hamburg, Zürich 1840.
- 47 A. a. O., S. 12.
- 48 A. a. O., S. 21. Das gemeinsame Handeln zu «welthistorischem Zweck» sollte auch die Streitigkeiten unter den deutschen Logen überwinden, denn: «Nur durch das Deutsche Volk wird einst der Menschheitbund verwirklicht, und nur in unserm Vaterlande ist die Maurerei bereits auf ihrer welthistorischen Höhe.» A. a. O., S. 17.
- 49 A. a. O., S. 12.
- 50 In: Die deutsche Flotte, Eine Mahnung an das deutsche Volk vom Verfasser der Gedichte eines Lebendigen, (= Georg Herwegh) Zur sechsten Säkularfeier der Stiftung des Hansabundes, Zürich, Winterthur 1841, S. 8 (Verlag des Lit. Comptoirs).
- 51 Schneider, G. H.: Der Press- oder Vaterlandsverein 1832/33, Ein Beitrag zur Geschichte des Frankfurter Attentats, Berlin 1897, S. 16.
- 52 Bock, Helmut: Deutscher Pressverein 1832, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 513-519.
- 53 Kowalski, Werner: Deutscher Volksverein 1833-1834, in: Handbuch Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 571-573.
- 54 Neben der Hauptquelle: Der Geächtete, Zeitschrift in Verbindung mit mehreren deutschen Volksfreunden hrsg. von J. Venedey, vgl. a: Schraepler, Ernst: Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830-1853, Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx, (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 34) Berlin-New York 1972, S. 40-52. (Zit. als: Schraepler, Handwerkerbünde) Aus marxistischer Sicht: Kowalski, Werner: Bund der Geächteten 1834-1836/37, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 110-116.
- 55 Schraepler, Handwerkerbünde, S. 52-64. Kowalski, Werner: Vorgeschichte und Entstehung des Bundes der Gerechten, Berlin 1962.
- 56 Schüler wirkte als Gymnasiallehrer in Biel, wo er am 23. 12. 1835 eingebürgert wurde. Der von ihm begründete Leseverein ging im Winter 1836 wieder ein. Im gleichen Jahr wurde Schüler von der Anklage auf Hochverrat, die gegen ihn als Leiter des JD erhoben worden war, zwar freigesprochen, seiner Lehrerstelle aber ging er verlustig. 1845 nahm er am Freischarenzug gegen Luzern, 1847 als Freiwilliger am Sonderbundskrieg teil. Seine Rührigkeit zugunsten der Revolution in Südwestdeutschland trug ihm u.a. zusammen mit J. Ph. Becker eine Verurteilung wegen Bildung bewaffneter Vereine ein. Die Rückkehr nach Wiesbaden 1849 misslang. Der Erwerb einer Druckerei und die Herausgabe des «Schweizer Handels-Courier» zu Biel bot ihm seit 1853 eine neue Existenz. Wie mancher andere seiner früheren Kampfgenossen zog sich Schüler – im Gegensatz zu Becker – von den sozial-revolutionären Bewegungen zurück. An der Einführung der Uhrenindustrie in Biel hatte er wesentlich Anteil. Vgl. 100 Jahre graphische Anstalt Schüler AG., Biel 1850-1950, S. 15-54. Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz, Bd. 6, Neuenburg 1931, S. 251. Gruner, Arbeiter, S. 283 f.

- 57 Schüler, Ernst: Die Regierung der Republik Bern und die Verfolgten der Könige, Als Verteidigung gegen eine Anklage auf «Hochverrat» vor den Gerichten und der öffentlichen Meinung, Ein Beitrag zur Geschichte Berns im Jahre 1836 v. E. S. aus Hessen, Bürger von Biel, Biel 1837, S. 17 f.
- 58 Bonjour, Neutralitätsgeschichte, Bd. I, S. 251-267. Während der Basler Historiker im aussenpolitischen Bereich die Belastungen aufzeigt, die sich aus der politischen Agitation unter den Flüchtlingen ergaben, schildert Johannes Langhard: Die politische Polizei der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bern 1909, die innenpolitischen Massnahmen, mit denen die Tagsetzung und seit 1848 der Bund gegen den Missbrauch des gewährten Asyls einzuschreiten suchten. Zum aussenpolitischen Aspekt vgl. a.: Streiff, Eric: Die Einflussnahme der europäischen Mächte auf die Entwicklungskämpfe in der Schweiz 1839-1845, Diss. phil. Zürich 1931, S. 12 ff. sowie Lenherr, Luzius: Österreich und die Schweiz in den Jahren 1833-1836, Grundlage zur Erforschung des zwischenstaatlichen Verhältnisses der beiden Länder, insbesondere inbezug auf die Flüchtlingspolitik, Lizentiatsarbeit Univ. Zürich 1973.
- 59 (Roschi, Jakob Emanuel): Bericht an den Regierungsrath der Republik Bern, betreffend die politischen Umtriebe, ab Seite politischer Flüchtlinge und anderer Fremden, in der Schweiz; mit besonderer Rücksicht auf den Canton Bern, Bern 1836, S. 51 ff.
- 60 Keller, Hans Gustav: Das «Junge Europa» 1834-1836, Eine Studie zur Geschichte der Völkerbundsidee und des nationalen Gedankens, Zürich-Leipzig 1938. Zur gleichnamigen, aber nicht zu verwechselnden literarischen Bewegung Koopmann, Helmut: Das Junge Deutschland, Analyse seines Selbstverständnisses, Stuttgart 1971. Über Mazzini vgl.: Cattani, Alfred: Die Schweiz im politischen Denken Mazzinis, Diss. phil. Zürich 1951.
- 61 Eine Reihe illustrativer Kurzbiographien deutscher Flüchtlinge der dreissiger Jahre gibt Gerlach, op. cit. S. 34-49.
- 62 Schraepler, Handwerkerbünde, S. 29-40; Gerlach, op. cit. S. 68 f.; Fehling, August Wilhelm: Karl Schapper und die Anfänge der Arbeiterbewegung bis zur Revolution von 1848, Von der Burschenschaft zum Kommunismus, Ein Beitrag zur Geschichte des Handwerker-Kommunismus, Diss. phil. (MS), Rostock 1922. Schmidt, Heinrich: Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz 1822-1836, Diss. phil. Bern 1898, Zürich 1899, S. 73 ff. Die für das Steinhölzlistef genannten Teilnehmerzahlen schwanken zwischen 150 und 300 Personen. Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. II, S. 239.
- 63 Bericht Roschi, a. a. O., S. 80 ff.; Kowalski, Werner: Junges Deutschland (1834-1836), in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. II, S. 238-243.
- 64 Brugger, Otto: Geschichte der deutschen Handwerkervereine in der Schweiz (1836-1843), Die Wirksamkeit Weitlings (1841-1843), Bern-Leipzig 1932, S. 27. Dem Ausschuss des JD gehörten neben Schüler 3 Setzer (Lembert, Mühlhäuser, Thölke) sowie 1 Bürstenbinder (Wöhrlen) an. Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. II, S. 240.
- 65 Ludwig Snell an Karl Schnell, Brief vom 8. März 1834, zit. in: Scherer, Anton, op. cit., S. 102.
- 66 Pupikofer, Joh. Adam: Johann Jakob Hess 1791 bis 1857, Zürich 1859, S. 137.
- 67 Schraepler, Handwerkerbünde, S. 37 f. Zu den Pressionsmassnahmen gehörte auch das Besuchsverbot der neugegründeten Universitäten in Zürich und Bern, mit dem der Bundestag die Verbreiterung der ihm verhassten Ideen verhindern wollte. Erst im Januar 1842 hob Preussen seine vor 9 Jahren erlassene Verrufserklärung wieder auf. Gagliardi, Universität Zürich, S. 231, 420.

- 68 Den Fall Lessing untersuchte der aus dem bayerischen Türkheim stammende Joseph Schauberg (1808–1866), der nach seiner Einbürgerung in Zürich Kantonsprokurator geworden war: Aktenmäßige Darstellung der über die Ermordung des Studenten Ludwig Lessing aus Freienwalde in Preußen beim Kriminalgerichte des Kantons Zürich geführten Untersuchung, Zürich 1837.
- 69 In Ergänzung zum einseitigen Bericht Roschi (vgl. Anm. 59) s. a.: Bericht zu der Ein-gabe eines Gutachtens der über die Angelegenheit der fremden Flüchtlinge niederge-setzten Tagsatzungskommission, Bern 1836.
Gutachten der Minderheit der Tagsatzungskommission über die Angelegenheit der Flüchtlinge, Bern 1836.
Einige Worte zu Gunsten der Flüchtlinge, Nebst einigen Bemerkungen über den Bericht des Herrn Roschi, Biel 1836. Vgl. a. Schmidt op. cit. S. 126 ff.
- 70 Vgl. die ausführliche Analyse der Zeitschrift bei Gerlach, op. cit. S. 86 ff. Das «Nord-licht» soll in einer Auflage von 1000 Exemplaren herausgegeben worden sein und ers-chien im Januar, Februar und im September 1835, Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. II, S. 239.
- 71 Die Gruppe um das «Nordlicht» kam ganz unter den Einfluß von Rauschenplat. Nach 1835 schlug Ehrhart im Justizdienst in der Schweiz eine andere Lebensrichtung ein. Schieder, Wolfgang: Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, Die Auslands-vereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830 (Stuttgart 1963), S. 38 ff. Zinner, Dionys: Festschrift zur Halbjahrhundert-Feier des Allgem. Arbeiterbildungs-Vereins Winterthur, Winterthur 1900, S. 1 ff. Schraepler, Handwerkerbünde, S. 558. Brügel, Fritz: Zur Geschichte des «Geächteten» und des «Nordlichts», in: Rote Revue, Nr. 11, Zürich 1934 (13. Jg.), S. 335–338.
- 72 Zur Bedeutung von Galeer vgl. Stehli, Marcel: Albert Galeer und sein Einfluß auf die Ideengeschichte des schweizerischen Grütlivereins, Diss. staatswiss., Zürich 1936.
- 73 Zu den hier geschilderten Vorgängen im Detail vgl. Gruner, Arbeiter, S. 287 ff.: Schraepler, Handwerkerbünde, S. 39 f.: Brugger, op. cit. S. 34 ff.; Gerlach, op. cit. S. 157 ff.
- 74 Nach der Schätzung von Bravo; Gruner, Arbeiter, S. 293.
- 75 Gruner, Arbeiter, S. 293.
- 76 Statt der Wiederholung von Bekanntem sei verwiesen auf: Bravo, Gian Mario: Wil-helm Weitling e il comunismo tedesco prima del Quarantotto, Torino 1963. Seidel-Höppner, Waltraud: Wilhelm Weitling, der erste deutsche Theoretiker und Agitator des Kommunismus, Berlin 1961. Vuilleumier, Marc: Frankreich und die Tätigkeit Weitlings und seiner Schüler in der Schweiz (1841–45), Archiv für Sozialgeschichte, 1965, Bd. 5, S. 247–271. Gruner Arbeiter S. 290 ff., 378 ff.; Brugger, op. cit., S. 88 ff.; Schraepler, op. cit. S. 65–99; Gerlach, op. cit. S. 165 ff., 184 ff.
- 77 Schraepler, Handwerkerbünde, S. 89. Die Schrift wurde 1845 unter dem Titel «Das Evangelium eines armen Sünders» in Bern herausgegeben; die zweite Auflage erschien 1846 als «Das Evangelium des armen Sünders».
- 78 Über Weitlings Agitation und über die Handwerkerassoziationen in der Schweiz ver-faßte der Gegner Froebels, der konservative Johann Caspar Bluntschli einen «Kom-missionalbericht an die H. Regierung des Standes Zürich über die Kommunisten in der Schweiz, nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren» (Amtliches Exemplar, Zürich 1843), der statt der erhofften abschreckenden Wirkung durch die zahlreichen Zitate eher zur Verbreitung von Weitlings Lehren beitrug. Vgl. a.: (Gelzer, Hein-

- rich): Die geheimen deutschen Verbindungen in der Schweiz seit 1833, Ein Beitrag zur Geschichte des modernen Radikalismus und Communismus, Basel 1847.
- 79 Seine Aufzeichnungen öffnen zugleich den Blick in seinen Charakter: Marr, Wilhelm: Das junge Deutschland in der Schweiz, Ein Beitrag zur Geschichte der geheimen Verbindungen unserer Tage, Leipzig 1846.
- 80 Marr. a. a. O., S. 127 ff.
- 81 Zu seinen Schriften vgl. Gerlach, op. cit. S. 341 ff. Für sein Projekt «Verlag der deutschen Buchhandlung in Lausanne» besprach er sich mit Karl Mathy, Robert Blum, Arnold Ruge, Karl Heinzen, Ferdinand Freiligrath u.a.; Gruner, Arbeiter, S. 296.
- 82 Da bei Marr der Klassenhass in Rassenhass umschlug, verglich Erich Gruner, a. a. O., S. 294 f. ihn mit dem bekanntesten Proletaroiden des 20. Jahrhundert: Adolf Hitler. Zu Marrs Biographie vgl.: Barnikol, Ernst: Wilhelm Marr, in: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Tübingen ²1929, Bd. III, Spalte 2023-24; NZZ, Nr. 209, v. 29. Juli 1904. Marr, Wilhelm: Der Sieg des Judentums über das Germanentum, vom nicht konfessionellen Standpunkt aus betrachtet, Verlag Rudolf Costenoble, Bern 1873-79 (in 12 Auflagen). S. a.: Jeiteles teutonicus, Harfenklänge aus dem vermauschelten Deutschland von Marr dem Zweiten, Bern 1879. Gruner, Arbeiter, S. 295, Anm. 41. Fricke, Dieter: Antisemitische Parteien, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 36 ff.
- 83 Schraepler, Handwerkerbünde, S. 86 f.
- 84 Schieder, Wolfgang: Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963, S. 120 f.
- 85 A. a. O., S. 122.
- 86 Die Zahl der Handwerksgelesen, deren Gesamtstärke durchwegs überschätzt wurde, veranschlagt Schieder nur auf 10'000. Schieder, a. a. O., S. 96 f.

3. Herausbildung eines Koloniebewusstseins während der Revolutionszeit 1848/49

- 87 Basler Zeitung, Nr. 66 v. 17. März 1848.
- 88 Über die Pariser Vorgänge schrieb Herweghs Gattin einen aufschlussreichen, wenn auch einseitigen Erinnerungsbericht: (Herwegh, Emma): Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris, Von einer Hochverräterin, in: 1848: Briefe von und an Georg Herwegh, hrsg. v. Marcel Herwegh, München ²1898, S. 129-214. Schraepler, Handwerkerbünde, S. 216 ff.
- 89 BA-Bern: Justiz, Flüchtlinge 1848-1895, Schachtel 41; National-Zeitung, Nr. 74 v. 28. März 1848.
- 90 «Von der Schweizer Gränze», Ausserordentliche Beilage zur Allgemeinen Zeitung v. 25. März 1848.
- 91 Dlubek, Rolf: Johann Philipp Becker, Vom radikalen Demokraten zum Mitstreiter von Marx und Engels in der Ersten Internationale (1848-1864/65), Diss. phil. (MS), Berlin 1964, S. 15 (Zit. als: Dlubek, Becker). Gruner, Arbeiter, S. 302.
- 92 Eidgenössische Zeitung, Nr. 79 v. 19. März 1848.
- 93 Rundschreiben: «Der Zentralausschuss der deutschen Legion aus der Schweiz an den Lokalverein zu ...», Biel, 27. März 1848, gez. Joh. Ph. Becker (Präsident), H. Hattemer (Sekretär). BA-B: Justiz, Flüchtlinge 1848-1895, Schachtel 41. Der 78 Schachteln umfassende Bestand

ist in Bezug auf die Deutschen in der Schweiz für die Jahre nach 1850 im Vergleich zu den zuvor beschlagnahmten Unterlagen nur rudimentär dokumentiert. Im folgenden werden allein noch die Schachtelnummern angegeben.

- 94 «Instruction», Biel, 27. März 1848, gez. Becker. Schachtel 41, BA-B.
- 95 Aufruf: «Deutsche Männer!», Biel, 26. März 1848. Schachtel 68b, Bildungsverein Burgdorf, BA-B. Die Wehrmänner jeder Kompanie sollten ihre Kompaniechefs selbst wählen, während die Staboffiziere und das Kriegskommissariat durch den Zentralausschuss ernannt wurden. Mit der Bewaffnung sollte nach der Instruktion v. 27. März in den Vereinen mit den Waffenübungen begonnen werden. Die Freischärlerkleidung bestand aus einer blauen Bluse, einer Wachstuchkappe und einem Gürtel mit Täschchen auf der einen Seite für Patronen, auf der andern für Zündhütchen oder Feuerstein. Hinzu kam eine Seitentasche von Leder oder Wachstuch, die 1 Hemd, 1 Paar Strümpfe, etwas Mundvorrat und ähnliches aufzunehmen hatte. Jeder Wehrmann heftete an die Kappe eine schwarzrotgoldene Kokarde, während die Unteroffiziere zusätzlich Armbänder und die Offiziere Schärpen der gleichen Farben trugen. Für die Verpflegung bis zu den Sammlungsorten hatten die Vereine, nachher der Zentralverein zu sorgen, wobei für die Besoldung, für die Sorge der Verkrüppelten und Hinterbliebenen grosszügig die künftige Republik verpflichtet wurde. Schachtel 41, BA-B.
- 96 Rundschreiben v. 27. März 1848, Schachtel 41, BA-B.
- 97 Erklärung, Biel, 29. März 1848, Schachtel 41, BA-B.
- 98 Allgemeine Zeitung, Nr. 100 v. 9. April 1848.
In der Berner Zeitung, Nr. 77 v. 30. März 1848 hatte Ludwig Seeger alle deutschen Männer in Bern aufgefordert, sich zu einer «Gesellschaft für sofortige Bewaffnung und militärische Organisation» zusammenzuschliessen. Sowohl in Deutschland als auch in der Schweiz erregte dieser Aufruf Anstoss. Seeger wurde vom Regierungstatthalter im Fall einer Gründung mit augenblicklicher Ausweisung bedroht. Auch einen Exerzierverein wollte die Berner Regierung nicht gestatten, so dass eine militärische Einübung der Deutschen unterblieb. Berner Zeitung, Nr. 104 v. 1. Mai 1848. Beckers Instruktionen haben offenbar wenig Widerhall gefunden. Einzig vom Luzerner Verein ist positiv erwiesen, dass im Mai 1848 ein Exerzierkurs angeordnet worden war. BB1.1850,1, S. 200.
- 99 Wegen seiner Flugschrift: «Plan zur Revolutionierung und Republikanisierung Deutschlands» aus dem Kanton Baselland ausgewiesen, verlegte er seinen Wohnsitz nach Rheinfelden, von wo aus er den zweiten Aufstand vorbereitete. Ackermann, Karl: Gustav v. Struve mit besonderer Berücksichtigung seiner Bedeutung für die Vorgeschichte der badischen Revolution, Diss. phil. Heidelberg, Mannheim 1914, S. 91 ff. Warum gerade der konservative Züriputsch und nicht etwa die Freischarenzüge oder der Sonderbundskrieg als «leuchtendes Beispiel» den badischen «Freiheitsträumern» vorgeschwebt haben soll, bleibt bei Ackermann eine unbewiesene These: a. a. O., S. 94 ff.
- 100 Rundschreiben des Zentralausschusses der Deutschen in der Schweiz an die Lokalvereine, Biel, 11. Juni 1848, gez. Becker/Hattemer. Schachtel 41, BA-B.
- 101 Seiner Habilitationsschrift hat Georg Trübner: Johann Philipp Becker, Ein Leben für die Freiheit (1809-1886), Jena 1956 (MS) einen ausführlichen Dokumentenanhang beigelegt, darunter auch einen solchen Schuldschein, von dem sich Originale in Schachtel 41, BA-B finden.

- 102 Untersuchung gegen die Flüchtlinge Becker, Lommel, Hattemer, Heinzen wegen des revolutionären Vereins in Biel. (Bildung einer Deutsch-Helvetischen Legion) Dez. 1848 – Jan. 1849, Schachtel 41, BA-B. Am 12. Oktober 1848 wurden vom Amtsgericht Biel Becker zu einem, Hattemer zu fünf, Daffner und Pohl zu drei Monaten Kantonsausweisung und Schüler zu zwei Monaten Einstellung in seinem Amt verurteilt, während der Goldschmied Christian Weber, der einzige Handwerker in diesem Zentralausschuss, freigesprochen wurde, weil er sich nicht aktiv beteiligt hatte. Becker appellierte an das Obergericht, unterlag im Jan. 1849 und musste Biel, wo er u.a. Besitzer einer Zigarettenfabrik gewesen war, verlassen. Trübner, Becker, S. 120 ff.; Gruner, Arbeiter, S. 306 ff.
- 103 Der aus Frankenthal stammende J. Ph. Becker (1809-1886), der einer der Redner beim Hambacher Fest gewesen, dann in die Schweiz geflüchtet und im Kanton Bern eingebürgert worden war, spielte in der Regenerationsbewegung, bei der Revolutionierung Südwestdeutschlands, dann von Genf aus als Wegbereiter der Ersten Internationale in der Schweiz eine hervorragende Rolle, die von Trübner, Dlubek und Gruner eingehend erforscht worden ist, während Becker aus dem Gesamtaspekt der Kolonieggeschichte betrachtet in andere Zusammenhänge hineinwächst.
- 104 Schneider, Hans: Geschichte des Schweizerischen Bundesstaates 1848-1918, Zürich 1931, S. 241. Zum aussenpolitischen Aspekt einer Gefährdung der Neutralität an der Nordgrenze vgl. Bonjour, Neutralitätsgeschichte, Bd. I, S. 320 ff., sowie: Hoffmann, Georg: Die Schweizerfrage in der preussischen Politik und die badische Revolution von 1849, Diss. phil. Zürich, Lichtensteig 1931; er hat insbes. die Komplizierung des Verhältnisses zu Preussen durch die Neuenburgerfrage beleuchtet.
- 105 Eingehender hierzu vgl.: Siegfried, Paul: Basel während des 2. und 3. badischen Aufstandes 1848/49, 106. Neujahrsblatt, hrsg. v. der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen zu Basel, Basel 1928. Vgl. a. im 104. Neuj.-Bl. (Basel 1926) v. gleichen Verf.: Basel und der erste badische Aufstand im April 1848. Pestalozzi-Kutter, Th.: Kulturgeschichte des Kantons Schaffhausen und seiner Nachbargebiete im Zusammenhang der allgemeinen Kulturgeschichte, Bd. III, Aarau-Leipzig 1931, S. 54 ff. Neitzke, Paul: Die deutschen politischen Flüchtlinge in der Schweiz 1848-49, Berlin-Charlottenburg 1927. Näf, Werner: Die Schweiz in der deutschen Revolution 1847-1849, Ein Kapitel schweizerisch-deutscher Beziehungen in den Jahren 1847-1849, Frauenfeld-Leipzig 1929, S. 46-72.
- 106 NZZ, Nr. 95 v. 4. April 1848. Basler Zeitung, Nr. 81 v. 4. April 1848.
- 107 Schweizerische National-Zeitung, Nr. 82 v. 6. April 1848.
- 108 Eidgenössische Zeitung, Nr. 94 v. 3. April 1848.
- 109 Zur Adresse vgl. Anm. 110. Die Versammlung vom 9. April richtete eine Grussadresse «an ihre siegreichen Brüder in Berlin» sowie «an ihre Mitbürger in Wien», ohne die Frage: «Republik oder Monarchie» aufzuwerfen oder gar zu entscheiden. Die Sinnsprüche «Ruhm und Heil allen Kämpfern der Freiheit!» und «Aller Ehren ist Österreich voll!» liessen alle Möglichkeiten offen. Schachtel 68d (DAV Luzern), BA-B.
- 110 Adresse: «Dem Reichsparlament der Deutschen in Frankfurt a. M. von den am 2. und 9. April 1848 in Zürich versammelten Deutschen», Schachtel 68d (DAV Luzern) BA-B.
- 111 NZZ, Nr. 95 v. 4. April 1848.
- 112 Statuten o. D., Schachtel 68d (DAV Luzern) BA-B. NZZ, Nr. 136 v. 15. Mai 1848.
- 113 In seinen Erinnerungen ans Schweizerexil, verfasst für den Neue-Welt-Kalender von 1899, gab Liebknecht eine amüsante, aber auch eigenwillige Darstellung von der

- Gründung des «Nationalvereins», worin er seine führende Rolle bei der Ausmanövrierung des nationalistischen Bobriks schilderte. W. Liebknecht (1826–1900): *Souvenirs d'exil en Suisse* (anno 1849) – premier discours, Traduits en français pour la première fois par J.-G. Prod'homme & Ch.-A. Bertrand, Paris 1901, p. 129–144. Vgl. a. die Aussage Liebknechts v. 11. März 1872 in: *Der Hochverrats-Prozeß wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872*, Berlin ³1911, S. 68 ff.
- 114 Weber, Rolf: Centralausschuß der Demokraten Deutschlands 1848–1849, in: *Handbuch, Bürgerliche Parteien*, Bd. I, S. 217–226.
- 115 Centralausschuß der deutschen Demokraten an den deutschen Nationalverein in Zürich, Schreiben, Berlin, 3. Aug. 1848, abgedruckt in: *Bericht und Beschluß in Sachen der deutschen Arbeitervereine*, BBl. 1850, I, Nr. 15 v. 8. April 1850, S. 202 ff.
- 116 Zentrallausschuß an Nationalverein, Schreiben, Berlin, 23. Sept. 1848, BBl. 1850, I, S. 204 ff.
- 117 BBl. 1850, I, S. 211.
- 118 «Wir wollen auch, wie der deutsche Nationalverein die Republik, wir wollen aber auch eine durchgreifende Sozialreform und die wird der Nationalverein nicht wollen; folglich würde derselbe als Zentralverein die Interessen der deutschen Arbeitervereine nicht vertreten, sondern sogar feindlich gegenüberstehen.» BBl. 1850, I, S. 212 f.
- 119 BBl. 1850, I, S. 213. Friedrich Engels, der sich von Nov. 1848 bis Mitte Jan. 1849 in Bern aufhielt, war vom Lausanner Verein zu seinem Delegierten bestimmt worden. Gruner, Arbeiter, S. 316.
- 120 Protokoll des ersten Congresses der deutschen Vereine in der Schweiz, abgehalten in Bern am 9., 10. und 11. Dezember 1848, Schachtel 68c (Untersuchung betr. die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, 3. Dossier) BA-B.
- 121 Zum Versuch, die linken Parlamentsabgeordneten der Paulskirche zusammenzufassen, vgl. Weber, Rolf: Centralmärzverein 1848–1849, in: *Handbuch, Bürgerliche Parteien*, Bd. I, S. 227–235.
- 122 BBl. 1850, I, S. 207 ff. Zur Verbindung u. a. zur «Arbeiterverbrüderung» in Leipzig vgl. Gruner, Arbeiter, S. 317 ff.
- 123 BBl. 1850, I, S. 216 ff. Dossier: Arbeiterverein Basel, Schachtel 68e, BA-B. Wie Basel erreichte u. a. auch den deutschen Handwerkerverein in Genf der von Becker als Oberkommandant der badischen Volkswehr erlassene Aufruf vom 28. Mai 1849, «zu uns zu eilen und an unserer Seite zu fechten». Schachtel 68 f, Dossier: Arbeiterverein in Genf, BA-B. Im Moment der Erhebung wurden die Richtungsstreitigkeiten überdeckt, was sich auch im veränderten Verhältnis zwischen dem 1832 gegründeten «Arbeiterleseverein» Basel und der seit März 1848 bestehenden demokratischen «Deutschen Gesellschaft in Basel» ausdrückte. Gruner, Arbeiter, S. 320 f.
- 124 Rundschreiben, Genf, 18. August 1849. Rundschreiben, La Chaux-de-Fonds, 22. August 1849. BBl. I, 219 ff. Das letztere erhielten die Vereine: Genf, Lausanne, Vevey, Le Locle, Neuchâtel, Fleurier, St-Imier, Pruntrut, Burgdorf, Freiburg, Luzern, Thun, Basel, Zürich, Winterthur und Chur.
- 125 BBl. 1850, I, S. 222. Die Furcht vor dem Umsturz der sozialen Gesellschaftsordnung hat zu der nachfolgenden Verbotsmaßnahme des Bundesrates wesentlich beigetragen. Vgl. das Rundschreiben des Bundesrates an die Stände v. 31. März 1850; Vereine und Gesellschaften H 5, Deutsche Arbeitervereine 1850–1892, Staatsarchiv Basel-Stadt.

- 126 BB1. 1850, I, S. 230 ff. Für Einzelheiten vgl. Gruner, Arbeiter, S. 322 ff. Auch zu den für die Kolonialgeschichte episodären und kleinen, aber für den Konflikt zwischen den Gruppen Marx-Engels und Schapper-Willich bedeutsamen Ablegern des «Bundes der Kommunisten», der 1847 aus dem «Bund der Gerechten» hervorgegangen war und für den Stephan Born 1847/48 in der Schweiz insgeheim Anhänger geworben hatte, s. Gruner, Arbeiter, S. 328 ff. Nur wenige Hinweise gibt Marx, Karl: Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln, mit Einleitung von Friedrich Engels und Dokumenten, (Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 36), Berlin 1952.
- 127 BB1. 1850, I, S. 241 f. Die Aufstellung bei Balsler, Frolinde: Sozial-Demokratie 1848/49-1963, Stuttgart 1962, S. 640 unterschlägt den Verein Luzern und gibt, wie schon von Gruner bemerkt wurde, eine unkorrekte Zuordnung von ausgewiesenen und nicht ausgewiesenen Vereinen. Ohne eine andere Quelle als den Bundesratsbericht, a. a. O., aufzuführen, gibt Gruner, Arbeiter, S. 327, Anm. 36 bei Bern mit 35, Burgdorf mit 15 und Thun mit 14 andere Mitgliederzahlen an. Wieviele Handwerker die Schweiz wirklich verlassen mussten, ist ungeklärt. Die unvollständige «Namensliste der durch Beschluss des Bundesrathes vom 22. März 1850 ausgewiesenen Mitglieder der deutschen Arbeitervereine», Schachtel 68a, BA-B, ist von Balsler, op. cit. S. 239 in Bezug auf die Berufsstruktur ausgewertet worden, was ein Überwiegen der Schneider, gefolgt von den Schuhmachern, Schreibern und Schlossern ergab. Damit bestätigt sich Werner Conzes Unterscheidung zwischen «Arbeiter-Gesellen», die die Vereine bevölkerten, und den absichtsstehenden ungelerten Kräften wie Tagelöhnern. Conze, Werner: Der Beginn der deutschen Arbeiterbewegung, in: Geschichte und Gegenwartsbewusstsein, Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag, Göttingen 1963, S. 323 ff.

IV Wachstum und Polarisation

1. Konjunkturverlauf und deutscher Ausländerbestand

- 1 Bauer, Hans: Von der Zunftverfassung zur Gewerbefreiheit in der Schweiz 1798 bis 1874, Ein Beitrag zur schweizerischen Wirtschaftsgeschichte, Basel 1929, S. 248 ff.
- 2 Zusammengestellt nach den Ergebnissen der Eidg. Volkszählung, Schw. St., 2. Lief. Bern 1863, S. 60 f.; 15. Lief. Bern 1872, S. 276; 51. Lief. Bern 1881, S. 264 ff.; 84. Lief. Bern 1892, S. 216; 140. Lief. Bern 1904, S. 234 f.; 195. Lief. Bern 1915, S. 374 ff.
- 3 Böhi, Hans: Hauptzüge einer schweizerischen Konjunkturgeschichte, Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik Nr. 1/2, 100. Jg., (März/Juni) Bern 1964, S. 71-105. Die deutschen Einschränkungen der Wandermöglichkeit von Handwerkergelesen hatten offensichtlich nur geringe Wirkung. Balsler, op. cit. S. 441 ff.; Gruner, Arbeiter, S. 88.
- 4 Vgl. zu den einzelnen Jahren den «Centralbericht über die Deutschen Hilfsvereine in der Schweiz».
- 5 Waltisbühl, Rudolf: Die Bekämpfung des Landstreicher- und Landfahrentums in der Schweiz, Eine Untersuchung der rechtlichen und soziologischen Stellung der Nichtsesshaften in der Schweiz, Diss. iur. Zürich, Aarau 1944, insbes. S. 2 ff., 56 f., 73.

- 6 Gruner, op. cit. S. 86 Hofmann, Hannes: Die Anfänge der Maschinenindustrie in der deutschen Schweiz 1800-1875, Zürich 1962, S. 146 ff.
- 7 Zur Berufsstruktur vgl. den demographischen Teil S. 595 ff.
- 8 Schmidt, Peter Heinrich: Fünfzig Jahre schweizerisch-deutscher Wirtschafts-Beziehungen (1871-1921), Vortrag, Basel 1921.
- 9 Schweizerische Statistik, 2. Lief. Bern 1863, S. 54 f. Vergleichbare Angaben fehlen bei späteren Zählungen. Da die Grenzen zwischen Niedergelassenen und Aufenthaltlichen damals fließend waren, beanspruchen die Ergebnisse eher symptomatischen Charakter.
- 10 Franzosen: 19'958 Niedergelassene 9'645 Aufenthaltliche
 Savoyarden: 10'079 Niedergelassene 6'852 Aufenthaltliche
 Italiener: 7'187 Niedergelassene 6'641 Aufenthaltliche
- Vgl. Schweizerische Statistik, 2. Lief. Bern 1863, S. 54 f., der auch die nachfolgende Tabelle entnommen wurde.
- 11 Von den 3'654 Österreichern waren 1'073 Niedergelassene und 2'581 Aufenthaltliche. Über die Österreicherkolonie in der Schweiz gibt selbst die Studie von Horst Zimmermann: Die Schweiz und Österreich während der Zwischenkriegszeit, Eine Studie und Dokumentation internationaler Beziehungen im Schatten der Grossmächte, Wiesbaden 1973, für ihren beschränkten Zeitabschnitt nur fragmentarisch Aufschluss.
- 12 Ohne die Ungarn, aber bis 1888 mit Einbezug der Liechtensteiner wurden für die Österreicher folgende Bestände ausgewiesen:
- | | | | |
|-------------|---------------|--------------|--------------|
| 1850: 8 655 | 1870*: 5 872 | 1888: 13 737 | 1910: 37 639 |
| 1860: 3 654 | 1880*: 12 735 | 1900: 23 433 | |
- * Ortsanwesende Bevölkerung
 A. a. O., S. 60; Statistische Quellenwerke der Schweiz, Bern 1956, Heft 288, S. 51.

2. Die nationale Gesinnungsgemeinschaft bis zum Ausscheiden der deutschen Arbeitervereine

- 13 Die beschlagnahmten Akten der Vereine befinden sich im BA-Bern: Justiz, Flüchtlinge 1848-1895, Schachtel 68 a-f. Für weitere Unterlagen auch der späteren Jahre vgl.: Aktenverzeichnis JPD: «Heimatlose, Flüchtlinge, Deserteure, Refraktäre, Gutachten, Mitberichte, Rekurse, Internationales» (1848-1925/1848-1895). Vgl. die Literaturangaben oben S. 639 f., Anm. 31 u. 35; S. 641, Anm. 54; S. 642, Anm. 60 u. 64; S. 646, Anm. 105.
- 14 Berghoff-Ising, Franz: Die sozialistische Arbeiterbewegung in der Schweiz, Ein Beitrag zur Geschichte der sozialen Bewegung in den letzten dreissig Jahren, Leipzig 1895, S. IV.
- 15 Schieder, Wolfgang: Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963, S. 29-44; 203-211. Balsler, Frolinde: Sozial-Demokratie 1848/49-1863, Die erste deutsche Arbeiterorganisation «Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung» nach der Revolution, (Industrielle Welt. Bd. 2), Stuttgart 1962.
- 16 Vgl. oben S. 644, Anm. 91; S. 645, Anm. 101.
- 17 Gerlach, Antje: Deutsche Literatur im Schweizer Exil, Die politische Propaganda der Vereine

- deutscher Flüchtlinge und Handwerksgesellen in der Schweiz von 1833-1845, (Studien zur Philosophie und Literatur des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 26), Frankfurt a. M. 1975.
- 18 Gruner, Erich: Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert, Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat, Bern 1968, S. 282-340; 349-387; 397-405; 589-600. Die jüngere, aber in Bezug auf die Schweiz an Material nicht neue Darstellung von Ernst Schraepler reicht nur bis zur Jahrhundertmitte. Schraepler, Ernst: op. cit. S. 29-40; 65-99.
 - 19 Höhn, Reinhard: Die Vaterlandslosen Gesellen. Der Sozialismus im Lichte der Geheimberichte der preussischen Polizei 1878-1914, Bd. I (1878-1890), Köln-Opladen 1964. Horst Bartel, Wolfgang Schröder, Gustav Seeber, Heinz Wolter: Der Sozialdemokrat 1879-1890. Ein Beitrag zur Rolle des Zentralorgans im Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung gegen das Sozialistengesetz, Berlin 1975.
 - 20 Diese These gehörte auch zur stereotypen Propaganda des Nationalismus. Vgl. Hitlers zweites Buch, Ein Dokument aus dem Jahr 1928, eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg, Stuttgart 1961, S. 92.
 - 21 Wehler, Hans-Ulrich: Sozialdemokratie und Nationalstaat, Würzburg 1962, S. 197; der Verfasser hat die zweite Auflage (Göttingen 1971) vollständig überarbeitet.
 - 22 Conze, Werner/Groh, Dieter: Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung (Industrielle Welt Bd. 6), Stuttgart 1966.
 - 23 Frolinde Balsler gelangt zu einem vernichtenden Urteil über die bundesrätliche Flüchtlingspolitik, die von einer ungerechtfertigten Furcht vor den ausländischen reaktionären Regierungen bestimmt worden sei. Ihre Vorwürfe weist Erich Gruner zurück und führt die wirtschaftliche Belastung, die ökonomische Notlage und die bedrohliche aussenpolitische Lage des in der Konsolidierung begriffenen, eben gegründeten Bundesstaates an. Wenn er als Motivation die Angst vor einem Umsichgreifen der von Emigranten propagierten sozialistischen Forderungen angibt, so ist damit diejenige Ursache genannt, die schon früher neben aussenpolitischen Gründen behördliche Verbotsmassnahmen hervorgerufen hat. Balsler op. cit. S. 260 ff. Gruner, Arbeiter, S. 391 ff.
 - 24 Stern, Alfred: Politische Flüchtlinge in Zürich nach der Revolution von 1848 und 1849, Anzeiger für Schweizerische Geschichte, 1919 (50. Jg.) H. 4, S. 337 ff.; BB1. 1851, I, S. 232 ff. Bonjour, Neutralitätsgeschichte, Bd. I, S. 326 ff. Für die Flüchtlinge der verschiedenen Länder hat der Bund Fr. 1'475'000.- aufwenden müssen. BB1. 1853, II, S. 648. Vgl. a. die Kassa-rechnung der Flüchtlingskommission 1849-1852, Politisches FF3, Staatsarchiv Basel-Stadt.
 - 25 Zu diesen emigrierten Anführern der badischen Revolution gehörten Friedrich Anneke, Alexander Schimmelpfennig und Gustav Adolf Techow, ehemalige preussische Offiziere, die zusammen mit anderen Kameraden wie Franz Sigel, Karl von Bruhn, Karl Schurz und Stephan Born sowie Johann Ph. Becker die «Revolutionäre Zentralisation» bildeten, die im Richtungsstreit des «Kommunistenbundes» zwischen den Exponenten August Willich-Schapper und Marx-Engels hin- und hergerissen wurde. Vgl. Gruner, Arbeiter, S. 328 ff. Neben dem eingebürgerten Becker ist Friedrich Beust (1817-1899) aus der Gruppe der Combattanten hervorzuheben, der auf dem Seefeld bei Zürich in die Erziehungsanstalt von Karl Froebel als Lehrer

- eintrat und dieses Institut von 1851 bis 1894 unter seinem Namen weiterführte. Ebenso zu denjenigen, die in der Schweiz für längere Zeit eine Bleibe fanden, gehörten Karl Brunne-
mann, Lehrer in Murten, und der aus Mannheim gebürtige Heidelberger Student Alexander
Spengler, der später den Ruf von Davos als Lungenkurort begründete. Zu Beust vgl. ADB, 47,
S. 754 ff. Brunnemann, Karl: Wanderungen eines deutschen Schulmeisters, Pädagogisches
und Politisches aus den Jahren von 1847 bis 1862, Berlin 1874. Näf, Werner: Die Schweiz in
der deutschen Revolution 1847-1849, Frauenfeld-Leipzig 1929, S. 68 f. Gagliardi, Universität
Zürich, S. 463.
- 26 Zu den Betroffenen zählten der Leiter der badischen Revolutionsregierung Lorenz Brentano,
seine Mitarbeiter Amand Goegg, Joseph Fickler, ebenso Struve, Werner und Zitz; von den
militärischen Führern wurden Franz Sigel, der Kommandant der Revolutionsarmee, August
Willich, Doll, Becker, Mersy und Germain Metternich ausgewiesen wie die Teilnehmer des
früheren Einfalls nach Baden v. Sept. 1848, unter ihnen Karl Heinzen, Friedrich Neff, Löwen-
fels u. G. Thielmann. BB1. 1849, II, S. 254 ff. Über die Widerstände, die einzelne Kantone
dem Ausweisungsbeschluss entgegensetzten – z.B. hielt sich trotzdem Sigel anderthalb Jahre
«unauffindbar» in Lugano auf – vgl.: Langhard, Johannes: Die politische Polizei der Schwei-
zerischen Eidgenossenschaft, Bern 1909, S. 54 ff.
- 27 Mann, Bernhard: Das Ende der deutschen Nationalversammlung im Jahre 1849, in: HZ 214
(1972), 265-309.
- 28 Näf, a. a. O., S. 58 ff.
- 29 In seinen Aufzeichnungen ist er durch den Tod unterbrochen worden, bevor er das Revoluti-
onsjahr 1848 erreicht hatte. Vogt, Carl: Aus meinem Leben, Erinnerungen und Rückblicke,
Stuttgart 1896.
- 30 ADB, 36, S. 371 ff. Wertvollen Einblick in das Leben der deutschen Flüchtlinge gibt: Heinrich
Simon: Ein Gedenkbuch für das deutsche Volk, hrsg. v. Johann Jacoby, Berlin 1865. Das Ma-
nuscript dieses Buches stammt von Simons Cousine Frau Gärtner. Stern, Alfred op. cit. S.
339, Anm. 1. Näf a. a. O., S. 66 f.
- 31 ADB, 27, S. 465 ff. Näf, a. a. O., S. 64 f.
BA-B, Justiz: Flüchtlingswesen, Schachtel 68 d.
- 32 Simon, Ludwig: Aus dem Exil, 2 Bde., Giessen 1855, ADB, 34, S. 377 ff. Über seine Rolle in
der Paulskirche: Handbuch, Bürgerliche Parteien, II, S. 20 ff.
- 33 Jacoby, Johann: Gesammelte Schriften und Reden, 2 Bde. Hamburg 1872. Näf, a. a. O., S. 60.
Hartmann verliess 1850 die Schweiz; von 1860-63 lehrt er dann in Genf Literatur.
- 34 Neitzke, Paul: Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz 1848/49, Berlin-Charlottenburg
1927.
- 35 Hierzu gehören u.a.: Mögling, Theodor: Briefe an seine Freunde, Solothurn 1858. Temme, J.
D. H.: Erinnerungen, hrsg. v. Stephan Born. Leipzig 1883. Born, Stephan: Erinnerungen eines
Achtundvierzigers, Leipzig 1898. Schurz, Karl: Lebenserinnerungen, Bd. I, Berlin 1906. Die
Sichtung der unter Werner Näf gesammelten Materialien über die damalige Emigration, die
mit Ausnahme von Antje Gerlach kaum beachtet im Historischen Seminar der Universität
Bern liegen, ergab, dass diese Unterlagen für solche Einzelstudien zahlreiche wertvolle Hin-
weise enthalten. Ebenfalls der Auswertung harren die Akten im Staatsarchiv des Kantons Bas-
sel-Landschaft: Politisches D 1: Deutsche Flüchtlinge, Dr. Hecker, Struwe, Heinzen u.a. 1836-
1849.
- 36 Fick, Lebensbild, 2. Teil, S. 170 ff.; Gagliardi, Universität Zürich, S. 774 ff.

- 37 Zinner, Dionys: Fest-Schrift zur Halbjahrhundert-Feier des Allgem. Arbeiterbildungs-Vereins Winterthur (1850-1900), Winterthur 1900, S. 14 ff. Dass sich die Unterlagen, auf die sich Zinner stützt, nicht wieder auffinden liessen, widerlegt den Chronisten noch nicht. Gruner, Arbeiter, S. 399, Anm. 9.
- 38 Zinner ebenda.
- 39 Brief o. D., Sig. D I 02.8; Protokoll des kleinen Stadtrathes der Stadtgemeinde Schaffhausen, Bd. 27, 1858, S. 569, Stadtarchiv Schaffhausen. Wenig Gegenliebe fand die Neugründung beim Schaffhauser Grütliverein. Vgl. die Protokolle der Grütl-Section Schaffhausen 1858-1876, insbes. über die Sitzungen v. 28. Sept. 1861 u. v. 6. Dez. 1862, Staatsarchiv Schaffhausen.
- 40 Zum 50jährigen Stiftungsfest des Arbeiterbildungsvereins «Eintracht» in Zürich, Zürich 1891, S. 11 f.; Zinner, a. a. O., S. 17 ff. Heeb, Friedrich: Der deutsche Arbeiterverein, Basel 1832-1907, Festschrift zum 75jährigen Jubiläum, Basel 1907, S. 30; Felleisen, Nr. 12 v. Dez. 1863; Gruner, Arbeiter, S. 397 ff. Als Vorort der Zentralisation fungierten: 1853-1857 La Chaux-de-Fonds; 1857-1862 Zürich, 1867-1870 Genf; 1870-1873 Zürich; bis zur Auflösung 1875 Basel. Der Vorort bestellt aus seiner Mitte das Zentralkomitee, das aus einem Präsidenten, Vizepräsidenten, einem Schriftführer und zwei Beisitzern bestand und das die leitenden und verwaltenden Aufgaben des ausführenden Organs wahrzunehmen hatte. Felleisen, Nr. 4 v. April 1863. Der von Gruner, Arbeiter, S. 400 in Anm. 27 angegebene Widerspruch der Daten ist in den dort erwähnten Jubiläumsschriften nicht aufzufinden: Festschrift zur Halbjahrhundert-Feier des Deutschen Arbeitervereins Genf 1893, Zürich 1893, S. 15. Festschrift «Eintracht» Zürich, a. a. O., S. 13 f. Die Tagwacht, Nr. 79 v. 31. Dez. 1873.
- 41 Felleisen Nr. 11 v. Nov. 1863; Zinner, a. a. O., S. 19. Die Aufstellung bei Gruner, Arbeiter, S. 591, die auf der gleichen Quelle beruht, liess die Vereine Biel, Neuchâtel, und Rheinfelden ohne Begründung weg; für Fleurier fehlt die Zahlenangabe. Vor allem ist richtigzustellen, dass es sich hier nicht um die Mitgliederzahlen der Vereine, sondern um die der Wanderkasse angehörenden Mitglieder innerhalb der einzelnen Vereine handelt. Gruner nimmt den Höchststand für Ende 1863 mit 49 Vereinen und 2910 Zugehörigen an, während Zinner, op. cit. S. 19, für das vierte Quartal 1865 die Zahl von 56 Sektionen angibt. Auch Berghoff, op. cit. S. 19 machte für 1866 56 Lokalvereine aus, bemerkt aber richtig, dass die Mitgliederzahl wieder zurückzugehen begann. Ausser den von der im Text wiedergegebenen Tabelle aufgeführten Sektionen gab es zeitweilig Arbeitervereine in: Diessenhofen, Ermatingen, Interlaken, Neunkirch, Mollis, Murten, Rolle, St. Gallen, Stein am Rhein, Sitten. Felleisen, Nr. 8 v. Aug. 1864; Nr. 5 v. Mai 1865; Nr. 1 v. Jan. 1868.
- 42 Der deutsche Arbeiterverein Marseille, dessen Präsident u. Vizepräsident ehemalige Mitglieder des Zürcher Vereins waren, bat im Frühjahr 1865 um Aufnahme in die Zentralisation. Felleisen, v. 4. April 1865.
- 43 Die Zentralisation überreichte Franz Fiermann Schulze-Delitzsch (1808-1883) 1864 sogar ein Ehrendiplom. In seinem Dankeschreiben äusserte er derart Geehrte: «Ich habe immer mit grosser Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse in der Schweiz geachtet, und es hat mich gefreut, da wahrzunehmen, dass hier wie überall in der Fremde, selbst jenseits des Oceans die Deutschen dasselbe Nationalgefühl, dasselbe Bewusstsein ihrer Zugehörigkeit beseelt, welches sie sich vereinigen lässt zur gemeinsamen Verfolgung ihrer wahrhaft humanen Interessen, und dass hier wie überall, dem deutschen Arbeiter dasselbe tüchtige

- und sittliche Streben nach Bildung und Besserung seiner Lage durchdringt.» Felleisen, Nr. 8 v. Aug. 1864.
- 44 Erst allmählich hatte der Vorort Genf Bedenken auszuräumen vermocht, ein eigenes Organ bringe für die Mitglieder eine zu hohe finanzielle Belastung mit sich. Schreiben des DAV Winterthur an den DAV Schaffhausen v. 25.3.1861, Dossier: DAV «Concordia» Schaffhausen, Archiv des SMUV Bern. Das «Felleisen» erschien von 1862 bis 1874, zuletzt mit dem Untertitel: «Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes, Eigentum der deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Schweiz». Im Sommer 1862 betrug die Auflage des «Felleisen» 2'200 Exemplare und soll – was damals ungewöhnlich war – gelegentlich sogar gewinnbringend gewesen sein. Berghoff, op. cit. S. 14 f.
- 45 Um die Bildungsaufgabe des Zentralverbandes noch zu verdeutlichen, wurde ihm daher in der endgültigen Fassung der Name «Deutscher Arbeiterbildungs-Verein in der Schweiz» gegeben.
- 46 «Entwurf der Central-Satzungen des ‚Deutschen Arbeiter-Vereins in der Schweiz‘», angenommen in den Versammlungen des Vororts vom 21. u. 23. März 1863 in: Felleisen, Nr. 4 v. April 1863. Infolge der Konstituierung als gesamtschweizerischer Verein änderte das «Felleisen» den Untertitel ab in: «Organ des deutschen Arbeiterbildungs-Vereins in der Schweiz». Felleisen, Nr. 12 v. Dez. 1863.
- 47 Felleisen, Probenummer v. Juli 1862. Verfasser des einleitenden Artikels «Die Deutschen Arbeiter-Vereine in der Schweiz» war Paul Ahr, Mitglied der «Eintracht» in Zürich.
- 48 Die Angaben und Zitate dieses Abschnittes finden sich unter den im Text angegebenen Daten im Band «Protokolle der Vereinssitzungen vom Jahre 1841-1859» der «Eintracht» Zürich. SSA-Zürich, Sign.: 335: 239-7. Zunächst hatte der Verein seine Geschäfte lediglich auf Grund der Statuten geregelt. Da es in Fragen der Auslegung während der Beratungen öfters zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war, wurde die Anschaffung eines Protokollbuches beschlossen. Es beginnt mit einem Eintrag vom 12. Dezember 1841 und wurde zunächst bis zum 15. Mai 1842 fortgeführt. Vereinzelt Eintragungen stammen v. 5. Jan. und 6. April 1851 sowie vom 11. Jan. 1852. Seit Anfang 1856 wurde wieder regelmässig ein Protokoll angelegt und zwar in diesem Bande bis zum 18. April 1859. Am Ende des Bandes finden sich Mitgliederverzeichnisse, bezw. bruchstückhafte Einträge aus den Jahren 1843-1845, 1850, 1851, die u.a. der Kontrolle des Versammlungsbesuches dienen. Eine wesentliche Ergänzung bietet das Anfang 1850 beschlagnahmte Protokollbuch, das sich im BA-Bern: Justiz, Flüchtlinge 1848-1895, Schachtel 68b, befindet. Eine Fortsetzung geben die «Protokolle der Vereinssitzungen vom Jahre 1859-1868» (SSA-Zürich: Sign.: 335: 239-8). Der Protokollband: «Vereinssitzungen vom Jahre 1859-1862» (Sign.: 335: 239-9) enthält nur Doppel. Bruchstückhaft und zum Teil Doppel sind auch die «Protokolle der Vereinssitzungen vom Jahre 1862-1866» (Sign.: 335: 239-11). Wenig ergiebig sind die «Protokolle der Technischen Abteilung 1861-1874» (Sign.: 335: 239-10). Wird das Heft umgedreht, so findet man auf der Rückseite Vorstandsprotokolle von 1890. Somit lassen die Vereinsakten für den Zeitraum 1869-1886 eine empfindliche Lücke offen. Die anschliessenden «Protokolle der Vorstandssitzungen vom Jahre 1886-1888» (Sign.: 335: 239-12), die vom 6. Okt. 1886 bis zum 17. Okt. 1888 führen, sind einem Kontrollbuch der Technischen Abteilung der «Eintracht» aus dem Jahre 1862 eingefügt worden. Wichtiges Material enthalten die «Protokolle der Vereinssitzungen vom Jahre 1891-1892» sowie jene der Jahre 1894-1901, die ausführlich und gewissenhaft geführt wurden. Ein

schmales Heft mit Protokollen zu Vorstandssitzungen während der Jahre 1899-1905 vermag die Lücke nicht zu überbrücken, die dadurch entsteht, dass der nächste und letzte Band mit Protokollen über Vorstandssitzungen erst am 2. Dezember 1909 einsetzt und mit dem 9. November 1915 endet. (Sign.: 335: 239-13-16). Die Vereinsakten befanden sich lange Zeit im Gewerkschaftskartell Zürich; sie sind nach dem Rücktritt von Nationalrat Otto Schütz f dank des Entgegenkommens von Herrn Walter Zogg vor kurzem dem Schweizerischen Sozialarchiv leihweise zur Verfügung gestellt worden. Vgl. den Begleitbrief des GKZ an das SSA-Zürich zu diesem Aktenbestand v. 25. Okt. 1974.

- 49 Jb. des DAbV «Eintracht» in Zürich von 1865, Zürich 1866, S. 5.

Nach Berghoff-Ising, a. a. O., S. 19 umfasste sie 1863 insgesamt 630 Mitglieder. Die im Felleisen, Nr. 11 v. Nov. 1863 sowie die bei Gruner, Arbeiter, S. 591 angegebene Zahl von 540 Angehörigen bezieht sich nur auf die Vereinsmitglieder, die der Wanderunterstützungs-Kasse angehörten.

- 50 Es waren dies 1865:

Allgemeine deutsche Arbeiter-Zeitung	Itzehoer-Nachrichten
Die Arbeit (Stuttgart)	Illustrierte Zeitung (Leipzig)
Der deutsche Eidgenosse (London)	Gartenlaube
Neue Frankfurter-Zeitung	Kirchenfackel (Ulm)
Beobachter (Stuttgart)	Turnzeitung (Leipzig)
Berliner Reform	Kladderadatsch
Rheinische Zeitung	Der Vorbote (Genf)
Deutsches Wochenblatt (Mannheim)	Der Bund (Bern)
Nürnberger-Anzeiger	Telegraph (Zürich)
Hamburger-Reform	Tagblatt der Stadt Zürich

Vgl. Jb. «Eintracht» 1865, S. 11.

- 51 Die gemachten Angaben entstammen einem Bericht des Deutschen Arbeiterbildungsvereins «Eintracht» im «Felleisen», Nr. 12 v. Dez. 1863, dem Jahresbericht des deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereins «Eintracht» in Zürich v. 1865, Zürich 1866, sowie der Jubiläumsschrift: Zum 50jährigen Stiftungsfest des Arbeiterbildungsvereins «Eintracht» Zürich, Zürich S. 11 ff.

- 52 August Bebel: Aus meinem Leben, Stuttgart 1910, Bd. 1, S. 80 f.

- 53 Jb. «Eintracht» 1865, S. 12.

- 54 Vierteljahresbericht der «Eintracht» Zürich, Felleisen, Nr. 12 v. Dez. 1863.

- 55 Neupert, Edgar: Deutscher Nationalverein 1859-1867, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. 1, S. 489-496. Unter dem Einfluss von Georg Fein war auch der Arbeiterbildungsverein «Eintracht» in Zürich dem Deutschen Nationalverein beigetreten. Laut Protokoll v. 30. Sept. 1861 erhöhte er den jährlichen Beitrag auf Fr. 15.-. «Eintracht»-Protokolle 1859-1868, SSA-Zürich, Sign.: 335: 239-8.

- 56 Zinner, Festschrift AABV Winterthur, S. 18. Der Hamburger Mechaniker und Arbeiterdichter Jakob Audorf (gest. Hamburg 1898) leitete den Winterthurer Verein in den Jahren 1858 bis 1860. Die Arbeitermarseillaise: «Wohlan, wer Recht und Arbeit achtet» entstand 1864. Zu Genf vgl. Festschrift DAV Genf, S. 15. Mehring, Franz: Karl Marx, Geschichte seines Lebens, Leipzig ²1919, S. 290 f.

- 57 Festschrift DAV Genf, S. 15 f.

- 58 Seinen Standpunkt hatte Vogt zunächst in gemilderter Form durch ein politisches Programm v. 1. April 1859 dem Londoner Emigrantenkreis um Freiligrath dargelegt. In der Folge kam es zu der bekannten mit scharfer Polemik geführten Kontroverse mit Karl Marx, der Vogt als bonapartistischen Agenten zu desavouieren suchte. Zu diesem Richtungsstreit vgl. Vogt, Carl: Mein Prozess gegen die Allgemeine Zeitung, Stenographischer Bericht, Dokumente und Erläuterungen, Genf 1859. Marx, Karl: Herr Vogt, mit Originaldokumenten von Marx und Engels, Berlin 1953. Mehring, Marx, S. 187 ff., 194 ff. Der Konflikt ist bis in die Revolutionsjahre 1848/50 zurückgeführt worden. Gruner, Arbeiter, S. 337 ff. hingegen gibt anstelle der bis dahin üblichen dogmatisch verzeichneten Darstellung eine differenzierte Neuinterpretation. Für die Vorgänge innerhalb der damals wichtigsten deutschen Ausländerkolonie vgl. Richter, Robert: Studien zur Londoner Emigration von 1850-60, (MS), Berlin 1965.
- 59 Hermann, Deutsches Wochenblatt aus London, Nr. 24 v. 18. Juni 1859. Ferdinand Lassalle verfocht 1859 in der Flugschrift «Der italienische Krieg und die Aufgabe Preussens» sogar die Auffassung, Preussen sollte den Krieg nutzen, um die deutsche Einigung unter Ausschluss Österreichs herbeizuführen.
- 60 Auch Friedrich Engels: Po und Rhein; Savoyen, Nizza und der Rhein, zwei Abhandlungen, hrsg. v. Ed. Bernstein, Stuttgart 1915, sprach sich im Gegensatz zu Lassalle aus taktischen Überlegungen für die Unterstützung Österreichs aus.
- 61 Hermann, Nr. 24 v. 18. Juni 1859. Als Herausgeber des Blattes zeichnete Gottfried Kinkel. Das Organ, das Mehring, op. cit. S. 186 mit Freiligraths Wort als «Heimwehbläseerei» disqualifiziert, war in diesem Konflikt Wortführer der national-demokratischen Kräfte.
- 62 «Das Centralfest der Deutschen Arbeiterbildungsvereine in der Westschweiz, Lausanne 1859», Schachtel 68a, BA-B. Zum Konflikt vgl. oben Anm. 58.
- 63 Neue Frankfurter Zeitung v. 12. Okt. 1862.
- 64 Bereits am 7. Sept. 1860 war in der «National-Zeitung» ein Gedenkartikel: «Zum Besten des für Heinrich Simon zu errichtenden Denkmals» erschienen. Hauptinitiant dieses Projektes war Johann Jacoby. Die Feier ist beschrieben in: Heinrich Simon, Ein Gedenkbuch für das deutsche Volk, hrsg. v. Joh. Jacoby, Berlin ²1865, S. 376 ff. Vgl. a. ADB, Bd. 24, S. 371 ff.
- 65 Der Toast wurde nach der Einweihung, an der rund 300 Personen teilgenommen hatten, beim gemütlichen Zusammensein im Gasthaus ausgebracht. Der «Brocken» ist mit 1142 m die höchste Erhebung des Harzes und in der volkstümlichen Bezeichnung «Blocksberg» Schauplatz zahlreicher Volkssagen.
- 66 Bebel, August: Aus meinem Leben, Stuttgart 1910, Bd. I, S. 138 f.
- 67 Mahnruf des Vororts Zürich an alle Lokalvereine v. Dez. 1863, Dossier: DAV «Concordia» Schaffhausen, Archiv des SMUV, Bern. Zinner, Festschrift AABV Winterthur, S. 19.
- 68 Felleisen, Nr. 12 v. Dez. 1863.
- 69 Mit Hinweis auf BV Art. 57 lehnte es der Vorort ab, von Vereins wegen Freiwillige aufzuzufen. Felleisen, Nr. 12 v. Dez. 1863. Zur Kontroverse mit Mitgliedern des Deutschen Nationalvereins und des «Schleswig-holsteinischen Hilfscomite» vgl. Felleisen, Nr. 7 v. Juli, Nr. 8 v. Aug. 1864.
- 70 Im September 1867 konnte der Genfer Verein Garibaldi mit einer zündenden Ansprache von Amand Goegg persönlich begrüßen. Festschrift DAV Genf, S. 15.
- 71 Bebel, August: Aus meinem Leben, I, S. 160.

- 72 Ruge, Wolfgang: Deutsche Volkspartei (1868-1910). In: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 637-666.
- 73 Seeber, Gustav: Deutsche Fortschrittspartei (1861-1884), in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 333-354. Die zitierte Formulierung entstammt einem gemeinsam mit den Nationalliberalen herausgegebenen Wahlaufdruck. Vgl. a. Schwab, Herbert: Nationalliberale Partei (1867-1918), in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. II, S. 344-373.
- 74 Im Lebenslauf des Helmstedter Bürgermeisterssohns Georg Fein (1803-1869) widerspiegeln sich dreieinhalb Jahrzehnte bewegter Emigrationsgeschichte. Im Herbst 1833 begann der aus Deutschland Geflüchtete von Zürich aus eine lebhaftige Agitation im Stile der burschenschaftlichen Revolutionäre zu entfalten. Unter den deutschen Handwerkern organisierte er einen Leseverein und gehörte zu den führenden Kräften des «Jungen Deutschland». Der auf Neujahr 1834 ernannte Redaktor der NZZ umriss seine Auslandspolitik u.a. mit dem Satz: «Es ist das Ringen der Völker nach Freiheit und Selbständigkeit, es sind ihre Anstrengungen zum Sturz der Despotie und des Absolutismus, auf die wir mit freudiger Sympathie stets unser Hauptaugenmerk richten werden» (NZZ v. 18. Dez. 1833). Fein, der sich schon im Juni 1834 in der Redaktion wieder ablösen lassen musste, verfocht sein Ideal vom geeinten Deutschland in allen Phasen seines unsteten Lebens. Von Zürich aus betrieb er mit Flugblättern und Broschüren illegale Propaganda in Deutschland und Österreich; im Herbst 1834 wurde er – weil angeblich von «höheren Löhnen» die Rede gewesen war – aus Zürich ausgewiesen. Von Liestal aus setzte er seine politische Tätigkeit fort, bis er im Gefolge der «Säuberungen» im Herbst 1836 das schweizerische Exil ganz verlassen musste. Seit Sommer 1840 nahm er mehrfach wieder in Liestal Aufenthalt und arbeitete auf eine Zentralisation der deutschen Handwerkervereine hin, wobei er ganz im Gegensatz zur atheistisch-anarchistischen Richtung stand, wie sie dann von Wilhelm Marr vertreten worden ist. Ende März 1845 nahm er am zweiten Freischarenzug gegen Luzern teil und wurde nach dessen Misslingen während sieben Monaten gefangen gehalten. Dass ihn der Kanton Baselland auf Antrag der Gemeinde Lausen am 15. Mai 1845 einbürgerte, hat ihm möglicherweise den Kopf gerettet. Von Luzern den Mailänder Behörden ausgeliefert und nach Wien verbracht, konnte er wider Erwarten von Metternich die Zustimmung zur Auswanderung nach Amerika erlangen. Auf die Nachricht von der Märzrevolution zurückgeeilt und aus Deutschland alsbald ausgewiesen, lebte er von 1849 bis 1858 wieder in Liestal, wo er sich um die Gründung einer Fortbildungsschule verdient machte. Sowohl hier wie 1858 bis 1862 an seinem Wohnsitz Zürich, wo er als hochgeachtetes Ehrenmitglied der «Eintracht» Rat und Hilfe lieb, und danach an seinem letzten Lebensort Diessenhofen setzte er sich in den deutschen Arbeitervereinen für die Selbsthilfe durch Bildung, für eine religiös-sittliche Zucht und für die enge Gemeinschaft mit dem demokratischen Bürgertum ein. Dass in Diessenhofen, Stein am Rhein und Ermatingen relativ spät der Zentralisation doch noch Sektionen entstanden sind, dürfte auf Feins unermüdete Wirksamkeit auch während seiner letzten Lebensjahre hinweisen. Weisz, Leo: Die Redaktoren der Neuen Zürcher Zeitung bis zur Gründung des Bundesstaates 1780-1848. Bd. I, Zürich 1961, S. 153-167. Felleisen, Nr. 6 v. 5. Febr. 1869. ADB, Bd. 6, S. 606 f. Zinner, Festschrift AABV Winterthur, S. 21. Gruner, Arbeiter, S. 286, Anm. 12. «Eintracht»-Protokolle 1841-1859 (vgl. die Eintragungen v. 12. Jan. u. 10. Nov. 1856, v. 9. Nov. 1857), SSA-ZH, Sign.: 335: 239-7.

- 75 Felleisen, Nr. 4 v. April 1866.
- 76 Weckerle, Eduard: Hermann Greulich, Ein Sohn des Volkes, Zürich 1947, S. 42. (Zit. als: Weckerle, Greulich). Zur analogen Kundgebung in Frankfurt, die im Namen der Nation die «allgemeine Volksbewaffnung und gemeinsame Volksvertretung» verlangte, vgl.: August Bebel: Aus meinem Leben, I, S. 152 f.
- 77 BV 1848 Art. 57. «Dem Bunde steht das Recht zu, Fremde, welche die innere oder äussere Sicherheit der Eidgenossenschaft gefährden, aus dem schweizerischen Gebiete wegzuweisen.»
- 78 Weckerle, Greulich, S. 42.
- 79 Zur schweizerischen Anteilnahme am Schicksal Polens, vgl. Bonjour, Edgar: Die Schweiz und Polen, in: Die Schweiz und Europa, Basel 1958, S. 79-110, insbes. S. 101 ff. Bonjour, Neutralitätsgeschichte, Bd. I, S. 406 ff.
- 80 Vom Vereinstag waren Leopold Sonnemann und Max Wirth, der spätere Direktor des Eidgenössischen Statistischen Büros, an die Zürcher Tagung vom 20. Juli 1863 delegiert worden. Auch Georg Fein sprach für Schulze, während Georg Herwegh, Lassalles Generalbevollmächtigter für die Schweiz, passiv blieb und einer Konfrontation auswich. Felleisen Nr. 8 v. August 1863. Gruner, Arbeiter, S. 590.
- 81 Felleisen, Nr. 5 v. Mai 1865 u. Nr. 8 v. Aug. 1865. Die Tagung fand am 6./7. Aug. 1865 statt, nachdem eine Kontroverse über die Bildungsarbeit beigelegt und an der bisherigen Zielgebung festgehalten worden war. Wiederum war es Leopold Sonnemann, der als Abgesandter des Vereinstages deutscher Arbeiter in die Schweiz geeilt war, um seinen mässigen Einfluss für ein weiteres Zuwarten geltend zu machen.
- 82 Bericht über die Verhandlungen des dritten Vereinstages deutscher Arbeitervereine. Abgehalten zu Stuttgart am 3., 4. und 5. September 1865. Nürnberg 1865, S. 9 f. Manche Erfahrungen der Vereine in der Schweiz konnte sich der Vereinstag zunutze machen; auf sie stützte sich August Bebel in seinem Antrag, Speisegenossenschaften je nach lokalen Verhältnissen einzurichten. Die Vertreter aus der Schweiz hoben auch die Bedeutung von Wanderunterstützungskassen hervor. A. a. O., S. 35, 38 f. Bebel, August: Aus meinem Leben, I, S. 114 f.
- 83 Felleisen, Nr. 9 v. Sept. 1864.
- 84 Über sie sowie über ihre in der Schweiz abgehaltenen Kongresse, an denen auch einzelne hiesige deutsche Arbeitervereine vertreten waren (1866 in Genf, 1867 in Lausanne, 1869 in Basel sowie die Rumpftagung von 1873 in Genf) vgl.: Etudes et Documents sur la Premiere Internationale en Suisse, publiés sous la direction de Jacques Freymond, Genf 1964; Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, 2 Bde., Hannover 1961. Gruner, Arbeiter, S. 522-891.
- 85 Eine tabellarische Übersicht gibt Gruner, Arbeiter, S. 538 f.
- 86 Die «Centralstatuten der Sektionsgruppe deutscher Sprache» vom Mai 1867 sind abgedruckt bei: Berghoff-Ising, op. cit. S. 384-388.
- 87 «Der Vorbote» mit dem Untertitel: «Politische und socialökonomische Monatsschrift, Centralorgan der Sektionsgruppe deutscher Sprache der Internationalen Arbeiterassociation» erschien bis Dezember 1871 unter Beckers Redaktion. Engelberg, Ernst: Fragen der Demokratie und des Sozialismus in der Ersten Internationale, Einführung zur originaltreuen Reproduktion des Vorbotes aus Anlass des 100. Gründungstages der 1. Internationale, Berlin-Zürich 1963. Ders.: Johann Philipp Becker in der Ersten Internationale, Berlin 1964.

- 88 In der französischsprachigen Schweiz waren zusätzlich mit Montreux, Yverdon, La Chaux-de-Fonds, Neuchâtel und St.-Imier fast alle deutschen Arbeitervereine beigetreten. Freymond, op. cit., S. 46. Gruner, Arbeiter, S. 593 f.
- 89 Felleisen, Nr. 8 u. 9 v. Aug. u. Sept. 1865. Vgl. Berghoff-Ising, op. cit. S. 47; Gruner, Arbeiter, S. 594.
- 90 Felleisen, Nr. 8 v. Aug. 1868. Berghoff-Ising, op. cit. S. 51.

3. Zwischen nationaler Loyalität und internationaler Klassensolidarität

- 91 «Central-Satzungen des Deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereins in der Schweiz», Genf Oktober 1868. SSA-Zürich, Sign.: 335: 239-3.
Zur alten Fassung vgl. den Statutenentwurf v. März 1863, in: Felleisen, Nr. 4 v. April 1863.
- 92 § 9 (Teil I), neu, bestimmte: «Der Beitrag an die internationale Arbeiter-Association und die Unterstützungen an die L.-V. werden aus dem Centralfond bestritten, im Nothfalle jedoch aus der Wanderunterstützungskasse.»
- 93 § 3 (Teil I) neu; § 8 (Teil I), alt. Die Mindestmitgliederzahl betrug bisher 10.
- 94 § 1 (Teil II), alt.
- 95 Das «Centralkomitee» beaufsichtigt die Wanderunterstützungskasse, veröffentlicht ihren Stand in Quartalsberichten, führt ein Verzeichnis der Vereinsschuldner und der Ausgeschlossenen, eine Art schwarze Liste, die den ständig der Gefahr der Schädigung ausgesetzten Vereinen unentbehrlich war.
- 96 In allen anderen Fällen mussten zuerst die Lokalvereine Zustimmung erklären, um den Zentralversammlungs-Beschluss zum Zentralbeschluss zu erheben. § 3 (Teil IV) neu; § 2 (Teil VI) alt.
- 97 § 9 (Teil V), alt.
- 98 Zum «Revolutionsfonds», der die häufigere Herausgabe ermöglichte, vgl. Text S. 168 ff.
- 99 § 1-5 (Teil V), neu. Jedes Mitglied ist zum Bezug der Vereinszeitung verpflichtet, für deren Abonnementgeld die Lokalvereine ebenso wie für das Defizit haften.
- 100 Jedes durchreisende Mitglied, das seit drei Monaten seine Beiträge an die Unterstützungskasse bezahlt hat, ist unterstützungsberechtigt. Wanderbuch und Vereinsschriften sind vorzuweisen. Erhält der Empfänger eine Stelle, so muss er die erhaltenen Mittel binnen vier Wochen zurückzahlen. § 1-4 (Teil VI) neu.
- 101 So hat jeder Lokalverein dem Vorort vierteljährlich zu berichten u.a. über die Mitgliederbewegung, Finanzen, Unterstützungen, Betrüger und Schuldner, Vereinsleben. Im Fall der Auflösung eines LV bestimmt der Vorort über das Inventar. § 1-7 (Teil VII) neu. Die alten Satzungen § 5-9 (Teil VIII) enthielten noch Vorschriften über die Lokalvorstände und die Versammlungen der Lokalvereine.
- 102 § 1-2 (Teil VIII) neu.
- 103 Heeb, Friedrich: Der deutsche Arbeiterverein Basel 1832-1907, Festschrift zum 75jährigen Jubiläum, Basel 1907. (Zit. als: Heeb, Festschrift DAV, Basel).
- 104 Zinner, Festschrift AABV Winterthur, S. 21 f.
- 105 Berghoff-Ising, op. cit. S. 52.

- 106 Gruner, Arbeiter, S. 594.
- 107 Sämtliche Angaben und Zitate dieses Abschnittes finden sich unter den im Text angegebenen Daten in den «Protokollen der Vereinssitzungen vom Jahre 1859-1868» des Arbeiterbildungsvereins «Eintracht» in Zürich, SSA-Zürich, Sign.: 335: 239-8.
- 108 Felleisen, Nr. 27 v. 3. Juli 1869. Einen Monat später stellte der Eisenacher Kongress das Postulat nach «Errichtung des freien Volksstaates» an die Spitze seines Programms.
- 109 Während der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein den Terminus «Gewerkschaften», zu deren Gründung er am 25. 8. 1868 aufrief, gebrauchte, sprach der Vereinstag in seinem von Bebel verfassten Gründungsaufwurf von «Internationalen Gewerksgenossenschaften». Herman Greulich hat diese Bezeichnung, beziehungsweise die von Bebel aufgestellten Musterstatuten für seine hiesige Gewerkschaftsagitiation übernommen, vgl. Felleisen, Nr. 26 v. 26. 6. 1869.
- 110 Zur Entstehungsgeschichte der Gewerkschaften vgl. Gruner, Arbeiter, S. 504 ff. Die Schneider hatten lokale Organisationen Ende der sechziger Jahre u.a. in Lausanne, Genf, Neuenburg, Basel und Zürich in Form eigentlicher Produktivgenossenschaften errichtet; ebenso die Schuhmacher in Genf und Basel, die Maurer und Schreiner in Lausanne, die zumeist bald wieder eingingen. Böhmert, Victor: Arbeiterverhältnisse und Fabrikeinrichtungen der Schweiz, Zürich 1873, Bd. 2, S. 260-276. Berghoff-Ising, op. cit. S. 39 f. Zur Bildung von Gewerkschaften oder Fachvereinen, denen Produktivgenossenschaften anzugliedern seien, hatte die Internationale auf dem Brüsseler Kongress im Sept. 1868 aufgefordert. Felleisen, Nr. 26 v. 26. Juni 1869. Zur Entwicklung der Gewerkschaften vgl. neben der allg. Darstellung von Friedrich Heeb: Der schweizerische Gewerkschaftsbund 1880-1930, Denkschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum, mit Beiträgen zur Geschichte der einzelnen Verbände von..., Bern 1930 (zit. als: Heeb, Gewerkschaftsbund), die Untersuchung über die Entwicklung der Gewerkschaften im Rahmen der Internationale von Gruner, Arbeiter, S. 866-888, sowie deren Bedeutung für den Klassenkampf, S. 908 ff.; bes. wertvoll die Übersicht über die Entstehung der einzelnen lokalen Gewerkschaftsorganisationen, S. 872 f.
- 111 Felleisen, Nr. 12 v. Dez. 1867.
- 112 Berghoff-Ising, op. cit. S. 48 f.; Gruner, Arbeiter, S. 594, Anm. 35. Ladendorf hatte trotz völler Aussichtslosigkeit der Lage in Berlin dilettantische Revolutionspläne weiterverfolgt und war 1853 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Zeitweise in Wahnsinn verfallen und in der Charite interniert, kam er infolge einer allgemeinen politischen Amnestie frei. Da er nach eigenem Zeugnis seine Heimat zu verlassen hatte, fand er in der Schweiz Zuflucht, wo er seit 1865 am Beustschen Institut in Zürich unterrichtete. Vgl. Frolinde Balsler: Sozial-Demokratie 1848/49-1863. Stuttgart 1962, S. 129; weitere Angaben in: «Der Hochverrats-Prozess wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig vom 11. bis 26. März 1872», mit einer Einleitung von W. Liebknecht und einem Anhang. Berlin ³1911, S. 202 f., 559 ff., 821 ff. (Zit. als Hochverratsprozess). Gruner, Arbeiter, S. 594, Anm. 35.
- 113 Erklärung v. August Ladendorf, Zürich, 22. Aug. 1869 u. v. Amand Goegg, Genf, 27. Aug. 1869, abgedruckt aus dem «Demokratischen Wochenblatt» (Nr. 36, 1869) in: Hochverratsprozess, S. 819-823.
- 114 Die Bemühungen Kinkels, Geldmittel zu beschaffen, lösten eine Demarche des französischen Gesandten de Salignac Felon aus, der in Bern vor einer grossen Münzfälschungsaktion warnte. Die gleichen Gerüchte lösten auch auf der österreichischen Gesandtschaft Besorgnis

- aus, weshalb der Bundesrat vergebliche Nachforschungen anstellen liess. Hingegen hatte Karl Schurz damals den Auftrag übernommen, in die Schweiz zu reisen, um hier für den Plan der Nationalanleihe zu werben. Schurz, Karl: Lebenserinnerungen, Berlin 1906, S. 384 f., 389 f. Langhard, Johannes: Die politische Polizei der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bern 1909, S. 92 ff.
- 115 Gottfried Kinkel (1815-1882) hatte Theologie studiert und sich in Bonn für Kirchengeschichte habilitiert. Die Heirat mit der freisinnigen Johanna Matthieux-Mockel 1843 beschleunigte seinen Wechsel von der theologischen zur philosophischen Fakultät. 1845 erhielt er die a. o. Professur für Kunst- und Kulturgeschichte. Seine politische und journalistische Betätigung führte ihn mitten in die Achtundvierziger Bewegung. Ende Mai 1848 gründete er in Bonn den dortigen Demokratischen Verein, im August übernahm er, unterstützt von Karl Schurz die Redaktion der demokratischen «Bonner Zeitung». Bis zur Auflösung gehörte er dem linken Flügel der preussischen Zweiten Kammer in Berlin an; mit Arnold Ruge und Ludwig Bamberger u.a. wirkte er im «Centralausschuss der Demokraten Deutschlands». Zuletzt schloss er sich der Freischärlerkompagnie Besançon unter August von Willich an, geriet in Gefangenschaft und wurde zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt. Im November 1850 von Karl Schurz aus der Haft befreit, gelang ihm die Flucht nach England, wo er im Flüchtlingskreis wie in der deutschen Kolonie durch seine Vorträge, literarischen und politisch-publizistischen Arbeiten bald Ansehen gewann. Freiligrath, Herzen, Mazzini u.a. zählten zu seinen Freunden. 1859 begann er den «Hermann – Deutsches Wochenblatt aus London» herauszugeben. Im April 1866 folgte er dem Ruf als Professor für Archäologie und Kunstgeschichte an das Polytechnikum nach Zürich. Der Nachlass von G. Kinkel in der Handschriftenabteilung der Zentralbibliothek Zürich enthält neben theologischen Materialien kaum Politisches. Über die Zeit des Londoner Exils vgl. den Roman von Johanna Kinkel: Hans Ibeles in London, 2 Bde., 1860. Kinkels dichterisches Vermögen ist überschätzt worden, während sein politisches und kulturwissenschaftliches Schaffen über die Darstellung von Otto Mausser, ADB, Bd. 51, S. 515-528 hinaus noch der umfassenden Würdigung bedarf. Siehe auch die Kinkel-Biographie v. Otto Henne am Rhyn, der seine preussenfreundliche Stellung zu 1866 sowie die abwartende Haltung von 1870/71 berührt. Adolf Strodtmann: Gottfried Kinkel, Wahrheit ohne Dichtung, 2 Bde., Hamburg 1850/51. Vgl. a. S. 678 f., Anm. 72.
- 116 Aussage Wilhelm Liebknecht v. 12. März 1872, Hochverratsprozess, S. 202. (Zu Temme u. Nauwerck s. Anm. 126). Zu den Streitigkeiten unter den deutschen Flüchtlingen in London, zwischen dem «Agitationsverein» Ruges und dem «Emigrationsklub» Kinkels, dessen Verbindung zu Willich von Marx und Engels argwöhnisch verfolgt wurde, vgl. Mehring, Franz: Karl Marx, Geschichte seines Lebens, Leipzig ²1919, S. 206 ff., 216, 222 f.
- 117 Zur «Demokratischen Volkspartei» vgl. aus marxistischer Sicht: Weber, Rolf: Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863-1866, Berlin 1962. Zu der wichtigen, aber in ihrer Zeitgebundenheit überholten Studie von Gustav Mayer s. u. Anmerkung 104. Weber, Rolf: Demokratische Volkspartei 1863-1866, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 285-293; Elm, Ludwig: Deutsche Volkspartei 1868-1910, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 637-644.
- 118 Hochverratsprozess, S. 205, 823.
- 119 Temme, Jodocus D. H.: Erinnerungen, hrsg. v. Stephan Born, Leipzig 1883, S. 486 ff.

- Seeber, Gustav: Deutsche Fortschrittspartei 1861-1884, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 333-354.
- 120 Zu Ladendorfs Hervortreten in der «Eintracht» Zürich vgl. die Sitzungsprotokolle v. 22. Febr., 7. März, 9., 23., 24. Oktober und v. 20. Nov. 1864, v. 3. Jan. u. 8. April 1865, v. 3. Dez. 1866 u. 12. Aug. 1867, in: Protokolle der Vereinssitzungen vom Jahre 1859-1868, SSA-Zürich, Sign.: 335:239-8. Greulich, Hermann: Das Grüne Hüsi, Erinnerungen v. H. G., hrsg. v. Gertrud Medici-Greulich, Zürich 1942, S. 22.
- 121 Der Nachlass von Joh. Philipp Becker liegt im «Internationalen Archiv für Sozialgeschichte Amsterdam» und ist von Erich Gruner ausgewertet worden. Danach hat Becker bis zu Fr. 100.– pro Monat erhalten. Gruner, Arbeiter, S. 579, 594, Anm. 35.
- 122 Hochverratsprozess, S. 203. Das Geld wurde in 3 Raten zu je Fr. 1'000.– bis Ende April 1869 überwiesen. Bebel, August: Aus meinem Leben, I, S. 199.
- 123 Bebel, der Ladendorf 1866 in Frankfurt kennengelernt hatte, erhielt auch nach dem Eisenacher Kongress für die Partei zumindest noch einmal Fr. 3'000.–, offenbar wieder in drei Raten ausbezahlt an den Braunschweiger Ausschuss im Sept. u. Nov. 1869 u. Febr. 1870. Anfangs Sept. 1869 erhielt Bebel persönlich Fr. 500.–, die er für seine Agitationsreise nach Süddeutschland und für die Reisekosten Liebkechts an den Basler Kongress (6.-11. Sept. 1869) verwandte. Fr. 5'000.– erhielt die bereits vor dem Hochverratsprozess wieder eingegangene «Zukunft». Hochverratsprozess, S. 200 f., 203-205.
- 124 Hochverratsprozess, S. 200. Der Brief nahm offensichtlich auf die Überweisung der 1. Rate v. Fr. 1'000 – für den 17. Sept. 1869 sowie auf die Fr. 500.– für Bebel Bezug. Der Adressat, wohl ein Mitglied des Braunschweiger Ausschusses, wurde nicht genannt.
- 125 Greulich, Hermann: Aus den Anfängen der schweizerischen Arbeiterbewegung, in: Aus der Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung, Denkschrift zum 50jährigen Jubiläum des «Volksrecht» 1898-1948, red. v. Friedrich Heeb, Zürich 1948, S. 152 ff. (Zit. als: Heeb, Zürcher Arbeiterbewegung.) In seinem Brief v. 1. Okt. 1869 an den Braunschweiger Ausschuss bezeichnete Ladendorf die Basler Beschlüsse zum Grundeigentum als «inhaltslose Phrasen», die «viel Unheil anrichten werden». Aus einem Schreiben Bebels an Bracke v. 11. Okt. 1869 ist aber zu entnehmen: «Ladendorf hat heute einen 12 Seiten langen Brief eingesendet, in welchem er sich keineswegs als prinzipieller Gegner der Baseler Beschlüsse erklärt.» Die Ausformung der sozialistischen Ideen und Forderungen blieb für ihn sekundär. Wenn Ladendorf vor den Marx'schen «Hintergedanken» warnt und die «Diktatur» des Generalrates in London fürchtet, so enthüllt sich in seinem Streben um Einfluss zur Verwirklichung der republikanisch-sozialen Revolution die ausschlaggebende Motivation für das bisherige Engagement in der Internationale. «Es gibt Kommunisten unter uns,» schrieb Ladendorf, «und der Generalrath ist in Folge der Baseler Beschlüsse der reine Cäsaropapismus.» Hochverratsprozess, S. 340, 500. In gleicher Weise äusserte sich aus diesem Kreis demokratischer Republikaner Friedrich von Beust, der gegenüber Becker von der Verwandlung der Internationale in ein «Papsttum» sprach. Gruner, Arbeiter, S. 673.
- 126 Schon im Oktober 1869 teilte Ladendorf mit, dass alle Unterstützungen vorläufig suspendiert seien. Nachdem die letzte Rate von Fr. 1'000.– am 27. Febr. 1870 beim Braunschweiger Ausschuss eingegangen war, konnte Ladendorf im Mai/Juni nur noch ein Darlehen in Aussicht stellen. Die Beurteilungsunterschiede der kriegerischen Ereignisse von 1870 liessen diese Quelle für die Partei vollends versiegen. Sowohl im deutsch-republikanischen Verein wie im Verwaltungskomitee war Ladendorf Exponent der ein enges Zusammengehen mit der Arbeiterbewegung befürwortenden Richtung, der bei seinen republikanischen Gesinnungsgenossen

zunehmend auf Widerstand stiess. Hochverratsprozess, S. 205; Bebel, August: Aus meinem Leben, I, S. 199. «Ladendorf klagt sehr, dass er mit ausserordentlichen Schwierigkeiten im Komitee zu schaffen habe und nichts mehr aufreiben könne. Das Eifern gegen die rein republikanische Partei vom Blatt aus habe ihm diesen Stand geschaffen, die nächsten Bundesgenossen solle man nicht vor den Kopf stossen.» (Brief Bebel an Spier v. 21. Juni 1870, in: Hochverratsprozess, S. 205). Karl Nauwerck (1810-1891), der 1856 den ersten deutschen Hilfsverein in Zürich mitbegründete, sowie der Westfale Jodocus Temme (1798-1881), seit 1852 Ordinarius für Strafrecht u. Strafprozessrecht an der Universität Zürich und 1867 in Wädenswil eingebürgert, dürften als ausgesprochene Vertreter der bürgerlichen Demokraten in der Fondsverwaltung auf Zurückhaltung gegenüber der von der Arbeiterbewegung eingeschlagenen Richtung gedrängt haben.

- 127 Gruner, Arbeiter, S. 594, Anm. 35; Berghoff-Ising, op. cit. S. 48 f., Anm. 2.
128 Das Königl. Bezirksgericht in Leipzig hatte ihn zuerst zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt; in zweiter Instanz wurde die Strafe auf vier Wochen herabgesetzt. Hochverratsprozess, S. 493.
129 Bei der Aufnahme seiner Redaktionstätigkeit hatte Ladendorf in der ersten Januarnummer 1869 hervorgehoben, von nun an werde im «Felleisen» all das gesagt, was in Deutschland nicht ausgesprochen werden dürfe. Das Gedicht «Proletarierlied» im «Felleisen» Nr. 37 v. 13. Sept. 1869 diene der Anklage im Leipziger Hochverratsprozess mit zum Beweis der umstürzlerischen Tendenz:

«Frisch auf zum *Barrikadenbau*,
Wo Fürstenmacht zerschellt,
Zerdrückt mit *Fäusten*, *breit* und *rauh*,
Die alte Bourgeoiswelt.

Wir dulden keinen Cäsar mehr,
Der, Volk, Dein Mark verzehrt,
Dein Kind für ein Bedruckerheer
Zu Schergendienst begehrt.

Des Volkes Wille sei Gesetz!
Er ist's mit Recht und Fug.
Der Landsgemeinden weites Netz
Verdräng' des Landtags Trug.

Gemeinheitseigen sei die Flur,
Der Wald, das grüne Land!
So beut die Ackerfurche nur
Uns Brot für jede Hand.

Dann wird die Arbeit lohnend sein,
Genossenschaft uns blüh'n,
Dann bricht durch langen Dämmerchein
Der Freiheit Morgenglüh'n.»

Zu diesem Gedicht, dessen «ausgeprägt kommunistisch-revolutionären Charakter» die Anklage hervorhob, sowie zur Rolle des «Felleisen» im Prozess allg., vgl.: Hochverratsprozess, S. 354 f., 431, 492 ff.

- 130 Die Probenummer des Felleisen v. Dez. 1868 enthielt programmatische Ausführungen zum national konzipierten sozialistischen Staatsideal. Das Drängen auf «Revolution» als letztes Aufbegehren aus den Reihen der Achtundvierziger-Demokraten wich 1870 der Hoffnung auf ein friedliches Zusammenwirken aller Parteien zum Wohl des geeinten Deutschland. Felleisen, Nr. 46 v. 12. Nov. 1870.
- 131 Ladendorf hatte an Amand Goegg nach dem Basler Kongress statt des erwarteten Geldes die Erklärung geschickt, bei solchen Beschlüssen gebe es kein Geld mehr. Wie Herman Greulich berichtet, hat sich später aber sein Herz wieder erweicht. Mitte der siebziger Jahre hatte sich der «Revolutionsfonds» erschöpft, nachdem wohl mit der Reichsgründung der einstige Spenderkreis zusammengefallen war. Greulich, Grünes Hüslü, S. 49.
- 132 Neben Weckerle, Greulich, vgl. die populären Gedenkschriften: Nobs, Ernst: Herman Greulich 1842-1925, Zürich-New York 1942.
Herman Greulich, Gedenkschrift anlässlich des Hinschiedes des Vorkämpfers der schweizerischen Arbeiterschaft, hrsg. v. d. Sozialdemokratischen Partei des Kantons Zürich, Zürich 1925.
Meyer-van Hasz, Leni: Worte von Herman Greulich aus Manuskripten, Schriften und Reden, Zürich 1942.
Am aufschlussreichsten sind seine eigenen bruchstückhaften Aufzeichnungen, die er in einer Artikelserie im Jahr 1900 für das «Volksrecht» niedergelegt hatte: Das grüne Hüslü, Erinnerungen von Herman Greulich, hrsg. von Gertrud Medici-Greulich, Zürich 1942 (Zit. als Greulich, Grünes Hüslü).
- 133 Auf seiner Wanderschaft war Greulich in Reutlingen Mitglied des Arbeitervereins geworden und hatte 1865 als dessen Delegierter am Arbeitervereinstag in Stuttgart teilgenommen. Dort hatte ihm der schwäbische Demokrat Karl Mayer (1819-1889), ein Führer der Demokratischen Volkspartei, geraten: «Sie müssen in die Schweiz!» Greulich selbst drängte darauf, sein Idealbild von der Republik in der Verwirklichung zu sehen: «Mit Ehrfurcht betrachtete und studierte ich die republikanischen Einrichtungen, sie imponierten mir, aber die Frage, warum die Masse der Bevölkerung ihr Recht so nachlässig benützte, machte mir viel Kopfzerbrechen, denn ich war noch nicht Sozialist, ich hatte den Massstab der wirtschaftlichen Verhältnisse zur Beurteilung politischer Fragen noch nicht gewonnen.» Greulich, Grünes Hüslü, S. 17 f.
Weckerle, Greulich, S. 41 f.
- 134 Vgl. die «Eintracht»-Protokolle v. 13. u. 25. November 1865, v. 14. u. 29. Jan. 1866, v. 12. März, 29. August, 10./11. Sept. 1866, v. 13. Jan. u. 27. Oktober 1867. Berghoff-Ising, op. cit. S. 15, irrt, wenn er Ende 1865 Greulich für den Vizepräsidenten der Zentralisation hält. Protokolle der Vereinskongresse vom Jahre 1859-1868, SSA-Zürich, Sign.: 335: 239-8.
- 135 A. a. O., Protokolle v. 27. Okt. u. 9. Dez. 1867, v. 19. Jan. 1868 sowie der hier angefügte «Comissionalbericht». Zur Geschichte des Zürcher Konsumvereins vgl. Gruner, Arbeiter, S. 1030 ff. Nachdem auf dem Vereinstag zu Nürnberg im September 1868 die Notwendigkeit von Gewerkschaften hervorgehoben worden war, begann Greulich auch in der Schweiz mit der Organisationsarbeit. War neben den Typographen im Juli 1868 von August Krebsler unter den Schneidern die erste Gewerkschaft Zürichs gegründet worden, so gelang es Greulich, im selben Jahr weitere unter den Eisen- und Metallarbeitern mit Rudolf Morf als erstem Präsident

- sowie solche unter den Färbern und den Buchbindern zu errichten. 1869 organisierten sich Schuhmacher und Zimmerleute. Greulich, Grünes Hüslü, S. 22, 39 f.
- 136 Felleisen, Nr. 27 v. 3. Juli 1869.
- 137 Aufruf vom 17. Juli 1869 im «Demokratischen Wochenblatt», abgedruckt bei Bebel, August: Aus meinem Leben, Bd. II. Stuttgart 1911, S. 86 ff. Am Eisenacher Kongress nahmen sowohl Herman Greulich wie August Ladendorf und Joh. Phil. Becker teil.
- 138 Der Beitritt wurde auf den 1. Januar 1870 wirksam. Greulichs Drängen auf nationale Organisationsprinzipien innerhalb der Internationale hat denn auch ein Auseinanderfallen von Bekkers nach sprachlichen Gesichtspunkten aufgebauten Sektionen beschleunigt. Ihr war durch die Eisenacher Gründung bereits Deutschland als Einflussgebiet verlustig gegangen. Für umso günstiger hielt Greulich den Zeitpunkt, seine Vorstellung eines schweizerischen Gesamtverbandes in die Tat umzusetzen. Gruner, Arbeiter, S. 597 f.
- 139 Die «Internationalen Gewerksgenossenschaften», die vom Nürnberger Vereinstag angeregt wurden, blieben auf das deutschsprachige Gebiet begrenzt und waren durch die Auseinandersetzungen mit den Lassalleanern und den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen belastet. Für die Schweiz lag ihre Bedeutung in der Impulsspendung. Hingegen ist auch hier der Anschluss schweizerischer Lokalgewerkschaften nicht zu überbewerten. Die lokale Gewerkschaft blieb, wie Heeb richtig bemerkt, in den örtlichen Arbeiterunions verwurzelt, wie sie zunächst in Basel, Zürich und Genf zustande kamen. Heeb, Gewerkschaftsbund, S. 33.
- 140 Zuerst rief er «Die Tagwacht!» ins Leben, in deren Probenummer v. 11. Dez. 1869 er sein Parteiprojekt vorlegte. Unter Anlehnung an die Eisenacher Organisationsweise entstand am 13./14. März 1870 die erste sozialdemokratische Partei in der Schweiz, die aber – regional begrenzt – nicht lebensfähig war. Übrigens wollte und konnte auch sie es sich nicht leisten, auf Ausländer als Mitglieder zu verzichten. Als sich im November 1880 der 1873 von ihm mitbegründete Erste Arbeiterbund auflöste, war dies auch das Ende seiner «Tagwacht». Mit der Wahl 1887 zum schweizerischen Arbeitersekretär begann ein neuer Abschnitt. Als Nestor der schweizerischen Sozialdemokratie stand er, 1902 und dann seit 1908 Nationalratsmitglied, in höchstem Ansehen. Gruner, Arbeiter, S. 713 ff.
- 141 Felleisen, Nr. 8 v. Aug. 1868. Als Einberufer der Offenburger Landesversammlung vom Mai 1849, die das von ihm mitverfasste radikale Programm annahm, sowie als Finanzminister der revolutionären Regierung war er in der letzten badischen Erhebung hervorgetreten. Grosse Reisen durch Amerika und Australien unterbrachen sein Genfer Exil. Gestorben ist er am 21. Juli 1897 in seinem badischen Heimatort Renchen. Sein Vorname Amand (von amandus) ist keine Synonymform zum franz. Armand, die Erich Gruner, Arbeiter, S. 346, 575 verwendet.
- 142 Ihr Präsident war der Staatsrechtler Gustav Vogt (1829-1901); Bürkli, Ladendorf, Goegg, führende Berner Radikale wie Wilhelm Teuscher und Jakob Leuenberger, bekannte Politiker, unter ihnen Garibaldi, auch Sonnemann und Jacoby gehörten ihr an. Michael Bakunin schied nach dem gescheiterten Versuch, die Liga gegen die Internationale auszuspielen, mit Elisée Reclus und weiteren 16 Anhängern 1868 wieder aus. Nach Ansicht des «Felleisen», Nr. 12 v. Dez. 1867 sollte die Friedens- und Freiheitsliga eine Mittlerstellung einnehmen und das «öffentliche Gewissen» für ein menschenwürdigeres Dasein des Arbeiters wachrütteln. Foerster, Rolf Hellmut: Europa, Geschichte einer politischen Idee, München 1967, S. 282 ff.

- Langhard, Johannes: Die anarchistische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart und die internationalen Führer, Berlin 1903, S. 3 ff.; Nettlau, Max: Michael Bakunin, Eine biographische Skizze, Berlin 1901, S. 22 f.; Gruner, Arbeiter, S. 554, 669, 734, Anm. 3; Gagliardi, S. 670 ff., 961.
- 143 Hochverratsprozess S. 823. Die Postulate nach Abschaffung der stehenden Heere, die Nationalmilizen ersetzen oder eine allgemeine Entwaffnung überflüssig machen sollten, die Forderung nach Trennung von Kirche und Staat u.a. m., die auf dem Ligakongress v. 22.-26. Sept. 1868 in Bern diskutiert worden waren, wurden auch von den deutschen Arbeitervereinen erhoben. Felleisen, Probenummer v. Dez. 1868.
- Das Verlangen nach mehr bürgerlichen Rechten, nach Presse-, Vereins- und Koalitionsfreiheit, nach Beseitigung aller Standesvorrechte, nach sozialen Massnahmen zur Besserstellung der Arbeiter, nach Hebung der Volksbildung oder nach Ersetzung der indirekten durch direkte Steuern findet sich mit unterschiedlicher Betonung sowohl bei den kleinbürgerlich-demokratischen wie bei den proletarisch-sozialistischen Strömungen, wobei in den deutschen Vereinen sich durch personelle Verbindungen die geistige Affinität noch steigerte.
- 144 Zuerst war sein Mandat für den Basler Kongress mit der Beschuldigung angefochten worden, er habe als Finanzminister der revolutionären badischen Regierung 1849 nicht richtig für die kämpfenden Freischärler gesorgt. Greulich, Grünes Hüslü, S. 48 f.
- 145 Mayer, Gustav: Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland (1863-1870), Leipzig 1911, S. 51.
- 146 Heeb, Festschrift DAV Basel, S. 37. Wilfried Haerberli gibt in seiner Detailstudie: Der erste Klassenkampf in Basel (Winter 1868/69) und die Tätigkeit der Internationalen Arbeiter-Association (1866-1876), S. A. Basler Zeitschrift für Geschichte... 1964, S. 93 ff., insbes. S. 121 ff., über das Verhältnis des Basler «Deutschen Arbeiterbildungsvereins» zur Basler Sektion der Internationale näheren Aufschluss.
- 147 Während Greulich gegen solche Stimmen ankämpfte, breitete sich die Opposition auf weitere Vereine der deutschsprachigen Schweiz aus. Berghoff-Ising, op. cit. S. 76 f., spricht geradezu von einer «Rebellion im ‚Felleisen‘».
- 148 Gruner, Arbeiter S. 594, 597. Diese Darstellung sieht die Entwicklung der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz in drei Etappen sich vollziehen, die durch den Beitritt zur Internationale, dann mit der Hinwendung zur sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands und schliesslich mit dem Sieg des Nationalismus geschieden sind. Gruner spricht vom «politischen Zickzack-Kurs» (Gruner, S. 599) und unterstreicht damit das Bild von scharfen Kehrtwendungen der Arbeitervereine.
- 149 Central-Bericht über die deutschen Hilfs-Vereine in der Schweiz für 1870, Bern 1871, S. 11.
- 150 «In der Versammlung vom 3. September 1870, am Tage nach der Schlacht bei Sedan, brachte, wie es im Protokoll heisst, ‚Bürger Mohr ein dreifaches Hoch auf den Sieg der deutschen Waffen aus‘.» Heeb, Festschrift DAV Basel, S. 37.
- Über die Sedanfeier in Zürich, Gruner, Arbeiter, S. 599. Damals gehörte selbst Becker zu jenen, die offen für die Annexion von Elsass-Lothringen eintraten. Der Vorbote, Nr. 5 v. Aug. 1870, S. 118 ff.
- 151 Berghoff-Ising, op. cit. S. 78.
- 152 Felleisen, Probenummer v. Juli 1862.
- 153 Im Gegensatz zu den Vereinen im Welschland verblieb das Verbandsorgan auch nach dem Fall Napoleons III. bei seiner französischfeindlichen Haltung. Das Felleisen, Nr. 3 v. 25. März

- 1871 brachte sogar einen Brief aus «Deutsch-Österreich» v. 14. Dez. 1870 zum Abdruck, in dem die französische Republik als «eine nichtsnutzige ,blaue' Komödie» bezeichnet wurde.
- 154 «Internationale Arbeiterassoziation, Zwei Aktenstücke aus der Allgemeinen Versammlung der deutsch-sprechenden Arbeiter Genfs, am Samstag Abend den 8. April 1871, im Temple Unique», Expl. Nachlass Robert Seidel, ZB Zürich.
- 155 «Brudergruss ...», ebenda; dieser war unterzeichnet von Joh. Phil. Becker, von den naturalisierten Deutschen Lichtenberg und B. Hoferer, dem aus Breslau gebürtigen Schreiner Bruno Gutsmann, später Präsident des Ersten Arbeiterbundes, vom serbischen Sozialisten Wlado M. Ljotitch u.a., Vorbote 1871, S. 55.
- 156 Die nachfolgende Zwischenbetrachtung wird den Tonhallekrawall unter zwei anderen Aspekten ausführlicher behandeln. Vgl. S. 208 ff.
- 157 Felleisen, Nr. 3 v. 25. März 1871. Festschrift ABV «Eintracht» S. 17.
- 158 Hermann Hartung liess sich nach seiner Flucht aus Wien im Januar 1870 in Zürich nieder und wurde hier bald Präsident der «Eintracht». Ursprünglich Lassalleaner, spielte er zu Anfang der siebziger Jahre innerhalb der Zürcher Gewerkschaftsbewegung eine gewichtige Rolle. Über den später wohlhabenden Schreinerereibesitzer vgl. Gruner, Arbeiter, S. 709 f.; Brügel, Ludwig: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. I, Wien 1922-25, S. 76 ff., 86 ff. Bebel, op. cit. Bd. II, S. 288. Der Vermutung Gruners, Arbeiter, S. 762, Anm. 12, Hartung habe bald nach der Gründung des Ersten Arbeiterbundes der Schweiz den Rücken gekehrt, steht die Mitteilung Bebels gegenüber, Hartung habe sich aus der Arbeiterbewegung zurückgezogen und sei als Inhaber einer grossen Schreinerei in Zürich ein wohlhabender Mann geworden. Bebel, op. cit. Bd. II, S. 288.
- 159 «... müssen wir berichtigen, dass wir mit den Internationalen hier im Kanton Zürich gar keine Verbindung haben, auch mit der Auffassung der internationalen Bestrebungen, wie sie jetzt an vielen Orten Mode geworden, so weit diese der Selbstlosigkeit des eigenen Volkes Vorschub leisten, nicht einverstanden sind». Felleisen, Nr. 3 v. 25. März 1871. Die Zürcher Internationale zählte neben anderen Ausländern in dieser Zeit bekannte deutsche Sozialisten zu ihrem Kreis, darunter Jakob Franz, Bruno Gutsmann, Johannes Most und Theodor Rémy. Greulich, Grünes Hüsli, S. 37, 52 ff. Gruner, Arbeiter S. 582.
- 160 Die NZZ, Nr. 276 v. 1. Juni 1871 resümierte die Aussage Greulichs vor den eidg. Assisen in Zürich wie folgt: «Hermann Greulich, Buchbinder von Breslau, Redaktor der ‚Tagwacht‘, wohnhaft in Neumünster, setzt das Verhältnis der deutschen Internationalen zu seinen sonstigen Landsleuten auseinander, das nicht gerade auf grosse Harmonie schliessen lässt. Greulich nahm mit seinen Kameraden am Tonhallefest zwar Antheil, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass es ihnen gestattet sei, in etwaigen Toasten ihren eigenen Standpunkt zu vertreten. Zu solchen Explikationen kam es jedoch wegen der bald eintretenden Störungen nicht.»
- 161 In einem Protestschreiben an den Kantonsrat verwahrten sich Rudolf Morf und Aeschbach im Namen der «Internationalen Arbeiterschaft» und Herman Greulich namens der «Internationalen Sektion» gegen diese Verdächtigungen. Sie taten dies mit aller Entschiedenheit, da man in Berlin, wo Bebel, Liebknecht und Hepner in Untersuchungshaft sassen, fieberhaft nach Belastungsmaterial suchte. Bebel, August: Aus meinem Leben, Bd. I, S. 205 ff., 308 f. Greulich, Grünes Hüsli, S. 57.
- Tagwacht, Nr. 12 v. 18. März 1871. Schmid, Hans: Der Zürcher Tonhallekrawall vom 9. März

- 1871 und seine Folgen, Separatabdruck aus dem «Zürcher Taschenbuch» auf das Jahr 1926, Zürich 1925, S. 39 ff., Anm. 93.
- 162 Seine Sympathie für die Französische Republik sowie die Ablehnung des Systems in Deutschland deutete Berghoff als ein Schüren des Deutschenhasses. Berghoff-Ising, op. cit. S. 79 ff.
- 163 Gruner, Arbeiter, S. 719 ff. weist die Verbindung der organisierten Arbeiterschaft mit den Störungen zurück, ohne auf die Teilnahme Greulichs am Tönhallefest einzugehen. Von den am 7. Juni 1871 abgeurteilten 42 Angeklagten waren 2/3 Arbeiter. Greulich legte in seinen Erinnerungen, längst ein überzeugter Schweizer geworden, begrifflicherweise wenig Wert darauf, seinem Herauswachsen aus der deutschen in seine neue Heimat nachzugehen. Seine Mitarbeit in der «Eintracht», vor allem aber seine Teilnahme am Tönhallefest wurde von ihm möglichst übergangen. Greulich, Grünes Hüsi, S. 55 ff.
- 164 Greulich, Herman: Aus den Anfängen der schweizerischen Arbeiterbewegung, (Artikel v. 20. Aug. 1917) in: Aus der Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung, Denkschrift zum 50jährigen Jubiläum des «Volksrecht» 1898-1948, red. v. Friedr. Heeb, Zürich 1948, S. 155.
- 165 Felleisen, Nr. 27 v. 3. Juli 1869. Gruner, Arbeiter, S. 598 f. Dass die Freiheit auch nach der Reichsgründung der Einigung erst ihren Sinn gebe, war die feste Überzeugung, an der Greulich im Unterschied zu vielen seiner Landsleute nie irre wurde. «Freiheit» glaubte er nur in der sozialdemokratischen Republik, die die Gesetzgebung direkt durch das Volk ausüben lässt, realisierbar. Die Losung: «Alles für das Volk und alles durch das Volk!», die er am IV. Weltkongress der Internationale in Basel auszusprechen verhindert wurde, findet sich in seinem Gedicht «Zum 15. Dezember 1870» wieder:
 ... «Fürs Volk soll alles nur geschehen Und durch des Volkes Mehr bestimmt, Selbständig ist das Volk, es nimmt Aus eig'ner Hand sein Wohl und Wehe.»...
- Weckerle, Greulich S. 81 f., 355, gibt dieses Tagesgedicht aus der «Tagwacht» wieder.
- 166 Conze, Werner/Groh, Dieter: Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung, Stuttgart 1966, S. 94 ff. Bebel, August: Aus meinem Leben, Bd. II, S. 185 ff. Nach Kriegsausbruch hatte der Parteiausschuss im «Volksstaat» vom 30. Juli 1870 erklärt: «Unsere Aufgabe ist es, bei der Geburt dieses, wie wir hoffen, ganz Deutschland umfassenden Staates *bestimmend mitzuwirken*, damit, wenn es möglich ist, *nicht der dynastische Staat*, sondern der *sozialdemokratische Volksstaat* ins Dasein tritt; unsere Aufgabe ist es – mag der gewordene neue Staat bei der Geburt *noch dynastische Färbung* tragen –, ihm in ernstem, schwerem Kampfe den Stempel unserer Ideen aufzudrücken.» Dieser Auffassung entsprach die Haltung der deutschen Arbeitervereine in der Schweiz innerhalb der nationalen Bewegung.
- 167 Bebel, August: Aus meinem Leben, Bd. I, S. 205 ff., S. 245 ff.
- 168 Jacoby war Ende Oktober 1870 nach fünfwöchiger Festungshaft wieder entlassen worden, worüber das Felleisen, Nr. 46 v. 12. Nov. 1870 berichtete. Fast in allen Kreisen unter den Deutschen im Ausland hatte er grosse Sympathien besessen. Seine Ablehnung der Annexion wurde hier jedoch nur von den wenigsten noch geteilt. Man würde ihm für seine auch von

- nationalliberaler Seite missbilligte Gefangensetzung gerne eine Genugtuung gewährt haben; der gesunde Sinn des deutschen Volkes habe es aber für unverantwortlich gehalten, dass das Träumen von einer idealen Völkerzukunft schliesslich «den Widerstand des Feindes gegen die deutschnationalen Friedensbedingungen» ermutige. So ein ungenannter Deutscher mit gewichtiger Stimme in der NZZ, Nr. 65 v. 5. Febr. 1871.
- 169 Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 11 v. 17. März 1871. Nach NZZ, Nr. 130 v. 12. März 1871 lautete das Resümee der Stelle: «Es gebe eine widernationale Minderheit, zusammengesetzt aus schwarzen und roten Pfaffen und da finde man, dass in einer solchen Krise, wo es sich um Sein oder Nichtsein handle, wo solche Menschen es nicht über sich vermocht hätten, das Vaterland über die eigene Partei zu stellen, solche Menschen nicht einmal des Hasses, sondern nur eines mitleidigen Achselzuckens wert seien.»
- 170 Die Tagwacht, Nr. 12 v. 18. März 1871.
- 171 Ebenda.
- 172 In seinem Brief v. 17. Jan. 1871 zuhanden des deutschen Zentralkomitees der Internationale in Genf beauftragte Karl Marx Hermann Jung, das «Felleisen» und die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz zu verwarnen; diese hätten noch nie einen Beitrag bezahlt. In schreiendem Widerspruch mit dem Rundschreiben des Generalrats sei im «Felleisen» die Annexion von Elsass-Lothringen verteidigt worden. Notfalls würde der Generalrat von der ihm am Basler Kongress übertragenen Kompetenz der Suspension Gebrauch machen. In der Antwort v. 8.2. 1871 verwies Becker auf den einmaligen Beitrag v. Fr. 60.– sowie auf das Ausscheiden der Vereine aus seiner Sektionsgruppe und schlug vor, die Haltung des «Felleisen» zu ignorieren. Jaeckh, Gustav: Die Internationale, Leipzig 1904, S. 235; Gruner, Arbeiter, S. 600; Heeb, Festschrift DAV Basel, S. 37. Zu einem Ausschluss wäre der Generalrat formal gesehen nicht befähigt gewesen, da die Vereine der Internationale auch indirekt gar nicht mehr angehörten. Denn die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, der sie sich zugewandt hatten, durfte nach der deutschen Vereinsgesetzgebung nicht offiziell der Internationale angehören. Ihre Verbindung hielt sie durch persönliche Mitgliedschaft von Einzelpersonen aufrecht. Hochverratsprozess, S. 514 f.
- 173 Felleisen, Nr. 6 v. 30. Juni 1871.
- 174 Felleisen, Nr. 8 v. Aug., Nr. 9 v. Sept. 1871.
- 175 Die Deutung Erich Gruners, mit der Tagungsresolution sei der «Kurswechsel» – die Abwendung von der Internationale zum Nationalen – nun «gleichsam zur offiziellen Doktrin erhoben» worden, ergibt sich aus der von ihm gegebenen Darstellung der Neuenburger Konferenz und der nachfolgenden Entwicklung. An der Zürcher Zentralversammlung ist man sich dieses Gegensatzes nicht nur nicht bewusst, man bezieht sich geradezu auf die Neuenburger Tagung: «Eine freundliche Zuschrift von Herrn Gögg wird verlesen; derselbe entschuldigt sein Nichterscheinen und betont das Festhalten an den Neuenburger Beschlüssen: ‚Die freiheitlichen Bestrebungen auf dem Boden der Nationalität kommen dem internationalen Streben zu gute.‘ Dasselbe wird mit Beifall aufgenommen.» Felleisen, Nr. 8 v. 31. Aug. 1871; Gruner, Arbeiter, S. 597 f. Wenden sich Werner Conze und Dieter Groh selbst im Fall der Internationale gegen Begriffsdeklarationen wie anti- oder anational, umso problematischer wird eine derartige Scheidung zu diesem Zeitpunkt bei den deutschen Arbeitervereinen. Conze, Werner/Groh, Dieter: Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Stuttgart 1966, S. 65.

- 176 Steinberg, Hans-Josef: Sozialismus, Internationalismus und Reichsgründung, in: Reichsgründung 1870/71, Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, hrsg. v. Theodor Schieder und Ernst Deuerlein, Stuttgart 1970, S. 318–344, insbes. S. 337 f.
- 177 Mayer, Gustav: Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland 1863–1870, AGSA 2 (1912), S. 1 ff. Leipzig 1911. (AGSA = Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, ed. v. Carl Grünberg.)
- 178 A. a. O., S. 62.
- 179 Werner Conze/Dieter Groh: Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung, Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung, Stuttgart 1966, S. 114 ff.
- 180 Steinberg, a. a. O., S. 341 f.
- 181 Felleisen, Nr. 8 v. Aug. 1868, Nr. 3 v. 25. März 1871, Nr. 6 v. 30. Juni 1871.
- 182 Felleisen, Nr. 8 v. 31. Aug. 1871.
- 183 Die «Eintracht» steigerte ihre Mitgliederzahl 1873 wieder auf rund 350. Berghoff-Ising, op. cit. S. 101, 109.
- 184 Der Sozialdemokrat, Nr. 9 v. 25. Febr., Nr. 10 v. 3. März, Nr. 11 v. 10. März 1888.
- 185 Der Sozialdemokrat, Nr. 9 v. 25. Febr. 1888.
- 186 Von den durch 127 Delegierte am Gothaer Kongreß vertretenen Sozialisten gehörten 16 538 Mitglieder dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und 9121 Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an, die sich zur «Sozialistischen Arbeiterpartei» vereinten. Bebel, August: Aus meinem Leben, Bd. II, Stuttgart 1911, S. 330.
- 187 Zur großen Massenbewegung ist die Sozialdemokratie erst seit 1890 geworden. 1906 zählte sie 384 000 und 1913 gar 982 000 Mitglieder. Roth, Günther: Die kulturellen Bestrebungen der Sozialdemokratie im kaiserlichen Deutschland, in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Köln-Berlin 1968, S. 342 ff.
- 188 Selbst auf die Zeit während des Sozialistengesetzes wollte Kautsky seinen Satz angewendet wissen: «Die deutsche sozialistische Emigration muß sich endlich mit dem Gedanken vertraut machen, so unangenehm er auch für sie ist, daß ihre politische Rolle mit dem Moment aufgehört hatte als in der Heimath die Bewegung, an der sie theilnehmen, eine große *Volksbewegung* geworden war. Sie können immer noch der Partei große *Dienste* leisten, aber sie müssen jede Hoffnung aufgeben, auf ihre Taktik einen entscheidenden Einfluß auszuüben.» Der Sozialdemokrat, Nr. 10 v. 3. März 1888. Das eifersüchtige Mißtrauen in London gegenüber der Einflußnahme aus dem Kreis der Zürcher Exilgenossen ist in Kautskys Äußerung nicht zu verkennen.
- 189 Tagwacht, Nr. 45 v. 9. Nov. 1872; Gruner, Arbeiter, S. 713 ff. Erneut sei darauf hingewiesen, daß das Standardwerk von Erich Gruner die schweizerische Arbeiterbewegung, die sich aus den vielfältigen und regional unterschiedlichen Ansätzen schrittweise zu überregionalen Gewerkschafts- und Parteiorganisationen verfestigt, minutiös darlegt und bis 1880 auch die Einwirkungen von deutscher Seite aufzeigt, weshalb hier diese Aspekte nur soweit gestreift werden, wie sie für den Fortgang der deutschen Kolonieggeschichte von unmittelbarer Bedeutung sind.
- 190 Zur Rivalität zwischen Greulich und Hartung um die Gründung einer Landesföderation vgl. Gruner, Arbeiter, S. 709 ff., 724–732.
- 191 Laut «Protokoll des ersten allgemeinen schweizerischen Arbeiterkongresses zu Olten am 1., 2. und 3. Juni 1873», Zürich 1873, S. 5 waren an der Tagung 16 deutsche Arbeitervereine, 10 Sektionen des Grütlivereins, 10 kantonale oder lokale Arbeiter-

- verbände, 8 internationale Vereine, 25 lokale Gewerkschaften und 5 Sektionen der Fédération jurassienne vertreten. Gruner, Arbeiter, S. 746.
- 192 Tagwacht, Nr. 43 v. 27. Aug. 1873.
- 193 Tagwacht, Nr. 56 v. 11. Okt. 1873. Das «Felleisen» Nr. 19 v. Anfang Oktober 1873 hatte sich abfällig über den missglückten internationalen Kongress vom 8. bis 13. September in Genf sowie über den dort gehaltenen Vortrag des deutschen Delegierten G. Wilhelm ausgesprochen, da es eine Verbindung mit der Internationale auch jetzt noch ablehnte. Für die Vereine Luzern, Zug und zwei weitere Sektionen war dies der letzte Anstoss zum Austritt aus der Zentralisation. Tagwacht, Nr. 63 v. 5. Nov. 1873.
- 194 Tagwacht Nr. 71 v. 3. Dez. 1873.
- 195 Tagwacht, Nr. 79 v. 31. Dez. 1873. Vgl. a. die Austrittserklärung des ABV Schaffhausen v. 19. Okt. 1873, DAV «Concordia» Schaffhausen, Korrespondenz, Archiv des SMUV Bern.
- 196 Wenn der Ausschluss u.a. auch mit Angriffen des «Felleisen» auf demokratische Institutionen motiviert wurde, so nahm man besonders übel, dass das «Felleisen» mit dem Grütliverein zusammen ein Bündnis der Nationalen gegen die Internationalen angestrebt hatte. Wie Berghoff-Ising, op. cit. S. 117 berichtet, verpflichteten sich zahlreiche Mitglieder der Arbeiterbildungsvereine durch Unterschrift, den Gewerkschaften des Arbeiterbundes nicht beizutreten. Um für deren Krankenkassen Ersatz zu schaffen, gründete die «Eintracht» eine eigene obligatorische Kasse, die sich langezeit bewährte. Rudolf Schläpfers Angabe, mit dem Ausschluss der «Eintracht» hätten sich «viele andere deutsche Arbeitervereine» vom Arbeiterbund zurückgezogen, geht jedoch zu weit. Mit 18 deutschen Sektionen erreichte er im Gegenteil während des Ausschlusses einen Höchststand. Es lag an der «Eintracht» sich umzustellen; in der Folge sind denn auch 1875 etwa zwanzig primär national gesinnte «Einträchler» ausgetreten und haben den Gesangsverein «Germania» gegründet. Schläpfer, Rudolf: Die Ausländerfrage in der Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg, Diss. phil. Zürich 1969, S. 149. Greulich, Grünes Hüslü, S. 68 ff. Festschrift ABV «Eintracht», S. 20.
- 197 Der Verein, von dem 1863 33 Mitglieder und 1870 noch 20 Personen der Wanderunterstützungskasse angehört hatten, zählte bei dem einstimmig gefassten Austrittsbeschluss noch 15 Zugehörige. Felleisen, Nr. 11 v. Nov. 1863, Nr. 3 v. 25. März 1871. Tagwacht, Nr. 82 v. 14. Okt. 1874.
- 198 Tagwacht, Nr. 53 v. 4. Juli 1874.
- 199 Ladendorf war im Januar 1871 von der Redaktion zurückgetreten, die er zuerst ein Jahr mit Amand Goegg zusammen seit 1869 geleitet hatte. Ohne die Hilfe aus dem «Revolutionsfonds» musste 1871 zur monatlichen, 1872-74 zur vierzehntäglichen Herausgabe übergegangen werden. Den Vereinen verursachte das Blatt grosse Lasten. So hatte der Verein Luzern aus seinem Jahresbudget 60 bis 70 Franken für das gemeinsame Organ aufwenden müssen. Felleisen, Nr. 3 v. 25. März 1871, Nr. 6 v. 30. Juni 1871. Tagwacht, Nr. 63 v. 5. Nov. 1873, Nr. 1 v. 6. Jan. 1875. Berghoff-Ising, op. cit. S. 100 f.
- 200 Tagwacht, Nr. 1 v. 6. Januar 1875.

V Zwischenbetrachtung

Bestimmende Einflüsse im Freundschafts- und Spannungsverhältnis zwischen der deutschen Kolonie und ihrem Gastland

1. Zur Phase des Dissenses

- 1 (Bürkli, Friedrich): Der Deutschenhass in der Schweiz, Zürich 1871. Diese zur Beruhigung gedachte deutschfreundliche Broschüre hielt fälschlicherweise den «Deutschenhass in der Schweiz» für das «allerneueste Gespenst einer absichtsvollen Politiko-Magie».
- 2 Beilage zur «Allgemeinen-Zeitung», Nr. 135 v. 14. Mai 1848. Wie weit dieser Textauszug aus den Statuten, die sich nur durch das deutsche Blatt eruieren liessen, zutrifft, beurteilt sich aus dem Folgenden.
- 3 Bohnenblust, G.: Beat Rudolf von Lerber, 1788-1849, in: Sammlung Bernischer Biographien, hrsg. v. Historischen Verein des Kantons Bern, Bd. 5, Bern 1906, S. 34-47. Gruner, Erich: Beat Rudolf von Lerber 26.12.1788 – 23.12.1849, Berner Heim, Nr. 51 v. 24. Dez. 1938. Weitere Hinweise gibt die Biographie über B. v. L's Sohn: von Tavel, Rudolf: Theodorich von Lerber, Ein Lebensbild, Bern 1911. Zur Familiengeschichte: von Lerber, Karl Ludwig: Geschichtliche Belege über das Geschlecht von Lerow, Lerower, Lerwer, Lerber, Kantone Aargau, Solothurn, Bern und Waadt, (Bern) 1873. Im Familienarchiv v. Lerber, das in der Bürgerbibliothek Bern deponiert wurde, finden sich nur einzelne Akten mit Bezug auf Beat v. L. Neben dem Bestand in der Bürgerbibliothek stützt sich unsere Darstellung auf den Nachlass Beat von Lerber im Besitz von Dr. med. Theodor von Lerber, Bern. Dort findet sich auch das Manuskript: v. Lerber-Lauterburg, Arthur: Beat von Lerber 1788-1849, auf das sich der Biograph Bohnenblust stützt.
- 4 Biograph Bohnenblust sieht im Straussenhhandel sogar den Auslöser für Lerbers «Deutschfeindlichkeit», was wohl nicht zutrifft. Gegen die «nach Fürstenblut dürstenden Reden der Deutschen» hatte sich L. schon früher gewandt. Vgl. Schweizerischer Beobachter, Nr. 58 v. 15. Mai 1847: «Die Schweiz und das Ausland». Dass sich v. Lerber mit den gemässigten Deutschen zeitweise gut vertrug, zeigt seine Verbindung zum «volkstümlichen deutschen Gewerbestandsverein» in Lausanne. Vgl. Gruner, Erich: Der Bernische Patriziat und die Regeneration, Bern 1943, S. 57 ff.; ders., Arbeiter, S. 292.
- 5 Arthur v. Lerber-Lauterburg, a. a. O., S. 187.
- 6 Das Exemplar, das – zufällig oder absichtlich – wohl auf der Strasse verloren wurde, war der Justiz- und Polizeidirektion vom Regierungsstatthalter des Amtsbezirks Laupen zugestellt worden; Staatsarchiv Bern: «Justiz u. Polizei 1847 III».
- 7 Zur Herrschaft des Radikalismus in Bern 1846-50 vgl. Feller, Richard: Die Universität Bern 1834-1934, Bern-Leipzig 1935, S. 131-160.
- 8 Vgl. S. 638, Anm. 22.
- 9 Berner Verfassungs-Freund, Nr. 146 v. 27. Mai 1848. Dass Snell sich mit dieser «Hand» den Ast abgesägt hat, auf dem er sass, bedeutete eine Karrikatur aus dem Jahr 1850. Bürgerbibliothek Bern, Mss. Hist. Helv. XV 57.

- 10 «Der Berner Großrath und die neue Auslandspartei». Aus dieser Artikelserie (im Mai u. Juni 1848) vgl. insbes.: Berner Verfassungs-Freund, Nr. 146 v. 27. 5., Nr. 147 v. 28. 5., Nr. 148 v. 29. 5., Nr. 151 v. 2. 6., Nr. 158 v. 9. 6. 1848.
- 11 Berner Verfassungs-Freund, Nr. 158 v. 9. 6. 1848. «Wir sind weit entfernt, dadurch der deutschen Nation zu nahe zu treten, oder naturalisirte Deutsche zu bezeichnen oder zu meinen, die sich ruhig verhalten . . .» Dessen ungeachtet wurden auch sie von der deutschfeindlichen Kampagne in Mitleidenschaft gezogen.
- 12 Zum Tag von Münsingen vgl.: «Bericht über die am 25. März 1850 auf der Leuenmatte zu Münsingen abgehaltene Volksversammlung.» Burgerbibliothek Bern: Mss. Hist. Helv. XV 57.
- 13 Unter begeisterter Zustimmung rief der früher führende Berner Liberale Hans Schnell, der einst mit deutschen Radikalen wie den Brüdern Snell eng verbunden gewesen war, den zu Münsingen Versammelten zu: «Darum ermahne ich Euch, und Ihr könnt dieß als mein politisches Testament betrachten, meidet die falschen Propheten und flieth die fremden Spione und Unruhstifter, die kein Herz für Euch haben und Euch nur für ihre eigenen Interessen mißbrauchen.» Berichtsvermerk: «(Großer Zuruf: ja, ja, fort mit ihnen!)» A. a. O., S. 9. Um den Fall des Radikalismus herbeizuführen, fanden sich die Anhänger eines aristokratischen Regiments und die gemäßigten Demokraten, die 1831 im Kanton Bern die Ära des Volksstaates heraufgeführt hatten, sowie die 1846 gestürzten Parteigänger des Schultheißen Charles Neuhaus zur Koalition der traditionsgebundenen Kräfte zusammen, für die in Ermangelung einer «unité de doctrine» der Kampf gegen die «Überfremdung» die für alle Gruppierungen zündende Parole bot.
- 14 Feller, op. cit. S. 159.
- 15 (Lerber, Beat von:) Berns Verfassung, freisinnig und volksthümlich verbessert, Bern 1845, S. 99 f., Anm. c.) «Die Schweiz und auch Bern liegen jetzt danieder unter der *deutschen* Krankheit; (ob heilbar??) Es ist das Gericht der Heuschrecken!» A. a. O., S. 10, Anm. r).
- 16 Simon, Ludwig: Aus dem Exil, Gießen 1855, Bd. I, S. 105.
- 17 Das Gedicht, das für 1 Batzen in der Haller'schen Buchdruckerei zu beziehen war, ist mit einer Karrikatur versehen, auf der preußische Soldaten die Sympathisanten «mit Nassau» in Scharen über die Brücke nach der Schweiz treiben, wo sie kaum angekommen vom sicheren Ufer aus mit wiedergewonnener Keckheit (durch eine «lange Nase» angedeutet) ihre literarischen «Giftpfeile» über die Grenze zurückschießen. Burgerbibliothek Bern, Mss. Hist. Helv. XV 57.
- 18 «Die Deutschen in der Schweiz», Beilage zur Allgemeinen Zeitung, Nr. 135 v. 14. Mai 1848.
- 19 Dem Michel (Snell) legte eine Sprechblase die Worte in den Mund: «2 Mal hab ich die Republick geretet, dieselbe lag auf *meiner* Hand», Burgerbibliothek, a. a. O.; das Mitglied des Großen Rats, G. Wenger hatte zur Erinnerung an die Wahlen von 1850 insgesamt 36 Broschüren und Flugblätter zusammengetragen, die ein wertvolles Quellenmaterial abgeben.
- 20 Den Herren Dr. med. Theodor von Lerber und Werner von Lerber in Bern, Herrn Dr. H. Haerberli von der Burgerbibliothek Bern sowie Herrn Dr. H. Specker vom Staatsarchiv Bern sei für ihre Mithilfe bei der Aktensuche herzlich gedankt.

- 21 Bekannt ist, dass dem Verein unter Theodor von Lerber 13 Sektionen angehörten, die sich im Kanton Bern auf Stadt und Land verteilten. Manuskript: v. Lerber-Lauterburg, Arthur: Beat von Lerber, S. 222.
- 22 Vgl. hierzu im Staatsarchiv Bern: Manual des Regierungs-Rathes Nr. 123 v. 1847, S. 367; Nr. 125 v. 1847, S. 107, 262; Nr. 127 v. 1847, S. 382, 471 f. Akte: Geschäftskontrolle Polizeidirektion/Justizdirektion: C. I 1847, Nr. 1506; C. II 1847, Nr. 2241.
- 23 Die Identität des Verfassers dieses Artikels mit einem Mitglied des «Vaterlandsvereins» lässt sich nicht beweisen; der Inhalt legt diese Annahme jedoch nahe, zumal er sich ausdrücklich auf frühere Warnungen von Lerbers bezieht. Schweizerischer Beobachter, Nr. 58 v. 15. u. Nr. 59 v. 18. Mai 1847.
- 24 Schweizerischer Beobachter, Nr. 59 v. 18. 5. 1847.
- 25 Er hatte eine Erklärung «betreffend die Anstellung der Herren Professor Zeller und Seminar-director Grunholzer» abgegeben. Am 29. Mai 1847 wies der Regierungsrat die Justizdirektion an, zu untersuchen, «welche Zwecke dieser Verein verfolge und welche Bewandnis es mit den Drohungen habe, welche in der fraglichen Erklärung enthalten sind». Am 14. Juni 1847 gab der Justizdirektor in der regierungsrätlichen Sitzung «über die Zwecke des von Herrn Beat von Lerber gestifteten sogenannten volksthümlichen schweizerischen Vaterlandsverein» Auskunft. Darauf wurde entschieden: «Dieser Bericht veranlasst keine Verfügung, geht also nebst den Acten einfach an die Justizdirection zurück.» Die «Erklärung» sowie die Untersuchungsakten liessen sich bis jetzt im St. A. BE nicht auffinden. St. A. BE: Manual des Regierungsrathes, 1847, Nr. 125, S. 107, 262./Geschäftskontrolle, Polizeidirektion C. I. 1847, Nr. 1506; C. II, Nr. 2241. Zur Berufung Zellers vgl. Feller, Universität Bern, S. 137 ff.
- 26 Ein Stimmungsbild vermittelt: Klinke, Willibald: Ein Kampf für Bildung und Freiheit, J. Thomas Scherrs Erlebnisse im Zürichbiet 1825-1842, nach Quellen bearbeitet v. W. K. Zürich 1940, S. 94,192 ff.
- 27 Der Kaufmannssohn aus Stuttgart hatte in Tübingen die Rechte studiert. Nach seinem Rechtsanwaltsexamen nahm er in Rottweil Wohnung. Im Sommer 1834 kam er nach Bern. 1835 wurde er Sekretär der Dotationskommission, 1836-1837 Unterlehenskommissär. Am 18. Febr. 1836 wurde er als Lehrer des germanischen Rechts an die Hochschule berufen. Im Frankfurter Parlament gehörte er der Linkspartei an. Seit 1849 war er wieder Advokat in Rottweil bis zu seinem Tod 1876. St. A. BE: Manual des Regierungsrathes, 1835, Nr. 30, S. 301; 1836, Nr. 37, S. 454; 1837, Nr. 52, S. 100; Dossier: «Rheinwald, Karl Friedrich – germanisches Recht 1835-1849», Hochschule, Jur. Fak. Lehrkörper. Feller, Universität Bern, S. 114 f.
- 28 Berner Verfassungsfreund, Nr. 106 v. 16. April 1848. Die Zeitung hatte aus einem Brief zitiert, der dem Buchhändler Fischer zugegangen war.
- 29 Haag, Fr.: Die Sturm- und Drang-Periode der Bernischen Hochschule 1834-1854, Bern 1914, S. 255 ff., S. 570 f. Feller, Universität Bern, S. 152.
- 30 «Schon zwei Abende hindurch werden die Bewohner des äussern Bollwerkquartiers durch einen skandalösen, bis Mitternacht dauernden höllischen Nachtlärm von einem rohen Pöbelhaufen beunruhigt, welche sogar den ersten Abend einen drohenden Charakter durch Steinwürfe, Versuch des Haustüreinschlagens annahm.» ... Schweizerischer Beobachter, Nr. 52 v. 29. April 1848.
 «Der tolle nächtliche Pöbelunfug im äussern Bollwerkquartier dauerte auch am dritten Abend wie gewohnt bis Mitternacht, zu grosser Beängstigung der Bewohnerschaft, fort. Obschon es der Polizei gehörig angezeigt war und die ganze Stadt es schon am Morgen wusste, dass diesen

Abend der Höllenspektakel wieder losgehen sollte, so war und blieb die Polizei taub und blind.» Am Samstag schliesslich seien endlich einige Vorsichtsmassnahmen beschlossen worden. «Abends wurde dann auch richtig Generalmarsch geschlagen, was grossen Rumor verursachte und welche unkluge Massregel die Zahl der Neugierigen auf dem Platze wohl gut bis auf 2'000 verstärkte. Das sog. Freikorps marschierte auf und mancher von ihnen stand nun zum Schutze da, der zwei Abende vorher diesen Bubennunfug hatte provozieren helfen. Der Spektakel unterblieb zwar in seiner vollen Kraft, indessen geschahen über die sehr unmilitärisch aufgestellte Mannschaft viele Steinwürfe von der Schanze, welche die Hausthürfenster zertrümmerten, und ein paar Zuschauer verletzten.» ... Schweizerischer Beobachter, Nr. 53 v. 2. Mai 1848. Die «Berner Zeitung» und der «Berner Verfassungsfreund» versuchten die Vorfälle totzuschweigen; erst als gerichtlicheweise verlautete, die in Gang gesetzte Unmutsbewegung könnte sich auch gegen Ulrich Ochsenbein wenden, zeigte sich der «Berner Verfassungsfreund» (Nr. 146 v. 27. Mai 1848) über die «politische Schwüle» in Bern betroffen.

- 31 Schweizerischer Beobachter, Nr. 52 v. 29. April 1848.
- 32 Dossier «Rheinwald», Hochschule, Jur. Fak. Lehrkörper, St. A. BE; Haag, Fr., op. cit. S. 256 f.
- 33 Seine an der Volksversammlung geäusserten Worte liess sich Rheinwald in einer von mehr als zwei Dutzend Ohrenzeugen unterzeichneten Erklärung bestätigen. Schweizerischer Beobachter, Nr. 52 v. 29. April 1848.
- 34 Haag, Fr. op. cit. S. 256 f. Rheinwald bat bald danach um seine Entlassung, die ihm am 25. Okt. 1848 gewährt wurde. Seit dem Mai sass er im deutschen Parlament zu Frankfurt; nach Bern ist er nie mehr zurückgekehrt.
- 35 Die Tatsache der Einbürgerung wird weder von Feller noch von Haag erwähnt. Im Mai 1838 hatte er sich um den Ankauf eines Bürgerrechts im Kanton Bern bemüht, das ihm im Juni 1838 gewährt wurde. St. A. Bern: Manual des Regierungsrathes, 1838, Nr. 60, S. 288, 405 f.; Nr. 61, S. 36, 118. Eingebürgerte wie Georg Herwegh oder Johann Philipp Becker, der als Oberkommandant die badischen Volkswahren befehligte, gehörten zu den Prominentesten unter jenen Kantonsbürgern, die – obwohl staatsrechtlich nicht mehr Angehörige eines deutschen Staates – in Deutschland Politik machten. So wirkten in den Frankfurter Gremien, die dem einigen Deutschland Gestalt geben wollten, Abgeordnete mit, die formalrechtlich gar keine Deutschen mehr waren: Carl Vogt war 1846 Bürger von Erlach, Wilhelm Schulz 1836 Bürger von Seltisberg geworden; Albert Kölliker war Schweizer von Geburt. Wie paradox diese Mittelstellung sein konnte, erlebte Rheinwald besonders krass. In Bern war er als deutscher Professor terrorisiert worden, in Deutschland konnte aber kaum für einen Deutschen Partei ergriffen werden, der seit fast zehn Jahren ein Schweizer war. Vgl. Ausserordentliche Beilage zur Allgemeinen Zeitung v. 13. Mai 1848.
- 36 Nach seinem Wegzug entdeckte man in seiner Wohnung wichtige Akten, die er dem Lehensarchiv entnommen hatte. 200 der interessantesten Dokumente fehlten überhaupt. Rheinwald, über Bern erbost, gab die entwendeten Akten trotz aller Vorstellungen nicht heraus. Sie konnten erst nach seinem Tod bei einem Rottweiler Antiquar wieder erlangt werden. Türlér, H.: Inventar des Stadtarchivs des Kantons Bern, Bern 1892, S. 9.
- 37 Beilage zur Allgemeinen Zeitung, Nr. 135 v. 14. Mai 1848.

- 38 Zu Johann Jacoby (1805-1877), Arzt und politischer Schriftsteller aus Königsberg, vgl. ADB, Bd. 13, S. 620-631.
Das Vorparlament (31.3.-4.4.1848), als eine Notabelnversammlung von über 500 Mitgl. in der Paulskirche zusammengetreten, wählte den Fünzigerausschuss, um die Ausführung seiner Beschlüsse und die Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung besser zu gewährleisten. Am 7. April 1848 wurde auf Grund der Beschlüsse des Vorparlaments vom Deutschen Bundestag das Wahlgesetz erlassen. Am 18. Mai trat die Nationalversammlung in der Paulskirche zusammen. Richard Feller irrt sich, wenn er Rheinwald schon im März 1848 im Wahlkampf in Tuttlingen glaubt; Feller, Universität Bern, S. 152.
- 39 Beschluss des Zürcherischen Erziehungsrathes betreffend Herrn Prof. Bobrik v. 31. Mai 1848; St. A. ZH: Eduard Bobrik 1833-1857 U 109b 1. Darin wird auch über den Untersuchungsverlauf Auskunft gegeben. Die NZZ, Nr. 156 v. 4. Juni 1848 veröffentlichte ihn als Beilage. Bobrik, der beim Segeln auf dem Zürichsee von den Abenteuern seiner die Meere erobernden deutschen Zukunftsflotte bewegt wurde, ist der fragliche Flaggenhissler wohl selbst gewesen. Vgl. S. 646 f., Anm. 113.
- 40 Verfügung v. 20. Mai 1848. St. A. ZH: U 109b 1.
- 41 Brief v. 24. Mai 1848. St. A. ZH: U 109b 1.
- 42 Verfügung v. 27. Mai 1848. St. A. ZH: U 109b 1.
- 43 Bobriks Anschuldigungen wurden keineswegs von allen Deutschen geteilt. Ihnen trat der Chemiker Carl Löwig, seit 1833 in Zürich wohnhaft, mit folgender Feststellung entgegen: ...«Ich erkläre daher der deutschen Bundesversammlung gegenüber, dass mir von einer ‚traurigen Lage‘ der Deutschen in der Schweiz *nichts* bekannt ist, und dass die deutsche Ehre so lange nicht geschützt zu werden braucht, so lange nicht von einer schweizerischen Regierung Handlungen vorliegen, welche dieselben bedrohen... Von den Blättern, welche ohne äussere Veranlassung den gehässigen Ton gegen die Deutschen angestimmt und fortgeführt, verdient nur die NZZ genannt zu werden.» Eidgenössische Zeitung, Nr. 131 v. 12. Mai 1848. Vgl. Anm. 45. Zu Bobriks Nationalismus vgl. Text S. 106,127.
- 44 NZZ, Nr. 131 v. 10. Mai 1848.
- 45 NZZ, Nr. 118 v. 27. April 1848. Auch dieser Konflikt wurde durch persönliche Zwiste verschärft. Der NZZ Redaktor Daverio war in Mailand geboren worden und seit 1819 Bürger von Zürich. Leidenschaftlich verfolgte er den Aufstand in Oberitalien gegen Österreich und war über die Haltung des Fünzigerausschusses in Frankfurt empört, der dem österreichischen Tirol – über die teilweise Besetzung durch die Lombarden entrüstet – seine Hilfe zugesagt hatte. Die «liberalen Notabilitäten» und den Fünzigerausschuss machte Daverio zum Ziel heftiger Angriffe und ironisierte ihn und seine Anhänger als das «hofrätliche Deutschland». Bobrik hat in diesen Tagen den inkriminierten Brief verfasst, in dem er sich auch über die Schreibweise der NZZ beschwerte. NZZ, Nr. 118 v. 27. 4. 1848; Nr. 120 v. 29. 4. 1848; Nr. 125 v. 4. 5. 1848. Zum Lebenslauf von Luigi Ercole Daverio (1804-1849), der 1833 Italienischlehrer an der Industrieschule wurde und zunächst dem radikalen Kreis um Ludwig Snell und dem «Republikaner» angehört hatte, bis er im Oktober 1844 die Redaktion der NZZ übernahm, vgl. Weisz, Leo: Die Redaktoren der Neuen Zürcher Zeitung bis zur Gründung des Bundesstaates 1780-1848, Bd. I, Zürich 1961, S. 301-333. Da Weisz die Zusammenhänge unbekannt waren, versetzt er Bobrik als Verleumder ganz in die Rolle des Übeltäters, während Daverio bei ihm durch besonnene

Überlegenheit hervorragt. Zu Daverio vgl. a. Renschler, Regula: Die Linkspresse Zürichs im 19. Jahrhundert, Diss. phil. Zürich 1967, S. 83 f.

46 Vgl. Text S. 57 f.

47 Appenzeller Zeitung, Nr. 38 v. 13. Mai 1848.

48 Appenzeller Zeitung, Nr. 40 v. 20. Mai 1848.

«Deutsche Professoren auf schweizerischen Hochschulen reisen an Wahlversammlungen in ihre Heimath, um dort die Republik lächerlich und verhaßt zu machen, die Republik, deren Wohlthaten sie genossen, deren Vorzüge sie erfahren.* Ja wohl, in einer Republik möchten sie nicht zu einer Deputirtenstelle gelangen, diese gelehrten Michel... Ja ein in der Schweiz ausgebildeter deutscher Nationalverein** hatte die freche Stirne, dem vergötterten Ausschuß in Frankfurt vorzulügen, daß die Deutschen in der Schweiz gehaßt, geschmäht und verfolgt werden. Wahrhaftig, die Regierungen in der Schweiz haben eine wahre Lammsgeduld, daß sie solch undankbare, verleumderische Burschen nicht abfassen und wohl eingepöckelt dem Frankfurter Ausschuß zuschicken.»

* Anspielung auf den Fall Rheinwald.

** Zum Nationalverein vgl. Text S. 127 ff.

49 Wenig später begann sich die «Appenzeller Zeitung» von ihren Ausfällen abzusetzen, indem sie die Schuld für die Polemik der NZZ zuschob. Sie beklagte das «Treiben der fremden oder fremdgeborenen Journalisten in der Schweiz» und warf dem NZZ-Redaktor Daverio vor, in seinen Auslandsartikeln ein «leibhafter Italiener» zu sein: «Seine Befehdung der Deutschen, sein Umsichwerfen mit Michelei beweist wiederum die italienische Geborenheit des Verfassers». Appenzeller Zeitung, Nr. 42 v. 27. Mai 1848.

50 Berner Zeitung, Nr. 114 v. 12. Mai 1848.

51 Berner Zeitung, Nr. 120 v. 19. Mai 1848.

52 Ebenda. Auch im Fall Rheinwald war es zu einer Falschmeldung gekommen, indem der «Berner Verfassungsfreund» die Wahlniederlage des Professors meldete, während in Wahrheit sein Sieg sehr deutlich ausgefallen war.

53 Marr, Wilhelm: Das junge Deutschland in der Schweiz, Ein Beitrag zur Geschichte der geheimen Verbindungen unserer Tage, Leipzig 1846, S. 22.

54 A. a. O., S. 24.

55 Die Analogien in den Erscheinungen der französischen und italienischen Schweiz – wie dies etwa von Kurt Huber dargestellt wurde – sind hier natürlich mitzuberücksichtigen.

56 Hinzu kam die damals noch tiefer verwurzelte Xenophobie, wie sie in den vorhergehenden Jahrhunderten vorgeherrscht hatte. Darauf weist die Mitteilung anlässlich eines Zwischenfalles bei Oberrieden hin, daß als Nachtbubenstück das gelegentliche Durchprügeln harmloser Reisender am Zürichsee in den dreißiger Jahren des 19. Jh. «überall noch löbliche Sitte» gewesen sei. Klinker, Willibald: Ein Kampf für Bildung und Freiheit, Ignaz Thomas Scherr's Erlebnisse im Zürichbiet 1825–1842, Zürich 1940, S. 121.

2. Zur Phase des Konsenses

- 57 Vgl. Text S. 207 ff.
- 58 Eine gute Schilderung gibt Gottfried Kinkel, der Sohn des Kunsthistorikers gleichen Vornamens, in: «Beiträge zur Geschichte der deutschen Kolonie in Zürich», Schweizerische Rundschau, hrsg. v. Ferdinand Vetter, Zürich-Bern 1891, Nr. 4, S. 95-104 u. Nr. 5, S. 221-226. Das ähnlich gute Einvernehmen in Bern beschreibt: Lazarus, Nahida: Ein deutscher Professor in der Schweiz, nach Briefen und Dokumenten im Nachlass ihres Gatten, Berlin 1910.
- 59 Für die Verhältnisse an der Universität Zürich u. zu den einzelnen Professoren vgl.: Die Universität Zürich 1833-1933 und ihre Vorläufer, Festschrift zur Jahrhundertfeier, hrsg. v. Erziehungsrat des Kantons Zürich, bearb. v. Ernst Gagliardi, Hans Nabholz u. Jean Ströhl, Zürich 1938, S. 459-640. Für die Personaldossiers zu den einzelnen Personen vgl. St. A. ZH U 109b 1.
- 60 Vgl. Gagliardi, a. a. O., S. 488 ff.; L. M. Hartmann: Theodor Mommsen, Gotha 1908, S. 50 ff., Mommsen hatte an der Strehlgasse 29 gewohnt. Meyer, Ernst: Theodor Mommsen in Zürich, in: Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte, 12, 1954, S. 99-138 (mit vielen Einzelangaben).
- 61 Fick, Helene: Heinrich Fick, ein Lebensbild, nach seinen eigenen Aufzeichnungen dargestellt u. ergänzt v. H. F., 2 Bde., Zürich 1897 ü. 1908. Neben dieser Veröffentlichung seiner Gattin vgl. Fick, Fritz: Pro Patre, Gedenkblätter zur Erinnerung an Prof. Dr. jur. Heinrich Fick, geboren zu Kassel am 12. Juli 1822, gest. zu Zürich am 22. Sept. 1895, erw. Sonderabdruck aus den Schweizer Monatsheften (Jg. 1922/23, H. 6, 7, 8,10), Zürich 1923.
- 62 Osenbrüggen, der von 1851 bis zu seinem Tod 1879 in Zürich wirkte, ist vor allem durch seine «Studien zur deutschen und schweizerischen Rechtsgeschichte» (1868) hervorgetreten. ADB, Bd. 24, S. 463 ff. Gagliardi, Universität Zürich, S. 519 ff.
- 63 Der Westfale Jodocus Donatus Hubertus Temme (1798-1881), dessen belletristische und populärwissenschaftliche Schriften mehr als 150 Bände füllen, kam von der Reaktion in Preussen verfolgt 1852 an die Zürcher Universität. Temme gehörte unter den hiesigen deutschen Demokraten, die im republikanisch-deutschen Verein ihr Zentrum hatten, zu den führenden Mitgliedern. Neben Ladendorf und Nauwerck zählte er zum Verwaltungskomitee des «Revolutionsfonds». 1863 wurde er ins Preussische Abgeordnetenhaus gewählt und von der Universität beurlaubt. Schon nach Jahresfrist kehrte er nach Zürich zurück. 1867 erwarb er das Bürgerrecht von Wädenswil. Stephan Born, sein Schwiegersohn, hat Temmes Erinnerungen veröffentlicht (Leipzig 1883). ADB, Bd. 37, S. 558 ff.; Helene Fick, Bd. II, S. 370 ff.; Gagliardi op. cit. 521 f.
- 64 Marschall war daneben Versicherungsagent und Redaktor des Zürcher Tagblatts. Durch ihn wurde Richard Wagner mit Otto Wesendonck bekannt. Gagliardi, op. cit. S. 512 f.
- 65 1853 hatte Volkmar die *venia legendi* der Zürcher Universität erhalten und las hier fast bis zu seinem Tod (1893). ADB, Bd. 54, S. 764 ff. Gagliardi, op. cit. S. 533.
- 66 Zumal Alfred Escher mochte es beeindruckt haben, dass Moleschott von Rudolf Virchow als «ein Vorposten der freien Richtung» nach Zürich empfohlen worden war. 1856 bis 1861 blieb er in der Limmatstadt, bis er in Italien zu hohem Ansehen gelangte. Der geborene Holländer hatte in Heidelberg studiert u. wurde dem deutschen Kollegenkreis zugezählt. Vgl. Moleschott,

- Jakob: Für meine Freunde, Lebenserinnerungen, Giessen 1894. ADB, Bd. 52, S. 435 ff.
- 67 Der Bruder von Heinrich Fick, der Würzburger Physiologe Adolf Fick lehrte 1852 bis 1868 in Zürich. Sein Neffe Adolf Fick war Augenarzt und Privatdozent für Augenheilkunde, der sich 1887 in Zürich niedergelassen hatte. Vgl. NZZ Nr. 480 v. 17. März 1937: «Prof. Dr. med. Adolf Fick f». Die Gattin des Augenarztes war die Tochter von Wislicenus.
- 68 Nach seinem Weggang erkannte dieser Gelehrte u. begabte Redner, wie schön die Zürcher Jahre (1850-1864) gleichwohl gewesen waren. 1859 war ihm das städtische Bürgerrecht geschenkt worden; eine erneute Berufung nach Zürich blieb jedoch aus. Gagliardi, a. a. O., S. 485 ff.; ADB, Bd. 16, S. 410 ff.
- K.(inkel), G.(ottfried): Erinnerungen an Hermann Köchly's Tätigkeit in Zürich, o. O., o. J.
- 69 Über die dortigen Verhältnisse vgl.: Eidgenössische Technische Hochschule 1855-1955, (Festschrift) Zürich 1955, S. 87 f., 277 ff.; sowie die Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Eidg. Polytechnikums, Erster Teil: Geschichte der Gründung des Eidgenössischen Polytechnikums mit einer Übersicht seiner Entwicklung 1855-1905 von Wilhelm Oechsli, Frauenfeld 1905.
- 70 Oechsli, a. a. O., S. 171 ff.
- ADB Bd. 33, S. 706 ff. Der Nachlass von Gottfried Semper (1803-1879), dem Erbauer der Dresdner Gemälde-Galerie und der Oper sowie des Wiener Burgtheaters, liegt, von Martin Fröhlich geordnet, im Institut für Geschichte und Theorie der Architektur der ETH-Zürich.
- 71 Johannes Scherr (1817-1886) hatte aus gesundheitlichen Gründen 1833 in Zürich das Gymnasium besucht. Sein Bruder, der im Straussenhandel bekannt gewordene Ignaz Thomas Scherr, war damals schon Direktor des Lehrerseminars in Küsnacht (1832-1839). In Tübingen studierte er Philosophie und Ästhetik. Nach seinem Dokorexamen im Jahre 1840 war er Lehrer am Privatinstitut seines Bruders auf dem Sonnenberg in Winterthur. 1843 siedelte er nach Stuttgart über; 1848 ins Landesparlament gewählt, zählte er zum linken Flügel der Opposition. 1849 musste er, revolutionärer Umtriebe verdächtigt, in die Schweiz fliehen. Er habilitierte sich an der Univ. Zürich. 1855-1857 leitete er als Redaktor den Winterthurer Landboten. 1860 wurde er auf den Lehrstuhl für allgemeine Geschichte ans Polytechnikum gewählt. Klinker, Willibald: Johannes Scherr, Kulturhistoriker, Leben, Wirken, Gedankenwelt, Thayngen-Schaffhausen 1943. (Umfangreichste, aber auch unkritische Darstellung). Lotz, Wilhelm: Johannes Scherr, Diss. Frankfurt a. M. 1925, (Manuskript). Scherr, Johannes: Letzte Gänge, Berlin-Stuttgart ²1887, S. 214-264, (Nekrolog v. J. Mühly). Oechsli, Wilhelm: op. cit. S. 331. Fick, Helene: op. cit. S. 206 f.
- 72 Gottfried Kinkel (1815-1882) hatte sich 1843 von Bonn aus schon einmal um eine Professur an der Zürcher Universität beworben. Gagliardi, Universität Zürich, S. 441. Aus London kam er 1866 als Professor für Archäologie und Kunstgeschichte an das Polytechnikum, wo er sich überdies um die Anlage einer Kupferstichsammlung sowie durch die Erweiterung der Gipsabgüsse in der archäologischen Kollektion verdient machte. Im akademischen Dozentenverein, in Kunstvereinen und auf Vortragsreisen kam ihm seine rhetorische Begabung zunutzen, während er durch sein Pathos in der politischen Auseinandersetzung auf die jüngere Generation die Wirkung verfehlte. Im innenpolitischen Bereich nahm der Freigeist leidenschaftlich

- für die Leichenverbrennung und gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe Partei. In der deutschen Kolonie besass er in allen sozialen Schichten Ansehen. Der republikanische Freiheitskämpfer von 1848, der 1866 schwankend geworden war, zeigte sich in seiner Aufsehen erregenden Rede zur Einweihung des Polenmuseums in Rapperswil im Oktober 1870 zwar als Nationalist, blieb aber unentwegter Republikaner und wollte kein Stück Land einer fremden Nation, das widerwillig zum Deutschen Reich gehöre. Frühere Gesinnungsgenossen wie François Wille waren über dieses Votum verstimmt. Den Ausgang seiner angeblichen Wette mit Heinrich Fick um 1'000 Franken von 1875, in zehn Jahren würde Deutschland eine Republik sein, erlebte er nicht mehr. Helbling Carl: Mariafeld, Aus der Geschichte eines Hauses, Zürich 1951, S. 71 f. Helene, Fick, a. a. O., S. 179; Otto Mauer: G. K., in: ADB, Bd. 51, S. 515-528; Oechsli, a. a. O., S. 308, 332. Kinkel, Gottfr. jun.: Beiträge zur Geschichte der deutschen Kolonie in Zürich, Schweizerische Rundschau, Zürich-Bern, Nr. 5 v. 1891, S. 221-226. Kinkel, Gottfried: Friedrich Rückert, Festrede, gehalten bei der Erinnerungsfeier der Lehrer, Studenten und deutschen Arbeiter in Zürich, am 2. Februar 1867, geh. v. G. K., Zürich 1867, deren Ertrag Kinkel den am Polytechnikum studierenden «Kämpfern der polnischen Revolution» zuwies. Zur Biographie vgl. a. S. 660, Anm. 115.
- 73 Pompejus Alexander Bolley gehört zu den Flüchtlingen des Frankfurter Aufstandes von 1833 und lehrte langezeit an der Kantonsschule Aarau. 1851 bürgerte er sich ein und wurde als einer der ersten Professoren an das Polytechnikum berufen, dem er 1859-1865 als Direktor vorstand. ADB, Bd. 3, S. 109 f. Oechsli, a. a. O., S. 184 ff.
- 74 Vgl. Oechsli, a. a. O., S. 200 ff. Friedr. Th. Vischer (1807-1887) war 1855 aus dem religiös intoleranten Tübingen nach Zürich gekommen. Gagliardi, Universität Zürich, S. 598.
- 75 François Wille (1811-1896) hatte Jurisprudenz und Philologie studiert. Über die Familie Wille vgl. Einleitung zu: Fünfzehn Briefe Richard Wagners mit Erinnerungen und Erläuterungen von Eliza Wille geb. Sloman, München-Berlin-Zürich 1935, S. 4-25. Fick, Helene: op. cit. S. 213 ff.; Helbling, op. cit. S. 13 ff.; Wille, Jürg: Mariafeld-Meilen, in: Heimatbuch Meilen 1963, S. 5-90.
- 76 Eliza Wille (1809-1893) schrieb auch einige Romane, die für das kluge und feinsinnige, in seinen Idealen spätromantische Züge tragende Denken dieser Frau zeugen: «Felicitas» (1850) und der dreibändige Bildungsroman «Johannes Olaf» (1871) sowie «Stilleben in bewegter Zeit» (1878). Zu den zahlreichen Besuchern aus den Reihen der deutschen Kolonie Zürichs in Mariafeld vgl. Helbling, op. cit. S. 70 ff.
- 77 Zur Familie Wesendonck vgl. die Adressatentafel in: Richard Wagner an Mathilde und Otto Wesendonck, Tagebuchblätter und Briefe, hrsg. v. Julius Kapp, Leipzig 1921, S. 460. NZZ Nr. 156 v. 27. Jan. 1932: «Musik in Wahlheim». NZZ Nr. 2349 v. 9. 12. 1931: Mathilde Wesendoncks Name und Abstammung.
- 78 Escher, Conrad: Die Villa Rieter in Zürich, auch Villa Wesendonck genannt, Aufenthalt von Richard Wagner 1857 bis 1859 und des Deutschen Kaisers anfang September 1912, Zürich (1912).
- 79 Unter der umfangreichen Literatur über Richard Wagners Schweizerzeit sind für die deutsche Kolonie besonders aufschlussreich: Fehr, Max: Richard Wagners Schweizer Zeit, Bd. I (1849-55), Aarau-Leipzig (1934); Bd. II (1855-72/83), Aarau-Frankfurt a. M. 1953. Obwohl in ihrer unkritischen Weise überholt, finden sich in den Schriften von Hans Beiart manche interessante Hinweise. Beiart, Hans: Richard Wagners Liebestragödie mit Mathilde Wesendonck, Die Tra-

gödie von Tristan und Isolde, Dresden 1912. B elart, Hans: Richard Wagners Beziehungen zu François und Eliza Wille in Mariafeld bei Zürich (1852-1872) und sein Asyl auf Mariafeld (1864), Dresden 1914. Beiart, Hans: Richard Wagner in Zürich, 2 Bde. Leipzig 1900, 1901.  ber die Zürcher Theaterprobleme äusserte sich der Komponist selbst: Wagner, Richard: Ein Theater in Zürich, Zürich 1851.

- 80 Franz Liszt und die Gräfin d'Agoult, deren Bund Cosima, die spätere Frau R. Wagners, entstammte, verkehrten ebenso im Wesendonckschen Haus wie 1866 – allerdings nur kurz – Johannes Brahms. Auch in Mariafeld lasen neben Wille etwa die Schauspielerin Caroline Bauer und ihr Gatte Graf Plater, Kinkel, Giesker, Köchly und Venedey gemeinsame Dramen.
- 81 Kinkel, Gottfried: Beiträge zur Geschichte der deutschen Kolonie in Zürich, Schweizerische Rundschau, Bern u. Zürich, 1891, Nr. 5, S. 226.

3. Zur Komparabilit t der Konflikterscheinungen

- 82 Anfeindungen gegen die «chaibe D utsche» kamen im täglichen Umgang immer wieder vor. Als sich in einem Prozess der Gegenadvokat über die Herkunft von Heinrich Fick lustig machen wollte, antwortete dieser schlagfertig: «Meinen Sie etwa, dass Sie darum mehr seien wie ich, weil Sie schlechteres Deutsch sprechen?» Fick, Helene: op. cit. S. 92; vgl. a. S. 89 f.
- 83 Jacoby, Johann: Heinrich Simon, Ein Gedenkbuch für das deutsche Volk, hrsg. v. J. J., Berlin ²1865, S. 282. Vgl. Text S. 156 f.
- 84 Schmid, Hans: Der Zürcher Tonhallekrawall vom 9. März 1871 und seine Folgen, Separatabdruck aus dem «Zürcher Taschenbuch» auf das Jahr 1926, Zürich 1925. Da die einschlägigen Akten des Staatsarchivs Zürich sowie des Bundesarchivs Bern von Schmid nur teilweise ausgewertet wurden, wäre eine umfassende Studie der Prüfung wert.
- 85 Wichtige Quellenmaterialien enthalten: St. A. ZH: Dossier «Tonhallekrawall 1871», M 1c; ZB ZH HSab: Dossier Dr. Ottensoser, MSCR P 196. BA-B: «Tonhallekrawall in Zürich v. März 1871 (1871-73)»; JPD, Justiz, Bundesanwaltschaft 1857-1889, Bd. 4, «Tonhalle-Krawall 1871»; Pol. Dep. 1848-1917, Bd. 270. Bericht des Regierungsrates an den Kantonsrat über die Vorgänge vom 9. bis 11. März 1871 in Zürich, Zürcher Amtsblatt, Zürich, 18. April 1871. Zurlinden, Samuel: Hundert Jahre Bilder aus der Geschichte der Stadt Zürich in der Zeit von 1814-1914, Zürich 1915, Bd. II, S. 145-167. v. Albertini, Rudolf: Innen- und aussenpolitische Krawalle, in: Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1951, Zürich 1950, S. 118-134. Neben der Stellungnahme der Zürcher Presse sowie den Stimmen von Deutschen im In- und Ausland wird hier auch auf die Haltung des Bundesrates und auf Aspekte der schweizerisch-deutschen Beziehungen eingegangen.
- 86 Tagblatt der Stadt Zürich v. 31. Januar 1871. Für den Namen Wesendonck findet sich mehrfach auch die spätere Schreibweise mit «k».
- 87 Vgl. TextS. 177 ff.
- 88 Vgl. a. den Brief des Festausschusses an die Kantonspolizeidirektion Zürich v. 8. März 1871, der u.a. v. Wislicenus unterschrieben worden war, in: Der Landbote und Tagblatt der Stadt Winterthur, Nr. 1116 v. 17. Mai 1871. Wislicenus war der Präsident der Tonhalleveranstaltung.

- 89 Festschrift ABV «Eintracht» Zürich, S. 17. Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 11 v. 17. März 1871.
- 90 Schreiben des Gemeinderats Waldshut an den Festausschuß, in: Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 12 v. 24. März 1871, das folgende Stelle enthält: «Mit tiefem Bedauern und großer Entrüstung müssen wir aus dem Munde unserer Miteinwohner, welche von hier aus Ihrer gastlichen Einladung zu Ihrem Friedensfeste gefolgt sind... erfahren...» Wahrscheinlich haben auch andere deutsche Grenzorte solche Einladungen erhalten.
- 91 So auch Oberrichter Meyer, Fürsprech Spillmann, Stadtschreiber Spyri und Dr. med. von Wyß. Fick, Lebensbild, 2. Teil, S. 233 f.
- 92 Die Berichte in der NZZ, Nr. 129 v. 11.3., Nr. 130 v. 12. 3., Nr. 132 v. 13. 3. 1871 sowie in der Zürcherischen Freitagszeitung, Nr. 11 v. 17. 2. 1871 schildern die Vorgänge inner- und außerhalb der Tonhalle, denen auch Hans Schmid, op. cit. S. 11 ff. folgt. Die erwähnten Draperien beschrieb Fick plastischer als «schwarz-weiß-rote und schwarz-rot-goldene Kolossalflaggen». Fick, a. a. O., S. 230. Die Angaben über die Teilnehmerzahl schwanken. Schmid (S. 11) spricht von 700–800 Personen, die NZZ, Nr. 129 v. 11. 3. 1871 v. «etwa 900», die Freitagszeitung, Nr. 11 v. 17. 3. 1871 von etwa 900 Herren und etwa 100 Damen. Fick (S. 230) griff mit 1500 Anwesenden zweifellos zu hoch. Die Damen hatten auf den Galerien Platz genommen, darunter die Professorenfrauen Rose und Benndorf und die Fräulein Semper und Wesendonck. Vor den Steinwürfen mußten sie wie die Gäste in der Mitte des Saales unter den Seitengalerien Schutz suchen. Die Tonhalle stand auf der heutigen Sechseläutenwiese.
- 93 Kaum einer unter den Achtundvierzigern hatte diesen Gesinnungswandel nicht wenigstens eine beträchtliche Wegstrecke mitgemacht. Conrad Ferdinand Meyer schrieb retrospektiv: «So waren wir einig bei Wille unter den Bäumen von Mariafeld, wie es kommen müsse, aber Alle doch sehr getröstet und gehoben, als es so kam. Alle – bis auf einen einzigen Gast, Gottfried Kinkel, der als abgeirrter Achtundvierziger eifersüchtig grollte.» Zit. bei Fick, Lebensbild, 2. Teil, S. 214 ff. Zu Wislicenus, vgl. Beckmann, Ernst: Johannes Wislicenus, Nachruf v. E. B., revid. Sonderabdruck aus den Berichten der Deutschen Chemischen Gesellschaft, Jg. 37, H. 19, Berlin 1905.
- 94 Den Text der Rede publizierte die Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 12 v. 24. März 1871.
- 95 Vgl. Schmid, op. cit. S. 12; Zurlinden, op. cit. Bd. II, S. 151. Trotz seines langen Schweizer Aufenthaltes ließ er sich nicht einbürgern, da er für Deutschland ein Ausländer geworden, für die Schweiz aber ein «Fremder» geblieben wäre, wie Scherr dies dem einbürgerungswilligen Georg F. Herwegh warnend vorhielt. Klinke, Willibald op. cit. S. 122.
- 96 Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 11 v. 17. 3. 1871. NZZ, Nr. 130 v. 12. 3. 1871.
- 97 Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 11 v. 17. März 1871.
- 98 NZZ, Nr. 132 v. 13. März 1871.
- 99 Interessanterweise empfand man schweizerischerseits die Teilnahme von Damen an solchen Anlässen als deplaziert. «Man hat es übel gedeutet, daß Frauen an dem Feste Theil nahmen; aber gerade dadurch ist ja der friedliche Charakter desselben bekundet, und es ist *Sitte der Deutschen*, daß sie, wo sie sich in edler Freude freuen, ihre Frauen nicht zu Hause lassen, sondern gern und stolz mit sich nehmen. Wir finden, es ist die *schöne Sitte*, und sie wäre den Schweizern zur Nachahmung zu empfehlen.» Zürcherische Freitagszeitung Nr. 11 v. 17. März 1871.

- 100 Ebenda.
- 101 Nach der Darstellung von Hans Schmid war die Beteiligung der Internierten beim Sturm auf die Tonhalle nicht erheblich. «Bei der Inspektion der Interniertenlager in der Donnerstagnacht fehlten nur etwa 10 Mann.» Schmid, op. cit. S. 18.
- 102 Wortlaut der nicht gehaltenen Ansprache vgl. Fick, Lebensbild, 2. Teil, S. 231 ff.
- 103 Die Tagwacht, Nr. 12 v. 18. März 1871. Vgl. Text S. 172.
- 104 Wislicenus hatte 1861 das Zürcher Bürgerrecht erlangt; Beckmann, Ernst: Johannes Wislicenus, Nachruf, Berlin 1905, S. 21. Heinrich Fick war 1854 Bürger von Oberstrass-Zürich und 1875 von Zürich geworden. Gagliardi, Universität Zürich, S. 961.
- 105 Heinrich Fick (1822-1895) war in Kassel aufgewachsen, studierte Rechtswissenschaft in Marburg und Berlin. Nach der Promotion von 1847 habilitierte er sich in Marburg. Als Mitglied des Vorparlaments wurde er unter dem Ministerium Hassenpflug in Hessen-Kassel verfolgt, weshalb er 1851 dankbar die Berufung zum ausserordentlichen und unbesoldeten Professor an die Universität Zürich annahm. Neben seiner Professur für die Institutionen des römischen Rechts, Handels-, Wechsel- und Assekuranzrechts eröffnete er eine Advokatur. Wertvoll waren seine Beiträge zur Vereinheitlichung des Verkehrsrechts, berühmt seine Entwürfe für ein schweizerisches Handelsrecht sowie für das schweizerische Obligationenrecht. In verschiedenen Kommissionen u. Subkommissionen wirkte er als Berater. 1884/85 war er Rektor der Universität Zürich. Grabrede, gehalten von Professor A. Schneider; NZZ v. 26. Sept. 1895. Nachruf in der «Allgemeinen Zeitung» v. 6. 10. 1895; im Auszug abgedruckt bei Fick, Lebensbild, 2. Teil, S. 385-392. Gagliardi, Universität Zürich, S. 525. Fick, Fritz: Pro Patre, erw. SA aus d. Schw. Monatsheften für Politik und Kultur, 2. Jg. 1922/23, H. 6, 7, 8, 10.
- 106 Fick, Lebensbild, 2. Teil, S. 227. Joh. Adam Pfaff war Gymnasiallehrer in Schaffhausen; der Achtundvierziger blieb dieser Stadt durch die Heirat mit einer Schaffhauserin dauernd verbunden. Schib, Karl: Hundert Jahre Kantonsschule Schaffhausen 1851-1951, Beilage zum Jahresbericht der Kantonsschule 1950/51, Schaffhausen 1951, S. 35.
- 107 Helbling, op. cit. S. 118 ff.
- 108 NZZ, Nr. 233 v. 7. Mai 1871.
- 109 NZZ, Nr. 276, v. 1. Juni 1871.
- 110 Bernstein, Eduard: Aus den Jahren meines Exils, Erinnerungen eines Sozialisten, Berlin ²1918, S. 90 f.
- 111 Brief v. 5. 12. 1870 in: Fick, Lebensbild, 2. Teil, S. 144-147.
- 112 Brief an Konsul Mark v. Juli 1883; in: Fick, a. a. O., S. 147-149.
- 113 Antideutsche Argumente hatten schon gegen die Errichtung einer Eidg. Hochschule in Zürich eine gewisse Rolle gespielt. Von «Deutschenhass» war auch im Juli 1864 die Rede gewesen, als der Rektor des Eidg. Polytechnikums und ehemalige deutsche Flüchtling Pompejus Alexander Bolley wegen der Relegation von sechs deutschen Studenten, mit denen sich in der Folge 300 Kommilitonen solidarisierten, heftige Angriffe auf sich zog. Leo Weisz: Die Neue Zürcher Zeitung, ein Kampf der Liberalen mit den Radikalen 1849-1872, Bd. II, Zürich 1962, S. 173 ff.
- 114 Vgl. Kap. 3. 2 «Zur Bedeutung der Reichsgründung von 1871 für die Schweiz», S. 58 ff.
- 115 Fick, Lebensbild, II, S. 145; Gagliardi, Universität Zürich, S. 641.

- 116 Vgl. Text S. 104 f.
- 117 Fick, Lebensbild, II, S. 228 f.
- 118 Welche Spannungen aus den rücksichtslosen Sympathiekundgebungen entstehen mußten, mag eine der zahlreichen von Helene Fick erzählten Episoden illustrieren. Ihr Gatte hatte einen Klienten, der französisch gesinnt unter den Elsässern in Zürich eine führende Stellung einnahm. Auf die falsche Meldung vom glänzenden Sieg der Franzosen schickte sich der Elsässer an, diese Freudeskunde mit einem großen Fest in seinem Hause zu feiern; da traf die richtige Nachricht von der Niederlage bei Sedan ein, so daß nun die Deutschen ihren Sieg hochleben ließen: «Zu dem Schaden auch noch den Spott hinzuzufügen, konnte sich Heinrich da unmöglich versagen.» Fick, Lebensbild, II, S. 228 f.
- 119 Gruner, Arbeiter, S. 720 ff.
- 120 Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 2 vom 13. Jan. 1871 («Die Sympathien und Antipathien der Schweiz»).
- 121 NZZ, Nr. 57 v. 1. Febr. 1871.
- 122 NZZ, Nr. 201 v. 20. April 1871 («Stimmen über die Schweiz»); Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 15 v. 14. April 1871 («Eine Stimme zur Verständigung u. Versöhnung, aus Deutschland an die Schweizer gerichtet»).
- 123 Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 11 v. 17. März 1871; vgl. Text S. 179.
- 124 NZZ, Nr. 225 v. 3. Mai 1871 (Verständigung). Die Sorge galt der Villa «Wesendonck».
- 125 NZZ, Nr. 229 v. 5. Mai 1871 (Verständigung).
- 126 Zum staatspolitisch bedeutsamen, während Jahrzehnten aktuellen Problem der Gotthardverträge (1869, 1871, 1878, 1879, 1909) vgl. Bosshard, Felix: Der Gotthardvertrag v. 1909, Ein Beitrag zur schweizerischen Innen- und Außenpolitik vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Zürich 1973. (S. hierzu a. die Rezension v. Hermann Böschenstein, NZZ, Nr. 362 v. 8. Aug. 1973). Böschenstein, Hermann: Bundesrat Carl Schenk (1823–1895), Ein Lebensbild des Menschen und des Politikers in seiner Zeit, Bern-Bümpliz 1946, S. 132 ff.
- 127 NZZ, Nr. 276 v. 1. Juni 1871 («Eidgenössische Assisen in Zürich»). Karl Bürkli (1823–1901) war unter den Schweizern ein Vorkämpfer für das sozialistische System von Fourier. 1851 hatte er in Zürich den ersten Konsumverein gegründet. Nach dem mißglückten Siedlungsunternehmen in Texas hatte er mit der Arbeiterbewegung gegen das System Escher gekämpft; 1878 trennte er sich mit der Arbeiterbewegung von den Demokraten. Lang, Paul: Karl Bürkli, Ein Pionier des schweizerischen Sozialismus, Diss. phil. Zürich 1920.
- 128 NZZ, Nr. 229 vom 5. Mai 1871.
- 129 So suchten nach Kriegsausbruch in Genf diejenigen Baumeister, die sich dort zuvor gegenüber den streikenden Bauarbeitern am feindlichsten verhalten hatten, wegen Mangels an Arbeitskräften vergeblich Arbeiter. Heeb, Gewerkschaftsbund S. 520 f.
- 130 St. A. Zürich: Dossier M 1c, Akten betr. Lithograph Krauer; Schmid, Tonhalkrawall, S. 4.
- 131 Aussage Jakob Deck, NZZ, Nr. 276 v. 1. Juni 1871.
- 132 Aussage Peyot, NZZ Nr. 276 vom 1. Juni 1871. Der französisch verfaßte und von Peyots Frau ins Deutsche übersetzte Artikel erschien im Tagblatt der Stadt Zürich v. 3. Febr. 1871.
- 133 Tagblatt der Stadt Zürich v. 4. Febr. 1871.

- 134 Zürcherische Freitagszeitung Nr. 11 v. 17. März 1871.
- 135 St. A. Zürich: Dossier M 1c, Nr. 3, Bericht des Polizeipräsidenten der Stadt Zürich. Schmid, Tonhallekrawall, S. 5. Am Volksauflauf vor der Tonhalle waren im Unterschied zu den nachfolgenden Unruhen Angehörige aller sozialen Schichten beteiligt. Zu diesem Schluss geben auch die Ausführungen J. J. Sulzers namens der eigens bestellten Kommission vor dem Kantonsrat am 14. März Anlass: «Bei den Auftritten in der Tonhalle waren nicht die gleichen Elemente beteiligt wie an den beiden andern Abenden. Unter den bei der Tonhalle Verhafteten finden sich nur wenige Persönlichkeiten, die man unter die Kategorie der verdächtigen Subjekte zählen darf; die Mehrzahl derselben sind unbescholtene Männer, einige derselben sogar mit dem Prädikat ehrenwerter Männer.» Kantonsratsprotokoll über die Verhandlungen betr. Tonhallekrawall von 1871, Dossier M 1c, St. A. Zürich; NZZ, Nr. 137 v. 15. März 1871; Schmid, Tonhallekrawall, S. 40 ff.
- 136 Zur Pressefehde vgl. NZZ Nr. 147 u. 148 v. 21. März 1871, Nr. 201 v. 20. April u. Nr. 216 v. 28. April 1871 («Stimmen über die Schweiz»). Die Schwurgerichtsverhandlungen v. 30. Mai bis 7. Juni, vor allem das ausgewogene Plädoyer von Bundesstaatsanwalt Hans Weber brachten eine Beruhigung der erregten Gemüter.
- 137 Da sich das im Kantonsrat bekundete «tiefe Bedauern» ganz allgemein auf die vorgefallenen Gesetzesverletzungen beziehen konnte, blieb eine Satisfaktion für die spezifisch gegen die Deutschen gerichteten Gewalttätigkeiten aus. Das Ansinnen, das 437 deutschfreundliche Stadtzürcher in einer Adresse an den Regierungsrat stellten, «gegenüber den beleidigten Deutschen Dolmetscher unserer Gefühle zu sein», wurde von diesem nicht weiterverfolgt. Auch eine Zürcher Studentenversammlung verurteilte in einem Brief an den Senat die Missachtung des freien Versammlungs- und Vereinsrechtes. Schmid, Tonhallekrawall, S. 21, 60 f.; Erb, Hans: Geschichte der Studentenschaft an der Universität Zürich 1833-1936, Zürich 1937, S. 68. Andererseits wurde von den Deutschen, die ihre beleidigten Gefühle erbittert kundgaben, kaum ein Versuch zum Einlenken unternommen. Die Allgemeine Zeitung, Nr. 83 v. 24. März 1871 berichtete von einer über dreissig Personen zählenden Versammlung deutscher Dozenten des Polytechnikums und der Universität Zürich, an der von einer Seite vorgeschlagen wurde, «deutsche Gelehrte in der Presse zu warnen sich in die Schweiz ‚locken‘ zu lassen, weil sie nicht ahnen, dass man sich, wie jetzt die Verhältnisse im neudemokratischen Zürich liegen, in ‚Feindesland‘ begeben.»
- 138 Trotzdem, so meldete die Zürcherische Freitagszeitung, Nr. 17 v. 28. April 1871, wäre Wessendonck in Zürich geblieben, «wenn Seitens der Behörden irgendeine Genugthuung gegeben worden wäre.»
- 139 Böschenstein, Hermann: Bundesrat Carl Schenk (1823-1895), Bern-Bümpliz 1946, S. 121.
- 140 Obwohl Benndorf entsprechend seiner Forderung noch kurz zuvor eine finanzielle Besserstellung zugestanden worden war, konnte ihm Zürich nie die Möglichkeit bieten, die ihm später Wien für die an Mitteln so aufwendige Forschungsdisziplin eröffnete. Gagliardi, Universität Zürich, S. 603 f.
- 141 Gagliardi, Universität Zürich, S. 573 f., 605, 667 f., 701 f., 710. Zu F. A. Lange vgl. die Gedenkartikel zum 100. Todestag, verf. v. Helmut Holzhey und Iring Fetscher, in: Literaturbeilage der NZZ, Nr. 272 v. 22./23. Nov. 1975; Gruner, Arbeiter, S. 849 ff.

VI Die zweigeteilte Kolonie

Oppositionelle Gruppen und Organisationen

- 1 Tagwacht, Nr. 13 v. 17. Februar 1875.
- 2 Nach der Aufstellung bei Erich Gruner, Arbeiter, S. 754, waren im Moment der Gründung 1873 1t. Kongressprotokoll 13 Deutsche Arbeitervereine mit 1024 Mitgliedern ausgewiesen, während die Tabelle für 1876 der Tagwacht Nr. 77 v. 27. Sept. 1876 die Deutschen nicht mehr separat auf führte.
- 3 Die deutschen Hilfsvereine zählten 1870: 1057, 1873: 1269 und 1876: 1607 Personen zu ihren Mitgliedern, so dass ihr zahlenmässiger Umfang nun denjenigen der Arbeitervereine übertraf. Vgl. Dreizehnter Centralbericht über die Deutschen Hilfsvereine in der Schweiz für 1876, Zürich 1877, S. 12.
- 4 Als Beispiel der Zusammenarbeit auf lokaler Ebene sei Winterthur genannt, wo am 26. März 1871 die drei Gewerkschaften der Metallarbeiter, Schneider und Schuhmacher sowie der Grütliverein mit dem Deutschen Arbeiterbildungsverein die erste Winterthurer Arbeiterunion gegründet hatten. Die massgebende Beteiligung von Ausländern hielt aber andere Vereine vom Beitritt ab. Wie der Arbeiterbund ging dieses lockere Gebilde 1880 ein. Schneider, Willi: Die Geschichte der Winterthurer Arbeiterbewegung, Winterthur 1960, S. 28 ff. In Rorschach hatte der Deutsche Arbeiterverein zusammen mit dem Grütliverein eine Arbeiter-Union gebildet. Tagwacht, Nr. 13 v. 17. Febr. 1875. In Basel war hingegen der Arbeiterbildungsverein im Mai 1874 aus der eben gegründeten Arbeiter-Union ausgetreten. Heeb, Festschrift DAV Basel, S. 38. Nun betont sozialistisch, lehnte er die Einladung des Lörracher Arbeitervereins zur Fahnenweihe ab, da diese noch Monarchisten seien und die Fahne vom Pfarrer geweiht würde.
- 5 Ein frühes Beispiel ist der missglückte Streik der Zimmerleute 1861 in Glarus, als viele deutsche Handwerker abreisten, während die übrigen die Arbeit zum alten Lohn wieder aufnehmen mussten. Nachdem bei den grossen Arbeitskämpfen in Genf von den Bauunternehmern am 11. Juni 1870 5'000 Bauarbeiter aller Branchen ausgesperrt worden waren, reisten 2'000 von ihnen – zumeist Ausländer – ab.
- 6 Schläpfer, Rudolf: Die Ausländerfrage in der Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg, Diss. phil. Zürich 1969, S. 258 f., Anm. 150 u. 151. (Zit. als: Schläpfer, Ausländerfrage).
- 7 Vgl. Text S. 247 ff. Zum Ersten Arbeiterbund: Gruner, Arbeiter, S. 744-766.

2. Die Auswirkungen des Sozialistengesetzes

- 8 Es war im Reichstag am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen angenommen worden und fiel infolge Abstimmung vom 25. Januar 1890, indem Bismarck eine nochmalige Verlängerung verweigert wurde.
- 9 Schläpfer, Ausländerfrage, S. 149.
- 10 Berghoff-Ising, op. cit. S. 148. Ein erster Teil dieser Berichte von denen ein Bestand im Staatsarchiv Marburg liegt, ist von Reinhard Höhn: Die Vaterlandslosen Gesellen, Der Sozialismus im Lichte der Geheimberichte der preussischen Polizei 1878-1914, Bd. I (1878-1890), Köln-

- Opladen 1964 abgedruckt worden. Die im Folgenden angegebene Numerierung der Polizeiberichte richtet sich nach der Dokumentenwiedergabe bei Höhn.
- 11 «Besonders bemerkenswerth sind die Verhältnisse in der *Schweiz*, und zwar um deshalb, weil voraussichtlich eine grosse Anzahl der aus Deutschland fliehenden Sozialisten sich dorthin wenden, und von dort die Verbreitung revolutionärer Schriften nach Deutschland stattfinden wird, ihn ähnlicher Weise, wie dies jetzt schon mit den zahlreichen russischen Schriften geschieht, welche in der Schweiz verfasst und gedruckt werden.» Polizeibericht Nr. 1 v. 11. Dez. 1878, Höhn, S. 8.
 - 12 Polizeibericht Nr. 2 v. 10. Juni 1879; Höhn, S. 20. Nachdem am 28. November 1878 über Berlin und Umgebung der Kleine Belagerungszustand verhängt worden war, wurden 67 Sozialdemokraten sofort ausgewiesen; zur gleichen Massnahme griffen im Jahr 1880 Hamburg-Altona, dann Hamburg, im Juni 1881 Leipzig, im Dezember 1886 die Kreise Frankfurt a. M., Hanau, Höchst, im Febr. 1887 Offenbach, die Obertaunuskreise und Stettin. Soweit es zu Ausweisungen kam, suchten die Vertriebenen zumeist in anderen Teilen Deutschlands ein Unterkommen. Somit waren es vor allem die in der Öffentlichkeit exponierten Aktivisten der Sozialdemokratie, die – überall verfolgt – nur im Ausland einige Sicherheit finden konnten.
 - 13 Schätzungen geben an, dass auf Grund des Sozialistengesetzes etwa 1'500 Personen zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen verurteilt und etwa 900 Personen ausgewiesen wurden. Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Ein Überblick, dtv. München 1970, S. 90. Ein Bericht über die Verhandlungen des Parteitagtes in der Wirtschaft «Zu Schönenwegen» findet sich nach Höhn, S. XXXV im Staatsarchiv Hamburg. Der erwähnte Beschluss war von August Bebel eingebracht worden.
 - 14 Zur Entstehung des «Sozialdemokrat» vgl. Renk, Hansjörg: Bismarcks Konflikt mit der Schweiz, Der Wohlgemuth-Handel von 1889, Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft Bd. 125), Basel-Stuttgart 1972, S. 19-24. (Zit. als: Renk, Wohlgemuth-Handel). Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, Berlin 1914, S. 63 ff. Polizeibericht Nr. 3 v. 29. Dez. 1879, Höhn, S. 28. S. a. Text S. 249.
 - 15 So sprachen im «Deutschen Verein» Winterthur, wie der Arbeiterverein in den achtziger Jahren vorübergehend hiess, 1881 Jgnaz Auer, etwas später Karl Grillenberger und 1888 Wilhelm Liebknecht. Zinner, Fest-Schrift AABV, S. 27.
 - 16 Delegierte aus den verschiedenen Regionen Deutschlands, Vertreter der deutschen Sozialisten in der Schweiz, in Frankreich und Belgien sowie je zwei österreichische und schweizerische Sozialdemokraten, insgesamt 56 Teilnehmer hatten sich in Wyden eingefunden. Einen Einblick in den Tagungsverlauf und in die gefassten Beschlüsse gibt der Polizeibericht Nr. 5 v. 31. Dez. 1880. Höhn, S. 51 ff.; Protokoll des Kongresses der Deutschen Sozialdemokratie, abgehalten auf Schloss Wyden in der Schweiz vom 20. bis 23. August 1880, Zürich 1880. Der Sozialdemokrat, Nr. 38 v. 19. Sept. 1880. Mehring, Franz: Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie, Bd. 4, Stuttgart ⁵1913, S. 183 f. Bebel, Bd. III, S. 145 ff.
 - 17 Bebel, Bd. III, S. 238 ff. Polizeibericht, Nr. 9 v. 30. Januar 1883, Höhn, S. 143. Zu den Besitzverhältnissen der Volksbuchhandlung und Genossenschaftsdruckerei vgl. unten Anm. 137.
 - 18 Der Kongress war vom Generalrat der belgischen Sozialisten zuerst nach Zürich einberufen worden. Das Bombenattentat auf Zar Alexander II. im März 1881 hatte auch in der schweizerischen Bevölkerung den Unmut gegen die politische Emigration gesteigert, so dass eine Peti-

- tion von über 30'000 Kantonsbürgern zustande kam, die erfolgreich auf ein Verbot der angekündigten Tagung drängte. Diese spontane Demonstration wurde mitunter als Ausfluss des «Deutschenhass» gewertet. Polizeibericht Nr. 7 v. 12. Jan. 1882, Höhn, S. 115 f.; Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 33.
- 19 Bericht über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie, abgehalten zu Schönenwegen bei St. Gallen vom 2. bis 6. Oktober 1887, St. Gallen 1887. Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 59 ff.
- 20 Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863-1909, bearb. v. Wilhelm Schröder, München 1910 (unveränderter fotomech. Neudruck, O-Berlin 1971), S. 32 f.
- 21 BB1. 1888 I, S. 594 ff.
- 22 Schon früher ist in den Fällen Friedemann, Peukert, Elias Schmidt und Karl Theodor Weiss Spitzelverdacht aufgekommen. Zwielfichtige Akteure wie Alfred von Ehrenberg, der – einst selbst preussischer Generalstabsoffizier – die deutsche Armee unterwandern wollte, suchten die revolutionären und verirrten Gruppen für ihre eigenen ehrgeizigen Pläne zu missbrauchen. Vgl. die Akten im BA-B: Pol. Dep. 1848-1917, Bd. 3 (Affäre Haupt-Schröder) u. Bd. 4 (Fall Wohlgemuth); JPD 1889-1920: Fremde Agenten Bd. 6. BB1. 1888, I, S. 592-594; Der Sozialdemokrat, Nr. 27 v. 6. Juli 1889; Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 63 ff.; Langhard, op. cit., S. 287 ff., 310 f., 317 ff.
- 23 Vgl. Anm. 14. Die Arbeit ist auf Anregung von Edgar Bonjour zustande gekommen, der den Fall Wohlgemuth in den grösseren Rahmen seiner Neutralitätsgeschichte eingeordnet hat: Bonjour, op. cit. Bd. II, S. 461-485.
- 24 Obwohl Hansjörg Renk in einem ersten Teil «Die Schweiz und das deutsche Sozialistengesetz, 1878-1888» auch ungedrucktes Material auswertet, liess sich über die deutschen Sozialisten und Anarchisten in der Schweiz wenig Neues eruieren. Hier bedarf es einer Detailstudie, die auch die kantonalen Archivbestände sowie die deutschen Landesarchive miteinfasst.
- 25 Zumindest der Basler Verein hatte sich am Gothaer Kongress mit einem eigenen Delegierten beteiligt. Heeb, Festschrift DAV Basel, S. 39.

3. Die Schweiz als Ausgangsbasis des deutschen Anarchismus

- 26 Berghoff-Ising, op. cit. S. 143 ff., 164, 213.
- 27 Bigler, Rolf R.: Der libertäre Sozialismus in der Westschweiz, Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie, Bd. II, Köln-Berlin, 1963, S. 14 (Zit. als: Bigler, Libertärer Sozialismus). Thomann, Charles: Le mouvement anarchiste dans les Montagnes neuchâteloises et le Jura bernois, La Chaux-de-Fonds 1947. Gruner, Arbeiter, S. 600-688, 815-848. Zur Geschichte des Anarchismus allg. vgl.: Joli, James: Die Anarchisten, ins Deutsche übertragen von Alfred Kellner, Frankfurt a. M.-Berlin 1966. Als früheres Zeitdokument bedeutsam ist: Guillaume, James: L'Internationale, Documents et Souvenirs (1864-1878), 4 Bände, Paris 1905-1910. Solange eine neue und umfassende Studie über den Anarchismus in der Schweiz fehlt, ist aus konservativ-bürgerlicher Sicht zu erwähnen: Langhard, Johannes: Die anarchistische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart und die internationalen Führer, Berlin 1903 (Zit. als: Langhard: Anarchistische Bewegung). Brupbacher, Fritz: Marx und Bakunin, München 1911.

- 28 Bigler, Libertärer Sozialismus, S. 180.
- 29 Dass in Philadelphia die Auflösung der Internationale beschlossen worden war, verschwieg Greulich. Zur Krise in der Zürcher Sektion kam es erst, nachdem die anarchistische «Arbeiter-Zeitung» in Bern erschien. Für die deutschen Sympathisanten des Anarchismus lag das Zentrum in der Westschweiz und in Bern. Greulich, Grünes Hüsi, S. 36 f., 74 f., 79, 86 ff.; Tagwacht v. 19. Juli 1876.
- 30 Kropotkin, Memoiren, S. 315 f., 322 f.
Das Frauenstudium an den Schweizer Hochschulen, hrsg. v. Schweizerischen Verband der Akademikerinnen, Zürich 1928, S. 22 ff.
- 31 Guillaume, Schwitzguébel und Spichiger war überdies durch die gesellschaftliche Ächtung der Lebenserwerb nahezu verunmöglicht worden. Kropotkin, Memoiren, S. 492 f. Zum Niedergang der Juraföderation s. Bigler, Libertärer Sozialismus, S. 166 ff.; Gruner, Arbeiter, S. 819 ff.
- 32 Bulletin de la Fédération jurassienne de l'Association internationale des travailleurs v. 12. Okt. 1873. Zum Bulletin vgl. Anm. 39.
- 33 Sergej Njetschajew (1847-1882), der Dostojewskij für die Figur des P. Werchowenski das Vorbild abgab, hatte 1869 nach einem Aufenthalt in der Schweiz eine über ganz Russland sich erstreckende straff zentralistisch geführte Untergrundorganisation nach dem Zellenprinzip aufbauen wollen. Zustande kam nur eine einzige Gruppe, deren Mitglied Iwanow von Njetschajew Ende 1869 wegen Gehorsamsverweigerung ermordet wurde. In die Schweiz geflohen, umgab er sich im Kreis der Exilrussen mit der Aura des aktiven Revolutionärs, der die Stufe blosser Debatten überwunden hatte. Die Methode, Personen durch belastendes Wissen abhängig zu machen, suchte er auch auf Bakunin anzuwenden. In Zürich der Polizei denunziert, wurde er 1872 an Russland ausgeliefert. Für das im Film über Njetschajew von Peter von Gunten aufgeworfene Problem der Preisgabe der Asylgewährung unter dem Druck von Aussen gibt dieser revolutionäre Terrorist ein denkbar schlechtes Beispiel ab. Vgl.: Die Auslieferung, ein Film von Peter von Gunten, deutscher und französischer Text (Reihe «Filmtexte»), Bern 1974. Zur Kontroverse, ob der flüchtige Verschwörer im Tausch gegen ein Handelsabkommen dem zaristischen Regime ausgeliefert worden sei, vgl. die Ausführungen von Erich Gruner in: Basler Nachrichten, Nr. 92 v. 20. April 1974. Über die Beziehungen zu Bakunin aus neuester Sicht gibt Aufschluss: Michel Bakounine et ses relations avec Sergei Necaev 1870-1872, Ecrits et matériaux ed. A. Lehning, Leiden 1971.
- 34 Michael Bakunin (1814-1876) hatte sich schon 1843 in der Schweiz aufgehalten; in Zürich war er mit Herwegh, Follen und Froebel, in Bern mit der Familie Vogt in Verbindung gekommen. 1868 suchte er in der Westschweiz ein Refugium. Im Herbst 1869 fand er in Locarno – mit Unterbrüchen – eine Bleibe. Während die aus dichterisch-historischer Schau gegebene Lebensbeschreibung von Ricarda Huch: Michael Bakunin und die Anarchie, Leipzig 1928, S. 74 ff., 196-213, 244-271, zu den schwächeren Werken der Schriftstellerin gehört, vermittelt das Werk von Max Nettlau: Michael Bakunin, Eine Biographie, 4 Bde., London 1898-1900 immer noch wertvolle Aufschlüsse.
- 35 Paul Brousse, 1844 in Montpellier geboren, hatte in Paris Medizin studiert und war, nach Aufenthalt in Luzern und Zürich, von 1875 bis April 1877 Assistent am chemischen Laboratorium der Universität Bern, wo er ein rühriges Mitglied der Fédération jurassienne wurde. Durch seinen Eintritt in den Sozialdemokratischen Verein Bern sowie durch die Gründung der

- «Arbeiter-Zeitung» setzte er sich für die Ausweitung der anarchistischen Propaganda auf die Deutschsprachigen ein. 1879 wurde er als Redaktor der «Avant-Garde», die den Standpunkt der «Propaganda der Tat» vertrat, ausgewiesen. Als gemäßigter und reformistischer Sozialdemokrat brachte er es später zum Bürgermeister von Paris. Gruner, Arbeiter, S. 833 ff.
- 36 Pjotr Aleksejewitsch Kropotkin (1842-1921) besuchte erstmals im Frühjahr 1872 Zürich, wo er mit der dortigen Sektion der Ersten Internationale bekannt wurde. Seine Reise führte ihn nach Genf und in den Jura, wo er nach kaum zwei Wochen Aufenthalt in seinen sozialistischen Anschauungen geformt sein wollte: «ich war ein Anarchist». Dies sowie seine zweite Schweizerzeit, die 1881 mit der Ausweisung endete, schilderte er in: Kropotkin, Petr: Memoiren eines Revolutionärs, mit einem Nachwort von George Woodcock, Frankfurt a. M. 1973, S. 314 ff., 322-340, 452-470, 492-501, 515 ff.
- 37 Vgl. a. Langhard, Anarchistische Bewegung, S. 11 ff., 37 f., 76 ff., 122 ff.
- 38 Hierzu zählen die verschiedenen Franzosenclubs, sechs Italiener-Sektionen und fünf deutsche Gruppen. Um 1877 sollen von den insgesamt 29 Sektionen der Fédération jurassienne etwa die Hälfte Ausländerclubs gewesen sein. Gruner, Arbeiter, S. 833 f.
- 39 Das Bundeskomitee der Fédération jurassienne in La Chaux-de-Fonds hatte in Analogie zu ihrem Bulletin 1874 sporadisch ein «Socialdemokratisches Bulletin» herausgegeben, das in der deutschsprachigen Arbeiterschaft aber ohne die erhoffte Resonanz blieb. Das nun von der Gruppe um Brousse, Emil Werner und Karl Kachelhofer vierzehntäglich herausgegebene Blatt war mit der Juraföderation eng verbunden, ohne ihr offizielles Organ zu sein. Langhard, Anarchistische Bewegung, S. 188 ff., Guillaume, Bd. 3, S. 180 ff., 197; Bd. 4, S. 54 ff., 206 f.
- 40 Die Arbeiter-Zeitung liess sich bisher in der Schweiz nicht auffinden. Blaser, Bibliographie der Schweizer Presse, 1. Halbband, Basel 1956, S. 84. Gruner, Arbeiter, S. 832, Anm. 28.
- 41 Greulich, Grünes Hüsl, S. 86.
- 42 A. a. O., S. 92 f.; Gruner, Arbeiter, S. 833 ff., hat die Geschichte des «Sozialdemokratischen Vereins Bern» auf Grund der Unterlagen im «Internationalen Archiv für Sozialgeschichte Amsterdam» erhellt. Dem verschiedenen Nationalitäten offenstehenden Verein traten im März 1876 Paul Brousse und im Juli Rinke, Reinsdorf und Werner bei, die in erster Linie dessen Hinwendung zum Anarchismus herbeiführten.
- 43 Gruner, Arbeiter, S. 839. Dass Kropotkin die Statuten entwarf sowie ihr Programm massgeblich mitgestaltete, unterstreicht die geistige Abhängigkeit, in der die ersten deutschen Anarchistengruppen entstanden. Die flüchtige Erwähnung von Werner und Rinke in seinen Erinnerungen weist ebenfalls auf die untergeordnete Bedeutung der Deutschen innerhalb der Jurabewegung hin. Kropotkin, Memoiren, S. 467. Hinweise auf sie vermittelt: Guillaume, James: L'Internationale, Documents et Souvenirs (1864-1878) Bd. IV, Paris 1910, S. 78, 86, 207 f., 217. Die Statuten sind abgedruckt bei Nettlau, Max: Der Anarchismus von Proudhon zu Kropotkin, Seine historische Entwicklung in den Jahren 1859-1880, Berlin 1927, S. 133 f.
- 44 Für die internationale Arbeiterbewegung war Bern, wo Bakunins Begräbnisfeier wie der Kongress vom Oktober auf eine Versöhnung zielten, 1876/77 ebenso wie für den Aktionsanarchismus vorübergehend zu einem Hauptschauplatz geworden. Gruner, Arbeiter, S. 820, 823-828, 832 ff.; Langhard, Anarchistische Bewegung, S. 66-75; Bigler, Libertärer Sozialismus, S. 173 ff.

- 45 Langhard, op. cit. 253 f.; der Verfasser, der bis heute immer noch am eingehendsten über den Anarchismus in der Schweiz gehandelt hat, stützt sich zu Reinsdorf auf die schwer auffindbare Schrift: Most, Johann: August Reinsdorf und die Propaganda der Tat, New York 1885, sowie auf: Der Anarchistenprozess Reinsdorf und Genossen vor dem zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts zu Leipzig vom 15. bis 22. Dezember 1884, Leipzig 1884.
- 46 Greulich, Grünes Hüslü, S. 79 f.
- 47 A. a. O., S. 78 f.
- 48 Langhard, Anarchistische Bewegung, S. 250.
- 49 Wir bezeichnen ihn daher als «Aktionsanarchismus»; aller Theorie fernstehend, rezipierte er die Lehren Bakunins, von Brousse, der sich jedoch seit 1878 vom Terrorismus zu distanzieren begann, und von Kropotkins «kommunistischem Anarchismus» im Wesentlichen nur, soweit sie sich auf das unmittelbare Handeln bezogen.
- 50 Guillaume, op. cit. Bd. III, S. 8; Bigler, S. 149 f.
- 51 Seinen Aufruf an alle deutschen Arbeiter (im Bulletin de la Fédération jurassienne, Nr. 35 v. 27. Aug. 1876) bezeichnet Erich Gruner sogar als «die Geburtsstunde der deutschen anarchistisch-terroristischen Bewegung»; Gruner, Arbeiter, S. 832.
- 52 Schon bevor Brousse seinen Artikel «La propagande par le fait» im Bulletin, Nr. 31 v. 5. August 1877 veröffentlichte, hat er seine Auffassungen in der «Arbeiter-Zeitung» dargelegt: «wir sind hauptsächlich Anhänger der Propaganda durch die Tat», hiess es dort am 16. Dez. 1876. Langhard, Anarchistische Bewegung, S. 190 f.
- 53 Polizeibericht Nr. 5 v. 31. Dez. 1880, Höhn, S. 63, 65.
- 54 Linse, Ulrich: Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871, Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter Bd. 3, Berlin 1969, S. 124-128.
- 55 Brousse hatte durch die Sprache seines Anarchistenblattes L'Avant-Garde (2.6.1877-2.12.1878) den Bundesrat zur Ausweisung veranlasst. Langhard, Anarchistische Bewegung, S. 83-93; vgl. oben Anm. 35.
- 56 Gruner, Arbeiter, S. 638. Über die franz. Emigration: Vuilleumier, Marc: Les Proscrits de la Commune en Suisse (1871), SZG 12, 1962, S. 498-537.
- 57 Johann Joseph Most (1846-1906) war noch in den Vorstellungen von Schulze-Delitzsch befangen, als er im März 1867 in Le Locle Arbeit nahm. Er trat dem dortigen deutschen Arbeiterverein bei. Nach seiner Übersiedlung nach Zürich wurde er 1867/68 als Mitglied der «Eintracht» und der Internationalen Sektion dem Sozialismus nähergebracht. In seinen Erinnerungen schreibt Greulich über den Buchbinder aus Augsburg sogar: «Er war noch nicht Sozialist, wurde es aber durch meinen Bekehrungseifer sehr bald.» Greulich, Grünes Hüslü, S. 36 f. In Deutschland schloss sich Most der Eisenacher Partei an und wurde 1874 Reichstagsabgeordneter. Am 17. März 1877 hielt er im Kasino Hottingen eine vielbeachtete Gedenkrede, zu der sich auch der deutsche Konsul in Zürich eingefunden hatte und die den Anarchismus noch eindeutig ablehnte. Mehrfach seiner Schreibweise wegen im Gefängnis, musste er unter dem Sozialistengesetz Berlin verlassen. In London, wo er im «Communistischen Arbeiter-Bildungsverein» Unterstützung fand, verfiel er immer mehr einem anarchistischen Radikalismus, dem er auch im New Yorker Exil mit seinem Organ «Freiheit» anhing. Mosts Erinnerungen «Zur Geschichte der ‚Freiheit‘» findet sich ausser in der «Freiheit» auch im Berliner Anarchistenorgan abgedruckt: Der Sozialist, Nrn. 29-31, 33, 35, 37-43, 45, 47, 50-52 v. Juli-Dez.

1896. Nach dem Ersten Weltkrieg versuchte Rocker unter dem Schlagwort: «Für den freiheitlichen Kommunismus» den Mostschen Ideen als Gegensatz zum autoritären Kommunismus in Russland neuen Auftrieb zu geben. Rocker, Rudolf: Johann Most, Das Leben eines Rebellen, Berlin 1924. Most, John: Für die Einheitsfront des revolutionären Proletariats, Das Ziel des Kommunismus: Kommunistischer Anarchismus, mit Einleitungen von Rudolf Rocker und Franz Pfemfert, Berlin 1921.
- 58 Der Sozialist, Nr. 31 v. 1. 8. 1896.
- 59 Polizeibericht Nr. 5 v. 31. Dez. 1880; Höhn, S. 71.
- 60 Rinke wagte sich 1882 von Paris aus zur Untergrundagitation nach Südwestdeutschland und wurde in Darmstadt verhaftet. Seit 1889 tritt er neben Josef Peukert als Führer der Londoner Anarchistengruppe «Autonomie» hervor. Polizeiberichte Nr. 8 v. 14. Juni 1882, Nr. 16 v. 22. Nov. 1889, Höhn, S. 125, 329 f. Emil Werner, der neben Reinsdorf ebenfalls zum frühen Berner Kreis gehörte, wäre 1880 in Deutschland beinahe wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt worden. Für seine Ideen agitierte er in der Westschweiz; auf dem Jahreskongress der Juraföderation in Lausanne v. 4. Juni 1882 schlug er vor, mit der Zerschlagung staatlicher Autorität bereits auf Gemeindeebene zu beginnen. Polizeibericht Nr. 5 v. 31. Dez. 1880, Höhn, S. 61; Langhard, Anarchistische Bewegung, S. 72 f., 146.
- 61 Der Sozialist, Berlin, Nr. 31 v. 1.8.1896. Nach 1881 soll Reinsdorf seinerseits geäußert haben, Most sei ein Tyrann, dem Anarchismus stehe er ebenso feindlich gegenüber wie Liebknecht. Peukert, Josef: Erinnerungen eines Proletariers aus der revolutionären Arbeiterbewegung, mit Vorwort v. Gustav Landauer, Berlin 1913, S. 76.
- 62 Dass die Pflicht zur Agitation und Propaganda angesichts der Lage in Deutschland nun fast ganz auf den Schultern der in der Schweiz lebenden Genossen ruhe, besagte auch ein im Sommer 1880 an hiesige Anarchisten versandtes Rundschreiben. Langhard, Anarchistische Bewegung, S. 286 f.
- 63 Müller, Eduard: Bericht zur Untersuchung betr. die anarchistischen Umtriebe in der Schweiz, BB1. 1885, III, S. 537-721 (Zit. als «Untersuchungsbericht Müller» nach Separatabdruck, Bern 1885).
- 64 Die Darstellung von Untersuchungsrichter Berdez, die vom Bericht des eidg. Generalanwaltes wiedergegeben wurde, missverstand die anarchistische Internationale als Fortsetzung der 1876 aufgelösten Ersten Internationale. Müller, a. a. O., S. 4 f.
- 65 Polizeibericht Nr. 7 v. 12. Jan. 1882, Höhn, S. 106 f.; möglicherweise lag dem von Heeb berichteten Austritt des Deutschen Arbeitervereins aus dem Basler Arbeiterbund im Juli 1881, für den er keine Erklärung fand, ein Richtungsstreit wegen der Beteiligung am Londoner Anarchistenkongress zugrunde. Heeb, Festschrift DAV Basel, S. 42.
- 66 Polizeibericht Nr. 9 v. 30. Jan. 1883, Höhn, S. 156 f. Nach anderer Quelle wurden als Teilnehmer ausgemacht: Bern: Kennel; Freiburg: Otter; Vevey: Schmelzbach; Zürich: Schröder; Lausanne: Heilmann; Biel: Deschner und Czerkauer. Linse, op. cit., S. 132, Anm. 14.
- 67 Langhard, Anarchistische Bewegung, S. 220-224; Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 35-38. Auch die Nummern bis zum 4. November 1882 mit der Druckangabe Brüssel und Exeter wurden wahrscheinlich in der Schweiz hergestellt. Fritz Blaser, Bibliographie der Schweizer Presse, Bd. I, Basel 1956, S. 409, bezeichnete für den ganzen Zeitraum Wilhelm Bühler in Schaffhausen als Drucker. Vom 9. Dez. 1882 an erschien die «Freiheit» unter der Redaktion v. Most in New York; Polizeibericht, Nr. 9 v. 30. Jan. 1883, Höhn S. 150, der auch den Schmuggel der

- «Freiheit» schildert. Die neueste Darstellung von Eduard Joos, der über den Drucker Wilhelm Bühler zusätzliche Aufschlüsse gibt, übersieht, dass nach den Ergebnissen der von der Zürcher Regierung veranlassten Untersuchung der Druckort der «Freiheit» nicht bis November 1882 in Schaffhausen verblieben sein kann, zumal Bühler nach eigenen Angaben nur etwa acht Nummern des nach Möglichkeit wöchentlich in 2'000 Exemplaren erschienenen Anarchistenorgans hergestellt hat. Joos, Eduard: *Parteien und Presse im Kanton Schaffhausen*, (Schaffhauser Beiträge zur Geschichte, Bd. 52, 1975), Thayngen 1975, S. 167 ff.
- 68 Most selbst war bestrebt, Schröder zum Polizeispitzel «nur sehr geringen Grades» herabzuspielen, ohne dem Vorwurf seiner Gegner, die «Freiheit» sei mit preussischem Polizeigeld gedruckt worden, den Stachel nehmen zu können. *Der Sozialist*, Berlin, Nr. 38 v. 19. Sept. 1896. *Der Sozialdemokrat*, Nr. 27 v. 6. Juli 1889.
- 69 Schröder wurde auch angelastet, den Druck folgender in der Schweiz hergestellter anarchistischer Flugblätter vermittelt zu haben, die zur Untergrundpropaganda in Deutschland bestimmt waren: «Elektrischer Funke», «Der schlechte Arbeitslohn», «Ein Wort zur Aufklärung», «An das arbeitende Volk». *Der Sozialdemokrat*, Nr. 27 v. 6. Juli 1889. *Der Polizeibericht* Nr. 9 v. 30. Jan. 1883, Höhn, S. 149, ordnete dagegen die Verfasser dieser Flugschriften der Bebel-Liebknichtschen Richtung zu.
- 70 Der ganze Brief ist abgedruckt in: Langhard, op. cit. S. 264, der sich auf das Dossier «Prozess gegen den Anarchisten Hermann Stellmacher» aus der damaligen Wiener Kriminalbibliothek stützte.
- 71 Langhard, a. a. O.
- 72 Joseph Kaufmann, Mechaniker, 1846 in Bludenz geboren, wurde am 15. Dez. 1884 aus der Schweiz ausgewiesen, nachdem bei ihm Material zur Sprengstoffherstellung gefunden worden war. BB1. 1888, I, S. 594 ff.; Langhard, *Anarchistische Bewegung*, S. 290 f., 318.
- 73 *Der Sozialist*, Nr. 31 v. 1. Aug. 1896.
- 74 *Polizeibericht* Nr. 7 v. 12. Jan. 1882, Höhn, S. 114.
- 75 Sein rührigstes Mitglied war der am 22. März 1884 ausgewiesene Rheinbayer Friedr. Ph. von Kennel. *Polizeibericht* Nr. 9 v. 30. Jan. 1883, Höhn, S. 156. BB1. 1884, II, S. 233.
- 76 Untersuchungsbericht Müller, S. 5. Die rudimentäre Festschrift AAV Lausanne, S. 11, meldet, laut Vereinsprotokoll seien 1883 14 Mitglieder wegen des anmassenden Benehmens anarchistisch gesinnter Vereinsmitglieder ausgetreten. Dabei sei ein Teil der offenbar beachtlichen Bibliothek u. Vereinsakten verloren gegangen. Später habe der Leseclub wieder den Namen «Allgemeiner Arbeiterverein» angenommen.
- 77 *Polizeibericht* Nr. 10 v. 30. Juli 1883, Höhn, S. 182.
- 78 Ein Flugblatt «Der Rebell» war zu Beginn 1882 einmalig in London erschienen. *Polizeibericht* Nr. 8 v. 14. Juni 1882, Höhn, S. 124. Blaser, *Bibliographie der Schweizer Presse*, Bd. II, Basel 1958, S. 817 weist vom Blatt nur eine Nummer nach. Die Nrn. 2, 3 und 4 erschienen im Okt., Nov. u. Dez. 1883, die nach *Polizeibericht* Nr. 11 v. 4. März 1884, Höhn, S. 200 ff. «in ganz Deutschland sehr stark verbreitet» wurden. Im Sommer 1884 kam Nr. 5 heraus, während Nr. 6 v. Okt. möglicherweise schon in London hergestellt wurde. *Polizeibericht*, Nr. 12 v. 4. Nov. 1884, Höhn, S. 226. Der Hauptverantwortliche für das Blatt war wohl Josef Peukert, der aus Wien geflüchtete Redaktor der unterdrückten «Zukunft», der u.a. im Berner Verein «Freiheit» im Sinne Stellmachers weiteren Dynamittatanten das Wort redete. Langhard, op. cit. S. 288.

- Zur gleichen Zeit als Peukert von der Schweiz (ca. 2. Hälfte 1884) nach London ging, wechselte auch der «Rebell» seinen Erscheinungsort. In London gründete Peukert unter Bruch mit den Mostianern eine neue Anarchistengruppe «Autonomie», deren Organ der unregelmässig, etwa alle 2 Monate mit einer Auflage v. 5-600 Exemplaren herauskommende «Rebell» war. Spätestens 1887 nannte sich das Blatt «Autonomie». Wegen der Verhaftung von Johann Neve kam Peukert in Spitzelverdacht und wurde von Otto Rinke als Leiter der «Autonomisten» abgelöst. Polizeiberichte Nr. 13 v. 6. Juli 1885; Nr. 14 v. 24. Juli 1886; Nr. 16 v. 22. Nov. 1889; Höhn, S. 249, 251, 274, 329 f.
- 79 In der P,esolution hiess es u.a.: «Wir erklären ferner, dass es eine Lüge ist, die heutige Menschheit sei reif, den Befreiungskampf mit geistigen Waffen führen zu können; dass im Gegenteil, da der Kampf von Seiten der herrschenden Klassen mit allen Mitteln aufs Grausamste geführt wird, wir naturnotwendigerweise mit denselben Waffen kämpfen müssen, und jedes Mittel, welches den Sturz der heutigen Gesellschaft herbeizuführen im Stande ist, uns gerecht erscheint.» «Freiheit» v. 1. 9. 1883; Langhard, Anarchistische Bewegung, S. 288.
- 80 Die z.T. überhaupt fehlende Planung der einzelnen Verbrechen, auch das Fehlen von Hinweisen im darüber sonst gut unterrichteten Polizeibericht Nr. 11 v. 4. März 1884 legt diesen Schluss nahe.
- 81 Der Sozialdemokrat Nr. 27 v. 6. Juli 1889.
- 82 Als Reinsdorf Mitte Sept. 1880 in Berlin verhaftet wurde, trug er einen Dolch auf sich. Polizeibericht Nr. 5 v. 31. Dez. 1880, Höhn, S. 63. Das 1933 von van der Lubbe angezündete Reichstagsgebäude ist erst 1884-94 von P. Wallot erbaut worden.
- 83 Freiheit, Nr. 52 v. 27. Dez. 1884.
- 84 A. a. O.: «Unter der Strasse, die der Tyrann und dessen Tross vom Festplatz zum Bankett benützen musste, war Dynamit eingebettet, genug, um alle Schuldigen in tausend Stücke zu zerreißen. Eine Lunte zog sich bis in den nahen Wald hinein, von wo aus die Mine leicht entzündet werden konnte. Der Stratege, welcher dieses Arrangement getroffen, ist August Reinsdorf.» Sofern die Zündschnur nicht vom Mittäter Reinhold Rupsch durchschnitten worden war, muss sie auf einer feuchten Stelle gelegen haben. Most selbst konnte das Unternehmen wegen einer Verletzung nicht selbst ausführen und die beiden mit dem Anschlag betrauten Gefährten hatten vergessen, einen wasserdichten Zünder zu verwenden. In der Nacht zuvor soll es heftig geregnet haben. Joli, James: Die Anarchisten, Berlin 1966, S. 146. Gleichsam im Attentatsamok sollte das ungenützte Sprengmaterial wenigstens am nächsten Tag in der von Menschen dicht besetzten Rüdesheimer Festhalle zur Explosion gebracht werden; doch als die Sprengladung schliesslich gezündet worden war, hatte sie lediglich unter den Vorräten eines Wirtshauses Schaden angerichtet. Der Schriftsteller Claus Hubalek hat den Stoff für sein Drehbuch zum Fernsehfilm «Attentat» verarbeitet, der am 11. April 1975 im Zweiten Deutschen Fernsehen gesendet worden ist.
- 85 Die «Freiheit», Nr. 7 v. 14. Febr. 1885, die deshalb mit schwarzem Trauerrand umrahmt war, schrieb: «Schwingen wir uns auf zur Höhe eines August Reinsdorf! Vollenden wir das Werk, das er so kühn begonnen! Nur so allein können wir ihn rächen; so allein können wir uns seiner würdig zeigen; so allein können wir siegen! Hoch die Gewalt! Es lebe die soziale Revolution!»
- 86 Durch die Terrorakte der neuesten Zeit ist die Argumentation in der Most'schen «Freiheit», mit der diese Untaten begrüsst wurden, wieder bekannter geworden. Nach dieser Betrachtungs-

- weise handelt es sich z.B. beim Stuttgarter Banküberfall um vier Männer, die lediglich «den Geschäftsinhaber und dessen Buchhalter mittelst Hämmern begriffsstutzig machten und die vorhandenen Gelder confiscirten». Freiheit, Nr. 52 v. 29. Dez. 1883. Die nachfolgenden Angaben basieren auf dem Untersuchungsbericht Müller, S. 58 ff.; Langhard, Anarchistische Bewegung, S. 268 ff.
- 87 BB1. 1885, HI, S. 718; 1888, I, S. 601 f., 688-701; III, S. 627 ff., 825 ff. Zur Strafverfolgung anarchistischer Verbrechen vgl. von Salis, L. R.: Schweizerisches Bundesrecht, Bern ²1903, Bd. IV, S. 340 ff. Die Umtriebe von Ausländern als Anlass für die Verschärfung der polizeilichen Massnahmen bringen zur Darstellung: Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 89 ff., 280 ff., Müller, Martin: Die Entwicklung der Bundespolizei, Zürich 1949. Lüthi, Werner: Die Schweizerische Bundesanwaltschaft, Bern 1923. Langhard, Johannes: Die politische Polizei der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bern 1909.
- 88 Most, Johann: Eine Abhandlung über Prinzipien und Taktik der kommunistischen Anarchisten, nebst einem polemischen Anhang, von J. M., New York 1884. Ausschnitte, abgedruckt bei Langhard, Anarchistische Bewegung, S. 229-241 (Zitat v. S. 240).
- 89 Freiheit, Nr. 24 v. 14. Juni 1884. Zur geforderten Beseitigung seines klassenmässig bezeichneten Gegners verwandte Most die analoge animalische Diktion wie sie Hitler z.B. in «Mein Kampf» für die propagierte Vernichtung seines nach rassischen Begriffskategorien definierten Feindes gebrauchte. So sprach Most von «Kapitalistenbrut», von «giftigem Unkraut», man solle «Menschenfeinde in das Nichts befördern», «kurzen Prozess machen», «human wissenschaftlich... abtun». Ein anarchistisches Flugblatt, offenbar in Zürich gedruckt, trug den Titel: «Ungeziefertod»; Polizeibericht Nr. 6 v. 15. Juni 1881, Höhn, S. 81. Vor allem die Metapher: «mit dem Parasitengezücht gründlich Kehraus halten», was nicht über die Klinge springe, bleibe ein Stachel im neuen Gesellschaftskörper, entspricht Hitlers Typologisierung des Juden als «Parasit», dessen Beseitigung der Welt erst den «wahren Frieden» bringen werde. Langhard, op. cit. S. 238 ff.; Hitler, Adolf: Mein Kampf, 54. Aufl., München 1933, S. 334, 358 f. Vgl. a. seine an die alten Parteigenossen gerichtete Adresse v. 24. Febr. 1942, Völkischer Beobachter, Nr. 56 v. 25. 2.1942.
- 90 «Konfiskation des gesamten Kapitals durch die gewissermassen als Welteroberer auftretenden Revolutionssoldaten und sofortige Ausrottung der ganzen Bourgeoisie, Aristokratie und Pfaffheit – das oder nichts muss die Loosung sein.» Freiheit, Nr. 24 v. 16. Juni 1883. Der Bericht Müller, S. 7-57 vermittelt eine Fülle derartiger Zitate aus der «Freiheit».
- 91 Schon in der «Freiheit», Nr. 20 v. 19. Mai 1883 hatte Kammerer unter dem Pseudonym «A. Marmerek» an die Genossen in Florisdorf appelliert, Denunziationen an den «Schurken Vidiz, Hlubek, Blöch und Konsorten» zu rächen. Auch das Attentat auf Dr. Rumpf wurde in der «Freiheit», Nr. 40 v. 6. Oktober 1883 im Voraus propagiert. Doch Kammerer musste sich selbst mit Stellmacher nach Florisdorf aufmachen, während Lieske offenbar ein animierter Überzeugungstäter war. Nach der «Freiheit», Nr. 4 v. 24. Jan. 1885 hatte Lieske als der «Bevollmächtigte» gehandelt: «Rumpff war Nr. 1 einer langen Proscriptionsliste. Sie werden Schlag auf Schlag und Stoss auf Stoss folgen lassen.» So effektiv der Ruf «zittere Kanaille!» war, blieb er Bluff; für derartige «Taten» fand Lieske unter seinen deutschen Genossen trotz der verbalen Solidarisierung keine Nachahmung.

- 92 Müller, S. 64 f.
- 93 Bundesratsbeschluss v. 26. Febr. 1885; BB1. 1885, I 517, II 728. Seitdem 1856 die permanente Generalanwaltschaft eingestellt worden war, wurde für bestimmte Untersuchungen ein ausserordentlicher Bundesanwalt ernannt, so z.B. beim Savoyerhandel im Jan. 1860, für den Tonhallekrawall im April 1871 oder für den Fall Paul Brousse im Juni 1879. Lüthi, Werner: Die Schweizerische Bundesanwaltschaft, Bern 1923, S. 56 ff.
- 94 Müller, S. 179.
- 95 Die «Freiheit» Nr. 5 v. 2. Febr. 1884 schrieb nach der Ermordung von Hlubeck und Blöch: «Als man den Unverbesserlichen die Todesurtheile in ihre Wohnung schickte, dachten sie, es würde sich kein Vollstrecker finden. Die Ereignisse lehrten aber anderes. *Das internationale Exekutiv comité der Anarchisten hat seine Thätigkeit begonnen! Es wird seine Pflicht auch fernerhin erfüllen!*»
- 96 Die Ausweisung der belasteten Anarchisten war am 22. März 1884 erfolgt. BB1. 1884, II, S. 233; 1885, II, S. 725. Auf Antrag der Regierung von Basel-Stadt wurden am 25. Sept. 1884 weitere Anarchisten ausgewiesen. Sie hatten ein Manifest «Zum Gedächtnis an den tapfern, opfermutigen, getreuen Genossen Hermann Stellmacher» verbreitet. Einer von ihnen, der Spengler Karl Theodor Weiss, gab sich als Agent der Berliner Polizei zu erkennen. BB1. 1884, III, S. 711; 1885, II, S. 727. Der nicht identifizierte Emil Rühle aus Ulm alias Wladimir Waroffski aus Russland, bei dem sich u.a. Sprengstoffmaterialien fanden, wurde am 17. Nov. 1884 aus der Schweiz gewiesen. BB1. 1884, IV, S. 311; 1885, II, S. 728. Die Zürcher Gruppe verlor durch den Bundesratsbeschluss v. 15. Dez. 1884 neben Neve und Kaufmann im württembergischen Messerschmied Peter Hauser ihre mit Stellmacher befreundeten radikalsten Mitglieder. BB1, 1884, IV, S. 694; 1885, II, S. 728. Johann Neve, der nach London, später nach Belgien ging, nahm bis zu seiner Verhaftung im Febr. 1887 als Leiter des Schriftenschmuggels der nach Deutschland gerichteten Untergrundagitation eine Schlüsselstellung ein. Polizeibericht Nr. 15 v. 15. Nov. 1887, Höhn, S. 301 f.
- 97 BB1. 1885, III, S. 236; 1886, I, S. 988.
- 98 Aufrufe zum Umsturz v. Aug. 1885 führten zu weiteren Ausweisungen; am 8. Sept. 1885 wurden 5 Personen, davon eine aus Bayern, zwei aus Böhmen, je eine aus Mähren und der Nähe von Wien betroffen. BB1. 1885, III, S. 853. Seit 1886 bildeten sich in Basel, St. Gallen, Zürich und Genf wieder Anarchistengruppen. Polizeibericht, Nr. 14 v. 24. Juli 1886, Höhn, S. 285. Im Zusammenhang mit den Verhaftungen im Herbst 1887 wurden am 27. Jan. 1888 der als Spion verdächtige k. preuss. Generalstabshauptmann a. D. Alfred von Ehrenberg, die Reichsdeutschen Peter Schopen und Ignaz Metzler, am 4. Juni 1888 der Hannoveraner Joh. Wübbeler und Martin Etter aus Württemberg, beide Schreiner, die beim Polizeiagenten Schröder eine Kiste Dynamit deponiert hatten, weggewiesen. BB1. 1885, III, S. 853; 1886, I, S. 989; 1888, I, S. 210, 592; 1888, III, S. 368. Dass die blossе Kantonsverweisung wenig auszurichten vermochte, erwies sich gerade bei Etter, der schon 1884 das st. gallische Gebiet verlassen musste. Die nach der Anarchistenuntersuchung getroffenen Massnahmen blieben nicht ohne Wirkung: «Über Verbindungen zwischen deutschen Anarchisten und der Schweiz, wo die anarchischen Umtriebe überhaupt nachgelassen haben, sind seit längerer Zeit keine Wahrnehmungen gemacht worden.» Polizeibericht, Nr. 15 v. 15. Nov. 1887, Höhn, S. 302.
- 99 Schon von Linse ist klargestellt worden, dass eine Identifizierung des «klassischen Anarchis-

- mus» mit den Gesinnungsgruppen um Rudi Dutschke, wie dies 1967 Günther Nollau versucht hat, als «historisch völlig ungerechtfertigt» abzulehnen ist. Doch war für Linse 1969 noch zu wenig ersichtlich, dass es durchaus eine aufzeigbare Analogie im Entwicklungsablauf gibt, wobei für die Endphase des Radikalisierungsprozesses nicht die «Neue Linke», sondern die extremen Randgruppen zum Vergleich heranzuziehen sind. In Bezug auf Deutschland von einem bestimmten «klassischen Anarchismus» zu sprechen, ist überdies problematisch. Linse, Ulrich: Organisierter Anarchismus, Berlin 1969, S. 17. Nollau, Günther: Der Anarchismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 47 v. 22. Nov. 1967.
- 100 Zusammengestellt insbes. nach den im Untersuchungsbericht Müller erwähnten Namen, womit etwa die Hälfte der rund 120 in der Schweiz im Jahr 1885 ausfindig gemachten Anarchisten erfasst wurde.
- 101 Linse, op. cit. S. 67-119 hat die soziale Gliederung der deutschen Anarchisten umfassend untersucht. Seine Ergebnisse decken sich weitgehend mit den am Beispiel der deutschen Anarchisten in der Schweiz gemachten Beobachtungen.
- 102 Most litt darunter, dass von Jugend auf ein Knochenfrass sein Gesicht entstellte hatte; auch durch das Hass Verhältnis zu seiner Stiefmutter war der Knabe psychisch vorbelastet. Reinsdorf, von Hemmungen und gestauten Aggressionen erfüllt, war Herman Greulich zufolge ein Trinker. Er und Otto Rinke waren Militärfüchtlinge. Stellmacher, verheiratet, 2 Kinder, wird als brutal beschrieben. Im Militärdienst soll er seine Untergebenen misshandelt haben, ebenso soll er seine Frau, eine Bernerin, geprügelt haben. In Vevey wurde er wegen Betrugs zu 45 Tagen Gefängnis u. fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Kammerer hatte in Wien der Einberufung nicht Folge geleistet, musste dann wegen einer politischen Untersuchung ins Ausland fliehen.
- 103 Die Mystifikation des «Lumpenproletariats» findet sich – gleichsam in Festhaltung an dem vom Anarchismus gepflegten Mythos – auch bei der jüngsten Rebellion: «Heute besteht das Lumpenproletariat aus dem harten, überwiegend jugendlichen Kern der Arbeitsverweigerer, der die Arbeit verabscheut und entschlossen ist, ohne sie zu leben.» «Automation und Revolution», in: Partisan, Berlin, Nr. 2 o. D. (1968), S. 88.
- 104 Zur Bewegung der «Jungen» und ihren anarchistischen Splittergruppen vgl. Text S. 266 ff., insbes. S. 281 ff.

3. Die sozialistischen Mitgliedschaften und deutschen Arbeitervereine im Dienste der unterdrückten Mutterpartei

- 105 Die bisherigen Darstellungen stützten sich auf Berghoff-Ising, op. cit. S. 217 ff. sowie auf Parteijahrbücher und Parteitagprotokolle der SPS. Zur Quellengrundlage der vorliegenden Untersuchung vgl. S. 700 f., Anm. 155.
- 106 «Statuten des Deutschen Arbeitervereins ‚Eintracht‘ in Zürich», Zürich 1877.
- 107 Flugblatt (Zürich 1878), SSA-ZH, Schachtel 335, Dossier 239 Z I.
- 108 Das Thema der Versammlung lautete «Das Attentat des Dr. Nobile und die Reaktion in Deutschland». Auf ihr sollte gegen die Verbindung Nobiles mit der Sozialdemokratie protestiert werden. Dass das «Tagblatt der Stadt Zürich» die Aufnahme eines einladenden Inserates verweigerte, weist auf eine Stimmung hin, die dem Appell an die «freisinnigen Deutschen» nicht günstig war.

- 109 Zum Vergleich sei schon hier auf die Reaktion der deutschen Hilfsvereine hingewiesen, die – vom Achtundvierziger Karl Nauwerck mitbegründet – mit ihrem gemässigten und unpolitischen Charakter für die nichtsozialistischen Auslandsdeutschen am ehesten repräsentativ waren: Der Jahresbericht für 1878 könne nicht passender beschlossen werden, «als indem wir der lebhaften Teilnahme gedenken, welche die Hilfsvereine bei den verruchten Anschlägen auf das Leben des Kaisers und bei der goldnen Hochzeit des hochgesegneten kaiserlichen Paares an den Tag gelegt haben». Eine Abordnung des Vorortskomitees habe beim kaiserlichen Gesandten «der allgemeinen Entrüstung über die Unthat und der ungeheuchelten Freude über die Erhaltung des Kaisers» Ausdruck gegeben. Fünftehnter Centralbericht über die Deutschen Hilfsvereine in der Schweiz für 1878, Bern 1879, S. 18.
- 110 Unter diesem Namen trat die «Eintracht» auch in den in Anm. 107 u. 111 erwähnten Flugblättern an die Öffentlichkeit.
- 111 Flugblatt «Werthe Gesinnungsgenossen», Zürich, Juni 1878, gez. «Die Kommission des Deutschen Vereins Zürich», SSA-ZH, Sch. 335, Doss. 239 Z I.
- 112 Auch die Polizeibehörde in Berlin war auf dieses Wahlgelderbeschaffungssystem, das der in der Folge ins Leben gerufene «Landesausschuss» 1881 ebenfalls anwandte, aufmerksam geworden. Polizeibericht Nr. 6 v. 15. Juni 1881, Höhn, S. 78.
- 113 Heeb, Festschrift DAV Basel, S. 41.
- 114 «Die nationalen sozialistischen Vereine beschäftigen sich in der Hauptsache nur mit ihren eigenen Angelegenheiten, wenngleich sie auch der deutschen Sozialdemokratie fortgesetzt eine lebhaft Theilnahme widmen.» Polizeibericht Nr. 3 v. 29. Dez. 1879, Höhn, S. 35.
- 115 Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, S. 42 ff.; Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 19 ff. Für weitere Literaturhinweise vgl. S. 650, Anm. 19, S. 697 f., Anm. 118.
- 116 Karl Höchberg, (1853-1885), der einer vermögenden Frankfurter Familie entstammte und die Sozialdemokratie finanziell unterstützt hat, widmete sich mehr seinen «Jahrbüchern für Sozialwissenschaft», in denen sein Standpunkt zur Geltung kam, die scharfe Sprache in der eigenen Presse sei wohl am Sozialistengesetz mitschuldig gewesen. Eine entschiedener Haltung hätte dem Most'schen Anarchismus wohl manche Anfangserfolge verunmöglicht. Höchberg war meist wegen Reisen abwesend, und Schramm hielt sich vom Blatt ganz fern. Bebel, Aus meinem Leben, III. S. 67 ff. Nach Polizeibericht Nr. 5 v. 31. Dez. 1880 soll Höchberg in den «letzten Jahren» insgesamt etwa 150'000 Mark für die sozialistische Sache bereit gestellt haben. Höhn, a. a. O., S. 58. Bernstein, Eduard: Sozialdemokratische Lehrjahre, Berlin 1928, S. 87 ff.
- 117 Ende 1879 betrug die Auflage 3'600 und um 1885 gegen 10'000 Exemplare. Schon Ende 1883 sollen von rund 9'000 Nummern jeweils 8'000 nach Deutschland geschmuggelt worden sein. Nach der Ausweisung von Bernstein, Schlüter, Motteler und Tauscher am 18. April 1888 wurde der «Sozialdemokrat» bis zum 27. Sept. 1890 in London herausgegeben.
- 118 Belli, Joseph: Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz, mit einer Einleitung: Erinnerungen aus meinen Kinder-, Lehr- und Wanderjahren, Stuttgart 1912, S. 81, 83. Da hier keine breit angelegte Darstellung dieser wichtigen Exilgruppe möglich ist, sei verwiesen auf: Engelberg, Ernst: Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878-1890, Berlin 1959. Fricke, Dieter: Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871-1898), Berlin 1962. Jansen, Reinhard: Georg von Vollmar, Eine politische Bio-

- graphie, Düsseldorf 1958. Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 19 ff., 92 ff. Seidel, Robert: Der rote Postmeister, Grütliener, Nr. 253 v. 30. Okt. 1907.
- 119 Bericht des Sozialdemokratischen Vereins «Eintracht» Zürich über dessen Tätigkeit im Jahre 1908, Zürich 1909, S. 5 (Zit.: Jb. «Eintracht»).
- 120 Manz, Edwin: Karl Manz-Schäppi, in: Aus der Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung, Denkschrift zum 50jährigen Jubiläum des «Volksrecht» 1898-1948, hrsg. v. d. Soz. dem. Presseunion des Kantons Zürich, Zürich 1948, S. 99-106.
- 121 Die «Auswärtige Verkehrsstelle» gab Rundschreiben heraus, deren unvorsichtige Sprache wiederholt das Missfallen Bebels erregte. Auch die mit ihr identische Redaktion des «Sozialdemokrat» wurde verschiedentlich zurechtgewiesen, z.B. als sie in Nr. 9 v. 29. Febr. 1880 eigenmächtig zur Gründung einer Geheimorganisation in Deutschland aufrief. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, S. 133 ff.
- 122 In Nr. 39 v. 26. Sept. 1880 veröffentlichte der «Sozialdemokrat» einen von Bebel verfassten, mit «Die Parteivertretung» unterzeichneten Aufruf, der unter Hinweis auf den Wydener Kongress die Genossen aufforderte, sich bis in den entlegensten Ort zu organisieren. Ihre Aufgabe sei es, durch Gewinnung neuer Leser das Zentralorgan zu verbreiten, durch beständiges Sammeln von Geldern die Mittel «zum Kriegführen» herbeizuschaffen. Bebel, Bd. III, S. 153 ff.
- 123 Heeb, Festschrift DAV Basel, S. 41.
- 124 Jb. «Eintracht» 1908, S. 5.; Jb. LO 1908, S. 38. Zur Zitierweise vgl. unten Anm. 155.
- 125 Die im Dezember 1880 in Zürich gegründete Partei, die nur Schweizer Bürger aufnehmen wollte, verzichtete gleichwohl nicht auf eine Persönlichkeit wie Eduard Bernstein, der als «zugewandter Ort» öfters an den Sitzungen des Parteicomités teilnahm. Gruner, Arbeiter, S. 771. Dem Oltener Kongress hat Bernstein, vom Internationalen Verein Zürich delegiert, als Sekretär gedient und hat damit an der Neuordnung unmittelbaren Anteil genommen. Bernstein, Eduard: Aus den Jahren meines Exils, Erinnerungen eines Sozialisten, Berlin ²1918, S. 105 f., 113.
- 126 Gruner, Erich: Die Parteien in der Schweiz, Bern 1969, S. 130.
- 127 Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 25. Berghoff-Ising, op. cit., S. 148 f., dramatisiert mit seiner «Masseninvasion von Sozialdemokraten und Anarchisten» die Entwicklung erheblich; Schläpfer, Ausländerfrage, S. 149 wertet die Auflösung des Arbeiterbundes als einseitige Reaktion der Schweizer auf die «eigentliche Flut von deutschen Sozialdemokraten».
- 128 Mit dem Untertitel: «Wochenblatt für das arbeitende Volk in der Schweiz, Offizielles Organ der sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Allgem. Gewerkschaftsbundes» löste die «Arbeiterstimme» die «Tagwacht» ab. In der 1882 gebildeten Redaktionskommission war der Landesausschuss durch Karl Manz vertreten. Der in Sachsen geborene und in Zürich-Witikon eingebürgerte Robert Seidel (1850-1933) leitete nach Conrad Konzett v. April 1890 bis Dez. 1898 die Redaktion.
- 129 In der Vorversammlung zum Oltener Kongress hatten sich die deutschen Vereine Genf und Bern, wo die Anarchisten besonders stark vertreten waren, nicht auf dieses Programm festlegen lassen. Polizeibericht Nr. 5 v. 31. Dez. 1880, Höhn, S. 71 f.
- 130 In Deutschland übernahmen ebenfalls Vertrauensmänner bei der «inneren Organisation» wichtige Verbindungsfunktionen wahr, indem sie den Kontakt zu den Nachbarorten oder mit der Leitung und Expedition des «Sozialdemokrat» aufrecht erhielten. Das Vertrauensmännersystem, in dem von Bernstein wohl mitentworfenen Organisationsstatut der zentralisierten Mitgliedschaften vorgebildet, ist im Prinzip von

- der SPD 1890 für den Parteaufbau übernommen worden. Zum Hallenser Organisationsstatut vgl.: Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung, hrsg. v. Eduard Bernstein, 3. Teil, Berlin 1910, S. 72 ff. Gruner, Arbeiter, S. 770.
- 131 Jb. «Eintracht» 1908, S. 5f., der seine Angaben auf Mitteilungen von Karl Manz stützte. Da die Mitgliederkarten neben dem Aufdruck: «Mitgliedschaft im Ausland» den Namen der Mutterpartei trugen, so als hätte sich diese nicht aufgelöst, wurde im Polizeibericht v. 31. 12. 1880, Höhn, S. 62, die Vermutung ausgesprochen, es bestehe die Absicht auf eine Neuerstehung der unterdrückten Partei.
- 132 Polizeibericht Nr. 7 v. 12. Jan. 1882, Höhn, S. 114.
- 133 Eine starke Minderheit sprach sich vehement dagegen aus, Fischer 1891 als Festredner zum 50jährigen Stiftungsfest zu bestellen. Vgl. Sitzungsprotokolle v. 21. und 26. August 1891, SSA-Zürich, Sign. 335: 239–13. Zu Seidel vgl. Nachlaß Robert Seidel 24, Handschriftenabt., ZB Zürich.
- 134 Polizeibericht Nr. 8 v. 14. Juni 1882, Nr. 12 v. 4. Nov. 1884, Höhn, S. 134, 225.
- 135 Polizeibericht Nr. 9 v. 30. Jan. 1883, Höhn, S. 141 f.
- 136 Polizeibericht Nr. 10 v. 30. Juli 1883, Höhn, S. 182. Vgl. a. Anm. 15.
- 137 Seit 1882 stand die «Schweizerische Genossenschaftsdruckerei und Volksbuchhandlung» zwar unter der Leitung des Churer Conrad Konzett, war aber ein deutsches Unternehmen, das den «Sozialdemokrat», diverse Parteischriften und für die SPS und Gewerkschaften die «Arbeiterstimme» druckte. Das Betriebskapital hatten die deutschen Sozialisten durch unverzinsliche Darlehensscheine von Fr. 5.– aufgebracht, zu deren Zeichnung im «Sozialdemokrat» von Auer, Bebel, Dietz, Grillenberger und Liebknecht aufgerufen worden war. Bis zum 1. 2. 1883 waren 2700 Mark einbezahlt worden. Polizeibericht Nr. 10 v. 30. 7. 1883, Höhn, S. 175. Bebel, Aus meinem Leben, Bd. III, 240. Polizeibericht Nr. 8 v. 14. Juni 1882, Nr. 9 v. 30. Jan. 1883, Höhn, S. 134, 156.
- 138 Polizeibericht Nr. 7 v. 12. Jan. 1882, Höhn, S. 100, 113 f.
- 139 Zit. in: Müller, Hans: Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie, Zürich 1892, S. 57–70 (Zit. als: Müller, Klassenkampf).
- 140 Müller, Klassenkampf, S. 66 ff. Zur Kontroverse vgl. den «Sozialdemokrat» Jan.–März 1885, insbes. Nrn. 14, 19.
- 141 Polizeibericht Nr. 13 v. 6. Juli 1885, Höhn, S. 240 ff., 256.
- 142 Polizeibericht Nr. 16 v. 22. Nov. 1889, Höhn, S. 340.
- 143 Auf ihrer Tagung vom 9. Juni 1889 in Biel hatten sich die Mitgliedschaften zu diesem Schritt entschlossen. Das Manifest wurde zuerst in der «Arbeiterstimme» Nr. 52 v. 29. 6. 1889 publiziert und im «Sozialdemokrat», Nr. 27 v. 6. Juli 1889 unter dem Titel «Wider die Hetzer in Berlin» mit Kommentar abgedruckt.
- 144 Der fragliche Polizeirat Krüger hatte sowohl mit Haupt wie mit Schröder direkten Kontakt gepflegt, so daß dem Beamten in Krügers nächster Umgebung diese Agentenverbindungen bekannt geworden und Bebel hinterbracht sein mochten. Die Aufgabe der deutschen Genossen in der Schweiz war es, die Spitzel auf geschickte Weise der schweizerischen Polizei in die Hände zu spielen. Entgegen seiner Absicht ist Bebel in seinen Erinnerungen nicht mehr dazu gekommen, über die mit diesem Informanten verknüpften Zusammenhänge Näheres zu berichten. Bebel, op. cit. III, S. 138.
- 145 Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 303.
- 146 Der Sozialdemokrat, Nr. 27 v. 6. Juli 1889.

- 147 Heri, Max: Die Neutralität der Schweiz in der Zeit des Dreibundes, Eine Beleuchtung historischer diplomatischer Dokumente, Frauenfeld-Leipzig 1937, S. 20 ff.; Renk, op. cit. S. 373 ff.
- 148 Bismarck selbst umschrieb seine Absichten wie folgt: «Unser Zweck ist, die Bebel-Liebnechtsche Operationsbasis in der Schweiz zu zerstören, und wenn das nicht gelingen sollte, sie doch zu schwächen und zu beunruhigen. Weitere der Schweiz an sich feindliche Absichten kann unsere Politik nicht haben; dass die Presse sie uns andichtet, lässt sich nicht ändern ...» Bismarck an Kaiser Wilhelm II., Varzin, 8. 7. 1889; zit. bei Bonjour, Neutralitätsgeschichte, Bd. II, S. 480, Anm. 39.
- 149 Der Bundesratsbeschluss erfolgte am 9. Juli 1889, drei Tage nach dem Erscheinen des Manifestes im «Sozialdemokrat». Die Anregung zur Untersuchung war vom schweizerischen Gesandten in Berlin, Arnold Roth, ausgegangen. Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 304 f.
- 150 BB1. 1890, III, S. 205.
- 151 Zu den diplomatischen Erörterungen der wenig ergebnisreichen Untersuchung vgl. Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 303 ff.
- 152 Polizeibericht Nr. 16 v. 22. Nov. 1889, Höhn, S. 340 f.

4. Aufstieg und Niedergang der «Landesorganisation der deutschen und österr.-ungarländischen Sozialdemokraten in der Schweiz»

- 153 Schenker, Ernst: Die sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Diss. jur. Univ. Bern, Appenzell 1926, S. 101 f.
- 154 Schläpfer, Ausländerfrage, S. 144.
- 155 Die gelegentlichen Hinweise in der Sekundärliteratur auf die DAV nach 1890 stützen sich, soweit nicht Angaben von Berghoff-Ising, op. cit. S. 217 ff. übernommen wurden, vor allem auf die Parteijahrbücher und Parteitagsprotokolle der SPS 1910-1914. Doch erst aus den Unterlagen der Landesorganisation selbst enthüllt sich ihre zentrale Rolle als Verfechter einer orthodox marxistischen Klassenkampfpolitik:
1. Bericht des Landesausschusses der deutschen Sozialisten in der Schweiz über seine Tätigkeit im Jahre ..., Zürich ..., (Zit. als: Jb. LO). Dieser erschien – wie ein noch erhaltenes Exemplar von 1896 zeigt – vorerst hektographiert, ab 1898 bis 1914 in gedruckter Form. Seit 1899 lautete sein Titel: Bericht des Landesausschusses der deutschen und österr.-ung. Sozialdemokraten über seine Tätigkeit im Jahre...; 1905 wurde die neue Verbandsbezeichnung «Landesorganisation der deutschen und österr.-ungar. Sozialdemokraten in der Schweiz» über den Titel «Jahresbericht pro ...» gesetzt. Die folgenden Tätigkeitsberichte v. 1. Jan. 1909 bis 30. Juni 1910 und v. 1. Juli 1910 bis 30. Juni 1912 tragen den Aufdruck «Sozialdemokratische Landes-Organisation der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz». Die letzten Berichte umfassen den Zeitraum 1. Juli 1912 bis 31. Dez. 1913 und 1. Jan. bis 15. Aug. 1914. Diese wurden in der Genossenschaftsdruckerei Zürich gedruckt.
 2. Protokoll der Konferenz der deutschen sozialistischen Mitgliedschaften und der deutschen Arbeiter-Vereine in der Schweiz (zit. als: Konferenzprotokoll). Für die Tagung 1891 in Olten, 1893 in Zürich, 1896 in Bern liegt es in hektographierter, für 1899 in Luzern, 1901 in Basel, 1904 in Winterthur, 1907 in Aarau, 1910 in Bern, 1912 in St. Gallen und 1914 in Zürich in gedruckter Form vor.

3. Statuten der Landes-Organisation der deutschen u. österr.-ungarländ. Socialdemokraten in der Schweiz (1 Expl. o. D. [1899]; 1 Expl. v. 1904).
Die Unterlagen befinden sich, ebenso wie die benutzten Jahresberichte und Protokolle des Arbeiterbildungsvereins «Eintracht» Zürich (zit.: JB. «Eintracht»), im Schweizerischen Sozialarchiv Zürich, dem und insbes. Herrn Dr. Miroslaw Tucek, der Verfasser für die Hilfeleistung bei der Suche nach diesen Materialien danken möchte.
- 156 Gridazzi, Mario: Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Zürich 1935, S. 208 f.; Berghoff-Ising, S. 161 ff.
- 157 Da der allgemeine schweizerische Arbeiterkongress am 10./11. April 1887 in Aarau die Gründung des Zweiten Arbeiterbundes trotz der gestellten Bedingungen guthieß, trat ihm auch der Gewerkschaftsbund bei. Heeb, Gewerkschaftsbund, S. 44 ff. Vgl. a. § 1 im Statut des Schweizerischen Arbeiterbundes, Aarau, 11. 4. 1887.
- 158 Zu den sozialistischen Auffassungen von Albert Steck vgl. Gridazzi, op. cit. S. 206–243; Bieler, Peter: Albert Steck, 1843–1899, der Begründer der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, Diss. phil. Bern, Olten 1960.
- 159 Rundschreiben: «An die Vereine des schweizerischen Arbeitertages», Bern, 2. Nov. 1888, gez. J. Nyffeler/A. Steck. Nachlaß Otto Lang, SSA-ZH.
- 160 Lang, Otto: Gegen die politische Polizei, Zürich 1898, S. 7.
- 161 Arbeiterstimme, Nr. 5 v. 16. Jan. 1892. Der Einsender war wie die Antragsteller, die in Olten Zulassung der Ausländer beantragt hatten, Schweizer Bürger.
- 162 Der Einkauf betrug Fr. 150.– Familien-Register Hirslanden, Bd. II 1876–1892, S. 52. Stadtarchiv Zürich. (Der Tag der Einbürgerung ist dort nicht aufgeführt.)
- 163 Bürgerbuch Witikon, I B 1839–1890; Stadtarchiv Zürich. Frau Brigitte Spillmann-Jenny, Hinwil, hat die Biographie Seidels erforscht.
- 164 Arbeiterstimme, Nr. 5 v. 16. Jan. 1892; zur Fortsetzung der Kontroverse vgl. Nr. 11 v. 6. Febr. 1892. Gegen «die fortgesetzte Ausländerhetze des Herrn Robert Seidel als Vorsitzender der Arbeiter-Union» (Zürich) wurde auch in späteren Jahren aus den Reihen der deutschen Sozialisten protestiert. «Eintracht»-Protokoll der a. o. GV v. 18. März 1897, Sign. 335: 239-14, SSA-ZH.
- 165 Vgl. Anm. 130.
- 166 Konferenzprotokoll 1891, S. 3.
- 167 Jb. LO 1910–1912, S. 6.
- 168 Jb. «Eintracht» 1891, S. 3; Arbeiterstimme, Nr. 12 v. 21. März 1884.
- 169 Die 1886 gegründete allgemeine schweizerische Arbeiter-Reservekasse, ein wichtiges Hilfsmittel bei Streiks, wurde auf der Zürcher Konferenz v. 25. Jan. 1891 mit dem Gewerkschaftsbund verschmolzen. In der Reservekassekommission v. 1890 saß z. B. auch Ludwig Witt, seit 1893 Mitglied des Landesausschusses u. von 1885 bis 1896 Präsident der «Eintracht» in Zürich. Heeb, Gewerkschaftsbund, Bern 1930, S. 59 ff. Zu Witt vgl. «Eintracht»-Protokolle v. 10. Febr. u. 28. April 1895, 31. Juli 1896, Sign. 335: 239-14, SSA-ZH.
- 170 Heeb, Gewerkschaftsbund, S. 267 f.
- 171 A. a. O., S. 266. Konferenzprotokoll 1893, S. 13 f.
- 172 Heeb, Gewerkschaftsbund, S. 266 f.
- 173 Manz, Edwin: Karl Manz-Schäppi, in: Aus der Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung, Denkschrift zum 50jährigen Jubiläum des «Volksrecht» 1898–1948, red. v. Friedrich Heeb. Zürich 1948, S. 99–106 (Zit.: Zürcher Arbeiterbewegung).

- 174 Zur sozialistischen Vorstellungswelt bei Lang vgl. Gridazzi, op. cit., S. 243-280. Gruner, Erich: Die Parteien in der Schweiz, Bern 1969, S. 130 ff.
- 175 Gridazzi, a. a. O., S. 247 f. vermutet, Otto Lang (1863-1936) sei während der Studienzeit in Berlin (5.11.1884-16.3.1885 u. 3.11.1885-28. 3. 1887) in sozialistischen Kreisen «mit dem damals offiziell gewordenen Sozialismus Marxscher Observanz» bekannt geworden. Auch Ernst Nobs («Otto Lang», in: Zürcher Arbeiterbewegung, S. 121-127) sowie die Nachrufe im Volksrecht Nr. 70 v. 23. März, Nr. 117 v. 19. Mai 1936 u. in der NZZ Nr. 502 v. 24.3.1936 heben die während des Deutschlandaufenthaltes empfangenen Impulse hervor, doch entgegen ihnen die wichtigen Eindrücke, die er durch die Zusammenarbeit mit Exilsozialisten sowie im Landesausschuss gewonnen hat. Mit seinem Vortrag: «Die ethischen Grundlagen des Sozialismus», den er am 14. Januar 1888 im «Schwanen» hielt, wo sich auch das Versammlungslokal der deutschen Sozialisten befunden hat, setzte Lang den Anfang seiner politischen Wirksamkeit in Zürich. Für eine Biographie ist neben dem Aktenbestand Otto Lang im SSA-Zürich auch der Hauptnachlass im Internationalen Archiv für Sozialgeschichte Amsterdam auszuwerten.
- 176 Konferenzprotokoll 1891, S. 9 ff.
- 177 Konferenzprotokoll 1891, S. 15.
- 178 Berghoff-Ising, op. cit. S. 219 f.
- 179 Konferenzprotokoll, 1891, 1893, 1896; Jb. LO 1896-1898.
- 180 Politische Avantgarde 1830-1840, Eine Dokumentation zum «Jungen Deutschland», hrsg. v. Alfred Estermann, Bd. I, II, Frankfurt a. M. 1972.
- 181 Diese Bezeichnung verwandte Erich Mühsam, während Paul Lindau ironisch vom «Grün-Deutschland» sprach. Mühsam, Erich: Unpolitische Erinnerungen, hrsg. v. d. Deutschen Akademie der Künste zu Berlin mit einem Nachwort von Dieter Schiller, Berlin ²1961, S. 64 f. (Zit. Mühsam, Erinnerungen).
- 182 Bettex, Albert: Spiegelungen der Schweiz in der deutschen Literatur 1870-1950, Zürich 1954, S. 46 ff.
- 183 Blei, Franz: Erzählung eines Lebens, Leipzig 1930, S. 184 (Zit. als: Blei, Erzählung).
- 184 Mühsam, Erinnerungen, S. 53.
- 185 Neuchâtel kannte Hörerinnen neu seit 1878; die Universität Freiburg wurde erst 1889 gegründet. Das Frauenstudium an den Schweizer Hochschulen, hrsg. v. Schweizerischen Verband der Akademikerinnen, Zürich 1928, S. 10 f., 20 ff., S. 53, 99, 138 f., 208 f. (Zit. als: Frauenstudium). Gagliardi, Universität Zürich, S. 618 ff.
- 186 Frauenstudium, Anhang III.
- 187 Frauenstudium, S. 41 f.
- 188 Die zumindest einseitige Schilderung von Blei, Erzählung, S. 195, wird von Gagliardi: Universität Zürich, S. 756, Anm. 2, und Hans Erb: Geschichte der Studentenschaft an der Universität Zürich 1833-1936, Zürich 1937, S. 72 f., Anm. 188 widerspruchlos hingenommen. Vgl. dagegen das Zeugnis, wegen des bekannten Vorurteils habe bei den deutschen Studentinnen umso mehr der Grundsatz gegolten, jede als männlich zu deutende Note in der äusseren Erscheinung und im Auftreten zu vermeiden, um der Auffassung, studieren sei unweiblich, den Boden zu entziehen. Huch, Ricarda: Frühling in der Schweiz, Jugenderinnerungen, Zürich ⁴1938, S. 42 ff. Eine köstliche Karikatur der Studentinnen, «Wie sie sind!!» und «Wie sie sein sollten!» brachte die Klinikisten Bier-Zeitung von 1894.

- 189 Zum Kreis der deutschen Studentinnen gehörten auch Fräulein von Rosenzweig, die angeblich natürliche Tochter von Kaiser Friedrich III., die sich nach dem Studium aus Schwermut das Leben nahm, und die Ostpreussin Molly Herbig, als blond, fein, dezidiert und nicht ohne Humor beschrieben, die einen Schweizer Arzt heiratete. Huch, a. a. O., S. 43 f. Hedwig Bleuler-Waser, die Schweizer Studienfreundin von Ricarda Huch und Verfechterin des Abstinenzgedankens, hat jene Zeit beschrieben, in: Frauenstudium, S. 65-79. Zu Ricarda Huch vgl. unter Anm. 217.
- 190 Die Danzigerin hat in Zürich von 1893-1895 Romanistik studiert. 1919 wurde sie als Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei in die Nationalversammlung gewählt. Ihre Zürcher Zeit beschrieb sie in: Schirmacher, Käthe: Züricher Studentinnen, Leipzig-Zürich 1896.
- 191 Julius Platter (1814-1923), eine Persönlichkeit von grosser Bescheidenheit, lehrte von 1879 bis 1884 an der Universität Zürich Nationalökonomie und wechselte dann ans Polytechnikum über. Gagliardi, Univ. Zürich, S. 658 ff.; Blei, S. 200 ff.
- 192 Blei, Erzählung, S. 209, 265 f. Ursprünglich hatte sich Carl Hauptmann in Zürich habilitieren wollen. Ein später Benutzer der Gelehrtenbibliothek war Fritz Brupbacher. Brupbacher, 60 Jahre Ketzer, Zürich 1935, S. 45 (Zit. als: Brupbacher, Ketzer).
- 193 Richard Avenarius (1843-1896), seit 1877 Ordinarius für Philosophie an der Universität Zürich, ging unter Ausschaltung jeder metaphysischen Beimengung von einem Empiriokritizismus aus, der nach Ausscheidung der individuellen Variationen der Erfahrung zu einem allgemeinen Erfahrungsbegriff gelangte, aus dem er den «natürlichen Weltbegriff» deduzierte. Da er ein Gegner der induktiven Philosophie des damals angesehenen Wilhelm Wundt und seiner Hinwendung zur experimentellen Psychologie war, blieb der ersehnte Ruf an eine deutsche Hochschule aus, bis es zu spät war. Blei, Erzählung, S. 205 ff., 238 f. Gagliardi, Univ. Zürich, S. 706 ff. Grundlegend für seine Philosophie sind: Avenarius, Richard: Kritik der reinen Erfahrung, 2 Bde. Leipzig 1888-1890, sowie: Der menschliche Weltbegriff, Leipzig 1891.
- 194 Lenin, W. L: Materialismus und Empiriokritizismus, Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie, Moskau 1947. Blei, Franz: Die Metaphysik in der Nationalökonomie, in: Vierteljahrsschrift für wissenschaftliche Philosophie, Bd. 19, 1895, S. 338-340. Blei, Erzählungen, S. 238 f.
- 195 Forel, August: Rückblick auf mein Leben, Zürich 1935, S. 138 f.
- 196 Kutscher, Arthur: Wedekind, Leben und Werk, Zum hundertsten Geburtstag des Dichters bearbeitet und neu hrsg. v. Karl Ude, mit einem Geleitwort von Johannes Klein, München 1964, S. 51 (Zit. als: Kutscher, Wedekind).
- 197 Kutscher, Wedekind, S. 44 ff.
- 198 Kutscher, Wedekind, S. 11 ff.
- 199 Henckell hatte damals bereits seinen ersten literarischen Erfolg errungen: Poetisches Skizzenbuch, mit einem Vorwort von Heinrich Hart, Minden i. W. 1885.
- 200 Kutscher, Wedekind, S. 46 f.
- 201 Zu Ploetz (1860-1940), der früh Nationalsozialist wurde, vgl. Bronder, Dietrich: Bevor Hitler kam, Hannover 1964, S. 286 f, 309.
- 202 Brief Otto Hinrichsen an L. Wille, Herisau, 14. 4. 1938, Nachlass Otto Lang, SSA-ZH; Gagliardi, Univ. Zürich, S. 752-754, 756-761, 882 f.; Bettex, op. cit., S. 46-52, 60 f., 66; NZZ Nr. 2014 v. 22. 11. 1936. An divergenter Individualität fehlte es in diesem Kreis nicht. So hat

- Wedekind, der auch Henckells Sozialismus distanziert gegenüberstand, den Naturalismus als Modeströmung abgelehnt. Schon in Zürich hatte er sich über Gerhart Hauptmanns Arbeitsweise mokiert; mit Hauptmanns «Das Friedensfest» (1890) und Wedekinds Lustspiel «Kinder und Narren» (1891) ist daraus ein literarischer Konflikt geworden. Kutscher, Wedekind, S. 64 f.
- 203 Brief Hinrichsen v. 14. 4. 1938, NL Otto Lang, SSA-Zürich.
- 204 Das Fehlen einer Polizeistunde, des Wirtschaftsschlusses um Mitternacht, in der Stadt Zürich – sie wurde dann im November 1916 durch Volksabstimmung beschlossen – begünstigte die künstlerisch-intellektuelle Atmosphäre durch die grössere Freiheit.
- 205 Hartleben pflegte im Herbst in Zürich zu weilen. Zum Studenten- und Künstlerleben gehörten auch die bordellartigen Kleinbetriebe. Ein Stimmungsbild gibt Blei, Erzählung, S. 255 f.; indem er schildert, wie Hartleben die letzte Nacht, bevor gemäss Volksentscheid die Bordelle im Kanton Zürich aufgehoben wurden, mit den vier verwaisten Mädchen seines «Stammhauses» beim Limmatquai verbrachte, Goethe und Hofmannsthal rezitierend und beim Veltliner vergangener Freuden gedenkend.
- 206 Brief Hinrichsen v. 14. 4. 1938, NL Otto Lang, SSA-ZH. Ein anderer Treffpunkt war der Pfauen, wo zu Zeiten Frank Wedekinds der Maler Arnold Böcklin anzutreffen war und sich Gottfried Keller gelegentlich zur Plauderei herbeiliess.
- 207 In diesem Studententheater spielte z.B. Otto Hinrichsen die Hauptrolle in Büchners «Dantons Tod». Lisa Holzmann, ein weiteres Mitglied der russischen Kolonie, die auch im sozialistischen Kreis um Maria Lehmann verkehrte, wurde später die Frau von Heinz Lux. Auch Fritz Brupbacher, der das dortige Kolonieleben Ende der neunziger Jahre schildert, wurde in diesem Kreis nicht nur mit dem Anarchismus, sondern auch mit seiner Gattin, der russischen Revolutionärin Lydia Petrowna, bekannt. Brupbacher, Ketzer, S. 52-55.
- 208 Pross, Harry: Literatur und Politik, Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870, Olten-Freiburg i. Br. 1963, S. 45 ff., 50 ff., 172-174.
- 209 Menschliches Allzumenschliches, in: Friedrich Nietzsches Werke in sieben Teilen, hrsg. v. Walther Linden, 3. Teil, Berlin-Leipzig o. J., S. 149 f. Über Nietzsche, der 1869-1879 an der Universität Basel als Philologe lehrte und mit Richard und Cosima Wagner in Tribsehen befreundet war, bis 1876 die Entfremdung eintrat, dem später Sils-Maria zum geliebten Refugium wurde, ist zu oft gehandelt worden, als dass aus der Perspektive einer Kolonialgeschichte weiter auf ihn einzugehen ist.
- 210 «Sozialdemokrat», Nr. 37 v. 13. Sept. 1890.
- 211 Müller, Hans: Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie, mit einem polemischen Nachwort: K. Kautsky's Abenteuer in Zürich, Zürich 1892, S. 57-70 (Zit. als: Müller, Klassenkampf). Die Schrift erschien im «Verlags-Magazin» von Jakob Lukas Schabelitz, der auch Arbeiten von Arent, Bahr, Conradi, Hartleben, Henckell, Holz, Mackay, Bertha von Suttner und Stern publizierte und seit Mitte des 19. Jahrhunderts für die unterdrückte und revolutionäre Literatur eine Verlagstätigkeit von internationaler Bedeutung entfaltete. Gruner, Arbeiter, S. 490 ff. Der in der Universitätsbibliothek Basel liegende Nachlass dieses Schweizers harrt noch einer umfassenden Auswertung.
- 212 Müller, Klassenkampf, S. 57.
- 213 § 21 lautete: «Allwöchentlich findet im Vereinslokale eine gemütliche Zusammenkunft statt.» Brief Moritz Steude an Otto Lang, Oberstrass, 27. Sept. 1888, NL Otto Lang, SSA-ZH.

- 214 «An alle rechtlich denkenden Leute!», Flugblatt, Zürich, o. D. (ca. Okt. 1888), gez. v. Vorstand des Vereins deutschredender Studirender: Hans Müller, Moritz Steude, Otto Wullschleger, ZB, Sig. LK 374 a.
- 215 «Die Gesellschaft deutscher Studirender in Zürich an ihre alten Freunde und alle, die sie sich zu Freunden gewinnen will, zur Aufklärung.» Rundschreiben, Zürich, 16. Okt. 1888, gez. v. d. Präsidenten d. letzten Semesters: Hans Behn-Eschenburg, Roland Scholl, Adolf Rechenberg, ZB, Sig. LK 374a. Der G. d. St. wurde u. a. vorgeworfen, im Schweizerbürger Dr. Hommel jahrelang einen «konservativ-reaktionären Agitator» als Vorsitzenden geduldet zu haben, der in der «Kölnischen Zeitung» die Verfassung des Kantons Zürich beschimpft und die Universität als Sammelplatz von «anarchistischem Gesindel» verleumdet habe.
- 216 Schirmacher, Käthe: Züricher Studentinnen, Leipzig-Zürich 1896, S. 24 f.
- 217 Huch, Ricarda: Frühling in der Schweiz, Jugenderinnerungen, Zürich 1938, S. 26. Von 1887 bis 1896 in Zürich lebend, hatte sie ihr Studium 1891 mit einer Dissertation abgeschlossen über: Die Neutralität der Eidgenossenschaft, besonders der Orte Zürich und Bern, während des Spanischen Erbfolgekrieges, Zürich 1892. Daß sie dem Naturalismus fernstand, bekundete schon ihr Roman: Erinnerungen von Ludolf Ursleu dem Jüngeren, Berlin 1893. Zu ihrer Zürcher Zeit als Studentin, Lehrerin und Angestellte der Stadtbibliothek vgl. Baum, Marie: Leuchtende Spur, Das Leben Ricarda Huchs, Tübingen-Stuttgart 1950, S. 38–84. Die Schriftstellerin hat die Erfahrungen dieses Lebensabschnittes künstlerisch gestaltet in: Vita somnium breve, 2 Bde., Leipzig 1903.
- 218 Brief Steude v. 27. 9. 1888, NL Otto Lang, SSA-ZH.
- 219 Jb. «Eintracht», 1889, S. 5; 1891, S. 5.
- 220 Jb. «Eintracht», 1893, S. 7; 1895, S. 8 f.
- 221 Brief Hinrichsen v. 14. 4. 1938 a. a. O.; Blei, Erzählung, S. 189 ff.
Im Ersten Weltkrieg trat Fendrich (1868–1949) als nationalistischer «Sozialdemokrat» hervor und wurde dann durch seine von «Heimatliebe» getragenen Erzählungen bekannt. Zu seinem Wandel vgl. den verfälschten Bezug auf seine Zürcher Zeit in der Kriegsbroschüre: (Fendrich, Anton:) Ein Wort an die unten und die oben von einem deutschen Sozialdemokraten, Stuttgart o. J. (1916). Mäßigkeitsvereine u. die Abstinenzbewegung auf religiöser Grundlage gab es schon früher. 1877 war in Genf der «Verein vom Blauen Kreuz» als frühestes Glied in der Schweiz gegründet worden. 1890 zählte das «Blaue Kreuz» 6403 abstinente Mitglieder. Neu hingegen war eine religiös und politisch ungebundene Abstinenzbewegung, die nicht nur Trinker retten, sondern durch die eigene Enthaltensamkeit ein Beispiel geben wollte.
- 222 v. Muralt, Alex: August Forel, Schweizerköpfe Heft 4/5, Zürich-Leipzig (1928), S. 19. Volkart, Otto: August Forel, Eine Skizze zu seinem 70. Geburtstage 1. September 1918, Olten 1918, S. 17, wo fälschlicherweise als Gründungsjahr 1888 angegeben wird.
- 223 Forel, August: Rückblick auf mein Leben, Zürich 1935, S. 146. Die falsch geschriebenen Namen lauten natürlich Karl Henckell und Heinz Lux.
- 224 Brief Hinrichsen v. 14. 4. 1938 a. a. O.; Blei, Wedekind, S. 190 f. Nach seiner Rückkehr aus Deutschland hat auch Hans Müller in der Kaffeeklappe verkehrt. Sie war eine zeitlang noch das Stammlokal der im Dez. 1893 gegründeten «Libertas Zürich», des abstinenten Hochschulvereins, bei dem mit dem Überwiegen der Schweizer seine frühen Anfänge bald in Vergessenheit geraten waren. Gedenknummer der «Libertas

- Zürich» zu ihrem vierzigjährigen Bestehen und zur Jahrhundert-Feier der Universität, in: Die Junge Schweiz, Nr. 7 (8. Jg.) April 1933, S. 121–152, insbes. S. 137 ff. Vor allem Otto Lang hat zusammen mit Stephan Gschwind den Abstinenzgedanken in die schweizerische Sozialdemokratie getragen. Zur «Libertas», der später auch die abstinenten Burschenschaft «Jurassia» angehörte, Erb, op. cit. S. 791 u. 789.
- 225 Drastischer formulierte Ricarda Huch in ihren Jugenderinnerungen, Sozialdemokrat zu sein: «Das bedeutete für die damalige Bourgeoisie ungefähr dasselbe wie Verbrecher zu sein.» Huch, a. a. O., S. 25.
- 226 Die Absonderung förderte zugleich ein Pionierbewußtsein. So zog man zu acht Mann und mehr zu regelmäßigen Sonntagsausflügen nach der Waid, dem Adlisberg, der Trichterhauser Mühle oder zu Orten am See aus, als Trupp hochdeutsch redender Sonderlinge scheinbar angesehen: «Wir fielen damals als Abstinenztrupp auftretend, Milch, Kaffee usw. verlangend, noch ziemlich auf, ja erweckten bei der Kellnerin Tripperverdacht: «Alle Miteinand»? Aber Man fühlte sich um so mehr.» Brief Hinrichsen v. 14. 4. 1938, a. a. O.; der Rostocker Verfasser, der sein Studium als Mediziner abgeschlossen hat, war damals Schriftführer des «Alkoholgegnerbundes» gewesen.
- 227 So 1890 in Frankfurt a. M., Köln und Dresden. Obwohl Hinrichsen der Abstinenz selbst nicht die Treue hielt, hat er sich als Arzt auch später für sie eingesetzt. Hinrichsen, Otto: Alkohol und Produktivität, in: Forschungen zur Alkoholfrage, Internationale wissenschaftliche Zeitschrift gegen den Alkoholismus, Nr. 1 (43. Jg.), Febr. 1935.
- 228 Statt der 437 158 (7,5 %) von 1878 gewann die Partei 1890 1 427 298 (19,7 %) Stimmen.
- 229 Müller, Klassenkampf, S. 19.
- 230 Bruno Wille (1860–1928), der der Friedrichshagener Künstlerkolonie angehörte und sich nach der Zerschlagung der Opposition vorübergehend nach Stein am Rhein zurückgezogen hatte, erhob als einer der Ersten den Vorwurf der Korruption: «Das Schlimmste, was uns das Sozialistengesetz gebracht hat, ist die Korruption in den eigenen Reihen.» Sächsische Arbeiterzeitung, Nr. 18 v. 22. 7. 1890; Müller, Klassenkampf, S. 23.
- 231 Die damalige Bezeichnung «Junge» oder «Oppositionelle» ist neben dem Begriff «radikale Linke» zur Benennung der 1890er Bewegung bis heute üblich geblieben.
- 232 Müller, Klassenkampf, S. 87.
- 233 Ebenda, S. 88 ff.
- 234 Brief Hinrichsen v. 14. 4. 1938, a. a. O.; Kampffmeyer konnte die Verbindung mit der Zeitung weiterhin aufrecht erhalten.
- 235 Zu den hier nur andeutbaren Berliner Vorgängen vgl.: Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung, Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. v. Eduard Bernstein, 3. Teil, Berlin 1910, S. 5 ff., S. 118 ff., S. 393 ff. (Zur Entwicklung der Maifeier in Berlin, S. 425 ff.)
- 236 Am 20. Oktober 1891 war in Berlin durch eine Versammlung von um die sechshundert Personen eine Siebnerkommission gewählt worden (darunter Kampffmeyer, Wille, Paul Ernst), die anfangs November den Gründungsauftrag erhielt. Bernstein, op. cit. Teil III, S. 128 f., Linse, S. 47 ff., Müller, Klassenkampf, S. 117 f.
- 237 Vgl. Flugblatt: «An die Sozialdemokratischen Parteigenossen Berlins», abgedruckt bei Bernstein, Teil III, S. 121–124.

- 238 «Wir erreichen im Parlament für unsere Wähler nichts, die herrschenden Klassen wollen das Loos der Armen und Elenden nicht verbessern, das kann nur durch eine völlige Beseitigung der bestehenden Machtverhältnisse, der heutigen Gesellschaftsordnung geschehen. Und die That, die diese revolutionäre Wahrheit mit Donnerstimme dem ganzen Lande, der ganzen Welt verkünden würde, wäre: *Niederlegung der 36 sozialdemokratischen Mandate.*» Müller, Klassenkampf, S. 128.
- 239 Vorwärts v. 5. Nov. 1891, zit. bei Müller, Klassenkampf, S. 4 f.
- 240 Brief Hinrichsen v. 14. 4. 1938, NL Otto Lang, SSA-ZH.
- 241 Flugblatt: Der sozialdemokratische Arbeiterbildungs-Verein «Eintracht» Zürich als Vergewaltiger des freien Wortes, Zürich, Juni 1893, gez.: Der Verein Unabhängiger Sozialisten Zürich. Schachtel: Sozialismus 335²³⁹, Dossier II, SSA-ZH.
- 242 Mit dem Untertitel «Organ der internationalen Sozialisten» erschien am 1. 4. 1892 eine Probenummer, vom 23. 4. 1892 bis 27. 3. 1893 kamen 7 Nummern heraus. Als Redaktor zeichnete der Schreiner Theodor Dietschy. Die «Arbeiterstimme», Nr. 29 v. 9. April 1892 lehnte jede Gemeinschaft mit den Anarchisten ab: «Was schlägt Dietschy als neues Evangelium vor? Ei, gar nichts Anderes, als den alten anarchistischen Kohl, den uns vor 16 Jahren die Herren Brousse, James Guillaume und Bakunin vortetzten und den wir ihnen als Phrasenbrei aufzeigten.»
- 243 Müller, Klassenkampf, S. 47 ff. Arbeiterstimme, Nr. 65 v. 13. 8. 1892; Nr. 66 v. 17. Aug. 1892.
- 244 Den Vorfall schildert Müller in dem polemischen Nachwort: «Karl Kautsky's Abenteuer in Zürich» ausführlich; a. a. O., S 132–140.
- 245 Flugblatt v. Juni 1893 (s. Anm. 241).
- 246 Arbeiterstimme, Nr. 81 v. 8. Okt. 1892.
- 247 Arbeiterstimme, Nr. 3 v. 7. Jan. 1893; Nr. 2 v. 4. 1. 1893.
- 248 «Die Herren haben es immer im Brauch gehabt, vor Krethi und Plethi uns zu verunglimpfen! Diese Leute leben nur von Verleumdung.» Blei: «Was verstehen Sie unter Krethi und Plethi?» Bebel: «In erster Linie verbummelte Studenten!» (Stürmische Heiterkeit). Arbeiterstimme, Nr. 3 v. 7. 1. 1893. Das Wort traf Blei, der dann in Bern abschloß ebenso wie Steude; den Nationalökonom Julius Wolf hatte Müller in einem Seminar über Marx derart verärgert, daß auch er in Bern doktorierte. Blei, op. cit., S. 249 f.
- 249 In der Darstellung von Langhard, a. a. O., S. 319 ff. bleiben sowohl die Vorgeschichte wie die verschiedenen Bezüge unerwähnt.
- 250 § 2. Der Verein hält es deshalb für seine Aufgabe, über das Wesen der heutigen Gesellschaft und ihrer politischen Organisation (Staat, Gesetzgebung, Kirche u. s. w.) Klarheit zu verbreiten, in die Massen der Besitzlosen die Überzeugung zu tragen, daß die politischen Organe nichts weiter sind als Machtmittel der besitzenden Klassen zur Unterdrückung der Besitzlosen und weist jedes Paktieren mit den Vertretern der erstern zurück.
- § 3. Da die Ausbeutung der Arbeiterklasse in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleiche ist, müssen die Aktionen des Proletariats international sein. Der Verein erklärt sich deshalb mit dem Proletariat aller Länder, welche auf dem Boden des Klassenkampfes für die Emanzipation ihrer Klasse kämpfen, solidarisch.
- § 4. Die Mittel zur Verbreitung unserer Grundsätze sind Versammlungen, Presse und Broschüren.

- § 5. Dem Verein können sowohl Männer wie Frauen angehören, wenn sie die Grundsätze des Vereins anerkennen. – Der monatliche Beitrag beträgt 20 Rappen.» Statuten des Vereins Unabhängiger Sozialisten Zürich, Flugblatt v. Juni 1893, Schachtel: Sozialismus 335²³⁹, Dossier II, SSA-ZH.
- 251 Linse, a. a. O., S. 47 ff.
- 252 Flugblatt v. Juni 1893.
- 253 Jb. «Eintracht» 1893, S. 3 f.
- 254 Arbeiterstimme, Nr. 64 v. 8. 8. 1893.
- 255 Müller, Klassenkampf, S. 120. Zur Abspaltung des «Socialisten Clubs» in Schaffhausen vgl. Dossier DI 02.5 (Deutscher Arbeiterbildungsverein «Concordia» / Streitsache E. Link, 1893–1894), Stadtarchiv Schaffhausen.
- 256 Seidel, dem ein Sympathisieren mit den «Unabhängigen» vorgeworfen wurde, distanzierte sich deutlich von der Luzerner Separatgründung: «Recht sonderbar hat es uns berührt, daß auch Mitglieder der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei sich dem neuen Verein angeschlossen haben. Zu welchem Zweck haben diese Genossen das denn eigentlich getan? Um die noch nicht vorhandene sozialdemokratische Fraktion der Bundesversammlung zu bekämpfen?» Auf dem Boden der Gewerkschaften könne jeder tüchtige Deutsche weit besseres leisten, als wenn er in der Schweiz die deutsche Reichstagsfraktion bekämpfe. Arbeiterstimme, Nr. 12 v. 8. 2. 1893.
- 257 Landauer und Baginsky hatten schon am 17. Dezember 1892 vor den kaum 20 Mitgliedern des Oppositionsvereins gesprochen; am 21. Januar 1893 fand dann der Disput im «Allg. Arbeiter- und Arbeiterinnenverein» statt, wobei S. Kittower, ebenfalls aus Zürich, den Parteistandpunkt verfocht. Arbeiterstimme, Nr. 12 v. 8. 2. 1893.
- 258 Müller, Klassenkampf, S. 120.
- 259 Arbeiterstimme, Nr. 64 v. 8. 8. 1893.
- 260 Eine Zusammenstellung der Anträge enthält das Politische Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft, hrsg. v. Carl Hilty, 1893 (8. Jg.) Bern 1894, S. 512–524.
- 261 Arbeiterstimme, Nr. 65 v. 10. 8. 1893. Aus der persönlichen Erinnerung, Blei, a. a. O., S. 242–248.
- 262 Der Kongreß nahm die vom Holländer Domela Nieuwenhuis vorgeschlagene Resolution an, daß die revolutionären Sozialisten und kommunistischen Anarchisten in der Beseitigung des Privateigentums und in der Organisation der Produktion dieselben Ziele verfolgten und daher zusammengehen könnten. Zum Kongreßverlauf vgl. a. Langhard, S. 319–327. Arbeiterstimme, Nrn. 61–64, 66–69 v. 29. Juli, 2., 5., 8., 12., 15., 17., 19. August 1893. Dossier: II. Internationale, III. Kongreß Zürich 1893, Karton 335–135, SSA-ZH.
- 263 Linse, Anarchismus, S. 54.
- 264 Später (1908) hat sich Landauer gegen den Generalstreik gestellt und befand sich damit in scharfem Gegensatz zur 1903 aus der «Deutschen Föderation Revolutionärer Arbeiter» hervorgegangenen «Anarchistischen Föderation Deutschlands». Linse, Anarchismus, S. 282. Zum Antimilitarismus in der Schweiz, der durch den Truppeneinsatz gegen Streikende Auftrieb erhielt, vgl. Liebknecht, Karl: Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, Berlin, o. J., S. 70 f., S. 86 ff., 110 ff. Brupbacher, Ketzer, S. 115 ff. Hinweise zur Theorie des politischen Massenstreiks und zur Haltung gegenüber dem Generalstreik in der Schweiz gibt: Gautschi, Willi: Der Landesstreik 1918, Einsiedeln 1968, S. 13–27.

- 265 Solange eine ausführliche Biographie über Gustav Landauer (1870-1919) fehlt, siehe Kalz, Wolf: Gustav Landauer, Kultursozialist und Anarchist (Schriften zur politischen Wissenschaft Bd. 6), Meisenheim am Glan 1967. Eine Analyse der Schriften dieses bedeutendsten anarchistischen Denkers Deutschlands gibt: Lunn, E.: Prophet of community, The romantic socialism of Gustav Landauer, Berkeley 1973.
- 266 Nach dem Käfigturmkrawall im Juni 1893 wurde Müller (1867-1950) von der Berner Regierung ausgewiesen. Den Antrag auf Ausweisung aus der gesamten Schweiz lehnte der Bundesrat am 23. Juli 1893 ab. Am 6. April 1899 wurde Müller in Basel eingebürgert. Langhard, Politische Polizei, S. 338 ff.; Arbeiterstimme, Nr. 89 v. 28. 10. 1893.
- 267 Blei, op. cit., S. 244 f.
- 268 Wegleitend war seine Schrift: «Die schweizerischen Konsumgenossenschaften, ihre Entwicklung und ihre Resultate, dargestellt im Auftrag des Verbandes schweizerischer Konsumvereine für die 2. Landesausstellung in Genf, Basel 1896. Gagliardi, Univ. Zürich, S. 909. Handschin, Hans: Der Verband schweizerischer Konsumvereine 1890-1953, Basel 1954, S. 65.
- 269 Müller, Hans: Die Ideen der neuen Genossenschaftsbewegung, in: Neue deutsche Rundschau, Berlin, Juli 1898, S. 663-680. Separatdruck, S. 6. Ein Bestand «Aufsätze und Schriften» aus dem Nachlass Müller findet sich im SSA-ZH, Sig. S. 1 ff.
- 270 Gruner, Arbeiter, S. 1026.
- 271 Der Sozialist, Nr. 12 v. 21. März 1896.
- 272 «Die Stärkung der Gewerkschaften durch Konsumgenossenschaften», Zürich 1896, findet sich positiv besprochen in: Der Sozialist, Nr. 20 v. 16. Mai 1896. Wegen Konflikten mit dem Verbandspräsidenten schied Müller 1907 aus dem Verband Schweiz. Konsumvereine aus, den er nachher heftig bekämpfte. Handschin, a. a. O., S. 102 f.
- 273 Joli, James: The Anarchists, London 1964. (Dte. Ausg.: Die Anarchisten, Frankfurt a. M.-Berlin 1966). Neben Linse zur jüngsten Zeit vgl. Bartsch, Günter: Anarchismus, Bd. 1 1945-1965, Hannover 1972.
- 274 An der Landeskonzferenz der deutschen Mitgliedschaften und Arbeitervereine v. 5.-7. August in der «Eintracht» Zürich stellte Bebel u.a. fest, die Erfahrung lehre, «dass ein längerer Aufenthalt im Ausland das Verständnis für deutsche Verhältnisse beeinträchtigt, die Ansichten der deutschen Genossen im Ausland könnten daher in keiner Weise bindend sein für die Partei, doch werde jeder Meinungs austausch und Ratschlag, der von jenseits der Grenze der Partei zukommt, dort mit Dank aufgenommen und ernstlich geprüft.» Konferenzprotokoll v. 5.-7. Aug. 1893, S. 6. Bebels Auftreten in Zürich führte zu dem verstimmenden Wort, die Schweiz sei eine von Berlin aus regierte und von Zeit zu Zeit inspizierte Provinz des deutschen Sozialstaates. Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft, hrsg. v. Carl Hilty, 1893 (8. Jg.), Bern 1894, S. 510.
- 275 Linse, Anarchismus, S. 185.
- 276 Die Schweizerin Margarethe Faas-Hardegger (1882-1963), eine 1882 in Bern geborene Beamtentochter, war seit Januar 1905 Sekretärin des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes; am 31. März 1909 verlor sie durch ihr Eintreten für den «Sozialist» ihre Stellung. Heeb, Gewerkschaftsbund, S. 277. Sie war sowohl mit Landauer wie mit Mühsam liiert gewesen. Ihre Verbindung zu Landauer wird ersichtlich aus: Gustav Landauer, Sein Lebensgang in Briefen, hrsg. v. Martin Buber, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1929, S. 200 ff., 204-209, 211-221, 223-228, 234-244,

- 246-261, 268. Im «Sozialist» schrieb sie unter dem Pseudonym «Mark Harda». Vom 1. 5. 1906-1. 4. 1909 redigierte sie «die Vorkämpferin», das Organ des Schweiz. Arbeiterinnenverbandes.
- Ragaz, Christine: Die Frau in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, Stuttgart-Leipzig 1933, S. 25 f.
- 277 «Der Sozialist» erschien in seiner ersten Folge vom 15. 11. 1891-12. 1. 1895 in Berlin und beschrieb in seinen Untertiteln zugleich auch seine Entwicklung: «Organ der unabhängigen Sozialisten», seit 1894 «Organ aller Revolutionäre»; seit dem 17. 8. 1895 lebte er als «Organ für Anarchismus-Sozialismus» wieder auf, 1899 fristete er noch ein Jahr als «Anarchistische Monatsschrift». Auf Anregung von Margarethe Faas liess Landauer den «Sozialist» am 15. 1. 1909 neu erscheinen; in der Schweiz gab das Kopfblatt vom 15. 1. 1909-15. 6. 1913 als Erscheinungsort Bern an, während sich das Berliner Mutterblatt bis zum Juli 1915 halten konnte.
- 278 Der Sozialist, Nr. 9 v. 1. Mai 1910.
- 279 Linse, Anarchismus, S. 92, 94, 54 ff., 85 f.
- 280 Mühsam, Erich: Unpolitische Erinnerungen, Berlin 1961, S. 117-126. Den Wandel vom «Refugium einiger Individual-Ethiker» zum ethischen Kollektiv-Etablisement», dem Sanatorium auf dem «Monte Verità» beschrieb der Schriftsteller in: Ascona, Eine «Broschüre», Locarno 1905, (2. Aufl. 1906).
- 281 Der Sozialist, Nr. 3 v. 18. Jan. 1896.
- 282 Die Studie des Zürcher Historikers Karl Lang über Fritz Brupbacher geht diesen Verstreungen im Einzelnen nach. Lang, Karl: Kritiker, Ketzler, Kämpfer, Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher, Zürich (1975), S. 75 ff.
- 283 Brief v. Gustav Landauer an Constantin Brunner, Krumbach, 24. 8. 1908, in: Gustav Landauer, Sein Lebensgang in Briefen, hrsg. v. Martin Buber, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1929, S. 203 f.
- 284 Der «Weckruf» erschien vom 20. 6. 1903-5. 1906, u. 1. 5. 1907; ab Okt. 1905 mit dem «Antimilitarist» als Beilage. Blaser, Bibliographie der Schweizer Presse, Bd. II, S. 1120.
- 285 Linse, Anarchismus, S. 80.
- 286 Anlässlich seines Vortrages v. 20. 9.1910; Linse, Anarchismus, S. 289, Anm. 8.
- 287 Linse, Anarchismus, S. 301, Anm. 4.
- 288 Da der Basler «Vorwärts» in den Sektionen weniger verbreitet war und der Vorort in Zürich sass, wählte die Basler Landeskonferenz von 1901 dann das 1898 gegründete Zürcher «Volksrecht» zum offiziellen Publikumsorgan. Konferenzprotokoll 1901, S. 9 f.
- 289 Arbeiterstimme, Nr. 81 v. 30. Sept. 1893.
- 290 Vgl. S. 261 f.
- 291 Hüppy, Geschichte des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, S. 106. Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 36 v. 3. Sept. 1910.
- 292 A. a. O., Erklärung, Zürich, 26. 8. 1910, unterzeichnet vom Präsidenten des Bundeskomitees von 1893 Ed. Hungerbühler und v. Joseph Eisenbach, K. Frick sowie dem Giesser Gottfried Berger.
- 293 Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung Nr. 37 v. 10. Sept. 1910.
- | | | | |
|---------|----|---------|-----|
| 1860/64 | 14 | 1880/84 | 10 |
| 1865/69 | 49 | 1885/89 | 122 |
| 1870/74 | 85 | 1890/94 | 216 |
| 1875/79 | 24 | 1895/99 | 399 |

- Aus: Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik, (Halbmonatsschrift mit Beilage «Socialpolitisches Archiv»), 9. Jg. (I. Bd.), Bern 1901, S. 395.
- 295 Konferenzprotokoll v. 5.-7. Aug. 1893.
- 296 Konferenzprotokoll 1896, S. 12.
- 297 Die Deutsche Gesellschaft für Ethische Kultur war unter der massgeblichen Initiative von Wilhelm und dessen Sohn Friedrich W. Förster gegründet worden. 1896 wurde in Zürich der internationale Ethische Bund ins Leben gerufen, dessen Sekretariat bis 1906 in Zürich blieb. Zur damaligen Einstellung der Sozialdemokratie gegenüber diesem nach ethischer Verankerung ohne religiöse Gebundenheit strebenden Bund Vgl.: Seidel, Robert: Sozialdemokratie und ethische Bewegung, Zürich ²1897 (verfasst im Aug. 1896).
- 298 Jb.LO, 1899,S.5.
- 299 Über Schmidts Biographie bestand bisher Unklarheit. Er hatte nicht, wie Gruner, Arbeiter, S. 360, Anm. 4, aus den Akten der Bundespolizei schliesst, als Mönch einem Orden angehört, noch war er dem Kloster entsprungen. Der am 23. August 1870 in Trier geborene Sohn eines Bierbrauers, der schon früh seinen Vater verloren hatte und bei den Grosseltern aufgezogen wurde, brach seine Drogistenlehre ab, weil sein reger Geist nach einer anspruchsvolleren Atmosphäre verlangte. Das Jesuitenkollegium «Stella matutina» in Feldkirch sollte ihn neben der Verstandesschulung auch zur strengen Disziplin anhalten. Sowohl der religiöse Dogmatismus wie das Adelsmilieu dieser Schule missfielen dem eigenwilligen Zögling, so dass er, obwohl hochbegabt, das Institut vorzeitig verliess. Einem hohen Idealismus verpflichtet, wandte er sich während seiner politisch-journalistischen Tätigkeit und unter dem Einfluss der beschriebenen Aufbruchsbewegung in der Zürcher Studentenschaft (vgl. Text S. 266 ff.) ganz dem Sozialismus zu. Bezeichnenderweise schlug er sich zu den Parteidogmatikern und lag mit den Oppositionellen, so auch mit Franz Blei, in heftiger Fehde. Arbeiterstimme, Nr. 81 v. 30. Sept. 1893. Bis Herbst 1895 hospitierte Schmidt, der sich wegen der fehlenden Maturität nicht voll immatrikulieren konnte, an der Universität Zürich. 1895/96 studierte er in Bern, danach in Genf und kehrte 1897 in die Aarestadt zurück, um dort im folgenden Jahr mit dem Doktorat abzuschliessen. Er gehörte noch zu denjenigen, die von dem umstrittenen Berner Promotionsreglement von 1890 profitierten, das kein Maturitätszeugnis verlangte. Anschliessend betätigte er sich als Redaktor der «Arbeiterstimme» (22. Juni 1898-1. Dez. 1899), ohne hier Erfüllung zu finden. Eine neue Chance bot sich ihm, nachdem am 3. Mai 1899 in St. Gallen die «Handels-Akademie» eröffnet worden war, deren langjähriger Rektor, Eduard Otto Schulze, ebenfalls aus Deutschland stammte. Wegen Vernachlässigung seines Amtes angefeindet, trennte er sich unter einem Missklang vom Landesausschuss und seiner Organisation. Schmidt nahm im Jahr 1900 an der Verkehrsschule St. Gallen eine Lehrstelle an; er dozierte an der Akademie, die sich 1911 in «Handels-Hochschule» umbenannte. Von ihr 1906 mit einer Professur betraut, lehrte er bis 1940 Statistik, allgemeine Geschichte und Wirtschaftsgeschichte, Geographie, Wirtschaftspolitik und auch Weltwirtschaftslehre. Der 1920 in St. Gallen Eingebürgerte erfuhr zahlreiche Ehrungen, darunter den Dr. rer. pol. h. c. zur Jahrhundertfeier der Universität Bern. Schmidt, der am 12. Sept. 1954 starb, hatte sich in liberal-konservativer Richtung weit vom Sozialismus seiner Sturm- und Drangjahre entfernt. Quellen: Personaldossier P. H. Schmidt, Archiv der Hochschule St. Gallen. Mitteilungen der Rektoratskanzlei der Universität Zürich v.

26. Juli 1974. Mitteilungen von Herrn Paul Bloesch, Staatsarchiv des Kantons Bern, v. 29. Juli 1974. Für die mdl. Auskünfte v. 25. u. 26. Juli 1974 sowie für div. Unterlagen dankt der Verfasser auch Frau Lisel Altmeyer-Schmidt, Basel, u. Frau Margarethe Isler-Schmidt, Zürich. Thürer, Georg: Von der «Handels-Akademie» zur Hochschule St. Gallen, in: NZZ, Nr. 341, 25. Juli 1974. «Eintracht»-Protokolle der o. und a. o. Generalversammlungen v. 27. Juli, 8. u. 11. August 1899.
- 300 Konferenzprotokoll 1896, S. 12.
- 301 Konferenzprotokoll 1891, S. 12.
- 302 Konferenzprotokoll 1896, S. 14.
- 303 Schmidt, Heinrich: Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz 1833–36, Diss. phil., Bern 1898, Zürich 1899.
- 304 Dabei handelte es sich um lokale Gruppen, die noch wenig Gewicht hatten. Der «Verband christlich-sozialer Arbeiterorganisationen der Schweiz» wurde erst 1904 mit 5000 Mitgliedern gegründet. Ende 1906 zählte er schon um die 20 000 Zugehörige, wobei ihm ein gut ausgebautes Kassa- und Unterstützungswesen zugute kam. Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Sozialpolitik, Bern 1906 (14. Jg.), Bd. I, S. 96.
- 305 Konferenzprotokoll 1896, S. 12 f.
- 306 Jb. LO 1902, S. 16 f.
- 307 Die Protokollbücher des Österreichischen-Ungarischen Arbeiterbildungsvereins Zürich 1892 bis 1900 und 1900 bis 1908, die für die letzten Jahre auch über die deutschen Sozialisten Aufschluß geben, enthalten wertvolles Material, das zur Geschichte der lokalen Arbeiterbewegung zahlreiche Hinweise enthält. Auf diese Protokolle, die sich bei einem noch nicht registrierten Aktenbestand der Arbeiter-Union Zürich befanden, stieß der Verfasser im Gewerkschaftskartell der Stadt Zürich. Seinem Vertreter, Herrn Walter Zogg, sei für die gewährte Hilfe herzlich gedankt.
- 308 Jb. LO 1903, S. 27 f.
Die Tabellen im Jb. LO 1899, S. 21 u. 1900, Anhang, lassen die früheren Gruppierungen noch erkennen.
- 309 Zur Wahl in Österreich vgl. Braunthal, Julius: Victor und Friedrich Adler, Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien 1965, S. 131.
- 310 Jb. LO 1898, S. 1. Protokolle der GV des österr.-ungar. AbV Zürich v. 8. u. 17. Jan. 1898, Gewerkschaftskartell Zürich.
- 311 Gagliardi, Univ. Zürich, S. 875 f., 999. Der in Ulm geborene Albert Einstein (1879–1955) war mit 15 Jahren in die Schweiz übersiedelt und hat von 1896–1900 am Polytechnikum ein Fachlehrerstudium absolviert; 1905 promovierte er in Physik an der Universität Zürich. Seit 1902 war er bekanntlich technischer Experte am Eidgenössischen Amt für geistiges Eigentum und habilitierte sich 1908 in Bern. Der in Zürich Eingebürgerte lehrte von 1909–1911 als a. o. Prof. an der Univ. Zürich und 1912 bis zu seinem Weggang nach Berlin für kurze Zeit am Polytechnikum als Ordinarius. In der deutschen Kolonie trat er wie manch anderer später berühmt gewordene Zuwanderer kaum hervor.
- 312 Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht, 18. und 19. Mai 1917, hrsg. u. eingeleitet von J. W. Brügel, Wien 1967; zur Zürcher Zeit s. S. 60 f., 188 f., 192, 202 ff., 220 f., 240.
- 313 Braunthal, op. cit.; für die Jahre 1897–1911 vgl. insbes. S. 183–201.
- 314 Volksrecht, Nr. 2 v. 4. 1. 1960; Nr. 3 v. 5. Jan. 1960. Unergiebig sind auch die Artikel zu seinem achtzigsten Geburtstag: Volksrecht, Nr. 158 v. 9. Juli, Nr. 160 v. 11. Juli 1959.

- 315 Die Gründung des Verbandes der Österreich.-ungarischen Sozialdemokraten datiert Braunthal mit 1897 (richtig 1./2. Jan. 1898), während er die Verschmelzung des deutschen u. österr.-ung. Verbandes ins Jahr 1901 verlegte (richtig 2.4.1899). Braunthal, op. cit. S. 199.
- 316 Konferenzprotokoll 1899, S. 6. Protokolle der «Eintracht»-Vereinsitzungen vom 16. März u. 29. April 1899, Sign. 335: 239-14, SSA-ZH.
- 317 Jb. LO 1899, S. 1.
- 318 Konferenzprotokoll 1899, S. 6 f. Ins Tagungsbureau waren von den Deutschen Heinrich Schmidt und Anton Seidl, von den Österreichern Friedrich Adler und Kutil gewählt worden; während Schmidts Tätigkeit in der LO ihren Abschluss fand, nahm Adlers Aufstieg in die Verbandsspitze seinen Anfang.
- 319 Konferenzprotokoll 1899, S. 7.
- 320 Jb. LO 1899, S. 6. Beide haben dann in den Lokalvereinen St. Gallen, Uster, Winterthur, Zürich, Basel und Luzern, wo für beide Parteitage Interesse zu erhoffen war, Bericht erstattet.
- 321 Der Protest hatte sich gegen die Boykottierung der «Arbeiterstimme» gerichtet und war mit Sympathien für Seidels Kurs verbunden. Arbeiterstimme, Nr. 81 v. 30. Sept. 1893.
- 322 Jb. LO 1898, S. 13. Die 14 nichtberichtenden Vereine verfügten zusammen nur über 560 Mitglieder.
- 323 In Zürich zählte 1898 die «Eintracht» 950 und die «Mitgliedschaft» 149 Zugehörige.
- 324 Zur Vereinsentwicklung, darunter auch zu jenen Sektionen, auf die hier nicht speziell eingegangen wird, vgl. Tabelle, Text 310 f.
- 325 Jb. LO 1898, S. 4.
- 326 Jb. LO 1904, Anhang.
- 327 Jb. LO 1898, S. 4 f.
- 328 Jb. LO 1898, S. 5 f. Die Dossiers «Speiseanstalt des deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereins 1864-1874» und «Deutsche Arbeitervereine 1850-1892 ~ 1912» im Staatsarchiv Basel-Stadt enthalten nur vereinzelte Hinweise zur Geschichte des DAV Basel.
- 329 Der Reichstag war am 13. Dezember 1906 aufgelöst worden, nachdem angesichts des Kolonialkrieges gegen die Hereros und Hottentotten auch das Zentrum die Militärkredite verweigert hatte, so dass die Reichstagswahlen im folgenden Januar stattfanden.
- 330 Friedrich Schneider (1886-1966) war zum Ärger seiner Arbeitgeber 1906 während seines Strassburger Aufenthalts Vorsitzender des Zentralverbandes der Glaser Deutschlands, Zahlstelle Strassburg i/E. geworden, weshalb die Kündigung nicht ausblieb. Schneider, Friedrich: Hieronymus Roggenbachs Erlebnisse. 1. Buch, Basel 1943, S. 66 f.
- 331 A.a.O.,S.77.
- 332 Jb. LO 1898, S. 7. Erst 1903 änderte er seinen Namen in «Internationaler Arbeiterverein» ab.
- 333 Der DAbV Uzwil war erst im Herbst 1898 gegründet worden. Der eben wieder eingetretene AAV Entlebuch, der es nie über 18 Mitglieder brachte, besass sogar eine Krankenkasse. Jb. LO 1906, Anhang.
- 334 Der Gesamtbestand aller Vereinsbibliotheken betrug 1898 9206 Bücher und Schriften. Zur Jubiläumsfeier Jb. LO 1906, S. 4 Anhang.

- 335 Katalog der Bibliothek des Allgemeinen Arbeiter-Vereins in Genf, hrsg. im Herbst 1896, Zürich 1896. Das SSA-Zürich hat den Genfer Katalog im Dez. 1975 in neu bearbeiteter Form wieder herausgegeben. Katalog der Bibliothek des Arbeiter-Bildungs-Vereins «Eintracht» in Zürich, hrsg. Frühjahr 1892.
- 336 Volksrecht, Nr. 77 v. 4. April 1913. Auf das Jahr 1892 bezieht sich eine Reminiszenz von Franz Blei. Damals habe ein alter Schuster, der Weitling, Bakunin und Marx persönlich erlebt hatte, im Genfer Verein das große Wort geführt: «Und doch besuchte man seinetwegen das Lokal des Vereins öfter, denn der Meister Sauerwein produzierte in Reden, deren er an jedem Abend gern zwei oder drei hielt, das erstaunlichste Quodlibet. «Der Morgen wird aufbrechen, wo das Schwert des Damonkel die Tore des Paradieses öffnen wird. Und dann wird mit der Borschoasie tabla rabla gemacht werden, daß kein Stein dieses Tempels . . .» In dieser Weise konnte der Mann eine Stunde lang weiter machen. Er war das große Licht des Vereins, beliebt und verehrt als Veteran von weiß Gott was.» Blei, Erzählung, S. 233 f. Der so bissig geschilderte Schuster war wohl identisch mit jenem Petersen, der auf der Oltener Tagung als mögliche Geschichtsquelle empfohlen worden war. Konferenzprotokoll v. 17. Mai 1891, S. 13.
- 337 Zinner, Festschrift AABV Winterthur, S. 29.
- 338 Der Rückblick auf eine dreißigjährige Tätigkeit von 1912 enthält die illustrative Bemerkung: «Hätten unsere Sektionen nicht eine durchschnittliche Fluktuation von 186 Prozent, sondern wie die Grütlivereine und Mitgliedschaften eine 25–40 Prozent nicht übersteigende, so könnten viel höhere Mitgliedsziffern aufgewiesen werden. Große Streiks, schlechte wirtschaftliche Konjunktur und das Bestreben, die Welt zu sehen, führen zu einem sehr starken Mitgliederwechsel. Es kommt oft vor, daß der Sekretär nach 5–6 monatlichem Unterbruch beim Besuch einer Sektion nur noch einen oder gar keinen Genossen von früher vorfindet.» Jb. LO 1910–1912, S. 6.
- 339 1892 verkehrten in der «Eintracht» Zürich Personen aus folgenden Ländern: Deutschland 1128, Österreich 156, Schweiz 88, Dänemark 12, Rußland 10, Schweden 6, Italien 3, Serbien 3, Frankreich 2, Amerika 1, Bulgarien 1, Holland 1. Jb. LO 1898, S. 10.
- 340 Im Gegensatz zu andern Vereinen hat die Sektion Davos in den Jahren 1907–1912 stark zugenommen, was ihre enge Abhängigkeit vom Kurbetrieb noch unterstreicht.
- 341 NZZ, Nr. 165, I, v. 14. Juni 1898; BBl. III, S. 752–774. v. Salis, L. R.: Schweizerisches Bundesrecht, Bd. 4, Bern 1903, S. 729–747.
- 342 Jb. LO 1898, S. 8.
- 343 Jb. LO 1898, S. 13; 1901, Anhang.
- 344 Das «Rütli der Deutschen in der Schweiz» war beim republikanisch-sozialdemokratischen und demokratischen Teil dieser Ausländerkolonie in lebendiger Erinnerung geblieben. Vgl. Text S. 156 f.
- 345 Jb. LO 1898, S. 8.
- 346 Obwohl Horgen nur einen kleinen Arbeiterverein besaß, war seine Vereinsfahne schon am 7. Sept. 1851 eingeweiht worden – damals als deutsche Sängerefahne. Jb. LO 1901, S. 24.
- 347 Jb. LO 1900, S. 4. Der AABV Neuenburg beging 1902 seine 50jährige Stiftungsfeier, Jb. LO 1902, S. 16.
- 348 Jb. LO 1904, S. 6. Die Festrede hatte Robert Seidel gehalten. Jb. «Eintracht» 1904, S. 16. Zu einer das Erbe Herweghs in die Gegenwart fortführenden Interpretation

- vgl. die von Adolf Muschg zum hundertsten Todestag des Dichters in Liestal gehaltene Rede. Muschg, Adolf: Von Herwegh bis Kaiseraugst, Zürich 1975. Schon 1884 war Herwegh ein Obelisk aus Holz errichtet worden.
- 349 Jb. LO 1903, S. 33, schrieb die *«Mitgliedschaft österr.-ungar. Sozialdemokraten Zürich»*: «Als erfreulicher Fortschritt ist zu verzeichnen, daß sich auch einige Frauen unserer Organisation angeschlossen haben und hoffen, daß noch mehr dazu kommen . . .» Von den 956 Personen, die 1903 im Zürcher AbV «Eintracht» verkehrten, waren 55 weiblichen Geschlechts.
- 350 Jb. LO 1898, S. 9.
- 351 Ragaz, op. cit. S. 13. Dieser Verband wurde von den fünf Arbeiterinnenvereinen Basel, Bern, St. Gallen, Winterthur und Zürich gegründet. Die «Eintracht» in Zürich nahm erst seit 1897 auch weibliche Personen als Mitglieder auf. «Eintracht»-Protokoll der GV v. 5. Febr. 1897, Sign. 335: 239-14, SSA-ZH.
- 352 Ragaz, op. cit. S. 138.
- 353 Ragaz, op. cit. S. 11 f. Ihr Gatte war James Guillaume, einst Mentor der Fédération jurassienne und später Historiker der Internationale.
- 354 Ragaz, op. cit. S. 136 f. Zur schweizerischen Frauenbewegung vgl. Woodtli, Susanna: Gleichberechtigung, Der Kampf um die politischen Rechte der Frau in der Schweiz, Frauenfeld 1975.
- 355 Vgl. die Tabelle S. 606.
- 356 Jb. LO 1900, Anhang. Den besten Einblick in die Aktivitäten des DAV «Concordia» Schaffhausen geben die für die lokale Geschichte noch nicht ausgewerteten Protokolle 1879–1897 und Korrespondenzen 1860–1874, die sich im Archiv des SMUV in Bern befinden. Vgl. a. Joos, Eduard: Parteien und Presse im Kanton Schaffhausen, Thayngen 1975, S. 162 ff., 233 ff., der diese Akten nicht miteinbezogen hat.
- 357 Konferenzprotokoll 1896, S. 7.
- 358 Eigene Diskussionsabende veranstaltete sie keine, da sie sich an jenen im Arbeiterverein beteiligte. Der 1898 aufgeführte DAV Wädenswil fehlte 1899 im Verbandsverzeichnis und taucht im folgenden Jahr als AAV wieder auf. Jb. LO 1898–1900, Anhang.
- 359 Zinner, Festschrift AAbV Winterthur, S. 31 ff. Diese Speisegenossenschaft verpflegte damals zwischen neunzig und hundert Personen: 1903 gab sie z. B. 861 Essen gratis ab. Jb. LO 1903, S. 28 f.
- 360 Jb. LO 1903, S. 27 f.
- 361 Vgl. Text S. 312 ff.
- 362 Jb. LO 1900, S. 4; darunter St. Imier, Rapperswil, Gofäu und Wattwil-Lichtensteig.
- 363 Konferenzprotokoll 1896, S. 11.
- 364 Jb. LO 1898, S. 1 f.; Jb. LO 1902, S. 8 f.
- 365 «Abrechnung der gesammelten Gelder für die deutschen Reichstagswahlen», in Jb. LO 1898, S. 16.
- 366 Jb. LO 1898, S. 2.
- 367 Die Reise könnte durch eine persönliche Beziehung zustande gekommen sein, da Pernerstorfer der Taufpate von Friedrich Adler war, der 1899 bereits als Beisitzer im Landesausschuß saß.
- 368 Jb. LO 1900, S. 5. Ein frühes Treffen muß um 1895 auf dem Hohentwiel stattgefunden haben. Konferenzprotokoll S. 3.
- 369 Jb. LO 1902, S. 12 ff.

- 370 Jb. LO 1906, S. 6. Die Teilnehmerzahl soll mehr als 10'000 betragen haben.
- 371 Jb. LO 1908, S. 7.
- 372 Jb. LO 1910-12, S. 45; 1912-13, S. 14 f.
- 373 Münzenberg, Willi: Die dritte Front, Aufzeichnungen aus 15 Jahren proletarischer Jugendbewegung, Berlin 1930, S. 87 f.
- 374 Volksrecht, Nr. 157 v. 9. Juli 1913, Nr. 179 v. 4. Aug. 1913.
- 375 Jb. LO1901, S. 17 f.
- 376 Jb. LO 1904, Anhang. Die Fragen wurden nur von den Vereinen Glarus, Frauenfeld und – trotz der Kritik – Chur beantwortet.
- 377 Über die Kontroverse, die Bernstein mit seinem 1899 erschienenen Buch «Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie» ausgelöst hat, vgl.: Gay, Peter: Das Dilemma des demokratischen Sozialismus, Eduard Bernsteins Auseinandersetzungen mit Marx, Nürnberg 1954. Der Bundesrat hatte übrigens am 1. Nov. 1900 Bernstein, der ja 1888 ausgewiesen worden war, die Niederlassung in der Schweiz wieder gestattet.
- 378 Das Einschwenken auf eine harte Parteilinie war in und nach Dresden von antiintellektuellen Emotionen und Verunglimpfungen begleitet gewesen. Die Landesorganisation verzichtete damals auf die Einladung eines Referenten aus Deutschland. Als dies von der Genfer Sektion getadelt wurde, gab der ehrenamtliche Verbandssekretär Anton Seidl zur Antwort, man habe die schmutzige Wäsche nicht auch noch nach der Schweiz schleppen wollen. Konferenzprotokoll 1904, S. 10.
- 379 Auch kleinere Sektionen wie La Chaux-de-Fonds, Wil und Frauenfeld hielten sich 7-8 Zeitungen; grosse Vereine wie Winterthur brachten es auf 25, die «Eintracht» Zürich gar auf 50 verschiedene Presseorgane. Sehr verbreitet waren: «Berliner Vorwärts», «Neue Postillon», der «Wahre Jakob» aus Stuttgart, der sich mit seinen Karikaturen und der satirischen Schreibweise eine steigende Zahl von Abonnenten gewann, gelegentlich auch die «Wiener Volkstribüne»; hinzu kamen die schweizerischen Blätter «Arbeiterstimme», «Volksrecht», «Grütlianner». Jb. LO 1898, S. 8, 10; 1899, S. 18; 1902, S. 16 f.; 1903, S. 26, 29, 32.
- 380 «Aufruf an die Arbeiter aus Deutschland u. Österreich-Ungarn in der Schweiz», Flugblatt, Zürich o. D., SSA-ZH: Schachtel 239 Z I. Die Datierung auf 1901 liess sich auf Grund der unterzeichnenden Sektionen feststellen, vgl. insbes. Mols.
- 381 Zusammengestellt aus den statistischen Tabellen der Jb. LO 1898-1908, 1910-1912. 382 Vgl. Text S. 150 ff.
- 383 § 1 der Statuten des Deutschen Arbeitervereins «Eintracht» in Zürich v. 26. April 1877.
- 384 Vgl. Tabelle S. 328.
- 385 Jb. «Eintracht» 1877, S. 11.
- 386 Jb. «Eintracht» 1885, S. 4.
- 387 Statuten 1877, § 3. Wer allerdings «aus Korporationen oder Parteien, mit welchen wir organisch verbunden», ausgeschlossen wurde (Gewerkschaften, Arbeiterbund, Arbeiterpartei Deutschlands), konnte nach § 4 keine Aufnahme finden. Der Monatsbeitrag betrug nach § 10 der Statuten v. 1877 Fr. 1.–, wobei Nichtgewerkschafter vierteljährlich 10 Cts. Bundesbeitrag und 5 Cts. Streikgelder zusätzlich zu entrichten hatten.
- 388 Die beiden letzten Vorträge hielt ein Student Klein. Jb. «Eintracht» 1877, S. 9. Im folgenden Jahr hatte Bernstein noch über Thomas Moore und Schlüter zum Thema «Aus dem Jahre 1848» gesprochen. Jb. «Eintracht» 1888, S. 5 f.

- 389 Jb. «Eintracht» 1888, S. 3 f.; Aufzeichnung: «Kurzbericht über die «Eintracht», Zürich 1, Neumarkt 5», v. 26. Mai 1943, gez. Hermann Klatt. Karton 335–239 Z II, SSA-ZH.
- 390 Jb. «Eintracht» 1888, S. 5.
- 391 Jb. «Eintracht» 1888, S. 6 f.
- 392 Jb. «Eintracht» 1893, S. 7. Neben diesen Referenten sprachen in den folgenden Jahren u. a. Oberrichter Wolf (1892), der Urgeschichtler Jakob Heierli (1893), der Schriftsteller Bruno Wille aus Berlin (1894 über die «Veredelung der Menschheit auf sozialem Wege»), der Zoologe Arnold Lang (1895), der Staatsrechtler Jakob Schollenberger (1896), der Nationalökonom und Sozialwissenschaftler N. Reichesberger (1898). In den neunziger Jahren brachten Referenten wie Greulich, Seidel, Hauth, Pflüger, Karl Manz, August Merk, Friedrich Adler, Otto Lang, Friedrich Erismann u. a. m. in der «Eintracht» ihre Auffassung von Sozialismus zum Ausdruck.
- 393 So boykottierte der DAV Basel 1902–1904 den Basler «Vorwärts», weil dieser den Kirchzetteln publizierte. Heeb, Festschrift DAV Basel, S. 50. 1907 agitierte der deutsche sozialistische Atheist Miethe im DAV Basel, dessen ausfällige Art bei den Schweizern eher auf Ablehnung stieß, wie die Zurechtweisung durch Eugen Wullschlegler zeigte. Hierzu und zur Rüge Greulichs vgl. Mattmüller, Markus: Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus, Bd. I: Die Entwicklung der Persönlichkeit und des Werkes bis im Jahr 1913, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 67), Basel 1957, S. 141.
- 394 Jb. «Eintracht» 1898, S. 7 f.; 1900, S. 8 f.; 1901, S. 9. Protokolle der «Eintracht»-Vereinsitzungen v. 12. u. 21. Juni 1896, Sign. 335: 239-14, SSA-ZH.
- 395 Zitate aus: «Der sozialdemokratische Arbeiterbildungs-Verein «Eintracht» Zürich als Vergewaltiger des freien Wortes», Flugblatt, Juni 1893, gez. Der Verein Unabhängiger Sozialisten, Zürich. Karton 335–239, Z II, SSA-ZH.
- 396 Zu den «Unabhängigen Sozialisten» vgl. Text S. 279 ff.
- 397 Statuten DAV «Eintracht» v. 26. April 1877, S. 6 f. (§§ 40–33).
- 398 Jb. «Eintracht» 1894, S. 3 f.
- 399 Jb. «Eintracht» 1895, S. 10.
- 400 A. a. O.; zu Platten, der erst ein Jahrzehnt später Vereinsmitglied wird, vgl. Text S. 360 ff.
- 401 Jb. «Eintracht» 1891, S. 1. Zur Statutenneufassung vgl. Jb. «Eintracht» 1902, S. 4.
- 402 Das Zürcher «Volkshaus» wurde in den Jahren 1906/07 erbaut; zu größeren Versammlungen und Kundgebungen diente der Zürcher Arbeiterschaft das alte Velodrom (Ecke Manessestraße-Zurlindenstraße) in Zürich-Wiedikon, das 1918 abgebrochen wurde. Heeb, Zürcher Arbeiterbewegung, S. 229, 245.
- 403 Stand 1902; bis 1905 kamen der Metallarbeiter-Verband sowie die Städtischen Arbeiter hinzu. Jb. «Eintracht» 1902, S. 17 u. 1905, S. 18.
- 404 Jb. «Eintracht» 1898, S. 5 f.; 1899, S. 4; 1900, S. 4; 1902, S. 9.
- 405 Jb. «Eintracht» 1902, S. 5; Brupbacher, Fritz: 60 Jahre Ketzer, Selbstbiographie, Zürich 1935, S. 86.
- 406 Jb. «Eintracht» 1902, S. 18.
- 407 Jb. «Eintracht» 1905, innere Umschlagseite, vorne. Das gleiche Klischee mit einem Bild des Vereinshauses wurde 1907 nur noch mit der Überschrift «Arbeiter-Bildungsverein «Eintracht»» u. 1908 mit jener «Sozialdemokratischer Verein «Eintracht»» verwendet.
- 408 Jb. «Eintracht» 1902, S. 17.

- 409 A. a. O., S. 15 f.
- 410 Da die Mitglieder gleichzeitig Mitglieder der Arbeiterunion waren, erhielten sie sämtliche Vergünstigungen, die jeweils auf der Unionskarte verzeichnet waren. Jb. «Eintracht» 1907, S. 16.
- 411 Jb. «Eintracht», 1905, S. 3.
- 412 Ebenda, S. 9.
- 413 Jb. «Eintracht» 1902, S. 8.
- 414 Jb. «Eintracht» 1902, S. 9; 1905, S. 11.
- 415 Vgl. Text S. 320.
- 416 Jb. «Eintracht» 1906, S. 11.
- 417 Statuten des Arbeiter-Bildungs-Verein «Eintracht» Zürich, Zürich 1906, § 4.
- 418 Da § 7 der Statuten v. 1906 jedes Mitglied verpflichtete, zur Verwirklichung der vom Verein vorgeschriebenen Prinzipien beizutragen, und in § 2 der unverändert übernommenen Vereinszweck u.a. «durch brüderlichen Verkehr mit allen sozialistischen Arbeitervereinigungen und Eintritt in ihre gewerkschaftliche Berufsorganisation» erreicht werden sollte, war die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft – wenn auch verklausuliert – vorgeschrieben.
- 419 Statuten v. 1906, § 26. Beschlüsse, die die Interessen des Gesamtvereins berührten, waren diesem vor Ausführung zur Genehmigung vorzulegen (§ 27); Sektionen, die vor allem den Hauptverein bei seinen Vergnügungen zu unterstützen hatten, sollten keine Sonderkassen mehr führen: «die zu ihrer Unterhaltung nötigen Gelder werden aus der Vereinskasse entnommen.» (§ 28).
- 420 Protokollbuch 1. Dez. 1861 – 17. Sept. 1873; Verzeichnis der Mitglieder 1862-1868; Kassa-Buch 1. Dez. 1861 – 23. Dez. 1863. Dossier: Deutsche Turnerschaft in Zürich 1861-1945, Abt. VII, Nr. 65, Stadtarchiv Zürich.
- 421 Jb. «Eintracht» 1907, S. 5.
- 422 Schriftstücke & Prozessakten über die Trennung der Deutschen Turnerschaft Zürich von dem Arbeiterbildungsverein «Eintracht» 1906/07, Stadtarchiv Zürich, Abt. VII, Nr. 65.
- 423 Jb. «Eintracht» 1907, S. 5.
- 424 Jb. «Eintracht» 1908, S. 7. Vgl. die Protokolle der Vorstandssitzungen des österr.-ungar. Arbeiterbildungsvereins v. 28. Nov. und 6. Dez. 1905 sowie über die a. o. GV v. 7. Febr. 1906, Gewerkschaftskartell Zürich.
- 425 Während der «Verein Deutscher und österr.-ungar. Sozialdemokraten» die Verschmelzung einstimmig begrüsst hatte, sprachen sich in der «Eintracht» lediglich 152 gegen 88 Stimmen für die Vereinigung aus. Mehr als zwei Drittel der Mitglieder hatten sich an diesem wichtigen Entscheid nicht beteiligt. Jb. «Eintracht» 1908, S. 9. Protokoll der a. o. GV der deutschen und österr.-ung. Sozialdemokraten v. 24. Juni 1908 (insbes. die Voten von Adler, Kugler, Mandel und Platten), Protokollband: österr.-ungar. Arbeiterbildungsverein 1900 bis 1908, Gewerkschaftskartell Zürich.
- 426 Lokal-Statuten des Sozialdemokratischen Vereins «Eintracht» in Zürich v. 7. April 1909, § 3. Das Lokalstatut trat am 1. Mai 1909 in Kraft.
- 427 A. a. O., § 6. Weibliche Mitglieder zahlten 25 Cts., männliche 50 Cts. Monatsbeitrag (§ 4). Die Generalversammlung wählte neben dem 13köpfigen Vorstand auch folgende Kommissionen: a) 6 Mitglieder des Bildungsausschusses, b) 3 Bibliothekare, c) 2 Schriftenverkäufer, d) 2 Zigarrenverkäufer, e) 7gliedrige Revisionskommission, f)

Hausverwaltungskommission (§§ 7–12). Für die Schlichtung von Streitigkeiten wurde ein Schiedsgerichtsverfahren vorgeschrieben (§§ 24–26).

- 428 Jb. «Eintracht» 1908, S. 12.
- 429 Jb. «Eintracht» 1909/1910, S. 17.
- 430 Jb. «Eintracht» 1910/1911, S. 3 f. Protokoll der «Eintracht»-Vorstandssitzung vom 2. Aug. 1911, Sign. 335: 239-16, SSA-ZH.
- 431 Jb. «Eintracht» 1909/1910, S. 20 f.
- 432 Jb. «Eintracht» 1905, S. 9 f.; 1909/1910, S. 21.
- 433 Das volle Kostgeld betrug im Jahr 1905 pro Woche Fr. 10.– u. stieg bis 1910 auf Fr. 12.–. Jb. «Eintracht» 1905, S. 30; 1909/1910, S. 38.
- 434 Jb. «Eintracht» 1907, S. 21; 1908, S. 28; 1909/1910, S. 38. Hinzu kam jeweils die Zahl der Einzelesser, die z. B. 1908 im Durchschnitt beim Mittagessen 55 und abends 35 betrug. Im Wirtschaftsbetrieb waren bis zu 14 Personen (1911) tätig. Die z. T. mißlungenen Streiks u. verhängten Platzsperrungen zogen auch die Speisegenossenschaft in Mitleidenschaft. Jb. «Eintracht» 1911/1912, S. 42.
- 435 Mattmüller, Markus: Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus, Bd. 2: Die Zeit des Ersten Weltkrieges und der Revolutionen (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 110) Basel 1968, S. 101. (Zit. als Mattmüller, Ragaz).
- 436 Jb. «Eintracht» 1909/1910, S. 33 f.
- 437 Jb. «Eintracht» 1911/1912, S. 18. Der Pächter hatte die Inneneinrichtung der Herberge auf eigene Kosten besorgt und sich dabei finanziell übernommen.
- 438 Vertrag zwischen dem Sozialdemokratischen Verein «Eintracht» Zürich und der Genossenschaft Gewerkschaftshaus «Eintracht» Zürich, gez. Zürich, 31. Sept. 1912, Otto Richter/Peter Bertram, Jb. «Eintracht» 1912/1913, S. 10 f. Nur finanziell begründet die Trennung: Jost, Hans-Ulrich: Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914–1918, Bern 1973, S. 67.
- 439 Aufzeichnung v. Hermann Klatt, Zürich, 26. Mai 1943. Karton 335–239, SSA-ZH.
- 440 Die Berufsstatistiken von 1902 und 1905 bezogen sich auf die Gesamtzahl der während des Zähljahres im Verein verkehrenden Mitglieder, während 1907 der Mitgliederbestand zu Jahresende aufgeschlüsselt wurde. Jb. «Eintracht» 1902, S. 12 ff.; 1905, S. 14 ff.; 1907, S. 13 ff. Der vehemente Anstieg der Studenten hat sich nach 1904 nicht fortgesetzt und war wohl auf den starken Zuwachs der russischen Emigranten nach dem Scheitern der Revolution v. 1905 zurückzuführen. In späteren Jahren faßte die Berufsstatistik Berufsgruppen zusammen oder fehlte ganz.
- 441 Jb. «Eintracht» 1907, S. 11; 1908, S. 12; 1910/1911, S. 11; 1911/1912, S. 15; 1913/1914, S. 25. Für das Jahr 1909 war keine Zahl eruierbar. In der Krisenzeit hatten die Unterstützungsfälle schon beträchtliche Höhen erreicht: 1901: 1677 und 1902: 1370 Hilfsbedürftige.
- 442 Jb. «Eintracht» 1907, S. 11.
- 443 Jb. «Eintracht» 1902, S. 9.
- 444 Jb. «Eintracht» 1910/1911, S. 11; 1911/1912, S. 15.
- 445 Jb. «Eintracht» 1909/1910, S. 13; 1910/1911, S. 7; 1911/1912, S. 8 f.; 1912/1913, S. 8 f.; 1913/1914, S. 28.
- 446 Zusammengestellt aus: Arbeiterstimme, Nr. 12 v. 21. März 1884 u. Nr. 13 v. 28. März 1885; Jahresberichte des Arbeiter-Bildungsvereins «Eintracht» in Zürich 1885–1914; Bericht an die ordentliche Generalversammlung der «Eintracht» am 26. Juli 1916 über das Vereinsjahr 1915/16, Karton 335–239 Z II, SSA-ZH; Jb. LO 1910–1912.

- 447 Vgl. Text S. 292 f.
- 448 Konferenzprotokoll 1896, S. 6. Der Antrag von Luzern, die Zentralisation der Vereins-Krankenkassen durchzuführen, wurde damals mit dem Argument abgelehnt, insbes. die Vereine in der Westschweiz seien dafür zu selbständig. Bis 1901 hatten sich Freizügigkeit zugestanden: Zürich, Bern, Luzern, Genf, La Chaux-de-Fonds. Konferenzprotokoll v. 1901, S. 8.
- 449 1899 u. 1900 war Adler Beisitzer, 1901 erster Sekretär, 1903 bis zur Abreise nach München Protokollführer, seit Anfang 1907 bis zu seinem Wegzug nach Wien (1911) Präsident des Landesausschusses. Zu Szymanowski vgl.: Belli, Joseph: Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz, Stuttgart 1912, S. 150 f.
- 450 Konferenzprotokoll 1904, S. 11 f.
- 451 A. a. O., S. 12 f.; Zinner war einer der drei Delegierten aus Winterthur. 1906 wurde der 1867 in Böhmen geborene Schuhmacher Präsident des Schweizerischen Schuhmacherverbandes, dessen Fachorgan er fast bis zu seinem Tod (1926) redigierte. Heeb, Gewerkschaftsbund, S. 351 f.
- 452 A. a. O., S. 13. Votum von K. Bühler, Bern.
- 453 Statuten der Landesorganisation der deutschen und österr.-ungar. Sozialdemokraten in der Schweiz, Winterthur, 22. Mai 1904, § 1: «Die Landesorganisation dient in erster Linie als politische Organisation der Sozialdemokraten aus Deutschland und Österreich-Ungarn in der Schweiz. Doch können auch Angehörige anderer Staaten den Sektionen der Landesorganisation als Mitglieder beitreten.» Vgl. die Statuten v. 1899, § 1.
- 454 Statuten 1904, § 6. In § 7 wurde dem Landesausschuss das Bestimmungsrecht über die Verwahrung des lokalen Vereinsvermögens im Fall einer Auflösung zuerkannt.
- 455 Nach den Statuten von 1899 regelte § 17 das Abordnungsrecht der Sektionen an die Landeskongress, der mindestens alle drei Jahre tagenden obersten Verbandsbehörde, wie folgt: «Die Stärke der Vertretung der dieser Organisation angehörigen Genossen wird jedesmal von dem Landesausschuss festgesetzt und bemisst sich nach der Stärke der Mitgliedschaften.» Die Neufassung von 1904 legte nun in § 13 eine ausgeglichene, für die kleineren Vereine günstigere Regelung vor: «Sektionen bis zu 25 Mitgliedern wählen einen, bis zu 50 Mitglieder zwei, mit über 50 Mitglieder drei Delegierte.»
- 456 Statuten 1904, § 15.
- 457 Statuten 1899, S. 11,12.
- 458 Konferenzprotokoll 1904, S. 30.
- 459 Statuten 1904, § 17,18.
- 460 Als Richtlinie galt, pro Mitglied und Jahr Fr. –.60 an den Landesausschuss zu entrichten. Die «Eintracht» Zürich zahlte zwar den höchsten Jahresbeitrag (ca. 137 Franken), was pro Mitglied jedoch nur Fr. –.18 ausmachte. Allerdings blieb auch das Mitspracherecht dieser Grosssektionen unabhängig von ihrem Umfang auf drei Delegierte beschränkt. Jb. LO, 1908, S. 38. Vgl. Anm. 455.
- 461 Bei der Verwendung der durch die Mitgliederbeiträge eingegangenen Mittel war der Landesausschuss an die bekannten Zwecke (Agitation, Unterstützungen etc.) lt. § 14 der Statuten von 1899 u. § 19 der Fassung von 1904 gebunden. Konferenzprotokoll 1904, S. 30.
- 462 Statuten 1904, § 24.
- 463 Konferenzprotokoll 1907, S. 18 f. Das Jahresgehalt wurde auf Fr. 1'200 – festgelegt.

Die Stelle war auszuschreiben und der Kandidat durch Urabstimmung in der Organisation zu bestimmen. Das Vorschlagsrecht besaß der Landesausschuß.

- 464 A. a. O., S. 19, Jb. LO 1907, S. 9. Bezahlt wurden die «Nachrichten» aus der Zentralkasse.
- 465 Jb. LO 1907, S. 9 f.
- 466 Volksrecht Nr. 271 v. 18. 11. 1910.
- 467 Kongreßprotokoll, 1912, S. 7.
- 468 Bis auf Basel, Frauenfeld, Vevey und Uster benutzten 1908 bereits alle Sektionen die einheitlichen Mitgliederbücher. Jb. LO 1908, S. 3.
- 469 Jb. LO 1906, S. 6.
- 470 Jb. LO 1908, S. 4.
- 471 Jb. LO 1906, S. 4. Hierzu wurde § 10 der Statuten neu gefaßt, indem der Landesausschuß nun von den am Vorort bestehenden Sektionen im Verhältnis zur durchschnittlichen Zahl ihrer Vereinsmitglieder gewählt wurde, wobei aber jede Sektion mindestens ein Landesausschußmitglied bestimmte. Jb. LO 1908, S. 9 f.
- 472 Jb. LO 1908, S. 8.
- 473 Jb. LO 1908, Anhang; Jb. LO 1910–1912, S. 56.
Ende 1908 gehörten dem Mailänder Verein 30, anfangs 1911 ein Maximum von 70 Mitgliedern an; Turin zählte am 1. Juli 1911 42, anfangs 1912 aber nur 16 Mitglieder. Jb. 1912/13, S. 4.
- 474 Vgl. die starke Zunahme der Russen in der «Eintracht» Zürich im Jahr 1906, Tabelle, Text S. 328.
- 475 Jb. LO 1908, S. 8 f.
- 476 Konferenzprotokoll 1910, S. 4 ff., 13.
- 477 Infolgedessen mußten die §§ 3, 4, 5 anders gefaßt werden, wobei nur noch der Begriff «Sektionen» verwendet wurde. Konferenzprotokoll 1910, S. 24.
- 478 A. a. O., S. 26. Jb. LO 1908, S. 9 f.
- 479 § 12a besagte u. a.: «Die Richtlinien der Tätigkeit des Sekretärs werden vom Landesausschuß bestimmt, dem jeweils der Sekretär Bericht über seine Tätigkeit zu erstatten hat. Bei großen Differenzen zwischen dem Landesausschuß und dem Sekretär muß eine außerordentliche Konferenz einberufen werden.»
- 480 Nach § 13a mußte die Landeskongferenz eine Sektion bestimmen, die aus ihrer Mitte die fünf Kommissionsmitglieder zu wählen hatte. Konferenzprotokoll 1910, S. 27.
- 481 Jb. LO 1910–1912, S. 4.
- 482 Jb. LO 1910–1912, S. 5.
- 483 Jb. LO 1910–1912, S. 5 f.
- 484 Diese u. die folgenden Angaben sind der Schweizerischen Fabrikstatistik v. 5. Juni 1911, Bümpliz-Bern 1912, S. XIX–XXI entnommen.
- 485 Ebenda, S. XXI.
- 486 Vgl. Text S. 595 ff.
- 487 Schweizerische Fabrikstatistik v. 5. Juni 1901, Bern 1902, S. XIV.
- 488 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz vom 2. und 3. Dezember 1911, abgehalten im großen Konzertsaal in Olten, Zürich 1912, S. 46. (Zit. als Parteitagsprotokoll SPS).
- 489 Die Zahl der organisationsfähigen Arbeiter wird in dem Artikel mit 350 000 angenommen, denen er die 63 863 Gewerkschaftsmitglieder des Jahres 1910 gegenüberstellt. Von diesen zog der Verfasser die 2110 Personen zählende, nur Schweizern zu-

- gängliche Organisation des Lokomotiv- und Werkstättenpersonals ab. Nach seiner Berechnung waren 17 % der Arbeiter organisiert, hingegen 83 % unorganisiert. Der Verfasser (H. Greulich?) vergleicht nun die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder mit den von der Betriebszählung 1905 in Industrie und Gewerbe festgestellten 152 721 ausländischen Arbeitern. Daß die Gesamtzahl der Gewerkschaftsangehörigen nur 44 % dieser nichtschweizerischen Arbeitnehmer ausmache, gibt wohl einen Hinweis, den Organisationsgrad im allgemeinen nicht zu überschätzen, sagt aber über das gewerkschaftliche Verhalten der einzelnen Nationalitäten noch nichts aus. Volksrecht, Nr. 77 v. 30. März 1912.
- 490 Heeb, Gewerkschaftsbund, Tabelle S. 102.
- 491 Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz, Nr. 4 v. 30. April (II. Jg.) 1910, S. 71.
- 492 Eidgenössische Betriebszählung v. 9. Aug. 1905, Bd. 3, Bern 1911, S. 97*.
- 493 Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung, Nr. 20 v. 21. 5. 1910. Gewerkschaftliche Rundschau, Nr. 4 v. 30. April 1910 (II. Jg.) S. 71.
- 494 A. a. O.
- 495 Heeb, Gewerkschaftsbund, S. 285.
- 496 Schweiz. Fabrikstatistik v. 5. Juni 1911, Bern 1912, S. 167.
- 497 Eidgenössische Betriebszählung v. 24. 8. 1939, Bd. 4, Bern 1944, S. 156.
- 498 Volksrecht, Nr. 77 v. 30. März 1912.
- 499 Gewerkschaftliche Rundschau, Nr. 4 v. 30. April 1910 (II. Jg.), S. 70. Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 14 v. 6. April 1912, Nr. 15 v. 13. April 1912.
- 500 Ammann, Hektor: Die Italiener in der Schweiz, Ein Beitrag zur Fremdenfrage, Basel 1917. Die Zahl der Italiener betrug 1888: 41 881, 1900: 117 059, 1910: 202 809.
- 501 Für die auswanderungswilligen Arbeiter wurden in Italien Modellvereine mit 10 Rappen Beiträgen gegründet, um sie an die Organisation zu gewöhnen; in den Auslandsvereinen galten sie dann bereits als Mitglieder und brauchten kein Eintrittsgeld mehr zu bezahlen.
- 502 Volksrecht, Nr. 28 v. 2. Febr. 1912.
- 503 Heeb, Gewerkschaftsbund, S. 314 ff.
- 504 Volksrecht, Nr. 28 v. 2. Febr. 1912.
- 505 Ebenda: Kämpfer, G.: Zur Italienerfrage in der Schweiz in: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz, Bern (IV. Jg.), Nr. 2 v. Febr. 1912, S. 25–29; Nr. 3 v. März 1912, S. 35–38.
- 506 Das Zitat entstammt dem von Greulich beantragten Beschluß, den die in Luzern bestellte Kommission am 17. Dez. 1899 gutgeheißen hatte.
- 507 Hüppy, Gewerkschaftsbund, S. 118–141; zur Statutenrevision von 1906 vgl. insbes. S. 139 f.; Heeb, Gewerkschaftsbund, S. 83.
- 508 Brupbacher, Ketzler, S. 102 f. Liebknecht, Militarismus und Antimilitarismus, S. 86 ff. Das Organ der antimilitaristischen Liga Zürich war «Der Vorposten», der Anfang 1906 – Dez. 1907 in Zürich erschien. Am 1. Okt. 1905 in Luzern von etwa 40 Personen gegründet, soll die Liga nach «Vorposten», Nr. 1 (o. D.) 500 Mitglieder umfaßt haben, deren Bedeutung für die Gesamtpartei Rudolf M. Högger, Charles Naine, S. 108 f. als «Randerscheinung» einstuft. Als Kristallisationspunkt für die radikale Linke verstärkte sie vor allem in Zürich auch unter den Ausländern die sozialrevolutionären Extremistengruppen.
- 509 Sie finden sich in erweiterter Form publiziert: Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.

- 510 Luxemburg, Rosa: Sozialreform oder Revolution, Leipzig 1919, S. 54; Nachdruck aus der Leipziger Volkszeitung 1898/1899, in der sie zu Bernsteins Buch (vgl. Anm. 509) Stellung nahm.
- 511 Müller, Hans: Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie, Zürich 1892, S. 23.
- 512 Luxemburg, Sozialreform, S. 28.
- 513 Über ihre Zürcher Zeit vgl.: Netti, Peter: Rosa Luxemburg, Köln-Berlin 1969, S. 64–96.
- 514 A. a. O., S. 93. Obwohl sich Seidel und Rosa Luxemburg in ihrem parteipolitischen Standpunkt von einander entfernten, hielt die durch Briefwechsel bezeugte Freundschaft auch nach ihrem Weggang von Zürich an.
- 515 Jb. LO 1904, S. 5.
- 516 Luxemburg, Rosa: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Leipzig 1919, S. 34 (Erstpublikation 1906).
- 517 Luxemburg, Massenstreik, S. 31.
- 518 Der Landesverband unterstützte sowohl die Streikenden im Ruhrgebiet wie die im selben Jahr streikenden Schreiner in Wien durch Geldsammlungen. Jb. LO, 1905, S. 13.
- 519 Brupbacher, Ketzer, S. 108 f.
- 520 Solche Truppenaufgebote waren in jüngerer Zeit 1893 beim Berner Käfigturmkrawall, 1898 beim Genfer Bauarbeiterstreik, 1901 gegen die Tunnelarbeiter am Simplon, 1902 beim Genfer Generalstreik, im weiteren 1903 beim Basler Maurerstreik, 1904 in La Chaux-de-Fonds und gegen streikende Tunnelarbeiter am Ricken, 1905 in Rorschach gegen streikende Metallarbeiter erlassen worden. Gegen diese Verwendung von Wehrmännern bei Streiks protestierte die Partei jeweils heftig. Hüppy, Gewerkschaftsbund, S. 150 ff.; Habicht, Hans-Martin: Ricketunnel-Streik und Rorschacher Krawall, St. Gallische Fremdarbeiterprobleme vor dem Ersten Weltkrieg, St. Gallen 1975.
- 521 Brupbacher, Ketzer, S. 109 f.
- 522 Volksrecht, Nr. 210 v. 8. Sept. 1911.
- 523 Votum v. 26. Sept. 1905. Hilty, Carl: Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 19. Jg., Bern 1905, S. 800 ff.
- 524 Die übrigen 16 Ausländer waren Italiener. Volksrecht, Nr. 187 v. 14. 8. 1906. Tobler, Max: Aus Zürichs Kosakenzeit, Ein Stück Klassenkampf in der Schweiz, Das Streikjahr 1906 in Zürich, Zürich (1919), S. 40 (Zit. als Tobler, Kosakenzeit). Tobler gibt die Zahl der Ausweisungen mit 29 an, was von Heeb, Gewerkschaftsbund, S. 541 übernommen wurde. In den Zürcher Kantonsratsverhandlungen war am 28. 8. schon von 36 Ausweisungen die Rede, worin die Zahl der nachträglich durchgeführten Abschiebungen noch nicht eingeschlossen war. Protokoll des Kantonsrates für die Amtsperiode 1905–1908, nebst Beilagen und Materienregister, (Zürich) o. J., S. 422 (Zit. als: Kantonsratsprotokoll Zürich).
- 525 Der Journalist Richard Frei brachte für seine Petition zur Ausweisung Hauths 4000 Unterschriften zusammen, während Arbeitervereine und sozialistische Mitgliedschaften Gegeneingaben an den Regierungsrat machten. Volksrecht, Nr. 178 v. 3. 8. 1906, Nr. 185 v. 11. 8., Nr. 187 v. 14. 8., Nr. 188 v. 15. 8. 1906. Emil Hauth, geb. 1873–1932 aus Stafforth, Baden, war 1892, statt dem Militärdienstaufgebot zu folgen, in die

- Schweiz geflüchtet, wo er seit dem 1. Febr. 1899 die Redaktorstelle am «Volksrecht» versah. Die Ausweisung wurde mit dem Rückzug der Toleranzbewilligung des wegen Pressestrafen und wegen Fahnenflucht belasteten Ausländers motiviert. Hauth ist wenige Jahre später wieder nach Zürich zurückgekommen und leitete v. 1. 7. 1911 – 1. 2. 1915 zusammen mit Johannes Sigg (1934-1939) erneut die Redaktion des «Volksrecht». Fritz Brupbacher, dem jedenfalls keine ausländerfeindlichen Regungen zu eigen waren, schildert seinen Gegner Hauth als «eigensinnig» und «eitell», als «Parvenu»; er sei der bornierte Politiker, der nie etwas, das er gesagt habe, zurücknehmen könne. Fritz Brupbacher – Tagebücher – BT 21, S. 125, NL Brupbacher, SSA-ZH. Im Krieg 1915 verliess auch Hauth die Schweiz und ging zur Chemnitzer «Volksstimme». Kantonsratsprotokoll Zürich, 1905-1908, S. 494 f. (Sitzung v. 18. Sept. 1906); Volksrecht Nr. 111 v. 13. 5. 1911. Tobler, Kosakenzeit, S. 36 ff; Heeb, Zürcher Arbeiterbewegung, S. 49.
- 526 Volksrecht Nr. 168 v. 23. 7. 1906.
- 527 Kantonsratsprotokoll, Zürich 1905-1908, S. 424 (Sitzung v. 28. 8. 1906).
- 528 Der umstrittene Dokumentenband zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung übergeht die Geschicke der «Landesorganisation der deutschen und österr.-ungarländischen Sozialdemokraten in der Schweiz» und stellt zur Bedeutung der ausländischen Sozialisten in offensichtlicher Unkenntnis der Zusammenhänge fest: «Vor 1914 und vor allem während des ersten Weltkrieges lebten zahlreiche politische Emigranten aus Russland und Deutschland in der Schweiz. Einige von ihnen waren auch in der schweizerischen Arbeiterbewegung tätig; die Radikalisierung der Arbeiterklasse ist aber nicht auf ihren Einfluss zurückzuführen.» Die Situation vor und nach Kriegsausbruch lässt sich derart verkürzend nicht darstellen. Schweizerische Arbeiterbewegung, Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart, hrsg. u. eingel. v. d. Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich, Zürich ²1975, S. 160 f.; vgl. a.: Uerner, Klaus: Alternative Geschichtsschreibung? Zur Kontroverse um einen Dokumentenband, in: Schweizer Monatshefte, 55. Jg., Heft 6, Sept. 1975, S. 487-491.
- 529 Konferenzprotokoll 1907, S. 8 f.
- 530 Dem Vorschlag von Max Bock, die Opponenten zur praktischen Arbeit heranzuziehen, wies Zinner zurück. A. a. O., S. 7, 9.
- 531 A. a. O., S. 9. Grundsätzlich galt: «Wir können hier nur unseren früheren Standpunkt wiederholen und erklären, dass Anarchisten in unseren Sektionen nichts zu suchen haben und jeder, der das sozialdemokratische Programm nicht anerkennt, ist rücksichtslos aus der Organisation auszuschliessen.» Jb. LO 1906, S. 5.
- 532 Brupbacher, Ketzer, S. 154: «Wir hatten es durchgesetzt, dass er (Domela-N.) im deutschen Arbeiterbildungsverein ‚Eintracht‘ in Zürich referierte, in der Brutstätte der orthodoxen Marxisten. Er riss sie samt und sonders hin, und erst als ihnen Friedrich Adler erklärte, dass Domela-Nieuwenhuis anarchistisch gesprochen habe, erwachte ihre Kritik. Bevor sie das erfahren hatten, jubelten sie ihm zu.»
- 533 «Die Kämpfe der Holzarbeiter in Zürich» in: Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung, Nr. 10 v. 7. März 1908 (Basel, III. Jg.).
- 534 Auf dem Basler Gewerkschaftskongress v. 14.-16.4.1906 wurde, nachdem ein Jahr heftiger Diskussionen Klärung gebracht hatte, auf das Thema «Direkte Aktion», mit der jahrzehntelange, mühselige und opfervolle Arbeit in einem einzigen Augenblick mutwillig auf Spiel ge-

- setzt wurde, gar nicht mehr weiter eingetreten. Vgl. Hüppy, Gewerkschaftsbund, S. 164-178.
- 535 Grimm, Robert: Partei und Gewerkschaft, Bern 1911, S. 14 ff.
- 536 Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung, Zürich Nr. 13 v. 3. April 1909.
- 537 Zum beschriebenen Vorgang vgl. Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung Nr. 6 v. 13. 2. 1909; Nr. 8 v. 27. 2.; Nr. 10 v. 13. 3. 1909 (enthält Namenspublikation von 44 Streikbrechern, davon 31 aus Berlin u. 9 weitere aus Preussen), Nr. 13 v. 3. 4. 1909. Vgl. a. Karl Lang: «Arbeiter, heraus!» in: Tages-Anzeiger-Magazin, Nr. 49 v. 9. Dez. 1972, S. 17-23.
- 538 Ein von sozialdemokratischer Seite vielerwähntes Hetzbeispiel war der Aufruf in der «Glatt», einem Bauernblatt: «Soldaten der Landschaft! Packt den Habersack, rüstet die Uniformen und macht die Flinte parat! In Zürich wird wieder ein gros gestreikt, bereits ist es zu kleinen Schlachten gekommen und schon liegen einige Polizisten verwundet im Kantonsspital. Der Streiket sind etwa 2'000 Mann, fast alles Ausländer, die zum Teil extra zum Streiken nach Zürich gekommen sind. So auf den Heuet wird das Zeug dann gerade recht zum Erlesen für unsere Landknaben.» Zit. bei Heeb, Gewerkschaftsbund, S. 317.
- 539 Der Misserfolg wurde den unorganisierten Streikenden – vornehmlich Italienern – angelastet. Die Arbeiterunion Zürich verwahrte sich in einem Protestschreiben an den Regierungsrat gegen die Behauptung, der Streik sei von etwa 400 meist norddeutschen Maurern beschlossen worden, während sich rund 2'500 Italiener der Stimmabgabe enthalten hätten. Im Gegenteil seien es die gewerkschaftlich besser geschulten deutschen Maurer gewesen, die Bedenken gegen den Streik geäußert hätten. Volksrecht Nr. 111 v. 13. Mai, Nr. 120 v. 24. Mai, Nr. 121 v. 26. Mai 1911.
- 540 «Dass die politischen Führer jeden Zusammenhang mit der Gesamtarbeiterschaft verloren hätten, habe der letzte Maurerstreik bewiesen, wo sie im direkten Gegensatz zu den um bessere Lebensbedingungen kämpfenden Bauarbeitern, die zu 94 Prozent Ausländer sind, standen. Derartige Missstände müssen verschwinden. Das könne aber nur geschehen, wenn die in den Gewerkschaften organisierten Ausländer sich auch politisch organisieren, sich für die politischen Verhältnisse der Schweiz ebenso interessieren wie für die wirtschaftlichen, und als innerhalb der Organisation gleichberechtigte Mitglieder auch auf ersterem Gebiete ihren Einfluss geltend machen.» NZZ, Nr. 261,1, 20. September 1911.
- 541 Jb. «Eintracht» 1911/1912, S. 23.
- 542 Heeb, Gewerkschaftsbund, S. 542.
- 543 Volksrecht Nr. 182 v. 6. 8., Nr. 183 v. 8. 8., Nr. 185 v. 10. 8., Nr. 187 v. 12. 8., Nr. 189 v. 15. 8. 1910. Jb. LO 1910-1912, S. 40.
- 544 Platten, Fritz N.: Mein Vater Fritz Platten, Ein Leben für die Russische Revolution, in: Turicum, Vierteljahresschrift für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft, Sept./Nov. 1972, S. 17-22. Haas, Leonhard: Lenin an Platten, Ein Briefwechsel aus dem Jahr 1918, in: SZG (18) 1968, H. 1, S. 69-78. Jost, Hans-Ulrich: Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914-1918, Bern 1973, S. 37 ff. (Zit. als Jost, Linksradikalismus).
- 545 Jb. «Eintracht» 1905, S. 10. Die Kinderweihnacht wurde nach der Rückkehr Plattens gründlich umgestaltet; Jb. «Eintracht», 1909/1910, S. 20 f.
- 546 Haas, a. a. O., S. 70; Platten, a. a. O., S. 18, wobei natürlich nicht – wie dort angegeben – die «Eintracht» «der Landesverband der ausländischen Arbeiter in der Schweiz» war. Bei Jost, Linksradikalismus, S. 38, taucht Platten hingegen erst 1911 als Landessekretär auf, wie denn

Plattens politische Lehrjahre bisher überhaupt noch kaum erhellt worden sind.

- 547 Jb. LO 1907, S. 13.
- 548 Jb. «Eintracht» 1908, S. 2; 1909/1910, S. 14. Ihren Sitz hatte diese Zentralbibliothek an der Sihlstr. 43 und siedelte 1910 ins Volkshaus am Helvetiaplatz über. Nach der Liquidation der Arbeiterunion Zürich 1924 wurde sie als Unionsbibliothek eine öffentliche Stiftung. Nach deren Auflösung im Jahr 1974 wurde der politische Teil dieses Bücherbestandes der Gemeindebibliothek Männedorf übergeben. MdI. Mitteilung v. Herrn Walter Zogg v. 11. Nov. 1975. Delegierten-Protokolle der Arbeiter-Union Zürich v. 19. Aug. 1907 bis 23. Mai 1912, S. 133 ff., Gewerkschaftskartell Zürich (Zit. als: Del.-Prot. AU ZH).
- 549 Jb. LO 1908, S. 10 f.
- 550 Jb. «Eintracht» 1909/1910, S. 16 f.
- 551 Am 1. Januar 1910 wurde Karl Müller als vollamtlicher Vereinssekretär angestellt, da nun die vom Hauptverein getrennt bestellte Hausverwaltungskommission einen grösseren Beitrag zuschoss.
- 552 Jb. LO 1909/1910, S. 7.
- 553 Schneider, Friedrich: Hieronymus Roggenbachs Erlebnisse, 1. Buch, Basel 1943, S. 82 f. (Zit. Schneider, Erlebnisse). Konferenzprotokoll 1910, S. 13. Wegen seiner aktiven Rolle im Zürcher Generalstreik v. 12. Juli 1912 aus dem Kantonsgebiet verwiesen, betätigte er sich als Arbeitersekretär in Basel, bis er 1915 in den Krieg zog. Später soll er in der kommunistischen Bewegung Badens hervorgetreten sein. Schneider, Erlebnisse, I, S. 84.
- 554 Sowohl nach den Statuten von 1901 und 1908 setzte sich laut § 1 die Sozialdemokratische Partei der Schweiz aus dem Schweizerischen Grütliverein, den kantonalen Arbeiter- und Parteiverbänden sowie aus lokalen Arbeiter-Unionen, Parteiverbänden und einzelnen Vereinen zusammen, sofern im betreffenden Kanton kein der schweizerischen Gesamtpartei angehörender kantonaler Verband bestand. Vgl. a. Volksrecht, Nr. 274 v. 22. Nov. 1911.
- 555 Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages vom 28. und 29. November 1908, abgehalten im Konzertsaal in Olten-Hammer, Zürich 1909, S. 33.
- 556 Protokolle über die Verhandlungen des I. Kommunaltages und des ordentlichen Parteitages der Schweizerischen sozialdemokratischen Partei, abgehalten am 23. und 24. März 1907 in St. Gallen, Zürich 1907, S. 51. Vorstands-Protokoll v. 19. März 1907 der AU ZH (Bd. 1905-1908).
- 557 Jb. LO 1912, S. 5.
- 558 Jb. «Eintracht» 1909/1910, S. 15.
- 559 Konferenzprotokoll 1910, S. 3 f.
- 560 Ebenda S. 5.
- 561 Vgl. die Diskussionsvoten, ebenda S. 6 ff.
- 562 Die definitive Fassung lautete dann: «Die Landesorganisation ist gesondert organisiert von der schweizerischen sozialdemokratischen Partei, sowie getrennt von den Zentralorganisationen anderssprachiger Ausländer in der Schweiz.» Ebenda, S. 12.
- 563 Schneider, Erlebnisse, I, S. 86.
- 564 Im Jahr 1912 war für den Winterthurer Verein die Auflösung der Landesorganisation nur eine «logische Konsequenz»; «Unser Verein gehörte der schweizerischen sozialdemokratischen Partei durch seine Zugehörigkeit zur Arbeiterunion und durch

- Zahlung der Beiträge an die politische Kasse schon längst an und jetzt bildet er sowohl eine Sektion der schweizerischen Partei als auch der lokalen sozialdemokratischen Partei der Stadt Winterthur.» Jb. LO 1910/1912, S. 17.
- 565 Konferenzprotokoll 1910, S. 9.
- 566 Antrag der Sektion Bern, ebenda, S. 4.
- 567 Antrag «Sloboda» Zürich, ebenda, S. 8.
- 568 Antrag Max Bock, ebenda S. 8 f.
- 569 Schläpfer, Ausländerfrage, S. 145. Allerdings bedarf es der kritischen Überprüfung, ob die von G. de Michelis in «Le organizzazioni professionali svizzere e l'elemento operaio italiano» (Estratto dal Bollettino dell'Ufficio de lavoro, Roma, Vol. IX, Giugno 1908) gegebenen Zahlen (10 000 Mitglieder mit 45 Sektionen, 26 in der deutschsprachigen Schweiz, 9 im Welschland u. 5 im Tessin, Stand 1908), nicht überhöht sind.
- 570 Platten hatte vorgeschlagen: «Landesorganisation der Internationalen Arbeitervereine in der Schweiz»; aus dem Zusatz «Sozialdemokratische Landesorganisation...», vom Genfer Delegierten Stoboy beantragt, ergab sich der definitive Verbandsname. Konferenzprotokoll 1910, S. 8, 10.
- 571 Resolution Platten, mit 21 gegen 1 Stimme angenommen, ebenda S. 12.
- 572 Jb. LO 1907, 1908, 1910/12. Nicht alle Sektionen machten spezifizierte Angaben. Je nach Jahr repräsentieren die ausgewiesenen Zahlen 82 % – 88 % des Gesamtmitgliederbestandes. Die starke Zunahme von 1908 bewirkte der Eintritt des AABV St. Gallen.
- 573 Volksrecht Nr. 265 v. 11. Nov. u. Nr. 266 v. 12. Nov. 1911.
- 574 Jb. «Eintracht» 1910/1911, S. 5.
- 575 Resolution über die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften, abgedruckt bei: Grimm, Robert: Partei und Gewerkschaft, Bern 1911, S. 29–32 (Zit. v. S. 31).
- 576 Aufschlußreich sind die von Fritz Brupbacher über den Kongreßverlauf gemachten Notizen; er sympathisierte mit der von der französischen Delegation verfochtenen Minderheitsmeinung, zwischen den Gewerkschafts- und Parteiorganisationen sei auf völlige Unabhängigkeit zu dringen – ein Gegensatz, der gerade in den Auseinandersetzungen mit dem Anarchosyndikalismus u. a. auch in der «Eintracht» stark hervortrat. BT 14 (1907), NL Fritz Brupbacher, SSA-ZH.
- 577 Volksrecht Nr. 259 v. 4. Nov. u. Nr. 260 v. 5. Nov. 1910 («Der reorganisierte Gewerkschaftsbund»).
- 578 Volksrecht Nr. 267 v. 14. Nov. 1910 u. Nr. 271 v. 18. Nov. 1910 («Organisationsfragen»), Volksrecht Nr. 279 v. 28. 11. 1910 («Parteitag in Basel»). Vgl. a. Schachtel 335–210, SPS, SSA-ZH. Zur Rolle der deutschen Gewerkschaftsreformer vgl. Del.-Prot. AU ZH (Bd. 1907–1912), S. 58 ff., 67 ff.
- 579 Volksrecht Nr. 57 v. 9. 3. 1911 («Zur Diskussion über die neue Parteiorganisation»).
- 580 Sollte nach § 17 die Geschäftsleitung und aus ihr der Parteipräsident vom Parteitag auf drei Jahre gewählt werden, so gestand die Neufassung v. 1. 7. 1911 dem Grütliverein das Recht zu, fünf eigene Mitglieder in die elfköpfige Geschäftsleitung zu delegieren. Volksrecht, Nr. 166 v. 19. Juli 1911, Nr. 57 v. 9. März 1911.
- 581 Protokoll der Ordentlichen Delegiertenversammlung des Schweizerischen Grütlivereins, Samstag, den 29. Juli 1911 in der Tonhalle in Biel, S. 14.
- 582 Ebenda S. 9.
- 583 Ebenda S. 15.
- 584 Ebenda S. 16.

- 585 Jb. «Eintracht» 1910/1911, S. 3 f.
- 586 Flugblatt 335-239 Z II, SSA-ZH; Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung, Nr. 33 v. 19. Aug. 1911, Nr. 34 v. 26. Aug. 1911.
- 587 Jb. «Eintracht» 1911/1912, S. 24.
- 588 Volksrecht, Nr. 203 v. 31. 8. 1911.
- 589 Ebenda. Zu den über diese Fragen in der AU geführten Diskussionen vgl. Del.-Prot. AU ZH (Bd. 1907-1912), S. 305 ff.
- 590 Ebenda.
- 591 Jb. «Eintracht» 1911/1912, S. 24. Die Parteipresse nahm mehr oder weniger scharf gegen diesen Vorstoss Stellung, mit der Ausnahme der «Winterthurer Arbeiterzeitung» und «Berner Tagwacht» (Redaktor: Robert Grimm!). Die Gewerkschaftsblätter informierten mehrheitlich – entsprechend dem deutschen Einfluss – mit positiver Zurückhaltung, bzw. Sympathie.
- 592 Willi Münzenberg (1889-1940) war 1910 nach Zürich gekommen und geriet durch die «Eintracht» und Fritz Brupbacher alsbald in enge Berührung mit dem radikalen Flügel der hiesigen Arbeiterbewegung. Als Nachfolger von Max Bock hat er in der sozialdemokratischen Jugendorganisation eine hervorragende Rolle gespielt; seine Zürcher Zeit hat er selbst beschrieben in: Die Dritte Front, Aufzeichnungen aus 15 Jahren proletarischer Jugendbewegung, Berlin 1930, S. 63-138 (Zit. als: Münzenberg, Dritte Front). Ist die Autobiographie propagandistisch verklärt, so erhellt die Biographie von Babette Gross: Willi Münzenberg, Eine politische Biographie, (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 14/15), Stuttgart 1967, seine Schweizerzeit nur zum Teil. Weitere Hinweise gibt Jost, Linksradikalismus, S. 48 ff., wobei hier ebenfalls die Kriegsjahre und das Ausweisverfahren von 1917/18 im Zentrum stehen.
- 593 Volksrecht, Nr. 203 v. 31. 8. 1911.
- 594 Volksrecht, Nr. 210 v. 8. Sept. 1911.
- 595 Ebenda.
- 596 Volksrecht, Nr. 217 v. 16. Sept., Nr. 237 v. 10. Okt., Nr. 242 v. 16. Okt., Nr. 255 v. 31. Okt. 1911. Grimm erhielt 6720, Greulich 7880, Pflüger 7695, Seidel 7677 und Sigg, der fälschlicherweise oft den «Einträchtlern» zugeordnet wurde, 6729 Stimmen. Volksrecht, Nr. 254 v. 30. Okt. 1911. Wohl war Robert Grimm (1881-1958) – seit 1. Febr. 1909 Redaktor der «Berner Tagwacht» – 1909 in den Berner Stadtrat und 1910 in den Berner Grossen Rat gewählt worden, doch um in den Nationalrat zu gelangen, bedurfte er der Hilfe der Sozialisten von Zürich-Aussersihl!
- 597 Gegenentwurf der «Eintracht» zum Statutenentwurf der 29er-Kommission, in: Parteitagssprotokoll SPS 1911, S. 155-159.
- 598 Volksrecht, Nr. 274 v. 22. Nov. 1911.
- 599 Volksrecht, Nr. 275 v. 22. Nov. 1911.
- 600 Jb. «Eintracht», 1911/1912, S. 26. Del.-Prot. v. 17. Nov. 1911 der AU ZH (Bd. 1907-1912), S. 320 ff.
- 601 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1966 ff., Kap. VII, S. 116, 128, 192, 230, Kap. VIII, S. 182, Kap. X, S. 143 f. Schüddekopf, Otto Ernst: Linke Leute von rechts, Nationalbolschewismus in Deutschland von 1918 bis 1933, Stuttgart 1960, S. 160, 278.

- 602 Neben Platten nahmen W. Brumm und Johann Tourin neu, Otto Richter und Franz Kugler wieder in das zweite politische Komitee Einsitz. Vgl. die Komitee-Berichte, Jb. «Eintracht», S. 21–29.
- 603 Parteitagprotokoll SPS 1911, S. 46.
- 604 Ebenda, S. 46 f.
- 605 Ebenda, S. 49.
- 606 Ein weiterer Statutenentwurf v. Parteisekretär M. Fährdrich, der die Einheit im «Schweiz. Sozialdemokratischen Grütlibund» verwirklichen wollte, wurde wieder zurückgezogen. Ebenda, S. 159–163. Volksrecht, Nr. 262 v. 8. Nov. u. Nr. 280 v. 29. Nov. 1911.
- 607 Dieser wichtige § 4 lautete in der Endfassung: «Die Grundlage der Parteiorganisation bilden die lokalen, sozialdemokratischen Organisationen, nämlich die politischen Grütlivereine, die Mitgliedschaften, Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine*. Die Grütlisektionen treten durch ihren Gesamtverband, den Schweizerischen Grütlivereinen, der Partei bei. Diesen Organisationen dürfen nur Parteigenossen als Mitglieder angehören. Im übrigen bleiben die Statuten des Schweizerischen Grütlivereins für seine Mitglieder und Sektionen vorbehalten.»
- * Der Zusatz «und Arbeiterinnenvereine» war auf Antrag Plattens in den sonst vom Kommissionsentwurf unverändert übernommenen Satzungsartikel eingefügt worden. «Organisation der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz», Statuten v. 3. 12. 1911, S. 2. Parteitagprotokoll SPS 1911, S. 95, 152.
- 608 Ebenda, S. 52.
- 609 Parteitagprotokoll SPS 1911, S. 82. Gerügt wurde die Schreibweise der «Grütlianer» sowie die Berichterstattung von Parteimitgliedern in bürgerlichen Blättern.
- 610 Ebenda, S. 83.
- 611 Dieser Antrag auf Ergänzung zu § 4 der Statuten lautete: «Die Grundlage der Parteiorganisation bilden der Schweizerische Grütliverein und die kantonalen Verbände, welche aus den lokalen, mehrheitlich aus Schweizer Bürgern bestehenden sozialdemokratischen Organisationen gebildet werden.» Parteitagprotokoll SPS 1911, S. 95.
- 612 Ebenda, S. 97 f.
- 613 Ebenda, S. 101.
- 614 Ebenda, S. 83, 94, 100.
- 615 Ein Delegierter hatte in einem Wirtshaus einen «Einträchtler» solche Reden führen hören und gab dies zur Warnung dem Parteitag bekannt. Ebenda, S. 98.
- 616 Ebenda, S. 107 (Vgl. Anm. 511).
- 617 Ebenda, S. 109.
- 618 Zur Parteitagsberichterstattung, s. a. Volksrecht, Nr. 284 v. 4. Dez. u. Nr. 285 v. 5. Dez. 1911.
- 619 Der Geschäftsleitung gehörten Studer, Greulich, Sigg, Platten, Gschwend und Frau Haubensak, als die sechs vom Parteitag gewählten Mitglieder sowie Pflüger, Walter-Isler, Rimathé, Bachmann und Nydegger als die fünf vom Grütliverein bestimmten Delegierten an. Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Schweizerischen Grütlivereins 1912, Zürich 1913, S. 42 (Zit. als: Jahrbuch SPS). Platten war in das oberste Gremium gewählt worden, weil Johann Briner die Nominierung abgelehnt hatte. Parteitagprotokoll SPS 1911, S. 147.
- 620 Adler, Friedrich: «Ein Wort des Abschiedes», in: Volksrecht, Nr. 117 v. 20. Mai 1911.

- 621 Volksrecht, Nr. 285 v. 5. Dez. 1911.
- 622 Diese Richtlinien gab der Landesausschuss durch seine bis jetzt nicht auffindbaren «Nachrichten» bekannt; zit. in Jb. LO 1914, S. 6. Zu den Leitsätzen des Parteivorstandes vgl. Jahrbuch SPS 1911, S. 194 f.
- 623 Volksrecht Nr. 103 v. 3. 5. 1912; Beilage zu Volksrecht, Nr. 110 v. 11. 5. 1912. Jb. «Eintracht» 1911/1912, S. 28 f. Jb. «Eintracht» 1912/1913, S. 6.
- 624 Heeb, Zürcher Arbeiterbewegung, S. 267 f. Am 1. Januar 1914 konstituierte sich das «Gewerkschaftskartell Zürich», während die politischen Vereine sich zur «Sozialdemokratischen Partei» zusammenschlossen. 1924 erfolgte die völlige Auflösung der «Arbeiterunion Zürich».
- 625 Jb. «Eintracht» 1912/1913, S. 5.
- 626 Mattmüller, Ragaz, II, S. 101. Wohl hatte es die Institution der Arbeiterunion der «Eintracht» ermöglicht, ihren Einfluss auch in politischen Fragen geltend zu machen, doch wachten vor allem die Grütlianner darüber, dass gerade dieser Ausländerverein nicht zur Parteisektion wurde. Volksrecht, Nr. 295 v. 16. Dez. 1911. Eine analoge Version findet sich bei Markus Bolliger: «Der Arbeiterverein ‚Eintracht‘ schliesslich war als Sektion der sozialistischen Partei und des Deutschen Arbeitervereins (?) eine der wenigen Stellen, wo ausländische Arbeiter Parteimitglieder werden konnten.» Bolliger, Markus: Die Basler Arbeiterbewegung im Zeitalter des Ersten Weltkrieges und der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei, Ein Beitrag zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 117), Basel-Stuttgart 1970, S. 20. Die «Eintracht» Zürich konnte ebensowenig wie ein anderer Ausländerverein ihren Vereinsangehörigen die schweizerische Parteimitgliedschaft verleihen. Erst das bisher kaum verfolgte zähe Ringen um die Integration der Ausländer in die SPS hat auf dem Oltener Parteitag von 1911 die entscheidende Öffnung gebracht.
- 627 Jb. LO 1910-1912, S. 43 f.
- 628 Im Zeitraum 1900-1908 waren die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte im Durchschnitt um 26%, die Wohnungen (1898-1906) in den Städten mit über 10'000 Einwohnern um 25% teurer geworden. Dadurch alarmiert, hat Herman Greulich am 22. Dez. 1910 im Nationalrat eine Teuerungsmotion eingereicht. Über die Lebenskosten vermittelt der Schweizerische Metallarbeiter-Verband für die 1907 in der Stadt lebenden Arbeiter folgendes Bild:

Ausgaben pro Jahr, für	ledig	verheiratet, 2 Kinder
Wohnung	190.–	384.–
Nahrung	584.–	1000.–
Kleidung	200.–	220.–
Bildung und Vergnügen	180.–	120.–
Diverse Auslagen	100.–	100.–
Versicherungen, Vereinsbeiträge	50.–	40.–
Steuern, Militärdienst	35.–	35.–
<i>Total</i>	<u>1339.–</u>	<u>1899.–</u>

Auch einen tüchtigen Industriearbeiter mit Fr. 1650 – Jahresverdienst traf die Teuerung empfindlich. Von den 40'000 in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigten Arbeitern verdiente damals kaum ein Viertel mehr als Fr. 1'600.– Jahreseinkommen. Teuerung in der Schweiz, Beiträge zur Illustration der gegenwärtigen Lage der

- Lohnarbeiter, hrsg. v. Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Bern 1910, S. 7, 17, 44, 46.
- 629 Für dies und die folgenden Angaben, Jb. LO 1910–1912, S. 7–10.
- 630 Vgl. die Tabelle, ebenda S. 9.
- 631 Ebenda S. 11.
- 632 Ebenda S. 15 f.
- 633 Ebenda S. 15.
- 634 Ebenda S. 13 f.
- 635 Jb. 1912/13, S. 5.
- 636 (Auslassungspünktchen im Originaltext), Volksrecht, Nr. 44 v. 21. Febr. 1912.
- 637 Volksrecht, Nr. 45 v. 22. 2. 1912.
- 638 Ein weiteres Zeichen dafür, wie feindlich die Stimmung in weiten Kreisen gegenüber der Vielzahl der Ausländer geworden war, lieferte die Kampagne gegen das Gesetz betr. Kranken- und Unfallversicherung, das schließlich mit knapper Mehrheit am 4. 2. 1912 angenommen wurde. Gegen den Einbezug der Ausländer wurde mit Schlagworten wie «Schwaben-» oder «Tschinggenversicherung» polemisiert. Volksrecht, Nr. 26 v. 31. Jan. 1912.
- 639 Lang, Karl: «Arbeiter, heraus!», Tages-Anzeiger, Magazin, Nr. 49 v. 9. Dez. 1912.
- 640 Sowohl der Gewerkschaftskongreß in Zürich v. 13.–15. Sept. wie der Aargauer Parteitag v. 7.–9. Nov. 1913 wurden veranlaßt, sich wieder eingehender mit der Generalstreiksfrage zu befassen, wobei der Generalstreik als Ausdruck der immanent revolutionären Strategie zwar abgelehnt, aber als ein letztes Mittel zur Notwehr und zum Protest anerkannt wurde. Parteitagprotokoll SPS 1913, S. 173 ff.
- 641 Kaiser, der in jenem Haus mit einem Kollegen namens Tillmann Reparaturarbeiten ausführte, war von einer Abordnung der Streikenden zur Arbeitsniederlegung aufgefordert worden. Bei seiner Weigerung habe man, so sagte er, gedroht, mit 150 Mann wieder zu kommen: «Wir würden die Züribieter schon noch kennen lernen.» Gegen fünf Uhr abends drang Wydler mit drei Streikenden in das Haus ein; als er auf Kaiser einstürmte, setzte ihm dieser eine Pistole auf die Brust. Wydler ergriff, so konnte er noch berichten, die Hand des Kaiser und drückte sie nach unten, wobei der tödliche Schuß losging. Obwohl der Staatsanwalt auf schuldig plädiert hatte, da das gefährliche Verteidigungsmittel in keinem Verhältnis zum Angriff stand, wurde Kaiser in der Schwurgerichtsverhandlung v. 24. Mai 1912 freigesprochen. Volksrecht, Nr. 121 v. 25. 5. 1912. Das mangelhafte Waffenrecht wie die ungenügende polizeiliche Kontrolle machten gewaltträtige Auseinandersetzungen besonders gefährlich. Schüsse waren ja auch im Streiksommer 1906 in Zürich gefallen. Tobler, Max: Aus Zürichs Kosakenzeit, Ein Stück Klassenkampf in der Schweiz, Zürich (1911), S. 12. Wenigstens ein Gummischlauch gehörte bei den Tätlichkeiten zur Normalausrüstung.
- 642 Dieser im einzelnen schwer überprüfbare Artikel, der sich u. a. auf ein zwei Jahre zurückliegendes Interview in der «Berliner Zeitung am Mittag» stützte, erfüllte in seiner aufputschenden Wirkung eine wegbereitende Funktion zur Massenaktion. Volksrecht, Nr. 159 v. 10. Juli 1912.
- 643 Die auf die Agitation zweckgerichtete Sprachdiktation verlieh dem Typ des Berufstreikbrechers stereotyp negative Züge; z. B. unter den etwa 25 aus Deutschland angeworbenen Schlossern der Eisenkonstruktionswerkstätte Gauger & Cie. haben sich solche Leute befunden, die diesem Negativbild entsprachen. Doch für die Unternehmenseite im Arbeitskonflikt weitaus nützlicher waren die Arbeitswilligen, die

- sich aus Gesinnungsgründen am Streik nicht beteiligten. So hatte Otto Kaiser, der Wydler erschoss und bis dahin gut beleumdet war, einer Gruppe christlichsozialer Arbeiter angehört. Volksrecht, Nr. 121 v. 25. Mai u. Nr. 159 v. 10. Juli 1912. Aber auch die gewerbsmässige Vermittlung von Arbeitskräften, die Streiks für ihre zweifelhaften Geschäfte auszunutzen suchte, war nicht einfach ein «Import gemeingefährlicher Elemente». Die beim «Aschbacher»-Streik 1909 herbeigeschafften Arbeitswilligen wurden, wie vier von ihnen berichteten, vom Berliner Agenten mit der falschen Information getäuscht, der Streik in Zürich sei durch Schiedsspruch aufgehoben worden. Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung, Nr. 10 v. 13. März 1909.
- 644 Ein illustratives Beispiel für eine erfolgreiche Agitationstaktik bietet der Zürcher Schlosserstreik von 1912. In dem wieder von Emil Hauth mitredigierten «Volksrecht» lässt sich verfolgen, wie eine geschickte Agitation die «Berufsangelegenheit der Schlosser» zu einer Angelegenheit der gesamten Metallarbeiter und schliesslich zu einer Solidaritätsaktion der zürcherischen Arbeiterschaft machte. Vgl. insbes. die Rede Plattens in der Kundgebung der Metallarbeiter am 2. Juli 1912 im Kasino Aussersihl. Volksrecht, Nr. 153 v. 3. Juli 1912.
- 645 Volksrecht, Nr. 157 v. 8. 7. 1912.
- 646 Brupbacher, Fritz: Erinnerungen eines Revoluzzers, 1888-1914, Zürich 1929.
- 647 Jb. «Eintracht» 1912/13, S. 22 f.
- 648 Es waren dies: Peter Bertram, Graveur, geb. 1880, von Schleifenstadt; Max Bock, Sekretär, geb. 1881, aus Altona; Joseph Pellizoni, Sekretär, geb. 1876, aus Mailand; Gustav Schubert, Schreiner, geb. 1874, aus Österreich; Arnold Wegener, Maler, aus Stettin. Die Ausweisungen von Bertram und Pellizoni wurden kassiert, so dass letztlich von den Streikenden nur drei Ausländer den Kanton zu verlassen hatten. Ebenfalls am 18. Juli wies der Regierungsrat drei Streikbrecher wegen Schriftenlosigkeit aus, darunter den Berliner Max Weidner, der dem Typus der «Hintzbrüder» am nächsten kam. Volksrecht, Nr. 167 v. 19. 7.1912; Jb. «Eintracht» 1912/13, S. 12.
- 649 Nach seiner Haftentlassung verliess Platten für 26 Tage die Schweiz, um an der österreichischen Parteischule teilzunehmen. Jb. LO 1912/13, S. 13.
- 650 Jb. «Eintracht» 1912/13, S. 22. Welche Lehren Heinrich Brandler aus dem Generalstreik zog, hat er am 13. September vor den Holzarbeitern Zürichs ausgeführt: «In vielen Kreisen der zürcherischen Arbeiterschaft war jahrzehntelang ein geradezu unausrottbarer Glaube an die Demokratie, deren Regierung und Gesetzgebung vorhanden, der nicht so von heute auf morgen verschwindet. Wird doch in den Volksschulen dieser Glaube systematisch gezüchtet. Bei den Ausländern war dieses Vorurteil vielleicht noch stärker. Nun war diese Beurteilung der Demokratie immer eine Illusion. Das Wichtige am Generalstreik ist aber, dass von der Mehrzahl der zürcherischen Arbeiterschaft diese Illusion erkannt wurde. Das macht die historische Bedeutung dieses Tages aus.» Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung, Nr. 39 v. 28. Sept. 1912.
- 651 Ebenda, S. 26.
- 652 Jb. «Eintracht» 1912/1913, S. 36 f. Es gehört mit zu den kuriosen Entdeckungen einer Betrachtung, die in die neueste Geschichte auch die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg einbezieht, dass der bekannte Kampftruf der Frontisten damals von Sozialdemokraten verwandt worden ist: «Haruus! Mit dem Schlachtruf der Schwyzer in den Kriegen der alten Eidgenossen rufen wir heute die Arbeiter Zürichs zum Kampfe.» Wahlauftruf zur Stadtratswahl vom 13. April 1913, Volksrecht, Nr. 84 v. 12. April 1913.

- 653 Der spätere Nationalrat David Farbstein, 1868 in Warschau geboren und in Zürich eingebürgert, gehörte damals dem Zürcher Kantonsrat (1902-1926) und dem Grossen Stadtrat (seit 1903) an. Seine Artikelfolge lautete: «Zur Kritik der Kritik», in: Volksrecht, Nr. 12 v. 16. Jan. (zit); Nr. 16 v. 21. Jan.; Nr. 20 v. 25. Jan.; Nr. 22 v. 28. Jan.; Nr. 26 v. 1. Febr. 1913.
- 654 Volksrecht, Nr. 12 v. 16. Jan. 1913.
- 655 «Zur Kritik der Kritik, Eine Entgegnung von Fritz Platten», Volksrecht, Nr. 28 v. 4. 2., Nr. 30 v. 6. 2., Nr. 35 v. 12. 2., Nr. 40 v. 18. 2., Nr. 45 v. 24. 2. 1913.
- 656 In gleichem Sinne hatte die Vertrauensmännerversammlung der sozialdemokratischen Partei Zürich IV am 11. Jan. 1913 u.a. erklärt: «Sie protestiert gegen diese das Interesse der Partei gefährdende, unsachliche und gehässige Kritik und insbesondere gegen den Versuch, durch ausserhalb der Partei stehende Kreise einer bestimmten Richtung innerhalb der Partei ein künstliches Übergewicht zu schaffen und dieses Übergewicht zur Herbeiführung einer terroristischen Herrschaft dieser Richtung zu missbrauchen.» Damit wurden vornehmlich jene Tendenzen der «Einträchtler» und Gesinnungsgenossen um Brupbacher verurteilt, den Einfluss in den Gewerkschaften weiterhin als Druckmittel gegenüber der Partei geltend zu machen, während Platten eine Trennung in der Union gerade auch deswegen anstrebte, um die nicht politisch organisierten Kritiker fortab aus der Diskussion auszuschliessen. Jb. «Eintracht», 1912/13, S. 29-33. Die Arbeiterpartei Zürich III verlaubarte ihrerseits: «Versteht man die warnenden Stimmen aus dem Lager der schweizerischen Parteigenossen nicht und will man durchaus mit den Köpfen durch die Wand, wohlan, man wird uns gerüstet finden.» Volksrecht, Nr. 11 v. 15. Jan. 1913.
- 657 In der Parteiversammlung als dem obersten lokalen Forum wurde mit 199 gegen 123 Stimmen für die Aufrechterhaltung des status quo plädiert. Jb. LO 1912/13, S. 13.; Jb. «Eintracht» 1913, 1914, S. 18 f. Protokoll der «Eintracht»-Vorstandssitzung vom 19. Jan. 1914, Sign. 335: 239-16, SSA-ZH.
- 658 Sowohl Brandler wie Albert wurden rehabilitiert, wobei die Stellung Brandlers als Gegenspieler Plattens – beide waren zuerst Rivalen auf dem Gebiet der Bildungsarbeit gewesen – erschüttert blieb. Jb. «Eintracht», 1912/1912, S. 15 f. Zu einem weiteren Verfahren gegen Albert vgl. Jb. «Eintracht» 1913/14, S. 17. Vorstandssitzungsprotokolle v. 31. Okt., 5. u. 21. Nov. 1913, a. a. O.
- 659 Zum Brupbacher-Kreis, der im «Weissen Schwänli» zusammenkam, vgl. das Tagebuch, z.B. BT 21 v. 10. Oktober 1913, NL Fritz Brupbacher, SSA-ZH. Eine eingehende Schilderung vermittelt Jost, Linksradikalismus, S. 78 ff., bei dem die Diskussionsgruppe allerdings erst Anfang 1914 ins Leben tritt.
- 660 Brupbacher, Ketzer, S. 154, 188. Zu Brupbacher und den Einzelheiten des Anschlussverfahrens vgl. die Biographie von Karl Lang: Kritiker, Ketzer, Kämpfer, Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher, Zürich (1975), S. 75 ff.
- 661 Jb. «Eintracht» 1912/1913, S. 7.
- 662 In der Versammlung v. 11. Dez. 1913, die den Ausschluss mit 196 gegen 43 Stimmen, bei 53 Enthaltungen ablehnte, sollen nach Platten fast hundert Personen für Brupbacher eingetreten sein, die sich sonst für die politischen Geschäfte der «Eintracht» nie interessiert hatten. Konferenzprotokoll, Zürich 28./29. 3. 1914, S. 11. Das zweite politische Komitee löste sich auf, der alte Vorstand unter Otto Richter trat, durch das Vertrauensvotum für Brupbacher desavouiert, zurück. Dem neuen Vorstand gehörten ab März 1914 Moses Mandel (Präsident), Max Bruhn (2. Präs.), Rud. Hirschböck(Kassier), Paul (Protokollführer) und die Beisitzer Fritz

- Brupbacher, Bukler, Fritz Rieder und Liebing an. Platten fungierte als Obmann der Revisoren. Der Präsident Mandel war ja mit Brandler im ersten politischen Komitee von den Anhängern Plattens gestürzt worden, woraus sich die erneute Verschiebung in der Machtkonstellation unter den beschriebenen Gruppen des Vereins ablesen lässt. Jb. «Eintracht» 1913/14, S. 2, 7 f. «Aktenstücke zum Ausschlussverfahren gegen Fritz Brupbacher», Volksrecht, Nr. 286 v. 6. Dez. 1913; Volksrecht, Nr. 295 v. 17. 12.1913.
- 663 Vor dem Forum der Berner Parteiversammlung erfuhr dann der Ausländerverein für sein Verhalten eine scharfe Zurechtweisung: «In jener Versammlung wurden 119 Stimmen für und 36 Stimmen gegen den Ausschluss Brupbachers abgegeben. Unsere Sektion wurde dort nach allen Regeln niedergeknüttelt.» Die Solidarisierung mit Brupbacher galt nicht dem Anarchisten, sondern dem unliebsamen Kritiker an der Partei. Konferenzprotokoll, Zürich 28. u. 29. März 1914, S. 11 f., Voten Jaffé, Siewert, Platten.
- 664 Vgl. die Schreiben der Geschäftsleitung der SPS an «Eintracht», Zürich, 23. 2. 1914; Fritz Brupbacher an Parteivorstand SPS, Zürich 2. März 1914; Beschluss des Parteivorstandes, Olten 15. 3. 1914; Geschäftsleitung SPS an «Eintracht», Zürich, 26. Okt. 1914, worin der am 18. Febr. 1914 von ihr bekräftigte Ausschluss wieder aufgehoben wurde. Jb. «Eintracht» 1913/1914, S. 11-17; Volksrecht, Nr. 286 v. 6. Dez. 1913; Brupbacher, Ketzler, S. 173. Vgl. a. Brupbachers Tagebucheintrag v. 23. 10. 1914: «Platten teilt mir mit, dass Geschäftsleitung Ausschluss zurückgenommen habe.» BT 24, S. 17, NL Fritz Brupbacher SSA-ZH.
- 665 Jb. «Eintracht» 1912/13, S. 34.
- 666 Konferenzprotokoll 1914, S. 11. Grimm selbst hielt 1914 in der «Eintracht» einen Vortrag über die Unvereinbarkeit von Anarchismus und Sozialdemokratie, woran sich zwei Diskussionsabende anschlossen, die zur Versachlichung des Konfliktes beitrugen. Jb. «Eintracht», 1913/1914, S. 22 f.
- 667 Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Schweizerischen Grütlivereins 1912, Zürich 1913, S. 62 f.
- 668 Konferenzprotokoll 1912, S. 15 f.
- 669 Ebenda, S. 17.
- 670 Resolution, angenommen mit 39 gegen 4 Stimmen, ebenda, S. 26.
- 671 An Subventionen hatte der Landesausschuss laut Kassabericht erhalten:

Zeitraum	Subventionen	Gesamteinnahmen
1.7.1910-30. 6.1911	Fr. 2 656.50	Fr. 6 030.97
1.7.1911-30. 6.1912	Fr. 2 462.—	Fr. 6 438.08
1.7.1912-31.12.1913	Fr. 6 544.34	Fr. 11 321.04

Jb. LO 1910-1912, S. 54 f; Jb. LO 1912/13, S. 16.

- 672 In der Folge verbrachte er seine Zürcher Tage an der Schönberggasse 5, in dem von seiner Tochter bewohnten Schanzenberg. Zürcher Wochen-Chronik, Nr. 34 v. 23. 8. 1913, S. 401-410. Hirsch, Helmut: August Bebel in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Hamburg 1973, S. 112 ff., 132.
- 673 Volksrecht Nr. 188 v. 14. Aug. 1913.
- 674 Das Organisationskomitee für die Trauerfeierlichkeiten setzte sich aus Vertretern der schweizerischen wie der deutschen Partei Zürichs zusammen, aber die besondere

- Verantwortung der «Landesorganisation der internationalen Arbeitervereine in der Schweiz» wurde im Communiqué an die Redaktionen betr. das Programm der Leichenfeier ausdrücklich hervorgehoben. Schachtel: Bebel-Forschungen 335–182a/3, SSA-ZH. Jb. LO 1912/13, S. 15.
- 675 August Bebel, Zur Erinnerung an die am 17. August 1913 erfolgte Bestattung, Zürich o. J. (Sonderdruck aus Zürcher Wochen-Chronik), s. Anm. 672; Volksrecht, Nr. 191 v. 18. 8. 1913; Berner Tagwacht, Nr. 189 v. 14. 8. 1913; Grütliener, Nr. 189 v. 14. 8. 1913; NZZ, Nr. 224, II, v. 14. 8. 1913.
- 676 Die «Eintracht» veranstaltete am 17. 8. 1913, am Begräbnistag, eine nochmalige Gedächtnisfeier im Vereinshaus, an der zahlreiche ausländische Personen teilnahmen, wobei Georg Ledebour und Oskar Cohn aus Deutschland sowie Angelica Balabanoff (Italien) die Trauerreden hielten. Jb. «Eintracht» 1913/14, S. 9.
- 677 Volksrecht, Nr. 271 v. 18. 11. 1910; Jb. LO 1910–1912, S. 47 f.
- 678 Konferenzprotokoll 1912, S. 6 f.
- 679 Jb. LO 1912/13, S. 8. Der Grund dafür, daß 1908 Fr. 600.–, 1910 aber das Dreifache zur Unterstützung von politischen Flüchtlingen aufgebracht wurde, liegt nicht etwa in der größeren Leistungsfähigkeit der LO, sondern im stark erweiterten Einzugskreis begründet. 1914 wurden vom LO Sekretariat 400 Vereine für die Märzsammlung angegangen. Jb. LO 1914, S. 4.
- 680 A. a. O., S. 6; Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Schweizerischen Grütlivereins 1913, Zürich 1914, S. 316.
- 681 Statuten der Sozialdemokratischen Bürgerschaftsvereinigung, Zürich, 31. März 1916, gez. O. Lang (Tagespräsident), F. Platten (Aktuar); Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz pro 1915, Zürich 1916, S. 44 ff. Mitglied der Bürgerschaftsvereinigung konnte jedes Partei- oder Gewerkschaftsmitglied sowie jede soz. dem. oder gewerkschaftliche Vereinigung werden (§ 2).
- 682 Konferenzprotokoll 1914, S. 16.
- 683 Ebenda, S. 17.
- 684 Die Gesamtpartei zählte 1914 29 585 Mitglieder. Schenker, Ernst: Die sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Diss. iur., Univ. Bern, Appenzell 1926, S. 206.
- 685 Gleichberechtigung würde in diesem Fall heißen, Fr. 2500 an jährlichen Subventionen für das eigene Sekretariat von der Gesamtpartei sowie eine Vertretung in der Geschäftsleitung fordern – ein Ansinnen, das die Ausländer entweder isolieren oder die Partei spalten würde. Konferenzprotokoll 1914, S. 17 f.
- 686 Passus aus der vom Verbandspräsidenten Kugler vorgelesenen Berner Resolution, Konferenzprotokoll 1914, S. 18.
- 687 Ebenda, S. 19 ff.
- 688 Ebenda, S. 22.
- 689 Die folgenden Ausführungen wurden zusammengestellt aus den div. Voten der Vereinsdelegierten; Konferenzprotokoll, Zürich 1914, S. 18–29.
- 690 Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 15 v. 13. April 1912.
- 691 Konferenzprotokoll 1914, S. 26.
- 692 Für den 30. Juni 1911 wies der AABV St. Gallen ein Vermögen von Fr. 62 000 aus, die «Eintracht» Zürich Fr. 19 637. Ein Jahr später betrug das Vermögen in St. Gallen Fr. 90 000, während die «Eintracht» Zürich keine Angaben machte. Hohe Vereinsvermögen besaßen auch die Sektionen Winterthur (Fr. 15 847), Bern (Fr. 10 359) und

- Basel (Fr. 10'000), die Genf (Fr. 6'900) und die übrigen Vereine beträchtlich übertrafen. Jb. LO 1910/11, S. 56 f.; Jb. LO 1911/12, S. 58 f.
- 693 Parteitagprotokoll SPS 1913, S. 234, 237. Der Genfer Vertreter Fr. Drach sass als Repräsentant der kantonalen Geschäftsleitung Genfs sogar im schweizerischen Parteivorstand.
- 694 Konferenzprotokoll 1914, S. 32.
- 695 Jb. LO 1914, S. 5. Jb. LO 1910-1912, S. 58 f.
- 696 Der Streit in Zug war soweit gegangen, dass die Bildung eines politischen Kartells von Mitgliedschaft und Grütliverein unter der Bezeichnung «Sozialdemokratische Partei der Stadt Zug (Schweizerischer Grütliverein)» auf Rekurs des Internationalen Arbeitervereins in Zug von der Geschäftsleitung der SPS untersagt wurde; ein solcher Zusammenschluss sollte erst mit Einbezug des verschmähten Ausländervereins erfolgen. Jb. LO 1914, S. 6 f.
- 697 Jb. «Eintracht» 1913/1914, S. 24.
- 698 Konferenzprotokoll 1914, S. 24.
- 699 Entsprechend nachfolgender Vermögensaufstellung übernahm die SPS von der Landesorganisation:

Saldo d. Kasse d. Landesauschusse :s am 30. Juli 1914	Fr. 873.65
Saldo der Kasse des Fonds für polit. Flüchtlinge	Fr. 2'835.45
Reservefonds für politische Flüchtlinge	Fr. 3'437.35
Depositen politischer Flüchtlinge	Fr. 1'915.15
Guthaben beim Postscheckkonto	Fr. 100.—
Guthaben an Darlehen	Fr. 500.—
	<hr/>
	Total Fr. 9661.60

- An Bankguthaben, Postscheckkonto und Darlehen wurden der SPS Fr. 9315 – übergeben, sowie in bar Fr. 346.60. Für die Betreuung der Flüchtlingskasse bestellte die SPS eine Dreierkommission. Jb. LO 1914, S. 9 ff.
- 700 Jb. «Eintracht» 1909/1910, S. 24.
- 701 Jb. «Eintracht» 1908, S. 14 f.; die erste Volksvorstellung war bei ausverkauftem Hause Ibsens «Bund der Jugend» gewidmet. Jb. «Eintracht» 1907, S. 8.
- 702 Dem ersten Bildungsausschuss, dem der aus Dessau stammende spätere Sekretär des Schweiz. Holzarbeiterverbandes, Franz Reichmann (1880-1941), O. Glöckner und Moses Mandel, der dann während der Kriegsjahre als Vorstandsmitglied der Arbeiterunion Zürich eine gewisse Bedeutung erlangte, sowie Alfred Aschupp angehört hatten, wurde vorgeworfen, er sei zu wenig auf den Klassenkampf ausgerichtet gewesen, habe die indifferenten Kreise nicht erreicht und sei zu vielseitig tätig geworden. Jb. «Eintracht» 1909/1910, S. 24 f.
- 703 Jb. «Eintracht» 1908, S. 16 ff.
- 704 Jb. «Eintracht» 1909/1910, S. 26 ff.
- 705 Ebenda, S. 30.
- 706 Ebenda, S. 28.
- 707 Jb. «Eintracht» 1908, S. 18.
- 708 Jb. «Eintracht» 1909/1910, S. 28.
- 709 Ebenda, S. 32.
- 710 Organisationsstatut, abgedruckt in Jb. «Eintracht», 1910/1911, S. 18 f.
- 711 Jb. «Eintracht», 1910/11, S. 17.

- 712 Jb. LO 1910–1912, S. 19.
- 713 Ebenda, S. 23.
- 714 1911/12 betrug das Total aller Kursbesucher 958, aber nur 139 Personen – also jeder Siebente! – nahmen an allen sechs Veranstaltungen teil. Jb. LO 1910–1912, S. 26. Den Rückgang lastete Platten Brandlers Vortragsweise sowie dem Umstand an, daß der Reiz der Neuheit 1912 nicht mehr so wie 1911 vorhanden gewesen sei.
- 715 Weitere Themenzyklen befaßten sich 1911/12 mit Wirtschaftsgeschichte, mit den ökonomischen Lehren von Karl Marx; ein spezieller Kurs war dem sozialdemokratischen Parteiprogramm gewidmet. Die sechs Abende über Geschichte der kapitalistischen Revolutionen behandelten: 1. Einleitung. Revolution, Evolution, Reform. 2. Der Aufstand der Niederländer. 3. Die englische Revolution. 4. Die große französische Revolution. 5. Die Revolution des Jahres 1848. 6. Die revolutionäre Aera der neuesten Zeit. Die Kurse dauerten drei Wochen, wobei jede Woche zwei Veranstaltungen nach dem Modus Montag-Donnerstag, Dienstag-Freitag, Mittwoch-Samstag abgehalten wurden. Jb. LO 1910–1912, S. 25 f.
- 716 Jb. Lo 1910–1912, S. 24. In der Gesamtstatistik, a. a. O., S. 34 f. ist der Unterschied nahezu ausgeglichen.
- 717 Ebenda, S. 28.
- 718 Vgl. Text S. 373 ff.
- 719 Neben den Aufwendungen des Landesausschusses (Fr. 600) mußten Sektionen mit 10–15 Mitgliedern Fr. 50.–, mit 51–150 Zugehörigen Fr. 70.– und mit 151–1000 Mitgliedern Fr. 100.– für die Kursveranstaltungen bezahlen. Jb. LO 1910–1912, S. 26.
- 720 Zu den statistischen Angaben s. Tabelle Jb. LO 1910–1912, S. 34 f.
- 721 A. a. O., S. 28.
- 722 «Thesen betreffend die Förderung der Bildungsbestrebungen durch die Gewerkschaften», abgedruckt in Jb. LO 1910–1912, S. 29 ff.
- 723 Ebenda, S. 32.
- 724 Ebenda, S. 32 f.
- 725 Dem erweiterten Bildungsausschuß von 1912/13 gehörten von der Union Aeschbacher, Hintermann, Lang, Manz, Pelizzoni und Bachmann, von der «Eintracht» Brandler, Konrad, Mandel, Sievert, Zumpe sowie der jeweilige Vereinssekretär an. Die bedeutenderen Veranstaltungen, so der Vortrag von Anton Pannekoek oder die Maifeier mit Kurt Eisner fanden im Volkshaus statt; in der «Eintracht» sprach neben dem Naturkundler R. Bommeli auch Jakob Lorenz (1883–1946), der im Rahmen des Bildungsprogrammes an drei Abenden «Die soziale Gliederung in der Schweiz» erläuterte. Der auf dem Schweizerischen Arbeitersekretariat beschäftigte Lorenz war 1908 im Verein als Zigarrenverwalter hervorgetreten. Jb. «Eintracht» 1912/1913, S. 39 ff. u. 1908, S. 2.
- 726 Jb. LO 1912/13, S. 9.
- 727 Jb. «Eintracht» 1913/14, S. 24.
- 728 Jb. LO 1910–1912, S. 29. Platten selbst hielt als Sekretär in der Berichtszeit 1912/13 148 Referate, wobei auch die beiden Tourneen mit ausländischen Rednern – aus Berlin kam Alexandra Kolontaja, aus Wien Karl Renner – für eine Belebung der Sektionen sorgten. Alexandra Kolontaja, die spätere Volkskommissarin für das Bildungswesen in der UdSSR, sprach über «Die Frau und der Sozialismus», «Ehe- und Mutterschutz», «Frauenwahlrecht und Klassenkampf» und besuchte die Sektionen Chaux-de-Fonds, Vevey, Lausanne, Basel, Bern, Winterthur, Schaffhausen, Zürich, Chur, Davos und

- St. Gallen. Karl Renner hielt gar 17 Vorträge über die Themen «Die Balkankrise und die Sozialdemokratie», «Die Klassenselbsthilfe der Arbeiterklasse» und «Imperialismus und Sozialdemokratie». Jb. LO 1912/13, S. 10. Karl Renner hatte schon 1909 eine Vortragstournee durch die deutschen Ortsvereine unternommen, während sich der Reichstagsabgeordnete Philipp Scheidemann ebenfalls zu 12 Vorträgen verpflichtet hatte. Jb. LO 1909/1910, S. 8.
- 729 Es handelt sich um die Resultate einer Umfrage des LO-Sekretariates nach dem Stand des örtlichen Bildungswesens. Jb. LO 1912/13, S. 11.
- 730 Konferenzprotokoll, 1912, S. 30. Zur Teilnahme an die Internationale Friedenskonferenz nach Basel waren 225 «Einträchtler» sogar mit einem Extrazug gefahren. Jb. «Eintracht» 1912/13, S. 18.
- 731 Volksrecht, Nr. 176 v. 1.8.1914. Wegen der Kriegsmanifestation vor fremden Konsulaten musste die Zürcher Regierung sogar ein Demonstrationsverbot erlassen. Schmid-Ammann, Paul: Emil Klöti, Stadtpräsident von Zürich, Ein schweizerischer Staatsmann, Zürich 1965, S. 65 f.
- 732 Zu diesem Passus aus der Rede zur Eröffnung der Reichstagssession v. 4.8.1914 vgl. Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 3, München 1964, S. 32.
- 733 Münzenberg, Dritte Front, S. 142.
- 734 «Eines Abends hatten wir den Bahnsteig besetzt, der über die Bahnlinie führte, auf der die Züge mit Kanonenfutter nach Wien abrollten. Die verfrachteten Rekruten und Landwehrmänner sangen bis zur Heiserkeit ‚Gott beschütze Franz den Kaiser‘, während wir uns bemühten, mit aller Lungenkraft ihre Lieder mit der ‚Internationalen‘ und den Rufen ‚Nieder mit dem Kriege‘, ‚Hoch die Revolution‘ zu übertönen.» Ebenda.
- 735 Mobilmachungsvorschriften betr. die in der Schweiz befindlichen Wehrpflichtigen, publ. v. Kaiserl. Dt. Generalkonsulat Zürich, Volksrecht, Nr. 180 v. 6.8.1914.
- 736 Noch auf dem Landeskongress v. 28./29. März 1914 in Zürich hatten sich die Vereinsdelegierten in einer Kundgebung der «internationalen Protestkundgebung gegen die Greuel in den russischen Gefängnissen» angeschlossen. Konferenzprotokoll 1914, S. 33 f.
- 737 «Das Volksrecht ist ganz an Deutschland und die deutsche Sozialdemokratie verkauft», schrieb Clara Ragaz am 6.9.1914 an Emma Pieczynska-Reichenbach; Mattmüller, Ragaz, Bd. II, S. 93. In der Diskussion rief die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten, die Richard Fischer im «Volksrecht» begründete, einzig bei der «Berner Tagwacht» und beim «Grütlianer», beim radikalsten und beim revisionistischsten Blatt also, Widerspruch hervor. Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung, Nr. 40 v. 3. Okt. 1914. Dass Partei- und Gewerkschaftsblätter die Augustereignisse einseitig in deutscher Lesart dargestellt haben, war beim starken Einfluss des deutschen Elements in den Redaktionen nicht erstaunlich. Beim «Volksrecht» waren der auf sozialchauvinistische Parteilinie eingeschwenkte Emil Hauth (1873-1932) sowie der in Berlin geborene Schweizer Johann Sigg (1874-1939) für diese verfehlte Redaktionspolitik verantwortlich.
- 738 Ferdinand Hodler hatte einen Protest gegen deutsche Zerstörungsakte in Belgien und Frankreich unterzeichnet, worauf er in Deutschland scharf angegriffen wurde. Hierzu und zur berühmten Rede Carl Spittlers v. 14. Dez. 1914, in der er für Rückbesinnung auf einen eigenen schweizerischen Standpunkt aufrief, vgl. Stauffacher, Werner: Carl Spitteier, Biographie, Zürich-München 1973, S. 681 ff.

- 739 Zimmerli, G. W.: Durch Frankreich und Deutschland während des Krieges 1914/15, Erlebnisse und Beobachtungen eines Schweizers, Berlin 1915, S. 16 f.
- 740 Zimmerli, a. a. O., S. 18 f.
- 741 Vorwärts, Basel 4., 6., 7. August 1914. Basel im August 1914, Eine Denkschrift für Jung und Alt, Basel 1914, S. 34 ff. Für den Hinweis auf die reich bebilderte Broschüre sei Herrn Ernst Feigenwinter in Riehen herzlich gedankt.
- 742 Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung, Nr. 36 v. 5. Sept. u. Nr. 37 v. 12. Sept. 1914 («Deutschlandreise während der Mobilmachung»). Zum Abschied von 500 landsturmpflichtigen Deutschen nach Konstanz, Volksrecht, Nr. 199 v. 28. 8. 1914.
- 743 Schneider, Erlebnisse, I, S. 84.
- 744 Gewerkschaftliche Rundschau, Nr. 6 v. Juli 1915, S. 69.
- 745 Ebenda; ins Gewicht fielen auch für den Mitgliederabgang die durch Teuerung und Notzeit bedingten Beitragsverweigerungen.
- 746 Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung, Nr. 14 v. 3. April 1915.
- 747 Mattmüller, Ragaz, II, S. 97 ff.; Bolliger, Basler Arbeiterbewegung, S. 20.
- 748 Max Tobler berichtete in der «Eintracht» über seine enttäuschenden Erfahrungen während des Kriegsausbruchs in Berlin. Neben Tobler sprach auch Platten dafür, aus der Katastrophe zu lernen und neu zu beginnen. Mattmüller, Ragaz, Bd. II, S. 101 (VR, 26. 8. 1914). Besonders abschreckend wirkten die Sprüche auf den bekränzten Eisenbahnwagen zur Front: «Jeder Schuß ein Ruß», jeder Stoß ein Franzos», jeder Tritt ein Britt»; «Die Russen und die Serben, die schlagen wir in Scherben»; «Wenn es Russenköpfe regnet und Franzosenköpfe schneit, bitten wir unseren Herrgott, daß das Wetter so bleibt». Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung, Nr. 36 v. 5. Sept. u. Nr. 37 v. 12. 1914. Diese Reiseschilderung eröffnete ebenfalls eine Kontroverse über die Haltung der deutschen Arbeiterschaft im Krieg. Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung, Nr. 40 v. 3. Okt., Nr. 41 v. 10. Okt. 1914.
- 749 Trotzki, Leo: Mein Leben, Versuch einer Autobiographie, Berlin 1930, S. 227. Als Quelle verweist Trotzki auf sein Tagebuch, wo er die Antwort wörtlich notiert habe.
- 750 Trotzki, op. cit. S. 229. Vgl. a. Trotzki, Leo: Der Krieg und die Internationale, Zürich 1914. Brupbacher, Ketzler, S. 188.
- 751 Text abgedruckt in Jb. «Eintracht» 1913/14, S. 29–32; publiziert im Volksrecht v. 15. Okt. 1914; Mattmüller, Ragaz, Bd. II, S. 107 ff.; sein Manifest «Der Krieg und die Aufgabe der Internationale» hatte er am 7. Oktober 1914 in der «Eintracht» vorgelesen. Trotzki's Tätigkeit in der «Eintracht» sowie das Zustandekommen der Resolution schildert Jost, Linksradikalismus, S. 70 ff.
- 752 Protokoll der «Eintracht»-Vorstandssitzung v. 18. März 1915, Sign. 335: 239-16, SSA-ZH. Die in der «Eintracht» selbst eingetretenen Veränderungen und der Einfluß russischer Emigranten lassen sich auch in der Zusammensetzung des Vorstandes vom Juli 1915 ablesen: Karl Schnepf, Präsident; Josef Veselic, Vizepräsident; R. Hirschböck, Kassier; Gertrud Kisseleff, Schriftführerin; als Beisitzer amtierten T. L. Axelrod, Mieczysław Bronski, Ch. Bucklar, E. Hindenach, H. Paul; Obmann der Revisoren Josef Kotschy. Karl Schnepf, der das Flugblatt Nr. 1 der Zimmerwalder Linken herausgegeben hatte, genoß das Vertrauen Lenins, der in der «Eintracht» öfters im Lesesaal anzutreffen war, ohne im Verein selbst in den Vordergrund zu treten. Lenin an W. A. Karpinski, Brief v. 2. April 1917 (Zürich), abgedr. in: W. I. Lenin, Briefe, Bd. IV, Aug. 1914 – Okt. 1917, Berlin 1967, S. 423 ff. Bericht an die ordentliche Generalversammlung der «Eintracht» am 26. Juli 1916 über das Vereinsjahr 1915/16

- S. 4, Schachtel 335-239 Z II. Klatt, Hermann: Kurzbericht über die «Eintracht», Zürich 1 v. 26. Mai 1943, ebenda, SSA-ZH. Vgl. a. Gautschi, Willi: Lenin als Emigrant in der Schweiz, Zürich-Köln 1973, S. 109 f.
- 753 Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz pro 1915, Zürich 1916, S. 41 f.
- 754 Im Sommer 1918 hatte sich der DAV Basel in einen Allgemeinen Arbeiterbildungsverein umgewandelt. Hätte er seinen politischen Charakter beibehalten, wäre seine Verschmelzung mit der lokalen Parteioorganisation auf Grund der Parteitagsbeschlüsse von 1917 schon damals unumgänglich gewesen. Bolliger, Basler Arbeiterbewegung, S. 24, Anm. 13, Schneider, Erlebnisse, Bd. I, S. 84.
- 755 Schenker, op. cit. S. 129-137. Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz pro 1916, Zürich 1917, S. 49 ff.
- 756 Flugblatt, Sozialdemokratischer Verein Eintracht, Zürich, Ende August 1916.
- 757 Bericht an die ordentliche Generalversammlung der «Eintracht» am 26. Juli 1916 über das Vereinsjahr 1915/16. Aufzeichnung: Kurzbericht über die «Eintracht», Zürich 1, Neumarkt 5, gez. Zürich, 26. Mai 1943, Hermann Klatt. Schachtel 335-239 Z II, SSA-ZH. Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1916, Zürich 1917, S. 52.
- 758 Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, 1915, Zürich 1916, S. 87-104.

VII Die zweigeteilte Kolonie

Das reichstreue und kaiserlich gesinnte Auslandsdeutschum

1. Die Niederlassungsverträge von 1876, 1890 und 1909

- 1 Guggenheim, Kurt: Alles in Allem, Bd. I, Zürich 1952, S. 101 f.
- 2 Ebenda, S. 9 f., 56 ff., 86 f., 139 ff., 145, 199.
- 3 Mann, Heinrich: Der Untertan, Leipzig 1918.
- 4 von Salis, L. R.: Schweizerisches Bundesrecht, Bd. II, Bern ¹21903, S. 480 (Zit. als: v. Salis). Drucksachen des Reichstages, 2. Legislaturperiode, IV. Session 1876, Nr. 55, zit. in: Heinrichs, A.: Deutsche Niederlassungsverträge und Übernahmeabkommen, Berlin 1908, S. 62 f.
- 5 BB1. 1876, II, S. 877; III, S. 138. Eichmann, A.: Sammlung der Handels-, Niederlassungs- und Konsular-Verträge der Schweiz mit dem Auslande, inbegriffen die Verträge über den Schutz des geistigen Eigenthums, zusammengestellt von Dr. A. E., Zürich 1885, S. 64 ff.
- 6 Die Niederlassungsverträge mit dem Grossherzogtum Baden v. 31. Okt. 1863 und dem Königreich Württemberg vom 18. März 1869 wurden daher auf den 1. Jan. 1877 aufgehoben. So zahlten USA-Bürger in der Schweiz und umgekehrt die Schweizer in den USA Militärpflichtersatz, v. Salis, III, S. 598 f. Ein schweizerisch-deutscher Doppelbürger musste jedoch damit rechnen, in beiden Staaten zur Kasse gebeten zu werden. v. Salis, III, S. 599.
- 7 BB1 1870, II, S. 423 ff. Langhard, Johannes: Das Niederlassungsrecht der Ausländer in der Schweiz, Zürich 1913, S. 97 (Zit. als: Langhard, Niederlassungsrecht).

- 8 v. Salis, II, S. 277 f.
- 9 v. Salis, II, S. 276 ff.
- 10 v. Salis, I, S. 153.
- 11 Vor allem war das Deutsche Reich nicht gewillt, Deutsche, die zur Umgehung der allgemeinen Wehrpflicht nach der Schweiz ausgewandert waren und sich hier hatten einbürgern lassen, nun als zurückkehrende Schweizer auf Grund der im Niederlassungsvertrag gewährten Freizügigkeit auf seinem Territorium zu bleibendem Aufenthalt dulden zu müssen. Ausweisungen durften nur nach genauer Abklärung des Einzelfalles vorgenommen werden. Dieser im Zusatzprotokoll zu dem am 27. April 1876 in Bern unterzeichneten Niederlassungsvertrag festgehaltene Grundsatz findet sich mit dem entsprechenden Passus im Niederlassungsvertrag von 1890 in Artikel 9 und in jenem von 1909 in Artikel 4 wieder.
- 12 Köhler, Ludwig: Ein Schweizer wird Schweizer, Jugenderinnerungen von L. K., 2. Aufl. o. J., S. 244 ff.
- 13 Zum Bürgerrechtsgesetz von 1903 sowie zur Revisionsdiskussion – etwa um die Anwendung des *ius soli* – vgl. Schläpfer, Ausländerfrage, S. 171–223.
- 14 Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 204 ff., 331 ff.
- 15 BBl. 1889, III, S. 956 ff.; 1890, II, S. 384 ff.
- 16 Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 331 ff.
- 17 AA an Bülow, Telegr. v. 28. 4. 1889, zit. in: Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 147.

Der Artikel 2 lautete in der

alten Fassung von 1876

«Um in der Schweiz Wohnsitz zu nehmen oder sich dort niederzulassen, müssen die Deutschen mit einem Heimatscheine und einem von der zuständigen Heimatbehörde ausgestellten Zeugnisse versehen sein, durch welches bescheinigt wird, dass der Inhaber im Vollgenusse der bürgerlichen Ehrenrechte sich befindet und einen unbescholtenen Leumund genießt.»

neuen Fassung von 1890

«Um die in dem Art. 1 bezeichneten Rechte beanspruchen zu können, müssen die Deutschen mit einem Zeugnis ihrer Gesandtschaft versehen sein, durch welches bescheinigt wird, dass der Inhaber die deutsche Reichsangehörigkeit besitzt und einen unbescholtenen Leumund genießt.»

Dies hinderte A. Heinrichs: Deutsche Niederlassungsverträge und Übernahmeabkommen, Berlin 1908, S. 65, Anm. 6, nicht daran, gleichwohl zu behaupten, der Schweiz werde durch Art. 2 die Verpflichtung auferlegt, «den Deutschen die Niederlassung oder den Aufenthalt zu versagen, falls sie das gesandtschaftliche Attest nicht beibringen».

BB1. 1890, III, S. 221, 635; v. Salis, II, S. 484 ff.

BB1.1885, II, S. 865; 1886, I, S. 951.

BB1.1899, I, S. 405; v. Salis, II, S. 492 f.

Langhard, Niederlassungsrecht, S. 50 ff.

Kreisschreiben des Bundesrates v. 13. Sept. 1911 an sämtliche Kantonsregierungen betr. das Inkrafttreten des neuen Niederlassungsvertrages zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reiche vom 13. November 1909. BB1. 1911, IV, S. 154 ff.; A. S. n. F. XXVII, S. 681 ff.

- 25 Der Niederlassungsvertrag v. 1909 sowie die Zusatzdokumente finden sich auch abgedruckt in: Langhard, Niederlassungsrecht, S. 138–185.
- 26 Ebenda, S. 144 ff.
- 27 Rudolf Schläpfer kommt zum Ergebnis, der breiteren Öffentlichkeit sei die wirtschaftliche «Überfremdung» erst während des Ersten Weltkrieges klar bewußt geworden; immerhin erwähnt auch er, daß in bezug auf Deutschland schon früher insbesondere bei der heftigen Reaktion gegen den Gotthardvertrag Befürchtungen über die «ökonomische Umklammerung des Landes» laut geworden waren. Schläpfer, Ausländerfrage, S. 129 ff.

2. Deutsches Unternehmertum und deutsches Kapital in der Schweiz

- 28 Ergebnisse der eidg. Betriebszählung vom 9. August 1905, in: Schweizerische Statistik, 176. Lief., Bd. 3: Betriebe der Industrie und des Gewerbes, Bern 1911, S. 81*; 181. Lief., Bd. 4: Die Betriebe des Handels, des Verkehrs und der freien Berufe, Bern 1912, S. 40*.
- 29 Berechnet aus den Ergebnissen in: Schweizerische Statistik, 176. Lief., Bern 1911, S. 38–49.
- 30 Berechnet aus den Ergebnissen in: Schweizerische Statistik, 181. Lief., Bern 1912, S. 26–33.
- 31 Statistische Quellenwerke der Schweiz, H. 146, Bern 1944, S. 156.
- 32 NZZ, Nr. 406 v. 3. Sept. 1973 («Hundert Jahre Merker AG, Baden»).
- 33 Heberlein, Fritz: Georg Philipp Heberlein 1805–1888, in: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik (Schriftenreihe des Vereins für wirtschaftshistorische Studien, Zürich, Bd. 7), Wetzikon 1957, S. 7–19. Stucki, Lorenz: Das heimliche Imperium, Wie die Schweiz reich wurde, Bern 1968, S. 56 ff.
- 34 Sulser, Wilhelm: Carl Franz Bally 1821–1899, in: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik, Bd. 2, Wetzikon 1955, S. 27–33. Stucki, op. cit. S. 227 ff. Die spätere Schuhfabrik Henke Co. AG. in Stein am Rhein war eine Gründung des Stammhauses in Tuttlingen. Der Begriff «Fabrikant» oder «Kaufmann» fand schon bei bescheidensten Verhältnissen Anwendung. So führte der «Schuhfabrikant» Conrad Herzog in Fruthweilen eine Werkstatt mit 4 Gesellen, denen er die Arbeit in der Wohnstube zurichtete. Herzog an Pfarramt Wagenhausen, Brief, Fruthweilen, 31. März 1868. Pfarrarchiv Wagenhausen.
- 35 Heer, Jean: Weltgeschehen 1866–1966, Ein Jahrhundert Nestlé, Jubiläumsschrift, Lausanne (1966), S. 35 ff., 44 ff., 66 ff. Mdl. Auskünfte von Frau Katharina Wander und von Fräulein Elsa Jöhr, Dr. A. Wander AG, Bern v. 20. Aug. u. 3. Okt. 1974.
- 36 Biographisches Lexikon verstorbener Schweizer, In memoriam. Bd. 1, Basel 1947, S. 203 (Zit. als: In memoriam).
- 37 In memoriam, Bd. I, S. 485.
- 38 Vgl. Text S. 269. In memoriam, Bd. I, S. 302. Henckell unterstützte auch den Deutschen Hilfsverein im Aargau. Vgl. 50. Jahresbericht des Deutschen Hilfsvereins im Aargau 1914, Aarau (1915), S. 10.
- 39 In memoriam, Bd. II, S. 260 f.
- 40 In memoriam, Bd. I, S. 91.
- 41 In memoriam, Bd. I, S. 80.

- 42 Stammbaum der Familie Schoeller, Manuskript, Archiv der Firma Schoeller & Co. Handelsgesellschaft, Zürich (Zit. als: Stammbaum Schoeller). (Schoeller, Arthur): Denkschrift über Marschwitz, Fideikommiss der Familie Schoeller, Privatdruck, Zürich 1916, S. 63 ff.
- 43 Stammbaum Schoeller, S. 11.
- 44 *Leopold* Rudolf Albert Schoeller (1878-1936), Sohn des Leopold Arthur Schoeller, Stammbaum Schoeller, S. 12.
- 45 Er war der zweite Sohn von Leopold *Arthur* Schoeller und hatte die Tochter des bekannten Politikers und Diplomaten Florian Adolf A. von Planta geheiratet. Cäsar Schoeller hatte zwei Töchter und einen Sohn *Walter* Carl Arthur Schoeller (geb. 1889), der als letzter Vertreter des schweizerischen Familienzweiges das Zürcher Textilunternehmen bis in die jüngste Zeit geleitet hat. Als Schweizer Allroundsportler und seit 1934 als langjähriger Zentralpräsident des Grasshopper-Clubs ist er insbesondere unter Schweizer Fussballfreunden bekannter geworden. Vgl. Sport, Nr. 54 v. 12. Mai 1969 («Walter Schoeller 80!»).
- 46 In memoriam, Bd. IV, S. 316.
- 47 In memoriam, Bd. I, S. 457.
- 48 Bauer, Hans: Schweizerischer Bankverein 1872-1972, hrsg. durch den Schweizerischen Bankverein anlässlich seines hundertjährigen Bestehens, Basel 1972, S. 179 (Zit. als: Bauer, Bankverein).
- 49 In memoriam, Bd. II, S. 327.
- 50 In memoriam, Bd. I, S. 36.
- 51 Schmidt, Peter Heinrich: Fünfzig Jahre schweizerisch-deutscher Wirtschafts-Beziehungen (1871-1921), Vortrag, gehalten vor der ausserordentlichen Mitgliederversammlung der Deutschen Handelskammer in der Schweiz zu Basel am 20. April 1921. Ein Beispiel einer schweizerischen Zweiggründung auf deutschem Boden beschreibt die Schrift: Erinnerungen an das Werk Grenzach 1898-1935 (hektographiert) o. O., Dez. 1937.
- 52 Den ausserordentlich umfangreichen schweizerischen Kapitalbeteiligungen im badisch-württembergischen Wirtschaftsraum ist der badische Journalist Joseph Thielmann nachgegangen. Aargauer Tagblatt v. 26. Juli 1974 («Wirtschaftsprovinz der Schweiz?»).
- 53 Bosshard, Alfred/Nydegger, Alfred: Die schweizerische Aussenwirtschaft im Wandel der Zeiten, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Nr. 1/2, 100. Jg., März/Juni 1964, S. 326.
- 54 Zum Vergleich: im Jahr 1975 stand die Schweiz für die Bundesrepublik sogar an siebenter Stelle in der Reihe der wichtigsten deutschen Absatzmärkte! Eine Darstellung der schweizerisch-deutschen Handelsbeziehungen und Handelsverträge findet sich bei: Schmidt, Peter Heinrich: Die Schweiz und die europäische Handelspolitik, Zürich 1914, S. 25 ff., 94 ff., 144 ff., 157 ff., 211, 215 ff., 281 ff.; vgl. auch die Studie von Friedrich v. Napolski: Der Weg zum ersten Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Deutschland, Bergisch Gladbach 1961.
- 55 Vier Schweizer wurden nicht wiedergewählt; stattdessen hielten vier Vertreter deutscher Banken Einzug in den Verwaltungsrat. Kurz, Hermann/Bachmann, G.: Die schweizerischen Grossbanken, ihre Geschäftstätigkeit und wirtschaftliche Bedeutung, Zürich 1928, S. 261 ff. (Zit. als: Kurz: Grossbanken).

- 56 Jöhr, Walter Adolf: Schweizerische Kreditanstalt 1856-1956, Hundert Jahre im Dienste der schweizerischen Volkswirtschaft, Zürich 1956, S. 102 f. (Zit. als: Jöhr, Kreditanstalt).
- 57 Fleiner, Fritz: Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Tübingen 1923, S. 480, Anm. 76. AS 15, S. 283.
- 58 Jöhr, Kreditanstalt, S. 141 f. Die Situation war dadurch noch prekärer geworden, dass der ausländische Besitz an schweizerischen Eisenbahnpapieren aus langfristigen Eigentum in die Hände von Spekulanten übergegangen war, die nur an raschen Gewinnen interessiert waren. Dass die Eigentümer der Hauptverkehrswege ausländische Grosskapitalisten und von ihnen abhängige Gesinnungsgenossen aus den einheimischen Finanzkreisen waren, beklagte auch der Bundesrat in seiner Rückkaufsbotschaft v. 25. März 1897 als «beschämend für die Schweiz».
- 59 Jöhr, Kreditanstalt, S. 37.
- 60 Die überragende Persönlichkeit war Alfred Escher, der von 1856 bis 1877 als Präsident die Bank wesentlich mitgeprägt hat. Jöhr, Kreditanstalt, S. 45, 51-134, 557. Gamper, Ernst: 100 Jahre Schweizerische Kreditanstalt 1856-1956, Ansprache v. 5. Juli 1956, Sonderdruck, S. 7.
- 61 Jöhr, Kreditanstalt, S. 216.
- 62 Bauer, Bankverein, S. 27 f., 48 ff., 62, 78.
- 63 Züricher Post, Nr. 148 v. 27. Juni 1889. Neben der Internationalen Bank waren die Berliner Firmen Born & Busse und F. W. Knauer & Cie deutscherseits am älteren ZBV beteiligt. C. Fierz-Landis war angegriffen worden, weil er im Streit um die Nordostbahn den deutschen Kapitalinteressen Vorschub geleistet hatte.
- 64 Bauer, Bankverein, S. 81 f., 99, 107, 113 f., 159 ff.
- 65 Strasser, Karl: Die deutschen Banken im Ausland, Entwicklungsgeschichte und wirtschaftliche Bedeutung, München 1924, S. 88 f.
- 66 Dt. Gen. Kons. Zürich an Dt. Ges. Bern, Bericht v. 20. Febr. 1922, in: Akten betr.: Beteiligung deutschen und fremden Kapitals in der Schweiz, Bd. 1, AA, Abt. II, Wirtschaft 13, Schweiz, PA-B. Diese 24 Seiten umfassende Studie über das deutsche Unternehmertum in der Schweiz wird zit. als: Bericht Rheinboldt.
- 67 Jöhr, Kreditanstalt, S. 189 f. NZZ, Nr. 2037 v. 30. Okt. 1917; Nr. 150 v. 31. Jan. 1919.
- 68 Jöhr, Kreditanstalt, S. 192 f.
- 69 NZZ, Nr. 150 v. 31. Jan. u. Nr. 175 v. 5. Febr. 1919. Kurz, Grossbanken, S. 142 f. Bericht Rheinboldt, S. 7 f. Jöhr, Kreditanstalt, S. 193 ff.
- 70 Jöhr, Kreditanstalt, S. 191.
- 71 Pestalozzi-Kutter, Th.: Kulturgeschichte des Kantons Schaffhausen und seiner Nachbargebiete im Zusammenhang der allgemeinen Kulturgeschichte, Bd. III, Aarau-Leipzig 1931, S. 169.
- 72 Kessler, Harry Graf: Walther Rathenau, Sein Leben und sein Werk, mit einem Kommentar von Hans Fürstenberg: Erinnerungen an Walther Rathenau, Wiesbaden (1962), S. 27, 437.
- 73 Bericht Rheinboldt, S. 8. Kurz, Grossbanken, S. 136.
- 74 Bericht Rheinboldt, S. 9. Bauer, Bankverein, S. 171.
- 75 Eine Tochter des Hauptbesitzers Karl von Gonzenbach hatte einen deutschen Baron von Kleist geheiratet. Ausserdem war für den Ausbau des Unternehmens vor allem deutsches Kapital herangezogen worden. 1905 hatten die deutschen Firmen Felten

- und Guillaume-Lahmeyer Aktienpakete von Escher Wyss übernommen, um sich die Vorteile der dort entwickelten Zoelly-Turbine zu sichern. Bauer, Bankverein, S. 177. Nach den Informationen des dt. Generalkonsulats in Zürich soll aber nach dem Krieg mindestens die Hälfte der Aktien wieder in deutsche Hände übergegangen sein. Am 27. April 1922 wurde erneut ein Vertreter der Felten-Guillaume-Gruppe in Köln-Mülheim, die mit der AEG verbunden war, als Verwaltungsrat in das Schweizerische Handelsregister eingetragen. Bericht Rheinboldt, S. 6. Keßler, op. cit. S. 932. 150 Jahre Escher Wyß 1805–1955, Zürich (1955), S. 5 ff.
- 76 Bericht Rheinboldt, S. 10. Emil Rathenau hatte vorübergehend auch dem Verwaltungsrat der Maschinenfabrik Oerlikon angehört. Vgl. die hier allzu zurückhaltende Festschrift: Maschinenfabrik Oerlikon 1876–1926, als Manuskript gedruckt, Zürich 1926, S. 20.
- 77 Jöhr, Kreditanstalt, S. 167.
- 78 Bericht Rheinboldt, S. 10; Messerli, Alfred: Menschen und Geschichten im Zürcher Savoy Hotel Baur en Ville, in: Tages Anzeiger Magazin, Nr. 27 v. 5. Juli 1975, S. 18–23.
- 79 Vgl. 43. Jb. DHV Chur 1914, S. 15 ff.
- 80 Alle Angaben beruhen auf dem Bericht Rheinboldt.
- 81 Wulfsohn, Leo/Wernlé, Gabriel: L'Evasion des Capitaux Allemands, Paris 1923.

3. Die Deutschen Hilfsvereine (DHV) in der Schweiz

- 82 Centralbericht über die Deutschen Hilfsvereine in der Schweiz für 1864, Zürich 1865, S. 8 f. (Zit. als: Jb. ZV DHV).
- 83 40. Jahresbericht des Deutschen Hilfsvereins in Zürich für 1896, Zürich 1897, S. 1. (Zit. als: Jb. DHV Zürich).
- 84 66. Jb. DHV Zürich 1922, S. 11, § 2.
- 85 1. Jb. ZV DHV 1864, S. 3.
- 86 1867 gehörte Runge dem Vorstand des Wahlvereins der Deutschen Fortschrittspartei an, Anfang 1874 bis 1877 saß er in ihrem geschäftsführenden Ausschuß. Handbuch, Bürgerliche Parteien, I, S. 333.
- 87 49. Jb. DHV Zürich 1905, S. 4. Handbuch, Bürgerliche Parteien, I, S. 489.
- 88 1. Jb. ZV DHV 1864, S. 4.
- 89 § 4 der bereinigten Statuten des Centralvereins der deutschen Hilfsvereine in der Schweiz, Olten, 28. Mai 1865. DHV 1864, S. 10 f.
- 90 5. Jb. ZV DHV 1868, S. 13; 6. Jb. ZV DHV 1869, S. 13.
- 91 Nach § 8 mußte ein Verein mindestens ein Jahr bestanden und spätestens zwei Monate vor der Jahresversammlung sein Aufnahmegesuch gestellt haben, bevor diese über den Antrag entscheiden konnte. 6. Jb. ZV DHV 1869, S. 14 f.
- 92 9. Jb. ZV DHV 1872, S. 10.
- 93 50. Jb. ZV DHV 1913, S. 15 f.
- 94 Ebenda.
- 95 10. Jb. ZV DHV 1873, S. 14 ff.
- 96 47. Jb. ZV DHV 1910, S. 17 f.
- 97 Um die Tabelle etwas zu raffen, wurden nur die Daten von jedem zweiten Jahr angegeben. 50. Jb. ZV DHV 1913, S. 15 f; 51. Jb. ZV DHV 1914, S. 11 f.

- 98 1. Jb. ZV DHV 1864, S. 7 ff.
 99 2. Jb. ZV DHV 1865, S. 7.
 100 3. Jb. ZV DHV 1866, S. 8 f.
 101 Ebenda.
 102 5. Jb. ZV DHV 1868, S. 8.
 103 3. Jb. ZV DHV 1866.
 104 4. Jb. ZV DHV 1867/68, S. 4. 5. Jb. ZV DHV 1868, S. 6.
 105 4. Jb. ZV DHV 1867/68, S. 5; 5. Jb. ZV DHV 1868, S. 5; 6. Jb. ZV DHV 1869, S. 6.
 106 BB1 1868, II, S. 520 ff.; Bonjour, Neutralitätsgeschichte, Bd. I, S. 418 f. Die hannoverschen Emigranten wurden auf folgende Orte gleichmässig verteilt, wie aus der Liste v. 24. November 1867 hervorgeht:

Zürich	43	Basel	20	Küssnacht	18
Olten	20	Zug	20	Schwyz	20
Aarau	20	Töss	20	Rheineck	20
Solothurn	20	Glarus	20	St. Gallen	19
Liestal	20	Brugg	20	Baar	20
Langenthal	19	Zofingen	20	Kt. Neuenburg	24

Deutscher Krieg, Hannoverische Flüchtlinge 1867-1868, Politisches GG 5, Staatsarchiv Basel-Stadt.

- 107 Da Bern 345 nach Deutschland spedierte Wehrpflichtige und Ausgewiesene nicht in die Jahresstatistik einbezog, lag die Zahl der tatsächlich Unterstützten über 3'500 Personen. 7. Jb. ZV DHV 1870, S. 8 f.
- 108 Unterstützung der ausgewiesenen Deutschen 1870-1871, Politisches HH9, Staatsarchiv Basel-Stadt; 7. Jb. ZV DHV 1870, S. 10. 49. Jb. DHV Zürich 1905, S. 5 f.
- 109 Ebenda, S. 11. Deutsche Internierte Februar 1871, Politisches HH4, Staatsarchiv Basel-Stadt. Die Kaufmannsfamilie Kahlbaum hatte bis in die achtziger Jahre ihre Verbindung mit dem DHV Zürich aufrechterhalten. Vor dem Weltkrieg besass die Kahlbaum G.m.b.H. eine Filiale in der Limmatstadt.
- 110 Ausserdem gewährte die Reichsbahn in Elsass-Lothringen auf Antrag der DHV halbfreie Fahrt. 8. Jb. ZV DHV 1871, S. 3, 5, 7 f.
- 111 10. Jb. ZV DHV 1873, S. 2 f.
- 112 12. Jb. ZV DHV 1875, S. 9 ff.
- 113 14. Jb. ZV DHV 1877, S. 3 f.
- 114 Ebenda, S. 15.
- 115 15. Jb. ZV DHV 1878, S. 13 f.
- 116 Wild, A./Schmid, C.A.: Vademecum für Armenpfleger, Zürich 1902, S. 160 f. (Zit. als: Vademecum).
- 117 Debes, Robert: Fünfzig Jahre deutsche freiwillige Fürsorge in St. Gallen, Erinnerungsschrift, St. Gallen 1928, S. 15.
- 118 10. Jb. ZV DHV 1873, S. 7.
- 119 Entnommen den einzelnen Jahresberichten des ZV DHV; für 1894 konnten keine Angaben erhältlich gemacht werden. Das Stichjahr 1914 wurde beigefügt, um die durch den Krieg hervorgerufenen Veränderungen wenigstens der Tendenz nach anzudeuten.

120 Gesetz über das Passwesen vom 12. Oktober 1867 und über die Freizügigkeit vom 1. November 1867, Berlin 1867, S. 2 f.

121 **Prozentuale Berufsgliederung der Unterstützten***

Beruf	Jahre				
	1864	1874	1884	1904	1914
Handwerker	56,0	52,4	38,6	48,9	28,7
Fabrikarbeiter und Tagelöhner	5,0	5,0	5,8	7,8	11,4
Kellner / Köche	5,8	5,1	2,3	3,9	2,8
Kaufleute und Commis	6,8	5,6	3,3	5,6	4,6
Literaten und Lehrer	3,3	1,2	0,6	0,6	0,6
Künstler	4,3	2,0	1,2	1,2	0,9
Fremdenlegionäre	3,0	1,3	0,1	0,3	0,1
Frauen und Kinder	10,8	12,4	12,3	10,6	20,8
Familien	—	8,3	32,2	15,5	23,1
Verschiedenes	5,0	6,7	3,6	5,6	7,0

* Berechnet aus den Jb. der ZV DHV; für 1894 sind keine Angaben erhältlich.

122 Vgl. Art. 10 des schweizerisch-deutschen Niederlassungsvertrages v. 27. April 1876. A. S. n. F. II, S. 567 f.; 17. Jb. ZV DHV 1880, S. 6.

123 Vademecum, S. 265 f.

124 Vgl. die jeweiligen Jahresabschlussrechnungen, nach denen in der Regel Zürich, Basel und Genf die grössten Beträge erhielten. So z.B. 17. Jb. ZV DHV 1880, S. 17; 38. Jb. ZV DHV 1901, S. 15; 50. Jb. ZV DHV 1913, S. 13.

125 Vademecum, S. 75.

126 BV Art. 45 bestimmte u.a. in Absatz 3, dass die Niederlassung denjenigen entzogen werden kann, «welche dauernd der öffentlichen Wohltätigkeit zur Last fallen und deren Heimatgemeinde, beziehungsweise Heimatkanton, eine angemessene Unterstützung trotz amtlicher Aufforderung nicht gewährt». Die Schlussfolgerung, im Fall nicht dauernder Hilfsbedürftigkeit, was ein ausserordentlich dehnbarer Begriff war, bestehe eine Verpflichtung auch zur Unterstützung transportfähiger Ausländer, da ihnen der gleiche Rechtsschutz wie den Inländern zuerkannt worden war, wurde durch Art. 10 des Niederlassungsvertrages von 1876 (Art. 11 NV 1890, Art. 6 NV 1909) nicht geschützt. Die Unterstützungspflicht wurde hier eingeschränkt auf das territoriale Einwohnerarmenkrankenpflegerecht im Fall der Nichttransportfähigkeit sowie auf die Verpflichtung des zuweisenden Teiles, die Kosten für den Heimschaffungstransport bis zur Grenze zu übernehmen. Die Frage hingegen, ob Deutsche, die aus ihrer Heimat, bzw. von den DHV unterstützt wurden und keine Mittel von schweizerischen Stellen beanspruchten, ausgewiesen werden konnten, war keineswegs so eindeutig zu bejahen wie dies Schmid vorgab. Vademecum, S. 75. In der Praxis wurde auf ein behördliches Eingreifen verzichtet, ansonsten die Unterstützungsarbeit der DHV weitgehend ihres Sinnes beraubt worden wäre.

127 Da die Wohngemeinden oft den finanziellen Lasten nicht gewachsen waren, hatten für die transportunfähigen Ausländer die Kantone aufzukommen. Einige Stände arbeiteten mit halböffentlichen und freiwilligen privaten Institutionen, u.a. auch mit Frauenvereinen zusammen,

- die in den Städten Zürich, Genf und Basel gegen 30% bis 50% Ausländer zu ihren «Schützlingen» zählten. Schläpfer, Ausländerfrage, S. 92 ff.
- 128 Das EPD war sozusagen der Überzeugung, dass «wohl kein Land der Welt dem Fremden grösseres materielles Entgegenkommen beweist, als die Schweiz». Bericht des Politischen Departements betreffend Massnahmen gegen die Überfremdung vom 30. Mai 1914, S. 26. Schläpfer, Ausländerfrage, S. 243, Anm. 110.
- 129 Zu den früheren Abkommen des DHV Zürich mit den freiwilligen Armenvereinen von Zürich und den Aussengemeinden vgl. 49. Jb. DHV Zürich 1905, S. 7 f.; 39. Jb. DHV Zürich 1895, S. 1. Über die Naturalverpflegung der Stadt Zürich S. 43. Jb. DHV Zürich 1899, S. 1. Die «Herberge zur Heimat» befand sich an der Geigergasse 5 (Nachtquartier, Mittag- und Abendessen Fr. 1.40); auch Winterthur hatte seine «Herberge zur Heimat». Vademecum, S. 160.
- 130 Debes, a. a. O., S. 28 f.
- 131 Vademecum, S. 213. Der von Schläpfer, Ausländerfrage, S. 244, Anm. 117, angegebene Unterstützungsaufwand von Fr. 63'000 – der deutschen Hilfsvereine im Jahr 1912, eine Angabe, die aus A. Wild: Das organisierte freiwillige Armenwesen in der Schweiz, Zürich 1914, S. 260 f. übernommen wurde, lag in Wirklichkeit bei Fr. 112 724.–; 49. Jb. ZV DHV 1912, S. 6. Die Schriften im Stile des Mönchaltorfer Pfarrers Alb. Wild oder C.A. Schmidts hatten aus der Überfremdungsperspektive die Tendenz, die eigenen Leistungen zu überhöhen und die Anstrengungen der Ausländer zu verkleinern.
- 132 50. Jb. ZV DHV 1913, S. 16.
- 133 Bericht des Politischen Departements betreffend Massnahmen gegen die Überfremdung vom 30. Mai 1914. Delaquis, Ernst: Nationale Niederlassungspolitik, Vortrag, gehalten in der NHG, Gruppe Zürich, am 10. April 1924, Separatabdruck, Bern 1924, S. 2 ff. Zu beachten war u.a. auch, dass in Bezug auf die Entschädigungsberechtigung in den unter der Haftpflichtgesetzgebung stehenden Fällen der Ausländer dem Einheimischen gleichgestellt war. Zur sozialen Lage der Ausländer in der Schweiz, Schläpfer, Ausländerfrage, S. 92 ff.
- 134 11. Jb. ZV DHV 1874, S. 11.
- 135 Erlass Wilhelms II. an v. Bethmann-Hollweg, Grosses Hauptquartier, 9. Mai 1915, in: 54. Jb. DHV Bern 1915, S. 2.
- Für Hinweise auf Akten und Personen aus dem Kreis der DHV möchte der Verfasser Frau Professor Maria Schadewaldt-Meyer, Tübingen, sowie Herrn Prof. Dr. Ernst Meyerf, Zürich, seinen herzlichen Dank aussprechen. Der DHV-Zürich, der unter dem Präsidium von Herrn Hans Mehlmann, Affoltern a. Albis, seit 1974 seine langezeit lahmgelegte Unterstützungsarbeit wieder zu aktivieren sucht, verfügt offenbar über keine Unterlagen aus weiter zurückliegenden Jahrzehnten.

4. Vom Patriotismus zum übersteigerten Nationalismus

- 136 Liedertexte zu Tonger's Taschenalbum, Leipzig o. J., S. 249.
- 137 Thomas Mann an Paul Amann, Brief v. 10. Nov. 1915, in: Thomas Mann, Briefe an Paul Amann 1915-1952, hrsg. von Herbert Wegener, Lübeck 1959, S. 31 ff.
- 138 Urner, Klaus: Thomas Mann und die Freimaurerei, NZZ, Nr. 452 v. 30. Sept. 1973.

- 139 Sein Bruder Mathias Schneckenburger (1804–1848) lehrte als Theologie-Professor an der Universität Bern.
- 140 Hugo Riemanns Musik-Lexikon, Leipzig 1909, S. 1549. In Burgdorf wurde Schneckenburger ein Gedenkstein errichtet, während er zur Grablegung ins heimische Talheim überführt wurde. Baedeker, Karl: Die Schweiz, Handbuch für Reisende, Leipzig⁸⁹1937, S. 14.
- 141 Die negativen Aspekte der Überfremdung im Gesangswesen finden sich hervorgehoben bei: Guggenbühl, Adolf: Die Schweizer sind anders, Zürich 1967, S. 134 f.; der kurze Passus über Schneckenburger und sein Lied ist ungenau und die Datierung falsch.
- 142 Gagliardi, Universität Zürich, S. 889 f., 968. Rippmann, Fritz: Geschichte der Stadt Stein am Rhein, Bern 1957, S. 349. Krönlein besaß das Steiner Bürgerrecht. Sein berühmter Nachfolger Ferdinand Sauerbruch (1875–1951) war vom Wintersemester 1910 bis 1918 in Zürich Ordinarius für Chirurgie.
- 143 9. Jb. ZV DHV 1872, S. 3.
- 144 12. Jb. DHV Chur 1884, S. 1.
- 145 DHV Chur, Fest-Bericht zu seinem 50jährigen Bestehen 1871–1921, Chur (1922), S. 4 f.; 60. Jb. DHV Chur 1931, S. 5.
- 146 68. Jb. DHV Basel 1929, S. 1 f.; 23. Jb. DHV Basel 1884, S. 18. Seit 1889 gehörten auch seine Frau Helene, seit 1903 der in Mannheim tätige Geh. Kommerzienrat A. Röchling und der in Saarbrücken wohnende Ed. Röchling dem DHV an. 53. Jb. DHV Basel 1914, S. 18.
- 147 NZZ, Nr. 248 v. 6. Sept. 1912.
- 148 26. Jb. DHV Zürich 1882, S. 17; 35. Jb. DHV Zürich 1891, S. 1; 49. Jb. DHV Zürich 1905, S. 11; 56. Jb. DHV Zürich 1912, S. 6, 11, 17. In seinem Ehrenjahr hat Henneberg seinen Fonds um Fr. 2000.– auf Fr. 5000.– aufgestockt. 64. Jb. DHV Zürich 1920, S. 5. Zum Hausabbruch vgl. Tages Anzeiger Magazin, Nr. 25 v. 23. Juni 1973, S. 32 f.
- 149 36. Jb. DHV Zürich 1892, S. 1 f.; 43. Jb. DHV Zürich 1899, S. 1 f.; 46. Jb. DHV Zürich 1902, S. 1.
- 150 49. Jb. DHV Zürich 1905, S. 11–19.
- 151 Wie sich feststellen ließ, entstammte die Spende zum K.-Fonds einem Vermächtnis des Kaufmanns J. Krahorst, der von 1895–1905 dem Vorstand angehört hatte. 49. Jb. DHV Zürich 1905, S. 22.
- 152 Anna-Maria-Katharina Wander (1842–1927), geb. Webel. Die Ehrung erfolgte 1911. 23. Jb. DHV Bern 1884, S. 2; 53. Jb. DHV Bern 1914, S. 21.
- 153 22. Jb. DHV Bern 1883, S. 18; ein weiterer Nachkomme Dr. med. R. Vogt war seit 1911 Ehrenmitglied des DHV und Vereinsarzt. 53. Jb. DHV Bern 1914, S. 21; 57. Jb. DHV Bern 1918, S. 1. Reichel war ein Freund von Bundesrat Carl Schenk, wie denn überhaupt interessant ist, aus der Perspektive dieser Biographie zu sehen, wie viele ursprünglich aus Deutschland stammende Persönlichkeiten etwa als Lehrer oder Freunde dieses in jener Hinsicht keineswegs als Ausnahmefall zu beurteilende Leben begleiteten. Böschstein, Hermann: Bundesrat Carl Schenk (1823–1895), Ein Lebensbild des Menschen und des Politikers in seiner Zeit, Bern-Bümpliz 1946.
- 154 Zusammengestellt aus den Mitgliederverzeichnissen von 1884 und 1914 der betreffenden Vereine. Beim DHV Chur wurden nur die in der Kantonshauptstadt wohnenden Mitglieder berücksichtigt, da etwa die Deutschen von Davos eine ganz andere

- dem Kurort entsprechende Berufsgliederung aufweisen. Die Grenz- und Handelsstadt Basel, das abgelegene Chur, Bern mit seiner geographisch ausgleichenden Lage, aber deutlich als Universitäts- und Diplomatenstadt gekennzeichnet, sowie Genf als die bedeutendste deutsche Ausländerkolonie im Welschland enthalten alle wesentlichen Varianten der Koloniestruktur.
- 155 21. Jb. DHV Genf 1884, S. 8.; 51. Jb. DHV Genf 1914, S. 17. Seine Spende von Fr. 500.– im Jahr 1892 ist wohl als Legat des Verstorbenen aufzufassen. 1891 war er noch Präsident des ZV DHV.
- 156 Zur Deutschen Kolonie Lausanne und den Verhältnissen an der Universität vgl. Text S. 501 ff.
- 157 53. Jb. DHV Bern 1914, S. 21 ff.; die Gruppe der gebürtigen Schweizer ist aber auch während des Krieges mit 14 Personen bedeutungslos geblieben. 54. Jb. DHV Bern 1915, S. 38; 55. Jb. DHV Bern 1916, S. 38.
- 158 15. Jb. ZV DHV 1878, S. 22; 19. Jb. ZV DHV 1882, S. 11,.; 38. Jb. ZV DHV 1901, innere Umschlagseite; 49. Jb. ZV DHV 1912, S. 18.
- 159 Übersicht der Sammlungen und Sendungen für die im Krieg 1866 Notleidenden, 3. Jb. ZV DHV 1866, S. 16 f.
- 160 Vgl. Weisz, Leo: Die Neue Zürcher Zeitung im Kampfe der Liberalen mit den Radikalen 1849–1872, Bd. II, Zürich 1962, S. 130–133 («Neutralitätsprobleme im preußisch-österreichischen Krieg 1866»).
- 161 3. Jb. ZV DHV 1866, S. 11 f., 16 f.
- 162 Jubiläums-Gabe anlässlich des 25. Stiftungsfestes des Deutschen Reichs-Vereins in Zürich den Mitgliedern gewidmet, o. O. 1912, S. 46 (Zit. als: Deutscher Reichsverein).
- 163 Gagliardi, Universität Zürich, S. 714.
- 164 Marchi, Otto: Schweizer Geschichte für Ketzer oder Die wundersame Entstehung der Eidgenossenschaft, Zürich 1971, S. 103 ff. Wie weit das schweizerische Nationalpathos etwa auch in den Liedern unter deutschen Einflüssen gestanden hatte, dürfte bei einer vertiefenden Spezialstudie noch überraschende Ergebnisse zeitigen.
- 165 Deutscher Reichsverein, S. 8.
- 166 Deutscher Reichsverein, S. 14.
- 167 Die Summe der gesammelten Gelder betrug Fr. 93 544.91, während der Wert der übrigen Gaben noch drei bis vier Mal höher lag. Unterstützt wurde auch der Sanitäts-Hilfszug unter Leitung des Chirurgen Edmund Rose (1836–1914), der von Zürich aus nach den Schlachtfeldern um Belfort abgeschickt worden war. Da nach dem Zürcher Tonhallekrawall auch in Basel und Bern die vorhergesehenen Feiern unmöglich geworden waren, wurden hier als Ersatz Sondersammlungen durchgeführt, um auf diese Weise dem Jubel Ausdruck zu verleihen. 6. Jb. ZV DHV 1870, S. 11 f.; Gagliardi, Universität Zürich, S. 678 f. Rose, Edmund: Der Zürcher Hilfszug zum Schlachtfeld bei Belfort, Bericht, Zürich 1871.
- 168 11. Jb. ZV DHV 1874, S. 10; 9. Jb. DHV Neuchâtel 1883, S. 4; 49. Jb. DHV Zürich 1905, S. 6.
- 169 15. Jb. ZV DHV 1878, S. 18.
- 170 Deutscher Reichsverein, S. 16.
- 171 Aus dem Toast an der Kaiser-Geburtstagsfeier vom 27. Januar 1893, Deutscher Reichsverein, S. 17 f.
- 172 Ihren Höhepunkt erreichte die Schillerverehrung 1904/1905. In Erinnerung an die Entstehung des «Tell» (1804) wurde im Kunstgewerbemuseum Zürich eine große Ge-

- denkausstellung durchgeführt; der Lesezirkel Hottingen veranstaltete am Mythenstein eine von zahlreichen Booten umrahmte Schillerfeier auf dem Vierwaldstättersee, der eine Jubiläumsaufführung des «Tell» mit dem Prolog von Ernst Zahn auf dem Hauptplatz von Altdorf folgte. Am 25. März 1905 wurde im großen und kleinen Tonhallsaal ein Schillerfest mit fröhlichen und belustigenden Darbietungen veranstaltet, während sich der eigentliche Gedenkakt am 9. Mai 1905 im würdigen Rahmen eines besinnlichen Anlasses vollzog; auf ihm wurde die Gründung der Schweizerischen Schillerstiftung proklamiert, deren Errichtung vom deutschen Vorbild angeregt worden war und die in der Schweiz in Not geratenen Schriftsteller aller Landessprachen fördern wollte, soweit sie sich um die Nationalliteratur verdient gemacht hatten. Bleuler-Waser, Hedwig: *Leben und Taten des Lesezirkels Hottingen*, Von seiner Geburt bis zu seinem 25. Altersjahre 1882–1907, Zürich 1907, S. 118 ff. Die Schillerfeiern sind nur ein Beispiel; auch zahlreiche in der Schweiz tagende Kongresse des gesamten deutschsprachigen Raumes oder die einseitige Ausrichtung im Theater- und Musikleben festigten die deutsche Kulturgemeinschaft in einem Maße, das ein engeres kulturelles Zusammenrücken der schweizerischen Sprachregionen geradezu verhinderte.
- 173 Deutscher Reichsverein, S. 22.
- 174 Bonjour, Edgar: *Jacob Burckhardts Nachfolge auf dem Lehrstuhl der Geschichte*, in: *Die Schweiz und Europa*, Ausgewählte Reden und Aufsätze von E. B., Basel 1958, S. 429–451, insbes. S. 438 ff.; Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 252 ff.
- 175 Zum deutschen Pressefeldzug gegen die Schweiz vgl. Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 241 ff.
- 176 *Die Schweiz und Deutschland, Eine politische Betrachtung von einem Deutschen*, Freiburg i. Br. 1889, S. 31 f.
- 177 Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 247.
- 178 *Züricher Post*, Nr. 143 v. 21. Juni 1889. Im Zeichen des Kulturkampfes hatte auch die Berufung des Historikers und westfälischen Altkatholiken Philipp Woker (1848–1924) nach Bern gestanden. Stadler, Peter: *Zwischen Klassenkampf, Ständestaat und Genossenschaft*, HZ 219 (1974), S. 312, Anm. 32.
- 179 Renk, Wohlgemuth-Handel, S. 247, 262.
- 180 Pflugk, der Basel noch 1889 verließ, wurde erst 1893 Archivar am Geheimen Staatsarchiv in Berlin. Sein Verhalten hat er in der Schrift «*Mein Fortgang von Basel*» (Stuttgart 1889) verteidigt.
- 181 *Züricher Post*, Nr. 156 v. 6. Juli 1889.
- 182 Im Jahr 1889 verzeichnete der Verein 27 Aufnahmen und 30 Austritte; trotz steter Veränderungen hat er vor 1914 nie mehr so viele Abgänge zu verzeichnen gehabt. Deutscher Reichsverein, S. 51.
- 183 Die Gruppe bestand in Hessen aus etwa 40 Mitgliedern, sowohl aus Handwerkern wie Studenten, zu denen auch Karl Schapper, August und Ludwig Becker gehört hatten. Schmidt, Siegfried: *Gesellschaft der Menschenrechte 1834–1835*, Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. II, S. 162 ff.
- 184 Erman, Heinrich: *Das Lausanner Deutschtum und der Streit Kühlenbeck-Herzen*, als Manuskript gedruckt, Telgte 1908, S. 44 (Zit. als: *Lausanner Deutschtum*). 50. Jb. DHV Lausanne 1921, S. 3.
- 185 *Lausanner Deutschtum*, S. 45 ff., 52 f., 85 ff. Zahlreiche Hinweise auch zu den deutschen Studenten der Universität Genf finden sich in der Studie von Ladislav Mysyros

- wicz: Université et révolution, les étudiants d'Europe Orientale à Geneve au temps de Plékhanov et de Lénine, Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, Heft 4, 1975, S. 514-562.
- 186 Berechnet nach den Tabellen aus: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1937, Basel 1938, S. 380,382.
- 187 A. a. O.
- 188 Zu deutschen Presseangriffen auf die Universität Lausanne vgl. Text S. 511 ff.
- 189 Lausanner Deutschum, S. 3.
- 190 Auszug der Satzungen der «Germania», abgedruckt in: Lausanner Deutschum, S. 11; zum Konflikt zwischen dem «Adelstisch» und der «Germania» als typisches Beispiel der «Querrelles d'Allemands» vgl. a. a. O., S. 49.
- 191 Lausanner Deutschum, S. 12.
- 192 Lausanner Deutschum, S. 13 f.
- 193 Lausanner Deutschum, S. 12.
- 194 Seemann, Josef: Bund Deutscher Bodenreformer 1898-1945, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 150 ff. Seit 1928 war Erman dort stellvertretender Vorsitzender.
- 195 Kühlenbeck, Ludwig: Lausanne, Ein Wort zur Berichtigung und Abwehr, München 1908, S. 35 (Zit. als Kühlenbeck, Lausanne). Vgl. a. Kühlenbeck, Ludwig: Das Evangelium der Rasse; Briefe über das Rassenproblem, Prenzlau 1905.
- 196 Berliner Tageblatt v. 11. Sept. 1907; Kühlenbeck, Lausanne, S. 44 f.
- 197 Vgl. Text S. 270.
- 198 Rüdin war Schweizer, übernahm 1925 eine Professur in Deutschland, wurde 1928 Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Genealogie und Demographie und wurde von den Nationalsozialisten zum Reichskommissar der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene ernannt. Bronder, Dietrich: Bevor Hitler kam, Hannover 1964, S. 308.
- 199 Ein wichtiger Passus in dem 1912 verfassten Teil von Forels Testament lautete: «Die Vererbung ist eine Tatsache, und wir können sie, allerdings nur sehr langsam, im Lauf der Generationen in andere Bahnen lenken, sowohl mittels einer heilsamen Individual- und Rassenhygiene, wie einer guten Zuchtwahl unter den auf die Allgemeinheit eingestellten wahren Menschenwerten, einer Auswahl, die im Gegensatz steht zu unserer derzeitigen Fehlzucht». Forel, August: Rückblick auf mein Leben, Zürich 1935, S. 291. Insofern übte Forel einen unheilsamen Einfluss aus, als er seine Schüler Alfred Ploetz, Agnes Bluhm und Ernst Rüdin, die später für die Herausgeberschaft des «Archivs für Rassen- und Gesellschaftsbiologie» zeichneten und die mit ihren Lehren vom Aufstieg und Verfall der Völker der nationalsozialistischen Verhütungs- und Vernichtungspolitik «minderwertigen» Lebens Vorschub leisteten, auf dem Weg in diese verhängnisvolle Richtung angeregt oder bestärkt hat.
- 200 Kühlenbeck, Lausanne, S. 11, 45.
- 201 Lausanner Deutschum, S. 87 f.
- 202 Zur Berufung vgl. den Dokumentenanhang in: Lausanner Deutschum, S. 85 ff. Kühlenbecks Hauptwerk war: Von den Pandekten zum Bürgerlichen Gesetzbuch, 3 Bde. Berlin 1898-1901.
- 203 Lausanner Deutschum, S. 90 f.; Kühlenbeck, Lausanne, S. 38. Der spätere Bundesrat Camille Decoppet hatte sich als Chef des waadtl. Erziehungsdepartementes mit dem Fall zu befassen.
- 204 Kühlenbeck, Lausanne, S. 13 f.

- 205 Kuhlenbeck, Lausanne, S. 14.
- 206 Kuhlenbeck, Lausanne, S. 46 ff. (Anhang zu IX).
- 207 Lausanner Deutschtum, S. 17 f.
- 208 Nach § 1 der Satzungen v. 9. Mai 1904 galt als Verbandszweck: «Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hat die Bestimmung, alle in Treue zu Kaiser und Reich stehenden Deutschen ohne Unterschied ihrer religiösen und politischen Stellung zum Kampf gegen die antimonarchischen und revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie zu einigen.» Fricke, Dieter: Reichsverband gegen die Sozialdemokratie 1904–1918, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. II, S. 620–630. Kuhlenbeck, Lausanne, S. 41.
- 209 Frankfurter Zeitung v. 5. Mai 1908; Kuhlenbeck, Lausanne, S. 22.
- 210 Lausanner Deutschtum, S. 92 f.
- 211 Diese persönliche Bindung zu Herzen sowie das Bedürfnis, sich selbst in ein günstiges Licht zu stellen, ist bei der Beurteilung von Ermans Schrift zu berücksichtigen; andererseits ließ diese verwandtschaftliche Beziehung Erman an einem Eingreifen zögern. Seine mit einem Dokumentenanhang versehenen Darlegungen wurden erst fertig, als Kuhlenbeck entlassen worden war. Er begnügte sich damit, seine als Manuskript gedruckte Schrift «vertraulich» den mit der Frage des Lausanner Studiums deutscher Juristen befaßten Personen zuzustellen. Lausanner Deutschtum, Vorsatzblatt, S. 24 ff.
- 212 Lausanner Deutschtum, S. 37 ff.
- 213 Lausanner Deutschtum, S. 94 f.
- 214 Bonner Zeitung, Nr. 134 v. 15. Mai 1908. Neben der «Täglichen Rundschau» hetzte in Berlin auch die konservative «Deutsche Tageszeitung». Lausanner Deutschtum, S. 100 f.
- 215 Berichtigung des DHV Lausanne v. 2. Juni 1908; Berichtigung der drei ehemaligen Präsidenten des DHV Lausanne, Lipp, Spieß, Pischl, gez. Baden, 30. Mai 1908; Berichtigung des ZV DHV, Zürich, 31. Mai 1908; Lausanner Deutschtum, S. 102 ff.
- 216 Aufruf der früheren Lausanner deutschen Studenten v. Mai 1908. Lausanner Deutschtum, S. 100 f. Die Adresse überreichten die ehemaligen bei einer kleinen Feier zu Pfingsten dem Rektor der Universität Lausanne. Zur Solidarität mit der Lausanner Universität war an den Hochschulen Berlin, Leipzig, Göttingen, Tübingen, München und Freiburg aufgerufen worden.
- 217 Erklärung von 159 im Sommersemester 1908 in Lausanne immatrikulierten Studenten v. Juli 1908; Lausanner Deutschtum, S. 103 f.
- 218 Kuhlenbeck, der von der «ganz verlogenen Darstellung des wortbrüchigen Herrn Departementschef Decoppet» sprach, erweckte noch in seiner Verteidigungsschrift einen schlechten Eindruck. Kuhlenbeck, Lausanne, S. 25 ff; Lausanne, Deutschtum, S. XX.
- 219 Lausanner Deutschtum, S. 104; 43. Jb. DHV Lausanne 1914, S. 21.
- 220 1. u. 2. Jb. des Deutschen Frauenvereins, in: 21. Jb. DHV Bern 1882, S. 9 ff.; 22. Jb. DHV Bern 1883, S. 9 ff. Der Verein zählte um die sechzig Damen.
- 221 3. Jb. des Deutschen Frauenvereins, in: 23. Jb. DHV Bern 1884, S. 9 f.
- 222 26. Jb. DHV Zürich 1882, S. 4 f. Rechenschaftsbericht des Deutschen Frauenvereins Zürich 1882/83–1906/07, ZB Zürich, Sig.: PK 904.
- 223 67. Tätigkeitsbericht des Deutschen Vereins für Krankenpflege in Zürich, Zürich 1953; 1. Jb. DHV Vevey 1914, S. 6.

- 224 Der Präsident des DHV Lugano war der kaiserl. dt. Konsul Carl Franken, der sich während vielen Jahren für den Zusammenhalt der Deutschen im Tessin einsetzte, bis er vom Dritten Reich pensioniert wurde. 21. Jb. DHV Lugano 1914, S. 6, 12.
- 225 59. Jb. DHV ZH 1914, S. 12 f.
- 226 Basler Nachrichten, Nr. 130 v. 7. Juni 1974 («150 Jahre Basler Gesangverein»).
- 227 Tonkünstler-Fest des Allgemeinen deutschen Musikvereins in Zürich 27.-31. Mai 1910, ZB Zürich, Sig.: LK 1435.
- 228 Harmonie, Vereinsblatt des Sängervereins «Harmonie Zürich», I. Jg., Nr. 1 v. Dez. 1912.
- 229 Der am 21. September 1862 in Coburg gegründete Deutsche Sängerbund hatte in § 1 seiner Satzungen die Auslandsdeutschen von Anfang an mit einbezogen: «Der Deutsche Sängerbund umfasst die Sängerbünde Deutschlands und die Männergesangsvereine der im Ausland lebenden Deutschen, welche sich ihm anschliessen.» Sein auch in der Schweiz verbreitetes Organ war «Die Sängerkirche» (1861-1908), dann die «Deutsche Sängerbundeszeitung». Rothe, Hans-Joachim: Deutscher Sängerbund, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 541-553.
- 230 Vgl. Text S. 320 f. Dossier: Deutsche Turnerschaft in Zürich 1861-1945, Abt. VII, Nr. 65, Stadtarchiv Zürich. Jeran, Eberhard: Deutsche Turnerschaft (1868-1936), in: Handbuch Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 605-619.
- 231 16. Jb. DHV Freiburg 1914, S. 10 ff.; 25. Jb. DHV Freiburg 1923, S. 1 ff.
- 232 17. Jb. DHV Freiburg 1915, S. 13 ff.
- 233 1. Jb. der Deutschen Vereinigung in Einsiedeln über das Vereinsjahr 1914/15, Einsiedeln 1915.
- 234 «Liste der deutschen Vereine in der Schweiz», Aufzeichnung Poensgen v. 7. Juni 1922, in: Akten betr.: Deutschtum im Auslande, Schweiz, Bd. 1, 1920-1936, Abt. IIa, Pol. 25, Schweiz, PA-B.
- 235 58. Jb. DHV Zürich 1914, S. 39.
- 236 Ebenda.
- 237 Westphal, Alfred: Das Deutsche Kriegervereinswesen, Berlin ²1889, S. 6; Fricke, Dieter/Finker, Kurt: Kyffhäuser-Bund der Deutschen Landeskriegerverbände 1900-1943, Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 298-312.
- 238 Eine Photographie von Abordnungen der deutschen Kriegervereine in der Schweiz findet sich in: Einweihungsfeier des Deutschen Altersheims in Pieterlen, Sonntag, den 8. Juni 1913, Festschrift, Meiringen (1914), S. 39.
- 239 Wulf, Amandus: Deutscher Flottenverein, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 432-449.
- 240 (Wislicenus, Paul): Geschichte der Gesellschaft Deutscher Studirender in Zürich, Eine Festgabe anlässlich des XXXV. Stiftungsfestes am 4., 5. und 6. August 1900, Zürich 1900, S. 14 ff., 21 ff.
- 241 Ebenda, S. 26. Vgl. Dossier: Gesellschaft deutscher Studirender, ZB Zürich, Sig. LK 374 & a.
- 242 Erb, Hans: Geschichte der Studentenschaft an der Universität Zürich 1833-1936, Diss. phil. Zürich 1937, S. 147, 797.
- 243 Der Württemberger Theodor Häring (1848-1928) war nur für kurze Zeit als Dogmatiker an der Universität Zürich gewesen und ging noch 1889 nach Göttingen; Friedrich Hegar, der 1841 in Basel geborene Musiker, war als Direktor der Musikschule sowie als Chef des Tonhalleorchesters (1868-1906) in diesem Kultursektor die führende Persönlichkeit Zürichs. Jubiläums-

- Gabe anlässlich des 25. Stiftungsfestes des Deutschen Reichs-Vereins in Zürich den Mitgliedern gewidmet, (Zürich 1912), S. 4 ff.
- 244 Ebenda, S. 7.
- 245 Ebenda, S. 26 ff., 38 ff. Gegen die Sedanfeier ihrer Landsleute v. 2. Sept. 1895 veranstaltete die «Eintracht» zusammen mit den deutschen Sozialisten in Zürich eine Protestversammlung. Protokoll der «Eintracht»-Generalversammlung v. 23. Aug. 1895, SSA-Zürich, Sign. 335: 239-14. Trotzdem hatten einige «Einträchter» als Mitglieder des «Deutschen Männergesangsvereins» gelegentlich an der Sedanfeier mitgesungen, und ihre Teilnahme an der Bismarckfeier v. Sept. 1898 hatte beinahe zum Ausschluss aus der «Eintracht» geführt. Protokoll v. 6. Okt. 1898, a. a. O.
- 246 Ebenda, S. 44 ff., 50.
- 247 Ebenda, S. 58 f. Bis 1914 wurde der «Deutsche Ausschuss» durch den Beitritt des «Deutschen Clubs», des «Deutschen Männergesangsvereins», des «Deutschen Werkmeister-Verbandes», des «Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes» (Hamburg), des «Verbandes deutscher Apotheker», des «Verbandes deutscher Handlungsgehilfen» sowie des «Deutschen Rudervereins» erweitert. Der «Deutsche Ruder-Verein in Zürich» war am 12. Januar 1898 gegründet worden. Er gehörte in corpore dem «Deutschen Flottenverein» sowie in Zürich dem «Deutschen Club» an, beklagte jedoch die spärliche Mitgliederzahl, die aus dem mangelnden Bekenntnis zum Deutschtum unter den hiesigen Reichsangehörigen resultierte. Mancher erfolgreiche deutsche Ruderer ziehe am Zürichsee einen anderen Ruderklub sogar vor. Vgl. den Jubiläumsbericht: Deutscher Ruder-Verein Zürich 1898-1908, Zürich (1908), S. 3 f.
- 248 Gagliardi, Universität Zürich, S. 463. Geographisches Lexikon der Schweiz, Bd. 1. Neuenburg 1902, S. 596 ff.; Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz, Bd. 6, Neuenburg 1931, S. 466. Davos, die Sonnenstadt im Hochgebirge, 82 Bilder eingeleitet von Kasimir Edschmid, Zürich-Leipzig 1932, S. 7.
- 249 Wankmüller, Armin: Die Einwanderung deutscher Apotheker nach Graubünden im 19. Jahrhundert, Sonderdruck aus der Deutschen Apotheker-Zeitung, Stuttgart, 103. Jg. 1963, Nr. 37, S. 1175-1183.
- 250 Der Auslandsdeutsche, Halbmonatsschrift für Auslandsdeutschtum und Auslandkunde, Mitteilungen des deutschen Ausland-Institutes Stuttgart, Nr. 21 (IV. Jg.), November 1921.
- 251 Der Auslandsdeutsche, Nr. 5 (IV. Jg.), März 1921.
- 252 Vgl. die Namenliste in: 43. Jb. DHV Chur 1914, S. 15 ff.
- 253 Bericht über die Bülow-Stiftung, in: 49. Jb. ZV DHV 1912, S. 17 f. Als der deutsche Gesandte Alfred von Bülow im Oktober 1912 nach 13jähriger Tätigkeit von Bern schied, hatten die DHV als Ehrung eine Sammlung für eine Bülow-Stiftung veranstaltet. Die Gesamtsumme von Fr. 4529.90 wies Bülow zur Hälfte je dem Altersheim sowie den deutschen Kriegsveteranen in der Schweiz zu.
- 254 Dachselt, Friedrich: Einweihungsfeier des Deutschen Altersheims in Pieterlen, Sonntag, den 8. Juni 1913, Festbericht, erstattet in Genf an der ordentl. Hauptversammlung v. 21. Juni 1914, Meiringen (1914), S. 19.
- 255 A. a. O., S. 38 f.
- 256 A. a. O., S. 24; 57. Jb. ZV DHV 1920, S. 12.
- 257 Hagen, Maximilian von: Geschichte und Bedeutung des Helgoland-Vertrages, München 1916.

- 258 NZZ, Nr. 480 v. 17. März 1937. Gagliardi, Universität Zürich, S. 889, lässt unerwähnt, dass Fick auf eine Professur hoffte, die diesem Protagonisten des Alldeutschtums zu gewähren die Universität sich hütete. Von 1887 bis 1916 blieb er Privatdozent für Ophthalmologie und erhielt 1917 den Titel eines preussischen Titularprofessors. Gagliardi, Universität Zürich, S. 973.
- 259 «Deutschland wach' auf!», Flugschrift, Zürich 24. Juni 1890. Das in «Albert Müller's Verlag» herausgegebene Manifest trug den Aufdruck: «Alle Zeitungen werden dringend gebeten, diesen Aufruf abzdrukken, alle Leser werden gebeten, ihn weiter zu verbreiten». ZB Zürich, Sig. DC 2300. Durch Dietrich Eckarts Kampflied der NSDAP «Sturm, Sturm, Sturm...!» wurde aus dem Ruf «Deutschland wach' auf!» das eingängigere «Deutschland erwache!» Das Inserat erschien u.a. in der Frankfurter Zeitung und in der Kölnischen Zeitung v. 28. Juni 1890.
- 260 Gagliardi, Universität Zürich, S. 884, 886, 890, 969. Sein in Zürich als dipl. Ing. lebender Sohn Walther Felix (geb. 1894) vermochte über die Beziehungen seines Vaters zum Alldeutschen Verband keine Angaben zu machen; mdl. Auskunft v. März 1971.
- 261 Lubarsch, Otto: Ein bewegtes Gelehrtenleben, Berlin 1931. Bronder, Dietrich: Bevor Hitler kam, Hannover 1964, S. 121. Gagliardi, Universität Zürich, S. 886.
- 262 Bei der Eruiierung der Lebensdaten und Nachkommen der Mitunterzeichner war das Stadtarchiv Zürich behilflich, dem für die Beantwortung eines Fragebogens herzlich gedankt sei. Brief v. Stadtarchivar Dr. Paul Guyer an den Verf. v. 9. Febr. 1971.
- 263 Züricher Post, Nr. 153 v. 3. Juli 1890. Hagen, Maximilian von: Geschichte und Bedeutung des Helgoland-Vertrages, München 1916, S. 44 f.
- 264 Bonhard, Otto: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Berlin 1920, Anlage 2, S. 238 f.
- 265 Rundschreiben, Hannover, 1. August 1890, gez. A. Hugenberg, Dr. rer. polit.; Entwurf einer Adresse an Herrn Dr. Karl Peters, in: Bonhard, op. cit. Anlage 3, S. 240 ff.
- 266 An ihr nahm neben Wislicenus und Hugenberg auch Reisman-Grone teil. Bonhard, op. cit. S. 3. Zur Frühgeschichte findet sich bei Alfred Kruck: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, Wiesbaden 1954, S. 7 ff. wenig Ergiebiges. Die Tendenz, die Anfänge auf einen «Hugenbergkreis» zu reduzieren, findet sich schon in der offiziellen Darstellung des AV, in der dem Fünfundzwanzigjährigen ein Gewicht zugemessen wird, als handelte es sich schon um den Kruppvorsitzenden oder Leiter des grössten Pressekonzerns.
- 267 Zur Familiengeschichte der Wislicenus vgl. Wislicenus, Paul: Lebens-Abriss in: Geschichte der Gesellschaft Deutscher Studierender in Zürich, Einzeldarstellungen von Zeitgenossen, Festschrift, Zürich 1900, S. 34 f. Gagliardi, Universität Zürich, S. 554, 573 f., 607, 992. Vgl. a. Text S. 153 f., 210 f.
- 268 Rundschrift vom 1.8. 1890 in Bonhard, op. cit. Anlage 3, S. 240 ff. Auch Dankwart Guratzsch: Macht durch Organisation, Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974, S. 22 ff., verkennt die Anfangsschwierigkeiten Hugenbergs.
- 269 Alldeutsche Blätter, Nr. 13 v. 30. März 1907.
- 270 Aufruf! O. D., in: Bonhard, op. cit. Anlage 5, S. 248 ff.; vgl. a. das Rundschreiben v. Wislicenus und Hugenberg v. 13. März 1891, das die Resultate der Vorbesprechungen v. 25. Jan. und 23. Febr. 1891 festhielt. Bonhard, op. cit. S. 245 ff.
- 271 Bonhard, op. cit. S. 250 f.

- 272 Hartwig, Edgar: Alldeutscher Verband 1891–1939, in: Handbuch, Bürgerliche Parteien, Bd. I, S. 7 ff.; vom gleichen Verfasser: Zur Politik und Entwicklung des Alldeutschen Verbandes 1891–1914, Diss. phil. Jena 1966. Neben der erwähnten Darstellung von Kruck s. a. den Abschnitt zum AV und Deutschen Flottenverein bei Stegman, Dirk: Die Erben Bismarcks, Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands, Sammlungspolitik 1847–1948, Köln-Berlin 1970, S. 50–58. Vgl. a. Text S. 34 ff., 49 ff., 68 ff.
- 273 Sein Schwiegervater Johannes Wislicenus hingegen hat sich Ende 1894, als der Bestand des AV gesichert war, aus dem geschäftsführenden Ausschuß zurückgezogen.
- 274 Bonhard, op. cit. S. 61 f.
- 275 Fick, Adolf E.: Unsr Auswanderungsfrage, Sonderabdruck aus der «Allgemeinen Zeitung», Nr. 42 v. 1889.
- 276 Fick, Adolf: Deutsches aus der Schweiz, in: Kalender aller Deutschen auf das Jahr 1894, Für den Allgemeinen Deutschen Verband hrsg. v. Karl Pröll, Berlin 1894, S. 191–197.
- 277 (Erb, A.): Prof. Dr. med. Adolf Fick†, NZZ, Nr. 480 v. 17. März 1937. Die Kombination vom persönlich liebenswürdigen Universitätsdozenten mit einem unersättlichen Machtpolitiker, wie sie schon bei Hasse aufgezeigt worden ist, fand sich auch bei Fick. Vgl. sein Referat: Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit, Erfolge und Noch-Nicht-erfolge, Vortrag, gehalten am 6. Jänner 1911 in der Ortsgruppe Zürich des Alldeutschen Verbandes, Sonderdruck, Zürich (1911).
- 278 Alldeutsche Blätter, Nr. 31 v. 3. Aug. 1901.
- 279 Alldeutsche Blätter, Nr. 11 v. 16. März 1901.
- 280 Alldeutsche Blätter, Nr. 45 v. 9. Nov. 1901.
- 281 Alldeutsche Blätter, Nr. 19 v. 11. Mai 1901.
- 282 Alldeutsche Blätter, Nr. 13 v. 30. März 1907. Der Aufruf datierte v. 11. Sept. 1903.
- 283 Alldeutsche Blätter, Nr. 19 v. 11. Mai 1901.
- 284 Alldeutsche Blätter, Nr. 16 v. 18. April 1914. Die Berichterstattung aus der Zürcher Ortsgruppe erfolgte im Verbandsblatt nur sporadisch. Alldeutsche Gruppen an anderen schweizerischen Orten fanden hier bis 1914 keine Erwähnung.
- 285 Staatsstreich oder Reformen! Erstes Buch, erster Teil, Verfassungs-Reform, Wahl-Reform der Interessen-Vertretung, Verwaltungs-Reform, Politisches Reformbuch für alle Deutschen, verfaßt von einem Ausland-Deutschen, Zürich 1904.
- 286 A. a. O., S. IV. Bezeichnenderweise lautet der erste Satz des Buches: «Mit nachfolgender Schrift meldet sich das Deutschtum im Ausland zum Wort in den politischen Lebensfragen, die das Wohl und Wehe des deutschen Volkes heutzutage berühren.» A. a. O., S. III.
- 287 A. a. O., S. 1–63. Einen historischen Vergleich zwischen den Verfassungen beider Staaten zieht Erwin Bucher: Die schweizerische Bundesverfassung von 1848 und die deutsche Reichsverfassung von 1871, Festgabe Leonhard von Muralt, hrsg. v. M. Haas u. R. Hauswirth, Zürich 1970, S. 162–175.
- 288 Staatsstreich oder Reformen, S. 20 f.
- 289 Keine Bestimmungen über die parlamentarische Immunität hatten die Kantone Nidwalden, Glarus, Zug, Graubünden und die beiden Appenzell erlassen. Vgl. v. Muralt, Johannes: Die parlamentarische Immunität in Deutschland und der Schweiz, Diss. jur., Zürich 1902.

- 290 Staatsstreich oder Reformen, S. 15. Zum Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit vgl. Text S. 48.
- 291 Das Prinzip der Unverjährbarkeit und Unverwirkbarkeit des Schweizerbürgerrechts fand erst im 19. Jh. Aufnahme ins Schweiz. Recht; BV 1848 Art. 43. Zur Zeit des anonymen Verfassers waren massgebend: Stoll, H.: Der Verlust des Schweizerbürgerrechtes, Diss. jur., Zürich 1888. v. Salis, L. R.: Schweizerisches Bundesrecht, Bd. II, Bern ²1903, S. 276 f.
- 292 Staatsstreich oder Reformen, S. 14.
- 293 A.a.O., S. 112 f.
- 294 A. a. O., S. 17. Ähnliche Vorschläge machte die fast gleichzeitig erschienene Schrift des Privatdozenten Johannes Unold: Wie das Wahlrecht war, wie es ist, und wie es, zumal in den deutschen Einzelstaaten, werden soll!, Leipzig 1904. Staatsstreich oder Reformen, S. 135.
- 295 A. a. O., S. 227.
- 296 A. a. O., S. 230 f.
- 297 Die berufsgenossenschaftlich organisierten Interessen-Korporationen hätten sich in lokale, provinzielle resp. Landes- und Reichsorganisationen gegliedert. Ihnen wären die Verwaltung des berufs-technischen Schulwesens, die gewerblichen Fachgerichte, das Kreditwesen, die Lehrlingsausbildung, die Organisation des Einkaufs und Verkaufs, die Regelung von Gewerbe-Schiedsgerichten, der Arbeitszeit und anderer Sachfragen aus dem unmittelbaren Fachbereich anheimgestellt worden. Das zweite Reformziel bestand darin, den Korporationen durch ihre Ausschüsse bei den staatlichen Verwaltungs-Abteilungen in Form von Beiträgen Gehör zu verschaffen, wobei ihnen der Verfasser lediglich ein Antragsrecht, nicht aber ein festes Mitspracherecht für ihren Interessenbereich zugestehen wollte. A. a. O., S. 253 ff, 301 ff.
- 298 Staatsstreich oder Reformen! Erstes Buch, zweiter Teil, Die deutsche Justiz-Reform der Zukunft, verfasst von einem Ausland-Deutschen, Zürich 1904.
- 299 A. a. O., S. 508 ff.
- 300 Vgl. Kunz, Alfred: Die Strafe der Landesverweisung nach schweizerischem Recht, Diss. iur., Zürich 1895. Den angeblichen Wunsch nach «Humanisierung» kennzeichnet auch die Forderung, zur Bestrafung bestimmter Rohheitsdelikte von Jugendlichen bis zu zwanzig Jahren wieder die Prügelstrafe einzuführen. Justiz-Reform, S. 514 ff.
- 301 Justiz-Reform, S. II.
- 302 A. a. O., S. 613 ff.
- 303 In «Dokumente des Sozialismus», Stuttgart 1905, Bd. IV, S. 353 f. wird lediglich von «komischen Einfällen und Konstruktionen» gesprochen; die «Wahlreform» sei vielleicht weniger burlesk, aber «doch recht und schlecht ein Hirngespinnst mit latentem reaktionärem Zwecke».
- 304 Hannoverscher Courier, Nr. 25096 v. 17. Juli 1904.
- 305 Im Anhang zur «Deutschen Kolonialreform» (vgl. Anm. 310) findet sich eine Zusammenstellung solcher Rezensionen, der dieses Zitat entnommen wurde. Erscheinungsdaten u. weitere Angaben fehlen dort. Unsere Untersuchung stützt sich auf eine vollständigere Sammlung originaler Zeitungs- und Zeitschriftenartikel.
- 306 Staatsbürger-Zeitung, Nr. 477 v. 11. Okt. 1905 (Berlin).
- 307 Der Tag, Nr. 85 v. 16. Febr. 1906. Der Tag, Nr. 335 v. 5. Juli 1906 (Berlin). Dietrich W. E. von Oertzen (1849-1934), bekannter durch seine Schrift «Der Deutsche im Ausland, mit besonderer Berücksichtigung der Schweiz» (Stuttgart 1904), war Leiter

- der «Sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschtum», die die christlich gesinnte Arbeiterbewegung fördern und die sozialdemokratische bekämpfen wollte. Richard Ehrenberg (1857–1921) suchte auf nationaler Basis die Arbeiterschaft gegen die Sozialdemokraten zu organisieren; seit 1907 im «Ausschuß zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine». Ein Hauptrezensent der «Deutschen Kolonial-Reform» fand sich in Eduard von Liebert (1850–1934), dem Vorsitzenden des «Reichsverbands gegen die Sozialdemokratie». In ihren Reihen wurde das innenpolitische Reformprogramm, das ganz im Zeichen dieses Kampfes gegen links stand, am besten aufgenommen.
- 308 Deutsche Hochwacht, Unbestechliche völkische Tages-Zeitung, Nr. 216 v. 14. Sept. 1905 (Berlin-Stettin).
- 309 Monatsschrift für Kriminalpsychologie (1905) Nr. 4, S. 205–208; sie lehnte das Buch als «maßlos» ab, während das Archiv für Kriminalanthropologie Leipzig (1905/Nr. 2/3) und das Archiv für Strafrecht Berlin (1905/Nr. 1/2) in ihrem Literaturbericht auf die guten, aber nicht neuen Ideen dieses Buches hinwiesen. Außerhalb der Fachpresse waren die wenigen Kommentare referierend oder reserviert positiv gehalten. Hannoverscher Courier, Nr. 25358 v. 18. Dez. 1904; Deutscher Gut-Templer, Nr. 5 v. 26. Febr. 1905 (Hamburg); Straßburger Post, Nr. 28 v. 8. Jan. 1905; Der Tag, Nr. 302 v. 17. Juni 1906 (Berlin) und Friedrich Naumanns Die Hilfe, Nr. 52 v. 25. Dez. 1904 (Berlin).
- 310 Deutsche Kolonial-Reform, Zweites Buch, Zweiter Teil von «Staatsstreich oder Reformen», verfaßt von einem Ausland-Deutschen, Zürich 1905, Vorwort.
- 311 A. a. O., S. 1584.
- 312 A. a. O., S. 1576 ff. Diesem mitteleuropäischen Wirtschafts- und Kolonialbund sollten angehören: das Deutsche Reich, Österreich-Ungarn, Rumänien, Holland und Belgien; eventuell Dänemark, Serbien u. Bulgarien.
- 313 A. a. O., S. 1449 ff.
- 314 A. a. O., S. 1456.
- 315 A. a. O., S. 1536.
- 316 A. a. O., S. 1598.
- 317 Deutsche Welt, Wochenschrift der Deutschen Zeitung, Nr. 2 v. 8. Okt. 1905 (Berlin).
- 318 Der Tag, Nr. 480 v. 28. Sept. 1905 (Berlin).
- 319 Deutsche Volksstimme, Nr. 10 v. 20. Mai u. Nr. 12 v. 20. Juni 1905 (Berlin); sie war das Organ des «Bunds Deutscher Bodenreformer».
- 320 Der Tag, Nr. 480 v. 28. Sept. 1905.
- 321 Deutsche Welt, Wochenschrift der Deutschen Zeitung, Nr. 37 v. 11. Juni 1905. Generalleutnant z. D. Eduard von Liebert, ein führendes Mitglied der «Deutschen Kolonialgesellschaft» rezensierte das Buch auch in: Deutsche Zeitung, Nr. 159 v. 9. Juli 1905 (Berlin); Deutsche Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart, (Berlin), Mai 1905, S. 282 f.
- 322 Nordbayerische Zeitung, Süddeutsches Industrie- und Handelsblatt, Nr. 174 v. 27. 7. 1905.
- 323 Badische Landeszeitung, Nr. 366 v. 9. Aug. 1905 (Karlsruhe).
- 324 Unverfälschte deutsche Worte, Monatshefte für alldeutsche Gesittung und Lebensführung, Wien, Nr. 9 v. Juli 1905.
- 325 Vorbehalte äußerten: Koloniale-Zeitschrift, Berlin 1905 (VI. Jg.), Nr. 17, S. 299 f.; Deutsches Kolonialblatt, Amtsblatt für die Schutzgebiete in Afrika und in der Süd-

- see, Berlin (XVI. Jg.), Nr. 21 v. 1. Nov. 1905; Der Ansiedler-Freund, Organ für die geistigen und wirtschaftlichen Interessen des Kolonisten, Tanga, Nr. 1 v. April, Nr. 3 v. Juni, Nr. 4 v. Aug. 1906 (1. Jg.). Nur zustimmend waren: Deutsch-Ostafrikanische Zeitung v. 4. 7. 1905; Usambara-Post, Zeitung für die Nordbezirke Tanga, Pangani, Wilhelmstal, Tanga, Nr. 36 v. 15. Juli 1905; Deutsche Monatsschrift für Kolonialpolitik und Kolonisation, Organ der Deutschen Mittelmeer-Gesellschaft, Berlin (III. Jg.), Nr. 9, Sept. 1905, S. 192; Das Echo, Organ der Deutschen im Auslande, Berlin (XXIV Jg.), Nr. 1196 v. 3. Aug. 1905; Deutsche Zeitung, Porto Alegre, Nr. 85 v. 20. Juli 1905; Das Deutschtum im Auslande, Monatsblatt des Allgemeinen Deutschen Schulvereins, Berlin, Nr. 11 v. Nov. 1906; Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande und Belgien, Nr. 26 v. 1. Juli u. Nr. 39 v. 30. Sept. 1906. Eine sozialdemokratische Stellungnahme ließ sich nicht ausfindig machen. Die kölnische Volkszeitung, Nr. 26 v. 6. 7. 1905, dem Zentrum zugehörig, ging auf die Reformvorschläge nicht weiter ein. Die Nationalliberale Correspondenz, Nr. 138 v. 17. Juni 1905 (Berlin) begrüßte diesen Beitrag zur Förderung eines mangelnden kolonialen Verständnisses.
- 326 Algemeen Handelsblad, Amsterdam, 21. Juni 1905. Für die Zumutung der geschilderten Föderation bedankte sich übrigens das Blatt entrüstet: «Vriendelijke bureu dan toch, die Duitschers!»
- 327 Sonntagsblatt der N. Y. Staats-Zeitung, New York, 8. Okt. 1905.
- 328 Aldeutsche Blätter, hrsg. v. Aldeutschen Verbands, Nr. 32 v. 12. Aug. 1905.
- 329 Deutsche Kolonial-Reform, S. 1571.
- 330 Der Ansiedler-Freund, Nr. 1 v. April 1906.
- 331 Centralblatt für Rechtswissenschaft XXV. Jg. (1905), Nr. 2. Das Schlußwort: «Das Ausland-Deutschtum ist heute noch unsere beste, stärkste und wichtigste deutsche Kolonie» fand in der Rezeption den stärksten Widerhall; daraus systematisch Nutzen zu ziehen, hat – zum Schaden der Auslandsangehörigen – erst das Dritte Reich versucht. Deutsche Kolonial-Reform, S. 1568.
- 332 Sonderdruck aus dem Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie, einschließlich Rassen- und Gesellschafts-Hygiene, Berlin 1906 (3. Jg.), Heft 4, S. 610–613.
- 333 Staatsstreich oder Reformen! 1. Teil, a. a. O., S. 191.
- 334 Deutsche Kolonial-Reform, S. 1453. So durchsichtig dieser utilitaristische Standpunkt war, stand er im Gegensatz zu jenen, die «die jüdische Nation aus den arischen Staaten ausgeschieden zu sehen» wünschten. Fritsch, Theodor: Handbuch der Judenfrage, Hamburg ²⁰1907, S. 8.
- 335 Der Stereotypen, Nürnberg, 3. Ausg. v. 1. Sept. 1905, S. 16 f.
- 336 Staatsstreich oder Reformen! 1. Teil, S. IV f.
- 337 Der Tag, Berlin, Nr. 480 v. 28. Sept. 1905.
- 338 Die Presse und die Deutsche Weltpolitik, von einem Ausland-Deutschen, Zürich 1906.
- 339 Dresdner Anzeiger, Nr. 109 v. 22. April 1906. Positiv äußerten sich: Allgemeine Zeitung, München, Nr. 176 v. 16. April 1906; Neue politische Correspondenz, Berlin, 6. April 1906; Deutsch-Soziale Blätter, Hamburg, Nr. 31 v. 18. April 1906; Westen und Daheim, Chicago, 7. Okt. 1906. «Nur die Tat macht frei, darum «Auslanddeutscher», setze deine Theorie in die Praxis um, der Unterstützung aller nationalen Kreise, ebenso wie der der evangelischen Verbände kannst du gewiß sein» – schrieb: Die Wartburg, Deutsch-evangelische Wochenschrift, München, Nr. 51 v. 21. Dez. 1906. Ablehnend verhielt sich das Organ der Agrarier, die Deutsche Tageszeitung, Berlin, Nr. 179 v. 18. April 1906; kritisch äußerten sich die Münchner Neueste Nachrichten,

- Nr. 184 v. 20. April 1906. Die Alldeutschen Blätter, Nr. 19 v. 12. Mai 1906 brachten einen zustimmenden und in Nr. 21 v. 26. Mai 1906 einen distanzierenden Artikel. Nicht ohne Einfluss war das Buch auf die Resolution des Verbandes der Rheinisch-Westfälischen Presse vom 3. Nov. 1906, die eine Reform des deutschen Nachrichtendienstes verlangte. Vgl. Der Zeitungs-Verlag, Fachblatt für das gesamte Zeitungswesen, Hannover, Nr. 51 v. 20. Dez. 1906.
- 340 Løb, M.: König Eduards unselige Erben, Augsburg 1918; dsgl.: Der papierene Feind, Augsburg 1918. Wichtl, Friedrich: Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik, Eine Untersuchung über Ursprung und Endziele des Weltkrieges, München 1919, S 176 f.
- 341 Die deutsche Finanz-Reform der Zukunft, Dritter Teil von «Staatsstreich oder Reformen», von einem Ausland-Deutschen, Zürich 1906.
- 342 Zum Vergleich zwischen den Finanzsystemen beider Staaten s. o. Hauser, F.: Die Reichs-Finanzreform und die Probleme der Reform des schweizerischen Bundeshaushalts, Zürich 1915.
- 343 Der Tag, Nr. 610 v. 1. Dez. 1906. Die nationalliberale Kölnische Zeitung, Nr. 124 v. 3. Febr. 1907, beurteilte die schweizerischen mit den deutschen Verhältnissen als oft nicht vergleichbar. Vom schweizerischen Vorbild beeindruckt hingegen zeigten sich: Beilage zum Rheinischen Kurier, Wiesbaden, Nr. 583 v. 15. Nov. 1906; Deutsch-Soziale Blätter, Hamburg, Nr. 91 v. 14. Nov. 1906; Ostpreussische Zeitung, Königsberg i. Pr., Nr. 316 v. 18. Nov. 1906; Alldeutsche Blätter, Nr. 52 v. 23. Dez. 1908 u. Nr. 1 v. 2. Jan. 1909. Den Vorwurf des Anonymus, das deutsche Volk gehe an seiner eigenen Knauserei zugrunde, stellten in den Vordergrund: Rhein-Ems-Zeitung, Emden, Nr. 268 v. 14. Nov. 1906; Neue Saarbrücker Zeitung, Nr. 270 v. 16. Nov. 1906; Hallesche Allgemeine Zeitung, Nr. 535 v. 14. Nov. 1906; Frankfurter Oder-Zeitung, Nr. 268 v. 15. Nov. 1906 – sie alle in Anlehnung an den Artikel der Neuen politischen Correspondenz, Nr. 90 v. 13. Nov. 1906. «Schade nur, dass er ein Ausland-Deutscher und kein Inland-Deutscher ist», bedauerte: Das Reich, Berlin, Nr. 487 v. 2.12. 1906, das Organ der Deutschsozialen Partei. Die Besteuerung nach dem Grad der Entbehrlichkeit begrüßten die Alkoholgegner.: Abstinenz-Rundschau, Hamburg, v. 10. Dez. 1906 (6. Jg.), S. 259; Die Freiheit, Zürich Nr. 1 v. Jan. 1907.
- 344 Deutsche Wehr-Politik der Zukunft, von einem Auslanddeutschen, Zürich 1908.
- 345 Schweizerische Zeitschrift für Artillerie und Genie, Frauenfeld, XLIV. Jg., Nr. 5 v. Mai 1908. Vgl. a.: Danzer's Arme-Zeitung, Wien, Nr. 46 v. 12. Nov. 1908; Neue militärische Blätter, Wochenschrift für Armee und Marine, Nr. 16 v. 16. Okt. 1908; Deutsche Zeitung, Berlin, Nr. 48 v. 26. Febr. 1908; Der Tag, Berlin, Nr. 373 v. 1. Dez. 1908. Die Kaserne als politische Erziehungsanstalt begrüßte: Beilage der Neusten Nachrichten, Chemnitz, Nr. 62 v. 14. März 1908. Die Deutschen in Marokko könnten «den gesunden Ansichten des Verfassers» zumeist beipflichten – so meinte die Deutsche Marokko-Zeitung, Tanger, Nr. 67 v. 16. Juni 1908.
- 346 Vgl. Staatsstreich oder Reformen! Erster Teil, Zürich 1904, S. 38, 40 f., 45 ff., 219, 227, 296, 308. Die Presse und die Deutsche Weltpolitik, Zürich 1906, S. 12.
- 347 Ungelöste Lebensfragen für das deutsche Volk, Politische Betrachtungen eines Auslanddeutschen, Zürich 1914, S. III.
- 348 «Während der Nordlandreise von 1899 traten bei dem Kaiser fortdauernd unklare, aber hitzige Staatsstreichpläne hervor.» Bülow, Bernhard Fürst von: Denkwürdigkeiten, Bd. I, Berlin

- 1930, S. 348 ff. Ebenso wünschte er ein «modifiziertes Parlament», a. a. O., S. 448.
- 349 Ungelöste Lebensfragen, Vorrede.
- 350 Staatsstreich oder Reformen! I. Teil, Zürich 1904, S. XXIII.
- 351 Der Zeitungs-Verlag, Hannover, Nr. 51 v. 20. Dez. 1906.
- 352 Die Richtigkeit der Identität des Verfassers ist durch dessen Tochter, Frau Elisabeth Grauheding, Gut Geisenhof, D-876 Miltenberg a. M., am 26. Okt. 1971 mdl. bestätigt worden.
- 353 Mdl. Auskunft von Frau Dr. Julia Hurter-Furrer, Zürich, v. 29. 1. 1972. Ihr sowie Frau Grauheding seien für die Zurverfügungstellung von Unterlagen, darunter eine umfangreichere Zeitungsausschnittsammlung, bestens gedankt.
- 354 Die Angaben stützen sich auf die Aufzeichnung: «Ein Rückblick, Zürich, 1. März 1918», verfasst von Frau Anna Walz, sowie auf mdl. Ergänzungen von Frau Elisabeth Grauheding-Walz. Tages-Anzeiger, Nr. 1 v. 2. März 1893. In dieser Ausgabe inserierte auch Gustav Henneberg, der wegen Betriebsaufnahme seiner mechanischen Seidenstoff-Fabrik einen Teil seiner Seidenstoffe zum halben Preis liquidieren wollte.
- 355 Walz, Fritz: Züricher Tagesfragen, bearb. v. F. W., Zürich, o. J.
- 356 Am 15. Dez. 1895 wurde er in Stallikon a. Albis eingebürgert. Am 15. Dez. 1915 erwarb er das Bürgerrecht der Stadt Zürich. Auskunft der Gemeindeverwaltung Stallikon v. 3. 2. 1972.
- 357 Die Koloniale-Zeitschrift, Berlin, Nr. 17 v. 1905, S. 299 f., sowie die Staatsbürger-Zeitung, Berlin, Nr. 579 v. 10. Dez. 1905 erwähnten den Namen Walz. Der Verfasser des letzteren Artikels, Albrecht Wirth, hat in späteren Rezensionen das Pseudonym wohlweislich nicht mehr gelüftet: Der Tag, Berlin, Nr. 246 v. 16. Mai 1906 u. Nr. 610 v. 1. Dez. 1906.
- 358 Ungelöste Lebensfragen, S. 318.
- 359 Am 4. Mai 1906 hatte die Ortsgruppe Zürich des Alldeutschen Verbandes für die Versammlung im Zunfthaus zur «Zimmerleuten» zum Punkt eins der Tagesordnung gemacht: «„Die Finanzreform‘ des Auslanddeutschen besprochen von Herrn Th. Rumpf». Unbezeichneter Zeitungsausschnitt, i. B. v. Frau E. Grauheding. Dass sich auch andere Vereine mit ihm befasst haben, beweist die Mitteilung der Nordbayerischen Zeitung, Nürnberg, Nr. 303 v. 27. Dez. 1905, wo er im «Sozialwissenschaftlichen Verein» neben Friedrich Naumann und Werner Sombart als «Volkswirtschaftslehrer» gewürdigt wurde.
- 360 Mdl. Mitteilung v. Frau E. Grauheding-Walz, die ihren Gatten, der später bei Krupp eine leitende Position einnahm, auf einem Ball der Deutschen Kolonie in Zürich kennengelernt hat.
- 361 Staatsbürger-Zeitung, Berlin, Nr. 579 v. 10. Dez. 1905, die damals als Organ der «Deutschen Reformpartei» antisemitisch und auf den Mittelstand ausgerichtet war.

5. Der Kaiserbesuch von 1912

- 362 Confidentia, Handels-Auskunfts-Blatt, Nr. 471 v. 15. Mai 1893. Eine Schilderung des Besuchs findet sich auch in der NZZ, Nr. 245, II, v. 3. Sept. 1912.
- 363 National-Zeitung v. 13. u. 14. Sept. 1912. Über den dortigen Empfang vgl. «Kaiserbesuch 1912», Mappe 1, Basel, ZB Zürich, Sig. LK 2000. Auffällig an der Berichter

stattung der Basler Blätter war, daß sie ausführlicher als die Presse der übrigen deutschsprachigen Regionen über die Reaktionen in Frankreich zum Kaiserbesuch informierten, um damit noch zu unterstreichen, daß Basel keineswegs im geopolitischen Kräftefeld Deutschlands stand. Für seinen Empfang fand Wilhelm II. in Zürich zweifellos die günstigeren Voraussetzungen.

- 364 NZZ v. 4. Sept. 1912 («Der Empfang am Hauptbahnhof»), vgl. die Zeitungsauschnittsammlung in: «Kaiserbesuch 1912», Mappe 7, Zürich, ZB Zürich, Sig. LK 2000.
- 365 Der Stoff enthält genug Material für eine eigene Untersuchung. Der weiteren Auswertung harrt auch die nach Orten gegliederte umfangreiche Artikelsammlung der in- und ausländischen Berichterstattung: «Kaiserbesuch 1912», ZB Zürich, Sig. LK 2000.
- 366 National-Zeitung v. 14. Sept. 1912 («Sozialdemokratische Kritik der Kaisertage»).
- 367 Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich 1932, Zürich (1933), S. 35*.
- 368 Tages-Anzeiger v. 7. Sept. 1912. Vgl. a. Berliner Lokal-Anzeiger v. 6. Sept. 1912.
- 369 In der Ortsgruppe Zürich des AV erstattete Adolf Fick über den Empfang Bericht.
- 370 Beilage der Zürcherischen Freitagszeitung, Nr. 37 v. 13. Sept. 1912.
- 371 Tages-Anzeiger v. 14. Sept. 1912 («Zum Kaisertag in Bern», gez. Hedwig Correvon).
- 372 Berner Tagblatt, Nr. 417 v. 7. Sept. 1912. Der Bund, Nr. 415 v. 4. Sept. u. Nr. 420 v. 7. Sept. 1912.
- 373 Berner Intelligenzblatt, Nr. 246 v. 7. Sept. 1912; eine ausführliche Berichterstattung über den Besuch in der Bundeshauptstadt findet sich in: «Kaiserbesuch 1912», Mappe 1, Bern, ZB Zürich, Sig. LK 2000.
- 374 Einen zusammenfassenden Bericht gibt die Beilage der Zürcherischen Freitagszeitung, Nr. 37 v. 13. Sept. 1912.
- 375 NZZ, Nr. 248 v. 6. Sept. 1912. Zur besonderen Auszeichnung des Seidenfabrikanten Gustav Henneberg in Zürich und des Kommerzienrates Carl Ruß aus Neuenburg mit dem Titel eines «Geheimen Kommerzienrates» sowie zur Ernennung Otto Röchlings in Basel zum «Kommerzienrat» vgl. Text S. 487 f.
- 376 Herman Greulich an Johann Sigg, Brief, Zürich, 8. August 1912, in: Nachlaß Otto Lang, SSA ZH.
- 377 So wollte sich das Organ z. B. nicht daran stören, daß der Sozialdemokrat Blocher Wilhelm II. in Basel willkommen heißen sollte. Volksrecht, Nr. 190 v. 15. August 1912.
- 378 Tages-Anzeiger v. 6. Sept. 1912.
- 379 National-Zeitung v. 14. Sept. 1912.
- 380 Volksrecht, Nr. 40 v. 18. Febr. 1913. Neben Vogelsanger war der Grütlianer Heinrich Scherrer als damaliger st. gallischer Regierungspräsident mit Wilhelm II. in persönliche Berührung gekommen. Der Sozialdemokrat Dr. Enderli war Hauptmann einer der Schützenkompagnien, die den Ehrendienst zu versehen hatten. National-Zeitung v. 13. Sept. 1912.

VIII Demographie der deutschen Ausländerbevölkerung in der Schweiz

- 1 Vgl. Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 146, Bern 1944, S. 155 ff. (Zit. als: Quellenwerke). Zur Eidg. Volkszählung v. 1. Dez. 1930 heisst es: «Ausserdem liegen im Eidgenössischen Statistischen Amt folgende Tabellenmanuskripte zur Einsicht auf: ... 7. Ausländer nach Heimatstaaten und Erwerbszweigen. 8. Ausländer nach Heimatstaaten, persönlichem Beruf und Berufsstellung.» Quellenwerke, Heft 66, Bern 1935, S. 11. Diese Tabellen, die für die Demographie jeder Ausländergruppe wichtige Quellen darstellen, konnten im Eidg. Statistischen Amt nicht mehr ausfindig gemacht werden. MdI. Mittl. v. Herrn Robert Roth v. 12. 5. 1971, Abt. Volkszählungen, Eidg. Stat. Amt, Bern. Zur Schweizerischen Fabrikstatistik v. 16. Sept. 1937 wird unverbindlich festgestellt: «Eine nähere Untersuchung der Verhältnisse, wie sie sich in den einzelnen Industriezweigen ... gestaltet haben, muss Spezialuntersuchungen vorbehalten bleiben.» Die Lücke im Zeitraum 1930-1945 ist daher besonders gross. Quellenwerke, Heft 84, Bern 1939, S. 45*.
- 2 Auf Grund eingehender Nachforschungen und dank der Hilfe von Herrn Robert Roth liess sich noch eine Tabelle: «In der Schweiz wohnhafte Deutsche nach Geschlecht, Altersklassen, Konfession, Sprache und Zivilstand 1930» ausfindig machen. In den Akten des Politischen Departements fand sich eine aus der Eidg. Volkszählung 1930 stammende Spezialaufstellung über die deutschen Erwerbstätigen in der Schweiz. BA-B, EPD 2001 (H) 11 B.31.1.A.1. Beide Tabellen können hier erstmals ausgewertet werden.
- 3 Nach der Verordnung über die Kontrolle der Ausländer vom 29. November 1921 und deren Abänderung durch den Bundesratsbeschluss vom 7. Dez. 1925 gliederte sich die Statistik der Einreisen von Ausländern in drei Gruppen: 1. Einreisebewilligungen im kleinen Grenzverkehr, 2. Aufenthaltsbewilligungen an Saisonarbeiter für die laufende Saison, an Dienstmädchen und an nicht erwerbstätige Personen bis auf zwei Jahre. Beide Kategorien fielen ausschliesslich in die Kompetenz der Kantone. 3. Einreisen zu längerem Aufenthalt. Hier handelte es sich um die Entlassung aus der eidgenössischen Fremdenkontrolle und um die Zustimmung der Eidg. Fremdenpolizei zur Niederlassung oder zu dauerndem Aufenthalt. Die letzte durch den Bund erfasste Gruppe hätte allenfalls zur Grundlage einer Einwanderungsstatistik gemacht werden können, wenn nicht neben anderen Mängeln an Stelle der Personen nur die Aufenthaltsgesuche statistisch ausgewertet worden und durch sog. Doppelzählige weitere Ungenauigkeiten entstanden wären. Vgl. Gsell, Emil: Die eidgenössische Wanderungsstatistik und ihre Berufsgliederung, Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 65. Jg., H.2, 1929, S. 263 f. MdI. Mittl. v. Herrn Hans Nüesch v. 13. 5. 1971, Eidg. Fremdenpolizei, Bern.
- 4 MdI. Mittl. v. Herrn A. Rungger vom 13. 5. 1971, BIGA, Abt. Sozialstatistik, Bern. Herrn Ulrich Friedrich Hagmann, Locarno, ehemaliger Beamter im Eidg. Statistischen Amt, spricht der Verfasser für die Durchsicht des demographischen Abschnittes und für seine wertvollen Hinweise vom 22. November 1975 seinen verbindlichsten Dank aus.
- 5 Die folgenden Angaben wurden den Ergebnissen der Eidg. Volkszählungen von 1860, 1870, 1880, 1888, 1900, 1910, 1920, 1930, 1941, 1950 entnommen. Vgl.: Schweizerische Statistik

2. Lief. Bern 1863, 15. L. 1872, 51. L. 1881, 84. L. 1892, 140. L. 1904, 162. L. 1908, 191. L. 1914, 195. L. 1915. Schweizerische statistische Mitteilungen 7. Heft, Bern 1924; 6. H. 1925. Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 66, Bern 1935; H. 198, 1948; H. 288, 1956. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1975, Basel 1975, S. 14, 25, 118. Nach ihnen wurden die nachfolgenden Übersichten dieses Kapitels sowie die Tabelle im Anhang erstellt.

6 Berechnet aus den Daten entsprechender Volkszählungen (vgl. Anm. 5) sowie aus dem Statistischen Jahrbuch der Schweiz 1937, Bern 1938, S. 10 und demjenigen von 1952, Basel 1953, S. 12.

7 Die Verhältnisse im Kanton Zürich gehen aus den nachstehenden Angaben hervor:

DIE DEUTSCHEN IM KANTON UND IN DER STADT ZÜRICH

Jahr	Deutsche im Kanton Zürich	Deutsche in der Stadt Zürich	Von 1'000 Deutschen des Kt. ZH wohnen in der Stadt ZH	Von 1'000 Einwohnern der Stadt Zürich sind Deutsche
1910	61 872	40 373	653	212
1920	40 697	25 652	600	124
1930	35 505	21 317	600	86

Vgl. Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich 1967, Zürich 1968, S. 46.

8 Für die folgenden Angaben vgl. Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 1942, Basel 1943, S. 20. Zum Problem der Grenzgänger s.: Banz, Marcel: Die deutschen und französischen Grenzgänger auf dem baselstädtischen Arbeitsmarkt, Diss. Basel 1964.

9 «Ist Basel noch eine schweizerische Stadt?» In: Übersetzungs- und Informationsdienst West, Beilage Nr. 17. PA-B, Akten betr.: Wissenschaftliche Angelegenheiten des Westens Juni 1944-Jan. 1945, Inl. IIC. Der undatierte Bericht stammte von der «Publikationsstelle Frankfurt a. Main», die von Professor Wentzcke geleitet wurde und die der «Westdeutschen Forschungsgemeinschaft» unter Professor Metz verbunden war. Zu ihren Aufgaben gehörten: «Wissenschaftliche Untersuchungen der Wanderungsbewegungen im westlichen Grenzraum des Reiches mit dem Ziel, den deutschen Anteil festzustellen. Pflege und Vertiefung der Beziehungen zu den wissenschaftlichen Kreisen der Schweiz.» PA-B, Akten betr.: Volksdeutsche Forschungsgemeinschaften, Bd. 14, 1943/44, Inl. IIC.

10 1911-1941 waren hier 21 059 Neueinbürgerungen vorgenommen worden, und dem Kanton war durch Einbürgerung, Heirat und Legitimation ein Zuwachs von insgesamt 26 139 Kantonsbürgern aus der deutschen Kolonie entstanden. Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 1942, Basel 1943, S. 83. Die Zahl der Einbürgerungen 1900-1910 sind in diesen seit 1921 existierenden Jahrbüchern nicht erfasst.

11 A. a. O., S. 23. Die Wohnbevölkerung im Kanton Basel-Stadt schlüsselte sich wie folgt auf:

Jahr	Gesamtbevölkerung	Kantonsbürger	übrige Schweizer	Ausländer
1911	137 300	46 000	39 400	51 900
1920	140 000	60 520	41 610	37 970
1941	169 240	88 690	65 210	15 340

- 12 Genaue Angaben liegen nur für das Jahr 1910 vor. Bis 1914 hat sich die Zahl der Ausländer auf schätzungsweise 600'000 gesteigert, was 15,4% der Gesamtbevölkerung entsprochen hätte. Vgl. Zollinger, Richard: Zur Bevölkerungs- und Gesellschaftsstruktur, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 100. Jg., H. 1/2 März/Juni 1964, S. 29.
- 13 Zusammengestellt aus: Statistische Quellenwerke der Schweiz, H. 288, Bern 1956, S. 51.
- 14 Bericht des Chefs des Generalstabes der Armee an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst 1939-1945 (Bern), o. J., S. 469 (Nachtrag Nr. 2).
- 15 Zusammengestellt aus: Schweizerische Statistik, 195. Lief., Bern 1915, S. 67* f.; Schweizerische Statistische Mitteilungen, H. 6, Bern 1925, S. 26* f.; Statistisches Jahrbuch der Schweiz, 1946, Bern 1947, S. 35; «Die Deutschen im Auslande und die Ausländer im Deutschen Reich», Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, H.1, Berlin 1905, S. 11; Tabelle: «In der Schweiz wohnhafte Deutsche nach Alter, Gebürtigkeit, Zivilstand und Geschlecht 1930», Eidg. Statistisches Amt, Bern, Bestand: Volkszählungen, o. Sign.
- 16 A. a. O.
- 17 Einige Hinweise gibt: Wyler, Julius: Die Demographie der Ausländer in der Schweiz. Bern 1921, S. 62 f.
- 18 Tabelle: «In der Schweiz wohnhafte Deutsche...», vgl. Anm. 15. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1946, Bern 1947, S. 30 f. Schweizerische Statistische Mitteilungen, 7. H., 1924, S. 110* f., 115* f. Wyler, op. cit., S. 109.
- 19 Tabelle a. a. O., Setzt man den Zivilstand in Beziehung zum Alter, so ergibt sich folgendes Bild:

DEUTSCHE IN DER SCHWEIZ NACH ALTER UND ZIVILSTAND 1930

Alter	Ledig	Verheirate	:t Verwitwet	Geschieden	Total
0-19	33 476	42	-	2	33 520
20-39	42 952	13 489	202	395	57 038
40-59	7 676	20 686	2 361	767	31 490
60 u. mehr	2 322	5 831	4 096	264	12 513
Total	86 426	40 048	6 659	1 428	134 561

- 20 Die angegebenen Zahlen beruhen auf den Durchschnittswerten pro Jahrfünft. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1937, Bern 1938, S. 60 Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1946, Bern 1947, S. 96. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1973, Basel 1973, S. 62. Die Zahlen für die Rubrik «Deutsche

Braut mit Ausländer» sind unbekannt mit Ausnahme der beiden Werte, die entnommen wurden aus: Wyler, op. cit., S. 67. Da die Rubrik «Heiraten zwischen Ausländern» nicht mehr fortgeführt wurde, fehlen in der Tabelle nach 1935 die entsprechenden Angaben. Unter den Deutschen mit den übrigen Ausländern überwiegen diejenigen mit Österreichern.

- 21 Wyler, op. cit., S. 75.
- 22 Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1952, Bern 1953, S. 48, 96. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1926, Bern 1927, S. 106.
- 23 Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1946, Bern 1947, S. 82. Eine Unterscheidung nach Nationalitäten und Wohnverhältnissen der Brautleute fehlt.
- 24 Eine ehemalige Schweizerin konnte nach Auflösung der Ehe durch Tod, Scheidung oder temporäre wie dauernde Trennung binnen zehn Jahren die Wiedereinbürgerung verlangen; ebenso Kinder, die als Schweizer geboren, durch den «Verzicht» ihres Vaters das Schweizerbürgerrecht verloren hatten. Der Gesuchsteller musste zwar in der Schweiz Wohnsitz haben, brauchte aber nicht einen mehrjährigen Wohnsitz nachzuweisen. Eine Witwe, die aus dem Ausland zuzog und ihre Wiedereinbürgerung rasch betrieb, wurde durch die in Dezennien gemessenen Bevölkerungsbewegungen gar nicht erfasst. Zur Rechtssituation vgl. Fleiner, Fritz: Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Tübingen 1923, S. 111 ff. Durch das Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechtes v. 29. 9. 1952 wurde es der Schweizerin im Fall einer Heirat mit einem Ausländer ermöglicht, vermittels einer Beibehaltungserklärung Schweizerbürgerin zu bleiben. In der Bundesrepublik Deutschland wurde die frühere Vorschrift, nach der eine Deutsche durch Heirat mit einem Ausländer ihre Staatsangehörigkeit ebenfalls verlor, am 31. 3. 1953 wegen Verstosses gegen den Gleichheitsgrundsatz ausser Kraft gesetzt.
- 25 Tabelle: «In der Schweiz wohnhafte Deutsche nach Geschlecht, Altersklassen, Konfession, Sprache und Zivilstand 1930.» Eidg. Statistisches Amt, Archiv Volkszählungen, o. Sign.
- 26 Wyler, op. cit., S. 76 f.
- 27 Tabelle: «In der Schweiz wohnhafte Deutsche...», a. a. O. Das konfessionelle Gleichgewicht bei den Deutschen in der Schweiz wird noch verdeutlicht durch den Vergleich mit der Konfessionsgliederung der Schweizer und der Ausländer insgesamt. Für 1930 ergeben sich folgende Verhältniszahlen:

SCHWEIZER UND AUSLÄNDER NACH KONFESSION PROZENTUALE VERTEILUNG 1930

Konfession	Schweizer	Ausländer insgesamt	Deutsche
Protestanten	60,0	29,1	48,9
Katholiken	38,6	65,6	47,9
Israeliten	0,3	2,3	1,0
Andere, ohne Konfession	1,1	3,0	2,2
Total	100,0	100,0	100,0

- 28 Verwendet wurden: Ergebnisse der eidg. Betriebszählung vom 9. August 1905 Bd. 2: Die Betriebe der Urproduktion, in: Schweizerische Statistik, 168. Lieferung, Bern 1910; Bd. 3: Die Betriebe der Industrie und des Gewerbes, in: Schweizerische Statistik, 176. Lieferung, Bern 1911; Bd. 4: Die Betriebe des Handels, des Verkehrs und der freien Berufe. In: Schweizerische Statistik, 181. Lieferung, Bern 1912.
- 29 A. a. O., Bd. 2, S. 33* f., 38*–41*, 493, 504–509, 534, 548–555. Die 145 Deutschen, die im Bergbau arbeiteten, repräsentierten 1,1 % aller dort Beschäftigten; unter dem Forstpersonal befanden sich mit 0,3 % 53 Reichsangehörige. A. a. O., S. 493, 534.
- 30 A. a. O., S. 41*.
- 31 Im Kanton Graubünden standen 4492 der Landwirtschaft zugehörigen Italienern nur 118 Deutsche gegenüber, im Kanton Bern hingegen 320 Deutschen nur 117 Italiener.
- 32 Nach der eidg. Betriebszählung von 1905 waren die Deutschen in der Landwirtschaft in den Spezialzweigen ohne Grund und Boden mit dem hohen Prozentsatz von 6,2 % beteiligt, während sie sonst mit 0,7 % in den Kleinstbetrieben von 0,5 bis 3 ha, oder auf den Landwirtschaftsgütern mit über dreißig Hektaren am ehesten zu finden waren.
- 33 Alle Zahlenangaben in diesem Kapitel wurden entnommen oder errechnet aus den Statistiken a. a. O., Bd. 3, S. 81*–84*, 96* f., 104* f., 185*–187*, 38–85, 350–355.
- 34 A. a. O., Bd. 3, S. 82* ff. Österreich-Ungarn war in den hier erfaßten Betrieben der Industrie mit 9623 Staatsangehörigen vertreten, darunter 7591 Arbeiter und Gehilfen. Einzig in Eisenbahn-, Straßen-, Hoch- und Tiefbau (1258) und in der Stickerei (841) waren mehr als 500 Personen dieser Nation beschäftigt. Für die französischen Erwerbstätigen hatte dieser Wirtschaftszweig weniger Gewicht. Von den 10460 Franzosen gehörten 6535 der Arbeiterklasse an; sie verteilten sich in kleinen Zahlen auf die verschiedenen Betriebsarten, wobei einzig die Herstellung der Taschenuhren ein größeres Kontingent von 842 Franzosen beschäftigte.
- 35 Vgl. Anm. 33.
- 36 A. a. O., Bd. 3, S. 104*.
- 37 Zur sozialen Schichtung der in der schweizerischen Industrie tätigen Ausländer vgl. Tabelle a. a. O., Bd. 3, S. 81*. Danach waren von den 45 093 Deutschen 7305 Betriebsinhaber, 1724 Angehörige des Inhabers, 293 Direktoren und Verwalter, 1149 kaufmännische Beamte und Angestellte, 1325 technische Beamte und Angestellte, 1692 Lehrlinge, 31 605 technische Arbeiter, Gehilfen und sonstiges Personal.
- 38 Neben den 3 % Deutschen sind die Italiener und die Staatsangehörigen aus Österreich-Ungarn mit je 0,9 %, die Franzosen mit 0,5 % in der Hausindustrie zu ermitteln, so daß hier der Ausländeranteil lediglich 5,4 % beträgt (übrige Industrie 24,4 %). A. a. O., Bd. 3, S. 185* ff.
- 39 Alle Zahlenangaben in diesem Kapitel wurden entnommen oder errechnet aus den Statistiken a. a. O., Bd. 4, S. 39*–42*, 48*–50*, 56* f., 26–57. Zur sozialen Schichtung der Ausländer im Handel vgl. im einzelnen a. a. O., S. 40*. Von 16 759 Deutschen waren 3387 Inhaber, 2541 Angehörige der Inhaber, 391 Direktoren und Verwalter, 2107 Kaufmännische Angestellte, 462 technische Angestellte, 380 Lehrlinge, 7491 technische Arbeiter, Gehilfen und sonstiges Personal.
- 40 Die Italiener fanden sich im «Handel mit Abfällen aller Art» mit 18,7 %, im Handel mit Rohprodukten und Baumaterialien mit 9,4 % und im Getränkengeschäft und Gastgewerbe mit gut sechs Prozent beteiligt, wobei das letztere mit 6736 mehr als die Hälfte aller im Handel arbeitenden Italiener anzog. Die Anzahl der Franzosen fiel

weniger ins Gewicht; sie bevorzugten das Gastgewerbe, den Lebensmittelhandel und partizipierten am Trödlerhandel mit 11,5% und am Tabak- und Zigarrenhandel mit 9,4%. Die Österreicher und Ungarn halfen vor allem im Gastgewerbe. Ihr Gesamtanteil am Handel (1,1%) stand weit hinter jenen der übrigen zurück (Italiener: 5,5%, Franzosen 3,2%). Vgl. Bd. 4, S. 50*.

- 41 A. a. O., Bd. 4, S. 56* f. Zum Problem Stadt und Land vgl. Wyler, op. cit., S. 113 ff. 42 A. a. O., Bd. 4, S. 97*, 99* f., 274-299.
- 43 A. a. O., Bd. 4, S. 107* ff., 308-315. Im Jahr 1905 finden sich nach den absoluten Zahlen 6376 Ausländer in den freien Berufsarten beschäftigt, darunter 2828 Deutsche, 1652 Italiener, 1025 Franzosen und 480 Personen aus Österreich-Ungarn. Im Kanton Neuchâtel übertrafen die Deutschen die Franzosen sogar um eine Person.
- 44 Julius Wyler berichtet selbst, dass er die für das Politische Departement angefertigten Tabellen über die ausländische Bevölkerung im Jahre 1910 nur «auszugsweise» veröffentlichen konnte. Wyler, op. cit., S. 103. Nach der mündlichen Mitteilung des Bundesarchivs Bern liessen sich diese Unterlagen bisher nicht eruieren; ebensowenig im Eidg. Statistischen Amt. Es muss sich um analoge Materialien handeln, die für das Jahr 1930 durch die vorliegende Arbeit erschlossen worden sind.
- 45 Eidgenössische Betriebszählung vom 24. August 1939, Bd. 4: Die Gewerbebetriebe in der Schweiz 1939, in: Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 146, Bern 1944, S. 156.
- 46 A. a. O.
- 47 Wyler, op. cit., S. 119.
- 48 Vgl. Anm. 45.
- 49 Die absoluten Werte sind enthalten in: Statistische Quellen werke der Schweiz, Heft 146, Bern 1944, S. 156. Zur Gruppe der deutschen Betriebsinhaber vgl. Text S. 443 ff.
- 50 A. a. O., S. 157. Im Kanton Zürich besaßen unter den rund 15'000 ausländischen Arbeitskräften – dem grössten kantonalen Kontingent – auch jetzt noch mehr als die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit. Diese fanden sich neben ihrer relativ gleichmässigen Verteilung auf zahlreiche Betriebsarten in der Konfektion (590), im Gastgewerbe (750), im Maschinenbau (360) und im Coiffeurgewerbe (320) in einer schon früher festgestellten auffälligen Konzentration; vgl. a. a. O., S. 155-162.
- 51 Für den Vergleich wurden ausgewertet: Wyler, op. cit., S. 104 f. Eidgenössische Volkszählung vom 1. Dez. 1920, 2. Schlussheft, in: Schweizerische Statistische Mitteilungen, VI. Jg., Heft 7, Bern 1924, S. 72-81. Deutsche in der Schweiz (aus Eidg. Volkszählung v. 1. Dez. 1930), Tabelle, in: BA-B, EPD 2001 (H) 11, B 31.1.A.1.
- 52 Schweizerische Fabrikstatistik nach den Erhebungen des Eidg. Fabrikinspektorates vom 5. Juni 1895, hrsg. v. Schweiz. Industriedepartement, Bern 1896, S. 13-15, 193. Schweizerische Fabrikstatistik v. 5. Juni 1901, Bern 1902, S. XIII-XV, S. 145. Schweizerische Fabrikstatistik vom 5. Juni 1911, Bern 1912, S. XIX-XXI, 167. Schweizerische Fabrikstatistik v. 26. Sept. 1923, in: Schweizerische Statistische Mitteilungen, VI. Jg., H. 6, Bern 1924, S. XIVf, 4 f., 130-139. Schweizerische Fabrikstatistik vom 16. Sept. 1937, in: Statistische Quellenwerke der Schweiz, H. 84, Bern 1939, S. 43* ff.
- 53 Zusammengestellt nach Schweiz. Fabrikstatistik v. 5. Juni 1911, Bern 1912, S. XIX, u. v. 26. Sept. 1923, Bern 1924, S. XV. Zum Begriff Fabrik ist festzuhalten, dass darunter «jene industrielle Anstalt» verstanden wurde, «in welcher gleichzeitig und regelmässig eine Mehrzahl von Arbeitern ausserhalb ihrer Wohnungen in geschlossenen Räumen beschäftigt wird. Mehrzahl = in der Regel

- fünf.» Vgl. Fleiner, Fritz: Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Tübingen 1923, S. 528, Anm. 7. Zu den damaligen Auffassungen s. a.: von Salis, L. R.: Schweizerisches Bundesrecht, Bd. 5, Bern *1904, S. 151 f.
- 54 Schon 1895 stellte sich dem Fabrikstatistiker die Frage, «ob denn den Einheimischen mehr die technische Ausbildung oder die Anstelligkeit oder die Zuverlässigkeit und Arbeitsamkeit fehlt, oder wo sonst der Grund liegt, warum wohl selten in einem Land die Konkurrenz fremder Arbeiter sich in dem Mass und zwar gutenteils in den einträglichsten Beschäftigungen geltend macht». 1901 registriert er bedauernd: «Ist der Schweizer zu wählerisch in der Arbeit, ist er nicht tüchtig genug, um mit den Fremden zu konkurrieren, hat er keinen Beruf gelernt? Das erste ist leider sehr oft der Fall.» 1911 musste er zumal in der Textilindustrie konstatieren, «dass mit wenigen Ausnahmen der Verlust auf die Einheimischen fällt bei gleichzeitiger Zunahme der Fremden!» Schweiz. Fabrikstatistik v. 5. Juni 1895, S. 15; Schweiz. Fabrikstatistik v. 5. Juni 1901, S. XIV; Schweiz. Fabrikstatistik v. 5. Juni 1911, S. XX.
- 55 Am Zuwachs und Abbau waren die verschiedenen Nationen ungleich beteiligt. Von 100 Ausländern waren

Jahre	Deutsche	Franzosen	Italiener	Österreicher*	Andere
1895	58,3	13,2	20,1	7,4	1,0
1901	45,8	10,5	35,0	7,6	1,1
1911	35,6	8,1	46,8	8,0	1,5
1923	40,7	10,3	38,0	-	n,0

Ungarn bei den Zählungen 1895, 1901, 1911 mit eingeschlossen.

- 56 Auf 100 Schweizer entfielen 59 Schweizerinnen, auf 100 Ausländer aber 87 Ausländerinnen. Bei den letzteren gab es also viel mehr weibliche Erwerbstätige. Schweizerische Fabrikstatistik v. 26. Sept. 1923, Bern 1924, S. XV.
- 57 Tabelle: «Deutsche in der Schweiz». BA-B EPD 2001 (H), Sch. 56, B 31.1.A.1. Die folgenden Zusammenstellungen wurden auf Grund dieser Unterlagen errechnet.
- 58 1910 waren zwei Fünftel der deutschen Erwerbstätigen Frauen; ohne Berücksichtigung der Hauswirtschaft waren es nur 30% und 1920 44%. Auch 1930 wären unter Weglassung des weiblichen Dienstpersonals die Frauen mit fast 40% in der Minderheit geblieben.
- 59 Vgl. Wyler, op. cit., S. 103. Über die genauere Herkunft der 1930 in der Hauswirtschaft beschäftigten 23*241 deutschen Frauen und Mädchen ist nichts zu erfahren.
- 60 Für das Jahr 1915 ist über die ausländischen Dozenten an unseren Hochschulen das folgende Bild überliefert: Von den insgesamt 96 deutschen Professoren wirkten in Genf 4, Lausanne 5, Neuenburg 3, Freiburg 16, Bern 14, Zürich 19, Basel 23, ETH 12. Von den 590 Hochschullehrern in der Eidgenossenschaft waren 72,9% Schweizer, 16,3% Deutsche, 3,9% Franzosen, 6,9% andere Staatsangehörige. Vgl. Wissen und Leben, Bd. 15, S. 538. Schläpfer, Ausländerfrage, S. 115 ff.

- 61 Die Zahlenangaben sind der Tabelle «Deutsche in der Schweiz», BA-B, EPD 2001 (H), Sch. 56, B.31.1.A.1 entnommen.
- 62 Zusammengestellt nach den entsprechenden Volkszählungen, vgl. Anm. 5. Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1971, Basel 1971, S. 89. Der Nichteinbezug der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1950-1970 liegt am Mangel der statistischen Vorlage, fällt aber zahlenmässig kaum ins Gewicht. Bemerkenswert ist, wie die geographische Streuung im Vergleich zu vergangenen Zeitabschnitten bedeutend ausgewogener ausfällt. Basel-Stadt zählt weniger Deutsche als Bern, während Genf und die Waadt nur während der beiden Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg noch mehr Deutschen Wohnsitz gewährten als heute.

X Quellen-, Literatur- und Bildnachweis

I UNGEDRUCKTES MATERIAL UND GEMISCHTDOSSIERS

1. STAATSARCHIV BASEL-STADT

Politisches FF 3	Rechnungen über deutsche Flüchtlinge 1849-1852
Politisches GG 4	Deutscher Krieg, Grenzbesetzung 1866
Politisches GG 5	Deutscher Krieg, Hannoverische Flüchtlinge 1867-1868
Politisches HH 4	Deutsche Internierte Februar 1871 Unterstützung der ausgewiesenen Deutschen 1870-1871
Politisches HH 9	
Vereine und Gesellschaften B 8	Deutscher Hilfsverein in Basel 1866-1935 Speiseanstalt des deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereins 1864-1874
Vereine und Gesellschaften C 9	
Vereine und Gesellschaften H 5	Deutsche Arbeitervereine 1850-1892 (1912)
Vereine und Gesellschaften O 17	Deutscher Liederkranz 1889-1912
Vereine und Gesellschaften R 22	Deutsche Turnvereine in der Schweiz und im Ausland 1899-1921
Deutschland D 2	Deutsches Consulat in Basel 1872-1936
Feste H 2	Deutsche Kaiserfeiern 1885-1891

2. DOCUMENT CENTER, BERLIN

Akte «Jakob Schaffner» der Reichsschrifttumskammer

3. BUNDESARCHIV BERN

EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT (JPD)

Justiz

Flüchtlinge 1848-1895 (78 Schachteln)

Schachteln 40-42

Deutsche Flüchtlinge 1848-1851

Schachtel 69

Flüchtlinge 1848/49

Schachteln 80 a-f

Untersuchung betr. die deutschen Arbeitervereine in der Schweiz 1850

Deserteure, Refraktäre 1848-1895

Schachtel 1

Deserteure des XIX. Jahrhunderts

Bundesanwaltschaft 1857-1889

Schachtel 4

Tonhallekrawall in Zürich vom März 1871

Polizeidiens 1889-1920

Schachtel 6

Schachteln 45-47

Schachtel 55

Fremde Agenten

Anarchistische Bewegung

Deutsche Sozialrevolutionäre

EIDGENÖSSISCHES POLITISCHES DEPARTEMENT (EPD) 1848-1917

EPD 1848-1917

Schachtel 3

Schachtel 4

Schachteln 145-151

Schachtel 270

Schachteln 476-485

Haupt und Schröder, Polizeispitzel 1888

Wohlgemuthhandel 1889-1890

Aufstand in Baden 1845-1851

Unruhen in der Schweiz / Tonhallekrawall 1871

Fremde Staaten: Deutschland 1871-1917

EPD 2001 (H) 10 (1932-1934)

Schachtel 8

Schachtel 121

Deutsches Kriegerkurhaus in Davos-Dorf (A.22.18)

Alldeutsche Bestrebungen und Beziehungen Schweiz-

Deutschland

EPD 2001 (H) 11 (1935-1936)

Schachtel 19

Schachtel 55

Schachtel 56

Niederlassungsvertrag mit Deutschland (B.14.2.A.2)

Deutsche Schulen in der Schweiz (B.27.A)

Niederlassungs- und Arbeitsbewilligungen

für Schweizer in Deutschland und Deutsche

in der Schweiz (B.3LI.A.1)

4. BURGERBIBLIOTHEK BERN

Mss. Hist. Helv. XV57

Mss. Hist. Helv. XLI57

Familienarchiv von Lerber

Erinnerungen an das Jahr 1850, gesammelt von
Gottlieb Wenger

Luternaupapiere, Bericht über den Zeitglockenkra-
wall

5. EIDGENÖSSISCHES STATISTISCHES AMT, BERN

Abteilung Volkszählungen

Statistik: In der Schweiz wohnhafte Deutsche nach

Geschlecht, Altersklassen, Konfession, Sprache und Zi-
vilsund 1930

6. HISTORISCHES SEMINAR DER UNIVERSITÄT BERN

Materialien zur Geschichte deutscher Flüchtlinge und
des Flüchtlingswesens in der Schweiz

7. NACHLASS BEAT VON LERBER

(Im Besitz von Dr. med. Theodor von Lerber, Bern)

8. SCHWEIZERISCHER METALL- UND UHRENARBEITER-VERBAND, BERN

Deutscher Arbeiterverein «Concordia», Schaffhausen

Korrespondenz 10.12.1860-23.11.1874

Protokolle 15.11.1879-23.7. 1887

Protokolle 6. 8.1887-29. 4.1893

Protokolle 13.5;1893-19. 6.1897

9. STAATSARCHIV BERN

Manual des Regierungs-Rathes

1835: Nr. 30; 1836: Nr. 37; 1837: Nr. 52;
1838: Nrn. 60, 61; 1847: Nrn. 123, 125, 127.

Geschäftskontrolle

Polizeidirektion/Justizdirektion

Justiz und Polizei

Hochschule, Jur. Fak. Lehrkörper

C.I 1847, Nr. 1506; C.II 1847; Nr. 2241 1847, 111
Dossier: Rheinwald, Karl Friedrich; Germanisches
Recht 1835-1849

Hochschule, Phil. Fak.

Reglemente

10. POLITISCHES ARCHIV DES AUSWÄRTIGEN AMTES (BONN) (PA-B)

Politische Abteilung II

Politik 25 Schweiz

Deutschtum im Ausland Bd. 1

Abteilung II, Wirtschaft

Wirtschaft 13 Schweiz

Beteiligung deutschen und fremden Kapitals
in der Schweiz Bd. 1

Abteilung VI – Kultur
Allgemeines 2 V.D.A.
2B.D. A. 2D. A. I.
2 Deutschum

Förderung des Deutschtums im Ausland Bde. 1-24
Verein für das Deutschtum im Ausland Bde. 1-20
Bund der 1 Kuslanddeutschen Ausland-In- Bde. 1-13
Deutsches stitut in Stuttgart er freien Bde. 1-4
Verband d Deutschtumsvereine Bd. 1

Chef A.O. 87

Statistik 1937

Kaiserlich deutsche Gesandtschaft in Bern

51/1-2 Pol.An.	Anarchistisches	Bde. 1-2 (MF T120/4818)
52/1-3 Pol.An.	Anarchistisches	Bde. 3-5 (MF T120/4818)
53/1-2 Pol.An.	Anarchistisches	Bde. 6-7 (MF T120/4818)
80/1 S. 4	Umtriebe der Sozialisten	Bd. 1 (MF T120/4818)
80/2 S. 4	Sozialisten pp.	Bd. 1 (MF T120/4818)
203/1-4	Sozialisten	Bde. 1-4 (MF T120/5035)
375/1	Geheim.	Bd. 1 (MF T120/4824)

11. BUNDESARCHIV KOBLENZ (BA-K)

R 57/DAI 474/3

Deutsches Auslands-Institut Stuttgart

12. AKTENBESTAND FRITZ WALZ

(Im Besitz von Frau Elisabeth Grauheding-Walz, D-876 Miltenberg a. M.)

13. STAATSARCHIV SCHAFFHAUSEN

Protokolle des Grütlivereins, Schaffhausen 1848-
1857, 1858-1876, 1894-1906

14. STADTARCHIV SCHAFFHAUSEN

DI 02.8
DI 02.5

Arbeiterbildungsverein, Gründung 1858
Deutscher Arbeiterbildungsverein «Concordia»,
Streitsache E. Link, 1893-1894
Protokoll des Kleinen Stadtrathes der
Stadtgemeinde Schaffhausen, Bd. 27, 1858

15. ARCHIV DER HOCHSCHULE ST. GALLEN
FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

Personaldossier Peter Heinrich Schmidt

16. NACHLASS EDUARD BLOCHER-WIEG AND (Im Besitz der Familie W. Blocher,
Wald/ZH)

III 2A	Briefe an Eduard Blocher: 1881-1916
III 2B	Briefe an Eduard Blocher: 1917-1942
V.7	Stimmen im Sturm
V.17 a und b	Deutschscheizerische Gesellschaft

17. ARCHIV FÜR ZEITGESCHICHTE, ZÜRICH

Nachlass Ernst Schürch	Jura I-III
------------------------	------------

18. GEWERKSCHAFTSKARTELL ZÜRICH

Arbeiter-Union Zürich	Delegierten-Protokolle v. 18. Jan. 1904-23. Juli 1907 Vorstands-Protokolle 1897-1902; 1902-1905
Österreichisch-Ungarischer Arbeiter-Bildungsverein Zürich	Protokolle (Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen) 1892-1900; 1900-1908
Verein Deutsch-Österr.-Ungar. Sozialdemokraten in Zürich	Protokolle der Vorstandssitzungen 1907/08
Arbeiterbildungsverein «Eintracht» Zürich	Protokolle der Vorstandssitzungen 1894-1903

19. FIRMA SCHOELLER & CO., HANDELSGESELLSCHAFT, ZÜRICH

Stammbaum der Familie Schoeller

20. SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV ZÜRICH (SSA-ZH)

Protokolle des Arbeiterbildungsvereins «Eintracht» Zürich: Bde. 335/239: 7-16	Vereins-sitzungen Vereins-sitzungen Vereins-sitzungen Vorstand (Techn. Abteilung) Vereins-sitzungen Vorstand Vorstand Vereins-sitzungen Vereins-sitzungen Vorstand Vereins-sitzungen u. Vorstand	1841-1859 1859-1868 1859-1862 1861-1874 1862-1866 1886-1888 1890 1891-1892 1894-1901 1899-1905 1909-1915
K19/19a	Schweizerischer Arbeiterbund (zweiter), Jahresberichte 1887 ff.	
K20	Protokolle des 1.-7. allg. schw. Arbeiterkongresses 1873-1880	
Karton 331/165	Schweizerischer Arbeiterbund	
Karton 331/174 c	Gewerkschaftskartell Zürich, Jahresberichte 1897 ff.	
Karton 335/85	Grütliverein: Geschichte, Programm, Statuten	
Karton 335/97	Fritz Brupbacher	
Karton 335/115	Wilhelm Weitling	
Karton 335/135	II. Internationale, III. Kongress Zürich 1893	
Karton 335/156-160	S.P.D. Parteitags-Protokolle 1890-1913	
Karton 335/182	S.P.D. Bebel	
Karton 335/182 a	S.P.D. Bebel-Forschungen	
Karton 335/183,183 a	S.P.D. Kautsky	
Karton 335/184, 184 a	S.P.D. Bernstein	
Karton 335/210-213 a	S.P.S. (u.a. Parteitagsprotokolle 1902 ff.)	
Karton 335/219	S.P.S. (Geschäftsberichte)	
Karton 335/220	S.P.S. (Jahrbücher 1908 ff.)	
Karton 335/230	Robert Seidel	
Karton 335/231, 231 a	S.P.S. Herman Greulich	
Karton 335/237	S.P. Kanton Zürich (Tätigkeitsberichte 1912 ff.)	
Karton 335/238	S.P. Kanton Zürich (Jahresberichte 1914 ff.)	
Karton 335/239	S.P.S. Eintracht, deutsche Arbeitervereine	
Karton 335/381	KPD. Karl Liebknecht	
Karton 335/382, 382 a	KPD. Rosa Luxemburg	
Karton 335/388 b	KPD. Brandler Opposition	
Karton 335/433	Anarchismus, John Most	
Karton 335/437, 437 a	Anarchismus in der Schweiz	
Nachlass Otto Lang (Teilbestand)		
Nachlass Fritz Brupbacher: Tagebücher und Schriften: BT 1-24 (1896-1915)		
Schriftenbestand Hans Müller, Sign. S. 1 ff.		

21. STAATSARCHIV ZÜRICH

P239¹ M 1 c U109b

Weitling-Papiere
Tonhallekrawall 1871 Eduard Bobrik 1833-1857

22. STADTARCHIV ZÜRICH

Abt. VII, Nr. 65,

Deutsche Turnerschaft in Zürich Mitgliederverzeichnis v. 2. Quartal 1862 bis
1861-1945

Protokollbuch v. 1. Dez. 1861-17. Sept. 1873

3. Quartal 1868

Kassa-Buch v. 1. Dez. 1861-23. Dez. 1863

Schriftstücke und Prozessakten über die Trennung der
Deutschen Turnerschaft Zürich vom Arbeiterbildungs-
verein «Eintracht» 1906/07

Na 344

Deutscher Club Zürich

Familien-Register Hirslanden, Bd. II, 1878-1892

Bürgerbuch Witikon, I B 1838-1890

23. WIRTSCHAFTSARCHIV ZÜRICH

Ausländische Kapitalanlagen 1910-1939

24. ZENTRALBIBLIOTHEK ZÜRICH (ZB)

Handschriftenabteilung

MSCRP196

Nachlass Gottfried Kinkel
Dossier: Robert Ottensoser
Nachlass Robert Seidel

Bibliothek

LK 374 a

LK 1435

Dossier: Gesellschaft deutscher Studirender Ton-
künstler-Fest des Allgemeinen deutschen Musikver-
eins in Zürich v. 27.-31. Mai 1910

LK 2000

Kaiserbesuch 1912 (14 Mappen mit Zeitungsausschnit-
ten und Photographien)

II GEDRUCKTES MATERIAL

1. ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN

Schweiz (benutzte Jahrgänge in den Anmerkungen ausgewiesen)

Appenzeller Zeitung, Trogen, Herisau (freisinnig).

Der Arbeiterfreund, Zürich (Organ des internationalen Arbeitervereins).

Arbeiterstimme, Wochenblatt für das arbeitende Volk in der Schweiz (Offizielles Organ der sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Allgem. Gewerkschaftsbundes).

L'Avant-Garde, Bern, Organe de la Fédération française de l'Association Internationale des Travailleurs (anarchistisch).

Basler Nachrichten, Basel (anfangs radikal, dann liberal).

Basler Zeitung, Basel (konservativ).

Berner Intelligenzblatt, Bern (freisinnig-demokratisches Organ).

Berner Tagblatt, Bern (konservativ).

Berner Tagwacht, Organ der sozialdemokratischen Partei des Kantons Bern.

Berner Verfassungsfreund, Schweizerische Bundeszeitung, Bern (freisinnig).

Berner Zeitung, Bern (radikal).

Bulletin de la Fédération jurassienne de l'Association internationale des travailleurs, Sonvilier, Le Locle, La Chaux-de Fonds (anarchistisch).

Der Bund, Bern (freisinnig-demokratisch).

Confidentia, Schweizer Handelsauskunftsblatt, Biel, Bern.

Eidgenössische Zeitung, Zürich, Bern (liberal-konservativ).

Felleisen, Organ der zentralisierten deutschen Arbeitervereine in der Schweiz, Zürich, Genf.

Freiheit, u.a. London, Zürich, Schaffhausen, New York (anarchistisch).

Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz, Publikationsorgan des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern.

Der Grütliener, Organ für die Interessen des Grütlivereins, Basel, St. Gallen, Luzern etc.

Harmonie, Vereinsblatt des Sängervereins «Harmonie Zürich», Zürich

Der Landbote und Tagblatt der Stadt Winterthur, Winterthur (demokratisch).

Neue Zürcher Zeitung, Zürich (liberal).

Das Nordlicht, Ein Volksblatt in zwanglosen Heften, Wädenswil, Glarus (republikanisch-antiklerikal).

Schweizerische Holzarbeiter-Zeitung, Organ des Schweizerischen Holzarbeiter-Verbandes, Basel, Zürich.

Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung, Offizielles Organ des Schweizerischen Metallarbeiter-Verbandes, Bern.

Schweizerische National-Zeitung, Basel (radikal).

Schweizerischer Beobachter, Bern (freisinnig).

Der Sozialdemokrat, Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie, Zürich-Hottingen, London.

Tages-Anzeiger für Stadt und Kanton Zürich, Zürich.

Die Tagwacht, Organ des Schweizerischen Arbeiterbundes, Zürich (sozialistisch).
 Volksrecht, Sozialdemokratisches Tagblatt, Offizielles Publikationsorgan der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, des Kantons Zürich und der Arbeiter-Union Zürich.
 Der Vorbote, Organ der Internationalen Arbeiter-Association, Genf.
 Vorwärts, Organ für die Interessen des arbeitenden Volkes, Basel (sozialdemokratisch).
 Der Weckruf, Genf, Zürich (anarchistisch).
 Zürcherische Freitagszeitung, Zürich (liberal-konservativ).
 Züricher Post, Zürich (demokratisch).

Deutschland und andere Länder (Einzelne Nummern)

Abstinenz-Rundschau (Hamburg), Algemeen Handelsblad (Amsterdam), Alldeutsche Blätter (Berlin), Allgemeine Zeitung (Augsburg), Der Auslanddeutsche (Stuttgart), Badische Landeszeitung (Karlsruhe), Danzer's Armee-Zeitung (Wien), Deutsche Hochwacht (Berlin-Stettin), Deutsche Marokko-Zeitung (Tanger), Deutsche Tageszeitung (Berlin), Deutsche Volksstimme (Berlin), Deutsche Welt (Berlin), Deutsche Zeitung (Berlin), Deutscher Gut-Templer (Hamburg), Deutsches Kolonialblatt (Berlin), Dresdner Anzeiger (Dresden), Das Echo (Berlin), Frankfurter Oder-Zeitung (Frankfurt a. Oder), Hannoverscher Courier (Hannover), Hermann, Deutsches Wochenblatt aus London (London), Die Hilfe (Berlin), Kölnische Volkszeitung (Köln), Münchner Neueste Nachrichten (München), Nationalliberale Correspondenz (Berlin), Neue politische Correspondenz (Berlin), Neue Saarbrücker Zeitung (Saarbrücken), Ostpreussische Zeitung (Königsberg i. Pr.), Das Reich (Berlin), Rhein-Ems-Zeitung (Emden), Rheinischer Kurier (Wiesbaden), Der Sozialist (Berlin), Staatsbürger-Zeitung (Berlin), Strassburger Post (Strassburg), Der Tag (Berlin), Die Wartburg (München).

2. VEREINSBERICHTE, JAHRBÜCHER, PROTOKOLLE, JUBILÄUMSSCHRIFTEN

Bericht des Landesausschusses der deutschen Socialisten in der Schweiz über seine Tätigkeit im Jahre 1896 (hektographiert).

Berichte des Landesausschusses der deutschen und österr.-ung. Sozialdemokraten über seine Tätigkeit im Jahre 1899(-1904).

Landesorganisation der deutschen und österr.-ungar. Sozialdemokraten in der Schweiz, Jahresberichte pro 1905-1908.

Tätigkeits-Bericht der Sozialdemokratischen Landes-Organisation der Internationalen Arbeitervereine in der Schweiz v. 1.1.1909-30.6.1910; v. 1.7.1910-30.6. 1912; v. 1.7.1912-31.12.1913; v. 1.1.-15.8.1914.

Bericht über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie, abgehalten zu Schönenwegen bei St. Gallen vom 2. bis 6. Okt. 1887.

Bericht über die Verhandlungen des dritten Vereinstags deutscher Arbeitervereine, abgehalten zu Stuttgart am 3., 4. und 5. September 1865, Nürnberg 1865.

- Centralberichte über die Deutschen Hilfsvereine in der Schweiz für 1864 (Zürich 1865), 1865 (Bern 1866); 1866 (Basel 1867); 1867/68 (Genf 1868); 1869 (Aarau 1870); 1870 (Bern 1871); 1871 (Basel 1872); 1872 (Genf 1873); 1873 (Genf 1874); 1874 (Genf 1875); 1875 (Zürich 1876); 1876 (Zürich 1877); 1877 (Bern 1878); 1878 (Bern 1879); 1879 (Basel 1880); 1880 (Basel 1881); 1881 (Genf 1882); 1882 (Genf 1883); 1883 (Genf 1884); 1884 (Genf 1885). Jahresberichte des Zentral-Verbandes der Deutschen Hilfs-Vereine in der Schweiz für 1901-1931 (Zürich 1902 ff).
- Deutscher Hilfsverein Chur, Fest-Bericht zu seinem 50jährigen Bestehen 1871-1921, Chur (1922).
- Deutscher Ruder-Verein Zürich 1898-1908, Zürich (1908).
- Festschrift zur Halbjahrhundert-Feier des Deutschen Arbeitervereins Genf 1893, Zürich 1893.
- Heeb, Friedrich: Der deutsche Arbeiterverein Basel 1832-1907, Festschrift zum 75-jährigen Jubiläum, Basel 1907.
- Der Hochverrats-Prozess wider Liebknecht, Bebel, Hepner vor dem Schwurgericht zu Leipzig v. 11. bis 26. März 1872, mit einer Einleitung von W. Liebknecht und einem Anhang, Berlin 31911.
- Jahresbericht des deutschen Arbeiter-Bildungs-Vereins «Eintracht» in Zürich von 1865, Zürich 1866.
- Deutscher Arbeiterverein «Eintracht» in Zürich, Auszug aus den Jahresberichten 1885, 1886.
- Jahres-Berichte des Deutschen Arbeiter-Vereins «Eintracht» in Zürich über seine Thätigkeit im Jahre 1887, 1888, 1889, Zürich 1888 ff.
- Berichte des Arbeiter-Bildungsvereins «Eintracht» in Zürich über seine Thätigkeit im Jahre 1891 ff., Zürich 1892 ff.
- Bericht des Sozialdemokratischen Vereins «Eintracht» Zürich über dessen Tätigkeit im Jahre 1908, Zürich 1909.
- Bericht des Sozialdemokratischen Vereins «Eintracht» Zürich v. 1.1.1909-30.6.1910, Zürich 1910.
- Jahres-Berichte des Sozialdemokratischen Vereins «Eintracht» Zürich für die Zeit v. 1.7.1910-30.6.1911; v. 1.7.1911-30.6.1912; v. 1.7.1912-30.6.1913; v. 1.7.1913-30.6.1914, Zürich 1910 ff.
- Bericht an die ordentliche Generalversammlung der «Eintracht» am 26. Juli 1916 über das Vereinsjahr 1915/16 (hektographiert).
- Jahresbericht der Deutschen Hilfsvereine:
 Aargau 1882, 1883, 1884, 1914, 1915; Basel 1882, 1883, 1884, 1914, 1915, 1929; Bern 1882, 1883, 1884, 1914, 1916; La Chaux-de-Fonds 1882, 1883, 1884, 1914; Chur 1882, 1883, 1884, 1914, 1922, 1931; Einsiedeln 1914/15; Freiburg 1914, 1915, 1923; Genf 1882, 1883, 1884, 1914; Lausanne 1882, 1883, 1884, 1914; Lugano 1914; Luzern 1914; Montreux 1914; Neuchâtel 1882, 1883, 1884, 1914; Rorschach 1915; Olten 1914/15; Schaffhausen 1914; St. Gallen 1882, 1883, 1884, 1914, 1915/16; Solothurn 1915; Vevey 1914, 1915; Winterthur 1882, 1883, 1884, 1914; Zürich 1882, 1883, 1884, 1891-1915, 1920.
- Jubiläums-Gabe anlässlich des 25. Stiftungsfestes des Deutschen Reichs-Vereins in Zürich den Mitgliedern gewidmet, (Zürich) 1912.
- Katalog der Bibliothek des Allgemeinen Arbeiter-Vereins in Genf, Zürich 1896.

Katalog der Bibliothek des Arbeiter-Bildungs-Vereins «Eintracht» in Zürich, Zürich 1892.
 Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft, (Bern) 1893 ff.
 Protokoll der Konferenz der deutschen sozialistischen Mitgliedschaften und der deutschen Arbeiter-Vereine in der Schweiz, Olten 1891, Zürich 1893, Bern 1896, Luzern 1899, Basel 1901, Winterthur 1904, Aarau 1907, Bern 1910, St. Gallen 1912, Zürich 1914.
 Protokoll des Kantonsrates für die Amtsperiode 1905-1908, nebst Beilagen und Materienregister (Zürich o. J.).
 Protokoll des Kongresses der Deutschen Sozialdemokratie, abgehalten auf Schloss Wyden in der Schweiz vom 20. bis 23. Aug. 1880, Zürich 1880.
 Statuten der Deutschen Arbeitervereine «Eintracht» in Zürich v. 26. April 1877, Zürich 1877.
 Statuten des Arbeiter-Bildungs-Vereins «Eintracht» Zürich v. 1.8. 1906, Zürich 1906.
 Lokal-Statuten des Sozialdemokratischen Vereins «Eintracht» in Zürich v. 1. Mai 1909.
 Statuten der Landesorganisation der deutschen und österr.-ungarischen Sozialdemokraten in der Schweiz, Winterthur 1899 u. 22. Mai 1904.
 Statuten der Sozialdemokratischen Bürgerschaftsvereinigung, Zürich, 31. März 1916.
 Zinner, Dionys: Fest-Schrift zur Halbjahrhundert-Feier des Allgem. Arbeiterbildungs-Vereins Winterthur 1850-1900, Winterthur 1900.
 Zum 50jährigen Stiftungsfest des Arbeiter-Bildungs-Vereins «Eintracht» in Zürich, 30. u. 31. Aug. 1891, Zürich 1891.

3. AMTLICHE DRUCKSCHRIFTEN UND PUBLIKATIONEN

Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen der schweizerischen Eidgenossenschaft 1849 ff.; dito Neue Folge 1874 ff. (seit 1904: Eidgenössische Gesetzessammlung).
 Bericht des Chefs des Generalstabes der Armee an den Oberbefehlshaber der Armee über den Aktivdienst 1939-1945, (Bern) o. J.
 Bericht zu der Eingabe eines Gutachtens der über die Angelegenheit der fremden Flüchtlinge niedergesetzten Tagsatzungskommission, Bern 1836.
 Bericht des Politischen Departements betreffend Massnahmen gegen die Überfremdung vom 30. Mai 1914.
 Bericht des Regierungsrates an den Kantonsrat über die Vorgänge vom 9.-11. März 1871 in Zürich, Zürcher Amtsblatt, Zürich, 18. April 1871.
 (Bluntschli, Johann Caspar:) Kommissionsbericht an die H. Regierung des Standes Zürich über die Kommunisten in der Schweiz, nach den bei Weitling vorgefundenen Papieren, (amtliches Exemplar), Zürich 1843.
 Bundesblatt der schweizerischen Eidgenossenschaft 1849 ff.
 Gesetz über das Passwesen vom 12. Oktober 1867 und über die Freizügigkeit vom 1. November 1867, Separatdruck, Berlin 1867.
 Gutachten der Minderheit der Tagsatzungskommission über die Angelegenheit der Flüchtlinge, Bern 1836.

- Lieferungen der Schweizerischen Statistik, Bern 1860 ff. (Volkszählungen v. 10. Dez. 1860, v. 1. Dez. 1870, 1880, 1888, 1900, 1910, Betriebszählung v. 9. Aug. 1905).
- (Müller, Eduard:) Bericht zur Untersuchung betr. die anarchistischen Umtriebe in der Schweiz, Separatabdruck, Bern 1885.
- (Roschi, Jakob Emanuel:) Bericht an den Regierungsrath der Republik Bern, betreffend die politischen Umtriebe, ab Seite politischer Flüchtlinge und anderer Fremden, in der Schweiz; mit besondrer Rücksicht auf den Canton Bern, Bern 1836.
- Schweizerische Blätter für Wirtschafts- und Socialpolitik, Bern 1901, 1906.
- Schweizerische Fabrikstatistik nach den Erhebungen des eidg. Fabrikinspektorates v. 5. Juni 1895, hrsg. v. Schweiz. Industriedepartement, Bern 1896; dito v. 5. Juni 1901, Bern 1902 u. v. 5. Juni 1911, Bern 1912.
- Schweizerische statistische Mittheilungen, Bern 1919 ff. (Volkszählung v. 1. Dezember 1920; Fabrikstatistik v. 26. September 1923).
- Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 1942, Basel 1943.
- Statistisches Jahrbuch der Schweiz, hrsg. v. Eidgenössischen Statistischen Amt, 1926, 1937, 1946, 1952 (Bern); 1965, 1971, 1973, 1975 (Basel).
- Statistisches Jahrbuch der Stadt Zürich 1967, Zürich 1968.
- Statistische Quellenwerke der Schweiz, Bern 1930 ff. (Volkszählungen v. 1. Dez. 1930, v. 1. Dez. 1941, v. 1. Dez. 1950, Betriebszählungen v. 22. Aug. 1929 u. v. 24. Aug. 1939; Fabrikstatistik v. 16. Sept. 1937).
- Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reichs, Berlin 1905.
- Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, hrsg. von der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft 1960 ff.

4. AUTOBIOGRAPHIEN, ERINNERUNGEN, BRIEFE

- Bebel, August: Aus meinem Leben, 3 Bde., Stuttgart 1910, 1911, Berlin 1914.
- Bernstein, Eduard: Aus den Jahren meines Exils. Erinnerungen eines Sozialisten, Berlin ²1918.
- Bernstein, Eduard: Sozialdemokratische Lehrjahre, Berlin 1928.
- Bismarck, Otto Fürst v.: Erinnerungen und Gedanke, in: Die gesammelten Werke, krit. Neuausgabe hrsg. v. Gerhard Ritter u. Rudolf Stadelmann, Berlin 1932, Bd. 15.
- Blei, Franz: Erzählung eines Lebens, Leipzig 1930.
- Born, Stephan: Erinnerungen eines Achtundvierzigers, Leipzig 1898.
- Brunnemann, Karl: Wanderungen eines deutschen Schulmeisters. Pädagogisches und Politisches aus den Jahren von 1847 bis 1862, Berlin 1874.
- Brupbacher, Fritz: Erinnerungen eines Revoluzzers 1888-1914, Zürich 1929.
- Brupbacher, Fritz: 60 Jahre Ketzer, Selbstbiographie, Zürich 1935 (Neudruck: Zürich 1973).
- (Buber, Martin:) Gustav Landauer. Sein Lebensgang in Briefen, hrsg. v. Martin Buber, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1929.
- Bülow, Bernhard Fürst von: Denkwürdigkeiten, Bd. I, Berlin 1930.
- Forel, August: Rückblick auf mein Leben, Zürich 1935.

Froebel, Julius: Ein Lebenslauf. Aufzeichnungen, Erinnerungen und Bekenntnisse, Stuttgart 1890.

Greulich, Herman: Das Grüne Hüsli. Erinnerungen von H. G., hrsg. v. Gertrud Medici-Greulich, Zürich 1942.

Hasse, K. E.: Erinnerungen aus meinem Leben, Leipzig ²1902.

(Herwegh Georg:) Gedichte eines Lebendigen, mit einer Dedikation an den Verstorbenen, Zürich u. Winterthur (Verlag des Literarischen Comptoirs) 1841.

Köhler, Ludwig: Ein Schweizer wird Schweizer. Jugenderinnerungen von L. K., Schaffhausen 2. Aufl., o. J.

Kropotkin, Peter: Memoiren eines Revolutionärs, mit einem Nachwort von George Woodcock, Frankfurt a. M. 1973.

Lenin, W. I.: Briefe, Bd. IV, August 1914-Oktober 1917, Berlin 1967.

Lubarsch, Otto: Ein bewegtes Gelehrtenleben, Berlin 1931.

Mögling, Theodor: Briefe an seine Freunde, Solothurn 1858.

Moleschott, Jacob: Für meine Freunde. Lebens-Erinnerungen, Giessen 1894.

Mühsam, Erich: Unpolitische Erinnerungen, hrsg. v. d. Deutschen Akademie der Künste zu Berlin, mit einem Nachwort von Dieter Schiller, Berlin ²1961.

Münzenberg, Willi: Die Dritte Front. Aufzeichnungen aus 15 Jahren proletarischer Jugendbewegung, Berlin 1930.

Peukert, Josef: Erinnerungen eines Proletariers aus der revolutionären Arbeiterbewegung, Vorwort von Gustav Landauer, Berlin 1913.

Scherr, Johannes: Letzte Gänge, Berlin-Stuttgart ²1887.

Schurz, Karl: Lebenserinnerungen, Berlin 1906.

Simon, Ludwig: Aus dem Exil, 2 Bde., Giessen 1855.

Steinacher, Hans: Bundesleiter des VDA 1933-1937. Erinnerungen und Dokumente, hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen, Boppard am Rhein 1970 (Schriften des Bundesarchivs 19).

Temme, Jodocus D. H.: Erinnerungen, hrsg. v. Stephan Born, Leipzig 1883.

Thon, Ottokar: Aus den Papieren eines Verstorbenen, Weimar 1867.

Trotzki, Leo: Mein Leben. Versuch einer Autobiographie, Berlin 1930.

Vogt, Carl: Aus meinem Leben. Erinnerungen und Rückblicke, Stuttgart 1896.

5. BIOGRAPHIEN

Bächtold, Jakob: Gottfried Kellers Leben. Seine Briefe und Tagebücher, Bd. I, Berlin 1894.

Baum, Marie: Leuchtende Spur. Das Leben Ricarda Huchs, Tübingen und Stuttgart 1950.

Böschenstein, Hermann: Bundesrat Carl Schenk (1823-1895). Ein Lebensbild des Menschen und des Politikers in seiner Zeit, Bern-Bümpliz 1946.

Böschenstein, Hermann: Bundesrat Karl Scheurer. Tagebücher 1914-1929, hrsg. u. eingel. v. H. B., Bern 1971.

Braunthal, Julius: Viktor und Friedrich Adler. Zwei Generationen Arbeiterbewegung, Wien 1965.

- Eicher, Hermann: Gerold Meyer v. Knonau 1843-1931, XCVI. Neujahrsblatt zum Besten des Waisenhauses in Zürich für 1933.
- Fest, Joachim C.: Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. M.-Berlin-Wien 1973.
- Feuz, Ernst: Julius Fröbel, seine politische Entwicklung bis 1849, Diss. phil. Bern 1932.
- Fick, Fritz: Pro Patre, Gedenkblätter zur Erinnerung an Prof. Dr. iur. Heinrich Fick, geb. zu Kassel am 12. Juli 1822, gest. zu Zürich am 22. Sept. 1895, erw. Sonderabdruck aus den Schweizer Monatsheften, Jg. 1922/23, H. 6-8 u. 10, Zürich 1923.
- Fick, Helene: Heinrich Fick. Ein Lebensbild, nach seinen eigenen Aufzeichnungen dargestellt und ergänzt v. H. F., 2 Bde. Zürich 1897 u. 1908.
- Gross, Babette: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 14/15), Stuttgart 1967.
- Hartmann, Ludo Moritz: Theodor Mommsen, Gotha 1908.
- Heberlein, Fritz: Georg Philipp Heberlein 1805-1888, in: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik, (Schriftenreihe des Vereins für wirtschaftshistorische Studien, Zürich, Bd. 7), Wetzikon 1957.
- Hirsch, Helmut: August Bebel in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Hamburg 1973.
- Högger, Rudolf Martin: Charles Naine 1874-1926. Eine politische Biographie, Zürich 1966.
- (Jakoby, Johanna): Heinrich Simon. Ein Gedenkbuch für das deutsche Volk, hrsg. v. J. J., Berlin²1865.
- Kessler, Harry Graf: Walter Rathenau. Sein Leben und sein Werk, mit einem Kommentar von Hans Fürstenberg: Erinnerungen an Walther Rathenau, Wiesbaden o. J.
- Klinke, Willibald: Johannes Scherr, Kulturhistoriker, Leben, Wirken, Gedankenwelt, Thayngen-Schaffhausen 1945.
- Kutscher, Artur: Wedekind, Leben und Werk. Zum hundertsten Geburtstag des Dichters bearbeitet und neu hrsg. v. Karl Ude, mit einem Geleitwort von Johannes Klein, München 1964.
- Lang, Karl: Kritiker, Ketzler, Kämpfer. Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher, Zürich (1975).
- Lazarus, Nahida: Ein deutscher Professor in der Schweiz, nach Briefen und Dokumenten im Nachlass ihres Gatten, Berlin 1910.
- Marti, Hans: Paul Seippel 1858-1926, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 130), Basel 1973.
- Mattmüller, Markus: Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Eine Biographie. Bd. I: Die Entwicklung der Persönlichkeit und des Werkes bis ins Jahr 1913, Basel 1957; Bd. II: Die Zeit des Ersten Weltkrieges und der Revolutionen, Basel 1968.
- Mehring, Franz: Karl Marx. Geschichte seines Lebens, Leipzig²1919.
- Meyer-van Hasz, Leni: Worte von Herman Greulich aus Manuskripten, Schriften und Reden, Zürich 1942.
- Meynen, Emil: Hektor Ammann 23. Juli 1894-22. Juli 1967, in: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bad Godesberg Sept. 1969, 43. Bd., H. 1, S. 41-72.
- Muralt, Alex von: August Forel, Schweizer Köpfe, Heft 4/5, Zürich-Leipzig 1928.
- Netti, Peter: Rosa Luxemburg, Köln-Berlin 1969.
- Nobs, Ernst: Herman Greulich 1842-1925, Zürich-New York 1942.

Platten, Fritz N.: Mein Vater Fritz Platten. Ein Leben für die Russische Revolution, in: Turicum, Vierteljahresschrift für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft, Sept./ Nov. 1972, S. 17-22.

Rocker, Rudolf: Johann Most. Das Leben eines Rebellen, Berlin 1924.

Schmid-Ammann, Paul: Emil Klöti, Stadtpräsident von Zürich. Ein schweizerischer Staatsmann, Zürich 1965.

Schneider, Friedrich: Hieronymus Roggenbachs Erlebnisse, Basel, Bd. 1, 1943, Bd. 2, 1959.

Seidel-Höppner, Waltraud: Wilhelm Weitling, der erste deutsche Theoretiker und Agitator des Kommunismus, Berlin 1961.

Stauffacher, Werner: Carl Spiteier, Biographie, Zürich-München 1973.

Stehli, Marcel: Albert Galeer und sein Einfluss auf die Ideengeschichte des schweizerischen Grütlivereins, Diss.staatswiss., Zürich 1936.

Strodtmann, Adolf: Gottfried Kinkel, Wahrheit ohne Dichtung, 2 Bde., Hamburg 1850/51.

Sulser, Wilhelm: Carl Franz Bally 1821-1899, in: Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik, Bd. 2, Wetzikon 1955.

von Tavel, Rudolf: Theodorich von Lerber. Ein Lebensbild, Bern 1911.

Volkart, Otto: August Forel. Eine Skizze zu seinem 70. Geburtstage 1. September 1918, Olten 1918.

Weckerle, Eduard: Herman Greulich. Ein Sohn des Volkes, Zürich 1947.

6. HANDBÜCHER UND NACHSCHLAGEWERKE

Allgemeine Deutsche Biographie, Leipzig 1875 ff.

Blaser, Fritz: Bibliographie der Schweizer Presse mit Einschluss des Fürstentums Liechtenstein, 2 Bde. Basel 1956, 1958.

Deutsche Biographie, hrsg. v. H. Heimpel, Th. Heuss, B. Reifenberg, 2 Bde., Berlin 1956.

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland, Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, hrsg. v. einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Frick, 2 Bde, Leipzig 1968, 1970.

Geographisches Lexikon der Schweiz, Neuchâtel 1902 ff.

Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd. I, Zürich 1972.

Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage 1863-1909, bearb. v. Wilhelm Schröder, München 1910, unveränderter fotomech. Neudruck O-Berlin 1971.

Handbuch des Deutschen Staatsrechts, hrsg. v. Gerhard Anschütz und Richard Thoma, Tübingen 1930.

Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft, Socialpolitik und Verwaltung, hrsg. v. N. Reichesberger, 4 Bde, Bern 1903-1911.

Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums, hrsg. v. C. Petersen, O. Scheel, P.H. Ruth u. H. Schwalm, Bde. 1-3, Berlin 1933-38.

Historisch-Biographisches Lexikon der Schweiz, Neuchâtel 1921 ff.

Pross, Harry: Literatur und Politik. Geschichte und Programme der politisch-literarischen Zeitschriften im deutschen Sprachgebiet seit 1870, Olten-Freiburg i. Br. 1963.

- Salis, L. R. von: Schweizerisches Bundesrecht, Bde. I-V, Bern ²1903-1904.
 Winkler, Wilhelm: Statistisches Handbuch des gesamten Deutschtums, Berlin 1927.
 Wurzbach, Constant von: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, enthaltend die Lebensskizzen der denkwürdigen Personen, welche seit 1750 in den österreichischen Kronländern geboren wurden oder darin gelebt und gewirkt haben, Wien 1859 ff.

7. ZEITGENÖSSISCHE SCHRIFTEN, WISSENSCHAFTLICHE ABHANDLUNGEN SOWIE WEITERE SEKUNDÄRLITERATUR (Nach den Buchabschnitten geordnet)

Teile I und II: Einleitung / Deutschtum im Ausland

- Alemann, Peter: Die Schweiz und die Verletzung der belgischen Neutralität im Weltkrieg 1914, Diss.phil. Zürich, Buenos Aires (1946).
 Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, Frankfurt a. M. 1955.
 Arndt, Ernst Moritz: Der Rhein, Teutschlands Strom, aber nicht Teutschlands Gränze, Leipzig 1813.
 Arndt, Ernst Moritz: Fantasien für ein künftiges Teutschland, Frankfurt a. M. 1815.
 Baer, Emil: Alemannisch, Die Rettung der eidgenössischen Seele, Zürich-Leipzig-Stuttgart 1936.
 Banse, Ewald: Wehrwissenschaft. Einführung in eine neue nationale Wissenschaft, Leipzig 1933.
 Barth, Karl: Die Deutschen und wir, Zollikon-Zürich 1945.
 Barth, Karl: Wie können die Deutschen gesund werden? Zollikon-Zürich 1945.
 Becker, Otto: Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, hrsg. u. ergänzt v. Alexander Scharff, Heidelberg 1958.
 Beleuchtung der Denkschrift über die Verhältnisse des deutschen Zollvereins zur Schweiz, Bern 1851.
 Bergmann, Karl Hans: Die Bewegung «Freies Deutschland» in der Schweiz 1943-1945, mit einem Beitrag von Wolfgang Jean Stock: Schweizer Flüchtlingspolitik und exilierte deutsche Arbeiterbewegung 1933-1943, München 1974.
 Bettex, Albert: Spiegelungen der Schweiz in der deutschen Literatur 1870-1950, Zürich 1954.
 Blocher, Eduard: Sind wir Deutsche? Sonderabdruck aus: Wissen und Leben, H. 8 v. 15. Jan. 1910.
 Blocher, Eduard: Die deutsche Schweiz in Vergangenheit und Gegenwart, Stuttgart 1923, (Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart, Bd. 8).
 Bluntschli, Johann Caspar: Die Neugestaltung von Deutschland und die Schweiz, Zürich 1867.
 Boelitz, Otto: Das Grenz- und Auslandsdeutschtum, seine Geschichte und seine Bedeutung, München-Berlin 1926.
 Böschenstein, Hermann: Eine Juradebatte am Vorabend des Ersten Weltkrieges, in: NZZ, Nr. 774 v. 13. Dez. 1968.

- Bonhard, Otto: Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig-Berlin 1920.
- Bonjour, Edgar: Die Schweiz und Europa. Ausgewählte Reden und Aufsätze von Edgar Bonjour, zu seinem 60. Geburtstag am 21. Aug. 1958, hrsg. v. Freunden und Schülern, Basel 1958.
- Bonjour, Edgar: Geschichte der schweizerischen Neutralität. Vier Jahrhunderte eidgenössischer Aussenpolitik, Bde. I, II, Basel ⁵1970.
- Bourgeois, Daniel: Le Troisième Reich et La Suisse 1933-1941, Neuchâtel 1974.
- Bronder, Dietrich: Bevor Hitler kam, Hannover 1964.
- Brosi, L.: Der Irredentismus und die Schweiz. Eine historisch-politische Darstellung, Basel 1935.
- Class, Heinrich: Zum deutschen Kriegsziel, München 1917.
- Einhart (Pseud, f. Class, Heinrich): Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe, Leipzig 1910.
- Englert-Faye, C.: Vom Mythos zur Idee der Schweiz. Lebensfragen eidgenössischer Existenz geistesgeschichtlich dargestellt, Zürich 1940.
- Feder, Gottfried: Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundgedanken, München ¹⁶⁶⁻¹⁶⁹ 1935.
- Feller, Richard: Die Universität Bern 1834-1934, dargestellt im Auftrag der Unterrichtsdirektion des Kantons Bern und des Senats der Universität Bern, Bern-Leipzig 1935.
- Fischer, Fritz: Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914, Düsseldorf ²1970.
- Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf ⁴1971.
- Fleig, Hans: Die Schweiz im Schrifttum der deutschen Befreiungszeit 1813-1817, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 9), Basel 1942.
- Foerster, Rolf Hellmut: Europa. Geschichte einer politischen Idee, mit einer Bibliographie von 182 Einigungsplänen aus den Jahren 1308-1945, München 1967.
- Fränkel, Jonas: Gottfried Kellers politische Sendung, Zürich-New York 1939.
- Frei, Adolf: Die Völkische Bewegung, eine nationale Gefahr, Zürich 1933.
- Frei, Daniel: Die Förderung des schweizerischen Nationalbewusstseins nach dem Zusammenbruch der Alten Eidgenossenschaft 1798, Diss. phil. Zürich 1964.
- Fryman, Daniel (Pseud, f. Class, Heinrich): Wenn ich der Kaiser wär. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, o. 0.1912.
- (Garraux, Emil F.): Betrachtungen über das geschichtliche Recht der deutschen Sprache im bernischen Jura, von einem Deutschjurassier, Bern 1904.
- Grimm, Bruno: Gau Schweiz? Dokumente über die nationalsozialistischen Umtriebe in der Schweiz, Bern 1939.
- Guggenbühl, Adolf: Warum nicht Schweizerdeutsch? Gegen die Missachtung unserer Muttersprache, Zürich 1937.
- Guggenbühl, Adolf: Der Kampf um die schweizerische Eigenart, (Schriften der Jungliberalen Bewegung der Schweiz, H.5), Basel o. J.
- Hasse, Ernst: Deutsche Politik, München 1905-1908.
- Huber, Kurt: Der italienische Irredentismus gegen die Schweiz (1870-1925), Diss. phil. Zürich, Seengen 1953.
- Huber, Kurt: Drohte dem Tessin Gefahr? Der italienische Imperialismus gegen die Schweiz (1912-1943), Aarau 1955.

- Hunziker, Guido: Die Schweiz und das Nationalitätenprinzip im 19. Jahrhundert. Die Einstellung der eidgenössischen Öffentlichkeit zum Gedanken des Nationalstaates, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 120), Basel-Stuttgart 1970.
- (Hürlimann, Martin:) Grosse Schweizer. Hundertzehn Bildnisse zur eidgenössischen Geschichte und Kultur, Zürich 1938.
- Jacobsen, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938, Frankfurt a. M.-Berlin 1968.
- Jan, Ludwig Friedrich Reichsfreiherr v.: Staatsrechtliches Verhältnis der Schweiz zu dem deutschen Reiche von dem Ursprung der Eidgenossenschaft bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts, 3 Bde. Nürnberg-Altendorf 1801-1803.
- Kemter, Max: Das Verhalten der Schweiz zu Deutschland während des Weltkrieges, Diss. Jena 1937, Borna-Leipzig 1939.
- Knellwolf, Arnold: Das Urteil der drei Schweizer Dichter G. Keller, K. F. Meyer, H. Leuthold über Deutschland. Bekenntnisse treuer Männerseelen, zusammengestellt und besonders den Schweizern deutscher Zunge zur Selbstermutigung dargeboten von einem Eidgenossen, Basel 1917.
- Kohn, Hans: Der schweizerische Nationalgedanke. Eine Studie zum Thema «Nationalismus und Freiheit», Zürich 1955.
- Kohn, Hans: Die Idee des Nationalismus. Ursprung und Geschichte bis zur Französischen Revolution, Hamburg 1962.
- Kriesi, Hans Max: Gottfried Keller als Politiker, Frauenfeld-Leipzig 1918.
- Kruck, Alfred: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890-1939, (Veröffentlichungen des Instituts für europäische Geschichte, Mainz Bd. 3), Wiesbaden 1954.
- Lachmann, Günther: Der Nationalsozialismus in der Schweiz 1931-1945. Ein Beitrag zur Geschichte der Auslandsorganisation der NSDAP, Diss. phil. Berlin 1962.
- Lehmann, Elli: Die Spiegelung der deutschen revolutionären Ereignisse von 1848/49 in der schweizerischen Presse, Diss.phil. Bern 1936.
- Lemberg, Eugen: Nationalismus. Psychologie und Geschichte, (rde 197/198), Reinbek bei Hamburg ²1964.
- Lemberg, Eugen: Nationalismus. Soziologie und politische Pädagogik, (rde 199), Reinbek bei Hamburg 1964.
- Liebi, Alfred: Das Bild der Schweiz in der deutschen Romantik, (Sprache und Dichtung Heft 71), Bern-Leipzig 1946.
- (Einiger, Hans:) Schweizerische Auswanderung in Vergangenheit und Zukunft. Berichte aus fünf Erdteilen, gesammelt v. H. L. Luzern 1948.
- Mann, Thomas: Betrachtungen eines Unpolitischen, München ¹⁵⁻¹⁸ 1920.
- Meinecke, Friedrich: Weltbürgertum und Nationalstaat. Studien zur Genesis des deutschen Nationalstaates, München-Berlin ⁷1928.
- Meyer, Alice: Anpassung oder Widerstand. Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus, Frauenfeld 1965.
- Meyer-Marsilius, Hans Joachim: Die Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz, in: Wirtschaftspolitische Mitteilungen, hrsg. v. der Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft, Zürich 1975, Heft 4.
- Meynen, Emil: Deutschland und Deutsches Reich. Sprachgebrauch und Begriffswesenheit des Wortes Deutschland, Leipzig 1935.

- Mommsen, Wilhelm: Die deutsche Einheitsbewegung. Eine Auswahl zeitgenössischer Äusserungen, Berlin o. J.
- Mommsen, Wilhelm: Stein, Ranke, Bismarck. Ein Beitrag zur politischen und sozialen Bewegung des 19. Jahrhunderts, München 1954.
- Muralt, Leonhard von: Bismarcks Reichsgründung vom Ausland gesehen, Stuttgart 1948.
- Näf, Werner: Deutschland und die Schweiz in ihren kulturellen und politischen Beziehungen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Fünf Untersuchungen, hrsg. v. Werner Näf. Bern 1936.
- Näf, Werner: Die Schweiz in Europa. Die Entwicklung des schweizerischen Staates im Rahmen der europäischen Geschichte, Bern 1938.
- Näf, Werner: Die Eidgenossenschaft und das Reich, in: Neue Schweizer Rundschau, H.6, Okt. 1940, S. 325 ff.
- Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. Action française, italienischer Faschismus, Nationalsozialismus, München 1963.
- Picard, Edith Anita: Die deutsche Einigung im Lichte der schweizerischen Öffentlichkeit 1866-1871, (Schweizer Studien zur Geschichtswissenschaft XX, k), Zürich 1940.
- Reichsgründung 1870/71. Tatsachen, Kontroversen, Interpretationen, hrsg. v. Theodor Schieder und Ernst Deuerlein, Stuttgart 1970.
- Reimer, Josef Ludwig: Ein pangermanisches Deutschland, Berlin-Leipzig 1905.
- Renan, Ernest: Qu'est-ce qu'une nation? Conference faite en Sorbonne le 11 mars 1882 par Ernest Renan, membre de l'institut, Paris 21882.
- Renner, Albert: Joseph Görres und die Schweiz, Diss.phil. Freiburg i. Ue. 1929, Rorschach 1930.
- Rentsch, Hans-Ulrich: Bismarck im Urteil der schweizerischen Presse 1862-1898, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 20), Basel 1945.
- Rohrbach, Paul: Der deutsche Gedanke in der Welt, Düsseldorf-Leipzig 1912.
- Rohrbach, Paul: Zum Weltvolk hindurch! Stuttgart 1914.
- Rothfels, Hans: Bismarck, der Osten und das Reich, Darmstadt 21962.
- Scherer, Anton: Ludwig Snell und der schweizerische Radikalismus (1830-1850), (Zeitschrift für Schweizerische Kirchengeschichte, Beiheft 12), Freiburg i. Ue. 1954.
- Schlägel, Max von: Die Volksbeglückter, Leipzig 1874.
- Schieder, Theodor: Das Deutsche Kaiserreich von 1871 als Nationalstaat, Köln-Opladen 1961 (Wissenschaftliche Abhandlungen der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Bd. 20).
- Schmid, Karl: Versuch über die schweizerische Nationalität, in: Aufsätze und Reden, Zürich 1957.
- Schmid, Karl: Unbehagen im Kleinstaat. Untersuchungen über Conrad Ferdinand Meyer, Henri-Frédéric Amiel, Jakob Schaffner, Max Frisch, Jakob Burckhardt, Zürich-Stuttgart 1963.
- Spindler, Katharina: Die Schweiz und der italienische Faschismus (1922-1930). Der Verlauf der diplomatischen Beziehungen und die Beurteilung durch das Bürgertum. Diss. phil. I Univ. Basel 1974, Basel-Stuttgart 1976.
- Sprache, Sprachgeschichte, Sprachpflege in der deutschen Schweiz. Sechzig Jahre Deutschschweizerischer Sprachverein, hrsg. v. d. Geschäftsstelle des Deutschschweizerischen Sprachvereins, Zürich 1964.

- Stadler, Peter: Die Schweiz und die deutsche Reichsgründung, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, Zeitschrift des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands, hrsg. v. K. D. Erdmann und F. Messerschmid, Stuttgart 1974, H.4, S. 209-227. Stadler, Peter: Zwischen Klassenkampf, Ständestaat und Genossenschaft. Politische Ideologien im schweizerischen Geschichtsbild der Zwischenkriegszeit, in: HZ 219 (1974), S. 290-358.
- Stricker, Wilhelm: Die Verbreitung des deutschen Volkes über die Erde. Ein Versuch von W. S., Leipzig 1845.
- Tetens, T. H.: Was will Hitler? Aussenpolitik und «letzte Schlussziele» nach Hitlers eigenen Worten, Sonderdruck, Liestal 1935.
- Urner, Klaus: Die Gründung der «Schweizerischen Monatshefte für Politik und Kultur», in: Schweizer Monatshefte, 50. Jg., H.12, März 1971, S. 1064-1078.
- Urner, Klaus: Thomas Mann und die Freimaurerei, NZZ, Nr. 452 v. 30. Sept. 1973 (Literaturbeilage).
- Vetter, Ferdinand: Die Schweiz – eine «deutsche Provinz»? Meine Nürnberger Rede und ihre Folgen. Ein Bekenntnis und eine Abrechnung v. F. V., Berlin 1902.
- Vischer, Eduard: Die deutsche Reichsgründung von 1871 im Urteil schweizerischer Zeitgenossen, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 1,1951, S. 452-484.
- Volksbundpolitik. Rückblick auf 20 Jahre Arbeit des Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz, Heft 9, Zürich 1941.
- Vowinkel, Renate: Ursachen der Auswanderung, gezeigt an badischen Beispielen aus dem 18. und 19. Jahrhundert, Stuttgart-Berlin 1939.
- Wagner, Adolph: Elsass und Lothringen und ihre Wiedergewinnung für Deutschland, Leipzig ⁶ 1870.
- Wamister, Christof: Geistige Provinz oder Nationalkultur? Deutschschweizerische Kultur und deutscher Einfluss 1900-1914, Lizentiatsarbeit, Basel 1975.
- Weiss, Richard: Das Alpenenerlebnis in der deutschen Literatur des 18. Jahrhunderts, Horgen-Leipzig 1933.
- Wolf, Heinrich: Angewandte Geschichte. Eine Erziehung zum politischen Denken und Wollen, Leipzig ⁶⁻⁷ 1913.
- Zemmrich, J.: Verbreitung und Bewegung der Deutschen in der französischen Schweiz, in: Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde, Bd. 8, Stuttgart 1894, S. 361-405.
- Ziegler, Theobald: Republik oder Monarchie? Schweiz oder Deutschland? Bonn 1877. Ziehen, Eduard: Die deutsche Schweizerbegeisterung in den Jahren 1750-1815, Frankfurt a. M. 1922.
- Zurlinden, Samuel: Hundert Jahre Bilder aus der Geschichte der Stadt Zürich in der Zeit von 1814-1914, Bd. II, Zürich 1915.

Teile III, IV und V / Kolonieggeschichte: Anfänge, Wachstum und Polarisation, Zwischenbetrachtung

- Ackermann, Karl: Gustav v. Struve mit besonderer Berücksichtigung seiner Bedeutung für die Vorgeschichte der badischen Revolution, Diss.phil. Heidelberg, Mannheim 1914.
- von Albertini, Rudolf: Innen- und aussenpolitische Krawalle, in: Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1951, Zürich 1950, S. 118-134.

- Bähler, Eduard: Bern und die Augsburger Interimsflüchtlinge, in: Neues Berner Taschenbuch für das Jahr 1921, 26. Jg., Bern 1920, S. 67-124.
- Balser, Frolinde: Sozial-Demokratie 1848/49-1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation «Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung» nach der Revolution, (Industrielle Welt, Bd. 2), Stuttgart 1962.
- Barbatti, Bruno: Das «Refuge» in Zürich. Ein Beitrag zur Geschichte der Hugenotten- und Waldenserflüchtlinge nach der Aufhebung des Ediktes von Nantes und zur Geschichte der Stadt Zürich, Zürich 1957.
- Bauer, Hans: Von der Zunftverfassung zur Gewerbefreiheit in der Schweiz 1798 bis 1874. Ein Beitrag zur schweizerischen Wirtschaftsgeschichte, Basel 1929.
- Baum, Robert: Die Schweiz unter dem Pressekonkklusum von 1823 bis 1829, Diss.phil. Zürich, Strasbourg 1947.
- Berghoff-Ising, Franz: Die socialistische Arbeiterbewegung in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte der socialen Bewegung in den letzten dreissig Jahren, Leipzig 1895.
- Bobrik, Eduard: Die Bildung eines Freimaurerischen Central-Comités zur Leitung und Unterstützung Deutscher Auswanderer, beantragt den 24. Juni 1840 in einem Festschreiben an die Ehrwürdigste Grossloge und die fünf Ger. ' und V. ' . St. Johannislogen Absalom, St. Georg, Emanuel, Ferdinande, Caroline, Ferdinand zum Felsen zu Hamburg, Zürich 1840.
- Böhmert, Victor: Arbeiterverhältnisse und Fabrikeinrichtungen der Schweiz, 2 Bde., Zürich 1873.
- Bonjour, Edgar/Bruckner, Albert: Basel und die Eidgenossen. Geschichte ihrer Beziehungen zur Erinnerung an Basels Eintritt in den Schweizerbund 1501, Festschrift, Basel 1951.
- Bonjour, Edgar: Die Universität Basel von den Anfängen bis zur Gegenwart 1460-1960, Basel 1960.
- Bosshard, Felix: Der Gotthardvertrag v. 1909. Ein Beitrag zur schweizerischen Innen- und Aussenpolitik vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Zürich 1973.
- Braunthal, Julius: Geschichte der Internationale, 2 Bde., Hannover 1961.
- Brügel, Fritz: Zur Geschichte des «Geächteten» und des «Nordlichts», in: Rote Revue, Zürich (13. Jg.), Nr. 11, 1934.
- Brügel, Ludwig: Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, Bd. I, Wien 1922-25.
- Brugger, Otto: Geschichte der deutschen Handwerkervereine in der Schweiz (1836-1843). Die Wirksamkeit Weitlings (1841-1843), Bern-Leipzig 1932.
- Bürkli, Friedrich: Der Deutschenhass in der Schweiz, Zürich 1871.
- Conze, Werner/Groh, Dieter: Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung. (Industrielle Welt, Bd. 6) Stuttgart 1966.
- Dlubek, Rolf: Johann Philipp Becker. Vom radikalen Demokraten zum Mitstreiter von Marx und Engels in der Ersten Internationale (1848-1864/65), Diss.phil. Humboldt-Universität Berlin 1964 (Maschinenschrift).
- Engelberg, Ernst: Johann Philipp Becker in der Ersten Internationale, Berlin 1964.
- Erb, Hans: Geschichte der Studentenschaft an der Universität Zürich 1833-1936, Zürich 1937.
- Fehr, Max: Richard Wagners Schweizer Zeit, Bd. I (1849-1855), Aarau-Leipzig 1934, Bd. II (1855-72/83), Aarau-Frankfurt a. M. 1953.

- Feller, Richard: Geschichte Berns, Bd. II, Bern 1953.
- Frey, Paul: Die zürcherische Volksschulgesetzgebung 1831-1951. Ein Beitrag zur Geschichte der zürcherischen Volksschule, Diss. phil. Zürich 1953.
- Freymond, Jacques: Etudes et Documents sur la Premiere Internationale en Suisse, publiés sous la direction de J. F., Genève 1964.
- (Gagliardi, Ernst:) Die Universität Zürich 1833-1933 und ihre Vorläufer. Festschrift zur Jahrhundertfeier, hrsg. v. Erziehungsrat des Kantons Zürich, bearb. v. Ernst Gagliardi, Hans Nabholz u. Jean Ströhl, Zürich 1938.
- (Geizer, Heinrich): Die geheimen deutschen Verbindungen in der Schweiz seit 1833. Ein Beitrag zur Geschichte des modernen Radikalismus und Communismus, Basel 1847.
- Gerlach, Antje: Deutsche Literatur im Schweizer Exil. Die politische Propaganda der Vereine deutscher Flüchtlinge und Handwerksgesellen in der Schweiz von 1833-1845, (Studien zur Philosophie und Literatur des neunzehnten Jahrhunderts, Bd. 26), Frankfurt a. M. 1975.
- Gruner, Erich: Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat, Bern 1968.
- Gruner, Erich: Der Bernische Patriziat und die Regeneration, Bern 1943.
- Guggisberg, Kurt: Philipp Emanuel von Fellenberg und sein Erziehungsstaat, Bern 1953.
- Haag, Fr.: Die Sturm- und Drang-Periode der Bernischen Hochschule 1834-1854, Bern 1914.
- Hauswirth, René: Zur Realität des Reiches in der Eidgenossenschaft im Zeitalter der Glaubenskämpfe, in: Festgabe Leonhard von Muralt zum siebzigsten Geburtstag..., Zürich 1970, S. 152-161.
- Helbling, Carl: Mariafeld. Aus der Geschichte eines Hauses, Zürich 1951.
- (Herwegh, Emma:) Zur Geschichte der deutschen demokratischen Legion aus Paris. Von einer Hochverräterin, in: 1848. Briefe von und an Georg Herwegh, hrsg. v. Marcel Herwegh, München ²1898, S. 128-214.
- Hoffmann, Georg: Die Schweizerfrage in der preussischen Politik und die badische Revolution von 1849, Diss. phil. Zürich, Lichtensteig 1931.
- Hofmann, Hannes: Die Anfänge der Maschinenindustrie in der deutschen Schweiz 1800-1875, Zürich 1962.
- Hopf, Otto: Evangelische Flüchtlinge deutscher Zunge im bernischen Kirchendienst, in: Neues Berner Taschenbuch für das Jahr 1914, 19. Jg., Bern 1913, S. 147-189 u. für 1915, 20. Jg., Bern 1914, S. 111-180.
- Keller, Hans Gustav: Die politischen Verlagsanstalten und Druckereien in der Schweiz 1840-1848. Ihre Bedeutung für die Vorgeschichte der Deutschen Revolution von 1848, Berner Untersuchungen zur allgemeinen Geschichte, hrsg. v. W. Näf, H.8, Bern-Leipzig 1935, S. 46-68.
- Keller, Hans Gustav: Das «Junge Europa» 1834-1836. Eine Studie zur Geschichte der Völkerbunds-idee und des nationalen Gedankens, Zürich-Leipzig 1938.
- Kinkel, Gottfried: Beiträge zur Geschichte der deutschen Kolonie in Zürich, in: Schweizerische Rundschau, hrsg. v. Ferdinand Vetter, Zürich-Bern 1891, Nr. 4, S. 95-104; Nr. 5, S. 221-226.
- Klinke, Willibald: Ein Kampf für Bildung und Freiheit. J. Thomas Scherrs Erlebnisse im Zürichbiet 1825-1842, nach Quellen bearb. v. W. K., Zürich 1940.

- Koopmann, Helmut: Das Junge Deutschland. Analyse seines Selbstverständnisses, Stuttgart 1971.
- Langhard, Johannes: Die anarchistische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart und die internationalen Führer, Berlin 1903.
- Liebknicht, Wilhelm: Souvenirs d'exil en Suisse (anno 1849) – premier discours, traduits en français pour la première fois par J.-G. Prod'homme & Ch.-A. Bertrand, Paris 1901.
- Mann, Bernhard: Das Ende der deutschen Nationalversammlung im Jahre 1849, Historische Zeitschrift 214 (1972), S. 265-309.
- Marr, Wilhelm: Das junge Deutschland in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte der geheimen Verbindungen unserer Tage, Leipzig 1846.
- Marx, Karl: Enthüllungen über den Kommunistenprozess zu Köln, mit Einleitung von Friedrich Engels und Dokumenten, (Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 36), Berlin 1952.
- Marx, Karl: Herr Vogt, mit Originaldokumenten von Marx und Engels, Berlin 1953.
- Mayer, Gustav: Die Trennung der proletarischen von der bürgerlichen Demokratie in Deutschland (1863-1870), AGSA 2 (1912), Leipzig 1911.
- Meyer, Ernst: Theodor Mommsen in Zürich (1852-1854), in: Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte 12 (1954), S. 99 ff.
- Näf, Werner: Das Literarische Comptoir Zürich und Winterthur, (Neujahrsblätter der Literarischen Gesellschaft Bern, NF H.7), Bern 1929.
- Näf, Werner: Die Schweiz in der deutschen Revolution. Ein Kapitel schweizerischdeutscher Beziehungen in den Jahren 1847-1849, Frauenfeld-Leipzig 1929.
- Neitzke, Paul: Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz 1848/49, Berlin-Charlottenburg 1927.
- Oechsl, Wilhelm: Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens des Eidg. Polytechnikums. Erster Teil: Geschichte der Gründung des Eidgenössischen Polytechnikums mit einer Übersicht seiner Entwicklung 1855-1905 von W. O., Frauenfeld 1905.
- Pestalozzi-Kutter, Th.: Kulturgeschichte des Kantons Schaffhausen und seiner Nachbargebiete im Zusammenhang der allgemeinen Kulturgeschichte, Bde. II, III, Aarau-Leipzig 1929, 1931.
- Roth, Günther: Die kulturellen Bestrebungen der Sozialdemokratie im kaiserlichen Deutschland, in: Moderne deutsche Sozialgeschichte, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Köln-Berlin ²1968, S. 342-365.
- Schauberg, Joseph: Aktenmässige Darstellung der über die Ermordung des Studenten Ludwig Lessing aus Freienwalde in Preussen beim Kriminalgerichte des Kantons Zürich geführten Untersuchung, Zürich 1837.
- Schib, Karl: Hundert Jahre Kantonsschule Schaffhausen 1851-1951, Beilage zum Jahresbericht der Kantonsschule 1950/51, Schaffhausen 1951, S. 31-39.
- Schieder, Wolfgang: Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830, Stuttgart 1963.
- Schmid, Hans: Der Zürcher Tonhallekrawall vom 9. März 1871 und seine Folgen, SA aus dem Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1926, Zürich 1925.
- Schmidt, Peter Heinrich: Die deutschen Flüchtlinge in der Schweiz 1833-1836, Diss. phil. Bern 1898, Zürich 1899.

- Schneider, G. H.: Der Press- oder Vaterlandsverein 1832/33. Ein Beitrag zur Geschichte des Frankfurter Attentats, Berlin 1897.
- Schneider, Hans: Geschichte des Schweizerischen Bundesstaates 1848-1918, Zürich 1931.
- Schraepfer, Ernst: Handwerkerbünde und Arbeitervereine 1830-1853. Die politische Tätigkeit deutscher Sozialisten von Wilhelm Weitling bis Karl Marx, (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 343), Berlin-New York 1972.
- Schüler, Ernst: Die Regierung der Republik Bern und die Verfolgten der Könige. Als Verteidigung gegen eine Anklage auf «Hochverrat» vor den Gerichten und der öffentlichen Meinung. Ein Beitrag zur Geschichte Berns im Jahre 1836 v. E. S. aus Hessen, Bürger von Biel, Biel 1837.
- Siegfried, Paul: Basel und der erste badische Aufstand im April 1848, (104. Neujahrsblatt der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen), Basel 1926, S. 19 ff.
- Siegfried, Paul: Basel während des 2. und 3. badischen Aufstandes 1848/49, (106. Neujahrsblatt, hrsg. v. der Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen zu Basel), Basel 1928.
- Stern, Alfred: Politische Flüchtlinge in Zürich nach der Revolution von 1848 und 1849, Anzeiger für Schweizerische Geschichte, (50. Jg.) 1919, H.4, S. 337 ff.
- Streiff, Eric: Die Einflussnahme der europäischen Mächte auf die Entwicklungskämpfe in der Schweiz 1839-1845, Diss.phil. Zürich 1931.
- Trübner, Georg: Johann Philipp Becker. Ein Leben für die Freiheit (1809-1886), Habilitationsschrift, Jena 1956 (Maschinenschrift).
- Vogt, Carl: Mein Prozess gegen die Allgemeine Zeitung, Stenographischer Bericht, Dokumente und Erläuterungen, Genf 1859.
- Vuilleumier, Marc: Les Proscrits de la Commune en Suisse (1871), SZG (12) 1962, H.4, S. 498-535.
- Vuilleumier, Marc: Frankreich und die Tätigkeit Weitlings und seiner Schüler in der Schweiz (1841-45), Archiv für Sozialgeschichte 1965, Bd. 5, S. 247-271.
- Wagner, Richard: Ein Theater in Zürich, Zürich 1851.
- Walter, Emil J.: Soziologie der Alten Eidgenossenschaft. Eine Analyse ihrer Sozial- und Berufsstruktur von der Reformation bis zur Französischen Revolution, Bern 1966.
- Weber, Rolf: Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863-1866, Berlin 1962.
- Wehler, Hans-Ulrich: Sozialdemokratie und Nationalstaat, Göttingen ²1971.
- Weisz, Leo: Persönlichkeit und Zeitung, 3 Bde.:
 Die Redaktoren der Neuen Zürcher Zeitung bis zur Gründung des Bundesstaates 1780-1848, Zürich 1961.
 Die Neue Zürcher Zeitung im Kampfe der Liberalen mit den Radikalen 1849-1872, Zürich 1962.
 Die Neue Zürcher Zeitung auf dem Wege zum freisinnigen Standort 1872-1885, Zürich 1965.
- Wernle, Paul: Der schweizerische Protestantismus im XVIII. Jahrhundert, Bde. I-III; Tübingen 1923-1925.
- Wille, Eliza: Fünfzehn Briefe Richard Wagners mit Erinnerungen und Erläuterungen von E. W., geb. Sloman, München-Berlin-Zürich 1935.
- Wille, Jürg: Mariafeld-Meilen, in: Heimatbuch Meilen 1963, S. 5-90.

Teil VI: Oppositionsgruppen

- Der Attentatsprozess gegen Dr. Friedrich Adler, Zürich ²1917.
- Avenarius, Richard: Kritik der reinen Erfahrungen, 2 Bde., Leipzig 1888-1890.
- Bartel, Horst / Schröder, Wolfgang / Seeber, Gustav / Wolter, Heinz: Der Sozialdemokrat 1879-1890. Ein Beitrag zur Rolle des Zentralorgans im Kampf der revolutionären Arbeiterbewegung gegen das Sozialistengesetz, Berlin 1975.
- Bartsch, Günter: Anarchismus, Bd. I (1945-65), Hannover 1972.
- Basel im August 1914. Eine Denkschrift für Jung und Alt, Basel 1914.
- Belli, Joseph: Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz, mit einer Einleitung: Erinnerungen aus meinen Kinder-, Lehr- und Wanderjahren, Stuttgart 1912.
- Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1899.
- (Bernstein, Eduard:) Die Geschichte der Berliner Arbeiter-Bewegung, hrsg. v. E. B., 3. Teil, Berlin 1910.
- Bigler, Rolf R.: Der libertäre Sozialismus in der Westschweiz, (Beiträge zur Soziologie und Sozialphilosophie, Bd. 11), Köln-Berlin 1963.
- Bolliger, Markus: Die Basler Arbeiterbewegung im Zeitalter des Ersten Weltkrieges und der Spaltung der Sozialdemokratischen Partei. Ein Beitrag zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterbewegung, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 117), Basel-Stuttgart 1970.
- (Brügel, J. W.): Friedrich Adler vor dem Ausnahmegericht 18. und 19. Mai 1917, hrsg. u. einged. v. J. W. B., Wien 1967.
- Brupbacher, Fritz: Marx und Bakunin, München 1911.
- Engelberg, Ernst: Revolutionäre Politik und Rote Feldpost 1878-1890, Berlin 1959.
- Das Frauenstudium an den Schweizer Hochschulen, hrsg. v. Schweizerischen Verband der Akademikerinnen, Zürich 1928.
- Fricke, Dieter: Bismarcks Prätorianer. Die Berliner politische Polizei im Kampf gegen die deutsche Arbeiterbewegung (1871-1898), Berlin 1962.
- Gautschi, Willi: Der Landesstreik 1918, Einsiedeln 1968.
- Gautschi, Willi: Lenin als Emigrant in der Schweiz, Zürich-Köln 1973.
- Gay, Peter: Das Dilemma des demokratischen Sozialismus. Eduard Bernsteins Auseinandersetzung mit Marx, Nürnberg 1954.
- Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in 15 Kapiteln, hrsg. v. Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED, Berlin 1966 ff.
- Grebing, Helga: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, dtv, München 1970.
- Gridazzi, Mario: Die Entwicklung der sozialistischen Ideen in der Schweiz bis zum Ausbruch des Weltkrieges, Zürich 1935.
- Grimm, Robert: Partei und Gewerkschaft, Bern 1911.
- Gruner, Erich: Die Parteien in der Schweiz, Bern 1969.
- Guillaume, James: L'Internationale, Documents et Souvenirs (1864-1878), 4 Bde, Paris 1905-1910.
- Haas, Leonhard: Lenin an Platten. Ein Briefwechsel aus dem Jahr 1918, in: SZG (18) 1968, S. 69-78.
- Habicht, Hans-Martin: Rickentunnel-Streik und Rorschacher-Krawall, St. Gallische Fremdarbeiterprobleme vor dem Ersten Weltkrieg, St. Gallen 1975.

- Handschin, Hans: Der Verband schweizerischer Konsumvereine 1890-1953, Basel 1954.
- (Heeb, Friedrich:) Aus der Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung. Denkschrift zum 50jährigen Jubiläum des «Volksrecht» 1898-1948, red. v. F. H., hrsg. v. d. Soz. dem. Presseunion des Kantons Zürich, Zürich 1948.
- Heeb, Friedrich: Der schweizerische Gewerkschaftsbund 1880/1930. Denkschrift zum fünfzigjährigen Jubiläum, mit Beiträgen zur Geschichte der einzelnen Verbände, Bern 1930.
- Heri, Max: Die Neutralität der Schweiz in der Zeit des Dreibundes. Eine Beleuchtung historischer diplomatischer Dokumente, Frauenfeld-Leipzig 1937.
- Hilty, Carl: Politisches Jahrbuch der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 18. Jg., Bern 1905.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf, München ⁵⁴1933.
- Höhn, Reinhard: Die Vaterlandslosen Gesellen. Der Sozialismus im Lichte der Geheimerichte der preussischen Polizei (1878-1914), Bd. 1 (1878-1890), Köln-Opladen 1964.
- Huch, Ricarda: Michael Bakunin und die Anarchie, Leipzig 1928.
- Huch, Ricarda: Frühling in der Schweiz. Jugenderinnerungen, Zürich ⁴1938.
- Hüppy, Johann: Geschichte des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Zürich 1910.
- Joli, James: Die Anarchisten, ins Deutsche übertragen v. Alfred Kellner. Frankfurt a. M.-Berlin 1966.
- Joos, Eduard: Parteien und Presse im Kanton Schaffhausen, (Schaffhauser Beiträge zur Geschichte Bd. 52,1975), Thayngen 1975.
- Jost, Hans-Ulrich: Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914-1918, Bern 1973.
- Kropotkin, Peter: Der Wohlstand für Alle, Zürich ³1918.
- Kummer, Peter: Der zürcherische Proporzkampf. Die Ausarbeitung des Systems 1851-1891, Zürich 1969.
- Lang, Otto: Gegen die politische Polizei, Zürich ³1898.
- Langhard, Johannes: Die politische Polizei der Schweizerischen Eidgenossenschaft, Bern 1909.
- Lenin, W. L.: Materialismus und Empirio-kritizismus. Kritische Bemerkungen über eine reaktionäre Philosophie, Moskau 1947.
- Liebkecht, Karl: Militarismus und Antimilitarismus unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Jugendbewegung, Berlin o. J.
- Linse, Ulrich: Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871, (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter Bd. 3), Berlin 1969.
- Lüthi, Werner: Die Schweizerische Bundesanwaltschaft, Diss. Bern 1923.
- Luxemburg, Rosa: Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, Leipzig 1919.
- Luxemburg, Rosa: Sozialreform oder Revolution, Leipzig 1919.
- Mattmüller, Markus: Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus, 2 Bde., (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft 67 u. 110), Basel 1957,1968.
- Mehring, Franz: Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie, 4. Bd., Stuttgart ⁵1913.
- Most, John: Für die Einheitsfront des revolutionären Proletariats. Das Ziel des Kommunismus: Kommunistischer Anarchismus, mit Einleitungen von Rudolf Rocker und Franz Pfemfert, Berlin 1921.
- Müller, Hans: Der Klassenkampf in der deutschen Sozialdemokratie, mit einem polemischen Nachwort: K. Kautsky's Abenteuer in Zürich, Zürich 1892.

- Müller, Hans: Die Stärkung der Gewerkschaften durch Konsumgenossenschaften, Zürich 1896.
- Müller, Hans: Die schweizerischen Konsumgenossenschaften, ihre Entwicklung und ihre Resultate, dargestellt im Auftrag des Verbandes schweizerischer Konsumvereine für die 2. Landesausstellung in Genf, Basel 1896.
- Müller, Martin: Die Entwicklung der Bundespolizei, Zürich 1949.
- Münzenberg, Willi: Die dritte Front: Aufzeichnungen aus 15 Jahren proletarischer Jugendbewegung, Berlin 1930.
- Muschg, Adolf: Von Herwegh bis Kaiseraugst. Wie halten wir es als Demokraten mit unserer Freiheit? Mit ausgewählten politischen Gedichten von Georg Herwegh, Zürich 1975.
- Nettlau, Max: Der Anarchismus von Proudhon zu Kropotkin. Seine historische Entwicklung in den Jahren 1859-1880, Berlin 1927.
- Ragaz, Christine: Die Frau in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung, Stuttgart-Leipzig 1933.
- Ragaz, Jakob: Die Arbeiterbewegung in der Westschweiz, Diss. staatswiss. Zürich, Aarau 1938.
- Renk, Hansjörg: Bismarcks Konflikt mit der Schweiz. Der Wohlgemuth-Handel von 1889, Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen, (Basler Beiträge zur Geschichtswissenschaft Bd. 125), Basel-Stuttgart 1972.
- Renschler, Regula: Die Linkspresse Zürichs im 19. Jahrhundert. Die Bestrebungen der Unitarier, Frühliberalen, Radikalen, Liberal-Radikalen, Sozialisten, Demokraten und Sozialdemokraten im Lichte ihrer Zeitungen, Diss. phil. Zürich 1967.
- Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 3, München 1964.
- Schenker, Ernst: Die sozialdemokratische Bewegung in der Schweiz von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Diss. iur. Bern, Appenzell 1926.
- Schirmacher, Käthe: Züricher Studentinnen, Leipzig-Zürich 1896.
- Schneider, Willi: Die Geschichte der Winterthurer Arbeiterbewegung, Winterthur 1960.
- Schüddekopf, Otto Ernst: Linke Leute von rechts. Nationalbolschewismus in Deutschland von 1918 bis 1933, Stuttgart 1960.
- Schweizerische Arbeiterbewegung, Dokumente zu Lage, Organisation und Kämpfen der Arbeiter von der Frühindustrialisierung bis zur Gegenwart, hrsg. u. eingel. v. d. Arbeitsgruppe für Geschichte der Arbeiterbewegung Zürich, mit einem Geleitwort von Ezio Canonica und einer Einführung von Georges Haupt, Zürich ²1975.
- Seidel, Robert: Socialdemokratie und ethische Bewegung, Zürich ²1897.
- Teuerung in der Schweiz. Beiträge zur Illustration der gegenwärtigen Lage der Lohnarbeiter, hrsg. v. Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Bern 1910.
- Thomann, Charles: Le mouvement anarchiste dans les Montagnes neuchâtelaises et le Jura bernois, La Chaux-de-Fonds 1947.
- Tobler, Max: Aus Zürichs Kosakenzeit. Ein Stück Klassenkampf in der Schweiz. Das Streikjahr 1906 in Zürich, Zürich o. J.
- Trotsky, Leo: Der Krieg und die Internationale, Zürich 1914.
- Woodtli, Susanne: Gleichberechtigung. Der Kampf um die politischen Rechte der Frau in der Schweiz, Frauenfeld 1975.
- Zimmerli, G. W.: Durch Frankreich und Deutschland während des Krieges 1914/15. Erlebnisse und Beobachtungen eines Schweizers, Berlin ²1915.

- Zimmermann, Horst: Die Schweiz und Österreich während der Zwischenkriegszeit, Eine Studie und Dokumentation internationaler Beziehungen im Schatten der Grossmächte, Wiesbaden 1973.
- Zinner, Dionys: Geschichte der deutschen Schuhmacherbewegung, Gotha 1904.

Teil VII: Das reichstreue und kaiserlich gesinnte Auslandsdeutschtum

- Bauer, Hans: Schweizerischer Bankverein 1872-1972, hrsg. durch den Schweizerischen Bankverein anlässlich seines hundertjährigen Bestehens, Basel 1972.
- Bleuer-Waser, Hedwig: Leben und Taten des Lesezirkels Hottingen. Von seiner Geburt bis zu seinem 25. Altersjahre 1882-1907, Zürich 1907.
- Bucher, Erwin: Die schweizerische Bundesverfassung von 1848 und die deutsche Reichsverfassung von 1871, in: Festgabe für Leonhard von Murait, hrsg. v. M. Haas und R. Hauswirth, Zürich 1970, S. 162-175.
- Dachselt, Friedrich: Einweihungsfeier des Deutschen Altersheims in Pieterlen, Sonntag, den 8. Juni 1913, Festbericht, erstattet in Genf an der ordentlichen Hauptversammlung v. 21. Juni 1914, Meiringen (1914).
- Debes, Robert: Fünfzig Jahre deutsche freiwillige Fürsorge in St. Gallen, Erinnerungs-Schrift, St. Gallen 1928.
- Delaquis, Ernst: Nationale Niederlassungspolitik. Vortrag, gehalten in der NHG, Gruppe Zürich, am 10. April 1924, Separatabdruck, Bern 1924.
- (Edschmid, Kasimir:) Davos, die Sonnenstadt im Hochgebirge, 82 Bilder eingeleitet von K. E., Zürich-Leipzig 1932.
- Eichmann, A.: Sammlung der Handels-, Niederlassungs- und Konsular-Verträge der Schweiz mit dem Auslande, inbegriffen die Verträge über den Schutz des geistigen Eigenthums. Zusammengestellt von Dr. A. E., Zürich 1885.
- Erman, Heinrich: Das Lausanner Deutschtum und der Streit Kuhlenbeck-Herzen. Den Lausanner deutschen Studenten der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft! Telgte 1908.
- Escher, Conrad: Die Villa Rieter in Zürich, auch Villa Wesendonk genannt. Aufenthalt von Richard Wagner 1857-1859 und des Deutschen Kaisers Anfang September 1912, Zürich (1912).
- Fick, Fritz: Deutsche Demokratie, München 1918.
- Fleiner, Fritz: Schweizerisches Bundesstaatsrecht, Tübingen 1923.
- Gamper, Ernst: 100 Jahre Schweizerische Kreditanstalt 1856-1956. Ansprache v. 5. Juli 1956, Sonderdruck (Zürich 1956).
- Geschichte der Gesellschaft Deutscher Studierender in Zürich. Einzeldarstellungen von Zeitgenossen. Eine Festgabe anlässlich des XXXV. Stiftungsfestes am 4., 5. und 6. August 1900, Zürich 1900.
- Guggenheim, Kurt: Alles in Allem, Bd. I, Zürich 1952.
- Guratzsch, Dankwart: Macht durch Organisation. Die Grundlegung des Hugenbergschen Presseimperiums, Düsseldorf 1974.
- Hagen, Maximilian von: Geschichte und Bedeutung des Helgoland-Vertrages, München 1918.
- Hartwig, Edgar: Zur Politik und Entwicklung des Alldeutschen Verbandes 1891-1914, Diss. phil. Jena 1956.

- Hauser, Albert: Schweizerische Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Erlenbach/Zürich-Stuttgart 1962.
- Hauser, F.: Die Reichs-Finanzreform und die Probleme der Reform des schweizerischen Bundeshaushalts, Zürich 1915.
- Heinrichs, A.: Deutsche Niederlassungsverträge und Übernahmeabkommen, Berlin 1908.
- Heer, Jean: Weltgeschehen 1866-1966. Ein Jahrhundert Nestle, Lausanne (1966).
- 150 Jahre Escher Wyss 1805-1955, Zürich (1955).
- Jöhr, Walter Adolf: Schweizerische Kreditanstalt 1856-1956. Hundert Jahre im Dienste der schweizerischen Volkswirtschaft, Zürich 1956.
- Kuhlenbeck, Ludwig: Lausanne. Ein Wort zur Berichtigung und Abwehr, München 1908.
- Kunz, Alfred: Die Strafe der Landesverweisung nach schweizerischem Recht, Diss. iur. Zürich 1895.
- Kurz, Hermann/Bachmann, G.: Die schweizerischen Grossbanken, ihre Geschäftstätigkeit und wirtschaftliche Bedeutung, Zürich 1928.
- Marchi, Otto: Schweizer Geschichte für Ketzer oder Die wundersame Entstehung der Eidgenossenschaft, Zürich 1971.
- Marcus, Walter: Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Stadtmusik Schaffhausen 1869-1969, Schaffhausen (1969).
- Maschinenfabrik Oerlikon 1876-1926, als Manuskript gedruckt, Zürich 1926.
- Muralt, Johannes von: Die parlamentarische Immunität in Deutschland und der Schweiz, Diss. iur. Zürich 1902.
- Mysyrowicz, Ladislav: Université et révolution, les étudiants d'Europe Orientale à Geneve au temps de Plékhanov et de Lénine, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, H.4, 1975, S. 514-562.
- v. Napolski, Friedrich: Der Weg zum ersten Handelsvertrag zwischen der Schweiz und Deutschland, hrsg. als Festgabe der Arbeitsgemeinschaft der Geschäftsführer von Auslandshandelskammern, Bergisch Gladbach 1961.
- Oesch, Hans: Die Musik-Akademie der Stadt Basel. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen der Musikschule Basel 1867-1967, Basel (1967).
- Rahn, Bernhard: Impressionen vom Kaiserbesuch Wilhelms II. in der Schweiz 3.-6. Sept. 1912, in: Zürcher Taschenbuch auf das Jahr 1958, 78. Jg., Zürich 1957, S. 140-158.
- Rose, Edmund: Der Zürcher Hülfzug zum Schlachtfeld bei Beifort, Zürich 1871.
- Schmidt, Peter Heinrich: Fünfzig Jahre schweizerisch-deutscher Wirtschaftsbeziehungen (1871-1921). Vortrag, gehalten vor der ausserordentlichen Mitgliederversammlung der Deutschen Handelskammer in der Schweiz zu Basel am 20. April 1921, Basel 1921.
- Schmidt, Peter Heinrich: Die Schweiz und die europäische Handelspolitik, Zürich 1914.
- Schoeller, Arthur: Denkschrift über Marschwitz, Fideikommiss der Familie Schoeller, Privatdruck, Zürich 1916.
- Die Schweiz und Deutschland. Eine politische Betrachtung von einem Deutschen, Freiburg i. B. 1889.
- Stegmann, Dirk: Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschlands. Sammlungspolitik 1847-1948, Köln-Berlin 1970.
- Strasser, Karl: Die deutschen Banken im Ausland. Entwicklungsgeschichte und wirtschaftliche

- Bedeutung, München 1924.
- Stucki, Lorenz: Das heimliche Imperium. Wie die Schweiz reich wurde, Bern 1968.
- Unold, Johannes: Wie das Wahlrecht war, wie es ist, und wie es, zumal in den deutschen Einzelstaaten, werden soll! Leipzig 1904.
- Waltisbühl, Rudolf: Die Bekämpfung des Landstreicher- und Landfahrentums in der Schweiz. Eine Untersuchung der rechtlichen und soziologischen Stellung der Nichtsesshaften in der Schweiz, Diss. iur. Zürich 1944. Aarau 1944.
- (Walz, Fritz:) Staatsstreich oder Reformen! Erstes Buch, erster Teil: Verfassungs-Reform, Wahl-Reform, Reform der Interessen-Vertretung, Verwaltungs-Reform. Politisches Reformbuch für alle Deutschen, verfasst von einem Ausland-Deutschen, Zürich 1904.
- (Walz, Fritz:) Staatsstreich oder Reformen! Erstes Buch, zweiter Teil: Die deutsche Justiz-Reform der Zukunft, verfasst von einem Ausland-Deutschen, Zürich 1904.
- (Walz, Fritz:) Staatsstreich oder Reformen! Zweites Buch, zweiter Teil: Deutsche Kolonial-Reform, verfasst von einem Ausland-Deutschen, Zürich 1905.
- (Walz, Fritz:) Staatsstreich oder Reformen! Dritter Teil: Die deutsche Finanz-Reform der Zukunft, von einem Ausland-Deutschen, Zürich 1906.
- (Walz, Fritz:) Die Presse und die Deutsche Weltpolitik, von einem Ausland-Deutschen, Zürich 1906.
- (Walz, Fritz:) Staatsstreich oder Reformen! Deutsche Wehr-Politik der Zukunft, von einem Ausland-Deutschen, Zürich 1908.
- (Walz, Fritz:) Ungelöste Lebensfragen für das deutsche Volk. Politische Betrachtungen eines Auslandsdeutschen, Zürich 1914.
- Wankmüller, Armin: Die Einwanderung deutscher Apotheker nach Graubünden im 19. Jahrhundert (Tübinger apothekengeschichtliche Abhandlungen, H.6); Sonderdruck aus: Deutsche Apotheker-Zeitung, Stuttgart, 103. Jg., 1963, Nr. 37, S. 1175-1183. Wichtl, Friedrich: Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik. Eine Untersuchung über Ursprung und Endziele des Weltkrieges, München 1919.
- Wild, Albert/Schmid, C. A.: Vademecum für Armenpfleger, Zürich 1902. (zit. Vademecum).
- Wild, Albert: Das organisierte freiwillige Armenwesen in der Schweiz, Zürich 1914.
- Wulfsohn, Leo/Wernle, Gabriel: L'Evasion des Capitaux Allemands, Paris 1923.

Teil VIII: Demographie

- Ammann, Hektor: Die Italiener in der Schweiz. Ein Beitrag zur Fremdenfrage, Basel 1917.
- Banz, Marcel: Die deutschen und französischen Grenzgänger auf dem baselstädtischen Arbeitsmarkt, Diss. Basel 1964.
- Gsell, Emil: Die eidgenössische Wanderungsstatistik und ihre Berufsgliederung, in: Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft, 65. Jg., H.2, 1929, S. 263 f.
- Keyser, Erich: Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Leipzig 1941.
- Langhard, Johannes: Das Niederlassungsrecht der Ausländer in der Schweiz, Zürich 1913.
- Schlaepfer, Rudolf: Die Ausländerfrage in der Schweiz vor dem Ersten Weltkrieg, Diss. phil. I, Zürich 1969.
- Stoll, FL: Der Verlust des Schweizerbürgerrechtes, Diss. iur. Zürich, 1888.
- Wyler, Julius: Die Demographie der Ausländer in der Schweiz, Bern 1921.

III BILDNACHWEIS

	nach Seite
Tafel 1.....	64
<i>Titelseite eines Separatabdrucks.</i>	
Blocher, Eduard: Sind wir Deutsche? SA aus: Wissen und Leben, H. 8 v. 15. Jan. 1910.	
Tafel 2.....	64
<i>Broschürentitelseite.</i>	
Vetter, Ferdinand: Die Schweiz – eine «deutsche Provinz»? Meine Nürnberger Rede und ihre Folgen. Ein Bekenntnis und eine Abrechnung, Berlin 1902.	
Tafel 3.....	80
<i>Zahlungsavis der Disconto-Gesellschaft Berlin i. A. des VDA v. 12. Dez. 1913 mit Vermerk «für die deutsche Schule im Jura».</i>	
Nachlass Eduard Blocher-Wiegand, Familienarchiv W. Blocher, Wald ZH, Dossier III 2 A.	
Tafel 4.....	80
<i>Karte: «Das Deutschtum in Mitteleuropa».</i>	
Haushofer, Karl: Weltpolitik von heute, Berlin 1934, S. 12.	
Tafel 5.....	112
<i>Porträt von Wilhelm Weitling.</i>	
Spiess, Emil: Illustrierte Geschichte der Schweiz, Bd. 3, Zürich 1961, S. 156.	
Tafel 6.....	112
<i>Titelseiten von drei Broschüren; erste Seite der Zeitschrift «Das Nordlicht».</i>	
Zentralbibliothek Zürich, Staatsarchiv Zürich.	
Tafel 7.....	112
<i>Statuten des «Jungen Deutschland».</i>	
Staatsarchiv Zürich, P 187.1, Fase. 26, Lessing Nr. 408.	

Tafel 8.....	. 112
<i>Porträt von Ignaz Thomas Scherr.</i>	
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.	
<i>Porträt von David Friedr. Strauss.</i>	
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.	
<i>Paradeplatz, «Züri-Putsch» 1839.</i>	
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.	
Tafel 9.....	112
<i>Porträts von Lorenz Oken, J. L. Schönlein, Ferdinand Hitzig.</i>	
Gagliardi, Ernst / Nabholz, Hans! Ströhl, Jean: Die Universität Zürich 1833-1933 und ihre Vorläufer, Festschrift, Zürich 1938, S. 256, 272, 344.	
<i>Porträt von Ludwig Snell.</i>	
Haag, Fr.: Die Sturm- und Drang-Periode der Bernischen Hochschule 1834-1854, Bern 1914, S. 64.	
Tafel 10	112
<i>Porträts von Philipp Friedrich Wilhelm Vogt, P. J. Siebenpfeiffer, Friedrich Kortüm, Johann Wilhelm Snell.</i>	
Haag, Fr.: Die Sturm- und Drang-Periode der Bernischen Hochschule 1834-1854, Bern 1914, S. 32,16,122, 44.	
Tafeln	128
<i>Das Guckkasten-Lied vom grossen Hecker.</i>	
Blum, Hans: Die deutsche Revolution 1848-49, Leipzig 1898, S. 244.	
Tafel 12	128
<i>«Wiedersehen deutscher Republikaner in Schaffhausen am 4. Juni 1848.»</i>	
Blum, Hans: Die deutsche Revolution 1848-49, Leipzig 1898, S. 244.	
Tafel 13	128
<i>Rundschreiben des «Centralausschusses der deutschen Legion aus der Schweiz in Biel» v. 1. Juni 1848.</i>	
Bundesarchiv Bern, Justiz, Flüchtlinge 1848-95, Schachtel 41.	
<i>Schuldschein des Wehrbundes «Hilf Dir».</i>	
Bundesarchiv Bern, Justiz, Flüchtlinge 1848-95, Schachtel 41.	

Tafel 14	128
<i>Porträt von Carl Vogt.</i>	
Blum, Hans: Die deutsche Revolution 1848-49, Leipzig 1898, S. 372.	
<i>Porträt von Gottfried Kinkel.</i>	
Blum, Hans: Die deutsche Revolution 1848-49, Leipzig 1898, S. 464.	
<i>Porträt von Johann Philipp Becker.</i>	
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.	
<i>Porträt von Wilhelm Liebknecht.</i>	
Die Befreiung der Menschheit. Freiheitsidee in Vergangenheit und Gegenwart, hrsg. v. Ignaz Jezower, Berlin 1921, S. 72.	
Tafel 15	144
<i>Karikatur «Bundesrätliches Walhalla».</i>	
«Der Guckkasten», 11. August 1849.	
Tafel 16	144
<i>Namensliste der durch den Bundesratsbeschluss vom 22. März 1850</i>	
<i>Ausgewiesenen.</i>	
Staatsarchiv Zürich, Dossier P 187.1.	
Tafel 17	160
<i>Flugblatt zur «Münzrevolution», Bern 1851.</i>	
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.	
Tafel 18	160
<i>Porträt von Georg Fein.</i>	
Weisz, Leo: Die Redaktoren der Neuen Zürcher Zeitung bis zur Gründung des Bundesstaates 1780-1848, Bd. 1, Zürich 1961, S. 153.	
<i>Porträt von Hermann Schulze-Delitzsch.</i>	
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.	
<i>Deutscher Arbeiter Verein in Schaffhausen, Photo v. 18. Nov. 1868.</i>	
Staatsarchiv Schaffhausen, D IO 2, 84.	
Tafel 19	176
<i>Porträt und Denkmal von Heinrich Simon.</i>	
Beilage zum «Sarganserländer», Mels, Nr. 101 v. 2. Sept. 1960.	
Tafel 20	176
<i>Porträt von Herman Greulich.</i>	
Weckerle, Eduard: Herman Greulich. Ein Sohn des Volkes, Zürich 1947, S. 29.	
<i>Porträt von Robert Seidel.</i>	
Heeb, Friedrich: Der schweizerische Gewerkschaftsbund 1880-1930, Bern 1930, S. 185.	

Porträt von Friedrich Albert Lange.
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.

Porträt von Gustav Vogt.

Weisz, Leo: Die Neue Zürcher Zeitung auf dem Weg zum freisinnigen Standort 1
872-1885, Bd. III, Zürich 1965, S. 213.

Tafel 21 176

Vierter internationaler Arbeiter-Kongress, Basel 1869.

Heeb, Friedrich: Der schweizerische Gewerkschaftsbund 1880-1930, Bern 1930, S. 32.

Tafel 22 176

Probenummer des «Felleisen» v. Juli 1862.

Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern.

Tafel 23 192

Politisches Pamphlet von 1850.

Burgerbibliothek Bern, Mss. hist. helv. XV. 57.

Tafel 24 192

Porträt von Beat Rudolf von Lerber.

Burgerbibliothek, Bern, Photo-Negativ Nr. 2371.

Porträt von Karl Friedrich Rheinwald.

Haag, Fr.: Die Sturm- und Drang-Periode der Bernischen Hochschule 1834-1854, Bern 1914,
S. 258.

Politisches Pamphlet von 1850.

Burgerbibliothek, Bern, Mss. hist. helv. XV. 57.

Tafel 25 208

Einladungen zur Reichsgründungsfeier in Zürich.

Tagblatt der Stadt Zürich v. 31. Januar und 3. März 1871.

Tafel 26 208

Autographiertes Zirkular von R. Krauer, Febr. 1871.

Staatsarchiv Zürich, Mappe M 1c.

Tafel 27 208

Alte «Fonhalle» Zürich.

Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.

Porträt von Heinrich Fick.

Fick, Helene: Heinrich Fick. Ein Lebensbild, Bd. 1, Zürich 1897, S. 2.

Porträt von Johannes Wislicenus.
Dokumentationsstelle für Universitätsgeschichte, Zürich.

Tafel 28 208
«Kundmachung» v. 11. März 1871.
Staatsarchiv Zürich, Mappe M 1c.

Tafel 29 208
Bild und Steckbrief Richard Wagners; Villa Tribschen bei Luzern.
Illustrierter Beobachter v. 11. Febr. 1933.

Tafel 30 208
Villa Wesendonck.

Richard Wagner an Mathilde und Otto Wesendonck. Tagebuchblätter und Briefe,
hrsg. v. Julius Kapp, Leipzig o. J., S. 128.

Porträt von Mathilde und Otto Wesendonck.
Archiv Mariafeld.

Tafel 31 208
Landgut Mariafeld 1835. Gemälde von Rudolf Bühlmann.
Privatbesitz Mariafeld.

Porträt von Eliza und François Wille.
Archiv Mariafeld.

Tafel 32 208
«Germania-Hügel», Zürich.
Baugeschichtliches Archiv der Stadt Zürich.
Porträt von Gottfried Keller.
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.
Porträt von Adolf Gusserow.
Dokumentationsstelle für Universitätsgeschichte, Zürich.

Tafel 33 240
Gedenknummer für Hermann Stellmacher.
Freiheit, Nr. 33 v. 16. August 1884, Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern.

Tafel 34 240

Manifest des «Landesausschuss der deutschen Sozialisten der Schweiz».
Der Sozialdemokrat, Nr. 27 v. 6. Juli 1889, Archiv des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Bern.

Tafel 35	272
<i>Porträt von Karl Hauptmann.</i>	
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.	
<i>Porträt von Karl Henckell.</i>	
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung, Photo Johann Meiner.	
<i>Porträt von Frank Wedekind.</i>	
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.	
<i>Porträt von Ricarda Huch.</i>	
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.	
Tafel 36	272
<i>Zürcher Studentinnen, Karikatur von 1894.</i>	
Klinicisten Bier-Zeitung, Archiv der Studentenschaft der Universität Zürich.	
Tafel 37	320
<i>Werbung für das Restaurant der «Eintracht», Zürich.</i>	
Rückwärtige Umschlagseite der Jahresberichte des Arbeiterbildungs-Vereins «Eintracht» Zürich v. 1895 bzw. 1907, Zürich 1896, 1908.	
Tafel 38	320
<i>Titelseiten von Jahresberichten und Statuten der «Eintracht» Zürich.</i>	
Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich.	
Tafel 39	336
<i>Karikatur des «Carillon» zum Wohlgemuth-Handel von 1889.</i>	
Spiess, Emil: Illustrierte Geschichte der Schweiz, Bd. 3, Einsiedeln 1961, S. 254.	
<i>Mitgliedskarte der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands für Balthasar Lutz.</i>	
Schweizerisches Bundesarchiv, Bern.	
Tafel 40	336
<i>Fahndungsausschreibung betr. Alfred von Ehrenberg v. 10. Dez. 1887.</i>	
Staatsarchiv Zürich, Dossier P 239.3.	
Tafel 41	352
<i>Einladungskarte des LA v. 22. Juni 1909.</i>	

Im Besitz des Verfassers.

Ausleiheschein der Bibliothek des AAV Genf.

Katalog der Bibliothek des Allgemeinen Arbeiter-Vereins in Genf, Zürich 1896, neu bearb.
und hrsg. v. Schweizerischen Sozialarchiv, Zürich 1975.

Tafel 42 352

Werbeaufdruck der LO v. 1901.

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich, Schachtel 335/239 Z I.

Tafel 43 368

Einladung zur «Internationalen Sozialisten-Zusammenkunft»

v. 2. Aug. 1908 in Schaffhausen.

Gewerkschaftskartell Zürich, o. Sign.

Tafel 44 368

Titelbild zum Tode von Wilhelm Liebknecht.

Der Neue Postillon, Nr. 9 v. Sept. 1900.

Tafel 45 384

Die Familien Bebel und Bernstein mit Clara Zetkin und Friedrich Engels im «Löwen» zu Bendlikon 1893.

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich, Schachtel 335/182.

Ausflug auf die Ufenau mit August Bebel und Paul Singer.

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich, Schachtel 335/182.

Tafel 46 384

Deutscher Arbeiterverein La Chaux-de-Fonds.

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich.

Tafel 47 384

Porträt von Peter Heinrich Schmidt.

Hochschule St. Gallen, Bibliothek.

Porträt von Friedrich Adler.

Schweizerische Landesbibliothek, Bern.

Porträt von Heinrich Brandler.

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich.

Fritz Platten.

Turicum, Sept. 1972, S. 17 (Illustration zum Artikel von Fritz N. Platten).

Tafel 48 384

Polizeirapport v. 17. März 1910 betr. Erich Mühsam.

Staatsarchiv Zürich, Dossier P 239.10, Falte P 363.

Tafel 49	400
<i>Generalstreik in Zürich, 12. Juli 1912, morgens, vor dem Depot der Städtischen Strassenbahn.</i>	
Gross, Babette: Willi Münzenberg, Stuttgart 1967.	
<i>Maurerstreik in Winterthur; Protestversammlung auf dem Bahnhofplatz vom 8. März 1910.</i>	
Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich.	
Tafel 50	400
<i>Bebel-Begräbnis in Zürich 1913.</i>	
Zürcher Wochen-Chronik, Nr. 34 v. 23. August 1913, S. 401 ff.	
Tafel 51	416
<i>Aufruf an die Deutschen Zürichs zur Generalmobilmachung 1914.</i>	
Inserate im «Volksrecht», Zürich, v. 3., 4. und 6. August 1914.	
Tafel 52	416
<i>Deutsche Reservisten auf dem Weg nach Deutschland im August 1914.</i>	
Basel im August 1914. Eine Denk-Schrift für Jung und Alt, Basel 1914, S. 36.	
Tafel 53	448
<i>Flugblätter gegen den Gotthardvertrag und gegen die freie Niederlassung.</i>	
Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.	
Tafel 54	448
<i>Porträts von Carl Franz Bally und Henri Nestlé.</i>	
Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik, Bd. 2, Zürich 1955, S. 16, 32.	
<i>Porträt von Georg Philipp Heberlein.</i>	
Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik, Bd. 7, Zürich 1957, S. 11.	
<i>Porträt von Gustav Henckell.</i>	
Biographisches Lexikon verstorbener Schweizer, Bd. I, Basel 1947, S. 302.	
Tafel 55	496
<i>Gedenkblatt zur goldenen Hochzeit v. 25. Sept. 1899 für das Ehepaar Rudolf Schoeller-Schenkel.</i>	
Denkschrift über Marschwitz, Fideikommiss der Familie Schoeller, Zürich 1916, S. 62.	
Tafel 56	496
<i>Elektrotechnische Ausstellung Frankfurt a. M. (1891).</i>	
Schweizer Pioniere der Wirtschaft und Technik, Bd. 7, Zürich 1957, S. 75.	

Porträt von Walter Felix.

Dokumentationsstelle für Universitätsgeschichte, Zürich.

Porträt von Adolf Eugen Fick.

Dokumentationsstelle für Universitätsgeschichte, Zürich.

Tafel 57 496

Flugschrift «Deutschland wach' auf!».

Zentralbibliothek Zürich.

Tafel 58 496

Gruppenbild der «Gesellschaft deutscher Studirender» 1878/79.

Staatsarchiv Zürich, Dossier W 27, Teu 291.

F heater szenen von 1865 und 1869

Staatsarchiv Zürich, Dossier W 27, Teu 271.

Tafeln 59 und 60 528

Einweihungsfest von 1913.

Dachselt, Friedrich: Einweihungsfeier des Deutschen Altersheims in Pieterlen, Sonntag, den 8.

Juni 1913, Festbericht, erstattet in Genf an der ordentlichen Hauptversammlung v. 21. Juni 1914,

Meiringen (1914).

Tafel 61 560

Postkarte zum Kaiserbesuch von 1912.

Zentralbibliothek Zürich, Graphische Sammlung.

Tafel 62 560

Bilder zum Kaiserbesuch von 1912.

Eidgenössische Militärbibliothek, Bern, Dossier B 330 VI.

Tafel 63 560

Titelseite der «Zürcher Wochen-Chronik» zum Kaiserbesuch vom September 1912.

Zentralbibliothek Zürich.

Tafel 64 560

Titelseite Tages-Anzeiger, Zürich, Nr. 1, 2. März 1893.

Porträts von Wilhelm Girardet und Jakob Friedrich Walz.

Tages-Anzeiger Zürich, Bildarchiv.

XI Dank

Forschung ist, auch wenn sie vom Einzelnen geleistet wird, letztlich immer Teamarbeit. Archive und Bibliotheken ermöglichen die Benutzung der einschlägigen Materialien, Auskunftspersonen geben manch wertvollen Hinweis und zur Fertigstellung der Untersuchung bedarf es erneuter Hilfe, um die mit einer Drucklegung verbundenen technischen und finanziellen Schwierigkeiten zu überwinden. Im vorstehenden Quellen- und Literaturverzeichnis sind die Institutionen aufgeführt, denen ich für die Zurverfügungstellung von Akten meinen herzlichen Dank ausspreche. Hervorheben möchte ich das Bundesarchiv in Bern, dessen Leiter Herr a. Bundesarchivar Prof. Dr. Leonhard Haas und Herr Bundesarchivar Dr. Oscar Gauye sich ebenso wie das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn und hier vor allem Herr Direktor Dr. Sasse und Herr Dr. Gehling als sehr entgegenkommend erwiesen. Beide Archive ermöglichten ebenso wie das Bundesarchiv Koblenz eingehende Nachforschungen bis zum Jahr 1945, die selbst bei der nachträglichen Beschränkung auf den Zeitraum vor 1914 nützlich waren und die für eine Fortführung der Koloniegeschichte bereits eine wesentliche Vorarbeit enthalten. Sehr ergiebig waren die Bestände des Schweizerischen Sozialarchivs in Zürich, dessen Vorsteher Herr Dr. Miroslav Tucek mir bei der Suche nach noch nicht archivierten Akten seine Unterstützung lieh. Drei Bibliotheken, die im nachstehenden Verzeichnis keine Erwähnung fanden, erleichterten mir durch ihre vorzüglichen Dienstleistungen die Benutzung der umfangreichen Sekundärliteratur sowie zahlreicher Zeitungsbinden: die Schweizerische Landesbibliothek in Bern, die Deutsche Staatsbibliothek in Berlin und die Kantonsbibliothek Frauenfeld. Als beispielgebend möchte ich Herrn Pfarrer Wolfram Blocher in Wald ZH erwähnen, der unter Hintanstellung persönlicher Bedenken mir seine Privatakten zur wissenschaftlichen Auswertung zugänglich gemacht hat.

Das vorliegende Buch ist aus einer Dissertation herausgewachsen, für deren Betreuung und Begutachtung ich Herrn Prof. Dr. Werner Ganz meinen herzlichsten Dank abstatten möchte. Indem er mir die Freiheit liess, nicht die Doktorarbeit, sondern die Bewältigung einer faszinierenden, aber weitreichenden Thematik als das primäre Ziel zu setzen, wurde diese Arbeit überhaupt erst möglich. Auch nach dem Studienabschluss war es mein Bestreben, durch neue Quellenforschungen und durch

die ständige Aufarbeitung der neuesten Literatur die Untersuchung zu bereichern und zu vertiefen. Als nach dem Ausscheiden von Herrn Nationalrat Otto Schütz das Zürcher Gewerkschaftskartell eine neue Leitung erhielt, wurden wichtige Akten der Arbeiterunion Zürich, des Arbeiterbildungsvereins «Eintracht» Zürich und des «Österreichisch-Ungarischen Arbeiterbildungsvereins Zürich» zugänglich, die unbedingt miteinzubeziehen waren. Bei der Suche nach Illustrationsmaterial erfuhr ich von Herrn Dr. Jürg Wille, Feldmeilen, wertvolle Hilfe.

Dafür, dass mir noch Zeit für diese zusätzlichen Arbeiten blieb, bin ich Herrn Prof. Dr. Jean-François Bergier vom Institut für Geschichte der ETH-Zürich sehr zu Dank verbunden, hat er doch durch sein Entgegenkommen und sein Interesse die Fertigstellung dieses Buches wesentlich gefördert. Für die Reinschrift des Manuskriptes durfte ich auf die Mitarbeit von Frau Imelda Heuberger und vorübergehend von Fräulein Brigitta Maier zählen. In erster Linie gilt mein Dank meinen Eltern, die mir beim Lesen der Druckfahnen und beim Erstellen des Registers halfen. Ihnen gebührt ein Wort der Dankbarkeit, das über dieses Buch hinausführt.

Ein Stipendium des Deutschen Akademischen Austauschdienstes ermöglichte mir eingehendere Forschungen sowohl in West- wie in Ost-Berlin. Ein die Drucklegung befürwortendes Gutachten haben die Herren Prof. Dr. Jean-François Bergier, Prof. Dr. Edgar Bonjour, Prof. Dr. Werner Ganz, Prof. Dr. Ernst Meyer f und Prof. Dr. Peter Stadler erstellt. Für ihre Prüfung des Manuskriptes danke ich ihnen verbindlich. Ohne einen namhaften Beitrag des Schweizerischen Nationalfonds wäre es nicht möglich gewesen, dieses Buch den interessierten Personen und Institutionen zu einem vertretbaren Preis vorzulegen.

Da ich für die zahlreichen Auskünfte und Hinweise, die mir während der vergangenen Jahre zukamen, hier nicht einzeln danken kann, möchte ich auf die namentliche Verdankung in den Anmerkungen aufmerksam machen.

Dem Verlag Huber in Frauenfeld bin ich ebenso wie der Druckerei Baumann AG in Menziken für ihre Sorgfalt verbunden, die sie der Herausgabe dieses Buches angedeihen liessen. Meinem Verleger Herrn Dr. Peter Keckeis weiss ich mich zu herzlichstem Dank verpflichtet. Er hat dieses Buchprojekt schon vor Jahren mit reger Anteilnahme gefördert, und seinem Engagement ist es denn auch zu verdanken, wenn die Buchausstattung wohl gelungen ist und durch eine reiche Illustrierung belebt wird.

Stein am Rhein, Juni 1976

Klaus Urner

XII Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt, Berlin
AAbV	Allgemeiner Arbeiterbildungsverein
AAV	Allgemeiner Arbeiterverein
AbV	Arbeiterbildungsverein
ADB	Allgemeine Deutsche Biographie, Leipzig 1875 ff.
AEG	Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft, Berlin
A. O.	Auslandorganisation der NSDAP
Art.	Artikel
AS	Amtliche Sammlung der Bundesgesetze und Verordnungen (Eidg. Gesetzessammlung)
AU	Arbeiterunion
AV	Alldeutscher Verband
BA-B	Bundesarchiv Bern
BA-K	Bundesarchiv Koblenz
BBC	Brown, Boveri & Cie, Baden
BBl	Bundesblatt der schweizerischen Eidgenossenschaft
BBV	Basler Bankverein
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BIGA	Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Bern
BV	Bundesverfassung
DABV	Deutscher Arbeiter-Bildungs-Verein in der Schweiz
DAbV	Deutscher Arbeiterbildungsverein
DAV	Deutscher Arbeiterverein
DHV	Deutscher Hilfsverein
DKV	Deutscher Kolonialverein
EPD	Eidgenössisches Politisches Departement
ETH	Eidgenössische Technische Hochschule, Zürich
GKZ	Gewerkschaftskartell Zürich
GV	Generalversammlung
HZ	Historische Zeitschrift
IAA	Internationale Arbeiterassoziation
IAV	Internationaler Arbeiterverein
Jb.	Jahresbericht
JD	Junges Deutschland
JPD	Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, Bern
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
Kt.	Kanton
LO	Landesorganisation
MS	Manuskript

NF	Neue Folge
NL	Nachlass
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OG	Ortsgruppe
PA-B	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn
SA	Sonderabdruck
SBV	Schweizerischer Bankverein
SMUV	Schweizerischer Metall- und Uhrenarbeiter-Verband
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SPS	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SSA-ZH	Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich
St.A.	Staatsarchiv
SZG	Schweizerische Zeitschrift für Geschichte
VDA	Verein für das Deutschtum im Ausland
VR	Volksrecht, Zürich
ZB	Zentralbibliothek, Zürich
ZBV	Zürcher Bankverein
ZV DHV	Zentralverein der deutschen Hilfsvereine in der Schweiz

ABKÜRZUNGEN DER SCHWEIZERISCHEN KANTONE

AG	Aargau	'OW	Obwalden
AI	Appenzell I.-Rh.	!SG	St. Gallen
AR	Appenzell A.-Rh.	!SH	Schaffhausen
BE	Bern	-SO	Solothurn
BL	Baselland	'SZ	Schwyz
BS	Baselstadt	TG	Thurgau
FR	Freiburg	TI	Tessin
GE	Genf	UR	Uri
GL	Glarus	VD	Waadt
GR	Graubünden	VS	Wallis
LU	Luzern	ZG	Zug
NE	Neuenburg	ZH	Zürich
NW	Nidwalden		

XIII Register

1. Personenregister*

* Kursive Zahlen verweisen auf die nach der angegebenen Textseite folgenden Bilder.

- Abegg-Arter Carl 457
Ackert Conrad 151
Adels, Soldat 240, 244
Adler Friedrich 291 ff., 318, 329 ff., 332 f., 345 f., 357 ff., 361, 367 f., 377, 384, 400, 409, 412, 713, 715, 720, 724
Adler, Viktor 291, 306 f., 348, 631
Ahr Paul 653
Ahrens Heinrich 547
Albert Robert 396, 418, 733
Albert Rudolf 400, 428
v. Albertini Rudolf 680
Alexander II. 237, 686
Altmeyer-Schmidt Lisel 712
Amerbach Johannes 96
Ammann Hektor 89, 91, 634 f.
Anneke Friedrich 650
Arendt, Hanna 31
Arendt Otto 536
Arndt Ernst Moritz 54 ff., 74, 103
Aschupp, Alfred 359, 736
Askanacy Max 565
Audorf Jakob 155, 654
Auer Ignaz 253 f., 686
Avenarius Richard 268, 270, 523, 703
Axelrod Tobias L. 739
- Bachem Arthur 450
Badeni Kasimir Graf 290
Baer Emil 623
Baginsky Max 275, 277 f., 280, 708
Bakunin Michael 232, 234, 246, 279, 354, 664, 688
Balabanoff Angelica 735
Bally Carl Franz 446, 448
Bally Franz Ulrich 446
Balsler Frolinde 142, 648, 650
Bamberger Ludwig 660
Baer Emil 623
Bär Julius 489
Barni Jules 165
Barth 358
Barth Carl Theodor 110
Barth Karl 31, 35, 617
Bassermann Friedrich 116
- Bauer Bruno 103
Bauer Karoline 206, 680
Baur Johannes 461
Bebel August 153, 170, 172, 179, 229, 239, 248, 253 f., 256, 270, 275, 277 f., 307, 309, 318, 347, 384, 399, 400, 657, 661, 686, 699, 709, 734 f.
Becher August 144
Beck Emil 264 f., 287 ff., 344, 358
Becker Johann Philipp 120, 122, 124, 128, 142, 159 f., 165, 167, 170, 173, 177, 180, 230 f., 646, 650, 661, 664 ff., 674
Becker Otto 34, 123, 127
Belli Joseph 249, 258
Benndorf Otto 221, 684
Berghoff-Ising Franz 141 f., 163, 168, 177, 226, 230, 265
Bergier Jean-François 818
Bernold Oberst 156, 207
Bernstein Eduard 214 f., 248, 262, 275, 277, 309, 313, 346, 698, 716
Bertheau Karl 631
Bertram Peter 357, 732
Beust Friedrich von 166, 650, 661
Biener Matthias 96
Bigler Rolf R. 230
Bismarck Otto, Fürst von 31, 34 ff., 41, 178, 206, 210, 226, 229, 235, 247, 258, 438 ff., 494, 496, 498 f., 524 f., 559, 618, 621, 627, 700
Bismarck Marie, Gräfin von 516
Blei Franz 267 f., 271, 273, 276, 282, 707, 711, 714
Blind Heinrich 491
Blöch Ferdinand 241
Blocher Eduard 64, 76, 78-91, 633, 634 f.
Blocher Hermann 560
Blocher Wolfram 632, 817
Blos Wilhelm 255
Bluhm Agnes 268, 270, 752
Blümner Hugo 494 f., 498, 524
Bluntschli Johann Caspar 101, 103, 542, 643
Bobrik Eduard 102, 106, 127, 199 f., 202 ff., 466, 675
Bock Charles 273

Bock Max 359, 362, 364, 367, 393, 724, 726,
 728, 732
 Böckh Richard 42, 58, 74, 630
 Böcklin Arnold 704
 Bodmer Johann Jakob 53
 Böhm G., Ritter von 528
 Böhmert Karl Viktor 462
 Bolley Pompejus Alexander 206, 679, 682
 Bölsche Wilhelm 269, 270
 Bonhard Otto 72
 Bonjour Edgar 499, 625, 687, 818
 Boretius Alfred 222
 Born Stephan 648, 650, 677
 Börne Ludwig 266
 Borst A. 159, 165
 Böschenstein Hermann 634
 Bouvier Paul 632
 Boveri Walter 447
 Brahms Johannes 680
 Brandler Heinrich 322, 356, 373, 375 ff., 384,
 396, 412, 414 ff., 418, 732 f.
 Brann Julius 461
 Braunthal Julius 291 f.
 Breidenstein August 110
 Breidenstein Friedrich 110
 Brentano Lorenz 651
 Brettauer L., Generalkonsul 455
 Bronski Mieczyslaw 739
 Brousse Paul 232 ff., 240, 688 ff.
 Brown Charles E.L. 447
 Brugger Otto 141
 Bruhn Karl von 650
 Bruhn Max 733
 Brunnemann Karl 651
 Brupbacher Fritz 264, 285, 318, 348, 350, 354,
 373, 393, 396 f., 403 f., 427, 703 f., 710, 727
 f., 734
 Büchner Georg 107, 501, 522
 Büdinger Max 222
 Buek Otto 285
 Bühler-Honegger J. H. 453
 Bühler Wilhelm 238, 692
 Bullinger Heinrich 97
 Bülow Alfred von 492, 555, 755
 Bülow Otto von, Gesandter 449, 492, 500
 Burchard H., Konsul 527
 Burckhardt Jakob 499, 615
 Bürkli Karl 166, 173, 219, 664, 683
 Büsser Marie 303
 Büttner Karl 183
 Caprivi Leo, Graf von 440, 529
 Choulat Edmont 86
 Class Heinrich 73, 617 ff., 630
 Cohn Oskar 735
 Coninx Otto K. 556
 Conze Werner 142 f., 181, 648, 668
 Konzett Conrad 317, 698 f.
 Cratz Karl 113
 Dachzelt Friedrich 527 f.
 Daffner Max 122, 646
 Daverio Luigi Ercole 200, 675 f.
 Deiber Johann 233
 Delay Karl 359
 Delcassé Theophile 542
 Denk Johannes 97
 Derossi Karl 249
 Diesel Rudolf 450
 Dietschy Theodor 707
 Dlubek Rolf 142
 Dobreff Peter 359
 Dodel-Port Arnold 314
 Döleke Hermann 113 f.
 Domela-Nieuwenhuis Ferdinand 281, 354,
 708, 724
 Dostojewski Fedor 59
 Dubs Jakob 205 474
 Duhm Bernhard 565
 Duncker Franz 466
 Dürer Albrecht 67
 Dürst Hans 631
 Dusch, Freiherr von 471
 Dutschke Rudi 696
 Eckhardt Ludwig 169
 Ehrenberg Alfred von 336, 687, 695
 Ehrenberg Richard 547, 759
 Ehrhardt Friedrich Gustav 112
 Eidenbenz Anna 555
 Einstein Albert 291, 712
 Eisert Heinrich 241
 Eisner Kurt 737
 Elisabeth, Kaiserin 284
 Engels Friedrich 248 f., 271, 384, 647
 Erhart 643
 Ermann Heinrich 502-514, 537
 Ermatinger Emil 65
 Ernst Heinrich 355
 Ernst II., Herzog von Sachsen-Coburg-
 Gotha 157
 Escher Alfred 205, 677, 744

Etter Martin 695
 Ettmüller Ludwig 206
 Exner Adolf 208,210,222
 Eysoldt Anna 268

 Faas-Hardegger Margarete 284, 709 f.
 Faber du Faur, Generalkonsul 562
 Falk Karl 244
 Falkenstein Julius 75
 Farbstein David 395, 733
 Fasthenrat Rudolf 84
 Fazy James 144
 Fehr, Oberst 561
 Feigenwinther Ernst 739
 Fein Georg 103, 111, 151, 152, 155, 158, 160,
 164, 654, 656, 657
 Felix Walther, Prof. Dr. med. 496, 531, 537
 Felix Walther, Dipl.Ing. 756
 Fellenberg Philipp Emanuel von 102
 Feller Richard 675
 Feltgen Eduard 527
 Fendrich Anton 273, 705
 Fest Joachim C. 39
 Feuz Ernst 141
 Fick Adolf, Physiologe 70, 205, 213, 498, 530,
 678
 Fick Adolf Eugen 496, 530-539, 630, 678, 757
 Fick Heinrich 59, 105, 146, 205, 208, 212 f.,
 215, 217, 530, 628, 678 ff., 682 f.
 Fick Helene 105, 217, 683
 Fickler Joseph 651
 Fierz-Landis C. 455
 Filsinger R. 514
 Finus Richard 303
 Fischer Bernhard Friedrich 453
 Fischer Fritz 41
 Fischer Jakob 229
 Fischer Richard 249, 254, 264, 699, 738
 Follen August Adolf Ludwig 99, 103, 640
 Follen Karl 99 f., 638
 Forel August 268, 273, 314, 411 f., 507, 752
 Forrer Ludwig 498, 560, 564
 Förster Friedrich Wilhelm 314, 711
 Förster Wilhelm 711
 Fourier Charles 173
 Francke Alexander 461
 Francke August Hermann 98
 Frank W. 359
 Franken Carl 754
 Franz Jakob 666

 Frapan Ilse 268
 Frei Adolf 50
 Frei Richard 723
 Frey Emil 559
 Freytag Willy 635
 Frick Ernst 285
 Friedeberg Raphael 285
 Friedmann Carl 564
 Friedrich L, Grossherzog von Baden 157
 Friedrich II., der Grosse 31, 33
 Friedrich III., Kaiser 524, 703
 Friedrich Wilhelm IV. 117
 Frisch Math. 358
 Fritsch Theodor 550 f.
 Froebel Julius 103, 114,127, 639 f.
 Froebel Karl 650
 Frobenius Johannes 96
 Fröhlich Martin 678
 Frohme Karl Franz Egon 254
 Frölich Paul 377
 Froschauer Christoph 96
 Funk Fritz 447
 Furrer Jonas, Bundesrat 131
 Furrer Konrad 314
 Fürstenberg Carl 457, 458

 Galeer Albert 113
 Ganz Werner 639, 817 f.
 Garibaldi Giuseppe 157, 655, 664
 Garraux Emil F. 78, 80-89, 634
 Gaule Justus 270, 273
 Gauye Oscar 817
 Gehling Theodor 817
 Geiser Alfred 86, 634
 Geldner Karl 449
 Gennert E. 358
 Georg V., König v. Hannover 473
 Gerlach Antje 142, 651
 Germanischkaja Kathia 291
 Gervasius 97
 Gessner Salomon 53
 Giesker Heinrich 124, 206, 680
 Girardet Wilhelm 556, 560
 Glöckner O. 359, 736
 Gobineau Arthur, Graf von 69, 546, 629
 Goedel Karl 528
 Godet Philippe 632
 Goegg Amand 123, 168, 174 f., 651, 655,
 663 f., 670
 Goldberger L. M. 455
 Gonzenbach Karl von 744

Goethe Johann Wolfgang von 53, 67, 214, 313
 Görres Joseph 53, 55 f., 59, 624
 Graber Albert 233
 Graiff August 447
 Grauheding-Walz Elisabeth 762
 Greulich Herman 158, 166, 168, 170 ff., 174,
 176, 177 f., 180, 182 ff., 212, 230 f., 233 f.,
 261, 278, 286, 307 f., 317 f., 344 f., 350, 357,
 373 f., 382, 390, 412, 418, 566, 659, 663 f.,
 666 f.
 Gridazzi Mario 264
 Grillenberger Karl 254, 686
 Grimm Bruno 49, 50
 Grimm Robert 308, 354, 374, 398, 413, 418, 728
 Groh Dieter 143, 181, 668
 Gröninger Christian 447
 Groos Wilhelm 88
 Gruner Erich 142, 163, 171, 176, 648, 650, 652,
 665, 668 f., 690
 Grynäus Simon 96
 Gschwind Stephan 706
 Gubick A. 358
 Guggenbühl Adolf 622
 Guggenheim Kurt 433, 462
 Guillaume James 232, 715
 Gunten Peter von 688
 Gusserow Adolf 64, 208, 210, 222
 Gutschmann Bruno 233, 666
 Güttinger Georg 440
 Gutzkow Karl 266
 Guyer-Zeller Adolf 452

 Haas Leonhard 817
 Haeberli H. 672
 Haeckel Ernst 314, 629
 Hagmann Ulrich Friedrich 764
 Haller Albrecht von 53
 Haller Berchtold 96
 Hansemann David 625
 Harder Ernst 83
 Haring Theodor 754
 Hartleben Otto Erich 271, 704
 Hartmann Eduard von 547
 Hartmann Moritz 145
 Hartung Hermann 177 f., 180, 183, 212, 666
 Hasenclever Wilhelm 255
 Hasse Ernst 35-41, 45, 71, 73, 91, 537, 617 ff.,
 630, 757
 Hasse Karl Ewald 104 f.

 Hattemer Heinrich 646
 Haug Eduard 303
 Haupt Christian 228, 239, 256
 Hauptmann Carl 268 f., 272, 703
 Hauptmann Gerhart 267-271, 704
 Hauser Peter 695
 Hauth Emil 307, 317, 351, 353, 723 f., 732,
 738
 Heberlein Georg Philipp 446, 448, 486
 Hecker Friedrich 122, 193, 197
 Heckert Fritz 357, 359, 373, 376 f., 412 ff.
 Heeb Friedrich 163
 Hegar Friedrich 754
 Heierli Jakob 717
 Heilmann Ludwig 239, 246
 Heine Heinrich 266, 351
 Heinemann Gustav 15
 Heinzen Karl 194, 651
 Henckell Gustav 269, 447, 448
 Henckell Karl 269, 270, 272, 273
 Henneberg Gustav 443, 488, 749, 762 f.
 Hepner Adolf 172, 179
 Herbig Molly 703
 Herder Johann Gottfried 27, 33
 Herter August 254
 Herwegh Georg 96, 103, 107, 114, 116, 122,
 146, 155, 206, 302, 657, 674, 714 f.
 Herzen Alexander 510
 Herzen Alexander Iwanowitsch 510
 Herzen Nicolas 507, 510 ff.
 Hess J. J. 112
 Heuberger Imelda 818
 Fleuss Robert 487
 Heydt Karl von der 537
 Heymann Robert 285
 Hildebrandt Bruno 144, 146
 Hille Peter 269
 Hindenburg Paul von 31
 Hinrichsen Otto 273, 704, 706
 Flintz Ferdinand 566
 Hintze Friedrich 392
 Hirsch Karl 248
 Hirschböck Rudolf 733, 739
 Hitler Adolf 31, 39, 41, 44, 49, 90, 242,
 635 f., 694
 Hitzig Ferdinand 102, 112
 Hoch Gustav 272, 273, 307
 Höchberg Karl 248, 249, 697
 Hochdörfer Heinrich 113
 Hödel Emil Heinrich Max 234
 Hodler Ferdinand 424, 738

Hoffmann Adolf 308
 Hoffmann von Fallersleben August Heinrich
 103, 485
 Hohenlohe-Landenberg Hermann, Fürst von
 556
 Höhn Reinhard 142
 Hohnloser K. 322
 Holbein Ambrosius 96
 Holbein Hans 96
 Holz Arno 271
 Holzmann Johannes 285
 Holzmann Lisa 704
 Hornauer Ernst Moritz 487
 Hubalek Claus 693
 Huber Kurt 71, 676
 Huch Ricarda 50, 268, 272, 705, 706
 Huft Wilhelm 244
 Hugenberg Alfred 533 ff., 556
 Huggler August 418
 Humbel Kurt 615
 Hundeshagen Karl B. 102
 Hunziker Guido 29
 Hurter-Furrer Julia 762
 Hutten Ulrich von 96

Isler-Schmidt Margarethe 712
 Itzstein Johann Adam von 145

Jacobi Leopold 273
 Jacoby Johann 156 f., 169, 179, 199, 655, 664,
 667
 Jadassohn Joseph 565
 Jaffé J. 359, 361 f., 404, 409
 Jahn Friedrich Ludwig 27, 53 f., 103
 Jahnz Hermann Erwin 450
 Jaklenec Thomas 359
 Jenatsch Georg 97
 Jenny Caspar 453
 Joli James 284
 Joos Eduard 692
 Jost Hans Ulrich 23, 615
 Jung Hermann 668

Kachelhofer Karl 689
 Kaegi Werner 616
 Kahlbaum Kaufmann 746
 Kaiser Otto 392, 731 f.
 Kaltenbach, Polizeinspektor 238, 244
 Kammerer Anton 230, 241, 243 f., 246, 694,
 696
 Kampffmeyer Paul 272 f., 275

Kämppler G. 343
 Karfunkelstein Werner 285
 Karlen Johann 145
 Karlstadt Andreas 97
 Karpeles, Dr. 306
 Katharina II 42
 Kaettner Arthur 359
 Katz 358
 Kaufmann Joseph 237 f., 692, 695
 Kautsky Karl 182, 249, 262, 264 f., 274, 277,
 279, 347
 Kayser Max 254
 Keckeis Peter 818
 Keim Karl Theodor 222
 Keller Gottfried 56 f., 64-68, 70, 78, 103, 156,
 206, 208, 210, 497, 522, 625, 628 f., 704
 Keller Hans Gustav 141
 Kennel Friedrich Philipp von 244, 692
 Kesselring Heinrich 438
 Kessküllä A. 375
 Kinkel Gottfried 206
 Kinkel Gottfried Johann 65, 128, 153, 168, 205
 f., 466, 659 f., 678, 680 f.
 Kisseleff Gertrud 739
 Kirchner Theodor 206
 Klebs Edwin 531
 Klein Friedrich 285
 Kleist Edwald Freiherr von 565
 Klose H., Konsul 525
 Klöti Emil 393
 Knapp Charles 632
 Knellwolf Arnold 635
 Kniaschnina Maria A. 267
 Knodel-Dederer Hermann 449
 Köchly Hermann 205 f., 680
 Köhler Ludwig 438
 Kohn Hans 30, 56
 Kölliker Albert 531, 674
 Kolontaja Alexandra 737
 Kopetzky W. 456
 Kortüm Friedrich 100, 112
 Kossuth Lajos 168
 Kraemer, Mennonitenpastor 84 ff., 89, 634
 Krahforst J. 488, 749
 Krauer Rudolf 220
 Krebsler August 166, 663
 Kronecker Hugo 565
 Krönlein Ulrich 486, 749
 Kropotkin Peter Aleksejewitsch, Fürst 232, 279,
 689

Kruck Alfred 630
 Krüger K. 288, 358
 Krüger, Polizeirat 699
 Krüger Wilhelm 359
 Kugler Franz 358 f., 375, 380, 382, 385, 399,
 403, 729
 Kuhlenbeck Ludwig 434, 503-514, 539, 546
 Kumics Michael 241
 Lachenal Adrian 559
 Ladendorf August 157, 164, 166, 168-175, 180,
 659, 661 ff., 670
 Lamennais Félicité de 109
 Lamprecht Otto 275
 Landauer Gustav 246, 276, 278, 280-285, 347,
 708 ff.
 Landsberg Nathalie 233
 Lang Arnold 717
 Lang Karl 391, 710
 Lang Otto 258, 261, 264 f., 271 ff., 288, 358,
 383 f., 402, 702, 706
 Lange Friedrich Albert 169, 176, 222
 Langer Norbert 42
 Lapouge Vacher de 546
 Lassalle Ferdinand 141, 159 f., 655
 Lassmann Jakob 461
 Laube Heinrich 266
 Laur Ernst Ferdinand 516
 Laur Ferdinand 516
 Lavater Johann Caspar 53
 Ledebourg Georg 308, 735
 Lehmann Maria 273, 704
 Lehmus Emilie 267
 Leitschuh Franz Friedrich 517
 Lemberg Eugen 30, 216, 616
 Lenin Wladimir 11 jitsch 268
 Lerber Beat Rudolf von 188, 191, 192, 671, 673
 Lerber Theodor von 191, 673
 Lerber Theodor von, Dr. med. 671 f.
 Lerber Werner von 672
 Lessing Ludwig 112, 643
 Leuenberger Jakob 664
 Liebert Eduard von 510, 759
 Liebknecht Karl 308, 347, 421, 561, 567
 Liebknecht Wilhelm 127, 128, 130, 172, 179,
 240, 248, 253 f., 274, 277, 307, 309, 368, 557,
 561, 646, 661, 686
 Lienhard, Apotheker 240
 Lieske Julius 242, 694
 Lindau Paul 702
 Linse Ulrich 279, 695 f.
 Lissa Matthias 244
 Liszt Franz von 546, 680
 Loewe Wilhelm 144
 Lohner Emil 87 f.
 Lombard Alfred 632
 Löning Karl 100
 Lorenz Jakob 737
 Löw Karl Ludwig von 102
 Löwig Carl 675
 Lubarsch Otto 531 f.
 Lubbe, Marinus van der 693
 Lübeck Gustav 284
 Lucceni Luigi 284
 Ludwig L, Kg. v. Bayern 117
 Ludwig Karl Friedrich Wilhelm 206
 Luther Martin 53
 Lux Heinz 270 f., 273, 275, 704
 Luxemburg Rosa 346-349
 Mackay John Henry 269
 Madai Guido von 226, 240
 Maier Brigitta 818
 Malaschitz Matthias 285
 Mandel Moses 375, 418, 429, 733, 736
 Mann Thomas 59, 484
 Manz-Schäppi Karl 249 f., 252, 256, 263 ff.,
 287, 307, 318, 358, 393, 396, 698
 March Ernst 268
 Marcuse Hermann 454
 Mark Ernst 362
 Mark Ph. 209
 Marr Wilhelm 103, 114 f., 203, 640, 644
 Marschall-Bieberstein Hermann von 205,
 628, 677
 Marti Fritz 271
 Marti Hans 78, 630, 633
 Marx Karl 103, 156, 163, 171, 248 f., 279,
 346, 655, 668
 Massmann Ferdinand 56, 625
 Mattmüller Markus 324, 386
 Maximilian, Ks. von Mexiko 473
 Mayer Gustav 181
 Mayer Heinrich 450
 Mayer Karl 663
 Mayne Harry 565
 Mazzini Giuseppe 108, 110, 168
 Mehlmann Hans 748
 Mehring Franz 171
 Meier John 565
 Meinecke Friedrich 29
 Merian-Genast Dr. 494

Merker Friedrich 445
 Merker-Schaufelberger Friedrich 445
 Metternich Clemens von 36,117
 Metternich Germain 651
 Metzler Ignaz 695
 Meumann Gottlieb A. 565
 Meyer Arnold 412, 482
 Meyer Conrad Ferdinand 206, 497, 628 f., 681
 Meyer Ernst 748, 818
 Meyer von Knonau Gerold 76, 631
 Michels, Schlosser 242
 Miquel Johannes von 556, 558
 Mohl Robert von 547
 Moleschott Jacob 105, 205 f., 677 f.
 Molkenbuhr Hermann 428
 Mommsen Theodor 205 f.
 Monakow Constantin von 530
 Morf Rudolf 663, 666
 Most Johann Joseph 227, 230 f., 234 ff., 239 f.,
 243 ff., 279, 666, 690 ff., 696
 Motteler Julius 249, 303, 313
 Mühsam Erich 246, 267, 284 f., 384, 702
 Müller Albert 532, 533
 Müller Eduard 244 f.
 Müller Hans 271-278, 280, 282 f., 346 f.,
 705, 707, 709
 Müller Johannes 53
 Müller Karl 322, 726
 Münch Hans 516
 Mundt 266
 Münzenberg Willi 308, 362, 373, 422, 428, 728
 Muschg Adolf 715
 Musculus Wolfgang 97

 Nacht Max 345
 Nacht Siegfried 345
 Näf Werner 51,141, 145, 623
 Nägeli Hans Georg 464
 Nägeli Heinrich 351
 Napoleon I. 31, 33, 96, 155
 Napoleon III. 60, 155,176, 627
 Nauwerck Karl 155, 169, 466 f., 662, 697
 Neff Friedrich 651
 Neher Anton Georg 459
 Neher Joseph 459
 Neitzke Paul 145
 Nestle Heinrich 446, 448
 Neuburger David 447
 Neuhaus Charles 672

 Neumann Clara 268
 Neve Johann 238, 244, 693, 695
 Niebuhr Barthold Georg 55
 Niederer Johannes 113
 Niethammer Friedrich Freiherr von 492
 Nietzsche Friedrich 271,704
 Niggeler Niklaus 190
 Njetschajew Sergej 232, 688
 Nobiling Karl Eduard 247
 Nobs Ernst 418
 Nohl Johannes 285
 Nollau Günther 696
 Nüesch Hans 764
 Nüsserli Carl 293, 306, 358
 Nussbaum Fritz 50

 Ober Robert 448
 Ochsenbein Ulrich 674
 Oehler Hans 90
 Oekolompad Johannes 96
 Oken Lorenz 55, 101, 104, 112, 638
 Oertzen Dietrich W. E. von 547, 758
 Osenbrüggen Eduard 205, 206, 677
 Ott Th. 120
 Otter Viktor 244
 Ottenfels-Gschwind Moritz, Freiherr von 492
 Owens Robert 109

 Pannekoek Anton 413, 737
 Parvus-Helphand, Alexander 348
 Pellizoni Joseph 732
 Pernerstorfer Engelbert 306, 308, 631, 715
 Peters Carl 529, 530, 533 ff.
 Peters Georg HO
 Petrovna Lydia 704
 Peukert Josef 238 f., 691 ff.
 Pfaff Joh. Adam 213, 682
 Pfeufer Karl von 104
 Pflüger Hans 383
 Pflüger Paul 314, 339, 370, 374, 378 ff., 407
 Pflugk-Harttung Julius von 434, 498 ff.
 Picard Edith Anita 61,626 f.
 Plater Wladislaw, Graf 206, 680
 Platten Fritz 264, 317, 357, 359-366, 376 f., 384,
 385 ff., 390, 393, 396-403, 407, 409-418,
 567, 725 f., 729, 732, 737
 Platter Julius 268, 272, 703
 Ploetz Alfred 270, 273, 507, 532, 752
 Pochhammer Paul 504, 525
 Pohl Gustav 120, 646

Pommer Christoph Friedrich von 639
 Prutz Hans 103
 Puttkamer Robert von 229

 Quick M. 163

 Radek Karl 350, 429
 Ragaz Leonhard 428
 Rappard Konrad von 145
 Rathenau Emil 457 ff.
 Rathenau Walther 458 f., 745
 Ratzel Friedrich 36, 42
 Rau Wilhelm 102
 Raumer Friedrich von 57
 Rauschenplat Ernst Johann Hermann III., 643
 Raveaux Franz 144 f.
 Reclus Eliséé 664
 Reichel Adolf 489
 Reichmann Franz 736
 Reiff Lily 515
 Reinsdorf August 230 f., 234, 236, 240, 246,
 689 ff., 693, 696
 Reismann-Grone Theodor 533, 536 f.
 Reiter Ernst 516
 Rémy Theodor 666
 Renan Ernest 29, 616
 Renk Hansjörg 229, 251, 257, 439, 499, 687
 Renner Karl 308, 737 f.
 Rettig Georg 102
 Rettig Heinrich Chr. M. 102
 Rheinwald Karl Friedrich 192, 196 ff., 202, 204,
 221, 673 ff.
 Richter Eugen 466
 Richter Otto 359, 375, 385, 729, 733
 Riegel Hermann 77
 Rinke Otto 233, 236, 246, 689, 691, 693, 696
 Ritter Erasmus, Pfarrer 96
 La Roche-Stehelin Benedikt 453
 Röchling Otto 443, 449, 487, 763
 Roeder Maximilian Heinrich von 214, 448,
 475, 492
 Rohmer Friedrich 101, 103
 Rohmer Theodor 101, 103
 Rohrbach Paul 619
 Romberg, Freiherr von 492
 Rose Edmund 750
 Rossel Virgile 634
 Rotenhahn, Freiherr von 492
 Roth Arnold 700
 Roth Robert 764

 Rothfels Hans 34
 Rothpletz Emil 627
 Rousseau Jean-Jacques 53
 Rückert Friedrich 523
 Rüdin Ernst 507, 752
 Rüegg Reinhold 289
 Ruge Arnold 103, 206, 640, 660
 Rühle Emil 695
 Rumpf, Dr. Polizeirat 694
 Runge Heinrich 466
 Rungger A. 764
 Rupsch Reinhold 693
 Russ Carl 487, 763
 Rüstow Friedrich Wilhelm 146, 157, 206

 Sanftleben Alfred 285
 Sasse Heinz-Günter 817
 Sauerbruch Ferdinand 486, 531, 749
 Saurer Adolph 450
 Schabelitz Jakob Lukas 704
 Schächter P. 358
 Schack Gertrud, Gräfin von 303
 Schadewaldt-Meyer Maria 748
 Schäffer B., Ing. 539
 Schäffer Kurt 566
 Schäffle Albert 543, 547
 Schaffner Jakob 52, 66, 623
 Schallmayer Friedrich Wilhelm 546
 Schapper Karl 111
 Schauberg Joseph 643
 Scheidegger Robert 285
 Scheidemann Philipp 738
 Schelling Theophil 120
 Schenk Carl 221, 243, 559, 749
 Schenker Ernst 259
 Scherr Ignaz Thomas 102, 112, 177, 196, 678
 Scherr Johannes 179, 205, 211, 218, 678
 Scherrer Heinrich 763
 Scheurer Karl 86
 Schieder Theodor 30, 34, 116
 Schieder Wolfgang 142
 Schiller Friedrich 53, 67, 155, 214, 313, 496,
 498
 Schimmelpfennig Alexander 168, 650
 Schippel Max 274 f.
 Schirmacher Käthe 268, 272
 Schlaf Johannes 271
 Schlägel Max von 69
 Schläpfer Rudolf 226, 259, 670, 742
 Schlegel August Wilhelm 53
 Schlüter Friedrich 228, 249, 313

Schmid Carl Alfred 480 f.
 Schmid-Dranmor Ferdinand 629
 Schmid Hans 207
 Schmidt Peter Heinrich 286, 288 f., 293, 306,
 329,358,354, 711,713
 Schneckenburger Mathias 749
 Schneckenburger Max 485
 Schneider, Maler 238
 Schneider Friedrich 264, 296 f., 362, 425, 713
 Schnell Hans 672
 Schnell Karl 112
 Schnepf Karl 739
 Schollenberger Jakob 717
 Schoeller Arthur Carl Friedrich 449
 Schoeller Heinrich Paul Cäsar 449, 489, 743
 Schoeller Walter Carl Arthur 743
 Schoeller Wilhelm Rudolph 65, 448, 488, 496
 Schönerer Georg von 34
 Schönlein Johann Lucas 101, 104, 638
 Schopen Peter 695
 Schramm Karl August 248, 697
 Schrimpf Georg 285
 Schröder Karl 228, 238 f., 692, 695
 Schubert Gustav 732
 Schüler Ernst 61, 109, III f., 122, 298, 641
 Schüler Friedrich 144
 Schulthess Wilhelm 314
 Schulz Wilhelm 674
 Schulze-Delitzsch Hermann 149, 154, 159, 160,
 172, 175, 299, 652
 Schultze Moritz 244
 Schultze Paul 246
 Schulz-Beuthen Heinrich 206
 Schulze Eduard Otto 711
 Schurz Karl 168, 650, 660
 Schuster-Gutmann Hans 456
 Schuster Johann Jakob 456
 Schuster Theodor 109
 Schütz Otto 654, 818
 Schwab J. 238
 Schwarz Jakob 461
 Schwitzguébel Adhémar 232
 Scriba Eduard 111
 Seebold Karl 100
 Seeger Ludwig 103, 645
 Seelos 166, 177
 Seger M. 358
 Seidel Robert 176, 247, 253, 261 f., 286, 288,
 347, 370, 373 f., 698, 701, 708, 714
 Seidl Anton 332, 358 f., 713
 Seippel Paul 632 f.
 Semper Gottfried 146, 205 f., 208, 210, 678
 Senfl Ludwig 637
 Shirer William 31
 Siebenpfeiffer Philipp Jakob 112
 Siegwart Constantin 190
 Siemens Georg 457 f.
 Sigel Franz 122 f., 168, 650 f.
 Sigg Johann 357, 374, 566, 738
 Simon Ferdinand 270, 273, 400
 Simon Heinrich 144 f., 156, 176, 207, 489
 Simon Ludwig 145, 192
 Singer Paul 229, 275
 Sismondi Jean Charles Leonhard de 109
 Sloman Eliza 206
 Snell Ludwig 100,103, 112,190
 Snell Wilhelm 101 f., 112, 190 f., 195, 197
 Soldan Karl 111
 Sonnemann Leopold 160, 169, 657, 664
 Spann Othmar 543
 Specker H. 672
 Speier, Dr. Studienrat 81-89, 634
 Spener Philipp Jakob 98
 Spengler Alexander 300, 526, 651
 Speyr Albert von 456
 Speyr Alfred von 456
 Spichiger August 232
 Spillmann-Jenny Brigitte 701
 Spillmann Johann Rudolf 64
 Spitteier Carl 424, 738
 Spittler Christian F. 98
 Sprandel, Obergärtner 565
 Stadler Peter 58, 818
 Stämpfli Jakob 188, 190
 Standau Julius 113 f.
 Steck Albert 260 f.
 Steffens Franz 518
 Steffens Wilhelm 526
 Steiger August 631
 Steinacher Hans 90 f., 635 f.
 Steinbach Erwin von 67
 Steinberg Hans-Josef 181
 Stellmacher Fiermann 230, 238, 241, 243 f.,
 694, 696
 Stern Maurice Reinhold von 269, 273
 Sternberg Th., Privatdozent 503, 510
 Steude Moritz 272 f., 276
 Stirner Max 246
 Strauss David Friedrich 102, 112, 188, 196,
 222

- Stricker Wilhelm 44
 Stromeier Franz 110
 Struve Gustav 122, 193, 534, 651
 Studer Friedrich 381,401
 Stürgh Karl, Graf 291
 Suchanek Hermann 497
 Sulzer Johann Jakob 221, 684
 Sulzer-Ziegler Eduard 350
 Szymanowski Emil 249, 329 f., 358 f.
- Tauscher Leonhard 249, 313
 Techow Gustav Adolf 650
 Temme Jodokus Donatus Hubertus 157,
 169, 205,662, 677
 Teuscher Wilhelm 664
 Thalheimer August 377
 Thielmann Joseph 743
 Thiers Adolphe 485
 Thon Ottokar 55
 Thurow H. 358
 Tiburtius Franziska 267
 Tobler Arnold 314
 Tobler Max 291, 318, 739
 Tomarkin Elias 268, 270
 Trotzki Leo 428, 739
 Trübner Georg 142
 Tucek Miroslav 701, 817
- Ucker S. 358
 Uhland Ludwig 66
 Uhle Adolf 249
 Uhlig Gustav 222
 Ulbricht Walter 377
 Urisperger Johann August 98
- Vacher de Lapouge Georges 507
 Venedey Jakob 109,113, 144, 206, 680
 Veselic Josef 359, 739
 Vetter Ferdinand 64, 67 f., 70 f., 629, 633
 Virchow Rudolf 618, 677
 Vischer Eduard 58, 60, 64, 626
 Vischer Friedrich Theodor 144, 146, 206,
 522 f., 679
 van Vleuten M. 503, 509 ff., 513
 Vöckler Max 284
 Vogelsanger Jakob 395, 567, 763
 Voges Friedrich 233
 Vogt Adolf 489
 Vogt Carl 128, 144, 155 ff., 191, 489, 655,
 674
 Vogt Gustav 175,176, 489, 555, 664
- Vogt Philipp Friedrich Wilhelm 102, 112,
 191,489
 Vogt R., Dr. med. 749
 Volkland Alfred 516
 Volkmar Gustav 205, 677
 Vollmar Georg von 248 ff., 275, 282, 346
 Vonwinckel Renate 620
 Vulpius Jakobus Antonius 97
- Wagner Adolph 60 ff., 216, 627
 Wagner Richard 206, 208, 677, 679
 Wahlen Emma 303
 Waldeck Benedikt Franz Leo 157
 Walz Anna 762
 Walz Jakob Friedrich 540-558, 560
 Wander Georg 446, 489
 Wander Karl Albert 446
 Wander Katharina 742
 Wankmüller Armin 19, 615
 Weber Christian 646
 Weber Hans 684
 Weber Oscar 461
 Wedekind Donald 271
 Wedekind Frank 269 f., 272, 703 f.
 Wegener Arnold 732
 Wehler Hans-Ulrich 143
 Weidner Max 732
 Weilenmann August 314
 Weiss Guido 169
 Weiss J. J., Lehrer 147
 Weiss Karl Theodor 695
 Weitbrecht Carl 268, 496, 497, 524
 Weitling Wilhelm 109, 112,113 f., 643 f.
 Weizel Ludwig 113
 Werner Emil 233, 246, 689, 691
 Werner Wilhelm 275
 Wesendonck Mathilde 206, 208
 Wesendonck Otto 206, 208, 209, 221, 488, 677
 Wette Wilhelm de 100
 Wienbarg Ludolf 266
 Wiener Hermann 501
 Wildberger Karl 275
 Wilhelm I. 208, 214, 226, 240, 247, 494, 496,
 523 f., 618
 Wilhelm II. 22, 41, 47, 422, 439, 483, 487 f.,
 495, 509, 524, 542, 552 f., 558-566, 763
 Wilhelm Karl 485
 Wille Bruno 275,706,717
 Wille Eliza 206, 208, 679

Wille François 75 f., 145, 206, 208, 213, 221,
 448, 679, 681
 Wille Jürg 818
 Wille Ulrich, General 221, 561
 Wille Ulrich, Major 560
 Willich August 123 f., 168, 651, 660
 Winarsky Leopold 307
 Wirth Albrecht 551, 762
 Wirth Max 657
 Wislicenus Gustav Adolf 534
 Wislicenus Hugo 535
 Wislicenus Johannes 153, 177 ff., 205, 208,
 210 f.» 213, 222, 522, 534 ff., 680, 682
 Wislicenus Paul 522, 535
 Wissmann Hermann 530
 Witt Ludwig 264, 288, 358, 701
 Wittlinger August von 482, 512
 Witz Konrad 637
 Wohlgemuth August 229, 336, 439
 Woker Philipp 751
 Wolf Heinrich 38
 Wolf Julius 707
 Woltmann Ludwig 546
 Wübbeler Johann 695
 Wullschleger Eugen 307, 717
 Wullschleger Otto 272
 Wundt Wilhelm 703
 Würth Carl 486
 Wydler, Maler 392, 731 f.
 Wyler Julius 769
 Zeiler Gustav 269, 447
 Zeller Eduard 196
 Zetkin Clara 303, 377
 Ziegler Hans von 147
 Ziegler Theobald 69
 Ziehen Eduard 53
 Ziesing Anna 449
 Zinner Dionys 163, 306 f., 330, 353, 364,
 366, 407, 418, 720
 Zogg Walter 654, 712
 Zürni Wilhelm 397
 Zwingli Ulrich 96

2. Sach- und Vereinsregister

- Abstinenzbewegung 270, 273 f.
Achtstundentag 274, 353
Achtundvierziger Emigration 143 ff., 153 f., 156, 178, 222, 269, 466
Achtundvierziger Revolution 43, 46, 57, 168
Alkoholgegnerbund Zürich 273, 318
Alldeutsche 31, 35 f., 39, 41, 55 f., 498
Alldeutsche Blätter 72, 539
Alldeutscher Verband (AV) 43, 45, 48, 68 ff., 73, 75, 78, 205, 211, 464, 509, 534, 536 f., 540; Ortsgruppe Lausanne 505 f.; Ortsgruppe Zürich 72, 521, 525, 537, 539 f., 551, 558, 563
Allgemeine Zeitung Augsburg 198, 200
Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein 159
Allgemeiner Deutscher Schulverein 36, 75 f., 78
Allgemeiner Deutscher Sprachverein 77
Anarchismus 228, 230 bis 239, 245 f., 254, 282 ff.
Anarchisten (nach Orten)
Ascona 285; Basel 237; Bern 237, 239, 241, 244, 284, 692; Freiburg 237, 244; Genf 237, 239, 246; Lausanne 237, 239; London 246, 693; Luzern 237, 284 f.; Porrentruy 237; Rorschach 237; St. Gallen 237, 241; Vevey 237, 239, 241; Zug 237; Zürich 233, 237, 241, 244, 284 (s. a. Fédération jurassienne)
Anarchistische Föderation Deutschlands 284, 708
Anarchosyndikalismus 349, 353 f., 396
Annexionismus 50, 61 ff., 216; Anschluss an Deutschland 64 ff., 72 f., 78
Antimilitarismus 281, 308
Antimilitaristische Liga 345, 350
Antisemitenliga 115
Appenzeller Zeitung 201
Arbeiterbund, Erster Schweizerischer 114, 183 f., 225 f., 229, 251 f., 670
Arbeiterbund, Zweiter Schweizerischer 260, 303, 382
Arbeiterstimme 254, 262, 286, 698, 711
Arbeiterunionen 363 f.; Basel 237, 367, 685; Bern 367; Rorschach 685; Schaffhausen 367; St. Gallen 343; Winterthur 343, 685; Zürich 343, 355 f., 362, 364, 367, 377, 386, 414, 730
Arbeitervereine, deutsche (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
Arbeitervereine, österreichisch-ungarische (s. u. österreichisch-ungarische Arbeitervereine)
Arbeiterzeitung Bern 233, 251, 688
Asylpolitik 99, 143
Attentate 240 ff., 247, 284, 696 f.
Auswanderung, deutsche 42 ff., 46 ff., 106, 538, 620 f.
Auswärtige Verkehrsstelle Zürich 250, 253
Badener Tagblatt 494
Badener-Vereine: Basel 517; Rorschach 517; Schaffhausen 517; St. Gallen 517; Winterthur 517; Zürich 517
Badische Eisenbahnbeamte 62
Badische Revolution 191, 197
Banken und Finanzierungsgesellschaften: (s. a. Firmen und Konzerne) Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Leipzig 453; Allgemeine Boden-Credit-Anstalt Wien 454; Allgemeine Elsassische Bankgesellschaft Basel 456; Bank für Elektrische Unternehmungen Zürich 457 f.; Bank von Elsass und Lothringen Basel 456; Bank A.G. Guyerzeller Zürich 456; Bank für Handel und Industrie Darmstadt 452; Bank für Orientalische Eisenbahnen Zürich 457; Bankhaus J. Dreyfus-Jeidels Berlin 454; Bankhaus Kopetzky & Cie Berlin 456; Bankhaus L. von Steiger & Cie Frankfurt a. M. 454; Basler Bankverein 454 f.; Berliner Bankverein 454; Frankfurter Bankverein 454; Pfälzer Bankverein 454; Schweizerischer Bankverein 456; Wiener Bankverein 454, 457; Zürcher Bankverein 455; Berliner Handels-Gesellschaft 453, 455, 457; Haus S. Bleichröder Berlin 455; Brettauer, Knauer & Cie Zürich 455; Credito Italiano 457; Darmstädter Bank 456; Deutsche Bank 453-457; Disconto-Gesellschaft Berlin 452, 455 f.; Dresdner Bank 455 f.; Eidgenössische Bank 457; Guttenbergbank für graphische Unternehmungen Zürich 461; Internationale Bank Berlin 453, 455;

- Leipziger Kreditanstalt 454; Schweizerische Kreditanstalt Zürich 453-457; Deutsch-schweizerische Kreditbank St. Gallen 453; AG Leu & Co. Zürich 458; Merkur-Bank Wien 456; Oberrheinische Bank 454; S. Oppenheim jun. & Cie Köln 452; Privatbank Julius Bär & Cie Zürich 456; A. Schaffhausen'scher Bankverein Köln 452; Schweizerische Gesellschaft für Metallwerte Basel 459; Schweizerische Gesellschaft für elektrische Industrie Basel 459; Schweizerische Unionbank St. Gallen 455; A.G. von Speyr & Co. Basel 455 f.; Süddeutsche Disconto-Gesellschaft 456; Union Financière de Geneve 457
- Basler Nachrichten 494
- Bayern-Vereine: Basel 517; Freiburg 517; Rorschach 517; Schaffhausen 517; St. Gallen 517; Winterthur 517; Zürich 517
- Berliner Freie Presse 250
- Berner Verfassungsfreund 190 f., 197
- Berner Zeitung 190, 202
- Bettelunwesen 97, 467, 470
- Beust'sche Privatschule 535
- Bierboykott v. 1910 357
- Bildungsarbeit, sozialistische 316 f., 410-420
- Bismarckfeier 755
- Bourbakiarmer 209
- Buchhandlungen und Verlage: Annoncen-Expedition Rudolf Mosse Zürich 461; Artistisches Institut Orell Füssli Zürich 461; Buchhandlung C. M. Ebell, Zürich 461; Buchhandlung der Evangelischen Gesellschaft, Zürich 461; Buchhandlung Albert Müller, Zürich 461; Buchhandlung J. Rascher & Co., Zürich 461; Francke Verlag Bern 461; Reclam & Co., Leipzig 461
- Der Bund (Bern) 494
- Bund Deutscher Bodenreformer 506
- Bund der Geächteten 108 f., 112
- Bund der Gerechten 109, 111, 113, 648
- Bund der Kommunisten 558, 648, 650
- Bündner Tagblatt, Buchdruckerei AG. 487
- Burschenschaft 100, 110 ff.
- Centralausschuss der Demokraten Deutschlands 127, 129
- Centralausschuss der Deutschen in der Schweiz 121 f., 124
- Christlichsoziale Partei (Deutschland) 547
- Club indépendant des socialistes, Genf 233
- Commune (1871) 177, 180
- Confédération générale du travail 353
- Demokratische Volkspartei 169
- Demokratisches Wochenblatt Leipzig 171
- Deutsch-Dänischer Krieg 152, 522
- Deutsch-Französischer Krieg 59, 136, 176, 181, 219, 473
- Deutsch-republikanischer Verein, Zürich 159, 168 ff., 174
- Deutsche Arbeitervereine in der Schweiz, allgemein 141 f., 149 f., 156 ff., 161, 169, 225, 236, 253 f., 259, 262, 388, 408, 420, 430
- Konferenzen: Neuenburg (1868) 160 f., 168, 170, 172, 174 ff., 668; Olten (1891) 265 f.; Zürich (1893) 286; Bern (1896) 288 ff.; Luzern (1899) 288, 292 f.; 306; Winterthur (1904) 330; Aarau (1907) 333, 353; Bern (1910) 335, 365 ff.; St. Gallen (1912) 398 ff., 421; Zürich (1914) 402
- Verbände: Zentralisation der Deutschen Arbeitervereine in der Schweiz 148 ff., 156, 161, 163, 167, 170, 173 f., 176, 180 ff., 196; Landesausschuss der deutschen Sozialisten in der Schweiz 252 f., 256-265, 286; Landesorganisation der deutschen und österreichisch-ungarländischen Sozialdemokraten in der Schweiz 292, 294, 329 ff., 333, 335 f., 342, 345 f., 351 f., 355, 358 ff., 365 ff., 380-384, 387 ff., 399, 401, 403
- Deutsche Arbeitervereine (DAV), einzelne DAV Aarau 146, 149, 225, 263, 294, 310, 404, 408, 420, 429; DAV Altstätten 149, 294 f., 310; DAV Amriswil 149, 295, 310; DAV Andelfingen 305, 310; DAV Arbon 310, 359, 408; DAV Arosa 310, 408, 420; DAV Baden 149, 263, 295, 310, 408, 420; DAV Basel 148 f., 151, 175 f., 182 ff., 225, 235, 248, 261, 263, 265, 280, 296 f., 302, 310, 332, 334, 388, 404, 408, 415, 420, 424 f., 429 f., 691, 736; DAV Bern 120, 128, 149, 166, 175, 225, 233, 235 f., 239, 263, 280, 297 f., 310, 354, 388, 397 f., 402 ff., 408 f., 415, 420, 430, 471, 688 f.; DAV Biel 149, 298 f., 310, 405, 408, 420, 430; DAV Bischofszell 310, 388, 408; DAV Bulle 149; DAV Burgdorf 128, 149, 175, 305,

310; DAV La Chaux-de-Fonds 148 f., 225, 236, 300, 310, 388, 405, 408, 420, 430, 658, 716; DAV Chur 128, 146, 149, 225, 228, 290, 300, 310, 388, 405, 408, 420, 429; DAV Davos 294, 300, 310, 408, 417, 420; DAV Dietikon ZH 310, 388, 408; DAV Einsiedeln 149, 182; DAV Engadin 310, 408, 420; DAV Entlebuch 298, 310, 713; DAV Ermatingen 656; DAV Fleurier 149; DAV Frauenfeld 149, 225, 263, 300 f., 310, 408, 417, 420, 429, 716; DAV Freiburg 149, 175, 235, 301, 310, 388 f., 407 f., 417, 420, 430; DAV Genf 149, 160, 163 ff., 168, 174, 180, 182 f., 225, 235, 263, 280, 294, 298 f., 310, 332, 354, 388 f., 407 f., 415, 420, 430, 736; DAV Glarus 146, 149, 156, 225, 301, 310, 405, 408, 420; DAV Gossau SG 305, 310; DAV Herisau 146, 149, 310, 408, 420, 430; DAV Horgen 149, 152, 301, 310, 388, 405, 408, 417, 420, 430; DAV Interlaken 225; DAV Küssnacht ZH 301, 310, 359, 388, 408, 430; DAV Lausanne 149, 160, 180, 225, 236, 242, 280, 288, 294, 301 f., 310, 359, 388 f., 406, 408, 420, 430, 692; DAV Liestal 149, 302, 310; DAV Le Locle 149, 184, 225; AV Lörrach 685; DAV Luzern 146, 149, 225, 280, 302 f., 310, 359, 388, 406, 408, 415, 420, 430, 670; DAV Mailand 311, 334, 388, 406, 408, 420; DAV Marseille 652; DAV Mollis 156; DAV Mols 305, 311; DAV Montreux 658; DAV Morges 149, 180, 225; DAV Neuchâtel 149, 225, 236, 302, 311, 406, 408, 417, 420, 430, 658, 714; DAV Nizza 334, 406; DAV Nyon 149, 180; DAV Olten 149, 305, 311; DAV Payerne 115, 311, 359, 388 f., 408, 420; DAV Rapperswil 149, 181, 311; DAV Rheineck 149; DAV Rheinfelden 149, 305, 311, 359; DAV Richterswil 149; DAV Rolle 180; DAV Romanshorn 149; DAV Rorschach 149, 184, 225, 311, 388, 408; DAV Schaffhausen 147 ff., 225, 280, 288, 303 f., 311, 334, 388, 406, 408 f., 415, 420, 429, 708, 715; DAV Schwanden 149, 156; DAV Solothurn 149, 175; DAV St. Gallen 177, 235, 297, 304, 311, 334, 353, 388, 402, 406, 408, 415, 420, 735; DAV St. Imier 149, 305, 311, 359, 658; DAV St. Margrethen 311; DAV Stein am Rhein 305, 311, 359, 656; DAV Straubenzell 311; DAV Thun 128, 149, 175, 305, 311, 359; DAV Turin 311, 334, 388, 406, 408, 420; DAV Uster 149, 152, 263, 311, 332, 388, 406, 408, 420, 430; DAV Uzwil 298, 311, 713; DAV Vevey 149, 160, 180, 225, 235 f., 263, 311, 353, 388 f., 406, 408 f., 420, 430; DAV Wädenswil 149, 152, 311, 406, 408, 420, 429, 715; DAV Wattwil 149, 311; DAV Weinfelden 311, 333, 408; DAV Wil 149, 311, 408, 420, 716; DAV Winterthur 146 ff., 152, 155, 225, 294, 299, 300, 304, 311, 332, 367 f., 388, 407 f., 417, 420, 430, 686, 715, 726 f., 735; DAV Yverdon 149, 263, 658; DAV Zug 149, 311, 407 ff., 420, 429; DAV «Eintracht» Zürich 114, 128, 130, 149, 151, 153 f., 156, 163 ff., 170, 172 f., 176 ff., 182 ff., 210, 225, 235, 239, 247 f., 250 f., 254, 263, 272 f., 276 f., 280, 290, 293, 299, 305, 308, 311-328, 332, 334, 351, 354, 356 f., 359, 361 f., 365, 367, 371, 373-377, 380, 383, 386, 389, 393-398, 402 f., 408 f., 411, 414, 420, 427 ff., 471, 653 f., 724, 730, 739 Vereine deutscher Sozialisten: 254 f., 260, 262; Amriswil 295; Basel 254, 263; Bern 263; Biel 263; La Chaux-de-Fonds 263, 430; Chur 263, 290, 300, 308, 310; Lausanne 263; Le Locle 263; Luzern 263; Neuchâtel 263; Schaffhausen 263; St. Gallen 263, 463; Winterthur 254, 263, 304, 311, 332; Zürich 251, 254 ff., 263, 276 f., 290, 311 f., 316, 318, 321

Vereine der Unabhängigen Sozialisten: Berlin 275, 279; Luzern 280; Zürich 277, 280 f., 315 ff.

Deutsche demokratische Gesellschaft Paris 116

Deutsche Flottenvereine: Deutscher Flottenverein 44; Hauptverband Deutscher Flottenvereine im Ausland 521; Deutscher Flottenverein Schaffhausen 521; Zürich (s. u. Deutscher Ruderverein)

Deutsche Fortschrittspartei 169, 466

Deutsche Frauen vereine: Bern 515; Montreux 516; Zürich 515

Deutsche Gesangvereine: Basel 424, 516; Bern 517; Schaffhausen 517; Zürich 157, 210, 484, 500, 516 f., 525, 563, 670, 755; Allgemeiner Deutscher Musikverein 516; Deutscher Sängerbund 519

- Deutsche Gesellschaft Basel 647
 Deutsche Gesellschaft für ethnische Cultur 314, 711; Ethische Kulturgesellschaft 288
 Deutsche Gesellschaft zur Beförderung reiner Lehre und wahrer Gottseligkeit 98
 Deutsche Heilstätte Davos-Wolfgang 527
 Deutsche Hilfsvereine: Aarau 467, 469, 477; Basel 465, 467, 469, 473 f., 476, 487, 490; Bern 467, 469, 473, 476, 486, 489 f., 527, 565; Biel 467, 469; Bremen 470; La Chaux-de-Fonds 467, 469, 476; Chur 467, 469, 475, 486 f., 490; Freiburg 467, 469; Genf 467, 473 f., 477, 490 f.; Hamburg 470; Lausanne 467, 469, 475, 477, 501, 504 ff., 509, 511 f.; London 466, 470; Lugano 467, 469, 516; Luzern 467, 469; Montreux 467, 469; Neuenburg 467, 469, 487; Olten 467, 469; Paris 466, 470; Rorschach 468 f.; Solothurn 467 ff., 475; St. Gallen 467, 469, 476 f., 481; Winterthur 467, 469, 476 f.; Zürich 466, 469 f., 474 ff., 481, 488 f., 494; Zentralverband der deutschen Hilfsvereine in der Schweiz 463, 467, 469
 Deutsche Hochwacht 547
 Deutsche Klubs: Davos 518; Einsiedeln 518; Genf 518; Lausanne 518; Zürich 518, 755
 Deutsche Kolonialgesellschaft 532, 536, 556
 Deutsche Kolonialpolitik 255
 Deutsche Kolonie, allgemein 28 f., 93, 140, 434; Basel 443, 449; Bern 527, Lausanne 501 ff.; Zürich 216, 449, 463, 521 ff., 561
 Deutsche Kriegervereine: Basel 520; Bern 520, 564 f.; Schaffhausen 520; St. Gallen 520; Zürich 158, 520, 525, 562
 Deutsche Legion aus der Schweiz 116, 121 f.
 Deutsche Mittelstandsvereinigung Berlin 547
 Deutsche Nationalversammlung (s. u. Frankfurter Nationalversammlung)
 Deutsche Turnvereine 519 f.; St. Gallen 517; Winterthur 517; Zürich 517
 Deutsche Volkspartei 158, 169
 Deutsche Zeitung 201
 Deutschenhass 187, 199, 204, 216, 218, 220 f., 499, 682, 687
 Deutscher Ausschuss Zürich 525, 755
 Deutscher Brauereiverband 357
 Deutscher Bund 56 f., 112
 Deutscher Nationalverein 154 f., 157, 169, 467, 654
 Deutscher Nationalverein v. 1848, Zürich 127 ff., 647
 Deutscher Presseverein 107 f.
 Deutscher Reichsverein Zürich 496, 500, 523 ff.
 Deutscher Ruderverein Zürich 521, 755
 Deutscher sozialdemokratischer Leseklub, Paris 400 f.
 Deutscher Verein für Krankenpflege Zürich 515
 Deutscher Volksverein 108
 Deutscher Werkmeisterverband Zürich 519, 755
 Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Zürich 519, 755
 Deutschschweizerische Gesellschaften 68, 75, 89
 Deutschschweizerischer Schulverein 75, 77, 88, 632
 Deutschschweizerischer Sprachverein 68, 76 f., 79, 81 f., 84 f., 87, 89, 632
 Deutschtum im Ausland, allgemein 27, 36, 42, 47 ff., 117, 124 f., 431, 463
 Einbürgerungspolitik 213, 390 f., 437 f.
 Eisenbahnen: Gotthardbahn 452; Jura-Simplon-Bahn 453; Schweizerische Centralbahn 452; Schweizerische Nordostbahn 452
 Emigration, politische 99, 117, 129, 136; Exilsozialisten 226, 229, 249 f., 253, 255, 258, 313, 334 f.
 Empiriekritizismus 268
 Erfurter Programm 262, 264 f., 274
 Europäisch demokratisches Komitee 168
 Fédération jurassienne 230 ff., 234 f., 237, 688 f.
 Fédération romande 231
 Felleisen 149 f., 153, 158, 160, 162, 164, 167, 170 ff., 177, 180, 183 f., 653, 662, 668
 Firmen und Konzerne (s. a. Banken, Buchhandlungen, Hotels, Versicherungen, Warenhäuser) Akkumulatorenfabrik Berlin-Hagen 460; Akkumulatorenfabrik Oerlikon 460; Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin (AEG) 457 f., 460; Aluminium-Industrie-Aktien-Gesellschaft Neuhausen 458 f.; Auer

- 460; Brown, Boveri & Cie Baden 447, 458; Columbus AG. 458; Convertra GmbH Zürich 461; Deutsche Eisenbahn-Signalwerke A.G. Bruchsal 460; Elektrizitätswerke Wyna AG. Langenthal 459; Elektrochemische Werke GmbH Bitterfeld 459; Elektro-Watt Elektrische und Industrielle Unternehmungen AG. 458; Escher Wyss & Co. Zürich 220, 361, 459; A.G. Otto Fischer Schaffhausen-Zürich 460; Franck-Kathreiner Konzern 460; Geldner AG Basel 449; Gotthardwerke-Aktiengesellschaft für elektronische Industrie Bodio 458; Gröninger AG Binningen 447; Heberlein & Co. Wattwil 446; Hero Conserven Lenzburg 269, 447, 460, 493; Internationale Nahrungs- und Genussmittel AG. Schaffhausen 460; Lonza-Werke 460; Maschinenfabrik Oerlikon 458; Maschinenfabrikbau A.G. Seebach 460; Merker AG Baden 445 f.; Merton-Konzern Frankfurt a. M. 459; Micanitwerke Graiff & Cie, Beckenried 447; Motor AG. 458; Farine Lactée Henri Nestlé 446; D. Neuberger & Cie St. Gallen 448; Oehler Stahlwerke Aarau 450; Précisa AG. Zürich 450; Rhätische Aktienbrauerei 486; Rheinisches Braunkohlensyndikat 460; Röchling & Cie GmbH Basel 449, 460; Schoeller & Co., Zürich 449; Schuhfabrik Bally AG Schönenwerd 446; Schuhfabrik Henke Co. AG. Stein am Rhein 742; Sichel-Konzern 460; Siemens & Halske Berlin 459 f.; Siemens-Schuckert 460; Signum A.G. Wallisellen 460; Stahlwerk Becker 460; Stinnes-Konzern 460 f.; Suppenwürzelfabrik Kempthal 269; Textilhandlung Isaac Dreyfus Basel 455; Uhrenfabrik Brac AG Breitenbach 447; Vereinigte Kammgarnspinnereien Schaffhausen und Derendingen 448 f.; W. Vobach & Co. Berlin 461; Wacker-Konzern 460; Dr. A. Wander AG Bern 447
- Flüchtlinge 95 ff., 99 ff., 109-113, 123, 127, 130, 135, 141, 143, 187, 190 f., 195, 203, 473; (s. a. Emigration, politische)
- Flüchtlingshilfe 306, 334 f., 389, 398, 401 ff.
- Frankfurter Nationalversammlung 58, 116 f., 197, 486
- Frankfurter Vorparlament 117, 121, 124, 206, 675
- Frankfurter Wachensturm 101, 108 f., 111, Frauenbewegung 268, 303
- Frauenstudium 267, 702
- Die Freie Gesellschaft, Monatsschrift, 276
- Freie Jugend 362
- Freiheit 235-240, 243 f., 248, 691 f.
- Freimaurer 106
- Freimaurerloge Aarau 494
- Freischarenbewegung 101
- Freitags-Zeitung Zürich 211 f., 218
- Fremdenlegionäre, deutsche 473
- Frontismus 90
- Generalstreik (s. u. Streiks)
- Genfer Nachrichten 85
- Genfer Volks-Zeitung 299
- Genossenschaftsbewegung 167, 173, 282 f., 659
- Geopolitik 42, 50
- Germanisches Nationalmuseum Nürnberg 67, 70
- Germanisierung 38, 41, 79, 80, 86
- Germanophilie 68
- Gesangvereine, deutsche (s. u. Deutsche Gesangvereine)
- Gesellenvereine, katholische 289 f.
- Gewerbefreiheit 135
- Gewerkschaften, allgemein 167, 171, 174, 306, 331, 337, 339 f., 343, 349, 352-355, 369, 385, 426 f., 659, 663 f.
- Gewerkschaften und Gewerkschaftsverbände, einzelne: Bauarbeiter 339, 426; Buchbinder 167; Coiffeurgehilfen 342, 426; Handel- und Transportarbeiter 342, 426; Holzarbeiter 167, 318, 339 ff., 355, 426; Lebens- und Genussmittelarbeiter 342, 426; Maler und Gipser 342, 426; Maurer 342 f.; Italienische Maurer 318; Metallarbeiter 339, 341, 426; Schneider 167, 318, 339, 342, 426; Schuhmacher 167, 318, 331, 339, 342, 426; Schweizerischer Gewerkschaftsbund 252, 259 f., 264, 287 f., 303, 341-345, 350, 369, 426; Textilarbeiter 167, 426; Typographen 167, 426
- Gotthardbahn 499
- Gotthardverträge 219, 374
- Grütlibuchhandlung, Schweizerische 304, 333 f.

- Grütliverein, Schweizerischer 113, 220, 259, 261, 264, 355, 363 f., 370, 376, 378 ff., 383, 399, 403, 430; Grütliverein Schaffhausen 652; Zentralausschuss der Grütliverein- und Arbeitervereine des Bezirkes Zürich 183
- Hambacher Fest 101, 108, 110 f., 113
- Hamburger Correspondent 500
- Heckerputsch 122, 129, 198
- Helgoland-Sansibar-Vertrag 530 ff., 536
- Hermann, London 169 Herrnhuter 98, 199
- Hochschulen: Basel 100 f., 267, 504; Bern 100 ff., 267, 446, 504, 642; Freiburg 502 f., 702; Genf 267, 503; Lausanne 267, 501 ff., 512 f.; Neuchâtel 504, 702; St. Gallen 289, 711; Zürich (Eidg. Polytechnikum) 205, 267 f., 450; Zürich (Universität) 64, 100 f., 104, 106, 205, 217, 222, 282, 291, 438, 495, 504, 642 Studentenverbindungen: Freiburg 518; Lausanne 505 f., 510 f., Zürich 156, 267 f., 271 f., 275 f., 518, 522 ff., 535, 705 f.
- Hotels: Zürich (Baur au Lac, Baur en ville, St. Gotthard) 461
- Hugenotten 95
- Hombrekklub Zürich 146
- Imperatives Mandat 372 Imperialismus 39, 41 f., 45
- Internationale Arbeitervereine, allgemein 368 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
- Internationale, Erste 141, 160, 162-168, 170, 174 ff., 228, 231, 233, 237; Sektion Zürich 166, 172, 231
- Internationale, Zweite 228, 274
- Internationale Zusammenkunft: Schloss Wyden (1897) 307; Nollen (1900) 307; Basel (1902) 307; Konstanz (1905) 307; Schaffhausen (1905) 308; Arbon (1911) 308, 421; Bregenz (1913) 308; Singen (1914) 410
- Internationaler Friedenskongress Genf 165
- Irridentismus, italienischer 71
- Juden 38
- Jungburschenvereine 308, 362, 373, 416, 428
- Jungdeutsche Bewegung 266
- Junges Deutschland 110 ff., 116
- Junges Europa 108, 110
- Kaiserbesuch (v. Wilhelm II.) 558-568
- Kaiserfeiern 497 f., 504, 510, 523, 525
- Kathedersozialismus 62
- Kolonialismus 39, 43, 47, 137
- Kolonialpolitik 549 f.
- Kolonialverein, Deutscher 43 f.
- Kommunismus 196, 199
- Kommunistische Partei Deutschlands 377
- Konsumverein Zürich 173
- Krankenverein deutscher Bäcker Zürich 516
- Kulturgemeinschaft, deutsch-schweizerische 51 f., 59 f., 64, 498
- Kulturkampf 449 f.
- Küsnahter Memorial 100
- Kyffhäuserbund der Deutschen Landeskriegerverbände 520
- Ladiner 40
- Landbote, Winterthur 222
- Landesstreik (s. u. Streiks) Landesverweisung, allgemein 546 Lästrygonenklub Zürich 146
- Lehrerseminar Küsnacht 102 Léman-Bund 114 f.
- Liga für Frieden und Freiheit 162, 175
- Literarisches Comptoir Zürich und Winterthur 103
- Lutherische Gemeinde, Genf 470
- Maifeier 274, 281, 366
- Marokkokrise 391
- Marxismus 268, 279
- Märzfeier 306
- Märzrevolution 116, 129
- Märzsammlungen 401
- Mennoniten 80-89
- Nation 29 f., 32-38, 44, 53, 58, 631
- Nationalsozialismus 49 f., 52
- Nationalstaat, deutscher 29 ff., 34 ff., 40 f., 59
- Naturalismus 266 f., 270
- Naturfreunde 404
- Neue Zürcher Zeitung 126, 200 f., 211, 218 f., 555 f., 656, 675
- Niederlassungspolitik 98, 126, 135
- Niederlassungsverträge 435-442, 447, 462, 479, 500
- Das Nordlicht 113, 643

- österreichisch-ungarische Arbeitervereine: Basel 291, 310; Bern 297; Chur 291, 300, 310; Luzern 291, 310; Olten 291; St. Gallen 291, 304 f., 311; Winterthur 291, 311; Zürich 280, 290, 311, 321, 329, 362, 718; Verband der österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten in der Schweiz 291
- Ostkolonisation, deutsche 42, 45
- Pangermanismus 71, 76, 78, 86
 Pietismus 98
 Plattdtsche Clubs (Basel, St. Gallen, Zürich) 517
 Pietismus 98
 Polnische Sozialistische Partei 347
 Polnischer Verein «Zgoda» Zürich 318
 Pressekonflikte, Schweiz.-deutsche 63 ff.
 Preussisch-Oesterreichischer Krieg (1866) 136, 157 f., 163, 169, 207, 210, 471, 493
- Der Rebell, Organ der Anarchisten deutscher Sprache 239
 Reformismus 275, 346
 Reichsgründung 35, 46, 52, 58, 207, 209
 Reichstag 264, 278, 296
 Reichstagsfraktion, sozialdemokratische 248, 254 ff., 274 f., 428
 Reichstagswahlen 296 f., 303, 306, 510
 Reichsverband gegen die Sozialdemokratie 510
 Rekrutenprüfung 545
 Revisionismus 309, 346 ff.
 Revolution v. 1848 (s. u. Achtundvierziger Revolution)
 Revolution, Französische 30, 32 f.
 Revolution, Russische (1905) 320, 328, 334, 348, 361
 Revolutionsfonds 168 f., 171, 175
 Revolutionstag von Murten 131
 Rhätier 40
 Rumänen 40
 Ruthenen 40
- Savoyer Zug 110 f.
 Scabies 472, 476 f.
 Schillerfeier 750 f.
 Schriftendepot, Zentrales 333 f., 360, 362
 Schriftenschmuggel 237, 249, 253, 303
 Schulsanatorium Fridericianum Davos 526 f.
 Schwaben 54, 97
 Schweizer Handels-Courier 641
 Schweizer-Klub Berlin 633
 Schweizer Verein zu Berlin 633
 Schweizerische Frauen- und Modezeitung 461
 Schweizerische Schillerstiftung 751
 Schweizerischer Arbeiterbildungsausschuss 418 f.
 Schweizerischer Arbeitertag 259 f.
 Schweizerischer Republikaner 100
 Schweizerischer volksthümlicher Vaterlandsverein 188 ff., 194 f., 198 f., 203, 222, 673
 Schweizerisches Arbeitersekretariat 260, 309
 Sedanfeiern 484, 520, 525, 755
 Skandinavier 40
 Slowaken 40
 Slowenen 40
 Société pédagogique jurassienne 80
 Der Sozialdemokrat, Zürich 227 f., 235, 238, 248 f., 253-258, 264, 267, 271, 313, 686, 697
 Sozialdemokratische Bürgerschaftsvereinigung 402
 Sozialdemokratische Partei Deutschlands 171, 174, 176-179, 181 f., 184, 228 f., 248, 250, 252, 255, 258 f., 262, 264, 274, 278 ff., 347, 349
 Sozialdemokratische Partei der Schweiz 174, 178, 251 f., 259 ff., 336 f., 355 f., 360, 363, 367, 369 f., 372, 375, 385, 398, 400 f., Oltennerparteitag (1911) 378 ff., 378 ff., 389; SP Schaffhausen 303; SP Kanton Zürich 264; Sozialdemokratische Mitgliedschaften, allgemein 252 ff.; Basel 253; Zürich 253, 364
 Soziale Schichtung der Deutschen in der Schweiz 137 ff., 604 f., 609
 Der Sozialist, Berlin 246, 275, 277, 282 f., 710
 Der Sozialist, Bern 284 f., 709 f.
 Sozialistengesetz 181, 226 ff., 235, 247, 251, 259, 263, 316, 336
 Sozialistischer Bund 284
 Spitzelunwesen 228, 256 f.
 Sprachenkampf 77 ff., 81, 87 f., 389
 Sprawa Robotnicza-Gruppe 347
 Staatsangehörigkeitsverlust, deutscher 48, 543
 St. Galler Tagblatt 494

- Ständestaat 543
 Stimmen im Sturm 68, 89
 Streiks 317, 320, 343, 345, 349 f., 352, 354 ff., 685; Genf (Bauarbeiterstreik 1868) 160 f., 175; Streikbrecher 392, 731 f.; Streikpostenverbot 353, 355, 393 f.; Truppenaufgebote 353, 394; Generalstreik, allg. 278, 281, 287, 348, 355; Genf (1902) 345; Zürich (1912) 329, 391, 393 f., 566, 732; Landesstreik (1918) 391
 Struveputsch 122, 129 f.
 Stündli Zürich 146, 448
 Südslawen 40
 Südslavischer Verein «Sloboda», Zürich 311, 334, 388, 408, 420
 Tages-Anzeiger, Zürich 461, 555 f., 563
 Die Tagwacht 178 f., 180, 183, 218, 231, 234, 664
 Tonhallekrawall (1871) 64, 177 f., 187, 204, 207-221
 Ulrich Huttenbund Zürich 269
 Union romande 76, 632
 Vagantentum 97
 Verband christlich-sozialer Arbeiterorganisationen der Schweiz 712
 Verband deutscher Apotheker Zürich 755
 Verband deutscher Handlungsgehilfen St. Gallen 519
 Verband deutscher Handlungsgehilfen Zürich 519, 755
 Verband schweizerischer Arbeiterinnenvereine 303
 Verband Schweizerischer Konsumvereine 282
 Verein badischer Stations- und Betriebsassistenten Basel 519
 Verein der Schweizer Sennen, Berlin 633
 Verein deutscher Sozialisten (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Verein für ein Deutsches Altersheim in der Schweiz 527 ff.
 Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA) 43 ff., 58, 73-77, 81-91, 635
 Verein mittlerer badischer Eisenbahnbeamter Basel 519
 Verein mittlerer badischer technischer Eisenbahnbeamter Basel 519
 Versicherungen: Aachen-Münchener Feuerversicherungsgesellschaft 460; Allianz Versicherungs-A.G. Berlin 460; Münchener Rückversicherungsgesellschaft AG 460; Schlesische Feuerversicherungs-Gesellschaft 460; Schweizerische Mobiliar-Versicherungsgesellschaft Bern 460; Schweizerische National-Versicherungs-Gesellschaft Basel 460
 Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz 68, 89, 635
 Volksdeutsche 27, 45 f.
 Volksdeutsche Mittelstelle 90
 Volkshochschule 314 f.
 Volksrecht Zürich 291 f., 339, 342, 351, 384, 567, 710, 732, 738
 Volksstimme Magdeburg 274 f.
 Volksstimme Wien 171
 Volkstumspolitik, deutsche 69, 90 f.
 Der Vorbote 160, 164 f., 171, 173, 657
 Vorwärts Basel 286, 307, 424, 710, 717
 Wacht am Rhein 424, 483 ff.
 Wahlrecht 544 f.
 Waldenser 95
 Wallonen 40
 Wanderunterstützungswesen 149, 152, 184, 326, 471
 Warenhäuser und Versandgeschäfte: Bing-Konzern Nürnberg 461; Brann AG., Zürich 460; Magazine zum Globus Zürich 461; Milliet & Werner, Lugano 461
 Wartburgfest 56, 99
 Weckruf Zürich 285
 Wehrbund «Hilf dir» 123
 Wehrpflicht 48, 436 f., 741
 Weltpolitik 106
 Wohlgemuth-Handel 256, 438, 499
 Württemberger-Vereine: Basel 514, 517; Rorschach 514, 517; Schaffhausen 517; St. Gallen 517; Winterthur 517; Zürich 517
 Zentrale Parteischule Berlin 412 f.
 Zentrismus 349
 Zollverein, deutscher 40, 78, 219
 Die Zukunft, Berlin 169
 Züriputsch 102

3. Ortsregister*

* ohne Teil VIII «Demographie»

- Aarau 102, 131 f., 269, 493, 638, 679 (s. a. Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Hilfsvereine, Freimaurer)
- Aargau 122
- Agra (Tessin) 527
- Aigle 114
- Algerien 473
- Altstetten 383 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
- Amerika (inkl. USA) 43 ff., 47, 75, 125, 143, 168 f., 193, 269 f., 352
- Amriswil (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
- Andelfingen (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
- Arbon 112, 417, 450, (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
- Arosa 461, 527 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
- Ascona 284 f.
- Aubonne 114
- Augsburg 96 f., 450
- Baden (Aargau) 493 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
- Baden (Deutschland) 112, 119, 122, 129, 435, 470 ff., 477 f., 494, 500; Badenser 118, 136, 139, 463 (s. a. Badener-Vereine)
- Bamberg 449, 517
- Banat 42
- Barcelona 232
- Basel 76, 78, 80, 95 ff., 100 f., 112, 115 f., 120, 122 f., 128 f., 132, 219, 242, 249 f., 282, 417, 421, 424, 440 f., 443, 449, 454, 463, 480, 493, 559 (s. a. Anarchisten, Arbeiterunion, Badener-Vereine, Bayern-Vereine, Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Gesangvereine, Deutsche Gesellschaft Basel, Deutsche Hilfsvereine, Deutsche Kolonie, Deutsche Kriegervereine, Hochschulen, österreichisch-ungarische Arbeitervereine, Plattdütsche Clubs, Verein badischer Stations- und Betriebsassistenten, Verein mittlerer badischer Eisenbahnbeamter, Verein mittlerer badischer Technischer Eisenbahnbeamter, Württemberger-Vereine)
- Bayern Kgr. 54, 107, 441, 472 f., 478, 494, 500, 528; Bayern (Bürger) 118, 139 f., 463, 471 (s. a. Bayernvereine)
- Belgien 40, 44, 57, 72, 348
- Berchingen (Bayern) 96
- Berlin 62, 75, 82, 84, 89, 110, 117, 127, 129, 169, 222, 229, 235, 240, 242, 245, 248, 254, 257, 264, 266 f., 269 ff., 275, 277, 284, 381, 384, 412, 500, 508 (s. a. Deutsche Arbeitervereine, Schweizer-Klub, Schweizer Verein, Verein der Schweizer Sennen)
- Bern (Kanton) 97, 111, 123, 190, 233
- Bern (Stadt) 68, 76, 96 f., 100 ff., 111 f., 115, 117, 120 ff., 128, 132, 142, 144 f., 183, 191, 197, 236, 260, 480, 493, 500, 561, 563 f. (s. a. Anarchisten, Arbeiterunionen, Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Frauenvereine, Deutsche Gesangvereine, Deutsche Hilfsvereine, Deutsche Kolonie, Deutsche Kriegervereine, Hochschulen, Oesterreichisch-ungarische Arbeitervereine)
- Biel 109, 112, 114, 121, 124, 128, 370, 500, 641, 646 (s. a. Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Hilfsvereine)
- Birsfelden 122
- Bischofszell (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
- Böhmen 42, 245
- Bosco-Gurin 76, 631
- Bosnien 72
- Bözingen bei Biel 198
- Braunschweig 54, 107; Braunschweiger 118
- Bremen 470
- Breslau 172, 448
- Bruggen bei St. Gallen 227 f.
- Brüssel 117, 145, 255
- Bulle (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
- Schloss Buonas 565
- Burgdorf 115, 128, 132, 485, 500 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)

Carouge 114
 La Chaux-d'Abel 81, 86
 La Chaux-de-Fonds 112, 114, 121, 128, 130,
 132, 159, 345, 493 (s. a. Deutsche Arbeiter-
 vereine, Deutsche Hilfsvereine)
 Chur 102, 115, 130 ff., 228, 290, 417, 493, 500
 (s. a. Deutsche Arbeitervereine,
 Deutsche Hilfsvereine, Oesterreichisch-
 ungarische Arbeitervereine)
 Dänemark 55, 157, 522
 Dänen 38, 340
 Darmstadt 129
 Davos 461, 526 f. (s. a. Deutsche Arbeiterver-
 eine, Deutsche Heilstätte, Deutsche Klubs,
 Schulsanatorium Fridericianum)
 Delémont 79
 Deutsch-Neuguinea 255
 Deutsche Demokratische Republik 771
 Diessenhofen 656
 Dietikon (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Diepflingen (Baselland) 111
 Dorpat 62
 Dossenbach 122
 Dresden 205, 221, 249, 346, 348
 Düren 449
 Ederswiler (Amt Deisberg) 80
 Eglisau 97, 123
 Einsiedeln (s. u. Deutsche Arbeitervereine,
 Deutsche Klubs)
 Eisenach 171 f., 174, 176
 Elberfeld 240
 Elsass-Lothringen 57, 60, 136, 179, 216, 439,
 475, 478, 485, 499
 Elsass-Lothringer 435, 582
 Emmenbrücke 417
 Engadin (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 England 40 f., 100, 125, 143, 235, 237
 Entlebuch (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Ermatingen (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Eschert (Amt Münster) 80
 Estländer 40
 Fleurier 114, 132 (s. a. Deutsche Arbeiter-
 vereine)
 Florisdorf bei Wien 241, 244
 Flüelen 558
 Franken 54
 Frankfurt a. Main 119, 122, 127, 145, 198 f.
 233, 242, 255, 436, 446, 454, 474, 534;
 Frankfurter 478
 Frankreich 30, 60 f., 73, 108, 117, 119, 122, 125
 f., 145, 155, 177, 210, 214 ff., 219, 235, 237,
 245, 257, 343, 435, 439, 442, 451, 457, 473
 f., 479, 485, 491, 494, 499, 555; Franzosen
 38, 40, 139, 209, 212, 217, 339 ff., 390, 553
 Frauenfeld 113 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Freiburg i. Br. 62, 123, 129
 Freiburg i. Uechtli. 115, 121, 128, 132, 236, 518
 (s. a. Anarchisten, Bayern-Vereine, Deutsche
 Arbeitervereine, Deutsche Hilfsvereine,
 Hochschulen)
 Friedrichshafen 477
 Genf Kanton 499, 543
 Genf (Stadt) 85, 95, 112 ff., 116, 130 ff., 144,
 147, 155, 159 f., 173, 213, 228, 230, 272, 480,
 491, 493 (s. a. Anarchisten, Club indépendant
 des socialistes, Deutsche Arbeitervereine,
 Deutsche Hilfsvereine, Deutsche Klubs,
 Hochschulen, Lutherische Gemeinde Genf,
 Streiks)
 Germantown 43
 Giessen 102, 110 f., 222, 501
 Glarus 112, 127, 131 f., 367
 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Gontenbad 475
 Gossau (SG) (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Gotha 182, 227, 229, 252, 277
 Göttingen 111, 507
 Grandchamps 493
 Graubünden 97
 Grenoble (Universität) 503
 Gurnigelbad 493
 Halle 262, 507
 Hamburg 61, 106, 110
 Hammelburg 96
 Hannover 107, 269, 293, 473; Hannoveraner
 118, 139, 478, 746
 Hauingen (Baden) 102
 Heidelberg 222
 Helgoland 485
 Herisau 131 f. (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Herzegowina 72
 Hessen (Land) 54, 102, 107, 119, 494;
 Hessen (Bürger) 118, 478

Hofwyl 102, 639
 Holstein 54
 Horgen (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Idstein im Taunus 100
 Interlaken 121, 175, 493 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Italien 57, 110, 219, 257, 339, 343, 348, 479, 499; Italiener 40, 139, 232, 300 f., 338-344, 356, 368, 390
 Ittingen (Kartause) 562
 Jena 348, 507
 Jestetten 62
 Jura 77-89, 232
 Kamerun 42
 Karlsruhe 87 f.
 Kärnten 82
 Kiautschou 43
 Kiental 429
 Kirchberg bei Wil 561
 Kleintal (Gegend um Bellelay) 81
 Köln 122, 449
 Konstanz 110, 122, 129, 249, 477
 Kopenhagen 255
 Krain 82
 Krefeld 84 ff., 89
 Kreuzlingen 123
 Kurland 57
 Küsnacht 100, 102, 196, 400 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Lamone 84
 Langenthal 500
 Lausanne 80, 112, 114 ff., 120, 128, 132, 233 f., 269, 446, 501-514 (s. a. Alldeutscher Verband, Anarchisten, Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Hilfsvereine, Deutsche Klubs, Hochschulen)
 Lauterecken am Glan 110
 Leipzig 254
 Liestal 112, 656 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Lindau 249, 477
 Litauer 40
 Livland 57
 Locarno 84, 688
 Le Locle 132 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 London 117, 160, 168, 213, 235-239, 241, 248, 255 f., 258 (s. a. Anarchisten, Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Hilfsvereine)
 Lörrach 424 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Lugano 112 (s. a. Deutsche Hilfsvereine)
 Luxemburg 44, 378
 Luzern (Kanton) 337
 Luzern (Stadt) 112, 115, 127, 131 f., 160, 405, 559 (s. a. Anarchisten, Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Hilfsvereine, österreichisch-ungarische Arbeitervereine)
 Lyon 112, 129
 Magdeburg 109, 235
 Mähren 42, 245
 Mailand 300 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Mannheim 129
 Marburg a. L. 222
 Mariafeld am Zürichsee 145, 206, 221, 448
 Marseille 112 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Mecklenburg 54
 Memmingen 97
 Mexiko 473
 Mollis (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Mols (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Monti bei Locarno 557
 Montreux 80, 145 (s. a. Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Frauenvereine, Deutsche Hilfsvereine)
 Morges 80, 112, 114, (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Moron 85
 Moudon 115
 Mülhausen 112, 238, 244, 257, 516
 München 117, 235, 266, 269, 291, 315, 333
 Münsingen 191
 Münster 503
 Murg am Walensee 156, 301
 Murten 121, 131, 141, 143, 146 f., 166, 181, 193
 Mürtchenalp 145
 Muttenz 122
 Nassau 102, 119, 191, 195
 Nassauer 118
 Neftenbach 228
 Neuchâtel 62, 112, 115, 121, 160, 163, 166,

474, 476 f., 480, 493, 560 (s. a. Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Hilfsvereine, Hochschulen)
 New York 47, 234, 239
 Niederlande 40, 44, 55, 57, 72, 348, 438
 Nizza (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Nürnberg 67, 97
 Nyon 114 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Oberschlesien 42
 Offenbach 120
 Oesterreich-Ungarn 38, 40, 44, 54 ff., 72, 75, 136, 155, 157 f., 237, 245, 249 f., 336, 343, 471 f., 478, 494, 528; Oesterreicher-(Ungarn) 140, 155, 211, 328, 338 ff., 351, 368 f., 390, 417, 422, 518
 Olten 183, 251, 263, 265, 500 (s. a. Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Hilfsvereine, österreichisch-ungarische Arbeitervereine)
 Ossingen (s. u. Wyden, Schloss)
 Paris 108 f., 112, 116, 124, 177, 255 (s. a. Deutsche demokratische Gesellschaft, Deutsche Hilfsvereine)
 Passugg 400
 Payerne (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Pennsylvania 43
 Pfäfers Armenbad 472
 Pforzheim 85
 Piemont 95, 110
 Pieterlen 527 ff.
 Polen 38, 40, 110, 159, 657
 Porrentruy 115, 132 (s. a. Anarchisten)
 Preussen Kgr. 54 f., 100, 106, 118, 129, 136, 139, 150, 155, 158, 208, 210, 233, 437, 472, 478, 493 f.; Preussen (Bürger) 118, 139, 471, 478
 Ragaz 493
 Rapperswil (s. u. Deutsche Arbeitervereine) Rastatt 123
 Reutlingen 472
 Rheinau 123
 Rheineck (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Rheinfelden (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Rheinlande 119
 Richterswil (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Rickentunnel 345, 450
 Riga 361
 Riehen 123
 Rolle 114 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Romanshorn (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Rorschach (s. u. Anarchisten, Arbeiterunionen, Badener-Vereine, Bayern-Vereine, Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Hilfsvereine, Württemberger-Vereine)
 Rottweil 96, 197
 Russland 42, 88, 232, 423, 511, 555; Russen 328, 368, 413
 Sachsen 54, 107, 470, 478, 494; Sachsen (Bürger) 139, 463, 471
 Samoa 43
 Sardinien 126
 Savoyen 73, 95, 110 f.
 Saxon 477
 Schaffhausen 122, 437
 Schaffhausen (Stadt) 62, 96, 102, 132, 238, 464, 565, 692 (s. a. Arbeiterunionen, Badener-Vereine, Bayern-Vereine, Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Flottenvereine, Deutsche Gesangsvereine, Deutsche Kriegervereine, Württemberger-Vereine)
 Schattenhalb bei Meiringen 78
 Schelten 86, 634
 Schleswig-Holstein 122, 157, 494
 Schönenwerd 493
 Schwanden (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Schweden 348
 Sedan 60, 176, 179 (s. a. Sedanfeiern)
 Seehof (Elay) 86, 634
 Sempach 193
 Sidi-bel-Abbes 78
 Siebenbürgen 42
 Sils-Maria 704
 Singen 424
 Sitten 78
 Solothurn 112, 121 (s. u. Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Hilfsvereine)
 Sonnenberg (Gegend um Tramelan) 81, 85
 Sonvilier 86, 231
 Spaichingen 197 f.
 Spanien 232
 St. Gallen 480, 493, 500 (s. a. Anarchisten, Arbeiterunionen, Badener-Vereine, Bayern-Vereine, Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Hilfsvereine, Deutsche Kriegervereine, Deutsche Turnvereine, Hochschulen, österreichisch-ungarische Arbeitervereine, Plattdutsche Clubs, Verband deutscher Hand-

- lungshelfen, Württemberger-Vereine)
 St. Imier 114, 121, 132, 231, 234 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 St. Margrethen 449 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 St. Moritz 527
 Steiermark 81
 Stein am Rhein 486, 633, 706 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Steinhölzli bei Bern 111
 Strassburg 64,112,115, 222, 240, 244, 501
 Straubenzell (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Stuttgart 144,159,169,181, 245
 Südafrika 530

 Tessin 57, 71, 76, 84,343,499
 Teufen 112
 Therwil 112
 Thierachern bei Thun 145
 Thun 128, 132, 493 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Tirol 82
 Todtnau 122
 Tribschen 704
 Turin (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Tuttlingen 197

 Ufenau 96
 Ungarn 88, 250 (s. a. österreichisch-ungarische Arbeitervereine)
 Uri 231,543
 Uster (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Uzwil (s. u. Deutsche Arbeitervereine)

 Vevey 112, 114, 121, 127, 132, 280 (s. a. Anarchisten, Deutsche Arbeitervereine)
 Vorarlberg 249

 Waadt 115
 Wädenswil 112 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Waldshut 62,681
 Walensee 145
 Wattwil (s. u. Deutsche Arbeitervereine)
 Weinfelden 493 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)
 Weinsberg 96
 Westfalen 54
 Wetzlar 100
 Wien 61, 75, 110, 117,284, 404, 493
 Wil 562 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)

 Willisau 112
 Winterthur 113, 127, 132, 184, 205, 381 (s. a. Arbeiterunionen, Badener-Vereine, Bayern-Vereine, Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Hilfsvereine, Deutsche Turnvereine, österreichisch-ungarische Arbeitervereine, Württemberger-Vereine)
 Wyden bei Ossingen 227, 235, 250, 252, 254, 307
 Württemberg 119, 191, 197, 435, 471 f., 477 f., 494, 500; Württemberger 118, 136, 139,463

 Yverdon 114 (s. a. Deutsche Arbeitervereine)

 Zimmerwald 429
 Zofingen 493
 Zug (Kanton) 334
 Zug (Stadt) 115, 736 (s. a. Anarchisten, Deutsche Arbeitervereine)
 Zuoz (Lyzeum) 527
 Zürich (Stadt) 64, 72, 76 f., 79, 89, 95 ff., 100-106, 110, 112 ff., 120, 124, 127 f., 131 f., 146, 155, 157 f., 164, 169, 172, 180, 188, 199, 206, 208 f., 214, 228, 230, 237 ff., 244, 260, 262, 267, 270, 280 f., 284, 347, 422 f., 443, 480 f., 493, 560 ff. (s. a. Abstinenzbewegung, Alldeutscher Verband, Anarchisten, Arbeiterunionen, Auswärtige Verkehrsstelle, Badener-Vereine, Bayern-Vereine, Deutschrepublikanischer Verein, Deutsche Arbeitervereine, Deutsche Frauenvereine, Deutsche Gesangsvereine, Deutsche Hilfsvereine, Deutsche Klubs, Deutsche Kolonie, Deutsche Kriegervereine, Deutsche Turnvereine, Deutscher Ausschuss, Deutscher Nationalverein v. 1848, Deutscher Reichsverein, Deutscher Ruderverein, Deutscher Verein für Krankenpflege, Deutscher Werkmeisterverband, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Hochschulen, Hombreklub, Krankenverein deutscher Bäcker, Lästrygonenklub, österreichisch-ungarische Arbeitervereine, Plattdutsche Klubs, Polnischer Verein «Zgoda», Stündli, Südslavischer Verein «Sloboda», Tönhallekrawall, Ulrich Huttenbund, Verband deutscher Apotheker, Verband deutscher Handlungsgehilfen, Württemberger-Vereine)